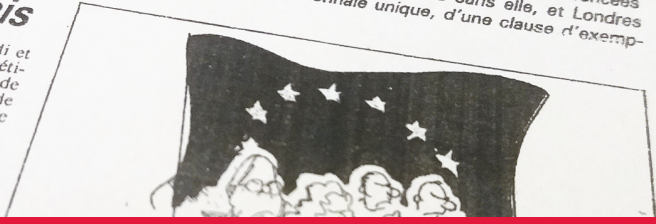


## ...cée après compromis

de cette année, et encore lundi et mardi à Maastricht, avec les réticences qu'a éprouvées d'entrée de jeu le Royaume-Uni à l'égard de ce formidable programme de relance de la construction européenne. A la veille de Maastricht, les Français, faisant ainsi la part du feu face aux rigidités britanniques, proclamaient un objectif des plus raisonnables : la monnaie devenait pour eux...

commentaires moins enthousiastes de la part des Européens les plus fervents, même s'il marque des progrès dans certains domaines comme la citoyenneté européenne, la défense commune ou le social. La Grande-Bretagne a freiné les avancées communautaires : l'Europe sociale se fera sans elle, et Londres bénéficie, en matière de monnaie unique, d'une clause d'exemption.



Manuel Müller

# Ein verpasster Verfassungsmoment

Der Vertrag von Maastricht und die  
europäische Öffentlichkeit (1988–1991)



Die Reihe „Europäische Schriften“  
wird herausgegeben vom

Institut für Europäische Politik, Berlin

Manuel Müller

# Ein verpasster Verfassungsmoment

Der Vertrag von Maastricht und die  
europäische Öffentlichkeit (1988–1991)



**Nomos**

Coverbild:

Manuel Müller, unter Verwendung der Titelseite von *Le Monde* vom 12.12.1991. Die Nutzung der urheberrechtlich geschützten abgebildeten Inhalte erfolgt mit freundlicher Genehmigung von *Le Monde*.

Der diesem Buch zugrunde liegende Text wurde in weitgehend übereinstimmender Form unter dem Titel „Warum Maastricht nicht zu Europas *constitutional moment* wurde: Konstitutionalisierung und Öffentlichkeit der Europäischen Union (1988-91)“ als Dissertation an der Philosophischen Fakultät der Humboldt-Universität zu Berlin (Dekanin: Prof. Dr. Gabriele Metzler) eingereicht. Die Arbeit wurde von Prof. Dr. Gabriele Metzler und Prof. em. Dr. Hartmut Kaelble begutachtet. Die Disputation erfolgte am 8. Februar 2019. Gefördert wurde die Arbeit durch Stipendien der Studienstiftung des deutschen Volkes, der Deutschen Forschungsgemeinschaft sowie der FAZIT-Stiftung.

**Die Deutsche Nationalbibliothek** verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Zugl.: Berlin, Univ., Diss., 2019

1. Auflage 2021

© Manuel Müller

Publiziert von  
Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG  
Waldseestraße 3-5 | 76530 Baden-Baden  
[www.nomos.de](http://www.nomos.de)

Gesamtherstellung:  
Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG  
Waldseestraße 3-5 | 76530 Baden-Baden

ISBN (Print): 978-3-8487-6514-0

ISBN (ePDF): 978-3-7489-0600-1

DOI: <https://doi.org/10.5771/9783748906001>



Onlineversion  
Nomos eLibrary



Dieses Werk ist lizenziert unter einer Creative Commons Namensnennung – Nicht kommerziell – Keine Bearbeitungen 4.0 International Lizenz.

# Inhaltsverzeichnis

Dank	11
Abkürzungsverzeichnis	13
Einleitung	17
<i>Erster Teil: Konzeptionelle Grundlagen</i>	
1. Zwei Paradigmen europäischer Integration und Öffentlichkeit	33
1.1 Der Integrationsprozess als Außenpolitik der Mitgliedstaaten oder europäische Innenpolitik	33
1.1.1 Föderalistische und funktionalistische Integrationspläne	34
1.1.2 Neofunktionalistische und intergouvernementale Theorien in der Politikwissenschaft	37
1.1.3 Konstitutionalismus und nationale Souveränität im Europarecht	39
1.1.4 Die Debatte über das europäische Demokratiedefizit	41
1.1.5 Zwischenfazit	44
1.2 Die europäische Öffentlichkeit und die Legitimation der EU	45
1.2.1 Europäische Öffentlichkeit als transnationale Vernetzung nationaler Mediensysteme	51
1.2.2 Europäische Öffentlichkeit als ‚europäische Perspektive‘	56
1.2.3 Europäische Öffentlichkeit als Gegensatz von Weltanschauungen statt nationalen Perspektiven	62
1.3 Zwischenfazit	67

2.	Der Vertrag von Maastricht als Konstitutionalisierungsschub	69
2.1	Die Entwicklung des politischen Systems der EG vor dem Vertrag von Maastricht	71
2.2	Die Neuerungen durch den Vertrag von Maastricht	76
2.2.1	Neue Politikbereiche	77
2.2.2	Verschiebung der institutionellen Legitimationsgrundlage	85
2.2.3	Weitere Aspekte der Konstitutionalisierung	91
2.3	Zwischenfazit	98
3.	Der Vertrag von Maastricht und die europäische Öffentlichkeit	101
3.1	Maastricht als Verfassungsmoment?	101
3.2	Veränderungen in der europäischen Öffentlichkeit um 1990	105
3.3	Zwischenfazit	112
4.	Ein verfahrensbasierter Erklärungsansatz für die Dominanz nationaler Perspektiven	113
4.1	Verfahren und Kommunikation	113
4.2	Nachrichtenwert und diskursive Grenzen der Öffentlichkeit	115
4.3	Nachrichtenwert und Verfahren	120
4.3.1	Zuständigkeit der Akteure	122
4.3.2	Einfluss des Publikums	123
4.4	Die Vertragsreform von Maastricht als außenpolitisches Verfahren	124
4.4.1	Innen- und außenpolitische Verfahren und Debattenmuster	124
4.4.2	Das Verfahren des Vertrags von Maastricht	129
4.5	Zwischenfazit	133
5.	Ergebnisse des Ersten Teils	135

*Zweiter Teil: Die europäische Krise von 1990 und der  
Verlauf der Vertragsverhandlungen*

1. Vorbemerkung	141
2. Erste Phase: Bis zum Fall der Berliner Mauer	145
2.1 Die Vorgeschichte seit der Einheitlichen Europäischen Akte	145
2.2 Die Reaktionen auf den Delorsplan 1989	151
3. Zweite Phase: Bis zur Eröffnung der Regierungskonferenzen	157
3.1 Der Fall der Berliner Mauer und seine Folgen	157
3.2 Die Gipfel von Dublin: Vorschläge zur Politischen Union	165
3.3 Vorentscheidungen: Der Gipfel von Rom und Thatchers Rücktritt	174
3.4 Abschwächung des supranationalen Impetus	182
4. Dritte Phase: Bis zum Gipfel von Maastricht	191
4.1 Die Regierungskonferenzen	191
4.2 Der Gipfel von Maastricht	194
5. Ergebnisse des Zweiten Teils	203

*Dritter Teil: Die öffentliche Debatte über die Vertragsreform*

1. Vorbemerkung	209
2. Gemeinsame Merkmale	213
2.1 Die Debatte über die europäischen Verhandlungen	213
2.2 Die Debatten über die nationale Europapolitik	224
3. Die erste Phase der Verhandlungen	229
3.1 Deutschland	229
3.1.1 Die Debatte über die europäischen Verhandlungen	229
3.1.2 Die Debatte über die nationale Europapolitik	236

3.2	Frankreich	237
3.2.1	Die Debatte über die europäischen Verhandlungen	237
3.2.2	Die Debatte über die nationale Europapolitik	247
3.3	Großbritannien	249
3.3.1	Die Debatte über die europäischen Verhandlungen	249
3.3.2	Die Debatte über die nationale Europapolitik	271
3.4	Zwischenfazit	285
4.	Die zweite Phase der Verhandlungen	289
4.1	Deutschland	289
4.1.1	Die Debatte über die europäischen Verhandlungen	289
4.1.2	Die Debatte über die nationale Europapolitik	315
4.2	Frankreich	317
4.2.1	Die Debatte über die europäischen Verhandlungen	317
4.2.2	Die Debatte über die nationale Europapolitik	362
4.3	Großbritannien	378
4.3.1	Die Debatte über die europäischen Verhandlungen	378
4.3.2	Die Debatte über die nationale Europapolitik	430
4.4	Zwischenfazit	453
5.	Der Gipfel von Maastricht	457
5.1	Deutschland	457
5.1.1	Die Debatte über die europäischen Verhandlungen	457
5.1.2	Die Debatte über die nationale Europapolitik	471
5.2	Frankreich	480
5.2.1	Die Debatte über die europäischen Verhandlungen	480
5.2.2	Die Debatte über die nationale Europapolitik	502
5.3	Großbritannien	527
5.3.1	Die Debatte über die europäischen Verhandlungen	527
5.3.2	Die Debatte über die nationale Europapolitik	561
5.4	Zwischenfazit	587
6.	Ergebnisse des Dritten Teils	591



*Vierter Teil: Die mediale Darstellung der Neuerungen des  
EU-Vertrags*

1. Vorbemerkung	601
2. Neue Politikbereiche	603
2.1 Die Wirtschafts- und Währungsunion	603
2.2 Finanzausgleich und Kohäsionsfonds	612
2.3 Sozialcharta und Sozialprotokoll	617
2.4 Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik	622
2.5 Justiz- und Innenpolitik	631
3. Verschiebung der institutionellen Legitimationsgrundlage	639
3.1 Reduzierung nationaler Vetorechte	639
3.2 Stärkung des Europäischen Parlaments	646
3.3 Unionsbürgerschaft	662
4. Ergebnisse des Vierten Teils	669
Schluss	671
Quellen- und Literaturverzeichnis	683



## Dank

Bücher haben ihre Schicksale, und dicke Bücher haben mitunter schon ein langes Leben hinter sich, bevor sie das Licht der Öffentlichkeit erblicken. Diese Arbeit entstand als Dissertation am Institut für Geschichtswissenschaften der Humboldt-Universität zu Berlin. Während ich sie verfasst habe, bin ich vielen Menschen begegnet, die mich unterstützt und zu ihrer Entwicklung beigetragen haben.

Mein erster Dank geht dabei an Gabriele Metzler und Hartmut Kaelble, die diese Arbeit betreuten und mir viele wertvolle Hinweise, aber auch Freiräume für transdisziplinäre Entdeckungsreisen gaben. Auch Ingolf Pernice, der mich in das europäische Verfassungsrecht einführte, und Kiran Patel, der mich zu einem Gastaufenthalt am Europäischen Hochschulinstitut in Florenz willkommen hieß, verdanke ich wichtige Impulse.

Finanziell gefördert wurde die Arbeit durch Stipendien der Studienstiftung des deutschen Volkes, der FAZIT-Stiftung sowie der Deutschen Forschungsgemeinschaft. Katrin Böttger und Funda Tekin vom Institut für Europäische Politik danke ich für die Aufnahme in die Europäischen Schriften, Martin Reichinger und Kristina Stoll vom Nomos-Verlag für die reibungslose Zusammenarbeit bei der Publikation.

Das Schönste am Schreiben waren all die lebhaften und inspirierenden Diskussionen, zu denen es in unterschiedlichen Gesprächsrunden Anlass gab. Vor allem die Kolloquien von Gabriele Metzler und Hartmut Kaelble, der deutsch-französische Forschungsverbund *Saisir l'Europe* und das DFG-Graduiertenkolleg *Verfassung jenseits des Staates* boten mir ein Umfeld, aus dem nicht nur viele neue Ideen, sondern auch gute Freundschaften hervorgingen.

Speziell möchte ich all jenen danken, die zu verschiedenen Zeitpunkten diese Arbeit oder Teile davon gelesen und mit ihren Kommentaren bereichert haben: Christina, Christopher, Eva Maria, Heike, Jan, Kristina, Peter, Stefan, Wulf und ganz besonders Tim.

Und schließlich: Danke an Silvia und Lorenzo, für alles.



## Abkürzungsverzeichnis

AdR	Ausschuss der Regionen
AELE	Association européenne de libre-échange, Europäische Freihandelsassoziation (EFTA)
ARD	Arbeitsgemeinschaft der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten der Bundesrepublik Deutschland
BIP	Bruttoinlandsprodukt
BSPEG	Bund der Sozialdemokratischen Parteien der Europäischen Gemeinschaft
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
CAP	Common Agricultural Policy, Gemeinsame Agrarpolitik (GAP)
CDS	Centre des démocrates sociaux
CDU	Christlich Demokratische Union Deutschlands
CEE	Communauté économique européenne, Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG)
CNPF	Conseil national du patronat français
COSAC	Conférence des organes spécialisés dans les affaires communautaires, Konferenz der Ausschüsse für Gemeinschafts- und Europaangelegenheiten der Parlamente der EG
CSU	Christlich-Soziale Union in Bayern
DDR	Deutsche Demokratische Republik
DGB	Deutscher Gewerkschaftsbund
EAGV	Vertrag zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft
EC	1. European Community, Europäische Gemeinschaft (EG) 2. European Communities, Europäische Gemeinschaften (EG) 3. European Commission, Europäische Kommission
ECU	European Currency Unit, Europäische Währungseinheit
EEA	Einheitliche Europäische Akte
EEC	European Economic Community, Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG)
EFTA	European Free Trade Association, Europäische Freihandelsassoziation
EG	1. Europäische Gemeinschaft 2. Europäische Gemeinschaften (= EGKS, EWG/EG, Euratom)
EGKS	Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl

## Abkürzungsverzeichnis

EGKSV	Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl
EGV	Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft (in der Fassung von Maastricht)
EKD	Evangelische Kirche in Deutschland
ELDR	Bund der Europäischen Liberalen, Demokratischen und Reformparteien
EMS	European Monetary System, Europäisches Währungssystem (EWS)
EMU	Economic and Monetary Union, Europäische Wirtschafts- und Währungsunion (EWWU)
EP	Europäisches Parlament
EPG	Europäische Politische Gemeinschaft
EPZ	Europäische Politische Zusammenarbeit
ESM	Europäischer Stabilitätsmechanismus
ESVI	Europäische Sicherheits- und Verteidigungsidentität
ESVP	Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik
ESZB	Europäisches System der Zentralbanken
EU	Europäische Union
EuGH	Europäischer Gerichtshof
Euratom	Europäische Atomgemeinschaft
Europol	Europäisches Polizeiamt
EUV	Vertrag über die Europäische Union (in der Fassung von Maastricht)
EUV-Lissabon	Vertrag über die Europäische Union (in der Fassung von Lissabon)
EUZBBG	Gesetz über die Zusammenarbeit von Bundesregierung und Deutschem Bundestag in Angelegenheiten der Europäischen Union
EVG	Europäische Verteidigungsgemeinschaft
EVP	Europäische Volkspartei
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
EWGV	Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft
EWGV-EEA	Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (in der Fassung der Einheitlichen Europäischen Akte)
EWR	Europäischer Wirtschaftsraum
EWS	Europäisches Währungssystem
EWSA	Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss
EWWU	Europäische Wirtschafts- und Währungsunion
EZB	Europäische Zentralbank
FAZ	<i>Frankfurter Allgemeine Zeitung</i>
FDP	Freie Demokratische Partei
FN	Front National

FPÖ	Freiheitliche Partei Österreichs
GASP	Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik
GATT	General Agreement on Tariffs and Trade, Allgemeines Zoll- und Handelsabkommen
GSVP	Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik
GG	Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland
GUS	Gemeinschaft Unabhängiger Staaten
IRA	Irish Republican Army
KSZE	Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
LF	<i>Le Figaro</i>
LM	<i>Le Monde</i>
M	Monsieur
MEP	Member of the European Parliament, Mitglied des Europäischen Parlaments (MdEP)
MM	Messieurs
M <sup>me</sup>	Madame
MP	Member of Parliament, Mitglied des Parlaments
NATO	North Atlantic Treaty Organization, Organisation des Nordatlantikvertrags
OEEC	Organisation for European Economic Co-operation, Organisation für Europäische Wirtschaftliche Zusammenarbeit
OSZE	Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
OTAN	Organisation du Traité de l'Atlantique Nord, Organisation des Nordatlantikvertrags (NATO)
PCF	Parti communiste français
PJZS	Polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen
PS	Parti socialiste
PSPP	Public Sector Purchase Programme, Programm zum Ankauf von Wertpapieren des öffentlichen Sektors
RDA	République démocratique allemande, Deutsche Demokratische Republik (DDR)
RFA	République fédérale de l'Allemagne, Bundesrepublik Deutschland
RPR	Rassemblement pour la République
SDP	Social Democratic Party
SozPolGBAusnAbk	Abkommen zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft mit Ausnahme des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland über die Sozialpolitik (EG-Sozialabkommen)
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SZ	<i>Süddeutsche Zeitung</i>
TG	<i>The Guardian</i>
TT	<i>The Times</i>
TUC	Trades Union Congress

## *Abkürzungsverzeichnis*

UDF	Union pour la démocratie française
UEM	Union économique et monétaire, Europäische Wirtschafts- und Währungsunion (EWGU)
UK	United Kingdom, Vereinigtes Königreich
UKIP	United Kingdom Independence Party
UN	United Nations, Vereinte Nationen
URSS	Union des républiques socialistes soviétiques, Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken (UdSSR)
US	United States, Vereinigte Staaten von Amerika
USA	United States of America, Vereinigte Staaten von Amerika
WEU	Westeuropäische Union
WTO	World Trade Organization, Welthandelsorganisation
WVK	Wiener Vertragsrechtskonvention
ZJI	Zusammenarbeit in den Bereichen Justiz und Inneres



## Einleitung

Der Vertrag von Maastricht, der im Dezember 1991 beschlossen wurde, stellte den Prozess der europäischen Einigung auf eine neue Grundlage. Mit einer weitreichenden Änderung des Vertragswerks für die Europäischen Gemeinschaften und der Gründung der Europäischen Union bildete er die wichtigste Einzelreform des europäischen politischen Systems seit den Verträgen von Rom. Diese Reform folgte zum Teil der traditionellen Logik einer schrittweisen, sich selbst verstärkenden Integration: Sie ermöglichte eine Vertiefung der bereits bestehenden Zusammenarbeit, machte die EG handlungsfähiger und erschloss ihr neue Politikfelder. Darüber hinaus war Maastricht jedoch auch eine Antwort auf die allgemeine politische Krise, in die Europa durch die Umbrüche des Jahres 1989 geraten war. Der Zusammenbruch des Ostblocks, die Unsicherheit über die künftige politische Ausrichtung eines wiedervereinten deutschen Nationalstaats, die Sorge vor einem Aufstieg rechtspopulistischer Parteien in zahlreichen europäischen Ländern stellten nicht nur den Fortgang des – bis dahin vor allem wirtschaftlichen – Integrationsprojekts der Europäischen Gemeinschaften in Frage, sondern die gesamte politische Architektur in Europa. Angesichts der tektonischen Verschiebungen in der politischen Landschaft des Kontinents schienen die alten Gemeinschaftsstrukturen keine hinreichende Garantie mehr gegen nationale Alleingänge und neue Hegemonialkonflikte zu bieten. Eine europapolitische Flucht nach vorn war für die meisten westeuropäischen Politiker deshalb die plausibelste Lösung, um wieder eine stabile politische Ordnung zu erreichen.<sup>1</sup>

In dieser Situation sollte der Vertrag von Maastricht einen festen institutionellen Rahmen schaffen, der die europäische Einigung (nach einem Schlagwort der Zeit) „unumkehrbar“ machen und einen Rückfall in nationale Rivalitäten verhindern würde.<sup>2</sup> Insbesondere die neu gegründete Währungsunion, aus der ein einseitiger Austritt nur mit enormen wirtschaftlichen Verwerfungen möglich sein würde, stellte sicher, dass die Fortsetzung der Zusammenarbeit auch in Zukunft für alle Mitgliedstaaten die attraktivste Handlungsoption blieb. Die Europäische Union wurde damit zur Garantin für eine kooperative und friedliche Ordnung zwischen

---

1 Vgl. Ludlow 2017.

2 Zu diesem Schlagwort siehe unten, Dritter Teil, Kapitel 4.1.

den europäischen Staaten – und nicht zuletzt auch zu einem wesentlichen politischen Orientierungspunkt für die neu entstandenen Demokratien in Mittel- und Osteuropa, mit denen kurz nach dem Inkrafttreten des Vertrags Beitrittsgespräche eingeleitet wurden.

Vor allem aber brachte der Vertrag von Maastricht auch eine weitreichende institutionelle Reform, die die Entscheidungsverfahren der Europäischen Gemeinschaften neu ausrichtete. In zahlreichen Politikbereichen wurden nationale Vetorechte durch Mehrheitsverfahren abgelöst und im Gegenzug die Mitentscheidungsrechte des Europäischen Parlaments gestärkt. Diese Parlamentarisierung verschob die Legitimationsgrundlage des politischen Systems der EG. Da die nationalen Regierungen im EG-Ministerrat nun leichter überstimmt werden konnten, konnte sich die demokratische Legitimität für europäische Beschlüsse nicht mehr in erster Linie auf nationale Wahlverfahren gründen. Stattdessen musste demokratische Legitimität verstärkt direkt auf der supranationalen Ebene erzeugt werden: über das Europäische Parlament und die darin vertretenen gesamteuropäischen Parteien, die im Vertrag von Maastricht erstmals eine formale vertragsrechtliche Grundlage erhielten. Auch diese institutionelle Reform war geeignet, das Vertrauen zwischen den Mitgliedstaaten wiederherzustellen: Wenn gesellschaftliche Konflikte in Europa nicht mehr entlang nationaler, sondern transnational-weltanschaulicher Grenzen ausgetragen würden, war auch ein wiedervereinigtes Deutschland keine Bedrohung für das europäische Gleichgewicht.

Insgesamt erfuhr das europäische politische System mit der Vertragsreform von Maastricht also einen klaren Konstitutionalisierungsschub.<sup>3</sup> Die Europäische Union war zwar weiterhin ein staatsrechtliches Gebilde *sui generis*, das Elemente sowohl einer ‚Staaten-‘ als auch einer ‚Bürgerunion‘ enthielt. Doch gewannen letztere im Vergleich deutlich an Gewicht. War die Europapolitik bis dahin vor allem ein Teil der Außenpolitik ihrer Mitgliedstaaten gewesen, so nahm sie nun zunehmend die Züge einer überstaatlichen europäischen Innenpolitik an.

Diese Reform im politischen System ging jedoch nicht mit entsprechenden Veränderungen in der öffentlichen Wahrnehmung der europäischen Integration einher. Auch für die europäische Öffentlichkeit stellte die Zeit um den Vertrag von Maastricht zwar in mancher Hinsicht einen Wende-

---

3 Der Begriff der ‚Konstitutionalisierung‘ geht auf Debatten in der Völker- und Europarechtswissenschaft über die Existenz von überstaatlichem Verfassungsrecht zurück. Vgl. hierzu etwa die Beiträge in von Bogdandy / Bast 2009 und Peters 2009 sowie unten, Erster Teil, Kapitel 1.1.3.

punkt dar: Dem Bedeutungsgewinn der EG entsprechend nahmen die Aufmerksamkeit der Medien und das Ausmaß der Berichterstattung über die Europapolitik deutlich zu. Zugleich wurde die Debatte kontroverser; die desinteressierte Zustimmung, mit der Bevölkerung und Medien den Integrationsprozess bis in die 1980er Jahre hinein meist begleitet hatten, wurde durch eine kritischere Haltung abgelöst, die verstärkt öffentliche Rechenschaft für politische Entscheidungen einforderte.<sup>4</sup>

Doch während all dies in Einklang mit der vertieften Integration der EG stand, kam es in anderer Hinsicht zu einer Entkoppelung zwischen der Funktionsweise des politischen Systems und der europäischen Öffentlichkeit: Obwohl die EG zunehmend den Charakter einer ‚Bürgerunion‘ entwickelte, identifizierten sich die meisten Menschen in ihren Mitgliedstaaten kaum mit der Idee einer gesamteuropäischen Bürgerschaft. Zugleich war auch die Struktur der europäischen Öffentlichkeit weiterhin durch große nationale Unterschiede geprägt: Auch wenn es in den Medien tendenziell zu einer Zunahme von transnationalen Bezügen kam, verliefen die Grenzen im öffentlichen Diskurs weiterhin eher entlang nationaler Grenzen (etwa zwischen ‚deutschen‘ und ‚französischen‘ Medien) als entlang transnational-weltanschaulicher Gegensätze (etwa zwischen ‚linken‘ und ‚rechten‘ Medien).<sup>5</sup>

Kurz: Der plötzliche Konstitutionalisierungsschub, den der Vertrag von Maastricht für das europäische politische System bedeutete, war nicht von einer entsprechenden Anpassung in der Struktur der Öffentlichkeit begleitet. Während das politische System Europapolitik zunehmend als europäische Innenpolitik behandelte, erschien sie in der öffentlichen Debatte weiterhin vor allem als mitgliedstaatliche Außenpolitik. Diese Entkoppelung zwischen der Funktionsweise des politischen Systems und der öffentlichen Debatte darüber kann auch eine Erklärung für die anhaltende Legitimationskrise bieten, in die die Europäische Union in den 1990er Jahren eintrat und die zahlreiche Forscherinnen und Forscher auf den Vertrag von Maastricht zurückführen.<sup>6</sup> Die Frage nach einem europäischen ‚Öffentlichkeits-

---

4 Für die Haltung der europäischen Öffentlichkeit zur europäischen Integration prägten Leon Lindberg und Stuart Scheingold 1970 den Begriff des *permissive consensus* (Lindberg / Scheingold 1970:41); seine Auflösung in Folge des Vertrags von Maastricht wurde erstmals 1993 von Karlheinz Reif konstatiert (Reif 1993). Siehe auch unten, Erster Teil, Kapitel 3.2.

5 Vgl. etwa Kaelble 2014 sowie unten, Erster Teil, Kapitel 3.2, mit weiteren Belegen.

6 Vgl. etwa Schrag Sternberg 2013:12, 104. Richard Eichenberg und Russell Dalton bezeichnen die wachsende Europaskepsis der 1990er Jahre als den „post-Maastricht blues“ (Eichenberg / Dalton 2007).

defizit‘ wurde deshalb in den folgenden Jahren zu einem wichtigen, kontrovers diskutierten Thema sowohl in den Sozialwissenschaften als auch in der politischen Debatte.<sup>7</sup>

Diese Entkoppelung zwischen dem politischen System der EG und der europäischen Öffentlichkeit ist das zentrale Thema dieser Arbeit. Der Fokus liegt dabei vor allem auf jener Veränderung, die *nicht* stattfand: einem schnellen, krisenhaften Umschwung, der dazu geführt hätte, dass auch die öffentlichen Diskurse sich entsprechend einem europäisch-innenpolitischen Paradigma restrukturiert hätten. Diese mögliche, aber ausgebliebene Veränderung der europäischen Öffentlichkeit soll im Folgenden als europäischer Verfassungsmoment bezeichnet werden – in Anlehnung an den von dem US-amerikanischen Verfassungshistoriker Bruce Ackerman geprägten Begriff *constitutional moment*, der einen schnellen Wandel öffentlicher Verfassungsdiskurse im Zuge politischer Krisensituationen beschreibt.<sup>8</sup> Die Arbeit verbindet dabei ein zeithistorisches mit einem sozialwissenschaftlichen Erkenntnisinteresse. Sie soll sowohl zur Geschichte der europäischen Öffentlichkeit während der Umbruchszeit von 1989/90 als auch allgemein zu den Auswirkungen politischer Verfahren auf die Struktur öffentlicher Debatten einen Beitrag leisten.

Warum aber wurde Maastricht nicht zu Europas Verfassungsmoment? In der bisherigen Forschung wurde die Kontinuität von nationalspezifischen Deutungsmustern und Diskursstrukturen in der europäischen Öffentlichkeit verschiedentlich festgestellt, aber kaum problematisiert. Tat-

---

7 Die Idee eines europäischen Öffentlichkeitsdefizits wurde erstmals 1993 von Jürgen Gerhards formuliert (Gerhards 1993) und löste nach scharfem Widerspruch von Klaus Eder und Cathleen Kantner (Eder / Kantner 2000) eine intensive Theorie-Debatte über das Konzept der europäischen Öffentlichkeit aus (siehe hierzu ausführlich unten, Kapitel I.1.2). Seit etwa 2010 kam es zu einer Beruhigung dieser Auseinandersetzung, während verstärkt empirische Arbeiten über die Europäisierung nationaler Öffentlichkeiten erschienen (z. B. Statham / Trenz 2013b, Novy 2013, Hepp u. a. 2016 oder die Beiträge in Statham / Koopmans 2010 und Risse 2015a). In Interaktion mit dieser sozialwissenschaftlichen Debatte wurde die Entwicklung der europäischen Öffentlichkeit zudem wiederholt Thema historischer Arbeiten (grundlegend Kaelble 1999, Kaelble 2002, ausführlich v.a. Meyer 2010). In dieser Arbeit soll zunächst im Ersten Teil die theoretische Auseinandersetzung um den Begriff der europäischen Öffentlichkeit aufgegriffen und konzeptionell weiterentwickelt werden, während der Dritte Teil die konkrete historische Ausgestaltung der europäischen Öffentlichkeit in den Verhandlungen zum Vertrag von Maastricht analysiert.

8 Vgl. Ackerman 1989a, Ackerman 1993, Ackerman 1998. Zum Begriff des *constitutional moment* und seiner Verwendung in dieser Arbeit siehe eingehend unten, Erster Teil, Kapitel 3.1.

sächlich ist die Existenz nationaler Unterschiede bei der Wahrnehmung des europäischen Integrationsprozesses wiederholt in überzeugender Form präsentiert worden: So stellt etwa Juan Díez Medrano an den Beispielen Deutschlands, Großbritanniens und Spaniens dar, wie die jeweiligen nationalen Kontexte zu unterschiedlichen Bedeutungszuschreibungen und Perspektiven auf ‚Europa‘ geführt haben.<sup>9</sup> Sven de Roode hebt in seiner Analyse deutscher, britischer und niederländischer Leitartikel zu den EG-Gründungsverträgen und zum Vertrag von Maastricht hervor, wie sehr das Verständnis der europäischen Integration von nationalen Selbstbildern und Diskussionen über das eigene nationale Selbstverständnis beeinflusst war.<sup>10</sup> Und auch Jan-Henrik Meyer nennt in seiner Geschichte der europäischen Öffentlichkeit die verschiedenen nationalen Europakonzeptionen als Hauptgrund für das ausbleibende europäische Gemeinschaftsgefühl und wagt sogar eine Zukunftsprognose: „Nationally distinct perceptions of Europe will continue to persist and produce nationally specific debates.“<sup>11</sup>

Bei genauerer Betrachtung erscheint dieses Argument jedoch zu einfach, um für sich allein die ausbleibenden Veränderungen in Folge der Maastrichter Vertragsreform zu erklären. Denn auch wenn eine gewisse natürliche Beharrungskraft etablierter Bedeutungszuschreibungen außer Frage steht, sind Diskurse immer nur begrenzt stabil.<sup>12</sup> Unter bestimmten, krisenhaften Umständen können sich verfassungspolitische Vorstellungen schnell und einschneidend verändern – eben darin besteht ja ein zentrales Merkmal jedes *constitutional moment*. Und tatsächlich bietet gerade die historische Zäsur ab 1989 mit dem Zusammenbrechen des Ostblocks, der endgültigen Auflösung der bipolaren Weltordnung und dem Neuentstehen mehrerer mittel- und osteuropäischer Staaten eine ganze Reihe von Beispielen dafür, wie schnell sich politische Ordnungsdiskurse verschieben und einstige Selbstverständlichkeiten überholt werden konnten. Es bleibt deshalb offen, weshalb die etablierten, nationalspezifischen Deutungsmuster ausgerechnet im Fall der europäischen Integration so widerstandsfähig waren, dass sie die Krise von 1989/90 und die dadurch ausgelösten Umbrüche im europäischen politischen System weitgehend unberührt überstanden. Eine rein diskursimmanente Perspektive stößt in diesem Fall an ihre Grenzen, weil es gerade darum geht, zu erklären, warum es trotz eines

---

9 Díez Medrano 2003.

10 Roode 2012.

11 Meyer 2010:302. Vgl. auch Risse 2010:7.

12 Bereits Michel Foucault beschrieb die Diskontinuität als ein charakteristisches Merkmal von Diskursen; vgl. etwa Foucault 1981 [1969]:236-252.

Umfelds beschleunigten politischen Wandels *nicht* zu einer stärkeren Diskontinuität der Diskurse kam.

In dieser Arbeit soll deshalb ein alternativer Erklärungsansatz für das Ausbleiben des Verfassungsmoments vorgeschlagen werden. Dieser nimmt nicht allein die verschiedenen nationalen Diskurstraditionen, sondern einen davon weitgehend unabhängigen Faktor in den Blick: nämlich das Verfahren der Vertragsreform, das sich vermittelt über die Eigenlogik der medialen Nachrichtenauswahl auf die öffentliche Wahrnehmung der Vertragsverhandlungen auswirkte. Dieses Verfahren erzeugte bestimmte Ereignisse, die die Medien – je nach dem Nachrichtenwert, den sie den Ereignissen zuschrieben – in ihrer Berichterstattung aufgreifen konnten oder auch nicht. Welchen Nachrichtenwert bestimmte Ereignisse besitzen, ist jedoch medienspezifisch und wesentlich von dem Publikum abhängig, an das das Medium sich richtet. Nachrichtenwert-Effekte können deshalb grundsätzlich eine Erklärung dafür bieten, weshalb sich der Diskurs verschiedener Medien je nach deren nationaler oder weltanschaulicher Ausrichtung unterscheidet.

Im Falle der Vertragsverhandlungen von Maastricht, so lautet kurz gefasst die These dieser Arbeit, wirkte sich das im Wesentlichen zwischenstaatliche Verfahren der Vertragsverhandlungen über entsprechende Nachrichtenwert-Effekte solcherart auf die Berichterstattung aus, dass in der öffentlichen Debatte nationale statt weltanschaulicher Diskursgrenzen dominierten. Da die wesentlichen Entscheidungen zur Vertragsreform auf Gipfeln der Staats- und Regierungschefs fielen und jeder Mitgliedstaat bis zuletzt ein Vetorecht darüber behielt, nahmen die Medien die nationalen Regierungen als Hauptakteure der Reform wahr. Den höchsten Nachrichtenwert hatte dabei für jedes Medium die Agenda der jeweils eigenen nationalen Regierung, da nur diese gegenüber dem jeweiligen nationalen Publikum auch politisch verantwortlich war. Dies führte dazu, dass die Debatte über die Vertragsverhandlungen stark von den jeweiligen nationalen Kontexten geprägt war – was wiederum das Beharren auf mitgliedstaatlich-außenpolitischen Deutungsmustern förderte und bewirkte, dass wichtige Aspekte des Konstitutionalisierungsschubs im politischen System in der Öffentlichkeit kaum wahrgenommen wurden.<sup>13</sup>

Da die mediale Nachrichtenauswahl stark auf internalisierten Verhaltensweisen beruht, die sich die Journalistinnen und Journalisten selbst

---

13 Zur Nachrichtenwerttheorie allgemein und zum hier beschriebenen Einfluss des Verfahrens auf die Berichterstattung siehe ausführlich unten, Erster Teil, Kapitel 4.

nicht unbedingt bewusst machen, ist es kaum möglich, die genaue Wirkungsweise solcher Nachrichtenwert-Effekte unmittelbar auf der Akteurs-ebene nachzuweisen. Es lassen sich daraus aber eine Reihe von Hypothesen zu den Inhalten der Berichterstattung ableiten, die anhand einer Diskursanalyse überprüft werden können: So müsste die jeweils eigene nationale Regierung in der Berichterstattung der Medien jeweils die größte Aufmerksamkeit erhalten haben, da sie als einziger Akteur sowohl ein Veto-recht in den Verhandlungen hatte als auch vor dem jeweiligen Zielpublikum des Mediums politisch verantwortlich war. Ausländische Regierungen hatten hingegen nur insofern Nachrichtenwert, als sie für das Ergebnis der Verhandlungen relevant waren. Da sie vor dem jeweiligen Publikum des Mediums jedoch nicht politisch verantwortlich waren, müssten ihre Positionen seltener in einen parteipolitischen-weltanschaulichen Zusammenhang gebracht und insgesamt weniger inhaltlich bewertet worden sein als die der eigenen Regierung. Parteipolitische Gegensätze schließlich besaßen vor allem in Bezug auf jene Akteure Nachrichtenwert, die vor dem jeweiligen Publikum politisch verantwortlich waren, also vor allem bei der Bewertung der eigenen nationalen Regierung und Opposition. Weltanschauliche Unterschiede zwischen Medien müssten deshalb vor allem in der Berichterstattung über die nationale Europapolitik deutlich werden, weniger in der Berichterstattung über die Verhandlungen insgesamt.

Um diesen Hypothesen nachzugehen, steht im Mittelpunkt der Arbeit eine Diskursanalyse der öffentlichen Debatte über die Verhandlungen, die zum Vertrag von Maastricht führten: Auf welche politischen Akteure richtete sich der Fokus der medialen Aufmerksamkeit? Wie wurden deren Positionen dargestellt und mit welchen Argumentationsmustern wurden sie gegebenenfalls bewertet? Welche Aspekte der Reformverhandlungen galten demnach als besonders wichtig, und in welchen Kontexten wurden sie interpretiert?

Der Untersuchungszeitraum konzentriert sich dabei auf jene Phase, in der das Potenzial für einen Verfassungsmoment aufgrund der Krisenhaftigkeit der Entwicklungen und der Tragweite der Beschlüsse am größten war. Anders als in den meisten bisherigen Untersuchungen zur öffentlichen Debatte über den Vertrag von Maastricht liegt der Schwerpunkt hier deshalb nicht auf den beiden Regierungskonferenzen im Jahr 1991 oder auf der Ratifikationsphase 1992/93,<sup>14</sup> sondern auf der kritischen Phase *vor* der Eröffnung der Regierungskonferenzen, in der bereits die wesentlichen Vor-

---

14 Claudia Schrag Sternberg nimmt in ihrer Untersuchung zu europäischen Legitimitätsdiskursen auch die Debatte über den Vertrag von Maastricht in den Blick,

entscheidungen zur Vertragsreform fielen. Entsprechend setzt die Analyse bereits mit der öffentlichen Debatte über die Einsetzung des Delors-Ausschusses auf dem Gipfel von Hannover im Juni 1988 und den ersten Forderungen des Europäischen Parlaments nach einer institutionellen Reform im selben Jahr ein. Im Mittelpunkt der Untersuchung steht dann der Zeitraum zwischen dem Fall der Berliner Mauer im November 1989 und der formellen Einsetzung der beiden Regierungskonferenzen zur Währungs- und zur Politischen Union im Dezember 1990. Von den Regierungskonferenzen werden hier hingegen nur die letzten Wochen bis zum Gipfel von Maastricht in den Blick genommen, also November und Dezember 1991.<sup>15</sup> Für diesen Zeitraum wird die mediale Berichterstattung zu den wesentlichen Ereignissen analysiert, die im Zusammenhang mit den Gesprächen über eine Vertragsreform standen. Dazu gehören etwa Gipfeltreffen des Europäischen Rates, Resolutionen des Europäischen Parlaments, Memoranden oder andere öffentliche Stellungnahmen nationaler Regierungen, Beschlüsse der europäischen Parteien etc.

Um über den langen Untersuchungszeitraum hinweg einen systematischen Vergleich sowohl zwischen Medien unterschiedlicher nationaler Herkunft als auch unterschiedlicher weltanschaulicher Ausrichtung zu ermöglichen, konzentriert sich die Analyse auf sechs Einzelzeitungen. Dabei handelt es sich um die jeweils auflagenstärkste linksliberale und liberal-konservative Qualitätstageszeitung aus den drei größten EG-Mitgliedstaaten, im Einzelnen *Süddeutsche Zeitung* und *Frankfurter Allgemeine Zeitung*

---

setzt jedoch erst beim Beginn der Regierungskonferenzen Anfang 1991 ein und konzentriert sich auf die Ratifikationsphase (Schrug Sternberg 2013:103-127). Auch Sven de Roode, der niederländische, deutsche und britische Pressediskurse zum den EG-Gründungsverträgen und zum Vertrag von Maastricht vergleicht, betrachtet ausschließlich die Ratifikationsphase (de Roode 2012:171-179, 196-207, 218-227). Jan-Henrik Meyer analysiert neben anderen Treffen des Europäischen Rates auch die Berichterstattung zum Gipfel von Maastricht, jedoch nur eine Woche vor und nach dem Gipfel (Meyer 2010:265-286). Christiane Barth und Patrick Bijsmans untersuchen neun einwöchige Einzelzeiträume im Umfeld von fünf Gipfeln sowie vier Referenden zwischen 1990 und 1994, von denen jedoch nur zwei – der Gipfel von Dublin im Juni 1990 und der Gipfel von Maastricht im Dezember 1991 – in die Zeit vor der Unterzeichnung des Vertrags fallen (Barth / Bijsmans 2018). Angela Siebold untersucht die Debatte zu den Schengener Abkommen von 1985 und 1990, die zeitlich teils mit den Verhandlungen zur EG-Vertragsreform zusammenfällt, geht jedoch nicht weiter darauf ein (Siebold 2014).

15 Zum Verlauf der Verhandlungen siehe unten im Zweiten Teil.



aus Deutschland, *Le Monde* und *Le Figaro* aus Frankreich sowie *The Guardian* und *The Times* aus Großbritannien.<sup>16</sup>

Als Vertreter der größten Mitgliedstaaten spielten die Regierungen dieser drei Länder eine zentrale Rolle in den Vertragsverhandlungen, und wie im Verlauf der Arbeit gezeigt wird, nahmen auch die Zeitungen aller drei Länder jeweils vor allem diese drei Regierungen als Schlüsselakteure wahr. Allerdings nahmen sie dabei unterschiedliche Rollen ein: Während Deutschland und Frankreich – wenn auch mit unterschiedlichen Interessen und Schwerpunkten – als treibende Kräfte auftraten, versuchte die britische Regierung die Verhandlungen nach Möglichkeit zu bremsen. Zugleich repräsentieren die drei untersuchten Länder unterschiedliche parteipolitische Konstellationen: In Deutschland und Großbritannien stand jeweils die konservative Zeitung der Regierung, die linksliberale der Opposition nahe, während in Frankreich das Verhältnis genau umgekehrt war. Zudem arbeitete die französische Regierungspartei PS auf europäischer Ebene mit den größten Oppositionsparteien aus Deutschland und Großbritannien, SPD und Labour Party, im Rahmen des Bundes der Sozialdemokratischen Parteien der Europäischen Gemeinschaft (BSPEG) zusammen; die größte deutsche Regierungspartei CDU war zusammen mit der kleinen französischen Oppositionspartei CDS Mitglied in der Europäischen Volkspartei (EVP). Die in Großbritannien regierende Conservative Party und die größte französische Oppositionspartei RPR gehörten hingegen keinem der großen europäischen Parteienbündnisse an, vertraten jedoch teils ähnliche, nationalkonservative Positionen. Diese unterschiedlichen Konstellationen erlauben es, in der Analyse gegebenenfalls auch mögliche transnationale Diskursallianzen sichtbar zu machen, die sich nicht allein aus der Haltung der jeweiligen nationalen Regierungen zu den Vertragsverhandlungen ergeben – etwa zwischen der britischen *Times* und dem französischen *Figaro*, die beide nationalkonservativen Parteien nahestanden.

Die Beschränkung der Analyse auf Qualitätstageszeitungen folgt zum einen dem Ziel der besseren transnationalen Vergleichbarkeit. Zum anderen nehmen Qualitätszeitungen in der europapolitischen Debatte eine besondere Rolle ein, da sie nicht nur wichtige Agendasetter innerhalb des

---

16 Der *Daily Telegraph* hatte zwar eine höhere Auflage als die *Times*, war aber offener parteinah ausgerichtet als die übrigen untersuchten Zeitungen und wurde deshalb nicht in die Untersuchung einbezogen.

Mediensystems sind,<sup>17</sup> sondern im Vergleich zu anderen Medien (etwa Regional- und Boulevardzeitungen oder dem Fernsehen) auch den höchsten Europäisierungsgrad besitzen, das heißt allgemein am meisten über europäische Politik berichten und häufiger auf Akteure aus anderen Mitgliedstaaten oder aus den supranationalen Institutionen verweisen.<sup>18</sup> Auch wenn Qualitätszeitungen nur einen Ausschnitt der gesamten öffentlichen Debatte widerspiegeln und nur einen kleineren Teil der Bevölkerung erreichen als andere Medien, sind sie für die Fragestellung dieser Arbeit von besonderem Interesse, da hier aufgrund des höheren Europäisierungsgrads die Voraussetzungen für Diskursveränderungen im Sinne eines europäischen Verfassungsmoments am besten waren. Wenn die Debatte über die Vertragsreform also schon in den Qualitätszeitungen von nationalspezifischen Kontexten geprägt war, so ist in den übrigen Medien erst recht mit einem Fortbestand mitgliedstaatlich-außenpolitischer Deutungsmuster zu rechnen.

Aus ähnlichem Grund liegt innerhalb der einzelnen Zeitungen der analytische Fokus auf Artikeln und Meinungstexten aus dem Politik- und Meinungsteil. Zwar erschienen auch im Wirtschaftsteil immer wieder Artikel über die Vertragsverhandlungen, insbesondere zu der geplanten Währungsunion; diese waren jedoch in der Regel recht eng auf wirtschaftspolitische Fragen ausgerichtet. Systematisch ausgewertet wurden für diese Arbeit deshalb nur die Artikel aus dem Politik- und Meinungsteil (gegebenenfalls einschließlich der Leserbriefseiten), in denen eine grundsätzliche

---

17 Zu der Rolle der Qualitätstageszeitungen als Agendasetter innerhalb der politischen Medienöffentlichkeit stellte etwa Carsten Reinemann mithilfe ausführlicher Fragebogen für das Jahr 2000 fest, dass bei der Themensuche, -auswahl und -recherche deutscher Journalisten die *Süddeutsche Zeitung* und die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* eine konstant wichtige Rolle spielen. Daneben beobachtet er einen hohen, aber sinkenden Einfluss des Wochenmagazins *Der Spiegel* sowie einen steigenden Einfluss der Boulevardzeitung *Bild* (Reinemann 2003:298-301).

18 Diese Beobachtung wird durch zahlreiche quantitative Analysen gestützt, etwa Vettors 2007, Kleinen-von Königslöw 2010, Pfetsch / Adam / Eschner 2010, Hepp u. a. 2016:77. Andreas Hepp u. a. konstatieren deshalb, Qualitätszeitungen gälten als „the principal public vehicle for both political and social European discourse. It is likely that more frequent and more detailed articles about the EU exist in quality national newspapers than in regional papers or tabloids. Due to their orientation towards well-educated and well-informed citizens, quality newspapers have their own standards for selecting newsworthy issues, and are continuously observing and monitoring political processes at the EU and member state levels“ (Hepp u. a. 2016:71-72).

Neudeutung der europäischen Integration im Sinne eines Verfassungsmoments eher zu erwarten gewesen wäre.

Methodisch folgt die Arbeit einer qualitativen Diskursanalyse, die den Verlauf der Debatte – insbesondere die Rolle unterschiedlicher Akteure, die wiederkehrenden Topoi und Argumentationsmuster sowie die Kontexte, in die diese eingebettet waren – verstehend nachvollzieht. Dieser qualitative Ansatz erlaubt in vielen Fällen eine nuanciertere Analyse der Ähnlichkeiten und Unterschiede zwischen Diskursen als die quantitativen Methoden, die vor allem in der sozialwissenschaftlichen Forschung zur europäischen Öffentlichkeit verbreitet sind.<sup>19</sup>

Da die Arbeit vor allem auf strukturelle Nachrichtenwert-Effekte abzielt, die sich aus den unterschiedlichen nationalen und weltanschaulichen Ausrichtungen ergeben, dienen die einzelnen Zeitungen als kleinste Untersuchungseinheit der Analyse. Der Fokus liegt also jeweils auf dem Blattdiskurs, der hier bewusst nicht auf bestimmte Journalisten oder andere Einzelakteure heruntergebrochen wird. Damit soll nicht abgestritten werden, dass einzelne Journalisten und ihre Praktiken durchaus Wirkungskraft beim Prägen öffentlicher Diskurse besitzen.<sup>20</sup> Auch sind Blattdiskurse in sich niemals völlig homogen: Es ist möglich, dass einzelne Artikel von der Blattlinie abweichen oder dass Zeitungen zu bestimmten Themen gezielt unterschiedliche Perspektiven anbieten. Unter den für diese Arbeit analysierten Artikeln fällt beispielsweise auf, dass die Texte des Brüssel-Korres-

---

19 Gegenstand dieser Untersuchungen ist häufig der Europäisierungsgrad der nationalen Öffentlichkeiten, wobei quantifizierbare Kriterien wie die Zahl der Artikel mit europapolitischem Bezug, die Erwähnungen von Akteuren aus anderen europäischen Ländern oder die Präsenz bestimmter, auf formalisierte Weise erfasster Argumentationsmuster zur Operationalisierung genutzt werden (vgl. hierzu unten, Erster Teil, Kapitel 1.2, mit zahlreichen Beispielen aus der Literatur). Auch Jan-Henrik Meyer greift in seiner Geschichte der europäischen Öffentlichkeit vor allem auf quantitative Analysemethoden zurück (Meyer 2008, Meyer 2010). Daneben sind aber auch einige historisch ausgerichtete Werke erschienen, die sich europäischen öffentlichen Diskursen mit qualitativen Methoden annähern. Dies gilt insbesondere für Claudia Schrag Sternbergs Analyse europäischer Legitimationsdiskurse, die zudem eine recht ausführliche Begründung für den gewählten qualitativen Ansatz bietet (vgl. Schrag Sternberg 2013:8). Auch Angela Siebolds Darstellung der Diskurse zum Schengenraum beruhen auf einer eingehenden qualitativen Analyse (Siebold 2014). Ebenfalls qualitativer Methoden bedient sich Hinnerk Meyer, dessen Analyse jedoch sehr summarisch bleibt und auf wenigen Seiten die britische, französische und deutsche europapolitische Debatte für den gesamten Zeitraum 1984-1992 zusammenfasst (Meyer 2014:353-369).

20 Zur Rolle journalistischer Praktiken bei der Konstruktion einer europäischen Öffentlichkeit vgl. etwa Statham 2010, Offerhaus 2011, Hepp u. a. 2016:30-70.

ponenten der *Times*, Michael Binyon, in der Regel deutlich integrationsfreundlicher ausfielen als die Leitartikel der Zeitung, die meist einen skeptischen und zuweilen offen feindlichen Blick auf die EG boten. Dieser Binnenpluralismus wird in dieser Arbeit jedoch vor allem als eine redaktionelle Entscheidung verstanden und gehört insofern selbst zu den Merkmalen, durch die sich der Blattdiskurs einer Zeitung auszeichnet. Soweit er für die Fragestellung von Bedeutung ist, reflektiert die Analyse ihn deshalb mit, ohne dabei aber im Einzelnen auf die Hintergründe individueller Journalisten einzugehen. In derselben Weise werden auch Leserbriefe und Gastkommentare hier jeweils als Teil des Blattdiskurses verstanden, da ihre Veröffentlichung auf einer redaktionellen Entscheidung beruht.

Die Arbeit ist in vier Teile untergliedert. Der *Erste Teil* stellt ausführlich die konzeptionellen Prämissen dar, die in dieser Einleitung nur knapp vorgestellt wurden. Hierfür werden zunächst zwei idealtypische Paradigmen beim Verständnis des europäischen Integrationsprozesses – Europapolitik als europäische Innen- oder mitgliedstaatliche Außenpolitik – und deren unterschiedliche Implikationen für die Anforderungen an eine europäische Öffentlichkeit präsentiert (I.1). Im Folgenden wird dargelegt, inwiefern der Vertrag von Maastricht einen Konstitutionalisierungsschub darstellte, mit dem sich das politische System in Richtung des europäisch-innenpolitischen Modells veränderte (I.2), während ein entsprechender Verfassungsmoment in der europäischen Öffentlichkeit ausblieb (I.3). Am Ende des Ersten Teils wird schließlich die zentrale These der Arbeit dargelegt, derzufolge sich das Beharren nationaler Perspektiven in der öffentlichen Debatte über den Vertrag von Maastricht aus dem Zusammenspiel zwischen dem Verfahren der Vertragsreform einerseits und medialen Nachrichtenwert-Effekten andererseits erklären lässt (I.4).

Der *Zweite Teil* der Arbeit stellt in einem Überblick den Verlauf der Vertragsverhandlungen dar, wobei insbesondere die Frage im Vordergrund steht, zu welchem Zeitpunkt aufgrund des krisenhaften Verlaufs sowie der Tragweite der getroffenen Entscheidungen das größte Potenzial für einen Verfassungsmoment bestand. Diese Überblicksdarstellung basiert im Wesentlichen auf der bislang erschienenen Forschungsliteratur zu den Vertragsverhandlungen (II.1). Sie identifiziert drei verschiedene Verhandlungsphasen: die Vorgeschichte von der Einsetzung des Delors-Ausschusses 1988 bis zum Fall der Berliner Mauer 1989 (II.2), die eigentlich kritische Phase vom Mauerfall bis zur Einsetzung der Regierungskonferenzen 1990 (II.3) sowie die Zeit der Regierungskonferenzen bis zum Gipfel von Maastricht 1991 (II.4).

Den Schwerpunkt der Arbeit bildet die Diskursanalyse im *Dritten Teil*. In dieser Diskursanalyse werden nach einer kurzem Vorbemerkung (III.1) zunächst einige gemeinsame Merkmale vorgestellt, die für alle untersuchten Zeitungen galten (III.2). Anschließend wird für die beiden ersten Verhandlungsphasen sowie für die Wochen unmittelbar vor und nach dem Gipfel von Maastricht untersucht, wie die Debatte über die Vertragsreformen verlief und welche Schwerpunkte die unterschiedlichen Zeitungen dabei setzten (III.3-5). Zur besseren Darstellung werden dabei angesichts der großen Unterschiede zwischen den verschiedenen nationalen Öffentlichkeiten jeweils die beiden Zeitungen derselben nationalen Herkunft in einem Unterkapitel zusammengefasst. Zudem wird in einer weiteren Untergliederung zwischen der Debatte über die Verhandlungen auf europäischer Ebene und der Debatte über die jeweilige nationale Europapolitik unterschieden. Im Ergebnis zeigt der Dritte Teil, wie stark die unterschiedlichen nationalen Kontexte und besonders die Auseinandersetzung mit der europapolitischen Agenda der jeweils eigenen Regierung die Diskurse der verschiedenen Zeitungen prägten.

Im *Vierten Teil* schließlich wird auf die vorherigen Ergebnisse aufbauend (IV.1) betrachtet, wie sich diese Dominanz nationaler Perspektiven auf die Debatte über einige der zentralen Aspekte des Vertrags auswirkte: nämlich die Ausweitung der Politikbereiche (IV.2) und die Neuerungen im institutionellen Gefüge der EU (IV.3). Diese Reformen, in denen sich der Konstitutionalisierungsschub des politischen Systems der EU besonders deutlich zeigte, hätten die Grundlage für eine Neuinterpretation der europäischen Integration auch in der europäischen Öffentlichkeit sein können. Wie die Analyse zeigen wird, standen sie jedoch oft nicht im Mittelpunkt der öffentlichen Debatte oder konnten aufgrund der stark nationalspezifischen Perspektiven kaum gesamteuropäisches Identifikationspotenzial freisetzen.



# *Erster Teil: Konzeptionelle Grundlagen*





# 1. Zwei Paradigmen europäischer Integration und Öffentlichkeit

## 1.1 *Der Integrationsprozess als Außenpolitik der Mitgliedstaaten oder europäische Innenpolitik*

Dass die Europäische Union eine staatliche Konstruktion *sui generis* ist, die sich weder als Staatenbund noch als Bundesstaat treffend beschreiben lässt, ist inzwischen ein Gemeinplatz geworden.<sup>21</sup> Sie stellt eine Herausforderung an traditionelle Vorstellungen von Souveränität und Staatlichkeit dar, die auch durch Hilfsbegriffe wie ‚Mehrebenensystem‘<sup>22</sup> oder ‚Staatenverbund‘<sup>23</sup> nicht vollständig aufgelöst werden kann. Deutlicher Ausdruck dieser Ambiguität ist die sogenannte ‚duale Legitimationsstruktur‘ der EU, die sowohl als Union der europäischen Staaten bzw. Staatsvölker als auch als Union der europäischen Bürger verstanden wird.<sup>24</sup> Hinter diesem Dualismus verbergen sich zwei entgegengesetzte und teils unvereinbare Konzeptionen der europäischen Einigung, die als normative Entwürfe und analytische Erklärungsansätze nebeneinander existieren: Das erste dieser beiden Paradigmen kann mit Begriffen wie ‚Funktionalismus‘, ‚Intergou-

- 
- 21 Johannes Pollak und Peter Slominski verweisen darauf, dass die Beschreibung der EU als Institution „*sui generis*“ ursprünglich aus der juristischen Debatte über die Rechtsnatur des Europarechts zwischen nationalem und Völkerrecht stammt (Pollak / Slominski 2006:118). Eine der ersten systematischen Beschreibungen der EU als Ausdruck eines „neuen Organisationsprinzips“ findet sich bei Armin von Bogdandy (von Bogdandy 1993:102), der dafür den Begriff „supranationale Union“ vorschlägt.
  - 22 Dieser Begriff etablierte sich vor allem seit Mitte der 1990er Jahre in den Politikwissenschaften (vgl. Jachtenfuchs / Kohler-Koch 1996, König / Rieger / Schmitt 1996).
  - 23 So die Formulierung im Maastricht-Urteil des deutschen Bundesverfassungsgerichts (BVerfG, Entscheidung vom 12.10.1993), die sich seitdem in der deutschen Rechtsprechung etabliert hat.
  - 24 Vgl. z. B. Von Bogdandy 2009:64; Habermas 2011:62–69. Expliziert wurde die duale Legitimation in Art. I-1 Abs. 1 Satz 1 des Vertrags über eine Verfassung für Europa: „Geleitet von dem Willen der Bürgerinnen und Bürger und der Staaten Europas, ihre Zukunft gemeinsam zu gestalten, begründet diese Verfassung die Europäische Union [...]“. Allerdings wurde diese Formulierung nach dem Scheitern des Verfassungsvertrags 2005 wieder aufgegeben.

vernementalismus‘ oder ‚regulatorische Governance‘ umrissen werden, das zweite mit Begriffen wie ‚Föderalismus‘, ‚Supranationalismus‘ und ‚Konstitutionalismus‘. Etwas pointierter ausgedrückt, betrachtet der erste Ansatz die europäische Integration als eine spezielle Form der *Außenpolitik der Mitgliedstaaten*, während der zweite Ansatz sie im Sinne einer *europäischen Innenpolitik* versteht.

Diese unterschiedlichen Konzeptionen prägten sowohl den Integrationsprozess selbst als auch die wissenschaftliche Theoriebildung dazu. Auf politischer Ebene führten sie zur Herausbildung eines komplexen politischen Systems, in dem europäisch-innenpolitische und mitgliedstaatlich-außenpolitische Elemente nebeneinander existieren.<sup>25</sup> Dabei setzte, wie weiter unten beschrieben wird, im Verlauf des Integrationsprozesses und insbesondere seit Beginn der Vertragsreformen ab Mitte der 1980er Jahre ein Veränderungsprozess ein, durch den sich das Wesen der EG auf der Skala zwischen beiden Extremen in Richtung eines supranational-föderalen Modells verschob.<sup>26</sup> Allerdings wurde die Spannung zwischen europäischer Innenpolitik und mitgliedstaatlicher Außenpolitik zu keinem Zeitpunkt vollständig aufgelöst. Auf dem Spektrum zwischen Bundesstaat und Staatenbund nimmt die Europäische Union bis heute eine unklare und bisweilen widersprüchliche Mittelposition ein. Im Folgenden soll an vier verschiedenen Bereichen – den normativen Entwürfen, die dem Integrationsprozess zugrunde lagen, den politikwissenschaftlichen Ansätzen zu seiner empirischen Erklärung, der verfassungsrechtlichen Deutung des Europarechts und der Debatte über das Demokratiedefizit der EU – umrissen werden, welche Implikationen mit diesen beiden Perspektiven jeweils verbunden sind.

### 1.1.1 Föderalistische und funktionalistische Integrationspläne

Der Gegensatz zwischen europäischer Innenpolitik und mitgliedstaatlicher Außenpolitik zeichnete sich *erstens* auf einer politischen Ebene schon im Vorfeld des eigentlichen Integrationsprozesses ab. Die Idee eines europäischen Bundesstaats geht auf den politischen Aktivismus der europäischen Föderalisten zurück, die sich bereits in der Zwischenkriegszeit in verschie-

---

25 Andreas Wirsching spricht von einem „nicht zu Ende geführte[n] Strukturkompromiß zwischen intergouvernementalen und supranationalen Prinzipien“ (Wirsching 2012:186).

26 Vgl. unten, Erster Teil, Kapitel 2.

denen europäischen Ländern zu organisieren begannen. Vereinigungen wie die 1924 gegründete Paneuropa-Union unter Führung von Richard Coudenhove-Kalergi, die Schweizer Europa-Union von 1934 oder die britische *Federal Union* von 1938 setzten sich – mit im Detail unterschiedlichen Programmen – für die Errichtung der ‚Vereinigten Staaten von Europa‘ ein. Vor allem während des Zweiten Weltkriegs verbreitete sich dieses Ziel unter einer Vielzahl von Widerstandsgruppen, die in der absoluten Souveränität der Nationalstaaten die strukturelle Ursache von Diktatur und Krieg sahen.<sup>27</sup> In den Jahren nach 1945 institutionalisierte sich diese Bewegung schließlich in der Union Europäischer Föderalisten, die die Gründung eines europäischen Bundesstaats auf Basis einer gesamteuropäischen Verfassung anstrebte. Die Nationalstaaten würden zwar weiterexistieren, doch die zentrale Legitimationsgrundlage sollten die europäischen Bürger selbst bilden.

Demgegenüber entwarf der britische Politikwissenschaftler David Mitrany – ebenfalls noch während des Zweiten Weltkrieges – in seinem Werk *A Working Peace System* das Gegenmodell einer funktionalistischen Integration, die nur auf bestimmte Politikfelder und vertraglich formulierte Ziele beschränkt sein sollte. Anstelle des hochgesteckten Ziels eines europäischen (oder weltweiten) Bundesstaates befürwortete er die Einrichtung zweckgebundener überstaatlicher Agenturen. Diese sollten bestimmte Entscheidungen vereinfachen, die sonst diplomatisch ausgehandelt werden müssten, und dadurch eine effizientere Koordination ermöglichen. Dabei sah Mitrany zwar langfristig keine Begrenzung für die Übertragung von Hoheitsrechten,<sup>28</sup> sprach sich jedoch zunächst für eine Konzentration der Integration auf technische und wirtschaftliche Bereiche aus, wo die Bereitschaft der Nationalstaaten zur Zusammenarbeit am größten sei. Explizit wandte sich Mitrany gegen die Forderung „that we should have a league not of governments but of peoples“.<sup>29</sup> Der Versuch, Souveränität an eine überstaatliche demokratisch gewählte Versammlung zu übertragen, sei

---

27 Vgl. Lipgens 1968:15–16. In charakteristischer Weise findet sich dieses Argument etwa in dem 1941 von den italienischen Antifaschisten Altiero Spinelli und Ernesto Rossi verfassten *Manifest von Ventotene*.

28 In der Einleitung zur 1946 erschienenen 4. Auflage von *A Working Peace System* stellte er explizit fest, freiwillige Souveränitätstransfers hätten „no limit except that set by our political maturity“ (Mitrany 1975:128), und hob die Verteidigungspolitik als einen Bereich hervor, der dringend auf überstaatlicher Ebene vergemeinschaftet werden müsse.

29 Mitrany 1975:130–131, hier 130.

zum Scheitern verurteilt, da die nationalen Institutionen einen solchen Autoritätsverlust nicht hinnehmen würden.

Die Gründung der Europäischen Gemeinschaften in den 1950er Jahren folgte zunächst im Wesentlichen Mitrany's funktionalistischem Modell. Die Verträge über EGKS, EWG und Euratom begründeten nur spezifische, auf Wirtschafts- und Energiefragen begrenzte Regime, in denen die Mitgliedstaaten Kompetenzen an eine technokratisch konzipierte Hohe Behörde bzw. Kommission delegierten. Direkte Partizipationsmöglichkeiten der europäischen Bürger waren nicht vorgesehen. Der Plan einer Europäischen Politischen Gemeinschaft, in der zahlreiche Föderalisten ein mögliches Einfallstor für ihre politischen Entwürfe sahen, scheiterte 1954 mit der Ablehnung des Vertrags über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft im französischen Parlament.<sup>30</sup>

Dennoch gaben die europäischen Föderalisten ihre Ziele nicht auf. Anstelle eines einmaligen Akts europäischer Verfassungsgebung verfolgten sie nun vermehrt eine Strategie der schrittweisen oder inkrementellen Föderalisierung, die auf eine künftige Weiterentwicklung der Europäischen Gemeinschaften setzte.<sup>31</sup> Entsprechend betonte die föderalistische Theorie nun die strukturellen Ähnlichkeiten zwischen dem politischen System der EG und der Funktionsweise eines Bundesstaats. Unterschiede wurden als ‚Defizite‘ oder als Zeichen dafür gesehen, dass ein bestimmter Reformschritt ‚noch nicht‘ stattgefunden habe. Dies drückte sich etwa in den politischen Erinnerungen des ersten EWG-Kommissionspräsidenten Walter Hallstein aus, in deren Titel die Gemeinschaft als *Der unvollendete Bundesstaat* bezeichnet wurde.<sup>32</sup>

---

30 Christof Berthold sieht in der Ablehnung der EPG deshalb „den Wechsel bzw. die Rückkehr zur funktionalistischen Methode der Einigung Europas“. Erst „die Verträge von Maastricht und Amsterdam zeichnen in gewisser Weise den Weg zurück zu dem Konzept der EPG – einer umfassenden Verfassung von Europa“ (Berthold 2003:35–36, vgl. allgemein ebd.:23–37).

31 Vgl. z. B. Corbett 2001:12–20.

32 Hallstein 1969. Im Vorwort des Buches schreibt Hallstein noch expliziter, die EG seien ein „dynamischer Organismus, der schon eine Zukunft in sich trägt“ (ebd.:7), im Schlusskapitel heißt es: „Politisch sind die Gemeinschaften zugleich Teil eines größeren Ganzen, Zwischenziel auf dem Wege zu dem Endziel. Dieses Endziel bleibt der europäische Bundesstaat. [...] Im Blick auf dieses Endziel wurde die Gemeinschaft angelegt, sowohl in ihren sachlichen Kompetenzen [...] wie in ihren Verfassungselementen: mit föderationsähnlicher Struktur. Wenn wir die Gemeinschaft verteidigen, so behüten wir also zugleich die Grundelemente der künftigen Wirklichkeit“ (ebd.:252).

### 1.1.2 Neofunktionalistische und intergouvernementale Theorien in der Politikwissenschaft

*Zweitens* fand sich der Gegensatz zwischen dem europäisch-innenpolitischen und dem mitgliedstaatlich-außenpolitischen Paradigma auch in den politikwissenschaftlichen Theorien, die den dynamischen Verlauf des Integrationsprozesses empirisch zu erklären versuchten. Besonderen Einfluss gewann hier nach Gründung der EG zunächst der neofunktionalistische Ansatz nach Ernst B. Haas,<sup>33</sup> der in verschiedenen Verzweigungen bis heute wirkmächtig ist. Im Gegensatz zum Föderalismus und zum klassischen Funktionalismus, die jeweils normative Aussagen über Zweck und Ausgestaltung der europäischen Einigung beinhalteten, verstand sich der Neofunktionalismus als erste rein empirisch-analytische Theorie des Integrationsprozesses.<sup>34</sup> Er übernahm bestimmte Annahmen des klassischen Funktionalismus, ergänzte diese allerdings um die Vorstellung einer strukturellen Eigendynamik, durch die ein einmal begonnener Einigungsprozess sich fortwährend selbst verstärkte: Haas zufolge führten einmal vollzogene Integrationsschritte in bestimmten Politikbereichen zu gesellschaftlichen Anpassungs- und Veränderungsprozessen, die einen neuen grenzüberschreitenden Regelungsbedarf in daran angrenzenden Feldern schafften. Diese sogenannten Spill-over-Prozesse motivierten die politischen Akteure zu immer weiteren Maßnahmen, sodass die ersten kleinen Integrationschritte immer größere nach sich zögen.<sup>35</sup> Zugleich verändere sich auch das Selbstverständnis der Beteiligten: Politische Integration sei deshalb ein „process whereby political actors in several distinct national settings are persuaded to shift their loyalties, expectations and political activities toward a new centre, whose institutions possess or demand jurisdiction over the pre-existing national states“,<sup>36</sup> was im Endergebnis zu einer „new political community, superimposed over the pre-existing ones“ führe.<sup>37</sup> Mit dieser Vorstellung eines ständigen Wachstums der supranationalen Politikfelder und der Entstehung eines machtvollen neuen politischen Zentrums zeigte sich der Neofunktionalismus gegenüber dem inkrementellen Föde-

---

33 Vgl. v.a. Haas 2004 sowie z.B. Haas 1964, das allerdings nicht die Europäischen Gemeinschaften, sondern die International Labour Organisation in den Blick nimmt.

34 Vgl. Wolf 2012.

35 Haas spricht deshalb von der „expansive logic of sector integration“ (vgl. Haas 2004:283–317).

36 Haas 2004:16 (gesamtes Zitat im Original hervorgehoben).

37 Ebd.

ralismus letztlich anschlussfähiger als gegenüber dem klassischen Funktionalismus nach Mitrany.

Ab den 1960er Jahren wurde die neofunktionalistische Schule jedoch durch die Theorie des Intergouvernementalismus herausgefordert. Vorreiter dieses Ansatzes war Stanley Hoffmann, der wiederum die zentrale Rolle der Mitgliedstaaten bei der Fortentwicklung des Einigungsprozesses hervorhob.<sup>38</sup> Ausgehend von einem der realistischen Schule zugehörigen Verständnis nationaler Außenpolitik erklärte Hoffmann Integrationsprozesse im Wesentlichen aus den Interessen der beteiligten Staaten heraus, die sich nur zusammenschließen, um ihren jeweiligen individuellen Nutzen zu fördern. Gegenüber dem Neofunktionalismus ergaben sich daraus zwei zentrale Unterschiede: Zum einen erschien die Einigung nun nicht mehr als selbstverstärkende Eigendynamik und damit sehr viel weniger unumkehrbar.<sup>39</sup> Zum anderen konnten die Staaten nach Hoffmanns Verständnis kein Interesse an einem Verzicht auf die Kernbereiche ihrer Souveränität haben. Die Integration könne deshalb nicht auf „high politics“ übergreifen, sondern müsse auf den technisch-ökonomischen Bereich begrenzt bleiben.<sup>40</sup>

Während Hoffmann das nationale Interesse noch im Wesentlichen in der Steigerung geostrategischer Macht sah, betonten spätere Weiterentwicklungen seines Konzepts auch andere Motivationen der mitgliedstaatlichen Regierungen. Einflussreich war dabei insbesondere der liberale Intergouvernementalismus nach Andrew Moravcsik, der nationale Interessen als das Ergebnis eines innerstaatlich ausgetragenen gesellschaftlichen Aushandlungsprozesses interpretierte.<sup>41</sup> Auch in historischen Darstellungen gewann das intergouvernementale Deutungsmuster seit den frühen 1990er Jahren an Verbreitung, wozu insbesondere Alan Milwards vielbeachtetes Werk *The European Rescue of the Nation State* beitrug.<sup>42</sup> In jedem Fall aber verstehen intergouvernementalistische Theorien die Nationalstaaten als nach außen hin abgeschlossene und mit einer einheitlichen Position auf

---

38 Vgl. Bieling 2012.

39 Stanley Hoffmann selbst sah eine umfassende Integration zwar als möglich an, betonte jedoch, es gebe „more things in the heaven and earth of possible international futures than in any philosophy of international relations“ (Hoffmann 1966:911–912). Einen größeren Stellenwert in der politikwissenschaftlichen Forschung gewann die mögliche Desintegration der EU erst im Zuge der Eurokrise (vgl. z. B. die Beiträge in Eppler / Scheller 2013).

40 Hoffmann 1966:882.

41 Beispielsweise Moravcsik 1993, Moravcsik 1998; vgl. auch Steinhilber 2012.

42 Milward 1992.

tretende Akteure. Der Integrationsprozess erschien in dieser Konzeption lediglich als eine besondere Form nationaler Außenpolitik, bei der die Mitgliedstaaten die supranationalen Institutionen als Agenten einsetzen, um ihre wechselseitigen Beziehungen effizienter zu gestalten.

### 1.1.3 Konstitutionalismus und nationale Souveränität im Europarecht

*Drittens* schlug sich der Gegensatz zwischen den Paradigmen der europäischen Innenpolitik und der mitgliedstaatlichen Außenpolitik auch im juristischen Diskurs über Natur und Stellung des Europarechts nieder. In den frühen rechtswissenschaftlichen Betrachtungen dominierte eine an die Konzeptionen David Mitranys angelehnte Betrachtungsweise: Bekannt wurde etwa die Formulierung von Hans Peter Ipsen, der die EWG 1972 als „Zweckverband funktioneller Integration“ definierte.<sup>43</sup> Auf der anderen Seite grenzte der Europäische Gerichtshof das Europarecht allerdings schon bald als eigenständige Rechtsordnung vom gewöhnlichen Völkerrecht ab. Im Van-Gend-en-Loos-Urteil 1963 erklärte er, die EG sei „eine Rechtsordnung, deren Rechtssubjekte nicht nur die Mitgliedstaaten, sondern auch die Einzelnen sind“; das Europarecht solle deshalb „den Einzelnen, ebenso wie es ihnen Pflichten auferlegt, auch Rechte verleihen“.<sup>44</sup> Daraus leitete der Gerichtshof zum einen eine unmittelbare Wirkung europäischen Rechts ab. Zum anderen ging er ab 1969 dazu über, auch bestimmte individuelle Grundrechte als Teil der europäischen Rechtsordnung zu behandeln und von den Gemeinschaftsorganen erlassene Sekundärrechtsakte an ihnen zu messen.<sup>45</sup> Indem auf diese Weise der einzelne Bürger als unmittelbarer, nicht durch die Nationalstaaten mediatisierter Adressat und Legitimationssubjekt des Europarechts hervorgehoben wurde, erhielt die EG schon früh einen rechtlichen Status, durch den sie sich deutlich von klassischen internationalen Organisationen absetzte.<sup>46</sup> In der Folge etablierten sich seit den 1980er und vor allem den 1990er Jahren auch in der Rechtswissenschaft Deutungsansätze, die die Gründungsverträge als „europäisches Verfassungsrecht“ betrachten.<sup>47</sup>

---

43 Ipsen 1972:196.

44 EuGH, Urteil vom 05.02.1963.

45 Vgl. Mayer 2005:457–464.

46 Zur verfassungsrechtlichen Bedeutung dieses ‚Durchgriffs‘ der supranationalen Ebene auf den einzelnen Bürger vgl. etwa Eisenfeld 2012.

47 Frühzeitig wurde dieses Verständnis des Europarechts von Eric Stein beschrieben, der besonders die Rolle des EuGH bei der Herausbildung dieser Lesart her-

Während der Europäische Gerichtshof in seiner Rechtsprechung also einer konstitutionalistischen Interpretation der europäischen Integration Vorschub leistete, waren die nationalen Verfassungsgerichte meist eher um die Wahrung eines nationalen Letztentscheidungsrechts bemüht. Insbesondere das deutsche Bundesverfassungsgericht (BVerfG) zielte wiederholt auf den nur abgeleiteten Charakter des europäischen Rechts ab.<sup>48</sup> So betonte es 1974 in der viel beachteten Solange-I-Entscheidung, dass deutsche Behörden bei der Umsetzung europäischen Rechts an die deutschen Grundrechte gebunden seien und das Verfassungsgericht deshalb Gemeinschaftsrecht, das gegen das Grundgesetz verstoße, für unanwendbar erklären könne. Im Solange-II-Urteil 1986 verzichtete das BVerfG angesichts des vom EuGH selbst durchgeführten Grundrechtsschutzes dann zwar auf eine Ausübung der eigenen Kontrollbefugnis; es behielt sich jedoch vor, selbst aktiv zu werden, falls der europäische Grundrechtsschutz in Zukunft wieder unter den vom Grundgesetz gebotenen Minimalstandard absinken sollte. In den Urteilen zu den Verträgen von Maastricht 1993 und Lissabon 2009 schließlich betonte das BVerfG, dass die Zuständigkeiten der europäischen Institutionen nur auf begrenzte Einzelermächtigungen durch die Mitgliedstaaten zurückgingen. Nach dieser Lesart blieb das Europarecht also den nationalen Verfassungsordnungen untergeordnet – so dass das Bundesverfassungsgericht sich selbst das Recht zuschrieb, zu überprüfen, ob bei der Verabschiedung europäischer Sekundärrechtsakte die vertraglich vorgesehene Kompetenzordnung eingehalten wurde. Damit (sowie mit vergleichbaren Entscheidungen von Gerichten anderer Mitgliedstaaten) entstand ein latenter Konflikt zwischen den Letztentscheidungsansprüchen des Europäischen Gerichtshofs und der nationalen Verfassungsgerichte: Beide Seiten betrachten sich jeweils als höchste Instanz ihrer eigenen Rechtsordnung.<sup>49</sup>

---

vorhob (Stein 1981). Sie steht im Kontext einer allgemeinen Konstitutionalisierung des Völkerrechts, wobei die EU von allen überstaatlichen Organisationen als diejenige gilt, die die meisten Merkmale eines normativ verstandenen Konstitutionalismus angenommen hat. Anne Peters etwa hebt die Autonomie ihrer Rechtsordnung, die Verantwortlichkeit ihrer Organe gegenüber den Bürgern statt nur gegenüber den Mitgliedstaaten sowie die Garantie von Rechtsstaatlichkeit und Grundrechtsschutz gegenüber Rechtsakten der Organisation selbst hervor (Peters 2009, vgl. auch Ley 2009). Für einen Überblick der Debatte vgl. auch die Beiträge in von Bogdandy / Bast 2009.

48 Zum Staatsverständnis in der Europarechtsprechung des BVerfG vgl. ausführlich van Ooyen 2018.

49 Vgl. z. B. Mayer 2000:260–273.



Die Europarechtswissenschaft versuchte diese Spannung durch Konzepte wie „Verfassungspluralismus“,<sup>50</sup> „Verfassungsverbund“<sup>51</sup> oder „Verfassungsgerichtsverbund“<sup>52</sup> aufzulösen, denen die Idee einer heterarchischen Kooperation zwischen den Gerichten der verschiedenen Ebenen zugrunde liegt. Damit muss jedoch auf eine eindeutige Zuweisung des verfassungsrechtlichen Letztentscheidungsrechts verzichtet werden – das genaue Verhältnis zwischen der europäischen und der nationalen Rechtsordnung bleibt explizit offen. Dieser Ansatz erreichte recht breite Zustimmung in der Rechtswissenschaft, ist aber nicht unumstritten<sup>53</sup> und wurde insbesondere nach dem sogenannten PSPP-Urteil von 2020, als das BVerfG erstmals explizit eine Entscheidung des EuGH verwarf, verstärkt in Frage gestellt.<sup>54</sup> Letztlich spiegelt er den nach wie vor unaufgelösten Gegensatz zwischen einem europäisch-innenpolitischen und einem mitgliedstaatlich-außenpolitischen Verständnis der europäischen Integration wider.

#### 1.1.4 Die Debatte über das europäische Demokratiedefizit

Ein *vierter* Bereich, in dem der Unterschied zwischen diesen beiden Paradigmen zu erkennen ist, ist schließlich die politische Debatte über die Legitimität der europäischen Institutionen, die sich besonders am Schlagwort des ‚Demokratiedefizits‘ der EU entfesselte. Aus funktionalistischer Perspektive stellte sich die Frage nach einer demokratischen Legitimation der europäischen Institutionen in der Anfangsphase der Integration schlicht nicht. Im Gegenteil wurden die technokratisch geprägten Organe der Europäischen Gemeinschaften von Seiten ihrer Gründer sogar als Chance gesehen, um effizient bestimmte Entscheidungen durchzusetzen, die dem langfristigen Allgemeinwohl nutzen sollten, in den demokratischen Nationalstaaten jedoch wegen des Einflusses partikularer Interessen und der Rücksichtnahme der Politiker auf kurzfristige Wählerentscheidungen nicht möglich waren.<sup>55</sup>

---

50 Vgl. etwa Maduro 2003a, Avbelj / Komárek 2011, Jaklic 2014. Julio Baquero Cruz sieht dieses „Pluralist Movement“ als direkte Antwort auf das Maastricht-Urteil des deutschen Bundesverfassungsgerichts (Baquero Cruz 2008:412–414).

51 Z. B. Pernice 1996, Pernice 2010, Berger / Grabenwarter / Vranes 2013.

52 Z. B. Voßkuhle 2009.

53 So kritisiert ihn etwa Pavlos Eleftheriadis als Verstoß gegen das Prinzip der Rechtsintegrität (vgl. Eleftheriadis 2010).

54 Z. B. Kelemen u. a. 2020.

55 Vgl. Thiemeyer 2016.

Hingegen ging die Vorstellung einer mangelnden demokratischen Legitimation der Europäischen Gemeinschaften auf eine föderalistisch inspirierte Übertragung bundesstaatlicher Demokratiekonzepte auf die europäische Ebene zurück. So setzte sich die föderalistische Bewegung mit diesem Argument bereits seit den 1950er Jahren für die Einführung von Direktwahlen zum Europäischen Parlament ein.<sup>56</sup> Die Abgeordneten des Europäischen Parlaments wiederum nutzten das Schlagwort eines legitimatorischen ‚Defizits‘, um eine Ausweitung ihrer eigenen Kompetenzen innerhalb des institutionellen Gefüges der EG zu fordern. In charakteristischer Weise definierte etwa der 1988 vom Parlament verabschiedete Toussaint-Bericht das europäische Demokratiedefizit als

die Kombination von zwei Faktoren:

- a) die Übertragung von Zuständigkeiten von den Mitgliedstaaten auf die Europäischen Gemeinschaften;
- b) die Ausübung dieser Zuständigkeiten auf Gemeinschaftsebene durch andere Organe als das Europäische Parlament, obwohl vor der Übertragung die einschlägige Gesetzgebungsbefugnis bei den nationalen Parlamenten lag.<sup>57</sup>

Auf der anderen Seite zogen ab den 1970er Jahren auch Gegner einer vertieften europäischen Integration das Demokratiedefizit als Argument heran, um eine weitere Übertragung von Zuständigkeiten auf die europäische Ebene abzulehnen. Vor allem seit den 1990er Jahren drang diese Kontroverse schließlich in die breite Öffentlichkeit vor und wurde zugleich auch zu einem zentralen Thema der politikwissenschaftlichen Auseinandersetzung mit der europäischen Integration.<sup>58</sup>

Diese Belebung der akademischen Debatte ging zunächst mit einem Wiedererstarken der intergouvernemental-funktionalistischen Perspektive einher. So wies Andrew Moravcsik in scharfem Widerspruch zu den vorherrschenden Ansichten in der breiteren politischen Öffentlichkeit die Diagnose eines europäischen Demokratiedefizits vollständig zurück. Stattdessen betonte er die indirekte Legitimation durch die auf nationaler Ebene gewählten Regierungen der Mitgliedstaaten, die nach wie vor die dominanten Akteure im institutionellen Gefüge der Union seien.<sup>59</sup> Einfluss-

---

56 O'Connor 2014.

57 Europäisches Parlament 01.02.1988:12–13.

58 Vgl. den Überblick über die Forschungsdiskussion bei Follesdal / Hix 2006:534–537.

59 Moravcsik 2002:611–614.

reich war auch der Ansatz des Politikwissenschaftlers Giandomenico Majone, der die EU als Musterfall eines *regulatory state* beschrieb: Anders als Nationalstaaten, die interne Umverteilungsmaßnahmen durchführten und dafür durch demokratische Mechanismen Zustimmung erzeugen müssten, beschränke sich die EU auf eine effiziente Regulierung des Marktgeschehens.<sup>60</sup> Zu diesem Zweck sei es gerade nützlich, dass sie dem Druck demokratischer Entscheidungsverfahren entzogen sei. Eine Demokratisierung – und damit verbundene Politisierung – würde ihre Legitimität nicht fördern, sondern im Gegenteil ihre Glaubwürdigkeit als Regulierer untergraben.<sup>61</sup> Auf der anderen Seite verteidigten etwa Andreas Follesdal und Simon Hix die Relevanz des Konzepts eines europäischen Demokratiedefizits. In Abgrenzung von Majone betonten sie, dass sich Entscheidungen auf europäischer Ebene nicht auf eine reine Effizienz-Optimierung begrenzen ließen. Da sie bereits jetzt beachtliche Umverteilungswirkungen mit Gewinnern und Verlierern zeigten, sei zu ihrer Legitimation auch eine demokratische, etwa parteipolitisch geformte Auseinandersetzung notwendig.<sup>62</sup>

Die Lösungsvorschläge blieben jedoch nicht auf die von den Föderalisten vertretene Stärkung des Europäischen Parlaments beschränkt. Vor allem seitdem die Debatte über das europäische Demokratiedefizit in den 1990er Jahren eine breitere Öffentlichkeit erreicht hatte, forderten verschiedene Akteure auch eine bessere Einbeziehung der nationalen Parlamente in die Europapolitik.<sup>63</sup> Allerdings unterscheidet sich die Stoßrichtung dieses Ansatzes von der klassisch föderalistischen Position in entschei-

---

60 Vgl. Majone 1994. Majone zufolge fand unter anderem aufgrund der fortschreitenden Privatisierung seit den 1970er Jahren europaweit eine Zunahme der Regulierung statt, bei der die Mitgliedstaaten der EU einen großen Teil der regulatorischen Aktivitäten auf die supranationale Kommission übertrugen. Diese stehe allerdings nur im Mittelpunkt eines „issue network“ aus Experten der mitgliedstaatlichen Behörden und anderer Institutionen (Majone 1994:83–92). – Das Konzept eines transnationalen ‚Regierens durch Netzwerke‘ wurde (mit teils et was anderen Schwerpunkten als bei Majone) auch später wiederholt aufgegriffen (z. B. Kaiser 2009, Simantiras 2016). Indem es die funktionale Entscheidungsfindung durch jeweils themenspezifische, transnationale Expertennetzwerke betont, setzt es sich von föderalistisch-supranationalen Konzeptionen ab, die auf eine breite demokratische Partizipation abzielen.

61 Vgl. z. B. Majone 1994:94, Majone 1999, Majone 2002:383–385, ähnlich auch Moravcsik 2004:361.

62 Follesdal / Hix 2006:551–557, ähnlich auch Schäfer 2006.

63 Für einen Überblick über die Debatte der 1990er Jahre vgl. Pernice 2002; für jüngere Beiträge siehe z. B. Çelik 2016, Bollmohr 2017, Paasch 2018, Kreiling 2019.

## 1. Zwei Paradigmen europäischer Integration und Öffentlichkeit

dender Hinsicht: Anders als die Stärkung des Europäischen Parlaments impliziert die Forderung nach einer Einbindung der nationalen Parlamente nicht die Idee einer gesamteuropäischen Bürgerschaft, sondern zielt hauptsächlich darauf ab, dass die Festlegung der *nationalen* Europapolitik hinreichend demokratisch erfolgt. Sie fügt sich damit letztlich in das Konzept des liberalen Intergouvernementalismus ein, demzufolge die europäische Integration den – jeweils innerstaatlich demokratisch auszuhandelnden – Interessen der einzelnen Mitgliedstaaten dienen soll. Der Unterschied zu Positionen wie von Andrew Moravcsik betrifft lediglich das Gleichgewicht zwischen Exekutive und Legislative auf *einzelstaatlicher* Ebene, nicht die Konzeption der europäischen Integration insgesamt.

Dagegen lässt sich die Frage, ob das Demokratiedefizit der EU hauptsächlich durch eine Stärkung des Europäischen Parlaments oder durch eine bessere Einbindung der nationalen Parlamente überwunden werden sollte, als eine Konfliktlinie zwischen dem gesamteuropäisch-innenpolitischen und dem mitgliedstaatlich-außenpolitischen Paradigma der europäischen Integration deuten. In diesem Sinn hebt etwa der Rechtswissenschaftler Stefan Oeter hervor, dass die „Frage nach der Vermittlung demokratischer Legitimation“ auf europäischer Ebene „vom zugrunde gelegten Modell der Konstruktion europäischer Integration“ abhängt. Verstehe man die EU „traditionalistisch [...] als Verbund souveräner Nationalstaaten“, so könne ihre demokratische Legitimation ausschließlich auf den nationalen Parlamenten beruhen. Die wachsende Rolle des Europäischen Parlaments hingegen verweise auf „Ansätze einer ‚europäischen Volkssouveränität‘“, die in einem „gleitenden Prozess“ bei der Legitimation der EU an Bedeutung gewinne.<sup>64</sup>

### 1.1.5 Zwischenfazit

Betrachtet man all diese aus verschiedenen Bereichen zusammengetragenen Gegensätze, so lässt sich der Unterschied zwischen dem europäisch-innenpolitischen und dem mitgliedstaatlich-außenpolitischen Paradigma wie folgt zusammenfassen: Das europäisch-innenpolitische Modell versteht die Organe der Europäischen Union als die politischen Institutionen einer

---

64 Oeter 2009:97–98. Auch zu diesem Thema wurden allerdings bereits frühzeitig auch Mittelpositionen vertreten, die zum Beispiel auf eine bessere Zusammenarbeit zwischen Europäischem Parlament und nationalen Parlamenten abzielten (so etwa Neunreither 1994).

gesamteuropäischen Gesellschaft. Es orientiert sich dabei an bundesstaatlichen Strukturen und nimmt vor allem die einzelnen Bürgerinnen und Bürger als rechtliche und politische Subjekte in den Blick. Als Ziel wird eine möglichst umfassende konstitutionelle Ordnung gesehen, bei der kein Politikbereich *a priori* von einer Europäisierung ausgeschlossen sein muss, soweit es dafür einen gesamteuropäischen Regelungsbedarf gibt. Grundlage der politischen Legitimation ist bei diesem Modell in erster Linie das demokratisch gewählte Europäische Parlament, in dem transnationale Parteien die europäische Bürgerschaft vertreten.

Das mitgliedstaatlich-außenpolitische Paradigma betrachtet hingegen die Nationalstaaten als die zentralen Akteure, durch die der politische Wille ihrer jeweiligen Staatsbürger mediatisiert wird. Das europäische Rechtssystem ist lediglich aus den nationalen Verfassungsordnungen abgeleitet und erfüllt den Zweck, den Mitgliedstaaten eine effizientere Koordination in bestimmten Politikfeldern zu ermöglichen. Es bezieht seine Rechtfertigung also nur aus dem praktischen Nutzen, den es für die Interessen der Mitgliedstaaten besitzt, wobei die Definition dieser Interessen jeweils auf nationaler Ebene ausgehandelt und durch innerstaatliche demokratische Prozesse legitimiert wird. Eine Europäisierung politischer Kernbereiche, durch die die nationale Souveränität in Frage gestellt würde, ist nicht vorgesehen.

## 1.2 Die europäische Öffentlichkeit und die Legitimation der EU

Die Rolle der Parlamente ist allerdings nicht der einzige Aspekt, der seit den 1990er Jahren im Zusammenhang mit der demokratischen Legitimation der europäischen Integration in den Vordergrund der Debatte drang. Mit zunehmender Intensität wurde auch die Frage nach einer europäischen politischen Öffentlichkeit thematisiert, die die kommunikative Infrastruktur der politischen Meinungsbildung auf EU-Ebene bilden müsse. In einem offenbar unter dem Eindruck der Debatte zum Vertrag von Maastricht publizierten Artikel von 1993 prägte der Sozialwissenschaftler Jürgen Gerhards den Begriff des europäischen ‚Öffentlichkeitsdefizits‘:

Die Entwicklung einer europäischen Öffentlichkeit hinkt [dem] Prozeß des Transfers von Kompetenzen, Kontrollen und Ressourcen von den nationalstaatlichen Entscheidungszentren auf das supranationale Gebilde EG weit hinterher. [...] Das Öffentlichkeitsdefizit der EG ist dem vielthematisierten Demokratiedefizit der EG und damit der Legitimationsallokation vorgelagert, ja eine seiner Ursachen. Erst wenn

über Europa berichtet wird und wenn dies aus einer die nationalstaatliche Perspektive transzendierenden Perspektive geschieht, könnte ein Europa der Bürger entstehen.<sup>65</sup>

In den folgenden Jahren wurde diese Vorstellung eines europäischen Öffentlichkeitsdefizits auch von den supranationalen Organen der EG übernommen.<sup>66</sup> Mit spezialisierten Kommunikationsabteilungen versuchten sie, dagegen anzugehen und zugleich den Trend einer abnehmenden Zustimmung der Bevölkerung zum Integrationsprozess umzukehren.<sup>67</sup> In der Sozialwissenschaft stieß die These eines europäischen Öffentlichkeitsdefizits jedoch auch auf Widerspruch.<sup>68</sup> Insbesondere wurde dabei das Problem aufgeworfen, wie viel und welche Art von öffentlicher Debatte notwendig sei, um von einer für die Legitimation von Europapolitik hinreichenden ‚europäischen Öffentlichkeit‘ sprechen zu können.

Wie im Folgenden gezeigt werden soll, lässt sich diese Frage je nach dem zugrunde liegenden Verständnis der europäischen Integration unterschiedlich beantworten. Dies wurde insbesondere von John E. Fossum und Philip Schlesinger herausgearbeitet, die zwischen einem ‚regulatorischen‘ und einem ‚föderalen‘ Modell der EU unterscheiden, welche jeweils mit eigenen Anforderungen an die europäische Öffentlichkeit verbunden seien: Während ersteres die EU als „a functional type of organisation whose purpose is to promote the material interests of the member states by means of transnational rather than supranational institutions“ betrachte,<sup>69</sup> werde sie in letzterem als „a rights-based federal Union, based on the core tenets of

---

65 Gerhards 1993:99.

66 Vgl. Gerhards 2002:135 mit einigen Beispielen. Tatsächlich hatte sich die EG schon im Adonnino-Bericht über das „Europa der Bürger“, der auf dem Rat von Mailand 1985 verabschiedet wurde, Bemühungen um Transparenz und ‚Bürger-nähe‘ zu eigen gemacht (Ausschuss für das „Europa der Bürger“ 28.06.1985).

67 Insbesondere die Europäische Kommission baute seit der zweiten Hälfte der achtziger Jahre schrittweise ihre Kommunikationsorgane aus, um die Zustimmung der Bürger zur europäischen Politik zu erhöhen. Die Generaldirektion X, die seit 1985 als zentrale Stelle für die Informationspolitik zuständig war, intensivierte und professionalisierte ihre Tätigkeiten vor allem ab 1992 als Reaktion auf das gescheiterte Maastricht-Referendum in Dänemark. Die Entwicklung dieser EU-Kommunikationsstrategien war wiederholt auch Thema der sozialwissenschaftlichen Forschung (vgl. z. B. Gramberger 1997, Hoesch 2003, Brüggemann 2008, Spanier 2012, Ivic 2017).

68 Prominent etwa Eder / Kantner 2000. Für einen Überblick zu der umfangreichen sozialwissenschaftlichen Forschungsdebatte über die Bedingungen einer europäischen Öffentlichkeit vgl. Pfetsch / Hef 2015.

69 Fossum / Schlesinger 2007:12.

the democratic constitutional state<sup>70</sup> verstanden. Die beiden Modelle beziehen sich also erkennbar auf dieselben Konzeptionen, die hier als das mitgliedstaatlich-außenpolitische und das europäisch-innenpolitische Paradigma bezeichnet werden.

Wie Fossum und Schlesinger weiter ausführen, setzt das regulatorische Modell zur Legitimation der EU in erster Linie auf deren politischen Output. Wichtigste politische Akteure auf europäischer Ebene seien deshalb politikfeld- und themenspezifische Netzwerke von Experten, die in gemeinsamer Diskussion und durch wechselseitiges Lernen Lösungen für konkrete politische Probleme entwickelten. Durch Etablierung eines gemeinsamen transnationalen Diskurses ermöglichten diese „epistemic communities“ bessere Politikergebnisse und trügen so zur Legitimierung des Integrationsprozesses bei.<sup>71</sup>

Die Existenz dieser Form transnationaler Expertenöffentlichkeiten und ihr Einfluss auf die Politik der EU wurden empirisch mehrfach dargelegt.<sup>72</sup> Auch in der historischen Integrationsforschung sind sie wiederholt in den Blick geraten,<sup>73</sup> Hartmut Kaelble stellte ihre Ausweitung nach 1990 fest.<sup>74</sup> Zweifellos waren sie auch bei der Ausgestaltung der Vertragsreformen von Bedeutung, etwa in Form von Netzwerken, die sich für die Vergemeinschaftung bestimmter Politikfelder einsetzten. Für den breiten gesellschaftlichen Diskurs spielen sie jedoch nur eine untergeordnete Rolle. Wie Fossum und Schlesinger hervorheben, sieht das regulatorische Modell der EU eine themenübergreifende, massenmedial vermittelte und damit potenziell die gesamte Bevölkerung erreichende Öffentlichkeit lediglich auf nationaler Ebene vor, wo auch die demokratischen Repräsentativorgane mit relevanter politischer Entscheidungsbefugnis angesiedelt sind. Entsprechend

---

70 Ebd.:14.

71 Ebd.:12.

72 Z. B. Eder / Hellmann / Trenz 1998, Trenz 2002, Baisnée 2007. In den Untersuchungen von Klaus Eder und Hans-Jörg Trenz wurde allerdings auch darauf hingewiesen, dass es in der Europa-Kommunikation sehr wohl zur Einbeziehung einer breiten Öffentlichkeit kommen könne. Diese erfolge jedoch nur in Form „symbolischer Mobilisierung“ vor allem durch die nationalen Regierungen, auf die dann gegebenenfalls eine „symbolische Gegenmobilisierung“ folge (z.B. Eder / Hellmann / Trenz 1998:338–340, ähnlich Trenz 2002). Deliberation und Partizipation auf europäischer Ebene finde dagegen nicht über Massenmedien, sondern vor allem im Rahmen der politikfeldspezifischen transnationalen Kommunikationsnetzwerke aus Experten und Interessenvertretern statt.

73 Vgl. etwa die Beiträge in Gehler 2009b und Leucht / Gehler / Kaiser 2010.

74 Kaelble 1999:671–672.

bauen in diesem Modell auch kollektive Identitäten in erster Linie auf dem Nationalstaat und der nationalen Staatsbürgerschaft auf.<sup>75</sup>

Wenig überraschend wird eine solche Perspektive auf die europäische Öffentlichkeit häufig von denselben Autoren vertreten, die auch in Bezug auf das europäische Demokratiedefizit der mitgliedstaatlich-außenpolitischen Konzeption nahe stehen. In prominenter Weise argumentierte etwa Andrew Moravcsik, dass viele von westeuropäischen Bürgern üblicherweise als besonders wichtig angesehene Politikbereiche ohnehin nicht in die Zuständigkeit der EU, sondern in die der Nationalstaaten fielen.<sup>76</sup> Infolgedessen sei ein gewisses Desinteresse der Bevölkerungsmehrheit an der Europapolitik nur natürlich. Die vorherrschende und auch wünschenswerte Form der Unterstützung für den Einigungsprozess sei der *permissive consensus*, also eine diffuse Zustimmung bei zugleich geringer Aufmerksamkeit, wie sie bis in die 1980er Jahre hinein existierte. Eine kontroverse öffentliche Debatte mit breiter Partizipation stelle hingegen in erster Linie ein Risiko dar, genau diese Form von Unterstützung zur europäischen Integration zu untergraben.<sup>77</sup> Im Licht des gescheiterten EU-Verfassungsvertrags kritisierte Moravcsik deshalb vor allem die Symbolpolitik der beteiligten Akteure als „a self-inflicted wound“. Statt einer Aufladung mit Verfassungssymbolen empfehle sich bei künftigen Vertragsreformen eine gezielte Entpolitisierung durch „an incremental, piecemeal strategy of implementing effective policies and modest institutional reforms“.<sup>78</sup>

Demgegenüber interpretiert das föderale Modell nach Fossum und Schlesinger die EU im Sinn einer konstitutionellen, vor allem auf einer europäischen Bürgerschaft aufbauenden Demokratie.<sup>79</sup> Außer einer weiteren Parlamentarisierung durch die Stärkung des Europäischen Parlaments erfordert dies auch eine Legitimation durch zivilgesellschaftliche Debatten in einer breiten gesamteuropäischen Öffentlichkeit. Zu erwarten wäre die Entstehung eines europaweiten „general public“, das sich länder- wie politikfelderübergreifend mit europapolitischen Angelegenheiten auseinandersetzt und dabei insbesondere auch die supranationalen europäischen Institutionen als Bezugspunkt hat.<sup>80</sup>

---

75 Fossum / Schlesinger 2007:13–14.

76 Moravcsik 2002:615.

77 Vgl. Moravcsik 2006, Hurrelmann 2007.

78 Moravcsik 2006:237–238.

79 Fossum / Schlesinger 2007:14–16.

80 Diese Repräsentativorgane mit politischer Entscheidungsbefugnis bezeichnen Fossum und Schlesinger – in Anlehnung an Nancy Fraser (Fraser 1990:75) – als „strong publics“, da sie gleichzeitig der Meinungsbildung und der politischen



Zu den prominentesten Vertretern eines solchen ‚föderalen‘ Verständnisses der europäischen Öffentlichkeit zählt Jürgen Habermas. In seiner Verteidigung einer europäischen Verfassung nahm dieser ein Legitimationsdefizit der EU wahr, das nur durch die Entstehung einer europäischen Öffentlichkeit überwunden werden könne. Diese definierte er als „a network that gives citizens of all member states an equal opportunity to take part in an encompassing process of focused political communication“, was sowohl die institutionalisierte Deliberation in Parlamenten und anderen politischen Organen als auch einen „inclusive process of informal mass communication“ erfordere.<sup>81</sup>

Doch auch das eingangs angesprochene Konzept des europäischen Öffentlichkeitsdefizits bei Jürgen Gerhards geht auf eine solche föderale Lesart zurück. So geht Gerhards davon aus, dass sich die europäische Integration „als ein Prozeß der Bildung eines supranationalen Staates beschreiben“ lasse, wenn auch „ohne daß die EG den Charakter eines vollständig autonomen Staates bereits erreicht hätte“.<sup>82</sup> Entsprechend leitet er auch die Funktionen der politischen Öffentlichkeit auf europäischer Ebene aus einer Parallele zu demokratischen Nationalstaaten ab: Zum einen diene sie der wechselseitigen Beobachtung von Bürgern und politischen Akteuren. Ersteren werde dadurch eine informierte Wahlentscheidung ermöglicht, während Letztere die Interessen ihrer potenziellen Wähler erfahren und ihre Politik daran ausrichten könnten.<sup>83</sup> Zum anderen diene sie auch der „Konstitution einer Identität der Gesellschaft, indem Bürger über Öffentlichkeit vermittelt dauerhaft die Gesellschaft beobachten, an ihr teilhaben und sie als die ihre begreifen“.<sup>84</sup> Eine zentrale Rolle komme dabei den

---

Entscheidung dienen. Demgegenüber besteht die Funktion der zivilgesellschaftlichen „weak publics“ lediglich in der Meinungsbildung, ohne dass direkte Entscheidungsgewalt ausgeübt würde (Fossum / Schlesinger 2007:4).

81 Habermas 2001b:17, allgemein ebd.:17–19.

82 Gerhards 1993:99. In einem späteren Artikel, in dem Gerhards das Konzept des europäischen Öffentlichkeitsdefizits noch einmal in sehr ähnlicher Weise beschreibt, fehlt ein solcher expliziter Hinweis. Auch hier vergleicht er jedoch die Entstehung einer europäischen Öffentlichkeit ausführlich mit derjenigen der nationalen Öffentlichkeiten im 19. Jahrhundert (Gerhards 2000:288–292).

83 Gerhards 1993:98, ebenso Gerhards 2000:287. Diese Funktionsbestimmung der politischen Öffentlichkeit geht zurück auf Luhmann 1971.

84 Gerhards 1993:98. In dem späteren Artikel findet sich dieser zweite Aspekt lediglich in einer Fußnote, da er über eine „minimalistisch[e]“ Funktionsbestimmung hinausgehe und lediglich in „anspruchsvollere[n] Konzepte[n] von Öffentlichkeit“ betrachtet werde (Gerhards 2000:287), wobei Gerhards für Letztere explizit auf Jürgen Habermas verweist (Habermas 1996a:189–190).

Massenmedien zu, die ein breites Publikum erreichen und einem Großteil der Bevölkerung als wichtigste politische Informationsquelle dienen.<sup>85</sup>

Vor diesem Hintergrund differenziert Gerhards zwischen zwei möglichen Formen europäischer Öffentlichkeit: einerseits einer „einheitlichen europäischen Öffentlichkeit“ in Form eines gesamteuropäischen Mediensystems,<sup>86</sup> andererseits einer „Europäisierung der nationalen Öffentlichkeiten“, die „zum einen die Thematisierung europäischer Themen in den jeweiligen nationalen Medien, zum zweiten die Bewertung dieser Themen unter einer europäischen, nicht nationalstaatlichen Perspektive“ einschließen müsse.<sup>87</sup> Weil empirisch keine dieser beiden möglichen Formen gegeben sei, kommt Gerhards zu seiner Diagnose eines europäischen Öffentlichkeitsdefizits. Da dadurch sowohl die Interessenvermittlung zwischen Bürgern und Entscheidungsträgern als auch die Identitätsbildung auf europäischer Ebene behindert würden, seien Folgeprobleme bei der politischen Steuerung und bei der Sozialintegration zu erwarten.<sup>88</sup>

Diese Konzeption Gerhards' wurde in der späteren Forschungsdebatte teils massiv kritisiert, insbesondere da sie eine unzulässige Übertragung aus der Begriffswelt des Nationalstaats darstelle und den Eigentümlichkeiten des europäischen politischen Systems nicht gerecht werde.<sup>89</sup> Diese Auseinandersetzung trug teilweise dazu bei, die besonderen Merkmale einer transnationalen Öffentlichkeit wie der europäischen zu klären. Teilweise ist sie jedoch auch einfach auf den hier dargestellten prinzipiellen Gegensatz zwischen einem ‚föderalen‘ und einem ‚regulatorischen‘ Integrationsverständnis und den damit jeweils verbundenen Prämissen zur Legitimationsbasis der Europäischen Union zurückzuführen. Dies wird etwa in

---

85 Gerhards 1993:98–99, Gerhards 2000:287. In einer systemtheoretischen Analyse von Öffentlichkeit in modernen, ausdifferenzierten Gesellschaften entwickeln Gerhards und Neidhardt ein Modell mit mehreren Ebenen politischer Öffentlichkeit – von „Encounters“, d. h. persönlicher Interaktion, über öffentliche Veranstaltungen bis zu massenmedialer Kommunikation –, in dem ebenfalls auf die besondere Bedeutung der Massenmedien eingegangen wird (Gerhards/Neidhardt 1991:54–56). In ähnlicher Weise wird die Rolle von Massenmedien z. B. bei Sievert 1998:63, van de Steeg 2002:507, Trenz 2003:163 hervorgehoben. Niklas Luhmann schließlich brachte sie mit seinem bekannten Diktum auf dem Punkt: „Was wir über unsere Gesellschaft, ja über die Welt, in der wir leben, wissen, wissen wir durch die Massenmedien“ (Luhmann 2009:5).

86 Gerhards 1993:100, allg. ebd.:100–102; ähnlich Gerhards 2000:288–292.

87 Gerhards 1993:102, allg. ebd.:102–107; ähnlich Gerhards 2000:293–296.

88 Gerhards 1993:107.

89 Prominent etwa die Kritik bei Eder / Kantner 2000; zur Diskussion über Gerhards' Thesen vgl. allgemein die folgenden Abschnitte.

einem Beitrag von Klaus Eder, Kai-Uwe Hellmann und Hans-Jörg Trenz deutlich, die sich in einer „Untersuchung zur Rolle von politischer Öffentlichkeit in Europa“ im Wesentlichen auf die Öffentlichkeit innerhalb eines elitären Netzwerks politischer und zivilgesellschaftlicher Akteure konzentrierten und Massenmedien nur im Rahmen „symbolischer Mobilisierung“ durch die nationalen Regierungen berücksichtigten.<sup>90</sup> Wie Gerhards seinerseits kritisierte, verabschieden sie sich damit „unter der Hand von der Vorstellung einer *demokratischen* Öffentlichkeit“<sup>91</sup> – wobei eigentlich die Feststellung treffender wäre, dass sie sich von der Vorstellung einer *föderalen*, d. h. massenmedial getragenen und länder- wie politikfeldübergreifenden Öffentlichkeit verabschieden.

Angesichts der grundsätzlich unterschiedlichen Funktionen, die die politische Öffentlichkeit in den unterschiedlichen Integrationsmodellen erfüllen soll, ist diese Differenzierung von zentraler Bedeutung. Öffentlichkeitsstrukturen, die genügen würden, um eine Integration nach dem mitgliedstaatlich-außenpolitischen Modell zu legitimieren, können aus demokratischer Sicht unzureichend werden, wenn das politische System der EU sich in Richtung des europäisch-innenpolitischen Modells verändert – so wie es, wie weiter unten noch ausführlicher dargelegt wird, durch den Vertrag von Maastricht geschah.<sup>92</sup> In den folgenden Abschnitten soll deshalb spezifisch auf die Frage eingegangen werden, welche Bedingungen eine europäische Öffentlichkeit erfüllen müsste, um *innerhalb des europäisch-innenpolitischen (bzw. föderalen) Paradigmas* eine legitimationsstiftende Wirkung entfalten zu können.

### 1.2.1 Europäische Öffentlichkeit als transnationale Vernetzung nationaler Mediensysteme

Der erste in der Forschung kontrovers diskutierte Aspekt ist Gerhards' Ausgangspunkt einer „einheitlichen europäischen Öffentlichkeit“, die er als „einheitliches Mediensystem [...], dessen Inhalte in verschiedenen Ländern Verbreitung finden und von den Bürgern in den verschiedenen Län-

---

90 Eder / Hellmann / Trenz 1998.

91 Gerhards 2002:147 (Hervorh. i. O.). In ähnlicher Form hebt Erik O. Eriksen hervor, reine Expertenöffentlichkeiten erfüllten nicht das „democratic proviso of openness and equal access“ (Eriksen 2005:352).

92 Siehe unten, Erster Teil, Kapitel 2.

dern rezipiert werden, gleichsam eine ARD für Westeuropa“ definiert.<sup>93</sup> Anders als auf nationaler Ebene existiere ein solches einheitliches Mediensystem für Europa nicht: Presse, Rundfunk und Fernsehen richten sich fast ausschließlich an ein rein nationales Publikum; lediglich eine kleine Anzahl von elitären Medien sowie „Mode- und Fachzeitschriften, die mit einem hohen Anteil an Bildern arbeiten können“ konnten sich erfolgreich international ausrichten.<sup>94</sup> Diese Feststellung Gerhards’ wurde auch in der späteren Forschung kaum in Zweifel gezogen. Wenngleich auch transnational ausgerichtete Medien in der Wissenschaft einige Aufmerksamkeit fanden,<sup>95</sup> ist ihr Publikum bis heute eher klein und elitär, während die Massenmedien, die eine breite Öffentlichkeit ansprechen, fast ausschließlich national ausgerichtet sind. Als Gründe für diese nationale Fragmentierung des europäischen Mediensystems zählt Gerhards verschiedene Aspekte auf, in erster Linie die europäische Sprachenvielfalt sowie kulturelle Unterschiede etwa in den Rezeptionsgewohnheiten.<sup>96</sup>

Folgt man dieser Sichtweise, so liegt es nahe, dass es kaum zu einer einheitlichen europäischen Öffentlichkeit kommen kann. So sieht etwa auch der Rechtswissenschaftler Dieter Grimm die Sprachunterschiede als zentralen Grund dafür, dass die „Aussichten auf eine Europäisierung des Kommunikationssystems [...] vollends gar nicht“ bestünden und es deshalb auch „kein europäisches Publikum“ und „keinen europäischen Diskurs“ geben könne.<sup>97</sup> Grimm führt dies auch als Argument gegen die Verabschiedung einer europäischen Verfassung an: Da die öffentliche Auseinandersetzung auf den nationalen Raum begrenzt bleibe, könne auch die demokratische Legitimation der EU nur abgeleitet über die Nationalstaaten erfolgen, nicht direkt durch eine europäische Bürgerschaft.<sup>98</sup>

---

93 Gerhards 1993:100.

94 Ebd.

95 Z. B. Brüggemann / Schulz-Forberg 2009, Paoli 2011, Varga 2011, Wallaschek 2020.

96 Gerhards 1993:100–102, ähnlich Gerhards 2000:288–291. Als weitere, weniger bedeutende Ursachen der nationalen Fragmentierung nennt Gerhards auch den aufwendigen Transport von Druckerzeugnissen über weite Distanzen sowie rechtlich-politische Hemmnisse im Rundfunkwesen, die allerdings mit der Liberalisierung des Fernsehmarktes seit 1989 weitgehend überwunden seien. Die Angleichung der rechtlichen und wirtschaftlichen Bedingungen der Medien durch die europäische Medienpolitik wurde auch in der Kommunikationswissenschaft verschiedentlich in den Blick genommen (vgl. etwa Holtz-Bacha 2006).

97 Grimm 1995:41.

98 Ebd.:47–51; ähnlich, aber etwas weniger dezidiert Grimm 2016:117–119, 136–137. Vgl. auch Kielmansegg 1996:55–58, 66.

Gegenüber der Vorstellung eines einheitlichen europäischen Mediensystems wurde allerdings immer wieder argumentiert, dass europäische Öffentlichkeit auch innerhalb einer Vielzahl nationaler Mediensysteme entstehen könne. Statt einer „Überlagerung nationaler Öffentlichkeiten durch eine Superöffentlichkeit“ plädiert etwa Jürgen Habermas dafür, dass „sich die intakt bleibenden Kommunikationskreisläufe der nationalen Arenen *füreinander* öffnen“.<sup>99</sup> Auch Fossum und Schlesinger heben in ihrer Darstellung des föderalen Modells von europäischer Öffentlichkeit hervor, dass diese angesichts des multikulturellen Charakters der EU nicht monolithisch zu denken sei, sondern als ein „complexly articulated set of particular communicative spaces whose precise interrelations remain undetermined“.<sup>100</sup> Klaus Eder und Cathleen Kantner führen dies in ihrer umfassenden Kritik an Gerhards' Konzept des europäischen Öffentlichkeitsdefizits weiter aus.<sup>101</sup>

Grundgedanke dieses Ansatzes ist, dass gemeinsame Diskurse über Themen gemeinsamen europäischen Interesses auch dadurch entstehen können, dass sich die Medien verschiedener Länder wechselseitig beobachten und in ihrer eigenen Berichterstattung auf die Darstellung in anderen Ländern eingehen. Obwohl die Medien nicht von demselben Publikum konsumiert werden, können sie auf diese Weise dennoch eine gemeinsame europäische Öffentlichkeit bilden, in der es zu gleichzeitigen, zusammenhängenden Debatten mit transnationalen Meinungsbildungsprozessen kommt. In Anlehnung an eine Stelle bei Habermas<sup>102</sup> prägten Eder und Kantner hierfür die Formel, dass es für die gemeinsame Öffentlichkeit entscheidend sei,

*ob in einem anonymen Massenpublikum zur gleichen Zeit die gleichen Themen unter gleichen Relevanzgesichtspunkten [...] kommuniziert wer-*

---

99 Habermas 2001a:120 (Hervorh. i. O.), ähnlich auch Habermas 2014:531.

100 Fossum / Schlesinger 2007:16. Tatsächlich ist der Ansatz, dass eine europäische Öffentlichkeit durch die Vernetzung und ‚Europäisierung‘ nationaler Öffentlichkeiten entstehen könne, in der neueren Forschung weitgehend unumstritten (vgl. Risse 2015c:10, Adam 2015:3, Szymańska 2018:11, Sarikakis / Kolokytha 2020:318).

101 Eder / Kantner 2000.

102 Habermas 1996a:190: „Den Kern [eines politisch hergestellten Solidarzusammenhangs unter Bürgern] bildet eine politische Öffentlichkeit, die es den Bürgern ermöglicht, zur gleichen Zeit zu gleichen Themen von gleicher Relevanz Stellung zu nehmen.“

den, ob also in diesem anonymen Massenpublikum Prozesse der Meinungs- und Willensbildung über strittige Themen in Gang kommen.<sup>103</sup>

Diese Definition wurde in der späteren Forschung wiederholt aufgegriffen und als zentrale Bedingung einer europäischen Öffentlichkeit behandelt.<sup>104</sup> Im Vergleich zu einem einheitlichen europäischen Mediensystem erscheint die Verwirklichung eines solchen Modells transnationaler Vernetzung weitaus weniger unwahrscheinlich.<sup>105</sup> Entsprechend wurde es nach der Jahrtausendwende auch als Grundlage für zahlreiche empirische Studien genutzt, die die Herausbildung einer europäischen Öffentlichkeit thematisierten. Zur Operationalisierung dienten dabei etwa die Ähnlichkeit der Deutungsrahmen zwischen Medien verschiedener Staaten<sup>106</sup> oder das Ausmaß an transnationaler Kommunikation<sup>107</sup>.

---

103 Eder / Kantner 2000:315 (Hervorh. i. O.), vgl. auch Kantner 2015:87.

104 Vgl. etwa Risse 2003:6, Risse 2015c:10–12; kritisch z. B. Tatur 2009:22, Preuß 2013:13, 16, Adam 2015:3. Manche Autoren weichen leicht von der Eder/Kantner-Formel ab, indem sie statt der ‚Relevanzgesichtspunkte‘ (d. h. des Deutungsrahmens) das ‚Relevanzniveau‘ (d. h. die Intensität der Berichterstattung) in den Blick nehmen (z. B. van de Steeg 2002:513, Meyer 2010:77). Marianne van de Steeg ergänzt dies dann um ein eigenes Kriterium der Ähnlichkeit im „frame of reference“ (van de Steeg 2002:513). Anders formulierte, aber inhaltlich ähnliche Kriterien für eine europäische Medienöffentlichkeit entwickelt auch Myra Posluschny (vgl. Posluschny 2010:59–62).

105 So zählen bereits Eder und Kantner mehrere Beispiele auf, in denen es zu länderübergreifenden Meinungsbildungsprozessen gekommen sei (Eder / Kantner 2000:316–322). Speziell die Berichterstattung über den Korruptionsskandal der Europäischen Kommission 1999 wurde wiederholt als Beispiel für eine transnationale Vernetzung der Mediensysteme angeführt: Christoph O. Meyer stellt dar, welchen Einfluss transnationale Netzwerke von Brüssel-Korrespondenten bei der Aufdeckung der Affäre hatten (Meyer 2000, Meyer 2002, Meyer 2003); Hans-Jörg Trez weist auf, dass die Intensität der Berichterstattung über den Skandal in Deutschland und Spanien synchron verlief, wenngleich die Bewertung sich in den beiden Ländern deutlich unterschied (Trez 2000).

106 Vgl. z. B. van de Steeg 2002:509–510, Downey / Koenig 2006, Meyer 2007a:345–346, Meyer 2007b:229, van Cauwenberge / Gelders / Joris 2009, Zografova / Bakalova / Mizova 2012, de la Porte / van Dalen 2016:284, Barth / Bijsmans 2018.

107 Vgl. z. B. van de Steeg 2002:512–516, Koopmans / Erbe 2004, Erbe 2006, Erbe 2012, Koopmans / Statham 2010, Koopmans 2015, Brüggemann u. a. 2006:224–226, Meyer 2008:332, Meyer 2009:110, de la Porte / van Dalen 2016:284–285, Hepp u. a. 2016:82–87. Operationalisiert wird dies im Einzelnen auf recht unterschiedliche Weise, etwa durch die Bezugnahme auf Akteure oder Zitate aus Medien aus anderen europäischen Ländern.

Allerdings konzentrierten sich diese empirischen Studien – sofern sie sich nicht ohnehin auf einzelne Fallbeispiele beschränkten – in der Regel darauf, eine *relative* Veränderung, also eine Zunahme der transnationalen Kommunikation oder eine Konvergenz der Deutungsrahmen über die Zeit hinweg zu beschreiben. Als *absoluter* Maßstab für die Existenz einer (normativ im Sinne des ‚föderalen Modells‘ definierten) europäischen Öffentlichkeit ist die Formel von Eder und Kantner hingegen nicht eindeutig. Insbesondere lässt sie unklar, bis zu welchem Grad die Deutungsrahmen einer Debatte übereinstimmen müssen, um von ‚gleichen Relevanzgesichtspunkten‘ und damit von einer gemeinsamen Öffentlichkeit sprechen zu können.<sup>108</sup> Auch Kantners Definition als „übereinstimmende Problemdeutungen zu einem Thema bei durchaus kontroversen Meinungen dazu“<sup>109</sup> hilft kaum weiter, sondern verschiebt die Aporie nur auf den semantischen Unterschied zwischen ‚Problemdeutungen‘ und ‚Meinungen‘. Gerade in quantitativen Studien, die den Grad an Europäisierung der Medien zu messen versuchten, kommt es daher immer wieder zu unterschiedlichen Operationalisierungen und entsprechend widersprüchlichen Ergebnissen.<sup>110</sup> Ein absolut formuliertes Kriterium der ‚Gleichheit‘ von Themen und Relevanzkriterien scheint also nicht optimal zu sein, um die Existenz einer europäischen Öffentlichkeit zu erfassen.<sup>111</sup>

Dennoch ist festzuhalten, dass die nationale Fragmentierung des Mediensystems in Europa jedenfalls nicht notwendigerweise auch eine Zersplitterung der Debatte bedeuten muss und damit auch nicht dazu führt, dass eine europäische Öffentlichkeit grundsätzlich unmöglich wäre. Allerdings

---

108 Vgl. etwa Risse 2003:6–7, Risse 2004:147–149.

109 Kantner 2004:58.

110 So sehen etwa van de Steeg 2006 oder Kantner 2015 eine recht weitgehende Europäisierung der nationalen Öffentlichkeiten, während Downey / Koenig 2006 oder Novy 2013 große Unterschiede zwischen nationalen Deutungsmustern ausmachen. Nach Thomas Risse sind bei der Deutung der europäischen Integration bestimmte allgemeine Konzepte – wie das Verständnis der EU als ‚Rechtsgemeinschaft‘ oder der Gegensatz zwischen ‚Vertiefung‘ und ‚Erweiterung‘ – europaweit verbreitet, auf der Detailebene aber größere Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten festzustellen (vgl. Risse 2010:139, 155). Vgl. generell auch Tatur 2009:24–29, Adam 2015:5.

111 Einige Autoren weisen deshalb den Ansatz einer normativen Bewertung der Existenz einer europäischen Öffentlichkeit vollständig vollständig zurück und beschränken sich darauf, den Grad an Europäisierung unterschiedlicher Einzelmedien zu vergleichen: „Since there is no normative standard for what the ‚good‘ and the ‚weak‘ scope for a European public sphere might be, we can only measure and interpret Europeanisation processes proportionally“ (Hepp u. a. 2016:76).

macht diese Fragmentierung des Mediensystems einen wichtigen Unterschied zwischen der europäischen und den nationalen Öffentlichkeiten aus. Zwar sind auch Letztere keineswegs homogen oder gar monolithisch; ebenso wie die europäische Öffentlichkeit bestehen sie aus einer Vielzahl von Medien, die sich mit unterschiedlichen Diskursen an ihre jeweiligen Zielgruppen wenden. Da auf nationaler Ebene die Leitmedien in der Regel gesamtstaatlich ausgerichtet sind, spielen territoriale Grenzen innerhalb des Nationalstaats für die politische Debatte jedoch meist nur eine untergeordnete Rolle.<sup>112</sup> Im Gegensatz dazu lässt es die nationale Fragmentierung des europäischen Mediensystems zu, dass in europapolitischen Debatten durchaus eine Teilung des Diskurses entlang territorialer Grenzen auftreten *kann*. Ob es in einem bestimmten Fall tatsächlich dazu kommt, ist nicht zuletzt von bestimmten Umständen der Debatte abhängig, die weiter unten noch ausführlicher thematisiert werden sollen.<sup>113</sup>

### 1.2.2 Europäische Öffentlichkeit als ‚europäische Perspektive‘

Ein zweiter stark diskutierter Kritikpunkt an Gerhards' These des europäischen Öffentlichkeitsdefizits ist die Frage nach einer ‚europäischen Perspektive‘ in der medialen Darstellung. Nachdem Gerhards ein einheitliches europäisches Mediensystem als unrealistisch ausgeschlossen hatte, betrachtete er die Möglichkeit einer europäischen Öffentlichkeit durch die „Europäisierung nationaler Öffentlichkeiten“, was „zum einen die Thematisierung europäischer Themen in den jeweiligen nationalen Medien, zum anderen die Bewertung dieser Themen unter einer europäischen, nicht nationalstaatlichen Perspektive“ umfasse.<sup>114</sup> Auch in dieser Hinsicht verzeichnete Gerhards jedoch ein Defizit: Europäische Themen und Akteure

---

112 Zwar gibt es auch innerhalb der nationalen Öffentlichkeit regionale Medien, die nur einen territorial begrenzten Teil der Bevölkerung als Zielgruppe ansprechen; diese haben jedoch in der Regel keine Leitmedien-Funktion inne. Daniel Hopkins legt dar, wie in den USA die zunehmende Verdrängung von Regionalmedien durch nationale Medien im 20. Jahrhundert auch mit einer sinkenden Beteiligung an Regionalwahlen und einer stärkeren Ausrichtung des Wahlverhaltens an der nationalen Politik einherging (Hopkins 2018:198–226). – Einen Ausnahmefall bilden Medien in Regionen mit ausgeprägtem Autonomiebewusstsein (etwa *The Scotsman* und *The Herald* in Schottland, *La Vanguardia* in Katalonien oder *Gara* im Baskenland), deren eigener politischer Diskurs sich jeweils auch im Vorhandensein starker Regionalparteien widerspiegelt.

113 Siehe unten, Erster Teil, Kapitel 4.

114 Gerhards 1993:102.



seien in der Berichterstattung unterrepräsentiert, und die Bewertungsmaßstäbe der Medien orientierten sich üblicherweise allein am nationalstaatlichen Interesse.<sup>115</sup>

Tatsächlich wurde in der empirischen Forschung vor allem ersterer Aspekt – die Medienaufmerksamkeit für europapolitische Themen und Akteure – immer wieder als Indiz für die Herausbildung einer europäischen Öffentlichkeit aufgegriffen. Ebenso wie bei den Untersuchungen zur Ähnlichkeit nationaler Deutungsrahmen erwies sich dabei allerdings eine eindeutige Operationalisierung als außerordentlich schwierig, sodass insbesondere quantitative Studien zu sehr widersprüchlichen Ergebnissen gelangten.<sup>116</sup>

Auf grundsätzlichere Kritik stieß demgegenüber das zweite Element in Gerhards' Definition einer europäisierten Öffentlichkeit: die Bewertung von Themen aus einer europäischen Perspektive, deren Bedeutung er insbesondere für die Herausbildung einer gemeinsamen europäischen Identität im Gegensatz zu nur „nationalstaatliche[n] Nutzenerwägungen“<sup>117</sup> hervorhebt. Dieses Kriterium wurde in der späteren Forschung verschiedent-

---

115 Ebd.:102–107, ähnlich Gerhards 2000:293–299.

116 Vgl. etwa Neidhardt 2006:47–49, der am Vergleich einiger Arbeiten verdeutlicht, wie durch leicht unterschiedliche Messmethoden entweder ein sehr kleiner oder ein sehr großer Anteil von Europabezügen in deutschen Zeitungen festgestellt werden kann (ähnlich auch Tatur 2009:24). Neben Gerhards kommen (mit jeweils leicht unterschiedlichen Untersuchungszeiträumen, ausgewählten Medien und Operationalisierungen) beispielsweise auch Eilders / Voltmer 2003:259 und Machill / Beiler / Fischer 2006:149–151 zu dem Ergebnis eines nur geringen Anteils an EU-Berichterstattung; Sievert 1998:296–298, Trenz 2004:297–298, Pfetsch / Koopmans 2006:184–187, Brüggemann u. a. 2006:220–224 zeigen dagegen deutlich optimistischere Einschätzungen. Jan-Henrik Meyer beobachtet in seiner historischen Analyse der Berichterstattung über europäische Gipfeltreffen von 1969 bis 1991 ein deutliches, aber keineswegs lineares Wachstum der Medienaufmerksamkeit, die vor allem anlässlich des Gipfels von Maastricht deutlich anstieg (vgl. Meyer 2008:332, Meyer 2010:155–162); Hepp u. a. 2016:79–81 sehen von 1982 bis 2013 generell einen Anstieg der Medienaufmerksamkeit für europapolitische Themen (mit einem durch die bevorstehende Osterweiterung erklärbaren Peak im Jahr 2003), allerdings bei starken Schwankungen und Unterschieden zwischen verschiedenen Ländern. Van Noije 2010 schließlich stellt für die niederländischen Medien im Zeitraum 2004–2006 ein hohes Interesse für Gipfeltreffen und Krisen der EU, aber nur sehr wenig Bezüge auf ihre alltägliche Politik fest.

117 Gerhards 1993:99.

lich aufgegriffen,<sup>118</sup> wobei empirisch das Fehlen einer so definierten gemeinsamen europäischen Perspektive bestätigt wurde.<sup>119</sup> In ihrer umfassenden Kritik an Gerhards' Konzept des europäischen Öffentlichkeitsdefizits wiesen Klaus Eder und Cathleen Kantner einen derartigen „inhaltlich bestimmte[n] Öffentlichkeitsbegriff“ jedoch scharf zurück, da er „nicht genügend zwischen den Begriffen öffentlicher Kommunikation und dem Begriff kollektiver Identität“ unterscheide. Da Öffentlichkeit gerade der Auseinandersetzung zwischen unterschiedlichen Sichtweisen diene, könne ihre Existenz nicht daran gebunden sein, ob es eine Übereinstimmung der Perspektiven gebe. Vielmehr sei ein bewusst wahrgenommener Dissens gerade ein möglicher Indikator für Kommunikation.<sup>120</sup> An anderer Stelle unterstrich Kantner, die Forderung nach einer gemeinsamen europäischen Perspektive verkenne „nicht nur die kommunikationstheoretischen Grundlagen öffentlicher politischer Kommunikation, sondern auch den liberalen Sinn von Öffentlichkeit insgesamt“.<sup>121</sup>

Diese Kontroverse lässt sich auf Unterschiede in den von Gerhards einerseits und Eder und Kantner andererseits jeweils vertretenen Grundannahmen über die demokratische Funktion von Öffentlichkeit zurückführen, die hier als die deliberative und die liberal-pluralistische Öffentlichkeits-theorie bezeichnet werden sollen.<sup>122</sup> Ausgehend von Jürgen Habermas<sup>103</sup> versteht die deliberative Theorie Öffentlichkeit als einen Raum, in dem ra-

---

118 Vgl. etwa Grimm 1995:46 („[Eine politische Einheit] bedarf allerdings einer kollektiven Identität, wenn sie ihre Konflikte gewaltlos austragen, sich auf die Mehrheitsregel einlassen und Solidarität üben will“), Siffert u. a. 2007:128 („EU legitimation requires not just the public monitoring of EU governance, but also a common European discourse and some sense of belonging to a common community“).

119 So etwa Brüggemann u. a. 2006:226–227, Siffert u. a. 2007, vgl. auch Neidhardt 2006:56. Eine gängige, wenn auch etwas unterkomplexe Operationalisierung bildet dabei die mediale Verwendung des Pronomens ‚wir‘ in Bezug auf ‚die Europäer‘ (vgl. Risse 2003:8, Brüggemann u. a. 2006:226–227, Siffert u. a. 2007:132–133 etc.).

120 Eder / Kantner 2000:308–309, allgemein ebd.:307–310.

121 Kantner 2004:119, allgemein ebd.:118–120; vgl. auch Meyer 2010:61–64.

122 Diese Unterscheidung knüpft an Latzer / Saurwein 2006:13–14 an. Vgl. auch Gerhards 1997, der die ‚diskursive‘ Öffentlichkeitstheorie nach Habermas der ‚liberalen‘ Theorie gegenüberstellt, sowie Gerhards 2002, wo er diesen Gegensatz (nun unter dem Begriffspaar ‚deliberativ‘ und ‚liberal-repräsentativ‘) auf die Debatte über die europäische Öffentlichkeit überträgt. Allerdings definiert Gerhards den Unterschied etwas anders: Er zielt dabei nicht auf die hier thematisierte Orientierung an einem gesamt europäischen Gemeinwohl ab, sondern auf den Gegensatz zwischen dem Modell einer massenmedialen (d. h. allgemein zu-

tionale Argumente ausgetauscht werden, um eine kollektive Willensbildung im Sinne des Interessenausgleichs und eines gemeinsamen Wohls der Diskursteilnehmer zu ermöglichen. Die Frage, auf welcher Ebene eine solche diskursive Konstruktion des Gemeinwohls stattfindet, wird damit zum wesentlichen Kriterium für die Reichweite der Öffentlichkeit: Eine europäische Öffentlichkeit würde voraussetzen, dass das Gemeinwohl, das als Bewertungsmaßstab für Argumente dient, sich auf eine europäische, nicht auf eine nationale Gemeinschaft bezieht. Die Existenz einer europäischen Identität macht aus deliberativer Sicht also einen zentralen Unterschied zwischen einem europäisch-innenpolitischen und einem mitgliedstaatlich-außenpolitischen Modell der öffentlichen Debatte über die europäische Politik aus.<sup>124</sup>

---

gänglichen und daher ‚liberal-repräsentativen‘ Öffentlichkeit und den etwa bei Eder / Hellmann / Trenz 1998 beschriebenen Expertenöffentlichkeiten, wo Deliberationsprozesse stattfänden, jedoch ohne Beteiligung der breiten Bevölkerung (vgl. Gerhards 2002:146–149). Der Unterschied zwischen ‚liberal-repräsentativ‘ und ‚deliberativ‘ entspricht bei Gerhards also eher dem, was hier als ‚föderales‘ und ‚regulatorisches‘ Öffentlichkeitsmodell bezeichnet wird. Infolgedessen beschreibt Gerhards dann auch sich selbst als Vertreter eines liberal-repräsentativen, Klaus Eder dagegen als Vertreter eines deliberativen Ansatzes. – Eine wiederum etwas andere Einteilung findet sich bei Stefanie Walter, die zwischen liberaler, diskursiver und partizipativer Öffentlichkeit unterscheidet (Walter 2017:751–754).

123 Vgl. etwa Habermas 1992:438–439, Habermas 1996b:287–289.

124 Wie Habermas selbst formuliert: „Was [für die Bürger] innerhalb eines Nationalstaats als eine Gemeinwohlorientierung zählt, verwandelt sich auf der europäischen Ebene in eine partikulare, auf das eigene Volk beschränkte Interessenverallgemeinerung, die mit jener europaweiten, in ihrer Rolle als Unionsbürger erwarteten Interessenverallgemeinerung in Konflikt geraten kann“ (Habermas 2011:68). Allerdings fordert Habermas keine Auflösung dieses Gegensatzes. Vielmehr geht er von dem Modell einer doppelten Legitimation der EU durch die Unionsbürger *und* durch die Staatsvölker der Mitgliedstaaten aus und nimmt an, dass die Bürger „auf den beiden [...] Legitimationsschienen eine jeweils andere Gerechtigkeitsperspektive einnehmen“ würden (ebd.): „Auf der europäischen Ebene soll der Bürger gleichzeitig und gleichgewichtig sowohl als Unionsbürger wie auch als Angehöriger eines Staatsvolkes sein Urteil bilden und politisch entscheiden können“ (ebd.:69). Wie genau der Einzelne mit möglichen Widersprüchen zwischen diesen zwei konkurrierenden Gemeinwohlorientierungen umgehen kann, legt Habermas nicht dar. Immerhin deutet er aber an, dass bei tieferen Eingriffen europäischer Entscheidungen in den Alltag, insbesondere wenn diese mit grenzüberschreitenden Umverteilungen einhergehen, die Rolle als Unionsbürger gegenüber der Zugehörigkeit zu einem nationalen Staatsvolk eine größere Bedeutung gewinnen müsse. Dass dies in der Rea-

Demgegenüber geht der liberal-pluralistische Ansatz überhaupt nicht von einer übergeordneten Gemeinwohlorientierung der Öffentlichkeit aus. Ziel der öffentlichen Debatte ist nach diesem Ansatz nicht der (als unrealistisch angesehene) Konsens durch den Austausch rationaler Argumente. Vielmehr beschränkt sich ihre Funktion auf die Erzeugung von Transparenz durch die Repräsentation verschiedener partikularer Interessen: Einerseits legt sie die Standpunkte verschiedener politischer Akteure offen und ermöglicht so den Bürgern die Kontrolle der Regierenden; andererseits bringen darin die verschiedenen gesellschaftlichen Interessengruppen ihre jeweiligen Positionen zum Ausdruck, die dann vom politischen System aufgegriffen werden können.<sup>125</sup>

Entscheidend ist, dass dieser Ansatz nicht nur zulässt, sondern sogar erwartet, dass sich öffentlich artikulierte Positionen jeweils an den partikularen Interessen einzelner gesellschaftlicher Gruppen orientieren. Dies impliziert, dass auch Uneinigkeiten zwischen den Öffentlichkeitsteilnehmern erhalten bleiben, wenn deren Interessen nicht miteinander kompatibel sind.<sup>126</sup> Die Vielzahl der Perspektiven bei der medialen Bewertung der europäischen Politik spiegelt also lediglich die zugrundeliegende Vielfalt partikularer Interessen wider. Wesentlich für die Existenz einer gemeinsamen europäischen Öffentlichkeit ist aus dieser Sicht nur die wechselseitige Wahrnehmung der in anderen Ländern vertretenen Positionen, auch wenn diese gegebenenfalls mit Verweis auf die jeweils eigenen nationalen Interessen zurückgewiesen werden:

Sollten die britischen Medien einem in Großbritannien lebenden Publikum in englischer Sprache im wesentlichen die britische Position präsentieren und damit suggerieren, dass diese die „vernünftigeren“ oder die „einzig vernünftigen“ in diesem Streit sei, und die schwedischen Medien täten dasselbe, unterscheidet sich das nicht grundsätz-

---

lität nicht stattfindet, gefährde die Akzeptanz des europäischen Projekts (ebd.:78–79).

125 Vgl. Latzer / Saurwein 2006:13, die auf Grundlage dieser beiden Aspekte (Kontrolle der Regierenden durch die Bürger und Artikulation zivilgesellschaftlicher Interessen) noch eine weitere Differenzierung zwischen ‚liberal-repräsentativer‘ und ‚pluralistischer/partizipativer‘ Demokratie- und Öffentlichkeitstheorie vornehmen.

126 Vgl. Gerhards 1997:9–12, in Anlehnung an Ackerman 1989b.

lich von dem, was „linke“ und „rechte“ Medien im nationalen Diskurs tun: ihrem Publikum Argumente für die eigene und gegen mögliche andere Positionen zu liefern.<sup>127</sup>

Da die deliberative und die liberal-pluralistische Öffentlichkeitstheorie jeweils auf unterschiedlichen normativen Vorannahmen beruhen, scheinen sie auf den ersten Blick kaum miteinander versöhnbar zu sein. Einen Versuch hierzu macht Thomas Risse, der einen kausalen Zusammenhang zwischen transnationaler Kommunikation und der Entstehung eines europäischen Gemeinschaftsbewusstseins postuliert. Durch die wechselseitige Anerkennung als legitime Teilnehmer an einer gemeinsamen transnationalen Debatte verstünden die Europäer sich bereits als Mitglieder einer „europäischen Kommunikationsgemeinschaft“. Dies schließe auch „ein Mindestmaß an kollektiver Identifizierung mit unseren Mit-Europäern“ ein, die allerdings „nichts mit vor-sprachlicher oder gar primordialer Identität zu tun“ habe, sondern „im öffentlichen Diskurs zuallererst konstruiert“ werde.<sup>128</sup> Dieses Argument wurde von liberaler Seite jedoch teilweise zurückgewiesen: Ein vermehrter kommunikativer Austausch müsse keineswegs zu einer gemeinsamen Identität führen, sondern könne auch bewirken, dass Gegensätze stärker herausgestellt und nationale Identitäten unterstrichen würden.<sup>129</sup>

Wichtiger für die Frage, welche Bedingungen an ein ‚föderales‘ Modell politischer Öffentlichkeit zu stellen sind, erscheint allerdings ohnehin ein

---

127 Kantner 2004:118–119. Dementsprechend betonen Eder und Kantner die Möglichkeit von „koordiniertem Dissens“ als Ergebnis einer Auseinandersetzung in der europäischen Öffentlichkeit. Als Beispiel hierfür führen sie die Debatte zur BSE-Krise an, in der britische Medien auf die Handelsfreiheit und kontinentale Medien auf die Notwendigkeit von Maßnahmen zur Gesundheitsvorsorge als wichtigeres Gut appelliert hätten, beide Seiten jedoch auch auf die Ansprüche der jeweils anderen eingegangen seien (Eder / Kantner 2000:321–322).

128 Risse 2004:149, allgemein ebd.:148–151, ähnlich bereits Risse 2003:7–8. Jan-Henrik Meyer verweist zu Recht darauf, dass Risse damit in der Tradition des Kommunikationstheoretikers Karl W. Deutsch argumentiert, der bereits in den 1950er Jahren erwartete, dass die zunehmende transnationale Interaktion mit der Zeit zu einem transnationalen Gemeinschaftsbewusstsein führen werde (Meyer 2010:63, vgl. Deutsch u. a. 1969 [1957]:5, 36–37).

129 So etwa Meyer 2010:63. Eder und Kantner finden hingegen in der europäischen öffentlichen Debatte neben dem Rekurs auf „partikuläre ökonomische Interessen oder partikuläre Identitäten“ auch eine „moralische Verantwortung gegenüber der Gesamtheit, die selbst in der härtesten Polemik die Argumente der anderen mitreflektiert“ (Eder / Kantner 2000:322), was Risses Konzept einer ‚Kommunikationsgemeinschaft‘ recht nahezukommen scheint.

anderer Aspekt: nämlich die Frage, ob tatsächlich (wie aus dem obigen Zitat Cathleen Kantners hervorgeht) die Vielzahl nationaler Perspektiven auf europäischer Ebene mit der Vielzahl weltanschaulicher – d. h. ‚linker‘ oder ‚rechter‘ – Perspektiven auf nationaler Ebene gleichzusetzen ist. Aus einer liberal-pluralistischen Öffentlichkeitstheorie heraus scheint dies zunächst plausibel, da unterschiedliche Perspektiven nach diesem Verständnis lediglich Gegensätze zwischen Kollektivinteressen widerspiegeln, die ebenso gut entlang nationaler wie entlang weltanschaulicher Grenzen verlaufen können. Im folgenden Abschnitt soll jedoch gezeigt werden, dass ein wesentlicher Unterschied zwischen einem mitgliedstaatlich-außenpolitischen und einem europäisch-innenpolitischen Konzept europäischer Öffentlichkeit gerade darin besteht, ob politische Ereignisse entlang von nationalen oder weltanschaulichen Mustern gedeutet werden.

### 1.2.3 Europäische Öffentlichkeit als Gegensatz von Weltanschauungen statt nationalen Perspektiven

Wie oben dargestellt, setzte sich gegenüber der Idee eines einheitlichen europäischen Mediensystems inzwischen weitgehend ein Konzept der europäischen Öffentlichkeit als diskursives Netzwerk durch. Führt man dieses Konzept weiter, so ist es sinnvoll, dieses nicht nur auf eine Vernetzung nationaler Öffentlichkeiten, sondern einzelner Medien zu beziehen. Dies entspricht der (in der postmodernen Öffentlichkeitstheorie gängigen) Erkenntnis, dass Öffentlichkeit auch auf nationaler Ebene keineswegs homogen ist, sondern sich immer aus vielfältigen Teilöffentlichkeiten zusammensetzt.<sup>130</sup> Letztlich führt damit jedes Medium seinen eigenen Diskurs, der sich aus seiner Ausrichtung auf ein bestimmtes Zielpublikum ergibt. Von einer gemeinsamen Öffentlichkeit ist nur insofern zu sprechen, als sich die Diskurse einzelner Medien teilweise mit denen anderer überlappen und somit Gemeinsamkeiten entstehen.<sup>131</sup> Die Unterschiede zwischen

---

130 So z. B. Roberts / Crossley 2004:14–16. Vgl. mit Bezug auf die europäische Öffentlichkeit auch Eder / Kantner 2000:308, Fn. 2, van de Steeg 2002:501–502, Risse 2004:146, Peters 2004:376 sowie ausführlich Mihelj 2007:450–454, die „gender, age, ethnicity, political orientation, religious persuasion, leisure time preferences, etc.“ (ebd.:451) als mögliche Trennlinien innerhalb der nationalen Öffentlichkeit anspricht, durch die vielfältige Teilöffentlichkeiten entstehen, in denen jeweils unterschiedliche Formen von Europäisierungsprozessen ablaufen können.

131 Vgl. van de Steeg 2002:508–512.

Medien verschiedener nationaler Herkunft sind also *a priori* nichts anderes als die Unterschiede zwischen Medien, die sich etwa an Zielgruppen mit bestimmten weltanschaulichen Positionen oder aus bestimmten sozialen Milieus wenden.

Innerhalb des politischen Systems werden diese Zielgruppen allerdings von jeweils anderen Akteuren repräsentiert: Während nationale Gegensätze ihren Ausdruck in den verschiedenen nationalen Regierungen finden, werden weltanschauliche Unterschiede von den verschiedenen Parteien institutionalisiert. So ist es kein Zufall, dass die nationalen politischen Öffentlichkeiten jeweils primär anhand der weltanschaulichen Unterschiede strukturiert sind: In den meisten europäischen Nationalstaaten liegt der wichtigste Unterschied zwischen den großen Qualitätsmedien in deren jeweiliger Ausrichtung, wobei sich oft eine linksliberale und eine konservative Tageszeitung gegenüberstehen. Das Mediensystem spiegelt dadurch wenigstens in groben Zügen die gleichen gesellschaftlichen Gegensätze wider wie das Parteiensystem, das ebenfalls oft durch je eine große Partei links und rechts der Mitte geprägt ist.<sup>132</sup> Unabhängig davon, dass die Verflechtung zwischen bestimmten Parteien und Medien im Einzelnen unterschiedlich eng ausfallen kann, entsteht so eine Korrelation zwischen der öffentlichen und der politisch institutionalisierten Meinungsbildung: Die Kollektivinteressen, die in den Medien konstruiert werden, sind dieselben, die über die Parteien in die politische Beschlussfassung einfließen. Letztlich ermöglicht erst diese Korrelation die gesellschaftliche Repräsentationsfunktion der Parteien und fördert so das Verständnis und die Akzeptanz politischer Entscheidungen in der Bevölkerung.<sup>133</sup>

- 
- 132 Colin Seymour-Ure stellte bereits 1974 fest, dass diese Ähnlichkeiten zwischen nationalen Medien- und Parteiensystemen darauf zurückzuführen sind, dass ihnen jeweils dieselben für eine Gesellschaft charakteristischen Spaltungen zugrunde liegen: „The same social forces that find expression in the party or parties of a political system tend to find expression also through the press“ (Seymour-Ure 1974:159). Daniel Hallin und Paolo Mancini sprechen von einem „political parallelism“ der Medien, der umso größer ist, je polarisierter das politische System und je wichtiger die Rolle ist, die Parteien – etwa im Vergleich zu korporatistischen Organisationen oder *special-interest groups* – für die politische Repräsentation spielen (Hallin / Mancini 2004:53–55). Diese Beobachtung lässt sich auch mikroökonomisch erklären, indem man sowohl Parteien als auch Medien als Anbieter versteht, die jeweils ein bestimmtes Zielpublikum (als Wähler- bzw. Leserschaft) erreichen wollen und dabei die gleichen sozialen Gruppen als ‚Absatzmärkte‘ entdecken (vgl. Jarren / Vogel 2009:87).
- 133 Ulrich Saxer spricht von einer „Korrelationsfunktion“ moderner Massenmedien, die in der „Meinungs- und Attitüdenbildung und -abstimmung“ besteht:

Um diese Korrelation zwischen Öffentlichkeit und Politik auch auf europäischer Ebene zu erreichen, müsste auch hier die Konstruktion von Kollektivinteressen in den Medien und die Entscheidungsfindung im politischen System entlang derselben Gegensätze verlaufen. Doch die Frage, welches die entscheidenden politischen Gegensätze sind, ist gerade ein zentraler Unterschied zwischen dem mitgliedstaatlich-außenpolitischen und dem europäisch-innenpolitischen Modell: Ersteres basiert vor allem auf intergouvernementalen Verhandlungen und stellt damit den Ausgleich zwischen den unterschiedlichen Interessen der *Nationalstaaten* in den Mittelpunkt. Letzteres betont hingegen die Rolle von Abstimmungen im Europäischen Parlament und damit den Konflikt zwischen den gesamteuropäischen *Parteien*. Zur Erzeugung von Legitimität sind deshalb jeweils unterschiedliche Strukturen der öffentlichen Debatte erforderlich.

So bietet die Wahl zum Europäischen Parlament, die im europäisch-innenpolitischen Modell die zentrale demokratische Rückkopplung zwischen dem politischen System und der Bevölkerung bildet, keinen Mechanismus, um Gegensätze zwischen Nationalstaaten zu lösen. Solange die politische Auseinandersetzung in der europäischen Öffentlichkeit also in erster Linie als Konflikt zwischen nationalen Interessen konstruiert wird, läuft die Legitimationsfunktion der Wahlen ins Leere: Die Bürger können nur zwischen verschiedenen weltanschaulich definierten Parteien wählen, jedoch wenig tun, um die diplomatische Position ihres eigenen Landes gegenüber den anderen Mitgliedstaaten zu fördern. Umgekehrt schaffen diplomatische Verhandlungen im Rat der EU, die im Zentrum des mitgliedstaatlich-außenpolitischen Integrationsverständnisses stehen, keine hinreichende Legitimation, wenn politische Problemlagen in der europäischen Öffentlichkeit entlang gesamteuropäisch-weltanschaulicher Linien gedeutet werden: Da jeder Bürger nur an der Wahl der eigenen Regierung teilnimmt, hat er kaum Einfluss auf die parteipolitische Zusammensetzung des Rates insgesamt; bestimmte weltanschauliche Positionen, die es im Europäischen Parlament immerhin auf Fraktionsstärke bringen, sind im Rat überhaupt nicht repräsentiert.

Gerade aus einem liberal-pluralistischen Verständnis von Öffentlichkeit ist es für die Legitimierung eines europäisch-innenpolitischen Integrationsmodells also notwendig, dass die Meinungsbildung im öffentlichen Raum vor allem entlang weltanschaulicher, nicht nationaler Interessengegensätze

---

„Gerade demokratisch kontrollierte Massenkommunikationsmittel sollen ja Ausdruck der vorhandenen Meinungsvielfalt sein, diese aber auch in gewissem Maße verringern“ (Saxer 1974:22, 30; vgl. auch Jarren / Vogel 2009:86–87).



erfolgt. Nur so findet eine Korrelation zwischen der medialen Debatte und der Entscheidungsfindung im politischen System statt, die es den transnationalen Parteien ermöglicht, ihre Funktion als Repräsentanten der europäischen Bevölkerung zu erfüllen.<sup>134</sup>

Zugleich steht dieser Ansatz aber auch nicht im Widerspruch mit der von Jürgen Gerhards vorgebrachten Forderung nach einer ‚europäischen Perspektive‘: Anders als die Kritiker dieses Ansatzes teilweise annehmen,<sup>135</sup> bedeutet der Bezug auf ein europäisches Gemeinwohl keineswegs einen einheitlichen Diskurs, sondern kann unterschiedliche weltanschauliche Interpretationen zulassen. Insbesondere schließt er auch Kritik am europäischen Integrationsprozess nicht aus – nur müsste sich diese Kritik aus weltanschaulich begründeten *gesamteuropäischen* Erwägungen speisen, nicht allein aus der Berufung auf nationale Interessen. Unabhängig davon, ob man die Funktion der politischen Öffentlichkeit also nur in der Herstellung von Transparenz und der Repräsentation partikularer Interessen oder auch in einer rationalen, gemeinwohlorientierten Willensbildung sieht, ist es für die Legitimierung eines europäisch-innenpolitischen Integrationsmodells notwendig, dass die öffentliche Bewertung europäischer Politik anhand gesamteuropäisch-weltanschaulicher Maßstäbe, nicht anhand nationaler Interessen erfolgt.<sup>136</sup>

Dieses Kriterium bietet zugleich eine Lösung für das weiter oben angesprochene Problem der ‚Gleichheit‘ von Deutungsmustern als Voraussetzung für europäische Öffentlichkeit: Wenn bei der Bewertung der europäischen Politik jeweils weltanschauliche Perspektiven vorherrschen, so ist es wahrscheinlich, dass Medien ähnlicher weltanschaulicher Ausrichtung unabhängig von ihrer nationalen Herkunft auch größere Gemeinsamkeiten aufweisen – während umgekehrt eine Bewertung anhand nationaler Interessen in der Regel auch bedeuten wird, dass die Trennlinien der verschie-

---

134 Bemerkenswerterweise wurde dieser Aspekt – trotz des wachsenden Interesses für die Rolle von Mediatisierungsprozessen für die Legitimität der europäischen Politik (vgl. Michailidou / Trenz 2013, Trenz / Michailidou 2014) – in der bisherigen Forschung kaum beachtet.

135 Vgl. Kantner 2004:119–120, Meyer 2010:61–62.

136 In ähnlichem Sinne fordert auch Ulrich K. Preuß in seiner Konzeption einer europäischen Öffentlichkeit eine „transnationale Codierung politisierbarer gesellschaftlicher Konflikte“: „Auch diese Öffentlichkeit würde nicht auf einer homogenen europäischen Kommunikationsgemeinschaft beruhen, sondern bestünde aus einer unübersichtlichen Kakophonie von sehr unterschiedlichen Stimmen – aber diese Stimmen würden nicht mit nationalen Akzenten sprechen, sondern mit den Intonationen ihrer jeweiligen sehr unterschiedlichen sozialen Herkunft“ (Preuß 2013).

denen Diskursräume entlang der nationalen Grenzen verlaufen. Anstelle einer *absoluten* Gleichheit von Deutungsmustern in unterschiedlichen nationalen Öffentlichkeiten sollte bei der Frage nach einer ‚föderalen‘ europäischen Öffentlichkeit also das *relative* Gewicht nationaler und weltanschaulicher Trennlinien in der öffentlichen Debatte betrachtet werden. Entscheidend ist, *ob es unter Medien der gleichen weltanschaulichen Ausrichtung, aber unterschiedlicher nationaler Herkunft größere diskursive Übereinstimmungen gibt als unter Medien der gleichen nationalen Herkunft, aber unterschiedlicher weltanschaulicher Ausrichtung.*

Dass es bei der Deutung des europäischen Integrationsprozesses eine Vielzahl nationaler Diskurstraditionen gibt, wurde insbesondere von Juan Díez Medrano detailliert herausgearbeitet. Je nach Land werden der europäischen Integration in der öffentlichen Debatte verschiedene Bedeutungen zugeschrieben und etwa ihre Zielsetzung im Kontext der nationalen historischen Erfahrungen ganz unterschiedlich verstanden.<sup>137</sup> Barbara Pfetsch u. a. legen dar, dass nationale Unterschiede (speziell zwischen den kontinentalen Mitgliedstaaten einerseits und Großbritannien sowie der Schweiz andererseits) ein größeres Gewicht haben als Unterschiede zwischen Qualitäts-, Regional- und Boulevardzeitungen.<sup>138</sup> Auch Thomas Risse beobachtet, wie die Bedeutung ‚Europas‘ und damit auch der ‚europäischen Identität‘ zwischen den Mitgliedstaaten variiert:

[I]dentification processes follow largely national pathways, which also explain the variations in the degree of Europeanization of identities and public spheres. The meaning constructions of Europe and the EU resonate with national and even local discourses in different ways and do not lead to homogeneity and one unified European identity.<sup>139</sup>

In Bezug auf den Übergang zu einem europäisch-innenpolitischen Modell der europäischen Öffentlichkeit wäre nun zu untersuchen, ob und inwieweit diese nationalen Deutungstraditionen durch weltanschauungsbezogene (also etwa ‚linksliberale‘ oder ‚konservative‘) Erklärungsmuster ergänzt oder gar abgelöst wurden. Leider gibt es bislang jedoch kaum Studien, die

---

137 Díez Medrano 2003, Díez Medrano / Gray 2010; vgl. auch Rovisco 2010, Novy 2013.

138 Pfetsch / Adam / Eschner 2008.

139 Risse 2010:7.

sich explizit diesem Vergleich zwischen nationalen Unterschieden einerseits und weltanschaulichen Unterschieden andererseits widmen.<sup>140</sup>

### 1.3 Zwischenfazit

In diesem Kapitel wurden zwei normativ aufgeladene Konzeptionen dargestellt, die als entgegengesetzte Legitimationsmodelle der europäischen Integration nebeneinander existieren. Während das *europäisch-innenpolitische Paradigma* auf die politische Selbstbestimmung einer gesamteuropäischen Bürgerschaft abzielt, die durch die Parteien im Europäischen Parlament repräsentiert wird, sieht das *mitgliedstaatlich-außenpolitische Paradigma* den Zweck der Integration vor allem in deren Nutzen für die Nationalstaaten.

Beide Modelle implizieren bestimmte Anforderungen an die Ausgestaltung der politischen Öffentlichkeit: Aus einer mitgliedstaatlich-außenpolitischen Sicht ist keine breite Debatte auf europäischer Ebene notwendig. Vielmehr genügt es, wenn es innerhalb kleiner, politikfeld- und themenspezifischer Expertenöffentlichkeiten zu transnationalen Meinungsbildungsprozessen kommt, in denen konkrete politische Probleme gelöst werden. Eine Auseinandersetzung, die über die Massenmedien einen großen Teil der Bevölkerung erreicht, ist allenfalls auf Ebene der Einzelstaaten erforderlich, wo die jeweiligen nationalen Interessen in der Europapolitik ausgehandelt werden. Dabei dominiert als Deutungsrahmen das nationale Gemeinwohl, sodass es zwischen den verschiedenen Mitgliedstaaten zu großen diskursiven Unterschieden kommen kann.

Das europäisch-innenpolitische Modell verlangt hingegen die Thematisierung wichtiger europapolitischer Fragen in einer breiten, grenzüberschreitenden Öffentlichkeit. Dies setzt nicht die Existenz europaweiter Me-

---

140 Eines der wenigen Beispiele ist die quantitative Untersuchung von Marianne van de Steeg zur Debatte über die Sanktionen der vierzehn EU-Mitgliedstaaten gegen Österreich aufgrund der Regierungsbeteiligung der rechtspopulistischen FPÖ 1999/2000. Sie kommt darin zu dem Ergebnis, dass unter den europäischen Zeitungen tatsächlich die jeweilige weltanschauliche Ausrichtung der wichtigste Erklärungsfaktor für diskursive Unterschiede war, nicht die nationale Herkunft oder der Gegensatz zwischen Qualitäts- und Boulevardzeitungen (van de Steeg 2006). Allerdings ist unklar, inwiefern sich diese Beobachtung über den konkreten Einzelfall hinaus verallgemeinern lässt. Zahlreiche andere Untersuchungen analysieren die zunehmend kontroverse parteipolitische Auseinandersetzung über die europäische Integration (z. B. Grande / Kriesi 2015, Follesdal 2015), ohne aber einen direkten Vergleich zu zwischenstaatlichen Gegensätzen zu ziehen.

## *1. Zwei Paradigmen europäischer Integration und Öffentlichkeit*

dien voraus, sondern kann auch dadurch erreicht werden, dass sich die Medien unterschiedlicher Staaten wechselseitig beobachten und für die Diskurse der anderen öffnen. Damit der europäisch-innenpolitische Ansatz einer demokratischen Legitimation über die Parteien im Europäischen Parlament erfolgreich sein kann, ist es jedoch erforderlich, dass die öffentliche Debatte in erster Linie nach weltanschaulichen Gegensätzen strukturiert ist. Auch in der medialen Debatte müsste deshalb die Bewertung der europäischen Politik entlang weltanschaulicher Kriterien, nicht entlang nationaler Interessen erfolgen; die Diskurse in Medien ähnlicher weltanschaulicher Ausrichtung müssten größere Ähnlichkeiten zueinander aufweisen als die Diskurse in Medien der gleichen nationalen Herkunft.

## 2. Der Vertrag von Maastricht als Konstitutionalisierungsschub

Die zwei Modelle der europäischen Integration wurden im vorangehenden Kapitel zunächst als Paradigmen dargestellt, die als unterschiedliche Interpretationsmuster und normative Entwürfe nebeneinander existieren. Betrachtet man jedoch den historischen Verlauf des Integrationsprozesses seit Gründung der Europäischen Gemeinschaften in den 1950er Jahren, so ist empirisch eine Entwicklung zu beobachten, bei der sich die Strukturen der europäischen Politik und Gesellschaft über die Zeit in Richtung des europäisch-innenpolitischen Modells veränderten – freilich ohne dieses vollständig umzusetzen.

Diese Entwicklung zeigte sich auf verschiedenen Ebenen. Zum einen fand durch die zunehmende soziale Verflechtung zwischen den europäischen Staaten eine Entwicklung zu einer gesamteuropäischen Gesellschaft statt, die die Grundlage eines solchen Konzepts bildet. Wie vor allem Hartmut Kaelble wiederholt dargestellt hat, kam es zu einem Abbau sozialstruktureller Unterschiede zwischen den europäischen Ländern,<sup>141</sup> während sich zugleich die gesellschaftlichen Beziehungen – etwa in Form von Handel, Migration, Tourismus oder binationalen Eheschließungen – intensivierten und ein größerer Teil der Bevölkerung durch Aufenthalte in anderen europäischen Ländern Europa als Erfahrungsraum entdeckte.<sup>142</sup> Damit ging eine Transnationalisierung gesellschaftlicher Problemlagen einher, die eine Aushandlung politischer Entscheidungen entlang gesamt-europäisch-weltanschaulicher Gegensätze gegenüber dem Modell eines nationalen Interessenausgleichs plausibler machten.<sup>143</sup> Auch wenn im Fol-

---

141 Vgl. Kaelble 1987:152–155, Kaelble 2005:302–304, Kaelble 2007, Kaelble 2012.

142 Kaelble 2005:304–310. Zugleich verloren durch die Entkolonialisierung und den Rückgang der europäischen Emigration in die Vereinigten Staaten außereuropäische Erfahrungen an Bedeutung (ebd.:309).

143 Zur Entstehung einer europäischen Zivilgesellschaft vgl. auch Bieling 2010. Deutlich skeptischer zeigt sich hingegen Maurizio Bach, der insbesondere auf die sozioökonomischen Ungleichheiten sowie die soziale Exklusion in Europa verweist. Diese würden „in der Öffentlichkeit zwar zunehmend als interne Probleme der EU-Gesellschaft wahrgenommen“, dabei fehlten jedoch „dem politischen System der EU in vielerlei Hinsicht die geeigneten institutionellen Instrumente und die nötige soziokulturelle Verankerung [...], um nachholend jene

genden nicht näher auf diese langfristigen sozialen und ökonomischen Prozesse eingegangen wird, lassen sie sich als eine zentrale Triebfeder verstehen, die auch auf die Entwicklung des politischen Systems der EG/EU zurückwirkte.

Zum anderen zeigte sich die Entwicklung zu einem europäisch-innenpolitischen Modell auf politischer Ebene durch einen Konstitutionalisierungsprozess, in dem die Rolle der Nationalstaaten schrittweise zurückgedrängt und die unmittelbare Beziehung zwischen den europäischen Bürgern und der supranationalen Ebene gestärkt wurde.<sup>144</sup> Dieser Prozess war keineswegs linear, sondern immer wieder von Krisen und gegenläufigen Entwicklungen gekennzeichnet. Dennoch bewirkte er insgesamt eine unübersehbare Veränderung in der Funktionsweise der Gemeinschaftsinstitutionen, wobei besonders der Vertrag von Maastricht in mehrerlei Hinsicht als wichtiger Konstitutionalisierungsschub herausragt. Im Folgenden soll

---

Institutionalisierung und Domestikation der *cleavages* zu erreichen, die der nationalen Vergesellschaftungsform nach dem Zweiten Weltkrieg in Europa ihre relative Integrationskraft und Systemstabilität verliehen hatte“ (Bach 2006:140). Letztlich stellt Bach damit allerdings nicht die Existenz grenzüberschreitender Verflechtungen in Zweifel, sondern nur die Fähigkeit des europäischen politischen Systems, adäquate Lösungen für daraus entstehende Probleme zu finden. Auffälligerweise schätzt er dabei in seiner institutionensoziologischen Analyse der EU die Rolle des Europäischen Parlaments sehr gering ein (ebd.:49, 72) und gelangt daher zu einer Diagnose des europäischen politischen Systems, die sehr stark von der Idee regulatorischer Governance geprägt ist und funktionierende demokratische Strukturen nur auf nationalstaatlicher Ebene verortet (ebd.:61–127). Ebenfalls skeptisch zeigt sich Achim Hurrelmann, der eine „demokratiefähige europäische Gesellschaft“ zwar nicht für unmöglich hält, als Hindernisse dafür jedoch insbesondere die nur schwach ausgeprägte europäische Öffentlichkeit und Identität sieht (vgl. Hurrelmann 2005:92–93). Auf dieses Problem soll weiter unten in Kapitel 3 des Ersten Teils noch ausführlicher eingegangen werden.

- 144 Jopp / Matl 2005:22–28 teilen diesen Konstitutionalisierungsprozess (in Anlehnung an Wiener 2005:154–158) in drei Phasen ein: die „Integration“ mit der weitgehend elitengesteuerten Bildung der supranationalen Institutionen, die im Wesentlichen den politischen Interessen der Nationalstaaten folgte, die „Europäisierung“ durch das Binnenmarktprojekt, das mit einer Vielzahl von Rechtsakten starke Rückwirkungen auf die Gesellschaftsstrukturen der Mitgliedstaaten zeigte, sowie die „Politisierung“ seit dem Vertrag von Maastricht, bei der verstärkt Legitimationsfragen öffentlich aufgeworfen wurden und in einer Folge von Vertragsreformen institutionelle Reformen durchgeführt wurden. Für einen eher diplomatiegeschichtlichen Überblick über die Entwicklung des europäischen Primärrechts und die Verhandlungen zu den verschiedenen Reformen bis 2016 vgl. auch Fischer 2016:23–112.

## 2.1 Die Entwicklung des politischen Systems der EG vor dem Vertrag von Maastricht

kurz die Entwicklung des politischen Systems der EG bis Ende der 1980er Jahre nachvollzogen werden, bevor anschließend ausführlicher auf die Maastrichter Reform eingegangen wird.

### 2.1 Die Entwicklung des politischen Systems der EG vor dem Vertrag von Maastricht

Wie oben bereits erwähnt, folgten die Anfänge der europäischen Einigung mit der Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS), der Europäischen Atomgemeinschaft (Euratom) und der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) noch weitgehend den funktionalistischen Vorstellungen einer nur sektoralen Integration einzelner Politikbereiche. Die wichtigsten Organe waren die drei Kommissionen, die eine in erster Linie technokratische Aufgabe erfüllten, und der Ministerrat, in dem die nationalen Regierungen einstimmig Beschlüsse fassen konnten. Zwar war im Vertrag über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft auch die Gründung einer Europäischen Politischen Gemeinschaft vorgesehen, für die die erweiterte Versammlung der EGKS (der Vorläufer des Europäischen Parlaments) bereits 1952 einen umfassenden, föderalistisch inspirierten Verfassungsentwurf ausarbeitete. Aufgrund des Scheiterns des EVG-Vertrags wurde dieser jedoch nie Realität.<sup>145</sup>

Erste konkrete Schritte in Richtung einer Konstitutionalisierung leistete stattdessen zunächst vor allem der Europäische Gerichtshof mit seinen ebenfalls bereits erwähnten Entscheidungen in den Fällen Van Gend en Loos und Costa/ENEL, die die unmittelbare Wirkung und den Anwendungsvorrang des Europarechts etablierten. Der Fusionsvertrag, der 1965 die Institutionen der drei Gemeinschaften zusammenfasste, sorgte für eine einheitliche Organstruktur und einen Kompetenzzuwachs der Kommission, die jetzt für EGKS, Euratom und EWG gleichermaßen zuständig war. Überschattet wurde dies allerdings durch die Fouchetpläne von 1961/62 sowie durch die Politik des leeren Stuhls 1965/66, mit denen die französische Regierung unter Charles de Gaulle eine intergouvernementale Kehrt-

---

145 Zudem hatten sich bereits vor dem endgültigen Scheitern der EPG 1954 die nationalen Regierungen der Mitgliedstaaten darauf geeinigt, den Vorschlägen der parlamentarischen Versammlung nicht in vollem Umfang zu folgen (Rittberger 2006, allgemein zur EPG vgl. auch Berthold 2003:23–37).

wende des Integrationsprojekts anstrebte.<sup>146</sup> Im Luxemburger Kompromiss, der diese Krise Anfang 1966 beendete, wurde der vertraglich vorgesehene Übergang zu Mehrheitsentscheidungen im Ministerrat faktisch suspendiert und damit die Rolle der einzelnen Mitgliedsregierungen gestärkt.<sup>147</sup>

Schon kurz nach dem Rücktritt Charles de Gaulles als französischer Staatspräsident fasste 1969 allerdings der Gipfel von Den Haag neue Beschlüsse zur ‚Vollendung, Vertiefung und Erweiterung‘ der EG.<sup>148</sup> Alle drei Elemente lassen sich im Sinn einer fortschreitenden Konstitutionalisierung verstehen: Die ‚Vollendung‘ betraf insbesondere die schrittweise Einführung der sogenannten EG-Eigenmittel, durch die die Kommission von den Mitgliedstaaten finanziell unabhängiger wurde. Die ‚Erweiterung‘ wurde durch den Beitritt Großbritanniens, Irlands und Dänemarks 1973 vollzogen. Sie verdeutlichte den Erfolg der supranationalen Gemeinschaften gegenüber der Europäischen Freihandelsassoziation EFTA, die 1960 auf britisches Betreiben als rein zwischenstaatliches Alternativmodell gegründet worden war. Zwar blieb die EFTA auch nach dem britischen Übertritt bestehen, doch die Europäischen Gemeinschaften vereinten nun den größten Teil Westeuropas und stellten eindeutig die wichtigste regionale Organisation dar.<sup>149</sup>

---

146 Philip Bajon hebt hervor, dass De Gaulle mit der Politik des leeren Stuhls zunächst nicht nur das Ziel verfolgt habe, „die fortschreitende Supranationalisierung der EWG zu verlangsamen oder zum Stillstand zu bringen, sondern [...] eine Systemkorrektur in Richtung auf eine Kooperation konföderierter, souveräner Staaten einzuleiten“ (Bajon 2012:338).

147 Allerdings blieb die Kritik an der damit einsetzenden Veto- und Konsenskultur des Ministerrats in den folgenden Jahrzehnten ein dauerhaftes Thema der europäischen Integration. Philip Bajon geht davon aus, die Krise des leeren Stuhls habe durch ihre negativen Auswirkungen langfristig „sogar Argumente zu internen und öffentlichen Debatten über Veto-Politik beigesteuert, welche die Legitimität von Mehrheitsentscheidungen verstärkten“ (Bajon 2012:347, vgl. auch ebd.:326–331).

148 Zum Gipfel von Den Haag vgl. Bitsch 2007:165–195, Meyer 2016 sowie die Beiträge in van der Harst 2003.

149 Tatsächlich war die EFTA noch mit dem Ziel gegründet worden, letztlich eine gesamt-westeuropäische Freihandelszone im Rahmen der OEEC herbeizuführen (vgl. Kaiser 1997). Mit der EG-Erweiterung von 1973 erübrigte sich dieses Ziel weitgehend; die verbliebenen EFTA-Staaten wurden 1992 mit der Gründung des Europäischen Wirtschaftsraums in den EG-Binnenmarkt einbezogen. Die Erwartung, dass die EG zentralen Einfluss in der westeuropäischen Politik ausüben würde und sich zu einem wirtschaftlichen und politischen „bloc“ von globaler Bedeutung entwickeln könnte, bildete dabei bereits beim ersten briti-



Die ‚Vertiefung‘ schließlich beinhaltete eine Ausweitung auf neue Politikfelder: 1970 wurden der Davignon-Bericht über eine Europäische Politische Zusammenarbeit (EPZ) vor allem in außenpolitischen Fragen sowie der Werner-Plan über eine schrittweise einzuführende Währungsunion verabschiedet. Ganz im Sinne der neofunktionalistischen Theorie erfuhr die europäische Integration damit erstmals einen Spill-over, der über rein ökonomische Bereiche hinausgriff. Allerdings ging dieser Vertiefungsprozess zunächst nicht mit einer Stärkung der supranationalen Organe einher: Der Werner-Plan wurde letztlich nicht umgesetzt, und die Europäische Politische Zusammenarbeit blieb rein zwischenstaatlich, ohne die Kommission und das Europäische Parlament einzubinden.<sup>150</sup> Auf dem Gipfel von Paris 1974 beschlossen die Staats- und Regierungschefs schließlich, künftig unter der Bezeichnung ‚Europäischer Rat‘ regelmäßige Treffen abzuhalten. Diese Einrichtung einer intergouvernementalen Parallelstruktur zu den Gemeinschaftsinstitutionen kann als eine weitere Schwächung des Supranationalismus gedeutet werden.<sup>151</sup>

Auf der anderen Seite bedeutete die – von den europäischen Föderalisten seit langem geforderte<sup>152</sup> – Direktwahl des Europäischen Parlaments seit 1979 einen klaren Schritt in Richtung eines unmittelbar auf die europäischen Bürger gerichteten Legitimationsmodells. Zwar war damit zunächst keinerlei Kompetenzerweiterung des Parlaments verbunden, das weiter im Wesentlichen ein beratendes Organ blieb. Die Legitimation durch unmittelbare Wahlen führte jedoch zu einem neuen Selbstverständ-

---

schen EG-Beitrittsantrag 1961 ein zentrales Argument für Premierminister Edward Heath (Steininger 1997:562–563).

150 Der Werner-Plan wurde zwar wie vorgesehen eingeleitet, dann jedoch aufgrund anhaltender Interessengegensätze zwischen den Regierungen der Mitgliedstaaten sowie angesichts der globalen Währungskrise, die auch zum Zusammenbruch des Bretton-Woods-Systems führte, nach wenigen Monaten abgebrochen (vgl. Verdun 2002:74–80). Die Europäische Politische Zusammenarbeit wiederum zeigte in den 1970er Jahren einige Erfolge. Sie blieb allerdings ein informelles Forum, das nur der Koordination zwischen den Mitgliedstaaten diente, keinerlei Supranationalisierung vorsah und bis zur Einrichtung eines EPZ-Sekretariats im Rahmen der Einheitlichen Europäischen Akte auch nahezu keinen institutionellen Unterbau hatte (vgl. Smith 2004:63–175).

151 Einen Überblick über die Entwicklung des Europäischen Rates bietet Wessels 2012, der den Europäischen Rat allerdings nicht allein als Ausdruck eines intergouvernementalen Modells versteht, sondern als Teil eines „fusion process“ zwischen intergouvernementalen und supranationalen Herrschaftselementen.

152 Vgl. O’Connor 2014.

nis vieler Abgeordneter als Vertreter eines ‚europäischen Volkes‘.<sup>153</sup> Außerdem begünstigte sie die Entstehung der gesamteuropäischen Parteienbündnisse, die im Lauf der 1970er Jahre gegründet wurden.<sup>154</sup>

Die frühen 1980er Jahre waren wiederum von einer schweren Krise der Integration geprägt, die insbesondere um den Konflikt über den britischen Beitrag zum EG-Budget kreiste.<sup>155</sup> Zugleich entstanden in dieser Zeit aber auch mehrere Pläne zu einer institutionellen Neuformierung der EG. Unter ihnen ragt vor allem der föderalistisch inspirierte Verfassungsentwurf hervor, der vom Europäischen Parlament unter der Federführung Altiero Spinellis ausgearbeitet und Anfang 1984 verabschiedet, von den Mitgliedstaaten jedoch nicht ratifiziert wurde.<sup>156</sup> Die Lösung des Budgetstreits auf dem Gipfel von Fontainebleau im Juni 1984 öffnete schließlich den Weg für die Einsetzung zweier zwischenstaatlicher Ad-hoc-Gremien, die konkrete Reformvorschläge ausarbeiteten: der Ausschuss für das ‚Europa der Bürger‘ unter dem Vorsitz von Pietro Adonnino und der Ausschuss für institutionelle Fragen, der von James Dooge geleitet wurde. Die Schlussberichte dieser Ausschüsse bildeten die Grundlage für eine Regierungskonferenz, die 1985 auf dem Gipfel von Mailand einberufen wurde und die erste größere Änderung der EG-Verträge vorbereitete.<sup>157</sup>

Dieser Reformvertrag, der Anfang 1986 als Einheitliche Europäische Akte (EEA) unterzeichnet wurde und am 1. Juli 1987 in Kraft trat, brachte einen weiteren Supranationalisierungsschritt. Zentral war vor allem das Mehrheitsprinzip im Ministerrat, das nun für Fragen des Binnenmarkts und einige weitere Politikbereiche eingeführt wurde. Dies bedeutete das

---

153 Der Begriff des „europäischen Volkes“ geht zurück auf das von Altiero Spinelli verfasste *Manifest der europäischen Föderalisten*, in dem dieser 1958 die Direktwahl einer gesamteuropäischen verfassungsgebenden Versammlung gefordert hatte (Spinelli 1958).

154 Den Anfang machte 1974 der Bund der Sozialdemokratischen Parteien der Europäischen Gemeinschaft (BSPEG), dem 1976 die christdemokratische Europäische Volkspartei (EVP) und die Föderation der Liberalen und Demokratischen Parteien in der Europäischen Gemeinschaft sowie 1979 die Europäische Föderation Grüner und Radikaler Parteien folgten. Zur Entwicklung der europäischen Parteien vgl. allgemein die Beiträge in Mittag 2006.

155 Zum langjährigen Konflikt um den britischen Beitrag vgl. Spence 2012.

156 Vgl. Pinder 2007:581–586, Palayret 2010, Müller 2016, Kaiser 2018:24–36. Einen Überblick über die Bestandteile des Spinelli-Entwurfs, die später in das EU-Vertragswerk übernommen wurden, bietet Ponzano 2010.

157 Zur europäischen Relance Mitte der 1980er Jahre allgemein vgl. Varsori 2013b und Ludlow 2013; zum Adonnino-Ausschuss vgl. Tousignant 2005 sowie Catala 2009:93–97.

Ende des Luxemburger Kompromisses und schwächte die Rolle der einzelnen Mitgliedstaaten, die nun in bestimmten Fragen nicht mehr auf ein Vetorecht zurückgreifen konnten. Indem europäische Rechtsakte auch gegen den expliziten Widerspruch einzelner demokratisch gewählter Regierungen beschlossen werden konnten, zerbrach eine wichtige Legitimationsskette, auf die das mitgliedstaatlich-außenpolitische Integrationsmodell aufbaute. Zugleich brachte die Einheitliche Europäische Akte auch eine vorsichtige Aufwertung des Europäischen Parlaments: Im Rahmen des sogenannten Zusammenarbeitsverfahrens konnte es nun Änderungsvorschläge zu EG-Rechtsakten machen, über die sich der Rat nur durch einstimmigen Beschluss hinwegsetzen konnte.<sup>158</sup> Sowohl das Mehrheitsprinzip im Ministerrat als auch das Zusammenarbeitsverfahren blieben jedoch auf einige wenige Politikfelder beschränkt.

Als folgenreich erwies sich zudem das Projekt zur Vollendung des Binnenmarkts, das die Europäische Kommission unter Präsident Jacques Delors parallel mit der Einheitlichen Europäischen Akte auf den Weg brachte. Es beinhaltete eine detaillierte Agenda, um bis Ende 1992 eine rechtliche Harmonisierung großer Teile der Marktordnung zu erreichen, die zuvor aufgrund der Einstimmigkeitserfordernisse im Ministerrat nicht möglich gewesen wäre.<sup>159</sup> Indirekt war dies auch eine Antwort auf die Entscheidungen Dassonville von 1974 und Cassis de Dijon von 1979, in denen der Europäische Gerichtshof das Prinzip der wechselseitigen Anerkennung etabliert hatte, nach dem Waren, die in einem Mitgliedstaat ordnungsgemäß hergestellt worden waren, grundsätzlich in allen übrigen Mitgliedstaaten verkauft werden konnten. Dies brachte insbesondere Verbraucherverbände dazu, sich für eine europaweite Angleichung der Produktionsstandards einzusetzen, und begünstigte damit die Harmonisierungsagenda der Kommission.<sup>160</sup> Das Binnenmarktprojekt, das mit einem starken Anstieg der Zahl europäischer Rechtsakte verbunden war, markierte insofern den Übergang von einer ‚negativen‘, vor allem auf den Abbau von Handelsschranken gerichteten, zu einer ‚positiven‘ Integration, also dem Aufbau eines detaillierten gemeinsamen Ordnungsrahmens.<sup>161</sup>

---

158 Für eine (zeitgenössische und föderalistisch inspirierte) Analyse der institutionellen Änderungen durch die EEA vgl. die Beiträge in Engel / Wessels 1992.

159 Vgl. das *Weißbuch zur Vollendung des Binnenmarkts*, das die Kommission am 14. Juni 1985 veröffentlichte (Europäische Kommission 1985).

160 Alter / Meunier-Aitsahalia 1994:549–555.

161 Zur Unterscheidung zwischen negativer und positiver Integration vgl. Scharpf 1999:43–83.

## 2. Der Vertrag von Maastricht als Konstitutionalisierungsschub

Die Verabschiedung der Einheitlichen Europäischen Akte stellte jedoch einen Kompromiss dar, der keine Seite vollständig zufrieden stellte. Insbesondere Margaret Thatcher sah darin ein einmaliges Zugeständnis, das allein durch die von Großbritannien gewünschte Marktliberalisierung im Rahmen des Binnenmarktprojekts gerechtfertigt werde.<sup>162</sup> Befürworter der supranationalen Integration – die föderalistische Bewegung, aber auch die italienische Regierung – bemängelten hingegen, dass die Vertragsänderung nur eine unzureichende Stärkung des Europäischen Parlaments gebracht habe.<sup>163</sup> Zudem warf die Vollendung des Binnenmarkts zahlreiche neue Fragen auf: etwa wie sich die geplante Öffnung der Kapitalmärkte auf das Europäische Währungssystem auswirken würde oder wie nach dem angestrebten Abbau von Grenzkontrollen die innere Sicherheit zu gewährleisten sei.<sup>164</sup> Aus Sicht der meisten europäischen Regierungen blieben weitere Einigungsschritte deshalb unvermeidlich.

### 2.2 Die Neuerungen durch den Vertrag von Maastricht

Tatsächlich bildete die Einheitliche Europäische Akte nur den Auftakt einer lang anhaltenden Reformdynamik, die über den Vertrag von Maastricht von 1992 über die Verträge von Amsterdam 1997 und Nizza 2001 sowie den gescheiterten Verfassungsvertrag 2004 bis zum Vertrag von Lissabon

---

162 In einer intergouvernementalistischen Analyse deutet Andrew Moravcsik die EEA-Verhandlungen als einen „interstate bargain“, bei dem Deutschland und Großbritannien sich gegen Frankreich für eine Marktliberalisierung, Deutschland und Frankreich gegen Großbritannien für die institutionelle Reform einsetzten (Moravcsik 1991:34–35). Letztlich gelang es Deutschland und Frankreich, die britische Regierung durch die Drohung mit einem „two-tier Europe“ zu einem Kompromiss zu bewegen. Die britischen Zugeständnisse blieben dabei jedoch auf ein Minimum begrenzt: „In the areas where the British government favored reform, such as liberalization of services trade, qualified majority voting triumphed. Elsewhere it failed“ (ebd.:44).

163 Vgl. Corbett / Schmuck 1992:34, 48–49, Varsori 2013a:25. Bekannt wurde Altiero Spinellis Vergleich zwischen dem Europäischen Parlament und der Hauptfigur in Ernest Hemingways Novelle *Der alte Mann und das Meer*: So wie dieser zwar einen großen Fisch erlege, aber nur dessen Skelett nach Hause bringe, habe das Parlament mit dem Verfassungsentwurf von 1984 eine große Reform in Gang gesetzt, von der ebenfalls nur noch Knochen übrig geblieben seien (vgl. Corbett 2001:276).

164 Zu diesen Spill-over-Effekten vgl. Ludlow 2013:17–20.

bon von 2007 führte.<sup>165</sup> Dabei wurden nicht nur die Politikbereiche der Europäischen Gemeinschaften (später der Europäischen Union) deutlich erweitert, sondern auch die Vetorechte der einzelnen Mitgliedstaaten stark reduziert und die Rolle der Unionsbürger und des Europäischen Parlaments immer weiter ausgebaut. Im Rahmen dieser Entwicklung stellte der Vertrag von Maastricht den wohl wichtigsten Einzelschritt dar. Zum einen wurden mit ihm die Verträge der drei Europäischen Gemeinschaften geändert und insbesondere die EWG einer umfassenden Reform unterzogen – einschließlich ihrer Umbenennung in ‚Europäische Gemeinschaft‘, da die Bezeichnung allein als ‚Wirtschaftsgemeinschaft‘ ihren neuen Kompetenzen nicht mehr angemessen schien. Zum anderen war der Vertrag das Gründungsdokument der Europäischen Union, die nun als neue Dachorganisation der drei Gemeinschaften sowie als Rahmen für die neuen Politikbereiche der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) sowie der Zusammenarbeit in den Bereichen Justiz und Inneres (ZJI) diente.

All diese Neuerungen von Maastricht folgten dabei keineswegs eindeutig dem Modell eines europäischen Bundesstaats: Auch wenn zeitgenössische wissenschaftliche Publikationen eine mögliche „Staatswerdung Europas“ diskutierten,<sup>166</sup> blieb die Europäische Union letztlich ein Gebilde *sui generis*. Doch auf der Skala zwischen mitgliedstaatlicher Außenpolitik und europäischer Innenpolitik verlagerte sich die europäische Verfassungsordnung nun deutlicher in Richtung des letzteren Paradigmas als je zuvor. Dies betraf gleich mehrere Aspekte des politischen Systems, die im Folgenden näher betrachtet werden sollen.

### 2.2.1 Neue Politikbereiche

Ein *erster* offensichtlicher Konstitutionalisierungsschritt im Vertrag von Maastricht war die starke Kompetenzerweiterung der europäischen Ebene. Wie oben dargelegt wurde, besteht einer der Unterschiede zwischen den beiden Integrationsparadigmen in der Zahl und gesellschaftlichen Relevanz der Politikfelder, die der überstaatlichen Ebene zugeschrieben werden. Während das funktionalistische Modell lediglich von einer sektoralen, auf einzelne Bereiche begrenzten Integration ausgeht, strebt das föderalistische Modell eine übergreifende Verfassungsordnung an, die als Rah-

---

165 Für eine Übersicht über alle Vertragsreformen vgl. Laursen 2012, darin zum Vertrag von Maastricht speziell Mazzucelli 2012.

166 So Wildenmann / Besters 1991.

men für ganz unterschiedliche politische Aktivitäten dienen kann. In Bezug auf die europäische Einigung stellte der Vertrag von Maastricht hier einen wichtigen Wendepunkt dar: Waren die Europäischen Gemeinschaften bis in die 1980er Jahre weitgehend auf ökonomische Fragen begrenzt geblieben, so erhielten sie nun eine Vielzahl neuer Zuständigkeiten.

Diese Kompetenzerweiterung war keine ganz neue Entwicklung; schon die Einheitliche Europäische Akte hatte die Befugnisse der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft um verschiedene Politikfelder ergänzt. Dies betraf insbesondere die Verwirklichung des Binnenmarkts als „Raum ohne Binnengrenzen, in dem der freie Verkehr von Waren, Personen, Dienstleistungen und Kapital [...] gewährleistet ist“,<sup>167</sup> aber auch andere, mit dem Binnenmarktprojekt mehr oder weniger eng verwandte Bereiche wie die Sicherheit und Gesundheit am Arbeitsplatz, die Forschungsförderung und den Umweltschutz.<sup>168</sup> Mit dem Vertrag von Maastricht vervielfältigten sich die Zuständigkeiten der Gemeinschaft jedoch noch einmal und betrafen nun auch einige Politikbereiche ohne klaren ökonomischen Bezug. Unter anderem zählten zu den neuen Politikfeldern der EG die Verkehrssicherheit, die Förderung der allgemeinen und beruflichen Bildung, der Schutz des kulturellen Erbes und die Unterstützung des Kulturaustauschs, der Gesundheits- und Verbraucherschutz, der Ausbau der sogenannten Trans-europäischen Netze im Bereich der Verkehrs-, Telekommunikations- und Energieinfrastruktur sowie die Entwicklungszusammenarbeit.<sup>169</sup>

---

167 Art. 8a EWGV-EEA.

168 Die entsprechenden Kompetenzen waren in Art. 118a, Art. 130f-130q sowie Art. 130r-130t EWGV-EEA kodifiziert.

169 Vgl. Art. 75 Abs. 1 Buchst. c, Art. 126–127, Art. 128, Art. 129–129a, Art. 129b-129d sowie Art. 130u-130y EGV. Zudem wurden auch die Kompetenzen in der Forschungs- (Art. 130f-130p EGV) und Umweltpolitik (Art. 130r-130t EGV) noch einmal erweitert. Für die Industriepolitik (Art. 130 EGV) wurde ein eigener Titel geschaffen, wenngleich sich die Kompetenz der Gemeinschaft hier auf die Koordinierung mitgliedstaatlicher Tätigkeiten beschränkte. Auch für die Bereiche Energie, Katastrophenschutz und Fremdenverkehr fand sich nun eine explizite vertragliche Grundlage (Art. 3 Buchst. t EGV), wenngleich nicht weiter spezifiziert wurde, auf welche Weise diesbezügliche Entscheidungen zustande kommen sollten: Eine dem Vertrag beigefügte Erklärung legte fest, dass die EG bis zu der für 1996 geplanten Regierungskonferenz „ihre Tätigkeit in diesen Bereichen auf der Grundlage der bisherigen Bestimmungen der Verträge zur Gründung der Europäischen Gemeinschaften fortsetzen“ werde (Erklärung zu den Bereichen Katastrophenschutz, Energie und Fremdenverkehr, 07.02.1992). Letztlich blieb es deshalb zunächst bei der (rechtlich umstrittenen) Praxis, derartige Maßnahmen auf Grundlage des Binnenmarkt-Artikels zu verabschieden (vgl. hierzu auch Jarass 1996:81–85).

Die folgenreichsten und meist diskutierten Neuerungen waren jedoch die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion (EWWU), das Abkommen über die Sozialpolitik, die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) sowie die Zusammenarbeit in den Bereichen Justiz und Inneres (ZJI). Mit ihnen griff die europäische Integration auf Politikbereiche über, die zuvor als Kernbestandteile der nationalen Souveränität gegolten hatten.

Die Vereinbarungen zur europäischen Währungsunion basierten dabei im Wesentlichen auf dem sogenannten Delors-Bericht, der im April 1989 präsentiert wurde. Bis dahin war die Währungszusammenarbeit auf das 1979 gegründete Europäische Währungssystem (EWS) begrenzt gewesen, das auf einer neu geschaffenen Korbwährung, dem ECU, beruhte. Zwischen dem ECU und jeder nationalen Währung der Mitgliedstaaten wurde ein Leitkurs festgelegt, von dem die realen Kurse um maximal 2,25 % abweichen durften.<sup>170</sup> Der Delors-Bericht nun sah in einem dreistufigen Plan die Einführung einer echten Währungsunion vor, die mit der Übertragung nationaler Hoheitsrechte verbunden war und daher zum Anlass für die Vertragsreform von Maastricht wurde.<sup>171</sup>

Kernbestandteil der Währungsunion war der Ersatz der nationalen Währungen durch eine Gemeinschaftswährung, die von der neu gegründeten Europäischen Zentralbank (EZB) herausgegeben wurde (Art. 105a EGV).<sup>172</sup> Bereits mit dem Inkrafttreten der zweiten Stufe galt ein allgemeines Verbot einer Finanzierung der Mitgliedstaaten durch die nationalen Zentralbanken; ab der dritten Stufe mussten diese zudem institutionell von den anderen staatlichen Organen unabhängig sein.<sup>173</sup> Zusammen mit

---

170 Bei Schwankungen, die diese Bandbreite nach oben oder unten überschritten, waren die nationalen Zentralbanken zum Eingreifen verpflichtet. Teilnehmer des EWS waren 1979 zunächst alle EG-Mitgliedstaaten mit Ausnahme von Großbritannien. Die während der 1980er Jahre beigetretenen südeuropäischen Staaten schlossen sich dem EWS allerdings nicht unmittelbar an: Spanien beteiligte sich ab 1989, Portugal ab 1992, Griechenland sogar erst ab 1998. Großbritannien selbst trat dem EWS Ende 1990 im Verlauf der Verhandlungen zum Vertrag von Maastricht bei. Für einen Überblick über die Entwicklung des EWS bis 1998 vgl. Gros / Thygesen 1998:65–107.

171 Zum Verlauf der Vertragsverhandlungen im Einzelnen siehe unten im Zweiten Teil.

172 Für diese Gemeinschaftswährung wurde im Vertrag noch die Bezeichnung ECU verwendet (z. B. Art. 3a EGV). Die Verwendung des Namens ‚Euro‘ wurde erst auf dem Gipfel von Madrid 1995 beschlossen, wobei im Vertragstext noch bis zum Vertrag von Lissabon 2007 die alte Benennung erhalten blieb.

173 Art. 104–104a EGV, Art. 107 EGV.

der EZB bildeten sie nun das Europäische System der Zentralbanken (ESZB). Dieses übernahm die alleinige Zuständigkeit für alle geldpolitischen Entscheidungen, wobei als vorrangiges Ziel die Preisstabilität festgeschrieben wurde.<sup>174</sup> Mit dem ESZB wurde also eine neue einflussreiche Institution geschaffen, für deren Entscheidungen allein die europaweite Preisentwicklung ausschlaggebend war. Gegenüber der vorherigen Situation, in der jede nationale Zentralbank eigene, einzelstaatlich festgelegte Ziele verfolgt hatte, bedeutete dies eine wichtige Verschiebung der Ebene politischer Interessenaggregation.

Weniger weit ging die Integration im Rahmen der Wirtschaftspolitik, die sich im Wesentlichen auf eine engere Koordinierung der Mitgliedstaaten beschränkte.<sup>175</sup> Mit der Währungsunion war allerdings eine Einschränkung der haushaltspolitischen Hoheit der Mitgliedstaaten verbunden. Sowohl das jährliche Defizit als auch der Gesamtschuldenstand durften in ihrem Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt bestimmte Höchstwerte nicht mehr überschreiten. Außerdem wurde die sogenannte Nichtbeistandsklausel eingeführt, die eine Haftung der EG für Mitgliedstaaten sowie der Mitgliedstaaten füreinander ausschloss.<sup>176</sup> Zusammen mit dem Verbot, öffentliche Haushalte durch die Zentralbank zu finanzieren, bedeuteten diese Regelungen zur Defizitbegrenzung eine unmittelbare Einschränkung der Budgethoheit der mitgliedstaatlichen Parlamente und schnitten damit tief in deren nationale Souveränität ein.

Hinzu kam noch die – in der wirtschaftswissenschaftlichen Literatur schon früh vertretene – Erwartung, dass die Währungsunion nicht ohne eine stärkere fiskalische Integration möglich sei und deshalb in der Zukunft noch weitere Übertragungen von Hoheitsrechten erforderlich machen würde.<sup>177</sup> Zu einem wichtigen Verhandlungsthema wurde insbesondere die Einführung einer Art Finanzausgleich zwischen den Mitgliedstaaten. So warnte bereits der Delors-Bericht vor „grave economic and political risks“, wenn die großen Unterschiede in der Wettbewerbsfähigkeit der verschiedenen Mitgliedstaaten nicht reduziert würden.<sup>178</sup> Neben einer Lohnflexibilisierung und einer Vereinfachung der Arbeitnehmermobilität schlug er hierfür insbesondere auch eine Ausweitung der EG-Strukturfonds vor, mit denen Maßnahmen zur Wirtschaftsförderung in weniger

---

174 Art. 105 EGV.

175 Art. 102a-103 EGV.

176 Art. 104c EGV (Defizitgrenze), Art. 104b EGV (Nichtbeistandsklausel).

177 Vgl. Jonung / Drea 2010:18–20.

178 Committee for the Study of Economic and Monetary Union 12.04.1989:29.



entwickelten Regionen finanziert werden sollten.<sup>179</sup> Tatsächlich vereinbarten die Staats- und Regierungschefs auf dem Gipfel von Maastricht in einem „Protokoll über den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt“, bis 1993 einen neuen Kohäsionsfonds zu schaffen, aus dem Umwelt- und Infrastrukturprojekte in den ökonomisch schwächeren Staaten finanziert werden sollten. Nicht zuletzt die britische Regierung ging jedoch davon aus, dass die Umsetzung der Währungsunion noch zu weiteren, über den Vertrag hinausgehenden Souveränitätsübertragungen im Bereich der Haushalts- und Wirtschaftspolitik führen werde, und führte dies auch als einen Grund für ihre Nichtteilnahme daran an.

Eine weitere umstrittene Neuerung war das Abkommen über die Sozialpolitik, das von allen Mitgliedstaaten außer Großbritannien unterzeichnet und dem Vertrag von Maastricht in einem eigenen Protokoll beigelegt wurde. Dem war die 1989 feierlich proklamierte „Gemeinschaftscharta der sozialen Grundrechte der Arbeitnehmer“ vorausgegangen, in der sich die Mitgliedstaaten (ebenfalls mit Ausnahme Großbritanniens) zu verschiedenen sozialpolitischen Zielen bekannt hatten. Allerdings besaß die EWG für deren Verwirklichung zunächst keine Kompetenzen, sodass die Umsetzung der Charta allein den Einzelstaaten überlassen blieb. Mit dem Sozialabkommen wurde diese Kompetenzgrundlage nun geschaffen und der Gemeinschaft eine Rechtsetzungsbefugnis zur Festlegung bestimmter arbeitsrechtlicher Mindeststandards eingeräumt – etwa bei der Gleichbehandlung der Geschlechter, der Sicherheit am Arbeitsplatz, dem Kündigungsschutz oder der betrieblichen Mitbestimmung (Art. 2 SozPolGBAusAbk). Auch wenn einige wichtige Felder (vor allem Mindestlöhne und Streikrecht) explizit ausgeschlossen wurden, bot das Abkommen wenigstens potenziell die Grundlage zu einer weitreichenden Europäisierung der Sozialgesetzgebung.<sup>180</sup>

---

179 Ebd. Der Bericht hob zwar hervor, dass es nicht Ziel der Regionalpolitik sein könne „to subsidize incomes and simply offset inequalities in standards of living, but to help to equalize production conditions“, auf jeden Fall jedoch befürwortete er eine Ausweitung und effizientere Nutzung der zwischenstaatlichen Finanztransfers, „so that large-scale movements of labour do not become the major adjustment factor“.

180 Vgl. Schulz 1996:96–99. In der Praxis blieben die auf Grundlage des Abkommens verabschiedeten Rechtsakte allerdings recht zurückhaltend. Dies war auch einer der Gründe, weshalb sich Großbritannien nach der Regierungsübernahme der Labour Party 1997 dem Abkommen doch noch anschloss, sodass es schließlich mit der Vertragsreform von Amsterdam in den Text des EG-Vertrags selbst übernommen werden konnte.

Vollständig über den wirtschaftlichen Bereich hinaus trat der Vertrag von Maastricht schließlich mit den zwei Politikbereichen, die als ‚zweite‘ und ‚dritte Säule‘ der Europäischen Union (neben den drei Gemeinschaften als ‚erster Säule‘) bekannt wurden: die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik und die Zusammenarbeit in den Bereichen Justiz und Inneres.

Vorläufer der GASP war die Europäische Politische Zusammenarbeit, die auf den Davignon-Bericht von 1970 zurückging und durch die Einheitliche Europäische Akte vertraglich verankert worden war. Allerdings beschränkte sich die EPZ auf bessere Konsultations- und Koordinierungsmechanismen und verpflichtete die Mitgliedstaaten lediglich, sich um eine gemeinsame Außenpolitik zu „bemühen“. Wichtigstes Instrument war die einstimmige „Festlegung gemeinsamer Standpunkte“, die jedoch nur „einen Bezugspunkt für die Politiken der Hohen Vertragsparteien“ bilden sollte.<sup>181</sup> Demgegenüber verpflichtete die GASP die Mitgliedstaaten, „dafür Sorge [zu tragen], daß ihre einzelstaatliche Politik mit den gemeinsamen Standpunkten im Einklang steht“. Außerdem führte sie das neue Instrument der „gemeinsamen Aktion“ ein, die einstimmig beschlossen wurde, dann aber für die Mitgliedstaaten „bindend“ war. Eine Brückenklausel erlaubte es, bestimmte Fragen bei der Durchführung solcher gemeinsamen Aktionen mit Mehrheit zu entscheiden.<sup>182</sup>

Zu den im Rahmen der GASP behandelten Fragen sollte schließlich „auf längere Sicht auch die Festlegung einer gemeinsamen Verteidigungspolitik“ gehören, „die zu gegebener Zeit zu einer gemeinsamen Verteidigung führen könnte“.<sup>183</sup> Hierfür vereinnahmte der Vertrag von Maastricht die Westeuropäische Union: Diese Organisation, die 1954 gegründet worden war, umfasste 1991 bis auf Dänemark und das neutrale Irland sämtliche EG-Mitgliedstaaten. Nachdem sie während des Kalten Kriegs keine eigenständige Rolle gegenüber der NATO entwickelt hatte,<sup>184</sup> wurde sie nun als „integraler Bestandteil der Entwicklung der Europäischen Union“ defi-

---

181 Art. 30 Nr. 1, Art. 30 Nr. 2c EEA.

182 Art. J.2 Abs. 2, Art. J.3 Abs. 4, Art. J.3 Abs. 2 EUV.

183 Art. J.4 Abs. 1 EUV.

184 Erst ab 1984 hatte es erste Versuche gegeben, die WEU wiederzubeleben. Zuvor hatten Frankreich und andere Mitgliedstaaten darauf gedrängt, die EPZ auf Verteidigungsfragen auszudehnen, was Großbritannien, aber auch neutrale Mitgliedstaaten wie Irland verhindert hatten. Die Reaktivierung der WEU bildete vor diesem Hintergrund eine Kompromisslösung, wobei die genaue Position der WEU zwischen EG / EPZ und NATO jedoch durchweg unklar blieb (vgl. Forster 1997).

niert und erhielt die Aufgabe, „Entscheidungen und Aktionen der Union, die verteidigungspolitische Bezüge haben, auszuarbeiten und durchzuführen“. <sup>185</sup> Obwohl das genaue Verhältnis zwischen EU und WEU offen blieb, wurde damit zum ersten Mal seit dem Scheitern der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft ein genuin europäischer, nicht transatlantischer Rahmen für militärische Aktionen ermöglicht. Auch wenn eine Klausel ausdrücklich die Achtung vor den „Verpflichtungen einiger Mitgliedstaaten aus dem Nordatlantikvertrag“ <sup>186</sup> festschrieb, drang die EU erkennbar in die Aufgabenfelder der atlantischen Allianz vor. An die Stelle einer Funktionsteilung zwischen zwei sektoralen Organisationen, von denen die EWG für Wirtschaft, die NATO für Sicherheit zuständig war, trat ein neues, unklares Verhältnis: Während die NATO nach dem Ende des Kalten Krieges einen neuen Daseinszweck suchte, verstand sich die EU nun als umfassende politische Regionalorganisation, die auch vor Fragen der Verteidigung nicht Halt machte. <sup>187</sup>

Die ‚dritte Säule‘ des Vertrags von Maastricht schließlich bildete die Zusammenarbeit in den Bereichen Justiz und Inneres, die dem Vertragstext zufolge der „Verwirklichung der Ziele der Union, insbesondere der Freizügigkeit“ dienen sollte. <sup>188</sup> Sie umfasste eine Reihe von Politikfeldern, die von der Asyl- und Einwanderungspolitik über die Kontrolle der Außengrenzen, die Zusammenarbeit der Justizbehörden in Straf- und Zivilsachen bis zur Bekämpfung von Drogensucht, internationaler Kriminalität und Terrorismus sowie dem Aufbau des Europäischen Polizeiamts Europol reichten. Allerdings erhielt die EU dabei zunächst nur für die Visumpolitik eine eigene Rechtsetzungskompetenz. <sup>189</sup> In den übrigen Bereichen blieb ihre Zuständigkeit auf eine intensiviertere Koordinierung der Mitgliedstaaten, die Durchführung konkreter gemeinsamer Maßnahmen und die

---

185 Art. J.4 Abs. 2 EUV.

186 Art. J.4 Abs. 3 EUV.

187 Dennoch konzentrierten sich die Bemühungen um eine neue europäische Sicherheitsstruktur nach 1992 zunächst auf die sogenannte Europäische Sicherheits- und Verteidigungsidentität (ESVI), ein Modell engerer Kooperation innerhalb der NATO. Erst nach dem britischen Regierungswechsel 1997 wurden konkrete Schritte für eine Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) im Rahmen der GASP eingeleitet, die durch den Vertrag von Nizza 2001 institutionalisiert wurde. Durch den Vertrag von Lissabon wurde diese 2007 um eine Beistandsklausel ergänzt und in Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) umbenannt. Für die Konkurrenz zwischen EU und NATO vgl. Howorth / Keeler 2003, Howorth 2008.

188 Art. K.1 EUV.

189 Art. 100c EGV.

Ausarbeitung weiterer Übereinkommen beschränkt, die dann erneut von den Mitgliedstaaten ratifiziert werden sollten. Mittels eines einstimmigen, von den Mitgliedstaaten zu ratifizierenden Beschlusses des Rates sollte es allerdings auch möglich sein, weitere Elemente der Justiz- und Innenpolitik in den Gemeinschaftsrahmen zu überführen.<sup>190</sup> Insgesamt verdeutlichte die ZJI also, dass auch die gemeinsame Innenpolitik künftig auf EU-Ebene gestaltet werden sollte. Die Union zog damit wenigstens teilweise hinter der Avantgarde aus Deutschland, Frankreich und den Benelux-Staaten nach, die 1985 und 1990 in den Schengener Abkommen die Kontrollen an ihren Binnengrenzen abgeschafft und zugleich gemeinsame Visa-Regelungen und eine intensiviertere polizeiliche Zusammenarbeit eingeführt hatten.<sup>191</sup>

Zusammengefasst zeigt diese Vielzahl an Neuerungen einen Charakterwandel der EG/EU von einer im Wesentlichen auf den Wirtschaftsbereich spezialisierten Organisation zu einer Polity mit breit gefächertem Aufgabenspektrum. Auch wenn die Kompetenzen der supranationalen Organe mehr oder weniger stark ausgeprägt waren, gab es von nun an kaum noch ein Politikfeld, das sich dem europäischen Zugriff vollkommen entzog. Damit ging Maastricht weit über das Paradigma rein sektoraler Integration hinaus. Das Prinzip der ‚begrenzten Einzelermächtigung‘ – demzufolge die europäischen Organe nur in den Fällen und zu den Zwecken tätig werden können, zu denen sie durch die Verträge ausdrücklich autorisiert wer-

---

190 Art. K.3, Art. K.9 EUV. Durch den 1997 abgeschlossenen Vertrag von Amsterdam entwickelte sich die ZJI stark weiter: Zum einen wurden sämtliche zivilrechtlichen Bereiche in den EG-Vertrag übernommen, sodass die ‚dritte Säule‘ fortan nur noch die polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen (PJZS) umfasste. Zum anderen konnten auch PJZS-Rechtsakte nun allein durch einen einstimmigen Beschluss des Ministerrats erlassen werden; eine Ratifikation der nationalen Parlamente war nicht mehr nötig. Durch den Vertrag von Lissabon wurde 2007 schließlich auch die PJZS vergemeinschaftet, womit sich die Säulenstruktur der Union auflöste.. Zur ZJI im Vertrag von Maastricht und ihrer weiteren Entwicklung vgl. allgemein auch Monar 2012.

191 Da sich die technische Umsetzung verzögerte, traten die Schengener Abkommen erst 1995 in Kraft. In der Zwischenzeit waren ihnen noch die südeuropäischen EU-Mitglieder beigetreten; Österreich und die nordeuropäischen Mitgliedstaaten sowie die Nicht-EU-Länder Norwegen und Island folgten 1996. Durch ein Protokoll zum Vertrag von Amsterdam wurden die beiden Abkommen sowie alle darauf aufbauenden Regelungen schließlich in das EU-Recht integriert, wobei für Großbritannien und Irland eine Ausnahmeklausel eingeführt wurde. Zum Verlauf der Schengen-Verhandlungen vgl. Pudlat 2011, zur öffentlichen Debatte darüber Siebold 2014.

den – behielt zwar seine rechtliche Gültigkeit.<sup>192</sup> Doch verfügte die EU nun über ein so weit gefasstes Netz an Kompetenzklauseln, dass europäische Rechtsakte in fast alle gesellschaftlichen Belange eingreifen konnten.<sup>193</sup>

### 2.2.2 Verschiebung der institutionellen Legitimationsgrundlage

Womöglich noch bedeutender als die Erweiterung der europäischen Kompetenzen waren *zweitens* die institutionellen Neuerungen des Vertrags von Maastricht, die sich unmittelbar auf das Legitimationsmodell der Gemeinschaften auswirkten. Wie oben dargestellt, ist ein zentraler Unterschied zwischen dem europäisch-innenpolitischen und dem mitgliedstaatlich-außenpolitischen Integrationsparadigma ihre Rechtfertigung durch Bezug entweder auf die europäischen Bürger oder die Mitgliedstaaten. Ersteres Modell zielt vor allem auf Mechanismen supranationaler Demokratie ab, während letzteres vor allem die nationalen Parlamente sowie die von diesen Parlamenten gewählten Regierungen der Mitgliedstaaten als Garanten demokratischer Legitimation sieht.

Der Vertrag von Maastricht bedeutete in dieser Beziehung eine weitreichende, wenn auch umstrittene und unvollständige Umwandlung des politischen Systems der EU: Durch die Ausweitung der Mehrheitsentscheide

---

192 Tatsächlich erhielt es erst durch den Vertrag von Maastricht eine explizite Erwähnung im Text des EG-Vertrags: Dort wurde nun ausdrücklich darauf hingewiesen, dass die Gemeinschaft „innerhalb der Grenzen der ihr in diesem Vertrag zugewiesenen Befugnisse und gesetzten Ziele tätig“ werde (Art. 3b EGV) – eine Formulierung, die die Verfasser des ursprünglichen EWG-Vertrags 1957 offensichtlich noch nicht für nötig erachtet hatten.

193 Dieter Grimm sieht hierin einen wesentlichen Unterschied zwischen der Europäischen Union und traditionellen internationalen Organisationen: In seiner Verteidigung des Konzepts staatlicher Souveränität spricht er internationalen Organisationen wie der WTO die Souveränität ab, da diese nur auf einzelne Politikfelder begrenzt seien, während Souveränität voraussetze, „dass eine politische Einheit nicht nur eine spezielle Funktion mit darauf begrenzten Hoheitsrechten wahrnimmt, sondern einen breiteren Aufgabenbestand mit einer entsprechenden Fülle hoheitlicher Befugnisse besitzt“ (Grimm 2009:113). Anschließend schränkt er jedoch ein, die Europäische Union falle „in eine andere Kategorie. Sie übertrifft nach Aufgabenbestand, Kompetenzfülle und Organisationsdichte alle anderen supranationalen Organisationen, ohne jedoch die Schwelle zum Bundesstaat überschritten zu haben“ (ebd.:114). In keinem anderen Fall werde deshalb „das traditionelle Verständnis von Souveränität so stark herausgefordert“ (ebd.:118).

im Rat wurden die Veto-Möglichkeiten einzelner Staaten stark reduziert, während zugleich das Europäische Parlament eine deutliche Aufwertung erfuhr. Hinzu kam die Einführung der europäischen Unionsbürgerschaft, durch die der Vertragstext erstmals explizit die einzelnen Bürger als Träger europarechtlich verankerter Rechte und Pflichten anerkannte.

Die Ausweitung des Prinzips der qualifizierten Mehrheit<sup>194</sup> war eng mit den zusätzlichen Kompetenzen verbunden, die die Europäische Gemeinschaft durch den Vertrag erhielt. Diese stellten nicht in jedem Fall eine wirkliche Ausweitung der europäischen Tätigkeitsfelder dar: Tatsächlich war die EG in zahlreichen dieser Politikbereiche, etwa der Umweltpolitik, bereits in den 1970er und 1980er Jahren aktiv gewesen. Sie stützte sich dabei auf die sogenannte Abrundungsklausel, die es dem Rat erlaubte, auch ohne ausdrückliche Befugnis einstimmig Vorschriften zu erlassen, sofern „ein Tätigwerden der Gemeinschaft erforderlich [erschien], um im Rahmen des Gemeinsamen Marktes eines ihrer Ziele zu verwirklichen“.<sup>195</sup> Wenn nun die Zuständigkeiten der Gemeinschaft in der Bildungsförderung, dem Gesundheits- und Verbraucherschutz, der Entwicklungspolitik und anderen Bereichen auch offiziell erweitert wurden, so bedeutete dies faktisch vor allem einen Übergang von der Einstimmigkeitsregel der Abrundungsklausel zum vertraglich festgelegten Mehrheitsprinzip. Nur für wenige neue Gemeinschaftskompetenzen (etwa in der Kultur-, Forschungs- und Asylpolitik) musste im Rat weiterhin Einstimmigkeit erreicht werden; für die Asylpolitik wurde aber durch eine Stufenregel ein Übergang zu Mehrheitsentscheidungen ab 1996 vereinbart.

Zugleich wurden für all diese Politikbereiche starke Beteiligungsmöglichkeiten des Europäischen Parlaments geschaffen. Kernelement der Parlamentarisierung im Gesetzgebungsprozess bildete das sogenannte Mitentscheidungsverfahren, das nach seiner Stelle im EG-Vertragstext amtlich als „Verfahren nach Artikel 189b“ bezeichnet wurde. Ähnlich wie das durch

---

194 Eine Entscheidung mit einfacher Mehrheit war im Rat nur in wenigen Fällen vorgesehen, etwa bei Verfahrensfragen. Für die meisten Beschlüsse war dagegen die qualifizierte Mehrheit nötig, deren Berechnungsmethode durch den Vertrag von Maastricht nicht geändert wurde: Nach Art. 148 Abs. 2 EGV waren dazu 54 von insgesamt 76 Stimmen erforderlich, wobei Luxemburg als kleinster Mitgliedstaat zwei Stimmen besaß, Deutschland, Frankreich, Italien und Großbritannien als größte Staaten jeweils zehn.

195 Art. 235 EWGV. Die Klausel selbst wurde durch den Vertrag von Maastricht nicht geändert, verlor jedoch durch die Vielzahl konkreter Einzelermächtigungen an praktischer Bedeutung. Zu ihrer Anwendung beispielsweise in der Umweltpolitik vgl. Schröder 1992:193, 298–299.

die EEA eingeführte Zusammenarbeitsverfahren („Verfahren nach Artikel 189c“) gab es dem Parlament die Möglichkeit, vom Rat verabschiedete Entwürfe abzuändern. Während jedoch im Zusammenarbeitsverfahren der Rat die Abänderungen des Parlaments wieder verwerfen konnte,<sup>196</sup> besaßen im Mitentscheidungsverfahren beide Institutionen ein Vetorecht über die Beschlüsse: Wenn der Rat die Änderungsvorschläge des Parlaments ablehnte, trat ein paritätisch zusammengesetzter Vermittlungsausschuss zusammen, dessen Ergebnisse anschließend von beiden Organen bestätigt werden mussten, damit der Rechtsakt in Kraft treten konnte.<sup>197</sup> Das Mitentscheidungsverfahren orientierte sich also grob an dem deutschen Gesetzgebungsverfahren, das bei zustimmungspflichtigen Gesetzen ein ähnliches Wechselspiel zwischen Bundestag und Bundesrat vorsieht. Das bis dahin im Wesentlichen auf beratende Funktionen begrenzte Europäische Parlament erhielt damit konkrete Macht über die europäische Rechtsetzung, womit eine langjährige Forderung der europäischen Föderalisten erfüllt wurde.<sup>198</sup> Im Einzelnen umfasste das Mitentscheidungsverfahren eine Vielzahl von Politikbereichen, die von der Arbeitnehmerfreizügigkeit über die Anerkennung von Bildungsabschlüssen, die Vollendung des Binnenmarkts, die Bildungs- und Kulturförderung, den Gesundheits-

---

196 Im Einzelnen sah das Zusammenarbeitsverfahren ein komplexes Wechselspiel zwischen Kommission, Rat und Parlament vor. Nachdem der Rat auf Vorschlag der Kommission einen Entwurf verabschiedet hatte, konnte das Parlament Abänderungen daran vornehmen. Der vom Parlament abgeänderte Entwurf wurde dann von der Kommission überprüft, die ihrerseits die Vorschläge des Parlaments übernehmen oder verwerfen konnte. Anschließend ging der Entwurf erneut an den Rat, der nun entweder die letzte Version der Kommission mit qualifizierter Mehrheit annehmen oder einstimmig eine eigene Fassung verabschieden (oder den Rechtsakt vollständig verwerfen) konnte. Das letzte Wort verblieb damit beim Rat, und letztlich war auch der Einfluss der Kommission noch größer als der des Parlaments.

197 Auch im Mitentscheidungsverfahren gab es noch verschiedene Detailregelungen, die Einfluss auf die Beschlussfassung nehmen konnten: So konnte das Parlament Änderungen an Vorschlägen des Rates jeweils nur „mit der absoluten Mehrheit seiner Mitglieder“ verabschieden, wogegen für die Annahme des im Vermittlungsausschuss beschlossenen Entwurfs „die absolute Mehrheit der abgegebenen Stimmen“ genügte. Zudem behielt die Kommission eine gewisse Macht über das Verfahren: Sofern sie die Änderungsvorschläge des Parlaments unterstützte, konnte der Rat diese mit qualifizierter Mehrheit übernehmen; über Änderungsvorschläge, die von der Kommission nicht gebilligt wurden, musste der Rat dagegen einstimmig beschließen.

198 Für die langfristigen institutionellen Auswirkungen des Mitentscheidungsverfahrens vgl. Rasmussen 2012.

und Verbraucherschutz, die Transeuropäischen Netze, das Forschungsrahmenprogramm bis zum Umwelt-Aktionsprogramm reichte. Neben dem Verfahren der Zusammenarbeit stellte es nach dem Vertrag von Maastricht das am meisten verwendete Einzelverfahren dar.<sup>199</sup>

Die Gesetzgebungskompetenzen waren jedoch nicht der einzige Bereich, in dem das Parlament durch den Vertrag gestärkt wurde. Des Weiteren erhielt es erstmals die Möglichkeit, Untersuchungsausschüsse einzusetzen, sowie ein Ratifikationsrecht für bestimmte von der Gemeinschaft geschlossene internationale Verträge. Außerdem mussten sich die Mitglieder der Europäischen Kommission nun vor ihrer Ernennung einem Zustimmungsvotum des Parlaments stellen.<sup>200</sup> Diese neuen Regelungen verstärkten die parlamentarische Verantwortung der europäischen Exekutive – auch wenn der Einfluss des Parlaments auf die Kommission weiterhin deutlich geringer blieb als derjenige der meisten nationalen Parlamente auf ihre jeweilige Regierung.<sup>201</sup>

Gegenläufige Tendenzen zu dieser Parlamentarisierung der EG zeigten sich allerdings in der sogenannten zweiten und dritten Säule der Union, also den neuen Politikbereichen GASP und ZJI. Diese wurden explizit außerhalb des Gemeinschaftsrahmens abgeschlossen und sahen für die supranationalen Organe nur äußerst begrenzte Mitwirkungsmöglichkeiten vor.<sup>202</sup> Zudem wurde die Rolle des Europäischen Rats als wichtigstes inter-

---

199 Vgl. Art. 54 Abs. 2, Art. 57, Art. 100a, Art. 126 und 128, Art. 129–129a, Art. 129d, Art. 130i sowie Art. 130s Abs. 3 EGV. Das Zusammenarbeitsverfahren galt etwa für die Verkehrspolitik, die berufliche Bildung, die Strukturfonds, den Großteil der Umweltpolitik und die Entwicklungszusammenarbeit (Art. 75 Abs. 1, Art. 127 Abs. 4, Art. 130e, Art. 130s Abs. 1 sowie Art. 130w EGV) sowie einige der im Sozialabkommen geregelten Bereiche (Art. 2 Abs. 2 SozPolGBAusnAbk). Daneben existierten noch verschiedene weitere Rechtsetzungsverfahren, bei denen das Parlament weniger Mitspracherechte besaß – so musste der Rat beispielsweise bei der Verabschiedung von Durchführungsverordnungen zur Kontrolle staatlicher Beihilfen das Parlament nur anhören und konnte dann mit qualifizierter Mehrheit allein entscheiden (Art. 94 EGV). Eine klare Systematik der verschiedenen Rechtsetzungsverfahren enthielt der Vertrag nicht.

200 Art. 138c, Art. 228 Abs. 3 UAbs. 2 EGV sowie Art. 158 Abs. 2 EGV. Keine Veränderung erfuhr die bereits zuvor existierende Möglichkeit des Parlaments, der Kommission mit einer Zweidrittelmehrheit das Misstrauen auszusprechen (Art. 144 EGV).

201 Zur Rolle des Parlaments bei der Ernennung und Kontrolle der Kommission und anderer EU-Exekutivorgane vgl. Corbett / Jacobs / Shackleton 2011:292–339.

202 Dies sollte sich erst durch spätere Vertragsreformen ändern: Insbesondere die ZJI wurde durch die Verträge von Amsterdam, Nizza und Lissabon schrittweise



gouvernementales Organ aufgewertet. Er erhielt nun eine vage formulierte Lenkungsfunktion, indem er „der Union die für ihre Entwicklung erforderlichen Impulse“ geben und „die allgemeinen politischen Zielvorstellungen für diese Entwicklung fest[legen]“ sollte.<sup>203</sup> Damit wurde für die Makrosteuerung des Integrationsprozesses das mitgliedstaatlich-außenpolitische Paradigma bestätigt. Doch auch wenn die Parlamentarisierung der EG unvollständig blieb, bedeuteten die Reformen vor allem für die alltäglichen Gesetzgebungsverfahren insgesamt doch eine klare Verschiebung in Richtung des Modells einer europäischen Innenpolitik.

Eine insbesondere auf symbolischer Ebene zentrale Neuerung des Vertrages war schließlich die Einführung der europäischen Unionsbürgerschaft. Wie oben beschrieben, hatte der Europäische Gerichtshof bereits im Van-Gend-en-Loos-Urteil festgestellt, dass die europäische Rechtsordnung nicht nur für die Mitgliedstaaten, sondern auch für den Einzelnen Rechte und Pflichten beinhaltete. Mit dem Konzept der Unionsbürgerschaft wurde dies nun auch im Vertragstext nachvollzogen und ein gemeinsamer Status für die europäischen Bürger geschaffen. Dieser war zwar juristisch an die Staatsangehörigkeit zu einem der Mitgliedstaaten gekoppelt (sodass insbesondere die Ein- und Ausbürgerungspolitik allein der nationalen Ebene überlassen blieb), beinhaltete aber eine Reihe von neuen Bürgerrechten, die über die nationalen Verfassungen hinausgingen. Darunter fielen insbesondere die Freizügigkeit im gesamten Unionsgebiet, das aktive und passive Wahlrecht bei Kommunal- und Europawahlen am jeweiligen Wohnort, diplomatischen Schutz in Drittstaaten, in denen der eigene Staat nicht vertreten war, sowie ein Petitionsrecht an das Europäische Parlament. Außerdem wurde das Amt eines Europäischen Bürgerbeauftragten eingeführt, der vom Europäischen Parlament ernannt wurde und Beschwerden von Unionsbürgern sowie anderen Bewohnern des Unionsgebiets nachgehen sollte.<sup>204</sup>

---

vollständig ‚vergemeinschaftet‘ (d. h. in den EG-Vertrag und das Mitentscheidungsverfahren übergeführt). Und auch die GASP erfuhr eine gewisse Zentralisierung: Mit dem Vertrag von Amsterdam wurde das Amt des Hohen Vertreters für die GASP geschaffen, der seit dem Vertrag von Lissabon zugleich Mitglied der Kommission und daher auch dem Europäischen Parlament verantwortlich ist. Außerdem verfügt der Hohe Vertreter seit 2010 über einen eigenen Europäischen Auswärtigen Dienst.

203 Art. D EUV.

204 Art. 8–8d sowie Art. 138d–138e EGV. Vgl. zu den Unionsbürgerrechten Kotlalkidis 2000:147–205, Gerhards / Lengfeld 2013:122–132, zur integrations- und demokratietheoretischen Bedeutung der Unionsbürgerschaft auch Magnette

Besonders deutlich wurde die Verbindung zwischen der Parlamentarisierung des Gesetzgebungsverfahrens und der Unionsbürgerschaft schließlich durch die vertragsrechtliche Anerkennung der gesamteuropäischen Parteienbündnisse, die sich aus den Fraktionen des Europäischen Parlaments heraus gebildet hatten. Obwohl diese Bündnisse bereits seit den 1970er Jahren existierten, hatten sie zunächst keinen formellen Status im Europarecht. Durch den Vertrag von Maastricht erhielten sie nun die Möglichkeit, sich als „[p]olitische Parteien auf europäischer Ebene“ zu konstituieren, die dazu beitragen sollten, „ein europäisches Bewußtsein herauszubilden und den politischen Willen der Bürger der Union zum Ausdruck zu bringen“.<sup>205</sup>

Zusammengenommen zeigen die institutionellen Reformen des Vertrags von Maastricht also eine deutliche Veränderung des politischen Charakters der EG, die sich nun zunehmend als eine Organisation der europäischen Bürger, nicht nur der Mitgliedstaaten definierte. Zuvor war die Rückkopplung der europapolitischen Entscheidungen an den Bürgerwillen vor allem über die nationalen Parlamente erfolgt, denen die im Ministerrat versammelten nationalen Regierungen verantwortlich waren. In vielen Staaten wurden vor wichtigen Ratsitzungen Debatten im nationalen Parlament abgehalten, bei denen die Regierungen teils detaillierte Mandate zu ihrer Verhandlungsstrategie erhielten.<sup>206</sup> Durch die weitgehende Aufgabe der nationalen Vetorechte wurde diese Legitimationskette jedoch un-

---

1998:40–46, Reddig 2005, Calliess / Hartmann 2014. Paul Magnette betont allerdings auch, dass die Ausgestaltung der Unionsbürgerschaft im Vertrag von Maastricht eine Kompromisslösung darstellte, deren genaue Tragweite von späteren Weiterentwicklungen abhängig blieb (Magnette 1998:46–50).

- 205 Art. 138a EGV. Jürgen Mittag und Eva Bräth beschreiben den Vertrag von Maastricht dementsprechend als Wendepunkt von der „Etablierungsphase“ zur „Professionalisierungsphase“ der europäischen Parteien (Mittag / Bräth 2006:705–706; vgl. auch Jansen / Schönlau 2006 sowie generell die Beiträge in Mittag 2006). In der Folge des Vertrags von Maastricht konstituierten sich ab 1992 mehrere der großen Parteibündnisse neu und änderten teils ihre Namen: Beispielsweise wurde aus dem Bund der Sozialdemokratischen Parteien der EG die Sozialdemokratische Partei Europas. Materielle Bedeutung erlangte der neue Rechtsstatus der europäischen Parteien vor allem ab 2003, als er zur Grundlage für ihre Finanzierung aus dem EG-Haushalt wurde.
- 206 Diese Vorabmandate spielen bis heute insbesondere in Dänemark eine wichtige Rolle, wo die Regierung seit 1973 rechtlich verpflichtet ist, ihre Verhandlungsstrategien vom Europaausschuss des Parlaments billigen zu lassen. Auch in Großbritannien ist es üblich, dass die Regierung vor Ratsverhandlungen im Parlament über ihre Position abstimmen lässt, obgleich diese Voten hier nicht bindend sind und nur eine (allerdings wichtige) symbolische Funktion erfüllen. In

terbrochen: Die Bürger jedes Landes konnten sich nun mit europäischen Regelungen konfrontiert sehen, denen keines ihrer auf nationaler Ebene gewählten Staatsorgane zugestimmt hatte. Die demokratische Untermauerung der Europapolitik musste stattdessen vom Europäischen Parlament und den darin vertretenen supranationalen Parteien ausgehen – also von der gesamteuropäischen Bevölkerung statt von den einzelnen Staatsvölkern.<sup>207</sup>

### 2.2.3 Weitere Aspekte der Konstitutionalisierung

Zu diesen zwei wichtigsten Neuerungen des Vertrags von Maastricht kamen eine Reihe weiterer Aspekte hinzu, die ebenfalls zur Konstitutionalisierung der Europäischen Gemeinschaften beitrugen.

Ein *drittes* wichtiges Element war seine territoriale Dimension. In der Unsicherheit, die das Ende des Kalten Krieges in Europa ausgelöst hatte, übernahm der Vertrag die Funktion eines kontinentalen Ordnungsrahmens und untermauerte damit den Anspruch der EG/EU als umfassende politische Regionalorganisation. Anders als die neuen Politikfelder und die institutionellen Reformen ergab sich diese Funktion nicht unmittelbar aus dem Vertragstext und war deshalb weniger offensichtlich. In den Verhandlungen im Vorfeld des Gipfels von Maastricht spielten Entwürfe für eine gesamteuropäische Ordnung jedoch in verschiedener Hinsicht eine

---

Deutschland und Frankreich waren hingegen statt expliziter Verhandlungsmamente eher informelle Einflussformen gebräuchlich (vgl. Auel / Rittberger 2006:132–136). Bemerkenswerterweise wurden die formellen Mitspracherechte etwa des deutschen Bundestags bei der Formulierung der nationalen Europapolitik im Zusammenhang mit der Verabschiedung des Vertrags von Maastricht sogar gestärkt, insbesondere durch den 1992 neu eingefügten ‚Europa-Artikel‘ im deutschen Grundgesetz (Art. 23 GG) sowie durch das 1993 verabschiedete Gesetz über die Zusammenarbeit von Bundesregierung und Deutschem Bundestag in Angelegenheiten der Europäischen Union (EUZBBG) – während zugleich aufgrund der Reduzierung der nationalen Vetorechte im Rat nicht mehr gesichert war, ob die Bundesregierung diese vom Parlament mitformulierten Positionen würde durchsetzen können.

- 207 Allerdings wurde das Europäische Parlament im Vertrag von Maastricht selbst noch nicht als Vertretung der europäischen Bürger definiert. Stattdessen wurde die frühere Formulierung beibehalten, nach der es „aus Vertretern der Völker der in der Gemeinschaft zusammengeschlossenen Staaten“ bestehe (Art. 137 EGV). Erst mit dem Vertrag von Lissabon wurde dies durch die Formulierung ersetzt, dass sich das Parlament „aus Vertretern der Unionsbürgerinnen und Unionsbürger“ zusammensetze (Art. 14 EUV-Lissabon).

Rolle. Zum einen bekundeten die Regierungen fast aller EFTA-Mitglieder ihren Beitrittswillen zu den Gemeinschaften.<sup>208</sup> Zum anderen sollten die Verhandlungen von Maastricht die Grundlage für eine Intensivierung der Gespräche mit den mittel- und osteuropäischen Staaten dienen, die mit dem Ende des Kalten Krieges ihre volle Souveränität zurückerlangt hatten und sich nun in einer ungewissen Übergangsphase zur Demokratie befanden.<sup>209</sup> Auch wenn der Vertrag keine expliziten neuen Bestimmungen zur Erweiterung enthielt,<sup>210</sup> blieb das Verhältnis zwischen politischer Vertiefung und geografischer Erweiterung in den Verhandlungen dauerhaft präsent.<sup>211</sup> Die EU dehnte ihre Rolle als westeuropäische Ordnungsmacht damit auf den gesamten Kontinent aus.

- 
- 208 Österreich und Schweden, die den EG zuvor hauptsächlich aus Gründen der politischen Neutralität ferngeblieben waren, reichten noch vor dem Gipfel von Maastricht formelle Beitrittsanträge ein (Juli 1989 und Juli 1991); Finnland, die Schweiz und Norwegen folgten wenig später (März, Mai und November 1992). Außerdem wurden 1990 Verhandlungen über einen Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) aufgenommen, der die EFTA an den EG-Binnenmarkt anschließen sollte. Das EWR-Abkommen wurde am 2. Mai 1992, also wenige Monate nach dem Vertrag von Maastricht, unterzeichnet und trat am 1. Januar 1994 in Kraft. Außer der Schweiz, die die Ratifikation in einem Referendum ablehnte, beteiligten sich sämtliche EFTA-Staaten daran. Nach dem EG-Beitritt Österreichs, Finnlands und Schwedens 1995 waren das allerdings nur noch Island, Norwegen und Liechtenstein. Kern des EWR ist die Übernahme des EG-Binnenmarktrechts durch die EFTA-Mitgliedstaaten, die dafür vollen Zugang zum Binnenmarkt erhielten.
- 209 Vielfach wurde befürchtet, der Wegfall der sowjetischen Kontrolle könne zu einem Machtvakuum, zu nationalistischen Ausbrüchen oder – wie in Jugoslawien – gar zu Krieg und Gewalt führen. In dieser Situation wurde zunächst die Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) als möglicher Rahmen für die Entwicklung eines gesamteuropäischen Ordnungssystems gesehen: 1992 fand eine KSZE-Nachfolgekonferenz in Helsinki statt; 1994 wurde ihre dauerhafte Institutionalisierung und Umbenennung in Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) beschlossen. Sehr bald jedoch konzentrierte sich die Debatte auch auf eine mögliche Osterweiterung der Europäischen Gemeinschaften, die im Vergleich zur KSZE ein solideres institutionelles Gefüge aufwies und mit dem Zugang zum Binnenmarkt zudem einen starken wirtschaftlichen Anreiz für die mittel- und osteuropäischen Staaten boten (vgl. auch Wirsching 2012:72–77).
- 210 Die einzige Änderung bestand darin, dass die entsprechenden Regelungen aus den drei Gemeinschaftsverträgen nun in Art. O EUV übertragen wurden, sodass neue Mitgliedstaaten formal nicht mehr den Gemeinschaften, sondern der Union insgesamt beitraten.
- 211 Auf dem Gipfel von Maastricht selbst verabschiedete der Europäische Rat eine Erklärung, in welcher er explizit daran erinnerte, „daß der Vertrag über die Eu-

Auf indirekte Weise entsprach diesem gesamteuropäischen Anspruch auch die Möglichkeit einer inneren Differenzierung, die durch den Vertrag von Maastricht eingeführt und vor allem unter dem Schlagwort eines ‚Europa der zwei Geschwindigkeiten‘ diskutiert wurde. Dies betraf insbesondere die Einführung einer gemeinsamen Währung, an der sich nur diejenigen Mitgliedstaaten beteiligen sollten, die bestimmte Konvergenzkriterien erfüllten,<sup>212</sup> die sogenannten Opt-out-Regelungen für Großbritannien und Dänemark, denen das Recht zugestanden wurde, eine eigene nationale Währung beizubehalten, sowie das Sozialabkommen, das den Vertrag ergänzte, aber von Großbritannien als einzigem Mitgliedstaat nicht unterzeichnet wurde.

Diese nationalen Ausnahmebestimmungen standen auf den ersten Blick dem europäisch-innenpolitischen Gedanken einer Union gleichberechtigter Bürger entgegen.<sup>213</sup> Sie spiegelten jedoch das Bestreben nach einem einheitlichen Dokument wider, das die komplexe europäische Rechtsordnung vollständig abdecken sollte, und waren insofern auch ein Zeichen der konstitutionellen Stärke des EU-Vertrags. Noch das 1985 von nur fünf Mitgliedstaaten unterzeichnete Schengener Abkommen war eher dem funktionalistischen Ansatz gefolgt, für jedes Politikfeld eigene, sachlich begrenzte Vertragsregimes unter den dazu bereiten Partnern zu schaffen. Die Binnendifferenzierung im Vertrag von Maastricht entsprach hingegen der

---

ropäische Union, über den die Staats- und Regierungschefs jetzt Einvernehmen erzielt haben, vorsieht, daß jeder europäische Staat, dessen Regierungssystem auf demokratischen Grundsätzen beruht, einen Antrag auf Beitritt zur Union stellen kann“ (Europäischer Rat 09.12.1991:1159). Konkrete Schritte für die Osterweiterung wurden im Juni 1993 mit dem Beschluss der sogenannten Kopenhagener Kriterien eingeleitet, die die generellen Bedingungen für eine EU-Mitgliedschaft definierten. Die Aufnahme von Verhandlungen erfolgte schließlich 1997 nach Verabschiedung des Vertrags von Amsterdam.

- 212 Im Einzelnen handelte es sich dabei um eine niedrige Inflation, eine „auf Dauer tragbare“ öffentliche Haushaltslage, einen stabilen Wechselkurs sowie niedrige langfristige Zinssätze (Art. 109j EGV). Da zum Zeitpunkt des Vertragsschlusses nicht absehbar war, wie viele der Mitgliedstaaten diese Kriterien erfüllen würden, führte der Vertrag für die Währungspolitik eine eigene Kategorie von „Mitgliedstaaten, für die eine Ausnahmeregelung gilt“, ein (Art. 109k EGV).
- 213 Die nationalen Ausnahmebestimmungen bewirkten, dass bestimmte Regelungen in zentralen Bereichen der europäischen Politik nicht für alle europäischen Bürger gleichermaßen galten, sondern nur in Abhängigkeit von deren Staatsangehörigkeit bzw. Wohnsitz. Sie entsprachen damit eher dem intergouvernementalen Prinzip, nach dem sich die Mitgliedstaaten nur dann an der Integration bestimmter Politikbereiche beteiligen, wenn sie dies als Teil ihres nationalen Interesses sehen.

Logik einer nationalen Verfassung mit speziellen regionalen Autonomiebestimmungen: Selbst wenn einzelne Länder sich an bestimmten gemeinsamen Politiken nicht beteiligten, blieb die Einheit der Rechtsordnung unter dem Dach der Europäischen Union gewahrt. Die Norm für die Länder des Kontinents war damit nicht mehr die souveräne Einzelstaatlichkeit, sondern die Mitgliedschaft in der EU; territoriale Differenzierungen erfolgten durch Ausnahmeklauseln *innerhalb* der vom EU-Vertrag vorgegebenen Ordnung, nicht durch ein variables System verschiedener gleichrangiger Vertragsregimes mit jeweils unterschiedlichen Mitgliedsparteien.<sup>214</sup>

Ein *vierter* Aspekt, an dem sich der Konstitutionalisierungsschub von Maastricht zeigte, waren die Begrifflichkeiten, die in den Vertragsentwürfen gebraucht wurden, um den Charakter der Europäischen Union und des Integrationsprozesses zu beschreiben. Diese Begriffe hatten keine eindeutige juristische Bedeutung, spiegelten aber auf symbolischer Ebene das Bestreben wider, die Europäische Union konzeptionell an die Bundesstaatlichkeit heranzuführen. Dies galt etwa für den Namen ‚Europäische Union‘ selbst, der auf das Hertensteiner Programm der europäischen Föderalisten von 1946 zurückging und in der *Feierlichen Deklaration zur Europäischen Union* des Europäischen Rates von 1983 sowie im föderalistisch inspirierten Verfassungsentwurf des Europäischen Parlaments von 1984 aufgegriffen worden war.<sup>215</sup>

Allerdings blieb die Reform auf dieser symbolischen Ebene unvollständig und weniger eindeutig als in anderen Bereichen. Insbesondere scheiterte in den Maastrichter Verhandlungen auch der Versuch, den neuen Vertrag als „eine neue Stufe der schrittweisen Verwirklichung einer Union mit

---

214 Bezeichnenderweise wurde auch das Schengener Abkommen – samt sämtlicher darauf aufbauenden Regelungen – durch die Reform von Amsterdam in ein Protokoll zum EU-Vertrag übernommen, wobei die nicht daran beteiligten Mitgliedstaaten (Großbritannien und Irland) wiederum ein Opt-out erhielten. Erst im Zuge der Finanzkrise ab 2009 erfolgte eine Rückkehr zu der Strategie, das EU-Vertragswerk um eigenständige Verträge zu ergänzen, die jeweils nur von einem Teil der Mitgliedstaaten unterzeichnet wurden (etwa das ESM-Abkommen oder der Fiskalpakt von 2012). Diese Vorgehensweise wurde nicht nur als Versuch kritisiert, die im EU-Vertrag eigentlich vorgesehenen Reformverfahren zu umgehen, sondern löste auch Unsicherheit über das rechtliche Verhältnis dieser Verträge zum europäischen Primärrecht aus (vgl. beispielsweise Ortman 2015).

215 Vgl. Union Europäischer Föderalisten 21.09.1946, Europäischer Rat 19.06.1983, Europäisches Parlament 14.02.1984.

föderaler Ausrichtung“ zu definieren.<sup>216</sup> Diese deutlich bundesstaatlich konnotierte Formulierung war noch im Vertragsentwurf der niederländischen Ratspräsidentschaft von September 1991 enthalten, wurde aufgrund des Widerstands der britischen Regierung jedoch in der Endfassung des Vertrags gestrichen.<sup>217</sup>

*Fünftens* trugen zur konstitutionellen Bedeutung des Vertrags von Maastricht schließlich auch die darin festgeschriebenen Bestimmungen für die Zukunft der europäischen Integration bei. Insbesondere zwei Mechanismen sollten die weitere Entwicklung der Union im Sinne einer stärker europäisch-innenpolitischen Ausrichtung determinieren: Zum einen wurden für verschiedene Politikbereiche Stufenregelungen eingeführt, durch die bestimmte Integrationsschritte verpflichtend beschlossen, aber auf einen späteren Zeitpunkt verschoben wurden. Dies galt vor allem für die Währungsunion,<sup>218</sup> aber auch für vollständige Liberalisierung des Kapitalver-

---

216 Regierung der Niederlande 24.09.1991:305. Die englische und französische Textversion („a union with a federal goal“ bzw. „une union à vocation fédérale“) zielten noch etwas deutlicher als die deutsche auf eine quasi-schicksalhafte föderale ‚Berufung‘ der Union ab.

217 An seine Stelle trat die unverbindlichere Formulierung der „Verwirklichung einer immer engeren Union der europäischen Völker“ (Art. A EUV). Diese Formulierung war fast wortgleich schon in der Präambel des EWG-Vertrags enthalten, in der die europäischen Staatschefs ihren „festen Willen, die Grundlagen für einen immer engeren Zusammenschluß der europäischen Völker zu schaffen“, zum Ausdruck gebracht hatten (Präambel EWGV). In der englischen Sprachversion waren die Unterschiede noch geringer; hier war in beiden Fällen von einer „ever closer union among the peoples of Europe“ die Rede.

218 Schon der Delorsplan sah für die Einführung der Währungsunion ein Modell mit drei Stufen vor, von denen die erste – ohne Vertragsreform – bereits 1990 in Kraft trat. Ob die zweite und dritte Stufe durch jeweils neu ausgehandelte Verträge eingeleitet werden sollten oder ob ein einzelner Vertrag den gesamten Prozess abdecken würde, ließ der Plan allerdings offen. In Abs. 62–63 wurden Vor- und Nachteile beider Optionen verglichen: „One procedure would be to conclude a new Treaty for each stage. The advantage of this procedure would be that it would explicitly reaffirm the political consensus at each stage and would allow for modification of the form the following stage should take in the light of experience with the current stage. At the same time, this approach might prove unwieldy and slow, it might not safeguard the overall consistency of the process sufficiently and it might carry the risk that parallel progress on the monetary and non-monetary sides might not be respected. [...] Alternatively, it could be decided to conclude a single comprehensive Treaty formulating the essential features and institutional arrangements of economic and monetary union and the steps by which it could be achieved. Such a Treaty should indi-

kehrs, für die Visumpolitik und für das Verfahren zur Wahl der Kommission.<sup>219</sup>

Zum anderen beinhaltete der Vertrag eine allgemeine Revisionsklausel, derzufolge im Jahr 1996 eine Regierungskonferenz einberufen werden sollte, „um die Bestimmungen dieses Vertrags, für die eine Revision vorgesehen ist, in Übereinstimmung mit den Zielen der Artikel A und B zu prüfen“.<sup>220</sup> Diese Revisionsklausel ließ die Art der künftigen Integrationschritte also offen und schrieb lediglich ein Datum für die nächste Vertragsreform vor. Der Hinweis auf die Ziele der Artikel A und B aber bot einen klaren Hinweis auf die allgemeine Richtung, die diese Vertragsreform haben sollte – fand sich dort doch unter anderem jene Finalitätsbestimmung einer „immer engeren Union“, die in den ersten Vertragsentwürfen noch eine „Union mit föderaler Ausrichtung“ gewesen war.<sup>221</sup> Dass die vorgesehene Revision auf eine weitere Vertiefung abzielte, wurde

---

cate the procedures by which the decision would be taken to move from stage to stage.“ (Committee for the Study of Economic and Monetary Union 12.04.1989:62–63). Letztlich entschied sich die Regierungskonferenz für ein Vorgehen mit einem komplexen Übergangsmechanismus, bei dem aber die dritte Stufe der Währungsunion unter allen Umständen spätestens am 1. Januar 1999 in Kraft treten würde (Art. 109j Abs. 4 EGV). Insgesamt beinhaltete der Vertrag damit einen nahezu sieben Jahre in die Zukunft reichenden Automatismus, der sicherstellte, dass – abgesehen von der theoretischen Möglichkeit einer weiteren einstimmigen Vertragsänderung – keine Regierung und kein EG-Organ den Übergang zur Währungsunion noch aufhalten konnte.

219 Die Kapitalverkehrsfreiheit trat zum 1. Januar 1994, gleichzeitig mit der zweiten Stufe der Währungsunion, in Kraft (Art. 73a EGV). Für die Visumpolitik war im Rat noch bis zum 1. Januar 1996 das Einstimmigkeitsprinzip, danach die qualifizierte Mehrheit anwendbar (Art. 100c Abs. 3 EGV). Die neuen Bestimmungen, nach der das Europäische Parlament die Kommissionsmitglieder bestätigen musste, galten ab 1995, nachdem 1993 noch einmal eine Kommission nach dem alten Verfahren ernannt worden war (Art. 158 Abs. 3 EGV).

220 Art. N Abs. 2 EUV.

221 Vgl. Vedder und Folz 2000:Rn. 33. Weitere Ziele der Artikel A und B waren „die Aufgabe [...], die Beziehungen zwischen den Mitgliedstaaten sowie zwischen ihren Völkern kohärent zu gestalten“ (Art. A EUV) sowie unter anderem „die Förderung eines ausgewogenen und dauerhaften wirtschaftlichen Fortschritts“, „die Behauptung ihrer Identität [d. h. der Identität der Union] auf internationaler Ebene, insbesondere durch eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik“, „die Stärkung des Schutzes der Rechte und Interessen der Angehörigen ihrer Mitgliedstaaten durch Einführung einer Unionsbürgerschaft“, „die Entwicklung einer engen Zusammenarbeit in den Bereichen Justiz und Inneres“ sowie „die volle Wahrung des gemeinschaftlichen Besitzstands und seine Weiterentwicklung“ (Art. B EUV).



auch aus den übrigen Artikeln des Vertrags erkennbar, die darauf verwiesen. So hieß es beispielsweise ausdrücklich, dass bei der Revision „der Anwendungsbereich [des Mitentscheidungsverfahrens] [...] erweitert werden“ könne.<sup>222</sup>

Anders als die recht offen gehaltene Revisionsklausel in der Einheitlichen Europäischen Akte – derzufolge im fünften Jahr nach dem Inkrafttreten der Akte (also 1992) nur offen geprüft werden sollte, „ob Titel III [d. h. die Europäische Politische Zusammenarbeit] einer Revision bedarf“<sup>223</sup> – folgten die Bestimmungen im Vertrag von Maastricht also erkennbar dem Zweck, die Konstitutionalisierung der Europäischen Union in der Zukunft weiter voranzutreiben.<sup>224</sup> Tatsächlich blieb im Zuge der 1996 ausgehandelten und im Folgejahr unterzeichneten Vertragsänderung von Amsterdam sowie der daran anschließenden Folgerevisionen von Nizza 2001 und Lissabon 2007 die im Vertrag von Maastricht vorgegebene Tendenz im Wesentlichen erhalten. Unter anderem wurden die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik weiter ausgebaut, der Bereich Justiz und Inneres schrittweise vergemeinschaftet, das Mitentscheidungsverfahren (ab dem Vertrag von Lissabon: „ordentliches Gesetzgebungsverfahren“) ausgeweitet sowie die Rolle der einzelnen Bürger durch die EU-Grundrechtecharta weiter gestärkt.<sup>225</sup>

---

222 Art. 189b Abs. 8 EGV.

223 Art. 30 Nr. 12 EEA.

224 In einer Rede vor dem Europäischen Parlament äußerte Kommissionspräsident Delors kurz nach dem Gipfel von Maastricht 1991 auch ausdrücklich die – neofunktionalistisch inspirierte – Erwartung, dass eine künftige Vertragsreform unvermeidlich zur Aufwertung der politischen und demokratischen Dimension der EU führen müsse, um das durch die Währungsunion und die starke Position der Europäischen Zentralbank entstehende Ungleichgewicht auszubalancieren (vgl. Ludlow 2019:168).

225 .Zur Fortwirkung des Vertrags von Maastricht in den späteren Vertragsreformen vgl. auch Dinan 2012, Dinan 2013.

### 2.3 Zwischenfazit

Der Vertrag von Maastricht lässt sich als Teil eines langfristigen Konstitutionalisierungsprozesses sehen, in dem sich das europäische politische System schrittweise (und mit zahlreichen Krisen und Gegenbewegungen) von einem eher mitgliedstaatlich-außenpolitischen in Richtung eines europäisch-innenpolitischen Modells entwickelte. In diesem Prozess stellte die Maastrichter Reform einen herausragenden Einzelschritt dar, dem in mehrerer Hinsicht besondere Bedeutung zukam.

Dies betrifft erstens die Ausweitung der europäischen Politikfelder. Während die Integration zuvor im Wesentlichen auf den wirtschaftlichen Bereich beschränkt gewesen war, drang sie nun in genuin politische Felder vor. Insbesondere mit der Währungsunion, der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik sowie der Zusammenarbeit im Bereich Justiz und Inneres wurden Kompetenzen europäisiert, die traditionell zum Kernbereich der nationalen Souveränität zählten.

Zweitens wurden durch den Vertrag institutionelle Reformen vollzogen, die auf eine Verschiebung der demokratischen Legitimationsgrundlage abzielten. Durch neue Entscheidungsverfahren wurden die Vetorechte der einzelnen Mitgliedstaaten und damit auch die Einflussmöglichkeiten der nationalen Parlamente reduziert. Umgekehrt erfuhr das Europäische Parlament eine beträchtliche Stärkung und war dem Rat nun durch das Mitentscheidungsverfahren in mehreren Politikfeldern als Gesetzgeber gleichgestellt. Außerdem wurde mit der Unionsbürgerschaft ein eigener Status für die europäischen Bürger geschaffen und explizit gemacht, dass sich für diese individuelle Rechte und Pflichten unmittelbar aus dem Vertrag ergaben.

Drittens untermauerte der Vertrag die Rolle der EU als kontinentales Ordnungssystem. Zum einen legte er die Grundlagen für geplante Erweiterungen nach Nord-, Mittel- und Osteuropa, die die EU zu einer gesamt-europäischen Institution machen sollten. Zum anderen ermöglichte er durch die Einführung von Opt-out-Regelungen eine abgestufte Integration innerhalb des einheitlichen Verfassungsrahmens und verhinderte so eine rechtliche Zersplitterung in eine Vielzahl unabhängiger Vertragsregimes.

Viertens wurden durch den Vertrag einige neue Begriffe mit bundesstaatlichen Konnotationen eingeführt. Die Veränderungen auf dieser symbolischen Ebene waren allerdings schwächer ausgeprägt als in anderen Bereichen; die in den Vertragsentwürfen vorgesehene Finalitätsbestimmung einer „Union mit föderaler Ausrichtung“ wurde in der endgültigen Fas-

sung gestrichen und durch die unverbindlichere Formulierung einer „immer engeren Union“ ersetzt.

Fünftens beinhaltete der Vertrag mehrere Bestimmungen, durch die die Tendenz zu einem europäisch-innenpolitischen Modell für die Zukunft festgeschrieben werden sollte. Dies geschah zum einen durch verschiedene Stufenregelungen, zum anderen durch eine allgemeine Revisionsklausel, derzufolge im Jahr 1996 eine Regierungskonferenz weitere Vertiefungsschritte prüfen sollte. Der Vertrag von Maastricht bildete damit den Ausgangspunkt für die Reformserie, die sich in den folgenden Jahren mit den Verträgen von Amsterdam, Nizza und Lissabon fortsetzen sollte.



### 3. Der Vertrag von Maastricht und die europäische Öffentlichkeit

Der Vertrag von Maastricht stellte also in vielerlei Hinsicht einen Paradigmenwechsel von einem mitgliedstaatlich-außenpolitischen zu einem europäisch-innenpolitischen Integrationsmodell dar. Wie oben dargestellt, gehen diese unterschiedlichen Integrationsparadigmen jedoch mit jeweils unterschiedlichen Anforderungen an die europäische Öffentlichkeit einher. Während für die Legitimation eines mitgliedstaatlich-außenpolitischen Modells eine breite öffentliche Debatte allenfalls auf einzelstaatlicher Ebene erforderlich ist, bedingt das gesamteuropäisch-innenpolitische Modell eine länderübergreifende Auseinandersetzung, die primär anhand weltanschaulicher, nicht nationaler Grenzen strukturiert ist. Dies wirft die Frage auf, ob sich die Neuerungen des Vertrags von Maastricht auch auf die Struktur der europäischen Öffentlichkeit auswirkten: War der Konstitutionalisierungsschritt im politischen System der EG/EU von einem Verfassungsmoment begleitet, der auch die Form der medialen Auseinandersetzung und die Selbstwahrnehmung der Bevölkerung veränderte?

#### 3.1 *Maastricht als Verfassungsmoment?*

Der Begriff des Verfassungsmoments (*constitutional moment*) geht auf den amerikanischen Rechtswissenschaftler und Verfassungshistoriker Bruce Ackerman zurück. Er bezeichnet kurze Phasen der politischen Krise, in denen unter großer Beteiligung der Bevölkerung wichtige konstitutionelle Prinzipien neu verhandelt werden, wodurch es zu Veränderungen im öffentlichen Bewusstsein kommt und der Verfassungsdiskurs einen schnellen Wandel erfährt.<sup>226</sup> Ackerman verwendete den Begriff zunächst in einer recht engen Definition und lediglich in Bezug auf die US-amerikanische Verfassungsgeschichte, in deren Verlauf er drei *constitutional moments* sah:

---

226 Nach Ackermans ursprünglicher Definition handelt es sich um „rare moments when political movements succeed in hammering out new principles of constitutional identity that gain the considered support of a majority of American citizens after prolonged institutional testing, debate, decision“ (Ackerman 1989a:545). Vgl. auch Ackerman 1993, Ackerman 1998.

die Verfassungsgebung 1787, die Verfassungszusätze nach dem amerikanischen Bürgerkrieg sowie die Uminterpretation der Verfassung im Zuge des New Deal. Diese betrachtete er als eine Form des „higher lawmaking“, bei der das Volk selbst als Akteur präsent sei und der deshalb normativ der gleiche, wenn nicht sogar ein höherer Rang zukomme als den formell in der Verfassung vorgesehenen Änderungsverfahren.<sup>227</sup> In der rechtstheoretischen Rezeption Ackermans stand vor allem dieser Aspekt im Vordergrund<sup>228</sup> und stieß teilweise auch auf scharfe Kritik.<sup>229</sup> In der sozial- und politikwissenschaftlichen Rezeption wurde der Begriff des *constitutional moment* hingegen auch auf eine Vielzahl anderer Verfassungen angewandt und meist in einem etwas weiteren Sinn verstanden: In der Regel bezeichnet er hier allgemein politische Krisensituationen, die in recht kurzer Zeit zu dauerhaften Veränderungen in der Verfassungskultur und dem öffentlichen Verfassungsverständnis führen.<sup>230</sup>

Dieses weitere Verständnis liegt auch dem Begriffsgebrauch in dieser Arbeit zugrunde. Der mögliche Verfassungsmoment der Europäischen Union, um den es hier gehen soll, müsste demnach in einer politischen Krise bestehen, in der sich nicht nur die rechtliche Verfassungsgrundlage – das europäische Vertragswerk –, sondern auch die Diskursmuster und -strukturen der europäischen Öffentlichkeit ändern. Konkret soll darunter im Folgenden eine Verschiebung in Richtung eines europäisch-innenpolitischen Modells europäischer Öffentlichkeit verstanden werden, so wie es weiter oben beschrieben wurde. Ein europäischer Verfassungsmoment wäre in diesem Sinne also der Übergang zu einer öffentlichen Debatte, in der die Trennlinien der verschiedenen Diskursräume stärker entlang weltanschaulicher als entlang nationaler Grenzen verlaufen, verbunden mit einem verstärkten Bewusstsein der Zugehörigkeit zu einer gemeinsamen europäischen Bürgerschaft.

Dass ein europäischer Verfassungsmoment wenigstens grundsätzlich denkbar ist, wird von einem Großteil der bestehenden Literatur anerkannt. Insbesondere die Verabschiedung der Grundrechtecharta 2000 und des Verfassungsvertrags 2004 wurden wiederholt als (ungenutzte) Gelegen-

---

227 Ackerman 1993:6–7.

228 Vgl. etwa Forbath 1999 und die übrigen Symposiumsbeiträge in *The Yale Law Journal* 1999. Darauf aufbauend wurde der Begriff auch begründet, um schnelle und weitreichende, aber nicht notwendigerweise durch formale Verträge erfolgte Veränderungen im Völkerrecht zu postulieren (vgl. z. B. Slaughter / Burke-White 2002, Fassbender 2009:86–87, Powell 2012).

229 So z. B. Klarman 1992.

230 Vgl. z. B. Pollak / Slominski 2005 sowie die Verweise in der folgenden Fußnote.

heiten für einen *constitutional moment* beschrieben.<sup>231</sup> In ähnlichem Sinne sah Jürgen Habermas im europäischen Verfassungsvertrag die Chance zu einem „catalytic effect“, der zu einer intensivierten transnationalen Debatte führen und damit auch auf europäischer Ebene „the logic of the circular creation of state and society that shaped the modern history of European countries“ auslösen sollte.<sup>232</sup> Klaus Eder wiederum bezeichnete die Eurokrise als einen „critical moment“, der zur „constitution of a European demos“ führen könne.<sup>233</sup>

Bedenkt man jedoch die oben beschriebenen Auswirkungen des Vertrags von Maastricht auf das politische System der EU, so erscheint es plausibel, bereits diesen als möglichen Verfassungsmoment in Betracht zu ziehen, der – wenigstens potenziell – zu einer Umstrukturierung der europäischen Öffentlichkeit hätte führen können. Der Vertrag bedeutete nicht nur eine gravierende Veränderung in der Funktionsweise der europäischen Institutionen in Richtung eines gesamteuropäisch-innenpolitischen Modells: Anders als die Verabschiedung der Grundrechtecharta und des Verfassungsvertrags fiel er zudem in eine Phase der allgemeinen Krise, in der sich angesichts des Zerfalls der Sowjetunion in recht kurzer Zeit zahlreiche politische Gewissheiten auflösten. Das wahrgenommene Machtvakuum und die Sorge vor möglichen Bürgerkriegen in Osteuropa, die Aus-

---

231 Vgl. etwa Menéndez 2002:487, Eriksen / Fossum / Menéndez 2003:17–18 und mit etwas mehr Vorbehalten Maduro 2003b:204 für die Grundrechtecharta sowie Pernice 2004 und Walker 2004 für den Verfassungskonvent. Grundsätzlich skeptisch äußern sich hingegen La Torre 2003:89 und Grimm 2004:461. Auch Erik O. Eriksen stellt fest, der Grundrechte- und der Verfassungskonvent hätten „not (yet) spurred a *constitutional moment* in the sense that a broad spectrum of the population ‚take to the streets‘“ (Eriksen 2005:355, Hervorh. i. O.). Empirische Analysen der Auseinandersetzung über den Verfassungsvertrag kommen zu dem Ergebnis, dass speziell die französische Ratifikationsdebatte durchaus zu einer Politisierung entlang von Parteilinien geführt habe, allerdings lediglich auf nationaler Ebene in Frankreich (Jentges / Trenz / Vettors 2007, Statham / Trenz 2013a).

232 Habermas 2001b:16–17; letzteres Zitat ist von Habermas aus einem erst später veröffentlichten Manuskript von Claus Offe entnommen (siehe Offe 2003:87). Habermas verwendet den Begriff des *constitutional moment* selbst nicht, die von ihm erwarteten Effekte entsprechen jedoch diesem Konzept.

233 Eder 2014:219, 233. Etwas zurückhaltender bezeichnen Hepp u. a. die Eurokrise als einen „magnifier“, der die Diskussion über EU aktiviert und „an emerging European culture of political discourse“ sichtbar gemacht habe. Allerdings sei diese „[c]ommunicative construction [...] still rooted in different national and stratification-related cultures of political discourse“ (Hepp u. a. 2016:230). Vgl. auch Rauh / Zürn 2014, Vobruba 2015, Risse 2015b.

### 3. Der Vertrag von Maastricht und die europäische Öffentlichkeit

sicht auf eine Zunahme von Migrationsbewegungen, das Aufflammen des Nationalismus auch in zahlreichen westeuropäischen Ländern und besonders die durch den Mauerfall wieder geöffnete Frage nach der Rolle Deutschlands auf dem Kontinent boten Anlass für eine grundsätzliche Neuverhandlung verfassungs- und europapolitischer Vorstellungen. Tatsächlich beschrieben bereits zeitgenössische akademische Deutungen den Vertrag von Maastricht als die Antwort der EG-Mitgliedstaaten auf die Herausforderungen, die die deutsche Wiedervereinigung und das Ende des Kalten Krieges mit sich brachten.<sup>234</sup> Er kann in diesem Sinne als Ergebnis eines Lernprozesses verstanden werden, an dessen Ende die Überzeugung stand, dass die Krise der Jahre nach 1989 nicht mehr mit mitgliedstaatlich-außenpolitischen Mitteln, sondern nur durch den Übergang zu einem deutlich stärker europäisch-innenpolitisch ausgerichteten Integrationsmodell zu lösen war.

Damit stellt sich die Frage, ob ein vergleichbarer Lernprozess auch in der breiten Öffentlichkeit stattfand. Tatsächlich zeigen Jessica ter Wal u. a., dass die europäischen Medien über den Fall der Berliner Mauer im November 1989 nicht etwa als ein rein deutsches Ereignis berichteten, sondern als einen Vorgang, der ganz Europa betreffe und auch die Zukunft der Europäischen Gemeinschaften prägen würde.<sup>235</sup> Die allgemeine Unsicherheit und Krisenhaftigkeit der Vertragsverhandlungen lässt auch für die Folgezeit ein erhöhtes Interesse der Bevölkerung für europäische Verfassungsfragen erwarten. Es erscheint deshalb nicht unplausibel, dass dies zu einer dauerhaften Veränderung des Selbstverständnisses im Sinne einer europäischen Bürgerschaft und zu einer Strukturierung der Debatte entlang gesamteuropäisch-weltanschaulicher statt nationaler Diskursgrenzen hätte führen können.

Doch wie im Folgenden gezeigt werden soll, weisen die Befunde der bisherigen Forschung über die Entwicklung der europäischen Öffentlichkeit nicht in diese Richtung. Zwar wurde die Zeit um 1990 wiederholt als ein wichtiger Wendepunkt in der öffentlichen Wahrnehmung der europäischen Integration beschrieben. Das Ausmaß dieser Wende blieb jedoch weit hinter dem Konstitutionalisierungsschub im politischen System zurück. Der Verfassungsmoment, den das Ende des Kalten Krieges und die Verhandlungen für den Vertrag von Maastricht hätten auslösen können, fand nicht statt.

---

234 So etwa Baun 1995; im gleichen Sinne auch Gehler 2009a:115.

235 ter Wal u. a. 2009.



### 3.2 Veränderungen in der europäischen Öffentlichkeit um 1990

Im Kern der Veränderung, die die europäische Öffentlichkeit in den späten 1980er und frühen 1990er Jahren erfuhr, stand die Auflösung des *permissive consensus*. Dieser Begriff wurde 1970 von den Politikwissenschaftlern Leon Lindberg und Stuart Scheingold geprägt und bezeichnete die damals vorherrschende passive und weitgehend desinteressierte Zustimmung des größten Teils der Bevölkerung zu dem von den Eliten vorangetriebenen europäischen Einigungsprozess.<sup>236</sup> Ein solches Legitimationsmuster deckte sich bestens mit dem funktionalistischen Paradigma, das für die Anfangsphase der Europäischen Gemeinschaften kennzeichnend war: Entsprechend dem oben dargestellten mitgliedstaatlich-außenpolitischen Modell der europäischen Öffentlichkeit fand die europapolitische Auseinandersetzung hauptsächlich in kleinen, weitgehend geschlossenen Expertenkreisen statt; die breite Öffentlichkeit hingegen widmete dem Thema nur wenig Aufmerksamkeit und beschränkte sich, wie auch in außenpolitischen Fragen üblich, auf eine diffuse Unterstützung der eigenen Regierung.

Bereits Lindberg und Scheingold antizipierten jedoch, dass dieses Legitimationsmuster an ein Ende stoßen könnte,

if the Community were to broaden its scope or increase its institutional capacities markedly [...]. Under such conditions, integration might become more relevant to new groups and begin to effect [sic] old groups in ways which would test the depth of their commitment to the European idea. Major crises might also mobilize broader publics and increase their relevance to Community processes.<sup>237</sup>

Zwanzig Jahre später erwies sich diese Prognose als zutreffend: Bereits nach Verabschiedung der Einheitlichen Europäischen Akte 1985, vor allem aber ab dem Vertrag von Maastricht begann der *permissive consensus* zu erodieren.<sup>238</sup> Angesichts der neuen politischen Zuständigkeiten der EG, die sich seit dem Binnenmarktprojekt zunehmend auf das Alltagsleben der Bürger auswirkten, gewann die europäische Integration an gesellschaftli-

---

236 Vgl. Lindberg / Scheingold 1970:41.

237 Lindberg / Scheingold 1970:277–278.

238 Dass der *permissive consensus* an ein Ende gestoßen sei, wurde erstmals in Folge der Ratifizierungskrise des Vertrags von Maastricht konstatiert (siehe Reif 1993) und seitdem wiederholt bestätigt (vgl. etwa Laumen / Maurer 2006, Hooghe / Marks 2009, Beus 2010, Schrag Sternberg 2013:128).

cher Bedeutung. In seiner Periodengliederung der europäischen Öffentlichkeit sieht Hartmut Kaelble in den späten 1980er Jahren deshalb den Beginn einer neuen „Wandlungsepoche“, in der sich die europapolitische Diskussion auf neue Themenbereiche ausweitete und auch außerhalb der transnationalen Expertennetzwerke an Fahrt gewann. Die Intensität der Medienberichterstattung nahm zu, während zugleich die Bewertung des Einigungsprozesses kontroverser wurde.<sup>239</sup> Auch Jan-Henrik Meyer, der in einer mit quantitativen Methoden unterfütterten Studie die öffentliche Auseinandersetzung zu fünf europäischen Gipfeltreffen zwischen 1969 und 1991 vergleicht,<sup>240</sup> bestätigt diesen Befund einer Ausweitung der Debatte. So stieg die Berichterstattung zum Gipfel von Maastricht im Vergleich zu früheren Treffen des Europäischen Rates stark an<sup>241</sup> und die EG

---

239 Vgl. Kaelble 1999:671–675, Kaelble 2002:17–19, Kaelble 2014:587–588. Einschränkung macht allerdings Anne Peters darauf aufmerksam, dass in Umfragen „noch 1995 in keinem Bereich der Nahzone unmittelbarer politischer Betroffenheit der Bevölkerung mit so hohem Anteil mit ‚unentschieden‘, ‚kein Urteil‘ oder ‚weiß nicht‘ geantwortet wurde wie bei Fragen zu Europa“ (Peters 2004:378, gestützt auf Noelle-Neumann 1995:269).

240 Meyer 2010. Im Einzelnen betrachtet Meyer die Gipfel von Den Haag 1969, Paris 1974, Brüssel 1978, Luxemburg 1985 sowie Maastricht 1991, wobei er jeweils die Berichterstattung von je zwei deutschen, britischen und französischen Qualitätszeitungen in der Woche vor und der Woche nach dem Gipfel analysiert. Dieses Untersuchungsdesign hat den Vorteil, einen Einblick in die langfristige Entwicklung der europäischen Öffentlichkeit zu bieten (was auch der Fragestellung Meyers entspricht). Durch die Begrenzung auf einzelne herausragende Gipfel ermöglicht es jedoch kaum Aussagen über die mediale Dynamik länger andauernder Verhandlungen wie der Regierungskonferenzen vor der EEA und dem Vertrag von Maastricht.

241 Meyer 2010:157–160, vgl. auch Meyer 2008:333. Tatsächlich wurde über den Gipfel von Luxemburg deutlich weniger berichtet als noch über vorangehende Ereignisse wie den Brüsseler Gipfel 1978, auf dem das EWS beschlossen wurde. Meyer erklärt dies mit der „path dependency“ der Berichterstattung: Nachdem in den frühen 1980er Jahren die EG aufgrund des Konflikts über das britische Budget als weitgehend handlungsunfähig wahrgenommen worden war, erwarteten die Journalisten auch von dem Gipfel von Luxemburg keine gravierenden Neuigkeiten und schenken der EEA entsprechend wenig Aufmerksamkeit. Hingegen führten die Auswirkungen des Binnenmarktprojekts und die einsetzenden Vertragsreform-Verhandlungen um 1990 dazu, dass die Medien EG-Angelegenheiten wachsender Aufmerksamkeit verfolgten, mehr Korrespondenten nach Brüssel entsandten und entsprechend besser auf den Gipfel von Maastricht vorbereitet waren (Meyer 2008:335–339).

wurde weitaus häufiger in Seite-1-Aufmachern und Leitartikeln thematisiert.<sup>242</sup>

Diese erhöhte Medienaufmerksamkeit bildete jedoch nur eine notwendige, keine hinreichende Bedingung für einen Verfassungsmoment, der zu einem Wandel in Richtung eines europäisch-innenpolitischen Öffentlichkeitsmodells geführt hätte. Die ausführlichere und meinungsfreudigere Begleitung der europäischen Integration ging nämlich nicht unbedingt auch mit einem intensiveren transnationalen Austausch zwischen den Medien oder mit einer verstärkten Selbstwahrnehmung als Teil einer europäischen Bürgerschaft einher, die für ein gesamteuropäisch-innenpolitisches Legitimationsmuster eine wesentliche Rolle spielen.

Vielmehr beobachtet Hartmut Kaelble auch für die Zeit nach 1990 weiterhin nationalstaatlich getrennte Debatten, in denen je nach Land unterschiedliche europapolitische Argumente verwendet wurden.<sup>243</sup> In eine ähnliche Richtung weisen die Befunde Jan-Henrik Meyers, der untersucht, wie häufig Akteure aus anderen Mitgliedstaaten sowie EG-Institutionen in Meinungstexten erwähnt werden: In absoluten Zahlen nahm die Anzahl dieser Bezüge anlässlich des Gipfels von Maastricht zwar deutlich zu, doch ihre Entwicklung blieb hinter der insgesamt zunehmenden Berichterstattung zurück. In der Quote von Auslandsbezügen pro Artikel ist deshalb sogar ein leichter Rückgang der Transnationalität festzustellen.<sup>244</sup> Da zugleich die Präsenz zivilgesellschaftlicher Akteure anstieg, sieht Meyer einen „definite trade-off between transnational communication and societal par-

---

242 Meyer 2010:163–167. Zugleich erfolgte auch eine Konvergenz zwischen den verschiedenen Zeitungen: Bei früheren Gipfeln hatten manche der von Meyer untersuchten Zeitungen mehrere Leitartikel oder Aufmacher publiziert, während andere ihnen kaum Aufmerksamkeit schenkten; der Gipfel von Maastricht hingegen wurde durchweg als wichtiges Ereignis rezipiert (ebd.:167–169).

243 Kaelble 1999:672.

244 Meyer 2010:207–208, 212–215. Eine Forschergruppe um Ruud Koopmans wiederum stellt bei der Analyse medial wiedergegebener Forderungen („claims“) fest, dass zwischen 1990 und 2002 zwar die mediale Aufmerksamkeit für Forderungen supranationaler Akteure anstieg, nicht aber für jene von Akteuren aus anderen Mitgliedstaaten (Koopmans / Erbe / Meyer 2010:68–69). Sowohl Meyer als auch Koopmans begrenzen sich in ihren Untersuchungen allerdings auf das formale Kriterium, ob die Positionen bestimmter Akteure in einem Artikel erwähnt werden, und gehen nicht auf qualitative Unterschiede in der Art der Darstellung ein. So differenzieren sie beispielsweise nicht dazwischen, ob die Haltung eines Akteurs lediglich als gegebene Tatsache beschrieben oder ob sie als veränderbar angesehen und deshalb eingehender analysiert und bewertet wird. Auf diesen Unterschied wird weiter unten noch zurückgekommen (Erster Teil, Kapitel 4.4.1).

ticipation“. Während die öffentliche Debatte zu früheren Gipfeln eher außenpolitischen Mustern gefolgt sei, habe sie in Maastricht stärker innenpolitischen Auseinandersetzungen geähnelt – allerdings, so wäre zu präzisieren, im Sinn einer *nationalen*, nicht gesamteuropäischen Innenpolitik.<sup>245</sup> In eine ähnliche Richtung weisen die Beobachtungen von Mark Franklin u. a., die bereits 1994 feststellten, dass die Ratifikationsreferenden über den Vertrag von Maastricht stark von nationalen parteipolitischen Auseinandersetzungen überlagert wurden.<sup>246</sup> Jos de Beus extrapoliert diese Beobachtung sogar in die Zukunft und prognostiziert nach einer Analyse der Europäisierung nationaler Öffentlichkeiten in den 1990er und 2000er Jahren

that the European public will not occur at the level of a pan-European society beyond national borders, but at the level of social and political life within and across member states. [...] In short, the European public sphere is home grown.<sup>247</sup>

Während also gesellschaftliche und parteipolitische Gegensätze über die Europapolitik auf *nationaler* Ebene nach 1990 sichtbarer wurden, gab es hinsichtlich einer Strukturierung der Debatte entlang *gesamteuropäisch*-weltanschaulicher Diskursgrenzen offenbar nur wenig Veränderung. Wie Meyer feststellt, zeigte sich in der Auseinandersetzung über den Gipfel von Maastricht zwar eine wachsende Bedeutung weltanschaulicher Gegensätze in Bezug auf die Frage einer europäischen Sozialpolitik. Ansonsten aber wurde sogar noch mehr als bei vorherigen Gipfeln auf Argumente des nationalen Interesses oder der nationalen Souveränität zurückgegriffen.<sup>248</sup> Argumente aus anderen Mitgliedstaaten wurden zwar häufiger als zuvor

---

245 Meyer 2010:220.

246 Franklin / Marsh / McLaren 1994.

247 Beus 2010:32.

248 Meyer 2010:285–288. Leider zieht Meyer keinen systematischen Vergleich zwischen nationalen und weltanschaulichen Gegensätzen und unterscheidet auch nicht klar zwischen weltanschaulichen Positionen innerhalb einer nationalen Debatte (also etwa unterschiedlichen parteipolitischen Ansichten darüber, worin das nationale Interesse des eigenen Landes bestand) und gesamteuropäisch-weltanschaulichen Standpunkten (also Positionen, die von Medien ähnlicher weltanschaulicher Ausrichtung in mehreren Ländern vertreten wurden). Dies führt zu teilweise widersprüchlichen Befunden: So konstatiert Meyer zwar, dass in der Maastricht-Berichterstattung „political cleavages increasingly played a role [...] [and] frequently even cross-cut the national divide“ (ebd.:288); zugleich hebt er aber auch hervor, dass „commentators emphasised conflicting national interests to an unprecedented degree“ (ebd.:285). Entsprechend mehrdeutig fällt auch seine Gesamtzusammenfassung aus: „At Maastricht, there was a tendency

diskutiert, doch neigten Kommentatoren dazu, jeweils die wirtschaftlichen und politischen Modelle ihrer eigenen Länder als Vorbild für die Europäische Union insgesamt zu betrachten. Im Ganzen sieht Meyer deshalb einen Rückfall in „the patterns of a national sense of community“, bei dem die Kommentatoren zwar versuchten, nationale und europäische Identitäten miteinander zu vereinbaren, tendenziell jedoch der nationalen Ebene den Vorrang gaben.<sup>249</sup> Zusammenfassend konstatiert Hartmut Kaelble für die Zeit der 1980er und 1990er Jahre:

Die lange vermisste Politisierung der Eurothemen scheint also nicht, wie oft erhofft, von einer wachsenden Bindung, sondern von einer sinkenden Identifizierung mit der Europäischen Union begleitet gewesen zu sein.<sup>250</sup>

Diese Beobachtungen decken sich auch mit den Ergebnissen der Eurobarometer-Umfragen, die seit den 1970er Jahren im Auftrag der Europäischen Kommission durchgeführt wurden. Auf die Frage, ob sie sich als Bürger ihres eigenen Staates oder auch als „Europäer“ bzw. als „Bürger Europas“ fühlten, zeigten die Befragten jeweils eine mehrheitliche Identifikation mit dem eigenen Nationalstaat, ohne dass vor oder nach dem Vertrag von Maastricht größere Veränderungen festzustellen wären. Die entsprechende Frage im Eurobarometer wurde im Jahr 1982 erstmals gestellt und 1992 umformuliert: In den ersten Jahren lautete sie, wie häufig die Befragten sich außer als Bürger des eigenen Landes auch als Europäer bzw. Bürger Europas fühlten; später wurde gefragt, ob sich die Befragten „in einer nahen Zukunft“ als Bürger des eigenen Landes, als Bürger des eigenen Landes und als Europäer, als Europäer und Bürger des eigenen Landes oder nur als Europäer sähen. Auf die erste Frage antworteten jeweils rund 15 Prozent mit „oft“, 35 Prozent „manchmal“ und 45 Prozent „nie“. Auf die zweite Frage gaben jeweils etwa 40–45 Prozent an, sich nur als Bürger ihres Landes zu fühlen; etwa ebenso viele Befragten sahen sich primär als Bürger ihres Landes und sekundär als Europäer, während die Zahl derer, die sich primär oder ausschließlich als Europäer beschrieben, meist nicht über 10 Prozent hinausging. In beiden Fällen zeigten sich gewisse Schwan-

---

towards a domestication of the debate on Europe, while at the same time the views of a broader range of countries were considered. [...] National debates on Europe continue to exist, but at the same time they are open to transnational communication“ (ebd.:298).

249 Meyer 2010:287.

250 Kaelble 2014:587.

kungen über die Zeit, aber bis in die 2000er Jahre hinein keine klare Entwicklungsrichtung.<sup>251</sup>

Zugleich sank die Wahlbeteiligung an Europawahlen während der 1990er Jahre deutlich ab, insbesondere in EG-Gründungsländern wie Deutschland, Italien und den Niederlanden.<sup>252</sup> Die intensiviertere europapolitische Debatte führte also offensichtlich nicht dazu, dass sich ein neues, auf dem parlamentarischen Wettstreit gesamteuropäisch-weltanschaulicher Positionen beruhendes Legitimationsmuster herausgebildet hätte. Obwohl die Funktionsweise des politischen Systems zunehmend auf eine Legitimation durch die Unionsbürger und das von ihnen gewählte Europäische Parlament setzte, gewannen die Europawahlen nicht die Bedeutung gesamteuropäischer Richtungsentscheidungen. Vielmehr blieb die öffentliche Wahrnehmung des Integrationsprozesses auch während und nach den Maastrichter Vertragsverhandlungen von der Ideenwelt nationaler Außenpolitik geprägt.

Infolgedessen erscheint es wenig überraschend, dass ab den 1990er Jahren auch die gesellschaftliche Akzeptanz der europäischen Integration zunehmend fragil wurde. Blickt man auf die in den Umfragen geäußerte Zustimmung der Bürger zur europäischen Integration, so lässt sich ab Frühling 1991 ein deutlicher Rückgang beobachten, der sich in der Folgezeit weiter fortsetzte. Erst kurz vor der Jahrtausendwende setzte wieder eine gewisse Stabilisierung der Zustimmungswerte ein, wenn auch auf niedrigerem Niveau als noch in den späten 1980er Jahren.<sup>253</sup>

---

251 Erst ab 2012 begann die ausschließliche Identifizierung mit dem Nationalstaat kontinuierlich hinter der gemischt national-europäischen zurückzubleiben; seit 2014 liegt Letztere konstant über 50 Prozent, Erstere konstant unter 40 Prozent. In der Eurobarometer-Systematik des GESIS handelt sich bei diesen Daten um den Trend „National Identity – European Identity – World Identity“ (vgl. GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften, Eurobarometer Data Service). Für alle Eurobarometer-Umfragen siehe Europäische Kommission, Standard Eurobarometer; für eine genauere Analyse der Daten von 1992 bis 2013 vgl. Bergbauer 2018:105–117.

252 Kaelble 2014:593.

253 Vgl. Laumen / Maurer 2006:14, Eichenberg / Dalton 2007:129 und Kaelble 2014:592, ebenfalls auf Grundlage von Eurobarometer-Daten. Bemerkenswerterweise zeigte die ‚affektive‘ Zustimmung (gemessen durch die Frage, ob die europäische Integration „eine gute Sache“ sei) insgesamt höhere Werte und einen geringeren Rückgang als die ‚utilitaristische‘ Zustimmung (die Frage, ob dem eigenen Land aus der Mitgliedschaft in der EU insgesamt gesehen Vorteile entstünden).

An die Stelle des *permissive consensus* trat also kein neues europäisch-innenpolitisches Legitimationsmuster, sondern eine Krisenphase mit sinkender sozialer Akzeptanz für die europäische Integration. Schon das Inkrafttreten des Vertrags selbst hing 1992/1993 mehrfach an einem seidenen Faden, wie sich etwa an dem zunächst gescheiterten und dann wiederholten Referendum in Dänemark, dem äußerst knappen Referendum in Frankreich oder der nur dank einer Vertrauensfrage des Premierministers John Major erfolgreichen parlamentarischen Ratifikation in Großbritannien zeigt.

Wie Claudia Schrag Sternberg beschreibt, waren diese Ratifikationsdebatten in den deutschen und französischen Medien von heftiger öffentlicher Kritik begleitet: Die Währungsunion wurde als Angriff auf die nationale Souveränität und Identität oder den nationalen Wohlstand gesehen, und der Sinn der europäischen Integration insgesamt offener als je zuvor in Zweifel gezogen.<sup>254</sup> Auch die institutionellen Reformen und die Unionsbürgerschaft erschienen weniger als Durchbruch zu einer europäischen denn als ein Angriff auf die *nationale* Demokratie. Die Vorstellung, dass es kein europäisches ‚Staatsvolk‘ gebe und deshalb auch eine demokratische EU nicht möglich sei, entwickelte sich zu einem verbreiteten Topos.<sup>255</sup>

Gerade bei diesem Topos handelte es sich letztlich freilich um nichts anderes als eine national-souveränistische Essenzialisierung des Befundes einer fehlenden europäischen Öffentlichkeit und Identität: Dass es in Folge des Vertrags von Maastricht nicht zu einem breiten Selbstverständnis der Bevölkerung als gesamteuropäische Bürgerschaft gekommen war, schien zu belegen, dass ein solches Selbstverständnis überhaupt nicht möglich sei. Indirekt wurde das Ausbleiben eines Verfassungsmoments damit selbst zu einem Argument, mit dem in der öffentlichen Debatte weitere Integrationsschritte in Richtung eines ‚föderalistischen‘, europäisch-innenpolitischen Modells der Europäischen Union in Frage gestellt werden konnten.

---

254 Schrag Sternberg 2013:106–114.

255 Ebd.:115–126. Freilich intensivierte sich als Reaktion auf diesen Topos auch die Auseinandersetzung von Intellektuellen mit der Frage, ob und wie eine europäische Öffentlichkeit und Identität entstehen könnte (ebd.:124–126). Zugleich verschoben sich im Zuge dieser Debatte auch die europapolitischen Trennlinien zwischen den Parteien: War deren Haltung zur europäischen Integration zuvor vor allem von wirtschaftspolitischen Faktoren geprägt, so gewannen ab den 1990er Jahren soziokulturelle Faktoren – die Haltung zu Fragen wie nationaler Identität, Multikulturalismus und Demokratie – an Gewicht (Schäfer u. a. 2020).

### 3.3 Zwischenfazit

Wie in diesem Kapitel erläutert wurde, führte der Vertrag von Maastricht nicht zu einem Verfassungsmoment im Sinne einer Verschiebung der Debattenstruktur in Richtung des europäisch-innenpolitischen Öffentlichkeitsmodells. Trotz der gravierenden Reformen in der Funktionsweise der EU änderte sich die öffentliche Wahrnehmung des Integrationsprozesses nur wenig. Letztlich hielten die Veränderungen der europäischen Öffentlichkeit deshalb nicht mit den Neuerungen im politischen System mit.

Einerseits waren die Vertragsverhandlungen zwar mit einer anhaltenden Politisierung der europäischen Öffentlichkeit verbunden. Diese hatte bereits mit dem Binnenmarktprojekt eingesetzt und bewirkte für den Gipfel von Maastricht eine bis dahin in der Europapolitik einzigartige Medienaufmerksamkeit, was zugleich auch zum Ende des traditionellen, mitgliedstaatlich-außenpolitischen Legitimationsmusters des *permissive consensus* führte. Zivilgesellschaftliche Akteure begannen sich vermehrt in die Debatte einzumischen, die auf europäischer Ebene gefassten Beschlüsse wurden stärker als zuvor hinterfragt, und die Regierungen konnten sich nicht mehr auf die diffuse Unterstützung der Bevölkerung verlassen, die für Fragen der Außenpolitik sonst charakteristisch ist.

Andererseits führte der Vertrag von Maastricht aber nicht dazu, dass sich die europäische Bevölkerung nun verstärkt als eine gesamteuropäische Bürgerschaft verstanden hätte. Auch die Transnationalisierung der Öffentlichkeit hielt nicht mit der Ausweitung der Debatte insgesamt mit. Die Diskursgrenzen verliefen weiterhin vor allem entlang nationaler, nicht gesamteuropäisch-weltanschaulicher Linien; europapolitische Auseinandersetzungen erfolgten noch immer vor allem im nationalen Rahmen und waren teilweise sogar stärker als in den Jahren zuvor von Konzeptionen des nationalen Interesses geprägt.

Damit tat sich ein Widerspruch zwischen der zunehmend europäisch-innenpolitischen Funktionsweise des politischen Systems der EU und der weiterhin mitgliedstaatlich-außenpolitischen Struktur der europäischen Öffentlichkeit auf. Die Vorstellung, dass es wegen des fehlenden europäischen ‚Staatsvolks‘ auch keine europäische Demokratie geben könne, wurde zu einem verbreiteten Topos, um die Möglichkeit weiterer Integrationschritte in Zweifel zu ziehen.



## 4. Ein verfahrensbasierter Erklärungsansatz für die Dominanz nationaler Perspektiven

Woran lag es, dass die Krise von 1989/90 und die Vertragsreform von Maastricht nicht die ‚katalytische‘ Wirkung entfalten konnten, die in der breiten Öffentlichkeit zur Etablierung eines neuen gesellschaftlichen Selbstverständnisses als europäische Bürgerschaft geführt hätte? Warum verliefen die Diskursgrenzen in der Debatte weiterhin hauptsächlich entlang nationaler, nicht weltanschaulicher Teilöffentlichkeiten, warum blieben die vorherrschenden Deutungsmuster mitgliedstaatlich-außenpolitisch? Warum blieb der mögliche Verfassungsmoment aus? In den folgenden Kapiteln soll dafür ein Erklärungsansatz entwickelt werden, der nicht allein diskursimmanente Faktoren (wie die natürliche Beharrungskraft etablierter Deutungsmuster) in den Blick nimmt, sondern eine davon weitgehend unabhängige, externe Rahmenbedingung – nämlich das Verfahren der Vertragsreform, das sich vermittelt über Effekte der medialen Nachrichtenauswahl auch auf die Inhalte der öffentlichen Debatte auswirkte.

### 4.1 *Verfahren und Kommunikation*

Die handlungs- und kommunikationssteuernde Funktion von Entscheidungsverfahren ist richtungsweisend von Niklas Luhmann in *Legitimation durch Verfahren* beschrieben worden. Ihm zufolge ist das Verfahren eine

Matrix möglicher Ereignisse, die nur in diesem Verfahren sich mit ihren spezifischen Bedeutungsgehalten ereignen können. Durch Regeln der Irrelevanz, durch Regeln der Zulassung von Personen und der Einführung von Themen, durch Übersetzungsregeln und durch Regeln der Definition dessen, was stört [...], wird das Verfahren eingegrenzt und für einige Zeit zu einer gewissen Autonomie erweckt, bis die Entscheidung fällt. In dem Maße, als das Verfahren sich entwickelt, ziehen die Handlungsmöglichkeiten der Beteiligten sich zusammen.<sup>256</sup>

---

256 Luhmann 1983 [1969]:45.

Durch diese Vorstrukturierung von Handlungsoptionen reduzieren Verfahren die Komplexität einer Entscheidungssituation. Auf diese Weise ermöglichen sie die Erzeugung von Legitimität – in dem Sinn, dass die schließlich getroffene Entscheidung als rechtens anerkannt wird. Diese Anerkennung basiert, so Luhmann, auf einem „Lernprozess“, an dessen Ende „die durch Entscheidung geänderten Erwartungen gleichsam automatisch, von innen heraus, beachtet und wie eine (willkommene oder unwillkommene) Tatsache behandelt“ werden.<sup>257</sup>

Überträgt man diese Überlegungen auf die Fragestellung dieser Arbeit, so ist zunächst einzuschränken, dass sich Luhmanns Legitimitätsbegriff lediglich auf eine Anerkennung einer bestimmten Entscheidung als geltendes Recht bezieht. Dies war für den Vertrag von Maastricht ohne Zweifel der Fall: So hätte nach dem Inkrafttreten des Vertrags niemand die rechtliche Geltung der darin enthaltenen Bestimmungen ernsthaft in Frage gestellt. Dass etwa die Mitgliedstaaten Vetorechte im Rat verloren und stattdessen das Europäische Parlament neue Mitentscheidungsrechte bei der Gesetzgebung erhielt, wurde, in Luhmanns Formulierung, „wie eine (willkommene oder unwillkommene) Tatsache behandelt“. In dieser Hinsicht erfüllte das Entscheidungsverfahren des Vertrags von Maastricht also offensichtlich durchaus seinen Zweck, einen gesellschaftlichen „Lernprozess“ in Gang zu setzen.

Was allerdings ausblieb, war eine weitergehende Umstrukturierung der Erwartungen im Sinne eines Verfassungsmoments. Wie weiter oben bereits angesprochen wurde, lässt sich auch dieser als gesellschaftlicher ‚Lernprozess‘ verstehen, etwa was die Vorstellungen über das Wesen der EU oder das staatsbürgerliche Selbstverständnis der Bevölkerung betrifft. Anders als bei Luhmann geht es hier jedoch nicht nur um die Anerkennung der rechtlichen *Geltung*, sondern auch um eine bestimmte öffentlich geteilte *Deutung* des Vertrags. Diese Deutungsmuster wiederum können nur durch die massenmediale Auseinandersetzung hergestellt werden. Entsprechend spielt hier also nicht nur das Verfahren selbst, sondern besonders auch die mediale Reaktion darauf eine Rolle.<sup>258</sup>

---

257 Ebd.:34, vgl. allg. ebd.:33–37.

258 Die Wechselwirkung von Massenmedien und Verfahren wird bei Luhmann nur am Rande und in Bezug auf die Öffentlichkeit von Gerichtsverfahren angesprochen. So trage die Medienöffentlichkeit zu der „symbolisch-expressive[n] Funktion“ des Verfahrens bei, zur „symbolisch vermittelte[n] Überzeugung, daß Recht geschieht“ (Luhmann 1983 [1969]:124, 126). Dabei spricht Luhmann zwar an, dass die Medien nur „ein selektives, ausschnitthaftes Bild des Gesche-

Im Folgenden sollen deshalb einige Effekte betrachtet werden, über die sich Entscheidungsverfahren auf die mediale Wahrnehmung von politischen Entscheidungen, insbesondere auf die Entstehung von diskursiven Grenzen bei dieser Wahrnehmung, auswirken.<sup>259</sup> Dem liegt die allgemeine Überlegung zugrunde, dass Verfahren jeweils bestimmte Arten von Ereignissen (etwa in Form von Stellungnahmen, Beschlussfassungen etc.) hervorrufen, die wiederum von den Medien nach einer bestimmten Eigenlogik zu Nachrichten verarbeitet werden. Im Folgenden wird zunächst auf diese mediale Eigenlogik eingegangen und anhand von nachrichtenwerttheoretischen Überlegungen eine strukturelle Erklärung dafür abgeleitet, wie es überhaupt zu Unterschieden in der Berichterstattung und damit zur Entstehung diskursiver Grenzen zwischen verschiedenen Teilöffentlichkeiten kommt. Anschließend wird betrachtet, auf welche Weise unterschiedliche Verfahren die mit einer Entscheidung verbundenen Ereignisse und ihre Nachrichtenwerte beeinflussen. Zuletzt werden konkret die Eigenschaften des Verfahrens für den Vertrag von Maastricht näher beleuchtet, um so die fortdauernde Dominanz nationaler Diskursgrenzen in der öffentlichen Debatte über den Vertrag erklären zu können.

#### 4.2 Nachrichtenwert und diskursive Grenzen der Öffentlichkeit

Wie weiter oben dargestellt, lässt sich die europäische Öffentlichkeit am besten als ein Netzwerk einzelner Medien verstehen, das in vielfältige Teilöffentlichkeiten zerfallen kann. Da das Zielpublikum der wichtigsten europäischen Medien in der Regel auf einzelne Nationalstaaten beschränkt ist, ist eine Fragmentierung der politischen Debatte entlang nationaler Grenzen möglich – anders als auf nationaler Ebene, wo die wichtigsten Medien in der Regel gesamtstaatlich ausgerichtet sind und territoriale Grenzen deshalb nur eine untergeordnete Rolle spielen. Auch in der europäischen Öffentlichkeit wäre es jedoch durchaus möglich, dass eine Debatte nicht entlang nationaler, sondern entlang gesamteuropäisch-weltanschaulicher Unterschiede strukturiert ist: dass sich also zum Beispiel die Diskurse der linksliberalen Medien europaweit untereinander stärker ähneln als die Diskurse eines linksliberalen und eines konservativen Medi-

---

hens“ liefern; er geht jedoch kaum auf die Folgen der medialen Eigendynamik bei diesem Selektionsprozess ein (ebd.:126, vgl. allg. ebd.:124–128).

259 In etwas allgemeinerer Form habe ich die Gedanken dieses Kapitels bereits an anderer Stelle dargelegt, vgl. Müller 2012.

ums innerhalb desselben Landes. Welche dieser diskursiven Grenzl意思ien die wichtigere Rolle spielt, ist nicht *a priori* gegeben, sondern von den Umständen abhängig, in denen eine Auseinandersetzung geführt wird.

Der Inhalt des Diskurses, der durch ein bestimmtes Medium übermittelt wird, ist jedoch vor allem davon abhängig, welche Informationen dieses als wichtig oder interessant erachtet. Der Verlauf der diskursiven Grenzen zwischen verschiedenen Teilöffentlichkeiten ist damit im Wesentlichen eine Folge ihrer Nachrichtenselektion. Um zu verstehen, weshalb sich die Diskurse verschiedener Medien ähneln oder voneinander unterscheiden, muss man erklären, nach welchen Kriterien diese Medien bestimmte Ereignisse und Meinungsäußerungen publizieren und andere übergehen. Wo die Medien ähnliche Selektionskriterien anwenden, werden sie auch ähnliche Inhalte publizieren und infolgedessen zu einem ähnlichen Diskurs beitragen. Diskursive Grenzen hingegen entstehen dadurch, dass Medien jeweils unterschiedliche Informationen für relevant halten und deshalb auch in unterschiedlicher Weise berichten. Dies gilt gleichermaßen für die rein darstellende Berichterstattung – also ‚Nachrichten‘ im engeren Sinn – und für Meinungstexte wie Leitartikel, Kommentare oder Leserbriefe: Auch die Veröffentlichung eines Kommentars folgt jeweils einer redaktionellen Selektionsentscheidung, derzufolge diese (und nicht irgendeine andere) Meinungsäußerung eine bedeutsame Stellungnahme darstellt.

Die Mechanismen der medialen Nachrichtenselektion wurden in der kommunikationswissenschaftlichen Forschung seit der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts immer wieder thematisiert. Als wichtigster Erklärungsansatz hat sich dabei die Nachrichtenwerttheorie etabliert, die seit den 1960er Jahren vor allem durch die Arbeiten von Johan Galtung und Mari Ruge sowie von Winfried Schulz begründet wurde.<sup>260</sup> Ihr zufolge ist die Nachrichtenauswahl vor allem davon abhängig, ob das zu berichtende Er-

---

260 Der Begriff „news value“ wurde von Walter Lippmann geprägt, der in den 1920er Jahren als Erster beschrieb, dass sich Journalisten bei der Themenauswahl an bestimmten Merkmalen orientieren (Lippmann 1991 [1922]). Systematisiert wurde diese Beobachtung durch Einar Østgaard sowie Johan Galtung und Mari Ruge, die das Konzept der ‚Nachrichtenfaktoren‘ einführten und Kataloge solcher Ereignismerkmale entwickelten, die die Publikationswahrscheinlichkeit fördern (Østgaard 1965, Galtung / Ruge 1965). Diese Kataloge wurden insbesondere von Winfried Schulz und Joachim Staab empirisch getestet und überarbeitet (Schulz 1990 [1976], Staab 1990). Für einen einführenden Überblick über die Nachrichtenwerttheorie siehe Maier / Marschall / Stengel 2010, für jüngere Entwicklungen vgl. Harcup / O’Neill 2017. Einen Ansatz, die Nachrichtenwerttheorie für eine Analyse von europapolitischen Diskursen fruchtbar zu machen, bieten u. a. auch Rik de Ruiter und Rens Vliegthart, die die Rolle

eignis bestimmte Merkmale – wie die Teilnahme prominenter Akteure oder das Vorhandensein von Konflikten – erfüllt. Nur wenn diese Merkmale, die sogenannten Nachrichtenfaktoren, in ausreichendem Maß gegeben sind, wird die Nachricht auch veröffentlicht. Diese mediale Eigenlogik bewirkt, dass unabhängig von der Tätigkeit einzelner journalistischer Akteure bestimmte Ereignisse eine höhere Publikationswahrscheinlichkeit besitzen als andere.<sup>261</sup> Damit ermöglicht die Nachrichtenwerttheorie eine strukturelle Erklärung für bestimmte Tendenzen und ‚Verzerrungen‘ in der medialen Darstellung von Realität.<sup>262</sup>

Als Wirkungsursache der Nachrichtenfaktoren wurden zunächst vor allem aufmerksamkeitsökonomische und wahrnehmungspsychologische Effekte angeführt, die sowohl die Journalisten als auch das Publikum bei der

---

von Faktoren wie Konfliktivität, Transparenz, Komplexität u. a. in der Berichterstattung über EU-Rechtsakte untersuchen (de Ruiter / Vliegenthart 2017), Charlotte Galpin und Hans-Jörg Trenz, die jedoch ausschließlich auf den Nachrichtenfaktor Negativität abstellen (Galpin / Trenz 2018), sowie Katjana Gattermann und Sofia Vasilopoulou, die aufzeigen, wie der Nachrichtenwert des Europäischen Parlaments jeweils von nationalen Kontexten beeinflusst wird (Gattermann 2012, Gattermann / Vasilopoulou 2015).

- 261 Diese klassische Deutung der Nachrichtenwerttheorie wurde von Joachim Staab im Zweifel gezogen, der die Nachrichtenfaktoren eher als Rechtfertigungsmuster der journalistischen Nachrichtenselektion versteht: Ihm zufolge bestimmen die Nachrichtenfaktoren weniger die Auswahl als die Präsentation einer Nachricht, bei der Journalisten bestimmte Ereignismerkmale gegenüber anderen hervorheben (vgl. Staab 1990:96). Auch dieses ‚Finalmodell‘ der Nachrichtenwerttheorie setzt jedoch voraus, dass die entsprechenden Merkmale den zu berichtenden Ereignissen plausibel zugeschrieben werden können.
- 262 Tatsächlich war dies das zentrale Anliegen vieler früher nachrichtenwerttheoretischer Forschungen. So zielten beispielsweise Galtung und Ruge, aus der Friedensforschung stammend, vor allem auf strukturelle Effekte in der Darstellung ausländischer Ereignisse ab, durch die etwa afrikanische Staaten jeweils nur anlässlich herausragend negativer Ereignisse wahrgenommen würden (vgl. Galtung / Ruge 1965:83–84). Gegenüber dieser Idee einer medialen ‚Verzerrung‘ der Realität hob Winfried Schulz hervor, dass die Frage nach einer ‚richtigen‘ Darstellung letztlich ohnehin nicht zu beantworten sei. Da Nachrichten Wirklichkeit niemals widerspiegeln, sondern nur interpretieren könnten, sei es unmöglich, „die ‚wahre‘ Realität als Vergleichsmaßstab zur Beurteilung der Nachrichtenberichterstattung“ heranzuziehen. Möglich und legitim sei es allenfalls, „die empirische Medienrealität mit einer Norm zu vergleichen“, indem man etwa die Schwerpunktsetzung der Medien dem Ideal einer grundsätzlichen Gleichheit aller Nationen oder sozialen Gruppen gegenüberstelle (Schulz 1990 [1976]:27–29).

Informationsselektion beeinflussen.<sup>263</sup> Diese Rolle wahrnehmungspsychologischer Effekte wurde experimentell durch Christiane Eilders und Werner Wirth untermauert, die beobachteten, dass Probanden sich an den Inhalt von Nachrichtentexten unabhängig von deren Aufmachung besser erinnern, wenn darauf bestimmte Nachrichtenfaktoren zutreffen.<sup>264</sup> Allerdings könnte eine rein wahrnehmungspsychologische Deutung nicht erklären, weshalb nicht alle Medien dieselbe Auswahl treffen. Das von Hans Mathias Kepplinger entwickelte ‚Zwei-Komponenten-Modell‘ der Nachrichtenwerttheorie betont deshalb, dass bei der Nachrichtenauswahl nicht nur die Ereignismerkmale selbst, sondern auch die Selektionskriterien der Medienproduzenten eine Rolle spielen, die sich etwa je nach Mediengattung oder politischer Ausrichtung der Redaktion unterscheiden können.<sup>265</sup>

Damit öffnete sich die Nachrichtenwerttheorie gegenüber älteren akteurszentrierten Ansätzen wie der ‚Gatekeeper-Theorie‘, die in den 1950er Jahren die subjektive Weltansicht einzelner Journalisten und Redakteure als Erklärungsansatz für die Nachrichtenselektion in den Blick genommen hatte.<sup>266</sup> In Weiterentwicklungen dieses Ansatzes war allerdings schon recht bald auf strukturelle Zusammenhänge hingewiesen worden, durch

---

263 „Since we cannot register everything, we have to select, and the question is what will strike our attention. This is a problem in the psychology of perception [...]“ (Galtung / Ruge 1965:65).

264 Vgl. Eilders 1997:214–258, Eilders / Wirth 1999. Auch Winfried Schulz sieht eine Parallele zur individuellen Informationsverarbeitung, betont jedoch vor allem die „systemfunktionale“ Bedeutung der Nachrichtenfaktoren: Da die „Kommunikationskapazität der Gesellschaft“ begrenzt sei, müssten die Medien eine Selektion im Sinne der Aufmerksamkeitsökonomie treffen. Die Mechanismen der Nachrichtenauswahl entsprächen deshalb vor allem der Selbsterhaltungstendenz des sozialen Systems (Schulz 1990 [1976]:118–121).

265 Vgl. Kepplinger / Weißbecker 1991, Kepplinger 1998, Kepplinger / Ehmig 2006. Zuvor hatte bereits Winfried Schulz diese Rolle der Medienproduzenten hervorgehoben, indem er den Nachrichtenwert als „[das], was Journalisten für wichtige und mithin berichtenswerte Eigenschaften der Realität halten“, beschrieb (Schulz 1990 [1976]:30) und darauf hinwies, dass dabei außer wahrnehmungspsychologischen auch „soziale, politische, ökonomische und technische Faktoren“ wirkten (ebd.:31) und es „gewisse Eigenheiten der verschiedenen Medien in der Definition von Wirklichkeit gibt, die sich entsprechend auch in unterschiedlichen Nachrichtenwertordnungen niederschlagen“ (ebd.:95). Beispiele für mediengattungsspezifische Nachrichtenfaktoren sind beispielsweise die visuelle Darstellbarkeit sowie die Vorhersehbarkeit eines Ereignisses, die beide nicht ausschließlich, aber besonders für das Fernsehen eine zentrale Rolle spielen.

266 Vgl. insbesondere White 1950.

die dem einzelnen Redakteur nur ein geringer Einfluss bei der Nachrichtenauswahl verbleibe. So schrieb Walter Gieber den einzelnen Redakteuren nur eine passiv-ausführende Funktion zu: Angesichts der organisatorischen Abläufe in den Verlagen, etwa dem Zeit- und Platzmangel bei der Nachrichtenauswahl, seien sie „caught in a strait jacket of mechanical details“.<sup>267</sup> Auch aus einer medienökonomischen Perspektive ist es naheliegend, dass die Selektionskriterien nicht allein als Folge der individuellen Präferenz einzelner Medienproduzenten angesehen werden können. Da (wenigstens privatwirtschaftlich finanzierte) Medien für ihr Bestehen eine hinreichend hohe Auflage benötigen, sind Akteure wie Journalisten, Redakteure und Verleger gezwungen, sich an den Wünschen ihrer Leserschaft zu orientieren. Eine Zeitung, deren Redaktion die Nachrichtenauswahl tatsächlich nur anhand ihrer eigenen Vorlieben träge, liefe Gefahr, vom Markt zu verschwinden.<sup>268</sup> Die Selektionskriterien der Medienproduzenten bilden deshalb wenigstens bis zu einem gewissen Grad eine vom jeweiligen Zielpublikum des Mediums abhängige Variable, deren Wert sich aus einer Dynamik von Angebot und Nachfrage ergibt.<sup>269</sup>

Dies wird auch nicht dadurch widerlegt, dass empirischen Studien zufolge journalistische Akteure meist nur unklare Vorstellungen von den Wünschen ihres Publikums besitzen und sich in ihren bewussten Auswahlkriterien stattdessen eher an einer formell oder informell festgelegten ‚redaktionellen Linie‘ orientieren.<sup>270</sup> Vielmehr lässt sich gerade diese redaktionelle Linie als Ausrichtung an einem bestimmten Zielpublikum und damit einer ‚Marktnische‘ interpretieren – auch wenn die Redakteure selbst sich dieses Zusammenhangs in ihrem Berufsalltag nicht unbedingt bewusst sind und ihre Nachrichtenauswahl eher routinemäßig nach bereits verinnerlichten Selektionskriterien vornehmen. Die politische Tendenz eines Mediums oder die Entscheidung für Qualitäts- oder Boulevardberichterstattung weisen ebenso wie die von ihm verwendete Sprache auf eine bestimmte Zielgruppe hin, die sich durch ihre weltanschauliche Aus-

---

267 Gieber 1956:432.

268 Vgl. Negrine 1996:101, Street 2011:175–176.

269 Bereits Einar Østgaard verwies in seiner Begründung der Nachrichtenfaktoren auf die Publikumsorientierung der Medien, aus der sich die Notwendigkeit ableite, nur solche Nachrichten zu veröffentlichen, die für ihre Leserschaft von Interesse seien (vgl. Østgaard 1965:45). Allerdings ging Østgaard davon aus, dass auch ohne diese Publikumsorientierung dieselben Nachrichtenfaktoren wirken würden, da die gleichen Effekte, die ein Ereignis für die Medienkonsumenten interessant machten, auch für die Medienmacher gälten (ebd.:52–53).

270 Vgl. Schulz 1990 [1976]:12 mit weiteren Nachweisen.

richtung, ihr soziales Milieu oder ihre nationale Herkunft von den Zielgruppen anderer Medien unterscheidet.

Zusammengefasst lässt sich der Diskurs eines bestimmten Mediums also als das Ergebnis seiner Nachrichtenauswahl verstehen, die ihrerseits davon abhängig ist, ob ein Ereignis aufgrund seiner Merkmale (Nachrichtenfaktoren) mit dem Interesse des Zielpublikums dieses Mediums rechnen kann. Entsprechend ergeben sich auch die diskursiven Unterschiede zwischen verschiedenen Medien aus einem Wechselspiel zwischen den Zielgruppen der Medien und den Merkmalen der zu berichtenden Ereignisse. Ob in der Debatte über eine bestimmte politische Entscheidung in der europäischen Öffentlichkeit eher nationale oder weltanschauliche Diskursgrenzen dominieren, hängt in erster Linie davon ab, ob für den Nachrichtenwert der mit dieser Entscheidung verbundenen Ereignisse und Meinungsäußerungen die nationale Herkunft oder die weltanschauliche Ausrichtung der medialen Zielgruppen wichtiger ist.

Die Merkmale der Ereignisse, die sich auf dem Weg zu einer politischen Entscheidung zutragen, werden jedoch wesentlich durch das Verfahren dieser Entscheidung mitbestimmt. Der Verlauf der diskursiven Grenzen in der Debatte über eine Entscheidung kann deshalb je nach dem Verfahren variieren, das für diese Entscheidung angewandt wird. Dies soll im folgenden Abschnitt ausführlicher erörtert werden.

### 4.3 Nachrichtenwert und Verfahren

Im Mittelpunkt der Nachrichtenwertforschung steht die Identifikation und Gewichtung von Ereignismerkmalen, die die Publikationswahrscheinlichkeit einer Information erhöhen. Dabei wurde meist versucht, allgemeingültige Kataloge von Nachrichtenfaktoren zu entwickeln, die auf jede Art von Nachricht gleichermaßen zutreffen sollen – was nicht zuletzt in dem Anspruch der älteren Forschung begründet lag, die Nachrichtenfaktoren unmittelbar aus der Wahrnehmungspsychologie herzuleiten.<sup>271</sup> Dieser

---

271 Dies gilt etwa für Galtung / Ruge 1965:65–71. Doch auch in dem viel beachteten Katalog von Winfried Schulz, der eine rein wahrnehmungspsychologische Herleitung ablehnt, sind die meisten Nachrichtenfaktoren allgemeingültig formuliert. Im Einzelnen unterscheidet Schulz sechs „Faktorendimensionen“, nämlich „Zeit“ (wozu die Dauer eines Ereignisses und seine vorherige Thematisierung in anderen Nachrichten zählen), „Nähe“ (u. a. räumlicher, politischer und kultureller Art), „Status“ (Prominenz des Ereignisorts und der beteiligten Akteure), „Dynamik“ (u. a. der Grad an Überraschung und die möglichst wenig



Universalitätsanspruch hatte allerdings zur Folge, dass diese Kataloge in der Regel etwas unscharf formuliert und zudem grundsätzlich unabgeschlossen sind. Außer den allgemeingültigen Faktoren kann es jeweils noch weitere, spezifischere Faktoren geben, die das zu erwartende Interesse des Zielpublikums eines Mediums für eine bestimmte Information beeinflussen. Diese Unabgeschlossenheit räumt etwa Winfried Schulz in der Begründung seiner Faktorenauswahl implizit ein:

Man muß demnach wohl den Versuch, Nachrichtenfaktoren auf einer einheitlichen theoretischen Basis zu erklären, zunächst für inadäquat und ungerechtfertigt halten. Wir gehen daher bei unserer Untersuchung zunächst von einer Vielfalt der Einflußgrößen aus [...]. Damit stellt sich aber noch immer das Problem, welche Nachrichtenfaktoren nun konkret als Variablen in die Untersuchung einbezogen werden sollen. Wir haben keine andere Möglichkeit gesehen, als diese Aufgabe zunächst pragmatisch zu lösen.<sup>272</sup>

Um die Auswirkung von Entscheidungsverfahren auf die Nachrichtenauswahl der Medien zu untersuchen, ist es deshalb zunächst notwendig, Nachrichtenfaktoren zu identifizieren, auf die sich das Entscheidungsverfahren auswirkt. Dabei erweisen sich die kontextunabhängigen Faktoren, die von der bisherigen Nachrichtenwertforschung identifiziert wurden, schnell als zu allgemein und unpräzise. Für diese Arbeit wird deshalb nicht einfach auf einen der bestehenden Kataloge zurückgegriffen. Stattdessen sollen hier zwei spezifische, stärker vom Verfahren abhängige Nachrichtenfaktoren im Mittelpunkt stehen, die für die Dynamik der Debatte über die Vertragsverhandlungen von Maastricht von besonderer Bedeutung waren: zum einen die *Zuständigkeit der Akteure*, zum anderen der

---

komplexe Struktur des Ereignisses), „Valenz“ (Bezüge auf politische Konflikte, Kriminalität, Schaden oder Erfolge) sowie „Identifikation“ (die Möglichkeit einer Personalisierung sowie die Beteiligung von Bürgern des eigenen Landes). Einige dieser Faktoren bezieht Schulz nur auf „politische“ oder nur auf „unpolitische Nachrichten“; die meisten von ihnen sollen jedoch themenunabhängig gelten (vgl. Schulz 1990 [1976]:31–34, 130–139; für einen Überblick über weitere ähnliche Faktorenkataloge siehe Eilders 2006:8, Maier / Marschall / Stengel 2010:80–84). Seit den 1990er Jahren wurde dieser universale Geltungsanspruch allerdings verschiedentlich kritisiert. So hebt Kepplinger im Rahmen seines Zwei-Komponenten-Modells hervor, dass das Gewicht der einzelnen Nachrichtenfaktoren für die Publikationsentscheidung je nach Thema unterschiedlich sein könne (vgl. Kepplinger 1998:25–27, Kepplinger / Ehmig 2006:32, Fn. 21).

272 Schulz 1990 [1976]:32.

*Einfluss des Publikums auf die Entscheidung.*<sup>273</sup> Was mit diesen Faktoren im Einzelnen gemeint ist, soll in den folgenden Abschnitten näher erläutert werden.

#### 4.3.1 Zuständigkeit der Akteure

Zu den Nachrichtenfaktoren, die in sämtlichen etablierten Katalogen erscheinen und entsprechend häufig empirisch überprüft wurden, gehört die Teilnahme einflussreicher oder prominenter Akteure an einem Ereignis. Schon Galtung und Ruge gingen davon aus, dass Nachrichten über „elite people“ eine höhere Publikationswahrscheinlichkeit besäßen, was an ihrer Bedeutung als Identifikationsobjekt sowie an ihrer „intrinsic importance“ liege.<sup>274</sup> Schulz übernahm diesen Faktor für politische Nachrichten unter der Bezeichnung „persönlicher Einfluß“;<sup>275</sup> andere Autoren verallgemeinerten dies zum „Einfluss“ der in der Nachricht erscheinenden Person, Gruppe oder Institution.<sup>276</sup> Dabei wurde jedoch jeweils nur der allgemeine Rang dieser Akteure in den Blick genommen: So operationalisiert etwa Schulz den Nachrichtenfaktor allein über das politische Amt des betreffenden Akteurs, unabhängig davon, ob dieser in dem konkreten Kontext des Ereignisses tatsächlich an einer Entscheidung mitwirken kann oder nicht.<sup>277</sup>

---

273 Natürlich gibt es daneben noch weitere Faktoren, über die das Verfahren den Nachrichtenwert politischer Entscheidungen beeinflusst. Einer davon ist zum Beispiel die Transparenz des Verfahrens, die den Medien eine mehr oder weniger detaillierte Darstellung ermöglicht. Ein anderer ist die durch das Verfahren festgelegte zeitliche Dynamik, etwa die Frage, aus welchen Zwischenschritten sich die Entscheidung zusammensetzt und wie lange sie noch revidierbar ist: Ein in einem überschaubaren Zeitrahmen getroffener, umfassender und schnell in Kraft tretender Beschluss wird eher auf Medienaufmerksamkeit stoßen als eine lang hingezogene Abfolge von jeweils noch revidierbaren Teilentscheidungen (vgl. Müller 2012:169–171).

274 Galtung / Ruge 1965:68.

275 Schulz 1990 [1976]:33. Für unpolitische Nachrichten verwendet Schulz nahezu gleichbedeutend den Faktor „Prominenz“ (ebd.).

276 Z. B. Eilders 1997:300–302.

277 Im Einzelnen differenziert Schulz vier Gruppen mit absteigender Ausprägung des Merkmals „persönlicher Einfluß“: „international einflussreiche Politiker“, darunter u. a. Staats- und Regierungschefs sowie die höchsten Vertreter supranationaler Organisationen, „national einflussreiche Politiker“, darunter die führenden Repräsentanten von Verbänden und Parteien, „regional und institutionen- bzw. gruppengebundene Einflußbereiche“, etwa Regionalpolitiker oder Abge-

Wie im Folgenden argumentiert werden soll, ist jedoch gerade diese Möglichkeit zur Beteiligung an einer Entscheidung – über das bloße Amt hinaus – ein wesentlicher Faktor für die Relevanz eines Akteurs in der öffentlichen Wahrnehmung. Wie eine Entscheidung ausfallen wird, lässt sich während der Verhandlungen eher aus der Stellungnahme eines Akteurs ableiten, der ihr notwendigerweise zustimmen muss, als aus derjenigen eines Akteurs, der in dieser Frage kein Stimmrecht besitzt. Für die Berichterstattung über einen bestimmten politischen Beschluss sind deshalb die Meinungsäußerungen von Politikern umso interessanter, je größer der Einfluss ist, den diese auf den Beschluss ausüben können. Medien werden mit größerer Wahrscheinlichkeit die Positionen von Veto-Akteuren veröffentlichen als die von Akteuren, die nur ein einfaches Stimm-, aber kein Vetorecht besitzen; Letztere können aber noch immer mit einer höheren Medienaufmerksamkeit rechnen als Akteure, die sich zu einer Frage nur als ‚interessierte Dritte‘ äußern, aber nicht an der Entscheidung selbst beteiligt sind.

Im Kontext einer konkreten Entscheidung ist für den Nachrichtenwert der Stellungnahmen eines Politikers also nicht nur sein allgemeiner Rang, sondern vor allem auch seine formelle Zuständigkeit von Bedeutung. Diese Zuständigkeit wird in erster Linie durch das Verfahren festgelegt, nach dem die Entscheidung getroffen wird. Indem das Verfahren bestimmten Akteuren Kompetenzen zuweist, ermöglicht es diesen also nicht nur einen größeren Einfluss auf die sachlichen Inhalte der Entscheidung, sondern verhilft ihnen auch zu einer strukturell höheren Medienpräsenz – und damit zu einer größeren Diskursmacht bei der Deutung der Entscheidung in der Öffentlichkeit.

#### 4.3.2 Einfluss des Publikums

Ein weiterer Faktor, durch den sich das Verfahren auf den Nachrichtenwert auswirkt, ergibt sich daraus, dass in demokratischen Systemen die Medienkonsumenten zugleich auch Staatsbürger sind und damit selbst Einfluss auf die Politik nehmen können. Um dies in informierter Weise tun zu können, sind die Bürger jedoch auf die Informationen angewiesen, die sie in den Medien finden. Grundsätzlich können Medienproduzenten deshalb ein umso größeres Interesse ihrer Rezipienten für eine politische

---

ordnete, sowie „einfache Leute“ ohne politisches Amt (Schulz 1990 [1976]:134–135).

Frage erwarten, je eher diese als Bürger selbst daran beteiligt sind und sich mithin eine eigene Meinung dazu bilden müssen. Informationen, die in Zusammenhang mit eigenen Einwirkungsmöglichkeiten des Publikums stehen, besitzen also einen höheren Nachrichtenwert als solche, auf die das Publikum keinen Einfluss hat.

Dieser Faktor erklärt zum einen, weshalb Volksabstimmungen, bei denen die Bevölkerung selbst direkt die Entscheidung trifft, zu einer sehr intensiven politischen Auseinandersetzung führen können.<sup>278</sup> Von besonderer Bedeutung ist jedoch noch ein anderer Effekt: Der Einfluss des Publikums kann nämlich auch indirekt durch Wahlmechanismen erfolgen, die eine Verantwortlichkeitsbeziehung zwischen der Bevölkerung und den an der Entscheidung beteiligten Politikern erzeugen. Wenn die Wähler selbst in regelmäßigen Abständen über die Bestätigung oder Abwahl eines politischen Akteurs entscheiden können, haben sie ein höheres Interesse daran, dessen Positionen (sowie gegebenenfalls die Positionen seiner ebenfalls wählbaren Konkurrenten) kennen zu lernen.

Im Umkehrschluss bedeutet dies: Gewählte, dem Publikum politisch verantwortliche Akteure finden für ihre Meinungsäußerungen leichter Aufmerksamkeit und können daher unter sonst gleichen Umständen eine größere Diskursmacht ausüben als Akteure, die keinen Wahlmechanismen unterworfen sind. Gerade dieser Aspekt wird im Folgenden eine wichtige Rolle spielen.

#### 4.4 Die Vertragsreform von Maastricht als außenpolitisches Verfahren

##### 4.4.1 Innen- und außenpolitische Verfahren und Debattenmuster

Durch die im vorangehenden Abschnitt beschriebenen Nachrichtenfaktoren wirkt sich das Verfahren einer Entscheidung darauf aus, welche Akteu-

---

278 In der Forschung wurde verschiedentlich auf den Gegensatz zwischen der eher konsensorientierten, ‚entpolitisierten‘ alltäglichen Entscheidungsfindung der EU einerseits und der intensiven Debatte im Fall von nationalen Europa-Referenden (etwa zur Ratifikation einer Vertragsreform) andererseits hingewiesen. Dieser Gegensatz führt dazu, dass sich die Deutungsrahmen, anhand derer die meisten Wähler sich eine Meinung zu dem Referendum bilden, erst während des Wahlkampfes vor der Abstimmung selbst entscheiden – was je nach dem strategischen Geschick der Wahlkämpfer dazu führen kann, dass eher sekundäre Themen die Kampagne dominieren, die mit dem eigentlichen Inhalt des Referendums nur am Rande zu tun haben (vgl. Glencross 2009, Atikan 2015).

re in einer bestimmten Debatte als relevant angesehen werden. Je nach der Akteurskonstellation führen unterschiedliche Verfahren deshalb jeweils auch zu charakteristischen Mustern in der medialen Auseinandersetzung. Dies zeigt sich insbesondere bei der unterschiedlichen Wahrnehmung innen- und außenpolitischer Entscheidungsprozesse, die im Folgenden – in etwas schematisierter Form – analysiert werden soll.

Das zentrale Merkmal der innenpolitischen Auseinandersetzung in modernen parlamentarischen Demokratien ist ein Antagonismus zwischen der die Regierung tragenden Parlamentsmehrheit und der Opposition. Da die Regierungsparteien dabei in der Regel die Möglichkeit haben, Gesetze auch gegen die Stimmen der Opposition zu verabschieden, können sie *a priori* mit einer höheren Medienaufmerksamkeit für ihre Standpunkte rechnen. Dies wird jedoch dadurch relativiert, dass bei den regelmäßig stattfindenden Wahlen Regierung und Opposition vor demselben Publikum als Konkurrenten auftreten: Weil die Wähler dabei eine Entscheidung zwischen den beiden Lagern treffen müssen, können die Medien ein Interesse für beide Positionen erwarten. Vor allem im Wahlkampf, aber auch während der laufenden Legislaturperiode hat die Opposition deshalb die Möglichkeit, sich als Alternative zur Regierung zu präsentieren und ihre eigenen Argumente vorzubringen. Je nach der weltanschaulichen Präferenz ihrer Zielgruppen werden die Medien dabei der einen oder der anderen Sichtweise mehr Raum zugestehen. Der zentrale Gegensatz in der politischen Debatte verläuft deshalb entlang weltanschaulicher Grenzen.

Anders stellt sich die Akteurskonstellation hingegen in der Außenpolitik dar, wo Entscheidungen in diplomatischen Verhandlungen getroffen werden. Als die wichtigsten Akteure werden hier die nationalen Regierungen der verschiedenen Staaten wahrgenommen, die unmittelbar an der Entscheidung beteiligt sind und untereinander zu einer Einigung gelangen müssen.<sup>279</sup> Allerdings sind die verschiedenen Regierungen jeweils nur in ihrem eigenen Land Wahlmechanismen unterworfen. Anders als die verschiedenen Parteien in der Innenpolitik konkurrieren sie nicht vor demselben Publikum um Zustimmung, sondern müssen sich mit einer jeweils eigenen nationalen Opposition auseinandersetzen. Für die nationalen Medi-

---

279 Naheliegenderweise werden dabei in den Medien besonders die Regierungen präsent sein, die dank eines formellen Vetorechts oder ihrer faktischen politischen Macht besonderen Einfluss auf die Entscheidung ausüben können: Nicht zufällig konzentriert sich beispielsweise die Berichterstattung über Beschlüsse des UN-Sicherheitsrats häufig auf dessen fünf ständige Mitglieder. Zugleich handelt es sich bei diesen Veto-Mächten aber natürlich auch um „elite nations“ im Sinne von Galtung und Ruge (Galtung / Ruge 1965:68).

en besitzen deshalb die Positionen der eigenen Regierung einen höheren Nachrichtenwert als diejenigen der ausländischen. Letztere sind in der Berichterstattung deshalb in der Regel weniger präsent – zumindest sofern ihnen nicht aufgrund anderer Faktoren eine besondere Bedeutung zukommt. Noch geringeren Nachrichtenwert besitzen die ausländischen Oppositionsparteien, die weder an diplomatischen Verhandlungen beteiligt noch dem nationalen Publikum der Medien politisch verantwortlich sind.

Der unterschiedliche Nachrichtenwert zwischen der eigenen und den übrigen Regierungen wirkt sich jedoch nicht nur auf den Umfang, sondern auch auf die Art der Berichterstattung aus. Da die Leser ein Interesse daran haben, als Wähler die Haltung der eigenen Regierung *bewerten* zu können, wird diese auch in den Medien häufiger normativ begründet oder kritisiert werden, etwa in Form von Kommentaren oder Leitartikeln. Die Positionen der ausländischen Regierungen hingegen sind dem politischen Einfluss der jeweils nationalen Wählerschaft entzogen, sodass ihre argumentative Herleitung für das Zielpublikum der Medien weniger interessant ist. Relevant sind sie lediglich insofern, als sie Hinweise auf den zu erwartenden Verlauf der Verhandlungen bieten und gewissermaßen den Kontext darstellen, in dem das Handeln der eigenen Regierung verstanden werden muss. Es ist deshalb zu erwarten, dass die Positionen ausländischer Regierungen weniger normativ begründet, sondern eher als ‚gegebene Fakten‘ beschrieben und allenfalls kausal erklärt werden: Während es bei der eigenen Regierung (auch) von Interesse ist, wie sie sich verhalten *sollte*, interessiert bei ausländischen Regierungen nur, wie sie sich vermutlich verhalten *werden*. Damit entsteht eine Asymmetrie, durch die sich die Darstellung derselben außenpolitischen Themen von Land zu Land stark unterscheiden kann.

Zugleich ist das Verhältnis zwischen nationaler Regierung und Opposition bei außenpolitischen Themen anders als bei innenpolitischen. Zwar erfüllt die Opposition natürlich auch hier die Funktion als Wahlkonkurrent, sodass sie grundsätzlich Alternativvorschläge zu den außenpolitischen Positionen der eigenen Regierung präsentieren kann. Doch während die Opposition im parlamentarischen Verfahren stets präsent ist, kann sie an diplomatischen Verhandlungen nicht teilnehmen und besitzt deshalb einen strukturellen Informationsrückstand – etwa in der Frage, welche Verhandlungskompromisse mit anderen Regierungen realistischerweise möglich sind. Vielmehr nimmt in jeder nationalen Öffentlichkeit

meist die jeweils eigene nationale Regierung eine dominante Rolle bei der Deutung außenpolitischer Entscheidungsprozesse ein.<sup>280</sup>

Schließlich bewirkt die unterschiedliche Akteurskonstellation auch, dass sich gegenüber der innenpolitischen Debatte die Art der Argumente verändert: Da in der Innenpolitik Regierung und Opposition wenigstens teilweise dieselben Wählergruppen ansprechen, werden beide in der Öffentlichkeit nicht nur den partikularen Nutzen für ihr eigenes Lager, sondern auch das nationale Gemeinwohl insgesamt (bzw. eine bestimmte weltanschauliche Interpretation davon) als Argument für ihren jeweiligen Standpunkt vorbringen. Hingegen spielt in der Außenpolitik, in der sich jede Regierung nur vor ihrer eigenen nationalen Wählerschaft rechtfertigen muss, das transnationale Gemeinwohl nur eine untergeordnete Rolle. Vielmehr wird die Regierung ihre Position eher über das partikulare nationale Interesse begründen; und auch wenn es zu einer Auseinandersetzung zwischen Regierung und Opposition darüber kommt, werden jeweils unterschiedliche weltanschauliche Lesarten dieses nationalen Interesses im Zentrum stehen. Insgesamt verlaufen die wesentlichen diskursiven Grenzen in der Debatte über außenpolitische Fragen deshalb entlang nationaler, nicht weltanschaulicher Trennlinien.

Nicht zufällig decken sich diese Überlegungen mit dem mitgliedstaatlich-außenpolitischen bzw. europäisch-innenpolitischen Modell einer europäischen Öffentlichkeit, wie sie weiter oben beschrieben wurden.<sup>281</sup> Offenbar gibt es zu einem gewissen Grad eine Wechselwirkung zwischen politischen Verfahren und ihrer Legitimation durch die politische Debatte: Einerseits ist eine nach weltanschaulichen Gegensätzen strukturierte

---

280 Dennoch können einzelne, stark umstrittene außenpolitische Fragen natürlich zum Thema intensiver parlamentarischer und öffentlicher Debatten werden. So zeigen Kai Oppermann und Henrike Vierig, wie in Deutschland, Frankreich und Großbritannien die (mithilfe des Eurobarometers gemessene) Salienz des Themenbereichs ‚Außenpolitik, Verteidigung, Terrorismus‘ in den späten 1990er Jahren generell sehr niedrig war, doch in Folge des Kosovo-Kriegs 1999 und der Anschläge vom 11. September 2001 sprunghaft anstieg. Nach dem Angriff auf den Irak 2003 sank die Aufmerksamkeit für außenpolitische Themen in Deutschland und Frankreich wieder stark ab, während sie sich in Großbritannien, das selbst am Krieg beteiligt war, noch mehrere Jahre lang auf hohem Niveau hielt. Auffallenderweise stand bei diesen intensiven außenpolitischen Debatten weniger ein Gegensatz zwischen Regierung und Opposition im Vordergrund. Vielmehr war die deutsche Beteiligung am Kosovo- und die britische Beteiligung am Irakkrieg jeweils vor allem *innerhalb* der regierenden Parteien umstritten (Oppermann / Vierig 2009:933–937).

281 Vgl. oben, Erster Teil, Kapitel 1.2.3.

Öffentlichkeit notwendig, um Legitimität für ein europäisch-innenpolitisches System zu erzeugen; andererseits führt die Anwendung innenpolitischer Verfahren über die beschriebenen Nachrichtenwerteffekte aber auch dazu, dass die Trennlinien der medialen Diskurse primär entlang weltanschaulicher Grenzen verlaufen.<sup>282</sup> Umgekehrt führt die Anwendung eher diplomatischer Verfahren, in deren Mittelpunkt die nationalen Regierungen stehen, zu einer Fragmentierung der europäischen Öffentlichkeit entlang nationaler Grenzen – was seinerseits eine Interpretation der europäischen Integration als Außenpolitik der Mitgliedstaaten und einen Diskurs auf Grundlage nationaler Interessen statt weltanschaulicher Gegensätze befördert.<sup>283</sup>

Sowohl das mitgliedstaatlich-außenpolitische als auch das europäisch-innenpolitische Modell zeigen also eine zirkuläre und damit grundsätzlich selbsterhaltende Abhängigkeit zwischen der Funktionsweise des politischen Systems und der Struktur der öffentlichen Debatte. Der Wechsel von dem einen zum anderen Modell ist jedoch nicht ohne Weiteres möglich, da die Nachrichtenwerteffekte, durch die ein ‚innenpolitisches‘ Verfahren zu einer ‚innenpolitischen‘ Debattenstruktur führt, zum großen Teil von kollektiven Erwartungen abhängig sind. So wird beispielsweise der faktische Machtgewinn supranationaler Akteure wie der Parteien im Europäischen Parlament nur dann auch zu einem höheren Nachrichtenwert ihrer Standpunkte führen, wenn die Medienproduzenten davon ausgehen können, dass sich ihr Publikum dieses Machtgewinns auch tatsächlich bewusst ist und deshalb nun ein höheres Interesse für diese Akteure aufbringt.<sup>284</sup>

---

282 Nicht zuletzt hierin zeigt sich die zirkuläre Logik zwischen Demokratie und staatsbürgerlichem („nationalem“) Bewusstsein, deren Entstehen etwa Jürgen Habermas als Folge der europäischen Verfassungsgebung erwartete (Habermas 2001b:16–17, vgl. auch oben, Erster Teil, Kapitel 3.1). Vgl. auch McNamara / Musgrave 2020, die diesen Prozess für die frühen USA beschreiben.

283 Vgl. hierzu auch Kumm 2005:516–517, Kumm 2008:131.

284 Entsprechend führen auch die Europawahlen nur dann zu erhöhter Aufmerksamkeit für die Positionen der Parlamentarier, wenn das Publikum auch wirklich erkennen kann, worin die Unterschiede zwischen den verschiedenen Parteien und Fraktionen bestehen, und deshalb einen Anlass hat, sich eine eigene Meinung über diese Unterschiede bilden zu wollen. Dieser Zusammenhang wurde wiederholt von Mattias Kumm thematisiert, der „meaningful elections“ als notwendige Bedingung für das Entstehen einer „robust European identity“ sieht (Kumm 2008:127, ähnlich Kumm 2005:512–516). Kumm verweist dabei vor allem auf bestimmte Kompetenzen, die dem Europäischen Parlament bis heute fehlen – so hat es kein Initiativrecht im Gesetzgebungsprozess und ist bei



Ein Übergang zwischen den beiden Integrationsmodellen kann also nicht allein durch eine Veränderung des politischen Systems erfolgen, sondern erfordert zudem, dass diese Veränderung sich auch in der öffentlichen Wahrnehmung niederschlägt, sodass sich die kollektiven Erwartungen daran anpassen können. Genau darin bestünde der oben beschriebene Verfassungsmoment, in dem sich neben der Funktionsweise des politischen Systems auch das Selbstverständnis der europäischen Bevölkerung ändern würde.

Für die Frage, weshalb der Vertrag von Maastricht nicht zu einem Verfassungsmoment führte, ist es also entscheidend, ob der Konstitutionalisierungsschub des politischen Systems in der Öffentlichkeit auch tatsächlich als solcher wahrgenommen wurde. Entsprechend den oben beschriebenen Nachrichtenwerteffekten war jedoch auch die Wahrnehmung des Vertrags selbst wiederum von dem Entscheidungsverfahren abhängig, mit dem er ausgehandelt und verabschiedet wurde. Dieses basierte vor allem auf Verhandlungen zwischen den nationalen Regierungen der Mitgliedstaaten und entsprach damit – anders als die Inhalte des Vertrags – im Wesentlichen einer mitgliedstaatlich-außenpolitischen Logik. Dadurch entwickelte auch die öffentliche Debatte eine spezifische Dynamik, die nationale Diskurse gegenüber gesamteuropäisch-weltanschaulichen begünstigte und, wie im Folgenden dargelegt werden soll, einem Verfassungsmoment im Wege stand.

#### 4.4.2 Das Verfahren des Vertrags von Maastricht

Der Vertrag von Maastricht war zugleich Gründungsvertrag der Europäischen Union und Änderungsvertrag für die Verträge, mit denen die drei Europäischen Gemeinschaften gegründet worden waren. Das Verfahren für seine Aushandlung und sein Inkrafttreten richtete sich deshalb zum

---

der Wahl der Kommission auf Vorschläge der nationalen Regierungen angewiesen. Es könne deshalb nicht als Agendasetter auftreten, wodurch die Europawahlen für die Bevölkerung an Bedeutung verlieren. Ähnlich argumentiert auch Mark Franklin, der vor allem die mangelnde Integration der europäischen Parteienfamilien als Grund dafür sieht, dass Europawahlen nicht als gesamteuropäische Richtungsentscheidungen verstanden werden (Franklin 2006:241–244). Letztlich läuft dieses Argument in beiden Fällen auf eine Kritik am politischen System der EU hinaus, das – trotz der Vertragsreformen seit Maastricht – an entscheidenden Stellen noch nicht weit genug einem gesamteuropäisch-innenpolitischen Modell entspreche.

einen nach den einschlägigen Regelungen der Wiener Vertragsrechtskonvention, zum anderen nach den Revisionsbestimmungen der drei EG-Verträge, die sich allerdings weitgehend an der völkerrechtlich üblichen Vorgehensweise beim Abschluss internationaler Abkommen orientierten. Der einschlägige Artikel 236 des EWG-Vertrags lautete:

Die Regierung jedes Mitgliedstaates oder die Kommission kann dem Rat Entwürfe zur Änderung dieses Vertrags vorlegen.

Gibt der Rat nach Anhörung der Versammlung [d. i. des Europäischen Parlaments, MM] und gegebenenfalls der Kommission eine Stellungnahme zugunsten des Zusammentritts einer Konferenz von Vertretern der Regierungen der Mitgliedstaaten ab, so wird diese vom Präsidenten des Rates einberufen, um die an diesem Vertrag vorzunehmenden Änderungen zu vereinbaren.

Die Änderungen treten in Kraft, nachdem sie von allen Mitgliedstaaten gemäß ihren verfassungsrechtlichen Vorschriften ratifiziert worden sind.<sup>285</sup>

Vor dem Vertrag von Maastricht war dieses Änderungsverfahren bereits zweimal zur Anwendung gekommen, nämlich für den Fusionsvertrag von 1965 und für die Einheitliche Europäische Akte von 1986. Allerdings war es nicht immer unumstritten gewesen: Während der Integrationskrise Anfang der 1980er Jahre hatte es einen Versuch des Europäischen Parlaments gegeben, es durch ein anderes Verfahren zu ersetzen. Unter Federführung des föderalistischen Abgeordneten Altiero Spinelli arbeitete das Parlament ab 1982 eigenmächtig einen Entwurf für einen „Vertrag über die Gründung der Europäischen Union“ aus, den es am 14. Februar 1984 verabschiedete. Spinellis Plan war es, diesen Entwurf unter Umgehung der nationalen Regierungen unmittelbar von den Parlamenten der Mitgliedstaaten ratifizieren zu lassen. Allerdings scheiterte dieses Vorhaben an der In-

---

285 Art. 236 EWGV-EEA, wortgleich Art. 204 EAGV-EEA. Die Änderungsbestimmungen in Art. 96 EGKS-EEA wichen hiervon leicht ab, indem sie keine Anhörung der Versammlung und der Kommission vorsahen und dafür eine Zweidrittelmehrheit des Rates für die Einberufung der Regierungskonferenz vorschrieben. In der Praxis blieben diese Unterschiede bedeutungslos, da sämtliche Reformen jeweils alle drei Verträge betrafen. Im Falle des Vertrags von Maastricht wurden die beiden großen Regierungskonferenzen zur Währungs- und zur Politischen Union formell nur zur Änderung des EWG-Vertrags einberufen; zwischen dem Gipfel von Maastricht im Dezember 1991 und der Vertragsunterzeichnung im Februar 1992 fanden dann noch zwei weitere Regierungskonferenzen im Miniaturformat ab, auf denen auch die Änderung des Euratom- und EGKS-Vertrags beschlossen wurde.

aktivität der nationalen Parlamente.<sup>286</sup> Stattdessen beschloss wenige Monate später, im Juni 1984, der Ministerrat die Einsetzung der Regierungskonferenz, die schließlich zur Einheitlichen Europäischen Akte führte. Der Vertragsentwurf des Parlaments diente dabei lediglich als Inspirationsquelle, aus der einzelne Ideen übernommen wurden. Eine Abweichung von dem im EWG-Vertrag vorgeschriebenen Änderungsverfahren wurde hingegen nach dem Misserfolg der Spinelli-Initiative auch von föderalistischer Seite nicht mehr ernsthaft in Erwägung gezogen.

Im Falle des Vertrags von Maastricht stand die Vorgehensweise nach Art. 236 EWGV also nicht mehr in Frage. Die zentrale Rolle in diesem Verfahren nahmen die nationalen Regierungen ein. Der Beschluss über die Eröffnung von Verhandlungen kam allein dem Rat zu, und auch die Führung der Verhandlungen lag in den Händen einer Regierungskonferenz. Die Entscheidungsformen der Konferenz selbst waren im EWG-Vertrag nicht spezifiziert; da jedoch die Reform abschließend von jedem Mitgliedstaat ratifiziert werden musste, besaß faktisch jede Regierung ein Veto-recht.<sup>287</sup>

Darüber hinaus hatten je nach dem innerstaatlichen Ratifikationsverfahren noch weitere nationale Institutionen die Möglichkeit, den Vertrag abzulehnen. Insbesondere musste in allen Ländern das nationale Parlament zustimmen, wobei teilweise – nämlich insofern der Vertrag auch nationale Verfassungsänderungen mit qualifizierter Mehrheit notwendig machte – auch die Stimmen der nationalen Oppositionsparteien notwendig waren. In Irland und Dänemark kamen verpflichtende nationale Volksabstimmungen hinzu;<sup>288</sup> in Frankreich beschloss die Regierung nach der Einigung über die Vertragsinhalte auf dem Gipfel von Maastricht die Durch-

---

286 Insbesondere in Dänemark und Deutschland stieß der Spinelli-Entwurf auch auf aktive Ablehnung nationaler Abgeordneter, die dadurch das nationale Veto-recht bzw. die nationale Finanzautonomie gefährdet sahen (vgl. Volkman-Schluck 2001:15). Zu Spinellis Konzept einer vom Europäischen Parlament ausgearbeiteten Vertragsreform vgl. auch Müller 2016.

287 Keine Rolle spielte in der Praxis deshalb die Klausel der Wiener Vertragsrechtskonvention, nach der zur Annahme eines Vertrags, der auf einer internationalen Konferenz ausgehandelt wird, eine Zweidrittelmehrheit der anwesenden und abstimmenden Staaten erforderlich ist, „sofern sie nicht mit der gleichen Mehrheit die Anwendung einer anderen Regel beschließen“ (Art. 9 Abs. 2 WVK).

288 In Irland hatte der Oberste Gerichtshof im Crotty-Urteil von 1987 anlässlich der Einheitlichen Europäischen Akte entschieden, dass eine Übertragung nationaler Souveränitätsrechte lediglich durch ein verfassungsänderndes Referendum möglich sei (vgl. Wendel 2011:273–283). Art. 20 der dänischen Verfassung wieder-

führung eines konsultativen Referendums. Je nach nationaler Rechtsordnung kamen bei der Ratifikation außerdem noch weitere politische Akteure (etwa die Landesregierungen im deutschen Bundesrat) sowie die nationalen Verfassungsgerichte zum Zuge.

Die supranationalen EG-Institutionen spielten in dem Entscheidungsverfahren hingegen nur eine sekundäre Rolle. Formal besaßen das Europäische Parlament und die Kommission lediglich in der Anfangsphase ein unverbindliches Mitspracherecht und mussten nach dem Zusammentreten der Regierungskonferenz nicht einmal mehr angehört werden. Dies entsprach allerdings nicht der realen Praxis: Vielmehr wurde die Kommission regelmäßig eingeladen, an den Besprechungen der Regierungen teilzunehmen, und auch die Abgeordneten des Europäischen Parlaments gaben in mehreren Resolutionen ihre Haltung zu den laufenden Verhandlungen bekannt. Tatsächlich ging, wie im Zweiten Teil dieser Arbeit näher beschrieben wird, eine ganze Reihe der beschlossenen Reformvorschläge ursprünglich nicht auf nationale Regierungen, sondern auf die supranationalen Organe zurück. Anders als die Regierungen konnten die Kommission und das Parlament jedoch nicht formell Gehör beanspruchen und auch nicht mit einem Veto gegen die zu treffenden Entscheidungen drohen. Lediglich informell erhielt das Europäische Parlament dadurch ein Vetorecht, dass sowohl das belgische als auch das italienische Parlament ankündigten, den Vertrag nur dann ratifizieren zu wollen, wenn auch das Europäische Parlament ihn guthieß. Allerdings erfolgten diese Ankündigungen erst kurz vor dem Gipfel von Maastricht. Sie wirkten sich deshalb nur auf die Schlussphase der Verhandlungen aus, als die Regierungskonferenz über den größten Teil der Vertragsinhalte bereits Einigkeit erzielt hatte.

Unter dem Blickwinkel der oben beschriebenen Nachrichtenerffekte entsprach das Verfahren insgesamt also stark einem mitgliedstaatlich-außenpolitischen Muster. Da in den Verhandlungen nur die nationalen Regierungen ein Stimmrecht besaßen, ist es naheliegend, dass diese auch in der Berichterstattung im Vordergrund standen. Andere nationale Akteure sollten hingegen lediglich insofern an Bedeutung gewinnen, als sie durch Veto-Drohungen gegen den Vertrag auf sich aufmerksam machten. Ein Einfluss des Publikums wiederum konnte lediglich auf die nationale Re-

---

rum erlaubt eine Übertragung von Kompetenzen an supranationale Organisationen nur durch ein Gesetz, das mit einer Mehrheit von fünf Sechsteln der Mitglieder des nationalen Parlaments verabschiedet oder andernfalls einer Volksabstimmung vorgelegt werden muss. Zur institutionellen Grundlage nationaler EU-Referenden vgl. allgemein Schünemann 2017:69–153.

gierung und Opposition sowie gegebenenfalls im Rahmen der nationalen Ratifikationsreferenden erfolgen. Die Politiker aus den jeweils anderen Mitgliedstaaten und der Kommission (die zu dieser Zeit noch allein vom Ministerrat ernannt wurde) entzogen sich hingegen dem Einfluss der Wähler, sodass sie grundsätzlich mit weniger Aufmerksamkeit rechnen konnten. Diese ‚außenpolitische‘ Akteurskonstellation kann erklären, weshalb in jedem Land die Sichtweise der nationalen Regierung die stärkste Medienpräsenz hatte – und damit auch die Diskursgrenzen in der europäischen Öffentlichkeit während der Debatte über die Verhandlungen primär entlang nationaler, nicht gesamteuropäisch-weltanschaulicher Grenzen verliefen.

Dadurch lässt sich schließlich auch eine Hypothese aufstellen, die das Ausbleiben des Verfassungsmoments erklärt: Da in jeder nationalen Öffentlichkeit die Auseinandersetzung über die europäische Vertragsreform mit der politischen Agenda der jeweiligen nationalen Regierung aufgeladen wurde, stand weniger die Relevanz der Vertragsreform für die Funktionsweise und den Charakter der EU insgesamt, sondern eher ihre Bedeutung für die jeweilige nationale Politik im Vordergrund. In den Mittelpunkt der Diskussion rückten dementsprechend nationalspezifische Themen, die wichtige Elemente des Konstitutionalisierungsschubs aus der öffentlichen Wahrnehmung verdrängten. Eine Intensivierung der Debatte war vor allem in dem Umfang zu erwarten, in dem jeweils nationale Akteure (etwa die Oppositionsparteien) die Positionen der eigenen Regierung in Frage stellten. Sie bezog sich dann jedoch lediglich auf die *nationale* Europapolitik und ihre Auswirkungen, nicht auf die Reform der Europäischen Union insgesamt.

#### 4.5 Zwischenfazit

In diesem Kapitel wurde ein Erklärungsansatz für das Fehlen eines Verfassungsmoments in den Verhandlungen zum Vertrag von Maastricht entwickelt. Als wesentliche Ursache für die fortgesetzte Dominanz nationaler Diskursgrenzen wurde dabei das Verfahren der Vertragsreform in den Blick genommen, das sich über Nachrichtenwerteffekte auf die Darstellung der Verhandlungen in der Öffentlichkeit auswirkte. Dieses war stark mitgliedstaatlich-außenpolitisch geprägt. In seinem Mittelpunkt stand eine Konferenz der nationalen Regierungen, die den Text der Vertragsreform entwarf. Die Ratifikation erfolgte, je nach den nationalen Verfassungsvorschriften, in der Regel durch die nationalen Parlamente.

In der Berichterstattung über politische Entscheidungen lassen sich zwei zentrale Faktoren identifizieren, die den Nachrichtenwert politischer Akteure erhöhen: zum einen ihr Einfluss auf die Ergebnisse der Entscheidung, zum anderen ihre durch Wahlmechanismen hergestellte Verantwortlichkeit gegenüber dem Publikum. In den Verhandlungen zum Vertrag von Maastricht hatte in jedem Land von allen Akteuren die jeweils eigene nationale Regierung den höchsten Nachrichtenwert, da diese als Einzige sowohl an den Verhandlungen beteiligt als auch durch einen Wahlmechanismus mit dem jeweils nationalen Publikum verbunden war. Eine sekundäre Rolle spielten hingegen die Regierungen der übrigen Mitgliedstaaten sowie die jeweiligen nationalen Oppositionsparteien. Erstere nahmen zwar an den Verhandlungen teil, waren jedoch dem nationalen Publikum nicht verantwortlich, sodass dieses an einer Beurteilung ihrer Politik weniger interessiert war. Letztere wiederum konnten als politischer Konkurrent der Regierung auf nationaler Ebene Kritik üben und Alternativvorschläge machen und bildeten damit gewissermaßen die Vergleichsfolie, vor der die nationale Regierung bewertet werden konnte. Sie waren jedoch bei den Verhandlungen nicht anwesend und konnten allenfalls indirekt auf deren Ergebnisse einwirken.

Diese Akteurskonstellation erklärt, weshalb sich die Deutung der Vertragsreform je nach Land stark unterscheiden konnte. Sie lässt ein spezifisches Debattenmuster erwarten, bei dem in der Berichterstattung zu den zwischenstaatlichen Verhandlungen jeweils der Position der eigenen Regierung die größte Aufmerksamkeit geschenkt wurde und eine Politisierung vor allem in dem Ausmaß stattfand, in dem diese nationale Position *innerhalb* des Mitgliedstaates umstritten war. Dass die Debatte über die Reform von nationalen Themen geprägt war, kann wiederum erklären, weshalb die Bedeutung des Vertrags von Maastricht als großer Schritt in Richtung eines gesamteuropäisch-innenpolitischen Integrationsmodells in der Öffentlichkeit nur wenig wahrgenommen wurde und ein europäischer Verfassungsmoment ausblieb.

## 5. Ergebnisse des Ersten Teils

Ziel des Ersten Teils war es, die konzeptionellen und theoretischen Prämissen dieser Arbeit darzulegen und davon ausgehend Hypothesen zum Ausbleiben eines europäischen Verfassungsmoments zu entwickeln, die die empirische Analyse in den folgenden Teilen leiten sollen.

Im ersten Kapitel wurden zwei idealtypische Konzeptionen des europäischen Einigungsprozesses vorgestellt, die hier als das europäisch-innenpolitische und das mitgliedstaatlich-außenpolitische Integrationsparadigma bezeichnet werden. Das europäisch-innenpolitische Modell betrachtet die Europäische Union als ein föderales System, dessen Institutionen die gemeinsamen Angelegenheiten einer gesamteuropäischen Gesellschaft regeln sollen. Grundlage ihrer demokratischen Legitimität ist das von den europäischen Bürgern gemeinsam gewählte Europäische Parlament. Das mitgliedstaatlich-außenpolitische Modell hingegen versteht die Union als einen Zusammenschluss souveräner Nationalstaaten. Die supranationalen Organe erfüllen in diesem Paradigma lediglich die Funktion, die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten zu erleichtern und dadurch deren nationalen Interessen zu dienen. Demokratische Legitimation geht im Wesentlichen von den nationalen Parlamenten und Regierungen aus.

Die beiden Integrationsparadigmen sind mit je unterschiedlichen Anforderungen an die europäische Öffentlichkeit verbunden. Da politische Entscheidungen im europäisch-innenpolitischen Modell vor allem durch den parlamentarischen Wettstreit der transnationalen, weltanschaulich definierten europäischen Parteien zustande kommen, muss auch die mediale Debatte primär entlang weltanschaulicher Diskursgrenzen strukturiert sein, um Kongruenz zwischen der Meinungsbildung in der Öffentlichkeit und im politischen System herzustellen. Umgekehrt setzt das mitgliedstaatlich-außenpolitische Modell keine breite europäische Öffentlichkeit voraus, sondern allenfalls nationale Debatten über die Ausrichtung der jeweils nationalen Europapolitik. Wie im vierten Kapitel gezeigt wurde, sind das politische System und die Struktur der öffentlichen Debatte bis zu einem gewissen Grad positiv rückgekoppelt: So können die politischen Entscheidungsverfahren vermittelt über Nachrichtenerwerteffekte selbst die Muster der öffentlichen Auseinandersetzung erzeugen, die ihrerseits zur Legitimation dieser Verfahren beitragen.

Im zweiten Kapitel wurde die Veränderung des europäischen politischen Systems im Verlauf des Integrationsprozesses betrachtet. Entsprechend es zunächst noch stark dem mitgliedstaatlich-außenpolitischen Paradigma, so verschob es sich im Lauf der Zeit – trotz verschiedener Krisen und gegenläufiger Entwicklungen – in Richtung des europäisch-innenpolitischen Modells. In diesem Konstitutionalisierungsprozess war der Vertrag von Maastricht ein besonders großer Schritt, wie an fünf Aspekten dargelegt wurde: Erstens führte er zu einer Ausweitung der Politikfelder der EU, die nun in Kernbereiche der nationalen Souveränität vordrang. Zweitens veränderte er die Legitimationsgrundlage der EU durch die Abschaffung nationaler Vetorechte und die Stärkung des Europäischen Parlaments. Drittens begünstigte er die Etablierung der Union als umfassendes kontinentales Ordnungssystem anstelle einer Vielzahl einzelner Vertragsregimes. Viertens führte er föderalistisch konnotierte Rechtsbegriffe in das europäische Primärrecht ein. Fünftens beinhaltete er verschiedene Stufen- und Revisionsklauseln, durch die auch für die Zukunft eine fortschreitende Vertiefung der Integration gesichert werden sollte.

Trotz dieser Neuerungen im politischen System blieb jedoch, wie im dritten Kapitel dargelegt, die Struktur der europäischen Öffentlichkeit weiterhin vor allem von nationalen statt von weltanschaulichen Gegensätzen geprägt. Obwohl die Verhandlungen über den Vertrag von Maastricht in eine Zeit der Krise fielen, in der mit dem Ende des Kalten Krieges zahlreiche politische Grundvorstellungen erschüttert wurden, blieb ein europäischer Verfassungsmoment – also eine rasche und umfassende Neuausrichtung der öffentlichen Diskurse im Sinne des europäisch-innenpolitischen Paradigmas – aus. Zwar wurde die europapolitische Debatte intensiver und kontroverser; das bis dahin vorherrschende mitgliedstaatlich-außenpolitische Legitimationsmuster des *permissive consensus* kam zu einem Ende. Es entwickelte sich jedoch kein Bewusstsein der Zugehörigkeit zu einer überstaatlichen, politisch vor allem entlang transnational-weltanschaulicher Grenzen ausdifferenzierten Bürgerschaft. Eine Anpassung der kollektiven Erwartungen an die nun stärker europäisch-innenpolitischen Strukturen des politischen Systems fand nicht statt. Vielmehr wurde der Integrationsprozess auch nach dem Vertrag von Maastricht unter dem Blickwinkel nationaler Identitäten und Interessen wahrgenommen, teilweise sogar mehr als zuvor.

Im vierten Kapitel wurde schließlich ausgehend von der kommunikationswissenschaftlichen Nachrichtenwerttheorie ein Erklärungsansatz für diese Abwesenheit eines Verfassungsmoments entwickelt. Demnach wirkte sich das stark intergouvernemental geprägte Verfahren der Vertragsver-



handlungen von Maastricht auch auf deren Darstellung in den Medien aus. Da die formal entscheidenden Akteure bei der Ausarbeitung der Vertragsinhalte die nationalen Regierungen waren, besaßen deren Standpunkte auch für die Medien den höchsten Nachrichtenwert. Allerdings war in jedem Land nur die eigene Regierung der Bevölkerung über Wahlmechanismen politisch verantwortlich. Dies steigerte zum einen ihren Nachrichtenwert gegenüber den ausländischen Regierungen, da das Medienpublikum ein höheres Interesse hatte, sich eine eigene Meinung über sie zu bilden. Zum anderen bezogen hieraus auch die jeweiligen nationalen Oppositionsparteien ihre Bedeutung: Diese nahmen zwar selbst nicht an den Verhandlungen teil, waren für das Publikum aber als nationale Wahlkonkurrenten und damit gewissermaßen als politischer Vergleichsmaßstab der jeweils eigenen Regierung von Interesse.

Diese Akteurskonstellation kann erklären, weshalb sich die Diskurse in der Debatte über die Verhandlungen zum Vertrag von Maastricht vor allem entlang der nationalen Grenzen unterschieden: Da in jedem Land die Position der eigenen Regierung den höchsten Nachrichtenwert besaß, stand deren Agenda – und damit die nationale Europapolitik – im Mittelpunkt der öffentlichen Auseinandersetzung. Die Bedeutung der Vertragsreform für das politische System der EU insgesamt spielte für die Medien demgegenüber nur eine untergeordnete Rolle. Dadurch blieben auch die gesellschaftlichen Lernprozesse aus, durch die das europäisch-innenpolitische Modell in den kollektiven Erwartungen der Gesellschaft hätte verankert werden können.

Diese Hypothesen sollen im weiteren Verlauf der Arbeit anhand einer Diskursanalyse der öffentlichen Debatte überprüft werden. Zuvor ist jedoch noch die Frage zu beantworten, zu welchem Zeitpunkt überhaupt das Potenzial für einen europäischen Verfassungsmoment gegeben war. Hierzu wird im folgenden Zweiten Teil zunächst der tatsächliche Verlauf der Vertragsverhandlungen rekonstruiert.



*Zweiter Teil: Die europäische Krise von 1990 und der Verlauf der  
Vertragsverhandlungen*



## 1. Vorbemerkung

Wie im Ersten Teil bereits angesprochen, lässt sich der Vertrag von Maastricht als Reaktion auf eine politische Krise erklären, die durch das Ende des Kalten Krieges und die Aussicht auf eine deutsche Wiedervereinigung ausgelöst wurde und die vorherige Funktionsweise der europäischen Institutionen in Frage stellte – eine Krise, die die Möglichkeit eines europäischen Verfassungsmoments überhaupt erst plausibel macht.<sup>289</sup> In den folgenden Kapiteln soll deshalb überblicksartig der Verlauf der Vertragsverhandlungen und ihr Verhältnis zu der Krise näher betrachtet werden. Dabei soll insbesondere herausgearbeitet werden, zu welchem Zeitpunkt die Krisenhaftigkeit und die Tragweite der politischen Entscheidungen – und damit auch die Wahrscheinlichkeit einer intensiven Mobilisierung der Öffentlichkeit und eines Wandels von Verfassungsdiskursen im Sinne eines Verfassungsmoments – am größten war.

Die folgenden Darstellungen basieren vor allem auf der bestehenden politikwissenschaftlichen und historischen Literatur. Bereits kurz nach Abschluss der Verhandlungen erschienen erste Quellensammlungen und Dokumentationen,<sup>290</sup> auf die Ende der 1990er Jahre einige ausführliche, meist von Politikwissenschaftlern verfasste Rekonstruktionen folgten.<sup>291</sup> In der Geschichtswissenschaft wurden die Maastricht-Verhandlungen hingegen in der Regel eher als Teilaspekt umfassender Darstellungen zur ‚Zeitenwende‘ 1989/90 oder zur deutschen Wiedervereinigung behandelt.<sup>292</sup> Angesichts des Ablaufs der dreißigjährigen Archiv-Sperrfrist sind hier in den nächsten Jahren noch weitere Veröffentlichungen mit detaillierteren Ana-

---

289 Vgl. oben, Erster Teil, Kapitel 3.1.

290 Corbett 1993, Weidenfeld 1994.

291 Zu nennen sind hier insbesondere Dyson / Featherstone 1999, Blair 1999 sowie Corbett 2001:254–342. Eine politikwissenschaftliche Perspektive auf verschiedene Aspekte des Vertrags bieten auch die Beiträge eines zum 20. Jahrestag der Vertragsunterzeichnung erschienenen Sonderhefts im *Journal of European Integration* (Christiansen / Duke 2012).

292 So zum Beispiel bei Jackisch 2004, Bozo 2009, Rödder 2009, Praus 2014, Gehler / Graf 2017, Bozo / Rödder / Sarotte 2017. Eine wichtige Ausnahme bildet ein 2013 erschienenes Sonderheft des *Journal of European Integration History*, dessen Beiträge die Vertragsverhandlungen aus Perspektive verschiedener Mitgliedstaaten analysieren (Geary / Germond / Patel 2013).

lysen zu erwarten. Dennoch erlaubt schon die bestehende Forschung, die wesentlichen Entwicklungen im Verlauf der Verhandlungen nachzuvollziehen.

Wie sich zeigen wird, folgten die beteiligten Akteure in diesen Verhandlungen ganz unterschiedlichen Motivationen: Die Willensbildung der nationalen Regierungen fand jeweils auf einzelstaatlicher Ebene statt und entsprach teilweise lang definierten außen- und europapolitischen Zielen der jeweiligen Länder. Teilweise stand sie jedoch auch in einem Wechselspiel mit anderen Angelegenheiten, die keinen offensichtlichen europäischen Bezug hatten, aber kurzfristig große Bedeutung erlangen konnten – etwa dem nationalen Wahlkalender, den Umfragewerten der Regierungsparteien oder Konflikten zwischen einzelnen Kabinettsmitgliedern. Auf der anderen Seite vertraten auch die supranationalen Akteure, insbesondere die Europäische Kommission und das Europäische Parlament, zum einen eine langfristige, von neofunktionalistischen bzw. inkrementell-federalistischen Ideen geprägte Integrationsstrategie, bei der die Lösung gemeinsamer, staatenübergreifender Probleme im Vordergrund stand. Zum anderen sahen sie die Vertragsreform aber auch schlicht als Gelegenheit, ihren eigenen institutionellen Einfluss zu erweitern. All diese Motive wurden schließlich noch einmal überlagert durch internationale Entwicklungen wie den Fall der Berliner Mauer, die Auflösung der Sowjetunion, die Jugoslawienkrise und den Golfkrieg, die die Aufmerksamkeit der beteiligten Akteure beanspruchten und in einigen Fällen politische Neupositionierungen zur Folge hatten.<sup>293</sup>

---

293 Diese Vielzahl von Motiven wird auch von Richard Corbett beschrieben, der als politischer Berater der sozialdemokratischen Fraktion des Europäischen Parlaments selbst an den Vertragsverhandlungen beteiligt war und später eine Dokumentation dazu veröffentlichte. Darin führt er sechs zentrale Beweggründe für den Vertrag an: Erstens gebe es eine „general dynamic of integration“, die sich seit Gründung der EGKS in nahezu ununterbrochenen Debatten über die Notwendigkeit weiterer Reformen niedergeschlagen habe. Zweitens galt nach der 1986 beschlossenen Vervollendung des Europäischen Binnenmarkts eine Währungsunion als logische Fortsetzung der wirtschaftlichen Integration. Drittens führte der Zusammenbruch des Ostblocks zu dem Wunsch nach einer stärkeren außenpolitischen Rolle der EG, für die der begrenzte Rahmen der EPZ ungenügend erschien. Viertens übte das Europäische Parlament bereits seit Mitte der 1980er Jahre Druck aus, um die EG zu demokratisieren und seinen eigenen Einfluss zu stärken. Fünftens wurde nach 1990 eine baldige EG-Erweiterung erwartet, durch die insbesondere die Kommission die Handlungsfähigkeit der Gemeinschaft gefährdet sah, wenn es nicht zuvor zu einer institutionellen Reform kam. Nur als sechsten Grund sieht Corbett schließlich die speziellen Wünsche einzelner Mitgliedstaaten und die individuellen Überzeugungen der beteiligten

Dieses Nebeneinander von nationalen, europäischen und weltpolitischen sowie von lang- und kurzfristigen Faktoren führte zu einer komplexen Dynamik der Verhandlungen. Zeitlich lassen sich dabei drei Phasen unterscheiden, in denen jeweils unterschiedliche Akteure und Zielsetzungen dominierten: Die erste dieser Phasen begann bereits kurz nach dem Inkrafttreten der vorangehenden Vertragsänderung, der Einheitlichen Europäischen Akte von 1987. In dieser Zeit kam es zu mehreren Reformvorschlägen – darunter am prominentesten der Delorsplan –, die jedoch aufgrund des Widerstands wichtiger Regierungen zunächst wenig Aussichten auf rasche Verwirklichung hatten. Dies änderte sich Ende 1989 mit dem Mauerfall und der Aussicht auf eine deutsche Wiedervereinigung, die als Bedrohung für das Gleichgewicht zwischen den EG-Staaten wahrgenommen wurde. In dieser zweiten Phase stieg unter den Regierungen die Bereitschaft zu gravierenden Änderungen im Vertragssystem, und es fielen wichtige Vorentscheidungen für die schließlich beschlossene Reform. Mit der formellen Eröffnung der Regierungskonferenzen im Dezember 1990 begann die dritte Phase, die bis zum Gipfel von Maastricht ein Jahr später reichte, auf dem der Vertrag seine endgültige Form erhielt.

Nicht betrachtet wird hier die Ratifikationsphase des Vertrags, also die Zeit zwischen dessen Unterzeichnung im Februar 1992 und dem Inkrafttreten im November 1993.<sup>294</sup> Auch wenn diese mit eigenen spektakulären Ereignissen verbunden war – insbesondere dem gescheiterten dänischen Referendum im Juni 1992 –, ist sie für das zentrale Anliegen dieser Arbeit, die Frage nach dem ausgebliebenen Verfassungsmoment, von geringerer Bedeutung: Zum einen handelte es sich bei der Ratifikation (anders als bei der Aushandlung) nicht um ein gesamteuropäisches, sondern um mehrere nationale Verfahren, die auch zeitlich asynchron verliefen. Dies lässt schon *a priori* eine größere Bedeutung jeweils nationalspezifischer Europadiskurse erwarten, die einen Verfassungsmoment unwahrscheinlich machen.<sup>295</sup> Zum anderen war die durch Mauerfall und deutsche Wiedervereinigung ausgelöste politische Krise innerhalb der EG zu dieser Zeit bereits über-

---

Staats- und Regierungschefs sowie des Kommissionspräsidenten Jacques Delors (vgl. Corbett 1993:1–11).

294 Diese Ratifikationsphase steht jedoch im Vordergrund der meisten anderen diskursanalytischen Untersuchungen der Maastricht-Debatte, vgl. insbesondere Schrag Sternberg 2013:103–127, Barth / Bijmans 2018.

295 Wolf J. Schünemann stellt in Bezug auf spätere nationale EU-Referenden sogar einen „strukturellen Vorteil der EU-Gegner“ fest, da diese „ihre Argumentationen deutlich besser an nationale Diskurse und darin zirkulierende Wissensbestände anknüpfen konnten“ (Schünemann 2017:180–182).

## *1. Vorbemerkung*

wunden. Während sich andere krisenhafte Folgen des Zusammenbruchs des Ostblocks, etwa die politische Destabilisierung in Russland oder die Kriege auf dem Westbalkan, erst im weiteren Verlauf der neunziger Jahre entwickelten, hatten sich die Beziehungen der EG-Regierungen untereinander nach der Einigung auf die Maastrichter Vertragsreform recht schnell wieder normalisiert – wenn auch natürlich unter dem Vorbehalt einer erfolgreichen Ratifikation, die dementsprechend von allen Regierungen gegen die teils erheblichen Widerstände anderer nationaler Akteure angestrebt wurde.



## 2. Erste Phase: Bis zum Fall der Berliner Mauer

### 2.1 *Die Vorgeschichte seit der Einheitlichen Europäischen Akte*

Das Inkrafttreten der Einheitlichen Europäischen Akte im Juli 1987 schien den Schlusspunkt unter einen mühevollen Reformprozess zu setzen: In zähen Verhandlungen hatte zunächst die konservative britische Regierung unter Margaret Thatcher in die Abschaffung einiger nationaler Vetorechte und eine begrenzte Aufwertung des Europäischen Parlaments eingewilligt, um so die im britischen Interesse liegende Vollendung des gemeinsamen europäischen Binnenmarkts zu erreichen. Anschließend hatten sowohl in Dänemark als auch in Irland zunächst nicht vorgesehene Referenden stattgefunden.<sup>296</sup> Angesichts dieses beträchtlichen Aufwands hielt sich der Wunsch der Regierungen nach schnellen weiteren Vertragsreformen in Grenzen. Zwar waren sich außer Großbritannien die meisten europäischen Regierungen einig, dass auch nach der Einheitlichen Europäischen Akte eine Fortsetzung des Integrationsprozesses wünschenswert und notwendig sei.<sup>297</sup> Zudem sah Art. 30 Nr. 12 EEA explizit vor, im Jahr 1992 eine Revision der Bestimmungen zur außenpolitischen Zusammenarbeit zu „prüfen“, was die Möglichkeit zu einer neuen Vertragsänderung einschloss. Doch darüber, wie die nächsten Integrations Schritte genau aussehen sollten, bestanden weiterhin tiefgreifende Differenzen. Eine vorsichtige, graduelle Herangehensweise war aus Sicht der Regierungen deshalb der plausiblere Weg als eine neue umfassende Reform.

Größeren Eifer zeigten hingegen die supranationalen Institutionen, vor allem das Europäische Parlament. Dieses hatte 1984 mit dem Spinelli-Ent-

---

296 Das dänische Referendum am 27. Februar 1986 war von der parlamentarischen Opposition erzwungen worden, die der Minderheitsregierung das notwendige Mandat zur Unterzeichnung des Vertrags verweigerte, woraufhin diese eine konsultative Volksbefragung einberief. Nachdem sich 56 Prozent der Wähler für die Unterzeichnung ausgesprochen hatten, gab die Opposition nach und unterstützte später auch die Ratifikation. In Irland fand das Referendum am 27. Mai 1987 statt, nachdem das nationale Oberste Gericht im Crotty-Urteil festgestellt hatte, dass eine Ratifikation der EEA nur nach einer vorherigen Verfassungsänderung möglich sei. Diese setzte ihrerseits eine Volksabstimmung voraus, bei der letztlich 70 Prozent der Wähler die Ratifikation unterstützten.

297 Vgl. Ludlow 2013:21.

wurf einen sehr weitreichenden Vorschlag zur Gründung einer ‚Europäischen Union‘ vorgelegt, der unter anderem eine stärkere außenpolitische Rolle der Kommission sowie Mitentscheidungsrechte des Parlaments bei der europäischen Gesetzgebung beinhaltet.<sup>298</sup> Die begrenzten Neuerungen der EEA lösten deshalb bei vielen Abgeordneten Enttäuschung aus und führten zu Forderungen nach einer Wiederaufnahme des Reformprozesses.<sup>299</sup> Für diesen erwartete das Parlament zwar wenig Bereitschaft bei den nationalen Regierungen, sehr wohl aber bei der Bevölkerungsmehrheit der meisten Mitgliedstaaten. Diese Erwartung gründete sich unter anderem auf Resolutionen des belgischen, italienischen, irischen und niederländischen Parlaments, in denen diese ihre Unterstützung für eine vertiefte Integration zum Ausdruck brachten. Zudem fand in Italien 1989 gleichzeitig mit der Europawahl ein konsultatives Referendum statt, bei dem sich fast 90 Prozent der Wähler für die Ausarbeitung einer europäischen Verfassung durch das Europäische Parlament aussprachen.<sup>300</sup> Bereits ab 1987 erarbeitete dessen Ausschuss für institutionelle Fragen deshalb eine Reihe von Berichten, in denen er die Unzulänglichkeiten der EEA und das Demokratiedefizit der EG anprangerte, Alternativmodelle vorschlug und schließlich eine (nicht rechtskräftige) EG-Grundrechteerklärung ausformulierte.<sup>301</sup> Höhepunkt dieser Entwicklung war der Herman-Bericht im Februar 1989, mit dem die Abgeordneten für die Zeit nach der Europawahl

---

298 Vgl. Europäisches Parlament 14.02.1984, speziell Art. 36–38 zur Gesetzgebung sowie Art. 63–69 zur Außenpolitik.

299 Antreiber war dabei noch einmal Altiero Spinelli, der wenige Monate vor seinem Tod 1986 das Europäische Parlament mit der Hauptfigur in Ernest Hemingways *Novelle Der alte Mann und das Meer* verglich: So wie dieser zwar einen großen Fisch erlege, aber nur dessen Skelett nach Hause bringe, habe das Parlament mit dem Vertragsentwurf von 1984 eine große Reform in Gang gesetzt, von der in der EEA ebenfalls nur Überreste geblieben seien. Das Parlament dürfe sich dadurch aber nicht abhalten lassen, seine Forderungen auch in Zukunft weiterzuerfolgen (vgl. Corbett 2001:276).

300 Vgl. Corbett 1993:8–9, Corbett 2001:277–279.

301 Im Einzelnen waren dies der Catherwood-Bericht zu den Kosten eines Nicht-Europa, der Toussaint-Bericht zum europäischen Demokratiedefizit, der Bru-Puron-Bericht zur Beteiligung der europäischen Bürger (alle vom 17. Juni 1988), der Graziani-Bericht zur Umsetzung der EEA (27. Oktober 1988) sowie der De-Gucht-Bericht zu europäischen Grundrechten (12. April 1989). Hinzu kamen weitere Berichte wie der Boesmans-Bericht zur Westeuropäischen Union, der zwar vom Verfassungsausschuss des Parlaments angenommen, aber wegen Ablaufs der Wahlperiode 1989 nicht mehr im Plenum behandelt wurde. Vgl. Corbett 1993:7, Corbett 2001:276–277, Kaiser 2018:49–51.

im Juni desselben Jahres eine neue eigene Initiative für eine europäische Verfassung auf Grundlage des Spinelli-Entwurfs ankündigten.<sup>302</sup>

All diese Berichte – wie auch die späteren Resolutionen, die das Europäische Parlament zu den Vertragsverhandlungen verabschiedete – stießen auf breite fraktionenübergreifende Mehrheiten unter den Abgeordneten, die zu einem bedeutenden Teil föderalistischen Ideen nahestanden und zudem mit der Forderung nach einer weiteren Parlamentarisierung der EG natürlich auch institutionelle Eigeninteressen vertraten.<sup>303</sup> Der Europäische Rat ignorierte die Vorschläge des Parlaments hingegen weitestgehend. Zwar betrachteten die meisten Mitgliedsregierungen die europäische Integration weiterhin als zentrales außenpolitisches Ziel, doch eine neue Vertragsreform, wie sie die Europaabgeordneten wünschten, schien schon wegen der strikt ablehnenden britischen Haltung unmöglich. Diese fand ihren klarsten Ausdruck im September 1988, als Margaret Thatcher sich in einer Grundsatzrede vor dem Europa-Kolleg in Brügge scharf gegen den europäischen Föderalismus wandte und erklärte, die EG sei „not an end in itself [...] [nor] an institutional device to be constantly modified according to the dictates of some abstract intellectual concept“.<sup>304</sup>

Parallel zu den Initiativen des Parlaments konzentrierte sich die Europäische Kommission unter ihrem 1985 neu ernannten Präsidenten Jacques Delors auf das Projekt einer europäischen Währungsunion.<sup>305</sup> Wie weiter oben beschrieben, hatte die EWG dieses Ziel bereits in den 1970er Jahren mit dem Werner-Plan verfolgt, diesen jedoch wegen der ungünstigen weltwirtschaftlichen Entwicklung bald wieder fallen lassen. Stattdessen war 1979 das Europäische Währungssystem (EWS) gegründet worden, das einer loseren währungspolitischen Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten diene; als gemeinsame Verrechnungseinheit wurde die Korbwährung ECU eingeführt. Auch hier bremste Großbritannien, das als einziger Mit-

---

302 Europäisches Parlament 16.02.1989b. Auch wenn diese Pläne aufgrund der Maastricht-Verhandlungen zunächst in den Hintergrund traten, verabschiedete das Parlament einige Monate vor der Europawahl 1994 tatsächlich einen neuen eigenen Verfassungsvorschlag, den sogenannten Herman-Entwurf. Dieser knüpfte an den Spinelli-Entwurf an und forderte unter anderem eine über den Vertrag von Maastricht hinausgehende Ausweitung des Mitentscheidungsverfahrens (vgl. Europäisches Parlament 10.02.1994).

303 Zu den Positionen der einzelnen Fraktionen und parlamentsinternen Dynamiken in den 1980er Jahren vgl. Kaiser 2018:52–69.

304 Thatcher 1988. Vgl. auch Turner 2000:120–124, Grob-Fitzgibbon 2016:439–444, Daddow / Gifford / Wellings 2019.

305 Zu Jacques Delors' Rolle in den Verhandlungen vgl. Dyson / Featherstone 1999:691–745, Rometsch 1999:135–195, Ross / Jenson 2017:120–123.

gliedstaat nicht dem EWS beiträt. Diese Verweigerungshaltung war allerdings auch innerhalb der britischen Regierung umstritten und führte Ende der 1980er Jahre immer wieder zu Spannungen zwischen Thatcher und ihrem Finanzminister Nigel Lawson sowie Außenminister Geoffrey Howe. Während Lawson und Howe erwarteten, dass ein Beitritt zum Währungssystem die rasch steigenden Inflationsraten des britischen Pfunds bremsen könne, lehnte Thatcher die damit verbundenen Einschränkungen der nationalen geldpolitischen Autonomie ab.<sup>306</sup> Auch in diesem Bereich erschienen rasche Entwicklungen damit jedenfalls unwahrscheinlich.

Dennoch war schon mit der Einheitlichen Europäischen Akte ein – allerdings recht vager – Artikel in den EWG-Vertrag eingefügt worden, der die Währungsunion als künftig zu erreichendes Ziel andeutete. Es handelte sich dabei um Art. 102a EWGV-EEA, den einzigen Artikel des neuen Kapitels 1 im Dritten Teil, Titel II des EWG-Vertrags, das die suggestive Überschrift „Die Zusammenarbeit in der Wirtschafts- und Währungspolitik (Wirtschafts- und Währungsunion)“ trug. Im Einzelnen verpflichtete der Artikel die Mitgliedstaaten auf „die für die Weiterentwicklung der Gemeinschaft erforderliche Konvergenz der Wirtschafts- und Währungspolitiken“ und stellte für den Fall, dass „die weitere Entwicklung im Bereich der Wirtschafts- und Währungspolitik institutionelle Veränderungen erforderlich“ mache, eine neue Vertragsreform nach Art. 236 EWGV in Aussicht. Zudem bezog sich auch die Präambel der EEA in unverbindlicher Form auf „das Ziel einer schrittweisen Verwirklichung der Wirtschafts- und Währungsunion“. Darüber hinausgehende konkrete Maßnahmen waren in den EEA-Verhandlungen jedoch von Großbritannien als „unacceptable and pointless“ abgelehnt worden<sup>307</sup> und stießen auch in Deutschland nicht auf Zustimmung.<sup>308</sup>

Das wichtigste Argument, das die Europäische Kommission in der Folgezeit vorbrachte, waren die ökonomischen Vorteile, die sich aus einem einheitlichen Währungsraum ergeben würden: Insbesondere sollte der Wegfall von Transaktionskosten und Wechselkursrisiken den grenzüberschreitenden Handel erleichtern und die höhere Attraktivität des ECU als internationale Reservewährung zu Kapitalzuflüssen führen. Außerdem würden, so die Kommission, durch die bis 1993 vorgesehene Vollendung des europäischen Binnenmarkts die Unterschiede zwischen den Volkswirt-

---

306 Vgl. Blair 1999:150–151, Turner 2000:125–126, Buller 2012:81–83.

307 So Finanzminister Nigel Lawson, zit. nach: Corbett 1993:3.

308 Vgl. Dyson / Featherstone 1999:316–320, Poast 2004:287–289, Schwarz 2012:415–417.

schaften der Mitgliedstaaten hinfällig werden, die den Erhalt nationaler Währungen bislang gerechtfertigt hätten.<sup>309</sup>

Unterstützung fand Delors bei seiner Initiative vor allem vonseiten der französischen Regierung unter François Mitterrand – wenn auch nicht unbedingt aus denselben Gründen. Zentrales französisches Motiv war vielmehr das währungspolitische Übergewicht Deutschlands: Dieses führte dazu, dass in den 1980er Jahren alle übrigen EWS-Mitglieder ihre Geldpolitik an den Vorgaben der Deutschen Bundesbank ausrichten mussten, die ihrerseits jedoch nur dem deutschen nationalen Interesse verpflichtet war. Nach verschiedenen von Deutschland abgelehnten Versuchen einer EWS-Reform<sup>310</sup> ging die französische Regierung deshalb ab Mitte 1988 dazu über, sich für eine Währungsunion einzusetzen: Die Kontrolle über die europäische Geldpolitik sollte künftig nicht mehr der Bundesbank, sondern einem gemeinsamen europäischen Organ unterliegen.<sup>311</sup> Als Hebel für diese Forderung diente die von Deutschland und Großbritannien geforderte Liberalisierung des Kapitalverkehrs in der EG, die der französischen Regierung zufolge eine engere geldpolitische Zusammenarbeit voraussetzte.<sup>312</sup>

In der Bundesrepublik stießen diese Pläne einer Währungsunion indes auf zurückhaltende Reaktionen. Der Gegensatz zwischen den vor allem französischen und italienischen ‚Monetaristen‘, die eine rasche Währungsunion als Mittel der wirtschaftlichen Annäherung sahen, und den vor allem deutschen und niederländischen ‚Ökonomen‘, die die wirtschaftliche Annäherung als notwendige Vorbedingung für eine gemeinsame Währung betrachteten, hatte bereits die Auseinandersetzung über den

---

309 Eine 1990 veröffentlichte Studie der Kommission fasste diese Überzeugung unter dem Titel *One market, one money* zusammen. Als wichtigsten Nachteil der Währungsunion sah diese Studie die Gefahr asymmetrischer Schocks, die nicht mehr durch Wechselkursanpassung ausgeglichen werden könnten. Allerdings wurde erwartet, dass die Vollendung des Binnenmarkts (etwa durch die höhere Arbeitsmobilität und Lohnflexibilität) und auch die Währungsunion selbst solche Schocks unwahrscheinlicher machen würden (Europäische Kommission 1990:11, 136–177).

310 Insbesondere sollten die Zentralbanken der Hartwährungsländer, speziell Deutschlands und der Niederlande, verstärkt zu Stützungskäufen der schwächeren Währungen gebracht und die private Nutzung des ECU als Alternative zur D-Mark gefördert werden. Die ersten dieser Reforminitiativen waren Anfang der 1980er Jahre von Jacques Delors selbst ausgegangen, der zu dieser Zeit französischer Finanzminister war (vgl. Howarth 2001:86–112).

311 Howarth 2001:118–119.

312 Dyson / Featherstone 1999:178–179; vgl. auch Ludlow 2013:18–19.

Werner-Bericht beherrscht.<sup>313</sup> In der Debatte vor dem Vertrag von Maastricht wiederholte sich diese Auseinandersetzung in ähnlicher Form, wenn auch teils unter neuen Schlagwörtern.<sup>314</sup> Insbesondere Bundesbankpräsident Karl Otto Pöhl argumentierte, dass zunächst eine hinreichende wirtschaftliche ‚Konvergenz‘ der Mitgliedstaaten gesichert sein müsse, bevor eine gemeinsame Währung möglich werde.<sup>315</sup>

Dennoch gelang es den Befürwortern einer Währungsunion, das Thema im Juni 1988 auf die politische Agenda zu heben: Auf dem Gipfel von Hannover beauftragte der Europäische Rat einen Ad-hoc-Ausschuss, „die konkreten Etappen zur Verwirklichung dieser Union zu prüfen und vorzuschlagen“.<sup>316</sup> Ausschussvorsitzender wurde Jacques Delors, weitere Mitglieder waren die Notenbankpräsidenten der zwölf EG-Staaten sowie drei unabhängige Experten. Auf Grundlage ihrer Vorarbeiten wollte der Europäische Rat ein Jahr später auf dem Gipfel von Madrid neue Beschlüsse fassen.

Der Abschlussbericht dieses Ausschusses wurde am 17. April 1989 präsentiert und bald als ‚Delors-Plan‘ bekannt. Sein zentraler Inhalt war ein Stufenplan, der in drei Schritten zu einer europäischen Einheitswährung führen sollte. Außerdem sollte durch die Festlegung verbindlicher Regeln bei der mitgliedstaatlichen Haushaltspolitik – insbesondere eine Defizitobergrenze und ein Verbot der Staatsfinanzierung durch die Zentralbanken – eine makroökonomische Angleichung erfolgen, was im Wesentlichen auf die Position der Bundesbank zurückging.<sup>317</sup> Dabei zielte die erste Stufe des Delorsplans lediglich darauf ab, durch eine bessere Koordinierung im Rahmen des EWS eine höhere wirtschaftliche Konvergenz zu erzielen. Eine Vertragsreform machten erst die zweite und dritte Stufe erforderlich, die mit der Übertragung nationaler Hoheitsrechte auf europäische Organe verbunden waren. Offen blieben allerdings Verfahren und Zeitplan der

---

313 Vgl. Verdun 2002:74–80.

314 Zu den entgegengesetzten Argumentationsmustern in Deutschland und Frankreich vgl. Löffler 2010.

315 Zur Rolle Karl-Heinz Pöhl und der Bundesbank bei der Entstehung des Delors-Berichts vgl. Dyson / Featherstone 1999:342–348.

316 Europäischer Rat 27.06.1988:846, vgl. auch Dyson / Featherstone 1999:340–342.

317 Vgl. Rometsch 1999:138–139. Die von Delors ursprünglich angestrebte Übertragung auch wirtschaftspolitischer Entscheidungen auf die europäische Ebene wurde jedoch aufgrund der Vorbehalte der Mitgliedstaaten auf eine bloße zwischenstaatliche Koordinierung beschränkt (vgl. Loth 2013:68).

vorgeschlagenen Reform. Die Vorbereitungen für eine entsprechende Regierungskonferenz sollten, so der Bericht, „start immediately“.<sup>318</sup>

## 2.2 Die Reaktionen auf den Delorsplan 1989

Mit dem Delors-Bericht wurde erstmals seit der Einheitlichen Europäischen Akte eine Vertragsreform in einem Dokument vorgeschlagen, das der Europäische Rat offiziell angefordert hatte und deshalb – anders als die Forderungen des Europäischen Parlaments – auch nicht ohne Weiteres ignorieren konnte. Tatsächlich reagierten die nationalen Regierungen prompt: Insbesondere der britische Finanzminister Nigel Lawson antwortete auf die Präsentation des Berichts umgehend mit einer Presseerklärung, dass seine Regierung keinerlei Übertragung weiterer Hoheitsrechte auf die europäische Ebene akzeptieren werde. Etwas differenzierter fiel die Antwort der deutschen Bundesregierung aus, die sich grundsätzlich wohlwollend äußerte. Allerdings gab es innerhalb des Kabinetts Uneinigkeiten zwischen Außenminister Hans-Dietrich Genscher, der den Delorsplan unterstützte, und Finanzminister Theo Waigel, der einer Währungsunion wenigstens kurzfristig skeptisch gegenüberstand.<sup>319</sup> Im Ergebnis lehnte auch Kohl deshalb einen festen Zeitplan für die Vertragsreform ab und war vor allem bemüht, das Thema nicht vor den nächsten deutschen Bundestagswahlen, die für Ende 1990 vorgesehen waren, auf die Tagesordnung zu setzen.<sup>320</sup>

---

318 Committee for the Study of Economic and Monetary Union 12.04.1989:39.

319 Dyson / Featherstone 1999:350–54, Loth 2013:69, Loth 2014:280–281, 285.

320 Bei einem bilateralen Gespräch mit Mitterrand im Vorfeld des Madrider Gipfels sprach sich Kohl nicht gegen eine Vertragsreform aus, warnte jedoch davor, „jetzt überstürzt vorzugehen und die vielen offenen Sachfragen nicht auszudiskutieren“. Der weitere Zeitplan solle nicht vor Dezember 1989 vereinbart werden; an einen Abschluss der Vertragsverhandlungen sei, „wenn alles gut laufe, [...] ungefähr 1991“ zu denken, gefolgt von einer etwa sechs- bis zwölfmonatige Ratifikationsphase – wobei man „[d]iese Zielvorstellung [...] aber besser öffentlich nicht nennen“ solle (Kohl 22.06.1989:308). Dass sich diese Vorschläge recht genau mit den später tatsächlich durchgeführten Verhandlungen deckten, wurde verschiedentlich als Indiz gesehen, dass Kohl bereits im Sommer 1989 zur Umsetzung der Währungsunion entschlossen gewesen sei (so etwa Schwarz 2012:517–520; vgl. auch Moravcsik 1998:396–404, Küsters 2001:499). Angesichts des strikten britischen Widerstands gegen jegliche Vertragsreform scheint es jedoch plausibler, dass Kohl sich zu diesem Zeitpunkt schlicht alle Möglichkeiten offenhalten wollte. Auch Mitterrand war offenbar nicht restlos von der deut-

Unter diesen Bedingungen schien der Vorschlag von Beginn an nur geringe Umsetzungschancen zu besitzen. Im Wahlkampf zu den Europawahlen im Juni 1989 spielte er kaum eine Rolle; und der Gipfel von Madrid wenige Wochen später endete schließlich mit einem Kompromiss, der die Entscheidung über eine Vertragsänderung auf unbestimmte Zeit verschob: Einerseits bekannten sich die Staats- und Regierungschefs zwar zum Ziel der Währungsunion und beschlossen, die erste Stufe des Plans am 1. Juli 1990 in Kraft treten zu lassen. Auch Margaret Thatcher erklärte sich zu dem damit verbundenen EWS-Beitritt Großbritanniens bereit, der allerdings erst nach Erfüllung einer Reihe anspruchsvoller Bedingungen erfolgen sollte.<sup>321</sup> Andererseits wurde aber die Einberufung einer Regierungskonferenz für die Vertragsreform auf die Zeit nach Juli 1990 verschoben, ohne ein genaues Datum zu nennen.<sup>322</sup> Obwohl der Delors-Bericht betont hatte, dass „the decision to enter upon the first stage should be a decision to embark on the entire process“,<sup>323</sup> war es angesichts der deutschen und vor allem britischen Vorbehalte völlig offen, wann und ob überhaupt die zweite und dritte Stufe jemals verwirklicht würden.

Nach dem Gipfel kündigte Thatcher überdies für die nächsten Monate die Veröffentlichung eines eigenen Alternativplans zur Währungsunion an, der eine Übertragung von Kompetenzen auf die supranationale Ebene unnötig machen sollte.<sup>324</sup> Dieser Vorschlag, der im November 1989 vom britischen Finanzministerium vorgelegt wurde, sah vor, anstelle einer Einheitswährung den Gebrauch der verschiedenen nationalen Währungen in allen Ländern vollständig zu liberalisieren und zudem die private Nutzung

---

schen Bereitschaft zur Währungsunion überzeugt und insistierte in dem Gespräch mehrfach darauf, dass die Umsetzung des Delorsplans nicht nach der ersten Stufe abgebrochen werden dürfe. Kohl stimmte dem zwar zu, ließ sich jedoch nicht darauf ein, schon auf dem Madrider Gipfel einen umfassenden Beschluss über das Vorgehen nach Inkrafttreten der ersten Stufe zu fassen.

321 Im Einzelnen sollten zunächst die britische Inflationsrate auf den europäischen Durchschnitt gesenkt, sämtliche Kapitalverkehrskontrollen abgeschafft, der Binnenmarkt weiter vorangetrieben, freier Wettbewerb bei Finanzdienstleistungen hergestellt und die europäische Wettbewerbspolitik gestärkt werden. Diese Vielzahl an Hürden macht deutlich, dass Thatcher keineswegs einen raschen EWS-Beitritt plante, sondern lediglich die integrationsfreundlicheren Kabinettsmitglieder – insbesondere Finanzminister Lawson und Außenminister Howe – befriedigen wollte, die zuvor bereits mit ihrem Rücktritt gedroht hatten (vgl. Masini 2010:5).

322 Vgl. Europäischer Rat 26.06.1989:607.

323 Committee for the Study of Economic and Monetary Union 12.04.1989:39.

324 Diese Erklärung war anscheinend improvisiert und kam auch für die Mitarbeiter des Finanzministeriums vollkommen überraschend (Masini 2010:5–6).



des ECU als Buchwährung zu fördern. Indem die Bürger volle Freiheit beim Gebrauch der Währungen haben würden, sollte sich letztlich die stabilste von ihnen durchsetzen, sodass es zu einer „practical monetary union [...] as the result of a gradual evolutionary process“ kommen würde.<sup>325</sup> In der Öffentlichkeit wurde dieser Entwurf rasch als ‚Competing-Currencies-Plan‘ oder – nach dem ursprünglich verantwortlichen Finanzminister – als Lawson-Plan bekannt.

Zum Zeitpunkt der Vorstellung dieses Vorschlags hatten sich die politischen Verhältnisse in Großbritannien und speziell in der Conservative Party allerdings grundlegend gewandelt. Nachdem die Partei schon bei der Europawahl deutlich verloren hatte, blieben ihre Umfragewerte auch im Herbst anhaltend schwach. Eine wichtige Rolle spielte dabei die unpopuläre neue Gemeindeabgabe in Form einer Kopfsteuer (*poll tax*), die auch innerhalb des Kabinetts umstritten war.<sup>326</sup> Aber auch in der Europapolitik eskalierten die regierungsinternen Konflikte: Schon im Juli hatte Thatcher den aus ihrer Sicht allzu proeuropäischen Außenminister Howe auf den eher repräsentativen Posten des Lord President of the Council versetzt. Ende Oktober trat zudem Finanzminister Lawson zurück, nachdem er sich mit der Premierministerin über den Zeitpunkt des EWS-Beitritts überworfen hatte. Sein Nachfolger wurde John Major, neuer Außenminister wurde Douglas Hurd.<sup>327</sup>

Obwohl auch Major und Hurd Thatchers scharfe Europaskepsis nicht in vollem Ausmaß teilten, führte die Entmachtung der beiden integrationsfreundlichsten Minister zu heftigen Reaktionen in Teilen der Conservative Party. In der allgemein angespannten Stimmung diente Thatchers europapolitische Kompromisslosigkeit ihren Gegnern als Angriffspunkt und wur-

---

325 HM Treasury 1989. Wie Fabio Masini hervorhebt, wäre die Durchführung dieses Plans letztlich auf eine weitere Stärkung der Hegemonie der D-Mark im EWS hinausgelaufen: „Within the currency competition strategy, European monetary union would be accomplished by the Bundesbank, not merely *de facto* but *de jure*“ (Masini 2010:7).

326 Die *poll tax* war im Juli 1988 eingeführt worden und galt als wirtschaftsliberales Leuchtturmprojekt der Regierung. Zu ihren Gegnern zählten außer den Oppositionsparteien jedoch auch prominente Mitglieder des gemäßigten Flügels der Konservativen, etwa Nigel Lawson, Michael Heseltine und Edward Heath. Die Proteste in der Öffentlichkeit erreichten ihren Höhepunkt im März 1990, als eine Großdemonstration gegen die neue Steuer in Ausschreitungen überging. Letztlich wurde die *poll tax* im April 1991, ein halbes Jahr nach Thatchers Rücktritt, wieder abgeschafft (vgl. Childs 2006:264, Grob-Fitzgibbon 2016:446–447).

327 Turner 2000:130–131.

de zur deutlichsten Trennlinie im innerparteilichen Streit.<sup>328</sup> Die Fronten innerhalb der Partei verliefen dabei ähnlich wie bei der *poll tax*: Während Thatchers Unterstützer vor allem dem wirtschaftsliberalen rechten Parteiflügel entstammten, zählten ihre Kritiker zum eher gemäßigten Lager. Am 23. November kündigte Anthony Meyer, ein bis dahin wenig bekannter Abgeordneter des proeuropäischen Flügels, eine Kampfkandidatur gegen Thatcher um die Führung von Partei und Regierung an. Bei der Abstimmung am 5. Dezember setzte sich die Premierministerin zwar klar durch,<sup>329</sup> doch die Ereignisse verdeutlichten die tiefe Zerrissenheit der Konservativen. Auch in den folgenden Monaten konnte Thatcher diese jeweils nur kurzfristig überwinden. Dies schwächte ihre Verhandlungsposition gegenüber den übrigen europäischen Ländern – und nicht zuletzt auch die Aussichten des Lawson-Plans.

Doch wenngleich der britische Alternativvorschlag niemals Aussicht auf Erfolg hatte, schien auch eine baldige EG-Vertragsreform nach Muster des Delorsplans im Herbst 1989 wenig wahrscheinlich. Zwar setzte die französische Regierung, die in der zweiten Jahreshälfte die Ratspräsidentschaft innehatte, eine intergouvernementale Arbeitsgruppe hochrangiger Beamter unter Leitung der späteren französischen Europaministerin Elisabeth Guigou ein, die eine Annäherung der Positionen über die Währungsunion erreichen sollte. Bis Anfang November hatte diese Arbeitsgruppe aber lediglich einen Katalog ausgearbeitet, der die bestehenden Meinungsunterschiede auflistete, ohne dass eine Lösung dafür in Sicht war.<sup>330</sup>

Insgesamt zeichneten sich die Vertragsvorbereitungen in der ersten Phase also durch einen recht kontinuierlichen Druck sowohl der supranationalen Organe als auch der französischen Regierung aus, dem jedoch angesichts des anhaltenden Widerstands vor allem der britischen, aber auch der

---

328 Über den Beitritt zum EWS hinaus erstreckte sich dies auch auf andere europapolitische Positionen Thatchers, die mehrere Projekte der Europäischen Kommission – etwa das Sprachförderprogramm *Lingua* oder europaweite Maßnahmen zur Verringerung des Tabakkonsums – mit dem Verweis auf die nationale Souveränität abgelehnt hatte. Wichtigstes Organ der Souveränisten wurde die Anfang 1989 gegründete *Bruges Group*, deren Name sich auf Thatchers antiföderalistische Rede vor dem Europa-Kolleg in Brügge bezog (vgl. Wallace 1990:367–368).

329 Für Thatcher stimmten 314, für Meyer 33 Abgeordnete, bei 3 Enthaltungen und 24 ungültigen Stimmen (vgl. Brazier 1991:472).

330 Vgl. Lequesne 1990:323. An der Arbeitsgruppe nahmen je zwei Vertreter der zwölf nationalen Regierungen sowie der Europäischen Kommission teil. Ihr Bericht wurde am 6. November 1989 vom Rat für Allgemeine Angelegenheiten und am 13./14. November vom Rat für Wirtschaft und Finanzen angenommen.

deutschen Regierung zunächst keine allzu großen Erfolgsaussichten zukamen. Da die Verhandlungen auch nicht mit einer akuten politischen Krise verbunden waren, gab es für einen möglichen Verfassungsmoment in dieser Zeit wenig Anlass. Neue Dynamik gewannen die Gespräche erst Ende 1989 von ganz anderer Seite: nämlich durch den Niedergang der kommunistischen Regimes in Mitteleuropa und vor allem durch den Fall der Berliner Mauer am 9. November. Dieser leitete die zweite Phase der Auseinandersetzung über die Vertragsreform ein, die nun fast über Nacht in den Mittelpunkt der europapolitischen Debatte rückte.



### 3. Zweite Phase: Bis zur Eröffnung der Regierungskonferenzen

#### 3.1 *Der Fall der Berliner Mauer und seine Folgen*

Mit der Öffnung der Grenzen zwischen den beiden deutschen Staaten, die die Schwäche des DDR-Regimes verdeutlichte, eröffnete sich unvermittelt die Aussicht auf eine mögliche deutsche Wiedervereinigung, die seit Verabschiedung des Grundgesetzes zu den erklärten Zielen der westdeutschen Bundesrepublik zählte. Zugleich stand damit jedoch auch die Rolle Deutschlands in Europa wieder in Frage. Diese war in den 1950er Jahren ein wesentliches Motiv des Integrationsprozesses gewesen, der zugleich der Bundesrepublik die Möglichkeit einer gleichberechtigten Rolle in der westeuropäischen Politik bieten und für Frankreich und die übrigen Westmächte eine Garantie darstellen sollte, dass Deutschland keine neuen Hegemonialbestrebungen unternehmen und nicht auf einen Kurs der Neutralität zwischen West- und Ostblock einschwenken würde.<sup>331</sup> Der Mauerfall stellte dieses Arrangement in Frage: Hatte die Bundesrepublik schon in den Jahren zuvor eine Führungsrolle in der Währungspolitik übernommen, so schien nun durch die Wiedervereinigung das westeuropäische Kräftegleichgewicht insgesamt gefährdet. Verschärft wurde diese Befürchtung durch den Aufschwung rechtspopulistischer Parteien in mehreren westeuropäischen Ländern in der Zeit zuvor: So hatte in Deutschland bei der Europawahl 1989 mit den Republikanern erstmals seit den fünfziger Jahren eine offen nationalistische und EG-feindliche Partei bundesweit die Fünfprozenthürde übersprungen.<sup>332</sup> Auch wenn die etablierten Parteien

---

331 Entsprechend bezeichnet Hanns Jürgen Küsters die Westbindung der Bundesrepublik als „Integrationsfriede[n]“, der nach dem Zweiten Weltkrieg an die Stelle eines formellen Friedensvertrags getreten sei (Küsters 2000). Zur Rolle der „Deutschen Frage“ als Antriebskraft des europäischen Integrationsprozesses vgl. auch Thiemeyer 2010:89–112.

332 Vgl. Bergsdorf 2000:173–175. Für einen Überblick über den Aufstieg rechtspopulistischer Parteien in den westlichen Demokratien ab Ende der 1980er Jahre vgl. z. B. Decker 2000:75–196.

weiterhin zu ihrer grundsätzlich proeuropäischen Linie standen,<sup>333</sup> schien doch der gesellschaftliche Nährboden für eine politische Renationalisierung gegeben. Von einer verstärkten Orientierung Deutschlands in Richtung Osteuropa bis zur Rückkehr zu einem kontinentalen Vormachtstreben schien eine Vielzahl von Szenarien möglich, die für die übrigen EG-Mitglieder bedrohlich wirken mussten.<sup>334</sup>

Eine außerordentliche Tagung des Europäischen Rates, die sich am 18. November in Paris mit den Folgen des Mauerfalls befasste, blieb ohne klare Ergebnisse. Helmut Kohl selbst bemühte sich dabei, Zweifel an seiner europapolitischen Verlässlichkeit auszuräumen. Doch während Kommissionspräsident Delors sich sehr schnell mit der Idee einer deutschen Wiedervereinigung anfreundete,<sup>335</sup> lehnte Margaret Thatcher diese vehement ab,<sup>336</sup> und auch andere Regierungschefs wie der Italiener Giulio Andreotti betrachteten die Entwicklungen in Deutschland zunächst mit großem Misstrauen.<sup>337</sup> François Mitterrand schließlich sah die Gelegenheit zu einem neuen Vorstoß zur Verwirklichung des Delorsplans gekommen: Kohls Bestreben, die deutsche Anbindung an Westeuropa glaubhaft zu machen, sollte genutzt werden, um auf dem Gipfel des Europäischen Rates, der am 8./9. Dezember in Straßburg stattfinden würde, den von Frankreich gewünschten klaren Zeitplan für die Vertragsreform durchzusetzen.

---

333 Hans-Peter Schwarz hebt etwa hervor, dass Helmut Kohl im Herbst „die CDU-Führung bei jeder Präsidiums- und Vorstandssitzung an den Ausbau der Europäischen Gemeinschaft erinnert“ habe (Schwarz 2012:557).

334 Zu dieser Debatte über die Rolle Deutschlands in Europa und ihre Verbindung zum Vertrag von Maastricht vgl. auch die zeitgenössischen Analysen bei Paterson 1993 und von Staden 1993. Zu François Mitterrands Sorge um das „Gleichgewicht“ zwischen Deutschland und Frankreich vgl. Praus 2014:199–204.

335 Vgl. Rometsch 1999:155–156, Ludlow 2008:162–165. Neben Delors unterstützten nur die Regierungschefs von Irland und Spanien, Charles Haughey und Felipe González, von Anfang an die Idee einer deutschen Wiedervereinigung (vgl. O’Driscoll 2017, Aschmann 2017).

336 Wie Patrick Salmon darlegt, sah Thatcher das Problem im deutschen Nationalcharakter, der „unpredictably between aggression and self-doubt“ schwanke und im Fall einer Wiedervereinigung nicht mehr zu kontrollieren wäre (vgl. Salmon 2008:178, ähnlich Jackisch 2004:12–26, Grob-Fitzgibbon 2016:450–454, Meyer 2017:155, Poggiolini 2019:206–210). Demgegenüber vertrat das Foreign Office unter Douglas Hurd einen pragmatischeren Ansatz, mit dem es sich jedoch erst Anfang 1990 durchsetzte (Jackisch 2004:227–256, Salmon 2008:180–187, Meyer 2017:152–153).

337 Varsori 2013a:27–28, Cuccia 2017:688–689.

zen.<sup>338</sup> Damit gewann die Frage der europäischen Währungsunion eine neue politische Dimension. Hatten ihre Befürworter sie zuvor vor allem als wirtschaftlich zweckmäßige Ergänzung des Binnenmarkts beschrieben, so sollte sie nun auch den deutschen Verzicht auf eine einseitige Hegemonialstellung zum Ausdruck bringen und dadurch das wechselseitige Vertrauen zwischen den EG-Mitgliedstaaten wiederherstellen.<sup>339</sup>

Fürs Erste jedoch verstärkten sich die Spannungen noch, als Kohl am 28. November ohne vorherige Absprache mit den anderen EG-Regierungen vor dem Deutschen Bundestag ein Zehn-Punkte-Programm präsentierte, in dem er erstmals öffentlich das Ziel einer baldigen Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten ins Auge fasste. Auch hier betonte er

---

338 Vgl. Bozo 2008a:152–156, Bozo 2009:111–164, Haftendorn 2008:137, 139, von Hagen 2009:67, Waechter 2019:448–453. Wie es scheint, war Mitterrands Verknüpfung zwischen europäischer Währungsunion und deutscher Einheit zunächst eher taktischer Natur. So hatte sich der französische Präsident in den Wochen vor dem Mauerfall wiederholt positiv über eine mögliche deutsche Wiedervereinigung geäußert, die auch von einer großen Mehrheit der französischen Öffentlichkeit unterstützt wurde (Bozo 2008a:152–153). Nichtsdestoweniger lösten verschiedene spätere Entwicklungen (etwa die fehlende Absprache vor der Vorstellung des Zehn-Punkte-Plans oder das Zögern Kohls, die Oder-Neiße-Linie als deutsch-polnische Grenze anzuerkennen) tatsächlich Sorge der französischen Seite vor vermehrten deutschen Alleingängen aus und führten zu Spannungen zwischen den beiden Regierungen (vgl. auch Schotters 2019:359–370). Dabei formulierte Mitterrand die Währungsunion allerdings zu keinem Zeitpunkt explizit als Bedingung für die französische Zustimmung zur Wiedervereinigung – was auch insofern unpassend gewesen wäre, als sowohl die deutsche Einheit als auch der Fortschritt der europäischen Integration durchgängig zu den erklärten politischen Zielen *beider* Regierungen zählten (vgl. Bozo 2008a:155, Bozo 2009:131, ähnlich Ludlow 2008:172). Jedenfalls aber nahm Mitterrand in den Wochen nach dem Mauerfall eine günstige politische Konjunktur wahr, in der die deutsche Seite bei der Währungsunion zu größeren Zugeständnissen bereit sein würde. Wie Andreas Rödder treffend schreibt, war Mitterrand „der einzige Kritiker der Wiedervereinigung mit einer konkreten und konstruktiven eigenen Zielperspektive, und dies war auch der entscheidende Unterschied gegenüber Margaret Thatcher“ (Rödder 2009:161, vgl. allgemein ebd.:156–163 sowie 264–270).

339 In der Formulierung von Georges Saunier ging es der französischen Regierung um die Herstellung einer „solidarité irréversible et contraignante“ zwischen Deutschland und den übrigen Mitgliedstaaten, speziell Frankreich (Saunier 2013:46). Aus deutscher Perspektive wiederum bot die Währungsunion, wie Wayne Sandholtz bereits 1993 analysierte, im Vergleich zum EWS zwar wenig ökonomische Vorteile, bildete dafür aber „a tailor-made means [...] to prove that a larger Germany would remain a good European citizen“ (Sandholtz 1993:38). Vgl. auch Baun 1995:609–610, Poast 2004:296–299.

zwar, dass die deutsche Einheit „in den gesamteuropäischen Prozeß“ eingebettet sein müsse, was sich insbesondere auf die KSZE bezog, aber auch auf „bestimmte Formen der Assoziierung“, durch die die Reformstaaten in Mittel- und Osteuropa wirtschaftlich an die EG herangeführt werden sollten. Die EG solle dadurch „Grundlage einer wirklich umfassenden europäischen Einigung“ werden.<sup>340</sup> Doch trotz dieses Bekenntnisses zu einer europäischen Einbettung der Deutschlandpolitik löste Kohls Alleingang in den übrigen Mitgliedstaaten teils scharfe Reaktionen aus. In den anderthalb Wochen zwischen dem Zehn-Punkte-Plan und dem Straßburger Gipfel kam es deshalb zu intensiven Auseinandersetzungen zwischen der deutschen und französischen Regierung.<sup>341</sup> Ein zwei Tage vor dem Gipfel stattfindendes, symbolisch aufgeladenes Treffen zwischen Mitterrand und dem sowjetischen Präsidenten Michail Gorbatschow in Kiew erhöhte den Druck auf Deutschland zusätzlich.

Und tatsächlich begann Kohl ab Ende November seine Strategie zu ändern: Bereits am Tag vor der Zehn-Punkte-Rede akzeptierte er in einem Schreiben an Mitterrand erstmals die Festlegung eines konkreten Zeitplans für die Verhandlungen über eine Währungsunion und bemühte sich lediglich, diesen so weit zu strecken, dass sich der erwartbare Protest der deutschen Öffentlichkeit gegen die Aufgabe der D-Mark nicht auf die Bundestagswahl Ende 1990 auswirken würde. Deshalb sollten, so Kohls Vorschlag, zunächst die „fachlich zuständigen Gremien“ einen vorbereitenden Bericht erarbeiten, auf dessen Grundlage dann erst im Dezember 1990 die Regierungskonferenz eröffnet würde. Anschließend sollte die Vertragsunterzeichnung im Jahr 1992, die Ratifikation bis zur Europawahl 1994 erfolgen.<sup>342</sup> Als Mitterrand diesen Zeitplan als zu wenig ambitioniert ablehnte,<sup>343</sup> bot Kohl in einem weiteren Schreiben eine Straffung an, sodass die Ratifikation schon bis Ende 1993 abgeschlossen sein würde. Für die Eröffnung der Regierungskonferenz blieb er jedoch bei Dezember 1990.<sup>344</sup>

---

340 Kohl 28.11.1989:13510–13514.

341 Bozo 2008a:153–154, Bozo 2009:122–126, 129–131, Loth 2013:70–72; vgl. auch Lequesne 1990:325–326.

342 Kohl 27.11.1989. Dieser Vorschlag blieb also hinter dem Zeitplan zurück, den Kohl vor dem Madrider Gipfel im Juni im Gespräch mit Mitterrand skizziert hatte.

343 Mitterrand 01.12.1989, vgl. auch Loth 2013:71.

344 Kohl 05.12.1989. Am Ende des Schreibens hob Kohl noch einmal hervor, „wie wichtig eine derartige Ausgestaltung des Zeitplanes des kommenden Jahres für mich auch aus innenpolitischen Erwägungen ist“, und gab damit recht deutlich das zugrunde liegende Wahlkalkül zu verstehen.



Gravierend für die weitere Entwicklung war allerdings vor allem, dass Kohl die Gelegenheit nutzte, um noch ein weiteres europapolitisches Thema zu lancieren: Neben der Währungsunion, so erklärte er, seien auch Fortschritte „auf dem Wege zur Politischen Union“ erforderlich. Insbesondere halte er es

für unbedingt notwendig, in die anstehenden Reformen die Erweiterung der Rechte des Europäischen Parlaments – das ja hierzu in seiner Entschließung vom 23. November 1989 erste Vorstellungen angemeldet hat – einzubeziehen. Die Durchsetzung der Übertragung neuer Befugnisse auf die europäischen Institutionen, insbesondere auf die EG-Kommission, und damit der Verzicht auf nationale parlamentarische Befugnisse erscheint mir nur möglich, wenn wir gegenüber unseren Parlamenten klar festhalten können, daß in gleichem Maße das Europäische Parlament mehr Kontrollrechte erhält.<sup>345</sup>

Dieser Vorstoß kam für Mitterrand nicht vollkommen überraschend, da Kohl sich schon in den Wochen zuvor verschiedentlich für institutionelle Reformen ausgesprochen hatte, die die Währungsunion begleiten sollten – wenn auch nie mit dieser Deutlichkeit.<sup>346</sup> Der deutsche Bundeskanzler griff damit das Demokratisierungsargument auf, das das Europäische Parlament selbst seit 1987 immer wieder vertreten hatte. Die von Kohl erwähnte Resolution vom 23. November 1989 lag ganz auf der Linie der früheren Entschließungen, die der Europäische Rat stets ignoriert hatte: Unter anderem forderte das Parlament darin, an einer Regierungskonferenz über eine mögliche Vertragsreform selbst beteiligt zu werden. Außerdem sollte das Mandat dieser Regierungskonferenz außer der Währungsunion auch „eine effizientere und demokratischere Entscheidungsfindung in der

---

345 Ebd.:615.

346 Kohl hatte bereits bei einem Treffen mit Mitterrand am 24. Oktober explizit davon gesprochen, die Währungsunion mit einer Politischen Union zu verbinden (Küsters 2001:492) und unmittelbar vor der Vorstellung des Zehn-Punkte-Plans im Bundestag „den weiteren Ausbau der Rechte des Europäischen Parlaments“ bis zu den Europawahlen 1994 gefordert (Kohl 28.11.1989:13508). In dem Schreiben an Mitterrand am 27. November war hingegen unverbindlicher von „weiteren institutionellen Reformen, die insbesondere mit Blick auf [...] die EP-Wahlen 1994 notwendig erscheinen könnten“, die Rede (Kohl 27.11.1989:566). In seiner Antwort vom 1. Dezember hatte Mitterrand sich bereit erklärt, solch „andere institutionelle Fragen anzugehen“ (Mitterrand 01.12.1989:599). Allerdings wollte die französische Seite darüber erst nach Abschluss der Regierungskonferenz zur Währungsunion verhandeln, nicht gleichzeitig (Bozo 2009:122).

Gemeinschaft“ umfassen, insbesondere durch die Einführung eines legislativen Mitentscheidungsrechts des Parlaments.<sup>347</sup>

Doch während das Parlament die Währungsunion und die Demokratisierung der EG als zwei getrennte Ziele behandelte und mit jeweils eigenen Argumenten begründete, stellte Kohl ein Junktim zwischen den beiden Fragen auf: keine Währungsunion ohne Stärkung des Parlaments. Sachlich zwingend war dieser Zusammenhang nicht. Schließlich sah der Delorsplan vor allem eine Übertragung von geldpolitischen Hoheitsrechten vor, die – gerade nach deutschen Vorstellungen – ohnehin nicht von der Kommission oder dem Europäischen Parlament, sondern von einer unabhängigen Zentralbank ausgeübt werden sollten. Bei der französischen Regierung stieß die Initiative entsprechend auf Argwohn, die Bundesregierung wolle die Währungsunion durch neue Vorbedingungen weiter verschleppen.<sup>348</sup> Sogar Kommissionspräsident Delors wertete Kohls Vorstoß als „unseriös“ und warnte davor, die Regierungskonferenz thematisch zu überladen.<sup>349</sup> Ein zentrales Motiv des Bundeskanzlers bestand allerdings offenbar erneut in dem Versuch, die deutsche Öffentlichkeit zu beruhigen: Angesichts der grundsätzlich positiven Haltung der deutschen Öffentlichkeit gegenüber der europäischen Integration<sup>350</sup> würde der Widerstand gegen das Ende der D-Mark geringer ausfallen, wenn die Währungsunion nicht isoliert, sondern im Rahmen einer umfassenden Reform erfolgte.<sup>351</sup>

Der Europäische Rat in Straßburg am 8./9. Dezember erwies sich schließlich als voller Erfolg für Mitterrand. In einer Atmosphäre des Misstrauens gegenüber den deutschen Ambitionen konnte Kohl sein wichtig-

---

347 Europäisches Parlament 23.11.1989:113. Zu den weiteren Befugnissen, die das Parlament für sich selbst einforderte, zählten ein Initiativrecht in der Gesetzgebung, ein Zustimmungsrecht bei der Wahl der Kommission und anderer EG-Organe, ein Recht zur Einsetzung von Untersuchungsausschüssen, ein Ratifikationsrecht bei internationalen Abkommen der EG sowie bei „verfassungsmäßigen Entscheidungen, die auch der Ratifizierung durch die Mitgliedstaaten bedürfen“ (also bei künftigen Vertragsreformen). Zudem verlangte das Parlament eine Ausweitung der Mehrheitsentscheidungen im Rat, eine Stärkung der Kommission sowie zusätzliche sozialpolitische Kompetenzen der EG.

348 Meyer 2004:204, Bozo 2009:122.

349 SZ 08.12.1989:2b, vgl. auch Meyer 2004:204. Diese anfängliche Skepsis war umso bemerkenswerter, als die Verbindung aus Währungsunion und institutionellen Reformen grundsätzlich durchaus der Agenda entsprach, die der Kommissionspräsident bereits vor dem Mauerfall vertreten hatte (vgl. Rometsch 1999:153, 158).

350 Vgl. Meyer 2004:212.

351 Vgl. Dyson / Featherstone 1999:367, Küsters 2001:493.

tes Ziel, eine Unterstützungserklärung der Staats- und Regierungschefs für die Wiedervereinigung, nur durch ein klares Bekenntnis zur Einberufung der Regierungskonferenz erreichen – wobei jedoch immerhin der Zeitplan in der von ihm gewünschten Form übernommen wurde.<sup>352</sup> Erfolglos blieb hingegen Margaret Thatcher, die sowohl die Wiedervereinigung als auch die Währungsunion ablehnte. Nachdem bereits am 4. Dezember auch US-Präsident George Bush öffentlich eine Überwindung der deutschen Teilung im Rahmen einer verstärkten europäischen Integration befürwortet und damit Thatchers Hoffnung auf eine angloamerikanische Allianz in dieser Frage zerstört hatte,<sup>353</sup> musste sie – innen- wie außenpolitisch geschwächt – mit ansehen, wie auch die übrigen Gipfelteilnehmer auf den deutsch-französischen Kompromiss einschwenkten. Sie selbst sprach sich zwar weiterhin gegen die Regierungskonferenz aus, legte letztlich jedoch kein Veto dagegen ein.<sup>354</sup> Der Competing-Currencies-Plan, den das britische Finanzministerium wenige Tage zuvor präsentiert hatte, wurde in den Schlussfolgerungen des Gipfels nicht einmal erwähnt. Und noch in einer weiteren Frage sah sich Thatcher isoliert: In einer feierlichen Erklärung wurde die „Gemeinschaftscharta der sozialen Grundrechte der Arbeitnehmer“ verabschiedet, die die Kommission im Jahr zuvor vorgeschlagen hatte und zu der sich jetzt alle elf Mitgliedstaaten außer Großbritannien bekannten.<sup>355</sup>

---

352 Vgl. Haftendorn 2008:139–140. Zu dem Misstrauen gegenüber Kohl trug außer dem nicht abgesprochenen Zehn-Punkte-Programm vor allem das Zögern der Bundesregierung bei, die Oder-Neiße-Linie als polnische Westgrenze verbindlich anzuerkennen. Die schärfste Kritik hieran übte Margaret Thatcher, die jedoch auch von Andreotti, Mitterrand sowie dem niederländischen Regierungschef Ruud Lubbers unterstützt wurde (ebd.). Beistand erhielt Kohl lediglich von den Ministerpräsidenten Spaniens und Irlands, Felipe González und Charles Haughey (vgl. Schwarz 2012:562).

353 Vgl. Jackisch 2004:174–178, Salmon 2008:183.

354 In den Schlussfolgerungen des Gipfels wurde deshalb die Formulierung verwendet, der Präsident des Europäischen Rates habe „festgestellt, daß für die Einberufung einer Regierungskonferenz im Sinne des Artikels 236 des Vertrags die erforderliche Mehrheit gegeben ist“ (Europäischer Rat 08.12.1989:1243). Formell war für die Einberufung eine Mehrheit der Mitglieder im Rat für Allgemeine Angelegenheiten erforderlich, während auf den Gipfeltreffen des Europäischen Rats grundsätzlich das Konsensprinzip (also Einstimmigkeit) galt.

355 Diese Charta hatte einen rein deklamatorischen Charakter und etablierte weder einklagbare Grundrechte noch neue Kompetenzen der EG. Sie war jedoch von einem Aktionsprogramm begleitet, das die Kommission Ende November 1989 vorgelegt hatte und das die Ausarbeitung verbindlicher sozialpolitischer Rechtsakte auf Grundlage des bestehenden EWG-Vertrags vorsah. Zu den Befürwor-

### 3. Zweite Phase: Bis zur Eröffnung der Regierungskonferenzen

Während die Regierungskonferenz über die Währungsunion nun also beschlossen war, blieb das Ziel einer Demokratisierung der EG, das Kohl sich vor dem Gipfel zu eigen gemacht hatte, zunächst ungewiss. In der Abschlusserklärung fand sich nur ein sehr allgemeiner Hinweis, der Europäische Rat habe

hervorgehoben, daß dafür Sorge zu tragen ist, daß die demokratische Kontrolle in den einzelnen Mitgliedstaaten gewahrt wird. Im Hinblick auf die neue Legislaturperiode des Europäischen Parlaments, die 1994 beginnt, verlangt er, daß die Wirtschafts- und Währungsunion diesem Demokratieerfordernis in vollem Umfang Rechnung trägt.<sup>356</sup>

Diese etwas sibyllinische Formulierung erwähnte zwar das Europäische Parlament, verwies aber in erster Linie auf die demokratischen Strukturen „in den einzelnen Mitgliedstaaten“ und ließ vollkommen offen, inwiefern die Notwendigkeit einer demokratischen Kontrolle auch zu institutionellen Reformen führen und Teil der Vertragsverhandlungen sein müsse oder nicht. Kommissionspräsident Delors jedenfalls wiederholte kurz nach dem Gipfel noch einmal seine Sorge, dass dies zu einer „Überfrachtung“ der Regierungskonferenz über die Währungsunion führen könne. Statt das Thema fallen zu lassen, sprach er sich nun jedoch dafür aus, parallel zu den Gesprächen über die gemeinsame Währung noch eine zweite Regierungskonferenz einzurichten, in der mögliche Reformen mit dem Ziel einer ‚Politischen Union‘ beraten werden sollten.<sup>357</sup>

Dieser Begriff der ‚Politischen Union‘, den zuvor schon Helmut Kohl gebraucht hatte, verbreitete sich nach dem Gipfel von Straßburg rasch in der Öffentlichkeit und wurde in den folgenden Monaten zu einem zentralen Schlagwort in der Debatte über die Vertragsreform. Allerdings blieb zunächst weitgehend offen, was darunter genau zu verstehen sei. Anfang 1990 kam es deshalb zu mehreren Initiativen, um den Begriff mit Inhalt zu füllen.

---

tern der Charta zählten neben der Kommission vor allem die französische, italienische und belgische Regierung (vgl. Lequesne 1990:324).

356 Europäischer Rat 08.12.1989:1243.

357 Vgl. FAZ 13.12.1989:7. Das Europäische Parlament wiederum kritisierte am 14. Dezember in einer Resolution, dass die Beschlüsse des Gipfels nicht die nötige „Beschleunigung des politischen Integrationsprozesses in Europa“ bewirkten und insbesondere nicht den Grundsätzen genügten, „die einem wirklich demokratischen gemeinschaftlichen institutionellen Gleichgewicht zugrunde liegen sollten“ (Europäisches Parlament 14.12.1989:320).

### 3.2 Die Gipfel von Dublin: Vorschläge zur Politischen Union

Den ersten Vorstoß zu einer genaueren Ausformulierung der Politischen Union unternahm wenig überraschend das Europäische Parlament, das zu dieser Zeit bereits über die am weitesten ausgereiften Pläne zur institutionellen Reform verfügte. In einer Resolution verwies es am 14. März 1990 auf seine früheren Berichte, ging jedoch rhetorisch noch darüber hinaus, indem es sich explizit zum europäischen Föderalismus bekannte: Es erweise sich, so erklärten die Abgeordneten, „als immer dringlicher, die Europäische Gemeinschaft in eine Europäische Union auf föderativer Grundlage – über den Binnenmarkt und die Wirtschafts- und Währungsunion hinaus – umzuwandeln“.<sup>358</sup>

Inhaltlich folgten die Forderungen des Parlaments im Wesentlichen der Tradition des Spinelli-Entwurfs. In Bekräftigung ihrer Positionen vom 23. November 1989 forderten die Abgeordneten eine „Anerkennung der doppelten Legitimität, die zum einen vom Rat und zum anderen vom Europäischen Parlament verkörpert wird“, was vor allem durch die Stärkung der eigenen Befugnisse bei der europäischen Gesetzgebung und bei der Wahl der Kommission umgesetzt werden solle.<sup>359</sup> Außerdem sollten die Mehrheitsentscheide im Ministerrat ausgeweitet und die Rolle der Kommission als Exekutivorgan gestärkt werden. Hinzu kamen verschiedene weitere Vorschläge zu einzelnen Politikbereichen, insbesondere die Übertragung der EPZ in den EG-Rahmen (wodurch die Kommission für die Leitung der gemeinsamen Außenpolitik zuständig würde), die Ausweitung der europäischen Kompetenzen in der Sozial- und Umweltpolitik sowie die Übernahme einer im April 1989 verabschiedeten Parlamentserklärung über Grundrechte und Grundfreiheiten in den Vertrag.<sup>360</sup>

---

358 Europäisches Parlament 14.03.1990:115.

359 Ebd.:117.

360 Europäisches Parlament 12.04.1989. – Die Ähnlichkeiten zum Spinelli-Entwurf waren in verschiedenen Bereichen der Entschließung vom 14. März 1990 zu erkennen. Für die gemeinsame Außenpolitik hatte dieser neben dem alten Verfahren einer Koordination durch den Europäischen Rat das neue Instrument einer ‚gemeinsamen Aktion‘ vorgesehen, das in der Handels- und Entwicklungspolitik sowie weiteren Bereichen, die in die ausschließliche oder konkurrierende Zuständigkeit der Union fielen, angewandt werden sollte. Die Union sollte dabei international durch die Kommission vertreten werden, wobei sie im Rahmen von Richtlinien handeln sollte, die der Rat mit Mehrheit verabschiedete (Europäisches Parlament 14.02.1984, Art. 63–69). Die Sozial- und Umweltpolitik wiederum sollten nach dem Spinelli-Entwurf (ebenso wie einige andere Politikfelder) in den Bereich der konkurrierenden Zuständigkeit fallen (ebd.,

### 3. Zweite Phase: Bis zur Eröffnung der Regierungskonferenzen

Mit diesem Maximalprogramm deckte das Europäische Parlament bereits den größten Teil des Themenspektrums ab, das in den folgenden Monaten zum Kern der Verhandlungen über die ‚Politische Union‘ werden sollte. Unterstützung erhielt es von Kommissionspräsident Delors, der in der Parlamentsdebatte über die Resolution intervenierte,<sup>361</sup> und vom italienischen Parlament, das seine explizite Zustimmung zu der Resolution erklärte.<sup>362</sup>

Die belgische Regierung wiederum legte am 20. März ein eigenes Memorandum für die Politische Union vor, das – wenn auch in etwas gemäßigter Form – die meisten Positionen der Europaabgeordneten aufgriff. Insbesondere forderte sie ebenfalls eine Ausweitung der Mehrheitsentscheide im Rat, eine Demokratisierung der EG durch die Stärkung des Parlaments und eine Intensivierung (aber keine volle Vergemeinschaftung) der außenpolitischen Zusammenarbeit. Hinzu kam der Vorschlag eines europaweiten aktiven und passiven Kommunalwahlrechts für alle Bürger von EG-Mitgliedstaaten, ein Vorschlag, der ursprünglich auf den Abschlussbericht des Adonnino-Ausschusses für das ‚Europa der Bürger‘ von 1985 zurückging und 1988/89 von der Europäischen Kommission und dem Europäischen Parlament übernommen worden war. Ob die für diese Pläne notwendigen Vertragsreformen zusammen mit der Währungsunion oder in einer davon getrennten Regierungskonferenz ausgehandelt werden sollten, ließ die belgische Regierung offen.<sup>363</sup>

Zwischen der deutschen und der französischen Regierung setzte sich derweil ein hartnäckiges Tauziehen fort: Während beide Länder das grundsätzliche Ziel teilten, das wiedervereinigte Deutschland in einen gestärkten europäischen Rahmen einzubinden, bestand über dessen genaue Ausgestaltung noch keine Einigkeit. Die Bundesregierung beharrte darauf, dass die geplante Einführung einer Einheitswährung der deutschen Öffentlichkeit nur durch eine umfassende Politische Union erträglich gemacht werden könne.<sup>364</sup> Indirekt unterstützt wurde sie dabei auch von der SPD als der größten nationalen Oppositionspartei. In ihrer „Berliner Erklärung“ hatte diese sich Ende Dezember 1989 für eine enge Verknüpfung

---

Art. 55). Das dafür vorgesehene Gesetzgebungsverfahren (ebd., Art. 38) entsprach im Wesentlichen dem späteren Mitentscheidungsverfahren.

361 Vgl. Corbett 1993:15.

362 Camera dei deputati 21.03.1990, vgl. auch Corbett 1993:15.

363 Regierung von Belgien 20.03.1990, vgl. auch Corbett 1993:16.

364 In diesem Sinne äußerte sich etwa der stellvertretende deutsche Kanzleramtschef Horst Teltschik in einem Gespräch mit dem Mitterrand-Berater Jacques Attali am 15. März 1990 (Bozo 2008a:156; vgl. auch Loth 2014:298).

von deutscher und europäischer Einigung und für die Vollendung der „Vereinigten Staaten von Europa“ ausgesprochen. Dabei erhob sie zwar keine Einwände gegen die Währungsunion, forderte aber vor allem die Weiterentwicklung der EG zur „demokratischen und sozialen Union“.<sup>365</sup> Auch in den folgenden Monaten war das europapolitische Hauptziel, auf das sich die SPD konzentrierte, eine Aufwertung des Europäischen Parlaments als demokratisches Entscheidungsorgan. Die Bundesregierung konnte daher bei ihren Forderungen nach einer Politischen Union auf einen breiten Rückhalt im Bundestag zählen: Von der Opposition wurde sie allenfalls dafür kritisiert, diese nicht entschlossen genug zu vertreten.

Die französische Regierung hatte hingegen nur wenig Interesse an einer Stärkung des Europäischen Parlaments und stand – von der Währungsunion abgesehen – einer weiteren Supranationalisierung generell skeptisch gegenüber. Stattdessen befürwortete sie ein stärker intergouvernementales Konzept der politischen Integration, bei dem die einzelnen nationalen Regierungen einen größeren Spielraum behalten sollten.<sup>366</sup> Auch hier deckte sich die Position der Regierung wenigstens teilweise mit derjenigen der größten Oppositionspartei, dem gaullistischen RPR. Dessen Vorsitzender Jacques Chirac hatte sich auf einem Parteitag im Februar 1990 zwar für die Währungsunion ausgesprochen, zugleich aber auch vor einer „machine bureaucratique qui effaceraient [sic] [...] les réalités nationales“ gewarnt und das Modell einer „Europe des patries rassemblées“ verteidigt.<sup>367</sup> Insgesamt war das RPR allerdings noch deutlich stärker auf die Wahrung der nationalen Souveränität bedacht als die Regierung. Vor allem unter dem Druck des rechtsextremen Front National, der bei der Europawahl 1989 mit knapp zwölf Prozent der Stimmen sein bis dahin bestes Ergebnis bei einer Parlamentswahl erreicht hatte,<sup>368</sup> bewegte sich die gaullistische Partei 1990 zunehmend in Richtung einer offen europaskeptischen Position.

---

365 Sozialdemokratische Partei Deutschlands 1989. Wie Daniel Friedrich Sturm darlegt, ging das Drängen auf eine „Überwindung der Nationalstaaten“ durch die EG in Teilen der SPD (etwa bei Oskar Lafontaine oder der europapolitischen Sprecherin Heidemarie Wieczorek-Zeul) mit Skepsis gegenüber der deutschen Wiedervereinigung einher. Andere Parteimitglieder, darunter Willy Brandt und Hans-Jochen Vogel, kritisierten daher die Forderung nach einer engen Parallelführung des deutschen und des europäischen Einigungsprozesses auch als Verzögerungsstrategie (Sturm 2006:439–445).

366 Vgl. Bozo 2008a:155–157, Saunier 2013:48.

367 Zit. nach Maricot 2010:204.

368 Der FN war 1984 erstmals ins Europäische Parlament, 1986 in die Assemblée Nationale eingezogen (Bergsdorf 2000:166–168).

Zugleich bemühte sich das RPR allerdings auch um eine Annäherung an das bürgerlich-liberale Parteienbündnis UDF, mit dem es bereits bei der Europawahl 1989 auf einer gemeinsamen Liste angetreten war. Teile der UDF wiederum verfolgten einen noch integrationsfreundlicheren Kurs als die Regierung, sodass die Europapolitik in den folgenden Jahren wiederholt zu Spannungen zwischen den Oppositionsparteien, aber auch innerhalb des RPR führte.<sup>369</sup>

Wichtiger als die institutionelle Reform der EG waren für Frankreich allerdings ohnehin die Veränderungen, die nach dem Ende des Ost-West-Konflikts in der europäischen Sicherheitsarchitektur zu erwarten waren. Bereits seit der Präsidentschaft Charles de Gaulles hatte die französische Regierung die US-amerikanische Vormachtstellung in der NATO kritisiert; 1966 war das Land aus den militärischen Strukturen des Bündnisses ausgetreten. Die von De Gaulle ursprünglich angestrebte Reform der westeuropäischen Verteidigung im Sinne einer ‚Europe européenne‘ war jedoch ausgeblieben.<sup>370</sup> Dass der Wegfall der sowjetischen Bedrohung nun eine inhaltliche Neuausrichtung der NATO notwendig machte, schien daher eine günstige Gelegenheit, um neue Formen einer von den USA unabhängigen europäischen Sicherheitsstruktur voranzutreiben. In Frage kamen hierfür etwa die Westeuropäische Union, die Europäische Politische Zusammenarbeit oder eine neu zu schaffende ‚Europäische Konföderation‘, die auch Osteuropa einschließen würde.<sup>371</sup> All diese Optionen waren Anfang 1990 aber noch sehr unbestimmt, sodass die französische Regierung eine rasche Festlegung vermeiden wollte – nicht zuletzt, weil sie die NATO trotz aller Kritik als einen wichtigen Garanten für die weitere deutsche Westbindung nach dem Mauerfall sah.<sup>372</sup>

Mitte Februar hatte Mitterrand deshalb in einem Gespräch mit Kohl nur ausweichend auf dessen Vorschläge einer Politischen Union im Rahmen der EG reagiert.<sup>373</sup> Die schnellen Fortschritte, die die deutsche Wiedervereinigung in den folgenden Wochen machte, forcierten jedoch eine Annäherung der Positionen. Am 13. Februar wurde im Rahmen der KSZE-Konferenz in Ottawa die Aufnahme der Zwei-plus-vier-Gespräche beschlossen; am 18. März fanden in der DDR die ersten freien Volkskammerwahlen

---

369 Vgl. allgemein de la Serre / Lequesne 1991:315–316, Maricot 2010:197–215.

370 Vgl. Menon 2000:24–26.

371 Vgl. ebd.:39–44, Keating 2004:44–48. Zum Konzept der ‚Europäischen Konföderation‘ vgl. Bozo 2008b, Musitelli 2011, Praus 2014:239–245.

372 Vgl. Woyke 2000:132–133, Schotters 2019:398–425.

373 Vgl. Loth 2013:73.



statt, bei denen sich die Einheitsbefürworter klar durchsetzten. Die daraus zu erwartende Beschleunigung der innerdeutschen Verhandlungen setzte Frankreich unter Druck, nun auch auf europäischer Ebene für rasche Weichenstellungen zu sorgen. Vor einem für den 28. April angesetzten Sondertreffen des Europäischen Rates in Dublin, bei dem die Auswirkungen der deutschen Einheit für die EG thematisiert werden sollten, willigte Mitterrand deshalb in Kohls Angebot einer gemeinsamen Initiative zugunsten einer Politischen Union ein.<sup>374</sup>

Das Schreiben, das sie am 18. April 1990 an den amtierenden Vorsitzenden des Europäischen Rates, den irischen Premierminister Charles Haughey, richteten, war ein entscheidender Durchbruch für das Ziel einer über die Währungsunion hinausgehenden Vertragsänderung – auch wenn es, etwa im Vergleich mit den Forderungen des Europäischen Parlaments, wenig Neues bot. Prozedural griff es den Vorschlag Delors' auf, parallel zu der Regierungskonferenz über die Währungsunion auch eine zur Politischen Union abzuhalten; inhaltlich verband es äußerst vage und in sehr knapper Form den deutschen Fokus auf eine institutionelle Reform mit dem französischen sicherheitspolitischen Interesse. Im Einzelnen wurde als Ziel der Verhandlungen vorgeschlagen,

- die demokratische Legitimation der Union zu verstärken,
- ihre Institutionen effizienter auszugestalten,
- die Einheit und die Kohärenz der Aktion der Union in den Bereichen der Wirtschaft, der Währung und der Politik sicherzustellen,
- eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik festzulegen und in die Tat umzusetzen.<sup>375</sup>

Wichtig war das Schreiben aber vor allem aufgrund der Signalwirkung, die es entfaltete. Ein knappes halbes Jahr nach dem von Misstrauen geprägten Straßburger Gipfel gaben die beiden einflussreichsten EG-Gründungsmitglieder mit ihrer gemeinsamen Initiative einen plausiblen Weg vor, um die Unsicherheit über das künftige Verhältnis zwischen den westeuropäischen Staaten zu überwinden. Dass Deutschland und Frankreich sich darauf geeinigt hatten, eine große Integrationslösung anzustreben, stellte zwar noch keine Garantie für den Erfolg der Verhandlungen dar. Doch trotz aller offenen Fragen begann sich nun ein umfassender Konstitutionalisierungsschritt abzuzeichnen, der die befürchtete Renationalisierung der europäischen Politik faktisch unmöglich machen würde. Zudem regten Kohl und Mitterrand auch unmittelbare nächste Schritte an, um ihre Pläne zu kon-

---

374 Vgl. Küsters 2001:504–507, Bozo 2008a:157, Schwarz 2012:564.

375 Mitterrand und Kohl 18.04.1990.

kretisieren: Bei dem Sondertreffen in Dublin sollte eine Arbeitsgruppe der nationalen Außenminister eingerichtet werden, die auf dem nächsten regulären Gipfel des Europäischen Rates im Juni einen Bericht mit detaillierteren Entwürfen vorlegen sollten.

Mit der deutsch-französischen Annäherung blieb nur noch ein zentrales Hindernis für die Vertragsreform erhalten: das drohende Veto der britischen Regierung. Weit davon entfernt, eine verstärkte Supranationalisierung als Lösung für die Probleme der deutschen Wiedervereinigung zu betrachten, sah sie sogar die Gefahr, dass die künftige Politische Union zu einem Werkzeug deutscher Dominanz werden könnte.<sup>376</sup> Bereits im März hatte Außenminister Hurd das belgische Memorandum mit der spöttischen Bemerkung quittiert, dass die belgische Regierung als Erste in ein Schwimmbecken gesprungen sei, welches nur leider kein Wasser enthalte.<sup>377</sup> Ende April erklärte Thatcher sich zwar zu einer besseren intergouvernementalen Zusammenarbeit in politischen Angelegenheiten bereit, lehnte aber weiterhin jegliche Aufwertung der supranationalen Institutionen ab. Scharf kritisierte sie die inhaltliche Unbestimmtheit der ‚esoterischen‘ deutsch-französischen Initiative und kündigte einen Gegenvorschlag dazu an. Nach dem Dubliner Sondergipfel ergänzte sie, dass angesichts der ausgreifenden Integrationsrhetorik zunächst einmal definiert werden müsse, was die Politische Union *nicht* bedeute: Insbesondere dürfe diese nicht dazu führen, dass die nationale Souveränität aufgegeben oder die rechtliche Stellung der nationalen Parlamente und Staatsoberhäupter oder die nationalen Wahlsysteme beeinflusst würden.<sup>378</sup>

Trotz dieser harten verbalen Gegenwehr blockierte Thatcher jedoch nicht die weiteren Schritte. Inhaltlich entsprachen die Schlussfolgerungen des Gipfels deshalb im Wesentlichen der von Kohl und Mitterrand angestrebten Linie: Die Staats- und Regierungschefs erklärten, die „anhaltende dynamische Entwicklung der Gemeinschaft“ sei „entscheidend für die Fortschritte [...], die bei der Schaffung zuverlässiger Rahmenbedingungen für Frieden und Sicherheit in Europa erzielt werden“; sie begrüßten ausdrücklich die „Vereinigung Deutschlands unter einem europäischen Dach“ und bestätigten das Ziel einer Politischen Union.<sup>379</sup> Der 1. Januar 1993 wurde als Zieldatum für das Inkrafttreten der Vertragsreform festgehalten, und die Außenminister im Rat für Allgemeine Angelegenheiten er-

---

376 Vgl. Loth 2013:74.

377 So wiedergegeben von Corbett 1993:16.

378 TT 30.04.1990:10b. Vgl. auch Jackisch 2004:142.

379 Europäischer Rat 28.04.1990:401.

hielten den Auftrag, eine Sammlung konkreter Vorschläge dafür zusammenzustellen. Als die drei wesentlichen Elemente der Politischen Union wurden – ähnlich wie im deutsch-französischen Schreiben – die Demokratisierung der EG, die Steigerung ihrer Effizienz sowie die Verbesserung der außenpolitischen Zusammenarbeit herausgehoben.<sup>380</sup>

Die Aussicht auf rasche Entscheidungen bei gleichzeitig weitgehender inhaltlicher Offenheit befeuerte in den folgenden Wochen die Debatte über die Politische Union. Wichtigen Einfluss nahm dabei erneut das Europäische Parlament: Bei einem Treffen zwischen den Außenministern und einer Delegation des Parlaments am 17. Mai konnten die Abgeordneten ihre Vorschläge präsentieren.<sup>381</sup> Zudem brachten im April und Mai nationale Politiker verschiedener Länder weitere institutionelle Neuerungen ins Spiel. Die niederländische, dänische und griechische Regierung legten in Memoranden ihre Positionen zur Politischen Union nieder.<sup>382</sup> Vor allem in Frankreich und Großbritannien wurde die Einführung eines ‚Senats‘ diskutiert, der sich aus Abgeordneten der nationalen Parlamente zusammensetzen und die zweite Kammer des Europäischen Parlaments bilden sollte.<sup>383</sup> Die deutschen Bundesländer forderten eine bessere Einbindung regionaler Gebietskörperschaften in die Entscheidungsstrukturen der

---

380 Wörtlich wurden die Außenminister zu einer „Prüfung über die Notwendigkeit möglicher Vertragsänderungen“ aufgefordert, „mit dem Ziel, die demokratische Legitimität der Union zu stärken, die Gemeinschaft und ihre Organe in die Lage zu versetzen, den Anforderungen der neuen Lage effektiv und effizient gerecht zu werden, und ein einheitliches und kohärentes Vorgehen der Gemeinschaft auf internationaler Ebene zu gewährleisten“ (Europäischer Rat 28.04.1990:401–402.).

381 Vgl. Corbett 1993:22–23. Drei weitere Treffen zwischen der Parlamentsdelegation und den Außen- bzw. Finanzministern der Mitgliedstaaten folgten am 8. und 23. Oktober sowie am 5. Dezember. Die Forderung der Parlamentarier, auch an den Regierungskonferenzen teilzunehmen, wurde dabei jedoch von den Regierungen zurückgewiesen; lediglich zu Beginn jeder Sitzung sollte der Parlamentspräsident eine Stellungnahme abgeben dürfen. Außerdem wurde vereinbart, parallel zu den Regierungskonferenzen regelmäßige interinstitutionelle Treffen zwischen Parlament, Rat und Kommission abzuhalten.

382 Regierung der Niederlande Mai 1990, Regierung von Dänemark 10.05.1990, Regierung von Griechenland 15.05.1990. Während das niederländische und das griechische Memorandum verhältnismäßig nahe an den belgischen Positionen lagen, zeigte sich die dänische Regierung etwas zurückhaltender und ging insbesondere nicht auf eine Stärkung des Europäischen Parlaments ein. Auch Dänemark unterstützte allerdings die Ausweitung der Mehrheitsentscheide im Rat und die Einführung neuer Verfahren in der außenpolitischen Zusammenarbeit.

383 Zu dieser Debatte vgl. Rittberger 2010:124–128.

EG und schlugen dazu unter anderem ein neues europäisches „Regionalorgan“ (den späteren Ausschuss der Regionen) vor.<sup>384</sup> Und der spanische Regierungschef Felipe González präsentierte in einem Schreiben die Idee einer ‚europäischen Staatsbürgerschaft‘, die als Rahmenkonzept für die verschiedenen politischen Rechte und Pflichten der EG-Bürger dienen sollte.<sup>385</sup>

Der Bericht, den die Außenminister schließlich am 25./26. Juni 1990 auf dem zweiten Dubliner Gipfel des Europäischen Rates vorlegten, war eine recht offen formulierte Sammlung dieser Vorschläge. Explizit wurde darin das Ziel einer „Umwandlung der Gemeinschaft von einer hauptsächlich auf der wirtschaftlichen Integration und der politischen Zusammenarbeit beruhenden Einrichtung in eine Union mit politischem Charakter, die auch eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik umfaßt“, formuliert. Als Leitkategorien dienten erneut die demokratische Legitimität, die Effizienz und das einheitliche internationale Auftreten der EG; daneben wurden weitere Aspekte wie die Zusammenarbeit in Polizei- und Justizangelegenheiten angesprochen. Zugleich gewann auch die Idee einer Osterweiterung an Zugkraft, durch die die zu gründende Union zu einem Ordnungssystem für den gesamten Kontinent werden sollte. So unterstrichen die Schlussfolgerungen des Gipfels, die Union werde „für den Beitritt anderer europäischer Staaten offenstehen, die ihre endgültigen Ziele akzeptieren“.<sup>386</sup>

Und noch in einer anderen Form beeinflussten die Entwicklungen in Osteuropa die Gespräche: Tatsächlich richtete sich der größte Teil der Aufmerksamkeit auf dem Gipfel nämlich keineswegs auf die Vertragsreform, sondern auf ein gemeinsames Programm zur Gewährleistung von Hilfskre-

---

384 Arbeitsgruppe ‚Europa der Regionen‘ der Staats- und Senatskanzleien der Länder 22.05.1990. Zu den Positionen der Bundesländer in den Maastrichtverhandlungen vgl. allgemein Hrbek 2014:396–401.

385 Vgl. FAZ 07.05.1990:3. In einer Konkretisierung dieses Plans nannte die spanische Regierung im September 1990 unter anderem das Recht auf Freizügigkeit, auf freie Wahl des Wohnorts und auf Beteiligung am politischen Leben, einschließlich der Möglichkeit zur aktiven und passiven Teilnahme an Europa- und Kommunalwahlen am jeweiligen Wohnsitz, ferner das Recht auf diplomatischen und konsularischen Schutz in Drittstaaten sowie ein Petitionsrecht beim Europäischen Parlament und die Möglichkeit, sich an einen europäischen Bürgerbeauftragten (Ombudsmann) zu wenden (Regierung von Spanien September 1990). Sämtliche dieser Vorschläge waren bereits 1985 im Bericht des Adonino-Ausschusses enthalten gewesen (Ausschuss für das „Europa der Bürger“ 28.06.1985), damals jedoch nicht umgesetzt worden.

386 Europäischer Rat 25.06.1990:723.

reiten an die Sowjetunion, das vor allem von der deutschen Bundesregierung gefordert, von Großbritannien jedoch abgelehnt wurde.<sup>387</sup> Offenbar um sich auf die Durchsetzung ihrer Position in dieser Frage konzentrieren zu können, akzeptierte Margaret Thatcher nun die Einberufung einer Regierungskonferenz zur Politischen Union und drohte lediglich damit, zuletzt die Unterzeichnung eines neuen Vertrags zu verweigern, falls dieser zu einer Kompetenzübertragung an die supranationalen Organe führen würde.

Eine größere Kontroverse zur Politischen Union blieb in Dublin also aus. Als Datum für die offizielle Eröffnung der Regierungskonferenz wurde der 14. Dezember 1990 festgelegt; zuvor sollten die Außenminister im Rat für Allgemeine Angelegenheiten noch weitere „Vorarbeiten“ leisten, sodass der Konferenzbeginn bereits „auf einer konkreten Grundlage“ erfolgen würde. Zugleich verschwand auch die deutsche Wiedervereinigung von der Liste der drängendsten Probleme der EG. Das Abschlusscommuniqué des Gipfels widmete ihr nur einen kurzen Absatz, in dem es vor allem um die „erforderlichen Übergangsregelungen“ bei der Eingliederung des DDR-Gebiets in die Gemeinschaft ging.<sup>388</sup> Obwohl das Tempo der deutschen Einheit letztlich dasjenige der europäischen Reform übertraf, bestanden an der Ernsthaftigkeit des deutschen Bekenntnisses zur Fortsetzung der Integration keine Zweifel mehr, und auch der Vollzug der Wiedervereinigung am 3. Oktober 1990 erfolgte weitgehend reibungslos.<sup>389</sup>

---

387 Deutschland versprach sich davon zum einen eine Stabilisierung in Osteuropa, zum anderen einen Nutzen für die sowjetische Verhandlungsbereitschaft in den Zwei-plus-Vier-Verhandlungen. Die Regierung Thatcher hingegen sah Hilfsaktionen für die sowjetische Regierung grundsätzlich skeptisch, insbesondere sofern sie nicht mit strikten Auflagen verbunden wären. Letztlich beschloss der Gipfel im Grundsatz die Gewährung der Kredite, ließ deren genaue Höhe jedoch zunächst offen, und forderte die Kommission zur Ausarbeitung weiterer Vorschläge auf. Zu der generellen Bedeutung der Hilfskredite an die Sowjetunion für die deutsche Wiedervereinigung vgl. etwa Sarotte 2009:159–160.

388 Europäischer Rat 25.06.1990:719.

389 Für längere Zeit ungelöst blieb lediglich das Problem der Anzahl der deutschen Abgeordneten im Europäischen Parlament. Angesichts der gewachsenen Bevölkerungszahl des Landes forderte Deutschland 18 zusätzliche Mandate. Da bis dahin die Sitzkontingente der Bundesrepublik, Frankreichs, Großbritanniens und Italiens immer gleich groß gewesen waren (seit 1979 hatten alle vier Länder 81 Sitze), konnte diese Forderung aber auch als Symbol eines neuen deutschen Übergewichts in der EG gesehen werden und traf auf entsprechenden Widerstand. Nachdem die Beantwortung der Frage mehrfach verschoben worden war, beschloss der Europäische Rat Ende 1992 schließlich eine Vergrößerung des Parlaments von 518 auf 567 Abgeordnete, wobei sich das deutsche Kontingent

### 3.3 Vorentscheidungen: Der Gipfel von Rom und Thatchers Rücktritt

Gleichzeitig mit den Weichenstellungen für die Politische Union setzte sich in der ersten Jahreshälfte auch die Diskussion über die Ausgestaltung der Währungsunion fort. Wichtigste Gremien dieser Verhandlungen waren der Ausschuss der nationalen Zentralbankgouverneure und die bereits im Vorjahr eingesetzte Arbeitsgruppe unter Elisabeth Guigou.<sup>390</sup> Besondere Aktivität entfalteten dabei die deutschen Verhandlungsführer: Nachdem die Bundesregierung notgedrungen den Zeitplan für die Währungsunion akzeptiert hatte, drängte sie nun darauf, deren geldpolitische Institutionen so weit wie möglich nach dem Vorbild der Bundesbank auszugestalten und zugleich die eigenen finanziellen Risiken zu minimieren. Insbesondere sollte die Inflationskontrolle als absolute Priorität der Zentralbankaktivitäten festgeschrieben, die politische Unabhängigkeit aller Mitglieder des ESZB garantiert, eine Staatsfinanzierung mit Zentralbankgeld verboten sowie eine Nichtbeistandsklausel eingeführt werden, die eine wechselseitige Schuldhaftung ausschließen und damit alle Mitgliedstaaten auf eine nachhaltige Haushaltspolitik verpflichten würde. Diese Punkte hatten sich großteils schon im Delors-Bericht gefunden, stießen jedoch unter den Mitgliedstaaten keineswegs auf einhellige Zustimmung. Dennoch gelang es der Bundesrepublik bis zum Herbst 1990, sie als notwendige Bestandteile der Vertragsreform durchzusetzen. Umstritten blieb lediglich die Forderung nach strengen wirtschaftlichen Konvergenzkriterien, die messen sollten, ob die Mitgliedstaaten den Anforderungen der Währungsunion gewachsen sein würden – was die Möglichkeit implizierte, dass einzelnen Ländern die Teilnahme an dem gemeinsamen Politikfeld verwehrt bliebe und damit eine Gemeinschaft der ‚zwei Geschwindigkeiten‘ entstünde. In dieser Frage fand Deutschland zunächst lediglich die Unterstützung Luxemburgs, sodass eine Einigung vorläufig ausblieb.<sup>391</sup>

---

auf 99, das französische, britische und italienische auf je 87 Sitze erhöhte (vgl. Europäischer Rat 11.12.1992:1280).

390 Vgl. Corbett 1993:12–13.

391 Vgl. Janning 1991:302–303, Corbett 1993:12. Die Idee einer lediglich auf eine Kerngruppe der Mitgliedstaaten (etwa Deutschland, Frankreich und die Benelux-Länder) begrenzten Währungsunion wurde besonders von Bundesbankpräsident Pöhl befürwortet. Der Delors-Bericht hatte diese Frage offen gelassen: Die Beteiligung aller EG-Mitgliedstaaten sei zwar „of prime importance“, zugleich sollte aber „a degree of flexibility concerning the date and conditions on which some member countries would join certain agreements“ möglich bleiben (Committee for the Study of Economic and Monetary Union 12.04.1989:44).

Sehr viel grundsätzlicher als die Differenzen zwischen Deutschland und den übrigen Mitgliedstaaten waren allerdings weiterhin die Vorbehalte Großbritanniens. Nach dem Misserfolg des Competing-Currencies-Entwurfs stellte das Finanzministerium kurz vor dem zweiten Dubliner Gipfel im Juni 1990 ein neues Alternativmodell vor, das als ‚Hard-ECU-Plan‘ oder (nach Finanzminister John Major) als ‚Major-Plan‘ bekannt wurde. Kern dieses Vorschlags war die Einführung einer Gemeinschaftswährung, die die nationalen Währungen jedoch nicht ablösen, sondern in allen Ländern parallel zu diesen zirkulieren sollte. Der Wert dieses ‚harten ECU‘ sollte durch eine unabhängige Institution gewährleistet werden und sich jeweils an der Kursentwicklung der preisstabilsten Währung innerhalb der EG orientieren.<sup>392</sup>

Der Major-Plan war damit zwar recht gut geeignet, um vorübergehend einen Kompromiss zwischen den verschiedenen Flügeln der Conservative Party zu erreichen; doch wie sich schnell herausstellte, blieb er auf europäischer Ebene weitgehend ohne Resonanz. Zwar stieß er auf etwas mehr Aufmerksamkeit als ein sehr ähnlicher Vorschlag, den der französische Oppositionsführer Jacques Chirac zwei Monate zuvor in einer Rede vor der französischen Nationalversammlung gemacht hatte.<sup>393</sup> Doch die übrigen Regierungen und die Europäische Kommission verwiesen im Wesentli-

---

Zu den unterschiedlichen in den Vertragsverhandlungen vertretenen Konzepten über die Ausgestaltung der Währungsunion vgl. allgemein auch Lipp / Reichert 1991.

392 HM Treasury 1990. Der ‚harte ECU‘ sollte also niemals gegenüber einer nationalen Währung eines EG-Mitgliedstaats abwerten können und dadurch für Investoren besonders attraktiv sein. Im März 1990 griff der British Invisible Exports Council, ein Interessenverband der britischen Finanzdienstleister, die Idee einer parallelen Zirkulation von europäischer und nationaler Währung in einem Papier auf; im Juni machte die Regierung sie sich zu eigen (vgl. Blair 1999:158–162, Masini 2010:8). Aufgrund von regierungsinternen Unstimmigkeiten blieb jedoch offen, ob die parallele Zirkulation ein dauerhafter Zustand werden oder letztlich doch in die Abschaffung der nationalen Währungen münden sollte: Während die Bank of England Letzteres erwartete, schloss Thatcher selbst eine Einheitswährung auch für die Zukunft kategorisch aus. Major und einige weitere Kabinettsmitglieder betonten, dass der Plan in dieser Frage künftigen Parlamentsentscheidungen nicht vorgreifen solle (Müller 2011:238, vgl. auch Masini 2010:12).

393 Auch Chirac hatte sich für eine „monnaie commune [...] et pas unique“ ausgesprochen, die von einem unabhängigen Organ herausgegeben werden und parallel zu den nationalen Währungen zirkulieren sollte. Dieser Vorschlag solle „éviter que l’essentiel voire la totalité du pouvoir économique, monétaire, fiscal, budgétaire, social ne soit en fait retiré aux Etats“ (Chirac 10.04.1990:213).

chen darauf, dass ein ganz ähnlicher Vorschlag bereits im Delors-Komitee als Zwischenschritt zur Währungsunion erwogen und letztlich verworfen worden war.<sup>394</sup> Sogar der deutsche Bundesbankpräsident Pöhl – auf dessen Unterstützung die britische Regierung gehofft hatte – lehnte den Major-Plan öffentlich ab.<sup>395</sup>

Das Schlusskommuniqué des Dubliner Gipfels im Juni 1990 erwähnte ihn schließlich überhaupt nicht. Stattdessen stellten die Staats- und Regierungschefs lediglich fest, dass zur Währungsunion „alle einschlägigen Themen unter konstruktiver Mithilfe aller Mitgliedstaaten nunmehr [...] klar herausgestellt worden sind und daß in einer Reihe von Bereichen gemeinsame Grundlagen hervortreten“. Auch die Regierungskonferenz sollte deshalb nur noch die Aufgabe haben, „die letzten Stufen der Wirtschafts- und Währungsunion im Hinblick auf die Vollendung des Binnenmarktes und im Rahmen des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts“ festzulegen, und „ihre Arbeiten rasch abschließen“.<sup>396</sup> Von einer Debatte über grundsätzliche Alternativen, wie sie Großbritannien forderte, war hingegen keine Rede.

Auch in den folgenden Monaten gelang es Thatcher nicht, die Dynamik der Vertragsverhandlungen zu bremsen. Die italienische Regierung, die in der zweiten Jahreshälfte 1990 den EG-Ratsvorsitz übernahm, trieb die Vorbereitung der Regierungskonferenzen weiter voran. Erneut setzten dabei die supranationalen Organe wichtige inhaltliche Akzente: Mit einer Resolution vom 11. Juli konkretisierte das Europäische Parlament seine Positionen zur Politischen Union;<sup>397</sup> in einer weiteren vom 10. Oktober präsentierte es einen ausformulierten Vertragsentwurf zur Währungsunion, der sich vor allem durch einen sehr ambitionierten Zeitplan auszeichnete.<sup>398</sup> Die Europäische Kommission wiederum hatte bereits am 21. August

---

394 Committee for the Study of Economic and Monetary Union 12.04.1989:47; vgl. auch Dyson / Featherstone 1999:613–614, Loth 2013:68.

395 Vgl. Dyson / Featherstone 1999:627–628.

396 Europäischer Rat 25.06.1990:718.

397 Europäisches Parlament 11.07.1990b. Am selben Tag verabschiedete das Parlament noch eine weitere Resolution, in der es seinen im Vorjahr gefassten Entschluss bekräftigte, neben den geplanten Vertragsreformen auch eine eigene „Verfassung der Europäischen Union“ auszuarbeiten (Europäisches Parlament 11.07.1990a).

398 Ab 1. Januar 1993 sollte der ECU offiziell zur Währung der EG erklärt werden, ab 1. Januar 1996 die nationalen Währungen vollständig ersetzen. Längere Übergangsfristen für einzelne Mitgliedstaaten sollten allenfalls durch einen Beschluss möglich sein, den der Rat und das Europäische Parlament gemeinsam in



einen ersten eigenen Vertragsentwurf zur Währungsunion vorgestellt<sup>399</sup> und veröffentlichte am 21. Oktober zudem eine Stellungnahme zur Politischen Union, in der sie in den meisten Fragen die Positionen des Parlaments übernahm.<sup>400</sup> Von der anfänglichen Sorge, dass das Projekt der Politischen Union die Verhandlungen überlasten könnte, war darin angesichts der rasch voranschreitenden Gespräche nichts mehr zu erkennen. Stattdessen setzte sich die Kommission nun nachdrücklich für einen umfassenden Integrationsschritt ein und erklärte, zwischen Politischer und Währungsunion bestehe ein „enger Zusammenhang“. Zum zentralen Anliegen machte sie die Einheitlichkeit der institutionellen Struktur der EG, die auch bei der Einbeziehung neuer Politikfelder wie der Außenpolitik erhalten bleiben müsse. Zudem setzte sie sich unter anderem für eine Ausweitung der Mehrheitsentscheide im Rat, für neue sozial-, migrations- und innenpolitische Kompetenzen der EG, für eine Einbeziehung von Sicherheits- und Verteidigungsfragen in die gemeinsame Außenpolitik und für das Konzept einer europäischen Staatsbürgerschaft ein. Insgesamt blieben ihre Ambitionen also kaum hinter denen der Europaabgeordneten zurück.<sup>401</sup>

Hinzu kamen weitere Denkschriften und Resolutionen nationaler Regierungen und Parlamente: Bereits auf dem Dubliner Gipfel Ende Juni hatten zunächst der belgische Premierminister Wilfried Martens und dann auch François Mitterrand die Rhetorik des Europäischen Parlaments aufgegriffen und von einer „finalité fédérale“ des europäischen Integrationsprozesses gesprochen.<sup>402</sup> Am 13. Juli erklärte der belgische Senat auch for-

---

Form eines Mitentscheidungsverfahrens treffen würden (Europäisches Parlament 10.10.1990).

399 Europäische Kommission 21.08.1990.

400 Europäische Kommission 21.10.1990. Diese Stellungnahme war von der italienischen Ratspräsidentschaft angefordert worden, da Art. 236 EWGV vor der Eröffnung einer Regierungskonferenz zur Vertragsreform eine formale Anhörung der Kommission vorsah (vgl. Corbett 1993:26, Rometsch 1999:162).

401 Europäische Kommission 21.10.1990. Die wichtigsten Unterschiede zu den Positionen des Europäischen Parlaments betrafen das Gesetzgebungsverfahren: So forderte die Kommission lediglich eine Ausweitung des Zusammenarbeitsverfahrens (das dem Rat das letzte Wort ließ), nicht aber die Einführung des Mitentscheidungsverfahrens, durch das das Parlament auch ein Vetorecht gegen EG-Rechtsakte erhalten würde. Außerdem sprach sich die Kommission für den Erhalt ihres eigenen Initiativmonopols in der EG-Rechtsetzung aus, während das Parlament für sich selbst ebenfalls ein Initiativrecht verlangte (vgl. Corbett 1993:27).

402 Zit. nach LM 28.06.1990:6.

mell seine Unterstützung für die Forderungen der Europaabgeordneten zur Politischen Union.<sup>403</sup> Am 26. Oktober veröffentlichte die niederländische Regierung ein ausführliches Dokument, in dem sie sich nachdrücklich für ein ‚föderales Europa‘ und für eine Stärkung der supranationalen Organe auf Kosten des Rates einsetzte.<sup>404</sup> Ein wichtiges Signal ging zudem von einem Memorandum aus, das die dänische Regierung am 4. Oktober präsentierte. Dieses war inhaltlich zwar vergleichsweise zurückhaltend, doch indem es Ideen wie die Ausweitung der Mehrheitsentscheide im Rat und die Stärkung des Europäischen Parlaments aufgriff, verdeutlichte es, dass auch das üblicherweise eher integrations skeptische Dänemark sich nicht gegen die vorgeschlagenen Grundlinien der institutionellen Reform stellte.<sup>405</sup>

Damit zeichnete sich immer klarer ab, dass die britische Regierung mit ihrer Ablehnung jeglicher Machtübertragung auf die supranationalen Organe unter den übrigen Mitgliedstaaten keine Unterstützung finden würde. Mehr noch, auch in der Conservative Party mehrten sich wieder die Konflikte über die europapolitische Linie der Regierung. Für Aufregung sorgte hier weiterhin die Furcht vor der neuen Rolle Deutschlands: Mitte Juli verlor Thatcher einen wichtigen Rückhalt, als Handelsminister Nicholas Ridley, einer ihrer engsten politischen Vertrauten, die europäische Währungsunion als „a German racket designed to take over the whole of Europe“, bezeichnete und daraufhin nach scharfer Kritik der Opposition seinen Rücktritt erklären musste.<sup>406</sup> Umstritten blieb auch der britische Beitritt zum EWS, den Finanzminister John Major – wie schon sein Vorgänger Nigel Lawson – als Mittel gegen die stark steigende Inflation anstrebte und Anfang Oktober gegen Thatchers Vorbehalte durchsetzen konnte.<sup>407</sup> Als die britische Wirtschaft in der zweiten Jahreshälfte in eine Rezession eintrat und die Konservativen in Wahlumfragen recht konstant

---

403 Senat von Belgien 13.07.1990.

404 Regierung der Niederlande 26.10.1990. Dass das niederländische Memorandum explizit eine Schwächung des Rats forderte, unterschied es von den meisten anderen Positionspapieren, die lediglich erklärten, welche EG-Organen *gestärkt* werden sollten, ohne zu verdeutlichen, welche anderen Institutionen dadurch an Einfluss verlieren würden. Wenigstens rhetorisch ging die niederländische Regierung damit sogar noch weiter als die Kommission, die in ihrer Stellungnahme zur Politischen Union nur von dem Ziel einer „federal-type organization“ gesprochen und verlangt hatte, dass „the current balance of the institutional triangle“ gewahrt bleiben müsse (Europäische Kommission 21.10.1990:3, 15).

405 Regierung von Dänemark 04.10.1990, vgl. auch Corbett 1993:27.

406 Zit. nach Turner 2000:132; vgl. auch Jackisch 2004:205–212.

407 Vgl. Blair 1999:163–165.

um 10 bis 15 Prozentpunkte hinter der Labour Party zurücklagen,<sup>408</sup> schwand im Kabinett der Rückhalt für die starr europaskeptische Haltung der Premierministerin zusehends, während sich in der Unterhausfraktion der Spalt zwischen den Integrationsgegnern um Norman Tebbit und Bill Cash und den Befürwortern wie Edward Heath und Michael Heseltine vertiefte.

Zum Schlüsselereignis für die weiteren Entwicklungen wurde schließlich das Treffen des Europäischen Rates am 27./28. Oktober 1990 in Rom. Angesichts der positiven Reaktionen aus den meisten Mitgliedstaaten sah die italienische Ratspräsidentschaft die Gelegenheit gekommen, um Vorentscheidungen für die Vertragsverhandlungen zu forcieren und zugleich die britische Isolation offenzulegen. In seinem Abschlusskommuniqué nahm der Gipfel etliche Beschlüsse der geplanten Regierungskonferenzen faktisch vorweg, indem er Vorschläge zur Politischen Union, die auf dem Juni-Gipfel lediglich als *Möglichkeiten* genannt worden waren, nun als *Ziel* der Verhandlungen festlegte. Thatchers vehementer Protest gegen dieses Vorgehen wurde von den übrigen Staats- und Regierungschefs schlicht übergangen: Statt den im Europäischen Rat üblichen allgemeinen Konsens zu suchen, hielt die Abschlusserklärung die britische Position nur durch eine Reihe von Fußnoten fest, in denen es hieß, dass das Vereinigte Königreich „der Diskussion über diese Punkte auf der Regierungskonferenz nicht vorgreifen“ wolle.<sup>409</sup>

Noch deutlicher wurde die britische Isolation in der Frage der Währungsunion: Hier bekannte sich der Gipfel unter anderem zur Gründung einer Europäischen Zentralbank und bestätigte, dass die EG über „eine einheitliche Währung verfügen“ werde, „die ihre Identität und Einheit

---

408 Vgl. Wells, UK Polling Report. Im April 1990, während des Höhepunkts der sozialen Proteste gegen die Kopfsteuer, hatte der Abstand sogar Rekordwerte von über 20 Prozentpunkten erreicht. In den folgenden Monaten ging die Zustimmung zu Labour zwar zurück, doch profitierte die Conservative Party davon nur teilweise, da zugleich die Unterstützung für die Liberaldemokraten anstieg.

409 Europäischer Rat 27.10.1990:1333. Dieser britische Vorbehalt bezog sich unter anderem auf die „Stärkung der Rolle des Europäischen Parlaments bei der Gesetzgebung“, die „Definition einer europäischen Staatsbürgerschaft“ sowie das „Ziel einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik“. Einen allgemeinen, auch Großbritannien umfassenden Konsens fanden lediglich die Bekenntnisse zum Subsidiaritätsprinzip, zu größeren Kontrollbefugnissen des Europäischen Parlaments gegenüber der Kommission sowie zu einer besseren außenpolitischen Koordinierung.

zum Ausdruck bringt“.<sup>410</sup> Eine dauerhafte Parallelexistenz von ECU und nationalen Währungen nach dem Modell des Major-Plans wurde damit implizit abgelehnt.<sup>411</sup> Zudem übernahm der Europäische Rat zahlreiche der deutschen Positionen bei der Ausgestaltung der Währungsunion, etwa die Preisstabilität als Hauptziel des ESZB, die Unabhängigkeit der Zentralbanken, das Verbot der monetären Staatsfinanzierung und die Einführung des Nichtbestandsprinzips, nach dem die Mitgliedstaaten füreinander keine Schuldhaftung übernehmen würden. Sofern diese Elemente befriedigend umgesetzt würden, sollte ab dem 1. Januar 1994 die zweite Stufe der Währungsunion eingeleitet werden.<sup>412</sup> Lediglich Großbritannien sah sich, wie das Abschlusskommuniqué in einem gesonderten Absatz trocken formulierte, „nicht in der Lage, dem oben dargelegten Konzept zuzustimmen“.<sup>413</sup>

---

410 Ebd.:1334. Der Delors-Bericht hatte offen gelassen, ob die Währungsunion tatsächlich in eine Einheitswährung münden würde. Als unabdingbar galt lediglich ein Regime mit festen Wechselkursen der nationalen Währungen und einer zentral gesteuerten Geldpolitik. Die Einheitswährung wurde als „not strictly necessary“, aber „for economic as well as psychological and political reasons [...] natural and desirable“ bezeichnet (Committee for the Study of Economic and Monetary Union 12.04.1989:23). Auch ob es eine eigenständige Europäische Zentralbank geben würde, war im Delorsplan nicht geklärt worden. Stattdessen hatte dieser lediglich ein Europäisches System der Zentralbanken (ESZB) vorgesehen, das allerdings über einen eigenen Rat und ein Direktorium verfügen sollte, also über dieselben Organe, die später der EZB zugerechnet wurden (Committee for the Study of Economic and Monetary Union 12.04.1989:32). Die Gründung der EZB als eigenständige Institution im Mittelpunkt des ESZB war damit eher ein technischer (und symbolischer) als politischer Schritt.

411 Lediglich für eine „Übergangsphase“ während der zweiten Stufe sollte der ECU „gestärkt und weiterentwickelt“ werden, was ein Modell der parallelen Zirkulation wenigstens nicht ausdrücklich ausschloss (Europäischer Rat 27.10.1990:1334).

412 Nur vage Vorgaben machte der Europäische Rat allerdings für den Übergang zur dritten, finalen Stufe. Hierzu sollte „spätestens drei Jahre nach dem Beginn der zweiten Stufe“ der Rat für Allgemeine Angelegenheiten einen Bericht über die bis dahin erzielten Fortschritte vorlegen. Anschließend würde der Europäische Rat die endgültige Entscheidung über den Beginn der dritten Stufe „innerhalb einer angemessenen Frist“ treffen (ebd.).

413 Ebd. Nur zu der „Schaffung einer neuen Währungsinstitution und einer gemeinsamen Gemeinschaftswährung“ erklärte sich die britische Regierung bereit – was, wie die Verwendung des Ausdrucks ‚gemeinsame‘ statt ‚einheitliche Währung‘ erkennen ließ, auf den Major-Plan anspielte. Außerdem unterstützte Thatcher das Ziel der Preisstabilität, das Bekenntnis zu einem „offenen Markt-system“, das Verbot einer monetären Staatsfinanzierung sowie das Nichtbestandsprinzip (ebd.:1334–1335).

Diese unverhohlenen inszenierte Ausgrenzung Thatchers durch die übrigen Ratsmitglieder verschärfte in London die Spaltung der Conservative Party und löste eine heftige Regierungskrise aus. In einer erregten Unterhausdebatte am 30. Oktober 1990 kritisierten die Oppositionsparteien, dass die Premierministerin mit ihrer Politik den europäischen Einfluss Großbritanniens verspiele; Thatcher ihrerseits griff in schrillen Worten Jacques Delors und seine Pläne für die Politische Union an.<sup>414</sup> Wenig später erklärte Vizepremierminister Geoffrey Howe seinen Rücktritt und warf Thatcher in seiner Abschiedsrede am 13. November vor, Großbritannien in die Isolation zu führen,<sup>415</sup> woraufhin Michael Heseltine, einer der prominentesten Vertreter des europafreundlichen Parteiflügels, eine Kampfkandidatur gegen Thatcher um den Parteivorsitz ankündigte. Bei der Abstimmung in der Unterhausfraktion am 20. November erreichte die Premierministerin zwar die absolute Stimmenmehrheit, verpasste jedoch anders als bei der Kandidatur gegen Anthony Meyer im Vorjahr die sofortige Wiederwahl<sup>416</sup> und legte daraufhin am 22. November ihr Amt nieder. Als Nachfolgekandidaten traten am 27. November neben Heseltine noch Außenminister Douglas Hurd und Finanzminister John Major an, die beide als Vertreter einer gemäßigten europapolitischen Linie galten. Allerdings besaß Major die größere Unterstützung unter den Thatcher-Anhängern in der Fraktion, sodass er letztlich als neuer Parteivorsitzender und Premierminister gewählt wurde.<sup>417</sup>

Der Europäische Rat in Rom am 14./15. Dezember, auf dem die Regierungskonferenzen zur Währungs- und zur Politischen Union formell eröffnet wurden, war somit der erste europäische Gipfel, an dem Margaret Thatcher nicht mehr teilnahm. Nach der Konfrontation im Oktober ver-

---

414 Thatcher 30.10.1990. Am selben Tag verabschiedete der Europaausschuss des House of Lords einen Bericht, der den Nutzen der britischen EG-Mitgliedschaft betonte und eine konstruktive Haltung bei den Reformgesprächen anmahnte (House of Lords Select Committee on the European Communities 30.10.1990).

415 Howe 13.11.1990. Zum Verlauf der Regierungskrise allgemein vgl. Geelhoed 1992:178–189, Turner 2000:133–136, Grob-Fitzgibbon 2016:455–457.

416 Voraussetzung hierfür war eine absolute Mehrheit sowie ein Stimmenvorsprung von mindestens 15 Prozent, d. h. 56 der 372 wahlberechtigten Fraktionsmitglieder. Im Ergebnis entfielen bei 16 Enthaltungen 204 Stimmen auf Thatcher und 152 auf Heseltine, sodass Thatcher die sofortige Wiederwahl um vier Stimmen verpasste (vgl. Brazier 1991:474).

417 Im ersten Wahlgang entfielen auf Major 185, auf Heseltine 131, auf Hurd 56 Stimmen. Major verpasste damit zwar um zwei Stimmen die absolute Mehrheit, doch beide Gegenkandidaten verzichteten auf eine weitere Abstimmungsrunde (vgl. ebd.:475–476).

### 3. Zweite Phase: Bis zur Eröffnung der Regierungskonferenzen

lief er in auffallend guter Stimmung. Obgleich die britische Regierung öffentlich erklärte, dass sie in der Sache nicht von ihren vorherigen Positionen abrücken würde, zeigte sich Major von Beginn an kompromissbereiter als seine Vorgängerin. In Bezug auf die Währungsunion hielt er zwar offiziell weiterhin am ‚harten ECU‘ als britischem Verhandlungsziel fest; gleichzeitig wurde nun jedoch die Möglichkeit eines Opt-outs ins Spiel gebracht, durch das Großbritannien der Währungsunion zustimmen könnte, ohne sich selbst daran beteiligen zu müssen. Und auch das Mandat für die Regierungskonferenz zur Politischen Union konnte der Europäische Rat ohne neue britische Vorbehalte verabschieden – was freilich auch dadurch erleichtert wurde, dass dieses Mandat im Vergleich zu dem Communiqué des Oktober-Gipfels nun wieder etwas offener formuliert war.<sup>418</sup>

#### 3.4 Abschwächung des supranationalen Impetus

Während sich in Großbritannien die finale Krise der Regierung Thatcher entfaltete, waren auf europäischer Ebene die Gespräche über die geplante Vertragsreform weiter vorangeschritten. Ende November fanden in Rom die sogenannten ‚Assisen‘ statt, eine vom Europäischen Parlament initiierte Konferenz nationaler und europäischer Abgeordneter.<sup>419</sup> Mit einer großen Mehrheit von 150 zu 13 Stimmen (bei 26 Enthaltungen) nahmen die

---

418 So wurde die Regierungskonferenz in Bezug auf die Stärkung des Europäischen Parlaments und auf die Europabürgerschaft lediglich beauftragt, bestimmte Maßnahmen „zu prüfen“, wodurch wenigstens formal noch keine Vorfestlegung erfolgte (vgl. Europäischer Rat 14.12.1990:1553). Inhaltlich unterschieden sich diese zu prüfenden Maßnahmen jedoch nicht von den Vorschlägen, die seit April immer wieder diskutiert worden waren und bereits die explizite Zustimmung der meisten Mitgliedstaaten besaßen.

419 Bereits im Februar 1989 hatten die Europaabgeordneten – auch als Reaktion auf die mangelnde Resonanz der nationalen Parlamente auf den Spinelli-Entwurf – die Gründung eines beratenden Gremiums angeregt, in dem sich Vertreter der Europaausschüsse der nationalen Parlamente mit Vertretern des Europäischen Parlaments treffen sollten (Europäisches Parlament 16.02.1989a). Seit November 1989 tagte dieses Gremium, die COSAC, in halbjährlichem Rhythmus. Der Begriff der ‚Europäischen Assisen‘, die neue Reformschritte ausarbeiten sollten, wurde erstmals im Oktober 1989 von François Mitterrand gebraucht, der allerdings außer den Parlamenten auch die Kommission und die nationalen Regierungen daran beteiligen wollte (ein Modell, das 2002 mit dem Europäischen Konvent wieder aufgegriffen wurde). Das Europäische Parlament selbst übernahm die Idee einer (rein) parlamentarischen Konferenz über die Zukunft der EG erstmals in seiner Resolution vom 23. November 1989 (Europäisches Parla-

se eine Abschlusserklärung an, in der sie die wesentlichen Forderungen des Europäischen Parlaments aufgriffen und sich dafür aussprachen, „die Gemeinschaft zu einer Europäischen Union auf föderaler Grundlage umzuwandeln“.<sup>420</sup>

Wie groß der Grundkonsens zwischen den Parteien für eine umfassende Integrationslösung inzwischen war, ließ sich zudem an den Kongressen der drei großen europäischen Parteifamilien absehen, die kurz vor und nach den Assisen stattfanden. Die Deklarationen, die die Europäische Volkspartei (EVP), der Bund der Europäischen Liberalen, Demokratischen und Reformparteien (ELDR) und der Bund der Sozialdemokratischen Parteien der EG (BSPEG) verabschiedeten, unterstützten nachdrücklich die Reformpläne und unterschieden sich inhaltlich nur in Detailfragen.<sup>421</sup> Diese einhellige Unterstützung wurde dadurch erleichtert, dass zwei der wichtigsten integrations skeptischen Parteien – die britischen Konservativen und die französischen Gaullisten – keinem dieser europäischen Bündnisse angehörten. Doch auch zwischen den Regierungen bestand, von Großbritannien abgesehen, kaum noch Dissens über die Grundzüge der

---

ment 23.11.1989) und verfolgte sie danach kontinuierlich weiter. An den Treffen vom 27. bis 30. November 1990 nahmen letztlich 173 nationale und 85 europäische Abgeordnete teil. Zahlreiche Mitglieder reisten allerdings schon vorzeitig wieder ab, etwa viele deutsche Abgeordnete, die sich im Bundestagswahlkampf befanden (vgl. Corbett 1993:23–26).

420 Konferenz der Parlamente der Europäischen Gemeinschaft 30.11.1990:222. Die deutliche Mehrheit für diese Erklärung war auch insofern bemerkenswert, als insbesondere unter den britischen und französischen Teilnehmern der Konferenz auch einige prominente Integrations skeptiker waren (vgl. Corbett 1993:26).

421 So hob etwa in Bezug auf die Währungsunion die konservative EVP die nationalen Defizitobergrenzen und das strikte Verbot der Zentralbankfinanzierung hervor, während der BSPEG größere Spielräume für allgemeine wirtschaftspolitische Ziele wie die Bekämpfung von Arbeitslosigkeit erhalten wollte. Zudem behandelten EVP und ELDR recht ausführlich die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, während die Sozialdemokraten andere Themen wie die soziale Kohäsion und die Umweltpolitik stärker betonten. Ferner vermied der BSPEG in seiner Erklärung als einziger Verband das Wort ‚föderal‘ – wohl aus Rücksicht auf sein britisches Mitglied, die Labour Party, die sich in der innerbritischen Debatte über diesen Begriff nicht zu sehr exponieren wollte. Explizit entgegengesetzte Positionen vertraten die Parteienfamilien aber in keiner wesentlichen Frage (vgl. Europäische Volkspartei 15.11.1990; Europäische Liberale, Demokratische und Reformpartei 23.11.1990; Bund der Sozialdemokratischen Parteien der EG 10.12.1990. Insgesamt wurde die Rolle der europäischen Parteien in den Vertragsverhandlungen von Maastricht bislang nur wenig untersucht; vgl. aber für die EVP Johansson 2002.

Reform: eine am Delorsplan orientierte Währungsunion einerseits und eine Politische Union mit den Grundbestandteilen einer gemeinsamen Außenpolitik, einer Ausweitung der Mehrheitsentscheide im Rat und einer Stärkung des Europäischen Parlaments andererseits.

Neue Problemstellungen für die EG ergaben sich jedoch durch eine Reihe internationaler Entwicklungen: Nach den Unabhängigkeitserklärungen der baltischen Staaten im Frühjahr 1990 zeichnete sich der Zerfall der Sowjetunion ab, ohne dass abzusehen war, ob dieser gewaltfrei verlaufen und wie er sich auf die Demokratisierungsprozesse in den mittel- und ost-europäischen Staaten auswirken würde. Die Golfkrise, die Anfang August mit der irakischen Invasion in Kuwait begonnen hatte, eskalierte und gipfelte Ende November in einem Ultimatum des UN-Sicherheitsrats, das einen internationalen Militärschlag gegen den Irak erlaubte, falls dieser seine Truppen nicht bis Mitte Januar 1991 zurückziehen würde.<sup>422</sup> Und auf dem Balkan nahmen die Spannungen zwischen den jugoslawischen Teilrepubliken zu, nachdem die Regierungen Sloweniens und Kroatiens erste Schritte in die Unabhängigkeit eingeleitet hatten.<sup>423</sup>

Diese außenpolitischen Krisen beeinflussten die Gespräche zur EG-Vertragsreform in verschiedener Hinsicht. Erstens gewann angesichts der befürchteten Zunahme von Flüchtlingen aus Osteuropa und dem Balkan die Frage einer gemeinsamen Asyl- und Innenpolitik an Stellenwert, die bis dahin vor allem außerhalb des Gemeinschaftsrahmens (etwa im Kontext des Schengener Abkommens) verhandelt worden war.<sup>424</sup> Schon im März hatte die belgische Regierung in ihrem Memorandum angeregt, dieses

---

422 Sicherheitsrat der Vereinten Nationen 29.11.1990. Der Plan einer bewaffneten Intervention wurde vor allem von den USA, aber auch von Großbritannien sowie (mit Abstrichen) von Frankreich und anderen EG-Staaten unterstützt. Die deutsche Bundesregierung stand ihm hingegen eher zögernd gegenüber. Zu den unterschiedlichen nationalen Positionen der Mitgliedstaaten in der Golf- und der Jugoslawienkrise vgl. Salmon 1992; zur deutschen öffentlichen Debatte über den Golfkrieg vgl. auch Oldhaver 2000.

423 Die Regierungen unter Milan Kučan (Slowenien) und Franjo Tuđman (Kroatien) waren im Frühjahr 1990 gewählt worden. Am 3. Oktober 1990 legten sie einen Entwurf zur Umwandlung Jugoslawiens in einen losen Staatenbund vor; Ende Dezember fand in Slowenien ein Unabhängigkeitsreferendum statt (vgl. Eisermann 2000:27–28 sowie spezifisch zum Verhältnis zwischen der Jugoslawien-Krise und den Maastricht-Verhandlungen Jopp / Diedrichs 2009:97–99).

424 Bereits seit 1975 trafen sich die Innen- und Justizminister der Mitgliedstaaten regelmäßig im Rahmen der sogenannten Trevi-Gruppe. Am 19. Juni 1990 hatten Deutschland, Frankreich und die Benelux-Staaten zudem das Schengener Durchführungsübereinkommen unterzeichnet, das das 1985 geschlossene Schengener Abkommen zum Wegfall der Grenzkontrollen zwischen diesen



Thema in die Politische Union mit einzubeziehen. In der zweiten Jahreshälfte begann sich nun auch Deutschland verstärkt für eine Vergemeinschaftung der Asylpolitik einzusetzen.<sup>425</sup>

Zweitens warf die Instabilität in Osteuropa immer häufiger die Frage nach einer Einbeziehung der mittel- und osteuropäischen Staaten in die Gemeinschaft auf. Als möglicher Rahmen einer neuen gesamteuropäischen Ordnung galt zwar weiterhin vor allem die KSZE (oder eine neue ‚Europäische Konföderation‘, für die sich vor allem die französische Regierung aussprach). Zugleich wurde nun aber auch vermehrt die Möglichkeit einer EG-Erweiterung diskutiert und die Frage aufgeworfen, in welchem Verhältnis sie zu der geplanten Vertragsänderung stand. Dabei sahen die Kommission sowie eine Mehrzahl der Regierungen die institutionelle Reform als notwendige Vorbedingung, um die Gemeinschaft nach dem Beitritt neuer Länder handlungsfähig zu halten. Die britische Regierung sowie die gaullistische Oppositionspartei RPR in Frankreich nahmen die Erweiterungsperspektive hingegen zum Anlass, um den Verzicht auf eine weitere Vertiefung der EG zu fordern, die nur die Anpassungshürden für die möglichen Neumitglieder erhöhen würde.<sup>426</sup>

Drittens rückte angesichts der weltpolitischen Krisen die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik in den Mittelpunkt der Verhandlungen über die Politische Union. Ein zentraler Diskussionspunkt war dabei, ob die gemeinsame Außenpolitik auch eine militärische Komponente beinhalten sollte. Hierzu schlug die Europäische Kommission Anfang 1991 vor, die Westeuropäische Union in die institutionellen Strukturen der Politischen Union zu integrieren. Während vor allem Frankreich darin die Möglichkeit einer eigenen ‚europäischen Verteidigungsidentität‘ sah, waren andere Mitgliedstaaten wie Großbritannien und die Niederlande skeptisch und warnten vor einer Konkurrenz zwischen EU und NATO.<sup>427</sup>

Nicht weniger umstritten war die Frage, wie stark die Entscheidungsverfahren der gemeinsamen Außenpolitik künftig der supranationalen Gemeinschaftsmethode – mit einem Initiativrecht der Kommission und Mehrheitsentscheiden im Rat – angeglichen werden sollten. Bereits im März 1990 hatte sich das Europäische Parlament für die „Übertragung von

---

Ländern unter anderem um Vorschriften zur polizeilichen Zusammenarbeit etwa bei grenzüberschreitenden Fahndungen ergänzte (vgl. Oberleitner 1998:4–6 zur Trevi-Gruppe; ebd.:54–56 sowie Taschner 1997:40–44 zu den Schengener Abkommen).

425 Meyer 2004:253–254.

426 Zur Haltung des RPR vgl. Maricot 2010:205–208.

427 Vgl. Corbett 1993:44–48, Forster 1997, Blair 1999:121–147.

[außenpolitischen] Befugnissen an die Kommission ähnlich denjenigen, die sie in anderen Bereichen der Gemeinschaftspolitik besitzt“, ausgesprochen.<sup>428</sup> Auch die niederländische Regierung unterstützte in ihrem Memorandum vom 26. Oktober ein Modell, bei dem außenpolitische Beschlüsse mit Mehrheit getroffen würden und die Kommission ein Initiativrecht besitzen sollte.<sup>429</sup>

Diese Supranationalisierungsvorschläge stießen jedoch nicht nur in Großbritannien auf wenig Zustimmung. Auch die französische Regierung vertrat ein eher intergouvernementales Konzept der gemeinsamen Außenpolitik, das sich in vieler Hinsicht kaum von den bereits existierenden EPZ-Verfahren unterschied.<sup>430</sup> Noch integrations-skeptischer gab sich das gaullistische RPR, das in einem Parteitagsbeschluss am 5. Dezember 1990 die „réalités nationales“ als Grundstein der europäischen Integration verteidigte und unter anderem forderte, dass Frankreich das Recht „à décider elle-même de la paix et de la guerre“ behalten müsse.<sup>431</sup>

Die deutsche Bundesregierung wiederum blieb in der Debatte über die Politische Union zwar ihrer föderalistisch gefärbten Rhetorik treu; in der Sache zeigte sie nach der gewonnenen Bundestagswahl vom 2. Dezember 1990 aber deutlich mehr Kompromissbereitschaft gegenüber dem französischen Ansatz. Hinzu kam, dass auch in Deutschland nun vereinzelt Kritik an der geplanten Vertragsreform laut wurde: So äußerten die Regierungen der Bundesländer wiederholt ihre Sorge, durch die Übertragung von Kompetenzen auf die EG an Einfluss zu verlieren, und forderten eine Beteiligung an den Verhandlungen.<sup>432</sup> In seiner ersten Sitzung nach der deutschen Wiedervereinigung verabschiedete der Bundesrat am 9. November

---

428 Europäisches Parlament 14.03.1990 hier 117. Die Kongresse der europäischen Parteienbündnisse Ende 1990 folgten dieser Haltung des Europäischen Parlaments allerdings nicht. Während der BSPEG keine konkreten Vorschläge zur Funktionsweise der gemeinsamen Außenpolitik machte, sprachen sich EVP und ELDR für eher intergouvernementale Strukturen aus (Europäische Volkspartei 15.11.1990:205; Europäische Liberale, Demokratische und Reformpartei 23.11.1990:211; Bund der Sozialdemokratischen Parteien der EG 10.12.1990:215–216).

429 Regierung der Niederlande 26.10.1990:185. Anders als in anderen EG-Bereichen sollte das Initiativrecht in der gemeinsamen Außenpolitik allerdings nicht ausschließlich bei der Kommission, sondern auch bei den nationalen Regierungen liegen.

430 Vgl. Praus 2014:338–341.

431 Zit. nach Maricot 2010:207–208, vgl. allgemein ebd.:205–208.

432 Die Forderung, an den Verhandlungen über die Vertragsreform beteiligt zu werden, hatte der Bundesrat bereits im April 1990 erstmals erhoben (Bundesrat

1990 eine recht kritische EntschlieÙung, in der er vor einer „MiÙdeutung föderalistischer Ordnungs- und Strukturprinzipien“ warnte, falls durch die europäische Integration die „regionale Gestaltungskompetenz“ geschwächt würde.<sup>433</sup>

Dass Deutschland und Frankreich auf einen neuen, weniger supranationalisierungsfreundlichen Kurs eingeschlagen waren, zeigte sich vor allem in einem weiteren gemeinsamen Schreiben Kohls und Mitterrands, das diese am 6. Dezember an die italienische Ratspräsidentschaft richteten. Zwar bekannten sie sich darin noch einmal explizit zu einer „föderalen Berufung“ der Politischen Union, doch abgesehen von der Wiederholung einiger älterer Forderungen<sup>434</sup> entsprachen ihre konkreten Vorschläge nun eher einer intergouvernementalen Linie. So sollten Entscheidungen in der gemeinsamen Außenpolitik weiterhin „grundsätzlich einstimmig getroffen“ werden, sofern nicht die Staats- und Regierungschefs in einem konkreten Fall einstimmig den Übergang zur qualifizierten Mehrheit beschlossen. Und auch in Bezug auf die institutionelle Reform betonten Kohl und Mitterrand nun nicht mehr so sehr die Rolle des Europäischen Parlaments, sondern sprachen sich vor allem für eine Aufwertung des Europäischen Rates aus: „Im Hinblick auf die Effizienz der Union“ solle dieser künftig „die Funktion des Schiedsrichters, Garanten und Impulsgebers für die kohärente Vertiefung der Integration“ ausüben und „die wesentlichen Orientierungen und Leitlinien“ festlegen.<sup>435</sup>

Diese Vorschläge wurden umgehend von Jacques Delors und von der niederländischen Regierung kritisiert, die dadurch eine Schwächung der Kommission und allgemein des supranationalen Gemeinschaftsprinzips befürchteten. Auf dem Gipfel am 14./15. Dezember kam es schließlich zu einem Kompromiss zwischen beiden Positionen: Im Abschlusskommuni-

---

06.04.1990) und im Juni noch einmal wiederholt (Bundesrat 13.06.1990:103). Dies führte zuletzt zu dem Zugeständnis der Bundesregierung, in die deutsche Delegation zu den beiden Regierungskonferenzen auch je zwei Ländervertreter aufzunehmen (vgl. Ministerpräsidentenkonferenz 17.10.1990:110). Außerdem hatte der Bundesrat mehrfach eigene Vorschläge zur Ausgestaltung der Vertragsreform eingebracht, etwa zur Gründung eines neuen ‚Regionalorgans‘ sowie zur Verankerung des Subsidiaritätsprinzips.

433 Bundesrat 09.11.1990:113.

434 Unter anderem forderten Kohl und Mitterrand eine „europäische Staatsbürgerschaft“, die Einführung eines legislativen Mitentscheidungsrechts für das Europäische Parlament, die Ausweitung der Mehrheitsentscheide im Rat sowie die Ausweitung der EG-Kompetenzen auf neue Politikbereiche wie Umwelt-, Gesundheits-, Innen- und Asylpolitik (Mitterrand und Kohl 06.12.1990).

435 Ebd.

qué hieß es, der Europäische Rat werde „auch weiterhin die wesentliche Rolle spielen [...], die er in den letzten Jahren als politischer Impulsgeber in grundlegenden Fragen eingenommen hat“. Außerdem sollte die Regierungskonferenz zur Politischen Union „prüfen, ob [...] eine Stärkung dieser Rolle erforderlich“ sei. Für die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik wurde der Rat als „einziges Entscheidungszentrum“ bestätigt, die Kommission sollte allerdings ein Initiativrecht erhalten. Als Beschlussverfahren sollte die Regierungskonferenz die von Kohl und Mitterrand vorgeschlagene Brückenklausele prüfen.<sup>436</sup>

Insgesamt begann die konstitutionalistische Dynamik, die zwischen April und Oktober 1990 ihren Höhepunkt erreicht hatte, also schon gegen Ende des Jahres wieder an Schwung zu verlieren. In dem Maß, in dem der Druck der deutschen Wiedervereinigungskrise nachließ und die politische Aufmerksamkeit sich neuen internationalen Problemen zuwandte, ging besonders bei den Regierungen der großen Mitgliedstaaten das Interesse an neuen föderalen Lösungen zurück. Dies zeigte sich auch am Umgang mit der Europäischen Kommission, der es nun schwerer als in den Monaten zuvor fiel, Einfluss auf den Verlauf der Verhandlungen zu nehmen.<sup>437</sup> Gleichzeitig schloss sich auch das Gelegenheitsfenster für einen Verfassungsmoment: Die dynamische Krise, die zum Katalysator für eine Umstrukturierung der europäischen Öffentlichkeit hätte werden können, wurde mit Eröffnung der Regierungskonferenzen zunehmend von einer Verhandlungsroutine abgelöst, deren Rhythmus nicht mehr durch plötzliche Ereignisse oder überraschende Initiativen geprägt war.

Trotz dieser Abschwächung des supranationalen Impetus wurden jedoch die wesentlichen Vorentscheidungen, die bis Oktober 1990 gefallen waren, nicht mehr rückgängig gemacht. Dies lag zum einen daran, dass Akteure wie die Europäische Kommission sowie die niederländische und belgische Regierung auf dem eingeschlagenen supranationalen Ansatz beharrten. Zum anderen hatten sich auch Deutschland, Frankreich, Italien und Spanien bereits zu deutlich zu einem umfassenden Integrationsschritt bekannt, um noch glaubwürdig davon abrücken zu können. Insbesondere die Pläne zur Währungsunion waren so weit fortgeschritten, dass eine Ab-

---

436 Europäischer Rat 14.12.1990:1554.

437 Rometsch 1999:170–172. Zudem geriet auch die weiterhin föderalistisch orientierte italienische Regierung ab Anfang 1991 aufgrund von innenpolitischen Krisen und der schwachen wirtschaftlichen Lage unter Druck und spielte deshalb in den Vertragsverhandlungen nur noch eine Nebenrolle (Varsori 2013a:33–37).

### 3.4 Abschwächung des supranationalen Impetus

kehr davon nur neue Unsicherheiten aufgeworfen hätte. In den nun beginnenden Regierungskonferenzen wurde die Vertragsreform deshalb in zahlreichen Einzelheiten abgeschwächt, an ihrer grundsätzlichen europäisch-innenpolitischen Stoßrichtung änderte sich jedoch nichts mehr.



## 4. Dritte Phase: Bis zum Gipfel von Maastricht

### 4.1 Die Regierungskonferenzen

Mit der Eröffnung der beiden Regierungskonferenzen, die monatlich auf Ebene der Finanz- bzw. Außenminister tagten, begann die dritte und letzte Phase der Vertragsverhandlungen. Im Vordergrund sollten nun die Lösung der verbleibenden offenen Fragen sowie die Ausarbeitung eines konkreten Vertragstextes stehen. Allerdings führten zunächst der Golfkrieg und später die eskalierende Jugoslawienkrise dazu, dass die Außenminister den Verhandlungen nicht immer die höchste Priorität zuschrieben. Vor allem in den ersten Monaten delegierten sie einen Großteil der Arbeiten an ihre ‚persönlichen Beauftragten‘ – in der Regel die Ständigen Vertreter der Mitgliedstaaten in Brüssel –, welche wöchentliche Arbeitstreffen abhielten.<sup>438</sup> Dabei war auch die Kommission, nicht aber das Europäische Parlament mit einem Vertreter beteiligt.<sup>439</sup> Insgesamt standen deshalb nun die Positionen der nationalen Regierungen noch stärker im Mittelpunkt als zuvor. Zudem wurden kaum noch wirklich neue Vorschläge vorgebracht, sondern eher die in Grundzügen bereits entwickelten Ansätze konkretisiert.

Insbesondere die Regierungskonferenz zur Währungsunion verfügte nach den schon geleisteten Vorgesprächen über ein klares Arbeitsprogramm, das recht zügig auf eine Einigung zusteuerte. Vor allem die deutschen Verhandlungsführer betonten erneut die Bedeutung einer unabhängigen, der Inflationskontrolle verpflichteten Zentralbank, während Frankreich (allerdings weitgehend erfolglos) den Rat als institutionelles Gegengewicht im Sinne einer ‚europäischen Wirtschaftsregierung‘ zu etablieren

---

438 Vgl. Corbett 1993:30–31.

439 Zusätzlich zu den Regierungskonferenzen fanden allerdings auch Treffen einer ‚interinstitutionellen Konferenz‘ zwischen den nationalen Ministern und einer zwölfköpfigen Delegation des Europäischen Parlaments statt, die im monatlichen Wechsel Angelegenheiten der Währungs- und der Politischen Union behandelten. Außerdem traf diese Parlamentsdelegation nacheinander alle nationalen Regierungschefs, vor allem um sicherzustellen, dass die integrationsfreundlicheren unter ihnen – Kohl, González, Andreotti, Martens und Lubbers – auch weiterhin die wichtigsten Positionen der Europaabgeordneten unterstützen würden (vgl. Corbett 1993:33).

versuchte.<sup>440</sup> Offen blieb bis zum Ende der Regierungskonferenz die Frage, welche wirtschaftlichen Konvergenzkriterien die Staaten vor dem Übergang zur dritten Stufe erfüllen müssten und ob für diesen Übergang bereits ein festes Datum vorgeschrieben werden sollte: Während die deutsche Bundesregierung auf strengen Kriterien bei der Preis-, Haushalts-, Wechselkurs- und Zinsstabilität bestand, drängte Frankreich auf einen konkreten und recht knappen Zeitplan, um zu verhindern, dass die Währungsunion auf der zweiten Stufe stehen bleiben würde. Die südeuropäischen Regierungen wiederum warnten, dass sie diese Ziele ohne äußere Hilfe kaum würden erreichen können.<sup>441</sup>

Die britische Regierung stellte ihrerseits Anfang Januar noch einmal einen Vertragsentwurf zum ‚harten ECU‘ als alternative Verhandlungsgrundlage vor, verfolgte diesen Plan jedoch nicht intensiv weiter. Stattdessen konzentrierte sie sich bald nur noch auf die Möglichkeit eines ‚Opt-outs‘, also einer Regelung, die es dem britischen Parlament freistellte, ob und wann es die Einheitswährung einführen würde.<sup>442</sup> Für die übrigen Regierungen war diese Regelung grundsätzlich akzeptabel, da sie nicht die Währungsunion selbst, sondern nur deren territoriale Reichweite in Frage stellte. Umstritten blieb lediglich, ob das Opt-out allein für Großbritannien oder auch für alle übrigen Mitgliedstaaten gelten würde. Während die britische Regierung Letzteres bevorzugte, um keine Außenseiterrolle einzunehmen, betonten die Kommission und die meisten anderen Mitgliedstaaten, dass ein ‚allgemeines Opt-out‘ die Währungsunion insgesamt gefährden würde. Lediglich Dänemark unterstützte die britische Position.<sup>443</sup>

In den Verhandlungen über die Politische Union stand unterdessen die Struktur der künftigen EU im Zentrum. Im Kern ging es dabei weiterhin um die Frage, wie weit die neuen Politikbereiche supranational oder intergouvernemental ausgestaltet werden sollten. In einem inoffiziellen Vertragsentwurf („Non-Paper“) präsentierte die luxemburgische Regierung, die zum Jahreswechsel die Ratspräsidentschaft übernommen hatte, im April 1991 erstmals ein Modell mit drei ‚Säulen‘: Demnach sollten die bereits existierenden Europäischen Gemeinschaften als erste Säule der zu grün-

---

440 Vgl. Corbett 1993:40–41, de la Serre / Lequesne 1991:319. Lediglich in einzelnen Fragen wurde die deutsche Position letztlich abgelehnt, etwa in Bezug auf eine von der Bundesregierung vorgeschlagene Klausel, die alle Mitgliedstaaten zur Privatisierung öffentlicher Unternehmen verpflichten sollte.

441 Vgl. Corbett 1993:42–43.

442 Vgl. Blair 1999:176–178.

443 Vgl. Corbett 1993:41–42, Dyson / Featherstone 1999:656–659, Blair 1999:178–181.



denden Union erhalten bleiben, wobei die meisten neuen Politikbereiche in den EWG-Vertrag aufgenommen und damit der supranationalen Gemeinschaftsmethode (mit einem neuen Mitentscheidungsrecht des Europäischen Parlaments) unterworfen sein würden. Die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik und die Zusammenarbeit in den Bereichen Inneres und Justiz sollten hingegen als zweite und dritte Säule der Union einen je eigenen, rein intergouvernementalen Rechtsrahmen erhalten.<sup>444</sup>

Dieses luxemburgische Non-Paper war als Kompromiss gedacht. Es stieß jedoch nicht nur auf die Ablehnung der britischen Regierung – die während der gesamten Regierungskonferenz ihre Skepsis gegenüber neuen europäischen Kompetenzen aufrechterhielt –, sondern auch auf die Kritik des Europäischen Parlaments und der Kommission sowie der belgischen und niederländischen Regierung, die darin einen vorschnellen Verzicht auf weiterreichende supranationale Ambitionen sahen. Dennoch unterschied sich der offizielle Vertragsentwurf, den die luxemburgische Präsidentschaft Mitte Juni veröffentlichte, kaum von dem ersten Vorschlag. Auf seinem Gipfeltreffen Ende Juni erklärte der Europäische Rat diesen Entwurf zur Grundlage der weiteren Verhandlungen.<sup>445</sup>

Die niederländische Regierung unter Ruud Lubbers, die in der zweiten Jahreshälfte die Ratspräsidentschaft übernahm, war mit der ‚Säulenstruktur‘ weiterhin unzufrieden. Erneut wurde die Vertragsreform jedoch durch aktuelle Ereignisse von der Spitze der Tagesordnung verdrängt: Anfang Juli übernahm die EG eine wichtige Vermittlerrolle im slowenischen Unabhängigkeitskrieg;<sup>446</sup> Ende August fand in Moskau ein gescheiterter kommunistischer Putschversuch gegen Michail Gorbatschow statt, der zunächst Deutschland und Dänemark, dann auch die übrigen EG-Staaten dazu brachte, diplomatische Beziehungen mit den baltischen Republiken aufzunehmen. Erst im September kamen die Niederlande schließlich dazu, einen neuen Vertragsentwurf zu präsentieren, der auch die Außen- und Innenpolitik in den supranationalen Gemeinschaftsrahmen integrierte.<sup>447</sup> Die Kommission begrüßte diesen Vorstoß, doch bei einem Außenminister-

---

444 Regierung von Luxemburg 17.04.1991. Vgl. auch Pastoors 2005:90–91.

445 Vgl. Corbett 1993:31, Pastoors 2005:91–93.

446 Vgl. hierzu Eisermann 2000:35–40.

447 Regierung der Niederlande 24.09.1991. Zu den Motiven der niederländischen Regierung zählte außer dem Druck des traditionell supranational gesinnten niederländischen Parlaments auch die Sorge vor einem deutsch-französischen Übergewicht bei einer Stärkung des Europäischen Rats (vgl. Pastoors 2005:93–99).

treffen am 30. September wiesen die Vertreter aller anderen Mitgliedstaaten bis auf Belgien den neuen Entwurf zurück.<sup>448</sup>

Der zweite Vertragsentwurf, den die niederländische Regierung am 8. Oktober 1991 vorstellte und der die Schlussphase der Regierungskonferenzen einleitete, orientierte sich deshalb im Wesentlichen wieder an dem luxemburgischen Plan. Auf zwei ‚Konklaven‘ der Außenminister in Noordwijk (12./13. November) und der Finanzminister in Scheveningen (1.-3. Dezember) kam es zu weitgehenden Einigungen über die Reforminhalte. Für den Gipfel des Europäischen Rates, der am 9./10. Dezember in Maastricht stattfinden würde, blieb lediglich eine recht klar abgegrenzte Anzahl von offenen Fragen zu beantworten. Dahinter verbargen sich teils tatsächliche Meinungsverschiedenheiten; teils handelte es sich aber auch um Probleme, für die sich bereits recht deutlich eine Lösung abzeichnete und die nur aufgrund ihrer hohen symbolischen Bedeutung nicht schon auf Ministerebene abschließend geregelt werden konnten.

#### 4.2 Der Gipfel von Maastricht

Waren schon die Regierungskonferenzen immer wieder von anderen internationalen Ereignissen überschattet gewesen, so galt dasselbe auch für den Europäischen Rat von Maastricht. Zum einen fiel der Beginn des Gipfels zeitlich mit einem neuen Höhepunkt der Entwicklungen in Osteuropa zusammen: Nur einen Tag zuvor hatten die Regierungschefs Russlands, Weißrusslands und der Ukraine das Gründungsabkommen der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten unterzeichnet und die Auflösung der Sowjet-

---

448 Corbett zufolge entsprach der niederländische Text zwar in den meisten Fragen der Sichtweise einer Mehrheit der Mitgliedstaaten, stieß jedoch bei Großbritannien und einigen anderen auf scharfe Ablehnung. Da ein Konsens auf dieser Grundlage so kurz vor dem vorgesehenen Abschluss der Regierungskonferenz unwahrscheinlich schien, ließen ihn letztlich auch die integrationsfreundlichen Regierungen fallen (Corbett 1993:31–32). Pastoors sieht den Grund für das in den Niederlanden als ‚Schwarzer Montag‘ bekannte Scheitern des Vorschlags zudem in einer mangelnden Koordinierung innerhalb der niederländischen Regierung sowie einer ungenügenden Einbindung der übrigen Mitgliedstaaten bei der Ausarbeitung des Entwurfs. Insbesondere hatten die Niederländer mit der Unterstützung des deutschen Außenministers Genscher gerechnet; dieser wollte jedoch keinen Konflikt mit der französischen Regierung riskieren, die ihrerseits eine intergouvernementale Ausrichtung der Politischen Union anstrebte (Pastoors 2005:99–113).

union proklamiert.<sup>449</sup> Zum anderen setzte sich auch der Krieg in Jugoslawien fort; im November war es zu serbischen Kriegsverbrechen in Vukovar sowie zu Gegenoffensiven kroatischer Truppen gekommen. Insbesondere die deutsche Bundesregierung drängte deshalb immer stärker auf eine rasche Anerkennung der slowenischen und kroatischen Unabhängigkeit, was von Frankreich, Großbritannien und anderen Mitgliedstaaten skeptisch gesehen wurde. In Maastricht wurde das Thema letztlich nicht behandelt; in der Folge kündigte Deutschland wenige Tage nach dem Gipfel allerdings an, im Januar 1992 gegebenenfalls im Alleingang diplomatische Beziehungen mit den ehemaligen jugoslawischen Teilstaaten aufzunehmen.<sup>450</sup>

Doch nicht nur diese außenpolitischen Unsicherheiten führten in den Tagen vor dem Gipfel von Maastricht zu einer angespannten Stimmung zwischen den Regierungen. Trotz der insgesamt recht guten Einigungsaussichten verschärfte sich der Ton der Auseinandersetzung auch in Bezug auf die Vertragsreform selbst. Eine ganze Reihe von Akteuren ging dazu über, ihre jeweiligen Forderungen zu unterstreichen, indem sie Veto-Drohungen gegen den Vertrag insgesamt aussprachen: So erklärte etwa Helmut Kohl Ende November in eher allgemeiner Form, die Bundesregierung werde den Vertrag nur unterzeichnen, wenn die Einigung zur Politischen Union weit genug gehe.<sup>451</sup> Die belgische Regierung kündigte ein Veto an, falls die Rolle Brüssels als Sitz der europäischen Organe in Frage gestellt würde.<sup>452</sup> Der deutsche Bundesrat erklärte, die Formulierung des Subsidiaritätsprinzips im Vertragsentwurf sei „unter keinen Umständen akzeptabel“,

---

449 Obwohl der sowjetische Präsident Michail Gorbatschow dies umgehend als ‚illegal‘ bezeichnete, reagierte der Europäische Rat mit einer Erklärung, die im Wesentlichen die GUS unterstützte: Ohne sich explizit zur Legalität des GUS-Abkommens zu äußern, erkannten die Staats- und Regierungschefs der EG an, dass „der Prozess der Umgestaltung der Sowjetunion [...] in eine entscheidende Phase eingetreten“ sei, und sprachen unter anderem von den „souverän werdenden Republiken“ (Europäischer Rat 09.12.1991).

450 Vgl. Eisermann 2000:71–82.

451 Vgl. SZ 23.11.1991:1.

452 Vgl. FAZ 06.12.1991:1b. Hintergrund war der Streit zwischen Frankreich und Belgien über den möglichen Umzug des Europäischen Parlaments von Straßburg nach Brüssel sowie zwischen den Niederlanden und Deutschland über die Ansiedlung der Europäischen Zentralbank in Amsterdam oder Frankfurt am Main. Im November wurde eine angebliche Absprache zwischen Frankreich und den Niederlanden über diese Sitzfrage öffentlich, die Belgien mit seiner Vetodrohung zurückwies.

und deutete eine Ablehnung der Ratifikation an.<sup>453</sup> Das Europäische Parlament wiederum drohte seine Zustimmung zu verweigern, wenn der Vertrag keine hinreichend föderale Struktur und demokratische Legitimation gewährleiste.<sup>454</sup> Und auch in Bezug auf die Verfahren der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik sowie der Innen- und Asylpolitik bekräftigten verschiedene Mitgliedstaaten vor dem Gipfel noch einmal ihre jeweiligen Maximalpositionen.

Für die meisten dieser Probleme zeichneten sich jedoch schon im Voraus Kompromisslinien ab.<sup>455</sup> Die Frage nach dem Sitz der europäischen Organe wurde auf dem Gipfel schlicht ausgespart,<sup>456</sup> die Befürchtungen des Bundesrats wurden durch die Ankündigung einer Umformulierung

---

453 Bundesrat 07.11.1991. Konkret hieß es im Vertragsentwurf, dass die EG nur tätig werden dürfe, wenn sie ein Ziel „besser“ erreichen könne als die Mitgliedstaaten. Der Bundesrat forderte stattdessen eine etwas restriktivere Formulierung, die Aktivitäten der EG nur erlaubte, wenn zum Erreichen ihrer Ziele Maßnahmen der einzelnen Mitgliedstaaten oder Regionen „nicht ausreichen“. (Diese Formulierung ging ursprünglich auf den Bericht einer Länderarbeitsgruppe von Mai 1990 zurück; vgl. Arbeitsgruppe ‚Europa der Regionen‘ der Staats- und Senatskanzleien der Länder 22.05.1990:49). In der endgültigen Vertragsfassung kam es schließlich zu einer etwas holprigen Kombination beider Wendungen: Die Gemeinschaft werde nur tätig, sofern ihre Ziele auf nationaler Ebene „nicht ausreichend erreicht werden können und daher [...] besser auf Gemeinschaftsebene erreicht werden können“ (Art. 3b EGV).

454 Die Europaabgeordneten besaßen selbst zwar formell kein Ratifikationsrecht, doch das belgische und italienische Parlament hatten angekündigt, ihrerseits den Vertrag erst nach einem Zustimmungsvotum des Europäischen Parlaments ratifizieren zu wollen. Auch im Deutschen Bundestag wurde ein entsprechender Antrag von der SPD-Fraktion eingebracht (SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag 05.12.1991), aber von der Bundestagsmehrheit aus CDU/CSU und FDP abgelehnt. Letztlich erklärte die SPD-Fraktion stattdessen, sie würde die für die Ratifikation notwendige Grundgesetzänderung nicht mittragen, sofern das Europäische Parlament nicht hinreichend gestärkt würde, was angesichts der erforderlichen Zweidrittelmehrheit im Bundestag faktisch ebenfalls einer Veto-Drohung gleichkam.

455 Zu den Ergebnissen des Gipfels allgemein vgl. auch oben, Erster Teil, Kapitel 2.2.

456 Erst auf dem Europäischen Rat von Edinburgh wurde ein Beschluss über die Neuverteilung der bestehenden europäischen Institutionen zwischen Brüssel, Luxemburg und Straßburg getroffen (vgl. Europäischer Rat 11.12.1992:1289). Der Beschluss über die Ansiedlung der Europäischen Zentralbank in Frankfurt am Main (sowie einer Reihe anderer neu geschaffener Institutionen in anderen europäischen Städten, etwa Europol in Den Haag) erfolgte erst auf dem Europäischen Rat von Brüssel im Oktober 1993 (vgl. Europäischer Rat 29.10.1993). Zur Auseinandersetzung über den Sitz der EZB vgl. auch Stadler 1996:166–169.

entkräftet. Die Stärkung der Europaabgeordneten unter anderem durch das Mitentscheidungsverfahren und ein Mitspracherecht bei der Wahl des Kommissionspräsidenten war im niederländischen Vertragsentwurf ohnehin schon vorgesehen; in Maastricht gab auch die britische Regierung ihren zuletzt eher taktischen Widerstand dagegen auf.<sup>457</sup> Für die gemeinsame Außenpolitik wurde die bereits im Dezember 1990 vorgeschlagene Brückenklausel übernommen, nach der der Rat künftig einstimmig würde beschließen können, bestimmte Entscheidungen mit Mehrheit zu treffen. Für die Verteidigungspolitik wurde ein Formelkompromiss gefunden, demzufolge die WEU ein „integraler Bestandteil der Entwicklung der Europäischen Union“ sei und von dieser um die Durchführung verteidigungspolitischer Entscheidungen „ersucht“ werden könne (Art. J.4 Abs. 2 EUV). Für die ZJI wiederum hatte die deutsche Bundesregierung kurz vor dem Gipfel vorgeschlagen, bestimmte Bereiche nicht sofort, aber zu einem festgelegten späteren Zeitpunkt zu vergemeinschaften. Eine entsprechende Stufenklausel wurde jedoch nur für die Visumpolitik vereinbart;<sup>458</sup> ansonsten blieb die Innenpolitik vor allem auf britisches Betreiben hin intergouvernemental.<sup>459</sup> Zum wichtigsten Kompromissbaustein wurde hier die Revisionsklausel, die für 1996 die Einberufung einer neuen Regierungskonferenz zur weiteren Vertiefung der Integration vorsah.

Größer waren die Konflikte über die Währungsunion, wo vor allem die genaue Ausgestaltung der Opt-out-Regelungen sowie das von Frankreich geforderte verbindliche Datum für den Einstieg in die dritte Stufe umstrit-

---

457 Zu den verschiedenen Positionen in der Debatte über die neuen Kompetenzen des Europäischen Parlaments vgl. Corbett 1993:56–60. Zu den Forderungen des Parlaments, die erst in Maastricht beschlossen wurden, gehörte etwa die Angleichung der Amtszeit der Kommission an den Rhythmus der Europawahlen. Andere Wünsche der Europaabgeordneten blieben hingegen unberücksichtigt: So erhielt das Parlament durch das Mitentscheidungsverfahren zwar ein Vetorecht gegen vorgeschlagene Rechtsakte; der Rat konnte Rechtsakte jedoch weiterhin allein verabschieden, wenn es sich mangels einer beschlussfähigen Mehrheit überhaupt nicht dazu äußerte. Teil des Kompromisses mit Großbritannien war zudem der Verzicht auf den Begriff „Mitentscheidungsverfahren“, der im Vertragstext durch die Formulierung „Verfahren nach Artikel 189b“ ersetzt wurde.

458 Nach Art. 100c Abs. 3 EGV sollte der Rat über Visumsfragen bis 1996 einstimmig entscheiden, ab diesem Zeitpunkt nach Mehrheitsprinzip.

459 Zudem traf der Europäische Rat in Maastricht eine Reihe von innen- und einwanderungspolitischen Einzelentscheidungen, von denen die wichtigste die – wesentlich von Deutschland vorangetriebene – Gründung der Europäischen Polizeibehörde Europol betraf (vgl. Oberleitner 1998:100). Dieser Beschluss hing formal allerdings nicht mit der Vertragsreform zusammen und fand sich nur im Schlusskommuniqué des Gipfels (vgl. Europäischer Rat 09.12.1991:1160).

ten waren. Während Helmut Kohl vor dem Gipfel mit einem Bekenntnis zur ‚Unumkehrbarkeit‘ der Währungsunion die französische Position stützte, fürchteten Spanien, Portugal und Griechenland, bei einem starren Zeitplan den Konvergenzanforderungen nicht rechtzeitig genügen zu können.<sup>460</sup> Ende November weitete sich diese Auseinandersetzung zu einem Streit über Finanzhilfen für die ärmeren Mitgliedstaaten aus: In einer Rede vor seinem nationalen Parlament forderte der spanische Ministerpräsident Felipe González die Einführung eines ‚Konvergenzfonds‘ und drohte mit einer Ablehnung des Vertrags, falls hierzu kein ‚zufriedenstellendes Resultat‘ erreicht würde.<sup>461</sup> Unterstützung erhielt er dabei von den übrigen südeuropäischen Staaten sowie von Irland, während die deutsche, britische und andere Regierungen es ablehnten, diese Frage zum Bestandteil der Vertragsverhandlungen zu machen.

All diese Probleme erwiesen sich letztlich jedoch als lösbar. Als Kompromiss im Streit über die Finanzhilfen wurde dem Vertrag ein Protokoll beigefügt, das bis Ende 1993 die Schaffung eines neuen ‚Kohäsionsfonds‘ in Aussicht stellte, dessen Mittelausstattung aber zunächst offen blieb.<sup>462</sup> Für den Übergang zur dritten Stufe der Währungsunion wurde entsprechend der deutsch-französischen Position ein Verfahren festgelegt, das die Einführung der Einheitswährung spätestens zum 1. Januar 1999 für alle Staaten verbindlich machte, die zu diesem Zeitpunkt die Konvergenzkriterien erfüllen würden. Opt-out-Regelungen gab es nur für Großbritannien und Dänemark, die durch spezielle Zusatzprotokolle zum Vertrag das Recht erhielten, vor dem Beitritt zur dritten Stufe der Währungsunion eine weitere nationale Abstimmung durchzuführen.<sup>463</sup>

Die schärfste Veto-Drohung vor dem Maastrichter Gipfel betraf allerdings keine inhaltliche, sondern eine symbolische Frage. Stein des Anstoßes war die Formulierung, dass der Vertrag ein Schritt in dem „Prozess zu einer Union mit föderaler Ausrichtung“ sei, die von der luxemburgischen Ratspräsidentschaft eingeführt und in allen späteren Entwürfen übernom-

---

460 Vgl. Corbett 1993:43.

461 González 28.11.1991:7561.

462 Protokoll über den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt, 07.02.1992; vgl. auch Corbett 1993:52. Der Kohäsionsfonds sollte Umwelt- und Verkehrsprojekte in Mitgliedstaaten fördern, deren Pro-Kopf-BIP unter 90 Prozent des EG-Durchschnitts lag und die ein Programm zur Erfüllung der Konvergenzkriterien verfolgten.

463 Protokoll über einige Bestimmungen betreffend das Vereinigte Königreich Großbritannien und Nordirland, 07.02.1992; Protokoll über einige Bestimmungen betreffend Dänemark, 07.02.1992.

men worden war. Anfang November kündigte die britische Regierung an, die Verwendung des Wortes ‚föderal‘ im Vertragstext auf keinen Fall akzeptieren zu wollen. Als daraufhin sowohl Delors als auch der niederländische Regierungschef Lubbers signalisierten, ein Verzicht auf den Begriff sei möglich, sofern Großbritannien im Gegenzug Zugeständnisse in anderen Bereichen mache, weitete der britische Premierminister Major seine Position aus, indem er erklärte, über diese Frage nicht einmal zu Verhandlungen bereit zu sein. Diese gezielte Verschärfung war jedoch vor allem dem Druck geschuldet, dem sich Major in den Wochen vor dem Gipfel vonseiten des europaskeptischen Flügels der Conservative Party ausgesetzt sah. Verschiedene Fraktionsmitglieder um Margaret Thatcher forderten angesichts der Zugeständnisse, die die britische Regierung im Verlauf der Regierungskonferenzen gemacht hatte, ein nationales Referendum über die Verhandlungsergebnisse; verschiedentlich wurde sogar mit der Gründung einer neuen, dezidiert national-souveränistischen Partei gedroht.<sup>464</sup> Durch die inszenierte Eskalation des Konflikts über das Wort ‚föderal‘ konnte sich Major parteiintern als Vertreter einer harten Linie präsentieren, ohne aber die Einigung über den Vertrag wirklich zu gefährden. Letztlich kam es auf dem Gipfel wenig überraschend zu einem Verzicht auf die Formulierung.

Zur wichtigsten wirklichen Streitfrage wurde schließlich die Sozialpolitik. Während der Regierungskonferenzen hatte vor allem Jacques Delors sich für eine Neufassung des Sozialkapitels im EWG-Vertrag eingesetzt, um der Gemeinschaft in verschiedenen sozialpolitischen Bereichen die Festlegung von Mindeststandards zu ermöglichen. Im Zuge der Veto-Drohungen in den Tagen vor dem Gipfel kam es nun zu scheinbar unvereinbaren Positionierungen: Während Großbritannien jegliche Veränderung am Sozialkapitel des EWG-Vertrags kategorisch ausschloss, erklärten Frankreich und einige weitere Regierungen diese zur unverzichtbaren Bedingung für eine Einigung. Doch auch hierzu fand sich in Maastricht nach mehrstündigen Verhandlungen eine Lösung: Auf Vorschlag Delors' wurden die von Großbritannien abgelehnten Änderungen am Sozialkapitel in

---

464 Tatsächlich gründete der Historiker Alan Sked im November 1991 die kleine Anti-Federalist League, die 1992 mit eigenen Kandidaten bei der Unterhauswahl antrat und sich 1993 zur UK Independence Party (UKIP) umorganisierte (zu den Wurzeln von UKIP in der Tradition der europaskeptischen Konservativen vgl. Tournier-Sol 2015:142). Später entstand außerdem die Referendum Party, deren einzige politische Ziele die Durchführung eines Referendums über den Vertrag von Maastricht sowie eine Neuverhandlung der britischen Mitgliedschaft in der EU waren (vgl. Carter u. a. 1998).

ein eigenständiges Sozialabkommen ausgegliedert, welches nur von den elf übrigen Regierungen unterzeichnet und dem Vertrag in einem Protokoll beigefügt wurde.<sup>465</sup>

Insgesamt war der Gipfel von Maastricht also nicht von neuen visionären Beschlüssen, sondern von der Suche nach Kompromissen dominiert, um die verbliebenen Gegensätze zwischen den Regierungen in teils mehr, teils weniger stringenter Form zu überbrücken. Für John Major stellte sich das Treffen damit als voller Erfolg dar: Kurz nach seiner Rückkehr nach London beschrieb er die Ergebnisse in einer Erklärung vor Medienvertretern euphorisch als „game, set and match for Britain“.<sup>466</sup> Womöglich noch wichtiger war für den Premierminister, dass auch Margaret Thatcher wenige Tage später ihre Unterstützung für den Ausgang der Verhandlungen erklärte und die Forderung nach einem Referendum zurückzog. Obwohl eine kleine Anzahl europaskeptischer Unterhausabgeordneter unter Führung von Norman Tebbit weiterhin Unzufriedenheit äußerte, war damit die befürchtete Spaltung der Conservative Party abgewendet – wenigstens für einige Monate, bevor die Differenzen in der Fraktion anlässlich der Ratifikation des Vertrags erneut ausbrachen. Dass die Opposition aus Labour Party und Liberaldemokraten erneut scharfe Kritik an der europapolitischen Isolation des Landes übte, schmälerte die Hochstimmung der britischen Regierung nach dem Gipfel von Maastricht kaum.<sup>467</sup>

Die übrigen an den Verhandlungen beteiligten Akteure bewerteten die Ergebnisse zurückhaltender, aber ebenfalls positiv. In Deutschland beschrieb Helmut Kohl die Einigung als Erfolg, und auch die SPD begrüßte die Resultate, obwohl sie in manchen Bereichen hinter den Erwartungen zurückgeblieben seien. In Frankreich übte ein Teil der gaullistischen Opposition harsche Kritik an einzelnen Vertragsbestandteilen, durch die die nationale Souveränität in Frage gestellt werde, während die Regierung betonte, dass die wichtigsten Forderungen zur Politischen Union trotz des britischen Widerstands durchgesetzt worden seien. Zudem deutete François Mitterrand wenige Tage nach dem Gipfel erstmals die Möglichkeit einer Ratifikation durch ein nationales Referendum an, was von den Gaullisten begrüßt, von den europafreundlichen Parteien UDF und CDS hingegen als wahltaktisches Manöver der Regierung kritisiert wurde. Ebenfalls verhalten waren schließlich die Reaktionen der Kommission und

---

465 Protokoll über die Sozialpolitik, 07.02.1992. Zu den Maastrichter Verhandlungen über die Sozialpolitik vgl. auch Corbett 1993:49–51, Blair 1999:93–120.

466 Vgl. TT 11.12.1991:1a.

467 Vgl. Childs 2006:276, Grob-Fitzgibbon 2016:459–460.



des Europäischen Parlaments, die zwar die Maastrichter Beschlüsse als bedeutenden Fortschritt beschrieben, aber verschiedene Elemente des Vertrags – etwa die ‚Säulenstruktur‘ oder das britische Sozial-Opt-out – auch nachdrücklich kritisierten.

Nach der Endredaktion und der Übersetzung des Vertrags in alle Amtssprachen wurde er von den Außen- und Finanzministern der Mitgliedstaaten am 7. Februar 1992 bei einer feierlichen Zeremonie in Maastricht unterzeichnet. Genau zwei Monate später verabschiedete das Europäische Parlament eine Resolution, in der es seitenlang die „größten Unzulänglichkeiten“ des Abkommens auflistete, sich zugleich aber klar für eine Ratifikation (und eine weitere Vertiefung bei der nächsten Vertragsreform) aussprach.<sup>468</sup>

Mit diesem Votum endete der ‚europäische‘ Teil des Reformverfahrens. Auch wenn es bis zum Abschluss der Ratifikation noch rund anderthalb Jahre dauern sollte – was insbesondere an dem gescheiterten dänischen Referendum am 2. Juni 1992 lag, dem erst ein knappes Jahr später in einer neuen Volksabstimmung die Zustimmung zum Vertrag folgte –, spielte sich die Auseinandersetzung darüber fortan vor allem innerhalb der nationalen politischen Systeme ab und bot damit kaum noch Anlass zu einem europäischen Verfassungsmoment. Zum letzten Hindernis wurde schließlich eine Klage vor dem deutschen Bundesverfassungsgericht, die jedoch am 12. Oktober 1993 abgewiesen wurde. Nachdem daraufhin die Bundesrepublik als letzter Mitgliedstaat die Ratifikationsurkunde hinterlegt hatte, trat der Vertrag über die Europäische Union am 1. November 1993 in Kraft.

---

468 Europäisches Parlament 07.04.1992.



## 5. Ergebnisse des Zweiten Teils

Im Verlauf der Verhandlungen über den Vertrag von Maastricht lassen sich im Wesentlichen drei Phasen unterscheiden: Bis zum Fall der Berliner Mauer im November 1989 waren es hauptsächlich die supranationalen EG-Organe, die sich für eine Vertragsänderung einsetzten. Dies betraf vor allem das Europäische Parlament, welches eine Reihe von föderalistisch inspirierten Reformen vorschlug, die nicht zuletzt auf eine Stärkung der Europaabgeordneten selbst hinausliefen. Aber auch die Europäische Kommission unter Jacques Delors verfolgte mit dem Ziel einer europäischen Einheitswährung eine klar supranationale Agenda. Die nationalen Regierungen standen einer Vertragsreform hingegen großteils zurückhaltend bis ablehnend gegenüber. Während die Vorschläge des Parlaments weitgehend ignoriert wurden, wurde die Währungsunion vom Europäischen Rat wenigstens offiziell unterstützt. Insbesondere die französische Regierung unter François Mitterrand verfolgte dabei das Ziel, die Dominanz der Deutschen Bundesbank im Europäischen Währungssystem zu überwinden. Der deutsche Unwille, einen klaren Zeitplan für den Übergang zu einer Einheitswährung festzulegen, und besonders die strikte britische Weigerung gegenüber jeglicher Kompetenzübertragung auf die europäische Ebene machten die vollständige Umsetzung des im April 1989 vorgestellten Delorsplans jedoch unwahrscheinlich.

Die eigentliche Schlüsselphase für die Vertragsreform bildete der Zeitraum zwischen November 1989 und Oktober 1990, wobei besonders die Haltung der deutschen und französischen Regierung eine entscheidende Rolle spielte. Wichtiger Auslöser war der Fall der Berliner Mauer, der überraschend die deutsche Wiedervereinigung auf die Tagesordnung setzte und wegen der Sorge vor einer neuen deutschen Hegemonie zu einer Vertrauenskrise unter den westeuropäischen Staaten führte. In dieser Situation sah die Bundesregierung in einem entschlossenen Bekenntnis zur europäischen Integration die beste Möglichkeit, um sich Unterstützung für ihr wichtigstes eigenes Ziel – die nationale Einheit – zu sichern. Allerdings forderte Helmut Kohl zugleich auch die Verwirklichung einer ‚Politischen Union‘, die die Währungsunion ergänzen und nicht zuletzt für die deutsche Wählerschaft annehmbarer machen sollte. Im Vorfeld des Dubliner Gipfels im April 1990 akzeptierte die französische Regierung diesen Ansatz eines umfassenden Integrationsschritts, der zudem auch von den

traditionell europafreundlichen Mitgliedstaaten wie Italien, Spanien, Belgien und den Niederlanden unterstützt wurde.

Anders als das Europäische Parlament und Kommissionspräsident Delors folgten die französische und die deutsche Regierung bei der Einleitung der Vertragsverhandlungen also weniger einer europäisch-föderalistischen Motivation, sondern betrachteten die Integration vor allem als Mittel, um bestimmte nationale Zielsetzungen zu verwirklichen. Allerdings griffen sie dabei auf die föderalistisch inspirierten Reformvorschläge der supranationalen Organe zurück und machten sich teils auch deren Argumentationsmuster zu eigen. Im Laufe des Jahres 1990 traf der Europäische Rat deshalb eine Reihe von Beschlüssen, die die wesentlichen Inhalte der Vertragsreform bereits vorwegnahmen. Kontinuierlicher Widerstand kam dabei lediglich von Seiten der britischen Premierministerin Margaret Thatcher. Diese wurde jedoch auf europäischer Ebene weitgehend isoliert und geriet zudem auch innenpolitisch immer mehr unter Druck, bis sie schließlich im November 1990 ihren Rücktritt erklären musste.

Mit der Eröffnung der Regierungskonferenzen im Dezember 1990 begann schließlich die letzte Phase der Vertragsverhandlungen. Je mehr sich die Gespräche diesem formalen Verfahren näherten, desto geringer wurde der Einfluss der supranationalen Organe. Stattdessen trat nun die Suche nach einem Ausgleich zwischen den verschiedenen nationalen Positionen in den Mittelpunkt. Dabei zeigte sich einerseits die neue britische Regierung unter John Major kompromissbereiter als zuvor, andererseits erklärten sich aber auch Deutschland und Frankreich nun eher zu einer intergouvernementalen Ausgestaltung der Politischen Union bereit. Obwohl die beteiligten Akteure kurz vor dem Abschluss der Regierungskonferenzen noch einmal ihre Maximalforderungen bekräftigten, war im Dezember 1991 auch der Gipfel von Maastricht selbst letztlich von der Suche nach Kompromisslösungen geprägt. Insgesamt brachte diese Phase der Verhandlungen deshalb eine Abschwächung, aber keine Preisgabe des Konstitutionalisierungsschubs. Mit der Vertragsunterzeichnung im Februar und der Zustimmung des Europäischen Parlaments im April 1992 endete schließlich der gesamteuropäische Teil des Reformverfahrens und ging in die nationalen Ratifikationsprozesse über.

Betrachtet man den Verlauf der Vertragsreform unter dem Gesichtspunkt eines möglichen Verfassungsmoments, so war die Wahrscheinlichkeit für eine rasche Veränderung der öffentlichen Verfassungsdiskurse in der zweiten Phase – zwischen dem Mauerfall und der Eröffnung der Regierungskonferenzen – zweifellos am höchsten. Zum einen waren die Verhandlungen in diesem Zeitraum am stärksten von einer krisenhaften Ent-

wicklung geprägt, in der hohe Unsicherheit über die künftige politische Ordnung Europas bestand und entsprechend tiefgreifende Veränderungen möglich erscheinen mussten. Zum anderen war dies auch tatsächlich die Periode, in der die weitestreichenden Vorentscheidungen über den Vertrag fielen. Ab Beginn der Regierungskonferenzen wurden das Verfahren geordneter und die supranationalen Ambitionen im Europäischen Rat geringer. Obwohl die öffentliche Aufmerksamkeit für die Vertragsreformen in dieser Zeit eher zu- als abnahm, ging damit ab Ende 1990 auch das Potenzial für einen Verfassungsmoment wieder zurück.

In der folgenden Diskursanalyse steht deshalb die zweite Phase der Vertragsverhandlungen von November 1989 bis Dezember 1990 im Mittelpunkt. Um den Verlauf der Debatte besser zu verstehen, werden zuvor jedoch auch die Entwicklungen in der ersten Verhandlungsphase 1988/89 in den Blick genommen. Von der dritten Phase wird hingegen nur der Gipfel von Maastricht selbst betrachtet, der den Augenblick des größten medialen Interesses für die Vertragsreform bildete. Die damit verbundene Verdichtung der Debatte lässt einen Verfassungsmoment ebenfalls grundsätzlich möglich erscheinen, weshalb hier auch die Wochen vor und nach dem Gipfel näher untersucht werden sollen. Auf eine detaillierte Analyse der Mediendiskurse während des Rests der dritten Verhandlungsphase, also der Zeit von Januar bis November 1991, wird hier hingegen verzichtet.



*Dritter Teil: Die öffentliche Debatte über die Vertragsreform*





## 1. Vorbemerkung

Trotz ihres krisenhaften Verlaufs und trotz der Tragweite ihrer Ergebnisse führten die Verhandlungen über den Vertrag von Maastricht nicht zu einer öffentlichen Neudeutung der europäischen Integration im Sinne eines europäisch-innenpolitischen Modells. Ein Erklärungsansatz, warum dieser Verfassungsmoment ausblieb, wurde bereits im Ersten Teil der Arbeit formuliert: Demnach hatte in allen Ländern jeweils die nationale Regierung den höchsten Nachrichtenwert, da sie als einziger Akteur sowohl unmittelbar an den Verhandlungen beteiligt als auch dem nationalen Publikum durch Wahlen verantwortlich war. Dies führte zu einer Fragmentierung der öffentlichen Auseinandersetzung entlang nationaler Grenzen, bei der für jede Zeitung die europapolitische Agenda der eigenen Regierung im Vordergrund stand. Andere Akteursgruppen bezogen ihren Nachrichtenwert hingegen nur aus jeweils einem dieser beiden Nachrichtenfaktoren: Die übrigen Regierungen hatten Bedeutung vor allem als Veto-Akteure in den Verhandlungen; da sie für das jeweils nationale Publikum nicht wähl- oder abwählbar waren, wurden ihre Tätigkeiten jedoch eher nicht unter parteipolitisch-weltanschaulichen Vorzeichen bewertet. Umgekehrt war die nationale Opposition für das jeweils nationale Publikum vor allem als die Wahlalternative von Interesse, an der sich die Regierung messen lassen musste, und spielte deshalb eine wichtige Rolle in der parteipolitischen Debatte. Sie hatte jedoch keinen direkten Einfluss auf das Ergebnis der Verhandlungen, sodass ihre Positionen nur für die nationale Europapolitik als relevant angesehen wurden, nicht für die europäischen Verhandlungen insgesamt.

Um diesen Erklärungsansatz zu überprüfen, soll im Folgenden die mediale Debatte analysiert werden, die in den großen deutschen, französischen und britischen Qualitätstageszeitungen über die Vertragsverhandlungen geführt wurde. Tatsächlich lässt sich an diesen Zeitungen recht deutlich beobachten, wie sich die beschriebene Akteurskonstellation auch auf die Berichterstattung auswirkte. Generell zerfiel die Debatte über die Vertragsreform in jeder nationalen Öffentlichkeit grob in zwei Darstellungsfelder: Eine Gruppe von Artikeln und Kommentaren befasste sich mit den *zwischenstaatlichen* Verhandlungen über die Vertragsreform; eine andere behandelte die jeweiligen *innerstaatlichen* Auseinandersetzungen über die von der Regierung eingeschlagene Europapolitik. Dabei lag der

## 1. Vorbemerkung

Fokus innerhalb der ersten Gruppe auf der Frage, wie die eigene Regierung mit den Regierungen der übrigen Mitgliedstaaten (und mit den supranationalen Organen, etwa der Europäischen Kommission) interagiert. In der zweiten Gruppe konfrontierten die Artikel die Positionen der eigenen Regierung mit jenen anderer Akteure des eigenen Landes; Akteure aus dem Ausland kamen hingegen kaum vor.

Beispielhaft lässt sich diese Zweiteilung an der Berichterstattung des britischen *Guardian* nach dem Gipfel von Maastricht verdeutlichen. Am 12. Dezember 1991 erschienen hier gleich zwei Themenseiten zu den Verhandlungsergebnissen: Die eine von ihnen war mit „After the Summit: View from Europe“ überschrieben und enthielt unter anderem Artikel und Kommentare über die Vertragsinhalte sowie eine Übersicht, inwieweit die einzelnen nationalen Regierungen ihre Verhandlungsziele erreicht hatten. Die andere trug hingegen den Titel „After the Summit: View from Britain“ und beschrieb die Reaktionen der verschiedenen britischen Parteien sowie einzelner nationaler Interessengruppen, etwa des britischen Industrieverbands.<sup>469</sup>

Die Artikel der beiden genannten Gruppen unterschieden sich jedoch nicht nur in Bezug auf die darin behandelten Akteure und Themen. Häufig waren sie auch von unterschiedlichen Autoren verfasst: Auslands- und Europakorrespondenten im ersten Fall, Politikredakteure und (nationale) Parlamentskorrespondenten im zweiten.<sup>470</sup> Eine Kombination aus der zwischen- und der innerstaatlichen Perspektive fand sich in der Regel allen-

---

469 TG 12.12.1991:2b, TG 12.12.1991:3a.

470 Alle untersuchten Zeitungen unterhielten im analysierten Zeitraum eigene Büros in Brüssel mit teils mehreren Korrespondenten. Zahlreiche Artikel über die Vertragsverhandlungen erschienen besonders von Winfried Münster für die SZ, Peter Hort und Michael Stabenow für die FAZ, Philippe Lemaitre, Claire Tréan und Marcel Scotto für *Le Monde*, Robert de Suzannet und Baudouin Bollaert für *Le Figaro*, John Palmer für den *Guardian* sowie George Brock, Michael Binyon und Peter Guilford für die *Times*. Daneben erschienen häufig Beiträge der Auslandskorrespondenten in den Hauptstädten der anderen großen Mitgliedstaaten, etwa Gerd Kröncke (London) für die SZ, Thankmar von Münchhausen (Paris), Ulrich Grundinski (London), Heinz-Joachim Fischer (Rom) und Walter Haubrich (Madrid) für die FAZ, Dominique Dhombres bzw. Laurent Zecchini (London), Henri de Bresson (Bonn) und Christian Chartier (Den Haag) für *Le Monde*, Vincent Gérard bzw. Jacques Duplouich (London) und Jean-Paul Picaper (Bonn) für *Le Figaro*, Paul Webster (Paris), David Gow (Bonn) und John Hooper (Madrid) für den *Guardian*, Ian Murray (Bonn) für die *Times*. Andere Journalisten, die sich (etwa als Leiter des Außenpolitik-Ressorts, als Wirtschaftsredakteure oder als Kolumnisten) wiederholt mit den Maastricht-Verhandlungen befassten, waren unter anderem Josef Joffe und Franz Thoma in der SZ,

falls in längeren Berichten und in einigen Meinungstexten. Allerdings sorgte auch in diesen Fällen meist die innere Struktur der Artikel für eine Differenzierung beider Aspekte. So berichteten etwa Seite-1-Aufmacher zu bedeutenden Gipfelereignissen bisweilen zunächst über die zwischenstaatlichen Verhandlungen, ehe sie am Ende kurz zu den innerstaatlichen Reaktionen wechselten.<sup>471</sup>

Diese deutliche Unterscheidung, die die Medien selbst zwischen den beiden Seiten der Debatte über den Vertrag vornahmen, liegt auch dem Aufbau der folgenden Analyse zugrunde. Im folgenden Kapitel wird für jede der beiden Artikelgruppen dargestellt, welche gemeinsamen Merkmale sich in allen untersuchten Zeitungen fanden. Anschließend werden für die erste und zweite Verhandlungsphase sowie für den Gipfel von Maastricht die länderspezifischen Ausprägungen der Debatte in Deutschland, Frankreich und Großbritannien in den Blick genommen, wobei jeweils zuerst die Berichterstattung über die zwischenstaatlichen Verhandlungen und dann die über die nationale Europapolitik analysiert wird.

---

Günther Nonnenmacher und Klaus-Dieter Frankenberger in der FAZ, Jacques Amalric, Marie-Pierre Subtil, Pierre Servent und Françoise Lazare in *Le Monde*, Paul Guilbert, Jean François-Poncet und Franz-Olivier Giesbert im *Figaro*, Hugo Young und Will Hutton im *Guardian* sowie Andrew McEwen in der *Times*. Das Spektrum der Autoren, die über nationale Europapolitik schrieben, war demgegenüber meist größer und weniger spezialisiert; wiederholt in Erscheinung traten hier unter anderem Udo Bergdoll in der SZ, Claus Gennrich in der FAZ, Alain Rollat in *Le Monde*, Henri Paillard, Jean-Philippe Moinet, Patrice-Henry Desaubliaux und Michel Chamard im *Figaro*, Michael White, Patrick Wintour, Hella Pick, Alan Travis und Nikki Knewstubb im *Guardian* sowie Ronald Butt, Nicholas Wood, Philip Webster und Robert Oakley in der *Times*.

471 Vgl. z. B. TT 22.09.1988:1, TG 20.04.1990:1, SZ 11.12.1989:1, SZ 30.04.1990:1.



## 2. Gemeinsame Merkmale

### 2.1 *Die Debatte über die europäischen Verhandlungen*

Vergleicht man die Darstellung der Verhandlungen auf europäischer Ebene – die Vorschläge der supranationalen Institutionen und die Gespräche zwischen den Regierungen der Mitgliedstaaten –, so lassen sich bei der Auswahl der berichteten Ereignisse große Ähnlichkeiten zwischen den Zeitungen aller drei untersuchten Länder feststellen. Im Mittelpunkt standen jeweils die Tagungen des Europäischen Rates, wo nach dem Verständnis der Medien die zentralen Beschlüsse über die Vertragsreform fielen. Diesen Gipfeltreffen (etwa in Straßburg im Dezember 1989, Dublin im April und Juni 1990 oder Rom im Oktober und Dezember 1990) war in der Regel an mindestens einem, manchmal an mehreren aufeinanderfolgenden Tagen ein Aufmacher auf dem Titelblatt der Zeitung gewidmet. Außerdem erschienen in ihrem Umfeld vermehrt weitere Artikel und Kommentare, die zum Beispiel das Verfahren der Verhandlungen, die Interessen der beteiligten Akteure oder die Aussichten auf eine Einigung thematisierten.

Typischerweise begann die mediale Aufmerksamkeit für einen Gipfel etwa ein bis zwei Wochen vorher. Dies entsprach ungefähr dem Zeitrahmen, in dem auch die beteiligten politischen Akteure die Vorschläge veröffentlichten, über die sie bei der Tagung diskutieren wollten: So wurden etwa der deutsch-französische Vorschlag für eine Politische Union vom 19. April 1990 neun Tage, der britische Major-Plan vom 20. Juni 1990 fünf Tage und die Stellungnahme der Kommission zur Politischen Union vom 21. Oktober 1990 sechs Tage vor einem angesetzten Gipfel präsentiert. Die ausführlichste Berichterstattung fand sich dann meist unmittelbar nach dem Treffen, wenn dessen Ergebnisse analysiert wurden. Danach nahm das mediale Interesse in der Regel schnell wieder ab oder leitete – sofern die Gipfelergebnisse unter nationalen Akteuren umstritten waren – in eine innerstaatliche Kontroverse über.

Andere Ereignisse, an denen die nationalen Regierungen nicht beteiligt waren, fanden demgegenüber deutlich weniger Aufmerksamkeit. So wurden die Resolutionen für eine institutionelle Reform, die das Europäische Parlament in den Monaten vor dem Fall der Berliner Mauer verabschiedete, von den Medien weitgehend ignoriert; und auch die Entschließungen

## 2. Gemeinsame Merkmale

zur Politischen Union vom 23. November 1989 und vom 14. März 1990, die erheblichen Einfluss auf die weiteren Verhandlungen ausübten, fanden nur ein geringes Presseecho. Desgleichen wurden die Kongresse der supranationalen Parteifamilien und die ‚Assisen‘ Ende 1990 in den meisten Zeitungen allenfalls in einzelnen Berichten auf den hinteren Seiten behandelt.<sup>472</sup> Selbst der Veröffentlichung des Delorsplans im April 1989 widmeten lediglich die beiden britischen Zeitungen und *Le Monde* einen Leitartikel.<sup>473</sup>

Als eine zweite Gemeinsamkeit lässt sich unter allen betrachteten Zeitungen beobachten, dass die Intensität der Berichterstattung im Verlauf der Verhandlungen tendenziell anstieg. Während die Möglichkeit einer Vertragsreform in der ersten Phase der Gespräche kaum thematisiert wurde, fanden sich nach dem Fall der Berliner Mauer deutlich mehr Artikel dazu. Einen erneuten leichten Anstieg gab es mit den beiden Gipfeln von Rom in der zweiten Jahreshälfte 1990. Die mit Abstand größte Aufmerksamkeit wurde in allen Zeitungen jedoch dem Gipfel von Maastricht im Dezember 1991 zuteil, zu dem die Berichterstattung sehr viel detaillierter war und sich auch schon im Vorfeld über einen deutlich längeren Zeitraum hinzog als bei allen vorhergehenden Ereignissen.

Dieses wachsende Medieninteresse lässt sich am ehesten mit der zunehmenden Verankerung des Themas im öffentlichen Bewusstsein erklären, die umso größer wurde, je weiter die Verhandlungen fortschritten und die Einigung über den Gesamtvertrag näher rückte – ein Effekt, der dem empirisch gut belegten Nachrichtenfaktor ‚Kontinuität‘ bzw. ‚Thematisierung‘ entspricht.<sup>474</sup> Demgegenüber fanden die wesentlichen politischen Vorentscheidungen über die Vertragsreform (die, wie oben dargestellt, bereits im Lauf des Jahres 1990 fielen) in allen Ländern nur ein geringeres Presseecho. Verbindet man dies mit der Beobachtung von Christoph O. Meyer, dass zwischen 1991 und 1992 die Zahl der Brüsseler Korrespondenten sprunghaft anstieg,<sup>475</sup> so liegt die Interpretation nahe, dass die Medien selbst von der Tragweite der europapolitischen Entscheidungen in der ers-

---

472 Eine Ausnahme bildete dabei *Le Monde*, wo sehr ausführlich über die Assisen berichtet wurde (siehe hierzu unten, Dritter Teil, Kapitel 4.2.1). Vgl. zu den Assisen auch TT 29.11.1990:23.

473 TT 18.04.1989:17, TG 18.04.1989:18, LM 19.04.1989:1.

474 So die im Wesentlichen gleichbedeutenden Bezeichnungen bei Galtung / Ruge 1965 bzw. Schulz 1990 [1976]. Vgl. auch oben, Erster Teil, Kapitel 4.2.

475 Die Zahl der in Brüssel akkreditierten Journalisten war von 1987 bis 1991 von 480 auf 520 angewachsen und erhöhte sich dann innerhalb eines Jahres auf fast 650 (Meyer 2002:122–123).

ten Jahreshälfte 1990 überrascht wurden und erst anlässlich des Gipfels von Maastricht auf eine entsprechend umfassende Berichterstattung vorbereitet waren.<sup>476</sup>

Während sich über die Zeit hinweg also eine Zunahme des Medieninteresses beobachten lässt, fanden sich zwischen den verschiedenen Ländern oder einzelnen Zeitungen kaum Unterschiede im Ausmaß der Berichterstattung – jedenfalls was speziell den Aspekt der *zwischenstaatlichen* Vertragsverhandlungen betrifft. Tendenziell waren diesen in Großbritannien etwas mehr, in Deutschland, vor allem in der *Süddeutschen Zeitung*, etwas weniger Artikel gewidmet.<sup>477</sup> Dabei handelte es sich aber wohl nur um eine Nebenfolge der recht deutlichen Unterschiede bei der Debatte über die *nationale* Europapolitik, auf die weiter unten näher eingegangen wird: Diese war in Großbritannien weitaus intensiver als in den übrigen Ländern, weshalb die britischen Zeitungen auch ein höheres Interesse ihrer Leser für Informationen über den Verlauf der Verhandlungen erwarten konnten.<sup>478</sup> Insgesamt war dieses Gefälle jedoch nicht sehr auffällig.

In Bezug auf die Akteure, die im Vordergrund der Berichterstattung standen, richtete sich – ganz wie es die oben formulierten Hypothesen er-

---

476 Einen ähnlichen Effekt beschreibt auch Jan-Henrik Meyer, der die deutliche Zunahme der Berichterstattung über den Gipfel von Maastricht 1991 im Vergleich zum Gipfel von Luxemburg 1985 mit der ‚Pfadabhängigkeit‘ des Medieninteresses erklärt (Meyer 2008:338–339).

477 Das vergleichsweise geringe Interesse der *Süddeutschen Zeitung* an den Vertragsverhandlungen wird auch von Jan-Henrik Meyer bestätigt, der untersucht, wie viele Artikel in jeder Zeitung einen EG-Bezug hatten und wie hoch deren Anteil an allen sowie an allen außenpolitischen Artikeln der Zeitung war (Meyer 2010:159–160). Allerdings unterscheidet Meyers Untersuchung nicht zwischen Artikeln über die zwischenstaatlichen Verhandlungen und Artikeln über die nationale Europapolitik und beschränkt sich zudem ausschließlich auf den Gipfel im Dezember 1991. Dies erklärt, weshalb er die höchste Zahl an EG-Artikeln ausgerechnet bei *Le Figaro* findet: In Frankreich kam es gerade um den Gipfel von Maastricht zu einer starken Zunahme der *innerstaatlichen* Europadebatte (siehe unten, Dritter Teil, Kapitel 5.2.2), ohne dass sich die Darstellungsintensität der *zwischenstaatlichen* Verhandlungen wesentlich von den übrigen Ländern unterschieden hätte.

478 Zudem unterschieden sich die britischen Medien, wie unten noch näher beschrieben wird, auch inhaltlich von den deutschen und französischen, da im Fokus der Berichterstattung jeweils die eigene nationale Regierung stand und die Vorschläge der britischen Regierung stark von denen der übrigen Staaten abwichen. Ein Grund für die etwas ausführlichere Berichterstattung über die Vertragsverhandlungen könnte also auch sein, dass die britischen Zeitungen neben den Initiativen der eigenen Regierung auch noch wenigstens zu einem gewissen Grad die tatsächlichen Hauptthemen der Verhandlungen abdecken mussten.

## 2. Gemeinsame Merkmale

warten lassen – die meiste Aufmerksamkeit in jedem Land auf die jeweils eigene nationale Regierung. Abgesehen davon spielten in der Berichterstattung allerdings jeweils recht ähnliche Akteure eine wichtige Rolle. Nach der eigenen Regierung am häufigsten thematisiert wurden in allen drei untersuchten Ländern die Regierungen der beiden anderen großen Mitgliedstaaten. Dabei herrschte durchgehend (wenn auch im Einzelnen mit gewissen Unterschieden, auf die weiter unten ausführlicher eingegangen wird) ein Interpretationsmuster vor, das Deutschland und Frankreich als die hauptsächlich treibenden Kräfte und Großbritannien als wichtigsten Bremsen der Vertragsreform sah.

Alle übrigen Akteure stießen demgegenüber auf deutlich weniger Interesse. Eine gewisse Bedeutung wurde jeweils der Regierung des Landes zugeschrieben, das die halbjährige EG-Ratspräsidentschaft innehatte, in den Jahren 1989–91 also nacheinander Spanien, Frankreich, Irland, Italien, Luxemburg und den Niederlanden. Von ihnen erwarteten die Medien zum einen Kompromissvorschläge zwischen den Maximalpositionen, zum anderen auch eine Führungsrolle in Verfahrensfragen – etwa in Bezug auf das Tempo oder die Schwerpunktsetzung der Gespräche.<sup>479</sup> Außerdem gewannen die Regierungen kleinerer Mitgliedstaaten manchmal an medialer Präsenz, wenn sie in spezifische Konflikte verwickelt waren und mit einer Blockade der Verhandlungen drohten: So berichteten etwa die deutschen und französischen Zeitungen im Dezember 1990 recht ausführlich über die scharfe Kritik, die die niederländische Regierung an einem Vorschlag Kohls und Mitterrands zur Politischen Union geübt hatte,<sup>480</sup> und in allen drei Ländern fand vor dem Gipfel von Maastricht die mit einer Veto-Drohung verbundene Forderung Spaniens nach einem neuen Konvergenzfonds Aufmerksamkeit.<sup>481</sup>

---

479 Vgl. etwa TG 28.06.1989:10b (zu Spanien), TG 01.07.1989:6a (zu Frankreich), FAZ 11.04.1990:6 (zu Irland), SZ 25.06.1990:7, TG 02.07.1990:6, TG 13.07.1990:10, TT 13.07.1990:9 (zu Italien), LM 01.12.1991:1, TT 05.12.1991:11a, TT 09.12.1991:2a (zu den Niederlanden).

480 Vgl. SZ 10.12.1990:9, SZ 14.12.1990:4, SZ 14.12.1990:8, FAZ 14.12.1990:1–2, FAZ 17.12.1990:12b, LM 11.12.1990:3, LM 14.12.1990:1, LM 16.12.1990:3, LF 14.12.1990:1. In den britischen Zeitungen wurde dieser Konflikt hingegen überhaupt nicht erwähnt.

481 Vgl. u. a. SZ 04.12.1991:2, SZ 07.12.1991:12e, SZ 09.12.1991:2, FAZ 04.12.1991:2, FAZ 09.12.1991:1–2, FAZ 09.12.1991:2b, FAZ 12.12.1991:2c, LM 05.12.1991:6b, LM 07.12.1991:6e, LF 27.11.1991:5, TG 03.12.1991:8a, TG 09.12.1991:2e, TT 29.11.1991:12, TT 10.12.1991:11d. Für die britischen Medien zeichnete sich dieses Thema nicht zuletzt dadurch aus, dass es der einzige große Konflikt vor dem Gipfel von Maastricht war, bei dem die britische Regierung



Davon abgesehen erschienen die kleineren Staaten jedoch meist nur in summarischen Gesamtüberblicken, in denen die Positionen aller Mitgliedsregierungen dargestellt wurden. Solche Übersichtsdarstellungen waren vor allem im Vorfeld von Gipfeln recht verbreitet.<sup>482</sup> Allerdings war auch hier häufig den Regierungen der großen Staaten mehr Platz gewidmet als den übrigen: So beschrieb etwa die *Times* kurz vor dem Maastrichter Gipfel unter der Überschrift „Where the twelve Community leaders stand“ die Regierungschefs aller Mitgliedsländer in Einzelporträts, ging dabei jedoch nur auf Major, Kohl, Mitterrand und González ausführlicher ein.<sup>483</sup>

Unter den supranationalen Akteuren, die an den Verhandlungen beteiligt waren, spielte vor allem der Kommissionspräsident Jacques Delors eine wichtige Rolle. Dieser wurde nicht nur regelmäßig als Teilnehmer an den Gipfeltreffen des Europäischen Rates genannt, sondern galt seit der Vorstellung des nach ihm benannten Plans zur Währungsunion in allen Ländern als treibende Kraft der Vertragsreform. Dies ist aus Perspektive der oben formulierten Überlegungen zum Nachrichtenwert insofern überraschend, als Delors während der Verhandlungen wenigstens formal nur noch geringen Einfluss auf die spätere Entscheidung nehmen konnte und jedenfalls kein Vetorecht besaß. Er galt jedoch als wichtiger Ideengeber der Reform und fand vor allem in den britischen Medien als Symbolfigur des europäischen Föderalismus und Gegenspieler der Regierung Thatcher teilweise ebenso viel Aufmerksamkeit wie der deutsche Bundeskanzler Kohl oder der französische Präsident Mitterrand.

Hingegen nahmen die Positionen des Europäischen Parlaments in allen Ländern nur einen deutlich untergeordneten Stellenwert ein. Sie wurden zwar in groben Zügen wiedergegeben, aber nicht ausführlich behandelt. Auffälligerweise wurde das Parlament zudem in aller Regel als eine institutionelle Einheit betrachtet. Eine Differenzierung zwischen den Standpunkten der einzelnen Fraktionen bzw. der europäischen Parteienfamilien erfolgte fast nie – was allerdings auch dadurch zu erklären ist, dass EVP,

---

nicht im Mittelpunkt stand. Dies ging etwa aus einer Liste der zehn wichtigsten offenen Streitfragen hervor, die die *Times* Anfang Dezember 1991 an mehreren Tagen abdruckte (erstmalig in TT 03.12.1991:1). Unmittelbar vor dem Gipfel ließ sie die spanische Veto-Drohung allerdings fallen und reduzierte die Liste auf neun Punkte (TT 09.12.1991:1b) – offenbar weil Konflikten, an denen die eigene Regierung nicht beteiligt war, letztlich doch nur eine geringere Bedeutung zugeschrieben wurde.

482 Vgl. zum Beispiel FAZ 13.12.1990:5h, SZ 07.12.1991:12d.

483 TT 09.12.1991:2e.

BSPEG und ELDR in der Frage der Vertragsreform nur geringe inhaltliche Unterschiede aufwiesen. Häufig zitierten die Medien stattdessen nur den Parlamentspräsidenten Enrique Barón Crespo, der jeweils zu Beginn der Treffen des Europäischen Rates anwesend war, um die institutionellen Positionen des Parlaments zu vertreten.<sup>484</sup> Sofern darüber hinaus noch weitere Abgeordnete genannt wurden, neigten die Zeitungen dazu, eher die Meinungen von Parlamentariern aus dem eigenen Land zu zitieren als von solchen aus anderen Mitgliedstaaten – in aller Regel ohne diesen Umstand explizit zu thematisieren.<sup>485</sup> Auch wenn die Zeitungen Gastkommentare und Leserbriefe von Europaabgeordneten abdruckten, was immer wieder vorkam, stammten diese fast immer nur von solchen aus dem eigenen Land.<sup>486</sup>

Wie stark die Berichterstattung auch über das Europäische Parlament von der jeweiligen nationalen Agenda geprägt war, lässt sich beispielhaft an der Resolution vom 11. Juli 1990 verdeutlichen, in der das Parlament seine Haltung zur Politischen Union zum Ausdruck brachte. Die beiden deutschen Zeitungen berichteten über diese Resolution deutlich weniger

---

484 Vgl. etwa TT 09.12.1989:1, TG 11.10.1990:10, FAZ 10.12.1991:5a, LM 11.12.1991:6. Daneben wurden verschiedentlich auch die Fraktionsvorsitzenden der Christdemokraten (Egon Klepsch), Sozialdemokraten (Jean-Pierre Cot) und Liberalen (Valéry Giscard d'Estaing) zitiert – allerdings in der Regel mit weitgehend übereinstimmenden Meinungen (z. B. FAZ 21.11.1991:5a). Berichte, die allein die Position einzelner Fraktionen oder Parteifamilien in den Blick nahmen, waren selten und meist eher kurz (z. B. LM 13.12.1990:4a, FAZ 07.12.1991:2).

485 So ließ etwa die FAZ mehrfach einzelne deutsche Abgeordnete gewissermaßen stellvertretend für das Parlament insgesamt zu Wort kommen (z. B. FAZ 23.06.1990:10, FAZ 09.12.1991:10b), und *Le Monde* zitierte recht häufig die Positionen Valéry Giscard d'Estaings, der als UDF-Parteivorsitzender und ehemaliger Staatspräsident auch ein wichtiger Akteur der französischen nationalen Politik war (z. B. LM 14.12.1989:8, LM 19.04.1990:1, LM 22.06.1990:7, LM 22.11.1991:3a, LM 28.11.1991:8c).

486 Z. B. SZ 07.12.1991:12a, FAZ 04.12.1990:10, FAZ 09.12.1991:12b, LM 29.06.1988:2, LM 21.04.1989:2, LM 30.06.1990:2, LF 09.12.1991:2b, TT 07.10.1988:17a, TT 30.10.1990:13a, TT 06.12.1989:17a. Zu den wenigen Ausnahmen zählten ein Leserbrief des niederländischen Liberalen Hans Nord in der *Times* sowie Gastkommentare des französischen Sozialdemokraten Jean-Pierre Cot im *Guardian* (TT 23.09.1988:13b, TG 23.11.1990:29a). Insbesondere in der *Times* erschienen recht viele Leserbriefe von britischen konservativen Europaabgeordneten, die sich in der Regel allerdings weniger mit der Vertragsreform selbst als mit der Position der britischen Regierung dazu befassten und daher am besten als Meinungsäußerungen im Flügelstreit der Conservative Party zu verstehen sind (z. B. TT 26.06.1989:15, TT 28.04.1990:11a, TT 13.12.1991:15a).

ausführlich als über eine andere Entschließung vom selben Tag, in der das Europäische Parlament Position zur deutschen Wiedervereinigung bezog.<sup>487</sup> In Frankreich nahm *Le Monde* die Parlamentsresolution zum Anlass, um ausführlich die Möglichkeit eines „Sénat européen composé de délégués des Parlements nationaux“ zu erörtern – ein Vorschlag, der von verschiedenen französischen (sowie belgischen und britischen) Politikern unterstützt wurde, im Europäischen Parlament selbst hingegen kaum auf Zustimmung stieß.<sup>488</sup> *Le Figaro* konzentrierte sich auf einen am selben Tag verabschiedeten Bericht des Parlaments zum Subsidiaritätsprinzip, den der ehemalige französische Staatspräsident Valéry Giscard d’Estaing verfasst hatte.<sup>489</sup> In Großbritannien schließlich berichtete die *Times* überhaupt nicht über die Resolution, während der *Guardian* die Forderungen des Parlaments als „a direct confrontation with the British government“ bezeichnete und insbesondere analysierte, wie sich die Europaabgeordneten der Conservative Party und der Labour Party dazu positionierten.<sup>490</sup>

Über die verschiedenen nationalen Regierungen und die supranationalen Institutionen hinaus behandelten die Berichte über die zwischenstaatlichen Verhandlungen schließlich bisweilen auch die ausländischen Oppositionsparteien oder andere ausländische Akteure, denen ein gewisser Einfluss auf die nationale Europapolitik ihres Landes zugeschrieben wurde. Allerdings waren die Positionen dieser Akteure in der Regel nicht alleiniges Thema eines Artikels, sondern wurden jeweils in mehr oder weniger expliziter Form mit dem Standpunkt der Regierung ihres Landes verglichen. Letztlich dienten diese Beiträge also vor allem dem Zweck, die Haltung der jeweiligen ausländischen *Regierung* zu erklären, indem man sie in den Kontext der innerstaatlichen Debatte setzte, die in dem betreffenden Land über die dortige nationale Europapolitik geführt wurde.<sup>491</sup>

---

487 In der FAZ erschien über beide Resolutionen je ein Artikel, wobei jener zur Politischen Union allerdings kürzer ausfiel (FAZ 12.07.1990:5a, FAZ 12.07.1990:5b). Die SZ berichtete ausschließlich über die Resolution zur deutschen Wiedervereinigung (SZ 12.07.1990:2).

488 LM 12.07.1990:1, 4, ähnlich LM 12.07.1990:4a, LM 12.07.1990:4b.

489 LF 12.07.1990:6, LF 13.07.1990:6. Dabei zitierte die Zeitung ausschließlich Äußerungen französischer Politiker: neben Giscard d’Estaing noch den Präsidenten der Assemblée Nationale Laurent Fabius, den Europaabgeordneten Claude Cheysson sowie den Kommissionspräsident Jacques Delors.

490 TG 11.07.1990:4.

491 Da diese innerstaatliche Europadebatte in Großbritannien besonders heftig geführt wurde, berichteten deutsche und französische Zeitungen auch besonders häufig über die britische Opposition (z. B. FAZ 06.12.1990:8, SZ 23.11.1991:2, LM 07.12.1990:6, LM 26.11.1991:7). Im Dezember 1991, als auch in Frankreich

## 2. Gemeinsame Merkmale

In der Schlussphase der Verhandlungen stießen einige ausländische Oppositionsakteure darüber hinaus auch dadurch auf ein gewisses Interesse, dass sie drohten, die Ratifikation des Vertrags zu verweigern. So berichteten sowohl *Le Monde* als auch die *Times* und der *Guardian* kurz vor dem Gipfel von Maastricht über Vetodrohungen des deutschen Bundesrats und der SPD.<sup>492</sup> Allerdings wurde in diesen Fällen weniger ausführlich berichtet als etwa über Vetodrohungen ausländischer Regierungen. Wenigstens während des hier analysierten Zeitraums bis Ende 1991 betrachteten die Zeitungen den Ratifikationsprozess nicht als ein gemeinsames europäisches Problem, sondern als eine Angelegenheit der jeweiligen Mitgliedstaaten. Die durchaus reale Möglichkeit, dass der gesamte Vertrag zuletzt in einem nationalen Parlament am Widerstand der dortigen Opposition scheitern könnte, wurde in keinem einzigen Artikel ausführlich thematisiert.

Insgesamt richteten alle untersuchten Zeitungen den Fokus ihrer Berichterstattung über die Verhandlungen also auf die nationalen Regierungen und ihre Gespräche im Europäischen Rat. Dies hatte auch eine charakteristische Folge für den Deutungsrahmen der konkreten Vorschläge zur Vertragsreform: Unabhängig davon, wo sie ursprünglich entstanden waren, wurden sie in allen untersuchten Zeitungen meist den nationalen Regierungen zugeordnet, die sie in den Verhandlungen aufgriffen und vertraten. Insgesamt beförderte dieses Zuschreibungsschema das Bild, dass es in den Verhandlungen vor allem um einen Ausgleich zwischen den verschiedenen nationalen Positionen der Mitgliedstaaten gehe. Beispielsweise galt, wie unten noch näher beschrieben wird, die Stärkung des Europäischen Parlaments als eine ‚deutsche‘, die Unionsbürgerschaft als eine ‚spanische‘ Forderung – ungeachtet des Umstands, dass diese Vorschläge wie die meisten Inhalte der Vertragsreform eigentlich auf Initiativen der supranationalen Organe zurückgingen.<sup>493</sup>

Nur sehr viel seltener kam es hingegen vor, dass Reformvorschläge einem bestimmten politischen Lager oder einer europäischen Parteienfamilie zugeschrieben wurden. Lediglich in *Le Monde* und in der *Times* wurden die Konflikte zwischen der französischen und der britischen Regierung wiederholt als Ausdruck einer europaweiten Auseinandersetzung

---

die Debatte über die nationale Europapolitik an Intensität gewann, widmete die FAZ auch den Vorwürfen der französischen Opposition gegen die Regierung Mitterrand einen Artikel (FAZ 10.12.1991:5b).

492 LM 29.11.1991:7, TT 15.11.1991:11b, TG 30.11.1991:1.

493 Siehe hierzu eingehend unten, Vierter Teil, Kapitel 3.2 und 3.3.

zwischen sozialistischen und wirtschaftsliberalen Ansätzen interpretiert.<sup>494</sup> Einen Beitrag zu diesem Interpretationsrahmen leistete Thatcher selbst, indem sie vor dem Gipfel von Madrid 1989 die geplante europäische Sozialcharta als „backdoor socialism“ ablehnte.<sup>495</sup> Letztlich spielte diese weltanschaulich-parteilpolitische Deutung der europäischen Verhandlungen aber nur eine untergeordnete Rolle. Einige Kommentare wiesen sie sogar explizit zurück;<sup>496</sup> und besonders in den deutschen Medien spielte sie während der gesamten Vertragsreform keine Rolle.

Dass die Verhandlungen in allen untersuchten Medien vor allem als Auseinandersetzung zwischen nationalen Positionen statt zwischen weltanschaulichen Richtungen interpretiert wurden, wirkte sich letztlich auch darauf aus, wie die Zeitungen die Gipfel des Europäischen Rates bewerteten. Im Mittelpunkt stand dabei fast immer die Frage, wie gut sich die einzelnen Regierungen mit ihren jeweiligen Forderungen durchgesetzt hatten – wobei nach Form eines Nullsummenspiels der Erfolg der einen Seite meist mit der Niederlage der anderen gleichgesetzt wurde. Vorbereitet wurde diese Form der Berichterstattung häufig durch Übersichtsdarstellungen, die im Vorfeld der Treffen die Gegensätze zwischen den nationalen Positionen kontrastierten.<sup>497</sup> Zum Teil griffen die Zeitungen dabei sogar auf Tabellen zurück, die die Haltung der Regierungen zu bestimmten Reformvorschlägen in einem knappen Ja/Nein-Schema zusammenfassen.<sup>498</sup> Nach den Gipfeln wiederum hoben häufig schon die Artikelüberschriften Sieger und Unterlegene hervor.<sup>499</sup>

---

494 Z. B. LM 29.06.1989:2b, LM 30.11.1989:2, LM 10.12.1989:1b, TT 28.06.1989:16, TT 03.12.1991:10a; ähnlich auch LM 04.12.1990:2, wo allerdings nicht die britische Regierung, sondern eher die Kommission und die Deutsche Bundesbank als Gegner einer sozialistischen Wirtschaftspolitik beschrieben wurden.

495 TT 26.06.1989:1.

496 Vor allem europafreundliche Mitglieder der Conservative Party wehrten sich in Gastkommentaren für die *Times* gegen dieses Interpretationsmuster (TT 23.06.1989:12, TT 08.12.1989:14b).

497 Dies gilt vor allem für den zweiten Gipfel von Rom (z. B. FAZ 13.12.1990:5h, TG 12.12.1990:13d, TT 13.12.1990:10f) sowie den Gipfel von Maastricht (LM 05.12.1991:6c, LM 08.12.1991:1a, SZ 07.12.1991:12d, FAZ 09.12.1991:1–2, TT 09.12.1991:2e).

498 TT 13.12.1990:10a, LF 09.12.1991:4a.

499 Zum Beispiel: „Thatcher wins time to fight Delors report – Defeat for Mitterrand over 1992 deadline“ (TT 28.06.1989:1), „Bonn fait une concession importante sur la construction européenne“ (LM 08.12.1989:1–2), „Ein Sieg Kohls“ (SZ 11.12.1989:4a), „Rome summit leaves Britain cast in role of EC double loser“ (TT 29.10.1990:7b), „La victoire de l'Allemagne“ (LF 09.12.1991:2b), „PM ‚facing a humiliating defeat on single currency“ (TG 10.12.1991:3c), „Nato

## 2. Gemeinsame Merkmale

Die meiste Aufmerksamkeit war auch hier allerdings immer wieder der jeweils eigenen Regierung gewidmet. Deren Aktivitäten auf dem Gipfel wurden in der Regel nicht nur ausführlicher dargestellt, sondern auch stärker als Erfolg oder Scheitern bewertet. Dabei analysierten und kritisierten die Medien nicht nur die Argumente, mit denen die Regierung ihren Standpunkt begründete, sondern vor allem auch das diplomatische Geschick, mit dem sie ihre Interessen vertrat und beispielsweise beim Aufbau strategischer Allianzen erfolgreich war. In diesem Sinn warf etwa die *Times* wiederholt die Frage auf, ob Thatcher mit einem weniger scharfen Tonfall mehr Unterstützung finden würde<sup>500</sup> und ob es der britischen Regierung gelingen könnte, kleinere Staaten wie Dänemark auf ihre Seite zu ziehen.<sup>501</sup> Der *Guardian* betonte von Beginn der Verhandlungen an, dass ohne einen drastischen Kurswechsel der britischen Regierung eine Isolation unvermeidlich sei.<sup>502</sup> Die deutschen und französischen Zeitungen wiederum thematisierten regelmäßig die mehr oder weniger erfolgreiche Zusammenarbeit zwischen Kohl und Mitterrand.<sup>503</sup>

Während der Fokus der Berichterstattung also meist auf der diplomatischen Performance der jeweils eigenen Regierung lag, wurden die übrigen Gipfelteilnehmer vor allem als potenzielle ‚Verbündete‘ oder ‚Gegner‘ betrachtet. Dies hatte auch den Effekt, dass die inhaltliche Auseinandersetzung mit ihren Vorschlägen deutlich oberflächlicher blieb. Oft gaben die Medien zwar die Forderungen wieder, mit denen die ausländischen Regierungen in die Verhandlungen gingen, nicht aber die spezifischen Argumente, die sie dafür vorbrachten. Stattdessen wurden ihre Positionen eher als gegebene Tatsachen behandelt, auf die die eigene Regierung zu reagieren hatte. Als Erklärungsmuster dafür dienten dann beispielsweise die scheinbar objektiven ‚realpolitischen‘ Interessen des anderen Landes, seine besondere politische Kultur oder wahltaktische Überlegungen.

So deutete vor allem die *Times* die deutsche Europapolitik mehrfach als reines Hegemonialstreben und begründete die Zusammenarbeit Kohls

---

declares point win to Britain“ (TG 12.12.1991:2d), „In Maastricht gewinnt der Bremser“ (SZ 12.12.1991:4).

500 Z. B. TT 20.09.1988:13, TT 26.06.1989:9, TT 28.06.1989:8b, TT 11.12.1989:8, TT 11.12.1989:13, TT 30.04.1990:15, TT 10.12.1990:8.

501 Z. B. TT 01.05.1990:12, TT 03.11.1990:2a, TT 13.12.1990:10d, TT 02.12.1991:9a.

502 Z. B. TG 08.12.1989:22.

503 Z. B. SZ 02.12.1989:4, SZ 23.04.1990:4, FAZ 28.04.1990:1, LM 09.12.1989:1, LM 09.12.1990:1, LF 25.04.1990:25, LF 23.06.1990:2, LF 06.12.1990:3, LF 09.12.1991:3a.

und Mitterrands mit den Machtinteressen beider Seiten.<sup>504</sup> Die FAZ erläuterte die französische Europapolitik damit, dass das wirtschaftlich und militärisch geschwächte Land glaube, „nur im europäischen Rahmen bewahren zu können, was es als seine Rolle und seinen ‚Rang‘ in der Weltpolitik ansieht“.<sup>505</sup> Als kulturalistischer Topos war vor allem die Vorstellung einer besonderen britischen Inselmentalität gängig. Ein Artikel in *Le Monde* etwa erklärte, dass Großbritannien „en tant que corps social et nation“ aufgrund seiner Insellage eine „méfiance innée“ gegen die europäische Integration besitze.<sup>506</sup> Als zentrale Eigenheit galt zudem der besondere britische Pragmatismus, der mit der „manchmal überschwengliche[n] Symbolik“ der Kontinentaleuropäer in Konflikt stehe.<sup>507</sup> Umgekehrt erklärte ein Kommentar in der *Times* auch die Bereitschaft der Kontinentaleuropäer zu einer Stärkung der supranationalen Organe mit deren politischer Kultur: In Deutschland, Frankreich und Italien seien Parlamente „of almost no account, and governments based on types similar to the Brussels bureaucrats have an empathy with those who rule arbitrarily from the centre“.<sup>508</sup> Allerdings schlossen derart essenzialisierende Erklärungen keineswegs den Verweis auf aktuelle innenpolitische Umstände aus: So konstatierte etwa die FAZ in einem Artikel, die „[b]ritische Nüchternheit“ lasse sich „nicht mit jener Aufbruchstimmung in Einklang bringen, von der Europa leben muß“ – nur um kurz danach die internen Konflikte der Conservative Party zu beschreiben und die Verhandlungsposition des britischen Premiermi-

---

504 (TT 08.12.1989:15a, TT 30.04.1990:14, TT 06.11.1990:15, TT 10.12.1990:11, TT 13.12.1990:14, TT 23.12.1991:11).

505 So FAZ 12.12.1991:1, ähnlich FAZ 20.12.1991:1.

506 LM 26.11.1991:7.

507 FAZ 18.04.1990:1, ähnlich z. B. auch LM 24.06.1989:1. Bisweilen invertierten oder ironisierten die Zeitungen die nationalen Stereotypen allerdings auch, etwa wenn *Le Monde* François Mitterrand einen „pragmatisme très anglo-saxon“ attestierte, da dieser sich nicht auf ein föderales Integrationsmodell festlegen wolle (LM 28.06.1990:1, ähnlich auch LM 30.10.1990:1). Auch ein *Guardian*-Leitartikel nahm die angebliche „vital difference“ zwischen dem „ultimate pragmatism“ der Briten und den „grandiloquent speeches“ der übrigen Europäer ironisch aufs Korn (TG 23.10.1990:20). Zur Bedeutung von nationalen (Eigen-)Stereotypen in europapolitischen Debatten vgl. auch de Roode 2012.

508 TT 18.12.1990:12. Das Argument, dass die Kontinentaleuropäer aufgrund ihrer politischen Kultur eher bereit seien, ihre nationalen Institutionen aufzugeben, war bereits Teil der Kampagne für einen britischen EG-Austritt vor dem britischen Referendum von 1975 gewesen (vgl. Wellings 2010:493).

## 2. Gemeinsame Merkmale

nisters vor dem Gipfel von Maastricht als Teil seiner Strategie für die nächste Unterhauswahl zu deuten.<sup>509</sup>

Dass die ausländischen Positionen solcherart als machtpolitisch oder kulturell determiniert und daher quasi unveränderlich verstanden wurden, führte schließlich auch dazu, dass fremde Regierungen in den Zeitungen nur selten als Adressaten auftraten. Während die eigene Regierung bisweilen in Meinungsartikeln mehr oder weniger direkt angesprochen und mit inhaltlichen Argumenten zu einem Überdenken ihrer Standpunkte aufgefordert wurde, wurde von ausländischen Gipfelteilnehmern keine Responsivität gegenüber der inländischen Öffentlichkeit erwartet. In der Berichterstattung der Zeitungen galten sie weniger als Teilnehmer an einer gemeinsamen Debatte über das europäische Gemeinwohl, sondern eher als eine Art Hintergrundfolie, vor der das europapolitische Handeln der *eigenen* nationalen Regierung zu verstehen und zu bewerten war.<sup>510</sup>

Insgesamt gab es also durchaus markante Differenzen zwischen den Zeitungen der verschiedenen untersuchten Länder bei der Berichterstattung über die zwischenstaatlichen Verhandlungen, die sich im Wesentlichen aus dem Fokus auf die jeweils eigene Regierung und deren politische Agenda ergaben. Ähnlichkeiten zeigten sie hingegen in Bezug auf die Ereignisse, die zum Anlass der Berichterstattung wurden (vor allem die Gipfeltreffen des Europäischen Rates), auf das Ausmaß der medialen Aufmerksamkeit (anfangs sehr gering, dann bis zum Gipfel von Maastricht stark ansteigend) sowie auf die Akteure, die neben der eigenen Regierung als wichtig angesehen wurden (vor allem die Regierungen der beiden anderen großen Staaten sowie Kommissionspräsident Jacques Delors).

### 2.2 Die Debatten über die nationale Europapolitik

Das andere große Feld der Debatte über die Vertragsreform, die Auseinandersetzung über die jeweilige nationale Europapolitik, wies noch größere Unterschiede zwischen den einzelnen nationalen Öffentlichkeiten auf.

---

509 FAZ 09.12.1991:10c. Auch sonst wurden die Verhandlungspositionen Thatchers und Majors im Ausland wiederholt als wahltaktisches Verhalten interpretiert (FAZ 28.04.1990:2, FAZ 13.12.1990:16, FAZ 22.11.1991:1b, SZ 07.12.1991:12b, LM 15.12.1990:4, LM 08.12.1991:1b, LM 12.12.1991:3e), ebenso wie Kohls Einstellung zum Delorsplan (LM 29.06.1989:2b, LM 07.12.1989:1, TT 07.12.1989:1, TT 09.12.1989:12). Allerdings kam dieses Deutungsmuster zuweilen auch in den jeweiligen inländischen Debatten über die nationale Europapolitik vor.

510 Vgl. hierzu bereits Müller 2011:243–244.



Wie oben schon erwähnt, konfrontierten die Berichte und Kommentare zu diesem Thema in der Regel den europapolitischen Kurs der eigenen Regierung mit den Standpunkten anderer Akteure des eigenen Landes. Noch stärker als die Artikel über die zwischenstaatlichen Verhandlungen folgten sie daher einer nationalspezifischen Dynamik, die sowohl inhaltlich als auch im Ausmaß der Berichterstattung zu Unterschieden zwischen den einzelnen Ländern führte.

Noch die größten Ähnlichkeiten zeigten sich bei den Anlässen, die zu medialen Debatten über die nationale Europapolitik führten: So gab es in allen Ländern meist im Umfeld der Gipfel des Europäischen Rates nationale Parlamentsdebatten, in denen die Regierung ihre Position in den Verhandlungen erklärte und die Opposition Kritik äußern und eigene Forderungen erheben konnte. Neben diesen Parlamentsdebatten konnten allerdings auch andere Ereignisse, etwa nationale Parteitage, zum Anlass für mediale Diskussionen über die nationale Europapolitik werden. Letztlich folgte das Ausmaß der Berichterstattung daher jeweils einer länderspezifischen Logik, die nicht unbedingt auf den Verlauf der gesamteuropäischen Verhandlungen zurückzuführen war. Zwar erreichte die Auseinandersetzung über den Kurs der nationalen Regierung in allen drei Ländern Ende 1991 ihren Höhepunkt, was zweifellos an den kurz bevorstehenden Entscheidungen in Maastricht lag. In Großbritannien kam es darüber hinaus aber auch schon Ende 1989 sowie Ende 1990 zu einer Verdichtung der europapolitischen Debatte, was weniger mit den zu dieser Zeit stattfindenden Gipfeln von Straßburg und Rom zu tun hatte als mit den Kampfabstimmungen um den Vorsitz der Conservative Party.<sup>511</sup>

Auch die Akteure, die in der Debatte über die nationale Europapolitik im Mittelpunkt standen, unterschieden sich naturgemäß je nach Land. Wie die im Ersten Teil der Arbeit formulierten Hypothesen erwarten lassen, zeigte sich dabei jeweils ein ähnliches Grundmuster, das vor allem auf dem Antagonismus zwischen der nationalen Regierung und der nationalen Opposition aufbaute. Allerdings führten spezifische nationale Konstellationen teils auch zu deutlichen Abweichungen von diesem Schema. So stimmte in Deutschland die SPD als wichtigste Oppositionspartei in allen wesentlichen Fragen mit der europapolitischen Linie der Bundesregierung überein, sodass grundsätzliche Unzufriedenheit allenfalls von einzelnen Abgeordneten geäußert wurde – sowie von den Regierungen der Länder, die die Vertragsreform teilweise als politische Bedrohung sahen und im Bundesrat auf eine Wahrung ihrer Interessen drängten. In Frankreich war

---

511 Siehe hierzu unten, Dritter Teil, Kapitel 3.3.2 und 4.3.2.

## 2. Gemeinsame Merkmale

der Gegensatz zwischen Regierung und Opposition deutlicher, wurde jedoch durch Unstimmigkeiten sowohl innerhalb der Regierungspartei PS als auch zwischen den Oppositionsparteien RPR und UDF aufgebrochen. In Großbritannien schließlich wurde der Konflikt zwischen Regierung und Opposition stark von den innerparteilichen Auseinandersetzungen der Conservative Party überschattet.

Deutliche Unterschiede zeigten sich schließlich auch im Umfang der Debatte. Generell wurde über die nationale Europapolitik umso mehr berichtet, je umstrittener der Kurs der Regierung war und je näher sich ihre Kritiker am machtpolitischen Zentrum des Landes befanden. So spielten die europapolitischen Konflikte zwischen verschiedenen nationalen Akteuren in den deutschen Medien kaum eine Rolle, während sie in Frankreich regelmäßig als ein eigenständiges, wenn auch nicht vorherrschendes Thema präsent waren. In Großbritannien hingegen dominierten sie die mediale Berichterstattung: Den nationalen Regierungskrisen, die durch die europapolitischen Entwicklungen ausgelöst wurden, wurde hier oft noch größere Aufmerksamkeit geschenkt als den Vertragsverhandlungen selbst. Dieses unterschiedliche Ausmaß an Berichterstattung über innerstaatliche europapolitische Konflikte ist auch wesentlich für die Unterschiede im Gesamtumfang der Debatte zwischen den einzelnen Ländern verantwortlich. Alles in allem nahm die Auseinandersetzung über den Vertrag von Maastricht deshalb in den britischen Medien mehr Raum ein als in den französischen, in den französischen wiederum mehr als in den deutschen – auch wenn, wie bereits erwähnt, die Intensität der Berichterstattung über die zwischenstaatlichen Verhandlungen in allen Ländern relativ ähnlich war.

Eine gemeinsame Besonderheit der Debatten über die nationale Europapolitik zeigte sich schließlich in der Art der vorgebrachten Argumente: Die Auswirkungen der Vertragsreform auf die Entwicklung der EG als Ganzes spielte hier eine weit weniger wichtige Rolle als jene auf das jeweils eigene Land. Häufig knüpften die Auseinandersetzungen dabei an andere Kontexte der nationalen Politik an. So wurde die Europapolitik sowohl in Frankreich als auch in Großbritannien als Prüfstein für die Geschlossenheit von Regierungs- und Oppositionsparteien gesehen und mit den Erfolgsaussichten der Parteien bei den nächsten nationalen Wahlen in Verbindung gebracht.<sup>512</sup> Und auch wo die Positionen der einzelnen Akteure inhaltlich bewertet wurden, standen grundsätzlich die (je anders verstandenen) *nationalen* Interessen, nicht aber ein europäisches Gemeinwohl im Vordergrund. Entsprechend führte der starke Fokus auf die nationale Europapoli-

---

512 Siehe hierzu unten, Dritter Teil, Kapitel 3.2.2, 3.3.2, 4.2.2, 4.3.2, 5.2.2, 5.3.2.

tik etwa in Großbritannien auch dazu, dass in der Debatte über die Vertragsreform insgesamt die Perspektive auf das nationale Interesse dominierte.

Diese nationale Perspektive bedeutete allerdings keineswegs, dass die Medien eines Landes grundsätzlich ähnliche Standpunkte vertreten hätten. Im Gegenteil zeigten sich in der Berichterstattung über europapolitische Konflikte zwischen der nationalen Regierung und Opposition oft deutlich die unterschiedlichen weltanschaulichen Ausrichtungen der einzelnen Zeitungen. So äußerte die linksliberale *Le Monde* in Frankreich in der Regel Unterstützung für die Positionen der sozialistischen Regierung, während der konservative *Figaro* eher der gaullistischen Opposition nahestand. In Großbritannien wiederum diente die *Times* als Stichwortgeber der Regierung sowie als Forum für die parteiinternen Debatten der Conservative Party, während der *Guardian* durch scharfe Kritik an Margaret Thatcher hervorstach. Auch in der Gewichtung der Berichterstattung über die einzelnen politischen Akteure schlug sich die weltanschauliche Ausrichtung der Zeitungen nieder: So berichteten regierungnahe Zeitungen wie die *Times* und *Le Monde* deutlich mehr über die Regierung als über die Opposition, während bei oppositionsnahen Zeitungen wie *Guardian* und *Figaro* das Verhältnis etwas ausgeglichener war und auch die Positionen der Oppositionsparteien ausführlicher begründet wurden.

Bereits diese knappe Darstellung der wesentlichen Merkmale der Artikel über die zwischenstaatlichen Verhandlungen und über die nationale Europapolitik lässt einige zentrale Unterschiede zwischen den Diskursen von Medien unterschiedlicher nationaler und weltanschaulicher Ausrichtung erkennen. Im Folgenden soll die Entwicklung dieser Diskurse für jede nationale Öffentlichkeit einzeln analysiert werden.



### 3. Die erste Phase der Verhandlungen

#### 3.1 Deutschland

##### 3.1.1 Die Debatte über die europäischen Verhandlungen

*„Losgelöst von den praktischen Tagesfragen“: Wenig Interesse an Vorschlägen zur institutionellen Reform*

Die Diskussion über die Zukunft der europäischen Integration nahm in den deutschen Medien in den ersten Jahren nach der Verabschiedung der Einheitlichen Europäischen Akte zunächst keine zentrale Rolle ein. Die Resolutionen, in denen das Europäische Parlament ab 1988 wiederholt eine Ausweitung seiner Rechte forderte, blieben in SZ und FAZ ohne Wiederhall. Zwar thematisierten mehrere Artikel das föderalistisch inspirierte „Aktionsprogramm“, das die Europäische Volkspartei Ende 1988 für die Europawahlen im Folgejahr verabschiedete. Der FAZ zufolge wünschten die europäischen Christdemokraten „eine europäische Regierung, die dem Straßburger Parlament verantwortlich sein soll“;<sup>513</sup> die SZ berichtete, dass die EVP eine „Europäische Union“ unterstütze, die „über ‚alle Merkmale der politischen und diplomatischen Souveränität‘ verfügen“ solle.<sup>514</sup> Dass entsprechende Forderungen auch im Europäischen Parlament insgesamt längst mehrheitsfähig waren, blieb hingegen unerwähnt: Offenbar schrieben beide Zeitungen den Resolutionen des Parlaments zugunsten einer institutionellen Reform so wenig Aussicht auf Erfolg zu, dass sie nicht den nötigen Nachrichtenwert für eine Veröffentlichung erreichten.

---

513 FAZ 05.10.1988:2b, ähnlich FAZ 20.10.1988:2, FAZ 08.11.1988:2, FAZ 09.11.1988:2. Zuvor hatte die FAZ bereits einige kurze Artikel über Forderungen deutscher CDU-Europaabgeordneter nach einer institutionellen Reform veröffentlicht (FAZ 16.09.1988:5, FAZ 05.10.1988:2a).

514 SZ 09.11.1988:8, ähnlich SZ 08.11.1988:11. In Berichten über einen etwa zeitgleich stattfindenden Kongress des Bunds der Sozialdemokratischen Parteien der EG spielte die institutionelle Reform hingegen keine Rolle (SZ 08.11.1988:2, SZ 08.11.1988:4). Die FAZ wies explizit darauf hin, dass die Zusammenarbeit im BSPEG noch weniger vorangeschritten sei als in der EVP und verschiedene Mitgliedsparteien sich erst allmählich von einer grundsätzlichen „Europa-Feindschaft“ entfernten (FAZ 03.11.1988:4).

### 3. Die erste Phase der Verhandlungen

Auch die Brügge-Rede, in der sich die britische Premierministerin Margaret Thatcher im September 1988 gegen den europäischen Föderalismus wandte, stieß in den deutschen Medien nur auf begrenzte Aufmerksamkeit. Die SZ behandelte sie vor allem in einem längeren Artikel, der anlässlich eines Besuchs Thatchers in Madrid die unterschiedlichen Haltungen zur europäischen Integration als einen von mehreren Konfliktbereichen in den britisch-spanischen Beziehungen thematisierte.<sup>515</sup> Etwas ausführlicher berichtete die FAZ, die die Rede zum einen als innenpolitische Reaktion auf die zunehmende Europafreundlichkeit der Labour Party wertete, von der Thatcher sich absetzen wolle. Zum anderen sei die Haltung der Premierministerin aber auch Ausdruck einer generellen Europaskepsis in der britischen Bevölkerung, die „leicht von ‚Europa‘ überfordert“ sei.<sup>516</sup> Ein Kommentar führte dieses kulturalistische Interpretationsmuster noch weiter aus und verwies auf die „insulare Lage, starke traditionelle Bindungen und die heute noch spürbaren Commonwealth-Verflechtungen“, die Großbritannien in Fragen der europäischen Integration „immer ein wenig abseits stehen“ ließen.<sup>517</sup> Zugleich stellte die FAZ allerdings auch mehrfach fest, dass Thatchers Europavorstellungen große Ähnlichkeiten mit Charles de Gaulles Konzept eines „Europa der Vaterländer“ hätten,<sup>518</sup> und lobte ihre „erfrischend offene Kritik an der Brüsseler Bürokratie“, die nur „allzu berechtigt“ sei.<sup>519</sup>

Als wichtigsten Gegner Thatchers in der Diskussion über die Zukunft der EG sahen sowohl SZ als auch FAZ den Kommissionspräsidenten Jacques Delors. Dieser hatte einige Wochen zuvor im Europäischen Parlament erklärt, dass er für die nächsten Jahre mit weitreichenden Kompetenzübertragungen an die EG rechne, was den Anstoß zu der Brügge-Rede gegeben habe.<sup>520</sup> Nur wenige Tage nach Thatchers Rede spielte Delors seine Uneinigkeiten mit der britischen Regierungschefin allerdings herunter

---

515 SZ 22.09.1988:8, ähnlich auch FAZ 23.09.1988:6a. Beide Zeitungen hoben zudem hervor, dass es sich bei Thatchers Reise um den ersten offiziellen Besuch eines britischen Regierungschefs in Spanien überhaupt handelte. Zuvor war die Rede Thatchers in der SZ nur in einer kurzen Agenturmeldung zusammengefasst worden (SZ 21.09.1988:2).

516 FAZ 22.09.1988:3.

517 FAZ 06.10.1988:1.

518 FAZ 22.09.1988:3, FAZ 22.09.1988:13, FAZ 06.10.1988:1, FAZ 09.11.1988:12. Auch ein Leserbrief in der FAZ, der sich für einen „Staatenbund der Nationalstaaten Europas“ aussprach, nannte De Gaulle und Thatcher als Vorbilder (FAZ 27.09.1988:9).

519 FAZ 06.10.1988:1, ähnlich FAZ 22.09.1988:13.

520 FAZ 23.09.1988:6b, SZ 23.09.1988:4.

und rief dazu auf, „ideologische Auseinandersetzungen zu vermeiden“.<sup>521</sup> In den deutschen Zeitungen, die für intensive Kontroversen über die Zukunft der europäischen Integration ebenfalls keine Notwendigkeit sahen, stieß diese abwiegelnde Haltung auf Zustimmung. So hatte ein SZ-Kommentar bereits zuvor erklärt, Thatchers Rede sei „nicht weiter überraschend“, in der Sache aber übertrieben, da niemand ernsthaft „die Vereinigten Staaten von Europa“ anstrebe und „eine europäische Regierung [...] ja allenfalls den Schlußpunkt einer langen Entwicklung bilden“ werde.<sup>522</sup> Auch die FAZ konstatierte, die britische Premierministerin habe lediglich „einige allzu kühne Träumer auf den Boden der Tatsachen zurückgeholt“.<sup>523</sup> In einem letzten Kommentar zu dem Thema warnte sie schließlich davor, „die Debatten von übermorgen schon heute führen“ zu wollen. Da die Voraussetzungen für institutionelle Reformen nicht gegeben seien, wäre es

falsch, losgelöst von den praktischen Tagesfragen mit Frau Thatcher jetzt über die politische Union zu streiten; dies brächte die Europäer keinen Millimeter weiter. Ob am Ende des langen Weges die Union oder ein föderalistischer Zusammenschluß steht, ist nicht heute zu entscheiden, sondern wird sich im Lauf der nächsten Jahre ergeben.<sup>524</sup>

*„Wenn überhaupt, erst am Ende eines ganz langen Weges“: Skepsis gegenüber dem Delorsplan*

Deutlich mehr Interesse als die Pläne zur institutionellen Reform fanden in den deutschen Medien die Vorschläge zu einer Währungsunion, die im Vorfeld des Gipfels von Hannover im Juni 1988 diskutiert wurden. So zitierte die SZ eine Forderung des deutschen Außenministers Genscher nach der „Entwicklung eines Europäischen Währungssystems (EWS), die eine Zentralbank einschließen müsse“,<sup>525</sup> prognostizierte dafür allerdings auch

---

521 SZ 28.10.1988:10, ähnlich FAZ 30.09.1988:6. Daneben berichtete die FAZ auch noch über Reaktionen der Premierminister von Belgien und Luxemburg, Wilfried Martens und Jacques Santer, die beide Thatchers Kritik zurückwiesen (ebd., FAZ 05.10.1988:2b).

522 SZ 23.09.1988:4.

523 FAZ 06.10.1988:1.

524 FAZ 09.11.1988:12.

525 SZ 18.06.1988:7.

### 3. Die erste Phase der Verhandlungen

„beachtliche Schwierigkeiten“.<sup>526</sup> Ein Kommentar sah die Chance, dass das Vorhaben als „zugkräftiger Motor“ für den Binnenmarkt dienen könne.<sup>527</sup> Zugleich erschienen aber auch erste Warnungen, dass die Währungsunion zu einem Verlust an Geldwertstabilität führen könne, da eine europäische Zentralbank „ohne eine starke europäische Zentralgewalt [...] bald zum Spielball aller zwölf Regierungen“ würde<sup>528</sup> – ein Motiv, das in den deutschen Medien auch während der weiteren Debatte über die Vertragsreform ständig präsent blieb.

Als wichtigste Befürworter der Währungsunion nannten die deutschen Zeitungen die französische Regierung unter François Mitterrand<sup>529</sup> sowie den Kommissionspräsidenten Jacques Delors;<sup>530</sup> als Hauptgegnerin galt Margaret Thatcher.<sup>531</sup> Helmut Kohl hingegen erschien besonders in der SZ als ambivalenter Akteur: Einerseits befördere er die Fortschritte bei der Währungsunion, andererseits warne er aber auch vor „mißverständlichen Signalen“.<sup>532</sup> Eine europäische Zentralbank erwarte er, „wenn überhaupt, erst am Ende eines ganz langen Weges“.<sup>533</sup> Die FAZ wiederum beschrieb Kohl vor allem als pragmatischen Vermittler und deutete insbesondere den Kompromiss, zunächst für ein Jahr einen beratenden Ausschuss unter dem Vorsitz Delors' einzusetzen, als einen Erfolg des Kanzlers.<sup>534</sup>

Nach dem Gipfel lobten beide Zeitungen das Treffen von Hannover als gelungenen Höhepunkt der deutschen Ratspräsidentschaft,<sup>535</sup> wobei im Mittelpunkt der Berichterstattung allerdings vor allem die Fortschritte bei

---

526 SZ 15.06.1988:2. Vgl. auch FAZ 14.06.1988:4, FAZ 27.06.1988:13.

527 SZ 27.06.1988:4.

528 SZ 18.06.1988:4. Passend dazu veröffentlichte die SZ anlässlich des 40. Jahrestag der westdeutschen Währungsreform zudem einen enthusiastischen Artikel über die D-Mark, die es dank einer straffen Geldpolitik der Bundesbank zur „stabilsten Währung der westlichen Welt“ gebracht habe (SZ 16.06.1988:10).

529 SZ 28.06.1988:1a, FAZ 29.06.1988:1.

530 FAZ 24.06.1988:1.

531 SZ 29.06.1988:3, FAZ 29.06.1988:1.

532 SZ 28.06.1988:1b.

533 SZ 29.06.1988:3.

534 FAZ 29.06.1988:3, ähnlich FAZ 25.06.1988:1. Einige Tage später hob die FAZ auch in einem Bericht über die Debatte des Europäischen Parlaments zum Abschluss der deutschen Ratspräsidentschaft hervor, Kohl habe „allen Zweiflern entgegen[gehalten], daß die Bundesregierung den besten Willen habe, auf dem vorgezeichneten Weg voranzugehen“ und „die engere Kooperation in der Währungspolitik nicht auf die lange Bank“ zu schieben (FAZ 07.07.1988:1).

535 Z. B. SZ 27.06.1988:4, FAZ 28.06.1988:1, FAZ 29.06.1988:3.



der Vollendung des Binnenmarkts standen.<sup>536</sup> Das „Thema Währungsunion“, das zuvor noch „reißerische Schlagzeilen ausgelöst hatte“, sah ein SZ-Kommentar hingegen „auf seinen sachlichen Kern reduziert“. Trotz der Ernennung des Delors-Komitees seien seine künftigen Verwirklichungschancen zweifelhaft, da „gegenwärtig niemand eine Vorstellung hat, wie die unterschiedlichen Strukturen der zwölf nationalen Währungssysteme auch nur halbwegs auf einen gemeinsamen Nenner gebracht werden können“.<sup>537</sup> Auch die FAZ stellte fest, der Gipfel habe „unterschiedliche Bewertungen des weiteren Vorgehens in der Währungspolitik deutlich“ gemacht.<sup>538</sup> Der lediglich „vertagte Streit über die künftige Form der währungspolitischen Zusammenarbeit“ zeige, „wie schwierig es sein wird, dort Kompromisse zu finden, wo es um die letzten Reservate wirtschaftspolitischer Souveränität geht“.<sup>539</sup>

Während der nächsten Monate verschwand die Währungsunion deshalb wieder weitgehend aus dem Blickfeld der deutschen Medien. Ähnlich wie die Forderungen nach einer institutionellen Reform wurde sie lediglich vereinzelt als ein Projekt erwähnt, für das „die Voraussetzungen [...] noch fehlen und zahlreiche Vorbedingungen völlig ungeklärt sind“.<sup>540</sup> Auch als der Delorsplan im April 1989 schließlich offiziell vorgestellt wurde, berichteten sowohl SZ als auch FAZ darüber lediglich im Wirtschafts-, nicht im Politikteil.<sup>541</sup> Zudem betonten beide Zeitungen erneut, dass eine rasche Umsetzung der Währungsunion unwahrscheinlich sei: Die FAZ stellte zwar die wohlwollende Reaktion der deutschen Bundesregierung dar,<sup>542</sup> verwies aber auch auf die scharfe britische Ablehnung.<sup>543</sup> Die SZ wiederum sagte voraus, dass die nationalen Parlamente den mit der Währungsunion verbundenen Souveränitätsverzicht nicht akzeptieren würden, sodass der Delors-Ausschuss sich besser aufgelöst und zu einem späteren Zeitpunkt neu versammelt hätte.<sup>544</sup>

---

536 Dazu etwa SZ 27.06.1988:2, SZ 27.06.1988:4, SZ 29.06.1988:1, ähnlich auch schon FAZ 18.06.1988:6.

537 SZ 29.06.1988:4.

538 FAZ 29.06.1988:1.

539 FAZ 02.07.1988:1.

540 So FAZ 09.11.1988:12.

541 SZ 18.04.1989:29, FAZ 18.04.1989:13–14. In der FAZ fand sich immerhin auf der Titelseite eine kurze Agenturmeldung mit einem Hinweis auf die ausführlichere Berichterstattung im Wirtschaftsteil (FAZ 18.04.1989:1).

542 FAZ 18.04.1989:13.

543 FAZ 19.04.1989:17–18, FAZ 19.04.1989:18.

544 SZ 19.04.1989:28.

### 3. Die erste Phase der Verhandlungen

Erst anlässlich des Gipfels von Madrid im Juni 1989 rückte das Thema schließlich wieder auf die Titelseiten.<sup>545</sup> Doch auch jetzt schätzten die Zeitungen die Erfolgsaussichten der Währungsunion gering ein. Während ein SZ-Kommentar vor allem den fehlenden Zeitplan für die nächsten Schritte sowie das Desinteresse der Bürger hervorhob,<sup>546</sup> unterstrich die FAZ erneut die schwierige Kompromissuche mit Großbritannien.<sup>547</sup> Wie bereits im Vorjahr warnte die FAZ zudem vor den Risiken der angestrebten Vertragsreform. In einem langen Leitkommentar beschrieb sie sie als ein „Abenteuer“, für das die EG womöglich noch nicht „bereit“ sei.<sup>548</sup> Auch dieser Topos entwickelte sich in den Folgemonaten zum Standardreertoire der Zeitung.<sup>549</sup>

Obwohl Margaret Thatcher sowohl in der SZ als auch in der FAZ regelmäßig als Hauptgegnerin der Währungsunion genannt wurde, kam ihr zentrales inhaltliches Argument – die Wahrung der nationalen Souveränität – in den deutschen Zeitungen nur am Rande vor. So unterstützte etwa ein Kommentar im FAZ-Wirtschaftsteil die britischen Vorbehalte gegen die Währungsunion, bedauerte dabei jedoch ausdrücklich, dass Thatcher „zuviel Wesens [...] um die möglichen Einbußen an Souveränität“ mache, die nun einmal zur „Philosophie internationaler Verträge“ gehörten. Wichtiger sei hingegen die Gefahr, dass bei einer allzu laxen Geldpolitik der geplanten Europäischen Zentralbank eine „unstable Euro-Währung“ drohe. Dass dieser hohe Rang der Geldwertstabilität eigentlich für die deutsche Debatte charakteristisch war und in der Argumentation der britischen Premierministerin nur eine untergeordnete Rolle spielte, wurde in dem Kommentar nicht weiter problematisiert. Stattdessen hieß es kurzerhand, die britische Regierung sei angesichts der großen Inflationsprobleme im eigenen Land gerade dabei, die Vorteile des deutschen Systems zu entdecken: „Mit der Währungspolitik der Bundesbank wäre auch England

---

545 SZ 27.06.1989:1, FAZ 27.06.1989:1–2, FAZ 28.06.1989:1–2.

546 SZ 27.06.1989:4.

547 FAZ 26.06.1989:1–2, FAZ 26.06.1989:13. Als mögliche Lösung wurde schon vor dem Gipfel eine Beschränkung auf die erste Stufe der Währungsunion beschrieben, was Delors jedoch als eine „Verwässerung“ ablehnte (FAZ 24.06.1989:1, FAZ 26.06.1989:1–2). Allerdings hob die FAZ auch hervor, dass nach der Europawahlniederlage Thatchers europaskeptischer Kurs in der Conservative Party nicht mehr unumstritten sei (FAZ 24.06.1989:5), und thematisierte mehrfach den möglichen britischen Beitritt zum EWS (FAZ 24.06.1989:1, FAZ 26.06.1989:1–2).

548 So FAZ 29.06.1989:1a, ähnlich FAZ 27.06.1989:1.

549 Z. B. FAZ 11.12.1989:3, FAZ 20.04.1990:1b, FAZ 17.12.1990:1.

in der Vergangenheit gut gefahren, aber würde das auch die Politik der Europäischen Zentralbank sein?<sup>550</sup> Insgesamt wurde Thatcher hier also nicht mit ihren eigenen Argumenten wahrgenommen, sondern diente eher als eine Art Gewährsperson und Projektionsfläche für die Kritik, die die FAZ selbst an der Währungsunion übte. Auch dieses Muster fand sich, wie weiter unten gezeigt werden soll, in Kommentaren der deutschen Zeitungen später noch öfter.

Bemerkenswerterweise schlug sich die eher ablehnende Haltung der FAZ gegenüber der Währungsunion allerdings nicht auf ihre Bewertung des Madrider Gipfels nieder. Dass Thatcher den Delorsplan tatsächlich blockieren könnte, erschien in keinem einzigen Kommentar als ein wünschenswertes Ergebnis. Vielmehr beschrieb die Zeitung den auf dem Gipfel gefundenen Kompromiss positiv als einen Verhandlungserfolg Kohls und Mitterrands und hob hervor, dass Thatcher sich mit ihrer Verweigerungshaltung nicht habe durchsetzen können.<sup>551</sup> Nur die noch weitergehende französische Forderung nach einem festen Zeitplan für die Regierungskonferenz zur Umsetzung der zweiten und dritten Stufe der Währungsunion sei verhindert worden.<sup>552</sup> Wann und ob überhaupt es zuletzt zu dieser Regierungskonferenz kommen würde, ließ die FAZ in der Schwebe: Trotz des Kompromisses weise vieles darauf hin, dass „mit dem Beschluß von Madrid die Auseinandersetzungen unter den Zwölf über den weiteren Weg zur Währungsunion noch nicht beendet“ seien.<sup>553</sup> Auch die SZ ließ die Aussichten auf eine vollständige Umsetzung der Reform offen und stellte in einem Kommentar lediglich fest, dass für diesmal die „Bremsen in der Minderheit“ gewesen seien.<sup>554</sup>

Mit dem Gipfel von Madrid war die Frage einer europäischen Vertragsreform für die deutschen Medien also ein weiteres Mal in eine ungewisse Zukunft verschoben worden. Damit fehlte aus ihrer Sicht aber auch der Anlass für eine intensivere Beschäftigung mit dem Thema. Die öffentliche Auseinandersetzung damit blieb vage und nahm in den Zeitungen nur wenig Raum ein.

---

550 FAZ 26.06.1989:13.

551 U. a. FAZ 29.06.1989:1a, FAZ 27.06.1989:1–2.

552 FAZ 28.06.1989:1–2.

553 Ebd.

554 SZ 27.06.1989:4.

### 3. Die erste Phase der Verhandlungen

#### 3.1.2 Die Debatte über die nationale Europapolitik

##### „Gespensterdebatte“: Kaum Kontroversen zur nationalen Europapolitik

Stießen die zwischenstaatlichen Verhandlungen über eine mögliche Vertragsreform in den deutschen Zeitungen schon allgemein nur auf geringes Interesse, so galt dies erst recht für die Frage, wie sich die deutsche Bundesregierung dazu positionieren sollte. Ganz nach der Logik des *permissive consensus* wurde die Europapolitik der Regierung von keinem bedeutenden politischen Akteur öffentlich in Frage gestellt, sodass auch die Medien sich kaum damit beschäftigten.

Eine der seltenen Gelegenheiten zur öffentlichen Debatte ergab sich Anfang 1989, als die CDU/CSU-Fraktion des Deutschen Bundestags einen Entschließungsantrag zugunsten einer intensivierten politischen Integration verabschiedete. Eine kleine Gruppe von Abgeordneten versuchte, diesen um eine Klausel zu ergänzen, nach der die angestrebte Europäische Union kein Hemmnis für eine mögliche deutsche Wiedervereinigung sein dürfe. Die Fraktionsspitze verhinderte dies jedoch, und Helmut Kohl selbst erklärte in einer Rede, dass deutsche und europäische Einigung „zwei Seiten derselben Medaille“ seien und nicht als Widerspruch verstanden werden dürften.<sup>555</sup>

Obwohl diese parteiinterne Kontroverse nur kurz dauerte und letztlich folgenlos blieb, wurde sie in beiden untersuchten Zeitungen aufgegriffen. Die SZ hob in einem Kommentar hervor, dass darin das „Selbstverständnis“ der CDU/CSU zwischen nationaler und europäischer Ausrichtung verhandelt werde.<sup>556</sup> Die FAZ wiederum betonte, dass sich die Fraktion am Ende „ohne Vorbehalt für einen westeuropäischen Bundesstaat“ ausgesprochen habe,<sup>557</sup> und ließ den Staatsrechtsprofessor Wilfried Fiedler in einem zweiseitigen Gastkommentar erläutern, dass europäische Integration und deutsche Wiedervereinigung als Verfassungsziele des Grundgesetzes „nicht in einem grundsätzlichen Gegensatz“ zueinander stünden.<sup>558</sup>

Zugleich machte vor allem die SZ jedoch auch deutlich, dass sie beide Vorhaben für fernliegend und eher unrealistisch hielt. So erläuterte ein

---

555 SZ 19.01.1989:6.

556 SZ 19.01.1989:4.

557 FAZ 18.01.1989:2.

558 FAZ 16.02.1989:7. Auch ein langer Leserbrief in der FAZ war dem verfassungsrechtlichen Verhältnis zwischen europäischer und deutscher Einigung gewidmet (FAZ 17.02.1989:11).

Kommentar spöttisch, die Abgeordneten hätten in eine „zu diskutierende Stellungnahme zu dem schönen Zukunftstraum einer europäischen Union einen Vorbehalt zugunsten der noch um eine Spur weniger wahrscheinlichen deutschen Wiedervereinigung“ einbringen wollen.<sup>559</sup> Auch der Begriff „Gespensterdebatte“, den beide Zeitungen als Schlagwort für die Auseinandersetzung aufgriffen,<sup>560</sup> verdeutlicht, wie wenig praktische Relevanz sie ihr zuschrieben. Dass sowohl die deutsche als auch die europäische Frage nur wenige Monate später tatsächlich akut werden sollten, war für die deutsche Öffentlichkeit Anfang 1989 noch nicht abzusehen. Mehr noch: Jede Diskussion darüber schien den Zeitungen offenbar als eine unnötige Verschwendung von Aufmerksamkeit.

### 3.2 Frankreich

#### 3.2.1 Die Debatte über die europäischen Verhandlungen

„*Visions de l'Europe*“: Weltanschauliche Gegensätze um Thatcher, aber keine Debatte zur institutionellen Reform

Auch in der französischen Öffentlichkeit spielte die Frage einer institutionellen Reform der EG in den Jahren nach der Einheitlichen Europäischen Akte zunächst keine wichtige Rolle mehr. Sowohl *Le Monde* als auch *Le Figaro* ignorierten die Forderungen des Europäischen Parlaments nach einer Politischen Union, und obwohl *Le Monde* Ende 1988 längere Artikel über die Kongresse der Europäischen Volkspartei und des BSPEG veröffentlichte, fanden sich deren institutionelle Reformvorschläge darin nur in sehr knapper und allgemeiner Form.<sup>561</sup> Auch den 100. Geburtstag Jean Monnets am 9. November 1988 nahmen die Zeitungen zwar zum Anlass für umfangreiche Rückblicke und Hommagen an den „père de l'Europe“,<sup>562</sup> nicht aber für eine Thematisierung möglicher künftiger Schritte im europäischen Integrationsprozess. Insgesamt folgte die Haltung der Medi-

559 SZ 19.01.1989:4.

560 SZ 19.01.1989:4, FAZ 18.02.1989:6.

561 LM 10.11.1988:6a, LM 10.11.1988:6b. Ein Artikel über einen Kongress der europäischen Grünen ging überhaupt nicht auf deren inhaltliche Positionen ein, sondern lediglich auf ihr Verhältnis zu den sozialdemokratischen Parteien (LM 11.04.1989:10).

562 So LM 08.11.1988:28, LF 09.11.1988:11a, ähnlich LF 09.11.1988:11b, LF 09.11.1988:11c, LM 09.11.1988:2a, LM 09.11.1988:2b.

### 3. Die erste Phase der Verhandlungen

en auch in Frankreich in dieser Zeit stark dem Modell des *permissive consensus*: Der Fortgang der europäischen Einigung wurde zwar positiv bewertet, aber nicht zum Gegenstand politischer Debatten gemacht.

Eine der seltenen Ausnahmen von dieser kontroversenfreien Darstellung stellte die Berichterstattung über die Brügger Rede Margaret Thatchers dar. Beide Zeitungen gaben deren Forderungen recht detailliert wieder, wobei sich allerdings *Le Monde* zugleich durch ironische Einschübe davon distanzierte. Dass Thatcher die EG-Integrationspläne der einsetzenden Dezentralisierung in der Sowjetunion gegenüberstellte, quittierte die Zeitung etwa mit der Bemerkung, die britische Premierministerin spreche sich nicht nur gegen den Supranationalismus aus, sondern „elle assimile ceux qui s'inclinent vers de telles turpitudes aux plus retardés des brejnéviens!“<sup>563</sup> Beide Zeitungen deuteten zudem eine Parallele zwischen Thatcher und dem früheren französischen Präsidenten Charles de Gaulle an: So hob *Le Figaro* bereits in der Überschrift des Artikels Thatchers Forderung nach einer „Europe des patries“ hervor und griff damit eine meist De Gaulle zugeschriebene Formulierung auf.<sup>564</sup> *Le Monde* wurde noch expliziter und sprach von Thatchers „manière à la fois gaullienne et libérale“.<sup>565</sup> Ähnlich wie SZ und FAZ versuchten also auch die französischen Zeitungen, die britische Premierministerin zu erklären, indem sie die im eigenen Land etablierten integrations skeptischen Argumentationsmuster auf sie projizierten. Dieses Muster war hier jedoch zunächst weniger markant als in Deutschland.

Langfristige Erfolgsaussichten schrieben die französischen Zeitungen Thatchers Forderungen bei alledem allerdings nicht zu. Schon am zweiten Tag nach der Rede verfolgte *Le Figaro* das Thema überhaupt nicht mehr weiter, während *Le Monde* nur noch über die zurückhaltend-ablehnende Reaktion berichtete, auf die Thatcher im Rest der EG gestoßen sei.<sup>566</sup> Ein Leitartikel hob hervor, dass die Positionen der britischen Premierministerin längst bekannt seien, „et bon nombre de dirigeants européens ont

---

563 LM 22.09.1988:3. Demgegenüber begnügte sich *Le Figaro* mit einer recht neutral gehaltenen Zusammenfassung der Rede (LF 21.09.1988:2).

564 LF 21.09.1988:2.

565 LM 22.09.1988:3, ähnlich auch LM 16.06.1989:1, 9: „Maggie, elle, propose une certaine Europe dont elle a résumé les traits, il y a un an, dans son fameux discours de Bruges. On dirait que c'est l'Europe du général de Gaulle [...]“

566 LM 23.09.1988:3. Wie *Le Monde* erklärte, sähen selbst die britischen Zeitungen die Haltung der Premierministerin größtenteils kritisch, da sie in eine europapolitische Isolation führe.

appris à vivre avec“.<sup>567</sup> Ein ähnliches Muster fand sich auch einen Monat später, als Thatcher in einem *Times*-Interview erneut scharfe Kritik an der europäischen Integration äußerte. Während *Le Figaro* nur ihre Äußerungen wiedergab,<sup>568</sup> stellte *Le Monde* ihnen noch eine Reaktion Jacques Delors' gegenüber und unterstrich durch die Auswahl der Zitate den Gegensatz zwischen der Aggressivität Thatchers und der Besonnenheit des Kommissionspräsidenten.<sup>569</sup>

Allerdings sah *Le Monde* den Konflikt zwischen Thatcher und Delors nicht primär als eine Auseinandersetzung über die institutionelle Gestalt der EG, sondern vor allem um deren sozialpolitische Ausrichtung: Während Delors eine stärkere Vergemeinschaftung auch in der Sozialpolitik anstrebe, setze die britische Premierministerin sich für ein rein wirtschaftsliberales Modell ein. Schon nach dem Europäischen Rat von Hannover im Juni 1988 hatte die Zeitung hervorgehoben, dass sich auf dem Gipfel eine Spaltung zwischen zwei „visions de l'Europe“ gezeigt habe: einerseits „celle de Mme Thatcher, une Europe du libre échange et du libéralisme économique, soucieuse avant toute chose de ‚déréglementer‘ et rétive à tout ce qui suppose un transfert de souveraineté“, andererseits „l'Europe [...] communautaire, celle de l'harmonisation, qui n'envisage de mesures de libéralisation que parallèlement à la mise en œuvre de politiques communes“.<sup>570</sup> Im April 1989 stellte ein Kommentar erneut fest: „A la querelle jamais tout à fait éteinte entre tenants et adversaires de la supranationalité s'en est ainsi superposée une autre: libéraux contre dirigistes.“<sup>571</sup>

Anders als die deutschen Zeitungen wiegelte *Le Monde* die von Thatcher aufgeworfenen Kontroversen also nicht grundsätzlich ab, sondern verlieh ihnen – wenigstens in einzelnen Artikeln – eine ideologische Dimension, die im Wesentlichen einem gesamteuropäischen Rechts-links-Schema folgte. Der Fokus lag dabei aber auf der Wirtschafts- und Sozialpolitik der EG. Die Frage nach der demokratischen Legitimation, nach der Funktion des Europäischen Parlaments oder gar nach einer souveränen ‚Europäischen

---

567 LM 22.09.1988:1.

568 LF 27.10.1988:3.

569 LM 28.10.1988:4.

570 LM 30.06.1988:3b.

571 LM 12.04.1989:1, 6. In ähnlichem Sinn zitierte ein Bericht über den Europawahlkampf in Spanien den dortigen sozialistischen Politiker Fernando Morán, die Wähler müssten „choisir entre ‚l'Europe de la senora Thatcher et celle de Felipe Gonzalez‘. C'est-à-dire, précise-t-il, entre une Europe qui soit simplement celle du marché unique et une Europe préoccupée de réduire les inégalités entre ses membres“ (LM 10.06.1989:8).

### 3. Die erste Phase der Verhandlungen

Union', wie sie die Europäische Volkspartei forderte, war in den französischen Medien hingegen noch weniger präsent als in Deutschland.

#### „*Quasi inéluctable*“: Breite Unterstützung für die Währungsunion

Ähnlich wie in den deutschen Medien stieß auch in Frankreich die währungspolitische Integration in der ersten Phase der Vertragsverhandlungen auf deutlich größere Aufmerksamkeit als die institutionelle Reform. Auch hier kristallisierte sich die Debatte über die Währungsunion erstmals anlässlich des Europäischen Rats von Hannover. Nachdem *Le Monde* noch wenige Tage vor dem Gipfel lediglich eine „meilleure coordination des politiques monétaires“ erwartet hatte,<sup>572</sup> verkündete die Zeitung schließlich den Beginn einer „nouvelle étape vers l'union monétaire“.<sup>573</sup> Auch *Le Figaro* sah dies als „le grand thème“ von Hannover<sup>574</sup> und zitierte Helmut Kohl, der als Fernziel der Gespräche „une union économique et monétaire, avec un système européen de banque centrale [sic] et une monnaie européenne“ in Aussicht stellte.<sup>575</sup>

Beide Zeitungen ließen dabei keinen Zweifel daran, dass die Währungsunion ein wünschenswerter nächster Integrationschritt sei. Vor allem *Le Monde* beschrieb sie als „logique“, da die ebenfalls in Hannover verhandelte Öffnung der Kapitalmärkte ohne eine bessere geldpolitische Zusammenarbeit zu einer Destabilisierung des europäischen Binnenmarkts führen könne.<sup>576</sup> Ohne dies explizit zu machen, lag die Zeitung damit auf einer Linie mit der französischen Regierung, die sich bei den Verhandlungen im Europäischen Rat auf genau dasselbe Argument stützte. Im *Figaro* wiederum sprach ein Gastkommentar des ehemaligen französischen Außenministers Jean François-Poncet gar von einem „état de grâce“, in dem sich die EG befinde.<sup>577</sup>

Unter den Befürwortern der gemeinsamen Währung stand dabei neben François Mitterrand vor allem Jacques Delors im Vordergrund,<sup>578</sup> dem beide Zeitungen anlässlich seiner Wiederernennung als Kommissionspräsident nach dem Gipfel in Hannover ein Porträt widmeten. *Le Monde*, die

---

572 LM 16.06.1988:2, ähnlich LM 15.06.1988:1.

573 LM 26.06.1988:1.

574 LF 27.06.1988:6.

575 LF 26.06.1988:4.

576 LM 15.06.1988:1, ähnlich LM 26.06.1988:1.

577 LF 27.06.1988:1.

578 LM 26.06.1988:1, LM 29.06.1988:3a, LF 27.06.1988:6, LF 27.06.1988:1.



dem Sozialisten und früheren französischen Finanzminister Delors auch politisch nahestand, beschrieb ihn darin enthusiastisch als „champion d’une Europe unie“.<sup>579</sup> *Le Figaro* blieb etwas distanzierter, stellte aber ebenfalls fest, Delors sei „le président le plus original que la Commission ait jamais eu“ und habe der EG „un nouveau souffle“ eingehaucht.<sup>580</sup>

Zugleich machten die französischen Medien jedoch auch deutlich, dass unter den Regierungschefs noch keineswegs Einigkeit über die Währungsunion bestehe.<sup>581</sup> Dabei stand nicht unbedingt Margaret Thatcher im Mittelpunkt: Wie *Le Monde* unter Berufung auf die französische Regierung erklärte, sei eine Währungsunion notfalls auch ohne Großbritannien denkbar.<sup>582</sup> Als wichtigeres Problem galt hingegen die deutsche Haltung. Anlässlich des 40. Jahrestags der D-Mark betonte *Le Monde* kurz vor dem Gipfel von Hannover die „méfiance que manifestent les Allemands à propos de l’idée d’une monnaie européenne“.<sup>583</sup> Ein Gastbeitrag des (französischen) Vorsitzenden des Wirtschafts- und Währungsausschusses im Europäischen Parlament, André Fourçans, beschrieb die deutsche Bundesbank gar als Hauptgegner der Reform.<sup>584</sup> Zugleich lobte die Zeitung allerdings auch den „pragmatisme“ Helmut Kohls: Europapolitisch sei der Kanzler „beaucoup plus flexible que la société qu’il dirige“.<sup>585</sup> Und auch *Le Figaro* hob hervor, dass sich die Bundesregierung nach langem Zögern zu einem entscheidenden Fürsprecher der Währungsunion entwickelt habe.<sup>586</sup>

Auch sonst kamen die französischen Zeitungen bei der Währungsunion oft zu recht ähnlichen Bewertungen in der Sache, unterschieden sich jedoch im Grad an Begeisterung und Optimismus für die Reform. So beschrieb *Le Monde* den Beschluss zur Einsetzung des Delors-Ausschusses als einen Kompromiss, um Zeit zu gewinnen und die Zweifler aus Großbritannien und Deutschland im Boot zu halten.<sup>587</sup> Seine Erfolgsaussichten schätzte die Zeitung jedoch recht gut ein und zitierte hierzu explizit Mit-

---

579 LM 29.06.1988:3b.

580 LF 28.06.1988:2a.

581 LM 26.06.1988:1, LF 27.06.1988:6, LF 28.06.1988:2b.

582 LM 26.06.1988:1. Ähnlich argumentierte auch François-Poncet in seinem Gastbeitrag für *Le Figaro*: „Avec l’Angleterre, si possible. Sans elle, si nécessaire“ (LF 27.06.1988:1).

583 LM 22.06.1988:1.

584 LM 29.06.1988:2.

585 LM 30.06.1988:3a, ähnlich auch LF 27.06.1988:1.

586 LF 27.06.1988:6.

587 LM 29.06.1988:3a.

### 3. Die erste Phase der Verhandlungen

terrand, der eine engere Zusammenarbeit in Währungsfragen als „quasi inéluctable“ bezeichnete.<sup>588</sup> *Le Figaro* hingegen gab sich bei den Erfolgschancen etwas skeptischer: Die Einigung auf den Ausschuss sei „le plus petit dénominateur commun“ und womöglich nur deshalb zustande gekommen, weil Thatcher ohnehin von seinem Scheitern überzeugt sei.<sup>589</sup>

Die Unterschiede zwischen den Zeitungen setzten sich auch im April 1989 fort, als die Ergebnisse des Ausschusses öffentlich präsentiert wurden. Generell war der Delorsplan in der französischen Öffentlichkeit deutlich präsenter als in Deutschland. Außer längeren Berichten im Politik-<sup>590</sup> und Wirtschaftsteil<sup>591</sup> fanden sich hier auch Leitkommentare auf dem Titelblatt.<sup>592</sup> *Le Figaro* widmete dem Thema sogar einen Aufmacher;<sup>593</sup> *Le Monde* druckte einige Ausschnitte aus dem Bericht wörtlich ab.<sup>594</sup> Dabei blieb *Le Monde* insgesamt bei seiner optimistischen Einschätzung der Erfolgsaussichten: Zwar hätten die nationalen Interessengegensätze zwischen Frankreich, das eine schnelle Währungsunion befürworte, und Deutschland, das erst den gemeinsamen Markt vollenden wolle, dazu geführt, dass die Vorschläge im Delorsbericht eher vorsichtig ausgefallen seien. Dennoch böten sie keinen Anlass zum „découragement“, sondern ermöglichten eine „exploration des voies du progrès en matière monétaire“.<sup>595</sup> Ein Leitartikel sprach von der „audace calculée de M. Delors“ und verwies darauf, dass auch die Bedeutung der Einheitlichen Europäischen Akte zunächst unterschätzt worden sei.<sup>596</sup>

*Le Figaro* hingegen unterstrich stärker die deutsch-französischen Gegensätze und nannte nun erstmals auch mögliche Nachteile der Währungsunion: Während die Bundesrepublik bei Aufgabe der D-Mark einen Anstieg der Inflation befürchte, wolle Frankreich seine Währungssouveränität nicht einer unabhängigen Zentralbank anvertrauen. Trotz dieser „[r]éti-

---

588 LM 30.06.1988:3b.

589 LF 29.06.1988:3b. Immerhin nahm die Zeitung den Ausschuss aber so ernst, dass sie den Beschluss zu seiner Einsetzung im Wortlaut abdruckte (LF 29.06.1988:3a).

590 LF 17.04.1989:6.

591 LF 18.04.1989:2b, LF 18.04.1989:2a, LM 18.04.1989:27, LM 19.04.1989:41b.

592 LF 18.04.1989:1b, LM 19.04.1989:1.

593 LF 18.04.1989:1a.

594 LM 19.04.1989:41a.

595 LM 18.04.1989:27.

596 LM 19.04.1989:1.

cences profondes“ blieb allerdings auch *Le Figaro* dabei, dass der Binnenmarkt eine gemeinsame Währung notwendig mache.<sup>597</sup>

Auch während des Gipfels von Madrid thematisierten die französischen Zeitungen die geplante Vertragsreform ausführlicher als die deutschen. Zugleich verschob sich der Fokus nun noch deutlicher auf die französische Regierung, der die Führungsrolle in dieser Frage zugeschrieben wurde.<sup>598</sup> Jacques Delors wurde hingegen zwar noch regelmäßig als Autor des nach ihm benannten Berichts genannt, kam aber nur noch selten als eigenständiger Akteur vor.<sup>599</sup> Daneben erschienen nun auch Deutschland, Spanien und Italien, teilweise auch Belgien, als weitere Befürworter der Währungsunion.<sup>600</sup> Einzelne Artikel sprachen zwar noch Zweifel an der Festigkeit der deutschen Position an, hoben jedoch stets hervor, dass Kanzler Kohl und Außenminister Genscher die Einheitswährung unterstützten.<sup>601</sup> Vor allem *Le Monde* zeichnete dabei ein sehr positives Bild der deutschen Haltung. Selbst eine Meldung, dass Bundesbankpräsident Pöhl dem Projekt zwar grundsätzlich zustimme, aber gegen eine rasche Vertragsreform sei, überschrieb die Zeitung mit dem Titel: „Le président de la Bundesbank souhaite un engagement clair des Douze“.<sup>602</sup>

Margaret Thatcher wiederum erschien in fast allen Berichten als isoliert, ja als bloßes „obstacle“, das die übrigen Regierungschefs zu überwinden hätten.<sup>603</sup> Schon im April hatte keine der beiden Zeitungen die britische Ablehnung des Delorsplans als ein zwingendes Hindernis für die Reform gesehen: Für *Le Monde* war dies nur ein Zeichen der britischen Isolation,<sup>604</sup> und auch *Le Figaro* erklärte, Deutschland und Frankreich sollten in

---

597 LF 18.04.1989:1b.

598 Dies schlug sich etwa in Formulierungen wie „les quatre [Frankreich, Deutschland, Spanien, Italien], et en particulier les Français“ oder „[l]es Français et ceux qui partagent leur point de vue“ nieder (LM 24.06.1989:4b).

599 Einer der wenigen Artikel, die Delors zum alleinigen Protagonisten hatten, erläuterte, dass dieser seine sozialpolitischen Ambitionen zurückgestellt habe, um Thatcher zu einem Einlenken bei der Währungsunion zu bewegen (LM 25.06.1989:3). In anderen Texten wurde Delors als einer von mehreren Unterstützern der Währungsunion zitiert, ohne dass seine Rolle besonders herausgehoben wurde (z. B. LM 27.06.1989:7b, LM 29.06.1989:2a).

600 LM 24.06.1989:1, LM 24.06.1989:4b, LM 27.06.1989:1, LM 27.06.1989:7b, LM 29.06.1989:1, LF 26.06.1989:1b.

601 LM 24.06.1989:4b, LF 26.06.1989:1b.

602 LM 24.06.1989:4a.

603 So wörtlich LF 26.06.1989:1a, LF 26.06.1989:1b, ähnlich LF 26.06.1989:3, LM 24.06.1989:4b.

604 LM 19.04.1989:1.

### 3. Die erste Phase der Verhandlungen

Sachen Währungsunion weiter voranschreiten – „avec ou sans l'Angleterre“. <sup>605</sup> Im Juni verwiesen nun mehrere Beiträge darauf, dass sich das Europakonzept der britischen Premierministerin mit dem der übrigen Mitgliedstaaten nur schwer vereinbaren lasse. <sup>606</sup>

Vor allem *Le Monde* spitzte die Berichterstattung dabei auf einen Antagonismus zwischen Mitterrand und Thatcher zu, den die Zeitung – ähnlich wie den Konflikt zwischen Thatcher und Delors nach der Brügge-Rede – ausdrücklich auch weltanschaulich deutete. Schon im April 1989 hatte die Zeitung im Zusammenhang mit der Europawahlkampagne des Front National sowie der Gründung einer europaskeptischen Gruppierung am rechten Flügel des RPR festgestellt, die britische Premierministerin sei in Frankreich zur „référence commune des partisans de l'Europe des patries“ geworden. <sup>607</sup> Nach dem Gipfel von Madrid wiederum hieß es, der französische Präsident habe sich dort zwar noch einmal auf einen Kompromiss mit Thatcher eingelassen. Letztlich sei er jedoch

convaincu que le conflit est idéologique, que deux conceptions de l'Europe s'affrontent – la sienne et celle du libéralisme absolu, – que le temps ne changera rien à l'affaire et que le conflit n'est, par conséquent, que différé. <sup>608</sup>

Zugleich zögerte *Le Monde* auch nicht, in diesem Konflikt sehr deutlich Position zu beziehen. Ein Artikel kritisierte Thatchers Vorschlag, lediglich die erste Stufe des Delorsplans umzusetzen, als einen Ansatz „qui, sous prétexte de réalisme, aboutit à un résultat exactement inverse à celui recherché par le rapport du comité Delors“, <sup>609</sup> ein anderer Bericht zitierte einen namenlosen französischen Diplomaten, der Thatchers Vorstoß als „un moyen efficace de saborder l'affaire“ wertete. <sup>610</sup> Ein Leitkommentar schließlich warf der Premierministerin „cynisme“ vor, da sie sich zwar scheinbar zur Währungsunion bereit erkläre, diese gleichzeitig aber so weit wie möglich verzögern wolle. <sup>611</sup>

---

605 LF 18.04.1989:1b.

606 LF 26.06.1989:3, LF 26.06.1989:1b.

607 LM 20.04.1989:11.

608 LM 29.06.1989:2b. In demselben Zusammenhang deutete *Le Monde* auch die französisch-britischen Konflikte über die Liberalisierung des europäischen Kapitalmarkts und über die geplante europäische Sozialcharta.

609 LM 27.06.1989:7b.

610 LM 24.06.1989:4b.

611 LM 29.06.1989:1.

Während *Le Monde* sich also offen für eine gesamteuropäisch-weltanschauliche Deutung des Konflikts um die Währungsunion zeigte, war *Le Figaro* in dieser Hinsicht zurückhaltender. Zwar stellte auch hier ein Artikel Mitterrand und Thatcher einander gegenüber, der „différend ‚idéologique‘“ der beiden Antagonisten wurde jedoch nur in Form eines Mitterrand-Zitats erwähnt.<sup>612</sup> Ein Leitkommentar beschrieb als entscheidenden Gegensatz die Frage nach der „nature de la Communauté“: Sollte die EG ein bloßer Binnenmarkt und damit „l’affaire des marchands et des banquiers“ bleiben oder sich dank der Währungsunion zu einer „vraie puissance“ entwickeln, die den „aspirations sociales et culturelles de toutes les couches de la population“ gerecht werde?<sup>613</sup> Auch hier wurde der Konflikt also nicht im Sinne nationaler Interessen, sondern unterschiedlicher gesamteuropäischer Entwürfe gedeutet. Anders als *Le Monde* vermied der konservative *Figaro* jedoch eine Deutung entlang eines expliziten Linksrechts-Gegensatzes.

Der Kompromiss, der auf dem Gipfel von Madrid gefunden wurde, stieß in der französischen Presse auf gemischte Reaktionen. *Le Figaro* sprach von „petits pas prudents vers l’union monétaire“ und einem „bilan [...] plutôt positif“ des Treffens, bei dem jedoch auch Mitterrand nicht all seine Ziele habe umsetzen können.<sup>614</sup> *Le Monde* stellte fest, dass die Währungsunion trotz der grundsätzlichen Zustimmung fast aller Mitgliedstaaten „éminemment précaire“ bleibe.<sup>615</sup> Dies liege vor allem daran, dass Helmut Kohl – unabhängig von seinen persönlichen Überzeugungen – aus Rücksicht auf die deutsche Wirtschaft und auf seine konservative Wählerklientel einen Konflikt mit Thatcher vermeiden wolle.<sup>616</sup> Dennoch blieb die Zeitung bei einer eher optimistischen Einschätzung der künftigen Erfolgsaussichten: Zuletzt würden auch die britischen Unternehmer und der europafreundliche Flügel der Conservative Party ein Scheitern der Währungsunion nicht unterstützen.<sup>617</sup>

Insgesamt lässt sich also festhalten, dass die französischen Zeitungen die Verhandlungen in der ersten Phase der Vertragsreform immer wieder entlang gesamteuropäisch-weltanschaulicher Gegensätze statt nur nationaler Interessen deuteten. Allerdings folgten beide Zeitungen – wenn auch un-

---

612 LF 28.06.1989:4b.

613 LF 26.06.1989:1b.

614 LF 28.06.1989:4a.

615 LM 29.06.1989:2a.

616 LM 29.06.1989:2b, ähnlich auch LF 28.06.1989:4a.

617 LM 29.06.1989:1.

### 3. Die erste Phase der Verhandlungen

terschiedlich stark – dabei dem Argumentationsmuster der eigenen nationalen Regierung, nach dem die Währungsunion als nächster Integrations-schritt logisch und nahezu unvermeidlich sei. Außerdem stellte keine der beiden Zeitungen in Frage, dass die entscheidenden Akteure in den Verhandlungen die nationalen Regierungen seien. Bezeichnend war in diesem Sinne ein Leitkommentar, der Ende Juni 1989 im *Figaro* erschien: Der gaullistische Abgeordnete und Mitherausgeber der Zeitung Alain Peyrefitte erläuterte darin, der Gipfel von Madrid habe entsprechend der „ligne habituelle des Conseils européens“ nur einen Minimalkonsens erzielt. Vor allem aber verdeutlichte er, wo die wesentlichen Entscheidungen in der EG fielen – und rechtfertigte damit im Nachhinein die geringe Beteiligung bei der Europawahl wenige Wochen zuvor:

Ce n'est pas à Strasbourg, c'est au Conseil européen que se tranchent ces questions primordiales. [...] Les candidats [au Parlement Européen] ont disserté sur l'avenir de l'Europe. Mais les électeurs sentaient bien que leurs élus n'auraient pas la capacité d'en décider. Le sommet de Madrid nous révèle le décalage entre des illusions lyriques et la réalité.<sup>618</sup>

Die „réalité“, die *Le Figaro* zum Ende der ersten Phase der Verhandlungen über die Vertragsreform von Maastricht wahrnahm, war also ein intergouvernementales System, in dem die Staats- und Regierungschefs über unterschiedliche Integrationsmodelle entschieden, während die Abgeordneten im Europäischen Parlament nur hochtrabende Reden hielten, ohne wirklichen Einfluss auf die Zukunft der EG zu besitzen. Peyrefittes Kommentar rechtfertigte damit implizit auch, dass die Zeitungen den Argumenten supranationaler Akteure so wenig Nachrichtenwert zuschrieben. Stattdessen konzentrierte sich ihre Berichterstattung auf die Außenpolitik der Mitgliedstaaten und speziell auf die Dreiecksbeziehung zwischen den drei größten Ländern Frankreich, Großbritannien und Deutschland: ein Muster, das sich in der zweiten Phase der Verhandlungen nach dem Fall der Berliner Mauer sogar noch weiter verstärken sollte.

---

618 LF 28.06.1989:1.

## 3.2.2 Die Debatte über die nationale Europapolitik

*„Il ne s'agit pas de se quereller sur l'Europe“: Oppositionsinterne Konflikte über die Europapolitik*

Anders als in Deutschland gab es in Frankreich schon vor den Maastricht-Verhandlungen eine Tradition parteipolitischer Konflikte über europapolitische Fragen. Während der Parti socialiste (PS) sich unter François Mitterrand für eine Wiederbelebung der europäischen Integration einsetzte, sah die wichtigste Oppositionspartei, das gaullistische Rassemblement pour la République (RPR) unter Führung von Jacques Chirac, die Übertragung von Hoheitsrechten auf supranationale Organe sowie den Verzicht auf nationale Vetorechte im Ministerrat traditionell skeptisch. Bereits 1986 hatten die Gaullisten deshalb die Unterzeichnung der Einheitlichen Europäischen Akte abgelehnt, die wenige Wochen vor der französischen Parlamentswahl stattfand, bei der sie zusammen mit dem bürgerlich-liberalen Parteienbündnis Union pour la démocratie française (UDF) eine Mehrheit erzielten. Während der anschließenden Kohabitation – einer RPR/UDF-Regierung mit Chirac als Premierminister unter dem sozialistischen Staatspräsidenten Mitterrand – unterstützte das RPR allerdings die Ratifikation der EEA.<sup>619</sup>

Bei den Parlamentswahlen 1988 gewann der PS die Mehrheit in der französischen Nationalversammlung zurück. RPR und UDF suchten daraufhin ihre Zusammenarbeit weiter auszubauen und auch bei Wahlen stets mit gemeinsamen Listen anzutreten. Dabei erwies sich jedoch gerade die Europapolitik als ein wichtiger Streitpunkt, da die UDF unter der Führung von Valéry Giscard d'Estaing eine integrationsfreundliche, teils sogar offen föderalistische Haltung vertrat. Am deutlichsten war dieser proeuropäische Kurs beim Centre des démocrates sociaux (CDS), einer zentristisch-christdemokratischen Mitgliedsorganisation der UDF. Neben anderen Gründen führte dies dazu, dass das CDS bei der Europawahl im Juni 1989 nicht auf der RPR/UDF-Liste antrat, sondern eigene Kandidaten aufstellte.<sup>620</sup>

619 Vgl. Maricot 2010:169–175.

620 Schon nach der Parlamentswahl 1988 hatte eine Gruppe von CDS-Abgeordneten, die statt der Annäherung an das RPR eine eigenständige ‚zentristische‘ und proeuropäische Linie anstrebten, eine eigene Fraktion in der Nationalversammlung gebildet (vgl. Rocher / Lion 1994:49–78, 232–234).

### 3. Die erste Phase der Verhandlungen

Im Vergleich dazu folgte der europapolitische Kurs des regierenden PS einem mittleren Weg: Die Sozialisten standen Souveränitätsübertragungen offener gegenüber als das RPR, ohne jedoch einen europäischen Föderalismus wie das CDS zu vertreten. Vor allem sahen sie in der französischen EG-Ratspräsidentschaft im zweiten Halbjahr 1989 eine Gelegenheit, um ihr außenpolitisches Profil zu schärfen und ihre nach den Parlamentswahlen 1988 rasch abgestürzten Umfragewerte wieder zu verbessern.<sup>621</sup> Auch im PS gab es allerdings eine integrations skeptische Strömung, deren wichtigster Repräsentant Verteidigungsminister Jean-Pierre Chevènement war. Ebenfalls für mehr nationale Souveränität war schließlich der kommunistische PCF, die dritte wichtige Oppositionspartei neben RPR und UDF.<sup>622</sup>

Als im April 1989 der Delorsplan vorgestellt wurde, waren diese grundsätzlichen europapolitischen Linien der einzelnen Parteien in der französischen Öffentlichkeit bereits recht präsent. Insbesondere die Konflikte zwischen RPR, UDF und CDS stießen in den Wochen vor der Europawahl 1989 auf ein gewisses Medienecho und wurden in der regierungsnahen *Le Monde* regelmäßig thematisiert.<sup>623</sup> Teilweise dienten die französischen Zeitungen auch selbst als Plattform für diesen Konflikt: So kritisierte Anfang Januar 1989 der UDF-Politiker Bernard Bosson in einem Gastbeitrag in *Le Monde* das europapolitische Programm des RPR als „frileux“ und „ambigu“ und warb für eine eigenständige UDF-Wahlliste, die sich für die „États Unis de l'Europe“ einsetzen würde.<sup>624</sup> Dies wiederum wies Alfred Coste-Floret, Europaabgeordneter einer mit dem RPR verbündeten Kleinpartei, Anfang April in einem *Figaro*-Kommentar zurück: Statt sich über Konzepte wie „fédération“ und „confédération“ zu streiten, sei es nötig, eine möglichst große parteienübergreifende Einheit zur Europapolitik zu erzielen: „Il ne s'agit pas de se quereller sur l'Europe, il s'agit de s'entendre pour la construire.“<sup>625</sup> Zugleich kritisierte der konservative *Figaro* aber auch die Regierung dafür, Konflikten um die Europapolitik durch vage Verspre-

---

621 Vgl. Guérot 1996:483–484, Wielgoß 2002:69–70.

622 In einem programmatischen Gastkommentar in *Le Monde* sprach sich der PCF-Spitzenkandidat für die Europawahl, Philippe Herzog, dafür aus, die europapolitische Debatte stärker auf die soziale Frage als auf einen bloßen Gegensatz von mehr oder weniger Integration auszurichten. Zugleich forderte er aber auch „renégocier les traités pour faire une Communauté de nations souveraines et coopérantes“ und „[u]ne France libre et maîtresse de ses choix“ (LM 09.04.1989:8).

623 Z. B. LM 10.11.1988:6b, LM 12.04.1989:9, LM 10.06.1989:12.

624 LM 05.01.1989:7.

625 LF 12.04.1989:2.



chen aus dem Weg zu gehen und „de ‚chloroformer‘ les Français les plus réticents à l'Europe“.<sup>626</sup>

Allerdings blieben die innerfranzösischen Konflikte über die Europapolitik während der ersten Phase der Verhandlungen durchweg abstrakt: Diskutiert wurden allgemeine Prinzipien wie Föderalismus, Supranationalismus oder nationale Souveränität, nicht aber konkrete Vorschläge wie der Delorsplan oder die mögliche Reform des EG-Vertrags. Letztlich diente die Debatte also eher zur wechselseitigen ideologischen Abgrenzung der nationalen Parteien, nicht zu einer Auseinandersetzung mit den tatsächlichen Entwicklungen auf europäischer Ebene.

Auch der Europawahlkampf 1989 führte nicht zu einer klaren Profilierung in dieser Hinsicht. Zwar griff *Le Monde* nun in mehreren Kommentaren zur Bedeutung des Europäischen Parlaments die Forderung nach einer institutionellen Reform auf.<sup>627</sup> Im Wahlkampf selbst spielten diese Themen jedoch nur eine untergeordnete Rolle – was die Zeitung auch den geringen europapolitischen Unterschieden zwischen den drei prominentesten Spitzenkandidaten zuschrieb: „Nul ne sait très bien qui de Mme Veil, M. Fabius et M. Giscard d'Estaing est le plus ou le moins européen.“<sup>628</sup>

### 3.3 Großbritannien

#### 3.3.1 Die Debatte über die europäischen Verhandlungen

„*Out of step in Europe*“: Kontroversen über die britische Außenseiterrolle in der Debatte zur Währungsunion

Das Vereinigte Königreich nahm in der europäischen Währungspolitik Ende der 1980er Jahre eine Sonderrolle ein: Neben den erst kurz zuvor der EG beigetretenen südeuropäischen Staaten war es das einzige Land, das seine Währung nicht im Rahmen des Europäischen Währungssystems an den ECU gebunden hatte. Zugleich litt es an steigender Inflation, einem Kursverfall des Pfunds sowie ab 1989 an einem Einbruch des Wirtschaftswachs-

626 LF 14.02.1989.

627 LM 13.06.1989:8, LM 14.06.1989:7, LM 15.06.1989:7, LM 15.06.1989:2, LM 16.06.1989:2.

628 LM 15.06.1989:9. Valéry Giscard d'Estaing trat als Spitzenkandidat auf der gemeinsamen Liste von RPR und UDF an, Laurent Fabius für den PS, Simone Veil für das CDS.

### 3. Die erste Phase der Verhandlungen

tums, was innerhalb der britischen Regierung zu Debatten über eine Neuausrichtung der nationalen Währungspolitik führte. Im Vorfeld des Gipfels von Hannover 1988 fanden sich in den britischen Medien deshalb zahlreiche Artikel über einen möglichen Beitritt des Landes zum EWS-Wechselkursmechanismus. Allerdings vermengte sich dieses Thema in der Berichterstattung von Anfang an auch mit der Reform des EWS, die ebenfalls in Hannover verhandelt wurde. In der Konsequenz stieß die vorgeschlagene Währungsunion mit einer gemeinsamen Europäischen Zentralbank in der britischen Presse von Anfang an auf großes Interesse. Ihr waren gleich mehrere Leitartikel gewidmet;<sup>629</sup> und die *Times* druckte (als Einzige aller untersuchten Zeitungen) auch die Schlussfolgerungen des Hannoveraner Gipfels im Vollzitat ab.<sup>630</sup>

Bemerkenswerterweise erschien die europäische Währungsunion dabei in erster Linie als ein Anliegen der deutschen Bundesregierung, die als Gastgeber des Gipfels das Thema vorantreibt.<sup>631</sup> Als Hauptgrund wurde meist die Vollendung des Binnenmarkts genannt, die nun im „next logical step“ zur Währungsunion führen sollte.<sup>632</sup> Andere Artikel sahen dahinter jedoch auch deutsche nationale Interessen – etwa dass Helmut Kohl die deutsche Ratspräsidentschaft zu einem symbolischen Erfolg führen oder dass er durch die Währungsunion die „German dominance of EEC monetary and fiscal affairs“ ausbauen wolle.<sup>633</sup> Als weiteren Unterstützer der Währungsunion führten die britischen Zeitungen in der Regel Frankreich an,<sup>634</sup> wobei vor allem die *Times* verschiedentlich auch Uneinigigkeiten zwischen Deutschland und Frankreich in Bezug auf die Unabhängigkeit der angedachten Europäischen Zentralbank thematisierte.<sup>635</sup> Nur deutlich seltener wurden schließlich die Kommission und andere Länder wie Italien

---

629 TT 15.06.1988:15, TT 27.06.1988:17, TG 29.06.1988:18.

630 TT 29.06.1988:8c.

631 TG 17.06.1988:11, TG 27.06.1988:9, TG 27.06.1988:21, TG 28.06.1988:20; TT 15.06.1988:15, TT 17.06.1988:13, TT 25.06.1988:7a, TT 25.06.1988:7b, TT 27.06.1988:1, TT 28.06.1988:1, TT 28.06.1988:7, TT 07.07.1988:1.

632 TT 25.06.1988:7a, ähnlich TT 15.06.1988:15, TT 25.06.1988:7b.

633 TT 15.06.1988:15; TT 25.06.1988:7a. Auf welche Weise die Währungsunion zu einer größeren deutschen Dominanz führen sollte, erklärte die Zeitung allerdings nicht.

634 Z.B. TG 17.06.1988:11, TG 27.06.1988:9, TG 27.06.1988:21, TG 28.06.1988:20; TT 25.06.1988:7b, TT 27.06.1988:1, TT 29.06.1988:1, TT 29.06.1988:8b. Als wichtigstes französisches Anliegen in Hannover galt allerdings nicht die Währungsunion, sondern eine gemeinsame europäische Sozialpolitik (TG 27.06.1988:21, TT 28.06.1988:1).

635 TT 15.06.1988:15, TT 25.06.1988:7b, auch später: TT 20.09.1988:13.

als Befürworter der gemeinsamen Währung genannt.<sup>636</sup> Dass die Initiative zur Währungsunion wesentlich von Jacques Delors ausgegangen war, wurde in den britischen Zeitungen also zunächst nicht thematisiert; auch in den Berichten über Delors' Wiederernennung zum Kommissionspräsidenten in Hannover spielte dies keine Rolle.<sup>637</sup> Wie weiter unten noch ausführlicher dargestellt wird, zeigte sich dieses Muster, Reformvorschläge in der Berichterstattung eher bestimmten nationalen Regierungen als supranationalen Akteuren zuzuschreiben, auch in zahlreichen anderen Kontexten.

Stärker als die Vorschläge selbst interessierten sich die britischen Medien ohnehin für deren diplomatische Nebenwirkungen, insbesondere die drohende Isolation der britischen Regierung: Angesichts der Diskussion über eine Europäische Zentralbank erscheine Thatcher, die nicht einmal zu einem EWS-Beitritt bereit sei, als „out of step in Europe“.<sup>638</sup> Der *Guardian* hob in einem Artikel „the danger of being bypassed by developments in the EMS“ hervor; die *Times* sprach sogar von einem „collision course“ zwischen Thatcher und den übrigen Mitgliedstaaten.<sup>639</sup> Zudem zitierte sie den britischen Vizepräsidenten der Europäischen Kommission, Lord Cockfield, der warnte, dass Deutschland und Frankreich mit der Währungsunion allein vorangehen könnten, „if Britain failed to overcome its reluctance to take part in important European institutions and reforms“.<sup>640</sup> Als Hauptmotiv Thatchers führten die britischen Zeitungen dabei von Anfang an nicht ökonomische Erwägungen, sondern die nationale Souveränität an. So zitierte ein *Times*-Artikel europäische Beamte, denen zufolge die britische Premierministerin das „independent pound“ als „a symbol [...] of patriotism and national sovereignty“ betrachte; ein anderer einen deutschen Diplomaten, der noch drastischer von „some kind of national virility symbol“ sprach.<sup>641</sup>

Diese grundsätzliche Ablehnung stieß in den untersuchten Zeitungen allerdings keineswegs auf klare Unterstützung. Vor allem der oppositionsnahe *Guardian* äußerte sich im Gegenteil durchgehend positiv zu einem

---

636 TT 25.06.1988:7b, TT 29.06.1988:8b, TG 29.06.1988:20. Ein *Times*-Artikel beschrieb zudem, wie die griechische Regierung, die in der zweiten Jahreshälfte 1988 die Ratspräsidentschaft übernehmen würde, das Ziel der Währungsunion von Deutschland übernommen habe (TT 21.06.1988:7).

637 TT 28.06.1988:7, TT 29.06.1988:8a, TG 28.06.1988:20.

638 TT 21.06.1988:7.

639 TG 17.06.1988:11, TT 25.06.1988:7a.

640 TT 21.06.1988:22.

641 TT 25.06.1988:7a, TT 27.06.1988:1, ähnlich TG 17.06.1988:11.

### 3. Die erste Phase der Verhandlungen

möglichen britischen EWS-Beitritt<sup>642</sup> und drückte in einem Leitartikel seine Zustimmung zur Währungsunion aus: Diese sei zwar „anathema to Mrs Thatcher’s nationalism“, für die EG aber die einzige „chance of becoming a potent economic force, rivalling the United States and Japan [...]“.<sup>643</sup> Aber auch die regierungsfreundliche *Times* zeigte sich durchaus kritisch gegenüber der britischen Isolation<sup>644</sup> und verwies mehrmals auf die Verhandlungen zur Einheitlichen Europäischen Akte, die Thatcher ebenfalls zunächst abgelehnt, am Ende aber akzeptiert habe.<sup>645</sup> In zwei Leitartikeln drängte die Zeitung auf einen raschen EWS-Beitritt, um in den Verhandlungen über die künftige europäische Währungszusammenarbeit nicht ausgeschlossen zu bleiben.<sup>646</sup>

Frühzeitig kam dabei auch die Frage auf, welche politischen Implikationen eine Währungsunion nach sich ziehen könnte. So begründete Thatcher ihre Ablehnung auch damit, dass eine Einheitswährung nicht ohne eine gemeinsame Regierung möglich sei.<sup>647</sup> Ein *Times*-Leitartikel wies diesen Zusammenhang jedoch ausdrücklich zurück: Weder setze die Währungszusammenarbeit „a united European government“ voraus noch sei die Unabhängigkeit des Pfunds „a realistic symbol of national virility“. Vielmehr sei „[s]ome form of increased co-operation in monetary matters“ lediglich „a logical consequence of 1992“ (also des europäischen Binnenmarkts, der bis Ende 1992 vollendet sein sollte). Trotz des „excess visionary zeal“, den die deutsche Bundesregierung in dieser Frage zeige, gehe es letztlich nur um einen „pragmatic step“, zu dem auch Großbritannien bereit sein sollte.<sup>648</sup>

Mit diesem Gegensatz zwischen kontinentaleuropäischen Visionen und britischem Pragmatismus knüpfte die *Times* an einen sehr häufigen Topos an, der auch im deutschen und französischen Europadiskurs immer wieder vorkam. Zugleich nahm die Zeitung Thatcher jedoch auch gegen den Vorwurf in Schutz, „anti-European“ zu sein. Dass sie in der EG andere Ziele vertrete als Kohl oder Mitterrand, liege allein an den besonderen Umständen der britischen Außenpolitik, speziell an dem „conflict between Britain’s role in Europe and its traditional Atlanticism“.<sup>649</sup> Letztlich, so die

---

642 TG 27.06.1988:9, TG 29.06.1988:18.

643 TG 29.06.1988:18.

644 TT 25.06.1988:7a.

645 Ebd., TT 27.06.1988:1.

646 TT 15.06.1988:15, TT 27.06.1988:17.

647 TT 27.06.1988:1, TG 27.06.1988:9.

648 TT 27.06.1988:17.

649 TT 25.06.1988:7a.

Implikation, folgten alle Mitgliedstaaten in der Europapolitik ihren eigenen nationalen Interessen, die im Falle des global ausgerichteten Großbritanniens eben anders gelagert seien als bei den nur kontinental orientierten Ländern auf dem Festland.

Von diesem mitgliedstaatlich-außenpolitischen Deutungsmuster lösten sich nur wenige Artikel. So sah eine Analyse im *Guardian* den Gipfel von Hannover als Übergang von einer „free-market, liberal, Euro-Thatcherite right“, die in den achtziger Jahren die Binnenmarkt-Agenda durchgesetzt habe, zu einer „new European social democratic platform for the 1990s“, welche sich nun in den Vorschlägen zu einer gemeinsamen EG-Sozialpolitik und zur Währungsunion manifestiere.<sup>650</sup> Mit umgekehrtem politischen Vorzeichen zitierte etwas später die *Times* den britischen Finanzminister Lawson, der einen Konflikt zwischen „two different visions – the vision of a deregulated, liberalized Europe which has been ours and of a bureaucratic, harmonized, regulated Europe which has been that of some others“ ausmachte.<sup>651</sup>

Diese Ansätze einer gesamteuropäisch-weltanschaulichen Interpretation entlang eines Links-rechts-Gegensatzes ähnelten stark dem Deutungsmuster, das zur selben Zeit auch in *Le Monde* verbreitet war. In der britischen Berichterstattung blieben sie allerdings eine Ausnahme. Die Ergebnisse des Hannoveraner Gipfels deuteten beide britischen Zeitungen wieder im Wesentlichen als einen Kompromiss zwischen den nationalen Interessen der verschiedenen Regierungen: Thatcher habe in die Einsetzung des Delors-Komitees eingewilligt, nachdem die Befürworter der Währungsunion um Helmut Kohl zuvor darauf verzichtet hatten, im Mandat des Komitees explizit das Ziel einer Europäischen Zentralbank zu erwähnen.<sup>652</sup> In der Bewertung dieses Kompromisses unterschieden sich die Zeitungen allerdings: Für den *Guardian* war Thatcher weiterhin „out of step“;<sup>653</sup> das erzielte Zugeständnis könne sich bald als „Pyrrhic victory“ erweisen, da unabhängig von der Formulierung des Mandats Jacques Delors und die übrigen Mitgliedstaaten jedenfalls eine Währungsunion anstrebten.<sup>654</sup> Die *Times* hingegen begrüßte die gute Stimmung auf dem Gipfel<sup>655</sup> und vermutete hinter Thatchers Kompromissbereitschaft „the hope that this would

---

650 TG 27.06.1988:21.

651 TT 01.07.1988:14.

652 TT 28.06.1988:1, TT 28.06.1988:7, TG 29.06.1988:20.

653 TG 28.06.1988:20.

654 TG 29.06.1988:20.

655 TT 28.06.1988:1.

### 3. Die erste Phase der Verhandlungen

bury the question of a European bank“.<sup>656</sup> Die Premierministerin selbst sehe jedenfalls, wie beide Zeitungen zitierten, „no possibility of a European Central Bank in my lifetime and possibly never“.<sup>657</sup>

Nach dem Gipfel zeigten sich in der *Times* zudem erstmals einige Topoi, die die Berichterstattung der Zeitung auch in den folgenden Jahren prägten. Zum einen zitierte die Zeitung Thatcher mit der Feststellung, dass Großbritannien anderen EG-Mitgliedstaaten bei der Liberalisierung des Kapitalverkehrs weit voraus sei,<sup>658</sup> und kontrastierte so das verbreitete Bild von der britischen Regierung als Integrationsbremser mit einem eigenen Diskurs, nach dem Großbritannien in der EG eigentlich eine Vorbildrolle zukomme. Zum anderen hob die *Times* hervor, dass Thatcher in Hannover von dem dänischen Ministerpräsidenten Poul Schlüter unterstützt worden sei,<sup>659</sup> und zitierte Finanzminister Lawson, dem zufolge „no major European country [...] wishes to see the powers and responsibilities of its own central bank diminished“.<sup>660</sup> Sowohl der Topos von Großbritannien als ‚gutem Europäer‘ als auch die Erwartung, dass andere Regierungen entgegen ihrer offiziell integrationsfreundlichen Linie letztlich doch noch auf den britischen Kurs einschwenken würden, relativierten im Diskurs der *Times* die britische Außenseiterrolle. Implizit verteidigte die Zeitung damit die Regierung gegenüber der Kritik, wie sie etwa im oppositionsnahen *Guardian* zu lesen war.

Erst einmal aber spielte die Währungsunion in den Monaten nach dem Gipfel von Hannover wenigstens im Politikteil der britischen Zeitungen kaum noch eine Rolle. Lediglich im Wirtschaftsressort fanden sich einzelne Artikel, etwa über die erste Sitzung des Delors-Komitees im September.<sup>661</sup> Zudem berichtete die *Times* im September über ein Interview Thatchers im spanischen Fernsehen, in dem diese eine Europäische Zentralbank noch einmal als „an unacceptable loss of sovereignty“ ablehnte, und zitierte die Premierministerin mit der Formulierung „Europe should not try to run before it could walk“.<sup>662</sup> Im Kontext des Interviews spielte That-

---

656 TT 29.06.1988:8b.

657 TT 29.06.1988:1, ähnlich TG 29.06.1988:20.

658 TT 29.06.1988:1, TT 29.06.1988:8b.

659 TT 28.06.1988:1.

660 TT 01.07.1988:14.

661 TT 12.09.1988:21, TT 14.09.1988:28. Zu diesem Anlass sprach sich die *Times* noch einmal gegen die Währungsunion, aber für einen britischen EWS-Beitritt aus, der „desirable not for reasons of foreign policy or for some mystical vision of a united continent but for hard practical reasons“ sei (TT 12.09.1988:23).

662 TT 19.09.1988:1.

cher mit diesem geflügelten Wort offenbar auf die noch unvollständige EG-Kapitalmarktliberalisierung an, die eine Vorbedingung für die Währungsunion sei. In den folgenden Jahren entwickelte es sich allerdings zu einer immer wiederkehrenden Wendung sowohl in der Rhetorik der britischen Regierung als auch in der Berichterstattung in der *Times* – vergleichbar mit dem Topos der überstürzten Reform, auf das die deutsche FAZ wiederholt zurückgriff.

Der *Guardian* hingegen setzte weiterhin auf die britische Isolation als Hauptthema in der Berichterstattung. So zitierte er im Oktober 1988 unter der Überschrift „EEC threat to leave Britain behind on Euro bank“ einen deutschen Bundesbankbeamten, der die Möglichkeit einer Währungsunion allein der EWS-Mitgliedstaaten in Aussicht stellte, „even if this means a two-tiered Europe“.<sup>663</sup> Wenige Wochen vor Abschluss des Delors-Berichts machte die Zeitung zudem noch einmal sehr deutlich, dass für diese Isolation vor allem die Thatcher-Regierung selbst verantwortlich sei:

No one in the Bank of England, the Treasury, or 10 Downing Street, should imagine that a British refusal to go along with such a strategy [for monetary union] would mean that it would be abandoned by the other EEC governments. Their leaders have already signalled their intention to go ahead, if necessary without the British. They have often done so at other crucial junctures in the Community's evolution. [...] It is not a prospect which the bulk of British industry [...] would be happy about. But it could be the result of continued British foot-dragging on the question of EMS membership [...].<sup>664</sup>

Wie unterschiedlich die *Times* und der *Guardian* die Politik der britischen Regierung beurteilten, zeigte sich schließlich auch anlässlich einer Äußerung des britischen Finanzministers Lawson im Januar 1989. Dieser kritisierte, dass Delors die Idee einer vollständigen Währungsunion vorantreibe, statt sich auf „the practical steps the single market required“ zu konzentrieren<sup>665</sup> – ein erneuter Rückgriff auf den topischen Gegensatz zwischen kontinentaleuropäischer Vision und britischem Pragmatismus. Doch während die *Times* dieses Argument nur zitierte, übte der *Guardian* offene Kritik daran: Lawsons Äußerungen, so die Zeitung, „may be seen as hypocriti-

---

663 TG 06.10.1988:6.

664 TG 27.01.1989:23.

665 TG 26.01.1989:1, ähnlich TT 26.01.1989:24.

### 3. Die erste Phase der Verhandlungen

cal“, da sich die britische Regierung auch konkreten Binnenmarktmaßnahmen wie der Steuerharmonisierung verweigere.<sup>666</sup>

„A new version of De Gaulle’s ‚Europe des patries‘“: *Thatchers Rede in Brügge als Auslöser einer Institutionen-Debatte*

Nicht nur die Debatte über die europäische Währungsunion, auch die über die institutionelle Reform gewann in Großbritannien dank der exponierten Rolle Thatchers schon früher an Fahrt als in den anderen Mitgliedstaaten. Wie die deutschen und französischen ignorierten zwar auch die britischen Zeitungen die Resolutionen, die das Europäische Parlament bis Mitte 1988 verabschiedete. Bereits im Kontext des Gipfels von Hannover wurde jedoch die Möglichkeit einer gemeinsamen europäischen Regierung thematisiert – wenn auch zunächst nur *ex negativo* in einer Äußerung Margaret Thatchers zur Währungsunion:

Mrs Thatcher said last Thursday that a European Bank could only come about when there was a united sovereign government for Europe. Since this was “not on the cards”, there was no point in even studying the idea.<sup>667</sup>

Die Medien werteten dieses Argument zunächst nur als rhetorische Übertreibung,<sup>668</sup> schrieben ihm jedoch größere Bedeutung zu, als einige Tage nach dem Gipfel auch Kommissionspräsident Jacques Delors davon sprach, dass die zunehmende Übertragung von Kompetenzen auf die EG „the embryo of a European government“ notwendig mache. Die *Times* sah darin explizit eine Antwort auf die britische Premierministerin und hob in der Überschrift ihres Berichts dazu – „Parliament ‚doomed‘ by European government“ – vor allem den möglichen Verlust an nationaler Souveränität hervor.<sup>669</sup> Klar integrationsfreundlich positionierte sich hingegen der *Guardian*, der Delors’ Äußerungen zum Anlass nahm, um in einem längeren Artikel das „democratic deficit“ der EG zu beschreiben, das sich aus dem zunehmenden Machtgewinn des Ministerrats ergebe. Da eine

---

666 TG 26.01.1989:1. Außerdem berichtete der *Guardian* (anders als die *Times*) am Folgetag auch über die Reaktion eines Kommissionsprechers, der Lawsons Vorwürfe zurückwies und betonte, dass die Arbeit im Delors-Komitee von dem Mandat des Gipfels von Hannover gedeckt sei (TG 27.01.1989:10).

667 TT 27.06.1988:1, ähnlich TG 27.06.1988:9.

668 So insbesondere der schon oben zitierte *Times*-Leitartikel (TT 27.06.1988:17).

669 TT 07.07.1988:1.



Rückübertragung der Kompetenzen auf die nationalen Parlamente „inconceivable“ sei, bleibe als „obvious, common sense alternative“ nur eine Stärkung des Europäischen Parlaments: „Logically, the European Parliament should be the primary law-making assembly, with the Council of Ministers [...] acting as a kind of Senate.“<sup>670</sup> Ohne es explizit zu machen, folgte die Zeitung damit genau der föderalistischen Argumentationslinie, die auch die Europaabgeordneten selbst wenige Wochen zuvor im Tausaint-Bericht verabschiedet hatten.

Den eigentlichen Startpunkt der britischen Debatte über die institutionelle Zukunft der EG bildete jedoch Thatchers Rede in Brügge am 20. September 1988, die in der britischen Öffentlichkeit auf große Aufmerksamkeit stieß. Beide untersuchten Zeitungen berichteten mehrfach auf der Titelseite darüber, kommentierten sie in Leitartikeln und druckten große Ausschnitte daraus im Wortlaut ab.<sup>671</sup> Als wichtigsten Gegner Thatchers identifizierten die Zeitungen dabei erneut Jacques Delors, den die *Times* als „the biggest demon in the Downing Street cupboard“ bezeichnete.<sup>672</sup> Als zentrale inhaltliche Konfliktlinie galt dementsprechend der Gegensatz zwischen „British interests“ einerseits und einem von Delors verkörperten „creeping Euro-federalism“ andererseits.<sup>673</sup> Thatcher selbst benannte später in einem Gespräch mit der *Times* als Adressaten ihrer Kritik

---

670 TG 07.07.1988:21.

671 TT 19.09.1988:1, TT 21.09.1988:1, TT 22.09.1988:1, TG 21.09.1988:1, TG 22.09.1988:1; TT 20.09.1988:13, TG 21.09.1988:18; TT 21.09.1988:7, TG 21.09.1988:19a. Auch in Leserbriefen wurde die Rede viel diskutiert. Dabei unterstützte in der *Times* die große Mehrheit der Briefe Thatchers Linie (TT 23.09.1988:13a, TT 28.09.1988:13, TT 29.09.1988:17, TT 30.09.1988:15b, TT 07.10.1988:17c, TT 07.10.1988:17b), nur wenige äußerten Kritik (TT 23.09.1988:13b, TT 30.09.1988:15a, weniger eindeutig TT 07.10.1988:17a). Im *Guardian* hingegen bezogen alle Leserbriefe gegen Thatcher Stellung, allerdings aus ganz unterschiedlichen Gründen: Einer forderte stattdessen eine Stärkung des Europäischen Parlaments (TG 26.09.1988:22b), ein anderer mehr Dezentralisierung nicht nur in Europa, sondern auch innerhalb Großbritanniens (TG 26.09.1988:22a). Ein dritter schließlich warf Thatcher vor, dass sie nicht schon die Einheitliche Europäische Akte von 1986 abgelehnt habe (TG 26.09.1988:22c).

672 TT 20.09.1988:12, ähnlich auch schon TT 15.09.1988:6, TT 19.09.1988:1.

673 So TT 20.09.1988:8. Andere *Times*-Artikel sprachen z. B. von „a United States of Europe“ (TT 19.09.1988:1, ähnlich TT 20.09.1988:13), „supranational tendencies“ (TT 20.09.1988:12) oder „Delors’ dream of a superstate“ (TT 21.09.1988:1); der *Guardian* sprach von „a federal united Europe“ (TG 22.09.1988:1) und zitierte noch einmal Delors’ Formulierung eines „embryo European government“ (TG 17.09.1988:20).

### 3. Die erste Phase der Verhandlungen

„[s]ome in the Commission who are trying to get every directive far too detailed in restrictions“ und „a lot of countries in Europe who think in a socialist way“. Ein „federal Europe“ sei „against the grain of our people“. <sup>674</sup>

Thatchers Ablehnung einer weitergehenden Integration wurde also teilweise mit der Verteidigung einer liberalen Deregulierungspolitik, teilweise mit der Wahrung der nationalen Identität begründet. Ein Leitartikel der *Times* sprach von einem „European Thatcherism“, der „inspired by the ideals of enterprise and individualism; deregulated, economically efficient and non-interventionist“ sei und die „[n]ational identity“ respektiere. <sup>675</sup> Unterschiede zu den anderen EG-Mitgliedstaaten spielten hingegen zunächst keine zentrale Rolle. Im Gegenteil: Als Referenzpunkt, um Thatchers Positionen zu charakterisieren, griffen beide Zeitungen nicht etwa auf ein britisches Vorbild, sondern auf den Franzosen Charles de Gaulle zurück. So beschrieb der *Guardian* das Integrationskonzept der Brügge-Rede als „a new version of De Gaulle’s ‚Europe des patries‘“ und erklärte explizit: „Mrs Thatcher consciously followed in the footsteps of the late French President“. <sup>676</sup> Beide Zeitungen erwähnten zudem, dass auch der belgische Außenminister Leo Tindemans in Thatchers Rede Ähnlichkeiten zu De Gaulle erkannt habe, wobei die *Times* noch hinzufügte, dass Thatcher selbst in diesem Vergleich „certainly not an insult“ sehe. <sup>677</sup>

Mit dem Konzept des „European Thatcherism“, vor allem aber mit dem Verweis auf die gaullistische Tradition der Brügge-Rede lieferten die Zeitungen einen Ansatz für eine gesamteuropäisch-weltanschauliche Interpretation.

---

674 TT 26.10.1988:16, aufgegriffen in TG 26.10.1988:9.

675 TT 21.09.1988:17. Ein anderer *Times*-Bericht kontrastierte ihre „crusade for a market-based solution for the question of Continental unity“ mit Felipe González’ Ziel eines europäischen „social space“; allerdings bezog sich dies eher auf die gemeinsame Sozialpolitik, nicht auf die Vertragsreform (TT 24.09.1988:7). In ähnlicher Weise erklärte auch ein *Guardian*-Artikel, Thatcher wende sich gegen die „rhetoric of some EEC leaders – constitutionally supranational, economically interventionist, and socially progressive“ (TG 21.09.1988:19b).

676 TG 21.09.1988:1. Auch sonst war „Thatcher’s Gaullism“ im *Guardian* ein gängiger Topos (so wörtlich TG 17.09.1988:20, ähnlich schon TG 07.07.1988:21, auch TG 21.09.1988:18, TG 22.09.1988:1, TG 29.09.1988:25, TG 01.10.1988:3). Einige Monate später veröffentlichte die Zeitung anlässlich des 20. Jahrestags von De Gaulles Rücktritt einen ausführlichen, über die Europapolitik hinausgehenden Vergleich zwischen den beiden Politikern (TG 01.05.1989:11); vor dem Gipfel von Straßburg zitierte sie noch einmal Thatcher selbst, die sich zu De Gaulles Ziel einer „Europe des patries“ bekannte (TG 04.12.1989:23b).

677 TT 22.09.1988:1, vgl. auch TG 21.09.1988:1. Später fand sich der Vergleich mit De Gaulle in der *Times* noch in TT 03.10.1988:13.

tation, der die Existenz von ähnlich gesinnten Akteuren in anderen Mitgliedstaaten nahelegte. Tatsächlich argumentierte ein *Times*-Leitartikel, dass die Premierministerin eine Sichtweise auf die EG vertrete, die „many in the other countries of the European Community also embrace – or would do if they addressed themselves to the possible diminution of national sovereignty“. Thatcher habe daher sogar die Aussicht „to take a leading role in Europe as it approaches its single market in 1992“. <sup>678</sup> Eine explizit parteipolitische Deutung, etwa ein Verweis auf die zeitgenössische gaulistische Partei RPR in Frankreich, blieb jedoch aus. Beide Zeitungen erwähnten als relevante Akteure in den übrigen Mitgliedstaaten jeweils nur die dortigen Regierungen – und blieben insofern doch einem mitgliedstaatlich-außenpolitischen Deutungsmuster verhaftet.

In Bezug auf die Reaktion dieser anderen Regierungen zeigten sich allerdings erneut Unterschiede zwischen dem *Guardian*, der allein die britische Isolation hervorhob, und der *Times*, die den Blick auf mögliche diplomatische Verbündete Thatchers lenkte. So betonte sie schon vor der Rede, die Regierung wolle sicherstellen, dass Thatchers Auftritt „does not antagonize other members of the Community whose support Britain often needs“. <sup>679</sup> Auch später berichtete die *Times* zwar von den ablehnenden Reaktionen der Europäischen Kommission und der anderen EG-Regierungen, <sup>680</sup> blieb jedoch dabei, dass viele Akteure in Europa es durchaus begrüßten, dass Thatcher einschreite, „when Euro-enthusiasm threatens to get out of hand“. <sup>681</sup> Andere Kommentare mischten dieses Argument auch mit Kritik an den anderen europäischen Regierungen: Diese wüssten in Wahrheit ebenfalls, dass nationale Identitäten nicht in einer europäischen Föderation aufgehen könnten, „but think it unwise to say so“. <sup>682</sup>

Der *Guardian* hingegen ließ erneut keinen Zweifel daran, dass die Schuld für die drohende britische Isolation bei der britischen Regierung selbst zu suchen sei. Eine Kaskade von Berichten kontrastierte hier die Po-

---

678 TT 20.09.1988:13.

679 TT 20.09.1988:8.

680 TT 21.09.1988:1, TT 22.09.1988:1, TT 23.09.1988:7.

681 TT 23.09.1988:7. Später berichtete die Zeitung, trotz der anfänglich negativen Reaktion hätten europäische Medien und Politiker „Mrs Thatcher’s frankness“ gelobt, die es ermögliche, zwischen „visionaries“ und „pragmatists“ eine offene Debatte zu führen (TT 03.10.1988:13).

682 TT 29.09.1988:16, ähnlich auch TT 21.09.1988:17: „She is honest where our partners are idealistic.“ Auch ein Leserbrief äußerte die Ansicht, dass Thatcher „is only saying [...] what her counterparts in Europe know full well to be the truth but lack the guts to say themselves“ (TT 23.09.1988:13a).

### 3. Die erste Phase der Verhandlungen

sition der Premierministerin mit der integrationsfreundlichen Europapolitik anderer Regierungschefs,<sup>683</sup> ein Leitartikel sagte ein „two-tier Europe, with London on the outer circle line“ voraus,<sup>684</sup> ein Kommentar sprach von „Thatcher as the wallflower of Europe“.<sup>685</sup> Ende Oktober verzeichnete die Zeitung schließlich „growing evidence of her total isolation among EEC leaders over the future of the Community“,<sup>686</sup> was die Regierung zu einem „all-out diplomatic effort to heal the breach [...] with its European Community partners“ zwingte.<sup>687</sup>

Auch der Darstellung des *Guardian* lag allerdings ein stark an nationalen Interessen ausgerichtetes Deutungsmuster zugrunde. Zwar wandten sich die Vorwürfe, die die Zeitung gegen Thatcher erhob, zum Teil gegen ihre europapolitischen Vorstellungen; ein Leitartikel sprach von den „limited [...] horizons“ der Premierministerin, die „forever [...] an English nationalist“ bleibe.<sup>688</sup> Mehrere Artikel betonten zudem, dass Thatchers Kritik am europäischen Föderalismus nichts mit den realen europapolitischen Plänen der Kommission zu tun habe; vielmehr handle es sich dabei um „straw men“ und eine „extreme and inaccurate caricature of the case for progress

---

683 Im Einzelnen mit Spanien, Frankreich und Italien (TG 22.09.1988:6), erneut Spanien (TG 23.09.1988:28), Belgien (TG 29.09.1988:25), Deutschland (TG 19.10.1988:1) sowie erneut Italien (TG 21.10.1988:12). Die beiden letzten Artikel bezogen sich auf ein Treffen der zur EVP gehörigen Regierungschefs, wobei der *Guardian* allerdings nicht weiter auf dessen europäisch-parteilpolitische Dimension einging, sondern bei einem diplomatischen, mitgliedstaatlich-außenpolitischen Deutungsmuster blieb. Daneben war die britische Isolation auch Thema in TG 22.09.1988:1, TG 22.09.1988:23 sowie TG 26.09.1988:22b.

684 TG 21.09.1988:18.

685 TG 31.10.1988:20.

686 TG 21.10.1988:12.

687 TG 25.10.1988:8, ähnlich schon TG 22.10.1988:6. Die Unterschiede zwischen den beiden Zeitungen bei der Bewertung der Akteure zeigten sich auch in Details der Darstellung. So kontrastierte der *Guardian* – ähnlich wie *Le Monde* in Frankreich – die Aggressivität Thatchers mit der Gelassenheit Jacques Delors: Ende Oktober zitierte die Zeitung Delors' Warnung vor „unnecessary new ideological confrontations“ und deutete dies als „conciliatory gesture“ des Kommissionspräsidenten (TG 27.10.1988, ähnlich schon TG 21.09.1988:1, TG 22.09.1988:1). Im Gegensatz dazu interpretierte die *Times* Thatchers Brücke-Rede als „a dose of good British common sense“ (TT 23.09.1988:7) und sprach Ende Oktober von einem „[a]ngry Delors“, der Thatcher mit einer „fresh challenge [...] over 1992“ konfrontiere (TT 27.10.1988:6).

688 TG 21.09.1988:18.

towards European union“.<sup>689</sup> Der Schwerpunkt der Kritik jedoch richtete sich gegen die ungünstige diplomatische Position, in die die Regierung das Land manövriert habe. Besonders deutlich wurde dies in einem Kommentar, der feststellte, der Widerstand gegen den Integrationsprozess könne

nullify any British aspirations to ‘lead’ Europe – aspirations which the Thatcher Government, remarkable to say, does imagine itself to have fulfilled [...]. Only as a full-hearted participant in Europe could Britain hope to maximise her influence in the world. That was what a majority began at last to understand. But one woman’s vision said otherwise.<sup>690</sup>

Und auch an sprachlichen Details zeigte sich der mitgliedstaatlich-außenpolitische Rahmen der Kritik im *Guardian*: So griffen gleich mehrere Meinungsartikel auf ein britisch-nationales „we“ zurück und gaben damit zu verstehen, dass der Adressat ihrer Argumentation allein die britische Öffentlichkeit war – und nicht etwa die EG als Ganzes.<sup>691</sup>

Aber nicht nur die diplomatische Position des Landes, auch die Inhalte der Brügge-Rede wurden in der *Times* weitaus wohlwollender bewertet als im *Guardian*. Zwar hielt auch ein *Times*-Leitartikel Thatchers Angriffe auf „the nightmare of a European superstate“ für übertrieben, „since nothing of the kind has been proposed“. Statt auf das „faraway issue of European union“ sollte die Premierministerin sich deshalb besser auf aktuelle Fragen wie den Binnenmarkt konzentrieren.<sup>692</sup> Zugleich unterstützte die Zeitung aber ausdrücklich Thatchers Konzept einer „community brought together by voluntary co-operation“, das – anders als die Vorstellungen der deut-

---

689 TG 22.09.1988:23, TG 22.09.1988:1, ähnlich auch TG 21.09.1988:18, TG 31.10.1988:20. Entsprechend spekulierte die Zeitung auch schon früh über einen möglichen Kurswechsel Thatchers, wenn es tatsächlich zu einer Entscheidung „between her ideological defence of national sovereignty and the economic imperatives of European integration“ kommen sollte (TG 21.09.1988:19b, ähnlich auch TG 21.09.1988:1).

690 TG 22.09.1988:23.

691 So etwa TG 21.09.1988:18: „If we malingering on the fringes, events will pass us by“; ähnlich auch TG 22.09.1988:23. Auch später verwendete der *Guardian* immer wieder das Pronomen „we“, um sich auf Großbritannien oder die britische Regierung zu beziehen – insbesondere in Meinungstexten, die Thatcher besonders scharf für die diplomatische Isolation des Landes kritisierten (z. B. TG 28.06.1989:22, TG 08.12.1989:22).

692 TT 26.09.1988 (ähnlich auch einige Leserbriefe: TT 30.09.1988:15a, TT 03.10.1988:17).

### 3. Die erste Phase der Verhandlungen

schen oder französischen Regierung – auch den östlichen Teil des Kontinents einbeziehen könne.<sup>693</sup>

Ein weiterer Kommentar verteidigte Thatchers „nationalism“ gegen „the ill-defined notion of European federalism“ und setzte sich sogar explizit mit dem Gegensatz zwischen einem mitgliedstaatlich-außenpolitischen und einem gesamteuropäisch-innenpolitischen Integrationsmodell auseinander. Anlass dafür war die Äußerung eines britischen liberalen Abgeordneten, dem zufolge die Menschen zwar auch künftig „English, Scottish or French“ bleiben würden, doch „what would matter in politics would be a person’s political orientation, not national origin“. Demgegenüber warnte der *Times*-Kommentar, es wäre „self-defeating to try to suppress nationhood“:

In the larger Europe, the British [...] have a common identity which they see as embodying a common interest. To assume that this would disappear if, in some kind of European federation, certain British representatives of some particular political persuasion combined with those of other nations to vote [sic] into existence provisions which the British (or French, or German) majority felt would be against their essential national interest, is absurd. [...] The representation of the European nations *as such* (and not simply as individuals) within the Community is the heart of the matter.<sup>694</sup>

Als Beleg für diese vermeintlich unüberwindliche Fortdauer nationaler Identitäten verwies der Kommentar unter anderem auf die weltweit vorkommenden „disturbances because nations [...] feel oppressed and disregarded, from the Soviet minorities to the tragic Kurdish people“.<sup>695</sup> Ohne dies explizit zu machen, griff die *Times* mit dieser Gleichsetzung des Supranationalismus in der EG und des Zentralismus in der Sowjetunion selbst ein Argument aus der Brügge-Rede auf.<sup>696</sup> In der Folgezeit sollte es zu

---

693 TT 21.09.1988:17. Auf den naheliegenden Vergleich mit Charles de Gaulles Konzept eines „Europa vom Atlantik bis zum Ural“ verzichtete der Leitartikel in diesem Zusammenhang allerdings. Stattdessen wählte er eine andere historische Parallele und bezeichnete Thatcher als „a European as Britons were Europeans before the First World War“.

694 TT 29.09.1988:16.

695 Ebd. (ähnlich auch ein Leserbrief: TT 30.09.1988:15b).

696 In der Rede hieß es: „Indeed, it is ironic that just when those countries such as the Soviet Union, which have tried to run everything from the centre, are learning that success depends on dispersing power [...], there are some in the Community who want to move in the opposite direction“ (Thatcher 1988).

einem gängigen Topos des nationalkonservativen Diskurses in Großbritannien werden.

Auch in Gastbeiträgen stieß die Rede in der *Times* meist auf Zustimmung. In Anlehnung an Delors' Formulierung nach dem Gipfel von Hannover erklärte das irische Kommissionsmitglied Peter Sutherland in einem Beitrag zwar, die EG sei bereits jetzt „an embryonic federal structure“; es sei deshalb

inconsistent to criticize the institutions of the Community for being appointed rather than elected democratically and, at the same time, to ignore the claims of the European Parliament for powers which alone can develop control on a common European basis.<sup>697</sup>

Auch Sutherland vermied jedoch explizite Kritik an Thatcher und betonte, es handle sich nicht um „a left-right institutional conflict“.<sup>698</sup> Umgekehrt bezog der konservative britische Unterhaus-Abgeordnete William Cash in zwei Beiträgen vehement für die Premierministerin Stellung und warnte unter der Überschrift „British interests at risk“ vor einem „long-term shift which is transferring power from the parliaments of member nations to the bureaucracies of Brussels and Strasbourg“.<sup>699</sup>

Zugleich kritisierte Cash die übrigen Mitgliedstaaten, die mithilfe von Mehrheitsentscheidungen im Ministerrat versuchten „to undermine British industries by imposing [...] unacceptable but legally binding technical standards“ und sich damit als die „real ‚nationalists‘“ erwiesen.<sup>700</sup> Am Beispiel von Spanien und Italien argumentierte Cash zudem, in Europa seien föderalistische Positionen umso beliebter, je schwächer „the political tradition of a given country or institution“ sei, und verteidigte stattdessen den „practical and pragmatic approach“ der britischen Regierung.<sup>701</sup> Damit trieb Cash den Topos, dass die britische Regierung eigentlich ein ‚guter Europäer‘ sei, noch eine Stufe weiter, indem er die integrationsfreundlichen Positionen der übrigen Mitgliedstaaten mit der angeblichen Unzulänglichkeit deren nationaler politischer Systeme erklärte. Auch dieses Motiv entwickelte sich rasch zum festen Bestandteil des britischen konservati-

---

697 TT 22.10.1988:10.

698 Ebd.

699 TT 23.10.1988:14. Interessanterweise nannte Cash mit Straßburg ausdrücklich auch den Sitz des Europäischen Parlaments und rechnete dieses damit implizit zu den europäischen „bureaucracies“.

700 TT 25.10.1988:16.

701 TT 23.10.1988:14. In Leserbriefen wurden Cashes Positionen teils unterstützt (TT 28.10.1988:13a), teils kritisiert (TT 28.10.1988:13b).

### 3. Die erste Phase der Verhandlungen

ven Diskurses und kam, wie weiter unten gezeigt wird, in der *Times* später noch häufiger vor.

Insgesamt löste die Brügge-Rede Margaret Thatchers in den britischen Medien also deutlich intensivere Reaktionen aus als in den übrigen Mitgliedstaaten und führte hier auch schon früher zu einer Debatte über die institutionelle Gestalt der EG. Bemerkenswerterweise kam es infolge dieses Aufmerksamkeitsschubs Ende Oktober 1988 sogar zu einzelnen Artikeln über eine der föderalistisch inspirierten Resolutionen des Europäischen Parlaments, den sogenannten Graziani-Bericht. Sowohl die *Times* als auch der *Guardian* interpretierten diesen allerdings vor allem als Reaktion auf Thatchers Rede<sup>702</sup> und gingen nur oberflächlich auf seine genauen Inhalte ein. Stattdessen lag der Fokus der Berichterstattung auf den Europaabgeordneten der Conservative Party, von denen viele vor dem Dilemma zwischen der Loyalität zu Thatcher und der Unterstützung für „a federal united Europe as a long-term goal“ stünden.<sup>703</sup>

In den Folgemonaten ließ das Interesse für die Europaabgeordneten zudem rasch wieder nach: Ende Januar 1989 berichtete der *Guardian* zwar noch einmal über die Forderungen der Abgeordneten nach mehr Beteiligung an der EG-Rechtsetzung,<sup>704</sup> doch schon der Herman-Bericht vom 16. Februar 1989, in dem das Parlament die Ausarbeitung einer europäischen Verfassung ankündigte, fand in keiner der beiden Zeitungen mehr Erwähnung. Die Konflikte zwischen europapolitischen „pragmatists“ und „visionaries“ blieben zwar ein wiederkehrendes Thema in der britischen Presse.<sup>705</sup> Als relevante Akteure erschienen dabei jedoch nur die Regierungen der Mitgliedstaaten und die Kommission – nicht das Europäische Parlament oder die europäischen Parteienfamilien.

---

702 Dies ging schon aus den Artikelüberschriften deutlich hervor: „Thatcher faces new battle as Euro-MPs demand full union“ (TT 26.10.1988:8) bzw. „MEPs defy Thatcher on European unity moves“ (TG 26.10.1988:9).

703 TT 26.10.1988:8, ähnlich TT 27.10.1988:6, TG 26.10.1988:9, TG 31.10.1988:20.

704 TG 20.01.1989:19. Anlass war eine Resolution, in der das Parlament eine Verlegung seines Hauptsitzes nach Brüssel forderte.

705 TT 30.01.1989:26, ähnlich TT 20.02.1989:13. Aufhänger dieser Artikel war jeweils die Vollendung des europäischen Binnenmarkts.



„*Dangerously isolated*“: Sorge um die diplomatische Lage Großbritanniens nach dem Delorsplan

Obwohl die Debatte über die Währungsunion und die institutionelle Gestalt der EG in den britischen Medien also bereits 1988 an Fahrt gewonnen hatte, stieß die Vorstellung des Delors-Berichts im April 1989 auch hier nur auf geringe Aufmerksamkeit. Artikel zum Thema erschienen vor allem im Wirtschafts-, nicht im Politikteil.<sup>706</sup> Zudem betonten beide Zeitungen zunächst, dass der Bericht keinen genauen Zeitplan vorgebe und eine rasche Umsetzung der Währungsunion deshalb unwahrscheinlich sei.<sup>707</sup>

Einen prominenteren Platz in der Berichterstattung gewann der Delorsplan erst dadurch, dass der britische Finanzminister Nigel Lawson ihn ablehnte: So stand der erste längere Artikel, der in der *Times* dazu erschien, unter der Überschrift „Lawson attacks Delors plan“ und begann mit dem Satz:

Mr Nigel Lawson, the Chancellor of the Exchequer, yesterday denounced a proposal for European economic and monetary union, because it would in effect bring about the United States of Europe, which was “simply not on the agenda for the moment.”<sup>708</sup>

Dieser Deutungsrahmen, eine offensichtliche Paraphrase von Thatchers „not on the cards“-Formulierung im Vorjahr, dominierte auch die weitere Berichterstattung der *Times* über den Plan. So ging die Zeitung kaum auf den ökonomischen Nutzen ein, den das Delors-Komitee von der Währungsunion erwartete – einige Artikel suggerierten sogar, dass die Befürworter in der Währungsunion eine Art Selbstzweck sähen.<sup>709</sup> Demgegenüber behandelte ein Leitartikel die wirtschaftlichen Probleme einer Währungsunion, insbesondere die sozialen Kosten, die mit einer Angleichung der verschiedenen nationalen Wirtschaftsstrukturen verbunden wären und nur durch erhebliche zwischenstaatliche Finanztransfers ausgeglichen wer-

---

706 Sogar die Möglichkeit, dass die französische Regierung für die Währungsunion Ende 1989 eine Regierungskonferenz zur Reform des EG-Vertrags einberufen könnte, wurde im *Guardian* zum ersten Mal in einer kurzen Meldung im Wirtschaftsteil erwähnt (TG 11.04.1989:12).

707 Z.B. TT 12.04.1989:11, TG 14.04.1989:19, TG 18.04.1989:13. Die *Times* erklärte sogar, der Bericht unterstütze eher die Sichtweise von „Britain and West Germany, which have advocated a more cautious approach, in contrast to France and Italy“ (TT 17.04.1989:26).

708 TT 18.04.1989:25.

709 Z. B. TT 19.04.1989:11.

### 3. Die erste Phase der Verhandlungen

den könnten.<sup>710</sup> Vor allem aber hob die Zeitung den drohenden Verlust an nationaler Souveränität hervor, mit dem auch Lawson seine Ablehnung begründete,<sup>711</sup> und betonte verschiedentlich, dass der Plan ohnehin kaum Erfolgsaussichten habe, da Großbritannien gegen jeden Versuch einer Vertragsreform sein Veto einlegen werde.<sup>712</sup>

Dass die Währungsunion bei anderen Regierungen durchaus auch auf Unterstützung stieß, wurde in der *Times* zunächst hingegen kaum thematisiert. Vielmehr verband die Zeitung den vorgeschlagenen Plan eng mit der Person Jacques Delors' und hob hervor, dass einige seiner Kernelemente, etwa die Harmonisierung der Wirtschaftspolitik oder die Sanktionen bei übermäßigem Defizit, nicht nur für Großbritannien, sondern auch für andere Mitgliedstaaten inakzeptabel seien.<sup>713</sup> Die Möglichkeit eines „two-speed Europe“, einer Währungsunion ohne Großbritannien, wurde zwar angesprochen, aber als unrealistisch verworfen: Aufgrund der starken Stellung Londons im Weltfinanzwesen, so zitierte die *Times* britische Regierungsmitglieder, sei jeder derartige Versuch zum Scheitern verurteilt.<sup>714</sup> Erst mit einigen Tagen Verzögerung stellte die Zeitung schließlich in einer Überblicksdarstellung über die Reaktionen der übrigen Mitgliedstaaten fest, Großbritannien sei „dangerously isolated“.<sup>715</sup>

Auch im *Guardian* beschränkte sich die inhaltliche Debatte über den Delorsplan weitgehend auf den Wirtschaftsteil;<sup>716</sup> lediglich ein längerer Leitartikel nannte die „dynamic benefits which accrue to an integrated European economy“ als Hauptargument für die Währungsunion.<sup>717</sup> Im Poli-

---

710 TT 18.04.1989:17.

711 TT 18.04.1989:25.

712 TT 19.04.1989:11, ähnlich TT 18.04.1989:25. Auch der erwähnte Leitartikel unterstützte dieses erwartete Veto (TT 18.04.1989:17).

713 TT 19.04.1989:11. Auch Finanzminister Lawson wurde mit der Formulierung zitiert, der Delorsbericht repräsentiere „a concept of the European Community which we do not share – and many other countries have reservations about the ultimate objective“ (TT 18.04.1989:25).

714 TT 19.04.1989:11.

715 TT 21.04.1989:9.

716 Z. B. TG 19.04.1989:15.

717 TG 18.04.1989:18. Auch hier war jedoch der größere Teil des Textes den Auswirkungen der Währungsunion auf die nationale Souveränität gewidmet: Eine Währungsunion schränke zwar die Geld-, nicht aber die Fiskalpolitik der Mitgliedstaaten ein und sei deshalb „in an important sense apolitical“. Zudem sei durch die gemeinsame Handelspolitik und den Binnenmarkt ohnehin bereits eine weitgehende Souveränitätsübertragung an die EG erfolgt. Es müsse deshalb nun primär um die Einrichtung eines „democratic framework“ für die Gemeinschaft gehen, etwa in Form von „[r]eal powers for the European Parliament“.

tikressort stand hingegen erneut von Anfang an die Kritik an der eigenen nationalen Regierung im Mittelpunkt, die sich mit ihrer Blockadehaltung selbst isoliere und damit ihren Einfluss in Europa verspiele.<sup>718</sup> Entsprechend betonte die Zeitung wiederholt, dass die anderen EG-Länder die Währungsunion auch zu elft beschließen könnten;<sup>719</sup> die von der Regierung verbreitete Vorstellung „that British recalcitrance [...] reflects the genuine though unexpressed opinion of the majority of EEC national leaders“, bezeichnete ein Kommentar als wirklichkeitsfremde „illusion“.<sup>720</sup> Auch die starke Fokussierung auf die Person Jacques Delors' fand sich im *Guardian* lediglich in kritischer oder ironischer Form – etwa in der Überschrift eines Artikels über die *Bruges Group*, eine im Februar gegründete und nach Thatchers Brügge-Rede benannte Gruppe marktliberaler und europaskeptischer Konservativer, der mit „Free range chickens declare war on Delors“ betitelt war.<sup>721</sup>

Auch in den folgenden Wochen blieb spielte die inhaltliche Auseinandersetzung mit dem Delorsplan in den britischen Zeitungen stets nur eine untergeordnete Rolle. So erklärte die *Times* zwar einige Tage vor dem Gipfel von Madrid im Juni, dass die Währungsunion zu einer höheren Inflation führen und eine Ausweitung von Finanztransfers zwischen den Mitgliedstaaten nötig machen könne; Hauptargument für die ablehnende Haltung der Zeitung blieb jedoch der drohende Souveränitätsverlust.<sup>722</sup> Im *Guardian* wiederum betonte ein Leitartikel, die Währungsunion habe „inevitably [...] pluses and minuses“, die damit verbundenen „practical problems“ seien jedoch lösbar und weniger dringlich als die diplomatische Frage der britischen Isolation.<sup>723</sup>

Bezeichnenderweise bezogen sich beide Zeitungen bei dieser Bewertung des Delorsplans jeweils nicht auf die Vor- und Nachteile, die die Währungsunion für die EG insgesamt bringen könnte, sondern nur darauf, welche Auswirkungen eine Mitgliedschaft darin für Großbritannien haben würde. Eine ausführliche Analyse aus einer gesamteuropäischen Perspekti-

---

718 TG 18.04.1989:20, TG 24.04.1989:19, TG 25.04.1989:23, TG 01.05.1989:10.

719 TG 19.04.1989:15, TG 24.04.1989:19.

720 TG 25.04.1989:23.

721 TG 22.04.1989:24. In einer Kurzmeldung berichtete der *Guardian* außerdem über einen konservativen Unterhausabgeordneten, der Delors' Wunsch nach einem geeinten Europa mit Hitlers Expansionsstreben gleichsetzte, und zitierte die Antwort des Parlamentspräsidenten, dieser Vergleich gehe „just a little too far“ (TG 21.04.1989:6).

722 TT 22.06.1989:15c.

723 TG 26.06.1989:18.

### 3. Die erste Phase der Verhandlungen

ve bot lediglich ein einziger *Guardian*-Kommentar, der die Vereinbarkeit der Währungsunion mit einer Erweiterung der EG, die demokratische Verantwortlichkeit und das genaue Mandat der zu gründenden EZB sowie die Notwendigkeit von Finanztransfers als offene Fragen nannte. Zudem sprach sich der Kommentar dafür aus, die Diskussion über diese Themen vor allem im Europäischen Parlament zu führen:

It is essential that this debate becomes not a national but a European debate. The European Parliament, and the Confederation of European Trade Unions are two important forums where this debate must now get under way. European union is too important to be left to the Eurocrats, the central bankers or even the national governments.<sup>724</sup>

In der Berichterstattung selbst spielten gesamteuropäisch-parteilpolitische Deutungsmuster allerdings auch im *Guardian* keine Rolle: So ging ein Leitartikel, der länderübergreifende Trends der Europawahl im Juni 1989 zu identifizieren versuchte, nicht auf das Thema der Vertragsreform ein,<sup>725</sup> und ein Kommentar wies die von Thatcher suggerierte Vorstellung „that the European Commission is in some sense a Left-wing body“ als „bizarre“ zurück.<sup>726</sup>

Schlüsselthema der Debatte blieb die britische Isolation, die für beide britischen Zeitungen vor dem Gipfel von Madrid weiter zunahm. Vor dem Hintergrund der hohen britischen Inflation, des fallenden Sterling-Kurses und der Niederlage der Conservative Party bei der Europawahl Anfang Juni 1989 galt die Regierung Thatcher als wirtschafts- und europapolitisch angeschlagen,<sup>727</sup> während zugleich die grundsätzliche Zustimmung der übrigen Mitgliedstaaten zur Währungsunion immer deutlicher wurde.<sup>728</sup> Dies bewirkte, dass die britischen Zeitungen den Madrider Gipfel stärker thematisierten als die deutsche oder französische Presse. Der *Guardian* verwies dabei erneut ausführlich auf den Einflussverlust der Regierung und

---

724 TG 28.06.1989:23.

725 TG 20.06.1989:18.

726 TG 16.06.1989:23. Im Mai hatte Thatcher die Pläne zu einer europäischen Sozialpolitik als Rückkehr zu „the ideas of Marxism and the class struggle“ bezeichnet.

727 Zur Wahlniederlage: TG 15.06.1989:5b, TG 15.06.1989:19, TG 20.06.1989:1b, TG 23.06.1989:10, zur wirtschaftlichen Situation: TG 24.06.1989:1a. Kurz vor dem Madrider Gipfel betonte der *Guardian* noch einmal, dass die übrigen Regierungen sich Thatchers Wahlniederlage bewusst seien (TG 26.06.1989:1b, TG 26.06.1989:1a). Zu dem innenpolitischen Kontext dieser Debatte siehe unten, Dritter Teil, Kapitel 3.3.2.

728 Z. B. TT 22.06.1989:9, TT 23.06.1989:8.

die Gefahr einer Währungsunion ohne Großbritannien.<sup>729</sup> Die einzige Möglichkeit, einer vollständigen Isolation zu entgehen, sei der angekündigte Beitritt zum EWS – den der *Guardian* zwar in der Sache klar begrüßte, aber mit harten Formulierungen auch als eine diplomatische Niederlage Thatchers kennzeichnete.<sup>730</sup>

Auch in der *Times*, die in der Sache bei ihrer Ablehnung der Währungsunion blieb, lag der Schwerpunkt der Debatte auf der Frage, mit welcher Taktik Thatcher auf dem Gipfel eine Ausgrenzung vermeiden könnte. Als Lösung schlug ein Leitartikel vor, zwar in den EWS-Beitritt einzuwilligen, die für die zweite Stufe des Delorsplans vorgesehene Vertragsreform jedoch weiter strikt zurückzuweisen.<sup>731</sup> Mit dieser Haltung, so die *Times*, hätte Thatcher zwar Konflikte mit Jacques Delors zu erwarten, der darauf beharre, dass die drei Stufen nicht voneinander abgekoppelt werden dürften.<sup>732</sup> Weiterhin ging die Zeitung jedoch davon aus, dass andere Mitgliedstaaten, denen der Vorschlag der Kommission ebenfalls zu weit gehe, Großbritannien letztlich beistehen würden.<sup>733</sup> Einen entsprechend wichtigen Platz nahm in der Berichterstattung deshalb erneut die Frage nach möglichen Allianzen ein: Als potenzielle Verbündete Großbritanniens nannte die *Times* die Benelux-Länder, Dänemark und Griechenland, während Spanien, Frankreich und Italien als Unterstützer Delors' galten.<sup>734</sup> Im *Guardian* spielten die Unterschiede zwischen den übrigen Regierungen hingegen nur eine untergeordnete Rolle. Einzelne Artikel erwähnten zwar, dass „Denmark, Holland, and possibly West Germany“ zu einer unbefristeten Verschiebung der Vertragsreform bereit seien.<sup>735</sup> Im Vordergrund stand dabei aber stets, dass auch diese Länder als Bedingung für jeglichen Kompromiss den britischen EWS-Beitritt forderten.

729 TG 21.06.1989:24, TG 26.06.1989:1a, TG 26.06.1989:18.

730 Unter anderem hieß es, Kohl und Mitterrand wollten „press Britain into joining the European Monetary System“ und „force Mrs Margaret Thatcher to back down on opposition to European currency union“ (TG 23.06.1989:10, vgl. auch TG 17.06.1989:1, TG 20.06.1989:1b).

731 TT 22.06.1989:15c, ähnlich auch TT 23.06.1989:8, TT 26.06.1989:9.

732 TT 24.06.1989:1, TT 24.06.1989:7a.

733 TT 22.06.1989:15c, TT 24.06.1989:11.

734 TT 26.06.1989:1, TT 27.06.1989:1. Zur Rolle Deutschlands fanden sich widersprüchliche Einschätzungen: Verschiedene Artikel nannten die Bundesregierung als wichtigen Unterstützer des Delorsplans (TT 22.06.1989:9, TT 27.06.1989:1); andere hoben hervor, sie wolle einen Konflikt mit Großbritannien vermeiden, und außerdem sehe auch Bundesbankpräsident Pöhl die Zeit noch nicht reif für die Währungsunion (TT 24.06.1989:7b).

735 TG 24.06.1989:1b, ähnlich TG 21.06.1989:24.

### 3. Die erste Phase der Verhandlungen

Ein Unterschied zwischen den beiden britischen Zeitungen zeigte sich erneut auch in Bezug auf den Topos, dass die britische Regierung in Wahrheit keineswegs integrationsfeindlich, sondern in vielen Bereichen sogar ein ‚model European‘ sei. Wie die *Times* auf einer ganzen Themenseite hervorhob, lehne die britische Regierung zwar die „Euro-ideology“ und „lofty concepts of European union“ ab, doch hinter „Britain’s instinctive scepticism“ verberge sich „a deeper commitment to Europe“, was sich besonders bei der Umsetzung der Binnenmarkt-Beschlüsse zeige.<sup>736</sup> Dieses Deutungsmuster knüpfte an die Idee eines alternativen, nicht-föderalistischen Integrationsmodells an, das Thatcher bereits in ihrer Brügger Rede vertreten hatte, und fand sich in diesem Sinne auch in einem neuen Gastkommentar des konservativen Abgeordneten William Cash.<sup>737</sup> Der *Guardian* hingegen wies dieses Argument explizit zurück und betonte in mehreren Artikeln, dass es sich dabei lediglich um eine rhetorische Strategie der britischen Regierung handle.<sup>738</sup>

Die Unterschiede zwischen den beiden Zeitungen zeigten sich schließlich auch nach dem Gipfel von Madrid in der Bewertung der britischen Verhandlungsführung. So konstatierte die *Times*, dass der befürchtete Konflikt mit den anderen Regierungen ausgeblieben sei, und wertete dies als taktischen Sieg Thatchers: Zuletzt sei nicht sie, sondern der französische Präsident Mitterrand mit seiner Forderung nach einem festen Zeitplan für die Währungsunion isoliert gewesen.<sup>739</sup> Zwar habe Thatcher sich bereit erklären müssen, an Verhandlungen zu einer Regierungskonferenz teilzunehmen. Dort aber könne sie weiterhin jeden Vorschlag notfalls mit einem Veto verhindern. Besonders hervorgehoben wurde außerdem, dass auf der Regierungskonferenz auch über Alternativen zum Delorsplan diskutiert werden solle.<sup>740</sup> Und ein Leitartikel der *Times* zeigte sich noch einmal zuversichtlich, dass auch andere Staaten Vorbehalte äußern würden, sobald die Währungsunion ein „realistic prospect rather than a glimmer in M Delors’ federalist eye“ werde.<sup>741</sup>

---

736 TT 26.06.1989:27a. Als besondere britische Verdienste wurden etwa der Einsatz für die Kapitalverkehrsfreiheit und die Nutzung des ECU im privaten Geschäftsverkehr genannt; außerdem sei Großbritannien nach Dänemark am seltensten wegen Nichteinhaltung seiner Verpflichtungen vor dem Europäischen Gerichtshof verklagt worden (TT 26.06.1989:27b).

737 TT 28.06.1989:16.

738 TG 23.06.1989:3, TG 26.06.1989:1b, auch schon TG 25.04.1989:23.

739 TT 27.06.1989:8, TT 28.06.1989:1, TT 28.06.1989:16.

740 TT 28.06.1989:1, TT 28.06.1989:8b.

741 TT 28.06.1989:17.

Der *Guardian* hingegen titelte mit „Thatcher fails to sway summit“ und hob hervor, dass die übrigen Regierungen sich von dem britischen Zugeständnis eines EWS-Beitritts nicht hätten beeindrucken lassen.<sup>742</sup> Mehrere Artikel beschrieben hier den Gipfel-Kompromiss als bloße Verschiebung des Konflikts;<sup>743</sup> bei einer britischen Blockade gegen die vollständige Währungsunion sei weiterhin ein „separate agreement“ der übrigen Mitgliedstaaten zu erwarten.<sup>744</sup> Die französische Regierung befinde sich durch ihre kommende EG-Ratspräsidentschaft und dank der Nähe zu Jacques Delors in einer überlegenen Position, und „the focus of Mr Mitterrand’s European term will be destroying British opposition“.<sup>745</sup> Einige Meinungstexte begrüßten das britische Nachgeben auf dem Gipfel auch als eine Chance, die Isolation zu überwinden und wieder an europapolitischem Einfluss zu gewinnen; ein Kommentar lobte ironisch: „by agreeing to Phase 1 of the Delors Plan, our leader has made her compact with the real world“.<sup>746</sup> An Thatchers Niederlage ließen jedoch auch sie keinen Zweifel. Ein Leitartikel sprach von „a disastrous, humiliating six months“, die die britische Diplomatie hinter sich habe, und hob hervor: „It is we who hesitated and turned back.“<sup>747</sup>

### 3.3.2 Die Debatte über die nationale Europapolitik

#### „A means of diluting Thatcherite policies“: Die europafreundliche Wende der britischen Opposition

War die Debatte über die nationale Europapolitik in Frankreich schon stärker ausgeprägt als in Deutschland, so wurde sie noch einmal deutlich von den Auseinandersetzungen in Großbritannien übertroffen. Dies lag insbesondere daran, dass beide großen britischen Parteien erst kurz zuvor

---

742 TG 27.06.1989:1, ähnlich auch TG 27.06.1989:6.

743 TG 28.06.1989:1, TG 28.06.1989:10c, ähnlich auch die Glosse TG 27.06.1989:20. Der *Guardian* war zudem die einzige der untersuchten Zeitungen, die die Schlussfolgerungen des Gipfels zur Währungsunion im Wortlaut abdruckte (TG 28.06.1989:10a).

744 TG 28.06.1989:1.

745 TG 01.07.1989:6b, ähnlich auch TG 01.07.1989:6a.

746 TG 29.06.1989:19. Hingegen war ein anderer Kommentar, ebenfalls in Anspielung auf Thatcher, mit „Coming home weaker, but no wiser“ überschrieben (TG 28.06.1989:23).

747 TG 28.06.1989:22.

### 3. Die erste Phase der Verhandlungen

eine europapolitische Wende durchgeführt hatten: Während die Conservative Party unter Thatchers Vorgänger als Parteichef, Edward Heath, eher proeuropäisch aufgestellt gewesen war, hatte die Labour Party einen europaskeptischen Kurs vertreten. Noch 1981 hatten sich die Labour-Delegierten auf einem Parteitag für den Austritt aus der EWG ausgesprochen, was dazu beigetragen hatte, dass sich eine Gruppe europafreundlicher Parteimitglieder abspaltete und die Social Democratic Party (SDP) gründete.<sup>748</sup> Als jedoch Thatcher die Conservative Party in den 1980er Jahren gegen den Widerstand des Heath-Lagers immer stärker auf eine integrations skeptische Linie brachte, reagierte die Labour-Spitze unter Neil Kinnock ihrerseits mit einer gemäßigt-europafreundlichen Wende. Zur Zeit der Verhandlungen über den Vertrag von Maastricht waren sich Labour und die Liberal Democrats – die 1988 aus einer Fusion der SDP mit der Liberal Party entstanden – in ihrer Kritik an der Europapolitik der Regierung einig, die das Land immer weiter in die Isolation führe. Allerdings gab es innerhalb der Labour Party weiterhin auch Anhänger der älteren europaskeptischen Linie, auf die die Parteispitze Rücksicht nehmen musste, und auch ein Teil der Liberal Democrats lehnte weitere Kompetenzübertragungen an die EG ab.<sup>749</sup>

Ende der 1980er Jahre lag diese Wende der Labour-Spitze noch so kurz zurück, dass sie von den Medien immer wieder aufgegriffen wurde. Dass Kinnock beispielsweise Anfang 1989 das integrationsfreundliche Europawahl-Manifest des BSPEG mitrug, beschrieb die *Times* als „remarkable transformation in Labour’s attitude to Europe“ – auch wenn sie gleichzeitig aus einer Rede Kinnocks vor anderen BSPEG-Mitgliedern zitierte, dass „the peoples of the EEC countries would never be the same people ,any more than we shall all one day form the same party“.<sup>750</sup> Die Annäherung der Labour Party an Europa fügte sich dabei gut in das Deutungsmuster eines weltanschaulichen Konflikts zwischen der sozialistisch geprägten EG und der liberalkonservativen britischen Regierung ein: So erklärte die *Times* anlässlich einer Rede von Jacques Delors vor dem britischen Gewerkschaftsbund TUC, Labour Party und Gewerkschaften sähen „the social democratic ascendancy on the Continent as a bulwark against modern Con-

---

748 Vgl. Grob-Fitzgibbon 2016:419–420.

749 Die Suche nach einer gemeinsamen europapolitischen Linie war deshalb auch ein zentrales Thema des ersten Parteitags der Liberal Democrats 1988 (TG 26.09.1988:6).

750 TT 11.02.1989:16. Nach dem britischen EG-Beitritt hatte Labour die BSPEG-Treffen zunächst boykottiert (Salm 2016:28–29).



servatism“ und wollten die EG als „a means of diluting Thatcherite policies at home“ nutzen.<sup>751</sup> Ein anderer Kommentar beschrieb die Europafreundlichkeit der britischen Linken teils als Einsicht in die wachsende „interdependence of national economies“, teils aber auch taktisch als eine „possibility of cooperation between Britain’s opposition parties“. Gleichzeitig erschwere sie die britische Position in den Verhandlungen mit den anderen EG-Regierungen, die ohne die Drohung einer europaskeptischen Labour Party weniger Grund für Zugeständnisse an Thatcher hätten.<sup>752</sup>

Dass die Europapolitik der britischen Opposition durchaus Möglichkeiten zur Profilierung bot, lässt sich beispielhaft etwa an einer Kontroverse zwischen Thatcher und dem SDP-Parteichef David Owen nach dem Gipfel von Hannover zeigen. In einer Unterhausdebatte forderte Owen Thatcher dazu auf, das Ziel einer Währungsunion zu unterstützen, was diese mit dem Argument zurückwies, dass eine gemeinsame Währung ein föderales Europa impliziere.<sup>753</sup> Eine Woche später unterstellte Owen in einer weiteren Debatte, dass Großbritannien in der Entscheidung über die Einführung einer Europäischen Zentralbank kein Vetorecht besitze, was Thatcher zunächst nicht eindeutig abtritt.<sup>754</sup> Daraufhin veröffentlichte Owen einen Gastbeitrag in der *Times*, in der er Thatchers Behauptung, die Währungsunion setze „a united states of Europe“ voraus, als „nonsense“ angriff und forderte, da die britische Regierung die Währungsunion ohnehin nicht verhindern könne, solle sie sich besser aktiv in die Verhandlungen einbringen, um wenigstens den Sitz der Europäischen Zentralbank nach London zu holen.<sup>755</sup> Die *Times* setzte dem zwar noch einen ausführlichen Artikel mit Zitaten von Juristen gegenüber, denen zufolge die Währungsunion nur mit einer Vertragsänderung möglich sei und Großbritannien deshalb durchaus ein Vetorecht habe.<sup>756</sup> Insgesamt aber führte die Kontroverse da-

---

751 TT 15.09.1988:6. Im *Guardian* erschien diese Deutung lediglich als Zitat eines konservativen Abgeordneten, der die Sorge äußerte „that the European Commission and Mr Delors might offer Labour a lifeline to defeat Thatcherism in Europe when they cannot do so in Britain“ (TG 17.09.1988:20). Ein anderer Tory-Abgeordneter stellte in einem Gastkommentar hingegen etwas spöttisch fest, wenn britische Konservative Delors’ Nähe zur Labour Party kritisierten, verkannten sie, dass Thatcher selbst mit der Einheitlichen Europäischen Akte dem Kommissionspräsidenten „the money and the powers“ gegeben habe, um „Euro-socialism and Euro-intervention“ voranzutreiben (TG 10.10.1988:18).

752 TT 20.09.1988:12.

753 TT 24.06.1988:12.

754 TT 01.07.1988:12.

755 TT 02.07.1988:10, ähnlich auch TT 01.07.1988:2.

756 TT 02.07.1988:7.

### 3. Die erste Phase der Verhandlungen

zu, dass Owen über mehrere Tage hinweg immer wieder in der Berichterstattung erschien. Der inhaltliche Schwerpunkt der Auseinandersetzung lag dabei freilich nicht darauf, ob die Währungsunion an sich eine wünschenswerte Weiterentwicklung der EG sei, sondern ob sie sich überhaupt verhindern lasse und demnach die Obstruktionstaktik der britischen Regierung den nationalen Interessen entspreche oder nicht.

Während die *Times* die europapolitische Wende der britischen Opposition eher distanziert beschrieb, ließ der *Guardian* recht deutliche Sympathien dafür erkennen. Tatsächlich übte die Zeitung immer wieder Kritik daran, dass die Labour Party den proeuropäischen Kurs nicht konsequent genug vertrete und die Europapolitik zu wenig in den Vordergrund rücke: So warf etwa ein Kommentar der Partei vor, gegenüber dem Europäischen Parlament zu Unrecht eine „dismissive attitude“ einzunehmen, da sie sich der Bedeutung des EG-Demokratiedefizits nicht bewusst sei.<sup>757</sup> Als nach Thatchers Brügge-Rede der Schatten-Außenminister der Labour Party, Gerald Kaufman, die Regierungschefin als „hypocritical“ kritisierte, da diese zuvor mit der Einheitlichen Europäischen Akte in „a breathtaking reduction in British sovereignty which the Labour Party had fought tooth and nail to prevent“ eingewilligt habe, kommentierte der *Guardian*, die Äußerung werfe Fragen auf „about the extent to which Labour has softened its traditional hostility to Europe“.<sup>758</sup> Einige Tage später insistierte die Zeitung, es gebe noch immer „no signs that the Labour Party has made up its mind whether to support or oppose a stronger role for the European Parliament“.<sup>759</sup>

Insgesamt drängte der *Guardian* die Labour Party also zu einer positiven Haltung gegenüber einer Stärkung des Europäischen Parlaments. Bemerkenswerterweise begründete die Zeitung dies jedoch in der Regel nicht inhaltlich, sondern mit dem wahltaktischen Argument, dass dadurch die Profilierung gegenüber Thatcher vor der Europawahl im Juni 1989 leichter fallen werde. So hieß es in einem Artikel Ende Januar 1989:

The Labour Party, alone among the centre left and left-wing groups in the European Parliament, refuses to declare its unambiguous support for the right of the European Parliament, ultimately, to shape the laws

---

757 TG 07.07.1988:21.

758 TG 24.09.1988:6.

759 TG 28.09.1988:1.

of Europe [...]. Deaf to appeals from other labour parties in the EEC, the British party may be throwing away one of the few cards that could enable it to make an impact in the June election.<sup>760</sup>

Etwas später beschrieb die Zeitung die anhaltenden Spannungen innerhalb der Labour Party als Dilemma zwischen der „opposition among Labour MPs to giving a much more powerful role to the European parliament“ und der „political opportunity [...] to oppose the nationalist stance towards the EEC adopted by Mrs Thatcher“.<sup>761</sup> Dass Kinnock die Partei ab Anfang 1989 auf einen britischen EWS-Beitritt einstimmt und das gemeinsame Europawahl-Manifest des BSPEG unterzeichnete, wurde im *Guardian* mit entsprechend wohlwollender Berichterstattung begleitet.<sup>762</sup> Und auch den Wahlsieg der Labour Party bei der Europawahl im Juni 1989, bei der sie die Konservativen klar überholte, deutete der *Guardian* als Erfolg des neuen, europafreundlichen Kurses der Parteispitze.<sup>763</sup>

Je mehr allerdings im Lauf des Jahres 1989 die europapolitischen Kontroversen innerhalb der Conservative Party zunahmen, desto kleiner wurde die Rolle der britischen Opposition in der öffentlichen Debatte. Zwar berichteten die Zeitungen über Kritik von Vertretern der Labour Party an Thatchers Auftritt auf dem Madrider Gipfel. Diese Kritik nahm aber keinen prominenten Platz ein und war teils auch in sich widersprüchlich: So erklärte Schatten-Finanzminister John Smith, dass Thatchers Haltung in Madrid „negative as usual“ gewesen sei,<sup>764</sup> während Schatten-Außenminister Gerald Kaufman von einem „major climbdown“ der Premierministerin sprach.<sup>765</sup>

Vor allem die *Times* nutzte nun zudem immer wieder die Uneinigkeit innerhalb der Labour Party als Argument, um das Ausmaß der regierungsinternen Konflikte zu relativieren. So erklärte die Zeitung etwa, die Währungsunion bereite „almost as many problems for the Opposition as it does for the Government“, und auch wenn John Smith dem Delorsplan grundsätzlich positiv gegenüberstehe, fühle sich die Partei „under no great

---

760 TG 20.01.1989:19.

761 TG 09.02.1988:5.

762 TG 31.01.1989:4, TG 01.05.1989:2, TG 17.06.1989:1 (zum EWS); TG 09.02.1988:5, TG 11.02.1988:4 (zum Wahlmanifest). Gleichzeitig betonte die Zeitung allerdings auch, dass Kinnock sich gegenüber den übrigen BSPEG-Mitgliedsparteien für eine Abschwächung des Manifests eingesetzt habe.

763 TG 20.06.1989:1a.

764 TT 28.06.1989:1.

765 TT 29.06.1989:7.

### 3. Die erste Phase der Verhandlungen

pressure to define its position“.<sup>766</sup> Ein Leitartikel hob hervor, dass trotz Kinnocks europapolitischem „revisionism“ eine Labour-Regierung der Einheitswährung wohl noch größeren Widerstand entgegensetzen würde als Thatcher.<sup>767</sup> Auch dass eine europafreundliche Haltung bei den Wählern erfolgreich sei, stellte die *Times* in Frage: Schließlich hätten bei der Europawahl gerade die Liberal Democrats als „most consistently pro-European party“ Stimmen verloren, während die größten Zugewinne von der Green Party erzielt worden seien, die sich für die Auflösung der EG einsetzen.<sup>768</sup>

#### „Bitter internal party row“: Europapolitische Konflikte innerhalb der Conservative Party

Der Konflikt innerhalb der regierenden Conservative Party über die Ausrichtung der Europapolitik hatte bereits früher in den 1980er Jahren begonnen und zeigte sich unter anderem in den Meinungsunterschieden zwischen Margaret Thatcher und ihren zuständigen Fachministern Lawson und Howe über den britischen Beitritt zum EWS. In den Mittelpunkt der öffentlichen Debatte über die britische Europapolitik rückte er jedoch mit der Brügge-Rede. Vor allem der *Guardian* betonte nun wiederholt, dass Thatcher sich nicht nur unter den EG-Regierungen, sondern auch innerhalb Großbritanniens isoliere. Ein Kommentar erklärte, seit dem Beitritt 1973 sei das Land „cautiously but emphatically“ europäischer geworden und die „anti-EC cause no longer has any significant preachers in Britain“. Wenn Thatcher nun dieses „Europeanising of Britain“ beenden wolle, setze sie ihre „personal choice“ vor die Interessen des Landes.<sup>769</sup> Ein Leitartikel sagte voraus, angesichts der positiven Haltung der britischen Unternehmen und Banken gegenüber dem Binnenmarktprojekt bis 1992

---

766 TT 28.06.1989:8a.

767 TT 24.06.1989:11.

768 TT 24.06.1989:11. Weder Liberal Democrats noch Green Party hatten bei der Wahl Sitze gewonnen.

769 TG 22.09.1988:23. In der *Times* fand sich die Vorstellung, dass die britische Bevölkerung insgesamt europafreundlich sei, demgegenüber fast überhaupt nicht. Einzige Ausnahme war eine Umfrage, die Anfang 1989 eine steigende Zustimmung der Briten zur europäischen Integration zeigte, wozu die *Times* bemerkte, Thatcher sei „badly out of tune with the British public over the creation of a ‚United States of Europe““ (TT 26.01.1989:3). In späteren Artikeln kam dieses Argument jedoch nicht mehr vor.

könne Thatchers Europaskepsis für die zerstrittene Conservative Party zum „dominant political issue for the next four years“ werden.<sup>770</sup>

Als wichtigsten Austragungsort des parteiinternen Konflikts sah der *Guardian* zunächst die Delegation der Conservative Party im Europäischen Parlament, von denen eine Mehrheit Thatchers Linie scharf zurückweise, während eine Minderheit sie entschlossen verteidige. Dieser „bitter internal party row between ‚Thatcherite‘ and ‚Euro-federalist‘ MEPs“<sup>771</sup> könne bei der Europawahl noch weiter eskalieren: Thatcher plane dann eine „purge“ der europafreundlichen Abgeordneten, die sie als „fifth column“ of European federalists“ ansehe.<sup>772</sup> Gleichzeitig leistete der *Guardian* aber auch selbst einen Beitrag, um diesen Konflikt weiter voranzutreiben: Vor einem Parteitag der Konservativen im Oktober 1988 bot die Zeitung dem früheren Parteichef und Premierminister Edward Heath eine Plattform, um in einem Gastkommentar sowie einem ausführlichen Interview die EG zu verteidigen und den Isolationskurs der Regierung zu kritisieren.<sup>773</sup>

Auf dem Parteitag selbst wurde die Spaltung schließlich offensichtlich, als Heath nach einer proeuropäischen Rede vom Publikum teils beklatscht, teils aber auch ausgebuht und auf Plakaten als „Judas Heath“ beschimpft wurde.<sup>774</sup> In der Folge berichtete nun auch die *Times* prominent über die Konflikte, die die Europapolitik auf dem Parteitag ausgelöst hatte. Der europaskeptische Flügel argumentierte dabei teils mit der Wahrung nationaler Souveränität, teils mit der wirtschaftsliberalen Linie der Partei. So verteidigte Handelsminister Lord Young Thatchers Brügge-Rede mit einem Doppelargument: Zum einen seien die europäischen Staaten nicht bereit „to subjugate their national identities“; zum anderen strebe Delors einen „corporatist state“ an, während die Conservative Party für „a vigorous and competitive Europe characterized by freedom of trade and openness“ stehe.<sup>775</sup> Der Abgeordnete Jonathan Aitken wiederum machte die

770 TG 21.09.1988:18, ähnlich auch TG 28.09.1988:1.

771 TG 01.10.1988:3, ähnlich TG 26.10.1988:9.

772 TG 17.09.1988:20. Allerdings druckte der *Guardian* auch den Leserbrief eines Tory-Europaabgeordneten ab, der diesem „highly imaginative picture of a group divided between Thatcherites and Federalists“ nachdrücklich widersprach (TG 08.10.1988:18).

773 TG 13.10.1988:19, TG 26.10.1988:23. Außerdem veröffentlichte der *Guardian* auch einen Leserbrief mit Kritik an Heath, der die britische Souveränitätsabgabe an die EG kleinrede (TG 15.10.1988:18).

774 TT 14.10.1988:1, TT 14.10.1988:6a, TG 14.10.1988:4.

775 TT 12.10.1988:6. Außenminister Howe sowie das britische EG-Kommissionsmitglied Leon Brittan wurden hingegen mit europafreundlichen Reden zitiert (TG 14.10.1988:4, TT 14.10.1988:6a, TT 14.10.1988:6b).

### 3. Die erste Phase der Verhandlungen

„Heath-Delors school of political criticism“ für eine „European version of the same old corporatist central state machinery which failed our country in the 1970s“ verantwortlich.<sup>776</sup> Ähnlich wie in der Debatte über die Verhandlungen auf europäischer Ebene wurde die Diskussion über mögliche institutionelle Reformen der EG also auch im innerparteilichen Streit der Konservativen von wirtschafts- und sozialpolitischen Fragen überlagert.

Die Europafrage hatte also schon im Herbst 1988 zu scharfen Auseinandersetzungen in der Conservative Party geführt. Trotzdem löste ein halbes Jahr später die Vorstellung des Delorsplans und seine umgehende Ablehnung durch den britischen Finanzminister Nigel Lawson zunächst keine größeren Wellen auf nationaler Ebene aus. Auch eine gleichzeitig stattfindende innerparteiliche Kontroverse über die steigende britische Inflation, bei der eine Gruppe konservativer Abgeordneter Lawson eine allzu lockere Fiskalpolitik vorwarf,<sup>777</sup> wurde nicht mit den strengen geld- und fiskalpolitischen Regeln im Delorsplan in Verbindung gebracht. Im Gegenteil: Während etwa die *Times* in einem Leitartikel die steigende Inflation als ein zentrales nationales Problem ansah,<sup>778</sup> vertrat sie in der Berichterstattung über die europäischen Vorschläge die Position, dass den nationalen Regierungen „their cherished instrument of sovereignty – the freedom to raise and spend money as they like“ erhalten bleiben solle.<sup>779</sup> Auch aus dem britischen Parlament vermeldete die *Times* nur Unterstützung für Lawsons Ablehnung des Delorsplans.<sup>780</sup> Der *Guardian* wiederum erwähnte zwar, dass der Delorsplan eine „renewed ministerial discussion“ über einen möglichen britischen EWS-Beitritt ausgelöst habe. Allerdings rechne Lawson offenbar selbst nicht damit, Thatchers Widerstand dagegen in absehbarer Zeit zu überwinden, und habe das Thema deshalb in einem Vortrag über die britische Inflationsbekämpfung gar nicht erst erwähnt.<sup>781</sup>

Erst im Laufe der nächsten Monate wurden die europäische Währungszusammenarbeit und die britische Inflation in der öffentlichen Debatte häufiger miteinander in Verbindung gebracht: So sah im Juni 1989 ein

---

776 TT 14.10.1988:6a, bis auf die Zeichensetzung identisch TG 14.10.1988:4.

777 TT 22.04.1989:1.

778 TT 22.04.1989:11.

779 TT 19.04.1989:11. Auch in einem Leitartikel zum Delorsplan wurde dazu nur festgestellt, dass sich die Inflationsraten zwischen den EG-Staaten stark unterschieden, was eine Währungsunion erschwere (TT 18.04.1989:17).

780 TT 19.04.1989:14. Lediglich Lord Plumb, Tory-Europaabgeordneter und Präsident des Europäischen Parlaments, wurde in der *Times* mit Kritik an Lawsons Ablehnung zitiert (TT 25.04.1989:25).

781 TG 28.04.1989:8.

Leitartikel in der *Times* eine EWS-Mitgliedschaft, die Großbritannien einer „external discipline“ durch die deutsche Bundesbank und deren „notably successful counter-inflation policies“ unterwerfe, nicht mehr rundheraus negativ. Lediglich darüber hinausgehende Schritte zu einer vollen Währungsunion bezeichnete die Zeitung weiterhin als „suicidal“.782 Damit griff die *Times* ein Argument von Außenminister Howe auf, der kurz zuvor ebenfalls eine „sharp distinction“ zwischen der ersten Stufe des Delors-plans (dem EWS-Beitritt) und den „more radical later stages“ (der vollen Währungsunion) gezogen hatte.783

Auslöser für die nächste Eskalation der Auseinandersetzung war letztlich aber nicht die Entwicklung der britischen Wirtschaft, sondern die empfindliche Niederlage, die die Conservative Party bei den Europawahlen im Juni 1989 erlitt. Anfang des Jahres hatte die *Times* noch berichtet, Thatcher wolle den „Bruges spirit“ zur Grundlage des konservativen Europawahlprogramms machen, da dieser nach ihrer Ansicht bei der Parteibasis auf große Zustimmung gestoßen sei.784 Dass die Konservativen nach einem ausdrücklich integrations-skeptisch ausgerichteten Wahlkampf schließlich mehr als ein Viertel ihrer Sitze im Europäischen Parlament verloren, führte zu neuer Kritik an Thatchers europapolitischer Linie, die noch schärfer ausfiel als im Herbst zuvor.

So warf etwa der ehemalige Vizepräsident der EG-Kommission, Arthur Francis Cockfield, Thatcher ein „almost paranoid attachment to an outdated concept of national sovereignty“ vor.785 Edward Heath erklärte in einem *Times*-Gastkommentar, Thatchers EG-feindliche Rhetorik sei „pointlessly at odds with reality“ und gefährde das Vertrauen der Wähler.786 Der Unterhausabgeordnete Cyril Townsend kritisierte in einem Leserbrief die „absurdly negative and muddled campaign“, die zur Wahlniederlage geführt habe, und forderte, angesichts des „growing level of support for British membership of the European Community“ müsse die Conservative Party sich wieder als „the party of Europe“ profilieren.787 Auch das amtierende britische Kommissionsmitglied Leon Brittan forderte von Thatcher

---

782 TT 22.06.1989:15c.

783 TG 15.06.1989:5a.

784 TT 11.02.1989:16.

785 TT 23.06.1989:5.

786 TT 23.06.1989:12.

787 TT 21.06.1989:17. Auch von Seiten anderer Unterhausabgeordneter zitierte die *Times* nun Kritik an der „confused message coming from the Government on European policy“ (TT 22.06.1989:11).

### 3. Die erste Phase der Verhandlungen

in einem Interview größere Kompromissbereitschaft.<sup>788</sup> Andere Leserbriefe von Tory-Politikern verteidigten hingegen den europaskeptischen Wahlkampf oder griffen ihrerseits die parteiinternen Kritiker an.<sup>789</sup>

War es im Oktober 1988 noch der regierungskritische *Guardian* gewesen, der Edward Heath ein Podium für seine Kritik an Thatcher geboten hatte, so fand die Kontroverse nun vor allem in der konservativen *Times* statt. Der *Guardian* berichtete darüber zwar mehrmals ausführlich und an prominenter Stelle,<sup>790</sup> veröffentlichte jedoch keine Gastbeiträge mehr. Diese Verlagerung in eine den Konservativen näherstehende Zeitung unterstrich auch die größere Bedeutung der Debatte: Die Vorwürfe an Thatcher gingen nun erkennbar nicht mehr nur von einzelnen Regierungskritikern in der Partei aus, sondern hatten sich zu einem echten Flügelkampf entwickelt. Allerdings diente die *Times* in diesem Konflikt nicht nur als Forum, sondern bezog auch selbst Position: In einem Leitartikel verteidigte sie Thatchers europapolitische Linie und warnte vor zu viel parteiinternem Druck auf die Regierung.<sup>791</sup>

Dass Thatcher wenige Tage vor dem Gipfel von Madrid schließlich ihre Zustimmung zu der ersten Stufe des Delorsplans und damit zum mittelfristigen EWS-Beitritt Großbritanniens ankündigte, wurde von den britischen Medien im Wesentlichen als Reaktion auf diesen Flügelkampf der Conservative Party verstanden: Zum einen könne Thatcher unter diesen Umständen keine Isolation auf dem Gipfel riskieren; zum anderen versuche sie durch die Annäherung an die EWS-Befürworter auch ihren innerparteilichen Stand zu verbessern.<sup>792</sup> Und tatsächlich konnte die *Times* wenige Tage später unter der Überschrift „Conservatives close ranks around Prime Minister“ berichten, dass sowohl der europafreundliche als auch der europaskeptische Parteiflügel in einer Unterhausresolution Thatcher zu den „sensible and practical conclusions“ des Madrider Gipfels gratulierte hatten.<sup>793</sup> Der *Guardian* blieb etwas skeptischer und erklärte, Europa bleibe „the one issue that could split the Tories with terminally damaging effects“. Fürs Erste werde diese parteiinterne Debatte aber „within the

---

788 TT 23.06.1989:8.

789 TT 22.06.1989:15b, TT 22.06.1989:15a, TT 23.06.1989:13b, TT 28.06.1989:16.

790 TG 20.06.1989:1a, TG 20.06.1989:1b, TG 23.06.1989:3, TG 24.06.1989:1c.

791 TT 24.06.1989:11.

792 TT 24.06.1989:1, TT 28.06.1989:8b, TG 24.06.1989:23, TG 27.06.1989:6, TG 28.06.1989:10c.

793 TT 29.06.1989:7, ähnlich TG 28.06.1989:1, TG 21.11.1989:3b.



bounds of reasoned discourse“ bleiben.<sup>794</sup> Eine tiefer gehende Regierungskrise schien wenigstens vorläufig abgewendet.

„*Her own claim to good Europeanism*“: *Thatchers Verteidigung gegen Anthony Meyer*

Schon wenige Monate später verschärften sich die Konflikte innerhalb der Conservative Party allerdings erneut, nachdem die beiden wichtigsten europafreundlichen Kabinettsmitglieder – Außenminister Howe und Finanzminister Lawson – in ihren Ämtern abgelöst worden waren. Die wachsende Unzufriedenheit des Thatcher-kritischen Flügels zeigte sich bereits im November 1989 mit einem gemeinsamen Leserbrief fast aller konservativen Europaabgeordneten an die *Times*<sup>795</sup> und mündete Anfang Dezember, wenige Tage vor dem Gipfel von Straßburg, in die Kampfkandidatur von Anthony Meyer um den Vorsitz der Partei. Auch wenn die Europapolitik dabei nicht der einzige Politikbereich war, an dem sich die parteiinternen Gegensätze entzündeten, stand sie klar im Mittelpunkt der öffentlichen Auseinandersetzung, was etwa ein Aufmacher der *Times* mit dem Untertitel „Europe becomes Tory leadership battlefield“ prägnant zusammenfasste.<sup>796</sup> Eine wichtige Rolle spielte neben der von Thatcher abgelehnten EG-Sozialcharta (die auf Wunsch der französischen Regierung als Thema des Gipfels von Straßburg vorgesehen war) vor allem der Zeitpunkt des britischen EWS-Beitritts. Insbesondere die *Times* wurde erneut zu einem wichtigen Diskussionsforum, in dem sich zahlreiche Parteimitglieder, darunter mehrere Abgeordnete aus dem Europäischen Parlament und dem House of Lords, mit Leserbriefen und Gastkommentaren zu Wort meldeten. Wie schon zuvor galt die Hauptsorge dabei dem außenpolitischen Einfluss Großbritanniens, der durch die drohende Isolation in der EG gefährdet sei.<sup>797</sup>

Der Logik des parteiinternen Wahlkampfs entsprechend stand nun allerdings noch stärker als zuvor auch die Premierministerin selbst im Mittelpunkt der Debatte, deren persönliche Überzeugungen als wesentliche Ur-

794 TG 29.06.1989:19.

795 TT 17.11.1989:17. Der Leserbrief wurde auch in der Berichterstattung beider Zeitungen behandelt (TT 17.11.1989:2, TG 17.11.1989:10). Auch später galten die Europaabgeordneten in der Regel als der europafreundlichste und Thatcher-kritischste Teil der Conservative Party (z. B. TG 29.11.1989:6).

796 TT 30.11.1989:1.

797 TT 04.12.1989:2, TT 06.12.1989:4a, TT 06.12.1989:4b.

sache für die europaskeptische Linie der Regierung dargestellt wurden. So führte insbesondere Meyer selbst in einem Gastkommentar Thatchers „distaste for everything that emanates from the EC“ als eines der Hauptargumente für seine Kandidatur an.<sup>798</sup> Das Thatcher-Lager wiederum reagierte auf diese Vorwürfe einer irrationalen Europafeindlichkeit, indem sie den Topos des ‚guten Europäertums‘ aufgriff, der schon zuvor zur Verteidigung der Brügge-Rede verwendet worden war. So schrieb etwa Thatchers Wahlkampfleiter George Younger in einem Gastkommentar, die Premierministerin sei „a convinced European who has clear views as to how Europe can best govern itself“. Wenn sie die Vorschläge der Kommission oder anderer EG-Partner kritisiere, nehme sie lediglich „the necessary task of Britain’s prime minister to put a strong, British view either for or against such proposals“ wahr.<sup>799</sup> Auch Thatcher selbst betonte kurz nach ihrer Wiederwahl in einer Rede vor dem Unterhaus, Großbritannien habe „probably done as much as any other for the freedom of Europe“.<sup>800</sup>

Die Spannung, die durch diese gleichzeitige Verteidigung eines gesamt-europäischen Gestaltungsanspruchs einerseits und einer speziell nationalen Herangehensweise andererseits entstand, wurde in anderen Beiträgen mit dem topischen Verweis auf einen besonderen britischen Pragmatismus aufgelöst, durch den das Land einen klareren Blick auf die Europapolitik habe als andere. In diesem Sinn erklärte etwa der Verkehrsstaatssekretär Cecil Parkinson, es sei „a myth that the Government was a ‚bad European““. Vielmehr sei die Regierung „constantly searching for practical ways to take Europe forward, while many of its partners allowed actions to belie rhetoric“.<sup>801</sup> Ein *Times*-Kommentar analysierte den Hintergrund dieses Argumentationsmusters: Angesichts der innerparteilichen Konflikte in der Conservative Party werde die Regierung genau dann die meiste Unterstützung finden, wenn sie einerseits die europäische Integration mit Verweis auf die nationale Parlamentsouveränität kritisiere, andererseits aber „her

---

798 TT 30.11.1989:14.

799 TT 04.12.1989:16.

800 TT 06.12.1989:11.

801 TT 02.12.1989:4. In einem weiteren Artikel, der bereits nach der Wiederwahl Thatchers erschien, erklärte die *Times*, dass sich die Premierministerin schon immer als „a committed European“ verstanden habe, „even if her European ideal is not that of M Jacques Delors“ (TT 11.12.1989:1). Ein anderer Bericht schließlich erwähnte, dass selbst Delors das britische Tempo bei der Umsetzung von Richtlinien zur Vollendung des Binnenmarkts gelobt habe (TT 09.12.1989:8b).

own claim to good Europeanism“ mache – eine Strategie, die die Premierministerin während des Wahlkampfes konsequent einzuhalten schien.<sup>802</sup>

Neben diesen „claim to good Europeanism“ trat allerdings noch eine zweite Argumentationslinie, auf die Thatcher und ihre Unterstützer auch später immer wieder zurückgriffen: der Versuch, die inhaltlichen Gegensätze, die die Parteiflügel in der Europapolitik trennten, herunterzuspielen oder ganz abzustreiten. So betonte George Younger in dem erwähnten *Times*-Gastkommentar, dass das gesamte britische Unterhaus einen EWS-Beitritt zum gegebenen Zeitpunkt unterstütze, während zugleich ein breiter Konsens gegen die Abgabe von „parliamentary control of main economic decisions to a European decision-making process which would not be subject to proper democratic control“ bestehe. Auch die Sozialcharta stoße lediglich in der Opposition, aber bei niemandem in der Conservative Party auf Zustimmung. Die Herausforderung Meyers habe daher keine „credible political message“ und sei „baseless“.<sup>803</sup>

Auch die *Times* selbst, die während der gesamten Auseinandersetzung einer klar Thatcher-freundlichen Linie folgte, übernahm dieses Argument in einem Leitartikel, der am Tag der Abstimmung erschien. Obwohl die Zeitung zuvor immer wieder über die inhaltlichen Spaltungen der Partei berichtet hatte,<sup>804</sup> betonte sie nun, dass diese kein hinreichender Grund für Meyers Kampfkandidatur seien. Nur eine „minority of quasi-federalists“ wolle wirklich eine schnellere Integration als Thatcher, während die meisten ihrer Kritiker das Europathema lediglich als Vorwand nutzten.<sup>805</sup> Am Tag nach der Abstimmung bezeichnete ein weiterer Leitartikel die sechzig Abgeordneten, die nicht für Thatcher gestimmt hatten, als „Euro-extremists“ und hob hervor, dass die Fraktionsmehrheit „Mrs Thatcher’s determination not to sacrifice British parliamentary accountability to an unaccountable European bureaucracy“ unterstützt habe.<sup>806</sup> Das Argument, dass auch Thatcher ein eigenes positives Ideal der europäischen Integration verfolge, spielte hingegen schon kurz nach der Wiederwahl vorläufig keine Rolle mehr.

Wie schon nach der Europawahl im Juni diente die *Times* in der Auseinandersetzung also einerseits als Diskussionsforum für konservative Politiker, andererseits ergriff sie aber auch selbst für Thatcher Position. Demge-

---

802 TT 07.12.1989:14.

803 TT 04.12.1989:16.

804 Z. B. TT 02.12.1989:4 über den EWS-Beitritt.

805 TT 05.12.1989:17.

806 TT 06.12.1989:17b.

### 3. Die erste Phase der Verhandlungen

genüber erschienen im oppositionsnahen *Guardian* insgesamt deutlich weniger Meinungstexte – und insbesondere keine Gastkommentare – zu dem Konflikt.<sup>807</sup> Die Debatte schlug sich vor allem in der allgemeinen Berichterstattung der Zeitung nieder, die keinen Zweifel an der „seriousness of the Conservative Party’s internal Euro-war“ ließ.<sup>808</sup> Regelmäßig ging der *Guardian* davon aus, dass nicht nur die konservative Fraktion, sondern auch das Regierungskabinett über die Europapolitik tief gespalten sei.<sup>809</sup> Thatcher und die europafreundlichen Minister seien sich sogar uneinig, ob Großbritannien bei einer Verwirklichung der Währungsunion überhaupt in der EG verbleiben sollte: Dem *Guardian* zufolge befürwortete die Premierministerin für diesen Fall einen Austritt aus der Gemeinschaft und die Rückkehr in die EFTA oder in einen neu zu schaffenden „European Economic Space“.<sup>810</sup>

Noch deutlicher als in den Monaten zuvor betonte der *Guardian* zudem, dass Thatchers Europaskepsis nicht der Stimmung im Land entspreche. Für den Wahlkampf innerhalb der konservativen Fraktion könne ihr die harte Linie zwar nützen, allerdings nur weil „on Europe most Tory MPs are out of step with public opinion“.<sup>811</sup> Am Tag nach der Abstimmung be-

---

807 Das Thema wurde lediglich in mehreren Texten des Politikcolumnisten Hugo Young (TG 23.11.1989:19, TG 30.11.1989:23, TG 07.12.1989:19) sowie in Leitartikeln (TG 23.11.1989:18, TG 05.12.1989:18, TG 06.12.1989:20) kommentiert. Im Vordergrund standen dabei allerdings eher die Auswirkungen des Streits auf die Regierungsfähigkeit der Conservative Party, weniger die konkreten inhaltlichen Positionen der beiden Parteiflügel. Dass die Europapolitik „the one question capable of splitting the Tory Party“ sei (so TG 23.11.1989:19), wurde meist als bekannt vorausgesetzt.

808 So TG 21.11.1989:1, vgl. auch TG 27.11.1989:24, TG 28.11.1989:1, 20, TG 30.11.1989:9, TG 05.12.1989:6b. Die Vorstellung, es handle sich lediglich um „a perfectly normal election“ ohne langfristige Folgen, erschien nur als Zitat der Premierministerin in einem Fernsehinterview, das der *Guardian* abdruckte (TG 28.11.1989:6).

809 Z. B. TG 21.11.1989:3b, TG 02.12.1989:3a, TG 04.12.1989:20.

810 TG 04.12.1989:22b. Mit dem „European Economic Space“ war offenbar der zu dieser Zeit in Planung befindliche Europäische Wirtschaftsraum gemeint, der auf Englisch allerdings schließlich die Bezeichnung „European Economic Area“ erhielt.

811 TG 30.11.1989:3. Ein anderer Artikel, der Ansichten von verschiedenen Typen von Tory-Abgeordneten zu der Abstimmung charakterisierte, ging davon aus, dass sich ein „sensible moderate“ wohl enthalten würde, da eine Stimme für Thatcher als Unterstützung ihrer Europapolitik gesehen würde, obwohl ihr Wahlkampf vor der Europawahl „arguably the most ineffectual and ghastly“ seit vielen Jahren gewesen sei (TG 05.12.1989:6a).

richtete die Zeitung zwar im Aufmacher über Thatchers „safe majority“.<sup>812</sup> Eine Kolumne unterstrich jedoch die fortdauernde Parteispaltung,<sup>813</sup> und ein Kommentar im Wirtschaftsteil erklärte, trotz der Wiederwahl der Premierministerin zeigten die Konflikte in der Conservative Party und die Isolation in der EG den Niedergang des „Thatcherism“ an.<sup>814</sup>

### 3.4 Zwischenfazit

Vor dem Fall der Berliner Mauer waren die Gespräche über eine mögliche EG-Vertragsreform noch nicht von einer politischen Krise begleitet, die in der Öffentlichkeit einen Eindruck von Dringlichkeit erweckt hätte. Schon aus diesem Grund war für die erste Phase der Verhandlungen kein Verfassungsmoment zu erwarten. Tatsächlich wurden die Resolutionen des Europäischen Parlaments zugunsten einer weitgehenden institutionellen Neuordnung von den Medien weitgehend ignoriert. Mehr Aufmerksamkeit fanden die Vorstöße zur Währungsunion. Doch auch wenn über den Delorsplan berichtet wurde, ging damit – vor allem in Deutschland und Großbritannien – meist die Erwartung einher, dass es wenigstens auf absehbare Zeit keine Änderung des Vertrags geben würde. Als realistischer Kompromiss erschien die auf dem Gipfel von Madrid vereinbarte Umsetzung der ersten Stufe, die unter anderem den Beitritt Großbritanniens zum EWS vorsah, aber keine Vertragsreform erforderlich machte und für sich allein kaum als ein besonders einschneidender Integrations Schritt wahrgenommen wurde.

Vor allem in Deutschland, aber auch in Frankreich zeigten sich in der medialen Debatte dementsprechend auch noch deutliche Merkmale des *permissive consensus*: Die Verhandlungen auf europäischer Ebene stießen auf ein diffuses Wohlwollen bei gleichzeitig geringem Interesse. In Frankreich vertraten die nationalen Parteien zwar teilweise unterschiedliche europapolitische Positionen, wobei insbesondere die Uneinigkeit der beiden wichtigsten Oppositionsparteien RPR und UDF eine gewisse Aufmerksamkeit auf sich zog. Allerdings machten sich diese Gegensätze weniger an konkreten Ereignissen als an abstrakten Konzepten von Souveränität oder Supranationalität fest und waren kaum mit der Debatte über die Vertragsreform verknüpft. Anders war die Situation in Großbritannien, wo der

---

812 TG 06.12.1989:1, 22.

813 TG 07.12.1989:19.

814 TG 06.12.1989:12.

### 3. Die erste Phase der Verhandlungen

zwischen- und innerparteiliche Streit über die nationale Europapolitik deutlich schärfer geführt wurde und auch größere mediale Aufmerksamkeit erreichte. Dies führte zu einer Polarisierung unter den britischen Zeitungen, bei der die regierungsnahen *Times* und der oppositionelle *Guardian* zu teils diametral entgegengesetzten Bewertungen der europäischen Ereignisse gelangten.

Als die entscheidenden Akteure in den Verhandlungen wurden (außer Jacques Delors) grundsätzlich die nationalen Regierungen gesehen, was auch zu einem vorherrschenden Deutungsmuster entlang nationaler Interessen und Positionen führte. Vor allem im Zusammenhang mit der Wirtschafts- und Sozialpolitik der EG fanden sich daneben zum Teil auch gesamteuropäisch-weltanschauliche Interpretationsansätze, die auf einen Links-rechts-Gegensatz zwischen den sozialistischen Integrationsbefürwortern um Jacques Delors einerseits und den wirtschaftsliberalen Antiföderalisten um Margaret Thatcher andererseits abzielten. Diese Gegenüberstellung, die besonders in den britischen und französischen Zeitungen vorkam, verdeutlicht die grundsätzliche Möglichkeit eines gesamteuropäisch-weltanschaulichen Deutungsmuster. Im Gesamtdiskurs der Zeitungen spielte sie jedoch in jedem Fall nur eine sekundäre Rolle.

Auch was die Ähnlichkeiten und Unterschiede im Diskurs der verschiedenen Zeitungen betrifft, dominierten die nationalen Trennlinien gegenüber den europäisch-weltanschaulichen. Zwar kam es zuweilen vor, dass Zeitungen ähnlicher weltanschaulicher Ausrichtung gemeinsame Topoi teilten: So waren es vor allem die konservativen FAZ und *Times*, die die Reformpläne als überstürzt und verfrüht kritisierten. Doch schon im Konflikt zwischen Delors und Thatcher positionierten sich die Zeitungen nicht klar entlang weltanschaulicher Linien: Zwar unterstützten die linksliberalen *Le Monde* und *Guardian* eher Delors, während die konservative *Times* zu Thatcher stand. *Le Figaro* vermied jedoch eine weltanschauliche Positionierung für Thatcher – und die beiden deutschen Zeitungen FAZ und SZ folgten einem gemeinsamen nationalen Diskurs, indem sie den Konflikt einhellig als unnötige Debatte abtaten.

Auch in zahlreichen anderen Aspekten zeigten sich die nationalen Trennlinien: So schätzten etwa beide deutschen Zeitungen die Erfolgsaussichten der Reform niedriger ein als die französischen. In Frankreich war zudem die Unterstützung beider Zeitungen für die Währungsunion höher als in den anderen Ländern. Am deutlichsten war der besondere nationale Diskurs in den britischen Medien, wo die Isolation des eigenen Landes das klar vorherrschende Thema war. Noch mehr als die Zeitungen in Deutschland oder Frankreich betrachteten *Guardian* und *Times* die Verhandlungen

deshalb unter einer außenpolitischen Perspektive, die vor allem das diplomatische Geschick der eigenen Regierung in den Blick nahm und die Vorschläge zur Vertragsänderung als eine externe Herausforderung verstand, auf die die Regierung reagieren musste.

Eine britische Besonderheit war zudem der Topos des ‚guten Europäers‘, dem zufolge Großbritannien in vielen Bereichen eine vorbildlichere Europapolitik betreiben sollte als die übrigen Mitgliedstaaten. Dieses Argument kam in öffentlichen Stellungnahmen britischer Kabinettsmitglieder immer wieder vor und sollte den Vorwurf widerlegen, dass die britische Regierung die Vertragsreform nur aufgrund einer ideologischen Europafeindlichkeit ablehne. Während die *Times* dieses Argument unterstützte, lehnte der *Guardian* es ausdrücklich ab. Jedenfalls aber befassten sich beide britischen Zeitungen wiederholt damit, während es in den übrigen Ländern kaum eine Rolle spielte: Sowohl im deutschen als auch im französischen Diskurs wurde Thatchers grundsätzliche Skepsis gegenüber der europäischen Integration als gegeben vorausgesetzt und nicht weiter hinterfragt.





## 4. Die zweite Phase der Verhandlungen

### 4.1 Deutschland

#### 4.1.1 Die Debatte über die europäischen Verhandlungen

*„Kubhandel“: Die Währungsunion als deutsch-französischer Interessenausgleich nach dem Mauerfall*

Hatten die deutschen Medien der Aussicht auf eine europäische Vertragsreform nach dem Gipfel von Madrid kaum noch Bedeutung zugeschrieben, so kehrte diese Möglichkeit mit dem Fall der Berliner Mauer mit überraschender Wucht ins öffentliche Bewusstsein zurück. Natürlich waren im November 1989 die Entwicklungen in der DDR und die Reaktionen der westdeutschen Bundesregierung darauf das wichtigste Thema für die deutschen Zeitungen. Von Anfang an wurde dabei aber auch über die Verbindung zwischen Deutschland- und Europapolitik intensiv diskutiert.

So berichtete die SZ bereits unmittelbar vor dem Mauerfall über Befürchtungen in den übrigen EG-Hauptstädten, „die Deutschen könnten über der plötzlich wiedereröffnete [sic] Perspektive der Wiedervereinigung die westeuropäische Integration vernachlässigen oder sich gar aus der Gemeinschaft ausklinken“.<sup>815</sup> Nach der skeptischen Reaktion der übrigen EG-Mitgliedstaaten auf Helmut Kohls Zehn-Punkte-Plan verstärkte sich diese Kritik Anfang Dezember noch weiter: Ein Kommentar warf dem Kanzler vor, mit seiner „Hast in der deutschen Frage“ bei gleichzeitiger „Zögerlichkeit in der Europafrage“ zu wenig auf die Sorgen der anderen Regierungschefs einzugehen und „neues Mißtrauen“ zu schüren.<sup>816</sup> Das Hauptaugenmerk lag dabei auf den deutsch-französischen Beziehungen und dem Verhältnis zwischen Kohl und Mitterrand.<sup>817</sup> Die von Mitterrand gewünschte Vertragsreform selbst betrachtete die Zeitung allerdings weiterhin mit großen Vorbehalten: Ein Kommentar am 8. Dezember begrüßte zwar die Einbindung der deutschen Wiedervereinigung in den europä-

---

815 So SZ 09.11.1989:8, ähnlich z. B. SZ 11.11.1989:7, SZ 11.11.1989:7–8, SZ 17.11.1989:4.

816 SZ 02.12.1989:4.

817 SZ 01.12.1989:8, SZ 02.12.1989:1.

ischen Integrationsprozess und beschrieb die EG als „perfektes Modell für eine Friedensordnung in Westeuropa“ und die beste „Garantie gegen das Wiederaufflammen der alten Machtfragen“. Zugleich warnte er aber auch, der Europäische Rat dürfe sich auf dem kommenden Gipfel in Straßburg „nicht allein in der schwierigen Frage der Währungsunion verzetteln, die ohnehin erst übermorgen verwirklicht werden kann“.<sup>818</sup>

Auch die FAZ berichtete ausführlich über die zurückhaltenden Reaktionen der übrigen EG-Mitglieder auf den Zehn-Punkte-Plan.<sup>819</sup> Deutlich offensiver als die SZ vertrat sie jedoch auch den deutschen Anspruch auf nationale Einheit und forderte dafür Vertrauen ein. Den französischen Wunsch, Deutschland durch die europäische Währungsunion in Westeuropa zu verankern, wertete ein Leitkommentar als Zeichen für einen Pariser „Minderwertigkeitskomplex“, da es doch „im Ernst keinen Zweifel an der Selbstbindung der Bundesrepublik an den Westen“ geben könne.<sup>820</sup> Ein anderer Kommentar wies die Forderung nach einer Währungsunion mit dem bewährten Argument zurück, dass dafür „bei den bestehenden wirtschaftlichen Unterschieden die Voraussetzungen fehlen“, und erklärte das französische Drängen darauf für „kontraproduktiv“.<sup>821</sup>

Beide deutschen Zeitungen unterstützten also abstrakt eine vertiefte europäische Integration als Rahmen für die deutsche Wiedervereinigung, trennten diese jedoch von dem konkreten Vorschlag der Währungsunion. Zugleich sahen beide Zeitungen die Verstimmungen nach dem Zehn-Punkte-Plan als problematisch an. Sie unterschieden sich aber in der Frage, wer dafür verantwortlich zu machen sei: Während die oppositionsnahe SZ die Schuld vor allem der unklaren Haltung Helmut Kohls zuschrieb, kritisierte die FAZ die zu weitgehenden Integrationsforderungen der französischen Regierung. Entsprechend unterschiedlich reagierten die Zeitungen auch, als Kohl kurz vor dem Straßburger Gipfel in einen konkreten Zeitplan für die Regierungskonferenz einwilligte: Die FAZ interpretierte

---

818 SZ 08.12.1989:4. Auch ein Kommentar über eine mögliche Aufwertung der D-Mark innerhalb des EWS äußerte sich skeptisch über das Ziel einer Einheitswährung (SZ 27.11.1989:4).

819 FAZ 30.11.1989:3a, FAZ 30.11.1989:3b, FAZ 30.11.1989:3c.

820 FAZ 08.12.1989:1. Auch in der SZ wiesen einige Kommentare die Befürchtungen der anderen EG-Regierungen vehement zurück und betonten, dass Deutschland keine Rückkehr zur nationalen Machtpolitik anstrebe (SZ 10.11.1989:4, SZ 21.11.1989:4). Beide Zeitungen griffen zudem entsprechende Erklärungen deutscher Regierungsmitglieder auf (z. B. SZ 20.11.1989:1, FAZ 02.12.1989:4a).

821 FAZ 07.12.1989:17.

dies als ein Entgegenkommen an Mitterrand, um das „Mißverständnis“ auszuräumen, Deutschland wolle die Währungsunion verzögern.<sup>822</sup> Die SZ hingegen beschrieb die gemeinsame Position zwar als Zeichen der Entspannung, betonte jedoch weiterhin die französische Sorge, dass Kohl sich nur noch auf die Deutschlandpolitik konzentrieren und zusammen mit Thatcher die Umsetzung des Delorsplans blockieren werde.<sup>823</sup>

Auch Kohls Vorstoß zugunsten des Europäischen Parlaments sahen SZ und FAZ vor allem im Kontext des Zeitplans für die Währungsunion. Beide Zeitungen hatten die entsprechenden Forderungen ignoriert, solange sie nur von den Europaabgeordneten selbst erhoben worden waren.<sup>824</sup> Kohls Initiative hingegen stieß nun durchaus auf Interesse, auch wenn sich bei deren Bewertung erneut Unterschiede zeigten: So machte sich die regierungsfreundliche FAZ das von der Bundesregierung vorgebrachte Junktim zu eigen, dass die Währungsunion eine Stärkung des Parlaments vor der Europawahl 1994 voraussetze.<sup>825</sup> Die oppositionsnahe SZ hingegen stellte besonders den Vorwurf Delors' heraus, dass Kohl mit dieser zusätzlichen Forderung nur eine Verzögerung der Regierungskonferenz erreichen wolle.<sup>826</sup>

---

822 FAZ 08.12.1989:5a.

823 SZ 08.12.1989:2b.

824 Beide Zeitungen hatten zwar über die Sitzungswoche des Europäischen Parlaments berichtet, aber ohne auf die weitreichende Resolution vom 23. November einzugehen. Stattdessen hob die Berichterstattung vor allem die Unterstützung des Parlaments für die Reformbewegungen in Osteuropa und speziell der DDR hervor (SZ 23.11.1989:1, SZ 25.11.1989:8, FAZ 23.11.1989:1–2, FAZ 24.11.1989:4).

825 FAZ 07.12.1989:1–2. Wie genau die beiden Themen zusammenhingen, wurde auch in der FAZ nicht ganz deutlich. So zitierte die Zeitung einerseits das Argument der Regierung, man könne „einen neuen Vertrag über die Wirtschafts- und Währungsunion nur dann durch die Parlamente bringen“, wenn zugleich das Europäische Parlament gestärkt werde. Andererseits hieß es, es sei „unvorstellbar, 1994 die Wähler zur Stimmabgabe zu einem Europäischen Parlament zu bewegen, das kaum Rechte habe“. Da zudem die für Ende 1992 vorgesehene Vollendung des Europäischen Binnenmarkts der Integration zusätzlichen „Rückenwind“ verleihen würde, böten sich die zweite Hälfte 1992 und die erste Hälfte 1993 als Zieldatum für die Vertragsreform an.

826 SZ 08.12.1989:2b. Die FAZ zitierte diesen Vorwurf ebenfalls, schrieb ihn jedoch nicht Delors, sondern der SPD-Bundestagsfraktion zu (FAZ 08.12.1989:5b). Delors wurde lediglich als verärgert darüber beschrieben, dass Kohl und Mitterrand ihn bei ihrem Kompromiss über den Zeitplan zur Währungsunion nicht einbezogen hätten (FAZ 08.12.1989:5a).

Keine der beiden Zeitungen hegte indessen Zweifel daran, dass es auf dem Straßburger Gipfel vor allem um einen deutsch-französischen Interessenausgleich ging. Entsprechend wurden dessen Ergebnisse als ein Kompromiss verstanden, bei dem Kohl die Währungsunion, Mitterrand hingegen die deutsche Wiedervereinigung akzeptiert habe. Die SZ bezeichnete diese Einigung mehrfach als „Kuhhandel“, auch wenn sie jeweils hinzufügte, dass die Beteiligten selbst diesen Ausdruck ablehnten.<sup>827</sup> In der Sache sah sie darin einen Erfolg Kohls: Der Kompromiss rette nicht nur das gute deutsch-französische Verhältnis und „die Zukunft der Gemeinschaft“,<sup>828</sup> sondern nütze vor allem auch den deutschlandpolitischen Zielen der Bundesregierung.<sup>829</sup> Etwas skeptischer gab sich hingegen die FAZ. Auch sie erklärte zwar, dass die Regierung den Gipfel als Erfolg betrachte,<sup>830</sup> betonte jedoch stärker die währungspolitischen Zugeständnisse, mit denen Mitterrand Kohl „viel zugemutet“ habe. Auch dass die Wiedervereinigung explizit an die KSZE-Schlussakte und damit an die Anerkennung der bestehenden deutschen Außengrenzen geknüpft bleibe, sei ein Zeichen für den „Argwohn“ gegenüber der Bundesregierung und könne „nicht befriedigen“.<sup>831</sup>

Angesichts dieses starken Fokus auf das deutsch-französische Verhältnis erschienen alle übrigen Gipfelteilnehmer in den deutschen Zeitungen lediglich als Nebenakteure, die entweder Kohl oder Mitterrand unterstützten. So sprach die SZ mehrfach an, dass nicht nur Frankreich, sondern

---

827 SZ 11.12.1989:3, SZ 11.12.1989:4b.

828 SZ 11.12.1989:3.

829 Noch mehr als die Währungsunion dominierte deshalb die prinzipielle Zustimmung der EG zur deutschen Einheit die Überschriften der Artikel zum Gipfel: „Kohl will seine zehn Punkte erläutern“ (SZ 08.12.1989:2a), „Kohl will Unterstützung für Einheit der Deutschen“ (SZ 09.12.1989:1), „EG bekräftigt Recht der Deutschen auf Einheit“ (SZ 11.12.1989:1), „Mit Europa nach Deutschland“ (SZ 11.12.1989:4b).

830 FAZ 12.12.1989:5. Auch hier hatten die Schlagzeilen der beiden Hauptartikel über den Gipfel jeweils deutschlandpolitische Bezüge: „Kohl: Änderung der Oder-Neiße-Linie kommt nicht in Frage“ (FAZ 09.12.1989:1–2), „Europäischer Rat erkennt Recht der Deutschen auf Einheit an“ (FAZ 11.12.1989:1–2).

831 FAZ 11.12.1989:1, ähnlich auch FAZ 09.12.1989:1–2, FAZ 11.12.1989:3. In einem weiteren Artikel wurde hervorgehoben, dass der französische Außenminister Dumas vor der französischen Nationalversammlung die deutsche Einheit von der Anerkennung der Oder-Neiße-Linie abhängig gemacht habe (FAZ 14.12.1989:1–2). Bezeichnenderweise wurde diese Diskussion in der Nationalversammlung in einer Zwischenüberschrift des Artikels dann auch als „Deutschland-Debatte“ bezeichnet, obwohl sie eigentlich die französische Europapolitik allgemein zum Thema hatte.

auch andere Länder der deutschen Einheit skeptisch gegenüberstünden,<sup>832</sup> während die FAZ unterstrich, dass neben Deutschland noch weitere Mitgliedstaaten eine baldige Währungsunion ablehnten.<sup>833</sup> Beides wurde jedoch nicht im Einzelnen ausgeführt. Auch Jacques Delors' Vorschlag, parallel zu den Verhandlungen über die Währungsunion noch eine zweite Regierungskonferenz zur Politischen Union einzuberufen, blieb in den deutschen Zeitungen weitgehend unbeachtet. Während die SZ ihn überhaupt nicht erwähnte, brachte die FAZ lediglich eine knappe Agenturmeldung.<sup>834</sup>

Die einzige Gipfelteilnehmerin, die neben Kohl und Mitterrand wiederholt in der Berichterstattung erschien, war Margaret Thatcher. Wie schon im Juni interessierten ihre konkreten Positionen dabei allerdings kaum: Der Competing-Currencies-Plan als wichtigster Vorschlag der britischen Regierung wurde in beiden Zeitungen nur am Rande erwähnt und nicht weiter erläutert.<sup>835</sup> Stattdessen diente Thatcher erneut als Projektionsfläche für Diskurse, die eigentlich eher für Deutschland als für Großbritannien charakteristisch waren. So warnte die britische Premierministerin zum Beispiel nach dem Gipfel davor, dass das EWS bislang vor allem wegen der dominanten Rolle der deutschen Bundesbank erfolgreich gewesen sei, in der Währungsunion jedoch Länder mit höheren Inflationsraten an politischem Einfluss gewinnen könnten. Die SZ nahm diese Äußerungen zum Anlass, um in einem längeren, mit dem Zitat „Nur die Bundesbank garantiert stabiles Geld“ betitelten Artikel ausführlich die Risiken einer laxen Geldpolitik zu erörtern. Erst im letzten Absatz wies sie recht knapp darauf hin, dass sich der „britische Widerstand gegen die Währungsunion“ eigentlich „weniger auf Sorgen um die Preisstabilität“ gründe „als darauf, daß London keine Kompetenzen nach Brüssel abgeben will“.<sup>836</sup> In ähnlicher Form hieß es in der FAZ, dass Thatcher „klar aussprach, was die übrigen [Gipfelteilnehmer] nicht wahrhaben wollten: daß die Zeit für Stufe

---

832 SZ 11.12.1989:1, SZ 11.12.1989:4b.

833 FAZ 08.12.1989c5c, FAZ 09.12.1989:1–2.

834 FAZ 13.12.1989:7.

835 FAZ 09.12.1989:1–2, SZ 11.12.1989:7. In einem Artikel nach dem Gipfel erklärte die FAZ nur recht allgemein, dass Thatcher die Einberufung der Regierungskonferenz zwar als Einzige abgelehnt habe, aber nicht die Mitarbeit darin verweigern werde (FAZ 11.12.1989:1–2).

836 SZ 11.12.1989:7. Im Gegensatz dazu tat der britische *Guardian*, der ebenfalls über Thatchers Befürchtungen zur Inflation in der Währungsunion berichtete, diese kurzerhand als unglaubwürdig und „little more than the latest in a series of delaying tactics“ ab (TG 11.12.1989:7c).

#### 4. Die zweite Phase der Verhandlungen

zwei und drei noch nicht reif sei“.<sup>837</sup> Die Zeitung schob damit Thatcher das Argument zu, dass die Reform zu früh erfolge – obwohl die Kritik an der vermeintlich überstürzten Währungsunion eigentlich ein Topos der FAZ selbst war, während die britische Premierministerin eine derartige Souveränitätsübertragung ganz generell und auch für die Zukunft ausschloss.

#### „Begriff ohne Inhalt“: Europapolitik als Unterthema der Deutschlandpolitik

Konzentrierten sich die deutschen Zeitungen schon während des Gipfels von Straßburg vor allem auf die Frage, ob Frankreich und die übrigen EG-Staaten die deutsche Einheit unterstützen würden, so beherrschte die Wiedervereinigung in den folgenden Monaten die öffentliche Debatte fast vollständig. Neben der Volkskammerwahl in der DDR am 18. März 1990 beschäftigten sich die Medien etwa mit der Ausgestaltung einer möglichen gesamtdeutschen Verfassung, mit der Bonn/Berlin-Frage sowie mit den Plänen für eine deutsche Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion. Außenpolitisch dominierten die Zwei-plus-Vier-Gespräche und die Verhandlungen im KSZE-Rahmen die Schlagzeilen. Die Gespräche über die EG-Vertragsreform spielten hingegen keine prominente Rolle: Zwar wurde weiterhin immer wieder thematisiert, dass die übrigen EG-Mitgliedstaaten Fortschritte in der europäischen Integration als Bedingung für die Wiedervereinigung ansahen.<sup>838</sup> Europapolitische Fragen, die nicht unmittelbar mit der deutschen Einheit verbunden waren, fanden jedoch nur sehr wenig Aufmerksamkeit. Die Resolution des Europäischen Parlaments am 14. März und das belgische Memorandum eine Woche später wurden lediglich mit Kurznachrichten abgehandelt,<sup>839</sup> und auch die Forderung der

---

837 FAZ 11.12.1989:3.

838 In diesem Sinn zitierte die SZ etwa François Mitterrand (SZ 21.03.1990:8) und Felipe González (SZ 22.03.1990:1). Auch in Meinungsartikeln wurde dies durchaus als legitime Forderung anerkannt (SZ 22.03.1990:4).

839 Vgl. FAZ 15.03.1990:2 zur Resolution des Parlaments; SZ 23.03.1990:10, FAZ 23.03.1990:6 zum belgischen Memorandum. Zudem berichtete die FAZ auch kurz darüber, dass die EVP-Fraktion im Europäischen Parlament eine Ausweitung der Regierungskonferenz auf Fragen der institutionellen Reform fordere (FAZ 10.03.1990:6).

Europaabgeordneten, an den Verhandlungen zur Vertragsreform beteiligt zu werden, spielte in der Berichterstattung kaum eine Rolle.<sup>840</sup>

Erst Kohls und Mitterrands Schreiben zur Politischen Union im April 1990 stieß wieder auf spürbar mehr Interesse. Im Mittelpunkt standen dabei allerdings erneut nicht die gesamteuropäische Dimension des Vorschlags, sondern das deutsch-französische Verhältnis und seine Bedeutung für die deutsche Wiedervereinigung. So hob die SZ vor dem ersten Gipfel von Dublin vor allem die Rückkehr zur „alten europapolitischen Harmonie“ der beiden Nachbarländer hervor, die den Weg zur deutschen Einheit erleichtern werde.<sup>841</sup> Auch die Schlagzeilen, mit denen die Berichte über den Gipfel überschrieben waren, verdeutlichen den nationalen Fokus auf dessen deutschlandpolitische Implikationen: „Europäische Gemeinschaft legt Vorbehalte gegen deutsche Vereinigung ab“, „Mitterrand begrüßt deutsche Einheit“, „Sanierung der DDR ist Sache Bonns“ sowie „Rückendeckung für die 2+4-Gespräche“.<sup>842</sup>

Was die deutsch-französische Initiative genau zum Inhalt hatte, beschäftigte die deutschen Zeitungen hingegen kaum. Die SZ beschrieb sie nur recht allgemein als „Ausbau der Gemeinschaft zu einer Politischen Union mit weitreichenden Gesetzgebungs- und Entscheidungskompetenzen“.<sup>843</sup> Ein Kommentar präziserte dies als eine Kombination aus der deutschen Forderung, in der EG „mehr parlamentarische Kontrollrechte“ einzuführen, und dem französischen Wunsch nach einer von der NATO unabhängigen europäischen Sicherheitspolitik.<sup>844</sup> Die Auswirkungen einer solchen Politischen Union wurden dabei jedoch ebenso wenig thematisiert wie der Kontext der vorangegangenen Forderungen des Europäischen Parlaments und der belgischen Regierung. Stattdessen hob die Zeitung sogar ausdrücklich hervor, dass die deutsch-französische Initiative primär einen deutschlandpolitischen Zweck verfolge: „Was in Dublin vereinbart wird, dient zwar dem Ausbau der EG, ist aber in erster Linie Teil einer Strategie, den sicherheitspolitischen Boden für die [deutsche] Vereinigung zu bereiten.“<sup>845</sup> Erst einige Tage später änderte sie recht abrupt ihre Bewertung.

---

840 Die FAZ kündete in knapper Form an, dass eine „Vorkonferenz“ zur Währungsunion zusammentreten werde, in der neben dem Ministerrat auch Kommission und Europäisches Parlament beteiligt sein würden, ging aber nicht näher auf deren Bedeutung ein (FAZ 19.04.1990:7).

841 SZ 23.04.1990:1.

842 SZ 23.04.1990:1, SZ 27.04.1990:6, SZ 30.04.1990:1, SZ 30.04.1990:4.

843 SZ 23.04.1990:1.

844 SZ 23.04.1990:4.

845 Ebd.

Hatte sie den Vorschlag zuvor als deutschlandpolitischen „Schritt von besonderer Eleganz“ gelobt,<sup>846</sup> so kritisierte sie nun seine inhaltliche Unbestimmtheit: „Wie in Bonn zu hören, hat selbst die Bundesregierung noch kein Konzept, obwohl sie Mitinitiator des Projektes ist.“<sup>847</sup> Konkrete Entscheidungen des Europäischen Rates zur Politischen Union seien in Dublin nicht zu erwarten.

Auch die FAZ hob in ihrer Berichterstattung die Verbesserung des deutsch-französischen Verhältnisses<sup>848</sup> und die deutschlandpolitische Bedeutung des Gipfels von Dublin hervor.<sup>849</sup> Ein Kommentar erläuterte, der Vorstoß zur Politischen Union folge „taktischen Motiven“ und solle „der Gemeinschaft die Furcht vor dem deutschen Riesen nehmen, indem das deutsch-französische Tandem demonstrativ die nächste Etappe der Integration ansteuert“.<sup>850</sup> Allerdings kritisierte die Zeitung schon früher als die SZ die Unklarheit des Vorschlags und griff dabei auch wiederholt den bereits für die Währungsunion etablierten Topos der überstürzten Reform auf. Da das für weitere Kompetenzübertragungen nötige Gleichgewicht zwischen Ministerrat, Kommission und Europäischem Parlament nicht im angestrebten Zeitplan ausgehandelt werden könne, sei die von Kohl und Mitterrand angestrebte Synchronisierung von deutscher und europäischer Einigung „nicht zu schaffen“.<sup>851</sup> Kurz vor dem Gipfel bekräftigte ein Leitkommentar zwar noch einmal den diplomatischen Wert des deutsch-französischen Vorschlags, hob aber vor allem hervor, dass die Politische Union nur ein „Begriff ohne Inhalt“ sei, über den zwischen den Hauptakteuren keine Einigkeit bestehe:

Mitterrand stellt sich die politische Union als Präsidialsystem vor, das Frankreichs Einfluß auf die Gemeinschaft sichern soll. Kohl denkt da-

---

846 Ebd.

847 SZ 27.04.1990:8.

848 FAZ 24.04.1990:6, FAZ 25.04.1990:2.

849 FAZ 11.04.1990:6, FAZ 27.04.1990:6.

850 FAZ 23.04.1990:16.

851 FAZ 20.04.1990:1b, ähnlich FAZ 28.04.1990:1. Schon einige Tage vor der deutsch-französischen Initiative hieß es in der FAZ, außer den grundsätzlichen Zweifeln Thatchers halte auch der luxemburgische Ministerpräsident Santer die von Delors und dem irischen Premierminister Haughey angestrebte Regierungskonferenz zur Politischen Union für „zu früh“. Eine mögliche Kompromisslösung sei eine „zeitlich versetzte“ zweite Konferenz, die aber „freilich kaum vor 1993 beginnen“ könne (FAZ 11.04.1990:6). Später wurde auch der britische Außenminister Hurd mit der Äußerung zitiert, „die Zeit für eine weitere Vertragsänderung sei noch nicht reif“ (FAZ 23.04.1990:1–2).



gegen an einen föderalen Aufbau mit dezentralen Entscheidungsstrukturen und der Stärkung des Europäischen Parlaments. Für Frau Thatcher schließlich erschöpfen sich die Veränderungspläne in einer wirkungsvolleren Kontrolle der Brüsseler Eurokraten und ihres oft verschwenderischen Umgangs mit Steuergeldern. Von allen weiterreichenden Plänen hält sie nichts.<sup>852</sup>

Anders als die SZ sah die FAZ auch die übrigen Mitgliedstaaten nur „zögernd“ der Politischen Union zustimmen, da zu viele Fragen „ungeklärt“ seien.<sup>853</sup> Als Hauptkritikerin führte die Zeitung wie schon bei der Währungsunion Margaret Thatcher an, nannte deren konkrete Forderungen jedoch erneut nur knapp und analysierte sie nicht inhaltlich. Stattdessen begründete ein Kommentar Thatchers Haltung mit den Besonderheiten der britischen politischen Kultur: Als „Regierungschefin eines Landes, dessen Institutionen im Verlauf eines Jahrtausends langsam gewachsen sind“, misstrauete sie den „immer neuen Plänen für europäische Konstruktionen“.<sup>854</sup> Auch von ihrer Ankündigung eines Gegenvorschlags zur Politischen Union wurde in der FAZ nur wiedergegeben, dass er „[p]raktisch“ und „nichtföderalistisch“ sein und die Souveränität der Mitgliedstaaten wahren solle.<sup>855</sup> Darüber hinaus berichtete die Zeitung mehrmals über den internen Druck, dem Thatcher wegen sinkender Umfragewerte und der Sorge vor einer europapolitischen Isolation ihrer Regierung ausgesetzt sei.<sup>856</sup> In ähnlicher Form erläuterte auch die SZ, dass Thatcher die Beschäftigung mit „esoterischen Dingen“ wie der Politischen Union ablehne,<sup>857</sup> die britische Regierung jedoch über keinen konkreten Gegenvorschlag verfüge<sup>858</sup> und wohl bereit sei, sich bei der Politischen Union „überstimmen“ zu lassen.<sup>859</sup> Insgesamt blieb Thatcher in den deutschen Medien also als zentrale Antagonistin der Vertragsreformpläne präsent. Ihre Positionen und Argumente wurden jedoch weiterhin nur in recht schematischer Form beschrieben und nicht im Einzelnen beleuchtet.

Den Ausgang des Gipfels sahen beide Zeitungen im Wesentlichen als Bestätigung ihrer vorherigen Skepsis. Die FAZ konstatierte, es habe zwar

---

852 FAZ 28.04.1990:1.

853 FAZ 23.04.1990:1–2.

854 FAZ 18.04.1990:1.

855 FAZ 23.04.1990:2, auch FAZ 23.04.1990:16.

856 FAZ 18.04.1990:1, FAZ 28.04.1990:2.

857 SZ 20.04.1990:1.

858 SZ 27.04.1990:8.

859 SZ 23.04.1990:1.

#### 4. Die zweite Phase der Verhandlungen

keinen „großen Krach“ gegeben, man habe sich aber auch nur „– wieder einmal – auf den kleinsten gemeinsamen Nenner“ geeinigt.<sup>860</sup> Als Problem betrachteten die deutschen Zeitungen dieses Ergebnis jedoch nicht: Im Mittelpunkt der Berichterstattung stand vielmehr erneut die Deutschlandpolitik, und in diesem Zusammenhang werteten sie den Gipfel durchaus als einen diplomatischen Erfolg Kohls.<sup>861</sup> Ein SZ-Kommentar hob hervor, Thatchers Kritik an dem deutsch-französischen Vorstoß zur Politischen Union sei ins Leere gelaufen, da es ohnehin „den beiden Initiatoren, Kanzler Helmut Kohl und Präsident François Mitterrand, auf den Inhalt ihres Vorschlages nicht ankam“. Vielmehr hätten sie mit ihrer Initiative lediglich die gute deutsch-französische Zusammenarbeit sowie das deutsche Bekenntnis zur europäischen Integration unter Beweis stellen wollen, was auch gelungen sei. Ob das Projekt der Politischen Union „ernsthaft weiterverfolgt werden soll“, werde sich erst zeigen, wenn die Außenminister in den nächsten Monaten konkrete Vorschläge dazu vorlegen würden.<sup>862</sup>

Dass die Politische Union mehr sein könnte als ein bloßer deutschlandpolitischer Schachzug, kam im Diskurs der deutschen Medien kaum vor. Auch in der Zeit nach dem ersten Dubliner Gipfel wurde das Thema allenfalls punktuell behandelt. Anfang Mai fand in der FAZ ein internes Papier der Kommission zur gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik gewisse Aufmerksamkeit.<sup>863</sup> Die verschiedenen anderen Vorschläge, die das Europäische Parlament und mehrere nationale Regierungen präsentierten, wurden jedoch nur recht knapp wiedergegeben und nicht weiter kontextualisiert.<sup>864</sup> Ende Mai konstatierte die Zeitung, die Gespräche der Außenminister zur Politischen Union machten „nur geringe Fortschritte“ und böten „mehr Fragen als Antworten“.<sup>865</sup> Auch das Mitte Juni unterzeichnete

---

860 FAZ 30.04.1990:3, ähnlich FAZ 30.04.1990:1–2, SZ 30.04.1990:7.

861 Die FAZ sprach sogar von einem „Triumph“ (FAZ 30.04.1990:3, ähnlich auch FAZ 30.04.1990:1–2, SZ 30.04.1990:1).

862 SZ 30.04.1990:4.

863 FAZ 05.05.1990:3, am Rande auch FAZ 05.05.1990:12.

864 Nur in Kurznachrichten oder als Randnotiz in längeren Artikeln erschienen beispielsweise der spanische Vorstoß für eine „europäische Staatsbürgerschaft“ (FAZ 07.05.1990:3), die Forderung deutscher Ländervertreter nach einem Gremium für die subnationalen Regionen (FAZ 10.05.1990:5), die irischen Vorschläge zu einem „effektiveren Abstimmungsmechanismus“ im Ministerrat und zu einer Stärkung des EuGH (SZ 16.05.1990:2) sowie der Wunsch des Europäischen Parlaments nach gleichberechtigter Beteiligung im Gesetzgebungsverfahren und nach dem Recht zur Wahl des Kommissionspräsidenten (FAZ 18.05.1990:2).

865 FAZ 22.05.1990:5.

Schengener Durchführungsübereinkommen wurde verschiedentlich mit der EG-Vertragsreform in Verbindung gesetzt, allerdings meist mit pessimistischem Unterton: So bezweifelte die FAZ, dass das Schengener Übereinkommen „ein Pionier für die gesamte EG“ sein werde. Stattdessen bleibe es wohl ein „Klub im Klub“ – was allerdings auch ein Modell für die Währungsunion sein könne.<sup>866</sup>

In der ersten Jahreshälfte 1990, in der die zentralen Weichen für den Vertrag von Maastricht gestellt wurden, war die europapolitische Berichterstattung der deutschen Zeitungen also von einer Mischung aus Desinteresse und niedrigen Erwartungen geprägt. Obwohl der Verlauf der EG-Verhandlungen unter dem Gesichtspunkt der deutschen Wiedervereinigung durchaus als erfolgreich galt, spielte die Vertragsreform selbst kaum eine Rolle. Auch der zweite Europäische Rat in Dublin, auf dem die Außenminister Ende Juni ihren Bericht vorlegten und die Einberufung der Regierungskonferenz zur Politischen Union beschlossen wurde, fand in beiden Zeitungen nur wenig Beachtung. Die wenigen Artikel, die in der SZ darüber erschienen, konzentrierten sich zudem vor allem auf die (ebenfalls auf dem Gipfel verhandelten) Finanzhilfen für die Sowjetunion;<sup>867</sup> die

---

866 FAZ 21.06.1990:3. Die SZ wiederum erklärte, die fünf Schengen-Mitgliedstaaten nähmen vorweg, was „die gesamte EG für Anfang 1993 anstrebt, mit großer Wahrscheinlichkeit jedoch dann noch nicht erreichen wird: den ungehinderten Personenverkehr im Bereich der EG“ (SZ 20.06.1990:6). Tatsächlich trat das Schengener Abkommen erst 1995 in Kraft und wurde 1997 mit dem Vertrag von Amsterdam auf alle EG-Mitgliedstaaten außer Großbritannien und Irland ausgeweitet. Zur öffentlichen Debatte über das Schengener Abkommen als „Klub im Klub“ vgl. auch Siebold 2014:63–67.

867 Dies wurde auch in den Schlagzeilen deutlich: „EG berät über Hilfe für die Sowjetunion“ (SZ 25.06.1990:2), „EG bereitet sich auf umfangreiche Hilfe für die Sowjetunion vor“ (SZ 26.06.1990:1), „Europäische Gemeinschaft stellt der Sowjetunion Kredite und Wirtschaftshilfe in Aussicht“ (SZ 27.06.1990:1). Das Hauptinteresse galt dabei wieder einmal den deutschlandpolitischen Implikationen: Wie die SZ erläuterte, betrachtete die deutsche Bundesregierung die Finanzhilfen als politische Unterstützung für Gorbatschow und damit als nützlich für die Wiedervereinigung. Dass sich der Gipfel gegen den Widerstand Margaret Thatchers zuletzt grundsätzlich für eine gemeinsame Hilfe aussprach, wurde deshalb als weiterer diplomatischer Erfolg Kohls gewertet (SZ 27.06.1990:4). Auch für die FAZ stand auf dem Gipfel die „Wirtschaftshilfe für die Sowjetunion [...] im Vordergrund“ (FAZ 25.06.1990:1–2), die hier allerdings nicht nur als deutschlandpolitischer Erfolg, sondern auch als gelungener Test für eine mögliche gemeinsame EG-Außenpolitik galt (z. B. FAZ 28.06.1990:1, FAZ 29.06.1990:3).

Vertragsreform wurde nur am Rande erwähnt.<sup>868</sup> Die FAZ berichtete etwas ausführlicher, behandelte die Einberufung der Regierungskonferenz aber ebenfalls nur als ein Nebenthema.<sup>869</sup> Erneut hob die Zeitung hervor, es sei „weitgehend offen, was mit der Politischen Union angestrebt werden soll“.<sup>870</sup> Auch über die Resolution, in der das Europäische Parlament Mitte Juli seine Forderungen zur Politischen Union zusammenfasste, berichtete die FAZ nur mit einem einzelnen Artikel.<sup>871</sup> Noch weniger Aufmerksamkeit fanden allerdings die Alternativvorschläge, mit denen die britische Regierung die Vertragsreform zu verhindern suchte: Die Vorstellung des Major-Plans, der aus britischer Sicht an die Stelle der Währungsunion treten sollte, wurde im Politikteil der SZ überhaupt nicht, in jenem der FAZ nur mit einer Kurzmeldung behandelt.<sup>872</sup>

Durchbrochen wurde dieses Ambiente der Gleichgültigkeit gegenüber der EG-Vertragsreform lediglich durch einen Text, der einige Tage vor dem zweiten Dubliner Gipfel in der FAZ erschien. Dabei handelte es sich um Ausschnitte aus einer Studie, die eine Gruppe von Wissenschaftlern um Werner Weidenfeld im Rahmen des Forschungsprojektes „Strategien und Optionen für die Zukunft Europas“ der Bertelsmann-Stiftung erstellt hatte. Ohne explizit auf die geplanten Beschlüsse zur Politischen Union einzugehen, entwickelten die Autoren ein Modell für die institutionelle Ausgestaltung der künftigen Europäischen Union, das weitaus detaillierter war als die sonst in der Tagespresse üblichen Artikel. Recht deutlich erkennbar war dabei allerdings ihre implizite Orientierung am deutschen Föderalismus: So sollten das Europäische Parlament und der Ministerrat zusammen als Gesetzgebungskammern, die Kommission als „Regierung“,

---

868 SZ 26.06.1990:1. Auch hier wurde wieder auf Thatchers Vorbehalte hingewiesen.

869 FAZ 25.06.1990:1–2, FAZ 26.06.1990:1–2.

870 FAZ 27.06.1990:1–2. Als die drei „Hauptwege“ wurden in dem Artikel – entsprechend dem Gipfelkommuniqué – die Stärkung der demokratischen Legitimität, die Stärkung der Gemeinschaftsorgane sowie der einheitliche Auftritt gegenüber Drittländern beschrieben; als mögliche konkrete Maßnahmen wurden eine Ausweitung der Kompetenzen des Europäischen Parlaments und der Mehrheitsbeschlüsse im Ministerrat genannt.

871 FAZ 12.07.1990:5a.

872 FAZ 21.06.1990:1. Zudem berichtete die FAZ über einen Streit, der auf dem Gipfel ausgebrochen sei, nachdem sich Mitterrand sarkastisch zu dem Plan geäußert habe. Letztlich legte die Zeitung das Thema jedoch mit der Feststellung beiseite, dass der Plan in den Schlussfolgerungen des Gipfels nicht erscheine FAZ 27.06.1990:1–2.

der EuGH als „Verfassungsgericht“ und der Europäische Rat als kollektives „Präsidium der EU“ fungieren.<sup>873</sup>

Diese Modellfunktion des deutschen politischen Systems entwickelte sich in der Folgezeit zu einem weiteren Topos, auf den vor allem die FAZ immer wieder zurückgriff. So forderte ein Leitkommentar kurz nach dem Gipfel „klarere politische Entscheidungsprozesse“ in der EG, bei denen das „Vorbild eines föderal verfaßten Bundesstaates wie desjenigen der Bundesrepublik [...] Pate stehen“ könne.<sup>874</sup> In einem anderen Artikel hieß es, das Europäische Parlament strebe zusammen mit der deutschen und französischen Regierung „eine Ordnung an, die der in der Bundesrepublik geltenden nachgebildet wäre“. Fraglich sei nur, wie viele der übrigen Regierungen „sich mit dem ‚deutschen Modell‘ anfreunden“ könnten.<sup>875</sup>

Auffälligerweise ging diese Vorstellung eines nach deutschem Muster geformten Europa nach dem zweiten Dubliner Gipfel auch mit einer insgesamt etwas positiveren Bewertung der geplanten Vertragsänderung einher. Anders als noch im April kritisierte die FAZ die Reformpläne nun nicht mehr als überstürzt, sondern erklärte im Gegenteil, dass auf „dem langen Weg zur politischen Einigung [...] nicht früh genug Pflöcke eingeschlagen werden“ könnten.<sup>876</sup> Was die Erfolgsaussichten einer großen Reform betraf, dominierte jedoch weiterhin die Skepsis. Auch wenn der Europäische Rat die Einberufung der Regierungskonferenz zur Politischen Union „erstaunlich schnell verabschiedet“ habe, so ein Kommentar, könne nicht mit einer baldigen Einigung gerechnet werden: „Vor all zu hohen Erwartungen ist zu warnen: Es geht um einen ersten Schritt auf einem langen Weg.“<sup>877</sup>

---

873 FAZ 21.06.1990:9–10. Allerdings wurde auch betont, dass die EU „kein Bundesstaat im herkömmlichen Sinn werden“ solle, da Bundesstaaten aus Sicht der Autoren immer eine Tendenz zur schleichenden Zentralisierung aufwiesen. Auf europäischer Ebene solle dem durch die Grundsätze der begrenzten Einzelermächtigung und der Subsidiarität vorgebeugt werden, sodass die EU zu einer „stabilen föderalen Balance“ gelangen würde.

874 FAZ 28.06.1990:1.

875 FAZ 23.06.1990:10.

876 FAZ 28.06.1990:1.

877 FAZ 26.06.1990:13.

„Den Europäern ein bewährtes Modell anzubieten“: Deutschland als Führungsmacht und Vorbild

Blieb die Debatte über die EG-Vertragsreform vom Fall der Berliner Mauer bis in den Sommer 1990 jener über die Deutschlandpolitik untergeordnet, so erfuhr sie mit dem Vollzug der deutschen Einheit im Oktober einen plötzlichen Wandel. Zum einen wurden die Verhandlungen in der deutschen Öffentlichkeit nun deutlich ernster genommen. Besonders die SZ schrieb ihnen erstmals reale Erfolgsaussichten zu und betonte in einem Artikel vor dem Gipfel von Rom Ende Oktober, dass sich mit Ausnahme Margaret Thatchers inzwischen alle europäischen Regierungschefs über die Grundzüge der Reform einig seien.<sup>878</sup> Vor allem aber löste sich die Debatte über die Vertragsreformen nun aus dem Schatten der deutschen Wiedervereinigung und gewann wieder für sich selbst an Bedeutung.

Prägend für die Berichterstattung war dabei ein neues nationales Selbstbewusstsein. Hatten beide Zeitungen zuvor meist François Mitterrand oder Jacques Delors als die treibenden Kräfte der Verhandlungen beschrieben, so sahen sie diese Rolle nun eindeutig bei den deutschen Verhandlungsführern. Die FAZ erklärte zum Beispiel, die Bundesregierung habe sich bislang „aus dem Ideenwettbewerb für die politische Union herausgehalten, wohl deshalb, weil sie mehr mit der deutschen Einigung beschäftigt war“. Dies aber werde „sich ändern“.<sup>879</sup> Auch in mehreren Artikeln über die italienische Ratspräsidentschaft hieß es, dass diese „ohne viel Federlesens Deutschland und dem deutschen Bundeskanzler die Hauptrolle in dem gemeinsamen Europa“ zuschreibe.<sup>880</sup>

In der SZ wiederum war dieser veränderte Diskurs vor allem in einer Uminterpretation des Kompromisses zu erkennen, den die deutsche und die französische Regierung im Dezember 1989 auf dem Straßburger Gipfel eingegangen waren: Wie oben beschrieben, hatte die SZ die Einwilligung Kohls in einen festen Zeitplan für die Währungsunion damals vor allem als Preis für die französische Unterstützung der deutschen Wiedervereinigung verstanden. Auch wenn die Zeitung diesen „Kuhhandel“ durchaus für akzeptabel hielt, schien die Initiative zur Vertragsreform vor allem von Frankreich auszugehen, während die Bundesregierung darauf lediglich re-

---

878 SZ 26.10.1990:4, ähnlich auch FAZ 08.10.1990:2. Andere Artikel und Kommentare in der FAZ blieben hingegen eher skeptisch (z. B. FAZ 23.10.1990:3, FAZ 23.10.1990:16, FAZ 29.10.1990:1).

879 FAZ 05.11.1990:1.

880 FAZ 26.11.1990:7, ähnlich FAZ 19.10.1990:8, FAZ 27.10.1990:1b.

agiert hatte. Im Oktober 1990 schrieb die SZ nun erneut von einem „Quid-proquo zwischen Bonn und Paris“, das auf dem Gipfel von Rom auszuhandeln sei.<sup>881</sup> Doch während sie dabei als „Frankreichs Lieblingskind“ weiterhin die Währungsunion nannte, galt als deutsche „Gegenrechnung“ nun die Politische Union, die nach den Vorstellungen Helmut Kohls eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik sowie eine Stärkung des Europäischen Parlaments umfassen müsse.<sup>882</sup> Die Zustimmung Mitterrands zur deutschen Einheit hingegen wurde nicht mehr als Bestandteil eines bilateralen Kompromisses erwähnt. Wenige Wochen nach dem erfolgreichen Vollzug der nationalen Einheit hakte die SZ damit implizit alle deutschlandpolitischen Argumente ab und konzentrierte sich stattdessen auf die Politische Union als Hauptforderung der Bundesregierung in den europäischen Reformgesprächen.

Neu war jedoch nicht nur diese Akzentverschiebung bei der Darstellung der deutschen Positionen. Auch die französische Regierung als wichtigster Fürsprecher der ungeliebten Währungsunion wurde in den deutschen Medien nun offener als zuvor kritisiert. War es im Vorjahr noch Helmut Kohl gewesen, der auf dem Gipfel in Straßburg seine EG-Treue hatte unter Beweis stellen müssen, so forderte die SZ nun dasselbe von Mitterrand: „Die Franzosen“, hieß es in einem Kommentar, verwickelten sich vor dem Gipfel von Rom „in Widersprüche“ und weckten

ihrerseits Mißtrauen: Könnte es sein, daß sie nicht wirklich das vereinte Europa wollen, das mit einer Stimme spricht, sondern lediglich die Währungsunion, weil sie die Deutschen des gravierenden Wettbewerbsvorteils der starken Währung beraubt?<sup>883</sup>

Kohl selbst hingegen erschien nun als der eigentliche Vorreiter der europäischen Integration, was in beiden Zeitungen auf deutliche Zustimmung stieß. Die weitreichenden Ergebnisse des Gipfels von Rom deutete die SZ primär als Erfolg der Bundesregierung, die sich nicht nur bei der Politischen Union, sondern auch bei den Bedingungen der Währungsunion durchgesetzt habe.<sup>884</sup> Ein Kommentar sah die Beschlüsse als Zeichen dafür, „wie die EG Schritt für Schritt, zuweilen fast unmerklich, nationale Widerstände überwindet“ – auch wenn für die meisten Regierungen

---

881 SZ 26.10.1990:4.

882 Ebd.; ähnlich SZ 26.10.1990:10a, wo von einer geforderten „Gegenleistung“ Frankreichs die Rede war.

883 SZ 26.10.1990:4, ähnlich SZ 14.11.1990:4b.

884 SZ 29.10.1990:1.

#### 4. Die zweite Phase der Verhandlungen

„[n]icht die Fülle sachlicher Argumente“ ausschlaggebend gewesen sei, sondern „das Gefühl, in die Zweitklassigkeit hinabzurutschen, wenn sie nicht mitmachen“.<sup>885</sup>

Etwas zurückhaltender blieb hingegen die FAZ. Für diese bestand weiterhin ein Gegensatz zwischen den unterschiedlichen Verhandlungsbereichen: Während „die Wirtschafts- und Währungsunion in den Augen der Mehrheit schon weit vorbereitet“ sei, seien „die Regierungschefs auch in Rom über erste, noch ungesicherte Überlegungen zur Politischen Union nicht hinausgelangt“.<sup>886</sup> Dennoch konstatierte ein Kommentar, die Vorbereitungen zur Vertragsreform liefen „auf Hochtouren“ und gäben „zu Hoffnungen Anlaß“.<sup>887</sup> Wie so häufig thematisierte die FAZ dabei erneut die hohe Geschwindigkeit der Verhandlungen: Angesichts der weitreichenden Beschlüsse seit dem Gipfel von Hannover 1988 sei es „begrifflich“, dass „manchem bei diesem Tempo schwindlig“ werde. Dank der starken Rolle der Bundesregierung bestehe jedoch „kein Anlaß zu Furcht“. Mit dem Föderalismus hätten schließlich

die Deutschen den Europäern ein bewährtes Modell anzubieten. [...] Wenn es gelingen sollte, möglichst viele föderalistische Elemente in den Bauplan [der Europäischen Union] einzubringen, müßte niemandem bange sein [...].<sup>888</sup>

Neben der deutschen Bundesregierung fand nach dem Gipfel von Rom vor allem Margaret Thatcher als Hauptgegnerin der Reform viel Aufmerksamkeit. Die SZ hob besonders die Außenseiterrolle der britischen Premierministerin hervor, deren Regierung in der Frage der Währungsunion als Einzige bei einer „grundsätzlichen Opposition“ geblieben sei.<sup>889</sup> Die FAZ hingegen betonte, dass Thatcher in einzelnen Fragen durchaus Kom-

---

885 SZ 29.10.1990:4.

886 FAZ 29.10.1990:1–2. Zudem berichtete die FAZ in den Folgetagen prominent darüber, dass der deutsche Bundesbank-Präsident Pöhl das Abschlusskommunique des Gipfels scharf kritisiert habe, da es „keine Basis für eine so weitreichende Entscheidung, wie die Einführung einer Währungsunion in Europa“ biete (FAZ 02.11.1990:4, ähnlich FAZ 01.11.1990:1a).

887 FAZ 05.11.1990:1.

888 Ebd. Wenig später mahnte die Zeitung in einem Artikel über die EG-Assoziierung osteuropäischer Staaten allerdings wieder vor „einer Gemeinschaft, die sich zuviel [sic] auflädt“ und „nichts überstürzen“ solle: „Ohne geduldiges Warten und ohne die Dinge reifen zu lassen, ist Politik nicht möglich. In Brüssel scheint diese Kunst noch weniger bekannt zu sein als anderswo.“ (FAZ 24.11.1990:12).

889 SZ 29.10.1990:1, ähnlich SZ 30.10.1990:7.



promissbereitschaft gezeigt habe.<sup>890</sup> Letztlich, so sagte die Zeitung voraus, werde auch sie dem „Rad der Geschichte“ nicht widerstehen und womöglich bereits beim nächsten Gipfeltreffen ihren „englischen Eigensinn“ aufgeben.<sup>891</sup> So oder so ließen die deutschen Medien wenig Zweifel daran, dass Thatcher als Verliererin aus Rom zurückgekehrt sei: Wie die FAZ feststellte, hatte der Gipfel unter den Mitgliedern der Conservative Party den Eindruck hinterlassen, „daß Europa nicht mehr mit Frau Thatchers Wiederwahl im Jahre 1992 rechnet und darum ohne sie seine Pläne anstellt“.<sup>892</sup> Wie schon zuvor, spielten die konkreten britischen Argumente jedoch auch diesmal kaum eine Rolle: Obwohl die deutschen Zeitungen Thatchers Position nach dem Gipfel mehrere Artikel widmeten, wurde der Major-Plan als wichtigster britischer Vorschlag nicht näher erläutert.<sup>893</sup>

Ab Anfang November verfolgten SZ und FAZ schließlich aufmerksam die Regierungskrise mit, die vom Rücktritt Geoffrey Howes über die Abdankung Thatchers bis zur Wahl John Majors zum neuen Premierminister führte. Vor allem anfangs verwiesen die Zeitungen dabei immer wieder darauf, dass das wichtigste Streitthema innerhalb der Conservative Party die Europapolitik sei.<sup>894</sup> Allerdings behandelten sie dabei meist nur allgemein die britische Isolation in Europa, nicht spezifisch die Vertragsreform. Zudem verschob sich der Fokus der Darstellung schon recht bald von den inhaltlichen Differenzen zwischen Thatcher und ihren innerparteilichen Gegnern auf die generelle „Vertrauenskrise“ der britischen Konservativen.<sup>895</sup>

Und auch in der umfangreichen Berichterstattung über Thatchers Abgang und Majors Amtsantritt spielte die Europapolitik nur eine geringe Rolle. Ein langer FAZ-Artikel, der Thatchers Regierungszeit rekapitulierte, ging auf die europäische Integration nur ganz am Rande ein;<sup>896</sup> ein SZ-Kommentar hob sogar explizit hervor, die britische Premierministerin sei „nicht über die Europapolitik gefallen“.<sup>897</sup> Zugleich sahen die deutschen

---

890 FAZ 29.10.1990:1–2, FAZ 05.11.1990:1.

891 FAZ 29.10.1990:4, ähnlich FAZ 01.11.1990:1b, FAZ 05.11.1990:1.

892 FAZ 30.10.1990:3, ähnlich FAZ 01.11.1990:1b.

893 Z. B. FAZ 27.10.1990:1a, FAZ 29.10.1990:17, SZ 08.11.1990:8a.

894 Vgl. SZ 02.11.1990:2b, SZ 03.11.1990:1, SZ 03.11.1990:4, SZ 14.11.1990:6, FAZ 02.11.1990:1, FAZ 03.11.1990:1, FAZ 03.11.1990:3, FAZ 14.11.1990:7.

895 SZ 05.11.1990:7, vgl. auch SZ 08.11.1990:8b, SZ 15.11.1990:2, SZ 15.11.1990:5, SZ 20.11.1990:10, SZ 22.11.1990:2, FAZ 15.11.1990:3.

896 FAZ 23.11.1990:3.

897 SZ 23.11.1990:4, vgl. auch SZ 23.11.1990:1, SZ 23.11.1990:3, SZ 24.11.1990:7, SZ 28.11.1990:1, SZ 28.11.1990:4, FAZ 23.11.1990:16.

#### 4. Die zweite Phase der Verhandlungen

Zeitungen ihren Rücktritt jedoch als Chance für einen „Kurswechsel in der britischen Politik“, der einer verstärkten europäischen Integration zugute kommen könne.<sup>898</sup> Lediglich ein einzelner FAZ-Kommentar konstatierte unter den übrigen EG-Regierungschefs neben Erleichterung auch ein gewisses Bedauern über Thatchers Abgang, deren „gesunder Menschenverstand [...] die Europapolitik oft in die richtigen Bahnen gelenkt“ habe.<sup>899</sup>

#### *„Vision oder Illusion?“, Skepsis gegenüber den europäischen Parteien*

Im November 1990 widmeten die deutschen Zeitungen schließlich auch parlamentarischen Akteuren und den europäischen Parteien erstmals etwas größere Aufmerksamkeit in ihrer Berichterstattung über die Pläne zur Vertragsreform – wenn auch in ungleich geringerem Umfang als den nationalen Regierungen. So erschienen in der FAZ einige Artikel über die Kritik des Europäischen Parlaments, dem die Beschlüsse des Gipfels von Rom nicht weit genug gingen.<sup>900</sup> Auch über die „Assisen“, bei denen sich Europaabgeordnete mit Mitgliedern der nationalen Parlamente trafen, fanden sich einige Berichte, allerdings meist nur auf den hinteren Seiten des Politikteils.<sup>901</sup> Zudem war darin wiederholt von der „deutschen Delegation“ bzw. der „Delegation aus dem Bundestag“ die Rede – was suggerierte, dass die Teilnehmer der Assisen vor allem als Vertreter ihres jeweiligen Nationalstaats, nicht der europaweiten Parteien aufgetreten seien.<sup>902</sup> Immerhin konstatierte die SZ, dass das Treffen im Ganzen erfolgreich verlaufen und nicht wie befürchtet „an den Eifersüchteleien zwischen nationalen Parlamenten und dem EG-Parlament“ gescheitert sei.<sup>903</sup>

Auch die Kongresse der europäischen Parteien, die im zeitlichen Umfeld der Assisen stattfanden, gaben den Zeitungen Anlass zu einzelnen Berichten. Der Tenor dieser Artikel unterschied sich allerdings kaum: So zählte die FAZ in einem Text über den EVP-Kongress die recht weitgehenden Forderungen der Christdemokraten für die Politische Union auf und zi-

---

898 SZ 23.11.1990:10, ähnlich SZ 29.11.1990:1, SZ 29.11.1990:3, FAZ 29.11.1990:3a, zurückhaltender FAZ 30.11.1990:16.

899 FAZ 29.11.1990:3a.

900 FAZ 08.11.1990:8, FAZ 23.11.1990:9.

901 SZ 28.11.1990:10, SZ 30.11.1990:9, SZ 01.12.1990:6.

902 SZ 30.11.1990:9, SZ 01.12.1990:6. Auch die FAZ unterstrich in ihrem Bericht über die Assisen vor allem nationale Gegensätze zwischen Deutschland und Italien (FAZ 29.11.1990:3b).

903 SZ 01.12.1990:6.

tierte den EVP-Fraktionsvorsitzenden im Europäischen Parlament, Egon Klepsch, dass das Ziel der Partei „der föderative Bundesstaat“ sei.<sup>904</sup> Über den Kongress des ELDR veröffentlichten beide Zeitungen jeweils nur eine kurze Agenturmeldung, der zufolge die Liberalen „die Umwandlung der EG in eine Union mit bundesstaatlicher Verfassung“ anstrebten.<sup>905</sup> Und auch von den Sozialdemokraten gab die FAZ nur eine Reihe institutioneller, währungs- und außenpolitischer Forderungen wieder, ohne diese im Einzelnen einzuordnen.<sup>906</sup> Die Unterschiede zwischen den verschiedenen europäischen Parteien spielten mithin fast überhaupt keine Rolle. Lediglich der SZ-Artikel über das BSPEG-Treffen erwähnte in einem Satz die „Besorgnis [der Sozialdemokraten] über die spürbare Zunahme konservativer Kräfte in Europa“, ohne dies weiter zu vertiefen.<sup>907</sup>

Auch wie relevant diese supranationalen Parteitagebeschlüsse tatsächlich waren, wurde in den deutschen Medien nur selten thematisiert – und wenn, dann mit offener Skepsis. So erklärte ein FAZ-Kommentar nach dem EVP-Kongress unter der Schlagzeile „Vision oder Illusion?“, dass sich die Fraktionen im Europäischen Parlament zwar in vielen Fragen der Vertragsreform einig seien. Ob sie sich damit durchsetzen würden, sei jedoch zweifelhaft, denn „ungeachtet anderslautender öffentlicher Bekundungen“ würden sich die nationalen Regierungen und Parlamente, die im Zuge der Vertragsreform Kompetenzen abgeben sollten, „dem föderalistischen Eifer [...] nur zögernd anschließen“.<sup>908</sup> Und auch der FAZ-Bericht über die Assisen verwies auf Stellungnahmen der Parlamentarier, die „auf Widersprüche oder Ignoranz schließen ließen“, und stellte in Frage, ob den Reformbefürwortern in der EVP „die Gegensätze zwischen den Plänen und der Wirklichkeit immer bewußt sind“.<sup>909</sup>

Diese Zweifel an der Ernsthaftigkeit ihrer Vorschläge können letztlich auch als Ursache dafür gelten, dass die europäischen Parteien in der übrigen Berichterstattung der deutschen Medien so gut wie niemals erwähnt wurden. Die föderalistischen Ambitionen der Europaabgeordneten fanden

---

904 FAZ 16.11.1990:6.

905 So SZ 24.11.1990:2 und nahezu wortgleich FAZ 24.11.1990:6.

906 FAZ 12.12.1990:6. Die SZ wiederum hob vor allem die migrationspolitischen Positionen des BSPEG hervor. Zudem nutzte sie den Umstand, dass das Treffen in Madrid stattfand, als Überleitung zu einer Darstellung der spanischen Ausländerpolitik, die letztlich mehr als die Hälfte des Berichts einnahm (SZ 12.12.1990:7).

907 Ebd.

908 FAZ 20.11.1990:7.

909 FAZ 29.11.1990:3b.

#### 4. Die zweite Phase der Verhandlungen

sich in der öffentlichen Debatte also durchaus wieder, wurden jedoch nicht als ein wichtiger Indikator für die weitere Entwicklung der europäischen Integration angesehen. Auch die FAZ, die sonst regelmäßig den deutschen Föderalismus als Modell für die Politische Union empfahl, stand Forderungen nach einem europäischen Bundesstaat skeptisch gegenüber, wenn diese von Seiten der europäischen Parteien erhoben wurden. Die eigentlich relevanten Entscheidungen fielen für die deutschen Zeitungen eindeutig im Europäischen Rat – und deshalb waren es auch die nationalen Regierungen, speziell die deutsche Bundesregierung, deren Positionen in der Berichterstattung den größten Raum einnahmen. Die Forderungen der Parteien hingegen gewannen für die deutschen Zeitungen erst dann tatsächliche Bedeutung, wenn auch die Staats- und Regierungschefs sie übernahmen: So erklärte etwa ein SZ-Bericht erst nach dem zweiten Gipfel von Rom im Dezember 1990, dass der Europäische Rat nun „die jüngsten Forderungen des Europäischen Parlaments zur Stärkung der demokratischen Legitimität berücksichtigt sehen“ wolle.<sup>910</sup>

#### *„Anderen Vorstellungen überlegen“: Forderung nach Durchsetzung deutscher Positionen zur Politischen Union*

Das höhere Interesse, auf das die geplante Vertragsreform in den deutschen Medien ab Oktober 1990 stieß, setzte sich auch beim nächsten Gipfeltreffen zwei Monate später weiter fort. Auch wenn die Schlagzeilen eher auf aktuelle außenpolitische Beschlüsse, speziell die EG-Finanzhilfen für die Sowjetunion verwiesen,<sup>911</sup> gaben sich beide Zeitungen inzwischen recht sicher, dass die in Rom eröffneten Regierungskonferenzen zu einem Ergebnis führen würden. Allerdings gingen die Journalisten offenbar davon aus, bei ihrem Publikum anderthalb Jahre nach der Vorstellung des Delorsplans nahezu kein Vorwissen über die Vertragsreform voraussetzen zu können. Dies wurde besonders in einigen Artikeln deutlich, in denen noch einmal sehr grundsätzliche Aspekte der Verhandlungen erläutert

---

910 SZ 17.12.1990:1.

911 „EG zögert mit Hilfe für die Sowjetunion“ (FAZ 05.12.1990:6), „Die Europäische Gemeinschaft greift Gorbatschow mit einer Milliardenhilfe unter die Arme“ (FAZ 15.12.1990:1–2, „Europäische Gemeinschaft einigt sich auf Nahrungsmittelhilfe für die Sowjetunion“ (SZ 15.12.1990:1). Allgemein stand der zweite Gipfel von Rom in den deutschen Medien etwas im Schatten anderer politischer Großthemen, speziell der Bundestagswahl am 2. Dezember, der Golfkrise sowie der Debatte über einen neuen Unionsvertrag der UdSSR.

wurden. So rekapitulierte etwa ein Leitkommentar in der SZ in sehr allgemeiner Form die Hintergründe, die den Europäischen Rat überhaupt zu den beiden Regierungskonferenzen motiviert hatten.<sup>912</sup> Zahlreiche Berichte wiesen zudem Ungenauigkeiten auf, die vermuten lassen, dass auch in den Redaktionen einige Unsicherheiten über den genauen Inhalt und Verlauf der Gespräche bestanden.<sup>913</sup>

Die grundsätzliche Bewertung der Verhandlungen änderte sich indessen nicht. Vor allem die FAZ verteidigte weiterhin den deutschen Föderalismus als besten Orientierungsrahmen für die EG-Reform und druckte etwa einen Vortrag des Politikwissenschaftlers Peter Graf Kielmansegg ab, dem zufolge die meisten EG-Staaten zentralistisch aufgebaut seien und deshalb Schwierigkeiten hätten, „sich eine funktionierende föderalistische Ordnung auch nur vorzustellen“. Dagegen hätten die „Deutschen [...] in dieser Sache einen Erfahrungsvorsprung und deshalb auch eine besondere Verantwortung“.<sup>914</sup> Aber auch in der SZ erschien beispielsweise eine Kurzmeldung über eine europapolitische Erklärung, in der sich das Zentralkomitee der deutschen Katholiken für den „Föderalismus als das beste Ordnungsprinzip für ein geeintes Europa“ aussprach.<sup>915</sup> Allerdings betonten beide Zeitungen auch, dass es sich bei der Politischen Union um ein „Pro-

---

912 SZ 17.12.1990:4.

913 Recht häufig waren zum Beispiel Namensverwechslungen: Der Europäische Rat wurde in der SZ mehrfach als „Rat“ oder „Rat der EG“ (SZ 08.12.1990:1, SZ 17.12.1990:1), einmal sogar als „Europarat“ bezeichnet (SZ 10.12.1990:9). Daneben fanden sich aber auch inhaltliche Ungenauigkeiten. So trug ein FAZ-Aufmacher über einen Textentwurf der Kommission für den neuen Vertrag die Überschrift „Vorstoß der Europäischen Kommission: Delors für Revision der Römischen Verträge“ – obwohl der Kommissionspräsident sich bereits seit April 1989 durchgängig für eine Vertragsreform ausgesprochen hatte (FAZ 14.12.1990:1–2). Ähnliche Fehler setzten sich auch in den folgenden Monaten fort. Noch kurz vor dem Gipfel von Maastricht erwartete die FAZ, dass dort nicht nur ein, sondern zwei neue Verträge unterzeichnet würden, nämlich je einer zur Währungs- und zur Politischen Union (FAZ 02.12.1991:1–2). In einem anderen Artikel hieß es, die Visumpolitik werde künftig in „Artikel 100 c des Vertrages über die Politische Union“ geregelt; gemeint war der geänderte EG-Vertrag (FAZ 12.12.1991:2d). An wieder anderer Stelle erklärte die FAZ, der Vertrag bestehe aus „einer Präambel und drei ‚Säulen‘“, wobei die Präambel „mit ‚Allgemeine Bestimmungen‘ überschrieben[...]“ sei – offenbar eine Verwechslung zwischen der eigentlichen Präambel und dem (in der amtlichen Fassung als „Gemeinsame Bestimmungen“ bezeichneten) Titel I des EU-Vertrags (FAZ 12.12.1991:3c).

914 FAZ 07.12.1990:13.

915 SZ 16.11.1990:6.

jekt ohne Vorbild“ handle,<sup>916</sup> für das kein „geschlossenes Gesamtkonzept“ existiere.<sup>917</sup>

Als Hauptgegner galt weiterhin die britische Regierung, wobei erwartet wurde, dass sich der neue Premierminister Major auf dem Gipfel nachgiebiger als seine Vorgängerin zeigen würde, um nicht isoliert zu erscheinen.<sup>918</sup> Vor allem die FAZ hob außerdem mehrfach hervor, dass Major persönlich „pragmatischer“ und „konstruktiver“ sei als Thatcher.<sup>919</sup> Neu war, dass nun – nach dem Aufstieg seines Namensgebers zum Premierminister – auch der Major-Plan in einzelnen Artikeln thematisiert wurde. Eine vertiefte Auseinandersetzung mit seinen Vor- und Nachteilen blieb jedoch weiterhin aus: So hieß es in der FAZ nur, dass der Plan kaum Erfolgchancen habe und die britische Regierung ihn wegen des Widerstands der Labour Party wohl auch aus wahltaktischen Gründen nicht weiterverfolgen werde.<sup>920</sup> Die SZ wiederum beschrieb den Plan lediglich als eine Übergangslösung zur vollständigen Währungsunion, nicht aber als grundsätzliche Alternative dazu, und betonte, Großbritannien lehne eine „EG-Einheitswährung nicht mehr strikt ab“.<sup>921</sup>

Als treibende Kraft der Reform erschien in den deutschen Medien weiterhin die Bundesregierung. So erklärte ein FAZ-Leitkommentar nach der Bundestagswahl am 2. Dezember 1990 den Erfolg der CDU/CSU auch mit den europapolitischen Leistungen Kohls:

Die Union ist vor einem Jahr dem Ruf der Geschichte gefolgt und hat die SPD weit hinter sich gelassen. Sie hat seither der großen Politik in Europa die Inspiration gegeben, ihre Richtung und ihr Tempo bestimmt. [...] Die europäische Einigung empfängt ihre motorische Energie vor allem aus Bonn. Das alles kann sich die Union als die führende Kraft im Staat zugute halten.<sup>922</sup>

Nach der Wahl fand besonders das gemeinsame Schreiben, mit dem Kohl und Mitterrand am 6. Dezember 1990 den Europäischen Rat als Hauptorgan der gemeinsamen Außenpolitik vorschlugen, große Aufmerksamkeit

---

916 So fast wortgleich die Überschrift für einen Kommentar in der SZ (SZ 14.12.1990:4) und für die Analyse Kielmanseggs in der FAZ (FAZ 07.12.1990:13).

917 FAZ 05.12.1990:6, sinngemäß auch FAZ 08.12.1990:1.

918 SZ 14.12.1990:2, SZ 15.12.1990:1, FAZ 15.12.1990:1–2.

919 Z. B. FAZ 13.12.1990:5f, FAZ 13.12.1990:16, FAZ 17.12.1990:2b.

920 FAZ 29.11.1990:3a, FAZ 06.12.1990:8, FAZ 13.12.1990:16.

921 SZ 17.12.1990:21.

922 FAZ 03.12.1990:1.

und wurde als entscheidende Weichenstellung für den Gipfel betrachtet.<sup>923</sup> Selbst in einem Artikel, der vordergründig den Kommissionsentwurf vom 13. Dezember zum Thema hatte, befasste sich die FAZ weit ausführlicher mit dem deutsch-französischen Vorschlag, von dem sie „deutliche Impulse“ für die „seit Monaten nur schleppend vorangekommene Diskussion“ erwartete.<sup>924</sup>

Gleichzeitig setzten die deutschen Zeitungen allerdings auch die bereits im Oktober erkennbare Tendenz fort, die unterschiedlichen Interessen zwischen Deutschland und Frankreich hervorzuheben. Im Zusammenhang mit der Politischen Union ging es dabei unter anderem um die Frage, ob sich die europäische Sicherheitspolitik eher auf die NATO (so Deutschland) oder auf die WEU (so Frankreich) stützen solle. Als wichtigster Konfliktpunkt allerdings galt das Gleichgewicht zwischen den europäischen Institutionen: Während Deutschland vor allem das Europäische Parlament stärken wolle, setze Frankreich auf den Europäischen Rat.<sup>925</sup>

Sowohl SZ als auch FAZ befürworteten dabei klar die ‚deutsche‘ Position und kritisierten, dass diese in dem gemeinsamen Schreiben nicht hinreichend zum Tragen komme. Zudem brachten beide Zeitungen die Uneinigkeiten über die institutionelle Reform nun noch deutlicher als zuvor in Zusammenhang mit der in Deutschland unbeliebten Währungsunion. So erinnerte die SZ ausdrücklich an das 1989 von Kohl formulierte Junktim, dem zufolge die Währungsunion nur bei einer gleichzeitigen Stärkung des Europäischen Parlaments akzeptabel sei.<sup>926</sup> Die FAZ wiederum zitierte den CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden Alfred Dregger, der den Zusammenhang zwischen Währungs- und Politischer Union fast bis zur Beliebigkeit weitertrieb: Die „Preisgabe der Souveränität über die Währung“, so Dregger, lasse sich „nur dann verantworten“, wenn es zugleich zu einer „Europäischen Sicherheitsunion“ mit einem wechselseitigen militärischen Beistandspakt komme.<sup>927</sup>

Die Unterstützung der übrigen EG-Mitglieder für die deutsche Einheit wurde hingegen wie schon im Oktober überhaupt nicht mehr als Bestandteil der Verhandlungen erwähnt. Stattdessen erklärte die SZ nun, dass

923 SZ 08.12.1990:1, SZ 14.12.1990:2, SZ 14.12.1990:4, FAZ 10.12.1990:3.

924 FAZ 14.12.1990:1–2.

925 Z. B. SZ 14.12.1990:4, SZ 14.12.1990:2, FAZ 13.12.1990:5a.

926 SZ 14.12.1990:2, SZ 17.12.1990:4.

927 FAZ 14.12.1990:2a. Dabei ging die FAZ nicht darauf ein, dass Dreggers Forderung nach einer rein europäischen „Sicherheitsunion“ eigentlich eher der französischen Position einer Aufwertung der WEU als der deutschen NATO-Strategie entsprach.

Deutschland „mit dem Verzicht auf eine eigene Stabilitätspolitik und Währung“ bislang „das größte Opfer“ von allen Mitgliedstaaten gebracht habe.<sup>928</sup> Ganz ähnlich argumentierte auch die FAZ, die den Topos eines Opfers der nationalen Währung zudem mit einem harschen Angriff auf die französische Regierung verband:

Kohl opfert die D-Mark und erhält von Frankreich nur politisches Kleingeld. [...] Man hat den Eindruck, die „Grande Nation“ sichere sich rechtzeitig ihre Machtposition vor der Jahrtausendwende und versuche, die Deutschen klein zu halten. Ist das Währungspolitik unter Freunden?<sup>929</sup>

Während sich die beiden deutschen Zeitungen in ihrer Kritik an Mitterrand und dem „eigenwilligen Präsidialstaat Frankreich“<sup>930</sup> also weitgehend einig waren, zeigten sie bei der Bewertung Helmut Kohls gewisse Unterschiede. In dem gemeinsamen Schreiben vom 6. Dezember hatte sich Kohl ja ebenfalls für eine Stärkung des Europäischen Rats ausgesprochen und war damit in einer wichtigen Frage der institutionellen Reform auf die französische Position eingeschwenkt. Die SZ formulierte dazu, dass Deutschland und Frankreich in dem Memorandum „einen gemeinsamen Nenner für ihre unterschiedlichen Vorstellungen gefunden“ hätten, und betonte damit die Mitverantwortung Kohls für den Kompromiss.<sup>931</sup> Zudem berichtete die Zeitung in mehreren Artikeln über die Kritik, die die niederländische Regierung an der deutsch-französischen Position übte. Ein Kommentar hob hervor, die kleineren Mitgliedstaaten, die „gehofft hatten, Deutschland werde sich zum Vorreiter der Demokratie [...] machen“, fühlten sich nun „von Bundeskanzler Kohl verraten“.<sup>932</sup>

Die FAZ hingegen schrieb durchgehend positiv über die Bundesregierung, die der „Motor der europäischen Integration“ sei<sup>933</sup> und „mit Maß ihr neues Gewicht in die Waagschale“ werfe.<sup>934</sup> Auch wenn Kohl einen

---

928 SZ 14.12.1990:2.

929 FAZ 14.12.1990:17.

930 SZ 17.12.1990:4.

931 Im Einzelnen zog die SZ eine Verbindung zu der anderen wichtigen deutsch-französischen Uneinigkeit im Kontext der Politischen Union, nämlich der Rolle von WEU und NATO: In dem gemeinsamen Vorschlag habe Deutschland die Vorrangstellung der NATO in der künftigen europäischen Sicherheitsarchitektur, Frankreich hingegen die Aufwertung des Europäischen Rates durchgesetzt (SZ 14.12.1990:2, ähnlich SZ 14.12.1990:4).

932 SZ 14.12.1990:4, vgl. auch SZ 10.12.1990:9, SZ 14.12.1990:8, SZ 17.12.1990:4.

933 FAZ 13.12.1990:5g.

934 FAZ 15.12.1990:3.



„Kompromiß mit Frankreichs Wunsch nach Stärkung der Exekutive“ habe in Kauf nehmen müssen,<sup>935</sup> stellte die Zeitung nicht in Frage, dass er sich eigentlich weiterhin für eine Aufwertung des Parlaments einsetze. In einer Überblicksdarstellung über die nationalen Positionen in den Verhandlungen bezeichnete die FAZ dieses Ziel als „zentrale Forderung“ Deutschlands;<sup>936</sup> an anderer Stelle zitierte sie Kanzleramtsminister Lutz Stavenhagen, dem zufolge die Regierung bis zur Europawahl 1994 einen „qualitativen Sprung bei den Befugnissen des gemeinsamen Parlamentes“ erreichen wolle und die gemeinsamen deutsch-französischen Vorschläge „nur einen ‚Einstieg‘ einleiten könnten“.<sup>937</sup> Und obwohl die niederländische Regierung unter Ruud Lubbers auch in der FAZ als wichtiger Unterstützer des Europäischen Parlaments galt,<sup>938</sup> wurde ihre Kritik an Kohl und Mitterrand hier zunächst nur sehr knapp thematisiert<sup>939</sup> und schließlich in ein klar negatives Licht gestellt: Lubbers’ „Aufstand“ gegen die großen Zwei“, über den „in Rom viel gerätselt worden“ sei, werfe die Frage auf, ob der niederländische Ministerpräsident „jetzt die Rolle, die bisher Frau Thatcher spielte“, übernehmen wolle.<sup>940</sup> Dass die Regierung eines anderen Mitgliedstaates in Sachen europäischer Demokratie tatsächlich weitergehende Forderungen vertreten könnte als die deutsche Bundesregierung, wurde im Diskurs der FAZ nicht in Betracht gezogen. Stattdessen dominierte wieder einmal ein an diplomatischen Kräfteverhältnissen orientiertes Deutungsmuster, das die Positionen der übrigen Regierungen vor allem nach dem Grad ihrer Zustimmung oder Gegnerschaft zur Linie der eigenen Regierung bewertete.

Trotz dieser Verstimmungen im Vorfeld war die Berichterstattung nach dem Gipfel von Rom im Dezember 1990 sehr positiv geprägt. In beiden Zeitungen fanden sich mehrere Zitate, in denen Kohl und andere Mitglieder des Europäischen Rates die Ergebnisse lobten. So erklärte die SZ, die Einberufung der Regierungskonferenzen sei ein „neuer, von manchen als ‚historisch‘ bezeichneter Abschnitt in der europäischen Einigung“, den Kohl als „bahnbrechend“ und der italienische Ministerpräsident Giulio

---

935 FAZ 13.12.1990:5a, ähnlich auch FAZ 10.12.1990:3. Außer der französischen galt die britische Regierung als Hauptgegner einer Stärkung des Parlaments (z. B. FAZ 05.12.1990:6).

936 FAZ 13.12.1990:5a.

937 FAZ 13.12.1990:4.

938 FAZ 13.12.1990:5c.

939 FAZ 14.12.1990:1–2.

940 FAZ 17.12.1990:12b.

Andreotti als „Ende des ‚Europessimismus‘“ ansehe.<sup>941</sup> Die FAZ sah das Treffen als einen Erfolg, der vor allem der Einbindung Majors durch die italienische und deutsche Regierung zu verdanken sei,<sup>942</sup> und zitierte Kohl und Delors, die von einem „historischen Augenblick“ bzw. einem „Treffen mit der Geschichte“ sprachen.<sup>943</sup> Lediglich ein FAZ-Leitkommentar trübte die allgemein positive Darstellung und kritisierte noch einmal, dass die jüngsten Vorschläge „Züge der französischen Präsidentschaftsdemokratie“ trügen. Während der nun folgenden Regierungskonferenzen, so forderte er deshalb zum wiederholten Male,

sollten sich die Deutschen nicht ängstlich hinter den französischen Freunden verstecken. Denn sie haben mit ihrem Föderalismus ein Modell anzubieten, das anderen Vorstellungen überlegen ist.<sup>944</sup>

Insgesamt lässt sich also für die zweite Phase der Verhandlungen, in der zwischen Ende 1989 und Ende 1990 die politischen Vorentscheidungen für den Vertrag von Maastricht fielen, eine klare Veränderung in der deutschen Debatte feststellen. Bis zur Jahresmitte blieben die europäischen Reformpläne in der öffentlichen Wahrnehmung deutlich hinter den Gesprächen über die deutsche Wiedervereinigung zurück: Dass die Bundesregierung sich für eine Vertragsänderung einsetzte, erschien lediglich als ein europapolitisches Mittel zu einem deutschlandpolitischen Zweck. Nach der Verwirklichung der nationalen Einheit spielten derartige Argumentationsformen hingegen keinerlei Rolle mehr; die Vertragsreform galt nunmehr als ein Zweck an sich. Dennoch dominierte weiterhin ein zwischenstaatliches Deutungsmuster der Verhandlungen, die vor allem als ein Ausgleich zwischen den unterschiedlichen nationalen Interessen der Mitgliedstaaten, vor allem Deutschlands und Frankreichs, verstanden wurden. Sowohl SZ als auch FAZ unterstützten dabei die als ‚deutsch‘ verstandene Position und forderten, dass sich die übrigen Staaten stärker auf Deutschland zube-

---

941 SZ 17.12.1990:1.

942 FAZ 17.12.1990:2b.

943 FAZ 17.12.1990:1–2. Delors’ kurz nach dem Gipfel ausgesprochene Warnung vor einer politischen Krise, falls Großbritannien weiter auf dem Hard-ECU-Plan bestehen sollte, wurde in den deutschen Zeitungen hingegen nicht wiedergegeben.

944 FAZ 17.12.1990:1. Zudem griff der Leitartikel auch auf den alten Topos zurück, dass die Vertragsreform nicht überstürzt erfolgen dürfe: „Hastig kann dies alles nicht ins Werk gesetzt werden. Zwanzig Jahre werde es dauern, bis das neue Europa laufen lerne, meinte Kommissionspräsident Delors. Wenn es etwas länger dauern sollte, wäre das auch nicht schlimm.“

wegen sollten. Unterschiede zeigten sich nur insofern, als die regierungsfreundliche FAZ durchgängig die Verhandlungsstrategie der Bundesregierung unterstützte, während die SZ stärker die mit Frankreich eingegangenen Kompromisse kritisierte. Supranationale Akteure wie die europäischen Parteien wurden hingegen deutlich seltener thematisiert und in ihren Zielvorstellungen weniger ernst genommen. Auch die Forderung nach einer Stärkung des Europäischen Parlaments im Rahmen einer föderalistischen EU wurde von beiden deutschen Zeitungen zwar nachdrücklich befürwortet. Sie war jedoch nicht etwa mit einer Debatte über die mögliche Ausgestaltung einer gesamteuropäischen Demokratie verbunden, sondern erschien stets nur als ‚deutsche‘ Position, die es gegenüber der französischen Regierung durchzusetzen gelte.

#### 4.1.2 Die Debatte über die nationale Europapolitik

„Völlig gegensätzlich“? *Großer nationaler Konsens in der Europapolitik*

Die große Zustimmung, auf die die Verhandlungspositionen der Bundesregierung in den deutschen Medien stießen, führte dazu, dass auch in der zweiten Phase der Verhandlungen Kontroversen über die nationale Europapolitik in Deutschland fast vollständig ausblieben. Generell spielten in der Berichterstattung zur Europapolitik andere nationale Akteure als die Regierung nur eine sehr geringe Rolle. So ging die *Süddeutsche Zeitung* nach der Vorstellung des Delorsplans im April 1989 zunächst überhaupt nicht auf die Reaktionen im Inland ein, während die FAZ lediglich die wohlwollende Haltung der Regierung wiedergab.<sup>945</sup> Nach dem Gipfel von Madrid im Juni 1989 berichtete die FAZ dann über Reaktionen sowohl aus den Regierungsparteien als auch aus der SPD, allerdings ohne dass dabei klare Gegensätze deutlich wurden.<sup>946</sup> Vor dem Gipfel von Straßburg im Dezember fand sich in der Zeitung dann erstmals ein kurzer Artikel mit Kritik von Seiten der SPD, die eine sofortige Einberufung der Regierungskonferenz zur Währungsunion verlangte und Kohl vorwarf, mit sei-

945 FAZ 18.04.1989:13. Am Folgetag erschienen noch zwei weitere, recht kurze Artikel über die eher skeptischen Reaktionen des Wirtschaftsforschungsinstituts Ifo und des Bundesbankpräsidenten Karl Otto Pöhl (FAZ 19.04.1989:17a, FAZ 19.04.1989:17b).

946 FAZ 29.06.1989:1b. Die SPD-Vertreterin Wieczorek-Zeul wurde zudem gar nicht mit einer Äußerung zur Währungsunion zitiert, sondern nur zu der ebenfalls auf dem Gipfel verhandelten EG-Sozialcharta.

ner Forderung nach einer Stärkung des Europäischen Parlaments lediglich die Verhandlungen zu verschleppen.<sup>947</sup> Nach dem Gipfel wurden jedoch erneut nur die Reaktionen aus der Regierungskoalition thematisiert.<sup>948</sup> Die SZ schließlich erwähnte lediglich knapp am Ende eines längeren Artikels, dass Regierungsparteien und SPD auf die deutschlandpolitischen Beschlüsse in Straßburg einhellig positiv reagiert hätten.<sup>949</sup>

Erst im April 1990 konstatierte die SZ gewisse Differenzen zwischen Regierung und Opposition bei der Bewertung des ersten Gipfels von Dublin: Während die CDU/CSU-Bundestagsfraktion ihn als „Meilenstein auf dem Weg zur staatlichen Einheit Deutschlands und zur politischen Union Europas“ sehe, sei die SPD enttäuscht darüber, dass nicht sofort eine Regierungskonferenz zur Politischen Union einberufen worden war. Bemerkenswerterweise bezeichnete die SZ diese Positionen als „völlig gegensätzlich“ – was ein Indikator dafür sein kann, wie viel europapolitischen Konsens unter den nationalen politischen Akteuren die Zeitung üblicherweise erwartete.<sup>950</sup>

In den folgenden Monaten war die deutsche Opposition in der Debatte über die Vertragsreform wiederum fast vollständig abwesend. Auch im Bundestagswahlkampf spielten Kontroversen über die Europapolitik keine Rolle.<sup>951</sup> Nach dem Gipfel von Rom im Dezember 1990 erklärte die SZ lediglich in einer Agenturmeldung, dass die SPD die Eröffnung der Regierungskonferenzen begrüßt, andere Beschlüsse des Gipfels jedoch als unzu-

---

947 FAZ 08.12.1989:5b.

948 FAZ 12.12.1989:5.

949 SZ 11.12.1989:1. Außerdem erschien in der SZ einige Tage nach dem Gipfel ein Interview mit dem ehemaligen SPD-Vorsitzenden Willy Brandt, in dem dieser Margaret Thatcher für ihre Vorbehalte gegenüber der Währungsunion kritisierte (SZ 14.12.1989:14).

950 SZ 30.04.1990:1. Auch diese Feststellung erschien jedoch lediglich in einem Absatz am Ende eines längeren Artikels und wurde von der Zeitung nicht weiter vertieft.

951 Der SPD-Kanzlerkandidat Oskar Lafontaine begründete seine Skepsis gegenüber der deutschen Wiedervereinigung zwar zuweilen durch ein Bekenntnis zu einem „Europa der Regionen“ (z. B. SZ 27.11.1990:3). Die Zeitungen griffen diese Gegenüberstellung jedoch kaum auf. Ein SZ-Leitkommentar am Vorabend der Wahl tat Lafontaines Äußerung, „daß er lieber an Europa und Europäer denke als an die Deutschen und ihr Vaterland“, als einen Kampf „gegen ein Gespenst von gestern“ ab, da Kohl die deutsche Einheit ohne „Hurra-Patriotismus und Nationalismus“ gelungen sei (SZ 01.12.1990:4). Zudem nannte SPD-Altkanzler Helmut Schmidt zwei Wochen vor der Bundestagswahl die Zustimmung der Bundesregierung zur Währungsunion sogar ausdrücklich als ein Beispiel für den „guten politischen Instinkt“ Kohls (FAZ 19.11.1990:5).

reichend kritisiert habe.<sup>952</sup> Europapolitische Positionen anderer deutscher Oppositionsparteien wurden hingegen weder in der FAZ noch in der SZ thematisiert.

Schärfer als SPD und Grüne profilierte sich eine andere politische Akteursgruppe: nämlich die Bundesländer, die Ende 1990 nicht nur eine Beteiligung an den EG-Regierungskonferenzen verlangten, sondern auch inhaltliche Forderungen zur Vertragsreform erhoben: etwa die Einrichtung eines ‚Regionalrats‘ (des späteren Ausschusses der Regionen) oder eine Umformulierung des Subsidiaritätsprinzips.<sup>953</sup> Der nordrhein-westfälische Staatskanzlei-Chef Wolfgang Clement, der zusammen mit drei weiteren Vertretern der Bundesländer auf dem Gipfel in Rom anwesend war, deutete dabei sogar an, „daß die Länder ohne wirkliche Mitsprache den Verhandlungsergebnissen im Bundesrat nicht zustimmen könnten“, und drohte so indirekt mit einem Veto gegen die Vertragsreform.<sup>954</sup>

Eine größere Auseinandersetzung entstand jedoch auch hieraus nicht, da weder die Bundesregierung noch irgendein anderer Akteur den Positionen der Länder öffentlich widersprach. Insgesamt blieb die Europapolitik in Deutschland damit während der gesamten zweiten Verhandlungsphase ein unkontroverses Feld, in dem die Positionen der Bundesregierung nicht ernstlich herausgefordert wurden.

## 4.2 Frankreich

### 4.2.1 Die Debatte über die europäischen Verhandlungen

*„Mitterrand convoque l'Europe“: Der Gipfel von Straßburg als diplomatischer Erfolg Frankreichs*

In den französischen Medien hatte schon in der Berichterstattung über den Gipfel von Madrid im Juni 1989 deutlich eine mitgliedstaatlich-außenpolitische Perspektive vorgeherrscht. Dass Frankreich in der zweiten Jahreshälfte die Präsidentschaft im Europäischen Rat übernahm, begünstigte den Fokus auf Mitterrand und die eigene nationale Regierung noch wei-

952 SZ 17.12.1990:6.

953 SZ 26.10.1990:10b, FAZ 28.11.1990:6.

954 FAZ 17.12.1990:2a. Zugleich hob Clement allerdings auch hervor, es gehe den Ländern „nicht darum, die Politische Union aufzuhalten“, sondern nur „ein regionales Gegengewicht zu den europäischen Zentralinstanzen zu schaffen“.

ter. Das eigentlich dominante Thema waren Ende des Jahres jedoch die Entwicklungen in Osteuropa, die sehr schnell auch mit der Forderung nach einer EG-Vertragsreform in Verbindung gebracht wurden. So sprachen beide Zeitungen schon wenige Tage nach dem Fall der Berliner Mauer am 9. November wortgleich von der Notwendigkeit eines „nouvel ordre européen“.<sup>955</sup> Am 12. November zitierte *Le Monde* ausführlich aus einer Stellungnahme Mitterrands, der die Umbrüche in Osteuropa mit den Verhandlungen über eine europäische Währungsunion in Zusammenhang brachte.<sup>956</sup> Zwei Tage später entwarf ein Gastkommentar des Historikers Joseph Rovin die Vision einer „Allemagne libre dans l'Europe unie“ und forderte dafür auch von den Franzosen eine größere Integrationsbereitschaft:

Le problème [...] de l'unification des Allemands dans un seul Etat national ne se passera pas si l'union européenne est rapidement investie des pouvoirs essentiels (politique extérieure, monnaie, défense), mais les Français ne pourront pas indéfiniment refuser à la fois l'union européenne dotée d'attributs majeurs de souveraineté et la reconstitution d'un Etat national allemand souverain.<sup>957</sup>

Umgekehrt warnte *Le Figaro* in zahlreichen Artikeln, dass eine zunehmende Ostorientierung der Bundesregierung das deutsche Interesse an einer europäischen Währungsunion vermindern könnte.<sup>958</sup> Zudem erschienen hier auch einige Leserbriefe, die vor einer Vormachtstellung Deutschlands warnten oder gar durch die mögliche Wiedervereinigung den Frieden in Europa gefährdet sahen.<sup>959</sup> Dieser Diskurs blieb jedoch weitgehend auf die Leserbriefspalten beschränkt und wurde in anderen Kommentaren allenfalls angedeutet.<sup>960</sup> Als das eigentlich zentrale Thema galten in beiden Zeitungen die deutsch-französischen Beziehungen – teils in der Hoffnung, dass eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen den beiden Ländern eine Lösung für die unsichere politische Lage in Europa bieten würde, teils aus Sorge, dass die Entwicklungen in Deutschland den Erfolg der französischen Ratspräsidentschaft gefährden könnten.

---

955 LM 12.11.1989:1, LF 18.11.1989:1.

956 LM 12.11.1989:5, auch LM 12.11.1989:1.

957 LM 14.11.1989:2.

958 LF 13.11.1989:9, LF 13.11.1989:12a, LF 13.11.1989:12b, relativierend LF 14.11.1989:1a.

959 Z. B. LF 20.11.1989:2, LF 24.11.1989:2a, LF 29.11.1989:2.

960 Z. B. LF 14.11.1989:2, LF 24.11.1989:2b.

Auch dem kurzfristig anberaumten Treffen des Europäischen Rates, das am 18. November in Paris stattfand, schenkten die französischen Medien große Aufmerksamkeit. Beide Zeitungen hoben die aktive Rolle Mitterrands hervor, der sich für eine koordinierte Reaktion der EG auf die Ereignisse in Osteuropa und der DDR einsetze. Dies wurde besonders in mehreren Schlagzeilen deutlich, die den Staatspräsidenten in prominenter Form als Akteur benannten, etwa „M. Mitterrand organise à l’Elysée un ‚dîner des Douze‘“ oder „RDA: Mitterrand convoque l’Europe“.<sup>961</sup> Zugleich betonte vor allem *Le Monde* auch, dass das Treffen dazu dienen sollte, den Anfang Dezember anstehenden Gipfel von Straßburg vor einer Überladung mit aktuellen Themen zu bewahren, die das französische Ziel der Währungsunion in den Hintergrund drängen könnten.<sup>962</sup> Mehrere Artikel verwiesen in diesem Zusammenhang auf Margaret Thatcher, die die Entwicklungen zum Vorwand nutzen wolle, um weitergehende Integrationsprojekte im EG-Rahmen zu bremsen und stattdessen die Idee einer großen, auch den Osten Europas einschließenden Freihandelszone voranzutreiben.<sup>963</sup>

In dieser Debatte über Vertiefung und Erweiterung zeigten sich zum ersten Mal auch größere Divergenzen zwischen den beiden französischen Zeitungen: Während die regierungsnaher *Le Monde* Thatchers Haltung weiterhin klar ablehnte und wiederholt die Isolation Großbritanniens unterstrich,<sup>964</sup> stieß sie im gaullistisch-konservativen *Figaro* vereinzelt durchaus auf Zustimmung: Ein Kommentar forderte, einen „libre-échange élargi à des nouveaux horizons“ als mögliche Alternative zur Vertiefung der EG wenigstens zu bedenken.<sup>965</sup> Ein anderer erklärte die allzu technokratische Gemeinschaft rundheraus für „morte“ und sprach sich stattdessen für ein neues „Europe des cultures nationales“ aus.<sup>966</sup>

Allerdings wurde Thatcher in diesen Kommentaren jeweils nur am Rande erwähnt; in anderen Beiträgen, die ebenfalls die Vertiefung der EG einer raschen Osterweiterung unterordnen wollten, kam sie überhaupt

---

961 LM 15.11.1989:1, LF 14.11.1989:1b.

962 LM 15.11.1989:4, ähnlich auch LF 18.11.1989:4b, LF 20.11.1989:3.

963 LM 14.11.1989:5, LM 21.11.1989:1, LF 18.11.1989:4a.

964 Schon Anfang November hatte die Zeitung über ein mögliches „Europe sociale à onze“ berichtet (LM 01.11.1989:1); später veröffentlichte sie einen langen Artikel über eine internationale Umfrage, der zufolge die Zustimmung zur europäischen Integration in Großbritannien deutlich niedriger war als Frankreich, Spanien und Deutschland (LM 19.11.1989:6).

965 LF 20.11.1989:1.

966 LF 16.11.1989:2.

nicht vor.<sup>967</sup> In beiden Zeitungen gab es zudem eine Reihe von Beiträgen, die gar keinen Widerspruch zwischen Vertiefung und Erweiterung sahen, sondern vielmehr die Vertragsreform als Chance beschrieben, um die Gemeinschaft als den „point fixe auquel pourrait s'accrocher le futur système européen“ zu etablieren.<sup>968</sup> Ende November veröffentlichte *Le Figaro* schließlich eine internationale Umfrage, in der sich eine klare Mehrheit der Franzosen dafür aussprach, zunächst eine Politische Union in der EG zu verwirklichen, ehe eine Union zwischen den west- und osteuropäischen Staaten herbeigeführt würde.<sup>969</sup>

Kohls Zehn-Punkte-Plan vom 27. November 1989 führte noch einmal zu einer Verschärfung des Tonfalls. Beide französischen Zeitungen lehnten die vom Kanzler ins Auge genommene deutsche Einheit zwar nicht offen ab, begegneten ihr aber mit einiger Skepsis. *Le Monde* veröffentlichte beispielsweise einen Gastbeitrag von Édouard Balladur mit dem Titel „L'Europe sous la pression allemande“.<sup>970</sup> Ein *Figaro*-Kommentar sprach gar vom „prélude à une véritable réunification de l'ancien IIIe Reich“, ein anderer verwies auf „les raisons légitimes qu'ont les Français [...] d'être inquiets“.<sup>971</sup>

Die Frage, wie ein wiedervereinigtes Deutschland europäisch eingebunden werden könnte, rückte damit endgültig in den Mittelpunkt der französischen Europadebatte. Zahlreiche Kommentare präsentierten die Währungsunion als den entscheidenden Schritt.<sup>972</sup> Allerdings hoben die französischen Zeitungen dabei weniger die praktischen Auswirkungen einer

---

967 So etwa in einem Gastbeitrag von Alain Madelin, dem Vizevorsitzenden des rechtsliberalen Parti Républicain (LF 23.11.1989:2).

968 So LM 23.11.1989:2, ähnlich LF 18.11.1989:1, LF 27.11.1989:2, ohne explizite Erwähnung der Vertragsreform auch LF 17.11.1989:2.

969 LF 29.11.1989:10. In Westdeutschland fiel das Ergebnis zu derselben Frage umgekehrt, insgesamt aber knapper aus.

970 LM 01.12.1989:1.

971 LF 29.11.1989:1, LF 06.12.1989:2, ähnlich auch LF 08.12.1989:2. Auch die Ende November im *Figaro* veröffentlichte Umfrage zeigte eine gemischte Haltung der Franzosen zur deutschen Wiedervereinigung: So wurden die Thesen, dass die deutsche Wiedervereinigung die Politische Union der EG erschweren und die französische Position in Europa schwächen würde, jeweils von einer relativen Mehrheit der Befragten unterstützt. Zugleich wurde die Wiedervereinigung aber auch von einer relativen Mehrheit als Chance für den Frieden in Europa gesehen (LF 29.11.1989:10).

972 LM 18.11.1989:4, LM 07.12.1989:1, LM 08.12.1989:1, LF 20.11.1989:3. Zudem berichtete *Le Monde* prominent über eine Debatte mit Valéry Giscard d'Estaing und Helmut Schmidt, in der Giscard erklärte, Kohl müsse auf dem Gipfel seine Bereitschaft zur Währungsunion zeigen (LM 30.11.1989:3).



gemeinsamen Währung hervor, sondern beschrieben stattdessen die deutsche Einwilligung in die Vertragsreform als eine Art diplomatischen Loyalitatest, der die Absichten der Bundesregierung bei der Wiedervereinigung offenlegen würde. Auch ein Kommentar im *Figaro* sprach sich nun explizit gegen eine rasche EG-Erweiterung aus und bezeichnete stattdessen die Wahrungunion als besten Weg, um die „volonté commune d’inscrire la reunionification de l’Allemagne dans le cadre de la Communauté européenne“ zu verdeutlichen.<sup>973</sup>

Bezeichnenderweise wurde die Wahrungunion dabei nicht nur als vorteilhaft für die Gemeinschaft insgesamt, sondern vor allem auch als ein wichtiges Projekt der französischen Regierung dargestellt. Erneut hoben mehrere Berichte die Rolle Mitterrands als Ratsvorsitzender hervor, der trotz der britischen, deutschen und teilweise auch niederländischen Vorbehalte die Einberufung der Regierungskonferenz durchsetzen wollte.<sup>974</sup> *Le Figaro* hatte Mitte November in einem Artikel über die deutsche Position zum Straßburger Gipfel sogar von der „Union européenne proposée par M. Mitterrand“ gesprochen und dem französischen Staatspräsidenten damit implizit die Urheberschaft der Reformpläne zugeschrieben.<sup>975</sup> Zugleich betonten die Zeitungen jedoch auch, dass die Umsetzung der französischen Ziele von Kohls Einverständnis abhängig sei: Ohne die Unterstützung des Kanzlers, so *Le Monde*, sei deshalb nicht nur Frankreichs Beziehung zu seinem wichtigsten europäischen Partner, sondern Mitterrands Europapolitik insgesamt gefährdet.<sup>976</sup> Nachdem im April noch die grundsätzliche Zustimmung Kohls zum Delorsplan im Vordergrund gestanden hatte, thematisierten nun mehrere Kommentare seine wahltaktischen Bedenken gegen eine rasche Regierungskonferenz. Zugleich forderten sie, dass Kohl sich in Straßburg als „homme d’Etat“ erweisen und in den von Mitterrand gewünschten Zeitplan einwilligen solle – ein ungewöhnliches Beispiel für einen medialen Appell, der sich nicht an die eigene, sondern eine ausländische Regierung richtete.<sup>977</sup> Dass Kohl Anfang Dezember tatsächlich in eine Eröffnung der Konferenz vor Ende 1990 einwilligte, kom-

---

973 LF 08.12.1989:1.

974 Besonders deutlich LM 08.12.1989:2b.

975 LF 18.11.1989:4c.

976 LM 09.12.1989:1, LM 10.12.1989:1b.

977 LM 07.12.1989:1, LM 08.12.1989:1. Ein späterer Artikel präzisierte noch, dass „une partie des milieux économiques et bancaires, relayes par la CSU bavaroise et l’extrême droite“ in Deutschland gegen die Wahrungunion sei (LM 08.12.1989:2b). Zudem wurde verschiedentlich die Rolle der D-Mark als deutsches nationales Symbol sowie die deutsche Sorge, durch unzuverlässige Partner

mentierten beide französische Zeitungen letztlich aber wieder als einen Erfolg Mitterrands: Durch geschickte Diplomatie habe er eine Krise zwischen den beiden Ländern abgewendet und die französische Ratspräsidentschaft zu einem guten Ende geführt.<sup>978</sup>

Im Gegensatz zu der großen Aufmerksamkeit für Helmut Kohl wurde Margaret Thatcher und ihrer Verhandlungsposition im Vorfeld des Straßburger Gipfels nur wenig Bedeutung zugeschrieben. Deutungen entlang eines supranationalen Links-rechts-Gegensatzes zwischen Mitterrand und Thatcher fanden sich nur noch vereinzelt und in Bezug auf die umstrittene Sozialcharta, nicht auf die Währungsunion.<sup>979</sup> Stattdessen erklärten die französischen Zeitungen Thatchers Widerstände nun vor allem mit ihrem grundsätzlichen Unwillen gegen eine Übertragung politischer Macht an supranationale Institutionen.<sup>980</sup> Damit grenzten die französischen Zeitungen Thatchers Position auch von derjenigen der deutschen Regierung ab, die trotz Vorbehalten gegen die Währungsunion der wirtschaftlichen Integration grundsätzlich zustimme. Die britischen Gegenvorschläge zur Währungsunion spielten hingegen fast gar keine Rolle; der Lawson-Plan wurde vor dem Gipfel in keiner der beiden Zeitungen auch nur erwähnt. Thematisiert wurde lediglich die Frage, wie Frankreich und die übrigen EG-Staaten mit der Möglichkeit einer britischen Blockade umgehen sollten. Allerdings gingen beide Zeitungen davon aus, dass Thatcher in diesem Fall ohne Weiteres überstimmt werden könne. So erklärte *Le Figaro*, die in Straßburg diskutierten Vorschläge seien „de nature à recueillir l’agrément de onze États membres sur douze“,<sup>981</sup> und ein Kommentar in *Le Monde* schlug vor, Thatcher angesichts der Bedeutung der Währungsunion für das deutsch-französische Verhältnis einfach zu ignorieren: Ihre Haltung „à vrai dire, importe en l’occurrence assez peu“.<sup>982</sup>

---

währungspolitische Stabilität zu verlieren, angesprochen (ebd., LM 10.12.1989:1b).

978 LM 08.12.1989:1–2, LM 08.12.1989:2b, LF 08.12.1989:6c, weniger deutlich LF 08.12.1989:6b.

979 LM 08.12.1989:2a.

980 LM 08.12.1989:2b, LF 05.12.1989:3, LF 08.12.1989:6d.

981 LF 08.12.1989:6a, ähnlich LF 08.12.1989:6c.

982 LM 07.12.1989:1. Ein weiterer Leitartikel erklärte, Thatchers Weigerung habe nur einen „caractère théorique“, da sie keine „automarginalisation“ riskieren werde (LM 10.12.1989:1b). Zudem sei Thatcher auch wegen des US-Präsidenten George Bush unter Druck, der zu einer beschleunigten europäischen Integration aufgerufen hatte (LM 06.12.1989:3); und auch Helmut Schmidt wurde mit der Äußerung zitiert, man solle mit der Währungsunion nicht auf Großbritannien warten, das gegebenenfalls später beitreten werde (LM 30.11.1989:3). *Le Fi-*

Die Ergebnisse des Straßburger Gipfels schließlich wertete *Le Monde* als weitgehenden Erfolg der französischen Regierung, deren Bilanz während der Ratspräsidentschaft „très consistant“ gewesen sei.<sup>983</sup> Durch den Beschluss, Ende 1990 eine Regierungskonferenz einzuberufen, sei die EG „plus crédible“ geworden, da sie gezeigt habe „qu'elle entend se donner les moyens de ses ambitions: structurer autour d'elle une future grande Europe“.<sup>984</sup> Zudem habe auch Kohl durch seine Zustimmung „l'épreuve de vérité“ überstanden und damit die Krise in den deutsch-französischen Beziehungen beigelegt.<sup>985</sup> Kritischer äußerte sich hingegen *Le Figaro*: Auch hier wurde zwar ausführlich darüber berichtet, dass Mitterrand und Kohl bei der Währungsunion zu einer gemeinsamen Linie gefunden und diese gegen die britischen Widerstände durchgesetzt hätten.<sup>986</sup> Ebenso wie die deutschen Zeitungen deutete *Le Figaro* die gemeinsame Linie als einen Kompromiss, bei dem Kohl in die Währungsunion, Mitterrand hingegen in die deutsche Wiedervereinigung eingewilligt habe.<sup>987</sup> Ein Artikel verband diese Darstellung jedoch auch mit einer Kritik an der Kommunikationspolitik der französischen Regierung, die bei ihren öffentlichen Stellungnahmen zum Gipfel lediglich die Umsetzung ihrer eigenen Verhandlungsziele, nicht aber die damit verbundenen Zugeständnisse an Deutsch-

---

*garo* wiederum verwies auf den Druck, den der europafreundliche Flügel der Conservative Party auf Thatcher ausübe (LF 06.12.1989:6). Ähnliche Einschätzungen fanden sich auch nach dem Gipfel – unter anderem von Mitterrand, dem zufolge der britische „sens pratique“ Thatcher von einer Blockade abhalten werde (LM 12.12.1989:5, ähnlich LM 10.12.1989:3b).

983 LM 10.12.1989:1a.

984 Ebd. Obwohl auf dem Gipfel selbst nur der Eröffnungstermin der Konferenz festgelegt worden war, äußerte *Le Monde* bereits Vermutungen über den weiteren Zeitplan der Vertragsreform. Ein Artikel zitierte Mitterrand, der für das Inkrafttreten als „voeu optimiste“ Ende 1992, als „voeu, peut être plus réaliste“ Frühling 1994 nannte (LM 12.12.1989:5, ähnlich LM 10.12.1989:3b).

985 LM 10.12.1989:1a, ähnlich LM 10.12.1989:3b. Allerdings verwies *Le Monde* auch auf die zurückhaltende Reaktion in der konservativen deutschen Presse, speziell der FAZ. So seien „quelques commentateurs de droite“ unzufrieden damit, dass der Gipfel ein Bekenntnis zur Oder-Neiße-Linie gefordert habe, und die deutschen „milieux économiques et financiers“ hätten begrüßt, dass noch kein Endtermin für die Währungsunion festgelegt worden sei (LM 12.12.1989:6).

986 Vgl. LF 09.12.1989:2a, LF 09.12.1989:2b, LF 09.12.1989:2c.

987 Wiederholt zitierte *Le Figaro* dazu Mitterrand, der betonte, dass es nicht einmal „l'ombre d'un marchandage“ gegeben habe (LF 11.12.1989:6c, LF 11.12.1989:6b) – ganz ähnlich wie die *Süddeutsche Zeitung*, die ebenfalls in mehreren Artikeln hervorhob, dass die Beteiligten den von der Zeitung verwendeten Begriff „Kuhhandel“ ablehnten (SZ 11.12.1989:3, SZ 11.12.1989:4b, vgl. oben, Dritter Teil, Kapitel 4.1.1).

land thematisiert habe.<sup>988</sup> Ein Leitkommentar erklärte zudem, angesichts der schnellen Umbrüche in Osteuropa könne die von Kohl durchgesetzte Verschiebung der Regierungskonferenz bis Ende 1990 dazu führen, dass sich bis zu deren Eröffnung die politischen Bedingungen bereits vollkommen geändert hätten.<sup>989</sup>

Ein weiterer Kommentar bezweifelte schließlich, ob die Währungsunion tatsächlich noch „aussi important qu'on nous le dit“ sei. Angesichts der deutschen Wiedervereinigung, die womöglich zu einem NATO-Austritt Deutschlands führen könne, stelle sich viel dringender die Frage nach der künftigen Organisation des europäischen Verteidigungssystems – und nach der Rolle, die Frankreich darin spielen werde.<sup>990</sup> *Le Figaro* griff damit eine Problematik auf, die der gaullistische Oppositionspolitiker Édouard Balladur bereits einige Wochen zuvor in einem Gastbeitrag angesprochen hatte,<sup>991</sup> und setzte sie explizit in den Kontext der EG-Vertragsreform. In den folgenden Monaten sollte dieses Thema zu einem zentralen Aspekt in der französischen Debatte über die Verhandlungen werden.

„*Ne pas trop charger la barque*“: Skepsis gegenüber der institutionellen Reform

Anders als an der Währungsunion zeigten die französischen Medien an den Vorschlägen zur institutionellen Reform nur wenig Interesse. Insbesondere die Stärkung der demokratischen Legitimation der EG, die in Deutschland als Hauptmotiv der Politischen Union galt, spielte hier nur eine untergeordnete Rolle. So berichtete *Le Figaro* Mitte November zwar in einem Artikel, dass sich der ELDR für eine „Union fédérale européenne“ ausgesprochen habe; an konkreten Reformvorschlägen nannte die Zeitung dabei aber nur „un renforcement substantiel des prérogatives de la Commission et du Parlement de la Communauté“.<sup>992</sup> Etwas ausführlicher behandelt wurden die Vorschläge, die französische Politiker vorbrachten.

---

988 LF 11.12.1989:6c. Auch andere Artikel beschrieben Kohl als den eigentlichen Gewinner des Straßburger Gipfels, ohne damit notwendigerweise eine Kritik an Mitterrand zu verbinden (LF 11.12.1989:6a).

989 LF 11.12.1989:1.

990 LF 09.12.1989:1.

991 LF 18.11.1989:7. Weitere Kommentare im *Figaro* hatten das Argument Balladurs aufgegriffen (z. B. LF 24.11.1989:2b).

992 LF 16.11.1989:8. Nahezu die Hälfte des Berichts, der ein Klausurtreffen der liberalen Fraktion zum Anlass hatte, befasste sich ohnehin mit den Vorgängen in Osteuropa und der DDR, nicht mit der EG-Reform. Zudem stand im Mittel-

So sprach sich der französische Senatspräsident Alain Poher in einem Interview mit *Le Figaro* für einen „Sénat européen“ – eine zweite Kammer des Europäischen Parlaments, die sich aus Vertretern der nationalen Parlamente zusammensetzen sollte – aus,<sup>993</sup> was auch *Le Monde* in einem Bericht aufgriff.<sup>994</sup> Ein weiterer Artikel, den *Le Monde* über die Resolution des Europäischen Parlaments vom 23. November veröffentlichte, zitierte ebenfalls ausschließlich französische Akteure.<sup>995</sup>

Dass sich auch Helmut Kohl den Forderungen des Parlaments anschloss, spielte vor dem Gipfel hingegen kaum eine Rolle. Ein *Figaro*-Kommentar deutete dies lediglich als Verzögerungstaktik des Kanzlers und als „une nouvelle manifestation de mauvais vouloir de la RFA pour la création de cette ‚union économique et monétaire‘ qui tient tant au cœur de M. Mitterrand“.<sup>996</sup> *Le Monde* wiederum thematisierte Kohls Junktin erst in der Berichterstattung *nach* dem Gipfel und schränkte zudem gleich ein, dass die Regierungskonferenz darauf achten werde „à ne pas trop charger la barque“. In den Verhandlungen solle es zwar um eine „étape importante vers l’union politique“ gehen, aber „sans qu’il s’agisse pour autant, à ce stade, de tracer les contours de cette union politique“.<sup>997</sup> Auch der Vorschlag Jacques Delors’, parallel zu der Regierungskonferenz über die Währungsunion eine zweite Konferenz über die Politische Union abzuhalten, fand

---

punkt des Textes mit Fraktionschef Valéry Giscard d’Estaing bezeichnenderweise ein bekannter französischer Politiker, sodass sich der Artikel letztlich auch in die Debatte über den Zustand der deutsch-französischen Beziehungen einfügte.

993 LF 15.11.1989:8.

994 LM 21.11.1989:9. Anlass des Berichts war das erste Treffen der Konferenz der Europaausschüsse der nationalen Parlamente der EG (COSAC), das am 16./17. November stattfand. Sein Hauptthema war die Kritik am „déficit démocratique“ der EG, wobei *Le Monde* aber auch hervorhob, dass über die Lösungsvorschläge (Stärkung des Europäischen Parlaments oder „Sénat européen“) keine Einigkeit unter den COSAC-Delegierten bestehe.

995 LM 25.11.1989:12. Als Einzelforderungen des Parlaments nannte der Artikel das Mitentscheidungsverfahren, ein Mitspracherecht bei der Ernennung der Kommission sowie die Beteiligung an einer möglichen Regierungskonferenz zur Währungsunion. Außerdem wurden die Abgeordneten Valéry Giscard d’Estaing, Laurent Fabius und Maurice Duverger mit weitergehenden Vorschlägen sowie Jacques Delors und die französische Europaministerin Edith Cresson mit Reaktionen angeführt. Größere Aufmerksamkeit fanden in beiden Zeitungen allerdings ohnehin François Mitterrand und Helmut Kohl, die einen Tag zuvor im Europäischen Parlament aufgetreten waren, um über die Ergebnisse des Gipfels vom 18. November zu sprechen (LF 22.11.1989:4, LM 24.11.1989:4).

996 LF 08.12.1989:2.

997 LM 10.12.1989:3b.

sich im *Figaro* überhaupt nicht. *Le Monde* wiederum berichtete darüber erst mit einigen Tagen Verzögerung anlässlich einer Debatte im Europäischen Parlament, bei der Außenminister Roland Dumas die Abschlussbilanz der französischen Ratspräsidentschaft vorstellte – und verwies nun darauf, dass Mitterrand und Giscard d'Estaing zuvor bereits ähnliche Ideen geäußert hätten.<sup>998</sup>

Insgesamt folgten beide französischen Zeitungen also auch in Bezug auf die institutionelle Reform recht konsequent der Linie, den französischen Präsidenten als wichtigsten Akteur auf europäischer Ebene zu porträtieren und die französische europapolitische Agenda implizit mit dem gesamt-europäischen Interesse gleichzusetzen. In den Meinungstexten zeigten sich allerdings – ähnlich wie schon in der Debatte über Vertiefung oder Erweiterung der EG – gewisse Unterschiede zwischen der linksliberalen und integrationsfreundlichen *Le Monde* und dem konservativ-gaullistischen *Figaro*: So unterstützte *Le Monde* nicht nur nachdrücklich das Ziel der Währungsunion, sondern veröffentlichte auch einen Gastbeitrag des linksgerichteten Europaabgeordneten und Politikwissenschaftlers Maurice Duverger, der als Reaktion auf die Entwicklungen in Osteuropa eine „Europe plus large, plus démocratique, plus unie“ forderte, was sich vor allem in einer Stärkung des Europäischen Parlaments niederschlagen müsse.<sup>999</sup> *Le Figaro* hingegen äußerte sowohl vor als auch nach dem Gipfel von Straßburg in mehreren Kommentaren Skepsis gegenüber einem europäischen „super-Etat“.<sup>1000</sup> Ein Leitkommentar des Mitherausgebers Alain Peyrefitte argumentierte, dass die „fuite en avant vers la *supranationalité*“ keine adäquate Antwort auf den „réveil des *nationalités*“ in Osteuropa sein könne.<sup>1001</sup>

Dieser Topos einer Gegenüberstellung von westeuropäischer Integration und dem Zusammenbruch der Sowjetunion ging, wie oben beschrieben, auf Margaret Thatchers Brücke-Rede zurück und fand sich unter den hier untersuchten Zeitungen sonst nur in der *Times*. Dass Peyrefittes Beitrag im *Figaro* ihn explizit aufgriff, ist somit eines der wenigen deutlichen Beispiele für einen gemeinsamen, europäisch-weltanschaulich geprägten national-

---

998 LM 14.12.1989:8.

999 LM 23.11.1989:2. Dabei regte Duverger explizit an, dass das Parlament zur Durchsetzung seiner Demokratisierungsagenda notfalls eine institutionelle Krise herbeiführen sollte: „Les révolutions de l'Europe de l'Est rappellent opportunément que la liberté doit se conquérir quand elle n'est pas spontanément accordée.“

1000 LF 23.11.1989:2, LF 12.12.1989:2.

1001 LF 12.12.1989:1 (Hervorh. i. O.).

konservativen Deutungsrahmen. In der FAZ, der dritten hier untersuchten konservativen Zeitung, kam er allerdings nicht vor.

„*CEE de la défense*“: Außen- und Verteidigungspolitik als Kern der Politischen Union

Mit dem Ende der französischen EG-Ratspräsidentschaft ließ in den ersten Monaten des Jahres 1990 auch das Interesse der französischen Zeitungen an Europapolitik allgemein merklich nach. Soweit sie thematisiert wurde, standen nun außerdem nicht mehr Wirtschafts- und Währungsfragen, sondern vor allem der Zusammenbruch des Ostblocks im Vordergrund. So nannte Anfang Januar eine *Figaro*-Kurzmeldung über den Beginn der irischen EG-Ratspräsidentschaft als Prioritäten des irischen Premierministers Charles Haughey den Umgang mit Osteuropa sowie den Umweltschutz. Die Vertragsreform wurde hingegen nicht erwähnt.<sup>1002</sup>

Auch Mitterrand selbst sprach sich in seiner Neujahrsansprache wenige Wochen nach dem Gipfel von Straßburg für die Gründung einer neuen „confédération européenne“ aus, die außer den EG-Mitgliedstaaten auch die jungen osteuropäischen Demokratien umfassen sollte.<sup>1003</sup> Obwohl dieses Konzept sehr vage blieb,<sup>1004</sup> bot es wenigstens in der Theorie eine Antwort auf das zuvor in den französischen Medien diskutierte Dilemma zwischen Vertiefung und Erweiterung der EG. Folgte man Mitterrands Logik, so waren die beiden Ziele keine Alternativen, sondern eher zwei Seiten derselben Medaille. Entsprechend hob *Le Monde* in einer Analyse hervor, dass die Verhandlungen über die Währungsunion auch ein Mittel seien,

1002 LF 02.01.1990:3.

1003 LF 01.01.1990:1b, LM 02.01.1990:1. Beide Zeitungen druckten die Ansprache auch im Wortlaut ab (LF 01.01.1990:6, LM 02.01.1990:5).

1004 *Le Monde* brachte es mit Gorbatschows Formulierung einer „maison commune européenne“ sowie mit dem „processus d’Helsinki“, also der KSZE in Verbindung (LM 02.01.1990:1). In einem anderen Artikel zitierte *Le Monde* Jacques Delors, der das Konföderationskonzept mit den Gesprächen zwischen EG und EFTA über eine engere wirtschaftliche Zusammenarbeit assoziierte (LM 03.01.1990:4). In einem dritten Bericht hieß es, die französische Europaabgeordnete Simone Veil halte Mitterrands Vorschlag für unnötig, da es ja schon den Europarat gebe (LM 05.01.1990:7). Tatsächlich beschlossen die KSZE-Mitgliedstaaten Ende November 1990 in der Charta von Paris eine institutionelle Fortentwicklung der Organisation, die 1995 in die Umbenennung in OSZE mündete; die Gespräche zwischen EG und EFTA wiederum führten 1992 zur Gründung des Europäischen Wirtschaftsraums.

um die Integrationsdynamik der EG zu beweisen und dadurch ihre Vorreiterrolle bei der Neugestaltung des Kontinents insgesamt zu bekräftigen: „L’architecture de la future Europe dépendra pour une large part de l’aptitude des Douze à se mobiliser“.<sup>1005</sup> Auch *Le Figaro* erklärte in einem Leitkommentar, dass die EG den Osteuropäern als „phare“ dienen könne.<sup>1006</sup> Dass Helmut Kohl am 4. Januar nach einem Treffen mit Mitterrand ebenfalls der Idee einer gesamteuropäischen Konföderation zustimmte, nahmen beide Zeitungen zudem zum Anlass, um erneut die wiederhergestellten guten deutsch-französischen Beziehungen zu thematisieren.<sup>1007</sup>

Wie *Le Monde* hervorhob, verband Mitterrand mit dem Vorschlag einer europäischen Konföderation allerdings noch ein weiteres Ziel: die Überwindung der europäischen „dépendance“ envers les superpuissances“, insbesondere der verteidigungspolitischen Abhängigkeit von den USA im Rahmen der NATO.<sup>1008</sup> Tatsächlich rückte die Frage nach dem künftigen westeuropäischen Verteidigungssystem in den folgenden Monaten immer mehr ins Zentrum der französischen Debatte.<sup>1009</sup> Doch während der *Figaro*-Gastbeitrag, mit dem Édouard Balladur diese Diskussion im November 1989 angestoßen hatte, noch ein stärkeres transatlantisches Engagement Frankreichs gefordert hatte,<sup>1010</sup> ging es nun – in Übereinstimmung mit der Agenda der Regierung – vor allem um mehr europäische Eigenständigkeit. So stellten mehrere Artikel in *Le Monde* den amerikanisch dominierten Nordatlantikpakt als primäres sicherheitspolitisches Forum in Frage.<sup>1011</sup>

---

1005 LM 06.01.1990:3a. In einem ähnlichen Sinn zitierte *Le Monde* auch Jacques Delors (LM 03.01.1990:4) sowie Mitterrand und Kohl (LM 06.01.1990:3b). *Le Figaro* erwähnte in einem anderen Zusammenhang, dass Mitterrand für die nächsten Jahre eine EG-Erweiterung explizit ausschließe und als Priorität das „renforcement des structures des Douze“ sehe (LF 06.01.1990:6).

1006 LF 01.01.1990:1a.

1007 LF 05.01.1990:6, LM 06.01.1990:3b. Einige Wochen später nahm auch der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Johannes Rau in einem Gastbeitrag für *Le Monde* auf Mitterrands Vorschlag einer Konföderation Bezug, der die beste Möglichkeit zur Einbindung Deutschlands in Europa sei. Allerdings setzte Rau diesen Vorschlag unmittelbar mit einem „système fédéral“ der EG gleich, in dem nach deutschem Vorbild gleichermaßen die supranationalen Institutionen und die regionalen Gebietskörperschaften gestärkt werden sollten – was kaum etwas mit Mitterrands ursprünglichen Konzept zu tun hatte (LM 15.03.1990:2).

1008 LM 02.01.1990:1.

1009 Vgl. z. B. LM 11.04.1990:2a, LF 03.05.1990:2.

1010 LF 18.11.1989:7.

1011 LM 11.04.1990:2b, LM 21.04.1990:1, LM 28.04.1990:1–2.



und konfrontierten ihn mit der Idee einer rein europäischen „CEE de la défense“.<sup>1012</sup>

Auch Balladur selbst sprach sich in einem neuen *Figaro*-Kommentar dafür aus, im nächsten Schritt vor allem die Westeuropäische Union als „pilier européen“ der NATO zu stärken.<sup>1013</sup> Dass es dabei freilich nicht nur um europäische, sondern mindestens ebenso sehr um nationale Interessen ging, wurde an einem anderen *Figaro*-Kommentar deutlich: Ganz in der Tradition Charles de Gaulles beschrieb dieser ein geeintes und von USA und Sowjetunion unabhängiges Europa als die beste Möglichkeit, um den globalen Einfluss Frankreichs zu steigern. Nur wenn das Land „choisit de confondre pour l’essentiel sa diplomatie nationale et la politique étrangère de l’Europe unie“, könne es seine außenpolitische „position de leader“ zurückgewinnen.<sup>1014</sup>

Auch die Debatte über eine Politische Union der EG, die Anfang 1990 einsetzte, stand in Frankreich ganz im Zeichen der Außen- und Verteidigungspolitik. Hingegen wurde die Resolution des Europäischen Parlaments vom 14. März, die vor allem auf die institutionelle Reform abzielte, in *Le Monde* nur knapp als Neben aspekt in einem längeren Text über das Verhältnis zwischen den Abgeordneten und der Europäischen Kommission erwähnt.<sup>1015</sup> *Le Figaro* wiederum berichtete zwar ausführlich über die zeitgleich stattfindende Kontroverse über einen möglichen Umzug des Parlamentssitzes von Straßburg nach Brüssel.<sup>1016</sup> Die Forderungen des Par-

---

1012 So die Formulierung in einem unter Pseudonym erschienenen Gastkommentar eines „haut responsable de la défense“ (LM 11.04.1990:2b, ähnlich schon LM 10.04.1990:6). Daneben wurden in *Le Monde* auch bilaterale Kooperationsprogramme mit Deutschland (z. B. die deutsch-französische Brigade in LM 18.04.1990:2) und Großbritannien (LM 10.04.1990:6, LM 12.04.1990:5) diskutiert.

1013 LF 21.03.1990:2. Im Einzelnen schlug Balladur eine „Union européenne“ mit drei „cercles“ vor: erstens die Währungsunion im EG-Rahmen, zweitens die militärische Integration im Rahmen der WEU sowie drittens eine „coopération politique, diplomatique et culturelle“, die alle europäischen Unterzeichnerstaaten der KSZE-Schlussakte umfassen sollte und die Balladur mit dem Konzept einer europäischen „confédération“ gleichsetzte.

1014 LF 15.03.1990:2.

1015 LM 14.03.1990:10.

1016 LF 14.03.1990:8, LF 15.03.1990:1, LF 15.03.1990:6, LF 16.03.1990:12. Wenig überraschend wurde die Diskussion über den Sitz des Parlaments (die auch in späteren Monaten immer wieder breiten Raum in der europapolitischen Berichterstattung beider französischen Zeitungen einnahm) vor allem als Frage widerstreitender nationaler Interessen zwischen Frankreich und Belgien beschrieben.

#### 4. Die zweite Phase der Verhandlungen

laments nach zusätzlichen Kompetenzen waren für die Zeitung jedoch kein Thema – ebenso wenig wie das belgische Memorandum vom 20. März, das erst mit einem Monat Verspätung in einem Nebensatz Erwähnung fand.<sup>1017</sup> Größeres Interesse erregte lediglich die deutsch-französische Initiative vom 18. April, wobei auch hier besonders die verteidigungspolitischen Elemente hervorgehoben wurden: So zitierte *Le Monde* Mitterrand mit der Forderung, die Europäer sollten sich darauf vorbereiten „à jouer un rôle accru pour leur propre défense“,<sup>1018</sup> und ein *Figaro*-Leitkommentar hob die Chance hervor, nun den „indispensable ‚pilier européen‘ de la défense commune de la ‚famille atlantique‘“ aufzubauen und dadurch das „diktat américain“ zu überwinden.<sup>1019</sup>

#### „Resceller le couple franco-allemand“: Deutsch-französische Beziehungen als Hauptthema der Berichterstattung

Das Kohl/Mitterrand-Schreiben vom 18. April war zwar der erste Vorstoß zur Politischen Union, der auf einige Aufmerksamkeit stieß. Ähnlich wie die deutschen interessierten sich jedoch auch die französischen Zeitungen weniger für seine genauen Inhalte als vielmehr für seine Aussagekraft in Bezug auf das diplomatische Verhältnis zwischen den beiden Ländern. Noch Ende März hatte der frühere gaullistische Premierminister Michel Debré in einem dramatisch formulierten Gastbeitrag im *Figaro* gewarnt, durch die absehbare deutsche Wiedervereinigung sei die EG „vouée à la domination germanique“, sodass jegliche Vertiefung der Integration lediglich den „ambitions des milieux dirigeants de l’Allemagne“ in die Hände spiele.<sup>1020</sup> Solch scharfe Angriffe blieben allerdings eine Ausnahme, andere Kommentare betonten eher die Notwendigkeit guter nachbarschaftlicher Beziehungen.<sup>1021</sup> Dies war auch das zentrale Deutungsmuster für die gemeinsame Initiative zur Politischen Union, deren „objectif prioritaire“ es

---

1017 Konkret erwähnte *Le Figaro* in einem Artikel über das deutsch-französische Schreiben vom 18. April, dass auch andere Mitgliedstaaten wie Belgien und Italien bereits „initiatives ou [...] plaidoyers pour l’union européenne“ vorgebracht hätten, ging aber nicht auf deren Inhalt ein (LF 20.04.1990:4).

1018 LM 21.04.1990:1, vgl. auch LM 20.04.1990:1, LM 25.04.1990:4.

1019 LF 20.04.1990:1b, vgl. auch LF 30.04.1990:3b.

1020 LF 20.03.1990:2. Als Alternative forderte Debré eine stärkere Zuwendung nach Afrika sowie eine „France forte“, die durch eine intensivierte Industriepolitik entstehen sollte.

1021 So etwa LF 24.04.1990:1: „Quand le couple franco-allemand va, tout va.“

sei „de resceller le couple franco-allemand après les malentendus de l’hiver“.<sup>1022</sup> Eine ganze Reihe von fast wortgleichen Überschriften in beiden Zeitungen betonte die „cordialité retrouvée“, „entente retrouvée“ oder „harmonie retrouvée“ zwischen den beiden Regierungen.<sup>1023</sup> Anlässlich eines Treffens zwischen Kohl und Mitterrand kurz vor dem Dubliner Gipfel widmeten beide Zeitungen dem deutsch-französischen Verhältnis noch einmal ausführliche Themenseiten, die jeweils auf eine sehr optimistische Interpretation der bilateralen Beziehungen hinausliefen.<sup>1024</sup>

Dennoch waren sich beide französischen Zeitungen auch darin einig, dass eine endgültige Lösung der deutschen Frage noch ausstand. Vor allem *Le Monde* hielt eine intensiviertere europäische Integration für unverzichtbar, um einem Wiederaufleben des Nationalismus vorzubeugen. So analysierte ein Kommentar, Deutschland sei trotz der Aussicht auf die Wiedervereinigung „aussi peu romantique, aussi peu militariste“ wie nie zuvor, müsse wegen seiner Größe aber dennoch in ein „système de garanties et de contrepoids“ eingebunden werden. Europa stehe deshalb vor der Entscheidung zwischen einer „union continentale, qui [...] saurait prendre conscience à tous ses peuples de leur identité commune“ oder einer „balkanisation qui équivaldrait à un suicide collectif“.<sup>1025</sup>

Etwas kritischer gab sich *Le Figaro*. Auch hier fasste ein Artikel die Logik hinter den Verhandlungen zur Politischen Union kurz in dem Satz zusammen: „Pour que la réunification allemande ne déstabilise pas le Vieux Continent, la construction européenne doit être renforcée.“<sup>1026</sup> Ein anderer Beitrag verkündete nach dem Dubliner Gipfel, mit der „adhésion, en apparence complète, de la République fédérale aux projets plus ambitieux de l’union“ sei es gelungen, die „crise de la réunification allemande“ zu überwinden.<sup>1027</sup> Darüber hinaus fand sich jedoch immer wieder auch Skepsis, ob die deutschen und französischen Interessen tatsächlich so einfach auf

1022 So LF 28.04.1990:2b, ähnlich schon LF 20.04.1990:4, LF 20.04.1990:1a, LF 25.04.1990:1 sowie LM 26.04.1990:3c.

1023 LF 27.04.1990:3b, LF 30.04.1990:3c, LM 28.04.1990:2.

1024 LF 25.04.1990:25, LF 25.04.1990:2b, LF 25.04.1990:2a; LF 26.04.1990:3d, LF 26.04.1990:3b, LF 26.04.1990:3c, LF 26.04.1990:3e; LM 28.04.1990:2. Tatsächlich behandelte die Seite in *Le Monde* vor allem verschiedene multilaterale Verteidigungsprojekte, die nur vage mit einer deutsch-französischen Annäherung und dem Ziel der Politischen Union assoziiert wurden. Ebenfalls zum bilateralen Treffen: LF 27.04.1990:3b, LF 27.04.1990:3a.

1025 LM 28.04.1990:1–2, ähnlich auch LF 28.04.1990:2a.

1026 LF 28.04.1990:2b.

1027 LF 30.04.1990:3a, ähnlich auch LF 30.04.1990:3c.

#### 4. Die zweite Phase der Verhandlungen

einen gemeinsamen Nenner zu bringen seien. So erklärte die Zeitung, dass sich die beiden Länder über die künftige Gestalt der geplanten Europäischen Union uneins seien: Während Frankreich „son modèle traditionnel de pouvoir centralisé“ verteidige, setze Deutschland auf ein „système fédéral ou confédéral“. <sup>1028</sup> Auch in Bezug auf die Stärkung des Europäischen Parlaments äußerte *Le Figaro* Zweifel, wie weit die Gemeinsamkeiten zwischen der deutschen und französischen Regierung tatsächlich gingen. <sup>1029</sup>

„Régime parlementaire“, „gouvernement responsable“, „directoire franco-allemand“: Ausweitung der Debatte zur Politischen Union

Die Zweifel, die *Le Figaro* im April 1990 an der Vereinbarkeit der deutschen und französischen Positionen zeigte, spiegelten sich auch in einer größeren Skepsis in Bezug auf die Verwirklichungschancen der Politischen Union wider. Dies wurde etwa in der Berichterstattung über Margaret Thatcher deutlich, die als Hauptantagonistin des deutsch-französischen Duos die einzige politische Akteurin war, die neben Mitterrand und Kohl regelmäßig im Zusammenhang mit dem ersten Dubliner Gipfel genannt wurde. So zitierten beide Zeitungen Thatchers Weigerung, über die „problèmes ésotériques“ zu diskutieren, die das deutsch-französische Schreiben aufgeworfen habe. <sup>1030</sup> Wie schon in der Vergangenheit schrieb *Le Monde* diesen Einwänden jedoch keine allzu große Bedeutung zu, sondern verwies auf die Isolation der britischen Premierministerin <sup>1031</sup> und sagte mehrfach voraus, dass Großbritannien an den Verhandlungen teilnehmen und zuletzt nachgeben würde. <sup>1032</sup> Entsprechend zuversichtlich waren auch die Einschätzungen von *Le Monde* nach dem Gipfel: Ein Leitartikel hob die rasche Weiterentwicklung der Pläne zur europäischen Integration in den letzten Monaten hervor, „comme si elle obéissait naturellement à la logique des événements, en occurrence à la marche des deux Allemagnes vers leur unité“. <sup>1033</sup> Ein anderer Bericht erklärte lapidar, das „projet franco-allemand est bel et bien sur les rails“. <sup>1034</sup>

---

1028 LF 20.04.1990:4.

1029 LF 20.04.1990:1b, LF 28.04.1990:2b.

1030 LM 21.04.1990:5, fast wortgleich LF 20.04.1990:4, LF 21.04.1990:2, LF 28.04.1990:2a.

1031 LM 21.04.1990:5.

1032 LM 26.04.1990:3a, LM 27.04.1990:1, LM 28.04.1990:3.

1033 LM 02.05.1990:1.

1034 LM 02.05.1990:3.

Im *Figaro* hingegen hieß es zwar ebenfalls, dass Thatcher dank des sprichwörtlichen britischen Pragmatismus bereits wisse, dass sie sich den Verhandlungen nicht entziehen könne.<sup>1035</sup> Die Zeitung unterstrich jedoch stärker den Unsicherheitsfaktor, der durch die britische Ablehnung entstehe und die Politische Union noch zum Scheitern bringen könne.<sup>1036</sup> Entsprechend konstatierte *Le Figaro* nach dem Gipfel deshalb auch nur „une avancée majeure par rapport au Conseil européen de Strasbourg“.<sup>1037</sup> Daneben hob die Zeitung – ähnlich wie die FAZ in Deutschland – hervor, wie unklar die in Dublin diskutierten Vorschläge im Einzelnen noch seien und betonte den Gegensatz zwischen „une union économique dont on connaît bien les détails [...] et une union politique dont on ne connaît presque rien“.<sup>1038</sup> Insbesondere wenn es um „abandons réels de souveraineté“ gehe, sei deshalb noch mit schwierigen Diskussionen zu rechnen.<sup>1039</sup>

Die Skepsis in Bezug auf die Erfolgchancen der Politischen Union ging auch damit einher, dass das Interesse des *Figaro* an den weiteren Verhandlungen in den Wochen zwischen den beiden Dubliner Gipfeln wieder deutlich nachließ. Ähnlich wie die deutschen Medien berichtete die Zeitung nur sehr vereinzelt über die geplanten Reformen.<sup>1040</sup> In *Le Monde* nahm die Aufmerksamkeit für die institutionelle Neuordnung der EG in dieser Zeit hingegen deutlich zu. Dabei stechen vor allem mehrere Interviews und Gastkommentare heraus, mit denen die Zeitung ein Forum zur Meinungsäußerung über die Politische Union bot: Bereits im April erschienen drei lange europapolitische Interviews mit Valéry Giscard d'Estaing, Ruud Lubbers sowie dem ehemaligen französischen Außenminister

1035 LF 21.04.1990:2, ähnlich auch LF 24.04.1990:1, LF 30.04.1990:3d.

1036 Z. B. LF 28.04.1990:2b. Ein Kommentar begrenzte diese Unsicherheit ausdrücklich auf die Politische Union, da diese eine Reform der bestehenden Verträge erforderlich mache, während die Währungsunion auch durch einen gesonderten Vertrag der übrigen elf EG-Mitgliedstaaten möglich sei (LF 28.04.1990:2a, ähnlich auch LF 30.04.1990:1).

1037 LF 30.04.1990:3a.

1038 Ebd., ähnlich schon LF 27.04.1990:3b.

1039 LF 30.04.1990:1.

1040 Erst kurz vor dem Gipfel im Juni erschien wieder ein etwas ausführlicherer Bericht über die Positionen Jacques Delors' zur Politischen Union (LF 19.06.1990:7). Generell legte *Le Figaro*, ähnlich wie die deutschen Zeitungen, den Schwerpunkt in der Berichterstattung zum zweiten Dubliner Gipfel auf die Diskussion über die Finanzhilfen an die Sowjetunion (vgl. LF 23.06.1990:2, LF 25.06.1990:3c, LF 26.06.1990:4b). Demgegenüber thematisierte *Le Monde* die Angelegenheit zwar als Test für eine mögliche gemeinsame Außenpolitik der EG, schrieb ihr insgesamt aber weniger Bedeutung zu (LM 27.06.1990:1).

Jean François-Poncet,<sup>1041</sup> im Zeitraum um den zweiten Dubliner Gipfel folgten Interviews mit François Mitterrand und dem niederländischen Außenminister Hans van den Broek<sup>1042</sup> sowie ausführliche Gastbeiträge des britischen Außenministers Douglas Hurd, des französischen Conseiller d'État Raphaël Hadas-Label sowie des Politikwissenschaftlers und Europa-abgeordneten Maurice Duverger.<sup>1043</sup>

Dabei wurde nun erstmals auch die Stärkung des Europäischen Parlaments durch das Mitentscheidungsverfahren breiter diskutiert und in den meisten Kommentaren unterstützt.<sup>1044</sup> Lediglich Hurd verteidigte den Ministerrat als wichtigstes Entscheidungsorgan der EG, da die Minister durch die nationalen Parlamente legitimiert seien.<sup>1045</sup> Van den Broek hingegen erklärte explizit, dass eine Aufwertung des Rates, die das Europäische Parlament und die Kommission schwächen würde, kaum mit dem „souhait d'un contrôle parlementaire plus étendu“ vereinbar wäre.<sup>1046</sup> Als eine andere Möglichkeit, die nationalen Parlamente einzubinden, fand sich zudem in mehreren Beiträgen erneut der Vorschlag eines aus nationalen Abgeordneten zusammengesetzten Senats, der jedoch nicht auf einhellige Zustimmung stieß.<sup>1047</sup> Die detaillierteste Konzeption einer institutionellen Ordnung für die Politische Union bot Duverger, dessen Entwurf eines „régime parlementaire“ (in dem die Kommission zum „gouvernement responsable“ werden und das Europäische Parlament mit dem Ministerrat für die Gesetzgebung zuständig sein sollte) sehr nahe am deutschen Föderalismus lag, den zur selben Zeit auch die FAZ als Modell für die europäische Integration beschrieb.<sup>1048</sup> Darüber hinaus zog nun auch das „principe de subsidiarité“ in den Diskurs von *Le Monde* ein – als neues europapolitisches Schlagwort, das sowohl Hurd als auch Hadas-Label in ihren Gast-

---

1041 LM 19.04.1990:1, LM 27.04.1990:1, LM 29.04.1990:3.

1042 LM 20.06.1990:1–4, LM 26.06.1990:5.

1043 LM 23.06.1990:1, LM 26.06.1990:2, LM 30.06.1990:2.

1044 Etwa bei Hadas-Label (LM 26.06.1990:2), van den Broek (LM 26.06.1990:5) und Duverger (LM 30.06.1990:2).

1045 LM 23.06.1990:1.

1046 LM 26.06.1990:5). Beide Außenminister lagen damit natürlich auf der Linie ihrer jeweiligen Regierungen.

1047 Befürwortet wurde ein solcher Senat von Mitterrand (LM 20.06.1990:1–4) und Hadas-Label (LM 26.06.1990:2) sowie in etwas abgewandelter Form von van den Broek (LM 26.06.1990:5), ablehnend äußerte sich Duverger (LM 30.06.1990:2).

1048 Bei der Funktionsbeschreibung des Rates nannte Duverger sogar ausdrücklich den deutschen Bundesrat als Vorbild (LM 30.06.1990:2).

kommentaren aufgriffen, wobei beide allerdings auch auf die Schwierigkeiten bei seiner Umsetzung verwiesen.<sup>1049</sup>

Insgesamt war die Debatte zur institutionellen Reform in *Le Monde* im Frühsommer 1990 damit deutlich lebhafter, aber auch vielfältiger und widersprüchlicher als in allen anderen untersuchten Zeitungen. Nach wie vor als unproblematisch galt hingegen die Währungsunion, deren Vorbereitungen, wie die Zeitung mehrfach erklärte, bis auf einige politische Fragen weitgehend abgeschlossen seien.<sup>1050</sup> Entsprechend groß war deshalb auch die Befremdung, mit der *Le Monde* den Major-Plan aufnahm, der kurz vor dem zweiten Dubliner Gipfel im Juni 1990 vorgestellt wurde: Ein Bericht über den Vorschlag betonte seine Aussichtslosigkeit und endete mit der Feststellung, die britische Initiative „laisse un peu perplexe“.<sup>1051</sup> Nach dem Gipfel hob *Le Monde* schließlich hervor, dass Kohl die Währungsunion nun endgültig akzeptiert habe und Thatcher mit ihrem Gegenentwurf nicht auf Zustimmung gestoßen sei.<sup>1052</sup> Und auch *Le Figaro*, der den Major-Plan vor dem Gipfel als Ausdruck einer verhärteten britischen Position beschrieben hatte,<sup>1053</sup> konstatierte im Nachhinein eine „attitude plus et plus européenne de Margaret Thatcher“, die zur Währungsunion zwar weiterhin ihre eigenen Ansichten vertrete, aber offenbar bereit sei, sich auf die Verhandlungen in der Regierungskonferenz einzulassen.<sup>1054</sup>

Auch die Debatte über die institutionelle Reform verband sich letztlich allerdings wieder mit der Frage der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik, deren Ausgestaltung *Le Monde* unmittelbar nach dem ersten Dubliner Gipfel als wichtigste noch zu verhandelnde Frage der Politischen Union bezeichnete.<sup>1055</sup> In den Mittelpunkt der französischen Diskussion rückte nun der Vorschlag, den Europäischen Rat zum zentralen außenpoliti-

---

1049 LM 23.06.1990:1, LM 26.06.1990:2. Schon zuvor hatte *Le Monde* in einem ausführlichen Artikel die Bedeutung des Prinzips erläutert und es als wichtiges Mittel beschrieben, um eine nationalistische Gegenbewegung zur vertieften Integration zu verhindern (LM 22.06.1990:7).

1050 LM 20.06.1990:7, LM 27.06.1990:1.

1051 LM 22.06.1990:21. Die Tatsache, dass Major den Vorschlag nur wenige Stunden vor dem Gipfel an Delors übermittelt habe, ohne ihn zuvor mit anderen Mitgliedstaaten abzusprechen, nahm der Artikel als Indiz dafür, dass es der britischen Regierung eigentlich nur darum gehe „de ne pas apparaître à court d'idées face au plan Delors“.

1052 LM 27.06.1990:1, LM 28.06.1990:6.

1053 LF 25.06.1990:3a, relativierend LF 25.06.1990:1.

1054 LF 27.06.1990:3, ähnlich LF 26.06.1990:4a.

1055 LM 02.05.1990:3, LM 02.05.1990:1.

schen Entscheidungsorgan zu machen. Diese Aufwertung des wichtigsten intergouvernementalen Gremiums der EG stand ebenso wie die Forderung nach mehr europäischer Eigenständigkeit in der Verteidigungspolitik ganz in der Tradition der Europapolitik Charles de Gaulles und war bereits im März 1990 in einem der *Figaro*-Gastbeiträge des gaullistischen Abgeordneten Ballardur unterstützt worden.<sup>1056</sup> Nachdem im Juni auch Präsident Mitterrand in einem Interview mit *Le Monde* die besondere Legitimität des Europäischen Rates hervorgehoben hatte – „Le Conseil européen est qualifié pour mener à bien cette tâche, car ses dirigeants sont issus du suffrage universel et conduisent les affaires de leur propre pays“ –,<sup>1057</sup> griffen mehrere Berichte dies als wichtige französische Forderung auf.<sup>1058</sup> Wieder einmal bestimmte damit ein Vorhaben der eigenen nationalen Regierung auch die Schwerpunkte der medialen Berichterstattung. Demgegenüber fand zum Beispiel die Forderung des Europäischen Parlaments, die Gestaltung der gemeinsamen Außenpolitik vollständig der Kommission zu übertragen, in den französischen Zeitungen so gut wie keinerlei Aufmerksamkeit.

Allerdings gab vor allem *Le Monde* durchaus auch wieder, dass die von Mitterrand angestrebte Aufwertung des Europäischen Rates nicht unumstritten war. So lehnte etwa Maurice Duverger diesen Vorschlag in seinem Gastbeitrag explizit ab, da dadurch der Europäische Rat gegenüber den anderen Organen der EG zu viel Macht gewönne.<sup>1059</sup> Noch wichtiger als dieses institutionelle Ungleichgewicht nahm *Le Monde* allerdings das Misstrauen kleinerer Staaten, dass eine Aufwertung des Europäischen Rates den Regierungen der großen Länder mehr Gewicht geben würde. Ein Artikel identifizierte die Sorge vor einem „directoire franco-allemand“ sogar als die größte Herausforderung in den Verhandlungen des zweiten Dubliner Gipfels.<sup>1060</sup>

---

1056 LF 21.03.1990:2.

1057 LM 20.06.1990:1–4.

1058 LM 24.06.1990:4, LM 27.06.1990:1, LF 26.06.1990:4a.

1059 In seinem Vergleich zwischen der EG und einem föderalen Regierungssystem beschrieb Duverger den Europäischen Rat als „chef d’État collégial de la Communauté“, der durch eine weitere Stärkung zu einem „président de type gaullien“ aufgewertet zu werden drohe (LM 30.06.1990:2). In ähnlicher Weise erwähnte *Le Figaro*, dass Jacques Delors von der Stärkung des Europäischen Rates einen Einflussverlust der Kommission befürchte (LF 26.06.1990:4a).

1060 LM 24.06.1990:4. *Le Figaro* fokussierte die Berichterstattung hingegen stark auf Frankreich, Deutschland und Großbritannien und erwähnte die Bedenken der kleineren Länder überhaupt nicht.



„Finalité fédérale“: Mitterrands Föderalismus als rhetorische Strategie oder antigauillistisches Fanal

Große Aufmerksamkeit erregte in der französischen Öffentlichkeit schließlich eine Äußerung François Mitterrands, der sich in Dublin zu einer „finalité fédérale“ der Politischen Union bekannte. Zwar unterstrichen beide Zeitungen, dass Mitterrand mit dieser Formulierung keine neuen inhaltlichen Forderungen verbinde, und relativierten damit ihre praktische Tragweite.<sup>1061</sup> Dennoch sah *Le Monde* sie als einen Ausdruck des Verhandlungsgeschicks Mitterrands, der dadurch die Bedenken vor einer Schwächung der Kommission zerstreut habe.<sup>1062</sup> Anders als in den deutschen Medien wurde die Idee einer föderalen Union in *Le Monde* also zunächst nicht als ein Ziel für sich, sondern nur als – in erster Linie rhetorisches – Zugeständnis an die kleineren Mitgliedstaaten beschrieben.

Ein Leitartikel hob sogar explizit hervor, dass die Integrationsdynamik stärker durch äußere Ereignisse wie die deutsche Wiedervereinigung getragen werde als durch eine Utopie: Diskussionen über ein mögliches föderales Endziel seien deshalb „assez théoriques et vaines“ und letztlich „un inutile débat“.<sup>1063</sup> Dieses Herunterspielen stand zwar in einem gewissen Widerspruch zu der sonstigen Haltung von *Le Monde*, die der Debatte über unterschiedliche Konzeptionen zur Politischen Union in den Wochen zuvor ja gerade besonders viel Platz eingeräumt hatte. Es fügte sich andererseits jedoch gut in die grundsätzlich regierungsfreundliche Linie der Zeitung ein, da es ihr ermöglichte, Mitterrands Äußerung zur „finalité fédérale“ als strategischen Kunstgriff anzuerkennen, ohne ihn damit gleich auf eine spezifisch föderalistische Integrationsagenda festzulegen.

Deutlich feindseliger fiel hingegen die Reaktion im *Figaro* aus. Dieser hatte schon vor dem Gipfel Kritik an den „ambigüités“ der französischen Regierung geübt, die weder zur künftigen Rolle des Europäischen Parlaments noch zum Verhältnis zwischen europäischer Währungsunion und nationaler Wirtschaftspolitik eindeutig Stellung beziehen wolle.<sup>1064</sup> Das föderalistische Bekenntnis Mitterrands nahm die Zeitung nun zum Anlass für einen neuen Leitkommentar von Alain Peyrefitte, der sehr deutliche Ähnlichkeiten mit den nationalkonservativen Argumentationsmustern in der *Times* aufwies: In scharfen Worten griff er den vermeintlich sozialis-

1061 LM 27.06.1990:1, LF 26.06.1990:4a, LF 26.06.1990:4b.

1062 LM 28.06.1990:6.

1063 LM 28.06.1990:1.

1064 LF 25.06.1990:3b.

tisch geprägten „internationalisme supranationaliste“ des Staatspräsidenten an und warnte, dass die Franzosen nicht akzeptieren würden „que leur pays se dissolve dans l'Europe comme un morceau de sucre dans le café“. Zudem verwies er erneut auf den Zusammenbruch der Sowjetunion und die Unabhängigkeitsbestrebungen in Quebec, die die natürliche Stärke nationaler Identitäten und damit die Unmöglichkeit supranationaler Integration belegten.<sup>1065</sup> Mit dem Verweis auf Mitterrands Sozialismus, der impliziten Gleichsetzung der EG mit der Sowjetunion sowie dem Bekenntnis zu einem vermeintlich natürlichen Nationalismus zeigte Peyrefittes Beitrag gleich drei Argumentationsmuster, die ansonsten vor allem in der *Times* auftraten. Wie schon im Kommentar desselben Autors nach dem Gipfel von Straßburg<sup>1066</sup> zeigten sich hier also erneut Elemente einer länderübergreifenden nationalkonservativen Diskurslinie.

Allerdings blieben diese starken Ähnlichkeiten zu Argumentationsmustern der *Times* eine Ausnahme. Zwar mehrten sich auch sonst im Lauf des Jahres 1990 die integrationskritischen Stimmen im *Figaro*: Nachdem die Zeitung zuvor zwar öfters die Erfolgchancen der Vertragsreform angezweifelt, diese in der Sache jedoch unterstützt hatte, spielten nun Argumente der nationalen Souveränität eine immer größere Rolle. Anders als in der *Times* richtete sich die Kritik jedoch fast ausschließlich gegen François Mitterrand, nicht gegen andere integrationsfreundliche Akteure wie Helmut Kohl oder Giulio Andreotti. Letztlich folgte der Diskurs des *Figaro* deshalb weniger einer gesamteuropäisch-weltanschaulichen Linie als vielmehr der parteiinternen Dynamik des gaullistischen RPR, das sich bis Ende 1990 ebenfalls zunehmend europaskeptisch positionierte und die französische Regierung für ihre Bereitschaft zu einem Verzicht auf nationale Hoheitsrechte angriff.

Dazu passt auch, dass die Ablehnung des Supranationalismus im *Figaro* auf Meinungsartikel begrenzt blieb und sich kaum auf die Berichterstattung über die zwischenstaatlichen Verhandlungen auswirkte. Im Mittelpunkt standen hier nach wie vor die von Frankreich vorangetriebenen Integrationsvorhaben wie die Währungsunion und die gemeinsame Außenpolitik, während die Vorbehalte Margaret Thatchers weiterhin vor allem als ein Hindernis erschienen, das die übrigen Mitgliedstaaten zu überwinden hätten. Obwohl *Le Figaro* in Bezug auf die Bedeutung der nationalen Souveränität bei der künftigen Ausgestaltung der EG also durchaus ähnliche Positionen vertrat wie die Thatcher-Regierung, beschrieb die Zeitung

---

1065 LF 28.06.1990:1.

1066 LF 12.12.1989:1.

die Verhandlungen weiterhin nach einem mitgliedstaatlich-außenpolitischen Deutungsmuster: als eine diplomatische Auseinandersetzung zwischen nationalen Regierungen, nicht als ein gesamteuropäisch-weltanschauliches Ringen zwischen (linken) Integrationsbefürwortern und nationalkonservativen Souveränisten. Insofern war es für den *Figaro* auch kein Widerspruch, Mitterrand für sein Bekenntnis zur „finalité fédérale“ zu kritisieren, aber dennoch einen diplomatischen Erfolg Frankreichs in den Gesprächen über die EG-Reform für wünschenswert zu halten.

„Accélérer la cadence européenne“: Französische Vorreiterrolle und Desinteresse für supranationale Institutionen

Der Fokus auf den Begriff der „finalité fédérale“ führte keineswegs dazu, dass die institutionelle Reform und die Überwindung des EG-Demokratie-defizits in der französischen Berichterstattung über die Vertragsverhandlungen an Bedeutung gewonnen hätten. Im Mittelpunkt stand für die französischen Medien – wie für die französische Regierung – vielmehr weiterhin die gemeinsame Außenpolitik. So nannte ein Leitartikel im *Figaro* als die drei hauptsächlichen Reformbereiche „la monnaie, la politique étrangère, la défense“, wobei im weiteren Verlauf des Textes die Bezeichnung „union politique“ quasi als Synonym für den zweiten dieser Bereiche verwendet wurde. Dass es in den Gesprächen zur „union politique“ auch darum gehe, „[d']accroître les pouvoirs du Parlement [européen]“, wurde nur am Rande erwähnt.<sup>1067</sup> In ähnlicher Form teilte auch *Le Monde* seine Berichterstattung nach dem Gipfel von Rom in zwei große Artikel auf, von denen der eine der Währungsunion und der andere der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik gewidmet war.<sup>1068</sup> Eine Äußerung Delors', der die Außenpolitik als „poumon de la relance européenne“ bezeichnete, wurde in beiden Zeitungen wiederholt aufgegriffen.<sup>1069</sup> Zudem zitierte *Le Figaro* aus einer Rede des französischen Premierministers Michel Rocard, der die europäische Kooperation als Priorität der französischen Verteidigungspolitik beschrieb,<sup>1070</sup> *Le Monde* berichtete anlässlich eines bilateralen

1067 LF 27.10.1990:1. Der dritte Bereich, „la défense“, war dem Leitartikel zufolge noch überhaupt kein Bestandteil der Verhandlungen, müsse es jedoch werden.

1068 LM 30.10.1990:8a, LM 30.10.1990:8c.

1069 LM 12.10.1990:1, ähnlich LF 25.10.1990:5 sowie (ohne Verweis auf Delors) LM 24.10.1990:8, LF 27.10.1990:2.

1070 LF 23.10.1990:1.

Treffens zwischen Mitterrand und Andreotti über die diesbezüglichen italienischen Vorschläge,<sup>1071</sup> und auch die zur selben Zeit eskalierende Golfkrise nahmen beide Zeitungen wiederholt als wichtigen Beleg für die Notwendigkeit oder auch als Testfeld für eine gemeinsame außenpolitische Linie der EG.<sup>1072</sup>

Wie bereits erwähnt, sahen beide Zeitungen dabei recht gute Aussichten auf Verhandlungsfortschritte, auch wenn die Berichterstattung meist eher vage blieb. Die einzige offene Frage, die wiederholt thematisiert wurde, war die außenpolitische Rolle des Europäischen Rates. Als wichtigste Konfliktparteien erschienen dabei die Kommission und die französische Regierung: So berichtete etwa *Le Monde*, dass sich Delors gegen die „idée chère aux Français et aux Allemands d'un super secrétariat installé aux côtés du Conseil européen“ wende und stattdessen selbst an der Durchführung der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik beteiligt sein wolle.<sup>1073</sup> *Le Figaro* wiederum zitierte den französischen Außenminister Roland Dumas, der die zentralen Entscheidungen dem Europäischen Rat vorbehalten wolle „puisque c'est là que siègent les instances les plus élevées de nos pays“.<sup>1074</sup> Die Vorbehalte kleinerer Mitgliedstaaten spielten nun hingegen keine Rolle mehr.

Auch andere institutionelle Reformen, speziell die künftigen Kompetenzen des Europäischen Parlaments, waren in den französischen Medien erneut nur wenig präsent. Vor allem *Le Figaro* widmete ihnen fast überhaupt keine Aufmerksamkeit, sondern thematisierte stattdessen nur die diplomatische Auseinandersetzung zwischen Frankreich und Belgien über den künftigen Sitz des Parlaments, die nun als „bataille du siège“ ihren festen Teil in der Berichterstattung hatte.<sup>1075</sup> Etwas ausführlicher fand sich die Frage der künftigen institutionellen Rolle des Parlaments in *Le Monde*, wo etwa über einen Vorschlag der Kommission zur Einführung des Mitent-

---

1071 LM 10.10.1990:11. Im Einzelnen handelte es sich dabei um die Einführung einer neuen Ratsformation der Verteidigungsminister, was Mitterrand unterstützte, sowie um einen gemeinsamen Sitz der EG im UN-Sicherheitsrat, die Mitterrand abgelehnt und auch Andreotti als „problème pas actuel“ abgetan habe.

1072 LM 12.10.1990:1 (als Zitat von Jacques Delors), LM 30.10.1990:1, LM 30.10.1990:8c, LF 29.10.1990:5b.

1073 LM 24.10.1990:8; ähnlich auch LF 25.10.1990:5, wo der Konflikt zu Frankreich aber weniger herausgehoben wurde.

1074 LF 27.10.1990:2a.

1075 So LF 10.10.1990:1, LF 27.10.1990:2b, LF 27.10.1990:2a, LF 29.10.1990:5a; vgl. auch LM 01.12.1990:2.

scheidungsverfahrens und zur Beteiligung der Abgeordneten an der Ernennung des Kommissionspräsidenten berichtet wurde.<sup>1076</sup>

Als *Akteur* spielte das Parlament allerdings auch hier kaum eine Rolle – anders als etwa Jacques Delors, der immer wieder mit eigenen Initiativen zur Vertragsreform zitiert wurde.<sup>1077</sup> Lediglich ein einziger Artikel über ein interinstitutionelles Treffen vor dem Gipfel von Rom erwähnte die Unzufriedenheit der Europaabgeordneten mit dem intergouvernementalen Verfahren der Vertragsreform. Doch auch dieser Text befasste sich zum größeren Teil mit den Positionen der französischen Regierung und der Kommission, weniger mit den Forderungen der Parlamentarier selbst.<sup>1078</sup> Gleichsam als eine implizite Begründung für dieses geringe Interesse fanden sich in beiden Zeitungen Anspielungen auf das (in der französischen Berichterstattung schon zuvor recht verbreitete) Bild des Europäischen Parlaments als wenig bedeutsamer Papiertiger. So zitierte *Le Monde* eine Äußerung Jacques Delors', der die Entscheidungsschwäche und die „discussions byzantines“ unter den Europaabgeordneten kritisierte.<sup>1079</sup> Und *Le Figaro* kontrastierte in einem Artikel die Forderungen des Parlaments mit einer ironischen Bemerkung des französischen Europaabgeordneten Claude Cheysson: „Le Parlement n'a pas de pouvoir et n'est pas prêt d'en avoir“.<sup>1080</sup>

Als neues Motiv erschien zudem in einzelnen Artikeln die Frage, ob eine Stärkung des Europäischen Parlaments womöglich zu Lasten der nationalen Parlamentarier gehen würde. Diese Diskussion knüpfte zum einen an das generelle Problem der Kompetenzverteilung zwischen der EG und ihren Mitgliedstaaten an. Zum anderen machte sie sich aber auch an dem konkreten Vorschlag eines europäischen Senats fest, der in den französischen Medien noch immer als möglicher, wenn auch zunehmend unwahr-

1076 LM 24.10.1990:8. Außerdem solle das Parlament über eine Art „impôt communautaire“ bestimmen können. Das Initiativrecht in der Gesetzgebung wolle die Kommission hingegen für sich behalten.

1077 Vgl. außer dem schon genannten Interview LM 24.10.1990:8 (mit neuen Vorschlägen der Kommission zur Politischen Union), LM 25.10.1990:8, LM 27.10.1990:8 (zur Währungsunion). Der *Figaro* zitierte Delors etwas seltener, illustrierte aber beispielsweise seinen Bericht über den Gipfel von Rom mit einem Foto von Delors und Thatcher als „deux personnages clés de la CEE“ (LF 27.10.1990:2a).

1078 LM 25.10.1990:8. Ähnlich auch LF 23.11.1990:9, wo die Forderungen des Parlaments – formuliert durch Giscard d'Estaing – mit den Positionen der Kommission und der italienischen Ratspräsidentschaft kontrastiert wurden.

1079 LM 25.10.1990:8.

1080 LF 22.10.1990:12.

scheinlicher Bestandteil einer institutionellen Reform genannt wurde. So erklärte der französische Außenminister Dumas in einer Parlamentsdebatte, die „idée d'une seconde chambre pour l'Europe“ sei zwar „séduisante“, stoße aber auf „des obstacles pratiques“.1081 Jacques Delors sprach sich in seinem Interview in *Le Monde* gegen einen Senat aus, da dieser nur dazu führen würde „[à] affaiblir encore plus le Parlement européen, qui doit au contraire être renforcé“.1082 Wenig später stellte ein Artikel fest, dass der Vorschlag einer institutionellen Einbeziehung der nationalen Parlamente zuletzt kaum weiterverfolgt worden sei, da das Europäische Parlament darin eine mögliche Konkurrenz sehe. Lediglich die französische Europaministerin Elisabeth Guigou stehe weiterhin hinter der Idee.1083 Laurent Fabius (der zu dieser Zeit sowohl Präsident der französischen Nationalversammlung als auch Europaabgeordneter war) hob in seinem Interview hingegen hervor, dass es in der Debatte über das europäische „déficit de contrôle démocratique“ nicht um einen Machtkonflikt zwischen nationalem und europäischem Parlament gehe. Ziel sei vielmehr, überhaupt eine parlamentarische Kontrolle anstelle der „toute-puissance de la technocratie“ sicherzustellen.1084

Sowohl in Bezug auf die gemeinsame Außenpolitik als auch auf die Kompetenzen des Europäischen Parlaments erschien die französische Regierung in den französischen Medien also eher nicht als eine Befürworterin starker supranationaler Institutionen. Dennoch blieb die Vorstellung, dass Frankreich in den Verhandlungen eine Vorreiterrolle einnehme, weit verbreitet. Dies zeigte sich insbesondere auch im Gebrauch des Begriffs „fédéral“, der nun – nach Mitterrands Bekenntnis zu einer „finalité fédérale“ im Juni – vor allem in *Le Monde* immer wieder positiv mit der französischen Regierung in Verbindung gebracht wurde. Im Hintergrund stand dabei meist das schon früher diskutierte Dilemma zwischen einer Vertiefung der EG durch die Vertragsreform einerseits und einer raschen Erweiterung zur Integration der osteuropäischen Staaten andererseits. So sprach sich ein Kommentar für eine gleichzeitige Fortentwicklung von EG und

---

1081 LM 12.10.1990:10a.

1082 LM 12.10.1990:1.

1083 LM 25.10.1990:8. Als zentrales Argument Guigous wurde die mangelnde Bereitschaft der nationalen Öffentlichkeiten zu einer Legitimierung der Europapolitik allein über das Europäische Parlament genannt. Dass sich die britische Regierung noch sehr viel deutlicher gegen eine Stärkung des Europäischen Parlaments aussprach und auf der Souveränität der nationalen Parlamente beharrte, wurde in dem Artikel hingegen nicht erwähnt.

1084 LM 12.10.1990:10c.

KSZE aus und unterschied dabei zwischen „l'Europe des Douze, à vocation fédérale“ und „celle des Trente-cinq, essentiellement intergouvernementale“.<sup>1085</sup> Diese Doppelstrategie wurde „des européistes aussi fervents que MM. Kohl, Mitterrand et Andreotti“ zugeschrieben, wobei der Kommentar jedoch vor allem Mitterrand eine Führungsrolle zuschrieb:

L'Allemagne unifiée et la Grande-Bretagne [...] hésitent encore à franchir le saut qualitatif qui transformera la Communauté en une union fédérale. La France, elle, n'a aujourd'hui pas d'autre choix que d'en être le plus ardent promoteur.<sup>1086</sup>

Die supranationalen Akteure wurden in dem Kommentar hingegen nur am Rand erwähnt, und auch eine Auseinandersetzung damit, welche institutionellen Reformen für eine „union fédérale“ nötig seien, blieb weitgehend aus. Andere Artikel blieben ähnlich uneindeutig. So sprach sich Delors in seinem Interview gegen „un saut fondamental vers un système fédéraliste où la Commission deviendrait un gouvernement à part entière“ aus, da dafür „[l]es esprits ne sont pas mûrs“.<sup>1087</sup> Ein anderer Artikel sprach hingegen durchaus von Delors' Bestrebungen „pour aller vers une structure fédérale“.<sup>1088</sup> An wieder anderer Stelle wurde „Europe fédérale“ als Gegenbegriff zum britischen Wunsch einer nur lose integrierten gesamteuropäischen Freihandelszone verwendet.<sup>1089</sup>

Explizit abgelehnt wurde eine europäische „fédération“ schließlich in zwei Gastbeiträgen der gaullistischen Oppositionspolitiker Alain Juppé und Charles Pasqua in *Le Monde*, die sich beide für eine intergouvernementale Struktur der EG aussprachen, die eine rasche Osterweiterung ermöglichen sollte.<sup>1090</sup> Letztlich verwies das Schlagwort „fédéral“ in der französischen Öffentlichkeit damit nicht nur auf die zwischenstaatliche Debatte über die institutionelle Gestalt der EG, sondern vor allem auf eine inner-

---

1085 LM 12.10.1990:2. Bemerkenswerterweise erschien der Kommentar unter der Überschrift „N'enterrons pas la CEE“ – als stünde in den Verhandlungen nicht die Aufwertung der außenpolitischen Rolle der EG, sondern vielmehr deren Entmachtung zugunsten der KSZE zur Diskussion.

1086 Ebd.

1087 LM 12.10.1990:1; ähnlich auch ein Artikel Ende November, der Delors' Formulierung einer „Europe de la nécessité“ als „d'une toute autre inspiration que le fédéralisme militant des années 60“ beschrieb (LM 24.11.1990:10).

1088 LF 25.10.1990:5.

1089 LM 01.11.1990:7, ähnlich LM 03.11.1990:1.

1090 LM 30.10.1990:2, LM 14.11.1990:2.

staatliche Auseinandersetzung zwischen Regierung und Opposition über die Priorität von Vertragsreform oder Erweiterung der Gemeinschaft.<sup>1091</sup>

„Débat franco-français“: Die Assisen als französisches Projekt in der Berichterstattung von *Le Monde*

Nach dem Europäischen Rat von Rom herrschte in beiden französischen Zeitungen eine recht positive Einschätzung seiner Ergebnisse vor. Besonders optimistisch war dabei wieder einmal *Le Monde*, die in Artikelüberschriften hervorhob, dass der Gipfel einen „calendrier balisant la voie vers l'Union économique et monétaire“ sowie einen „consensus [...] sur la nécessité d'une politique étrangère et de sécurité commune“ erreicht habe.<sup>1092</sup> Aber auch für *Le Figaro* war nun das „dossier UEM [...] quasiment bouclé“, wenn auch bei der Politischen Union noch Klärungsbedarf bleibe.<sup>1093</sup>

In den folgenden Wochen ließ das Interesse an der Vertragsreform allerdings in beiden Zeitungen deutlich nach. Im November 1990 stellten zahlreiche europapolitische Artikel stattdessen wieder den Umgang mit den osteuropäischen Staaten und die KSZE in den Vordergrund, während die EG meist nur noch am Rande erwähnt wurde.<sup>1094</sup> Auch die Treffen der europäischen Parteienfamilien, die in dieser Zeit stattfanden, zogen kaum Aufmerksamkeit auf sich. So wurde die ELDR-Konferenz überhaupt nicht erwähnt, und auch zu BSPEG<sup>1095</sup> und EVP erschien jeweils nur ein einzelner Artikel in *Le Monde*. Letzterer berichtete in wohlwollender Form über die Resolution, in der die christdemokratischen Parteivertreter eine „Constitution fédérale de l'union européenne“ forderten. Er schloss jedoch mit dem bezeichnenden Satz: „Reste à savoir ce que les chefs de gouvernement

---

1091 Siehe hierzu unten, Dritter Teil, Kapitel 4.2.2.

1092 LM 30.10.1990:8a, LM 30.10.1990:8c, vgl. auch LM 30.10.1990:1. Darüber hinaus druckte *Le Monde* Ausschnitte der Schlussfolgerungen des Gipfels im Wortlaut ab – was sonst nur die beiden britischen Zeitungen taten, wo diese Schlussfolgerungen vor allem aufgrund Thatchers Weigerung, sie mitzutragen, besonderen Nachrichtenwert erlangten (LM 30.10.1990:8b, TT 29.10.1990:7c, TG 29.10.1990:6).

1093 LF 29.10.1990:5b.

1094 So z. B. LM 20.11.1990:6, LM 22.11.1990:1a, LM 23.11.1990:1a, LF 30.11.1990:2.

1095 LM 13.12.1990:4a.



issus de la famille [démocrate-chrétienne] feront de ce texte.“<sup>1096</sup> Am Ende, daran ließ die Zeitung auch hier keinen Zweifel, waren eben doch die nationalen Regierungen der Mitgliedstaaten, nicht die europäischen Parteien für die Vertragsreform ausschlaggebend.

Eine deutliche Abweichung von dieser mitgliedstaatlich-außenpolitischen Perspektive bot lediglich ein neuer Gastkommentar von Maurice Duverger, der Ende November aus Anlass der europäischen Assisen erschien. Der Europaabgeordnete zitierte darin den italienischen Ministerpräsidenten Andreotti, der in den Assisen die „*expression de la volonté populaire que réside dans les Parlements des Etats et dans le Parlement européen*“ sah, und kritisierte das „*déficit démocratique*“, das durch die Übertragung von Kompetenzen der nationalen Parlamente auf Kommission und Ministerrat entstehe, ohne dass diese wirkungsvoll durch das Europäische Parlament kontrolliert werden könnten. Zuletzt drohte Duverger sogar, dass das Europäische Parlament gegenüber den nationalen Regierungen notfalls eine „*stratégie de crise fondatrice*“ anwenden und im Rahmen seiner bestehenden Kompetenzen europapolitische Vorhaben blockieren könnte, um seine Forderungen zur Vertragsreform zu erzwingen.<sup>1097</sup> Diese konfrontative Linie fügte sich erkennbar in die Tradition der europäischen Föderalisten um Altiero Spinelli ein, die 1984 ebenfalls versucht hatten, einen vom Europäischen Parlament ausgearbeiteten Vertragsentwurf durchzusetzen.<sup>1098</sup> In der übrigen Berichterstattung zu den Assisen (die in *Le Monde*, nicht aber im *Figaro* breiten Raum einnahm) spielte der Gegensatz zwischen Abgeordneten und Regierungen allerdings zunächst kaum eine Rolle. Vielmehr betonte ein Artikel, dass die Idee für die Assisen von einer Rede von François Mitterrand im Oktober 1989 ausgegangen sei – und vereinnahmte damit die ganze Veranstaltung als diplomatischen Erfolg der französischen Regierung.<sup>1099</sup>

---

1096 LM 18.11.1990:4. Zudem lag der Schwerpunkt des Artikels – wie in den französischen Berichten zur Politischen Union üblich – auf der gemeinsamen Außenpolitik, während etwa die Stärkung des Europäischen Parlaments nur am Rande erwähnt wurde. *Le Figaro* thematisierte den EVP-Gipfel überhaupt nicht, sondern veröffentlichte nur einen Kurzbericht über ein Papier zur europäischen Verteidigungspolitik, das eine deutsch-französische Gruppe von CDU/CSU-, CDS- und UDF-Abgeordneten verabschiedet hatte (LF 16.11.1990:9).

1097 LM 29.11.1990:2.

1098 Vgl. hierzu oben, Erster Teil, Kapitel 4.4.2, sowie ausführlicher Müller 2016.

1099 LM 28.11.1990:7.

#### 4. Die zweite Phase der Verhandlungen

Zudem knüpfte der Bericht an die Debatte über die gegensätzlichen Interessen zwischen europäischen und nationalen Parlamentariern an, die bereits vor dem Gipfel von Rom in den französischen Zeitungen verschiedentlich angeklungen war, und thematisierte ausführlich die Befürchtung der französischen nationalen Abgeordneten, durch die Vertragsreform an europapolitischem Einfluss zu verlieren. Als mögliche Gegenmaßnahme wurde noch einmal der französisch-britische Vorschlag zu einem „Sénat européen“ mit Delegierten der nationalen Parlamente beschrieben, aber auch das Modell eines regelmäßig tagenden „Congrès“, der sich – wie die Assisen – sowohl aus nationalen als auch aus europäischen Abgeordneten zusammensetzen sollte.<sup>1100</sup> Über letzteren Vorschlag hatten die französischen Zeitungen bereits zuvor verschiedentlich berichtet, allerdings stets im Rahmen der nationalen europapolitischen Debatte: Im Juni hatte der französische Außenminister Roland Dumas den „congrès“ in einer Aussprache im französischen Parlament erstmals als mögliche Alternative zu einem europäischen Senat ins Spiel gebracht,<sup>1101</sup> im Oktober hatte er dieses Modell ausdrücklich unterstützt.<sup>1102</sup> Später hatte die Regierungspartei PS den Vorschlag in einer europapolitischen Deklaration aufgegriffen, nachdem sich unter anderem Jacques Delors gegen das Senatsmodell ausgesprochen hatte.<sup>1103</sup> Ein Sprecher der gaullistischen Oppositionspartei RPR wiederum hatte den „congrès“ als wirkungsloses „pandémonium“ verworfen.<sup>1104</sup>

Auch die Berichterstattung über die Assisen war in *Le Monde* nun vor allem von dieser Frage der „institutionnalisation souhaitée par les Français“<sup>1105</sup> dominiert – wobei die Zeitung zugleich keinen Hehl daraus machte, dass die entsprechenden Vorschläge außerhalb Frankreichs kaum eine Rolle spielten. Mehrere Berichte zu dem Thema zitierten ausschließlich französische Akteure, ein Artikel sprach sogar explizit von einem „débat franco-français“.<sup>1106</sup> Ein ähnliches Muster fand sich auch in Zusammenhang mit der Sitzordnung der Assisen, die sich nicht an den nationalen Delegationen, sondern den europäischen Parteifamilien orientierte: Auch hierzu hob der Bericht besonders hervor, dass es sich um eine Initiative des französischen Parlamentspräsidenten Laurent Fabius gehandelt ha-

---

1100 Ebd.

1101 LF 28.06.1990:5.

1102 LF 11.10.1990:9, LM 12.10.1990:10a.

1103 LM 23.11.1990:10.

1104 LM 29.11.1990:13c.

1105 So LM 02.12.1990:6b, ähnlich LM 30.11.1990:6a.

1106 LM 29.11.1990:13b.

be und dass das RPR, das keiner der großen europäischen Familien angehörte, damit unzufrieden sei.<sup>1107</sup>

Auch nach dem Parlamentariertreffen änderte sich dieser Fokus nur geringfügig. Dass sich die Assisen zuletzt nicht für die Einrichtung eines europäischen Senats oder „Congrès“ ausgesprochen hatten, beschrieb *Le Monde* als Erfolg der „plus pro-européens“, die dadurch eine Schwächung des Europäischen Parlaments befürchtet hätten.<sup>1108</sup> Dass die Forderung der Europaabgeordneten nach einer „Europe fédérale“ in der Abschlusserklärung auch von den meisten nationalen Parlamentariern mitgetragen wurde, sah die Zeitung als eine „surprise“ – ebenso wie die Tatsache, dass die Delegierten zuletzt tatsächlich nicht nach nationaler Herkunft, sondern entlang ihrer europäischen Parteilinien abgestimmt hatten. Wie sehr dies die Zeitung überraschte, wurde auch an der Art der Berichterstattung selbst deutlich. Diese stellte selbst nämlich durchaus die nationalen Delegationen in den Vordergrund und erklärte, dass „tous les Allemands, tous les Belges et tous les Italiens“ für die Abschlusserklärung gestimmt hätten, während sich „la délégation du grand-duché [du Luxembourg]“ enthalten habe.<sup>1109</sup>

Ansonsten galt das Hauptaugenmerk jedoch erneut den französischen Repräsentanten: So behandelte beispielsweise ein Artikel den anekdotischen Umstand, dass Valéry Giscard d'Estaing seine Rede bei den Assisen in vier Sprachen gehalten hatte, bezeichnete den Politiker dabei aber nicht entsprechend seinem aktuellen Amt als Fraktionsvorsitzenden der Liberalen im Europäischen Parlament, sondern nur als „ancien président de la République“.<sup>1110</sup> Ein weiterer Bericht thematisierte, dass sich die große Mehrheit der französischen Delegierten bei der Abstimmung über die Abschlusserklärung enthalten hatte, und gab aus diesem Anlass zahlreiche Erklärungen französischer Abgeordneter wieder.<sup>1111</sup> Parlamentarier anderer

---

1107 Ebd. Dass die letztlich symbolische Frage der Sitzordnung nicht nur in der französischen, sondern auch in der britischen Presse recht große Aufmerksamkeit auf sich zog (TT 29.11.1990:23, TG 05.12.1990:6), kann auch als Indiz für die Schwierigkeiten der Zeitungen im Umgang mit dem besonderen Format der Assisen als Zwischenmodell zwischen Diplomatie und Parlamentarismus dienen.

1108 So LM 02.12.1990:6b, ähnlich LM 30.11.1990:6a.

1109 LM 02.12.1990:6b.

1110 LM 30.11.1990:6b.

1111 LM 02.12.1990:6a. Im *Figaro* erschien einige Tage später ein Artikel, der die Enthaltung der französischen Sozialisten in den Assisen als „embarras“ für Jean-Pierre Cot, den aus Frankreich stammenden sozialistischen Fraktionsvorsitzenden im Europäischen Parlament, beschrieb (LF 06.12.1990:8a).

Länder kamen in der Berichterstattung hingegen fast überhaupt nicht vor. Sogar ein Artikel, der das dänische Modell als Vorbild dafür beschrieb, wie ein nationales Parlament die eigene Regierung in europapolitischen Fragen kontrollieren könne, zitierte zu diesem Thema mit Laurent Fabius und Jacques Delors ausschließlich Politiker französischer Herkunft.<sup>1112</sup> Trotz der ungewöhnlich ausführlichen Berichterstattung über die Assisen blieb *Le Monde* letztlich also bei einer klar nationalen Perspektive: Ähnlich wie bei der Darstellung der Treffen des Europäischen Rates standen auch hier die Vertreter des eigenen Landes mit ihren Positionen im Vordergrund, nur dass es sich statt um Regierungsmitglieder eben um Abgeordnete handelte.

Allerdings zeigte sich die Zeitung bei der Bewertung des Parlamentarier-treffens deutlich aufgeschlossener als etwa die FAZ in Deutschland: Während diese den Wirklichkeitssinn der Delegierten in Frage stellte,<sup>1113</sup> lehnte *Le Monde* die weitgehenden Forderungen der Assisen nicht grundsätzlich ab. Ein Artikel verwies zwar auf die abwertende Einschätzung des italienischen Außenministers Gianni De Michelis „que les parlementaires européens ‚confondent leurs désirs et la réalité““. *Le Monde* machte sich diese Position allerdings nicht selbst zu eigen, sondern zitierte auch die ironische Replik des Präsidenten des Europäischen Parlaments Enrique Barón Crespo: „jusque-là, le réalisme en matière de construction européenne était le monopole de M<sup>me</sup> Thatcher“.<sup>1114</sup> Ein anderer Artikel unterstrich die demokratische Legitimation der Assisen, indem er darauf hinwies, dass ihre Abschlusserklärung zwar nicht bindend sei und von den Regierungen ignoriert werden könne – aber nur „[à] moins qu’au bout de quarante ans de construction européenne, l’avis des élus soit pour la première fois véritablement entendu“.<sup>1115</sup>

Insgesamt nahm *Le Monde* die Assisen also vor allem als ein französisches Projekt wahr und zitierte in seiner Berichterstattung dazu auch vor allem französische Akteure. Gleichzeitig berichtete *Le Monde* jedoch auch ausführlicher über die Veranstaltung als jede andere hier untersuchte Zeitung und war letztlich eher bereit, den Forderungen der versammelten Abgeordneten eine besondere Legitimität zuzugestehen.

---

1112 LM 30.11.1990:6a.

1113 FAZ 29.11.1990:3b, vgl. oben, Dritter Teil, Kapitel 4.1.1.

1114 LM 29.11.1990:13a.

1115 LM 02.12.1990:6b.

„*Nous étions contents de la laisser se battre pour nous*“: *Thatchers Abwahl als Niederlage der europäischen Nationalkonservativen?*

Weitaus mehr Aufmerksamkeit als die Assisen zog in *Le Monde* die Regierungskrise in Großbritannien auf sich, die sich im November 1990 in beiden französischen Zeitungen rasch zum zentralen Thema der europapolitischen Berichterstattung entwickelte. Schon anlässlich des Gipfels von Rom Ende Oktober war die Außenseiterrolle Margaret Thatchers immer wieder erwähnt worden: So kritisierte Jacques Delors etwa im Interview in *Le Monde*, Thatcher vollziehe mit ihrem Nationalismus einen „retour à des positions que je croyais abandonnées“ und „affiche avec enthousiasme et dynamisme sa différence“.<sup>1116</sup> Andere Berichte unterstrichen allerdings auch, dass Großbritannien bei den Integrationsplänen zwar Bremse, aber derzeit keine allzu großen Divergenzen mit den übrigen Mitgliedstaaten zeige.<sup>1117</sup>

Auch nach dem Gipfel widmeten die französischen Zeitungen Thatcher mehrere Schlagzeilen, ohne zu einer eindeutigen Einschätzung zu kommen: So sprach *Le Figaro* vom „splendide isolement“ de la Dame de fer“, relativierte dann aber: „Malgré les profonds désaccords, tous les ponts ne sont pas rompus“.<sup>1118</sup> Ganz ähnlich erklärte auch *Le Monde*, Thatcher sei in Rom „complètement isolée“ gewesen und mit ihrem Versuch gescheitert, die Debatte von der Vertragsreform abzulenken;<sup>1119</sup> ein Leitartikel hingegen konstatierte, Thatcher wolle trotz ihres Widerspruchs zu den Reformplänen keine „bouderie stérile“ betreiben, sondern „jouer le jeu, avec l'espoir d'en influencer autant que possible le cours“.<sup>1120</sup> Ein weiterer Bericht hob zudem erneut die Ähnlichkeiten zwischen Thatchers europapolitischer „vision“ und jener des General de Gaulle hervor und betonte:

On aurait tort de considérer avec dédain son plaidoyer passionné pour l'Europe des patries. M<sup>me</sup> Thatcher se sent aussi européenne que MM. Kohl, Mitterrand ou Delors. Simplement, elle a une autre idée de l'Europe [...].<sup>1121</sup>

1116 LM 12.10.1990:1.

1117 LM 27.10.1990:8; ähnlich LF 27.10.1990:2a. Ein Leitartikel in *Le Monde* hob zudem den britischen Beitritt zum EWS als eine gute Nachricht hervor (LM 19.10.1990:1).

1118 LF 29.10.1990:5b.

1119 LM 30.10.1990:8a.

1120 LM 30.10.1990:1.

1121 LM 01.11.1990:7.

Diese Anerkennung von Thatchers Positionen als anderen Vorstellungen grundsätzlich gleichwertige „idée de l'Europe“ und die Anspielung auf De Gaulle deuteten noch einmal einen Deutungsrahmen an, in dem Thatcher nicht nur die Rolle als Vertreterin des britischen Interesses, sondern als Repräsentantin der europäischen Nationalkonservativen zukam. Allerdings wurden diese Parallelen zwischen Thatcher und den französischen Gaullisten in *Le Monde* nicht vertieft. Ein Artikel, der nach Thatchers Rücktritt den Einfluss der britischen Premierministerin auf die wirtschaftsliberale Linie der französischen Oppositionsparteien thematisierte, betonte sogar ausdrücklich:

Référence [...] en matière de libéralisme, M<sup>me</sup> Thatcher ne l'est pas devenue, en revanche, pour la droite française en matière européenne. M. Balladur estime que le débat [...] sur cette question ne doit rien aux positions proclamées par le premier ministre britannique [...].<sup>1122</sup>

Etwas ausführlicher erschienen die Parallelen zwischen britischen Konservativen und französischen Gaullisten hingegen im *Figaro*. In einem Text über die außen- und europapolitischen Positionen von Jacques Chirac erwähnte die konservative Zeitung unter anderem auf dessen Forderung nach einer „monnaie commune“ statt einer „monnaie unique“ und zitierte den RPR-Chef mit dem Satz: „Margaret Thatcher n'a pas toujours tort.“<sup>1123</sup> Wenige Tage später brachte ein Kommentar diese Aussage Chiracs auch explizit mit dem britischen Hard-ECU-Plan und der „vieille polémique sur la supranationalité“ in Verbindung.<sup>1124</sup> Wenigstens in einigen Artikeln zeigte sich an dieser Stelle also erneut ein gesamteuropäisch-weltanschauliches Deutungsmuster für die Vertragsverhandlungen. Insgesamt blieb dies in der Berichterstattung jedoch eine Ausnahme, und auch eine vertiefte inhaltliche Auseinandersetzung mit den konkreten Alternativvorschlägen Thatchers fehlte in den französischen Zeitungen erneut.

---

1122 LM 24.11.1990:8. Lediglich ein Europaabgeordneter des Front National, Yvan Blot, wurde mit einer wohlwollenden Äußerung über Thatchers Verteidigung der „Europe des patries face à l'Europe fédérale et cosmopolite“ zitiert.

1123 LF 03.11.1990:7.

1124 LF 07.11.1990:2. Als weiteren Unterstützer Thatchers und Chiracs nannte *Le Figaro* den deutschen Bundesbankchef Pöhl, der die Schlussfolgerungen des Europäischen Rates in Rom als ungenügend „pour une décision de portée aussi vaste que le lancement de l'union monétaire“ bezeichnet habe. Dass Pöhl wenige Monate zuvor den Hard-ECU-Plan öffentlich abgelehnt hatte, erwähnte der Artikel hingegen nicht.

Die britische Regierungskrise im November selbst wurde in *Le Monde* und *Le Figaro* aufmerksam mitverfolgt. Dabei verwiesen sie ebenso wie die deutschen Medien vor allem in den ersten Tagen immer wieder auf die Europapolitik, speziell Thatchers Ablehnung der Währungsunion, als den zentralen Konflikt, der zum Rücktritt Geoffrey Howes und den weiteren Verwerfungen in der Conservative Party geführt habe.<sup>1125</sup> Später wurde dies allerdings relativiert, da Thatcher selbst sich nicht als „anti-européenne“ verstehe und die Europapolitik auch nicht als wichtigen innerparteilichen Gegensatz ansehe.<sup>1126</sup> Als weitere Argumente der Thatcher-Gegner wurden nun vermehrt der Konflikt um die *poll tax* sowie die schlechten Umfragewerte der Partei genannt.<sup>1127</sup> In einigen Artikeln wurden die europapolitischen Gegensätze sogar überhaupt nicht mehr erwähnt.

Auch nach Thatchers Rücktritt nannten viele Rückblick-Artikel zwar die Europapolitik als wichtiges Thema ihrer Regierungszeit, rückten sie aber nicht in den Vordergrund.<sup>1128</sup> Berichte über die Reaktionen anderer europäischer Politiker gaben allerdings prominent die Äußerungen des französischen Außenministers Dumas und des belgischen Ministerpräsidenten Martens wieder, die erwarteten, dass die britische Regierung ohne Thatcher kompromissbereiter würde.<sup>1129</sup> Beide Zeitungen sahen dies grundsätzlich als positive Entwicklung,<sup>1130</sup> ähnlich wie in den deutschen Medien fand sich vereinzelt aber auch die Einschätzung, dass Thatchers europapo-

---

1125 Z. B. LM 03.11.1990:1, LM 03.11.1990:6b, LM 03.11.1990:6c, LM 03.11.1990:6a, LM 04.11.1990:5, LM 06.11.1990:8, LM 15.11.1990:5, LM 21.11.1990:6; LF 03.11.1990:2, LF 15.11.1990:6, LF 16.11.1990:4, LF 21.11.1990:4b, LF 22.11.1990:8. Vor allem *Le Monde* gebrauchte zudem das Wort „pro-européens“ wiederholt als generischen Begriff für die innerparteilichen Gegner Thatchers (z. B. LM 09.11.1990:8, ähnlich LM 14.11.1990:5, LM 16.11.1990:5). Seltener fand sich auch „anti-Européens“ als Bezeichnung für den Thatcher-freundlichen Flügel (so LF 05.11.1990:7).

1126 LM 14.11.1990:5, ähnlich LF 21.11.1990:4a sowie bereits LM 03.11.1990:6c.

1127 LM 16.11.1990:5, LM 21.11.1990:6, LM 22.11.1990:1b, LM 22.11.1990:3, LF 15.11.1990:6, LF 17.11.1990:2, LF 19.11.1990:2b, LF 22.11.1990:8.

1128 LM 23.11.1990:1b, LM 23.11.1990:2, LF 23.11.1990:5, LM 24.11.1990:1b, LF 23.11.1990:2, LF 23.11.1990:3, LF 23.11.1990:4b.

1129 LF 23.11.1990:4a, LM 24.11.1990:1b, LM 24.11.1990:6; ähnlich auch LF 24.11.1990:5b, LM 24.11.1990:10, LM 24.11.1990:9. Relativierend dazu stellte ein Leitartikel in *Le Monde* fest, Thatcher habe für die anderen EG-Staaten zuletzt ohnehin an Bedeutung verloren, da sie sich letztlich immer wieder auf Zugeständnisse habe einlassen müssen, die sie zuvor abgelehnt hatte (LM 24.11.1990:1a).

1130 Z. B. LF 23.11.1990:4c.

litisches Bremsen durchaus „d’appréciables vertus“ gehabt habe.<sup>1131</sup> Explizite Unterstützung fand Thatcher im *Figaro* durch Alain Peyrefitte, der schon in früheren Beiträgen immer wieder auf Argumentationsmuster der britischen Konservativen zurückgegriffen hatte. In einem Leitkommentar lobte er die zurückgetretene Premierministerin nun für ihre Erfolge gegen Sozialismus und „eurocratie“:

[E]lle luttait en fait pour toutes les vieilles nations d’Europe. Elle avait l’audace de proclamer que les États-Unis d’Europe ne sauraient se construire sur le modèle des États-Unis d’Amérique. Nous étions parfois bien contents de la laisser se battre pour nous.<sup>1132</sup>

Wer mit diesem „nous“ genau gemeint war – ob Frankreich als eine andere der „vieilles nations“ oder die Gaullisten als Teil einer europaweiten nationalkonservativen Bewegung –, ließ der Kommentar allerdings offen. Ein einzelner Artikel ging schließlich auch auf den sonst ebenfalls nur in den britischen Medien verbreiteten ‚Guter-Europäer‘-Topos ein und erklärte, dass Großbritannien die EG-Richtlinien zuverlässiger umsetze als andere Mitgliedstaaten und deshalb eigentlich als „l’un des meilleurs élèves de la classe européenne“ gelten müsse.<sup>1133</sup>

In der Berichterstattung über Thatchers Nachfolgekandidaten Michael Heseltine, Douglas Hurd und John Major spielte die Europapolitik wiederum nur eine untergeordnete Rolle; in Profildarstellungen bezeichnete *Le Monde* jeden der drei als „pro-européen“.<sup>1134</sup> Nach der Wahl Majors am 27. November beschrieb ein Leitartikel diesen als europapolitisch „relativement flou“,<sup>1135</sup> ein Porträt sprach von seiner „discrétion de chat sur ses convictions européennes“.<sup>1136</sup> Seine ersten europapolitischen Äußerungen zwischen der Wahl und dem Gipfel von Rom wenige Wochen später wer-

---

1131 So LM 24.11.1990:9 (vgl. ähnlich auch FAZ 29.11.1990:3a).

1132 LF 23.11.1990:1.

1133 LF 24.11.1990:5b.

1134 LM 24.11.1990:7a, LM 24.11.1990:7b, LM 24.11.1990:7c, ähnlich auch LF 24.11.1990:5a. Ein anderer Artikel erwähnte, dass Geoffrey Howe Heseltine als „le ‚meilleur européen‘ des trois“ bezeichnet habe (LM 27.11.1990:5); ein weiterer betonte, dass Major die Unterstützung der „droite nationaliste et anti-européenne du parti“ habe (LM 28.11.1990:3). In vielen Berichten über die Nachfolgefrage trat die Europapolitik jedoch wieder hinter anderen Aspekten, besonders die Wahlaussichten der Conservative Party, zurück (z. B. LM 25.11.1990:3, LF 27.11.1990:8).

1135 LM 29.11.1990:1.

1136 LM 29.11.1990:6. Darüber hinaus nahm der Artikel Majors Wahl jedoch auch zum Anlass, erstmals den nach ihm benannten Vorschlag für einen „écu dur“



teten die französischen Zeitungen jedoch klar als ein Zeichen für Verhandlungswillen. So stellte *Le Figaro* fest, dass Major eine „Europe fédérale“ und eine „monnaie européenne unique“ weiterhin ablehne, sich dabei aber „plus constructif“ zeige als seine Vorgängerin.<sup>1137</sup> Ein anderer Artikel resümierte: „Sur l'Europe, il ne renie rien de l'héritage thatchérien. Mais il est moins dogmatique.“<sup>1138</sup> Auffälligerweise wurde diese erwartete Kompromissbereitschaft Majors auch im *Figaro* einhellig positiv bewertet; ein Leitkommentar nannte die „intransigence anti-européenne“ gar als einen der zentralen Fehler Thatchers.<sup>1139</sup> Sorgen, dass mit Major die nationalkonservative Position im Europäischen Rat geschwächt würde, fanden sich hingegen nicht.

Auch wenn mehrere Texte vor allem im *Figaro* also einen länderübergreifenden nationalkonservativen Diskurs andeuteten, folgte der größere Teil der Berichterstattung in beiden französischen Zeitungen letztlich einem mitgliedstaatlich-außenpolitischen Deutungsmuster. *Le Figaro* sah zwar Parallelen zwischen Thatcher und den französischen Gaullisten und äußerte in verschiedenen Kommentaren auch Sympathie für sie. Trotzdem behandelte die Zeitung ihre Abwahl nicht in erster Linie als eine Niederlage der europäischen Nationalkonservativen, sondern als innerbritische Angelegenheit, die für den Rest der EG vor allem insofern relevant war, als sie die Verhandlungen zwischen den Regierungen vereinfachte. Bezeichnend war in diesem Sinn die Formulierung eines Artikels, der nach Majors

---

genauer zu erklären. *Le Monde* wertete den Major-Plan nun durchaus wohlwollend als „une solution pragmatique, à l'anglaise“. Zugleich äußerte die Zeitung jedoch auch die Vermutung, der Plan habe für Major vielleicht nur einen strategischen Zweck gehabt, um Thatchers grundsätzliche Ablehnung einer gemeinsamen Währung zu überwinden, und sei nach ihrem Rücktritt obsolet geworden (LM 29.11.1990:6, ähnlich auch LF 30.11.1990:6).

1137 So LF 01.12.1990:3, ähnlich LF 29.11.1990:1, LF 29.11.1990:10a, LM 30.11.1990:5.

1138 LF 28.11.1990:4a. Ganz ähnlich formulierte *Le Monde*, dass Major nicht Thatchers „esprit de croisade“ besitze (LM 06.12.1990:1). Auch der italienische Außenminister Gianni De Michelis bestätigte diese Einschätzung in einem Interview (LM 13.12.1990:1). Dass von Major nur ein versöhnlicherer Stil, keine inhaltliche Änderung der britischen Position zu erwarten sei, wurde von den französischen Zeitungen damit erklärt, dass der britische Premierminister auf den weiterhin europaskeptischen Diskurs in der Conservative Party Rücksicht nehmen müsse (LM 15.12.1990:4, ähnlich LF 14.12.1990:3a). Mit dieser Gegenüberstellung von Stil und Substanz der britischen Europapolitik griffen sie ein Thema auf, das zur selben Zeit auch in der britischen Presse zentral war (siehe unten, Dritter Teil, Kapitel 4.3.2).

1139 LF 28.11.1990:1.

#### 4. Die zweite Phase der Verhandlungen

Amtsantritt eine „attitude plus positive de la Grande-Bretagne envers l'Europe“ erwartete – und damit metonymisch die britische Regierung mit dem ganzen Land gleichsetzte.<sup>1140</sup>

Umgekehrt blieb auch die linksliberale *Le Monde* bei einem weitgehend intergouvernementalen Interpretationsrahmen, selbst als sie Anfang Dezember einen langen Artikel über die Europapolitik des britischen Oppositionsführers Neil Kinnock veröffentlichte. Der Labour-Chef, so war darin zu lesen, halte britische Politiker grundsätzlich für „plus pragmatiques“ und rechne den „vastes projets, allemands et français, d'intégration européenne“ keine hohe Bedeutung zu – eine Einstellung, die die Zeitung etwas distanziert als „pas [...] moins nuancée que celle du gouvernement conservateur“ bezeichnete, „même si les réserves portent sur des sujets différents“.<sup>1141</sup> Obwohl *Le Monde* der britischen Opposition mit dem Artikel ungewöhnlich viel Platz einräumte, fügte sich die Darstellung also nicht in ein Deutungsmuster gesamteuropäisch-weltanschaulicher Unterschiede ein. Dass Kinnock zur gleichen Parteienfamilie gehörte wie etwa François Mitterrand, spielte nahezu keine Rolle.

#### „Il faut parier sur l'Allemagne“: Diplomatische Beziehungen im Zentrum der Berichterstattung zum zweiten Gipfel von Rom

Nach dem ersten Dubliner Gipfel hatte das deutsch-französische Verhältnis für die europapolitische Debatte in Frankreich etwas an Bedeutung verloren. In der Berichterstattung über den zweiten Dubliner Gipfel im Juni erschienen Kohl und Mitterrand meist als Partner; die überwundene diplomatische Krise erschien jedoch nicht mehr als ein zentrales Motiv. Erst der Vollzug der deutschen Wiedervereinigung bewirkte, dass die bilateralen Beziehungen zwischen den beiden Ländern im Oktober 1990 erneut an medialer Präsenz gewannen. Bemerkenswerterweise änderte sich dabei allerdings die Rollenverteilung zwischen den beiden französischen Zeitungen: Hatte zuvor *Le Monde* die Entwicklungen in Deutschland meist wohlwollend begleitet, während *Le Figaro* eine gewisse Skepsis zeigte, so war es nun genau umgekehrt. In den Wochen vor dem ersten Gipfel von Rom äußerte sich die gaullistische Zeitung durchaus positiv über den Bundeskanzler, der eine „Allemagne unifiée et Europe unie“ anstrebe, und verwies auf die deutsch-französische Kooperation in den Reformverhandlungen: Nach

---

1140 LF 01.12.1990:3.

1141 LM 07.12.1990:6.

der Wiedervereinigung, so *Le Figaro*, wolle Kohl nun „accélérer [...] la cadence européenne, sous une double commande franco-allemande“.<sup>1142</sup> *Le Monde* hingegen äußerte nun wiederholt Sorgen über die künftige deutsche Rolle in Europa, wobei sowohl eine zu mächtige als auch eine abwesende, desinteressierte oder nach Osten orientierte Bundesregierung als ein Risiko für die EG beschrieben wurden.<sup>1143</sup> Auch Jacques Delors hob in einem Interview hervor, die deutsche Wiedervereinigung sei zwar grundsätzlich vorteilhaft, aber nur, sofern dies nicht zu Lasten des „rythme d'intégration“ der EG gehe.<sup>1144</sup>

Im Mittelpunkt dieser neuen Zweifel standen die schwierigen Verhandlungen über die gemeinsame Währung, in denen sowohl der Zeitplan als auch die genaue Ausgestaltung zwischen Deutschland und Frankreich umstritten waren. So zitierte und übernahm *Le Monde* in mehreren Artikeln eine Einschätzung Mitterrands, nach der die Gespräche zur Politischen Union weitaus einfacher voranschritten als jene zur Währungsunion.<sup>1145</sup> Jacques Delors erklärte in dem Interview, die Festlegung eines festen Datums für den Übergang zur zweiten Stufe der Währungsunion „est devenue un test de la confirmation de la volonté allemande de construire l'Europe“.<sup>1146</sup> Dass Kohl Mitte Oktober tatsächlich einen festen Zeitplan akzeptierte, wertete ein Leitartikel in *Le Monde* ausdrücklich als gute Nachricht.<sup>1147</sup> Weiterhin fand sich aber immer wieder Misstrauen gegenüber dem deutschen Einfluss auf die institutionelle Ausgestaltung: So kritisierte etwa der sozialistische Politiker Laurent Fabius in einem Interview die „augmentation des exigences allemandes“ in Bezug auf die Unabhängigkeit der nationalen Zentralbanken. Im Gegenzug forderte er, dass nun auch Deutschland auf Frankreich zugehen und sich zur Souveränitätsteilung in anderen Bereichen, „particulièrement la sécurité“, bereit erklären

---

1142 LF 18.10.1990:3, ähnlich LF 27.10.1990:1, LF 27.10.1990:2a, LF 19.11.1990:2a.

1143 LM 12.10.1990:1, LM 12.10.1990:10c.

1144 LM 12.10.1990:1.

1145 LM 10.10.1990:11 (mit ausdrücklichem Verweis auf Mitterrand), LM 19.10.1990:1, LM 27.10.1990:8. Auch ein Artikel im *Figaro* beschrieb die Politische Union als wenig konfliktbelastet, allerdings auch noch sehr unklar (LF 25.10.1990:5). Ein anderer Artikel hingegen folgte dem traditionellen Narrativ und bezeichnete die Verhandlungen zur Währungsunion als weit fortgeschritten, die gemeinsame Außenpolitik hingegen als „plus confuse“ (LF 27.10.1990:1).

1146 LM 12.10.1990:1.

1147 LM 19.10.1990:1. Zugleich bemängelte der Leitartikel allerdings auch, dass dieses Datum erst 1994 sein sollte, statt mit dem Abschluss des Binnenmarktprojekts 1993 zusammenzufallen.

solle.<sup>1148</sup> Auch der schon erwähnte Leitartikel nannte neben Großbritannien ausgerechnet Frankreich als ein Land, das gegenüber der Währungsunion skeptisch eingestellt sei.<sup>1149</sup> Nach dem ersten Gipfel von Rom traten diese Bedenken allerdings rasch wieder in den Hintergrund. Stattdessen hob *Le Monde* nun nur noch hervor, dass Mitteleuropa entscheidenden Einfluss auf den beschlossenen Zeitplan ausgeübt habe, und ging weder auf die vorherigen deutsch-französischen Spannungen noch überhaupt auf die Frage der institutionellen Ausgestaltung der Währungsunion ein.<sup>1150</sup>

Erst nach dem britischen Regierungswechsel geriet die bilaterale Zusammenarbeit zwischen Frankreich und Deutschland in den Tagen vor dem zweiten Römer Gipfel im Dezember 1990 wieder in den Hauptfokus der Berichterstattung. Besonders *Le Figaro* äußerte sich dabei weiterhin sehr positiv zu der neuen europäischen Rolle des wiedervereinigten Nachbarlands. Ein Kommentar über Kohls Wahlsieg bei den Bundestagswahlen Anfang Dezember hob die Bundesregierung als ein „*élément de l'unification harmonieuse de la Communauté européenne*“ hervor.<sup>1151</sup> Ein anderer empfahl der französischen Regierung explizit, sich außenpolitisch an den erstarkten Nachbarn anzulehnen: „*Il faut parier sur l'Allemagne*“.<sup>1152</sup> Damit einher ging auch ein klar intergouvernementales Verständnis der europäischen Integration, in dessen Mittelpunkt letztlich nationale französische Machtpolitik stand:

Il est certain que le rêve français d'ordonner la construction européenne doit être abandonné. [...] Il reste que la France demeure un partenaire économique et politique fondamental pour l'Allemagne. [...] Il reste, plus que jamais, que le nouvel axe Bonn-Paris doit constituer l'épine dorsale d'une Europe qui demeure en construction [...] <sup>1153</sup>

---

1148 LM 12.10.1990:10c, zur Kritik an den deutschen Forderungen zur Währungsunion ähnlich auch LM 19.10.1990:1.

1149 LM 19.10.1990:1.

1150 LM 30.10.1990:8a, ebenfalls positiv zur Währungsunion: LM 30.10.1990:1.

1151 LF 03.12.1990:6a, ähnlich LF 03.12.1990:6b.

1152 LF 04.12.1990:2. Umgekehrt sah ein anderer Artikel die deutsch-französische Zusammenarbeit aber auch im Interesse von Helmut Kohl, der nach seiner Wiederwahl bei der Bundestagswahl Anfang Dezember 1990 vor großen Herausforderungen stehe (LF 03.12.1990:6b).

1153 LF 04.12.1990:2, ähnlich LF 06.12.1990:3, LF 12.12.1990:2. Andere Kommentare sahen die neue deutsche Hegemonie kritischer. Auch sie stellten jedoch nicht die europäische Integration in Frage, sondern forderten lediglich die französische Regierung zu größeren Anstrengungen auf: „*Il serait suicidaire pour la France de jeter la construction européenne aux orties. Mais comment*

Demgegenüber fanden sich in *Le Monde* weiterhin etwas häufiger Anspielungen auf die Sorge vor einer neuen deutschen Hegemonie. Vor dem Hintergrund einer generell positiven Einschätzung der Vertragsreformen<sup>1154</sup> galt eine vertiefte europäische Integration jedoch auch hier als geeignete Strategie für dauerhaft gute bilaterale Beziehungen.<sup>1155</sup> Auf besonderes Interesse stieß dabei das Schreiben zur Politischen Union, das Kohl und Mitterrand am 6. Dezember veröffentlichten: So erklärte *Le Monde*, die gemeinsame Initiative widerlege „l'idée que l'unification de l'Allemagne avait durablement émuoussé l'entente entre Paris et Bonn et compromis la capacité du ‚couple‘ franco-allemand à faire avancer l'Europe“.<sup>1156</sup> Zwar stellten beide französischen Zeitungen auch einige Interessenunterschiede zwischen den beiden Regierungen fest, insbesondere was die Rolle der nationalen Parlamente und der Regionen sowie die Sicherheitspolitik betraf.<sup>1157</sup> Diese Gegensätze wurden in der Berichterstattung jedoch als überbrückbar angesehen und weniger hervorgehoben als zur selben Zeit in FAZ und SZ.

Gegenüber der Zufriedenheit über das gute bilaterale Verhältnis spielten die konkreten Inhalte des gemeinsamen Vorschlags wieder einmal nur eine untergeordnete Rolle. Als sein Kernstück und „élément déterminant, fédérateur, de l'union politique européenne“ beschrieben die französischen Zeitungen erneut die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik.<sup>1158</sup> Ganz auf der Linie des mitgliedstaatlich-außenpolitischen Deutungsmusters kam es für *Le Monde* dabei aber wiederum vor allem darauf an, ob sich die eigene Regierung mit ihren Zielen durchgesetzt habe. So interpretierte sie die Einwilligung, den Bereich der gemeinsamen Außenpolitik auch auf die Beziehungen zu den ehemaligen Kolonien in Afrika

---

pourrait-elle accepter que s'échafaude sous ses yeux, et sans réagir, une Europe allemande, de l'Atlantique à l'Oural? Elle ne doit plus se laisser distancer. Il ne tient qu'à elle“ (LF 11.12.1990:1, ähnlich LF 11.12.1990:4b, LF 11.12.1990:4a).

1154 Unter anderem veröffentlichte *Le Monde* mehrere Umfragen, die eine große Zustimmung der französischen oder europäischen Befragten zu der geplanten Reform zeigten (LM 05.12.1990:8, LM 13.12.1990:4c). Auch im *Figaro* bezeichnete ein Kommentar den „processus de la construction communautaire“ als „vital pour le maintien de la stabilité de notre continent tout entier“ (LF 12.12.1990:2).

1155 LM 07.12.1990:8, LM 14.12.1990:2.

1156 LM 09.12.1990:1, ähnlich LF 10.12.1990:6, LF 14.12.1990:1.

1157 LM 09.12.1990:1, LF 10.12.1990:6, LF 12.12.1990:2.

1158 LM 14.12.1990:1, ähnlich LF 14.12.1990:1 sowie unter Verweis auf Vertreter der französischen Regierung LF 05.12.1990:6.

auszudehnen, als ein Zugeständnis Mitterrands.<sup>1159</sup> Ein Erfolg sei hingegen, dass der gemeinsame Vorschlag eine „relation organique claire“ zwischen der Politischen Union und der WEU vorsehe, was „les chances d’une future défense européenne“ verbessere. In der „véritable course de vitesse [...] entre la référence à l’OTAN et la référence à l’Europe“ begünstige diese Formulierung die „européens“, zu denen die französische Regierung zähle, gegenüber den „atlantistes“ wie Großbritannien.<sup>1160</sup>

Die Reaktionen der übrigen Mitgliedstaaten auf das deutsch-französische Schreiben beschrieben die französischen Zeitungen hauptsächlich als positiv. Als mögliche Gegner nannte *Le Monde* lediglich Großbritannien und die Niederlande, wenn auch aus unterschiedlichen Gründen: Während Großbritannien eine gemeinsame EG-Außenpolitik grundsätzlich ablehne und stattdessen nur eine diplomatische Zusammenarbeit im Rahmen der EPZ und der NATO unterstütze, missbilligten die Niederlande die vorgesehene Schlüsselrolle des Europäischen Rates.<sup>1161</sup> Insbesondere letztere Frage galt als Schlüsselthema für den zweiten Gipfel in Rom, wobei die niederländische Position wie schon im Juni mit der Sorge vor einer künftigen Dominanz der großen Mitgliedstaaten begründet wurde.<sup>1162</sup> Argumente der europäischen Demokratie spielten hingegen kaum eine Rolle; lediglich eine kurze Agenturmeldung griff ein Zitat des niederländischen Außenministers Van den Broek auf, für den die Stärkung des Europäischen Rates „ne constitue pas un gage de démocratisation des institutions européennes“.<sup>1163</sup> *Le Figaro* wiederum nahm die niederländische Kritik zum Anlass für eine sehr allgemeine Betrachtung über die Vielzahl an Europakonzeptionen, wobei die Zeitung sowohl nationale als auch parteipolitische Gegensätze thematisierte:

---

1159 LM 09.12.1990:1.

1160 Dass das gemeinsame deutsch-französische Schreiben explizit auch eine Stärkung der NATO zum Ziel erklärte, solle hingegen nur etwaigen negativen Reaktionen der ‚Atlantiker‘ vorbeugen (ebd., ähnlich LF 10.12.1990:6). Ein Kommentar im *Figaro* hingegen erklärte „le vieux débat entre l’Europe atlantique‘ et l’Europe européenne“ generell für überholt und begrüßte, dass die deutsche und französische Regierung NATO und WEU gleichermaßen in den Blick nähmen (LF 12.12.1990:2).

1161 LM 14.12.1990:1, ähnlich auch LF 14.12.1990:3b.

1162 LM 14.12.1990:1, LM 16.12.1990:3.

1163 LM 11.12.1990:3. Ein *Figaro*-Kommentar wiederum sprach nur allgemein von einem „déficit démocratique“ der EG, das es zu lösen gelte, ohne auf konkrete Reformvorschläge einzugehen (LF 12.12.1990:2).

Les conceptions de l'Europe varient encore d'un bout à l'autre du continent. Il y [sic] les fédéralistes (Italie, Benelux), les régionalistes (l'Allemagne), les nationalistes (la Grande-Bretagne), les atlantistes (Danemark, Pays-Bas, Grande-Bretagne), les neutres (l'Irlande), sans compter tous ceux qui peuvent varier selon l'équipe gouvernementale en place: si les démocrates-chrétiens sont, par exemple, de farouches partisans des „États-unis d'Europe“, si les socialistes sont assez largement intégrationnistes, ce n'est pas le cas des gaullistes ou des conservateurs ...<sup>1164</sup>

Eine detailliertere Analyse dieser sich überlagernden Kontrastlinien blieb allerdings aus – und auch eine intensive Auseinandersetzung mit der von den Niederlanden geforderten Aufwertung des Europäischen Parlaments gab es in den französischen Zeitungen nicht.

Als wichtigster institutioneller Konflikt galt vielmehr das Verhältnis zwischen dem Europäischen Rat und der Europäischen Kommission, die einen Verlust ihres traditionellen Initiativmonopols befürchte. Mit seinen Einwänden gegen den deutsch-französischen Vorschlag war Kommissionspräsident Jacques Delors auch der einzige europapolitische Akteur, der in den französischen Medien regelmäßig neben den Regierungen der Mitgliedstaaten in Erscheinung trat.<sup>1165</sup> Allerdings stellten sich beide untersuchten Zeitungen in dem Konflikt hinter die eigene Regierung: Ein *Figaro*-Leitkommentar argumentierte, die Außenpolitik sei „aussi près à la souveraineté des États“, dass eine Übertragung von Kompetenzen auf die Kommission wenigstens kurzfristig nicht möglich sei.<sup>1166</sup> *Le Monde* wiederum zitierte die französische Europaministerin Guigou, es sei „pas pensable [...] de déléguer à un organisme supranational des pouvoirs qui appartiennent actuellement aux chefs d'État et de gouvernement“. Aus Sicht von François Mitterrand spreche sogar die demokratische Legitimität für eine Stärkung des Europäischen Rates, da dieser aus „personnalités qui sont élues au suffrage universel“ bestehe und deshalb am besten geeignet sei „de faire accepter par les opinions publiques les avancées européennes“.<sup>1167</sup> Nicht weiter problematisiert wurde dabei, dass dieses Argument so nur im politischen System Frankreichs Sinn ergab, da nur hier die Außenpolitik die besondere Domäne eines direkt gewählten Staatspräsidenten war. Auch dass Helmut Kohl als wichtigster Verbündeter Mitterrands bei der

---

1164 LF 14.12.1990:3b.

1165 LF 14.12.1990:1, LM 14.12.1990:1, LM 16.12.1990:3, ähnlich schon LF 01.12.1990:6, LF 10.12.1990:6, LM 09.12.1990:1.

1166 LF 14.12.1990:1.

1167 LM 16.12.1990:3.

Demokratisierung der EG eigentlich ebenfalls auf das Europäische Parlament statt den Europäischen Rat setzte, wurde in den französischen Zeitungen kaum thematisiert. Vielmehr stellte *Le Monde* die Zitate Guigous und Mitterrands nicht als nationale Position Frankreichs, sondern als Verteidigung des *gemeinsamen* deutsch-französischen Vorschlags dar. Der Kontext musste den Leser deshalb vermuten lassen, dass auch die deutsche Bundesregierung die von Mitterrand vertretene Sichtweise teilte.

Zu einem Konfliktthema wurde in *Le Monde* hingegen noch einmal das andere große Projekt der Vertragsreform: die Währungsunion. Nachdem diese im Oktober erstmals in einzelnen Texten auf Vorbehalte gestoßen war, äußerten nun mehrere Artikel offene Kritik. So stellte ein Kommentar in Zweifel, ob eine einheitliche Währung ohne eine gemeinsame Sozial- und Budgetpolitik erfolgreich sein könne,<sup>1168</sup> ein anderer lehnte die Währungsunion unter Berufung auf die nationale Souveränität rundheraus ab.<sup>1169</sup> Vor allem aber übernahm die Zeitung die Forderung des französischen Finanzministers Pierre Bérégovoy, dass es neben der Europäischen Zentralbank ein „gouvernement économique“ durch den Europäischen Rat und den Ministerrat geben müsse. Ganz im Sinne des mitgliedstaatlich-außenpolitischen Paradigmas wurden die verschiedenen Ansichten in dieser Debatte meist als nationale Positionen gedeutet. Insbesondere postulierte *Le Monde* einen kulturellen Gegensatz zwischen dem deutschen „extrémisme dans le discours de l’indépendance [de la banque centrale]“ und der französischen Tradition, die durch eine enge Zusammenarbeit zwischen Regierung und Zentralbank geprägt sei.<sup>1170</sup> Ein gesamteuropäisch-parteilpolitischer Deutungsrahmen fand sich hingegen nur in einzelnen Artikeln: So erschien die Forderung, dass die Aufgabenstellung der Zentralbank neben der Preisstabilität auch die Beschäftigungsrate berück-

---

1168 LM 15.12.1990:1.

1169 LM 04.12.1990:2.

1170 LM 07.12.1990:33. Das in den deutschen Zeitungen verbreitete Argument, dass die Bundesrepublik mit dem Verzicht auf die D-Mark bereits ein entscheidendes Opfer bringe und entsprechend auch ein besonderes Anrecht habe, mit ihren Forderungen nach einer weiteren Ausgestaltung der Vertragsreform berücksichtigt zu werden, erwähnte *Le Monde* hingegen nicht einmal andeutungsweise – mit Ausnahme einer Kurzmeldung über eine Äußerung des CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden Dregger, der eine Revision der französischen Verteidigungspolitik im Rahmen einer europäischen Sicherheitsunion zur Bedingung für die gemeinsame Währung machte (LM 13.12.1990:4b).



sichtigen sollte, auch in dem Bericht von *Le Monde* über den Kongress des BSPEG.<sup>1171</sup>

Im *Figaro* spielte die Währungsunion hingegen generell keine zentrale Rolle mehr. Ein Kommentar äußerte sich sehr positiv zu dem Modell einer unabhängigen Europäischen Zentralbank nach deutschem Vorbild.<sup>1172</sup> Ansonsten wurde das Thema jedoch nur noch am Rande erwähnt: Ein weiterer Beitrag bezeichnete die Vorbereitungen zur Währungsunion als „chose faite“,<sup>1173</sup> der Vorstoß Bérégovoy wurde überhaupt nicht behandelt.

Die Ergebnisse des Dezember-Gipfels schließlich nahmen *Le Monde* und *Le Figaro* durchaus positiv auf. Allerdings hoben sie die Eröffnung der Regierungskonferenzen nicht als ein zentrales Ereignis hervor, sondern betonten eher die Kontinuität der Verhandlungen. Insbesondere fanden sich hier im Gegensatz zu den deutschen Zeitungen keine euphorischen Zitate über die historische Bedeutung des Gipfels – was offenbar daran lag, dass Mitterrand, anders als Kohl, keine solche Äußerungen gemacht hatte. Stattdessen erwähnte *Le Figaro* lediglich, dass Jacques Delors Kohls Formulierung eines „sommet historique“ für verfrüht halte, da der endgültige Erfolg der Reform noch nicht gesichert sei.<sup>1174</sup> Auch *Le Monde* verwies noch einmal auf die verbleibenden offenen Fragen zur Politischen Union.<sup>1175</sup>

Als wichtigste Neuheit des Gipfels sah *Le Monde* die „grande amabilité“ Majors, der durch seinen freundlicheren Tonfall den „premier sommet consensuel [...] depuis fort longtemps“ ermöglicht habe.<sup>1176</sup> Genauere Erklärungen zu den britischen Positionen fanden sich in der Berichterstattung allerdings weiterhin nicht. *Le Figaro* wiederum legte den Schwerpunkt der Berichterstattung gar nicht allein auf die Eröffnung der Regierungskonferenzen, sondern auch auf Themen wie die Golfkrise oder die laufenden GATT-Verhandlungen – und, wieder einmal, auf die „bataille

---

1171 LM 13.12.1990:4a.

1172 LF 13.12.1990:2.

1173 LF 14.12.1990:1. Andere Artikel erwähnten allerdings Majors Gegenvorschlag einer „monnaie commune“, donc parallèle“ als noch offenen Verhandlungspunkt (LF 14.12.1990:3b). Ein Kommentar behauptete sogar, die EG plane „[l]a mise en place d’une ‚monnaie commune‘, que deviendra peut-être, un jour, une ‚monnaie unique“ – und suggerierte damit, offenbar irrtümlich und ohne Major explizit zu erwähnen, dass der Hard-ECU-Plan die eigentliche Grundlage der Verhandlungen wäre (LF 12.12.1990:2).

1174 LF 17.12.1990:6b.

1175 LM 16.12.1990:3, LM 18.12.1990:5, ähnlich auch LF 17.12.1990:6b.

1176 LM 16.12.1990:1b.

#### 4. Die zweite Phase der Verhandlungen

du siège“, also die Frage nach dem Sitz des Europäischen Parlaments.<sup>1177</sup> Ausführlich gaben beide Zeitungen schließlich die Stellungnahme Jacques Delors' wieder, in der dieser seine „méfiance“ gegenüber der britischen Regierung ausdrückte und vor einer „crise politique“ warnte, falls Major seinen Hard-ECU-Plan weiterverfolgen würde.<sup>1178</sup> Die Eröffnung der Regierungskonferenzen, das wurde aus der Berichterstattung deutlich, war für die französischen Zeitungen lediglich ein weiterer Schritt in einem langen Verhandlungsprozess – wobei das Hauptinteresse nach wie vor weniger der Reform der EG selbst galt als vielmehr den diplomatischen Beziehungen zwischen ihren wichtigsten Mitgliedstaaten.

##### 4.2.2 Die Debatte über die nationale Europapolitik

*„La droite qui s'indigne et la gauche qui se tait“: Belebung der Debatte ohne klaren inhaltlichen Kristallisationspunkt*

Während der zweiten Phase der Verhandlungen belebte sich in Frankreich nicht nur die Berichterstattung über die zwischenstaatlichen Gespräche, sondern auch die Auseinandersetzung über die nationale Europapolitik – ohne freilich die Intensität der britischen Debatte zu erreichen. So berichteten die Zeitungen nach dem Fall der Berliner Mauer über die Reaktionen der französischen Opposition auf den Pariser Gipfel im November,<sup>1179</sup> über eine Europadebatte im französischen Senat,<sup>1180</sup> über eine Debatte in der französischen Nationalversammlung zu Kohls Zehn-Punkte-Plan zur deutschen Wiedervereinigung<sup>1181</sup> sowie kurz vor dem Gipfel von Straßburg über ein Treffen Mitterrands mit Vertretern der übrigen Parteien.<sup>1182</sup> *Le Figaro* veröffentlichte zudem ein langes Interview mit dem RPR-Vorsitzenden Jacques Chirac zu außenpolitischen Themen.<sup>1183</sup> Auch in der Berichterstattung über den Gipfel sowie über eine Europadebatte der Nationalversammlung wenige Tage später wurden die Reaktionen der französischen Parteien thematisiert.<sup>1184</sup>

---

1177 LF 15.12.1990:2, LF 17.12.1990:6a.

1178 LM 18.12.1990:5, ähnlich LF 17.12.1990:6b.

1179 LF 21.11.1989:9a.

1180 LF 21.11.1989:9b.

1181 LM 01.12.1989:3.

1182 LF 06.12.1989:7, LM 07.12.1989:3.

1183 LF 28.11.1989:6.

1184 LM 12.12.1989:48b, LM 14.12.1989:9, LF 12.12.1989:7.

Allerdings spielten inhaltliche Positionen zur Vertragsreform in diesen Texten nur eine eher untergeordnete Rolle. Sofern Oppositionspolitiker überhaupt mit konkreten Forderungen zitiert wurden, blieben diese entweder weitgehend unspezifisch<sup>1185</sup> oder betrafen die nationale Situation Frankreichs.<sup>1186</sup> Im Zentrum der Debatte stand hingegen die Frage, ob die Regierung genügend Einsatz gezeigt habe, um der französischen Diplomatie Geltung zu verschaffen. So sprach etwa Chirac im *Figaro*-Interview die Währungsunion nur ganz am Rande an und hob stattdessen die Veränderungen in Osteuropa, die deutsch-französischen Beziehungen sowie die Forderung nach einem größeren diplomatischen Gewicht des eigenen Landes hervor: „[L]a France doit porter un grand dessein et être le moteur de la nouvelle construction européenne“.<sup>1187</sup> Der PCF-Fraktionschef André Lajoinie wurde nach dem Gipfel von Straßburg mit der Äußerung zitiert, Mitterrand habe durch sein Nachgeben gegenüber Kohl eine „soumission de la France à cette Europe inféodée au capital allemand“ befördert.<sup>1188</sup> Der RPR-Generalsekretär Alain Juppé kritisierte, dass sich Kohl mit der Forderung durchgesetzt habe, die Regierungskonferenz erst nach der deutschen Wahl abzuhalten, sodass die Bilanz der französischen Ratspräsidentschaft „proche de zéro“ sei.<sup>1189</sup> Demgegenüber verwies ein PS-Vertreter auf das große „engagement international“ Mitterrands,<sup>1190</sup> und auch der CDS-Vorsitzende Pierre Méhaignerie bezeichnete den Gipfel als „un succès pour le président de la République“.<sup>1191</sup>

Auch wenn die Zeitungen den Reaktionen der französischen Parteien zu europapolitischen Ereignissen in der Berichterstattung nun einen größeren Raum einräumten, waren diese Parteipositionen nur selten das Thema von Meinungsartikeln. Eine Ausnahme bildete ein Kommentar im *Figaro*, der den Umgang der französischen Regierungspartei mit den Umstürzen in Osteuropa kritisierte. Der PS bleibe konkrete Vorschläge schuldig, wie Frankreich mit der Aussicht auf ein gestärktes, wiedervereinigtes

---

1185 *Le Figaro* zitierte beispielsweise einen Sieben-Punkte-Plan Jacques Chiracs zur Stärkung der EG, dessen erster Punkt sich auf „Accélérer la mise en œuvre de l'Europe“ beschränkte (LF 12.12.1989:7).

1186 So forderte Pierre Méhaignerie, die im Delorsplan vorgesehene Unabhängigkeit der französischen Zentralbank möglichst bald umzusetzen (LM 12.12.1989:48b).

1187 LF 28.11.1989:6.

1188 LM 12.12.1989:48b.

1189 Ebd.

1190 Ebd.; ähnlich auch LF 12.12.1989:6.

1191 LF 11.12.1989:12.

Deutschland umgehen solle. Stattdessen dominiere eine „lecture idéologique“, da die Parteispitze fürchte „que les événements en Europe centrale desservent la cause socialiste et renforcent, au contraire, l'Europe du libre-échange“. Mit dieser Kritik machte *Le Figaro* der französischen Regierungspartei implizit zum Vorwurf, in eine gesamt europäisch-weltanschauliche Auseinandersetzung verwickelt zu sein, statt mit diplomatischem Geschick das französische nationale Interesse zu vertreten – und verteidigte damit letztlich ein mitgliedstaatlich-außenpolitisches Verständnis der europäischen Integration:

Verra-t-on émerger cette « *volonté politique commune* » entre la France et l'Allemagne? N'est-ce pas prendre le risque d'une Europe dominée par le deutschemark? Quelle part, alors, reviendra aux relations entre Paris et Londres? [...] Autant de questions auxquelles il serait vain de chercher un début de réponse dans les rangs du PS. On leur préfère, à propos de l'Europe, les proclamations anticapitalistes et socialistes.<sup>1192</sup>

Obwohl die Auseinandersetzung mit der französischen Europapolitik also etwas an Intensität gewann, zeigte sich darin kein klarer inhaltlicher Kristallisationspunkt. Die Politiker-Stellungnahmen, die die Zeitungen zitierten, blieben heterogen und nahmen oft ganz unterschiedliche Aspekte in den Blick. Zudem kam es – trotz der deutlichen Kritik der Opposition an der diplomatischen Leistung der Regierung – kaum zu Konflikten über Sachfragen. An welchen Stellen sich die Europapolitik einer möglichen RPR-Regierung von der Linie Mitterrands genau unterscheiden würde, blieb weitgehend unklar. Ein anderer *Figaro*-Leitkommentar über die französischen Reaktionen auf den Pariser Gipfel im November 1989 übte deshalb ganz generell Kritik an der Form der Auseinandersetzung über die nationale Europapolitik: Einerseits fehle Mitterrand „l'imagination à la hauteur de la circonstance“, andererseits finde aber auch die ihn kritisierende Opposition keinen konkreten Ansatzpunkt und überschätze zudem den Einfluss, den Frankreich in der EG ausüben könne. Die Folge davon sei „le caractère un peu irréel et souvent approximatif du débat entre la droite qui s'indigne et la gauche qui se tait“.<sup>1193</sup>

---

1192 LF 08.12.1989:10 (Hervorh. i. O.).

1193 LF 21.11.1989:1. Lobend erwähnte der Kommentar nur Valéry Giscard d'Estaing: Mit seiner Forderung, Finanzhilfen für die osteuropäischen Länder bedingungslos bereitzustellen (und nicht nur im Gegenzug für demokratische Reformen, wie vom Europäischen Rat vereinbart), habe er „l'angle d'attaque le plus aigu contre le président“ gefunden und damit die Grundlage für „un vrai débat“ gelegt.

Dieser Topos eines unzureichenden nationalen Europadiskurses, der nicht auf der Höhe der realen politischen Veränderungen sei und die Bürger letztlich vor vollendete Tatsachen stelle, kam in den französischen Medien – vor allem im *Figaro* – auch in den folgenden Monaten immer wieder vor. Anlässlich einer Parlamentsdebatte vor dem Gipfel von Dublin im April analysierte die Zeitung, Mitterrand habe bislang auf die Entwicklungen in Deutschland nur reagiert und es deshalb nicht geschafft, „le reproche de passivité historique qu'on lui a adressé“ zu überwinden. Vor allem mangle es der Regierung an einem „plan d'ensemble“, der die französische Öffentlichkeit beruhigen könnte:

Bref, le président na pas produit, à l'heure sensible, la grande explication publique qui eût donné à l'opinion le sentiment anticipateur et rassurant que la France jouait la première sur la carte de l'histoire européenne, sans attendre qu'elle se décante.<sup>1194</sup>

Diese Kritik des *Figaro* deckte sich teilweise mit der Argumentationslinie der Opposition, die der Regierung in der Parlamentsdebatte europapolitische „inertie“ vorwarf.<sup>1195</sup> Teilweise klang darin aber auch eine darüber hinausgehende Kritik an, die die fehlende öffentliche Debatte als ein grundsätzliches Problem für die Legitimität der französischen Europapolitik sah. Diese Diskurslinie verschwand in der Folge niemals vollständig aus den französischen Medien und gewann vor allem in der dritten Phase der Vertragsverhandlungen – unmittelbar vor dem Gipfel von Maastricht 1991 – noch größeres Gewicht.

#### „Retour du discours ‚national‘“: Rechtsruck des RPR und weitere Spaltung der Opposition

Die anfangs noch sehr unspezifische Kritik der gaullistischen Opposition an der Vertragsreform konkretisierte sich in den ersten Monaten des Jahres 1990. Nicht zuletzt unter dem Druck des Front National betonte das RPR zunehmend die Bedeutung der nationalen Souveränität und versuchte Gegenvorschläge zu den Reformplänen der Regierung zu entwickeln. Ein wichtiger Anlass dafür war die Debatte der Nationalversammlung vor dem Gipfel von Dublin im April, in der Jacques Chirac ein Alternativmodell zur Währungsunion präsentierte. Diesem Entwurf zufolge sollte die neue

1194 LF 10.04.1990:7.

1195 LF 11.04.1990:1, LF 11.04.1990:8a, LF 11.04.1990:8c.

Gemeinschaftswährung die nationalen Währungen nicht ablösen, sondern nur ergänzen und parallel zu diesen zirkulieren.<sup>1196</sup> Dieser Vorschlag einer „monnaie commune“ statt „monnaie unique“ lehnte sich also an die zur selben Zeit in Großbritannien diskutierten Alternativen zur Währungsunion an; insbesondere nahm er zentrale Bestandteile des wenige Monate später vorgestellten Hard-ECU-Plans vorweg.

Die Konkretisierung der Gegensätze zwischen der Regierung und der gaullistischen Opposition führte auch unter den französischen Zeitungen zu einer stärkeren Polarisierung. In *Le Monde* stieß der Vorschlag zur „monnaie commune“ auf starke Kritik; ein Kommentar beschrieb ihn als „retour du discours ‚national‘“, mit dem das RPR auf die Erstarkung des Front National reagiere.<sup>1197</sup> *Le Figaro* hingegen ließ deutliche Sympathien für Chirac erkennen. Anlässlich der Parlamentsdebatte im April druckte die Zeitung nicht nur ein längeres wörtliches Zitat aus der Rede des RPR-Vorsitzenden ab,<sup>1198</sup> sondern beschrieb seine Position auch als „solution ouverte et pragmatique, également éloignée du repli sur l’Hexagone et de la descente à tout va vers la supranationalité“.<sup>1199</sup> Auch dass Chirac einige Wochen später in einer Rede die angeblich geplanten „transferts de souveraineté sans aucun contrôle“ kritisierte und einen Vorschlag für einen europäischen Senat aus nationalen Parlamentariern vorlegte, beschrieb *Le Figaro* wohlwollend als Zeichen für die „volonté [du RPR] d’être à nouveau le fer de lance de la droite parlementaire“.<sup>1200</sup> Implizit lobte die Zeitung die gaullistische Partei also dafür, den europaskeptischen Diskurs nicht allein der extremen Rechten zu überlassen. Explizit wurde der Front National in dieser Zeit allerdings in keinem einzigen *Figaro*-Artikel zur Europapolitik erwähnt.

Doch nicht nur in der Berichterstattung zu den französischen Parteien, sondern auch in Meinungsartikeln ließ *Le Figaro* nun eine größere Nähe zu europaskeptischen Positionen erkennen. So erschien etwa ein Gastkommentar mit der Forderung, dass französische Gerichte die Möglichkeit bekommen sollten, EG-Rechtsakte auf ihre Konformität mit der französi-

---

1196 Innerhalb des RPR ging dieser Vorschlag zurück auf ein Memorandum, das Edouard Balladur im Januar 1988 verfasst hatte (Maricot 2010:189; zu den europapolitischen Neupositionierungen des RPR während der Maastricht-Verhandlungen vgl. allgemein ebd.:197–233).

1197 LM 12.04.1990:10a.

1198 LF 11.04.1990:8b.

1199 LF 10.04.1990:7.

1200 LF 05.05.1990:8.

schen Verfassung zu prüfen – ein Vorschlag, der gegen den zu dieser Zeit bereits etablierten Vorrang des Europarechts verstoßen hätte.<sup>1201</sup>

Die zunehmend auf nationale Souveränität ausgerichtete Linie des RPR verschärfte allerdings auch die bereits zuvor vorhandenen europapolitischen Konflikte zwischen den Gaullisten und den zentristischen Oppositionskräften UDF und CDS. Diese oppositionsinterne Spaltung stand in *Le Monde* regelmäßig im Mittelpunkt der Berichterstattung über die nationalen europapolitischen Auseinandersetzungen. So hatte die Zeitung schon nach dem Gipfel von Straßburg in etwas spöttischem Tonfall erklärt, dass zwar sowohl das CDS als auch das RPR die Regierung kritisiert, dabei aber selbst „des positions sensiblement différentes“ eingenommen hätten.<sup>1202</sup> Auch nach der Parlamentsdebatte im April stellte *Le Monde* fest, es seien die „divisions de l’opposition“, die einen nationalen Konsens in der Europapolitik erschütterten.<sup>1203</sup> Kurz danach zitierte die Zeitung aus einer Rede, in der der CDS-Parteivorsitzende Pierre Méhaignerie davor warnte, zu Wahlkampfzwecken Europaskepsis zu schüren.<sup>1204</sup>

Noch ein weiteres Mal zeigte sich die Spaltung der französischen Opposition in den Reaktionen auf den gemeinsamen Vorschlag Helmut Kohls und François Mitterrands zur Politischen Union. So berichtete *Le Monde*, dass UDF und CDS die Initiative der beiden Regierungen unterstützten; das RPR hingegen kritisiere die „précipitation“, mit der Mitterrand sich Kohl angeschlossen habe.<sup>1205</sup> Und auch in zwei Interviews, die *Le Monde*

---

1201 LF 25.04.1990:6. Der Gastkommentar stand im Kontext einer zu dieser Zeit diskutierten Verfassungsreform, die überhaupt zum ersten Mal eine gerichtliche Kontrolle von französischen Rechtsakten auf ihre Verfassungsmäßigkeit (*exception d’inconstitutionnalité*) ermöglichen sollte. Mit einer Ausweitung dieser Verfassungskontrolle auch auf EG-Rechtsakte wäre Frankreich weiter gegangen als etwa das deutsche Bundesverfassungsgericht, das 1986 in seinem Solange-II-Urteil auf eine Prüfung von Europarecht anhand der deutschen Grundrechte im Regelfall verzichtet hatte. Im Juni 1990 schloss Justizminister Pierre Arpaillange eine Anwendung der Verfassungskontrolle auf bereits ratifizierte internationale Verträge sowie auf EG-Verordnungen allerdings aus (vgl. Mbongo 1999:134–135). Letztlich kam es zu der Anfang der 1990er Jahre diskutierten Verfassungsreform überhaupt nicht; die *exception d’inconstitutionnalité* wurde in Frankreich erst 2008 eingeführt.

1202 LM 14.12.1989:9.

1203 LM 12.04.1990:10b.

1204 LM 17.04.1990:14.

1205 LM 21.04.1990:5. Die Zustimmung der UDF-Europaabgeordneten Valéry Giscard d’Estaing und Simone Veil zu der Initiative wurde einige Tage später noch einmal in einer eigenen Kurznachricht behandelt, die allerdings nicht weiter auf parteipolitische Fragen einging (LM 26.04.1990:3b).

mit den UDF-Politikern Valéry Giscard d'Estaing und Jean François-Poncet führte, fragte die Zeitung nach Chiracs Währungsplan und der „résurgence nationaliste“ in der gaullistischen Partei.<sup>1206</sup> Beide spielten deren Bedeutung allerdings herunter: So erklärte Giscard d'Estaing, es sei nur „normal“, dass in einer unklaren Lage wie der gegebenen jede Partei auf „son comportement instinctif“ zurückfalle, was jedoch nicht der Arbeit an einer gemeinsamen Oppositionslinie entgegenstehe.<sup>1207</sup> François-Poncet wiederum erklärte, da die Vollendung des Binnenmarkts eine Einheitswährung letztlich ohnehin unvermeidlich mache, diene Chiracs Vorschlag wohl nur dazu, „les sensibilités de certains au sein du RPR“ zu beruhigen.<sup>1208</sup>

Während *Le Monde* also versuchte, den europapolitischen Gegensätzen in der Opposition Sichtbarkeit zu verleihen, spielte *Le Figaro* diese eher herunter. So schrieb die Zeitung nach der Parlamentsdebatte zum Gipfel von Straßburg nur von einem „débat [...] animé à droite“, in dem sich „les différences qui ont toujours existé entre les Français sur la construction européenne“ widerspiegeln.<sup>1209</sup> Anlässlich der Parlamentsdebatte im April konstatierte *Le Figaro* sogar „intentions [...], pour l'essentiel, identiques“ aller großen Parteien im französischen Parlament; die existierenden Konflikte beschränkten sich „sur certaines modalités“.<sup>1210</sup> Dennoch kam auch *Le Figaro* nicht umhin, die Währungsunion als „un nouveau sujet de division“ für die Opposition zu bezeichnen.<sup>1211</sup> Wenn Außenminister Roland Dumas ein „accroissement des pouvoirs de l'Europe“ anstrebe, stoße er bei CDS- und UDF-Politikern wie Pierre Méhaignerie und Alain Lamassoure auf Unterstützung, während Chirac die Einheitswährung und ein „système d'Europe fédérale“ strikt ablehne.<sup>1212</sup>

Wenige Tage später berichtete die Zeitung allerdings schon wieder über Versuche der Gaullisten, die „divergences d'appréciation entre compagnons“ zu überwinden, und zitierte den RPR-Generalsekretär Alain Juppé, der erklärte: „Il n'y a pas de raison pour camper sur nos divergences.“<sup>1213</sup> Sogar Pierre Méhaigneries Äußerungen, dass die Europaskepsis des RPR vor allem wahltaktische Gründe habe, deutete *Le Figaro* als Zeichen, dass

---

1206 So die Formulierung im Interview mit Giscard d'Estaing (LM 19.04.1990:1).

1207 Ebd.

1208 LM 29.04.1990:3.

1209 LF 06.12.1989:7.

1210 LF 11.04.1990:8a, ähnlich auch LF 11.04.1990:8c.

1211 LF 10.04.1990:7.

1212 LF 11.04.1990:8a.

1213 LF 26.04.1990:6.



das CDS die Hoffnung auf eine gemeinsame Linie der Opposition nicht aufgegeben habe:

Le CDS « ne désespère pas » de ramener le RPR sur des positions plus proches des siennes. Méhaignerie se demande malgré tout si « la résistance du RPR n'est pas due au fait que l'idée nationale est plus populaire et plus électorale que l'idée européenne ». <sup>1214</sup>

In anderen *Figaro*-Artikeln über integrationsfreundliche Äußerungen von UDF-Politikern (etwa die Unterstützung von Giscard d'Estaing für die deutsch-französische Initiative zur Politischen Union) <sup>1215</sup> wurden die inneroppositionellen Konflikte schließlich überhaupt nicht erwähnt.

Obwohl die französischen Parteien also durchaus unterschiedliche europapolitische Positionen vertraten und beide Zeitungen in der Berichterstattung auch immer wieder darauf zurückkamen, blieb die Intensität der Debatte weit hinter jener in Großbritannien zurück. Insbesondere gab es weiterhin kaum Meinungsartikel oder Gastkommentare zur Europapolitik der französischen Parteien. Nach dem April-Gipfel des Europäischen Rates verschwanden die parteipolitischen Auseinandersetzungen über die französische Europapolitik schließlich fast vollständig aus dem Pressediskurs: Die Darstellung zu beiden Dubliner Gipfeln konzentrierte sich ausschließlich auf die zwischenstaatlichen Verhandlungen. Umgekehrt verlor die Europapolitik auch für die Berichterstattung über die französischen Parteien an Bedeutung. Als es Ende Juni – genau zeitgleich mit dem zweiten Dubliner Gipfel – zur Gründung eines festen Bündnisses aus RPR und UDF unter der Bezeichnung „Union pour la France“ kam, veröffentlichte *Le Figaro* darüber zwar einen langen Bericht, ging darin aber überhaupt nicht auf die europapolitischen Uneinigkeiten zwischen den beiden Parteien ein. <sup>1216</sup>

Nicht zuletzt diese Diskontinuität der europapolitischen Debatte in Frankreich zeigt, dass die Auseinandersetzung zwischen den französischen Parteien als weitgehend losgelöst von den gleichzeitigen Entwicklungen auf EG-Ebene wahrgenommen wurde. Auch wenn in der Debatte immer wieder auf europäische Beschlüsse wie das Binnenmarkt-Projekt oder den Delorsplan Bezug genommen wurde, wurden Chiracs Vorstöße jeweils aus der innerstaatlichen französischen Situation – vor allem der gaullistischen Souveränismus-Tradition sowie dem Druck des Front National – heraus verstanden. Dass sie konkrete Auswirkungen auf die Verhandlungen ha-

---

1214 LF 16.04.1990:5.

1215 LF 26.04.1990:3a.

1216 LF 27.06.1990:8.

ben könnten, erwarteten die Zeitungen nicht; tatsächlich wurde diese Möglichkeit nicht einmal thematisiert. Die europapolitische Position des RPR interessierte lediglich im Kontext der nationalen französischen Parteipolitik, nicht etwa als Teil eines gesamteuropäisch-weltanschaulichen Alternativentwurfs zum Delorsplan.

Wie oben bereits dargestellt, zogen die französischen Zeitungen deshalb auch keine systematische Verbindung zwischen den Gaullisten und der britischen Conservative Party. Nachdem die britische Regierung Ende Juni ihren Hard-ECU-Plan vorgestellt hatte, kam *Le Monde* zwar in einem Artikel noch einmal kurz darauf zurück, dass auch Chirac eine „idée très proche“ zur „ligne de conduite du RPR“ gemacht habe.<sup>1217</sup> Insgesamt aber blieben für die Zeitungen die französische Parteipolitik und die zwischenstaatlichen Verhandlungen zwei weitgehend getrennte Sphären.

„Une vraie frontière“: Polarisierung der Europadebatte auf nationaler Ebene

Zu einer Wiederbelebung der innerfranzösischen Debatte zur Vertragsreform kam es Ende Juni nach dem zweiten Dubliner Gipfel anlässlich einer Regierungserklärung des Außenministers Roland Dumas im französischen Senat. Im Mittelpunkt stand dabei die „finalité fédérale“ des europäischen Integrationsprozesses, zu der sich Mitterrand in Dublin bekannt hatte und die auch Dumas nun in seiner Regierungserklärung noch einmal unterstrich.<sup>1218</sup> Während der PS und einige UDF-Vertreter dies unterstützten, lehnten RPR und PCF „toute esquisse de ‚supranationalité‘“ scharf ab.<sup>1219</sup> In der Folge verschärfte sich auch zwischen den Zeitungen wieder die Gegensätze: *Le Monde* nutzte den Anlass, um erneut etwas spöttisch auf die Spaltung der bürgerlichen Parteien und auf die ungewöhnliche Einigkeit

---

1217 LM 23.06.1990:4.

1218 Im Einzelnen erklärte Dumas laut *Le Monde*, die Regierung wolle „[p]arvenir à une communauté unique, à finalité fédérale, qui soit dotée d’institutions communes agissant chacune dans son domaine de compétences et dans le plein respect [...] du rôle des Etats“ (LM 29.06.1990:7). Zugleich hob Dumas hervor, dass diese föderale Finalität nicht im Widerspruch zu der – von Mitterrand bereits ein halbes Jahr zuvor vorgeschlagenen – Idee einer gesamteuropäischen „confédération“ stehe, die auch die osteuropäischen Staaten umfassen solle (ebd., ähnlich auch LM 27.06.1990:1).

1219 So kritisierte der RPR-Senator Emmanuel Hamel die „diktats de Bruxelles“ und warnte, das Konzept einer Föderation impliziere „que les souverainetés nationales disparaîtront, que la politique étrangère de la France ne sera plus décidée librement par elle mais par d’autres qu’elle“ (LM 29.06.1990:7).

zwischen Gaullisten und Kommunisten hinzuweisen.<sup>1220</sup> Im *Figaro* hingegen griff ein Leitkommentar von Alain Peyrefitte die „dérive supranationale“ Mitterrands scharf an und forderte die „droite républicaine“, also RPR und UDF, auf, dem Front National nicht „le monopole du patriotisme“ zu überlassen.<sup>1221</sup>

Eine Parlamentsdebatte im Oktober bot neuen Anlass zur Gegenüberstellung der unterschiedlichen Positionen: So betonte *Le Monde*, dass die große Mehrheit in der französischen Nationalversammlung die europäische Integration unterstütze<sup>1222</sup> und zitierte ausführlich aus einer Rede Dumas', der für die Regierungspositionen warb.<sup>1223</sup> Auf der anderen Seite unterstrich die Zeitung den neuen Rechtskurs der Gaullisten: Auf die Forderung des PS-Abgeordneten Charles Josselin, „sur le chemin d'une Europe à finalité fédérale“ voranzuschreiten, habe es „cris sur les bancs du RPR“ gegeben.<sup>1224</sup> Vor allem aber hob die Zeitung erneut die Uneinigkeit der Oppositionsparteien vor, die selbst anerkannten „que c'est l'Europe qui fait le plus d'ombre à la belle unité de l'Union pour la France“.<sup>1225</sup>

Neben dem Gegensatz zur UDF kam es im Herbst 1990 jedoch auch zu Konflikten innerhalb des RPR, da eine Gruppe von hochrangigen Mitgliedern um den früheren Arbeitsminister Philippe Séguin und den früheren Innenminister Charles Pasqua sich für eine noch stärker europaskeptische Parteilinie einsetzte, in der die Vertragsreform vollständig hinter das Ziel der Osterweiterung zurückgestellt würde. In dieser Auseinandersetzung diente *Le Monde* als Plattform: Nachdem der RPR-Generalsekretär Alain Juppé Ende Oktober in einem Gastkommentar die offizielle Parteilinie be-

---

1220 Ebd.

1221 LF 28.06.1990:1. Nebenbei kritisierte Peyrefitte auch Delors, der sich kurz zuvor für Brüssel statt Straßburg als Sitz des Europäischen Parlaments ausgesprochen hatte. In der gleichen Ausgabe berichtete *Le Figaro* darüber, dass dieselbe Kritik auch von einem RPR-Abgeordneten in der französischen Nationalversammlung geübt worden war (LF 28.06.1990:7).

1222 LM 10.10.1990:12. Auch später berichtete *Le Monde* immer wieder über proeuropäische Entwicklungen in der französischen Parteienlandschaft, etwa über die Gründung der Kleinpartei „Rassemblement pour l'Europe fédérale“ (LM 26.10.1990:6, auch LF 03.11.1990:5) oder über eine Umfrage unter den französischen Grünen, die „[à] la différence de leurs collègues d'outre-Rhin“ mehrheitlich ein „gouvernement européen“ unterstützten (LM 05.12.1990:8).

1223 LM 12.10.1990:10a.

1224 LM 12.10.1990:10b.

1225 LM 10.10.1990:12, ähnlich auch LM 12.10.1990:10b.

schrieben hatte,<sup>1226</sup> bot die Zeitung auch Pasqua Raum, um in einem Gastbeitrag das „Europe de l’apartheid“ zu kritisieren, das nur die EG umfasse und den Osten ausgrenze, und unter expliziter Bezugnahme auf Charles de Gaulle eine „union de tous les Etats de notre continent, de l’Atlantique à l’Oural“ anstelle der „constitution d’un Etat unique, intégré, fédéral, sur le modèle des Etats-Unis d’Amérique“ zu fordern.<sup>1227</sup>

In der Folge wurde Pasqua sowohl von UDF-Politikern als auch von dem RPR-Vorsitzenden Chirac scharf kritisiert, was sowohl *Le Monde* als auch *Le Figaro* in mehreren Artikeln aufgriffen.<sup>1228</sup> Dennoch gelang es der europaskeptischen Gruppe, starken Einfluss auf die Position des RPR zu nehmen: In einem „Manifeste pour l’union des Etats de l’Europe“, das die Partei am 5. Dezember 1990 verabschiedete, sprach sie sich gegen eine weitere Vertiefung der EG und für eine gesamteuropäische „confédération“ souveräner Staaten aus, die in der Währungs- und Verteidigungspolitik zusammenarbeiten, aber keine weiteren Kompetenzen an supranationale Organe abgeben solle.<sup>1229</sup>

Beide französischen Zeitungen druckten ausführliche Zitate aus diesem Manifest ab<sup>1230</sup> und behandelten es in mehreren Berichten und Meinungsartikeln. Dabei zeigten sich wieder einmal die unterschiedlichen parteipolitischen Sympathien der Zeitungen: So deutete *Le Monde* das Manifest als Zeichen für die Entwicklung Chiracs zu einer „conception beaucoup plus gaullienne et beaucoup moins supranationale de l’Europe“.<sup>1231</sup> Mit seinem „patriotisme lyrique de la plus pure veine du gaullisme national“ greife das RPR nicht nur den PS an, sondern setze sich auch weiter von der UDF ab.<sup>1232</sup> Ein Leitartikel kritisierte scharf, dass die Gaullisten durch ihr Manifest die ideologische Nachfolge der zurückgetretenen britischen Premierministerin anträten, offenbar um potenzielle Wähler des rechtsextremen

---

1226 LM 30.10.1990:2. Im Einzelnen sprach sich Juppé für mehr europäische Zusammenarbeit aus „dès lors que [...] la France conserve la maîtrise de l’essentiel“, unter anderem „le droit de décider elle-même de la paix et de la guerre“ und „le pouvoir d’émettre sa propre monnaie parallèlement à la monnaie commune européenne“.

1227 LM 14.11.1990:2. Zugleich lehnte Pasqua auch ein „Europe ‚concentrique‘“ ab, das um die EG aufgebaut würde, und stellte sich damit implizit gegen die offizielle Linie der französischen Regierung, gleichzeitig eine föderale EG und eine gesamteuropäische Konföderation anzustreben.

1228 LM 24.11.1990:12, LF 23.11.1990:8, LF 26.11.1990:9.

1229 Vgl. Maricot 2010:205–208.

1230 LF 06.12.1990:8b, LM 06.12.1990:10b.

1231 LM 06.12.1990:10a, ähnlich LM 07.12.1990:9a.

1232 LM 07.12.1990:9b.

Front National für sich zurückzugewinnen. Europa habe jedoch „plus besoin d'action et de réflexion que de querelles théologiques lourdes et d'arrière-pensées électorales“.<sup>1233</sup>

Auf der anderen Seite lobte *Le Figaro* das Manifest als innerparteilichen „compromis“, mit dem Chirac auf Séguin und Pasqua zugehe und so die Konflikte innerhalb des RPR befrieden könne.<sup>1234</sup> Zugleich bemühte die Zeitung sich in den folgenden Tagen erneut, die Gegensätze zwischen RPR und UDF zu relativieren. So sprach ein Artikel über die Reaktionen in RPR und UDF auf das Manifest von „des tonalités différentes, mais sur un fond commun“;<sup>1235</sup> ein anderer betonte, die Opposition wolle „atténuer ses divergences“, wenn auch „sur la monnaie, sur le fédéralisme et sur l'élargissement de la Communauté“ weiter Uneinigkeit bestehe.<sup>1236</sup> Daneben veröffentlichte die Zeitung ein Doppelinterview mit Michèle Alliot-Marie, der europapolitischen Sprecherin des RPR, und dem UDF-Abgeordneten und früheren Europaminister Bernard Bosson „[pour] confronter leurs analyses, tout en soulignant ce qui peut les rapprocher“.<sup>1237</sup> Und schließlich berichtete *Le Figaro* in mehreren Artikeln über einen letztlich gescheiterten Versuch Valéry Giscard d'Estaings, im Europäischen Parlament eine gemeinsame Fraktion von Liberalen, Christdemokraten und Konservativen zu gründen – was implizit auch als europäische Fortsetzung der Zusammenarbeit von RPR und UDF beschrieben wurde.<sup>1238</sup> Lediglich ein einzelner Artikel im *Figaro* bot eine deutlich schärfere Darstellung der Konflikte und sprach von „une vraie frontière“, die durch die französische Opposition verlaufe und ein gemeinsames europapolitisches Programm

---

1233 LM 07.12.1990:1. Mit dieser Positionierung kritisierte *Le Monde* nicht nur das RPR, sondern stützte implizit auch wieder die französische Regierung, da schließlich nur diese in den Verhandlungen die geforderte „action“ zeigen konnte.

1234 LF 29.11.1990:10b, ähnlich LF 05.12.1990:9b.

1235 LF 06.12.1990:8c.

1236 LF 05.12.1990:1.

1237 LF 05.12.1990:9a. Tatsächlich unterstrichen Alliot-Marie und Bosson zwar ihre Gegensätze in bestimmten Grundsatzfragen (etwa der Währungspolitik oder dem Bekenntnis zu einer „Europe fédérale“ bzw. „Europe des États“), betonten jedoch auch, dass sie „au-delà de la théorie“ gar nicht so viel trenne: Unter anderem seien beide gegen die „déviation technocratique“ der EG, für eine Stärkung des Europäischen Parlaments und für mehr Zusammenarbeit in der Verteidigungspolitik.

1238 LF 11.12.1990:8, LF 12.12.1990:7, LF 13.12.1990:7.

vorerst unmöglich mache.<sup>1239</sup> Wenige Tage später folgte hierauf jedoch wiederum ein Interview mit dem RPR-Abgeordneten Édouard Balladur, der einen „travail de clarification“ ankündigte, um die europapolitischen Positionen von RPR und UDF miteinander zu versöhnen.<sup>1240</sup>

Insgesamt sahen also beide Zeitungen das RPR-Manifest als einen wichtigen Beitrag zur französischen europapolitischen Debatte an. Wie schon in der ersten Jahreshälfte wurde die Positionierung der Gaullisten jedoch fast ausschließlich im Rahmen der nationalen Parteienkonkurrenz interpretiert und nicht mit der anstehenden Eröffnung der Regierungskonferenzen zur Vertragsreform in Verbindung gebracht. Insbesondere kam es in keiner der beiden Zeitungen zu einem Vergleich des Manifests mit dem neuen gemeinsamen Vorschlag zur Politischen Union, den François Mitterrand und Helmut Kohl nur einen Tag später, am 6. Dezember 1990, veröffentlichten. Die nationale Europapolitik, in der die französischen Parteien alternative Integrationskonzepte vorschlugen, und die Europapolitik des Europäischen Rates, in der die verschiedenen nationalen Regierungen miteinander verhandelten, erschienen in der Berichterstattung wieder einmal als zwei fast vollständig voneinander getrennte Bereiche. Dass die französischen Oppositionsparteien nun ein größeres Interesse für das Thema der europäischen Integration zeigten und das RPR eine eigene, von der Regierungslinie abweichende Position entwickelte, führte mithin nur zu einer stärkeren Politisierung und Polarisierung der Europadebatte auf nationaler Ebene – nicht zur Entwicklung von europäisch-weltanschaulichen Deutungsrahmen oder einer grenzüberschreitenden Debattenstruktur.

„Personne n'en a jamais débattu“: *Topos der unzureichenden Debatte*

Im Vergleich mit den Debatten innerhalb der französischen Opposition spielte der Parti socialiste nur eine untergeordnete Rolle im Europadiskurs

---

1239 LF 14.12.1990:8. Interessanterweise bezeichnete *Le Figaro* die beiden Lager dabei als „[e]uropéens-fédéralistes“ und „européens-nationalistes“ – was offenbar implizieren sollte, dass auch das RPR trotz seines „rejet de toute intégration de la Communauté européenne au détriment des souverainetés nationales“ keineswegs europafeindlich sei. Diese Darstellung entsprach einerseits der gaullistischen Parteirhetorik, die sich ja ausdrücklich für eine „union des États de l'Europe“ einsetzte. Andererseits weist sie aber auch auffällige Ähnlichkeiten zu dem Topos des ‚good Europeanism‘ auf, mit dem in Großbritannien die *Times* die konservative Regierung in Schutz nahm.

1240 LF 18.12.1990:8.

der französischen Zeitungen. Die Partei kam kaum als Akteur mit eigenen Positionen vor, sondern trat hinter der Europapolitik der Regierung um Präsident Mitterrand zurück. Meinungsäußerungen von PS-Politikern zur Vertragsreform erschienen in den Medien deshalb vor allem im Kontext der Debatte über die zwischenstaatlichen Verhandlungen, nicht über die nationale Europapolitik. Auf größeres Interesse stieß der PS lediglich insofern, als es auch hier zu parteiinternen Spannungen kam. Insbesondere die national-souveränistische Parteiströmung Socialisme et République um Verteidigungsminister Jean-Pierre Chevènement stellte sich gegen den Kurs Mitterrands und lehnte jegliche Übertragung von weiteren Kompetenzen an die EG strikt ab. Aber auch sonst herrschte im PS keineswegs Einigkeit über das Ausmaß an Supranationalität, auf das Frankreich sich einlassen sollte.<sup>1241</sup>

Von den Zeitungen wurden diese Konflikte allerdings weitaus seltener thematisiert als die Spaltung zwischen den Oppositionsparteien. Gerade *Le Monde*, das die Gegensätze zwischen RPR und UDF regelmäßig hervorhob, relativierte die Gegensätze innerhalb des PS: Im Oktober 1990 konstatierte ein Artikel, es gebe zwar weiterhin „des divergences“, doch nur die Gruppe um Chevènement sei „irréductible“.<sup>1242</sup> Anlässlich einer europapolitischen Erklärung, die die Partei am 21. November 1990 verabschiedete, betonte *Le Monde*, diese sei letztlich von allen Parteiströmungen angenommen worden, nur die „amis de M. Chevènement“ seien wegen dessen „hostilité [...] à une union monétaire qui ne s’accompagne pas, selon lui, d’un contrôle démocratique réel“ der Abstimmung ferngeblieben.<sup>1243</sup> Als zweites innerparteiliches Konfliktthema galt die Rolle der nationalen Parlamente, die insbesondere Laurent Fabius im Rahmen einer Institutionalisierung der Assisen stärker in die EG-Politik einbinden wollte, während Jacques Delors dadurch eine Schwächung des Europäischen Parlaments befürchtete. Wie *Le Monde* darstellte, wurde dieser Gegensatz in der Erklärung vom 21. November durch einen Kompromiss gelöst, indem die Partei sich zwar für häufigere Treffen nationaler Abgeordneter, aber gegen eine „institution supplémentaire de la Communauté“ aussprach.<sup>1244</sup>

---

1241 Zu Chevènements europapolitischen Positionen vgl. Guérot 1996:537–545; zu den unterschiedlichen parteiinternen Strömungen vgl. Wielgoß 2002:78–79, 117–118.

1242 LM 10.10.1990:12.

1243 LM 23.11.1990:10.

1244 Ebd., vgl. auch LM 28.11.1990:7.

#### 4. Die zweite Phase der Verhandlungen

*Le Figaro* thematisierte die PS-internen Gegensätze kaum häufiger als *Le Monde*, allerdings mit ungleich schärferen Begriffen. Offenbar in dem Versuch, die Regierungspartei als ähnlich zerstritten wie die Opposition darzustellen, betonte die konservative Zeitung vor allem die Rolle Chevènement. So hieß es etwa Mitte Dezember 1990, die Positionen von Fabius und Chevènement seien „aux antipodes“<sup>1245</sup> und zwischen Delors und Chevènement gebe es „[r]ien en commun“.<sup>1246</sup> Ein Artikel brachte sogar eine mögliche „axe Chevènement-Séguin“ ins Spiel und verwies auf die europa- und verteidigungspolitischen Gemeinsamkeiten der national-souveränistischen Parteiflügel von PS und RPR.<sup>1247</sup> Zugleich kritisierte *Le Figaro* allerdings auch stärker als *Le Monde* die Rolle von Präsident Mitterrand. Dieser sei für die Linie des PS ausschlaggebend, vermeide angesichts der parteiinternen Uneinigkeiten jedoch eine klare Festlegung. Dadurch gelinge es ihm „tout à la fois à défendre l'idée de la nation, à préserver la construction européenne et à appeler de ses vœux la mise en place d'une confédération européenne“.<sup>1248</sup>

Mit dieser Kritik am „flou“ des Präsidenten<sup>1249</sup> griff *Le Figaro* den Topos der unzureichenden Europadebatte auf, der bereits seit Ende 1989 immer wieder vorkam. Eine ähnliche Stoßrichtung besaß auch ein Interview mit Alain Lamassoure über das Budget der EG, das die Zeitung im Oktober veröffentlicht hatte. Der UDF-Europaabgeordnete beschrieb darin das Eigenmittelsystem der EG als „complètement obscur“ und kritisierte die fehlende öffentliche Diskussion darüber: „Personne n'en a jamais débattu“.<sup>1250</sup> In dem Artikel über die Spaltungen innerhalb des PS ging *Le Figaro* allerdings noch einen Schritt weiter und beschrieb die fehlende Debatte als direkten Grund für die wachsende Europaskepsis in der Partei. So sei der PS seit den 1980er Jahren immer europafreundlicher geworden, ohne dies jedoch jemals auf einem Parteitag zu beschließen. Auch dass die Partei mit Delors und Chevènement zwei radikal unterschiedliche Positionen umfasse, bringe die Auseinandersetzung nicht voran:

Ce face-à-face entre les deux hommes parviendrait presque à donner l'illusion d'un débat. Or le débat n'a jamais eu lieu. Le grand virage européen du début des années 80, tout comme la conversion à l'écono-

---

1245 LF 06.12.1990:8a.

1246 LF 15.12.1990:7a.

1247 LF 15.12.1990:7b.

1248 LF 15.12.1990:7a.

1249 Ebd.

1250 LF 25.10.1990:6.



mie de marché, n'a été évoqué ni au congrès de Toulouse ni au congrès de Lille [...]. Ce qui explique qu'à date fixe le PS soit saisi d'un prurit anti-européen.<sup>1251</sup>

Doch nicht nur im *Figaro*, auch in *Le Monde* fand sich im Lauf des Jahres 1990 erstmals der Topos einer unzureichenden nationalen Auseinandersetzung über die Europapolitik. Anlass war hier die Europadebatte der Nationalversammlung im Oktober, deren Zustandekommen *Le Monde* zunächst etwas spöttisch, aber durchaus positiv kommentiert hatte:

[L]es députés français débattent de l'Europe pour la troisième fois en moins d'un an. On n'était pas habitué à ce rythme. L'Europe a plus de trente ans, mais le Palais-Bourbon la découvre tout juste.<sup>1252</sup>

Dieses größere Interesse erklärte *Le Monde* damit, dass die Europapolitik nun auch „l'essentiel de la souveraineté d'une nation: sa monnaie, sa politique étrangère, sa défense“ betreffe. Es sei deshalb „temps d'ouvrir un débat“, wobei die häufigeren Debatten in der Nationalversammlung der Anfang von „une nouvelle ère“ für die europapolitische Auseinandersetzung in den französischen Institutionen sein könnten.<sup>1253</sup> Zwei Tage später schlug dieser Optimismus allerdings in Enttäuschung darüber um, dass die große Mehrheit der Abgeordneten bei der Parlamentsdebatte nicht anwesend gewesen war. Ein Bericht übte deshalb deutliche Kritik:

Alors que les parlementaires français ne cessent de dénoncer l'amoin-  
drissement de leurs pouvoirs face aux instances européennes, ils ne sont  
généralement qu'une poignée à confronter leur point de vue, dans  
l'hémicycle, avec les ministres intéressés. Cela n'enlève rien à la qualité  
des discussions.<sup>1254</sup>

Auch wenn die französischen Zeitungen also zu recht unterschiedlichen Einschätzungen kamen, wer für die unzureichende europapolitische Debatte verantwortlich sei – der oppositionsnahe *Figaro* kritisierte vor allem die unklare Position von Präsident Mitterrand, die regierungsfreundliche *Le Monde* hingegen das mangelnde Interesse der Parlamentarier –, so zeigten sie doch beide die Einschätzung, dass die öffentliche Debatte über die europäische Integration nicht mit den politischen Entwicklungen Schritt halte. Auch wenn diese Metakritik des öffentlichen Diskurses in Frank-

---

1251 LF 15.12.1990:7a.

1252 LM 10.10.1990:12.

1253 Ebd.

1254 LM 12.10.1990:10b.

#### 4. Die zweite Phase der Verhandlungen

reich zunächst nur auf einzelne Artikel beschränkt blieb, wurde sie doch zu einem wiederkehrenden Topos der Debatte über die Vertragsreform.

Dieser Topos der fehlenden Debatte (der, wie unten noch gezeigt wird, in etwas unterschiedlicher Form auch in den beiden anderen untersuchten Ländern auftrat) lässt sich als ein Zeichen dafür verstehen, dass auch in den Zeitungen selbst ab der zweiten Phase der Verhandlungen zum Vertrag von Maastricht ein gewisses Bewusstsein für die sich öffnende Kluft zwischen der Funktionsweise des politischen Systems und den Strukturen der öffentlichen Auseinandersetzung darüber entstand. Dass sich diese Kritik vor allem gegen Mitterrand oder die Abgeordneten der Nationalversammlung richtete, zeigt jedoch, dass die Zeitungen vor allem eine höhere Intensität der *nationalen* Europadebatte einforderten. Ein Verfassungsmoment, der zu einer transnational-weltanschaulichen Debatte in einer gesamteuropäisch-innenpolitischen Öffentlichkeit geführt hätte, befand sich offenbar jenseits des Erwartungshorizonts der Redakteure.

#### 4.3 Großbritannien

##### 4.3.1 Die Debatte über die europäischen Verhandlungen

„*An overpowering unified Germany*“: *Der Mauerfall als Anlass zu beschleunigter oder verlangsamter Integration?*

In Großbritannien war der Anfang der zweiten Phase der Vertragsverhandlungen vor allem von den europapolitischen Uneinigkeiten innerhalb der Conservative Party geprägt. Wie oben beschrieben, dominierten diese auch die Debatte über die Kampfabstimmung um den Parteivorsitz, bei der sich Thatcher am 5. Dezember 1989 gegen Anthony Meyer durchsetzte. Doch obwohl auf diese Weise europapolitische Fragen allgemein in den britischen Medien sehr präsent waren, wurden die Ereignisse in Osteuropa und der Fall der Berliner Mauer hier seltener mit der europäischen Integration in Verbindung gebracht als in Deutschland oder Frankreich. Besonders in der regierungsnahen *Times* unterschieden sich auch die Argumentationsmuster deutlich von jenen auf dem Kontinent: Einzelne Artikel griffen zwar Helmut Kohls Wunsch nach einer europäischen Einbindung der

deutschen Wiedervereinigung auf.<sup>1255</sup> Vor allem aber erschienen die Umwälzungen in Ostdeutschland als ein willkommenes Argument für Margaret Thatcher, um eine Verlangsamung des „French-led drive“ zur Währungsunion zu erwirken.<sup>1256</sup>

Dass die erwartete Wiedervereinigung und der damit verbundene Machtgewinn Deutschlands gerade kein Anlass für eine vertiefte europäische Integration seien, betonten gleich mehrere *Times*-Meinungsartikel. Nachdem etwa der irische Publizist Conor Cruise O'Brien bereits Ende Oktober vor einem „Fourth Reich“ gewarnt hatte,<sup>1257</sup> erklärte er einige Tage nach dem Mauerfall, es sei „much less likely that the new Germany would dissolve into a united Europe than that it would dominate it“. Bis die Frage der deutschen Wiedervereinigung geklärt sei, sei es in Bezug auf die europäische Einigung deshalb „wiser to slow down“. <sup>1258</sup> Ähnlich äußerte sich der Thatcher-nahe Abgeordnete Norman Tebbit in einem Gastkommentar,<sup>1259</sup> und auch ein Leitartikel wandte sich explizit gegen „the idea of using the EC to ‚anchor‘ West Germany“. <sup>1260</sup> Tatsächlich fand sich in der *Times* im November 1989 nur ein einziger Kommentar, der sich ausdrücklich für ein stärker integriertes Europa als „safe haven for a united Germany“ aussprach – Autor des Textes war der Thatcher-Herausforderer Anthony Meyer.<sup>1261</sup>

Der *Guardian* gab sich hingegen deutlich offener für die Idee, dass das wiedervereinigte Deutschland erfolgreich in „a Community pledged to move towards federal union“ eingebunden werden könne.<sup>1262</sup> Tatsächlich hatte die Zeitung schon anlässlich des Madrider Gipfels im Juni 1989 die

---

1255 TT 14.11.1989:9, TT 18.11.1989:7, TT 23.11.1989:10. Später verwiesen in der *Times* auch eine Analyse der US-amerikanischen Europapolitik (TT 06.12.1989:16) und eine Übersichtsdarstellung der Konfliktlinien auf dem Straßburger Gipfel (TT 08.12.1989:14a) auf einen Zusammenhang zwischen den Umstürzen in Osteuropa und einer Intensivierung der europäischen Integration.

1256 TT 13.11.1989:1.

1257 TT 31.10.1989:18.

1258 TT 17.11.1989:16.

1259 TT 21.11.1989:14b: „if such a [European] superstate were created, it would be a superstate dominated by Germany“.

1260 TT 08.12.1989:15a.

1261 TT 30.11.1989:14.

1262 So TG 14.11.1989:1a, ähnlich TG 13.11.1989:24 (als Beschreibung der französischen Position), TG 13.11.1989:1 (als Beschreibung der Kommissionsposition), TG 23.11.1989:8 (als Beschreibung der Position Helmut Kohls).

Währungsunion als ein Mittel zur Einbindung der wirtschaftlich erstar-  
kenden Bundesrepublik beschrieben:

[R]eforms that supposedly affront our national identity – like a single  
currency – may be the vital ties that bind all of us, West Germany espe-  
cially, a decade on.<sup>1263</sup>

Nach dem Mauerfall sahen zwar auch hier mehrere Kommentare die Aus-  
sicht auf „an overpowering unified Germany“ mit Sorge.<sup>1264</sup> Zugleich sag-  
te der *Guardian* jedoch auch voraus, dass mit dem Bedeutungsverlust des  
Ost-West-Konflikts nun die EG zum „dominant focus for European fore-  
ign policy and security“ würde, und beklagte „the unreality of the British  
debate on foreign policy“, die dem nicht hinreichend Rechnung trage.<sup>1265</sup>  
Ein Gastkommentar des deutschen Publizisten Theo Sommer beschrieb  
eine aus der EG entwickelte Politische Union als wesentlichen Bestandteil  
der europäischen Ordnung nach dem Kalten Krieg: „a common European  
roof [...] under which it simply will not matter whether Germany is  
united or divided“.<sup>1266</sup> Wie ein solches vertieftes und nach Osten erweiter-  
tes „new Europe“ aussehen könnte, behandelte der *Guardian* auf mehreren  
Themenseiten unter dem Titel „Europe tomorrow“, die in den Tagen vor  
dem Straßburger Gipfel erschienen.<sup>1267</sup> Eine Grafik erläuterte detailliert  
die denkbare Ausgestaltung eines „three-tier Europe“ aus „concentric cir-  
cles“ mit einer föderalen „European Union“ im Zentrum, die von einem  
„European Economic Space“ und einem „Common European Home“ um-  
geben sein würde.<sup>1268</sup> Vor allem aber kritisierte die Zeitung erneut die

---

1263 TG 28.06.1989:22.

1264 TG 10.11.1989:16, ähnlich TG 11.11.1989:1.

1265 TG 11.11.1989:3.

1266 TG 04.12.1989:19.

1267 Zum Konzept der Serie TG 04.12.1989:21. Einige Artikel der Serie beschrieben  
auch die Frage, inwiefern die Gesellschaften in Europa eine gemeinsame euro-  
päische Identität entwickelten (TG 04.12.1989:23a, TG 07.12.1989:10). Ob-  
wohl der *Guardian* dabei vor überzogenen Erwartungen warnte, setzte er sich  
mit diesem Fokus implizit von dem in der *Times* vorherrschenden Diskurs ab,  
der nationale Identitäten als quasi unveränderlich beschrieb.

1268 TG 04.12.1989:22d, ähnlich TG 04.12.1989:22c. Die „European Union“ ent-  
sprach dabei einer um Österreich, Norwegen, Ungarn und Zypern erweiterten  
EG, der „European Economic Space“ umfasste die EFTA-Staaten und den  
größten Teil Mittel- und Osteuropas einschließlich der Schweiz und der Tür-  
kei, das „Common European Home“ auch die Sowjetunion und Jugoslawien.  
Als offen beschrieb der *Guardian* die Zuordnung Großbritanniens (zwischen  
EU und „EES“), des Baltikums (zwischen „EES“ und „Common European Ho-  
me“) sowie der Diktaturen in Rumänien und Albanien.

Selbstisolierung der britischen Regierung, die sich als Einzige in der EG gegen die Währungsunion stelle und deshalb womöglich bald nur noch dem zweiten Ring, dem „European Economic Space“, angehören werde.<sup>1269</sup> Insgesamt werde ohne einen Positionswechsel Thatchers ein Vorschreiten der übrigen EG-Staaten ohne Großbritannien immer wahrscheinlicher. Der Europäische Rat von Straßburg sei – so die Überschrift eines Leitartikels – „[t]he last chance to join the team“.<sup>1270</sup>

Einen vergleichsweise großen Stellenwert nahm in beiden Zeitungen die Debatte über das Verhältnis zwischen Vertiefung und Osterweiterung der EG ein. Die Grundlinien waren dabei klar: Während Thatcher die Osterweiterung anstelle einer weiteren Vertiefung anstrebe, wollten andere Akteure beide Ziele erreichen und sähen die mögliche Erweiterung deshalb als Anlass, gerade jetzt schnelle Fortschritte bei der Integrationstiefe zu erzielen.<sup>1271</sup> Implizit war diese Debatte allerdings auch in einen breiten wirtschafts- und sozialpolitischen Diskurs eingebettet: Hatte Thatcher die europäische Integration schon in ihrer Brügge-Rede als ein sozialistisch inspiriertes Projekt gekennzeichnet, so gewann dieser Topos vor dem Gipfel von Straßburg durch die Diskussion über eine EG-Sozialcharta noch weiter an Gewicht. Demgegenüber erschien eine rasche Erweiterung um die osteuropäischen Länder, die sich anschickten, die kommunistischen Regime zu überwinden und sich der freien Marktwirtschaft zu öffnen, als naheliegender wirtschaftsliberaler Alternativentwurf.<sup>1272</sup> In Meinungsartikeln zu dieser Frage zeigte sich allerdings kein deutlicher Links-rechts-Gegensatz. Im Wesentlichen folgten diese zwar der erwartbaren Linie der jeweiligen Zeitung.<sup>1273</sup> Teilweise waren sie ihr jedoch auch genau entgegengesetzt: So unterstützten zwei Kommentare im *Guardian* Thatchers Argu-

---

1269 TG 04.12.1989:22b, ähnlich TG 04.12.1989:22c.

1270 TG 08.12.1989:22, ähnlich auch TG 10.11.1989:2, TG 28.11.1989:20, TG 04.12.1989:22c.

1271 So explizit z. B. TT 07.12.1989:8. Tatsächlich schlug Thatcher bereits Mitte November 1989 in einer Unterhausdebatte vor, die osteuropäischen Länder ähnlich wie die Türkei an die EG zu assoziieren (TG 15.11.1989:6b, TG 15.11.1989:24).

1272 Explizit fand sich eine solche Verbindung zwischen der EG-Sozialcharta und den Entwicklungen in Osteuropa z. B. in TT 06.12.1989:8a.

1273 Beispielsweise hob ein *Times*-Kommentar hervor, dass die Entwicklungen in Osteuropa nicht als Argument für mehr Integration taugten (TT 07.12.1989:14).

ment, dass die Erweiterung wichtiger als die Vertiefung der EG sei,<sup>1274</sup> während ein Gastbeitrag in der *Times* betonte, dass die marktwirtschaftlichen Reformen in Osteuropa keineswegs in Widerspruch zu mehr Integration im Westen stünden.<sup>1275</sup>

Und auch die Auswahl der Akteure in der Berichterstattung über die Frage von Vertiefung und Erweiterung folgte keinem klar gesamteuropäisch-weltanschaulichen Schema. Als wichtige Gegenspieler Thatchers traten zwar immer wieder die französische Regierung<sup>1276</sup> und die Europäische Kommission<sup>1277</sup> auf, die in den britischen Medien üblicherweise als sozialistisch markiert waren. Aber auch die Benelux-Länder oder der liberale deutsche Außenminister Genscher wurden als Befürworter einer raschen Vertiefung der EG genannt<sup>1278</sup> – und nur ein einziges Mal die sozialdemokratische Fraktion im Europäischen Parlament.<sup>1279</sup> Alles in allem erschien auch dieser Konflikt also vor allem als eine Frage nationaler Positionen, die die britische Regierung in Gegensatz zu nahezu allen übrigen EG-Akteuren brachte.

Noch einmal ein völlig anderes Deutungsmuster bot schließlich ein *Times*-Leitartikel nach dem Gipfel von Straßburg: Diesem zufolge liege die zunehmende Ostorientierung der EG vor allem im Interesse Deutschlands, das darin die Chance sehe „to return to its traditional heartland under EC auspices“. Frankreich wiederum akzeptiere diese Politik, um Deutschland in der EG zu halten. Für die Zukunft deute sich jedoch „a much-needed Anglo-French entente“ an, um das deutsche Streben nach Osten auszubalancieren. Von einem britisch-französischen Konflikt über das Verhältnis von Vertiefung und Erweiterung war hier erst einmal keine Rede mehr. Stattdessen ging es – wieder einmal – vor allem um die Überwindung der britischen Isolation in der Europapolitik: Angesichts der gemeinsamen Interessen in der deutschen Frage, so spekulierte die *Times*, könne es That-

---

1274 In einem Fall geschah dies in Form ausdrücklicher Unterstützung für Thatchers Antiföderalismus (TG 11.12.1989:19b), im anderen Fall mit dem distanzierenden Hinweis, dass die Premierministerin die Sozialcharta in Wirklichkeit „for the wrong reasons“ bremse (TG 07.12.1989:11).

1275 TT 08.12.1989:12, ähnlich schon TT 04.12.1989:12.

1276 TG 23.11.1989:20, TG 04.12.1989:23b, TT 06.12.1989:8b, TT 08.12.1989:14a.

1277 TG 15.11.1989:10, TG 17.11.1989:11, TT 06.12.1989:8b, TT 08.12.1989:14a.

1278 TG 15.11.1989:10 (Benelux), TG 30.11.1989:10 (Genscher). Insgesamt wurde die deutsche Position allerdings ambivalent gesehen: Ein anderer Artikel thematisierte zum Beispiel auch die Sorge der Kommission, dass Deutschland wegen der Priorität für die nationale Wiedervereinigung die Verhandlungen zum Schengener Abkommen bremsen könnte (TG 16.12.1989:6).

1279 TT 06.12.1989:8b.

cher mit ihrer Annäherung an Frankreich gelingen „to win support for the flexible partnership she prefers to the vision of a federal Community“.<sup>1280</sup>

„Break the momentum of the Delors plan“: Hoffnung auf deutsche Unterstützung für britische Alternativen

Die Sorge vor einer neuen deutschen Hegemonie hinderte die *Times* allerdings nicht daran, Deutschland in einer anderen Frage als wichtigen möglichen Verbündeten für Großbritannien zu betrachten: Die Bundesregierung, besonders aber Bundesbankpräsident Karl Otto Pöhl wurden immer wieder als Kritiker der Währungsunion und als Sympathisanten des Competing-Currencies-Plans erwähnt, den der neue britische Finanzminister John Major einige Wochen vor dem Gipfel von Straßburg präsentiert hatte.

Als zentraler Alternativvorschlag zum Delorsplan wurde der Competing-Currencies-Plan rasch zum Hauptbezugspunkt in der britischen Berichterstattung über das Treffen in Straßburg. Im Mittelpunkt standen dabei allerdings weniger seine Inhalte als seine Erfolgsaussichten, die als Gradmesser für die britische Isolation auf europäischer Ebene behandelt wurden. Wenig überraschend unterschied sich die Einschätzung zwischen den beiden untersuchten Zeitungen in dieser Hinsicht diametral: So sprach der oppositionsnahe *Guardian* schon Ende November von dem „already much ridiculed ‚competing currencies‘ plan“,<sup>1281</sup> mit dem Thatcher lediglich die Verhandlungen zu verzögern suche, um die Spaltungen innerhalb ihres eigenen Kabinetts zu verschleiern.<sup>1282</sup> Die Regierung selbst beschreibe den Vorschlag zwar als Zeichen ihrer „leadership role in Europe“.<sup>1283</sup> Tatsächlich sei seine Annahme aber so gut wie ausgeschlossen. Sollte er dennoch in das Verhandlungsmandat der Regierungskonferenz aufgenommen werden, so sei dies lediglich als „face-saver“ zu verstehen, den die übrigen Regierungen Thatcher zugestanden.<sup>1284</sup>

Die regierungsfreundliche *Times* sah in dem Plan hingegen ein „clear, magisterial statement of policy“, durch das Thatcher den drohenden Souveränitätsverlust abwenden und die EG-Verhandlungen über die Wäh-

1280 TT 11.12.1989:13.

1281 TG 20.11.1989:24.

1282 TG 04.12.1989:22b.

1283 TG 08.12.1989:12.

1284 TG 07.12.1989:20b.

rungsunion in eine neue Richtung lenken könne.<sup>1285</sup> Schon frühzeitig berichtete die Zeitung darüber, dass einflussreiche deutsche Medien den Competing-Currencies-Plan begrüßten. Auch Helmut Kohl selbst wolle einen Konflikt mit Thatcher über die Währungsunion vermeiden, um angesichts der Entwicklungen in Osteuropa die Einigkeit der EG nicht zu gefährden.<sup>1286</sup> In diesem Sinne deutete die *Times* auch die deutsch-französischen Spannungen im Vorfeld des Straßburger Gipfels: Als Kohl Anfang Dezember einen festen Zeitplan für die Regierungskonferenz zunächst ablehnte, machte die Zeitung mit der Überschrift „Kohl breaks with Paris on Delors plan“ auf.<sup>1287</sup> Ein weiterer Bericht erklärte unter dem Titel „Change of tack by Kohl boosts Thatcher“, die deutsche Position könne „break the momentum of the Delors plan“ und „help Britain’s rival plan for economic and monetary union“. <sup>1288</sup> Auch die gemeinsame deutsch-französische Position kurz vor dem Gipfel änderte nichts an der Erwartung der *Times*, dass Kohl letztlich Thatcher unterstützen werde.<sup>1289</sup>

Der *Guardian* hingegen zog die Möglichkeit eines Zerwürfnisses zwischen Bonn und Paris, von dem die britische Regierung profitieren könnte, lediglich in einzelnen Artikeln kurz nach dem Fall der Berliner Mauer in Betracht.<sup>1290</sup> Später betonte er hingegen die Solidität der deutsch-franzö-

---

1285 TT 07.12.1989:14. Diese Position teilte auch Michael Heseltine, einer der Wortführer des europafreundlichen Flügels der Conservative Party: In einem Gastkommentar verglich er den Delorsplan mit der Gemeinsamen Agrarpolitik und betonte, die britische Regierung dürfe nicht den Fehler wiederholen, nicht mit eigenen Alternativvorschlägen an den Verhandlungen beteiligt zu sein (TT 29.11.1989:14).

1286 TT 18.11.1989:7. Demgegenüber berichtete der *Guardian*, dass die deutsche Regierung in Sachen Währungsunion „somewhat divided“ sei und Bundesbankpräsident Pöhl „sympathy“ für den britischen Alternativvorschlag hege; wahrscheinlich werde jedoch die Bundesregierung den Schulterchluss mit Frankreich suchen und sich deshalb über die Bundesbank hinwegsetzen (TG 14.11.1989:24).

1287 TT 07.12.1989:1.

1288 TT 07.12.1989:8. Innerhalb der Bundesregierung wiederum sah die *Times* eine Spaltung zwischen Genscher und Kohl: Während der Außenminister eher integrationsfreundlich sei, versuche der Kanzler die Regierungskonferenz aus Wahlkampfgründen zu verzögern, da die deutsche Öffentlichkeit die Währungsunion ablehne (TT 07.12.1989:1, ähnlich schon TT 18.11.1989:7, speziell zu Kohl TT 09.12.1989:12).

1289 TT 08.12.1989:14a, TT 08.12.1989:15a.

1290 TG 14.11.1989:24, TG 18.11.1989:7. Später erschien nur noch ein einzelner Artikel, der nach dem Gipfel von Straßburg die Zweifel der Bundesbank an der



sischen Allianz<sup>1291</sup> und konstatierte, durch sein Bekenntnis zu einer Fortsetzung der europäischen Integration habe Kohl „killed any lingering hopes in Downing Street that the Federal Republic would join Britain in trying to slow the momentum of European union“.<sup>1292</sup> Dass Kohl sich nicht auf ein genaues Datum für die Eröffnung der Regierungskonferenz einlassen wolle, kommentierte die Zeitung zwar mit der Feststellung: „Britain yesterday took comfort from reports of an alleged overnight breach between [...] Kohl and the French [...]“.<sup>1293</sup> Allerdings habe der Kanzler zugleich erstmals ein konkretes Zieldatum für das Inkrafttreten der Vertragsreform genannt – womit sich Thatcher, die die Währungsunion ganz verhindern wolle, doch wieder in einer „minority of one“ befinde.<sup>1294</sup> Und auch sonst betonte der *Guardian* vor dem Gipfel von Straßburg immer wieder, dass sich Thatchers Hoffnungen auf eine Unterstützung durch Deutschland zerschlagen hätten und Kohl und Mitterrand gemeinsam auf eine Lösung durch mehr Supranationalismus hinarbeiteten.<sup>1295</sup>

Der Competing-Currencies-Plan diente den britischen Medien also vor allem zum Anlass, um die Auseinandersetzung über die europapolitische Isolation Großbritanniens fortzusetzen, die schon zuvor im Zentrum der Debatte über die Vertragsreform gestanden hatte. Weniger als um die konkreten Implikationen verschiedener Modelle der währungspolitischen Integration ging es darum, ob Thatcher mit ihrer Herangehensweise erfolgreich die diplomatische Unterstützung anderer Mitgliedstaaten erreichen könne oder nicht. Jenseits der Perspektive auf die eigene nationale Diplomatie kam die Zukunft der EG in der britischen Debatte hingegen fast überhaupt nicht vor. Selbst als der US-amerikanische Präsident George Bush sich dafür aussprach, als Reaktion auf die Ereignisse in Osteuropa die europäische Integration zu intensivieren, wurde dies in den britischen Medien primär auf die britische Verhandlungsposition bezogen und als schwerer Rückschlag für Thatcher gedeutet.<sup>1296</sup>

---

Währungsunion ansprach und die Aussicht auf eine künftige deutsch-britische Allianz für den Competing-Currencies-Plan als nicht ganz unrealistisch erscheinen ließ (TG 11.12.1989:7a).

1291 TG 15.11.1989:10.

1292 TG 23.11.1989:20.

1293 TG 08.12.1989:12.

1294 TG 07.12.1989:20a.

1295 TG 28.11.1989:20, TG 02.12.1989:3b, TG 04.12.1989:22b, TG 08.12.1989:1.

1296 TG 05.12.1989:1, TT 05.12.1989:1, TT 06.12.1989:8b. Schon im November hatte der *Guardian* eine Äußerung Bushs über „the importance of ‚unity and integration‘ in the European Community“ als „certain to be interpreted as a nudge

#### 4. Die zweite Phase der Verhandlungen

Die starke Fokussierung auf die eigene Regierung führte auch dazu, dass der Straßburger Gipfel in den britischen Medien nur selten als bilateraler Kompromiss zwischen Deutschland und Frankreich interpretiert wurde. Die Berichte der *Times* über die Ergebnisse des Gipfels erwähnten zwar die Unterstützung der Staats- und Regierungschefs für die deutsche Wiedervereinigung zusammen mit dem Beschluss zur Einberufung der Regierungskonferenz zur Währungsunion.<sup>1297</sup> Doch anders als in der französischen und deutschen Presse fanden sich kaum Hinweise darauf, dass es sich dabei um einen ‚Kuhhandel‘ zwischen Paris und Bonn handele. Vielmehr erschienen die Währungsunion und die Reaktion der EG auf den Fall der Mauer in der *Times* als zwei weitgehend separate Themen, die gewissermaßen nur zufällig auf demselben Gipfel verhandelt worden waren.<sup>1298</sup>

Etwas deutlicher wurde der Zusammenhang im *Guardian*, der bereits vor dem Pariser Gipfel Mitte November ankündigte, außer der offiziell vorgesehenen Diskussion über Ostdeutschland sei dort auch „politicking“ zur Währungsunion zu erwarten.<sup>1299</sup> Nach dem Gipfel von Straßburg erklärte ein Bericht, die deutsch-französische Allianz sei die Basis der EG, auch wenn niemand von einem „deal“ sprechen wolle.<sup>1300</sup> Ein Leitartikel kritisierte schließlich sogar explizit, dass das öffentliche Hauptinteresse in Großbritannien allein dem „behaviour and demeanour of Mrs Margaret Thatcher“ gelte, obwohl diese auf europäischer Ebene eigentlich nur ein „muted bystander“ sei und Straßburg vor allem im Licht des deutsch-französischen Verhältnisses verstanden werden müsse. Allerdings befasste sich auch dieser Text letztlich mehr mit Thatchers Irrelevanz als mit der Bedeutung des deutsch-französischen Kompromisses selbst.<sup>1301</sup>

An dieser Irrelevanz ließ die Zeitung freilich nicht den Hauch eines Zweifels. Ein Artikel sprach von einem „undoubted diplomatic setback“ für Thatcher und betonte, der Competing-Currencies-Plan habe keine ernst zu nehmenden Erfolgsaussichten mehr; Thatchers Kritik an der Währungsunion sei bloß „ritualistic“ und werde von den übrigen Mitgliedstaa-

---

to Mrs Thatcher to be a better European“ gewertet (TG 17.11.1989:10). Die *Times* wiederum berichtete später auch prominent über Bushs Klarstellung, dass er mit seiner Äußerung nicht die britische Premierministerin habe angreifen wollen (TT 06.12.1989:1, auch TT 06.12.1989:11).

1297 TT 09.12.1989:1.

1298 Ausnahmen waren etwa TT 07.12.1989:1, TT 09.12.1989:8a.

1299 TG 18.11.1989:24.

1300 TG 09.12.1989:1a.

1301 TG 11.12.1989:18b.

ten überhaupt nicht beachtet.<sup>1302</sup> Ein Leitartikel fasste lakonisch zusammen:

For years, the Community has been threatening to leave Britain behind. This weekend there were no such threats. Britain was simply left behind.<sup>1303</sup>

Die *Times* hingegen verbreitete auch nach dem Gipfel weiterhin Optimismus in Bezug auf mögliche künftige Allianzen der britischen Regierung: Thatchers Haltung in Straßburg sei weniger aggressiv gewesen als in der Vergangenheit und deshalb auch gut aufgenommen worden.<sup>1304</sup> Zwar habe Großbritannien sich als einziges Land gegen die Regierungskonferenz zur Änderung des EWG-Vertrags ausgesprochen, doch könne es in den folgenden Monaten noch weiter für seine Alternativen zur Währungsunion werben.<sup>1305</sup> Ein Leitartikel erklärte sogar, nach dem Fall der Berliner Mauer seien alle vorherigen Planungen „threatened with obsolescence“ und insbesondere der Delorsbericht „a prime candidate for rethinking“.<sup>1306</sup>

Insgesamt zeigte die Diskussion über den Competing-Currencies-Plan und den Gipfel von Straßburg also das bereits vertraute Muster: Während der oppositionsnahe *Guardian* die britische Isolierung als Versagen der Thatcher-Regierung kritisierte und eine diplomatische Kehrtwende einforderte, äußerte sich die regierungsnahe *Times* zuversichtlich, dass Großbritannien Verbündete unter den übrigen EG-Regierungen finden werde, um die Integrationspläne zu stoppen. Beide Darstellungen folgten jedoch einem mitgliedstaatlich-außenpolitischen Deutungsrahmen, der die Verhandlungen als Ringen zwischen unterschiedlichen nationalen Interessen behandelte und die diplomatische Position des eigenen Landes in den Mittelpunkt stellte.

„Channel psychology“: *Isolation, Nationalismus und Abwertung ausländischer Akteure in der Times*

Der Optimismus, den die *Times* nach dem Straßburger Gipfel in Bezug auf mögliche britische Verbündete geäußert hatte, währte allerdings nicht

---

1302 TG 09.12.1989:1a, ähnlich TG 09.12.1989:7a.

1303 TG 11.12.1989:18b.

1304 TT 11.12.1989:1, TT 11.12.1989:8.

1305 TT 09.12.1989:1, TT 09.12.1989:8a.

1306 TT 11.12.1989:13.

lang. Während der ersten Jahreshälfte 1990 sahen die britischen Medien die Regierung europapolitisch zunehmend unter Druck. Die anlaufende Debatte über eine Politische Union stieß zwar generell nur auf begrenzte Aufmerksamkeit,<sup>1307</sup> sie verdeutlichte aber, dass das Vorhaben der Vertragsreform nicht ohne Weiteres zum Erliegen kommen würde. Bereits mehrere Wochen vor dem ersten Dubliner Gipfel im April 1990 verschärfte sich die Debatte über die britische Isolation deshalb noch einmal. So begann der *Guardian* darüber zu spekulieren, dass die übrigen Mitgliedstaaten bereits auf einen Sturz Thatchers zählten, um dann mit der Vertragsreform voranzuschreiten.<sup>1308</sup> Aber auch die *Times* äußerte nun in mehreren Artikeln die Besorgnis, dass der irische Premierminister Charles Haughey als Gastgeber des Dubliner Gipfels im April die Konfrontation suchen würde: Anlässlich eines Treffens der beiden Regierungschefs einige Tage vor dem Gipfel hieß es, die „already strained relations“ im bilateralen Verhältnis näherten sich dem „breaking point“.<sup>1309</sup>

Diese verstärkte Isolationsangst führte in der *Times* zu widersprüchlichen Reaktionen. Einerseits fanden sich nun auch hier einige Artikel, in denen eine konstruktivere Haltung der Regierung in der gesamteuropäischen Debatte gefordert wurde.<sup>1310</sup> Andererseits erschien auch wieder vermehrt der Topos, dass Thatcher eigentlich eine vorbildliche Europapolitik betreibe und von ihren Gegnern zu Unrecht der Europaskepsis bezichtigt werde.

Neu war allerdings der aggressivere Tonfall, mit dem dieses letztere Argument nun einherging. Anders als im Vorjahr wurde es nicht mehr nur als rhetorische Verteidigung vorgebracht, sondern auch als Angriff auf die anderen EG-Staaten. So endete ein Kommentar, der die französische und britische Haltung zur NATO verglich, mit der Bemerkung, wenn alle übrigen Länder so wie Frankreich auf eine „purely national defence, linked in

---

1307 Dazu mehr im folgenden Abschnitt.

1308 TG 28.03.1990:23. Andere Artikel beschrieben, wie die europafreundlichen Minister John Major und Douglas Hurd einen „U-turn“ der britischen Europapolitik vorbereiteten, den sie wegen Thatcher jedoch noch nicht vollziehen könnten (TG 02.04.1990:20, ähnlich TG 02.04.1990:8, TG 03.04.1990:8, TG 27.04.1990:24). Auch sonst war die britische Isolation weiterhin ein gängiges Thema im *Guardian* (TG 30.03.1990:8, TG 31.03.1990:6, TG 21.04.1990:6).

1309 TT 11.04.1990:7, ähnlich TT 10.04.1990:6, TT 21.04.1990:1. Auch im *Guardian* erschien Haughey (TG 11.04.1990:20, einschränkend TG 21.04.1990:24) neben Kohl (TG 24.03.1990:6, TG 31.03.1990:24) und Mitterrand (TG 27.03.1990:6) als einer der Politiker, die Thatcher in Bedrängnis brachten.

1310 So etwa in mehreren Kommentaren des Publizisten Ronald Butt (TT 11.04.1990:12, TT 25.04.1990:12).

a sort of loose co-operation with their allies“ setzen würden, gäbe es „no effective defence of Western Europe at all“. <sup>1311</sup> Ein anderer Kommentar wies im Zusammenhang mit der Währungsunion darauf hin, dass Deutschland anders als Großbritannien erst spät die private Nutzung des ECU zugelassen habe, und zwar „from simple aversion to a rival for the Deutschmark“. <sup>1312</sup> Ein Leitartikel stellte heraus, dass Großbritannien bei der Umsetzung des Binnenmarkts voranschreite, während Staaten wie Griechenland und Spanien sich ineffizient und korrupt zeigten und Deutschland Kartellbildung und Protektionismus fördere. <sup>1313</sup> Und als Außenminister Douglas Hurd im Mai eine Initiative präsentierte, wie die Kommission die nationale Umsetzung europäischer Beschlüsse besser überwachen könnte, interpretierte die *Times* dies in militärischer Sprache als „Britain’s long-expected counter-attack against the European Community nations which have been pushing for political union“. Besonders im Blickpunkt stehe dabei Italien, das die schlechteste Umsetzungsbilanz von allen Mitgliedstaaten habe. <sup>1314</sup>

Diese aggressive Rhetorik diene offenbar dem Zweck, integrationsfreundliche ausländische Akteure zu delegitimieren, indem sie ihre guten Absichten in Zweifel zog. Sie erstreckte sich auf nahezu alle Regierungen, die sich für eine Vertragsreform der EG einsetzten, zeigte sich aber am klarsten in der Diskussion über eine mögliche deutsche Hegemonie in Europa. Hatte es schon kurz nach dem Mauerfall einzelne Warnungen vor einem „Fourth Reich“ gegeben, so wurde dieses Thema im Frühling 1990 in Kommentaren und Leserbriefen (nicht jedoch in der Berichterstattung) der *Times* zu einem Dauerbrenner. Auch die EG erschien dabei vor allem als ein Mittel deutscher Machtausübung. So sagte ein Kommentar voraus, dass die deutsche Regierung spätestens nach Abschluss der 2+4-Verhandlungen von dem Ziel der Politischen Union abrücken werde, da dann „the

---

1311 TT 10.04.1990:12. Bemerkenswerterweise ging der Kommentar dabei überhaupt nicht auf die zur selben Zeit stattfindende französische Debatte über eine gemeinsame Verteidigungspolitik der EG ein, sondern behandelte die NATO als einzig relevantes europäisches Verteidigungsbündnis.

1312 TT 17.04.1990:12.

1313 TT 27.04.1990:13.

1314 TT 11.05.1990:8. Im *Guardian*-Bericht zum selben Thema spielte Kritik an anderen Mitgliedstaaten hingegen keine Rolle – hier wurde Hurd lediglich mit der Formulierung zitiert, die Politische Union solle nicht „at the expense of the other important tasks we have in mind for the EC“ kommen (TG 11.05.1990:8).

usefulness of European political unity as a topic of conversation will be at an end as far as Germany is concerned“.<sup>1315</sup>

Mehr oder weniger ausdrücklich fanden sich dabei immer wieder auch Bezüge auf den Zweiten Weltkrieg. Besonders drastisch warnte beispielsweise ein Leserbrief, die europäische Integration werde nach der deutschen Wiedervereinigung zu einer „marginalization of the non-German economies and the institutionalization of German hegemony in Europe“ führen. Frankreich werde dies womöglich hinnehmen „as [...] in 1940“. Thatcher hingegen habe noch „faith and confidence in Britain“ und werde sich deshalb nicht auf einen „national suicide“ einlassen.<sup>1316</sup> In anderen Fällen blieben die Hinweise auf den Weltkrieg subtiler. So erklärte ein Leitartikel im Juli, die von Helmut Kohl geforderte Aufwertung des Europäischen Parlaments sei lediglich „his own cosmetic to appease those worried at German dominance“, da Deutschland als einwohnerstärkstes Mitgliedsland auch das Parlament kontrollieren werde – eine Wortwahl, die sich als Anspielung auf die viel kritisierte Appeasement-Politik Neville Chamberlains verstehen ließ, ohne diesen Vergleich jedoch explizit zu machen.<sup>1317</sup>

Ihren Zenit erreichte diese Diskurslinie Mitte Juli 1990, als Handelsminister Nicholas Ridley die europäische Währungsunion in einem Interview als ein „German racket designed to take over the whole of Europe“ bezeichnete und erklärte, wer Souveränität an die EG-Kommission übertrage,

---

1315 TT 30.04.1990:14.

1316 TT 14.04.1990:11. Mit etwas gemäßigerem Tonfall warnte auch der Herausgeber der Zeitschrift *New European* in einem Leserbrief davor, dass ein „European superstate“ entgegen den französischen Erwartungen eher die deutsche Vorherrschaft befördern würde (TT 03.05.1990:13). Eine Ausnahme von diesem Deutungsmuster bildete ein Kommentar von Ronald Butt, der auf den „European patriotism“ der Deutschen verwies, die keine Hegemonialstellung anstrebten, sondern die Politische Union vor allem als Zeichen für ihre Westbindung und Friedfertigkeit sähen (TT 18.04.1990:12).

1317 TT 26.06.1990:13. Dieser Leitartikel wurde am folgenden Tag in einem Gastkommentar von Michael Heseltine kritisiert. Auch dieser bekannte sich jedoch zu einem „Britain first“-Ansatz und betonte nur, dass Großbritannien aus nationalem ökonomischem Interesse den Europäischen Binnenmarkt brauche und auch bei Gründung einer Währungsunion nicht abseits stehen dürfe (TT 27.06.1990:12). – Dass die EG auch eine Möglichkeit zur Einbindung Deutschlands sein könne, kam in der ganzen Debatte in der *Times* nur vereinzelt vor, etwa in einem Gastkommentar des Historikers Michael Howard (TT 24.04.1990:16). Ansonsten fand sich dieses Argument meist nur, wenn die Sichtweise kontinentaleuropäischer Akteure beschrieben wurde, zum Beispiel in einem kurzen Bericht über eine Rede des deutschen Altbundeskanzlers Helmut Schmidt (TT 04.05.1990:10).

„might just as well give it to Adolf Hitler“. Dieses Interview erschien zunächst in der konservativen Zeitschrift *The Spectator*, wurde von der *Times* aber im Wortlaut nachgedruckt.<sup>1318</sup> Zugleich thematisierte die Zeitung, dass viele Menschen in Großbritannien und anderen EG-Ländern die Sorgen vor Deutschland teilten,<sup>1319</sup> und behandelte in einem Artikel ausführlich Margaret Thatchers Vorbehalte gegen die deutsche Wiedervereinigung, die das Außenministerium nur nach und nach überwunden habe.<sup>1320</sup> Auch in Leserbriefen erhielt Ridley mehr Zuspruch als Zurückweisung.<sup>1321</sup>

Allerdings berichtete die *Times* in den Tagen nach dem Interview auch über die nationale und internationale Kritik an den Äußerungen des Ministers<sup>1322</sup> und vermied in Meinungstexten eine direkte Solidarisierung. Mehrere Leitartikel und Kommentare betonten nun, dass Deutschland, anders als von Ridley behauptet, wenigstens gegenwärtig keine Gefahr darstelle – auch wenn sich dies in Zukunft wieder ändern könne.<sup>1323</sup> In gewisser Weise zeigte sich freilich auch darin wieder die Nähe der *Times* zur britischen Regierung: Wie die Zeitung selbst berichtete, war kurz nach Ridleys Rücktritt ein im März verfasstes internes Regierungsmemorandum zur politischen Lage in Deutschland bekannt geworden, das zu dem Ergebnis kam, dass sich der einst von „angst, aggressiveness, bullying, egotism, self-obsession and a longing to be liked“ geprägte „German character“ gewandelt habe, und folgerte: „Britain should be ‚nice to the Germans‘“.<sup>1324</sup> Anlass für dieses Memorandum war ein Treffen Thatchers und Douglas Hurds mit Deutschland-Sachverständigen aus der Wissenschaft gewesen. Der Historiker Norman Stone, der daran beteiligt gewesen war, betonte in einem Gastkommentar in der *Times*, Großbritannien brauche Deutschland nicht mehr zu fürchten, und beschrieb das als britisches Verdienst: „It has cost us a great deal to civilise Germany [...]. We have much to be proud of.“<sup>1325</sup> In der Folgezeit gingen die Angriffe auf Deutschland in der *Times*

---

1318 TT 13.07.1990:10b. Schon in den Tagen zuvor hatten beide Zeitungen über andere, ähnliche Äußerungen Ridleys berichtet.

1319 TT 13.07.1990:2c, ähnlich auch TT 13.07.1990:11.

1320 TT 16.07.1990:2b.

1321 Unterstützend TT 17.07.1990:15a, TT 17.07.1990:15d, TT 17.07.1990:15c; kritisch TT 17.07.1990:15b.

1322 U. a. TT 13.07.1990:1, TT 13.07.1990:2b, TT 13.07.1990:2a, TT 14.07.1990:3, TT 14.07.1990:2b.

1323 TT 13.07.1990:11, TT 14.07.1990:12, TT 16.07.1990:13.

1324 TT 16.07.1990:1.

1325 TT 16.07.1990:12b.

#### 4. Die zweite Phase der Verhandlungen

etwas zurück, ohne jedoch vollständig aus dem Diskurs der Zeitung zu verschwinden.

Doch nicht nur nationale Regierungen gerieten in der ersten Jahreshälfte 1990 in die Schusslinie der *Times*. Auch gegenüber den EG-Institutionen selbst verschärfte sich der Tonfall deutlich. Kurz vor dem ersten Dubliner Gipfel etwa verteidigte ein Leitartikel den Nationalismus, der weiterhin als politische Kraft wirksam sei, und bezeichnete den Versuch der EG „to merge cultures and peoples“ als eine gefährliche „cosmopolitan fantasy“. In den Verhandlungen zur Vertragsreform müsse sich die britische Regierung deshalb der Aufgabe stellen „to fight corrupt cross-subsidies, power-mad Commissioners, and zany plans for subordinating the Commission to the European Parliament“.<sup>1326</sup> Im Juli wiederum kritisierte ein Kommentar über das Ridley-Interview zwar die Haltung des Ministers gegenüber Deutschland als „exaggerated“, schloss sich aber seiner Warnung vor einem „hijack“ durch die EG-Kommission an: „Little by little, the Commission has been invading Britain, assuming powers which for centuries have been our own“.<sup>1327</sup>

Auch die – auf Thatchers Brügge-Rede zurückgehende – Gegenüberstellung zwischen dem nationalen Aufbegehren gegen die Sowjetunion in Osteuropa einerseits und der Selbstbindung Westeuropas in „supranational chains“ andererseits etablierte sich nun als regelmäßiger Topos.<sup>1328</sup> So hieß es in einem Leitartikel im April 1990, Deutschland und Frankreich wollten erreichen, dass „established European democracies [...] relinquish national rights which the countries in Eastern Europe are exuberantly regaining“.<sup>1329</sup> Ein anderer Leitartikel im Juni führte aus, es spiele dabei keine Rolle, dass der westeuropäische Supranationalismus im Gegensatz zum sowjetischen demokratisch sei, denn auch in Demokratien führten ethnische Gegensätze immer zu Konflikten.<sup>1330</sup> Letztlich diene auch dieser Topos dazu, den europapolitischen Alleingang Thatchers zu rechtfertigen: Während die übrigen Regierungschefs von der EG irrtümlicherweise eine Überwindung nationaler Gegensätze erwarteten, so erklärte ein Kommen-

---

1326 TT 27.04.1990:13.

1327 TT 13.07.1990:10a.

1328 TT 25.06.1990:13, ähnlich TT 28.06.1990:12. In weniger expliziter Form hatte bereits Ende 1989 ein *Times*-Gastkommentar des konservativen Abgeordneten Norman Tebbit erklärt, in einem „liberal, open, free-market, capitalist system, there is no role for such a massive central organisation“ wie die EG (TT 21.11.1989:14b).

1329 TT 30.04.1990:15.

1330 TT 25.06.1990:13.



tar, sei die britische Premierministerin „enough of a nationalist herself to have a feeling what might go wrong. She is right to warn the others.“<sup>1331</sup>

Dass das Land zunehmend als isoliert wahrgenommen wurde, führte schließlich auch dazu, dass sich die *Times* in mehreren Artikeln mit fundamentalen politischen Kulturunterschieden zwischen Großbritannien und den kontinentaleuropäischen Staaten auseinandersetzte, die den britischen Sonderweg erklären sollten. Dies geschah teils beiläufig in Form der bereits zuvor gängigen Gegenüberstellung von kontinentalem Idealismus und britischem Pragmatismus: So hieß es etwa in einem Bericht, Jacques Delors' Haltung zur Politischen Union sei „typically continental – idealistic, declaratory, focusing on the ultimate goal“, im Gegensatz zu dem „step-by-step, pragmatic British way of looking at things“.<sup>1332</sup> Teils wurden die vermeintlichen Unterschiede aber auch ausdrücklich und ausführlich beschrieben. So analysierte ein Kommentar im April 1990 die „profound differences between our fellow Europeans and us“, zu denen etwa die lange parlamentarische Tradition Großbritanniens oder die aus der Insellage entstehende „Channel psychology“ zählten.<sup>1333</sup> Ein anderer Kommentar argumentierte allerdings auch, dass sich die ehemaligen britischen Besonderheiten („[a] high standard of living, the rule of law, parliamentary government, religious toleration“) dank der britischen Siege in den beiden Weltkriegen auch auf dem Kontinent ausgebreitet hätten, während umgekehrt die Realität in Großbritannien nicht mehr der alten Größe entspreche.<sup>1334</sup> Obwohl diese Texte jeweils auf eine direkte Abwertung der übrigen Mitgliedstaaten verzichteten, zeichneten sie sich jedenfalls durch ein grundsätzlich positives Verständnis der britischen Nationaleigenarten aus. Zugleich bezeichneten sie das Vereinigte Königreich jeweils mit dem Pronomen „we“ und postulierten damit schon sprachlich eine scheinbar homogene britische Identität, die sich von der kontinentalen absetze.

Durch die Abwertung und Delegitimierung ausländischer Akteure einerseits und durch das Postulat einer grundsätzlichen politisch-kulturellen Besonderheit Großbritanniens andererseits entstand in der *Times* ein Diskurs, der die britische Isolation rechtfertigte, indem er die lauterer Absichten der übrigen Regierungen und allgemein den Sinn der europäischen Integration in Zweifel zog. Die aggressive Rhetorik, die zuvor nur vereinzelt vorgekommen war, wurde nun zu einem wiederkehrenden Merkmal der

---

1331 TT 28.06.1990:12.

1332 TT 27.04.1990:9.

1333 TT 25.04.1990:12.

1334 TT 12.04.1990:12.

europapolitischen Debatte, durch das die *Times* sich von allen anderen hier untersuchten Zeitungen unterschied. Eine vergleichbare generalisierte Abwertung ausländischer Akteure kam in den französischen Zeitungen gar nicht vor, in den deutschen allenfalls in Zusammenhang mit der Kritik am ‚Opfer der D-Mark‘ unmittelbar vor dem Maastrichter Gipfel.<sup>1335</sup> In der *Times* setzte die Delegitimierung der übrigen Regierungen jedoch viel früher ein und prägte auch weitaus stärker den Gesamtdiskurs als in SZ oder FAZ.

Aber nicht nur in den deutschen und französischen Zeitungen, auch im *Guardian* waren derartige Angriffe fast vollständig abwesend.<sup>1336</sup> Im Gegenteil wies die Zeitung den Topos von Großbritannien als dem eigentlichen ‚model European‘ von Anfang an regelmäßig zurück und stellte bereits im Dezember 1989 in einem Kommentar fest: „Mrs Thatcher is not European in the sense that the vast majority of Europeans [...] understand that term“.<sup>1337</sup> Auch dass die Premierministerin andere EG-Staaten und das Europäische Parlament verächtlich mache, stieß hier bereits im Umfeld des Gipfels von Straßburg wiederholt auf Missbilligung.<sup>1338</sup> Die Gleichsetzung zwischen EG und Sowjetunion bezeichnete ein Kommentar als „misbegotten exploitation of eastern events to make western propaganda“.<sup>1339</sup> Grundsätzliche Mentalitätsgegensätze zwischen Großbritannien und dem Kontinent spielten im *Guardian* überhaupt keine Rolle. Und ein Leitartikel zur Ridley-Affäre mündete in der Forderung:

If Strasbourg is less than a vibrant democracy, then make it one. [...] If you fear German economic governance in Europe, then get in there and form the alliances of counterbalancing that are waiting. And if our Trade Secretary in a Government which has the duty to superintend

---

1335 Siehe unten, Dritter Teil, Kapitel 5.1.2.

1336 Eine der seltenen Ausnahmen war ein Kommentar im Wirtschaftsteil, der Anfang Mai 1990 Kritik am Binnenmarktprojekt übte und dabei in Anspielung auf die erwartete deutsche Dominanz auch argumentierte „that British foreign policy since the days of the Spanish Armada has been to resist the danger of a single power dominating continental Europe“ (TG 02.05.1990:11).

1337 TG 05.12.1989:19.

1338 TG 05.12.1989:19, TG 09.12.1989:1b.

1339 TG 21.11.1989:23. Generell kam dieser Topos im *Guardian* nur in Form eines Zitats von Thatcher oder anderen konservativen Politikern vor (so z. B. TG 14.11.1989:1b).

these things is still locked in a time warp of whinge and emnity [sic], then maybe give up on that Government and find one that will do the new job for Britain that has, inescapably, to be done.<sup>1340</sup>

Während die regierungsnahe *Times* also in der ersten Jahreshälfte 1990 durch einen zunehmend aggressiven Diskurs gegenüber ausländischen Akteuren die britische Isolation rechtfertigte, nahm der oppositionsnahe *Guardian* die Europapolitik nur zum Anlass für immer harschere Kritik an der Regierung. Gemeinsam war beiden Zeitungen jedoch weiterhin, dass sie die britische Isolation als das Hauptthema betrachteten – und sich deshalb vor allem an der Linie der nationalen Regierung abarbeiteten, nicht an den Vorschlägen zur Vertragsreform selbst.

„Refusing to concede any ground on national sovereignty“: Die Debatte zur Politischen Union als diplomatischer Konflikt

Im Gegensatz zur Debatte über die Währungsunion und den Competing-Currencies-Plan waren die Initiativen zu einer Politischen Union, die Ende 1989 eingeleitet wurden, in den britischen Medien nur wenig präsent. Eine gewisse Aufmerksamkeit fand das Thema im *Guardian*, der speziell der Stärkung des Europäischen Parlaments bereits vor dem Straßburger Gipfel einige Artikel widmete. So erwartete die schon weiter oben erwähnte Themenseite zur künftigen Ausgestaltung Europas nach dem Ende des Ost-West-Konflikts für die EU ein „more democratic system“ mit Gesetzgebungsrechten für das Parlament: Trotz des Widerstands der britischen Regierung sei ein europäischer „federal state“ vielleicht „another of these ideas whose time has come“.<sup>1341</sup> Als Hauptakteur in dieser Frage galt Jacques Delors, der als wichtigster Antagonist Margaret Thatchers und „unashamed evangelist for European federalism“ auch sonst einen hohen Nachrichtenwert besaß.<sup>1342</sup> Helmut Kohl nahm demgegenüber eine weniger

1340 TG 13.07.1990:22. Ein anderer *Guardian*-Kommentar relativierte allerdings auch: Ridleys Formulierungen seien zwar „wholly unacceptable“, die dahinterstehende Sorge vor einer deutschen Dominanz in der EG jedoch „a view to be debated“ (TG 14.07.1990:23). Auch sonst warnten Meinungstexte im *Guardian* verschiedentlich vor den „political problems associated with a German super-economy“ (so TG 02.07.1990:22a). Der Tonfall war dabei aber deutlich gemäßiger als in der *Times*, und als Lösung des Problems wurde meist ein stärkeres Engagement der britischen Regierung in der EG gefordert.

1341 TG 04.12.1989:22d.

1342 TG 04.12.1989:22a, vgl. auch TG 17.11.1989:24.

zentrale Rolle ein, wurde aber ebenfalls als Unterstützer eines stärkeren Parlaments dargestellt und mit der widerstrebenden Thatcher kontrastiert.<sup>1343</sup> Das Parlament selbst kam als Akteur hingegen kaum vor: Die Resolution, die es vor dem Straßburger Gipfel verabschiedete, wurde nur in einem einzelnen Artikel behandelt,<sup>1344</sup> und auch nach dem Gipfel wurden seine Forderungen meist nur am Rande erwähnt.<sup>1345</sup> Die *Times* wiederum ignorierte die Vorschläge zu einer Aufwertung des Europäischen Parlaments zunächst vollständig. Erst Delors' Vorschlag, neben der Regierungskonferenz zur Währungsunion eine weitere zur Politischen Union durchzuführen, gaben beide Zeitungen wieder.<sup>1346</sup>

Das geringe Interesse an der Politischen Union schlug sich auch in Meinungstexten nieder. Zwar stand der *Guardian* einer Stärkung des Europäischen Parlaments generell sehr positiv gegenüber und beschrieb diese wiederholt als Lösung für das Demokratiedefizit der EG.<sup>1347</sup> Auch in diesem Kontext dominierte jedoch wieder einmal vor allem die Kritik an Thatcher: Die Premierministerin, so kritisierte ein Kommentar, erkenne zwar das Demokratiedefizit, verschließe sich aber einer supranationalen Lösung dafür und stelle dadurch Großbritannien europapolitisch ins Abseits.<sup>1348</sup> Obwohl es um die Legitimationsgrundlage der Europäischen Gemeinschaft selbst ging, stand im Diskurs der Zeitung somit erneut die mitgliedstaatlich-außenpolitische Frage nach der diplomatischen Rolle der eigenen Regierung im Mittelpunkt. Dadurch erschien das Thema lediglich als eines von vielen Konfliktfeldern zwischen Delors, Kohl und Mitterrand auf der einen und Thatcher auf der anderen Seite. Nur ein einzelner Artikel im *Guardian* versuchte einen breiten Bogen zu schlagen, der die verschiedenen inhaltlichen Bereiche der Vertragsreform zu einem Gesamtkonzept verband, und beschrieb die Aufwertung des Parlaments als logische Folge einer tieferen wirtschafts- und währungspolitischen Integration. Auch dieser Artikel lief allerdings letztlich auf eine Kritik an der Thatcher-Regie-

---

1343 TG 23.11.1989:8, TG 23.11.1989:20, TG 07.12.1989:20a.

1344 TG 22.11.1989:12.

1345 TG 09.12.1989:1a, TG 09.12.1989:7a, etwas ausführlicher TG 09.12.1989:7b.

1346 TT 13.12.1989:8, TG 13.12.1989:8. Sowohl die *Times* als auch der *Guardian* nannten in diesen Artikeln unter den Unterstützern eines stärkeren Parlaments auch die französische Regierung. Dass Mitterrand dem Vorschlag zu nächst eher skeptisch gegenüberstand, da er von dem Ziel der Währungsunion ablenken könne, thematisierten die beiden Zeitungen nicht.

1347 TG 11.12.1989:18a, TG 13.12.1989:23.

1348 TG 13.12.1989:23.

rung hinaus, die sich in die umfangreichen Verhandlungen zu wenig einbringe.<sup>1349</sup>

Zeitgleich, aber weitgehend losgelöst von diesen Vorschlägen zur Stärkung des Europäischen Parlaments entwickelte sich in den britischen Zeitungen – hauptsächlich in der *Times* – zudem eine Debatte über die Rolle der nationalen Parlamente in der EG. Dass diese besser in die europäischen Entscheidungsverfahren eingebunden werden müssten, hatte ein Leitartikel hier bereits in den Wochen nach der Europawahl im Juni 1989 thematisiert.<sup>1350</sup> Das britische Kommissionsmitglied Leon Brittan hatte in diesem Zusammenhang eine bessere Verzahnung zwischen dem Europäischen Parlament und den nationalen Parlamenten als Alternative zur Stärkung des Europäischen Parlaments selbst ins Spiel gebracht.<sup>1351</sup> Im November 1989 schlug daraufhin Michael Heseltine, der 1986 wegen eines Konflikts mit Thatcher als Verteidigungsminister zurückgetreten war und nun als einer der prominentesten Vertreter des integrationsfreundlichen Flügels der Conservative Party galt, in einem Gastkommentar die Einrichtung eines „European Senate“ vor, in dem Vertreter der nationalen Parlamente repräsentiert sein sollten.<sup>1352</sup> In einem Artikel über den Gipfel von Straßburg erwähnte die *Times*, dass dieser Vorschlag auch bei Jacques Delors auf Zustimmung stoße.<sup>1353</sup> Auch in späteren Monaten thematisierte sie die bessere Einbindung der nationalen Parlamente immer wieder als einen wichtigen Ansatz zur Demokratisierung der EG.<sup>1354</sup> Selbst wenn Heseltines Senatsvorschlag dabei nicht immer ausdrücklich genannt wurde, blieb er in der *Times* doch stets als eine der wichtigen Initiativen zur Politischen Union präsent: Beispielsweise sprach ein Bericht zusammenfassend von „the urgings for institutional reform of the Community from Eu-

---

1349 TG 11.12.1989:7b. Im Einzelnen erklärte die Zeitung, Länder wie Deutschland oder die Niederlande setzten für die Währungsunion allein auf eine unabhängige, preisstabilitätsorientierte Zentralbank. Andere Regierungen forderten hingegen auch eine gemeinsame Wirtschaftspolitik, was die Frage der demokratischen Verantwortung aufwerfe. Hierfür fordere das Europäische Parlament seine Rolle ein, daneben würden aber auch noch weitere Vorschläge wie ein europäischer Senat diskutiert.

1350 TT 20.06.1989:17.

1351 TT 23.06.1989:8. Der konservative Europaabgeordnete James Elles unterstützte Brittans Vorschlag in einem Leserbrief (TT 26.06.1989:15).

1352 TT 29.11.1989:14.

1353 TT 08.12.1989:14a.

1354 TT 11.04.1990:12, TT 26.06.1990:11, TT 12.10.1990:9 sowie weitere Gastbeiträge von Leon Brittan und Michael Heseltine (TT 27.06.1990:12, TT 29.11.1990:18).

ropean leaders, national parliaments and individual politicians such as Michael Heseltine and Jacques Delors“. <sup>1355</sup> Kritik daran griffen hingegen nur wenige Artikel auf. <sup>1356</sup>

Im *Guardian* stieß die Idee einer stärkeren Einbindung der nationalen Parlamente hingegen auf wenig Zustimmung. So hatte hier bereits kurz vor Heseltines Vorschlag ein Kommentar die Kritik, dass die Währungsunion in die parlamentarische Kontrolle der Geldpolitik eingreife, mit dem Argument zurückgewiesen, dass die „emptiness“ der parlamentarischen Rituale in Großbritannien ohnehin keine echte demokratische Verantwortung garantiere. <sup>1357</sup> Auch Heseltines Initiative selbst stieß von Anfang an auf Skepsis. Ein Bericht verwies schon früh auf die „confusion“, die die Idee umgebe. <sup>1358</sup> Ohne den Senatsvorschlag explizit zu nennen, betonte ein Leitartikel, dass außerhalb Großbritanniens Einigkeit darüber bestehe, dass das Demokratiedefizit der EG nur durch eine Stärkung des Europäischen Parlaments zu beheben sei. <sup>1359</sup> Später erklärte die Zeitung unter anderem, angesichts der zunehmend föderalen Gestalt der EG ergebe eine zweite Kammer nach Vorbild des deutschen Bundesrats „more sense“ als ein Senat mit Vertretern der nationalen Parlamente. <sup>1360</sup>

Generell schien die Frage, wie sich der Senatsvorschlag auf die Funktionsweise der EG auswirken würde, für beide Zeitungen allerdings weniger wichtig zu sein als der Umstand, dass es sich um einen *britischen* Vorschlag handelte. So sprach kein einziger Artikel an, dass mit der – im November 1989 erstmals zusammengetretenen – Konferenz der Europaausschüsse (COSAC) bereits ein EG-Gremium zur Vernetzung der nationalen Parlamentarier existierte. Auch dass der französische Senatspräsident Alain Pöher fast zeitgleich mit Heseltine ebenfalls einen ‚europäischen Senat‘ forderte, wurde nicht erwähnt. <sup>1361</sup> Hingegen fand sich in der *Times* immer wieder das Argument, dass sich die britische Regierung mit dem Vorschlag konstruktiv in den Verhandlungen zur Politischen Union einbringen könnte, um ihre Isolation zu überwinden. Schon der Gastkommentar, in dem Heseltine das Thema zum ersten Mal anschnitt, trug deshalb die Überschrift: „Europe: time to get off the sidelines“. <sup>1362</sup> Als die Regierung

---

1355 TT 12.03.1990:14.

1356 TT 17.05.1990:13b.

1357 TG 21.11.1989:23.

1358 TG 09.12.1989:7b.

1359 TG 11.12.1989:18a.

1360 TG 18.05.1990:23.

1361 Zu Pöhers Vorschlägen vgl. LF 15.11.1989:8.

1362 TT 29.11.1989:14.

den Vorschlag letztlich nicht aufgriff, verloren beide Zeitungen im Laufe des Jahres 1990 schließlich nach und nach das Interesse daran. Lediglich anlässlich von Heseltines Kandidatur um den Vorsitz der Conservative Party im November 1990 wurde er noch einmal vereinzelt erwähnt.<sup>1363</sup>

Auch die weiteren Initiativen zur Politischen Union, die in den Monaten vor dem ersten Gipfel von Dublin vorgebracht wurden, behandelten die britischen Medien vor allem unter der Perspektive ihrer Auswirkungen auf die britische Politik. So stieß die Resolution, in der sich das Europäische Parlament am 14. März 1990 für eine föderale Union aussprach, besonders deshalb auf Interesse, weil sie von einem Briten, dem Labour-Abgeordneten David Martin, verfasst worden war und kontroverse Diskussionen innerhalb der Labour Party auslöste.<sup>1364</sup> Das belgische Memorandum vom 20. März fand hingegen nur wenig Aufmerksamkeit.<sup>1365</sup> Insgesamt beeinflusste die starke Fokussierung auf die eigene nationale Regierung die gesamte Berichterstattung im Vorfeld des Dubliner Gipfels und ließ die inhaltlichen Vorschläge nicht-britischer Akteure weitgehend in den Hintergrund treten.

Dementsprechend knapp fiel auch der erste *Times*-Artikel über das deutsch-französische Schreiben zur Politischen Union vom 18. April aus. In den Tagen nach der ostdeutschen Volkskammerwahl im März waren zwar einige Berichte erschienen, nach denen Helmut Kohl eine Politische Union als europäischen Rahmen für das wiedervereinigte Deutschland unterstütze.<sup>1366</sup> Nun jedoch erwähnte die *Times* weder die Verbesserung der demokratischen Legitimität noch die gemeinsame Sicherheitspolitik, die Kohl und Mitterrand anstrebten. Stattdessen sprach sie nur von einer Forderung nach „unity and coherence [...] in the economic, monetary and political domain“, die als „a calculated challenge to London“ verstanden werden müsse.<sup>1367</sup> Ausführlicher wurde hingegen über Thatchers Reaktion berichtet, die die deutsch-französischen Pläne als inhaltslos und „esoteric“ be-

---

1363 Z. B. TG 15.11.1990:2.

1364 TT 12.03.1990:14, TG 15.03.1990:8.

1365 Knapp erwähnt wurde es in TT 24.03.1990:16, TG 11.04.1990:20 sowie TG 20.04.1990:1. Außerdem wurde die belgische Position mehrmals in einer Artikelserie des *Guardian* angesprochen, die kurz vor dem Dubliner Gipfel die Vorschläge zur institutionellen Reform analysierte: TG 26.04.1990:8, TG 27.04.1990:10, TG 28.04.1990:6a).

1366 So TT 24.03.1990:16, ohne expliziten Bezug auf die deutsche Wiedervereinigung TT 30.03.1990:20.

1367 TT 20.04.1990:1. Erst eine Woche später wurde das Schreiben zur Politischen Union auch inhaltlich beschrieben, wobei die *Times* allerdings hervorhob, dass

#### 4. Die zweite Phase der Verhandlungen

zeichnete<sup>1368</sup> und einen eigenen Gegenvorschlag ankündigte, der ihre „vision of a Europe of ‚proud, sovereign states‘“ widerspiegeln würde.<sup>1369</sup> Als inhaltliches Hauptargument gegen die Politische Union nannte die *Times* wie schon zuvor die Bewahrung der nationalen Souveränität. Vor allem der Einfluss des britischen Parlaments, den es zu verteidigen gelte, wurde in der Berichterstattung wiederholt angesprochen.<sup>1370</sup> Besondere Aufmerksamkeit fand daneben aber auch eine Äußerung Thatchers, dass die Politische Union auch die verfassungsmäßige Stellung der britischen Königin als Staatsoberhaupt gefährde. Obwohl andere britische Politiker diese Sorge umgehend für abwegig erklärten,<sup>1371</sup> stieß sie in zahlreichen Leserbriefen auf Zustimmung – bis hin zu der Forderung, notfalls aus der EG auszutreten.<sup>1372</sup> Tatsächlich verschwand das Motiv, dass die Monarchie durch die Politische Union bedroht sei, in den folgenden Monaten nie wieder ganz aus der britischen Debatte und erschien zum Beispiel noch unmittelbar vor dem Gipfel von Maastricht in einem Leserbrief in der *Times*.<sup>1373</sup>

Insgesamt wurde also auch die Initiative Kohls und Mitterrands zur Politischen Union in erster Linie als Ausdruck eines diplomatischen Konflikts zwischen Deutschland und Frankreich einerseits und Großbritannien andererseits wahrgenommen. Und wie so oft reagierte die *Times* darauf

---

Deutschland und Frankreich damit nicht genau dieselben Ziele verfolgten: Während Deutschland die demokratische Verantwortung durch das Europäische Parlament stärken wolle, strebe Frankreich eine Zentralisierung durch einen stärkeren Kommissionspräsidenten an (TT 27.04.1990:9).

1368 TT 21.04.1990:1, ähnlich TT 21.04.1990:9.

1369 TT 24.04.1990:2. Wie die *Times* ausführte, sollte dieser Vorschlag eine „greater centralization“ verhindern, die nationalen Regierungen und Parlamente stärken und dem Europäischen Parlament lediglich bei der Haushaltskontrolle der Europäischen Kommission neue Kompetenzen zubilligen (TT 25.04.1990:10). Allerdings war die Initiative Thatchers auch innerhalb Großbritanniens umstritten und riss erneut die Spaltungen innerhalb der Conservative Party auf (siehe hierzu unten, Dritter Teil, Kapitel 4.3.2).

1370 TT 27.04.1990:1, TT 28.04.1990:8.

1371 So etwa der ehemalige konservative Premierminister Edward Heath und der Labour-Schattenaußenminister Gerald Kaufman (TT 30.04.1990:1).

1372 So TT 28.04.1990:11b. Ein Kommentar von Conor Cruise O'Brien sprach ebenfalls von „threats to the British crown and parliament“, zeigte sich aber optimistisch, dass Außenminister Hurd diese würde abwehren können (TT 30.04.1990:14). Auch Thatchers Forderung, in den Verhandlungen zunächst festzuhalten, was die Politische Union *nicht* sein solle, wurde nach dem Gipfel mit dieser hypothetischen Gefährdung der nationalen Staatsoberhäupter in Verbindung gebracht (TT 30.04.1990:10b).

1373 TT 02.12.1991:15c.



mit Überlegungen zu möglichen Verbündeten Großbritanniens: Eine mögliche Vermittlerrolle schrieb die Zeitung ausgerechnet Jacques Delors zu, der zwar als „apostle of European federalism“ gelte, aber eine Überfrachtung der Verhandlungen fürchte und sich daher gegenüber der Idee einer Politischen Union „surprisingly dismissive“ gezeigt habe.<sup>1374</sup>

Im *Guardian* wiederum erschien unmittelbar vor dem ersten Gipfel von Dublin eine dreiteilige Artikelserie, die recht ausführlich auf die Vorschläge zur Politischen Union einging. Darin wurden zunächst das drohende Machtvakuum in Osteuropa sowie die Einbindung Deutschlands als Motive für den neuen Integrationsschritt analysiert,<sup>1375</sup> dann die Vorschläge zur Reform der Kommission vorgestellt<sup>1376</sup> und schließlich das Europäische Parlament als „the key to reducing the democratic deficit“ beschrieben.<sup>1377</sup> Zwar werde sich die EG nicht sofort zu einer vollen Politischen Union entwickeln, doch

as the pressure for supra-national answers to supra-national problems increases, so too will pressure for Europe to evolve into some kind of federal union.<sup>1378</sup>

Diese Artikelserie blieb allerdings eine Ausnahme: Auch im *Guardian* standen im Mittelpunkt der Berichterstattung weniger die Inhalte des deutsch-französischen Vorschlags als vielmehr die britische Reaktion darauf.<sup>1379</sup> Wie üblich machte die Zeitung dabei deutlich, dass sich die Regierung mit ihrem Isolationskurs selbst schwäche. Mehrere Artikel äußerten zudem die Erwartung auf eine bevorstehende Wende der britischen Politik: Angesichts der schwindenden Autorität Thatchers rechneten die übrigen Mitgliedstaaten für die Zukunft mit einem größeren Einfluss der europafreundlicheren Minister wie Douglas Hurd und John Major.<sup>1380</sup> Womöglich werde die Regierung schon in Dublin nachgeben und sich an den Verhandlungen zur Politischen Union beteiligen.<sup>1381</sup> Ein Leitartikel blieb

---

1374 TT 27.04.1990:1.

1375 TG 26.04.1990:8.

1376 TG 27.04.1990:10. Im Einzelnen hieß es, die Kommission könnte künftig vom Europäischen Parlament gewählt werden, die Zahl der Kommissare könnte reduziert werden und die Kommission könnte ein Mitspracherecht in der gemeinsamen Außenpolitik der EG erhalten.

1377 TG 28.04.1990:6a.

1378 Ebd., vgl. ähnlich auch schon TG 13.12.1989:23.

1379 TG 20.04.1990:1, TG 21.04.1990:24.

1380 TG 27.04.1990:24.

1381 TG 23.04.1990:20, TG 25.04.1990:10, TG 28.04.1990:6b.

allerdings skeptisch: „If Dublin marks a new era in the British approach, it will be a relief. It will also be a great surprise.“<sup>1382</sup>

Auch nach dem Gipfel konzentrierten sich beide Zeitungen vor allem darauf, die Performance der britischen Regierung zu bewerten. Im *Guardian* erschien Thatcher dabei als Verliererin: Wenn sie die Vertragsreform noch bremsen wolle, sei das höchstens mit einem Veto möglich, womit Großbritannien jedoch einen Bruch mit der übrigen EG riskieren würde.<sup>1383</sup> Zugleich betonte die Zeitung die Dialogbereitschaft Douglas Hurds, der sich bemühe „to ease Mrs Thatcher’s negative image on Europe while refusing to concede any ground on national sovereignty“.<sup>1384</sup> Die *Times* konstatierte hingegen im Wesentlichen einen Erfolg der Premierministerin: Zwar könne sie die Eröffnung der Regierungskonferenz zur Politischen Union kaum noch verhindern, mit ihrer Kritik an der Vagheit des Begriffs habe sie aber „some long overdue realism“ in die Debatte gebracht.<sup>1385</sup> Wiederholt wurde betont, dass die britische Forderung nach mehr konzeptioneller Klarheit auch bei anderen Mitgliedstaaten positiv aufgenommen worden sei.<sup>1386</sup> Und selbst dass der Gipfel eine Arbeitsgruppe der Außenminister eingesetzt und in seinen Schlussfolgerungen eine „preliminary definition of political union“ festgehalten hatte, wurde in einem *Times*-Leitartikel als ein Verdienst Thatchers beschrieben – ohne zu erwähnen, dass diese Ergebnisse inhaltlich genau den Vorschlägen entsprechen, die bereits das deutsch-französische Schreiben enthalten hatte.<sup>1387</sup>

---

1382 TG 28.04.1990:22.

1383 TG 30.04.1990:5.

1384 TG 30.04.1990:1.

1385 Ebd., ähnlich TT 30.04.1990:10b.

1386 TT 01.05.1990:12. Auch der deutsche Oppositionspolitiker Wolfgang Roth wurde mit der Formulierung zitiert „that so far political unity remained ‚empty words‘“ (TT 30.04.1990:10a).

1387 TT 30.04.1990:15. Die „preliminary definition“ besagte, dass durch die Politische Union eine Stärkung der demokratischen Legitimität und eine höhere Effizienz der EG-Institutionen sowie eine gemeinsame Außenpolitik erreicht werden sollten. Dies entsprach fast im Wortlaut dem deutsch-französischen Schreiben, in dem außerdem bereits vorgeschlagen worden war, die Außenminister mit der Erstellung eines Berichts zu beauftragen.

„No such union is now on the agenda“: Sinkende Aufmerksamkeit für die Politische Union

Während in den folgenden Wochen die Debatte über die Politische Union zwischen den europäischen Regierungen an Dynamik gewann, verschwand sie in den britischen Zeitungen weitgehend von der Agenda. Lediglich einzelne Berichte behandelten das Thema.<sup>1388</sup> Was die Einschätzungen zu Bedeutung und Erfolgsaussichten der Vertragsreform betraf, vergrößerten sich die Divergenzen zwischen den Zeitungen allerdings noch. So meinte die *Times*, bei den Regierungen der EG ein sinkendes Interesse an der Reform zu beobachten, und schrieb dies auch der erfolgreichen britischen Diplomatie zu.<sup>1389</sup> Ein Leitartikel über die Europapolitik der USA betonte, dass die KSZE als politisches Forum an Bedeutung gewinne, und forderte von der EG eine Rückbesinnung allein auf die Wirtschafts- und Handelspolitik:

[F]or all the rhetoric of recent weeks, the EC remains primarily an economic organization, and would be acting wholly irresponsibly to concentrate on political union while letting transatlantic economic and trade disputes get out of control.<sup>1390</sup>

Ein *Guardian*-Kommentar hingegen äußerte sehr hohe Erwartungen an die Verhandlungen zur Politischen Union: Da einerseits Deutschland ein starkes Europäisches Parlament anstrebe, andererseits die übrigen Mitgliedstaaten Deutschland einbinden wollten, werde sich die EG weiter als erwartet in Richtung einer „quasi-federal union“ entwickeln – eine Aussicht, die der Kommentar durchaus positiv bewertete.<sup>1391</sup> Eine detaillierte Berichterstattung über die Verhandlungen der Außenminister-Arbeitsgruppe bot jedoch auch der *Guardian* nicht.

Stattdessen berichteten beide britischen Zeitungen auch in den Tagen vor dem zweiten Dubliner Gipfel im Juni in Zusammenhang mit der Politischen Union lediglich über einige Initiativen ihrer eigenen nationalen

---

1388 Eine erneute Forderung Helmut Kohls nach einer Stärkung des Europäischen Parlaments wurde von beiden Zeitungen aufgegriffen (TG 17.05.1990:8, TT 17.05.1990:13a, TT 17.05.1990:13b). Außerdem kündigte ein *Times*-Bericht an, das zentrale Thema der Verhandlungen werde „subsidiarity“ sein, ohne allerdings allzu tief auf die Implikationen dieses Konzepts einzugehen (TT 08.05.1990:8).

1389 TT 21.05.1990:8, TT 22.05.1990:15.

1390 TT 07.05.1990:11.

1391 TG 18.05.1990:23.

#### 4. Die zweite Phase der Verhandlungen

Regierung: Interesse weckten unter anderem ein Vorstoß von Douglas Hurd zur gemeinsamen Außenpolitik,<sup>1392</sup> ein anderer zur Stärkung des Europäischen Gerichtshofs, der künftig auch materielle Sanktionen verhängen sollte, wenn ein Mitgliedstaat seinen vertraglichen Verpflichtungen nicht nachkäme,<sup>1393</sup> ein Vorschlag, dem Europäischen Parlament mehr Kompetenzen bei der Budgetkontrolle und der Überwachung der Kommission, nicht aber bei der Gesetzgebung zu geben,<sup>1394</sup> sowie eine Initiative des Handelsministers Ridley zugunsten eines „twin-track Europe“ mit unterschiedlichen Integrationsgeschwindigkeiten.<sup>1395</sup>

Hauptthema war auch in diesen Berichten jeweils die Rolle der britischen Regierung in den Verhandlungen. Dabei bemühte die *Times* wieder mehrfach den Topos des ‚guten Europäers‘ – beispielsweise indem sie Hurds Äußerung zitierte, „that the government’s distrust of phrases like ‚political union‘ did not mean it was against greater co-operation“,<sup>1396</sup> oder in Zusammenhang mit dem Vorschlag zum Europäischen Gerichtshof betonte, dass Großbritannien anders als Belgien oder Italien eine sehr gute Quote bei der Umsetzung europäischer Richtlinien aufweise.<sup>1397</sup> Ein weiterer Kurzbericht wenige Tage vor dem Gipfel unterstrich die „noticeably enthusiastic participation by Britain“ in den Verhandlungen.<sup>1398</sup>

Die Vorschläge der übrigen Akteure zur Politischen Union wurden hingegen nicht näher behandelt, woran sich auch nach dem Juni-Gipfel wenig änderte. Unter Verweis auf die britische Regierung erklärte die *Times* stattdessen, dass die Tragweite der institutionellen Reformen nur gering sein werde; in Wirklichkeit gehe es nur um „practical ways to improve the workings of the community“.<sup>1399</sup> Erneut wurde dies vor allem als ein diplomatischer Erfolg Thatchers gesehen, die durch ihre Beharrlichkeit erreicht habe, dass die deutsch-französische „crusade has scaled down to a re-

---

1392 TT 12.06.1990:24, TG 12.06.1990:20.

1393 TT 23.06.1990:8, TG 21.06.1990:2.

1394 TG 12.06.1990:6, TG 12.06.1990:20.

1395 TG 06.06.1990:6. In den hier untersuchten deutschen und französischen Medien wurde keine dieser Initiativen im Einzelnen behandelt.

1396 TT 12.06.1990:24.

1397 TT 23.06.1990:8. Der *Guardian* hingegen verwies darauf, dass die britische Umsetzungsquote in bestimmten Politikfeldern keineswegs besonders gut sei, und spekulierte deshalb, die Regierung könnte diesen Vorschlag bald wieder zurückziehen (TG 21.06.1990:2).

1398 TT 19.06.1990:9.

1399 TT 26.06.1990:11.

vision of the working of EC institutions“.<sup>1400</sup> Ein Leitartikel fasste zusammen: „[W]hile the words ‚political union‘ remain, no such union is now on the agenda.“<sup>1401</sup>

Demgegenüber konstatierte der *Guardian*, Thatcher habe sich in Dublin auf die Regierungskonferenz eingelassen, um wieder als „part of the Community mainstream“ akzeptiert zu werden.<sup>1402</sup> Ein Leitartikel beschrieb den Gipfel als „substantial success“, bei dem die EG an weltpolitischer Bedeutung gewonnen habe.<sup>1403</sup> Die genauen Inhalte des Mandats für die Regierungskonferenz – Vorschläge wie das Mitentscheidungsverfahren im Gesetzgebungsprozess, die Wahl der Kommission durch das Europäische Parlament oder die europäische Unionsbürgerschaft – blieben in beiden Zeitungen jedoch größtenteils unerwähnt.

„Britain’s contribution to the debate on economic and monetary union“: *Der Major-Plan im Zentrum der Debatte*

Der eigentliche Schwerpunkt der Europaberichterstattung im Juni 1990 lag ohnehin nicht auf der Politischen Union, sondern auf dem Major-Plan zum „harten ECU“, der wenige Tage vor dem zweiten Gipfel von Dublin offiziell angekündigt wurde.<sup>1404</sup> Nach dem Misserfolg des Competing-Currencies-Plans in Straßburg war die Debatte über die Währungsunion in Großbritannien während der ersten Jahreshälfte 1990 zunächst deutlich

---

1400 TT 27.06.1990:10b. Ebenfalls als Erfolg Thatchers wertete die *Times* die auf dem Gipfel gefassten Beschlüsse zur Finanzhilfe an die Sowjetunion. Auch hier wurde zunächst eine britische Isolation befürchtet (TT 25.06.1990:11b). Doch während danach die deutschen Zeitungen betonten, dass Kohl ein grundsätzliches Bekenntnis der EG zu diesen Hilfen durchgesetzt habe (SZ 27.06.1990:4, FAZ 29.06.1990:3), hob die *Times* hervor, dass dank Thatcher die Entscheidung über die genaue Höhe der Unterstützung vertagt worden sei (TT 27.06.1990:1).

1401 TT 26.06.1990:13.

1402 TG 26.06.1990:20b, ähnlich auch TG 27.06.1990:18.

1403 TG 27.06.1990:18. Allerdings bezog sich die Zeitung damit vor allem auf die außenpolitischen Beschlüsse des Gipfels, weniger auf die Politische Union. Schon im Voraus hatte der *Guardian* die Finanzhilfen an die Sowjetunion als wichtigstes Thema von Dublin beschrieben (TG 25.06.1990:8, TG 25.06.1990:24b).

1404 Zu den Inhalten dieses Vorschlags siehe oben, Zweiter Teil, Kapitel 3.3.

zurückgegangen, ohne jedoch komplett zu erliegen.<sup>1405</sup> Bereits im April warf ein Kommentar in der *Times* die Frage auf, ob der Delorsplan überhaupt zwingend zu einer Einheitswährung führen müsse oder ob auch eine dauerhafte Parallelexistenz von ECU und nationalen Währungen möglich sei.<sup>1406</sup> Anfang Juni berichtete der *Guardian*, Thatcher sei bereit, den Competing-Currencies-Plan so zu ändern, dass auch der ECU in Wettbewerb mit den anderen Währungen treten würde.<sup>1407</sup> Zugleich fanden sich allerdings auch Spekulationen, dass Thatcher eine Einbindung der USA in die währungspolitische Zusammenarbeit der EG vorschlagen wolle, um auf diese Weise eine volle Währungsunion zu verhindern.<sup>1408</sup>

Die Veröffentlichung des Hard-ECU-Plans selbst wurde von beiden britischen Zeitungen grundsätzlich positiv bewertet. Vor allem die *Times* betonte, dass der Vorschlag „serious“ sei. Es handle sich dabei um „Britain’s contribution to the debate on economic and monetary union“: „a practical step towards a common European currency while avoiding the inflationary dangers and surrender of sovereignty involved in the Delors plan“.<sup>1409</sup> Doch auch der *Guardian* lobte den harten ECU als „positive improvement“ gegenüber dem Competing-Currencies-Vorschlag<sup>1410</sup> und bezeichnete ihn als „the first significant new EC institution Mrs Thatcher will have proposed during her premiership“.<sup>1411</sup>

Wichtiger als die möglichen Folgen des Major-Plans für die EG war für die Zeitungen jedoch wieder einmal, welche Auswirkungen er auf die diplomatische Position Großbritanniens haben würde. So führten die kühlen Reaktionen der Europäischen Kommission und der übrigen Mitgliedstaaten dazu, dass selbst in der *Times* von Anfang an ein leichter Pessimis-

---

1405 So thematisierte etwa der *Guardian*, dass eine Währungsunion auch Finanztransfers von reicheren zu ärmeren Ländern nötig machen würde, und forderte von der britischen Regierung, sich aktiver in die Verhandlungen einzubringen (TG 20.03.1990:2, TG 22.03.1990:20).

1406 TT 17.04.1990:12, vgl. auch TT 23.04.1990:13.

1407 TG 08.06.1990:14.

1408 TG 19.06.1990:2, TG 19.06.1990:14.

1409 TT 21.06.1990:1. Verschiedentlich wurde der Plan auch als Zeichen für einen baldigen britischen Beitritt zum EWS gesehen, den Thatcher im Juni 1989 in Aussicht gestellt hatte (TT 21.06.1990:25, TT 22.06.1990:1).

1410 TG 21.06.1990:18.

1411 TG 21.06.1990:1. Frühe Kritik an dem Plan fand sich allerdings in einem Leserbrief des Labour-Politikers Chris Smith, den der *Guardian* eine Woche später abdruckte (TG 29.06.1990:26); vgl. auch unten, Dritter Teil, Kapitel 4.3.2.

mus zu den Erfolgchancen des Plans vorherrschte.<sup>1412</sup> Inhaltliche Einschätzungen, wie sich der Plan auf die EG auswirken würde, fanden sich lediglich im Wirtschaftsteil.<sup>1413</sup> Mehrere Meinungstexte betonten jedoch, dass der Vorschlag ohnehin nicht dazu gedacht sei, in der präsentierten Form umgesetzt zu werden. So relativierte ein *Times*-Leitartikel seine inhaltliche Tragweite: „In practice, the British ecu would be merely a sort of traveller’s cheque“. Man müsse den Vorschlag deshalb in erster Linie als „an exercise in Europolitics“ verstehen, der es Major ermögli- che, der „anti-British hysteria“ auf europäischer Ebene entgegenzutreten und die Gespräche über die Währungsunion, wenn schon nicht zu verhindern, so doch wenigstens zu verzögern.<sup>1414</sup> Ähnlich argumentierte ein Leitartikel im *Guardian*: Trotz des „almost unstoppable momentum towards full monetary union“ könne der Vorschlag „attract still further thought amongst our partners“.<sup>1415</sup>

Dass der Major-Plan auf dem Gipfel von Dublin letztlich keine nennenswerte Rolle spielte, wurde von den beiden Zeitungen allerdings recht unterschiedlich aufgenommen. Die *Times* machte für das Scheitern vor allem den deutschen Bundesbankpräsidenten Pöhl verantwortlich, der sich öffentlich gegen den harten ECU ausgesprochen und damit auch die deutsche Delegation in Dublin zu einer Ablehnung des Vorschlags gebracht habe.<sup>1416</sup> Ein Leitartikel nahm dies zum Anlass für eine Generalkritik an Deutschland, das über die europäische Integration nur seinen eigenen Einfluss ausbauen wolle: Jeder weitere Schritt in Richtung einer Währungsunion werde Westeuropa deshalb „into the darkest political territory“ führen.<sup>1417</sup> Der *Guardian* hingegen widmete dem Major-Plan nach dem Gipfel nicht mehr viel Aufmerksamkeit, sondern stellte lediglich fest, Thatcher habe nachgeben müssen, da die übrigen Regierungschefs keinen Zweifel

---

1412 TT 22.06.1990:23, TT 25.06.1990:11a, ähnlich auch schon TT 21.06.1990:25. Im *Guardian* hieß es, die anderen EG-Regierungen und die Kommission begrüßten den Plan als Zeichen für einen konstruktiveren Ansatz Großbritanniens, lehnten jedoch jede Ablenkung vom Ziel einer vollen Währungsunion ab (TG 22.06.1990:24, TG 23.06.1990:1, TG 26.06.1990:20b, TG 27.06.1990:1, 20; vgl. auch schon TG 21.06.1990:1).

1413 Z. B. TT 22.06.1990:25.

1414 TT 21.06.1990:13, ähnlich TT 21.06.1990:25.

1415 TG 21.06.1990:18. Bereits kurz vor Veröffentlichung des Plans hatten beide Zeitungen darüber berichtet, dass die Regierung zuversichtlich sei, sich in Gesprächen zur Währungsunion durchzusetzen (TT 16.06.1990:7, TG 19.06.1990:2).

1416 TT 26.06.1990:1.

1417 TT 26.06.1990:13.

an ihrer Entschlossenheit zum „ultimate goal of a Eurofed central bank and a single currency“ gelassen hätten.<sup>1418</sup>

Ähnlich wie bereits ein halbes Jahr zuvor beim Gipfel von Straßburg richtete die britische Presse also auch vor dem zweiten Dubliner Gipfel ihren Fokus auf eine ganz andere Frage als die deutschen und französischen Zeitungen. Wie der Competing-Currencies-Plan interessierte dabei auch der harte ECU jedoch offensichtlich nicht wegen seiner realen Verwirklichungsaussichten. Entscheidend war für die britischen Zeitungen vielmehr, dass es sich um einen Vorschlag der eigenen nationalen Regierung handelte, mit dem diese ihre Außenseiterrolle in den Vertragsverhandlungen zu überwinden hoffte.<sup>1419</sup> Als dieser Versuch scheiterte, fielen beide Zeitungen in ihre üblichen Bewertungsmuster zurück: Während die *Times* zu einer Abwertung der übrigen Verhandlungspartner überging (in diesem Fall der deutschen Bundesbank und Bundesregierung), sah der *Guardian* eine weitere Bestätigung für Thatchers diplomatische Schwäche.

Auch wenn der harte ECU in den folgenden Monaten in der britischen Öffentlichkeit wieder etwas an Bedeutung verlor, thematisierten beide Zeitungen ihn auch später noch immer wieder als mögliche Alternative zum Delorsplan. So wurde etwa der britische Beitritt zum Europäischen Währungssystem am 8. Oktober 1990 teilweise als Chance gesehen, um den Hard-ECU-Plan glaubwürdiger voranzutreiben.<sup>1420</sup> Auch im Umfeld der beiden Gipfel von Rom im Oktober und Dezember fand der Plan mehr-

---

1418 TG 26.06.1990:20b. Ein späterer Artikel erwähnte noch einmal, dass sich der harte ECU als Zwischenstufe auf dem Weg zu einer vollen Währungsunion durchaus auch mit dem Delorsplan in Einklang bringen lasse. Viel Tragweite maß die Zeitung diesem Thema zu diesem Zeitpunkt allerdings nicht mehr bei. Letztlich handle es sich nur um die technische Frage „whether or not the European Currency Unit should be valued on the average of EC currencies or in relation to the strongest EC currency, the Deutschmark“ (TG 02.07.1990:11).

1419 Daneben wurde der Hard-ECU-Plan auch als Versuch verstanden, die Conservative Party europapolitisch zu einigen, siehe hierzu unten, Dritter Teil, Kapitel 4.3.2.

1420 So TG 10.10.1990:19. Insgesamt wurde der EWS-Beitritt allerdings eher in Bezug auf die nationale Wirtschafts- und Inflationsentwicklung diskutiert, weniger auf die britische Rolle in der EG (z. B. TT 12.10.1990:5, TT 16.10.1990:10, TG 24.10.1990:4). Thatcher und Major selbst betonten auf einem Parteitag der Conservative Party Mitte Oktober, der Beitritt sei jedenfalls nicht als Schritt zur britischen Zustimmung zu einer vollen Währungsunion zu verstehen (vgl. TG 13.10.1990:1, TG 15.10.1990:21).



fach als britische Position Erwähnung.<sup>1421</sup> Nach der Wahl John Majors zum Premierminister zählte der *Guardian* Ende November den Hard-ECU-Plan als eine seiner bisherigen Errungenschaften als Finanzminister auf, betonte aber auch erneut, dass der Vorschlag keine reale Umsetzungschance habe:

The idea has not found favour with Britain's EC partners, although it has enabled the Government to argue that it is prepared to play a full part in the European debate and is not merely dragging its feet.<sup>1422</sup>

Zugleich erschienen in den britischen Zeitungen ab Oktober 1990 aber auch erste Überlegungen, dass Großbritannien die von den übrigen Mitgliedstaaten angestrebte Währungsunion nach dem Delorsplan akzeptieren könnte, ohne sich selbst daran zu beteiligen. Auf allzu große Zustimmung stieß diese Idee zunächst nicht: Wenige Wochen vor dem Gipfel von Rom erklärte der *Guardian*, ein solches „two-division Europe“, in dem sich Großbritannien „outside the super-league“ befinde, werde von den britischen Ministern „with horror“ gesehen.<sup>1423</sup> Etwas positiver bewertete die Zeitung hingegen einen Vorschlag des britischen EG-Kommissars Leon Brittan, der den Konflikt über die Währungsunion lösen wollte, indem die Entscheidung über den Beitrittszeitpunkt jeweils den einzelnen Ländern überlassen sein sollte. Dadurch werde zwar „a de facto ‚two-tier‘ Community“ geschaffen, aber „a full-blooded constitutional crisis“ verhindert.<sup>1424</sup> Dieser Vorschlag wurde allerdings von Jacques Delors zurückgewiesen, der lediglich für einzelne Länder Ausnahmen zu akzeptieren bereit war.<sup>1425</sup>

Mit diesem Gegensatz – freie Wahl des Beitrittszeitpunkts für alle oder nur für einzelne Mitgliedstaaten – standen erstmals die beiden Lösungsmodelle im Raum, um die etwas mehr als ein Jahr später der zentrale Konflikt auf dem Gipfel von Maastricht selbst kreisen würde. Im Oktober 1990 wiesen die britischen Zeitungen diesen Optionen jedoch noch keine allzu große Bedeutung zu, und auch die Urheberschaft des Vorschlags blieb vage. So erwähnte die *Times* eine mögliche Sonderregelung für Großbritan-

---

1421 Z. B. TG 11.10.1990:13, TG 23.10.1990:20, TG 23.10.1990:22a, TG 26.10.1990:8, TG 30.10.1990:1, TG 30.10.1990:23a, TG 28.11.1990:2, TG 14.12.1990:10; TT 26.10.1990:8, TT 26.10.1990:12, TT 29.10.1990:1, TT 30.10.1990:13a, TT 31.10.1990:8, TT 01.12.1990:1, TT 01.12.1990:17, TT 06.12.1990:1, TT 10.12.1990:8, TT 13.12.1990:10d.

1422 TG 28.11.1990:6a.

1423 TG 10.10.1990:19.

1424 TG 20.10.1990:7.

1425 TG 25.10.1990:22.

#### 4. Die zweite Phase der Verhandlungen

nien nur am Rande als eine „compromise German idea“, die aber in Rom noch nicht im Detail diskutiert würde.<sup>1426</sup> Der *Guardian* wiederum zitierte Anfang November noch einmal Brittan, der nun ebenfalls eine Sonderregelung allein für Großbritannien als die beste Lösung nannte – was allerdings erneut von britischen Regierungsmitgliedern zurückgewiesen wurde, die eine solche Haltung als „horribly dishonest“ bezeichneten und stattdessen auf ihrem Gegenmodell des harten ECU beharrten.<sup>1427</sup> Mitte November beschrieb der *Guardian* den Vorschlag einer britischen Sonderregelung (die nun erstmals mit der Formulierung „opt out“ bezeichnet wurde) als „compromise“, den eine „growing number of European governments“ Großbritannien anbieten wolle.<sup>1428</sup>

Eine eingehende Analyse des Opt-out-Vorschlags gab es jedoch nicht; die Berichterstattung darüber blieb sporadisch und auf die hinteren Seiten der Zeitung beschränkt. Solange die britische Regierung offiziell am Hard-ECU-Plan festhielt, zogen auch die britischen Zeitungen alternative Lösungen für ihr Land offenbar nicht ernsthaft in Betracht – obgleich das Opt-out, wie der *Guardian* selbst feststellte, unter den übrigen Regierungen und in der Kommission auf wachsende Zustimmung stieß.

#### „Gladiator summit“: Schuldzuweisungen für die britische Isolation auf dem ersten Gipfel von Rom

Obwohl der Hard-ECU-Plan als offizielle Regierungspolitik in der britischen Öffentlichkeit nicht in Frage gestellt wurde, zerschlug sich die kurzfristige Hoffnung, dass die britische Gegeninitiative zur Währungsunion zu einer verbesserten diplomatischen Position führen könnte, recht schnell. Insbesondere dass Helmut Kohl sich im Oktober 1990 dazu bereit erklärte, ein konkretes Anfangsdatum für die dritte Stufe des Delorsplans festzulegen, wurde als ein Schlüsselereignis in den Verhandlungen gesehen: Es habe, so die *Times*, „decisively tipped the balance of the debate at a crucial time“.<sup>1429</sup> Beide Zeitungen gingen deshalb bereits vor dem Gipfel

---

1426 TT 27.10.1990:9, ähnlich TT 30.10.1990:2b; vgl. auch TT 26.10.1990:12, wo ein „two-speed Europe“ in Bezug auf die Währungsunion als voraussichtliches Konfliktthema des Gipfels genannt wurde. Alternativ wurde auch die Möglichkeit eines eigenen Währungsunion-Vertrags ohne Großbritannien thematisiert, die aber als „difficult“ beschrieben wurde (TT 30.10.1990:2a).

1427 TG 05.11.1990:1.

1428 TG 15.11.1990:13.

1429 TT 20.10.1990:8.

von Rom Ende Oktober davon aus, dass es zu einer neuen Verschärfung der britischen Isolation kommen würde.<sup>1430</sup> Dabei griffen sie erneut auf ihre bereits etablierten Deutungsmuster zurück: Der *Guardian* ging davon aus, dass die britische Regierung sich zwar verbal gegen jeden neuen Integrations-schritt wehren, sich letztlich aber in das Unvermeidliche fügen und „the best they can get (preferably long after the next general election)“ akzeptieren werde.<sup>1431</sup> Die *Times* hingegen rechnete weiter mit Unterstützung von anderen Mitgliedstaaten und erwartete, dass diese Thatcher eine „face-saving formula“ anbieten würden.<sup>1432</sup>

Gleichzeitig setzte bereits vor dem Gipfel eine Debatte darüber ein, wer letztlich die Verantwortung für den zu erwartenden Zusammenprall in Rom zu tragen hätte. Dies zeigte sich in der *Times* zum einen durch den erneuten Rückgriff auf den Topos des ‚guten Europäers‘ – diesmal in Form eines Zitats von John Major, der betonte, dass die britische Verhandlungsposition keinesfalls Ausdruck eines „lukewarm commitment to Europe“ sei: „Our record as a good European is excellent.“<sup>1433</sup> Zum anderen entwickelte die Zeitung, teils ebenfalls unter Verweis auf britische Regierungsquellen, einen Deutungsrahmen, der die Schuld für das Scheitern einer Kompromisslösung zwischen Großbritannien und den übrigen Mitgliedstaaten vor allem der italienischen Regierung zuwies.

Das neue Interesse für die italienische Regierung lag natürlich in erster Linie an deren Rolle als Ratsvorsitzende und Gastgeberin des Gipfels. Aber auch dass der italienische Staatspräsident Francesco Cossiga wenige Tage vor dem Treffen in Rom auf einem Staatsbesuch in London war, nahmen die Zeitungen zum Anlass für ausführliche Berichte über die integrationsfreundliche italienische Europapolitik. Ein langer Artikel der *Times* begründete diese hauptsächlich mit der nationalen politischen Kultur: „[P]ossibly because for historical reasons it has no strong nationalist feeling, Italy has long been a strong supporter of European integration“.<sup>1434</sup> Obwohl der Text unter anderem auch die kulturellen und wirtschaftlichen Unterschiede zwischen Nord- und Süditalien ansprach, behandelte er das Land in Bezug auf seine europapolitischen Positionen klar als eine Einheit. Formulierungen wie „Italy believes that [...]“<sup>1435</sup> ließen wenig Raum für

---

1430 TG 19.10.1990:20, TG 23.10.1990:22a, TT 19.10.1990:1, 22, TT 22.10.1990:12a.

1431 TG 23.10.1990:20.

1432 TT 20.10.1990:8.

1433 TT 19.10.1990:1, 22.

1434 TT 23.10.1990:30.

1435 Ebd.

Differenzierung etwa anhand parteipolitisch-weltanschaulicher Deutungsrahmen. Zugleich griff die Zeitung auf gängige Stereotypen zurück, die britischen Pragmatismus mit kontinentaleuropäischem Idealismus kontrastierten: Der „Italian style“ sei, so hieß es in dem Artikel, „stronger on rhetoric than practicality“.<sup>1436</sup>

Entlang dieser Linie kritisierte die *Times* den Gipfel von Rom schon frühzeitig als einen „summit without a cause“, den die italienische Regierung vor allem einberufen habe, „because the French and the Irish, when incumbents of the European Community’s ridiculous six-month rotating presidency, also held two summits rather than one“.<sup>1437</sup> Die italienische Regierung wolle nun „grandiose proposals that command little support“ vorbringen<sup>1438</sup> und werde damit nicht ihrer Aufgabe gerecht, als Ratsvorsitzende einen für alle akzeptablen Kompromiss zu finden:

Italy has always been a visionary rather than a pragmatic member of the EC, believing strongly in the ideal of federalism. But [...] the presidency’s job is to ensure the smooth functioning of the EC machinery.<sup>1439</sup>

Indirekt machte die *Times* Italien damit für die britische Isolation mitverantwortlich: Die italienische Regierung habe „not done enough to promote [...] agreement on the many contentious issues that divide the 12 member countries“.<sup>1440</sup> Im *Guardian* hingegen stieß dieses Deutungsmuster auf keine Zustimmung. Vielmehr lobte hier ein Artikel die italienische Ratspräsidentschaft als „energetic and visionary“ und griff stattdessen die außenpolitische Kultur der eigenen Regierung an: Dass aus Großbritannien Kritik am italienischen Stil laut werde, spreche gegen „the British diplomatic mandarinism for whom any expression of enthusiasm for anything is regarded as a sign of ill-breeding“.<sup>1441</sup>

Als zentrale inhaltliche Streitfragen nannte die *Times* neben der Währungsunion die gemeinsame Außen- und Verteidigungspolitik, die Ab-

---

1436 Ebd. Ein anderer Artikel lobte Cossiga, der sich gegenüber anderen italienischen Politikern durch seine Nüchternheit und den ihm entgegengebrachten Respekt auszeichne und in der Europapolitik „sympathetic to the British vision“ sei. Beides mache ihn zu einer „rarity“ in Italien (TT 23.10.1990:31).

1437 TT 25.10.1990:17.

1438 TT 13.10.1990:13, ähnlich TT 19.10.1990:15 mit Kritik speziell an den Plänen zur GASP.

1439 TT 13.10.1990:13.

1440 TT 23.10.1990:30.

1441 TG 23.10.1990:12.

schaffung nationaler Vetorechte und die Stärkung des Europäischen Parlaments.<sup>1442</sup> Etwas unklar blieb zunächst, ob Italien darüber gezielt einen Konflikt mit Großbritannien anstrebe: Einige Artikel betonten den italienischen Druck,<sup>1443</sup> andere erklärten hingegen, Italien wolle eine offene Eskalation vermeiden.<sup>1444</sup> Unmittelbar vor dem Gipfel war die Erwartung eines Zusammenpralls jedoch in beiden Zeitungen hoch: Auch der *Guardian* sprach nun von einem „Gladiator summit“<sup>1445</sup> und nannte als wichtigste Antagonisten der britischen Regierung Italien und die Kommission, wobei Letztere „salami tactics“ bevorzugen würde, während Erstere auf eine Entscheidung dränge.<sup>1446</sup> Andere Akteure kamen sehr viel seltener vor. So wurde etwa ein Treffen der EVP-Regierungschefs am Vorabend des Gipfels nur einmal am Rand erwähnt,<sup>1447</sup> und auch das Europäische Parlament fand nur punktuelle Beachtung.<sup>1448</sup>

Den Gipfel selbst sahen beide Zeitungen schließlich als wichtigen Einschnitt in den Verhandlungen. Die *Times* verbreitete dabei zunächst noch eine recht optimistische Sichtweise auf die britische Verhandlungsposition: Kurz vor dem Gipfel erklärte ein Seite-1-Teaser unter der Überschrift „Thatcher’s win“, die „first round of arguments [...] appears to have been won by Margaret Thatcher“.<sup>1449</sup> Überschriften wie „British vision of EC future under scrutiny in Rome talks“ suggerierten eine zentrale Rolle Großbritanniens in den Gesprächen.<sup>1450</sup> Am Tag nach dem Gipfel revidierte die *Times* diese Sichtweise jedoch und machte ebenso wie der *Guardian* mit

---

1442 TT 26.10.1990:12, ähnlich auch TT 27.10.1990:10.

1443 TT 22.10.1990:12b, TT 22.10.1990:12a.

1444 TT 23.10.1990:1, TT 23.10.1990:12.

1445 TG 26.10.1990:9, fast wortgleich TG 26.10.1990:8, ähnlich auch TT 26.10.1990:12, TG 26.10.1990:8.

1446 TG 26.10.1990:8, ähnlich TG 26.10.1990:9. Mitte Oktober hatte die *Times* Dehors noch als Thatchers Hauptgegner dargestellt (TT 19.10.1990:1, 22, TT 19.10.1990:10). Später gingen hingegen beide Zeitungen davon aus, dass der Kommissionspräsident kein Interesse an einem offenen Konflikt habe (TT 25.10.1990:15, TT 27.10.1990:10, TG 25.10.1990:22).

1447 TG 26.10.1990:8.

1448 So stellte der *Guardian* knapp fest, bei der Politischen Union „most governments [are] resisting the European Parliament’s more radical demands“ (TG 23.10.1990:22a). Kurz zuvor war zudem ein Porträt von Enrique Barón Crespo erschienen, das ebenfalls die Position des Parlaments zum Demokratiedefizit ansprach (TG 11.10.1990:10).

1449 TT 26.10.1990:1.

1450 TT 27.10.1990:10.

dramatischen Überschriften zur britischen Isolation auf.<sup>1451</sup> Thatcher wurde nun explizit als „loser“ des Gipfels bezeichnet;<sup>1452</sup> selbst Länder wie Dänemark, von denen Großbritannien Unterstützung erhofft habe, hätten sich abgewandt.<sup>1453</sup> Beide Zeitungen zitierten zudem ausführlich aus dem Abschlusskommuniqué, das entgegen allen Gepflogenheiten explizit die abweichende Position Großbritanniens vermerkte und damit eindrücklich Thatchers Einsamkeit im Europäischen Rat unterstrich.<sup>1454</sup>

Doch auch wenn beide Zeitungen sich über das dramatische Ausmaß der britischen Isolation einig waren, zeigten sich die Unterschiede bei der Zuschreibung der Verantwortung dafür deutlicher denn je. So kritisierte der *Guardian* den schwachen diplomatischen Auftritt der zerstrittenen britischen Regierung, die zur Politischen Union „no green paper, no white paper, no comprehensive British view of any kind“ entwickelt habe.<sup>1455</sup> Ein Leitartikel betonte die „inevitability“ der europäischen Integration und verwies auf die ehemals neutralen Staaten, die nun einen EG-Beitritt anstrebten: So wie für diese gebe es auch für Großbritannien „no alternative“ zur EG-Mitgliedschaft.<sup>1456</sup> Andere Artikel zitierten europäische Politiker, denen zufolge eine Erweiterung der EG auch eine „more federalist political union“ notwendig mache.<sup>1457</sup> Thatchers Blockadehaltung, so das Hauptargument des *Guardian*, schade deshalb den „British interests“<sup>1458</sup> und marginalisiere Großbritannien nicht nur in der EG, sondern auch auf globaler Ebene.<sup>1459</sup>

Die *Times* hingegen suchte die Schuld für die Isolation nicht bei der britischen Regierung, sondern intensivierte vielmehr die Angriffe auf Italien und die übrigen EG-Staaten. Diese Linie entsprach auch der Darstellung von Thatcher selbst, die nach dem Gipfel scharfe Kritik an der „incompetence“ der italienischen Ratspräsidentschaft geübt und erklärt hatte, die

---

1451 „Britain alone as date is set for monetary union“ (TT 29.10.1990:1), „Defiant Thatcher left in cold“ (TG 29.10.1990:1).

1452 TT 29.10.1990:7b. Als Sieger galten hingegen die italienische Regierung, Helmut Kohl und Jacques Delors (TT 29.10.1990:7a).

1453 TT 29.10.1990:1, TT 29.10.1990:7b.

1454 TT 29.10.1990:7c, TG 29.10.1990:6.

1455 TG 23.10.1990:20.

1456 TG 29.10.1990:29, ähnlich TG 30.10.1990:23b mit Bezug auf die Währungsunion.

1457 So De Michelis in TG 30.10.1990:10b, ähnlich Kohl in TG 30.10.1990:23a.

1458 TG 29.10.1990:29.

1459 TG 30.10.1990:10a.

Beschlüsse von Rom stammten aus „cloud cuckoo land“.<sup>1460</sup> Die *Times* griff dies in einem Leitartikel auf, in dem sie den Gipfel als „disgrace“ bezeichnete und seine „procedural anarchy“ kritisierte.<sup>1461</sup> Auch in der Kommission sei man der Meinung „that the Italians had needlessly alienated Britain“.<sup>1462</sup> Tatsächlich, so insistierte die Zeitung, würden Thatchers Ansichten „privately“ auch von vielen anderen EG-Regierungschefs geteilt; wirklich umsetzen wolle die Währungsunion kaum ein Mitgliedstaat.<sup>1463</sup>

Letztlich zeigten sich auch im Umgang mit dem Gipfel von Rom also die üblichen Deutungsmuster der beiden britischen Zeitungen: Während der *Guardian* vor allem die Premierministerin kritisierte, die mit ihrem „tone of abrasive contempt“ mögliche Allianzen mit den anderen Regierungen unmöglich mache,<sup>1464</sup> griff die *Times* die integrationsfreundlichen Regierungen auf dem Kontinent an und verwies auf mögliche Verbündete, die nur bislang noch nicht öffentlich hervorgetreten seien.

Ein ähnliches Muster zeigte sich auch in Bezug auf das zweite wichtige Thema des Gipfels: der von Großbritannien geforderte, von Deutschland und Frankreich jedoch abgelehnte Abbau der EG-Agrarsubventionen im Rahmen des Welthandelsabkommens GATT. Die *Times* beschrieb diesen

---

1460 TT 29.10.1990:1, ähnlich TG 29.10.1990:1. Ein *Times*-Bericht erklärte später allerdings, dass diese Kritik in der Öffentlichkeit der anderen EG-Staaten nicht angekommen sei: Während in Großbritannien selbst die meisten darin eine Veto-Drohung Thatchers sähen, hielten die anderen die britischen Vorbehalte nur für „a temporary inconvenience“ (TT 30.10.1990:2c).

1461 TT 29.10.1990:13, ähnlich TT 29.10.1990:7a, TT 29.10.1990:12.

1462 TT 30.10.1990:1, ähnlich TT 30.10.1990:2a, TT 09.11.1990:11. Ein weiterer Artikel sprach von „characteristically provocative“ Äußerungen des italienischen Außenministers De Michelis, der erklärt hatte, dass Großbritannien nur noch vor der Entscheidung stehe, die Vertragsreform zu akzeptieren oder die EG zu verlassen (TT 31.10.1990:11).

1463 TT 29.10.1990:13, ähnlich auch TT 30.10.1990:1 (mit Verweis auf „sources close to [Thatcher]“). Auch sonst ging die *Times* schnell wieder dazu über, das Bild einer völligen Isolation Thatchers zu relativieren. So zitierte sie den belgischen Außenminister Mark Eyskens, dass der britische Hard-ECU-Plan „not dead“ sei, und die deutsche Europa-Staatsministerin Irmgard Adam-Schwaetzer, derzufolge die Mitgliedstaaten auch nach der Vertragsreform noch die Autonomie haben würden „to take many decisions at national level“ (TT 31.10.1990:11). Darüber hinaus veröffentlichte die Zeitung zahlreiche Leserbriefe, die Unterstützung für Thatcher äußerten (z.B. TT 30.10.1990:13b, TT 01.11.1990:15a, TT 01.11.1990:15b, TT 01.11.1990:15c, TT 01.11.1990:15d).

1464 TG 30.10.1990:23c. Die Erwartung, dass es im weiteren Verlauf der Verhandlungen noch zu Spaltungen zwischen den anderen Regierungen kommen werde, gab der *Guardian* nur in Form eines Zitats von Thatcher selbst wieder, ohne sie sich selbst zu eigen zu machen (TG 29.10.1990:1).

#### 4. Die zweite Phase der Verhandlungen

Konflikt wiederholt als Zeichen für die fehlende außenpolitische Geschlossenheit der EG und zitierte etwa Außenminister Douglas Hurd, demzufolge die EG sich der Lächerlichkeit preisgäbe „if we project grand schemes for the future without even agreeing a matter affecting [...] world trade“. <sup>1465</sup> Auch hier wurde die Schuld für den Konflikt bei den übrigen EG-Regierungen gesehen, die, so zitierte die Zeitung Thatcher, „protectionism [...] ,for national reasons“ betrieben. <sup>1466</sup> Ein Leitartikel unterstellte gar, dass die Beschlüsse zur Währungsunion lediglich dazu dienen sollten, von dem Agrartheema abzulenken. <sup>1467</sup> Der *Guardian* hingegen führte die GATT-Verhandlungen nur als einen weiteren Beweis für die fehlende europapolitische Kohärenz der britischen Regierung an. Ein Leitartikel betonte die „irony“, dass Thatcher einerseits bei den Agrarsubventionen die Blockade der übrigen EG-Staaten beklage, andererseits aber in den Verhandlungen zur Vertragsreform auf den Erhalt nationaler Vetorechte poche, und folgerte harsch: „The British position, in short, has become one devoid of logic.“ <sup>1468</sup>

Die Berichterstattung über die Isolation Thatchers auf dem Gipfel von Rom ging in den britischen Medien unmittelbar in eine Debatte über die tiefen europapolitischen Spaltungen innerhalb der Conservative Party über. <sup>1469</sup> Ab Anfang November wurden die Schlagzeilen vom Rücktritt des Vizepremierministers Geoffrey Howe und der darauffolgenden Regierungskrise dominiert, die letztlich zu Thatchers Amtsaufgabe führte. Vor allem in der *Times* erschienen in dieser Zeit zwar immer wieder auch Artikel über die Reaktionen der übrigen EG-Länder auf die britische Krise. <sup>1470</sup>

---

1465 TT 23.10.1990:13, vgl. auch TT 19.10.1990:15, TT 25.10.1990:15.

1466 TT 29.10.1990:1.

1467 TT 29.10.1990:13.

1468 TG 29.10.1990:29. Als weiteres Beispiel für die Inkohärenz der britischen Regierung nannte der Leitartikel die Kritik an der Schwäche der EG in der Golfkrise bei gleichzeitiger Verweigerung gegenüber einer gemeinsamen Außenpolitik. In derselben Argumentationslinie verwies ein anderer Kommentar darauf, dass Thatcher die fehlende demokratische Verantwortung in der EG kritisiere, gleichzeitig aber das Europäische Parlament nicht stärken wolle (TG 30.10.1990:23a).

1469 TG 29.10.1990:1, 22, TG 30.10.1990:1, TT 30.10.1990:1.

1470 Die *Times* referierte nach Howes Abdankung einerseits Sorgen in Deutschland und bei der Europäischen Kommission, dass der europafreundliche Flügel in der britischen Regierung geschwächt würde (TT 02.11.1990:2a, TT 03.11.1990:2a), andererseits Genugtuung in Frankreich, da es nun einfacher fallen würde, Thatcher zu isolieren (TT 03.11.1990:1b, TT 03.11.1990:2a).



Insgesamt konzentrierte sich die Berichterstattung nun aber auf die beteiligten nationalen Akteure.

Da die Thatcher-Gegner in der Conservative Party der Premierministerin vorwarfen, in den Verhandlungen über die Zukunft der EG nicht konstruktiv genug zu sein, blieb die Frage nach der Verantwortung für die britische Isolation allerdings auch während der Regierungskrise präsent. Dies veranlasste die *Times* dazu, die britische Regierung erneut in mehreren Leitartikeln als vorbildlichen Europäer darzustellen und zugleich andere Mitgliedstaaten anzugreifen. Dabei wiederholten sich viele der Argumente, die die Zeitung schon unmittelbar nach dem Gipfel von Rom vorgebracht hatte: Die Behauptung, dass Großbritannien mehr als andere seine nationalen Interessen vertrete, sei „hypocrisy“, wie sich am Agrarprotektionsismus Deutschlands und Frankreichs in den GATT-Verhandlungen erkennen lasse.<sup>1471</sup> Insbesondere Helmut Kohl verfolge mit der europäischen Integration „nationalist power politics“, was er nur durch die „language of the federalist 1950s“ verhülle.<sup>1472</sup> Wenn Thatcher stärkerer Kritik ausgesetzt sei als andere Regierungschefs, so liege das allein an ihrer größeren Ehrlichkeit<sup>1473</sup> sowie am „mismanagement“ der italienischen Ratspräsidentschaft in Rom.<sup>1474</sup> Zudem wurde wieder mehrfach die Erwartung geäußert, dass auch andere Mitgliedstaaten eigentlich die britische Position

---

Nachdem Michael Heseltine seine Kandidatur um den Parteivorsitz angekündigt hatte, vermerkte die Zeitung zunächst breite Zustimmung für ihn in den übrigen Ländern (TT 13.11.1990:2, TT 15.11.1990:3, TT 16.11.1990:2). Später hieß es bisweilen allerdings auch, dass die Europäer in dieser Frage geteilter Meinung seien, da selbst überzeugte Föderalisten Thatchers offene Kritik begrüßten (TT 20.11.1990:2, ähnlich TT 19.11.1990:2). Der *Guardian* thematisierte die europäischen Reaktionen auf die britische Regierungskrise insgesamt seltener und hob dann vor allem die erwartete Schwächung der Premierministerin hervor (so TG 03.11.1990:3, TG 21.11.1990:2, TG 22.11.1990:2, TG 22.11.1990:4a).

- 1471 TT 07.11.1990:13a. Auch Thatcher selbst verwies in einem *Times*-Interview auf die Agrarpolitik und kritisierte den „double standard“, der an Großbritannien angelegt werde (TT 19.11.1990:14).
- 1472 TT 06.11.1990:15, ähnlich auch der Leserbrief TT 16.11.1990:17a. Lediglich in der Berichterstattung der Auslandskorrespondenten fand sich zuweilen auch der in den deutschen und französischen Medien vorherrschende Topos, dass das wiedervereinigte Deutschland durch die europäische Integration machtpolitisch eingehegt werden könne (TT 21.11.1990:10).
- 1473 TT 03.11.1990:13.
- 1474 TT 15.11.1990:17.

teilten und deshalb zu einem späteren Zeitpunkt die Integrationsbestrebungen bremsen würden.<sup>1475</sup>

Demgegenüber kritisierte ein *Guardian*-Leitartikel diese Angriffe der *Times* und anderer konservativer britischer Zeitungen auf ausländische EG-Regierungschefs wie Andreotti, Kohl und Mitterrand nun explizit: Sie verwischten die „line between journalism and propaganda“ und könnten sogar die britische Diplomatie schwächen, indem sie die betroffenen ausländischen Regierungen gegen Großbritannien aufbrächten. Das Hauptproblem sah der *Guardian* jedoch darin, dass die konservativen Zeitungen mit ihrer Linie implizit den britischen Isolationskurs rechtfertigten: „The real danger [...] is [...] that, cosily reiterating a conveniently insular theme, we shall simply delude ourselves again“.<sup>1476</sup>

Insgesamt wurde der Gipfel von Rom in den britischen Medien also durchaus als ein Wendepunkt diskutiert – allerdings nicht im Sinne eines europäischen Durchbruchs bei den Vertragsverhandlungen, sondern einer nationalen diplomatischen Niederlage. Die Frage, wie es mit der Europäischen Gemeinschaft weitergehen würde, trat auch im eigentlich integrationsfreundlichen *Guardian* völlig hinter der Suche nach einem Verantwortlichen für die nationale Isolation zurück. Je mehr Aufmerksamkeit die Regierungskrise auf sich zog, desto geringer wurde das Interesse für europapolitische Ereignisse und Positionen, die dazu in keinem unmittelbaren Zusammenhang standen. In gewisser Weise führten die starken Rückwirkungen des europäischen Gipfels auf die nationale Politik deshalb zu dem paradoxen Effekt, dass die Inhalte der Vertragsreform in der britischen Öffentlichkeit an Sichtbarkeit *verloren*: Statt zu einem europäischen Verfassungsmoment kam es zu einer hitzigen nationalen Debatte, in der über die übrigen europäischen Akteure fast nur noch gesprochen wurde, um die Kritik zu bestätigen oder zu entkräften, die Thatchers parteiinterne Gegner an ihrem diplomatischen Stil übten.

In der Berichterstattung über Thatchers Abdankung selbst spielte die EG schließlich kaum noch eine Rolle. Nur wenige Artikel thematisierten die Reaktionen in den übrigen EG-Mitgliedstaaten: Dort sei man einerseits erleichtert, da der Rücktritt die weiteren Verhandlungen einfacher mache, andererseits habe aber selbst Jacques Delors, „her implacable foe“, seine Hochachtung vor Thatchers klaren Argumenten ausgedrückt.<sup>1477</sup> Zugleich

---

1475 TT 01.11.1990:15b, TT 03.11.1990:13, TT 06.11.1990:14.

1476 TG 07.11.1990:20.

1477 TT 23.11.1990:9, ähnlich TT 22.11.1990:3, TG 23.11.1990:5, TG 30.11.1990:23a.

zeigte sich die *Times* nach der Wahl John Majors zum neuen Premierminister noch einmal optimistisch, dass sich nun auch andere Mitgliedstaaten auf Großbritannien zubewegen würden.<sup>1478</sup> Der *Guardian* stellte hingegen fest, die Reaktion der EG auf Major sei „low-key“ gewesen: Man verbinde mit ihm nur geringe Erwartungen und kenne ihn vor allem wegen des von ihm präsentierten Hard-ECU-Plans, der im Rest der EG „few, if any, supporters“ habe.<sup>1479</sup>

„*A move certain to displease the government*“: Die Wirkung auf Großbritannien als Bewertungsmaßstab

Das geringe Interesse für gesamteuropäische Entwicklungen blieb auch nach Thatchers Abgang zunächst erhalten und schlug sich nicht zuletzt auch in der Berichterstattung über die europäischen Assisen nieder, die zeitgleich mit dem Amtsantritt John Majors stattfanden. Am ausführlichsten war noch ein Gastbeitrag des sozialdemokratischen Fraktionschefs im Europäischen Parlament, Jean-Pierre Cot, der im *Guardian* die Bedeutung der interparlamentarischen Zusammenarbeit hervorhob und die Stärkung des Europäischen Parlaments, die Ausweitung der Mehrheitsentscheidungen im Rat sowie die Einführung europäischer sozialer Rechte verteidigte.<sup>1480</sup> Ansonsten räumten beide Zeitungen dem Thema jedoch nur geringe Relevanz ein und fokussierten vor allem auf Aspekte, die sich irgendwie in Bezug auf die Ereignisse in Großbritannien bringen ließen: So erörterte eine Glosse in der *Times*, dass die Conservative Party bei den Assisen sowohl mit ihrem europafreundlichen als auch mit dem europaskeptischen Parteiflügel vertreten sein würde.<sup>1481</sup> Zur Diskussion über die Sitzordnung erklärte die Zeitung, dass „despite protests from British Tories who urged seating by national groups, it was agreed to ignore nationality and sit in

1478 TT 28.11.1990:19, ähnlich TT 28.11.1990:2a. Auch der neue britische Finanzminister Norman Lamont erklärte nach einem Treffen mit seinen EG-Amtskollegen Anfang Dezember, dass er weiterhin eine Chance zur Verwirklichung des Hard-ECU-Plans sehe (TT 03.12.1990:2).

1479 TG 28.11.1990:2. Verschiedentlich wurde aber auch die Erwartung der übrigen EG-Regierungen beschrieben, dass Major ein konstruktiverer Verhandlungspartner sein werde als Thatcher (z. B. TG 29.11.1990:4).

1480 TG 23.11.1990:29a. In dem Gastbeitrag beschrieb Cot die Position der europäischen Sozialdemokraten mit dem Pronomen „we“, ein ungewöhnliches Beispiel für eine klar gesamteuropäisch-weltanschauliche Perspektive.

1481 TT 27.10.1990:12.

blocks defined by political allegiance“.<sup>1482</sup> Und auch die inhaltlichen Ergebnisse des Treffens erwähnte die *Times* nur sehr knapp am Ende eines eigentlich der britischen Europapolitik gewidmeten Artikels, wobei als Bewertungsmaßstab ausschließlich die erwartete Reaktion der britischen Regierung herangezogen wurde: Dass Parlamentarier aller EG-Staaten „steps towards a European federation“ gefordert und eine Erklärung für eine „autonomous central bank, a single currency and more powers for the European parliament“ verabschiedet hätten, sei „a move certain to displease the government“.<sup>1483</sup>

Ein ähnliches Muster zeigte sich auch in der Berichterstattung über verschiedene Treffen des BSPEG und des ELDR im November und Dezember. Der *Guardian* griff diese Ereignisse zwar auf, stellte dabei aber jeweils die Frage in den Mittelpunkt, inwiefern sich die jeweiligen britischen Mitglieder mit den Positionen ihrer europäischen Schwesterparteien im Einklang befänden. So berichtete die Zeitung über Konflikte zwischen der Labour Party und den übrigen europäischen Sozialdemokraten etwa über die Beteiligung des Europäischen Parlaments an der Gesetzgebung, die Autonomie der Europäischen Zentralbank oder die Wahl des Kommissionspräsidenten.<sup>1484</sup> In Bezug auf die Liberal Democrats hingegen betonte der *Guardian*, dass diese als einzige britische Partei auf einer Linie mit ihren „European sister parties“ lägen.<sup>1485</sup> Selbst in der Berichterstattung über die europäischen Parteienfamilien ging es letztlich also eher um die Rolle Großbritanniens in Europa als um einen Vergleich verschiedener gesamt-europäisch-weltanschaulicher Positionen. Wie geringe Bedeutung ihnen für die inhaltliche Meinungsbildung zugeschrieben wurde, zeigte sich indirekt auch an einem *Guardian*-Gastkommentar des linken Labour-Abgeordneten Eric Heffer, der für die Umwandlung der EG in eine „European confederation of sovereign democratic socialist states“ und für eine stärker-

---

1482 TT 29.11.1990:23). Der *Guardian* beschrieb in einer Glosse ausführlich, dass durch diesen Streit über die Sitzordnung die Abstimmungsweise der einzelnen Abgeordneten nicht mehr nachvollziehbar gewesen sei: Da jeder gegessen habe, wo er wollte, habe sich nicht mehr zuordnen lassen, wer welches Stimmgerät genutzt habe (TG 05.12.1990:6).

1483 TT 01.12.1990:1. Auch im *Guardian* wurde nur sehr beiläufig angesprochen, dass die Assisen ein „profoundly federalist statement“ angenommen hätten (TG 05.12.1990:6).

1484 TG 21.11.1990:6, TG 11.12.1990:6.

1485 TG 06.12.1990:6a.

re Zusammenarbeit zwischen den europäischen Sozialisten plädierte – den BSPEG dabei aber nicht ein einziges Mal erwähnte.<sup>1486</sup>

Aber nicht nur die Positionen der europäischen Parteienfamilien, auch die der übrigen nationalen Regierungen wurden in den britischen Medien Ende 1990 kaum noch thematisiert. Die einzige Ausnahme bildete die deutsche Bundesregierung, die unter anderem durch die Bundestagswahl Anfang Dezember verschiedentlich in die Schlagzeilen kam. Allerdings kam die *Times* dabei teils zu widersprüchlichen Einschätzungen, was von der Europapolitik Helmut Kohls zu erwarten sei: Einerseits erklärte die Zeitung mehrfach, dass der Bundeskanzler eine Europäische Union nach Vorbild des deutschen Föderalismus anstrebe, und warnte in diesem Zusammenhang auch wieder in mehr oder weniger expliziter Form vor der drohenden deutschen Hegemonie.<sup>1487</sup> Andererseits sah sie die deutsche Skepsis gegenüber einem Ende der D-Mark weiterhin als Chance für die britische Regierung in den Verhandlungen.<sup>1488</sup> Der *Guardian* wiederum erwartete „pressure from Chancellor Kohl of Germany for greater progress to an eventual European political union now that German unification is complete“<sup>1489</sup> und beschrieb Kohls Wunsch, Deutschland zugleich im Westen zu verankern und nach Osten zu öffnen, als die eigentliche treibende Kraft hinter der Vertragsreform.<sup>1490</sup>

Zu den Positionen der restlichen Mitgliedstaaten fanden sich hingegen kaum Informationen; selbst die französische Regierung wurde bis Anfang Dezember kaum noch erwähnt. Eine gewisse Aufmerksamkeit fand in der *Times* nur die Ankündigung der dänischen Regierung, ein nationales Referendum über die Vertragsreformen abzuhalten. Auch dies bezog die Zeitung allerdings vor allem auf die innerbritische Debatte: Als Thatcher wenige Wochen zuvor eine ähnliche Forderung erhoben habe, hätten viele ihrer Kritiker die Entscheidung über die Währungsunion als „unsuitable for a referendum“ bezeichnet – ein Einwand, der nun durch das dänische

---

1486 TG 01.11.1990:19a.

1487 TT 13.12.1990:10c.

1488 TT 03.12.1990:13.

1489 TG 22.11.1990:1, 24.

1490 TG 23.11.1990:29b. Andere Artikel thematisieren etwa Kohls Wunsch nach einem festen Zeitplan für die Vertragsreform (TG 17.11.1990:10) oder seine Forderung nach einer gemeinsamen EG-Asylpolitik, um Zustrom von osteuropäischen Flüchtlingen zu bewältigen (TG 24.11.1990:10).

Vorhaben offenkundig widerlegt sei.<sup>1491</sup> Erst unmittelbar vor dem zweiten Gipfel von Rom Anfang Dezember erschien in der *Times* eine Themenseite, auf der – neben Einzelartikeln zu Kohl, Mitterrand, Major und Delors<sup>1492</sup> – die Haltung aller zwölf Länder zu den wichtigsten Verhandlungsthemen in einem Schaubild dargestellt war.<sup>1493</sup>

Wie bereits zu früheren Gelegenheiten wirkte sich der Fokus auf die nationale Regierung schließlich auch auf die Berichterstattung über konkrete Initiativen der ausländischen Akteure aus. Zentraler Bewertungsmaßstab war weniger denn je, welche Folgen ein bestimmter Vorschlag auf die künftige Funktionsweise der EG insgesamt haben würde, sondern lediglich seine Rückwirkungen auf Großbritannien. So beschrieb die *Times* etwa das gemeinsame Schreiben Kohls und Mitterrands zur Politischen Union vom 6. Dezember 1990 vor allem als eine anti-britische Initiative, mit der sich Deutschland und Frankreich die Führungsrolle in den Regierungskonferenzen sichern wollten.<sup>1494</sup> Dabei hob die Zeitung zum einen ausführlich die Gegensätze zwischen der deutsch-französischen und der

---

1491 TT 05.12.1990:9. Der *Guardian* wiederum berichtete recht ausführlich über einen Vorschlag der italienischen Ratspräsidentschaft zur Politischen Union (TG 22.11.1990:1, 24). Die Zeitung druckte diesen großteils im Wortlaut ab (TG 22.11.1990:4b) und unterstützte ihn zudem mit einem Leitartikel (TG 22.11.1990:22). Diese prominente Behandlung dürfte allerdings vor allem daran liegen, dass der Vorschlag ursprünglich nicht für die Öffentlichkeit gedacht war und der *Guardian* ihn exklusiv hatte.

1492 , TT 13.12.1990:10b, TT 13.12.1990:10c, TT 13.12.1990:10d, TT 13.12.1990:10e. Vor allem Delors wurde dabei – wie schon in der Vergangenheit – als föderalistischer Gegenspieler der britischen Regierung präsentiert.

1493 Im Einzelnen handelte es sich um die Themen „A federal Europe“, „Stronger European parliament“, „More majority voting“, „More EC members“, „Extending EC jurisdiction“, „Common defence policy“, „Common foreign policy“ sowie „One currency“, wobei die möglichen Positionen jeweils auf die Optionen „YES“, „NO“ und „MAYBE“ reduziert waren. Dabei stach deutlich Großbritannien hervor, das alle Punkte ablehne, mit Ausnahme eines „YES“ zur Erweiterung und eines „MAYBE“ zur gemeinsamen Außenpolitik (TT 13.12.1990:10a). Außerdem fand sich auf der Themenseite noch ein Überblicksartikel über die wichtigsten Konfliktfelder – speziell die Rolle des Europäischen Parlaments und die gemeinsame Verteidigungspolitik –, der ebenfalls die nationalen Positionen der Mitgliedstaaten in den Mittelpunkt stellte (TT 13.12.1990:10f). Ähnlich erwähnte auch der *Guardian* die Positionen der kleineren Länder in einem Überblicksartikel über die wichtigsten Konfliktthemen. Auch hier lag der Fokus jedoch auf Kohl und Mitterrand als Antreiber sowie Major als Bremser der Reform (TG 12.12.1990:13d).

1494 TT 08.12.1990:7, ähnlich auch TT 10.12.1990:8, TT 10.12.1990:11.

britischen Position hervor.<sup>1495</sup> Zum anderen betonte sie auch mehrfach, dass Deutschland und Frankreich selbst ebenfalls eigentlich unterschiedliche Ziele verfolgten – offenbar in dem Versuch, Möglichkeiten zur Überwindung der britischen Isolation zu identifizieren.<sup>1496</sup>

Der *Guardian* wiederum betonte, dass der deutsch-französische Vorschlag viel weiter gehe, als Großbritannien zu akzeptieren bereit sei, und überschrieb seinen Bericht mit „Britain faces clash on EC political union“.<sup>1497</sup> Eine Themenseite am Tag vor dem Gipfel von Rom unterstrich diesen Gegensatz noch weiter, und beschrieb etwa die Währungsunion als deutsch-französischen Verhandlungskompromiss, der Großbritannien außen vor lasse.<sup>1498</sup> Ein Kommentar zog einen langen allegorischen Vergleich der europäischen Integration mit einer Liebesaffäre zwischen Deutschland und Frankreich, die nun in eine Hochzeit münde, bei der Großbritannien nur die Rolle des verschmähten „gooseberry“ bleibe.<sup>1499</sup>

---

1495 Zu diesen Konfliktfeldern zählten etwa die Abschaffung nationaler Vetorechte im Ministerrat, die Rolle der WEU zwischen EG und NATO, die gemeinsame Verteidigungspolitik sowie die Währungsunion (TT 10.12.1990:8, ähnlich TG 08.12.1990:1).

1496 Hierbei wurden unter anderem das Kräfteverhältnis zwischen Europäischem Parlament und Rat, die Budgetkontrolle in der Währungsunion, die französische Forderung nach einer europäischen Wirtschaftsregierung, die Rolle der NATO sowie die Bedeutung der Regionen genannt (TT 08.12.1990:7, TT 10.12.1990:8, TT 13.12.1990:14, TT 13.12.1990:10e). Zudem unterscheide sich die politische Situation der beiden Regierungen: Während Kohl gerade erst bei der Bundestagswahl im Amt bestätigt worden sei, gerate Mitterrand zunehmend unter den Druck der gaullistischen Opposition, die einer Souveränitätsabgabe an die EG-Institutionen skeptisch gegenüberstehe (TT 13.12.1990:14, TT 13.12.1990:10e). Ein Artikel schließlich erwähnte explizit, dass sich der französische Finanzminister Pierre Bérégovoy für den britischen Vorschlag eines harten ECU ausgesprochen habe – wenn auch nicht als Alternative, sondern nur als möglichen Zwischenschritt zur Währungsunion (TT 13.12.1990:10e).

1497 TG 08.12.1990:1, ähnlich TG 12.12.1990:13d.

1498 TG 12.12.1990:13b.

1499 TG 12.12.1990:13a. Diese Allegorie ist ein deutliches Beispiel für ein mitgliedstaatlich-außenpolitisches Verständnis des Integrationsprozesses: Durch die Anthropomorphisierung der Mitgliedstaaten unterstrich sie die Vorstellung einer einheitlichen nationalen Position und setzte die diplomatischen Beziehungen zwischen ihnen mit den persönlichen Beziehungen in einer Großfamilie gleich. Entsprechend wurden in der Allegorie noch einige weitere Mitgliedstaaten erwähnt („Italy can perhaps claim the role of priest, Spain that of the black sheep relative triumphantly reinstalled at the wedding feast, Ireland that of the family drunk, heavily intoxicated on too much CAP“), aber keine einzige supranationale Institution.

#### 4. Die zweite Phase der Verhandlungen

Ein weiterer Artikel schließlich präsentierte unter der Überschrift „How power could pass from London“ die wichtigsten Reformvorschläge – jeweils anhand von Beispielen, welche britischen Institutionen Macht an die EG abgeben müssten. Dass nicht nur Großbritannien Hoheitsrechte abtreten würde, wurde dabei nur in einer Klammer erwähnt:

If the view of most EC governments prevails, responsibility for legislation in many key areas will pass from London (and other national capitals) to the Council of Ministers in Brussels and the European Parliament in Strasbourg.<sup>1500</sup>

„Nice Guy“: Annäherung der britischen Zeitungen nach dem Amtsantritt John Majors

Auch anlässlich des zweiten Gipfels von Rom, auf dem im Dezember 1990 die Regierungskonferenzen zur Vertragsreform eröffnet wurden, stand für die britischen Zeitungen klar die eigene Regierung im Zentrum der Aufmerksamkeit. Insbesondere die Frage, ob es zu einer europapolitischen Neuorientierung der Regierung kommen würde, wurde in zahlreichen Texten behandelt. So erwartete ein *Guardian*-Leitartikel, dass die übrigen Regierungschefs Major in Rom zwar „gently“ behandeln würden, er aber letztlich nicht um eine Neupositionierung zur Währungsunion herumkomme;<sup>1501</sup> ein anderer Text sprach von einem „baptism of fire“, das den neuen Finanzminister Norman Lamont in Rom erwarte.<sup>1502</sup> Auch die *Times* berichtete, dass Major in seiner Antrittsrede als Premierminister seinen Willen zu einem größeren europäischen Engagement betont habe.<sup>1503</sup> Beide Zeitungen erklärten, die Regierung werde sich bei der Währungsunion womöglich auf Kompromisse einlassen, und spekulierten ausdrücklicher als zuvor auch über eine Opt-out-Lösung.<sup>1504</sup> In anderen Berichten hieß es hingegen, dass gerade in der Währungsfrage kein Nachgeben zu erwarten

---

1500 TG 12.12.1990:13c.

1501 TG 28.11.1990:20.

1502 TG 29.11.1990:2.

1503 TT 30.11.1990:1. Auch Finanzminister Lamont und Außenminister Hurd betonten in den folgenden Tagen ihre Verhandlungsbereitschaft (TT 03.12.1990:2, TT 10.12.1990:1).

1504 TT 06.12.1990:1, im *Guardian* auch schon TG 22.11.1990:4a, TG 03.12.1990:1, kritisch TG 12.12.1990:13b. Andere Artikel, speziell in der *Times*, sahen hingegen noch immer eine Weiterentwicklung des Hard-ECU-Plans als mögliche Grundlage für einen Kompromiss (TT 10.12.1990:8).



sei, die Regierung aber Zugeständnisse bei der Politischen Union machen könnte.<sup>1505</sup> Selbst die „federalist ideas circulated by Germany, France and Italy“ werde die Regierung nicht blockieren, solange das Ergebnis nur „workable“ sei.<sup>1506</sup> Andererseits sah der *Guardian* einen neuen britischen Vorschlag zu einer intensiveren Zusammenarbeit der europäischen NATO-Staaten auch als mögliche Konfliktquelle mit anderen Regierungen wie Italien, die eine gemeinsame Verteidigungspolitik im EG-Rahmen bevorzugten.<sup>1507</sup>

Die neue, weniger harte Ausrichtung der britischen Europapolitik, die *Times* und *Guardian* nach dem Regierungswechsel beobachteten, führte interessanterweise auch dazu, dass sich die Diskurse zwischen den beiden Zeitungen einander annäherten. Auf der einen Seite gab sich die *Times* weiterhin regierungsfreundlich – und unterstützte nun Majors kompromissbereitere Linie ebenso, wie sie vorher die Kompromisslosigkeit Thatchers unterstützt hatte. Auf der anderen Seite sah der *Guardian* die Ablösung Thatchers durch den diplomatischeren Major als die notwendige (und von der Zeitung lange vorausgesagte) Kehrtwende in der britischen Europapolitik und zeigte sich nun eher bereit, in bestimmten Fragen auch EG-kritische Positionen der britischen Regierung zu übernehmen.

So bildete sich in der *Times* recht bald das Deutungsmuster heraus, dass alle Kompromissangebote der Major-Regierung kein Nachgeben in der Sache, sondern lediglich einen veränderten Verhandlungsstil darstellten. Diese Interpretation ging auf eine Argumentationslinie des Thatcher-Lagers zurück, das während des Wahlkampfes im November mehrfach die partei-internen Konflikte herunterzuspielen versucht hatte, da diese in Wirklichkeit nur den „style“, nicht die „substance“ der Europapolitik betreffen. Anfang Dezember griff Douglas Hurd diese Unterscheidung in einer Parlamentsrede auf, um die inhaltliche Kontinuität zwischen den Regierungen Thatchers und Majors zu unterstreichen.<sup>1508</sup> In diesem Sinne übernahm auch die *Times* dieses Motiv regelmäßig in ihrer Berichterstattung<sup>1509</sup> und betonte schon in einem Leitartikel zu Majors Antrittsrede, dass dessen europapolitisches Engagement keine Abkehr von Thatcher bedeute: Vielmehr könne der neue Premierminister von seiner Vorgängerin lernen, die

---

1505 TT 12.12.1990:8.

1506 TT 10.12.1990:8.

1507 TG 05.12.1990:8, TG 06.12.1990:8, TG 11.12.1990:10.

1508 TT 07.12.1990:6, TG 07.12.1990:8, TG 07.12.1990:20. Siehe auch unten, Dritter Teil, Kapitel 4.3.2.

1509 TT 13.12.1990:10d, TT 15.12.1990:1, TT 17.12.1990:10a.

sich in eingefahrenen Situationen ebenfalls immer wieder kompromissbereit gezeigt habe.<sup>1510</sup>

Der *Guardian* hob hingegen zunächst stärker den Bruch in der Regierungspolitik hervor. So beschrieb er beispielsweise ein von Außenminister Hurd angekündigtes Weißbuch zur Europapolitik als eine Gelegenheit für Major, sich vom Kurs der bisherigen Regierung abzusetzen.<sup>1511</sup> Der neue Premierminister, konstatierte ein Kommentar, „has clearly decided that he must move quickly to demonstrate he is prepared to exorcise Mrs Thatcher’s ghost“.<sup>1512</sup> Andere Beiträge zeigten sich allerdings etwas skeptischer: Ein Gastartikel des deutschen Publizisten Theo Sommer beschrieb die Hoffnung auf einen schnellen Richtungswechsel Majors als „wishful thinking“; ein „change in the substance of Britain’s policy on Europe“ sei erst über längere Zeit zu erwarten.<sup>1513</sup> Kurz vor dem Gipfel von Rom zitierte der *Guardian* Delors, der nach dem britischen „change of style“ nun auch eine Veränderung in der „substance“ forderte.<sup>1514</sup> Ein Kommentar schließlich lobte Majors „different tone of voice in Europe“, durch den Großbritannien in den Verhandlungen nicht mehr abseits stehe, forderte aber auch, dass sich die Regierung klar zur Notwendigkeit der europäischen Integration und einer besseren „democratic accountability“ der EG bekennen solle.<sup>1515</sup>

Generell stieß Major im *Guardian* jedoch auf weniger Ablehnung als Thatcher zuvor. Für die Bewertung der Vertragsverhandlungen gewann dies bereits kurz vor dem zweiten Gipfel von Rom an Bedeutung, als die Forderung der übrigen EG-Staaten, zahlreiche Vorschläge zur Politischen Union nicht erst (wie von Großbritannien gewünscht) in der Regierungskonferenz zu verhandeln, sondern bereits in deren Mandat festzuhalten, wieder zu einer verstärkten Konflikterwartung in den britischen Zeitungen führte. So berichtete der *Guardian* mehrfach über Vorstöße der Kommission und der italienischen Regierung, die über die britische Position

---

1510 TT 01.12.1990:17. Zugleich griff der Leitartikel wieder einmal den Topos des ‚guten Europäers‘ auf: Abseits der Verhandlungen zur Vertragsreform gebe es keine Regierung, die sich stärker für den Europäischen Binnenmarkt einsetze als die britische.

1511 TG 29.11.1990:4.

1512 TG 05.12.1990:12.

1513 TG 30.11.1990:23b. Sommers Artikel war ursprünglich in der deutschen Wochenzeitung *Die Zeit* erschienen und wurde vom *Guardian* vollständig übernommen.

1514 TG 13.12.1990:22.

1515 TG 13.12.1990:21, ähnlich auch TG 14.12.1990:20).

hinausgingen.<sup>1516</sup> Und auch die *Times* sah trotz ihrer Hoffnung auf eine künftige Spaltung zwischen Deutschland und Frankreich den britischen Premierminister in einem schweren Dilemma: Einerseits werde er von den anderen EG-Ländern unter Druck gesetzt, andererseits müsse er jedoch auch auf den europaskeptischen Flügel seiner Partei Rücksicht nehmen.<sup>1517</sup>

Auf diese scheinbar ausweglose Situation reagierte die *Times* mit einer neuen Verhärtung ihrer europapolitischen Linie: Hatte sie unmittelbar nach dem Regierungswechsel noch eine kompromissbereitere Herangehensweise unterstützt, so erschienen nun wieder eine Reihe von Leitartikeln im gewohnten aggressiv-integrationskritischen Stil. Unter anderem hieß es nun, die Diskussion über die Politische Union sei überstürzt und „inverts logic“, da sie lediglich auf die Schaffung von „more grand pan-European institutions“ abziele, ohne deren genauen Zweck und Nutzen zu definieren.<sup>1518</sup> Besonders scharf fielen die Angriffe auf das Mitentscheidungsverfahren aus, durch das das „faintly ridiculous European parliament“ zulasten der nationalen Regierungen gestärkt werden solle.<sup>1519</sup> Auch die italienische Regierung geriet erneut in den Fokus: Deren europafreundliche Haltung sei nicht nur ihrem „taste for theatrical gestures, often later regretted“ sowie ihrem „natural supra-nationalism dating from the Roman and Holy Roman empires“ geschuldet, sondern vor allem auch dem Wunsch, angesichts des eigenen haushaltspolitischen Versagens künftig von einer „supra-national nanny“ diszipliniert zu werden.<sup>1520</sup>

Doch nicht nur die *Times*, auch der *Guardian* begann kurz vor dem Gipfel, verschiedentlich Negativstereotypen über andere europäische Länder in seine Berichterstattung zu den Vertragsverhandlungen einfließen zu lassen. So hieß es in einem Kommentar, die weitreichenden deutsch-französischen Vorschläge zur Politischen Union ließen „[e]ven allowing for timeliness French hyperbole“ weitere bedeutende Schritte erwarten.<sup>1521</sup> Eine Glosse wiederum bezeichnete Giulio Andreotti in Anspielung auf die angebliche Unregierbarkeit Italiens als „the old rogue who is nominally Prime Minister of what is nominally the government of Italy until they

---

1516 TG 13.12.1990:22, TG 14.12.1990:1, TG 14.12.1990:10.

1517 TT 13.12.1990:10d, TT 14.12.1990:1.

1518 TT 13.12.1990:15.

1519 TT 14.12.1990:13.

1520 TT 15.12.1990:13. Außerdem griff der Leitartikel wieder einmal auf den Topos des ‚guten Europäers‘ zurück und hob hervor, dass Italien anders als Großbritannien das Binnenmarktprogramm nur unzureichend umsetzte.

1521 TG 13.12.1990:21.

can offload the entire project on to Jacques Delors' shoulders".<sup>1522</sup> Diese Negativstereotypen wurden zwar stets in leicht ironischer Form verwendet und blieben in Häufigkeit und Aggressivität weit hinter der *Times* zurück. Dennoch stellten sie eine Diskursverschiebung dar: Hatte der *Guardian* die Vertragsreform bis dahin stets als nächsten logischen Schritt des europäischen Integrationsprozesses behandelt und die britische Isolation allein der hartnäckigen Haltung Thatchers zugeschrieben, so übernahm er nun – nach dem Rücktritt der Premierministerin – wenigstens punktuell das von der *Times* geprägte Deutungsmuster, dass die übrigen EG-Regierungen ihre Pläne zur Vertragsreform aus einem zweifelhaften Eigeninteresse heraus verfolgten.

Die Berichterstattung nach dem Gipfel zeichnete hingegen ein etwas versöhnlicheres Bild. Zwar vermerkte die *Times* unter Verweis auf britische Regierungsmitglieder, dass sich ein neuer Konflikt zwischen Großbritannien und den übrigen Mitgliedstaaten über die Rolle der Westeuropäischen Union in der gemeinsamen Verteidigungspolitik anbahne.<sup>1523</sup> Zugleich hob sie jedoch hervor, dass der Gipfel in dieser Frage „careful“ gewesen sei und sämtliche Positionen berücksichtigt habe.<sup>1524</sup> Der *Guardian* wiederum behandelte in einer längeren Glosse Majors Auftritt als „Nice Guy“<sup>1525</sup> und erklärte, die Regierungschefs hätten zwar ein „far-reaching mandate“ für die Regierungskonferenz beschlossen, doch ihre öffentliche Erklärung dazu werde „deliberately not emphasise that most countries take a different view to Britain“.<sup>1526</sup>

Durchbrochen wurde dieser positive Eindruck lediglich durch die Warnung Jacques Delors', dass es zu einer „second political crisis“ kommen werde, falls die britische Regierung auf dem Hard-ECU-Plan zur Wäh-

---

1522 TG 15.12.1990:1.

1523 TT 15.12.1990:8.

1524 TT 17.12.1990:8a.

1525 TG 15.12.1990:1.

1526 TG 15.12.1990:6a. Außerdem erwähnte der *Guardian*, dass Major und Kohl am Rand des Gipfels über „ways in which their two politically conservative parties could work more closely in future“ gesprochen hätten, einschließlich eines möglichen Beitritts der Conservative Party zur EVP-Fraktion im Europäischen Parlament. Allerdings sah die Zeitung dieses Gespräch eher als parallele Ebene der nationalen Diplomatie, weniger als gesamteuropäische Parteipolitik. Wörtlich beschrieb sie es als „a separate move, which may prefigure a more long-term switch in the UK government's European strategy“ (TG 15.12.1990:6a, Hervorh. MM).

rungsunion bestehen sollte.<sup>1527</sup> Allerdings gingen beide Zeitungen davon aus, dass diese Äußerung Major in Wirklichkeit helfen würde, die Ergebnisse des Gipfels vor dem europaskeptischen Flügel der Conservative Party zu rechtfertigen.<sup>1528</sup> Zugleich deuteten beide Zeitungen Delors' Kommentar als Zeichen für die Schwäche des Kommissionspräsidenten selbst. So erklärte die *Times*, wenn Delors als wichtigster Vertreter des europäischen Föderalismus gegenüber den britischen Vorschlägen misstrauisch sei, dann offenbar weil er erkenne, dass sich nach dem Rücktritt Thatchers auch die übrigen Mitgliedstaaten stärker intergouvernementalen Positionen zuwenden.<sup>1529</sup> Mit dem für die *Times* üblichen Optimismus bei der Suche nach möglichen britischen Verbündeten bezeichnete ein Kommentar die übrigen nationalen Regierungschefs als Majors „natural allies in dealing with the Commission“, mit denen es möglich sei, einen „agreed way forward that is different from the Delors approach“ zu finden.<sup>1530</sup> Auch ein Leitartikel lobte noch einmal, dass Major durch seine konstruktive Haltung die

---

1527 Diese Äußerung wurde in den britischen Medien breiter rezipiert als in den deutschen und französischen. Ähnlich wie schon bei der Vorstellung des Delorsplans im April 1989 befasste sich der erste *Times*-Artikel zu dem Thema allerdings nicht mit der Stellungnahme des Kommissionspräsidenten selbst, sondern mit der Reaktion der britischen Regierung darauf. Zitiert wurde Außenminister Hurd, dem zufolge der Delorsplan keine „sacred writ“ sei und Großbritannien nicht vom harten ECU abweichen werde (TT 17.12.1990:1).

1528 TT 17.12.1990:8b, TG 17.12.1990:1, TG 17.12.1990:18.

1529 TT 17.12.1990:10b, ähnlich TT 17.12.1990:1. Verschiedentlich wies die *Times* auch darauf hin, dass das britische Kommissionsmitglied Leon Brittan die Äußerungen Delors' nicht teile (TT 17.12.1990:10b, TT 18.12.1990:11). Außerdem druckte die Zeitung in den folgenden Tagen mehrere Leserbriefe ab, die Delors scharf kritisierten und ihm zum Beispiel vorwarfen, mit seinen Äußerungen eine offene Debatte verhindern zu wollen, um nicht die „intellectual poverty“ seines Plans zur Währungsunion eingestehen zu müssen (so TT 19.12.1990:13). Auch im *Guardian* erschien ein Leserbrief, der zwar die Währungsunion an sich als nützlich einstufte, aber Delors als „unelected civil servant“ kritisierte, dessen Rolle es nicht sein dürfe „to make demands nor to provoke crises, it is his place to serve“ (TG 20.12.1990:18).

1530 TT 17.12.1990:10a. Der *Guardian* hob demgegenüber hervor, die britischen Minister in Rom „could not help but sense the support for extending the Community's policy-making role“ (TG 17.12.1990:6a). Die Vorstellung, dass auch andere Regierungen vom Delorsplan abrückten, fand sich hier lediglich als Zitat einer Äußerung John Majors nach dem Gipfel im Unterhaus (TG 19.12.1990:6, TG 19.12.1990:22).

#### 4. Die zweite Phase der Verhandlungen

Chancen gesteigert habe, „to draw those still undecided at Rome towards the British view“.<sup>1531</sup>

Aber auch der *Guardian* erklärte nun, Delors sei „nervous that unless progress is made rapidly on EMU [...] a vital moment may be lost“.<sup>1532</sup> Zwar betonten hier noch einmal mehrere Artikel, dass der Hard-ECU-Plan keine ernsthafte Alternative mehr darstelle und die britische Regierung die Währungsunion als kommende Realität anerkennen müsse, um mehr Einfluss auf deren Bedingungen zu bekommen.<sup>1533</sup> Auch hier griff der *Guardian* jedoch in einigen Fällen wieder auf auffällig negativ konnotierte Begriffe für die integrationsfreundlichen Regierungen zurück: Ein Leitartikel sprach beispielsweise von einer möglichen „common cause with our smaller partners against the Franco-German machine“ und warnte davor, wenn Großbritannien sich zu wenig engagiere, sei es noch immer „vulnerable to being ambushed yet again“.<sup>1534</sup>

Insgesamt blieb der *Guardian* der Regierung gegenüber zwar kritischer eingestellt und sah Majors Auftritt in Rom nicht so sehr als eindeutigen Erfolg wie die *Times*. Auch die Kritik an ausländischen Akteuren war hier weniger deutlich und ging weniger weit. Dennoch war der Regierungswechsel im November 1990 mit einer Annäherung der europapolitischen Argumentationsmuster in den beiden untersuchten Zeitungen verbunden – sodass am Ende der zweiten Phase der Vertragsverhandlungen eher eine Vereinheitlichung der nationalen britischen Europadebatte stand als ihre Auflösung in gesamteuropäisch-weltanschaulich geprägte Diskurse.

#### 4.3.2 Die Debatte über die nationale Europapolitik

„*The Tory Euro-war*“: *Anhaltende Debatte über die Konflikte in der Conservative Party*

Die Konflikte innerhalb der Conservative Party waren nach Thatchers Wiederwahl im Dezember 1989 nur vorübergehend befriedet und flacker-

---

1531 TT 17.12.1990:11. Lediglich ein Kommentar des Thatcher-nahen Publizisten Woodrow Wyatt warnte noch einmal mit drastischen Worten vor der Politischen Union als einer „contraption bent on extinguishing our parliamentary democracy“ und sagte voraus, dass Majors Kompromissbereitschaft wohl zu einer Wahlniederlage der Conservative Party führen werde (TT 18.12.1990:12).

1532 TG 17.12.1990:6a.

1533 TG 15.12.1990:6b, TG 17.12.1990:18, TG 21.12.1990:22.

1534 TG 17.12.1990:18.

ten im Verlauf der folgenden Monate immer wieder auf. Ein Anlass dafür bot sich etwa, als Thatcher im April 1990 den deutsch-französischen Vorstoß zur Politischen Union zurückwies und einen britischen Gegenvorschlag ankündigte. Edward Heath kritisierte daraufhin, ihre Haltung stehe in der Tradition von „10 years of negative approach and obstruction“ gegenüber der EG – eine Äußerung, die von beiden Zeitungen aufgegriffen wurde.<sup>1535</sup> Auch Michael Heseltine warnte vor einer drohenden britischen Isolation.<sup>1536</sup> Außenminister Hurd hingegen beschrieb den angekündigten britischen Gegenvorschlag als eine Möglichkeit, sich weiter als „active member of the EC“ zu profilieren,<sup>1537</sup> sah sich dabei allerdings wiederum der „vocal hostility“ der europaskeptischen Bruges Group in der konservativen Partei ausgesetzt.<sup>1538</sup>

Bei allen europapolitischen Initiativen der Regierung stand für die Zeitungen deshalb stets auch die Frage im Vordergrund, wie sich diese auf die Einheit der Conservative Party auswirken würden. So beschrieb die *Times* es nach dem Gipfel von Dublin als einen Haupterfolg der Premierministerin, mit ihrem konstruktiven, aber zugleich auf die nationale Souveränität bedachten Auftritt die verschiedenen Parteiflügel auf eine gemeinsame Linie gebracht zu haben.<sup>1539</sup> Und auch den Hard-ECU-Plan, den Finanzminister John Major Ende Juni vorstellte, begrüßte die *Times* nicht zuletzt deshalb, weil er zu einer Versöhnung der innerparteilichen Lager geeignet sei.<sup>1540</sup> Umgekehrt insistierte der *Guardian* schon früh darauf, dass die Regierung sich nicht einig darüber sei, ob der harte ECU eine Alternative zur

---

1535 TT 23.04.1990:9, TG 23.04.1990:20, ähnlich auch TT 26.04.1990:7, TG 02.05.1990:5.

1536 TT 28.04.1990:8, ähnlich schon zuvor: TG 30.03.1990:1.

1537 TT 25.04.1990:10. Dass der angekündigte Gegenvorschlag sich nie konkretisierte, sondern Thatcher in Dublin lediglich die deutsch-französischen Pläne kritisierte sowie die Wahrung bestimmter nationaler Souveränitätsrechte einforderte, spielte in der Debatte allerdings kaum eine Rolle. Vielmehr deutete die *Times*, wie oben beschrieben, die Ergebnisse des Gipfels als einen Erfolg Thatchers, obgleich sie im Wesentlichen den Vorschlägen Kohls und Mitterrands entsprachen.

1538 TG 23.04.1990:20, ähnlich auch TG 25.04.1990:10.

1539 TT 02.05.1990:2, TT 02.05.1990:8.

1540 TT 22.06.1990:1, vgl. auch TT 27.06.1990:10a sowie in späteren Monaten z.B. TT 25.10.1990:11. Tatsächlich äußerte Michael Heseltine als einer der wichtigsten Vertreter des europafreundlichen Parteiflügels in einem Gastkommentar Unterstützung für den Plan (TT 27.06.1990:12).

vollen Währungsunion oder nur ein Übergangsstadium sein solle.<sup>1541</sup> Einige Wochen später hieß es in einem Bericht, die „political importance of Mr Major’s plan“ habe darin bestanden, dass „both sides in the Tory Euro-war could back it believing their interpretation would prevail“. Dennoch spitze sich der innerparteiliche Konflikt immer weiter zu.<sup>1542</sup>

Zu dieser Zuspitzung trug auch die Affäre um Handelsminister Nicholas Ridley bei, der die europäische Währungsunion im Juli 1990 als „German racket designed to take over the whole of Europe“ bezeichnete<sup>1543</sup> und damit nicht nur eine empörte Reaktion der Opposition, sondern auch neue Kontroversen innerhalb der Conservative Party auslöste. Beide Zeitungen berichteten, dass Thatcher Ridley zu halten versuche, während Heseltine und andere Abgeordnete ihn kritisierten und auf seinen Rücktritt drängten.<sup>1544</sup> Das Ausmaß dieser Kontroversen beschrieben die beiden Zeitungen im Einzelnen allerdings etwas unterschiedlich: So erklärte ein *Guardian*-Kommentar, der Thatcher-Vertraute Ridley sei nur „[e]choing his mistress’s voice“ und werde von einem großen Teil seiner Parteifreunde unterstützt; der Konflikt sei mithin Ausdruck eines tief reichenden „gulf over Europe between the Gaullists and the federalists“ in der Partei.<sup>1545</sup> Die *Times* hingegen stellte den Handelsminister stärker als Außen-seiter dar und hob hervor, dass auch Thatcher „less supportive of Mr Ridley than in similar cases in the past“ sei.<sup>1546</sup> Nach Ridleys Rücktritt zitierte die Zeitung die proeuropäischen Minister Hurd und Howe, denen zufolge „the episode would pass rapidly, and [...] reports of Tory divisions had been exaggerated“. <sup>1547</sup> Ein weiterer Bericht beschrieb die Bemühungen der Regierung „to control internal fallout“ und beschrieb den parteiinternen Konflikt eher als ein Problem der Außenwirkung:

---

1541 TG 22.06.1990:8, TG 23.06.1990:1, TG 25.06.1990:24a. Auch Edward Heath wurde wieder mit scharfer Kritik an der Regierung zitiert, die durch ihr „refusal to face the simplest monetary facts“ den Londoner Bankenstandort gefährde (TG 30.06.1990:5).

1542 TG 14.07.1990:3.

1543 TT 13.07.1990:10, vgl. oben, Dritter Teil, Kapitel 4.3.1.

1544 TG 13.07.1990:1, TG 14.07.1990:1, TT 13.07.1990:2b, TT 14.07.1990:1.

1545 TG 13.07.1990:23, ähnlich TG 14.07.1990:3, TG 17.07.1990:6a.

1546 TT 13.07.1990:1. Ein anderer Kommentar hob allerdings auch die Gefahr hervor „that Mrs. Thatcher’s own reactions to the affair will bolster the suspicion in Europe that Mr Ridley is not too far from her own instincts“, und forderte, dass die Premierministerin sich stärker an den gemäßigten Positionen von Außenminister Hurd orientieren solle (TT 16.07.1990:12a).

1547 TT 16.07.1990:1.



The Tory divisions on Europe are effectively confined to a small group of anti-Europeans at one end of the party and an equally limited batch of federalists at the other end. The vast bulk of the party is content with the government's official line. Voters, however, do not like parties that appear to be split.<sup>1548</sup>

Wenn beide Parteiflügel sowie Ridley selbst sich zurückhielten, könne die Partei deshalb noch immer „allow the European question to die away in the calm of the summer recess“.<sup>1549</sup> Die Prognose, dass „[differences] over Europe would destroy the Conservative government“, kam in der *Times* hingegen nur als Zitat des Schatten-Außenministers der Labour Party, Gerald Kaufman, vor.<sup>1550</sup>

Insgesamt blieben die europapolitischen Spaltungen der Conservative Party also auch während der zweiten Phase der Verhandlungen präsent, wobei die parteiinterne Debatte zu verschiedenen Gelegenheiten neu ausbrach, bis zum Herbst 1990 jedoch nicht eskalierte. Die Medien gingen mit dieser Situation unterschiedlich um: Während der oppositionsnahe *Guardian* die Uneinigkeit der Regierung stark unterstrich, spielte die *Times* sie eher herunter. Nicht hinterfragt wurde in beiden Zeitungen allerdings die rein nationale Dimension der Auseinandersetzung: Die beiden Flügel der Conservative Party waren sich zwar uneinig, welche Politik die Regierung gegenüber der EG einschlagen sollte, akzeptierten jedoch beide die nationale Partei als den Rahmen, um diesen Konflikt auszutragen. Eine gesamteuropäische Erweiterung, etwa durch eine Einbeziehung von den jeweiligen Flügeln nahestehenden Parteien in anderen EG-Ländern, blieb aus und wurde – abgesehen von der vereinzelt Bezeichnung des europaskeptischen Flügels als „Gaullists“ – auch von den Zeitungen nicht ins Spiel gebracht. Obwohl sich die europäischen Vertragsverhandlungen also stark auf die Conservative Party niederschlugen, waren sie weit davon entfernt, zu einer gesamteuropäisch-partei politischen Transformation der Debatte im Sinne eines Verfassungsmoments zu führen.

---

1548 TT 13.10.1990:13.

1549 TT 16.07.1990:2a.

1550 TT 14.07.1990:2a.

„Style and substance“: Abwiegen inhaltlicher Konflikte während der Heseltine-Kandidatur

Die Regierungskrise, die im November 1990 ausbrach, entwickelte sich wenig überraschend schnell zum wichtigsten Thema der britischen Medien. Schon im Oktober hatten die Zeitungen anlässlich des jährlichen Parteitage der Conservative Party über Konflikte zwischen Geoffrey Howe und anderen Regierungsmitgliedern über die Frage der Währungsunion berichtet;<sup>1551</sup> die *Times* sprach von „divisions the size of the San Andreas Fault running down the cabinet table on matters European“.<sup>1552</sup> Nach dem Gipfel von Rom erwähnten die Zeitungen zwar noch verschiedene Versuche der Regierung, die Wellen zu glätten: So schloss Thatcher nun nicht mehr grundsätzlich aus, dass der Hard-ECU-Plan letztlich zu einer vollen Währungsunion führen könnte,<sup>1553</sup> und Außenminister Hurd verwies darauf, dass die wesentlichen Entscheidungen zur Vertragsreform ohnehin erst auf der Regierungskonferenz im folgenden Jahr fallen würden.<sup>1554</sup> Mit dem Rücktritt Howes eskalierte die Situation jedoch, und in den folgenden Tagen gewann das Thema in beiden britischen Zeitungen schnell höchste Aufmerksamkeit.<sup>1555</sup>

Dabei bestand für die britischen Medien von Anfang an kein Zweifel daran, dass der Grund für den Rücktritt nicht nur in persönlichen Konflikten mit Thatcher,<sup>1556</sup> sondern vor allem in seiner Ablehnung ihrer europapolitischen Linie lag.<sup>1557</sup> So berichteten die Zeitungen etwa darüber, wie unterschiedlich die Vertreter der verschiedenen Parteiflügel auf Howes Rücktritt reagierten,<sup>1558</sup> und spekulierten, wie er das Gleichgewicht von Integrationsbefürwortern und -gegnern im Kabinett beeinflussen wür-

---

1551 TG 10.10.1990:1, 20, TG 12.10.1990:1, TG 15.10.1990:21, TT 12.10.1990:1, vgl. auch TG 29.10.1990:1, 22, TT 29.10.1990:1, 22, TT 30.10.1990:1.

1552 TT 25.10.1990:11.

1553 TT 31.10.1990:8, vgl. auch TT 01.11.1990:13.

1554 TT 01.11.1990:10, ähnlich TG 30.10.1990:1.

1555 TT 02.11.1990:1, TG 02.11.1990:1, 20. Wie wichtig das Ereignis genommen wurde, zeigte sich nicht zuletzt daran, dass beide Zeitungen sowohl Howes Rücktrittschreiben (TG 02.11.1990:3b, TT 02.11.1990:3b) als auch Thatchers Antwort darauf (TG 02.11.1990:3c, TT 02.11.1990:3a) im Wortlaut abdruckten.

1556 Hierzu u. a. TT 02.11.1990:1, TT 02.11.1990:2a, TG 02.11.1990:19.

1557 Sehr explizit z. B. TG 02.11.1990:1, ähnlich TG 02.11.1990:3e.

1558 Während Michael Heseltine den zurückgetretenen Vizepremier als „man of substance“ lobte, erklärte ein Sprecher der europaskeptischen Bruges Group, Howe sehe sich nach eigenem Bekunden „no longer able to defend Britain’s

de.<sup>1559</sup> Wiederholt fand sich zudem die Erwartung, dass sich die Spannung zwischen den Parteiflügeln in Kürze auf dramatische Weise entladen werde: Ein *Times*-Kommentar verglich die Situation mit den großen historischen Spaltungen der Partei über die Corn Laws von 1846 und über die Zollreform von 1902/06;<sup>1560</sup> andere Artikel versuchten, den Rückhalt einzuschätzen, den Thatcher in der konservativen Fraktion noch besaß.<sup>1561</sup> Der *Guardian* sprach in mehreren Artikeln von einem möglichen „final body blow to Mrs Thatcher’s government“ oder dem bevorstehenden „end of Thatcherism“.<sup>1562</sup>

Auch die Möglichkeit einer erneuten Kampfabstimmung um den Parteivorsitz wurde von Anfang an thematisiert.<sup>1563</sup> So konstatierte ein *Guardian*-Leitartikel bereits kurz vor Howes Rücktritt, dass Thatchers europapolitischer Kurs zu dauerhaften Konflikten in der Conservative Party führen würde, sodass die Partei ohne eine neue Führung „nothing but misery right up to election day“ erwarte.<sup>1564</sup> Die *Times* wiederum identifizierte in einer Reihe Thatcher-freundlicher Leitartikel schon bald Michael Heseltine als den „most plausible ‚European‘ candidate“<sup>1565</sup> und forderte ihn spä-

---

sovereignty“, sodass sein Rücktritt zu begrüßen sei (TT 02.11.1990:2b, ähnlich auch TG 02.11.1990:3a).

1559 Die meisten Artikel erwarteten eine Stärkung des proeuropäischen Flügels um Außenminister Hurd und Finanzminister Major (TT 02.11.1990:1, TG 02.11.1990:3d, TG 03.11.1990:1, TG 06.11.1990:15); ein *Times*-Bericht zitierte jedoch auch die Befürchtung der EG-Kommission, dass die britische Regierung nun eine noch härtere Linie verfolgen würde (TT 02.11.1990:2a).

1560 TT 02.11.1990:2c.

1561 Die Schlussfolgerungen waren dabei allerdings widersprüchlich: Während ein Artikel einen Großteil der Abgeordneten als europapolitisch unentschieden und Thatcher als Teil der radikal europaskeptischen Minderheit in der Partei sah (TT 03.11.1990:2b), hob ein anderer Text desselben Redakteurs hervor, dass zwei Drittel der konservativen Abgeordneten Thatcher unterstützten (TT 05.11.1990:6). Vgl. auch schon TG 30.10.1990:6c.

1562 Ersteres Zitat aus TG 02.11.1990:1, 20, letzteres aus TG 02.11.1990:3a.

1563 TG 02.11.1990:1, 20, TG 03.11.1990:1, TT 03.11.1990:3. Noch vor dem Rücktritt Howes hatte die *Times* einen Artikel über den im Vorjahr gescheiterten Kandidaten Anthony Meyer veröffentlicht, der bei der nächsten Unterhauswahl nicht mehr für die Conservative Party antreten werde, aber als Unabhängiger kandidieren wolle, falls die Partei in seinem Wahlkreis einen Integrations skeptiker aufstellen würde (TT 01.11.1990:14).

1564 TG 30.10.1990:22, ähnlich TG 30.10.1990:23c, TG 01.11.1990:19b, TG 03.11.1990:26.

1565 TT 02.11.1990:17a.

ter sogar ausdrücklich zu einer Kandidatur auf, um dadurch eine Entscheidung zwischen den Parteiflügeln herbeizuführen.<sup>1566</sup>

Wie schon im Vorjahr berichtete vor allem die *Times* sehr ausführlich über den folgenden Wahlkampf und bot auch den beteiligten Politikern selbst eine Tribüne für Gastbeiträge.<sup>1567</sup> Die Argumente, die zwischen den beiden Lagern in der Partei ausgetauscht wurden, entsprachen dabei im Wesentlichen den gängigen Positionen. Dabei stellten beide Seiten klar das britische nationale Interesse in den Vordergrund, das sie lediglich unterschiedlich bewerteten: Während das Thatcher-Lager etwa die Währungsunion als inakzeptablen Souveränitätsverlust ablehnte,<sup>1568</sup> verteidigte Heseltine die britische Teilnahme daran, da London nur so seine Rolle als Finanzplatz erhalten könne.<sup>1569</sup> Auch in mehreren anderen Artikeln wurden die Sorge vor dem Verlust von Hoheitsrechten einerseits und außenpolitischer Isolation andererseits als die wichtigsten Argumentationslinien der beiden Flügel beschrieben.<sup>1570</sup>

---

1566 TT 05.11.1990:11e, TT 12.11.1990:13, TT 14.11.1990:15.

1567 In einem Gastkommentar äußerte sich der im Juli zurückgetretene Handelsminister Nicholas Ridley (TT 03.11.1990:12b); in Leserbriefen kamen unter anderem die Unterhausabgeordneten William Cash (TT 02.11.1990:17b) und William Powell (TT 16.11.1990:17b), die Lords Watkinson (TT 05.11.1990:11a) und De L'Isle (TT 07.11.1990:13d), der Bischof von Norwich (TT 01.11.1990:15a) sowie der Thatcher-nahe Ökonom Patrick Minford (TT 16.11.1990:17c) zu Wort. Außerdem veröffentlichte die *Times* je einen Bericht über ein Interview mit Heseltine (TT 15.11.1990:16) und Thatcher (TT 19.11.1990:14). Im *Guardian* gab es weniger solche Gastbeiträge; auch hier wurde jedoch unter anderem ein offener Brief von Michael Heseltine an seinen Partei-Ortsverein im Wortlaut abgedruckt (TG 05.11.1990:12).

1568 In diesem Sinn äußerten sich zum Beispiel Ridley, der ehemalige Arbeitsminister Norman Tebbit sowie der Finanz-Staatssekretär Norman Lamont (TT 03.11.1990:12b, TT 15.11.1990:9c, TT 15.11.1990:9b).

1569 TT 15.11.1990:16.

1570 TT 02.11.1990:1, TT 02.11.1990:2c, TT 03.11.1990:2b. Auch in den Leserbriefen, die während des Wahlkampfes in der *Times* erschienen, fanden sich die üblichen Positionen der beiden konservativen Parteilager. Insgesamt dominierten dabei die Integrations skeptiker; wiederholt wurde vor dem britischen Souveränitätsverlust durch die Währungsunion gewarnt (TT 01.11.1990:15b, TT 01.11.1990:15a, TT 01.11.1990:15d, TT 02.11.1990:17b, TT 05.11.1990:11d). Da für eine supranationale europäische Demokratie die kulturelle Grundlage fehle, werde in der Politischen Union letztlich der nationale Eigennutz dominieren (TT 07.11.1990:13d, TT 07.11.1990:13c). Mit ihrer strikten Ablehnung der Vertragsreform vertrete Thatcher deshalb das britische Interesse, während Heseltine keine sinnvolle Alternative anzubieten habe (TT 05.11.1990:11a, TT 07.11.1990:13b, TT 16.11.1990:17c). Nur vereinzelte Leserbriefe forderten die

Wie bereits im Vorjahr bei der Kandidatur Anthony Meyers bemühten sich Thatcher und die anderen Kabinettsmitglieder außerdem, die inhaltliche Auseinandersetzung über die Vertragsreformen möglichst herunterzuspielen. Wiederholt erklärten sie, dass Howes Rücktritt und Heseltines Kandidatur keine sachliche Rechtfertigung hätten, da auch sie keine anderen europapolitischen Ziele verfolgen würden als die Regierung.<sup>1571</sup> Schon Anfang November zitierte der *Guardian* führende Kabinettsmitglieder mit der Einschätzung „that the resignation [...] was an issue of conflicting European style rather than substance, regrettable [sic] but not fatal“.<sup>1572</sup> Dieses Gegensatzpaar „Style and substance“ wurde rasch zum Schlüsselbegriff, mit dem die *Times* auch einen Leitartikel betitelte: Während die Parteiflügel in allen substanziellen Fragen einfach Kompromisse finden könnten, sei der einzige echte Streitpunkt der Stil, mit dem Thatcher die britischen Standpunkte auf europäischer Ebene vertrete. Entsprechend sei der europapolitische Konflikt auch nicht mit früheren Parteispaltungen der Konservativen, wie der Corn-Law-Debatte, zu vergleichen.<sup>1573</sup> Ein weiterer Leitartikel hob eigens hervor, dass auch der Heseltine-Flügel dieser Deutung nicht widerspreche, und sah darin eine Bestätigung für den „cohesive character of modern Conservatism“.<sup>1574</sup>

Dieser Deutungsrahmen führte dazu, dass in der *Times* statt der inhaltlichen Ausrichtung der britischen Europapolitik rasch die Frage in den Mittelpunkt rückte, ob die Regierung sich unter Thatcher konstruktiv genug an den EG-Verhandlungen beteilige. Dabei vertraten die beiden Lager offene entgegengesetzte Ansichten: Geoffrey Howe kritisierte in seiner Rück-

---

Premierministerin auch auf, sich der europafreundlicheren Mehrheitsmeinung im Kabinett anzuschließen (TT 05.11.1990:11b, TT 16.11.1990:17b) oder angesichts der Uneinigkeit der Regierung Neuwahlen auszurufen (TT 05.11.1990:11c).

1571 Dies war etwa die Kernaussage von Thatchers Antwort auf Howes Rücktrittsschreiben (TT 02.11.1990:3a, vgl. auch TG 02.11.1990:1, 20), der sich auch Außenminister Hurd und Finanzminister Major in öffentlichen Erklärungen anschlossen (TT 03.11.1990:1a, TT 05.11.1990:1).

1572 TG 03.11.1990:1.

1573 TT 14.11.1990:15. Kurz vor Howes Rücktritt hatte die *Times* das Begriffspaar noch verwendet, um den Labour-Chef Neil Kinnock zu kritisieren, dessen Angriffe gegen Thatcher in der Unterhausdebatte nach dem Gipfel von Rom „almost entirely on her style in Rome and not on the substance“ gerichtet und damit „one of his less effective performances“ geboten habe (TT 31.10.1990:1). Zum Gegensatz zwischen „style“ und „substance“ siehe auch TT 12.11.1990:13, TT 17.11.1990:11.

1574 TT 15.11.1990:17.

trittsrede vor allem Thatchers Misstrauen gegenüber den übrigen Mitgliedstaaten, durch das sie die Ziele der britischen Regierung selbst untergrabe,<sup>1575</sup> und auch der Publizist Ronald Butt erklärte in zwei *Times*-Kommentaren, dass der Verhandlungsstil der Premierministerin die britischen Erfolgsaussichten in den Verhandlungen geschmälert habe.<sup>1576</sup> Auf der anderen Seite schrieb Woodrow Wyatt, wie Ronald Butt ein regelmäßiger Kommentator der *Times*, dass Thatcher mit ihrem aggressiven Stil bereits in der Vergangenheit Erfolge erzielt habe, etwa in dem Konflikt über das EG-Budget Anfang der 1980er Jahre.<sup>1577</sup> Thatcher selbst betonte in einer Ansprache vor britischen Bankern, Großbritannien habe mit dem harten ECU und anderen Vorschlägen durchaus eigene Pläne zur Vertragsreform vorgelegt, die unter den übrigen europäischen Regierungen auf Zustimmung stießen.<sup>1578</sup> Und auch ein Leitartikel in der *Times* bescheinigte Thatcher eine klare europäische „vision“, die sie aktiv in die Verhandlungen einbringe.<sup>1579</sup> Ob die Vertragsreform selbst wünschenswert sei oder nicht, war hingegen kein zentrales Thema der Debatte: Auch die Thatcher-Kritiker stellten die Vorbehalte der Regierung gegenüber weiteren Souveränitätsübertragungen an die EG nicht grundsätzlich in Frage. Im Gegenteil begründete Heseltine seine Kandidatur wiederholt damit, dass Thatcher mit ihrer Warnung vor dem europäischen Föderalismus übertreibe, da die Vertragsreform gar nicht die von ihr behaupteten gravierenden Auswirkungen auf die Funktionsweise des politischen Systems haben werde.<sup>1580</sup>

Im oppositionsnahen *Guardian* wurde der abwiegelnde Deutungsrahmen des Regierungslagers etwas weniger bereitwillig übernommen als in der *Times*. Ein Leitartikel bezeichnete hier die Behauptung, dass es im Streit der Conservative Party nur um ein „disagreement over style“, nicht

---

1575 TT 14.11.1990:1, TG 14.11.1990:1. Auch diese Rede wurde von beiden Zeitungen im Wortlaut bzw. in ausführlichen Ausschnitten abgedruckt (TT 14.11.1990:3, TG 14.11.1990:4b).

1576 TT 02.11.1990:2c, TT 05.11.1990:10.

1577 TT 06.11.1990:14.

1578 TT 13.11.1990:1, TT 13.11.1990:8. Ähnlich äußerte sich auch Finanzminister Major in einer Rede im Unterhaus (TT 15.11.1990:9a).

1579 TT 03.11.1990:13 („This vision is of a free-market union, [...] a *Europe des patries*, a perfectly serviceable Euro-train“, Hervorh. i. O.). Unterstützt wurde diese Darstellung der *Times* auch durch Berichte, nach denen selbst föderalistisch gesinnte Regierungen in anderen EG-Ländern Thatchers mögliche Abwahl bedauerten, da sie ihre Kritik als konstruktiv ansähen (TT 20.11.1990:2; ähnlich TT 19.11.1990:2).

1580 TT 10.11.1990:1, TT 14.11.1990:2.

um „differences of substance over policy“ gehe, als „a fiction“;<sup>1581</sup> ein Bericht konstatierte zwischen Thatcher und Heseltine „a distinct difference in style and substance“.<sup>1582</sup> Allerdings schrieb auch der *Guardian* dem Herausforderer keine explizit integrationsfreundliche Position zu. Vielmehr erklärte ein Bericht, Heseltine vertrete eine Linie „that would unite the whole team behind his leadership: a gradualist, medium-term approach to economic and monetary union with an entrenched role for national sovereignty“.<sup>1583</sup> In einem anderen Artikel hieß es, Heseltine unterstütze „a step by step approach to European economic and political union, but fiercely rejected supranational federalism“.<sup>1584</sup> Und ein Leitartikel am Tag vor der Abstimmung betonte vor allem den Einflussverlust, den Großbritannien durch die europapolitische Isolation unter Thatcher erfahren habe, und lobte stattdessen Heseltines „correct broad approach“: „no federalist, but no opter-out either“.<sup>1585</sup>

Im Verlauf des Wahlkampfes geriet die Europapolitik zudem generell immer mehr aus dem Fokus der Debatte, während andere Konfliktthemen, besonders die umstrittene *poll tax*, an Bedeutung gewannen. Ein *Times*-Leitartikel mit dem Titel „The case for Thatcher“, der am Tag der Abstimmung erschien, erwähnte die Vertragsreform und die nationale Souveränität überhaupt nicht mehr.<sup>1586</sup> Auch nach Thatchers Rücktritt nannten einige Analysen zwar noch einmal den Konflikt über die europäische Integration als zentralen Grund für die Spaltungen in der Conservative Party: Ein Artikel bezeichnete ihn als „the issue that won't go away“;<sup>1587</sup> ein anderer stellte ihn erneut in eine Reihe mit anderen historischen Parteispaltungen und schloss sogar eine Neuordnung des britischen Parteiensystems nicht aus, da sowohl die Konservativen als auch die Labour Party intern zerstrit-

---

1581 TG 13.11.1990:22.

1582 TG 14.11.1990:1, 20 (Hervorh. MM).

1583 Ebd.

1584 TG 14.11.1990:4a. Ein dritter Artikel verwies allerdings auch auf Heseltines Vorschlag eines europäischen Senats und zitierte aus einem im Vorjahr erschienenen Buch, in dem er einen „fledgling federalism“ der EG als unvermeidbar bezeichnet hatte: „Many may not like it, but it cannot be wished away“ (TG 15.11.1990:2).

1585 TG 19.11.1990:24.

1586 TT 20.11.1990:13. Stattdessen betonte der Leitartikel in Zusammenhang mit der EG nur die GATT-Verhandlungen: Thatcher habe „tried to direct the chaotic Rome summit towards the urgent trade issues facing Europe, but was railroaded by the Italians, French and Germans, who wanted to evade such nasty questions out of isolationist safe-interest“.

1587 TT 21.11.1990:2.

#### 4. Die zweite Phase der Verhandlungen

ten seien.<sup>1588</sup> Die Aufmacher und die Leitartikel, die die Zeitungen zu Thatchers Rücktritt veröffentlichten, erwähnten die europäische Integration jedoch jeweils nur am Rande.<sup>1589</sup> Außerdem erklärte die *Times* mehrfach, dass die Premierministerin in Wirklichkeit nicht über politische Konflikte, sondern allein wegen der persönlichen Ambitionen ihrer parteiinternen Konkurrenten gestürzt sei, für die die Kritik an Thatchers Europapolitik lediglich einen Vorwand geboten habe.<sup>1590</sup>

#### „Return to Tory pragmatism“: Behauptete Kontinuität nach dem Regierungswechsel

Auch für den zweiten Wahlgang, bei dem außer Heseltine noch Außenminister Hurd und Finanzminister Major antraten, wurde Europa nicht mehr als entscheidendes Thema gesehen. Zwar beschrieben die Zeitungen durchaus die unterschiedlichen Positionen der Kandidaten.<sup>1591</sup> So lobte der *Guardian* Heseltine, dessen „European enthusiasm [...], by a tad, more sweeping“ sei als der seiner Konkurrenten.<sup>1592</sup> Umgekehrt forderte die *Times* Heseltine und Hurd in einem Leitartikel auf, sich klarer vom europäischen Föderalismus zu distanzieren.<sup>1593</sup> Zugleich insistierte die Zeitung aber auch darauf, dass die Partei in Bezug auf die Vertragsreform nur scheinbar gespalten sei und mit dem Hard-ECU-Plan schon längst eine gemeinsame Linie existiere.<sup>1594</sup> Auch ein *Guardian*-Leitartikel stellte fest, die drei Kandidaten seien „all pragmatic on Europe; all exponents of the step by step approach; all doubtful about the rationale of any immediate

---

1588 TT 22.11.1990:12.

1589 TT 23.11.1990:1, TT 23.11.1990:17, TG 23.11.1990:18.

1590 So etwa ein Bericht über die US-amerikanischen Reaktionen auf Thatchers Sturz (TT 24.11.1990:5) sowie ein Gastkommentar von Alan Walters, einem früheren Wirtschaftsberater Thatchers (TT 05.12.1990:12).

1591 Nachdem sie zuvor alle drei in der Regel dem europafreundlichen Lager zugeordnet worden waren, hieß es nun in der *Times*, Hurd sei keiner Seite eindeutig zuzuordnen (TT 23.11.1990:3b); Major hingegen stehe der EG skeptischer gegenüber als seine beiden Konkurrenten, wenn auch nicht so feindselig wie Thatcher (TT 23.11.1990:3a).

1592 TG 27.11.1990:22.

1593 TT 24.11.1990:13. In einem Bericht wurde dies auch als Forderung der Thatcher-Anhänger an Hurd dargestellt (TT 26.11.1990:12).

1594 TT 24.11.1990:12. Tatsächlich erklärten alle drei Kandidaten in öffentlichen Äußerungen übereinstimmend ihre Unterstützung für diesen Ansatz (TT 26.11.1990:2a, TT 26.11.1990:2b, TT 27.11.1990:2).



progress towards a common currency“, zugleich aber auch alle „cosily un-specific“. <sup>1595</sup> Unmittelbar am Tag der Abstimmung erklärte ein *Times*-Kommentar unter der Überschrift „Who is safest on Europe?“ schließlich, dass Heseltine der Währungsunion zwar offener gegenüberstehe als Hurd und Major, grundsätzlich aber alle drei Kandidaten ähnliche Positionen verträten und jedenfalls keiner von ihnen ein „federalist“ sei. <sup>1596</sup>

Erst nach der Wahl Majors zum neuen Parteichef und Premierminister wandte die britische Presse den europapolitischen Konflikten innerhalb der Conservative Party wieder etwas mehr Aufmerksamkeit zu. So nannten beide hier untersuchten Zeitungen in mehreren Artikeln die anstehende Eröffnung der EG-Regierungskonferenzen als ein wichtiges Thema, das die Aufmerksamkeit des neuen Premierministers erfordere, um die Einheit der Partei zu wahren. <sup>1597</sup> Da Major seine Wahl vor allem dem europaskeptischen Flügel in der Fraktion verdanke, erwartete die *Times* zunächst keine großen Richtungswechsel: Vielmehr werde er sich auch weiterhin für den harten ECU einsetzen und allenfalls in Bezug auf die Fernziele der Währungsunion etwas mehr Kompromissbereitschaft zeigen. <sup>1598</sup> Auch dass Major mit Norman Lamont einen erklärten Gegner der Währungsunion zum neuen Finanzminister ernannte, deutete die Zeitung als Entgegenkommen für den integrations skeptischen Parteiflügel. <sup>1599</sup> Schon bald wurde dies allerdings von der Erwartung abgelöst, dass die neue Regierung durchaus zu größeren Zugeständnissen bereit sei. So berichtete die *Times* wenige Tage später über Lamonts erstes Treffen mit den übrigen EG-Finanzministern zwar noch unter der Überschrift „Lamont reaffirms policy on currency“, äußerte aber bereits die Vermutung, dass Lamont auf der Regierungskonferenz wohl einen Kompromiss über die Währungsunion anstreben werde. <sup>1600</sup>

---

1595 TG 24.11.1990:26.

1596 TT 27.11.1990:18.

1597 TT 28.11.1990:2a, TT 28.11.1990:2b, TG 28.11.1990:1, TG 28.11.1990:6b, TG 28.11.1990:20.

1598 TT 28.11.1990:2b. Auch das britische Kommissionsmitglied Leon Brittan bezeichnete den harten ECU in einem *Times*-Gastkommentar als die beste Strategie, um die Einigkeit der Partei wiederherzustellen und zugleich konstruktiv an den Vertragsverhandlungen beteiligt zu sein (TT 29.11.1990:18).

1599 TT 29.11.1990:1. Diese Kontinuität in der Europapolitik war umso auffälliger, als bei dem anderen wichtigen Konfliktthema, der *poll tax*, durchaus inhaltliche Veränderungen erwartet wurden. So erhielt Michael Heseltine als neuer Umweltminister auch die Aufgabe, ein Alternativkonzept zu der umstrittenen Kopfsteuer zu entwickeln.

1600 TT 03.12.1990:2.

Zum neuen Streitpunkt wurde schließlich die Ankündigung eines neuen europapolitischen Grundsatzpapiers der Regierung, mit dessen Ausarbeitung Außenminister Hurd beauftragt wurde. Da Thatcher dies zuvor stets abgelehnt hatte, warnte die europaskeptische Bruges Group umgehend in einer Stellungnahme, das „European issue“ sei „not one of style, but of substance“: Auch wenn Major die Verhandlungsweise ändere, dürfe er nicht von den bisherigen europapolitischen Zielen abweichen.<sup>1601</sup> In der Folge ließ Hurd das Vorhaben eines neuen Grundsatzpapiers rasch wieder fallen<sup>1602</sup> und kündigte an, die Regierung werde an sämtlichen inhaltlichen Positionen festhalten, auch wenn sich „personal things“ wie der „style“ oder die „choice of words“ ändern würden.<sup>1603</sup> In gewisser Weise setzten diese Auseinandersetzungen über den neuen europapolitischen Kurs der Regierung die vorangehende Wahlkampfdebatte fort, wenn auch mit umgekehrten Vorzeichen: Hatten zuvor vor allem die europaskeptischen Thatcher-Anhänger die Existenz inhaltlicher Spaltungen in der Partei abgestritten, so waren es nun die integrationsfreundlicheren Kabinettsmitglieder, die vehement verneinten, dass ihre neue Kompromissbereitschaft einen Bruch mit den früheren Regierungspositionen darstelle.

Auch die regierungsnahen *Times* schwenkte in ihrer Darstellung recht schnell auf dieses Deutungsmuster ein: In einem Leitartikel sprach sie sich für einen „robustly constructive view“ aus, mit dem Großbritannien seine eigenen Integrationskonzepte in den Verhandlungen einbringen sollte, und nannte als Vorbild dafür ausgerechnet Thatcher, die sich in verfahrenen Situationen ebenfalls konstruktiv gezeigt habe.<sup>1604</sup> Ein anderer Leitartikel bezeichnete den kompromissbereiteren Stil Majors als „return to Tory pragmatism“ – eines der beliebtesten Schlagworte zur positiven Bewertung der britischen Regierung.<sup>1605</sup> In der Berichterstattung über die Eröffnung

---

1601 TT 01.12.1990:1.

1602 TT 06.12.1990:11. Offiziell geschah dies, weil die Regierung vor den Regierungskonferenzen ihre Verhandlungsposition nicht einengen wolle. Auch die *Times* nahm allerdings an, dass der eigentliche Grund der Druck des europaskeptischen Parteiflügels sei.

1603 TG 07.12.1990:8, ähnlich TT 10.12.1990:1. Hingegen forderte der zurückgetretene Geoffrey Howe in einem Fernsehinterview, dass die Regierung gegenüber der EG mehr Zeichen von „good faith“ zeigen müsse, was „a matter of substance and style“ sei (TG 10.12.1990:24, Hervorh. MM).

1604 TT 01.12.1990:17. Als Beispiel für diese angebliche Kompromissbereitschaft Thatchers verwies die *Times* auf den Gipfel von Fontainebleau 1984, auf dem der Konflikt über den britischen Nettobeitrag zum EG-Haushalt beigelegt und zugleich der Weg für das Binnenmarktprojekt geöffnet worden war.

1605 TT 28.11.1990:19, ähnlich TT 10.12.1990:1, TT 17.12.1990:10a.

der Regierungskonferenzen fehlte in kaum einem Artikel der Hinweis, dass Major nur den Stil, nicht den Inhalt der Europapolitik geändert habe.<sup>1606</sup>

Zugleich stellte die *Times* wiederholt das „dilemma“ des Premierministers heraus, der sich einerseits den übrigen EG-Regierungschefs als verlässlicher Partner zeigen wolle, andererseits aber auch Rücksicht auf den miss-trauischen europaskeptischen Parteiflügel nehmen müsse.<sup>1607</sup> Dass Kommissionspräsident Delors nach dem Gipfel scharf das britische Festhalten am Hard-ECU-Plan kritisierte, fasste die *Times*, aber auch der *Guardian* dementsprechend als innerparteilichen Vorteil für Major auf, da es seine Glaubwürdigkeit als Bewahrer britischer Interessen erhöhe.<sup>1608</sup> Nur einzelne Kommentare in der *Times* vertraten auch die Meinung, dass Major in seiner Kompromissbereitschaft zu weit gegangen sei.<sup>1609</sup>

„*Caution about tipping over into the Euro-federalist camp*“: Zurückgenommene Europafreundlichkeit der Labour Party

Während die Auseinandersetzungen innerhalb der Conservative Party immer wieder die britische europapolitische Debatte bestimmten, spielte die Opposition über das Jahr 1990 hinweg meist nur eine untergeordnete Rolle. Zwar berichteten die Zeitungen immer wieder über Stellungnahmen von Politikern der Labour Party und der Liberal Democrats, die Thatcher vorwarfen, durch ihren „tin pot“ nationalism“ den britischen Interessen selbst zu schaden.<sup>1610</sup> Allerdings nutzte vor allem die *Times* weiterhin geeignete Anlässe, um immer wieder darauf zu verweisen, dass es auch in der Labour Party noch immer integrationskritische Positionen gab – etwa als Peter Shore, ein früherer Labour-Minister und prominenter Europaskepti-

1606 Z. B. TT 07.12.1990:6, TT 13.12.1990:10d, TT 15.12.1990:1, TT 17.12.1990:10a.

1607 TT 13.12.1990:10d, TT 14.12.1990:1. Im *Guardian* spielte dieser Topos keine zentrale Rolle. Auch hier wurde allerdings in einem Bericht über ein Positionspapier einer proeuropäischen Gruppierung der Conservative Party zugunsten einer stärker gemeinsamen Außenpolitik eine scharfe Reaktion des europaskeptischen Flügels erwartet, die zu einer Rückkehr der parteiinternen Konflikte führen könnte (TG 12.12.1990:7).

1608 TT 17.12.1990:8b, TG 17.12.1990:1, TG 17.12.1990:18.

1609 So z. B. TT 18.12.1990:12.

1610 So Neil Kinnock in einer Unterhausdebatte nach dem zweiten Dubliner Gipfel (TT 29.06.1990:6, ähnlich bereits zuvor TT 21.11.1989:14a, TT 13.12.1989, TT 25.04.1990:10, TT 02.05.1990:8, TT 02.05.1990:2).

ker, im Mai 1990 dem Schatten-Finanzminister John Smith eine zu freundliche Haltung gegenüber der Währungsunion vorwarf.<sup>1611</sup>

Demgegenüber berichtete der *Guardian* etwas häufiger und allgemein wohlwollender über die Entwicklung der europapolitischen Positionen der Labour Party, die im Laufe des Jahres 1990 immer integrationsfreundlicher wurden. So lehnten Labour-Politiker Ende 1989 noch explizit die zweite und dritte Stufe des Delorsplans ab,<sup>1612</sup> vermieden nach dem Pariser Gipfel im November 1989 jede Kritik an Thatchers Haltung<sup>1613</sup> und gaben sich auch nach dem deutsch-französischen Vorschlag zur Politischen Union im April 1990 zunächst „cautious“.<sup>1614</sup> Ein *Guardian*-Artikel analysierte jedoch bereits im Dezember 1989, dass die Labour Party trotz ihrer Vorbehalte gegenüber der Währungsunion bei der nächsten Unterhauswahl davon profitieren könne, dass Thatchers Auftreten „too negative“ sei.<sup>1615</sup> Im März 1990 erklärte die Zeitung anlässlich des Martin-Berichts des Europäischen Parlaments in mehreren Artikeln, dass die Labour-Europaabgeordneten weiter gehen wollten als die Parteispitze.<sup>1616</sup> In den Wochen danach folgten weitere Berichte über den zunehmend „more pro-European stance of the Labour party“ im Bereich der Politischen Union.<sup>1617</sup>

Diese Entwicklung wurde vom *Guardian* in Meinungstexten in der Regel begrüßt und als vorteilhaft für die Partei beschrieben. Begründet wurde dies teils in der Sache: So erklärte ein Kommentar, „Labour’s wider economic and social objectives“ ließen sich mit einer nur begrenzten währungspolitischen Zusammenarbeit im Rahmen des EWS schlechter umsetzen als in „a full-blooded economic union which would have to make provision for a much greater European Community role in redistributing

---

1611 TT 15.05.1990:2. Ein anderer Bericht beschrieb die Schwierigkeiten der Labour Party „to convince the electorate that its embrace of the European Community was a fundamental and lasting change from the hostility espoused a decade ago“ (TT 19.06.1990:7).

1612 TG 15.11.1989:6a, TG 15.11.1989:24. Ein Bericht über eine Unterhausdebatte zitierte Thatcher, die von „the ‚almost unanimous verdict‘ of the Commons against the second and third stages of the Delors report on EC monetary union“ sprach (TG 15.11.1989:6b).

1613 TG 20.11.1989:24.

1614 TG 23.04.1990:20.

1615 TG 11.12.1989:19a.

1616 TG 14.03.1990:7, TG 15.03.1990:8, TG 16.03.1990:3; ähnlich auch noch einmal TG 11.07.1990:4.

1617 So TG 30.03.1990:24, ähnlich TG 02.05.1990:5, TG 03.05.1990:6, TG 15.05.1990:1.

wealth“.<sup>1618</sup> Oft wurde die neue Europafreundlichkeit aber auch nur wahl-taktisch mit der Notwendigkeit begründet, sich von der Regierung abzu-setzen. Nachdem beispielsweise die Regierung die Bereitschaft zum EWS-Bitritt akzeptiert habe, werde es für Labour attraktiver, die volle Wäh-rungsunion zu unterstützen, um weiterhin „ahead of the Government on European policy“ zu sein.<sup>1619</sup>

Der europaskeptische Flügel innerhalb der Labour Party kam im *Guardian* hingegen recht selten vor; als Plattform für die parteiinterne Debatte diente die Zeitung nur vereinzelt.<sup>1620</sup> Allerdings berichtete der *Guardian* während des Skandals um Handelsminister Ridley im Juli 1990 über Sor-gen innerhalb der Labour Party, dass sie angesichts der konservativen Eu-ropaskepsis Gefahr laufe, als „the European party“ oder „the Delors party“ zu gelten.<sup>1621</sup> Ein Bericht sprach von „caution about tipping over into the Euro-federalist camp and leaving the British public behind“ und zitierte ein Mitglied des Schattenkabinetts, das die Unterstützung der Wähler für die europäische Integration als „[t]he single greatest consideration in elec-toral terms“ bezeichnete: Labour könne nur hoffen, dass das „anti-Euro-pean element in the electorate“ nicht „predominant“ sei.<sup>1622</sup>

Erst im Oktober, als sich die Labour-Spitze zunehmend offen für eine volle Währungsunion aussprach, gewann die Spaltung in der Partei auch im *Guardian* größere Sichtbarkeit. So berichtete die Zeitung über Warnun-gen des europaskeptischen Flügels „that ,any commitment to EMU by the party leadership will deepen the split over European Community poli-cy“.<sup>1623</sup> Vor dem BSPEG-Treffen im November beschrieb der *Guardian* die Sorge der Labour-Spitze vor einem „open split in the British delegation“, da die Europaabgeordneten der Partei bei der Stärkung des Europäischen Parlaments deutlich weiter gehen wollten als die nationalen Parlamentari-er.<sup>1624</sup> Auch die *Times* erwähnte in dieser Zeit besonders häufig die partei-

---

1618 TG 28.03.1990:23.

1619 TG 15.06.1990:6, ähnlich TG 17.10.1990:6.

1620 Beispielhaft hierfür ist ein Leserbriefwechsel, in dem zunächst der Schatten-Fi-nanzminister Chris Smith die Regierung für den Hard-ECU-Plan angriff (TG 29.06.1990:26), um dann seinerseits von einem anderen Labour-Abgeordneten für die Unterstützung der Parteispitze zur vollen Währungsunion kritisiert zu werden (TG 02.07.1990:22b).

1621 TG 14.07.1990:3, TG 23.10.1990:6.

1622 TG 17.07.1990:6b.

1623 TG 17.10.1990:6, vgl. auch TG 23.10.1990:22b.

1624 TG 21.11.1990:6.

#### 4. Die zweite Phase der Verhandlungen

internen Konflikte<sup>1625</sup> und nutzte sie, um die Kritik der Labour Party an der Regierung zu relativieren: Nach dem Gipfel von Rom Ende Oktober zitierte ein Artikel etwa Schatten-Außenminister Kaufman, der Thatcher vorwarf, mit ihrer Aggressivität den britischen Interessen zu schaden, dabei aber zugeben musste, dass Labour den in Rom beschlossenen Schritten ebenfalls nicht hätte zustimmen können.<sup>1626</sup>

Die Konflikte innerhalb der Labour Party verliehen auch den Liberal Democrats mehr Sichtbarkeit. Deren Entwicklung in Richtung eines „Euro-federalism“<sup>1627</sup> war in den Monaten zuvor in beiden Zeitungen nur in wenigen Artikeln beschrieben worden; Stellungnahmen von liberaldemokratischen Politikern wurden zwar immer wieder zitiert, waren aber kaum als eigene, von der Labour Party getrennte Diskurslinie zu erkennen gewesen. Demgegenüber betonten Ende Oktober 1990 beide Zeitungen, dass die Liberal Democrats als einzige relevante britische Partei in der Europafrage nicht gespalten seien. Vor allem der *Guardian* charakterisierte sie positiv als „ardent federalists“ mit „pristine Euro-credentials“, die den „most detailed blueprint for political control of Europe“ zu bieten hätten.<sup>1628</sup> Die *Times* erklärte die europapolitische Harmonie innerhalb der Liberal Democrats hingegen damit, dass diese ohnehin keine Aussicht hätten, einmal die britische Regierung zu stellen.<sup>1629</sup>

Auch während der Regierungskrise im November betonte die *Times* immer wieder die Uneinigkeit der Labour Party. In der Berichterstattung über die Debatte nach dem Rücktritt von Geoffrey Howe gab die Zeitung eine Rede des Parteichefs Neil Kinnock wieder, der Thatcher kritisierte. Ebenso ausführlich ging sie aber auch auf eine Rede des ehemaligen Labour-Außenministers David Owen ein, der Thatchers Europapolitik unterstützte, sowie auf Thatcher selbst, die der Labour Party vorwarf, keine klare europapolitische Linie zu verfolgen.<sup>1630</sup> Tatsächlich griff Kinnock – ähnlich wie Thatchers innerparteiliche Gegner – während der Regierungskrise in der Regel nur den diplomatischen Stil der Premierministerin an, nicht aber ihre Haltung zur Vertragsreform in der Sache. So zitierte der

---

1625 Z. B. TT 25.10.1990:11, TT 30.10.1990:1, TT 31.10.1990:1, TT 31.10.1990:8.

1626 TT 29.10.1990:1, 22.

1627 So wörtlich TG 08.06.1990:6, ähnlich schon TT 12.03.1990.

1628 TG 30.10.1990:6a. Diese Beschreibung erschien auf einer Themenseite, in der in jeweils eigenen Artikeln auch die Spaltungen in der Conservative und der Labour Party dargestellt wurden (TG 30.10.1990:6c, TG 30.10.1990:6b).

1629 TT 25.10.1990:11.

1630 TT 08.11.1990:8a, TT 08.11.1990:8b, TT 08.11.1990:8c. Vgl. auch schon TT 07.11.1990:12.

*Guardian* ihn mit dem Vorwurf, Thatcher habe „blown a good case by her tone at the summit“, und mit dem Versprechen, dass die Labour Party durch eine konstruktivere Herangehensweise garantieren würde „that our sovereignty is properly asserted“. <sup>1631</sup>

Erst nach der Wahl Majors wurde die Linie der Labour Party wieder offensiver: In einem Anfang Dezember 1990 veröffentlichten Positionspapier unterstützte die Partei deutlicher als zuvor eine Teilnahme an der Währungsunion – auch wenn sie sich dabei nicht direkt für die Einheitswährung aussprach, sondern lediglich argumentierte, dass es dem britischen Interesse widerspräche, von der Währungsunion ausgeschlossen zu sein, falls die anderen Mitgliedstaaten diesen Schritt unternähmen. <sup>1632</sup> Auch der stellvertretende Parteivorsitzende Roy Hattersley nannte in einer Rede dazu nur einige generelle Vorteile der Währungsunion (etwa „monetary stability throughout Western Europe“) und argumentierte ansonsten mit dem nationalen Interesse: „If there is a two-speed or two-tier Europe, Britain must be in the fast line [...]. It is a matter of clear economic necessity and national interest.“ <sup>1633</sup>

In den Zeitungen stieß diese Neupositionierung auf etwas unterschiedliche Reaktionen. Während der *Guardian* erklärte, das Papier sei „designed to give the party a more developed policy in advance of the intergovernmental conference on economic union“, <sup>1634</sup> interpretierte die *Times* es vor allem als Versuch, Major unter Druck zu setzen. <sup>1635</sup> Zudem stellte die *Times* noch einmal die internen Streitigkeiten der Labour Party heraus und zitierte in mehreren Artikeln den europaskeptischen Abgeordneten Peter Shore, der vor dem Souveränitätsverlust durch die Währungsunion warnte. <sup>1636</sup> Auch der *Guardian* zitierte verschiedentlich Shores Kritik, ging je-

---

1631 TG 03.11.1990:2, ähnlich TG 08.11.1990:7. Nach Howes Rücktrittsrede forderte Kinnock Neuwahlen, weil die Konservativen „divided and unfit to govern“ seien – nicht aber etwa, weil ihre Haltung europapolitischen Fortschritten im Weg stehe (TG 14.11.1990:1).

1632 TT 29.11.1990:5.

1633 TT 04.12.1990:6, ähnlich TG 04.12.1990:6.

1634 TG 29.11.1990:24.

1635 TT 29.11.1990:5. Auch ein *Guardian*-Leitartikel sprach von dem „very practical motive of seeking (quite successfully at the moment) to outflank the Government“, betonte diesen Aspekt jedoch insgesamt weniger (TG 14.12.1990:20).

1636 Z. B. TT 05.12.1990:7, TT 04.12.1990:6, TT 06.12.1990:7b. Zudem veröffentlichte die *Times* einen Leserbrief, in dem Peter Shore und Douglas Jay, ein Labour-Mitglied des House of Lords, Widersprüche in dem Positionspapier kritisierten und der Parteispitze eine unzureichende interne Debatte darüber vorwarfen (TT 05.12.1990:13).

doch weniger ausführlich darauf ein.<sup>1637</sup> Mitte Dezember berichtete die *Times* schließlich, dass sich wegen der innerparteilichen Konflikte auch Schatten-Finanzminister John Smith nicht darauf festlegen wolle, dass eine künftige Labour-Regierung einer europäischen Einheitswährung beitreten würde.<sup>1638</sup> Der *Guardian* hingegen zitierte Smith nur mit der Feststellung, wegen der bestehenden wirtschaftlichen Unterschiede könnten nicht alle Staaten sofort der Währungsunion beitreten, aber „these concerns could be confronted“.<sup>1639</sup> Zudem lehne Labour die vorgesehenen Einschränkungen der nationalen Haushaltspolitik sowie die Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank ab, was zu Konflikten mit der deutschen Bundesregierung und Bundesbank führen könne. Allerdings rechne Smith damit, dass seine Pläne auf französische Unterstützung stoßen würden.<sup>1640</sup>

Kurz vor dem zweiten Gipfel von Rom gewannen erneut auch die Liberal Democrats etwas Aufmerksamkeit. Deren Parteivorsitzender Paddy Ashdown warf der Labour Party vor, in ihrem Positionspapier noch viele Vorbedingungen für die Währungsunion aufzustellen,<sup>1641</sup> und setzte sich zudem für eine europäische Außen- und Verteidigungspolitik mit einer gemeinsamen EG-Armee ein.<sup>1642</sup> Als einziger prominenter britischer Politiker wich Ashdown dabei auch von dem Argumentationsmuster des nationalen Interesses ab und verlangte, statt der „power of nations“ die „rights of the European citizen“ in den Mittelpunkt der öffentlichen Debatte und der Regierungsverhandlungen zu stellen.<sup>1643</sup>

Allerdings war diese Aufmerksamkeit nur von kurzer Dauer: In den Tagen nach dem Gipfel von Rom waren oppositionelle Akteure in der europapolitischen Debatte kaum noch präsent. Ein *Times*-Kommentar, der Major eine zu große Kompromissbereitschaft vorwarf, erwähnte zwar noch lo-

---

1637 TG 04.12.1990:6, TG 06.12.1990:6b, TG 13.12.1990:6.

1638 TT 14.12.1990:6.

1639 TG 13.12.1990:6.

1640 TG 14.12.1990:6. Unterschiedlich äußerten sich die Zeitungen auch dazu, wie sich Smiths Forderungen mit einer kurz zuvor verabschiedeten Erklärung des BSPEG vertrugen, die zwar nicht explizit feste Defizitgrenzen, aber Einschränkungen in der nationalen haushaltspolitischen Souveränität gefordert hatte. Während die *Times* behauptete, Smith habe die BSPEG-Erklärung kritisiert (TT 14.12.1990:6), erklärte der *Guardian* lediglich, die Äußerungen des Schatten-Finanzministers seien „starker than the joint declaration“ (TG 14.12.1990:6) und zitierte ihn sogar mit explizitem Lob dafür (TG 13.12.1990:6).

1641 TT 05.12.1990:7, TG 06.12.1990:6a.

1642 TT 06.12.1990:7a, TG 06.12.1990:6a.

1643 TT 05.12.1990:7.



bend, dass „[f]ortunately, there is a strong stand of resistance [...] from robust Labour MPs of an earlier tradition, who put national independence first“. <sup>1644</sup> Beide Zeitungen berichteten zudem darüber, dass Labour für die Währungsunion noch eine größere wirtschaftliche Konvergenz forderte. <sup>1645</sup> Dass Neil Kinnock Major im Unterhaus noch einmal für das Festhalten am Hard-ECU-Plan kritisierte, nahm in der *Times* hingegen nur noch einen recht geringen Raum ein. <sup>1646</sup>

Insgesamt gelang es den britischen Oppositionsparteien während der gesamten zweiten Phase der EG-Vertragsverhandlungen nicht, mit einem klaren eigenen Diskurs die Debatte zu prägen: Die Labour Party erschien zwar jeweils etwas europafreundlicher als die Regierung, blieb jedoch wegen der eigenen parteiinternen Konflikte in Bezug auf die Währungsunion oder die Stärkung des Europäischen Parlaments widersprüchlich und konzentrierte sich letztlich darauf, die diplomatische Leistung der Regierung zu kritisieren. Demgegenüber vertraten die Liberal Democrats einen offener föderalistischen, europäisch-innenpolitischen Integrationsansatz, der sich teils von der Logik nationaler Interessenvertretung löste, stießen damit in den Medien jedoch kaum auf Interesse.

„*A disturbing indication of ill-formed opinion*“: *Topos der unzureichenden Debatte im Guardian*

Ähnlich wie in den französischen Zeitungen fand sich auch im *Guardian* – nicht aber in der *Times* – immer wieder mehr oder weniger explizite Kritik daran, dass die nationale öffentliche Debatte über die Europapolitik hinter den tatsächlichen politischen Entwicklungen zurückbleibe. Schon Ende 1989 beklagte ein Kommentar „the unreality of the British debate on foreign policy“, da weder die Regierung noch Labour sich der wachsenden Bedeutung der EG ausreichend bewusst seien. <sup>1647</sup> Ein Leitartikel stellte wenige Tage nach dem Fall der Berliner Mauer fest, angesichts der Umstürze in Osteuropa sei die britische Politik „exceedingly short of answers“: Au-

1644 TT 18.12.1990:12.

1645 Der *Guardian* betonte dabei vor allem die Forderung der Partei nach mehr Unterstützung für die wirtschaftsschwächeren Länder in der Währungsunion (TG 18.12.1990:5), während die *Times* unterstrich, dass Labour Konvergenz als notwendige Vorbedingung zur Währungsunion sehe und sich damit letztlich „the arguments put forward by John Major“ anschließe (TT 18.12.1990:11).

1646 TT 19.12.1990:7.

1647 TG 11.11.1989:3.

ßenminister Hurd erkenne zwar die Notwendigkeit einer stärkeren EG, werde aber von Thatcher zurückgehalten; die Labour-Opposition wiederum befinde sich in „a pause for profound thought“, und es sei fraglich, ob ihr „surface commitment to Europe“ den Herausforderungen gewachsen sei.<sup>1648</sup> Ein anderer Leitartikel warf beiden großen Parteien vor, das Europäische Parlament nicht ernst genug zu nehmen, weil sie allein auf das britische Unterhaus blickten.<sup>1649</sup> Ein anderer Artikel stellte fest, dass dieses Desinteresse kein neues Phänomen sei: Schon beim Zustandekommen der Einheitlichen Europäischen Akte 1986 habe das Parlament zwar eine Debatte abgehalten, doch die Abgeordneten seien „unaware that anything much was happening“ gewesen und ein Sprecher der Labour Party habe gar „dismissed the bill as irrelevant, a diversion from our real tasks in Europe“.<sup>1650</sup>

Je weiter die Verhandlungen im Lauf des Jahres 1990 voranschritten, desto schärfer wurde die Kritik des *Guardian* an der unzureichenden europapolitischen Debatte, die nun nicht mehr nur als Hindernis für einen europafreundlicheren Kurs des Landes beschrieben wurde, sondern auch als Mangel an demokratischer Kultur. Ein Kommentar kurz nach dem Oktober-Gipfel konstatierte, der nächste Parlamentswahlkampf könnte „the EC question prominently to the fore“ bringen und damit eine Entscheidung über britische Teilnahme an der Währungsunion herbeiführen. Diese „Jeffersonian vision in which the debate about British nationhood resembles that which was conducted with unsurpassed seriousness in the early years of the United States“ scheitere jedoch daran, dass „[f]ew participants in the debate are bringing to it either honest clarity or diplomatic sophistication, and the main party leaders are not among those who do“. Die Labour Party beschränke sich auf „the classic opposition tactic of more or less masterly inactivity, punctuated with forays to insult the Prime Minister for her incompetent conduct of affairs“. Die Hauptverantwortung liege allerdings bei Thatcher selbst, die in Rom gezeigt habe, dass sie nicht an Argumenten interessiert sei: „Implicit in her weekend performance [...] was the belief that there was no debate worth having with the British people“.<sup>1651</sup> Ein Leitartikel am selben Tag warf den europafreundlichen Politikern eine zu große Sorge vor der angeblich europaskeptischen Stimmung in der Bevölkerung vor:

---

1648 TG 13.11.1989:22.

1649 TG 11.12.1989:18a.

1650 TG 31.10.1990:6.

1651 TG 30.10.1990:23c.

Many politicians [...] are nervous about the European issue. They fear that the voters aren't in touch with the debate (quite right, because only the Liberal Democrats have tried to hold one) and that Mrs Thatcher, patrolling the nation next October denouncing the beasts of Brussels, might actually find herself with a winning pitch. Such timidities are foolish.<sup>1652</sup>

Die Kritik an einer fehlenden öffentlichen Debatte fand sich aber auch in stärker integritations-skeptischen Meinungstexten. So behauptete ein *Guardian*-Kommentar, der die Zunahme von Mehrheitsentscheidungen in der EG als Verlust an nationaler Souveränität kritisierte: „Majority voting [...] has crept up almost unawares“.<sup>1653</sup> Ein anderer Kommentar äußerte die Befürchtung, dass trotz Thatchers öffentlicher Ablehnung letztlich die europafreundlichen Minister wie Hurd und Major eine Teilnahme an der Währungsunion herbeiführen würden, und forderte deshalb eine Volksabstimmung, um die politischen Gegensätze zu klären:

If Mrs Thatcher means what she says about a Europe of sovereign nations, and really thinks she has gut support across the nation, why doesn't she challenge the federalists directly and announce another referendum on economic and monetary union? It is time the people had a genuine say.<sup>1654</sup>

Nach dem Regierungswechsel schließlich lobte ein integritationsfreundlicher *Guardian*-Kommentar zwar den konstruktiveren „style“ der neuen Regierung, warnte aber zugleich davor, dass die neue Regierung das Ausmaß der Vertragsreform klein rede:

By far the least sympathetic aspect of those who have spent a lifetime campaigning for greater EC integration is their unwillingness to admit this. It sometimes seems as though they really would prefer to see Britain slide unknowingly towards a destiny that cannot be avoided. [...] It was also one of the key techniques used [...] by all three candi-

---

1652 TG 30.10.1990:22.

1653 TG 15.12.1990:6b.

1654 TG 15.10.1990:21, ähnlich noch einmal TG 12.11.1990:25. Ein anderer Kommentar kritisierte den – auch von Thatcher selbst aufgegriffenen – Vorschlag eines Referendums hingegen als „a measure of the hysteria with which the EC issue is now surrounded“ und als untauglichen Versuch, die Konflikte in der Conservative Party beizulegen (TG 01.11.1990:19b).

dates in the Tory leadership contest: whatever you think may be the ultimate end of your position on Europe, do not frighten the natives by spelling it out.<sup>1655</sup>

Stattdessen müsse die Regierung sich auf eine offenere Debatte über die Bedeutung supranationaler Politik einlassen und besser erklären, warum eine Abgabe nationaler Hoheitsrechte an die EG und eine Stärkung des Europäischen Parlaments notwendig seien. Dies sei nicht nur „a matter of personal candour“, sondern bringe letztlich auch „better recognition than there now is of the need to reform democratic accountability“.<sup>1656</sup>

Ähnlich wie in den französischen Medien war der Topos einer unzureichenden Debatte jedoch auch im *Guardian* in erster Linie als ein Problem der *nationalen* politischen Kultur verstanden, nicht als Teil eines gesamteuropäischen Phänomens. So konstatierte ein Leitartikel im Dezember 1990 ein generelles europapolitisches „awareness gap“ in der britischen Bevölkerung, das sich unter anderem in einer Umfrage zeige, in der jeweils eine Mehrheit der Befragten einerseits zwar Machtübertragungen auf das Europäische Parlament abgelehnt, andererseits aber eine EG-Verteidigungspolitik ohne nationale Vetorechte befürwortet habe. Diese widersprüchliche Prioritätensetzung sowie die Tatsache, dass viele Befragte überhaupt keine Meinung geäußert hätten, seien „a disturbing indication of ill-formed opinion“. Notwendig sei deshalb „a great debate at home“, bei der sich die integrations-skeptischen Briten die Frage stellen müssten „just why so many other Europeans do not think it [EC centralisation] is so dreadful“.<sup>1657</sup> Ein anderer Artikel brachte den Topos der fehlenden Debatte mit der britischen Außenseiterrolle in der EG in Verbindung, indem er prominent eine von dem früheren britischen EG-Kommissar Ivor Richard geäußerte Kritik zitierte: „Britain could spend years trying to catch up with its European partners if it did not join the debate over political union“.<sup>1658</sup>

Wie die französischen Medien nahm also auch der *Guardian* wahr, dass die Entwicklung der öffentlichen Debatte nicht mit den weitreichenden Veränderungen im politischen System der EG Schritt hielt. Implizit ging die Zeitung jedoch davon aus, dass die europapolitische Debatte in anderen Mitgliedstaaten durchaus auf der Höhe der Zeit sei und der unbefriedigende Zustand der öffentlichen Meinungsbildung in Großbritannien durch eine intensivere Auseinandersetzung über den Kurs der nationalen

---

1655 TG 13.12.1990:21.

1656 Ebd.

1657 TG 14.12.1990:20. Zur Umfrage selbst: TG 14.12.1990:23.

1658 TG 07.06.1990:7.

Regierung gelöst werden könne. Auch der *Guardian* blieb damit letztlich in der mitgliedstaatlich-außenpolitischen Logik verhaftet, nach der der Integrationsprozess vor allem über die *nationale* Öffentlichkeit und Demokratie legitimiert werden müsse. In dieser Logik konnte der Wunsch nach einer anderen Form der öffentlichen Auseinandersetzung nur auf die Forderung nach einer besseren (zum Beispiel ausführlicheren, ehrlicheren oder besser informierten) *nationalen* Debatte über die Vertragsreform hinauslaufen. Die Idee einer europäisch-innenpolitischen, transnational-weltanschaulich strukturierten Öffentlichkeit kam im Diskurs hingegen schlicht nicht vor.

#### 4.4 Zwischenfazit

Die zweite Phase der Verhandlungen zwischen November 1989 und Dezember 1990 war mit der größten Unsicherheit über die weitere Entwicklung der europäischen Politik verbunden und brachte zugleich die eigentlichen Durchbrüche zur Vertragsreform. Aus beiden Gründen war sie auch der Zeitraum mit dem größten Potenzial für einen Verfassungsmoment. Tatsächlich richteten die Medien kurz nach dem Fall der Berliner Mauer große Aufmerksamkeit auf den Gipfel von Straßburg, dem sie zentrale Bedeutung für die deutsch-französischen Beziehungen und für die Aussicht auf eine deutsche Wiedervereinigung zuschrieben. Im Frühjahr 1990 ließ dieses Interesse jedoch schnell wieder nach. Spätestens mit dem deutsch-französischen Schreiben zur Politischen Union im April galt die bilaterale Krise zwischen den beiden Ländern als überwunden. Gleichzeitig wurden die Inhalte des Schreibens als vage wahrgenommen und konkretere Vorschläge anderer Akteure von den Medien meist nicht oder nur oberflächlich thematisiert. Eine Ausnahme bildete in dieser Hinsicht *Le Monde*, wo eine recht lebhafte Debatte mit vielen Gastbeiträgen einsetzte, in der die Positionen allerdings oft widersprüchlich blieben und sich keine klaren Konfliktlinien herauskristallisierten.

Im Zentrum der Berichterstattung über die zwischenstaatlichen Verhandlungen stand in allen untersuchten Zeitungen die diplomatische Position der jeweils eigenen Regierung – speziell die deutsch-französischen Beziehungen in Deutschland und Frankreich und die britische Isolation in Großbritannien. Entsprechend galten die drei Regierungschefs Kohl, Mitterrand und Thatcher auch als Hauptakteure, zu denen bisweilen noch weitere nationale Regierungschefs wie Giulio Andreotti oder Kommissionspräsident Jacques Delors hinzukamen. Andere supranationale Akteure

als Delors, insbesondere das Europäische Parlament und die europäischen Parteien, spielten demgegenüber weiterhin nur eine sehr untergeordnete Rolle. Ihre Forderungen wurden seltener wiedergegeben und dann häufig als utopisch oder illusorisch abgetan.

Trotz dieses starken Fokus auf die nationalen Regierungen zeigten sich in einigen Punkten durchaus auch Diskurslinien, die transnational jeweils von Zeitungen mit ähnlicher weltanschaulicher Ausrichtung vorgebracht wurden. So fand sich die Gleichsetzung von EG-Integration und Sowjetunion nur in Meinungstexten der konservativen Zeitungen *Times* und *Figaro* (nicht allerdings in der FAZ). Alle drei konservativen Zeitungen waren sich im Frühjahr 1990 überdies einig, dass die Vorschläge zur Politischen Union zu vage seien – ein Topos, der in den linksliberalen Zeitungen insgesamt seltener vorkam. Allerdings fiel diese Kritik in der *Times* deutlich aggressiver aus als in der FAZ und im *Figaro*.

Umgekehrt waren die linksliberalen Zeitungen *Le Monde* und *Guardian* bei der Bewertung der Reformpläne insgesamt am integrationsfreundlichsten. Es muss jedoch offenbleiben, inwiefern dies tatsächlich als eine europäisch-weltanschauliche Linie zu werten ist, da sich darin jeweils auch die nationale parteipolitische Konstellation widerspiegelte: Sowohl in Frankreich als auch in Großbritannien war die große nationale Mitte-links-Partei jeweils integrationsfreundlicher ausgerichtet als ihr konservativer Gegenpart. In Deutschland, wo es keine großen europapolitischen Unterschiede zwischen SPD und CDU gab, war auch die SZ nicht deutlich proeuropäischer als die FAZ.

Auch sonst dominierten in der öffentlichen Debatte aller drei untersuchten Länder jeweils nationale Besonderheiten den Diskurs. In den deutschen Zeitungen war die EG-Vertragsreform eindeutig der Frage der nationalen Wiedervereinigung untergeordnet, sodass sämtliche Fortschritte in den Vertragsverhandlungen bis zum Herbst 1990 jeweils unter einer deutschlandpolitischen Perspektive interpretiert wurden. Vor diesem Hintergrund galt vor allem der diplomatische Ausgleich mit Frankreich als vorrangiges Ziel. Nach der Wiedervereinigung beschrieben die Zeitungen den deutschen Föderalismus als Vorbild für die EG-Reform. In SZ und FAZ gleichermaßen ging deshalb die Forderung nach einer Stärkung des Europäischen Parlaments mit der Forderung nach einer Führungsrolle Deutschlands in den Verhandlungen einher.

In Frankreich wiederum galt in beiden Zeitungen François Mitterrand als zentraler Akteur der Vertragsverhandlungen; der Straßburger Gipfel Ende 1989 erschien vor allem als diplomatischer Erfolg der französischen Ratspräsidentschaft. Auch hier dominierte die Frage der deutsch-französi-

schen Beziehungen, wobei die Währungsunion wiederholt als Loyalitätstest für Deutschland beschrieben wurde. Daneben spielten Themen wie der Gegensatz zwischen Erweiterung und Vertiefung, die Idee einer über die EG hinausgehenden europäischen Konföderation sowie die Frage nach der europäischen Verteidigungspolitik im *Figaro* und in *Le Monde* eine wichtigere Rolle als in den Zeitungen der übrigen Länder.

Am auffälligsten war der besondere nationale Diskurs erneut in Großbritannien, wo die nationale Isolation in den Verhandlungen die Debatte in beiden Zeitungen dominierte. Dies zeigte sich zum einen in der ständigen Auseinandersetzung mit der Frage, ob Großbritannien unter den übrigen EG-Regierungen noch Verbündete finden könnte oder zum Nachgeben gezwungen sein würde. Damit verbunden kam es immer wieder zu Schuldzuweisungen und heftiger Kritik: im *Guardian* vor allem an der Premierministerin Margaret Thatcher, die Großbritannien aus ideologischer Verbohrtheit in die Isolation treibe, in der *Times* hingegen an den übrigen EG-Regierungen und den supranationalen Organen, denen teils Inkompetenz, teils böser Wille unterstellt wurde. Zum anderen zeigte sich der nationale Diskurs auch in der Auseinandersetzung mit den von der britischen Regierung vorgebrachten Alternativvorschlägen zur Währungsunion – dem Competing-Currencies- und dem Hard-ECU-Plan. Diese spielten in den britischen Medien jeweils eine sehr große Rolle, während sie in den Zeitungen der anderen Länder kaum vorkamen. Auch der *Guardian*, der den Hard-ECU-Plan von Anfang an als aussichtslos einschätzte, befasste sich mit ihm ausführlicher als mit zahlreichen anderen, realistischeren Vorschlägen, die in den Verhandlungen von anderen Regierungen vertreten wurden.

Auch eine explizite Auseinandersetzung mit parteipolitischen Unterschieden fand sich in allen Ländern allenfalls im Diskurs über die jeweilige nationale Europapolitik. So spielten in den französischen Zeitungen der Gegensatz zwischen der sozialistischen Regierung und der gaullistischen Opposition, aber auch die oppositionsinterne Spaltung zwischen dem nationalkonservativen RPR und der integrationsfreundlichen UDF, in den britischen Zeitungen der Gegensatz zwischen der Regierung und der Labour Party, vor allem aber die Konflikte innerhalb der Conservative Party eine wichtige Rolle. Alle untersuchten Zeitungen zeigten dabei recht deutliche Sympathien für die ihnen jeweils nächststehenden Parteien, indem sie deren Positionen etwa in Leitartikeln unterstützten, aber auch indem sie in der Berichterstattung die Zerwürfnisse im jeweils entgegengesetzten Lager hervorhoben.

#### 4. Die zweite Phase der Verhandlungen

Eine Übertragung dieser parteipolitischen Unterschiede auf die europäische Ebene blieb hingegen weitestgehend aus. Deutungsmuster entlang eines gesamteuropäischen Links-Rechts-Gegensatzes kamen noch seltener vor als in der ersten Phase der Verhandlungen. Nur vereinzelt wurden – vor allem im *Figaro* – Bezüge zwischen den französischen Gaullisten und Thatchers Konservativen hergestellt. Daran änderte sich auch durch die Asisen nichts, die teils nur als eine andere Form der zwischenstaatlichen Diplomatie aufgefasst, teils mit nationalen Debatten des jeweils eigenen Landes in Verbindung gebracht wurden. Von einem Verfassungsmoment im Sinne des Übergangs zu einem europäisch-weltanschaulichen Deutungsrahmen konnte insofern keine Rede sein: Trotz der Veränderungen im politischen System blieb die öffentliche Debatte über parteipolitische Auseinandersetzungen weiterhin national verhaftet.

Auffälligerweise nahmen auch die Zeitungen teilweise wahr, dass sich in den Vertragsverhandlungen eine Lücke zwischen den Entwicklungen im politischen System und der öffentlichen Debatte darüber öffnete. In beiden französischen Zeitungen wie auch im britischen *Guardian* fanden sich immer wieder Meinungstexte, die eine unzureichende öffentliche Auseinandersetzung mit der Europapolitik beklagten. Allerdings mündete diese Kritik nur in Forderungen nach einer intensiveren *nationalen*, nicht nach einer transnationalen öffentlichen Debatte über die Vertragsreform. Obwohl die Zeitungen also selbst wahrnahmen, dass das mitgliedstaatlich-außenpolitische Modell einer Legitimation über die jeweils nationalen Öffentlichkeiten und Demokratien mit der Vertragsreform an seine Grenzen stieß, kam das europäisch-innenpolitische Modell einer gesamteuropäisch-weltanschaulich strukturierten Öffentlichkeit in ihrem Diskurs nicht vor.



## 5. Der Gipfel von Maastricht

### 5.1 Deutschland

#### 5.1.1 Die Debatte über die europäischen Verhandlungen

„... kann Deutschland allein nicht europäisch sein“: Kohl als Vertreter europäischer Interessen

Wie oben bereits dargestellt, nahm die Aufmerksamkeit für die Verhandlungen im Lauf des Jahres 1991 in allen untersuchten Mitgliedstaaten zu. Zugleich ging das Potenzial für einen Verfassungsmoment allerdings schon aufgrund der geringeren Krisenhaftigkeit der Verhandlungen und der abnehmenden supranationalen Ambitionen wichtiger nationaler Regierungen zurück, sodass der Verlauf der Debatte für die Zeit zwischen Dezember 1990 und November 1991 hier nicht im Einzelnen untersucht wird. Eine höhere Wahrscheinlichkeit für einen grundlegenden Diskurswandel ist erst wieder im unmittelbaren Umfeld des Gipfels von Maastricht selbst zu erwarten, als die Intensität der Debatte ihren Höhepunkt erreichte.

Dies gilt auch für Deutschland, wo die Europapolitik allerdings weiterhin eine geringere Salienz besaß als in Frankreich oder Großbritannien. Nach wie vor war die Vertragsreform in der Regel nicht das wichtigste Thema der Zeitungen, sondern konkurrierte mit anderen außenpolitischen Ereignissen, insbesondere dem Jugoslawienkrieg und dem Zerfall der Sowjetunion. Die *Süddeutsche Zeitung* etwa berichtete selbst am Eröffnungstag des Gipfels von Maastricht, dem 9. Dezember, erst auf Seite 2 über die Verhandlungen;<sup>1659</sup> und auch am Folgetag machte sie mit einer Schlagzeile zur Sowjetunion auf, während die ersten Ergebnisse aus Maastricht lediglich als zweitwichtigste Meldung erschienen.<sup>1660</sup> Dennoch wur-

---

1659 SZ 09.12.1991:2.

1660 SZ 10.12.1991:1b, SZ 10.12.1991:1a. Die FAZ dagegen räumte der Europapolitik wie schon in den Jahren zuvor etwas mehr Raum ein und widmete ihr vom 9. bis zum 12. Dezember durchgehend den Seite-1-Aufmacher (FAZ 09.12.1991:1–2, FAZ 10.12.1991:1–2, FAZ 11.12.1991:1–2, FAZ 12.12.1991:1–2). In einem dieser Berichte wurde allerdings explizit die „Befürchtung“ der Gipfelteilnehmer angesprochen, dass die Ereignisse in der Sowjetunion „die

de der Gipfel auch in den deutschen Medien von sehr viel mehr Berichterstattung begleitet als alle vorangehenden Verhandlungsschritte. Bereits in den Wochen zuvor erschienen zahlreiche Artikel, die vor allem die verbliebenen offenen Fragen und Konflikte zwischen den Mitgliedstaaten behandelten.

Als treibende Kraft der Verhandlungen erschien dabei wie schon 1990 der deutsche Bundeskanzler Kohl. Als der Politiker, der „die größten Anforderungen an die Europäische Politische Union gestellt“ habe,<sup>1661</sup> stellte er für die deutschen Zeitungen sämtliche anderen Akteure, einschließlich der supranationalen Institutionen, in den Schatten. Zwar sprachen mehrere Artikel auch die Kritik des Europäischen Parlaments und der Kommission an der drohenden „Verwässerung“ der Vertragsentwürfe an.<sup>1662</sup> Deren Forderungen wurden dabei jedoch immer wieder implizit oder explizit mit denen der Bundesregierung gleichgesetzt. So hieß es über eine Warnung des Parlamentspräsidenten Barón, dass die Europaabgeordneten einer zu wenig ambitionierten Vertragsreform nicht zustimmen würden, sie sei „von Außenminister Genscher unterstützt worden“,<sup>1663</sup> über einen Vorschlag der Kommission zur GASP, er entspreche den „Vorstellungen Helmut Kohls“,<sup>1664</sup> und über Jacques Delors, er strebe „[w]ie Kohl“ eine Umwandlung der EG in eine Politische Union an.<sup>1665</sup> Die supranationalen Institutionen erschienen damit als Nebenakteure, die im Wesentlichen der Bundesregierung sekundierten, nicht aber als Vertreter einer eigenen politischen Linie. Mögliche Gegensätze zwischen den deutschen Positionen und dem Interesse der EG insgesamt wurden in den Zeitungen nicht thematisiert.

Diese Gleichsetzung deutscher und europäischer Interessen über die Person Helmut Kohls schlug sich auch in zahlreichen anderen Details der Berichterstattung nieder. So gab etwa ein SZ-Artikel eine Reihe von Forde-

---

Diskussion über die Vertragsreformen verdrängen“ könnten (FAZ 10.12.1991:1–2).

1661 So SZ 09.12.1991:2.

1662 So wörtlich FAZ 28.11.1991:1, ähnlich SZ 21.11.1991:8, SZ 23.11.1991:2, FAZ 21.11.1991:5a, FAZ 06.12.1991:1b.

1663 FAZ 21.11.1991:5a.

1664 FAZ 28.11.1991:1.

1665 FAZ 29.11.1991:2c. Auch sonst wurde das besondere Interesse für die eigene Regierung immer wieder an Details deutlich, etwa wenn die FAZ explizit erwähnte, dass die Verhandlungen über die Rolle der WEU auf dem Gipfel von Maastricht „[u]nter Vorsitz Außenminister Genschers“ stattfanden (FAZ 10.12.1991:1–2).

rungen Kohls wieder und setzte deren Nichterfüllung indirekt mit einem „Scheitern des Gipfels“ gleich.<sup>1666</sup> Beide Zeitungen stützten sich für ihre Berichterstattung oft auf Stellungnahmen deutscher Regierungsmitglieder, was vor allem in der SZ dazu führte, dass zahlreiche Artikelüberschriften aus Kohl-Zitaten bestanden.<sup>1667</sup> Zur verbreiteten Floskel entwickelte sich schließlich eine Äußerung des Bundeskanzlers, nach der die beschlossenen Reformen „unumkehrbar“ sein sollten – was die deutschen Medien rasch als positiv besetztes Schlagwort aufgriffen, in der Regel jedoch ohne zu erklären, was genau damit gemeint war.<sup>1668</sup>

Weniger präsent als in den Jahren zuvor war hingegen die französische Regierung. Nachdem der deutsch-französische Interessenausgleich lange als zentrales Motiv der Verhandlungen gegolten hatte, trat Mitterrand in der SZ nun ähnlich wie die supranationalen Akteure meist nur noch als Verbündeter Kohls bei der Forderung nach einer möglichst weitgehenden

---

1666 SZ 04.12.1991:2.

1667 Z. B. „Kohl: Scheitern wäre Bankrott Europas“ (SZ 04.12.1991:2), „Kohl: Interessen der Länder gewahrt“ (SZ 05.12.1991:1a), „Kohl: Keine Unterschrift bei zu vielen Vorbehalten“ (SZ 05.12.1991:2). Dass die Bundesregierung als bevorzugte Informationsquelle diente, wurde auch an dem recht häufigen Hinweis deutlich, dass es „nach Angaben der deutschen Delegation“ zu einer Einigung gekommen sei – prominent etwa im Übertitel des SZ-Aufmachers am Tag nach dem Gipfel von Maastricht (SZ 11.12.1991:1).

1668 Vgl. FAZ 04.12.1991:1a, SZ 04.12.1991:2, SZ 05.12.1991:2. Das Schlagwort „irreversibility“ war bereits im Delorsplan als zentraler Vorteil einer Einheitswährung gegenüber nur festen Wechselkursen genannt worden. Kohl selbst verwendete die Formulierung bei verschiedenen öffentlichen Auftritten, häufig in Verbindung mit den für den Vertrag vorgesehenen Stufenplänen. In den Zeitungen wurde dies insbesondere als Kritik an dem von Großbritannien geforderten „allgemeinen Opt-out“ bei der Währungsunion verstanden (z. B. SZ 09.12.1991:2, SZ 10.12.1991:4), aber zum Beispiel auch als Kompromissangebot, dass die von Deutschland gewünschte Stärkung des Europäischen Parlaments auf einen zukünftigen Zeitpunkt verschoben werden könnte, sofern nur ihre Unumkehrbarkeit sichergestellt sei (FAZ 29.11.1991:2b). Später wurde der Begriff auch anderen Akteuren zugeschrieben, unter anderem Jacques Delors (FAZ 06.12.1991:1b) oder dem Europäischen Parlament, das die „Entwicklung auf einen europäischen Bundesstaat hin unumkehrbar machen“ wolle (FAZ 09.12.1991:10b). Manche Artikel übernahmen die Formulierung schließlich einfach als Chiffre für eine möglichst umfassende Reform: So hieß es etwa in einem FAZ-Artikel über das französische Parlament, dass die „Zustimmung oder Ablehnung für eine weitreichende, unumkehrbare europäische Integration“ quer durch alle Parteien verlaufe (FAZ 10.12.1991:5b).

Integration auf.<sup>1669</sup> Die FAZ thematisierte demgegenüber weiterhin die Gegensätze zwischen den Positionen der beiden Länder, etwa in Bezug auf die Rolle der WEU, die Unabhängigkeit der EZB oder die gemeinsame Industriepolitik. Anders als die deutsche beschrieb sie die französische Regierung dabei aber als stark von nationalen Eigeninteressen geleitet. So hieß es in einem Kommentar über Mitterrand, der „deutschen Sehnsucht, sich auf (fast) allen Gebieten ‚europäisch‘ einbinden zu lassen“, stehe „in den weniger komplexbeladenen westeuropäischen Demokratien der feste Wille zur autonomen Entscheidung über wesentliche Fragen nationaler Selbstbehauptung gegenüber“.<sup>1670</sup> Insgesamt allerdings, so stellte die FAZ ausdrücklich fest, spiele Mitterrand „im Pokerspiel vor Maastricht kaum eine Rolle“.<sup>1671</sup>

Als wichtigster Problemfaktor galt hingegen wieder einmal die britische Regierung, deren Zustimmung zum Vertrag besonders fraglich erschien.<sup>1672</sup> Beide deutschen Zeitungen berichteten ausführlich über die innenpolitischen Entwicklungen in Großbritannien, die mögliche Hinweise auf das Verhalten Majors auf dem Gipfel geben konnten. Speziell der Druck, den die ehemalige Premierministerin Thatcher innerhalb der Conservative Party ausübte, stieß in den deutschen Medien auf Interesse.<sup>1673</sup> Doch während Thatcher den deutschen Medien in früheren Jahren oft als Projektionsfläche für die auch in Deutschland verbreitete Skepsis gegenüber der geplanten Einheitswährung gedient hatte, stieß ihre harte Haltung nun durchweg auf Ablehnung. So schrieb die SZ, Thatcher wolle „nicht begreifen, daß ihre Zeit vorbei ist“; die FAZ sah sie auf einem

---

1669 So etwa SZ 07.12.1991:7a. Verschiedentlich verwies die SZ noch auf den französischen Wunsch nach einer machtpolitischen Einhegung Deutschlands als Anlass der Vertragsreform (z. B. SZ 30.11.1991:4), insgesamt wurde den Gegensätzen zwischen den beiden Regierungen aber keine hohe Bedeutung zugeschrieben. Als Problemfelder erwähnt wurden lediglich die Erhöhung der deutschen Abgeordnetenzahl im Europäischen Parlament (SZ 07.12.1991:7b) sowie das Ausmaß der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (SZ 29.11.1991:1).

1670 FAZ 29.11.1991:14, ähnlich FAZ 21.11.1991:5c. Auch die französische Opposition, deren europapolitischen Positionen in einem längeren Artikel thematisiert wurden, schien primär von Nationalinteressen geleitet: So zitierte die FAZ einen Vertreter der UDF, der seine Unterstützung für die Währungsunion damit begründete, dass Frankreich dadurch gegenüber der Bundesbank wieder an Einfluss gewinne (FAZ 10.12.1991:5b).

1671 FAZ 29.11.1991:2c.

1672 Z. B. SZ 21.11.1991:8, FAZ 22.11.1991:1a.

1673 Z. B. SZ 22.11.1991:8, SZ 23.11.1991:2, SZ 25.11.1991:2, SZ 30.11.1991:8, FAZ 23.11.1991:5, FAZ 26.11.1991:14.

„Kreuzzug“, der „die Konservativen in arge Verlegenheit“ bringe.<sup>1674</sup> Dafür zogen die Zeitungen nun verschiedentlich John Major als neue Gewährsperson für die eigene Kritik an der Währungsunion heran. Ein SZ-Kommentar erklärte beispielsweise dessen „Frage, ob alle Felder der Politik in diesem vielgestaltigen Europa vereinheitlicht werden müssen“ für „durchaus berechtigt“, nur um dann recht unvermittelt zur Forderung nach dem Erhalt einer „harten D-Mark“ überzuleiten.<sup>1675</sup>

Wie die Argumente der britischen Konservativen gegen die Abgabe von Hoheitsrechten genau aussahen, wurde hingegen weiterhin kaum thematisiert. Vielmehr wurde Majors Position meist mit wahltaktischen Rücksichten gerechtfertigt: Vor allem die FAZ erklärte, dass der Premierminister vor den Unterhauswahlen 1992 eine geschlossene Partei benötige und deshalb wohl den „Anti-Europäern“ entgegenkommen müsse.<sup>1676</sup> Aber auch der britische „Nationalcharakter“ oder die besondere politische Kultur Großbritanniens, in der die nationale Souveränität eine wichtigere Rolle spiele als auf dem Kontinent, dienten als Erklärung für Majors Haltung<sup>1677</sup> – ebenso wie machtpolitische Interessen im Wettstreit mit Deutschland und Frankreich.<sup>1678</sup>

Die scheinbar unbeugsame Linie der britischen Regierung führte auch dazu, dass die deutschen Zeitungen in Bezug auf die Erfolgchancen der Vertragsreform nun wieder eher pessimistisch waren. Waren sie unmittelbar nach dem Gipfel von Rom im Dezember 1990 von recht guten Aussichten für die Regierungskonferenzen ausgegangen, so äußerten sie nun wieder starke Zweifel, dass sich die verschiedenen nationalen Positionen in einem gemeinsamen Vertrag würden vereinen lassen. Als Hauptstreitpunkte galten die Einführung von Mehrheitsbeschlüssen in der gemeinsamen Außenpolitik, das Mitentscheidungsrecht des Europäischen Parlaments sowie das „Endziel der Reform“, speziell die Verwendung des Be-

---

1674 SZ 25.11.1991:4, FAZ 26.11.1991:14.

1675 SZ 07.12.1991:4.

1676 FAZ 22.11.1991:1b, ähnlich FAZ 23.11.1991:1. Teilweise wurde in diesem Zusammenhang auch die Labour-Opposition angesprochen, die europafreundlicher als die Regierung, aber selbst gespalten sei (FAZ 23.11.1991:1, SZ 23.11.1991:2, SZ 25.11.1991:4).

1677 Besonders anschaulich FAZ 23.11.1991:1.

1678 So erklärte die SZ, dass Großbritannien dem wiedererstarkten Deutschland durch eine engere Verbindung mit den USA zu begegnen suche und deshalb das deutsch-französisch dominierte Projekt einer Politischen Union skeptisch sehe (SZ 30.11.1991:4).

griffs „föderal“.<sup>1679</sup> All diese Vorschläge wurden von Deutschland unterstützt, aber von Großbritannien abgelehnt – weshalb ein FAZ-Artikel Helmut Kohl auch als „Gegenpart“ Majors in den Verhandlungen bezeichnete.<sup>1680</sup>

Daneben wurden noch zahlreiche weitere mögliche Problemfelder genannt, etwa die Rolle der WEU,<sup>1681</sup> die gemeinsame Sozialpolitik und das britische Opt-out aus der Währungsunion,<sup>1682</sup> der von Spanien geforderte Finanzausgleich,<sup>1683</sup> die geplante EG-Osterweiterung<sup>1684</sup> oder die von Frankreich gewünschte gemeinsame Industriepolitik.<sup>1685</sup> Zahlreiche Artikel beschränkten sich ausschließlich darauf, anhand der jeweils neuesten Äußerungen von Politikern verschiedener Länder mögliche Konfliktlinien zu identifizieren und die offenen oder versteckten Veto-Drohungen wiederzugeben, die damit einhergingen. Bemerkenswerterweise bewerteten die Zeitungen diese Drohungen recht unterschiedlich: So wurden die Warnungen deutscher und französischer Regierungsmitglieder, dass sie einen Vertrag mit „zu vielen Vorbehalten“ nicht unterzeichnen würden, implizit als legitimes Mittel angesehen, um die Grenzen der eigenen Verhandlungsbereitschaft aufzuzeigen.<sup>1686</sup> Die Veto-Drohung, mit der die spanische Regierung die Einrichtung eines Konvergenzfonds einforderte, stieß hingegen auf wenig Verständnis: Sie habe, so die deutschen Zeitungen, „deutliche Verstimmung“ ausgelöst<sup>1687</sup> und im Rat „die Mehrheit der Minister empört“.<sup>1688</sup>

Die Vielzahl ungelöster Konflikte mehrte Ende November 1991 die Sorge vor einem möglichen „Scheitern“ des Gipfels, wobei wiederum vor allem Helmut Kohl mit einer dramatischen Warnung vor dem drohenden „Bankrott Europas“ herausstach.<sup>1689</sup> In der Folge senkten beide deutschen Zeitungen ihre Erwartungen an die Vertragsreform deutlich ab: Die FAZ stellte nun nur noch „Kompromißmöglichkeiten [...] auf dem kleinsten

---

1679 So SZ 02.12.1991:2.

1680 FAZ 29.11.1991:2c.

1681 FAZ 02.12.1991:1–2, SZ 03.12.1991:2, SZ 04.12.1991:2.

1682 SZ 03.12.1991:2.

1683 SZ 04.12.1991:2, FAZ 02.12.1991:1–2, FAZ 04.12.1991:1b, FAZ 04.12.1991:2.

1684 FAZ 04.12.1991:2.

1685 Ebd.

1686 SZ 05.12.1991:2, ähnlich SZ 23.11.1991:1, SZ 23.11.1991:2, SZ 07.12.1991:7a.

1687 FAZ 04.12.1991:2.

1688 SZ 04.12.1991:2.

1689 Ebd., ähnlich SZ 29.11.1991:1, SZ 02.12.1991:2, FAZ 29.11.1991:2c.

gemeinsamen Nenner“ in Aussicht,<sup>1690</sup> die SZ zitierte den niederländischen Ministerpräsidenten Lubbers mit der Formulierung, er strebe in Maastricht nur einen „Mindest-Vertrag“ an.<sup>1691</sup> Auch in Artikelüberschriften erschien die Suche nach „Kompromissen“ als zentrales Schlagwort.<sup>1692</sup> Zwei Tage vor dem Treffen erklärte ein FAZ-Leitkommentar schließlich, der „qualitative Sprung“, von dem Kohl, Delors und einige andere träumen“, werde ausbleiben. Die Bundesregierung treffe daran jedoch keine Schuld: „Solange sich die anderen an ihr nationales Erbe klammern, kann Deutschland allein nicht europäisch sein.“<sup>1693</sup>

*„Den Partnern ohne Gegenleistung schenken“: Scharfe Kritik an der Währungsunion*

Was die Politische Union betraf, herrschte in den deutschen Medien vor dem Gipfel von Maastricht also eine zwar pessimistische, aber integrationsfreundliche Grundhaltung vor. In scharfem Kontrast dazu stand hingegen eine Reihe von Kommentaren über die geplante Währungsunion, die keineswegs eine möglichst weitgehende Einigung als wünschenswertes Ziel beschrieben.<sup>1694</sup> Vielmehr betonten beide Zeitungen in der Währungsfrage nationale Interessen- und Kulturgegensätze zwischen Deutschland und dem Rest der EG, bemühten erneut den Topos eines ‚Opfers‘ der D-Mark und griffen den vermeintlichen Eigennutz der übrigen Mitgliedstaaten an. Stärker als zu jedem anderen Zeitpunkt der deutschen Debatte über die Vertragsreform wurde dabei ein offenes Misstrauen deutlich, das auch die guten Absichten der übrigen Regierungen – insbesondere Frankreichs – in Frage stellte.

So erklärte etwa die FAZ, dass die „straffe Geldpolitik“ der Bundesbank in anderen Staaten, in denen „das Stabilitätsbewußtsein nicht so ausgeprägt“ sei, oft abgelehnt werde. Wenn daher künftig die D-Mark als der „disziplinierende Stabilitätsanker Europas“ wegfalle, sei für „manches Mit-

---

1690 FAZ 29.11.1991:2c, ähnlich FAZ 29.11.1991:14, FAZ 30.11.1991:1.

1691 SZ 03.12.1991:2.

1692 Z.B. „Kohl will angeblich Kompromiß für Maastricht“ (SZ 30.11.1991:1), „Die EG-Außenminister suchen nach Kompromissen“ (FAZ 02.12.1991:1–2).

1693 FAZ 07.12.1991:1.

1694 Anlass dafür war die grundsätzliche Einigung des Finanzministerrats am 4. Dezember 1991 über die Übergangsmodalitäten zur dritten Stufe der Währungsunion, der die SZ zwei Aufmacher widmete (SZ 05.12.1991:1b, SZ 06.12.1991:1a).

gliedersland [...] wohl schon der ganze Sinn der Währungsunion erreicht“. <sup>1695</sup> Die SZ behauptete, „Frankreichs inflationsgewöhnte Wirtschaft“ halte eine „Stabilitätspolitik deutschen Musters gar nicht durch“, <sup>1696</sup> und kritisierte die Bundesregierung, die sich mit ihrem Bekenntnis zur Währungsunion „erpreßbar“ gemacht habe. <sup>1697</sup> Ein Kommentar erklärte mit bitterem Unterton, die Bundesregierung sei

bereit [...], der EG vom Besten zu opfern, was Deutschland nach dem Krieg hervorgebracht hat, wogegen die Partnerstaaten den Eindruck erwecken, als prüften sie jeden Tag, was die Gemeinschaft ihnen denn heute eingebracht habe. <sup>1698</sup>

Und fast wortgleich fragte auch die FAZ, ob Kohl mit der D-Mark „das Beste, was Deutschland zu geben hat, den Partnern ohne Gegenleistung schenken“ wolle. <sup>1699</sup>

Mit diesen Vorwürfen verbanden beide deutsche Zeitungen regelmäßig die Erwartung, dass die gemeinsame Währung zu höherer Inflation führen und deshalb auch für die Wirtschaftspolitik der EG insgesamt zuletzt von Nachteil sein werde. Ähnlich wie bei der Politischen Union wurden also auch hier die deutsche Position und das gesamteuropäische Interesse in eins gesetzt, allerdings mit dem Unterschied, dass die von Kohl in Aussicht gestellten Kompromisse bei der Währungsunion auf größere Kritik stießen.

Argumente, die aus einer gesamteuropäischen Perspektive für die Währungsunion sprachen, fanden sich hingegen kaum. Auch dass die Kommission und das Europäische Parlament – die als supranationale Institutionen ja die Aufgabe hatten, das gesamteuropäische Interesse zu vertreten – die Währungsunion unterstützten, wurde nicht thematisiert. So erwähnte die FAZ zwar, dass sich der liberale Fraktionsvorsitzende im Europäischen Parlament, Valéry Giscard d'Estaing, für eine rasche Umsetzung der Ge-

---

1695 FAZ 09.12.1991:1.

1696 SZ 05.12.1991:4.

1697 SZ 10.12.1991:4.

1698 SZ 05.12.1991:4, ähnlich auch SZ 07.12.1991:4.

1699 FAZ 11.12.1991:3. Auch zahlreiche FAZ-Leserbriefe kritisierten die Währungsunion als „[o]minöse Großraumwährung“, die den Interessen der Bürger zuwiderlaufe, künstlich geschaffen und nicht mit der nationalen Souveränität vereinbar sei (FAZ 12.12.1991:10, ähnlich FAZ 17.12.1991:11b, FAZ 17.12.1991:11a, FAZ 19.12.1991:7). Ein Leserbrief forderte explizit ein Modell konkurrierender Währungen, ohne dabei allerdings den britischen Competing-Currencies-Plan zu erwähnen (FAZ 18.12.1991:8).



meinschaftswährung ausspreche. Die Zeitung erklärte dies jedoch allein mit dessen nationaler Herkunft: Mit seiner Haltung, so hieß es in dem Artikel, „machte Giscard deutlich, daß dieser Teil der Reformen für Frankreich wichtiger ist als die Beseitigung des ‚Demokratiedefizits‘“. <sup>1700</sup>

„Eine Dreiviertel-Niederlage“: Fokus auf Sieger und Verlierer

Auch in der Schlussphase der Verhandlungen herrschte also ein Deutungsmuster vor, das die Gespräche über die Vertragsreform vor allem als Auseinandersetzung zwischen divergierenden nationalen Positionen der Mitgliedstaaten verstand – mit der Besonderheit, dass die deutsche Position zugleich als das gesamteuropäische Interesse identifiziert wurde. In den Tagen kurz vor und während des Gipfels verschärfte sich dieser mitgliedstaatlich-außenpolitische Fokus noch weiter: Beide Zeitungen druckten auf ausführlichen Themenseiten Überblicksdarstellungen über die verschiedenen nationalen Standpunkte ab <sup>1701</sup> und behandelten ausführlich die verbleibenden ungelösten Konflikte. <sup>1702</sup> Das Hauptinteresse galt dabei der Frage, zu welchen Kompromissen die deutsche Bundesregierung bereit sein würde, falls „die Partner sich hartnäckig an ihre nationalen Traditionen klammern“. <sup>1703</sup>

Auch nach dem Gipfel dominierte in den deutschen Medien die Skepsis. Zwar zitierten sowohl SZ als auch FAZ einige anerkennende Formulierun-

1700 FAZ 21.11.1991:5a, Hervorh. MM.

1701 In der SZ umfasste diese Seite Einzelartikel zu Großbritannien und Spanien sowie einen Überblick zu den übrigen Staaten. Eine Karte der EG, die für jedes Land – nicht jedoch für die Gemeinschaft als Ganzes – einige wichtige Wirtschaftskennzahlen anführte, vervollständigte das vor allem auf nationale Gegensätze ausgerichtete Bild (SZ 07.12.1991:12d). Durchbrochen wurde es nur durch den Gastkommentar eines CSU-Europaabgeordneten, der vor allem das Subsidiaritätsprinzip sowie die Stärkung des Europäischen Parlaments betonte (SZ 07.12.1991:12a). In der FAZ zeigte die Themenseite ein etwas breiteres Spektrum, legte den Schwerpunkt allerdings ebenfalls auf die nationalen Positionen und besonders die britischen Vorbehalte (FAZ 09.12.1991:10–11). Auch hier wurde der mitgliedstaatliche Fokus durch eine Grafik unterstrichen, die die Ergebnisse einer europaweiten Umfrage nach einzelnen Ländern aufgeschlüsselt darstellte (FAZ 09.12.1991:11d). Erst am nächsten Tag wurden dieselben Ergebnisse noch einmal in aggregierter Form für die gesamte EG abgedruckt (FAZ 10.12.1991:5c).

1702 SZ 09.12.1991:2, SZ 10.12.1991:1a, FAZ 09.12.1991:1–2, FAZ 09.12.1991:2b, FAZ 09.12.1991:2a, FAZ 10.12.1991:1–2.

1703 FAZ 11.12.1991:3, ähnlich SZ 09.12.1991:2, FAZ 11.12.1991:1–2.

gen über die „bedeutendste Reform der Europäischen Gemeinschaft seit ihrer Gründung“<sup>1704</sup> und fassten in Überblicksdarstellungen die wichtigsten Reformbeschlüsse zusammen.<sup>1705</sup> Neben der von Kohl und Mitterrand geäußerten „Genugtuung“ gab die FAZ aber auch „eher gemischte Gefühle“ des belgischen Ministerpräsidenten Martens wieder.<sup>1706</sup> Und auch ein Leitkommentar blieb ambivalent: Durch Maastricht werde es „Ernst mit der EG im Sinne jener Bestimmung zur ‚Europäischen Union‘, der sich die Gründer der Gemeinschaft [...] einst verschrieben haben“. Allerdings sei „das meiste im Vagen geblieben“ und es bleibe offen, „ob die getroffenen Vereinbarungen die Entwicklung der kommenden Jahre unverändert überstehen werden“.<sup>1707</sup>

Der mitgliedstaatlich-außenpolitische Fokus der Berichterstattung führte dazu, dass auch nach dem Gipfel weniger die künftige Funktionsweise der Europäischen Union diskutiert wurde als die Frage, ob und wie weit sich die einzelnen Regierungen mit ihren jeweiligen Positionen durchgesetzt hatten. Ausführlich behandelt wurde dabei insbesondere das britische Opt-out aus der Währungs- und Sozialpolitik. Die Zeitungen sprachen einerseits Majors Rolle als selbst erklärter „Sieger“ des Gipfels an,<sup>1708</sup> hoben andererseits aber auch die britische Isolation hervor, die sich durch die Reform noch verstärken werde.<sup>1709</sup> Ein FAZ-Porträt bezeichnete Major deshalb als „Sieger verlorener Siege“, der zwar immer wieder Erfolge erzielt, dafür jedoch keine Anerkennung erhalten habe.<sup>1710</sup> Auffälligerweise wurde Majors Handeln jedoch auch in diesen Artikeln stets nur an den Folgen für Großbritannien (sowie teilweise an den nationalen Wahlaussichten für die Conservative Party) gemessen. Die gesamteuropäischen Auswirkungen der Ausnahmeklausel spielten hingegen fast gar keine Rolle: Ein Artikel zitierte zwar Major selbst mit der Äußerung, die Ergebnisse von Maastricht seien „im besten Interesse Großbritanniens und im besten Interesse der

---

1704 FAZ 12.12.1991:1–2, fast wortgleich SZ 11.12.1991:1.

1705 SZ 12.12.1991:6c, FAZ 12.12.1991:3c. Außerdem druckte die SZ Auszüge aus einer Übersetzung des Vertragswortlauts (SZ 12.12.1991:6a) sowie einen Zeitplan für die „Zukunft der Gemeinschaft“ ab (SZ 12.12.1991:6d); ein FAZ-Artikel ging detailliert auf die künftige Rolle der WEU ein (FAZ 12.12.1991:3b).

1706 FAZ 12.12.1991:1–2.

1707 FAZ 12.12.1991:1.

1708 So wörtlich FAZ 12.12.1991:1, ähnlich FAZ 12.12.1991:3a, FAZ 12.12.1991:3d, SZ 11.12.1991:1, SZ 12.12.1991:1a, SZ 12.12.1991:4, SZ 12.12.1991:6b.

1709 SZ 12.12.1991:6b, FAZ 12.12.1991:1–2, FAZ 12.12.1991:1.

1710 FAZ 12.12.1991:14.

Gemeinschaft“, ging ansonsten aber nur auf die Bedeutung der Opt-outs für Großbritannien, nicht für die EG insgesamt ein.<sup>1711</sup>

Deutlich knapper als Major behandelten beide Zeitungen die Reaktion Mitterrands, der sich ebenfalls als „Gewinner“ fühle und „die französischen Wünsche ‚in allen Punkten‘ als erfüllt“ ansehe.<sup>1712</sup> Auch hier galt als Erfolgsmaßstab also in erster Linie die nationale Position, was allerdings etwas kritischer gesehen wurde als im Fall Großbritanniens: So äußerten zwei FAZ-Leitkommentare auch die Befürchtung, dass Frankreich trotz der Einigung in Maastricht in Zukunft verstärkt auf die „nationale Karte“ setzen und dadurch die „Partnerschaft“ mit Deutschland gefährden könne.<sup>1713</sup> Alle anderen ausländischen Akteure wurden nur in kurzen Artikeln oder in zusammenfassenden Überblicksdarstellungen thematisiert, die ebenfalls jeweils das Ausmaß der Durchsetzung nationaler Interessen zur Leitfrage hatten.<sup>1714</sup> Die Kommission und das Europäische Parlament erschienen in der Berichterstattung hingegen nur am Rande.<sup>1715</sup>

Zentrales Thema der deutschen Zeitungen jedoch waren die Erfolge und Misserfolge der deutschen Bundesregierung. Dabei betrachteten sie es einerseits als Verdienst Kohls, durch sein „Wohlwollen für John Major“ eine britische Blockadehaltung verhindert und dadurch den Gipfel überhaupt erst zu einem Ergebnis geführt zu haben.<sup>1716</sup> Andererseits übten sie jedoch auch erneut deutliche Kritik, dass Kohl bei der Währungsunion zu große Zugeständnisse gemacht und bei der Politischen Union zu wenig erreicht habe. So stellte etwa die FAZ fest, dass die Bundesregierung zwar in bestimmten Bereichen Erfolge habe „verbuchen“ können, die Stärkung des Europäischen Parlaments aber nicht so weit gehe, wie Kohl „zunächst gehofft“ habe.<sup>1717</sup> Deutlicher wurde ein Leitkommentar, für den der Gipfel „[a]us deutscher Sicht [...] nicht ein halber Erfolg, sondern eine Dreiviertel-Niederlage“ war – insbesondere da Kohl sich nicht mit seinem „ur-

---

1711 FAZ 12.12.1991:3d.

1712 FAZ 12.12.1991:3a, ähnlich SZ 12.12.1991:6b, FAZ 17.12.1991:6. Andere Artikel machten hingegen auf Zugeständnisse Mitterrands an Major aufmerksam (SZ 12.12.1991:1a).

1713 FAZ 12.12.1991:1, ähnlich FAZ 20.12.1991:1.

1714 Einzelartikel widmete die FAZ den Regierungen Spaniens (FAZ 12.12.1991:2c, FAZ 19.12.1991:6), der Niederlande (FAZ 12.12.1991:2b) sowie der USA (FAZ 13.12.1991:2); die SZ behandelte in einem Überblicksbericht noch weitere EG- sowie EFTA-Staaten (SZ 12.12.1991:6b).

1715 FAZ 12.12.1991:3a, SZ 13.12.1991:2.

1716 SZ 11.12.1991:3, ähnlich SZ 11.12.1991:1.

1717 FAZ 12.12.1991:3a.

sprünglichen Junktim“ habe durchsetzen können. Für die Zukunft sei es deshalb wünschenswert, dass die Bundesregierung „ihre Positionen klar und hart vertritt“, um den „Hebel, der in Maastricht zu kurz war, immer wieder anzusetzen, damit die Vereinbarungen zur Politischen Union Gestalt annehmen“.<sup>1718</sup> Noch schärfer schließlich war ein Kommentar im Wirtschaftsteil, der erneut die „Preisgabe der D-Mark“ kritisierte, die von den übrigen Regierungen „kaum honoriert“ worden sei. Erneut wurde dies auch für die EG insgesamt als schädlich beschrieben. Bemerkenswerterweise deutete der Kommentar dabei sogar an (ohne dies allerdings näher zu erklären), dass Kohls Kompromissbereitschaft selbst Teil des Problems sei:

Hier der gute Europäer Kohl, der fast ohne Gegenleistung die D-Mark aus der Hand gibt, dort der Kämpfer Major, der die Insel vor den Kontinentaleuropäern rettet: mit solchen Einstellungen [...] wird jeder europäischen Politik der Boden entzogen. [...] Wenn naive Europabegeisterung und enges Nationalbewußtsein aufeinandertreffen, hat die ‚Gemeinschaft‘ nur geringe Chancen.<sup>1719</sup>

Auch die SZ erklärte, die Bundesregierung sei mit ihren Wünschen zur Justiz- und Innenpolitik „[g]escheitert“, und die „deutschen Forderungen nach mehr Rechten für das Europäische Parlament“ hätten „nur eine Nebenrolle“ gespielt.<sup>1720</sup> Ein Kommentar resümierte, angesichts der „Beliebigkeit der sonstigen Ingredienzien der Politischen Union“ habe Kohl, „[s]elbst am eigenen Anspruch gemessen, [...] nicht viel für den Verzicht auf die Mark bekommen“.<sup>1721</sup> Ein anderer beschrieb die Politische Union als ein „Konglomerat von Formelkompromissen“, durch das sich für den Bundeskanzler die Frage stelle, „welche Rolle er im Märchen von des Kai-

---

1718 FAZ 12.12.1991:1.

1719 FAZ 12.12.1991:15.

1720 SZ 12.12.1991:1a. Die aus Sicht der deutschen Delegation positiven Ergebnisse gab die Zeitung hingegen lediglich in indirekter Rede wieder: So erklärte sie, Kohl gebe es „als seinen Erfolg aus, daß Deutschland die Währungsunion erhalte, die es gewollt habe, und daß der Weg zur Union nun ‚unumkehrbar‘ sei“; und auch von der Regelung zur WEU hieß es, dass die Deutschen sie als Erfolg „beanspruchten“ (ebd.). Ein anderer Bericht zitierte Theo Waigel, der in Maastricht „einen riesigen Erfolg“ für die Bundesregierung“ sehe, welche „ihr eigenes Währungskonzept ‚zu 90 Prozent‘ durchgesetzt habe“ (SZ 12.12.1991:1b).

1721 SZ 12.12.1991:4.

sers neuen Kleidern spielt“.<sup>1722</sup> Von dem „Durchbruch zur Europäischen Union“, den die SZ in ihrer Schlagzeile am 12. Dezember 1990 verkündete,<sup>1723</sup> blieb bei der Bewertung des Gipfels im Einzelnen somit nicht allzu viel übrig: Weit davon entfernt, in der Vertragsreform einen Konstitutionalisierungsschub in Richtung einer europäisch-innenpolitisch gestalteten Union zu sehen, verstanden die deutschen Zeitungen das Abkommen vor allem als unbefriedigenden zwischenstaatlichen Kompromiss.

*Keine „besondere Gefahr“: Die Debatte über Ratifikationsreferenden in anderen Mitgliedstaaten*

Schon nach wenigen Tagen entfernte sich der Fokus der Berichterstattung schließlich ganz von den Inhalten des Vertrags. Stattdessen konzentrierten sich SZ und FAZ nun auf die anstehenden Ratifikationsverfahren, insbesondere die zu erwartenden Referenden in einigen Mitgliedstaaten. Nachdem schon zuvor Berichte über entsprechende britische und dänische Überlegungen erschienen waren,<sup>1724</sup> stießen nach dem Gipfel vor allem einige Andeutungen Mitterrands auf Aufmerksamkeit. Wiedergegeben wurde insbesondere seine Äußerung, es sei „unvorstellbar, daß die Ratifizierung eines derart weitreichenden Vertrages nicht die Angelegenheit aller Franzosen‘ sein könne“, sodass die französische Bevölkerung „entweder direkt über ein Referendum oder indirekt über die Nationalversammlung konsultiert“ werden müsse. Nicht thematisiert wurde dabei, dass eine Ratifikation des Vertrags ohne Zustimmung der Nationalversammlung ohnehin nicht möglich war.<sup>1725</sup> Auch ein Kommentar zu der für den Vertrag nötigen Änderung der französischen Verfassung stellte fest, „der Ruf nach Volksentscheidungen oder wenigstens Zwei-Drittel-Mehrheiten in Parlamenten“ nehme „auffällig zu“ – ohne darauf einzugehen, dass dies weitgehend den ohnehin geltenden rechtlichen Vorgaben für eine solche Verfassungsänderung entsprach.<sup>1726</sup>

---

1722 SZ 11.12.1991:4. Bereits vor dem Gipfel hatte auch die FAZ auf das Märchen „Des Kaisers neue Kleider“ angespielt, um den Gegensatz zwischen den hohen Erwartungen und dem voraussichtlich enttäuschenden Ergebnis der Verhandlungen zu verdeutlichen (FAZ 07.12.1991:1).

1723 SZ 12.12.1991:1a.

1724 SZ 22.11.1991:8, SZ 23.11.1991:2, SZ 25.11.1991:2, SZ 03.12.1991:8.

1725 SZ 13.12.1991:2, ähnlich FAZ 13.12.1991:1, FAZ 17.12.1991:6.

1726 SZ 14.12.1991:4a. Titel XVI der französischen Verfassung sah als reguläres Änderungsverfahren eine einfache Mehrheit sowohl in der Nationalversammlung

Vor allem die SZ äußerte dabei eine grundsätzliche Skepsis gegenüber Volksentscheiden, ging jedoch zugleich davon aus, dass diese keine „besondere Gefahr“ für den Ratifikationsprozess darstellten.<sup>1727</sup> Dass der Vertrag insgesamt an der Ablehnung durch einen einzelnen Mitgliedstaat scheitern könnte, wurde von den Zeitungen nicht ernsthaft in Erwägung gezogen. Auch eine Übertragung auf die nationale Ratifikationsdebatte in Deutschland blieb aus: Forderungen nach einer deutschen Volksabstimmung fanden sich in den Tagen nach dem Gipfel ebenso wenig wie solche nach einem gesamteuropäischen Referendum. Auch die zuvor verschiedentlich thematisierte Frage, ob und wie das Europäische Parlament auf das Ratifikationsverfahren Einfluss nehmen würde,<sup>1728</sup> spielte nach dem Gipfel keine Rolle mehr.

Letztlich wurden die Ratifikationsverfahren also weniger als eine Frage von europaweiter Bedeutung, sondern eher als interne Angelegenheit der jeweiligen Staaten angesehen. In den Tagen nach dem Gipfel kamen sie in den Zeitungen zwar vor, doch die Nachrichten darüber folgten eher dem Muster der Berichterstattung über außenpolitische Ereignisse. Dass von der Zustimmung oder Ablehnung der Vertragsratifikation in jedem einzelnen Mitgliedstaat die künftige Gestalt der EU insgesamt abhing, spielte in der Debatte – wenigstens zu diesem Zeitpunkt – keine relevante Rolle.

---

als auch im Senat und anschließend entweder ein Referendum oder eine Dreifünftelmehrheit der gemeinsam tagenden Mitglieder beider Parlamentskammern vor.

1727 So die SZ zu dem französischen Referendum (SZ 14.12.1991:4a, ähnlich zu Dänemark SZ 11.12.1991:3). Lediglich Jacques Delors wurde mit der Forderung zitiert, dass Volksabstimmungen „in unruhigen politischen Zeiten wie heute“ vermieden werden sollten (SZ 13.12.1991:2).

1728 FAZ 21.11.1991:5b, FAZ 09.12.1991:10b, SZ 23.11.1991:2. Grundsätzlich wurde der Einfluss der Europaabgeordneten, der sich durch die Ankündigung des belgischen und italienischen Parlaments ergab, den Vertrag erst nach Zustimmung des Europäischen Parlaments zu ratifizieren, in den deutschen Medien positiv bewertet. Die damit verbundenen legitimatorischen Aspekte – speziell die Frage, ob sich die Legitimität der EU auf die in den nationalen Parlamenten vertretenen Staatsvölker oder auf die europäische Bevölkerung insgesamt stütze – spielten allerdings kaum eine Rolle. Lediglich in einem FAZ-Bericht wurde François Mitterrand mit einer ablehnenden Haltung zitiert: „Verschiedene nationale Parlamente drohen, dem Vertrag nicht zuzustimmen, wenn sie den Eindruck haben, einem nachträglichen Votum des Europaparlaments unterworfen zu werden. Sie hätten das Gefühl, daß es ein höheres Votum gibt als das ihre“ (FAZ 29.11.1991:1–2).

## 5.1.2 Die Debatte über die nationale Europapolitik

*„Einwände aus den Bundesländern“: Opposition und Bundesrat vor dem Gipfel von Maastricht*

Wie oben beschrieben, war der europapolitische Kurs der Bundesregierung in den deutschen Medien während der ersten und zweiten Phase der Verhandlungen kaum in Frage gestellt worden. Mit der allgemeinen Zunahme der Debattenintensität in den letzten Wochen vor dem Gipfel von Maastricht Ende 1991 änderte sich dies erstmals. Dies lag allerdings nur zu einem eher geringen Teil an der oppositionellen SPD, die in dieser Zeit wiederholt die geplanten Reformen zur Politischen Union als unzureichend kritisierte.<sup>1729</sup> So drohte sie, im Bundestag die für die Ratifikation des Vertrags notwendige Grundgesetzänderung zu verhindern, wenn „keine nennenswerten Verbesserungen zur Stärkung der Rechte des Europäischen Parlaments und zur föderativen Ausgestaltung der Politischen Union erreicht würden“.<sup>1730</sup> Diese Kritik lief jedoch größtenteils ins Leere, da zugleich ja auch Bundeskanzler Kohl in den zwischenstaatlichen Verhandlungen als Befürworter einer möglichst weitreichenden Parlamentarisierung der EG auftrat. Lediglich in einzelnen Punkten konnte die SPD die Regierungslinie übertreffen: Kurz vor dem Gipfel lehnte sie einen Stufenplan für eine nur schrittweise Aufwertung des Parlaments ab, der von der Bundesregierung als Kompromissmöglichkeit ins Spiel gebracht worden war.<sup>1731</sup> Außerdem schlug sie vor, dass der Bundestag bei seiner Europadebatte am 5. Dezember beschließen solle, den Vertrag nur dann zu ratifizieren, wenn auch das Europäische Parlament ihm zustimmte. Entsprechende Erklärungen, die dem Europäischen Parlament ein indirektes Ratifikationsrecht für die Vertragsreform gaben, hatten zuvor bereits die Parlamente Belgiens und Italiens abgegeben. Doch obwohl dieser Vorstoß tatsächlich zu einer kleinen Kontroverse führte, bei der die SPD-Vorlage im Bundestag schließlich von der Regierungsmehrheit aus CDU/CSU und FDP abgelehnt wurde, stieß er in den Medien nur auf ein geringes Echo.<sup>1732</sup>

1729 SZ 21.11.1991:8, FAZ 21.11.1991:5b, FAZ 22.11.1991:4, FAZ 28.11.1991:4, FAZ 03.12.1991:6.

1730 FAZ 22.11.1991:4, ähnlich FAZ 28.11.1991:4, SZ 09.12.1991:6.

1731 SZ 09.12.1991:6.

1732 Zunächst wurde der Vorschlag nur von der FAZ wiedergegeben, die kurz vor der Europadebatte die Erwartung äußerte, dass der Bundestag ihn in eine gemeinsame Beschlussvorlage aller Fraktionen aufnehmen würde (FAZ 21.11.1991:5b, FAZ 05.12.1991:4). Dass die Regierungskoalition den Vorschlag

Auch in Bezug auf die – in den deutschen Medien durchaus umstrittene – Frage der Währungsunion blieb die Opposition unauffällig. Lediglich vereinzelt äußerten sich prominente Parteimitglieder skeptisch gegenüber den Plänen: So erklärte die stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Ingrid Matthäus-Maier, dass die „Entscheidung für eine gemeinsame europäische Währung nur mit breiter Zustimmung der Öffentlichkeit getroffen werden“ könne, wobei allerdings unklar blieb, ob sie damit die deutsche oder die europäische Öffentlichkeit meinte.<sup>1733</sup> Die europapolitische Sprecherin Heidemarie Wieczorek-Zeul wiederum nutzte die Vorbehalte gegenüber der Währungsunion lediglich als Argument, um mehr Rechte für das Europäische Parlament einzufordern.<sup>1734</sup>

Andere Kritikpunkte der SPD an der Verhandlungsposition der Bundesregierung – etwa an der Forderung nach einer einheitlichen Asylpolitik oder an der deutsch-französischen Linie zur gemeinsamen Verteidigungspolitik – kamen in den Medien kaum vor.<sup>1735</sup> Stattdessen betonte vor allem die FAZ wiederholt, dass auch die Opposition den Kurs Helmut Kohls im Wesentlichen unterstütze. Artikel zum Thema trugen Überschriften wie „SPD hofft auf Einigung in Maastricht“, „Engholm wirbt für einen Erfolg in Maastricht“, „Die Opposition sichert der Bonner Europapolitik ihre

---

letztlich ablehnte, wurde in der FAZ hingegen nicht erwähnt. Die SZ wiederum thematisierte zwar den Gegensatz zwischen Regierung und Opposition, widmete ihm jedoch nur einen einzigen Absatz in einem längeren Artikel (SZ 06.12.1991:8a).

1733 SZ 23.11.1991:1. Am selben Tag wie Matthäus-Maier erklärte zudem Helmut Kohl, dass die Bundesregierung den Vertrag nur unterzeichnen werde, wenn die Währungsunion auch von einer Politischen Union begleitet sein würde. Beide Informationen erschienen in der SZ gemeinsam in einer kurzen Agenturmeldung, was wiederum eher einen Konsens als einen Konflikt zwischen Regierung und Opposition andeutete.

1734 So zitierte sie die SZ mit der Formulierung: „Die D-Mark ist nur gegen mehr Demokratie aufzuwiegen“. Nach einer Übertragung der währungspolitischen Souveränität auf die EG müsse „jeder Bürger in der Bundesrepublik ein besonderes Interesse daran haben, daß diese Politik im Europäischen Parlament ausreichend kontrolliert werden könne“ (SZ 09.12.1991:6). Nicht thematisiert wurde dabei, dass dies bis in die Begründung hinein ganz dem Straßburger Junktim Helmut Kohls entsprach.

1735 FAZ 22.11.1991:4. Die Kritik an der deutsch-französischen Haltung zur gemeinsamen Verteidigungspolitik wurde von dem SPD-Fraktionsvorsitzenden Hans-Ulrich Klose selbst später zurückgenommen (FAZ 28.11.1991:4).



Unterstützung zu“ oder „Rückhalt für die Bundesregierung“.<sup>1736</sup> Insgesamt konnte sich die SPD in der deutschen Debatte über die Vertragsreformen also kaum profilieren; parteipolitische Gegensätze spielten weiterhin nur eine sehr untergeordnete Rolle.

Stärker präsent waren in der deutschen Öffentlichkeit hingegen wiederum die Bundesländer, die in den letzten Tagen vor dem Gipfel von Maastricht deutliche Forderungen an die Bundesregierung erhoben: In einem einstimmigen Bundesratsbeschluss verlangten sie eine Neudefinition des Subsidiaritätsprinzips im Vertragsentwurf und drohten, dem Vertrag andernfalls die Ratifikation zu verweigern. Insbesondere die SPD-regierten Länder sowie Bayern kritisierten dabei, dass die Formulierung im Vertragsentwurf die Gesetzgebungsrechte der deutschen Länder zu beschränken drohe; der hessische Europaminister Günther warnte sogar vor einer „Generalvollmacht“ für die EG.<sup>1737</sup> In den Medien wurde diese Kritik ernster genommen als die Forderungen der SPD; ein FAZ-Kommentar erwähnte die „Einwände [...] aus den um ihre Kompetenzen fürchtenden Bundesländern“ sogar als das einzige Problem, dem der europapolitisch ansonsten „unangefochten[e]“ Helmut Kohl im Inland ausgesetzt sei.<sup>1738</sup> Bemerkenswerterweise erklärte allerdings kaum ein Zeitungsbericht zu dem Thema, welche Formulierung des Subsidiaritätsprinzips die Länder stattdessen forderten.<sup>1739</sup> Insgesamt führte die mediale Diskussion darüber deshalb auch weniger zu einer konkreten Auseinandersetzung über diesen Aspekt der Vertragsreform, sondern blieb eher Ausdruck einer diffusen Sorge vor einem Souveränitätsverlust an die europäische Ebene.

---

1736 FAZ 22.11.1991:4, FAZ 03.12.1991:6, FAZ 28.11.1991:4, FAZ 06.12.1991:2.

Auch die SZ ging im Wesentlichen von einer Führungsrolle der Regierung aus, die allenfalls um Nuancen weniger deutlich wurde als in der FAZ. So hieß es etwa nach der Europadebatte des Bundestags in der FAZ, das Parlament habe mit den Stimmen von CDU/CSU, SPD und FDP „die Bemühungen der Bundesregierung unterstützt“ (FAZ 06.12.1991:2). Die SZ formulierte hingegen, der Bundestag „forderte [...] die Regierung auf, in ihrem Bemühen nicht nachzulassen“ (SZ 06.12.1991:1a).

1737 FAZ 27.11.1991:5b, ähnlich FAZ 27.11.1991:5b, FAZ 30.11.1991:2, FAZ 05.12.1991:4.

1738 FAZ 30.11.1991:1.

1739 Andeutungsweise erklärt wurde der Formulierungsstreit nur in SZ 03.12.1991:2. Hier hieß es, die „zentralistisch geführten Staaten“ in der EG hätten eine Formulierung vorgeschlagen, nach der „die Gemeinschaft alle Aufgaben übernimmt, die sie ‚besser‘ bewältigen kann als Nationalstaaten und Länder. Bonn bevorzugt eine Formel, nach der die EG auf keinen Fall übernimmt, was auf unterer Ebene geregelt werden kann.“

Zudem blieb auch diese Kritik des Bundesrats letztlich ohne klaren Adressaten, da die Bundesregierung die Forderungen der Länder sehr schnell selbst übernahm und in die zwischenstaatlichen Verhandlungen einbrachte. In einem Artikel nannte die SZ deshalb die „zentralistisch geführten Staaten“, die nicht das deutsche Subsidiaritätsverständnis teilten, als mögliche Gegner des Vorschlags – allerdings ohne dabei irgendeinen nicht-deutschen Politiker zu dem Thema zu zitieren.<sup>1740</sup> Noch vor dem Gipfel verkündete Kohl, dass die übrigen Mitgliedstaaten voraussichtlich in die geforderte Umformulierung einwilligen würden, und sagte außerdem zu, die Ministerpräsidenten von vier Bundesländern in die deutsche Delegation in Maastricht aufzunehmen.<sup>1741</sup> In der Folge ebte die Kritik der Landesvertreter rasch wieder ab: Am ersten Gipfeltag thematisierte ein FAZ-Artikel zwar noch einmal die Veto-Drohung des Bundesrats, verwies jedoch auch darauf, dass die Forderungen der Länder im Wesentlichen bereits erfüllt worden seien.<sup>1742</sup>

*„Das klare Denken abhanden gekommen“: Regierungskritik der Medien und Topos der unzureichenden Debatte*

Die schärfsten Einwände gegen den europapolitischen Kurs der Bundesregierung kamen allerdings weder von der Opposition noch von den Landesregierungen im Bundesrat, sondern von den Medien selbst. Wie bereits oben dargestellt, intensivierte sich in den Wochen vor dem Gipfel von Maastricht sowohl in der FAZ als auch in der SZ die Kritik an der geplanten Währungsunion. Diese Kritik wandte sich zunächst vor allem an die anderen EG-Mitgliedstaaten, die der geldpolitischen Stabilität weniger Bedeutung einräumten. Letztlich richtete sie sich jedoch auch gegen die Bundesregierung selbst: So wurden die Beteuerungen des deutschen Finanzministers Theo Waigel, die Einheitswährung werde nicht weniger stabil sein als die D-Mark, zwar in mehreren Artikeln wiedergegeben,<sup>1743</sup> in Kommentaren jedoch nicht unterstützt.

---

1740 SZ 03.12.1991:2.

1741 SZ 05.12.1991:1a. Nicht thematisiert wurde in dem Bericht, dass bereits zuvor Vertreter der Bundesländer an den Regierungskonferenzen zur Währungs- und zur Politischen Union teilgenommen hatten, sodass Kohls Zugeständnis in dieser Angelegenheit eigentlich wenig überraschend kam.

1742 FAZ 09.12.1991:11a.

1743 So insbesondere Waigel in einem SZ-Interview (SZ 07.12.1991:13), ähnlich SZ 06.12.1991:1a, SZ 07.12.1991:1, FAZ 06.12.1991:2, FAZ 10.12.1991:1–2.

Stattdessen erinnerten beide Zeitungen an Kohls Straßburger Junktim und warfen der Bundesregierung in teils scharfen Worten vor, dass sie sich auf die Einheitswährung einlasse, ohne bei der Politischen Union hinreichend Zugeständnisse der übrigen Staaten erreicht zu haben. Ein SZ-Kommentar erklärte, bei der Währungsunion sei „den Bonnern das klare Denken abhanden gekommen“,<sup>1744</sup> und auch die sonst regierungsfreundliche FAZ kritisierte, Kohl habe sich „auf eine seltsam zielstrebige Art und Weise darum bemüht, die Ära der Mark alsbald zu beenden“.<sup>1745</sup> Selbst das sonst meist positiv besetzte Schlagwort der „Unumkehrbarkeit“, das Kohl in die Debatte über die Vertragsreform eingebracht hatte, wurde in diesem Kontext gegen die Regierung gewendet. So bezeichnete die FAZ die Währungsunion als „Weg ohne Umkehr“, der „nicht schlagartig, aber nachhaltig“ zu einer schlechteren Wirtschaftspolitik führe;<sup>1746</sup> und die SZ forderte: „Helmut Kohls Ziel für Maastricht muß die Härte der D-Mark sein und nicht die Unumkehrbarkeit luftiger Schritte zur europäischen Einheit“.<sup>1747</sup>

In diesem Zusammenhang erschien nun erstmals auch in den deutschen Zeitungen in einzelnen Artikeln der Topos einer unzureichenden öffentlichen Auseinandersetzung mit der Vertragsreform. Insbesondere hieß es in einem FAZ-Kommentar, angesichts der geplanten Währungsunion sei es „verwunderlich“, dass „[b]isher [...] in Deutschland öffentliche Proteste ausgeblieben“ seien.<sup>1748</sup>

Generell spielte dieser Topos in den deutschen Medien allerdings eine deutlich geringere Rolle als in der britischen oder französischen Öffentlichkeit. Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang auch ein FAZ-Bericht, in dem es über die französische Bevölkerung hieß, dass diese zwar „in ihrer Mehrheit ‚europawillig‘“ sei. „Worum es in Maastricht geht“, wisse sie jedoch

genauso wenig wie die meisten ihrer Nachbarn. Zu spät macht die Öffentlichkeit der Regierung den Vorwurf, sie habe die Debatte über die Vor- und Nachteile der Einigung vermieden und die Bevölkerung vor vollendete Tatsachen gestellt.<sup>1749</sup>

---

1744 SZ 07.12.1991:4.

1745 FAZ 09.12.1991:1.

1746 Ebd.

1747 SZ 07.12.1991:4, ähnlich auch SZ 10.12.1991:4.

1748 FAZ 09.12.1991:1.

1749 FAZ 10.12.1991:5b.

In dem Artikel beschrieb die FAZ die unzureichende Debatte also einerseits als ein länderübergreifendes Phänomen, das nicht nur Frankreich, sondern auch seine „Nachbarn“ betreffe. Andererseits schränkte sie das Problem (durch die Erwähnung von „der Regierung“ im Singular) gleich wieder auf Frankreich ein und vermied jede explizite Bezugnahme auf Deutschland.

Hierzu passte auch ein anderer Kommentar, der hervorhob, dass kurz vor dem Gipfel von Maastricht die Regierungen in den meisten EG-Ländern politisch angeschlagen seien. Demgegenüber gebe es in Deutschland zwar ebenfalls „eine Stimmung“, die oft als „Politikverdrossenheit“ bezeichnet werde; die unzufriedenen Wähler seien jedoch „erheblich weniger als in westeuropäischen Nachbarländern“. Während Westeuropa insgesamt „in eine Depression abzurutschen“ drohe, sei in Deutschland die Regierungsmehrheit stabil und es gebe in Europafragen eine „Übereinstimmung aller politisch bedeutsamen Kräfte“.<sup>1750</sup>

Insgesamt äußerten sich beide deutschen Zeitungen in den Wochen um den Gipfel von Maastricht also erheblich kritischer gegenüber der Europapolitik der Bundesregierung als in der ersten und zweiten Phase der Vertragsverhandlungen in den Jahren zuvor. Diese Kritik blieb jedoch klar auf den Bereich der Währungsunion beschränkt. Auch der Topos der unzureichenden öffentlichen Debatte spielte weiterhin nur eine geringe Rolle – und das, obwohl die Auseinandersetzung über die Vertragsreform in Deutschland tatsächlich schwächer ausgeprägt war als in den beiden anderen hier untersuchten Ländern. Stattdessen wurde der weitreichende europapolitische Konsens der deutschen Parteien in den Zeitungen eher positiv als ein Zeichen von Stabilität beschrieben.

In jedem Fall jedoch erschien die Qualität der öffentlichen Debatte als eine Angelegenheit zwischen der nationalen Regierung und Öffentlichkeit. Die Vorstellung eines transnational-weltanschaulichen Diskurses im europäisch-innenpolitischen Sinne spielte in den deutschen Medien ebenso wenig eine Rolle wie in den britischen und französischen.

*„Übereinstimmend begrüßt“: Keine Kontroversen nach dem Gipfel*

Am Tag nach dem Gipfel fanden sich in beiden deutschen Zeitungen ausführliche Berichte über die Reaktionen deutscher Politiker auf die Verhandlungsergebnisse. Während der Titel dieses Artikels in der SZ auf eine

---

1750 FAZ 30.11.1991:1.

gegensätzliche Bewertung durch Regierung und Opposition verwies („Kohl sieht Erfolg – Engholm vermißt großen Wurf“),<sup>1751</sup> stellte jener der FAZ allein die Regierung in den Vordergrund („Bei der Wirtschafts- und Währungsunion hat Bonn sich durchgesetzt“).<sup>1752</sup> Ansonsten wiesen die Artikel allerdings nur wenig Unterschiede auf: So zitierte die SZ Kohl, Genscher und den CDU-Generalsekretär Volker Rühle, die alle in ähnlichen Worten hervorhoben, dass der „Prozeß der politischen Einigung Europas [...] nunmehr unumkehrbar geworden“ sei. Umgekehrt kritisierte der SPD-Vorsitzende Björn Engholm, dass Kohl in „der zentralen Frage der Demokratie in der Gemeinschaft [...] ‚eingeknickt‘“ sei. Ebenfalls mit eher negativen Stellungnahmen wurden auch die FDP-Politiker Otto Graf Lambsdorff und Hermann Otto Solms angeführt, die die unzureichende Stärkung des Parlaments und die zusätzlichen finanziellen Belastungen durch den geplanten Konvergenzfonds für die südlichen Mitgliedstaaten kritisierten. Der CSU-Generalsekretär Erwin Huber wiederum erklärte sein Bedauern über die unbefriedigenden Beschlüsse zur EG-Asylpolitik.<sup>1753</sup> Die FAZ dagegen zitierte Kohl mit einer umfassenden Verteidigung der Gipfelergebnisse und stellte ihm eher negative Äußerungen von Engholm, Lambsdorff, dem Grünen-Sprecher Ludger Volmer sowie dem CSU-Europaabgeordneten Otto von Habsburg entgegen. Wichtigste Kritikpunkte waren auch hier die mangelnde Demokratisierung, aber auch die unzureichende Beitrittsperspektive für die osteuropäischen Staaten sowie Unzulänglichkeiten in der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik. Außerdem wurde der rheinland-pfälzische Europaminister Florian Gerster angeführt, der „[f]ür die SPD-geführten Länder im Bundesrat“ erklärte, Maastricht sei zwar nur ein „halber Erfolg für die deutschen Bundesländer“ gewesen, habe aber „wesentliche Forderungen des Bundesrates“ erfüllt.<sup>1754</sup>

Trotz der ausführlichen Darstellung blieb all diese Kritik jedoch eher allgemein und verdichtete sich auch diesmal nicht zu klaren parteipolitischen Kontroversen. Anlässlich einer Bundestagsdebatte über den Gipfel von Maastricht hoben beide Zeitungen deshalb wenige Tage später noch einmal hervor, dass es nicht zu wesentlichen Meinungsverschiedenheiten gekommen sei. Ein SZ-Kommentar unterstrich, die Parteien im Bundestag seien „[s]elten [...] so einig wie bei der Beurteilung des janusköpfigen Ergebnisses von Maastricht“ gewesen; sie hätten es „nur je nach ihrer Rolle

---

1751 SZ 12.12.1991:6e.

1752 FAZ 12.12.1991:2a.

1753 SZ 12.12.1991:6e.

1754 FAZ 12.12.1991:2a.

anders gesagt“.<sup>1755</sup> Auch die FAZ hob hervor, die Gipfelergebnisse seien „von den Koalitionsparteien und der SPD übereinstimmend begrüßt worden“.<sup>1756</sup> Ein anderer Kommentar erklärte weiter:

Was Frau Matthäus-Maier als fehlend bemängelte, steht ohnehin auf Kohls eigener, noch offener Wunschliste. So blieb nur die Kritik am Verhandlungsstil und -geschick. Sie fiel ebenfalls moderat aus.<sup>1757</sup>

Deutlichere Kritik übte hingegen der FDP-Vorsitzende Lambsdorff: Wie die FAZ formulierte, hielt dieser „fast eine Oppositionsrede“, in der er „erhebliche Unzufriedenheit“ mit der Währungsunion äußerte und insbesondere forderte, dass die endgültige Entscheidung über die Einführung der Einheitswährung erst 1999 vom Bundestag getroffen werden sollte.<sup>1758</sup> Beide Zeitungen kommentierten diese Rede recht wohlwollend: In der SZ wurde der FDP-Vorsitzende als „alter Fahrersmann“ bezeichnet, der „so frei [sei], dem Kanzler ins Gesicht zu sagen, daß er die vertraglich gesicherte ‚Irreversibilität‘ [...] für Humbug hält“; die FAZ nannte ihn den „Advokaten des Teufels“, der „eine Reihe unbequemer Fragen und Feststellungen“ vorgebracht habe, und schloss mit dem Satz: „Es könnte sein, daß er recht behält.“<sup>1759</sup> Auf die Ähnlichkeit zwischen Lambsdorffs Forderung und der – in den deutschen Medien eher kritisch betrachteten – Opt-out-Regelung für Großbritannien wies hingegen keiner der Artikel hin. Im Übrigen hob die FAZ vor allem die Zurückhaltung unter den deutschen Parteien hervor: Ein Kommentar bezeichnete die Debatte als „gedämpft“,<sup>1760</sup> ein anderer als „matt“ und „[o]hne Enthusiasmus“.<sup>1761</sup>

Unklar blieb in den Berichten meist, ob die zitierten Akteure bei der Bewertung des Gipfels von Maastricht deutsche oder gesamteuropäische Interessen als Maßstab anlegten. So wurde Helmut Kohl mit der Formulierung zitiert, dass die Vertragsreform „die ‚wesentlichen Interessen‘ der Deutschen wahre und zugleich die EG einen ‚entscheidenden Schritt‘ voranbringe“.<sup>1762</sup> Umgekehrt schwankte die Rede Lambsdorffs zwischen der Sorge um „die Stabilitätskriterien für die künftige Euro-Währung“ und der

---

1755 SZ 14.12.1991:4c.

1756 FAZ 14.12.1991:1–2.

1757 FAZ 14.12.1991:2.

1758 FAZ 14.12.1991:2, ähnlich SZ 14.12.1991:4c, SZ 14.12.1991:1, FAZ 14.12.1991:1–2.

1759 SZ 14.12.1991:4c, FAZ 14.12.1991:2.

1760 FAZ 14.12.1991:2.

1761 FAZ 14.12.1991:10.

1762 SZ 14.12.1991:1, ähnlich FAZ 14.12.1991:1–2.

Kritik am Verfahren bei der „Abschaffung der D-Mark“ – und damit zwischen der gesamteuropäischen und der nationalen Dimension der Währungsunion.<sup>1763</sup> Und auch Matthäus-Maier bezeichnete einerseits die Beschlüsse zur Politischen Union als „schlicht und einfach kläglich“ und kritisierte andererseits, „[d]eutsche Interessen seien nicht in allen Punkten hartnäckig vertreten worden“.<sup>1764</sup> Ohne explizit ausgesprochen zu werden, verfestigte sich durch dieses Ineinanderfließen der Argumentationslinien der in den Zeitungen schon vor dem Gipfel verbreitete Topos, dass Deutschland bei der europäischen Integration eine Vorreiterrolle zukomme und sich daher die deutschen Positionen in den Verhandlungen letztlich auch mit dem gesamteuropäischen Interesse deckten.

Die breite Einigkeit der Parteien schlug sich schließlich auch in der Diskussion über die deutsche Ratifikation des Vertrags nieder, die in den Tagen nach dem Gipfel von Maastricht zunächst nur verhalten einsetzte. In ihrem Bericht über die Europadebatte des Bundestags stellte die SZ lediglich knapp fest, dass dieser den Vertrag voraussichtlich im Folgejahr ratifizieren würde: Die SPD verlange zwar „Nachbesserungen“, ziehe die Reform jedoch nicht insgesamt in Zweifel.<sup>1765</sup> Auch in Meinungstexten spielte die deutsche Ratifikation kaum eine Rolle; in der FAZ wurde sie überhaupt nicht erwähnt. Offensichtlich sahen die deutschen Medien angesichts des großen Konsenses zwischen den deutschen Parteien wenigstens zu diesem Zeitpunkt keinen Grund, sich mit dieser Frage zu befassen.

Nur ein einzelner SZ-Kommentar erhob – am Ende einer erneuten harschen Kritik an der geplanten Währungsunion – etwas verklausuliert die Forderung, dass der Bundestag die Zustimmung zur Vertragsreform verweigern solle. Wörtlich hieß es darin:

---

1763 SZ 14.12.1991:1, ähnlich FAZ 14.12.1991:2.

1764 SZ 14.12.1991:1. Wie die FAZ im Einzelnen darlegte, bemängelte Matthäus-Maier, dass durch den neuen Konvergenzfonds zusätzliche finanzielle Belastungen auf Deutschland zukämen und dass Kohl sich „nicht genug darum bemüht [habe], daß die künftige Europäische Zentralbank ihren Sitz in Frankfurt erhalte“ – zwei klar auf nationalen Interessen beruhende Argumente. Daneben kritisierte sie jedoch auch, dass Kohl „bei der europäischen Sozialunion“ und dem „Europa der Arbeitnehmer“ nachgegeben habe, und griff damit auf ein gesamteuropäisch-weltanschauliches Argument zurück (FAZ 14.12.1991:1–2).

1765 SZ 14.12.1991:1.

## 5. Der Gipfel von Maastricht

Die Mark ist in einer Falle, gelockt von François Mitterrand. Helmut Kohl hat die Falle *bewußt*, ja sogar in missionarischem Eifer, betreten; er ist keineswegs hineingestolpert. „Unumkehrbar“ aber ist nichts. Immerhin gibt es noch ein Parlament. Das sollte dem Bundeskanzler hier nicht folgen.<sup>1766</sup>

Dieser Text blieb jedoch eine einmalige Ausnahme. Einen breiteren Diskurs, die Währungsunion durch eine Blockade der Vertragsratifikation zu verhindern, gab es trotz der teils erheblichen Unzufriedenheit der Medien mit dem Verhandlungsergebnis nicht. Auch die Möglichkeit eines nationalen Referendums, wie sie in anderen Ländern diskutiert wurde, kam in SZ und FAZ nicht vor – ebenso wenig wie die Frage nach der Vereinbarkeit des Vertrags mit dem deutschen Grundgesetz, die erst ein Jahr später in den Mittelpunkt der deutschen Maastricht-Debatte rücken sollte.<sup>1767</sup>

### 5.2 Frankreich

#### 5.2.1 Die Debatte über die europäischen Verhandlungen

„*Une majorité d'Etats membres, en particulier la France*“: Mitterrand, Major und Delors als Hauptakteure

In Frankreich stieg die Berichterstattung über die Vertragsverhandlungen wie in den übrigen Ländern auch im Lauf des Jahres 1991 an und erreichte in den letzten Wochen vor dem Gipfel von Maastricht ihren Höhepunkt. Ende November 1991 führte *Le Monde* eigens ein neues Ressort im Politikteil der Zeitung ein, das mit „Espace européen“ überschrieben war und sich großteils mit EG-Fragen befasste. Die historische Bedeutung des Gipfels wurde schon im Voraus wiederholt durch Zitate französischer, aber auch deutscher Politiker unterstrichen. So sprach Michel Vauzelle, Vorsitzender des Außenpolitik-Ausschusses der französischen Nationalversammlung, von einer „nouvelle étape“ für Europa, Helmut Kohl erklärte in einer

---

1766 SZ 14.12.1991:4b (Hervorh. i. O.).

1767 Das deutsche Ratifikationsgesetz zum Vertrag von Maastricht wurde am 2. Dezember 1992 vom Bundestag und am 18. Dezember 1992 vom Bundesrat verabschiedet. Am selben Tag erhob der FDP-Politiker Manfred Brunner dagegen eine Klage vor dem Bundesverfassungsgericht, die schließlich im Oktober 1993 mit dem Maastricht-Urteil zurückgewiesen wurde (BVerfG, Entscheidung vom 12.10.1993).



französischen Fernsehsendung, die Geschichte habe „une orientation très claire et très précise, à savoir l'Europe“, und ein Vertrauter des französischen Außenministers Dumas wurde mit der Formulierung zitiert: „si le conseil européen réussit, on bascule pour une génération‘ dans une Europe d'un nouveau type“. <sup>1768</sup> Wie schon in früheren Monaten veröffentlichte *Le Monde* zudem zahlreiche Interviews und Gastkommentare von Politikern und Intellektuellen, die ein recht pluralistisches, aber im Wesentlichen reformfreundliches Meinungsbild abdeckten. <sup>1769</sup> Ein Überblicksartikel präsentierte die Erwartungen, die verschiedene bekannte Persönlichkeiten vor dem Gipfel geäußert hatten – darunter Jacques Delors, das ehemalige französische EG-Kommissionsmitglied Edgard Pisani, der Präsident des Europäischen Hochschulinstituts Émile Noël, die Wissenschaftler Alain Touraine, Jacques Le Goff und Pierre Hassner sowie der Philosoph Paul Thibaud, aber nur ein Ausländer, nämlich der polnische Bürgerrechtler Jacek Kuroń. Diese Auswahl hatte auch inhaltliche Auswirkungen: So betonte der Bericht, alle genannten Persönlichkeiten seien sich einig, dass die europäische Integration nicht nur wirtschaftlichen Zwecken folge, sondern auch einem „besoin politique et culturel“ – was wohl kaum der Fall gewesen wäre, wenn etwa konservative britische Intellektuelle mit einbezogen worden wären. <sup>1770</sup>

Auch im *Figaro* waren ab Anfang Dezember Artikel über den Gipfel mit einem speziellen „Maastricht“-Logo gekennzeichnet. Allerdings war die Berichterstattung insgesamt etwas zurückhaltender und weniger euphorisch. Zwar wurden auch hier Kohl und Mitterrand beispielsweise mit der Formulierung zitiert, ein Scheitern des Gipfels würde bedeuten „ne pas comprendre les signes du temps“ und wäre „le commencement du déclin, un drame historique“. <sup>1771</sup> Dem standen in den Tagen vor dem Gipfel allerdings auch eine Reihe sehr kritischer Gastkommentare meist gaullistischer

1768 LM 21.11.1991:5, LM 26.11.1991:5, LM 28.11.1991:8b.

1769 Interviewt wurden Ruud Lubbers als Vorsitzender des Europäischen Rates (LM 30.11.1991:1) sowie der italienische Außenminister Gianni De Michelis (LM 07.12.1991:5); Gastkommentare erschienen von dem deutschen Historiker Rudolf von Thadden (LM 26.11.1991:8), dem französischen Politikwissenschaftler und Europaabgeordneten Maurice Duverger (LM 28.11.1991:2b) und dem britischen Premierminister John Major (LM 06.12.1991:1b).

1770 LM 22.11.1991:2. Bemerkenswerterweise erschien der Artikel gekürzt und in englischer Übersetzung einige Tage später auch im *Guardian*, wo er den Untertitel „Can French intellectuals help sort out pre-Maastricht confusions?“ trug (TG 29.11.1991:27b).

1771 LF 16.11.1991:6. Dass die Vertragsreform eine über das politische Tagesgeschäft hinausgehende Dimension besaß, wurde zudem an einer Themenseite

französischer Politiker gegenüber, die teils vor dem Verlust der nationalen Souveränität warnten, teils die Tragweite der Reform herunterspielten.<sup>1772</sup>

Zudem veröffentlichte die Zeitung ein Interview mit dem Thatcher-nahen britischen Unterhausabgeordneten Norman Tebbit, der sich dafür aussprach „d'éviter l'option fédérale, et que les Britanniques continuent d'être gouvernés par des Britanniques et les Français par des Français“. Bemerkenswerterweise bezeichnete Tebbit sich selbst in dem Interview als „gaulliste“ und hob hervor, dass ihm nicht allein an der britischen Souveränität gelegen sei, sondern am Konzept einer „Europe des patries“ allgemein. Allerdings hielt er diese gesamteuropäisch-weltanschauliche Argumentationslinie nicht vollständig durch: Auf Nachfrage erklärte Tebbit, ein föderalistisch inspirierter Vertrag ohne Großbritannien sei durchaus möglich, solange die übrigen elf EG-Mitgliedstaaten bereit seien „d'en payer les conséquences pour eux-mêmes“. Zudem griff er für die Bezeichnung der britischen Position auf das Personalpronomen „nous“ zurück („Et nous n'entendons pas renoncer à nos droits et à nos responsabilités“) – ein implizites Bekenntnis zu einer nationalen Identität als Briten, für die es in Bezug auf seine europäisch-weltanschauliche Identität als nationalkonservativer „gaulliste“ keine Entsprechung gab.<sup>1773</sup>

Ein starker Fokus der französischen Berichterstattung in den Wochen vor dem Gipfel lag auf der Frage, wie sich die britische Regierung in Maastricht verhalten würde. Ähnlich wie in den deutschen Medien wurde insbesondere die Rolle Thatchers hervorgehoben, die ein Jahr nach ihrem Rücktritt mit der Forderung nach einem Referendum über die Vertragsreform auf die politische Bühne zurückkehrte und Major unter Druck setzte.<sup>1774</sup> Ebenfalls wie in Deutschland erschien Thatcher dabei stark negativ: Auch *Le Figaro* bezog nun erkennbar Distanz zu ihr und beschrieb ihre Position ironisch mit „l'enfer, c'est l'Europe“.<sup>1775</sup> Major und seine Regierung

---

deutlich, auf der die Zeitung unter dem Titel „Ces hommes qui partout en Europe sont chez eux“ international tätige Unternehmer porträtierte, die sich positiv über die europäische Integration äußerten: Axel Ganz (LF 06.12.1991:4a), Karl Lagerfeld (LF 06.12.1991:4b) und Raul Gardini (LF 06.12.1991:4c). Wenige Tage später folgte ein Interview mit dem vatikanischen Sekretär für die Auswärtigen Beziehungen, dem französischen Kardinal Jean-Louis Tauran, der sich für eine europäische „communauté des nations“ aussprach (LF 10.12.1991:4b).

1772 Diese Gastkommentare bezogen sich jedoch vor allem auf die nationale französische Europapolitik; deshalb siehe unten, Dritter Teil, Kapitel 5.2.2.

1773 LF 07.12.1991:2b.

1774 LM 21.11.1991:3, LM 22.11.1991:3b, LF 21.11.1991:4b, LF 25.11.1991:3.

1775 LF 25.11.1991:3.

wurden gegenüber dem Rest der EG hingegen als kompromissbereiter wahrgenommen.<sup>1776</sup> Teilweise wurde dies auch auf die britische Bevölkerung allgemein übertragen: So hieß es in einer Analyse in *Le Monde*, dass die Briten aufgrund ihrer Insellage eine „*méfiance innée*“ gegenüber Europa besäßen, die sie jedoch wegen der wirtschaftlichen Vorteile der EG allmählich „*par raison*“ überwinden. Insgeheim seien zahlreiche Briten europafreundlicher, als sie offen zeigten, und selbst in der Conservative Party bildeten die scharfen Europagegner um Thatcher nur eine Minderheit.<sup>1777</sup>

Wenige Tage vor dem Gipfel veröffentlichte *Le Monde* zudem einen langen Gastkommentar Majors, in dem dieser die britischen Positionen als Ausdruck eines gesamteuropäischen Interesses beschrieb;<sup>1778</sup> *Le Figaro* wiederum gab Außenminister Douglas Hurd in einem Interview Raum zur Erläuterung der britischen Positionen.<sup>1779</sup> In einigen Artikeln in *Le Monde* wurde Großbritannien sogar als Beispiel für ein Land mit einer vorbildlich intensiven europapolitischen Auseinandersetzung genannt und damit positiv von Frankreich abgesetzt, wo es keine hinreichende öffentliche Debatte über den Vertrag gegeben habe.<sup>1780</sup> Dies blieben jedoch Ausnahmen: Im Großteil der Berichterstattung behielten die französischen Zeitungen ihre kritische Grundhaltung gegenüber der britischen Regierung bei, die mit ihren Vorbehalten die Einigung in Maastricht gefährde.<sup>1781</sup>

---

1776 Z. B. LM 23.11.1991:6.

1777 LM 26.11.1991:7, ähnlich auch LF 30.11.1991:2b. Die Behauptung einer ‚versteckten‘ britischen Europafreundlichkeit bildete gewissermaßen das Gegenstück zu mehreren Analysen in der *Times*, denen zufolge in den kontinental-europäischen Ländern eine latente Europaskepsis verbreitet sei, die im Verlauf der Vertragsverhandlungen offen ans Tageslicht treten würde.

1778 LM 06.12.1991:1b.

1779 LF 06.12.1991:5.

1780 So verglich ein Artikel die Europadebatte in der Nationalversammlung mit der Europadebatte im britischen Unterhaus wenige Tage zuvor: Während in der Nationalversammlung lediglich Außenminister Dumas und die für Europa zuständige Vizeministerin Guigou eine Erklärung abgegeben hätten, sei im Unterhaus der Premierminister selbst anwesend gewesen. Außerdem habe in Großbritannien, anders als in Frankreich, zuletzt eine formelle Abstimmung über das Verhandlungsmandat der Regierung für den Gipfel von Maastricht stattgefunden (LM 28.11.1991:8b). Auch der italienische Außenminister De Michelis hob in einem Interview mit *Le Monde* hervor, dass es bislang nur in Großbritannien eine breite öffentliche Debatte über die Vertragsreform gebe, und forderte eine ähnlich intensive Auseinandersetzung auch für Frankreich und Italien (LM 07.12.1991:5). Ähnlich äußerte sich nach dem Gipfel die französische Europa-Vizeministerin Guigou selbst (LM 17.12.1991:15).

1781 Z. B. LM 07.12.1991:6d, LF 03.12.1991:5b.

Während die deutschen und französischen Zeitungen also gleichermaßen die britische Regierung als wichtigstes Hindernis für eine Einigung in Maastricht sahen, zeigten sich in Bezug auf die Einschätzung der übrigen Akteure deutliche nationale Unterschiede: Während SZ und FAZ als Majors wichtigsten Gegenspieler auf dem Gipfel jeweils Helmut Kohl benannten, wurde diese Rolle in Frankreich – besonders in *Le Monde* – François Mitterrand zugeschrieben. Die Zeitung berichtete nicht nur ausführlich über Mitterrands Vorbereitungen auf den Gipfel, sondern nannte ihn auch regelmäßig als zentralen Akteur in den Verhandlungen. Einige Artikel befassten sich etwa ausschließlich damit, welche französischen oder europäischen Politiker Mitterrand vor dem Gipfel noch treffen würde;<sup>1782</sup> ein anderer berichtete über einen Auftritt Mitterrands im niederländischen Fernsehen, obwohl er dort keinerlei neue Positionen vorgestellt, sondern nur seinen „optimisme prudent“ ausgedrückt hatte.<sup>1783</sup> Ähnlich wie die deutschen Zeitungen beschrieb *Le Monde* die Haltung der eigenen Regierung dabei immer wieder als beispielhaft für die EG als Ganzes. In einem Artikel über die verbleibenden Konfliktthemen verglich die Zeitung beispielsweise die britische Position mit dem Standpunkt der „majorité d’Etats membres, en particulier la France“,<sup>1784</sup> und suggerierte damit eine Art Wortführerschaft Frankreichs innerhalb dieser Mehrheitsgruppe. Im *Figaro* war Mitterrand etwas weniger präsent, spielte aber immer noch eine zentrale Rolle in der Berichterstattung. Ein Artikel, der den bisherigen Verlauf des europäischen Integrationsprozesses rekapitulierte, hob beispielsweise hervor, dass Frankreich darin stets „un rôle moteur“ gespielt habe. Auch auf dem Gipfel von Maastricht gelte deshalb, dass „les thèses de Paris vont [...] constituer un élément essentiel du débat“.<sup>1785</sup>

Während in der deutschen Presse allerdings Kohls Standpunkt zugleich auch als Ausdruck einer möglichst weitgehenden Integration galt, traf dies in Frankreich auf Mitterrand nicht unbedingt zu. Als Vertreter der föderalistischen Maximalposition erschien hier vielmehr in mehreren Artikeln der Kommissionspräsident Jacques Delors, der wiederholt vor einer Verwässerung der Vertragsreformen warnte.<sup>1786</sup> Demgegenüber zeichnete sich Mitterrand, wie ein langer Kommentar in *Le Monde* analysierte, gerade

---

1782 LM 29.11.1991:8a, LM 04.12.1991:1b, LF 03.12.1991:6, LF 04.12.1991:9.

1783 LM 07.12.1991:4a.

1784 LM 05.12.1991:6c.

1785 LF 02.12.1991:6b.

1786 Z. B. LM 22.11.1991:3a, LM 05.12.1991:6c, LM 07.12.1991:1b, LF 28.11.1990:4b.

durch seine Fähigkeit aus „d’assumer sereinement ses propres contradictions et de refléter en ce sens les ambiguïtés de la France“: Bei der Vertragsreform gehe es ihm nicht in erster Linie um die weitere Stärkung der supranationalen Institutionen, sondern um die Verteidigung französischer nationaler Interessen und den diplomatischen Ausgleich mit Deutschland.<sup>1787</sup>

Der nicht offen ausgetragene, aber doch immer wieder angedeutete Konflikt zwischen Delors und Mitterrand wurde deshalb zu einem wichtigen Seitenthema der französischen Berichterstattung. Dabei machten sich zum einen die unterschiedlichen Standpunkte bemerkbar, die bereits im Vorjahr in der Debatte über die Rolle der Kommission und des Europäischen Rates in der gemeinsamen Außenpolitik deutlich geworden waren. Zum anderen überlagerte sich der Konflikt aber auch mit Fragen der nationalen Innenpolitik: Besonderes Interesse bezog er für die französische Presse nicht zuletzt daraus, dass Delors als prominentes Mitglied der Regierungspartei PS zur selben Zeit auch als möglicher Nachfolger für die in Umfragen unbeliebte Premierministerin Edith Cresson oder sogar für Mitterrand selbst im Gespräch war. So berichtete *Le Monde* über eine Rücktrittsdrohung Delors', falls es in Maastricht nicht zu einer zufriedenstellenden Einigung kommen würde,<sup>1788</sup> und veröffentlichte eine Umfrage, der zufolge sich 26 % der französischen Wähler für Delors' Rückkehr in die nationale Politik aussprachen, während 53 % ihn als Kommissionspräsident behalten wollten.<sup>1789</sup> *Le Figaro* berichtete, dass Delors in Umfragen populärer sei als der frühere Premierminister Michel Rocard, der als möglicher PS-Kandidat für die nächste Präsidentschaftswahl 1995 galt.<sup>1790</sup> Explizite Spekulationen, dass Delors Cressons Nachfolger werden könnte, fanden sich bereits Anfang Dezember, vor allem aber nach dem Gipfel – freilich ohne sich weiter zu konkretisieren.<sup>1791</sup>

Die französische Regierung selbst bemühte sich sichtlich, die Gegensätze zu Delors herunterzuspielen. So erklärte Außenminister Dumas lediglich, die vom Kommissionspräsidenten geforderte Bündelung aller neuen EG-Kompetenzen bei den supranationalen Organen habe zwar „ses par-

---

1787 LM 07.12.1991:1a.

1788 LM 07.12.1991:4b.

1789 LM 03.12.1991:6a.

1790 LF 30.11.1991:4.

1791 LF 02.12.1991:8, LF 06.12.1991:7, LF 06.12.1991:8a, LF 12.12.1991:10, LF 13.12.1991:5, LF 17.12.1991:1b, LF 17.12.1991:8a, LM 17.12.1991:1a, LM 17.12.1991:10. Cresson hatte das Amt erst im Mai 1991 von Rocard übernommen und wurde schließlich im April 1992 von Pierre Bérégovoy abgelöst.

tisans et ses arguments“, doch sei „dans l'état actuel des choses et de l'avancée de l'idée européenne“ keine Einigung auf dieser Grundlage möglich. Die Staats- und Regierungschefs stünden deshalb vor der Wahl „ou de vouloir plus et n'avoir rien ou avoir quelque chose et transiger un peu sur les principes“. <sup>1792</sup> Im *Figaro* wurde ein Mitarbeiter Mitterrands mit der Formulierung zitiert, die unterschiedlichen Positionen Delors' und Mitterrands entsprächen nur deren jeweiligen Rollen: „Il est dans son rôle d'en vouloir plus. Au chef de l'État, le possible, à lui le souhaitable.“ <sup>1793</sup>

Dieses Deutungsmuster übernahm letztlich auch die PS-freundliche *Le Monde*. Nachdem die Zeitung zunächst jede Positionierung zwischen Delors und Mitterrand vermieden und nur die Argumente beider Seiten aufgeführt hatte, <sup>1794</sup> wies sie unmittelbar vor dem Gipfel wiederholt auf die fehlende Mehrheit für die Forderungen des Kommissionspräsidenten hin und schrieb Mitterrand eine Vermittlerrolle zwischen den Maximalisten um Delors und den Bremsern um Major zu. <sup>1795</sup>

Wie auch immer die Konflikte zwischen Mitterrand, Delors und Major jedoch im Einzelnen gedeutet wurden: In jedem Fall waren sie für *Le Monde* die zentralen Protagonisten des Gipfels. Die deutsche Bundesregierung fand hingegen meist nur als Partner Frankreichs Erwähnung – in analoger Umkehrung zur Berichterstattung der *SZ* in Deutschland, die Mitterrand lediglich als Verbündeten Helmut Kohls erwähnte. <sup>1796</sup> Auch Äußerungen deutscher Politiker zitierte *Le Monde* bevorzugt dann, wenn sie einen Bezug zu Frankreich aufwiesen. <sup>1797</sup> Anlässlich eines Treffens zwischen Major und Kohl beschrieb die Zeitung Ende November zwar recht ausführlich die deutsche Position in den Verhandlungen, hob dabei aber vor allem die Kompromissbereitschaft der Bundesregierung hervor. <sup>1798</sup> Die guten bilateralen Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich erschienen wei-

---

1792 LM 03.12.1991:6b.

1793 LF 03.12.1991:6.

1794 Z. B. LM 28.11.1991:8b, LM 03.12.1991:6b, LM 07.12.1991:1a.

1795 Z. B. LM 05.12.1991:6c, LM 08.12.1991:1a.

1796 Z. B. LM 08.12.1991:1a.

1797 So fanden sich etwa Berichte über einen Vortrag Genschers vor dem außenpolitischen Ausschuss der französischen Nationalversammlung (LM 21.11.1991:5) oder über einen Auftritt Kohls in einer französischen Fernsehsendung (LM 26.11.1991:5, LF 25.11.1991:4).

1798 Im Einzelnen hieß es, die Bundesregierung sei bereit, die von ihr geforderte Stärkung des Europäischen Parlaments und die gemeinsame Drogen- und Einwanderungspolitik zu vertagen, bestehe jedoch auf der Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank. Zitiert wurden allerdings auch die Drohungen der SPD-Fraktion sowie der Länder im Bundesrat, bei einer unzureichenden Stär-

terhin als zentraler Motor für die Verhandlungen und als Hauptziel der französischen Regierung; mögliche Interessengegensätze kamen fast überhaupt nicht mehr vor.<sup>1799</sup> Auch eine drohende Rückkehr des deutschen Nationalismus zu verhindern beschrieb die Zeitung nun als *gemeinsames* Anliegen der deutschen und französischen Regierung.<sup>1800</sup>

Etwas anders gestaltete sich hingegen der Deutschland-Diskurs im *Figaro*: Nachdem die Zeitung ein Jahr zuvor durchgängig positiv über das Nachbarland berichtet hatte, erschienen nun kurz vor dem Maastrichter Gipfel mehrere Beiträge, die kritisch die neue „hégémonie de l'Allemagne [...] sur toute l'Europe“ beschrieben.<sup>1801</sup> So rekapitulierte ein langer Artikel unter der Überschrift „L'Allemagne conduit, la France suit“ die Entwicklung des „couple franco-allemand“, dessen Machtgleichgewicht sich seit dem Fall der Berliner Mauer zugunsten Bonns verschoben habe.<sup>1802</sup> Die Bewertung dieser Veränderung fiel allerdings unterschiedlich aus: Einige Kommentare hoben hervor, dass Deutschland weiterhin an einem guten Verhältnis zu Frankreich und am Erfolg der europäischen Integration gelegen sei.<sup>1803</sup> Der frühere französische Außenminister Jean François-Poncet lobte gar, von allen Regierungen sei die deutsche in Maastricht „la mieux disante“, obgleich sie „dans une Europe du retour au nationalisme,

---

kung des Parlaments bzw. der Regionen die Ratifikation zu verweigern (LM 29.11.1991:7). Auch *Le Figaro* berichtete über Kohls Kompromissvorschlag eines „processus par étapes“ (LF 30.11.1991:2a).

1799 Z. B. LM 21.11.1991:5, LM 03.12.1991:11, LM 07.12.1991:1a. Eine Ausnahme bildete bezeichnenderweise der Gastkommentar des deutschen Historikers Rudolf von Thadden, der auf eine Reihe außenpolitischer und kultureller Gegensätze zwischen den beiden Ländern einging, etwa in Bezug auf die Haltung im Jugoslawien- und im Golfkrieg und auf die Offenheit gegenüber US-amerikanischen Einflüssen. Diese Unterschiede beträfen das „sentiment profond de la vie qu'ont les individus“ und könnten deshalb die Politische Union gefährden, wenn sie nicht zu einer „réflexion commune“ führten (LM 26.11.1991:8). Daneben sah auch *Le Figaro* zwischen den beiden Regierungen „[q]uelques nuances“ in Bezug auf Jugoslawien und die Zahl der deutschen Sitze im Europäischen Parlament (LF 16.11.1991:6). Beide Fragen hatten allerdings nicht unmittelbar mit der Vertragsreform zu tun.

1800 LM 05.12.1991:6a. Der Topos des drohenden Nationalismus in Europa als Hauptargument für mehr europäische Integration fand sich in *Le Monde* verschiedentlich auch unabhängig vom deutschen Kontext (z. B. LM 04.12.1991:21, LM 07.12.1991:5). Im *Figaro* spielte dieses Thema hingegen keine Rolle.

1801 So LF 09.12.1991:2b.

1802 LF 09.12.1991:3a, ähnlich LF 09.12.1991:2c, LF 12.12.1991:2b.

1803 LF 09.12.1991:2c, LF 09.12.1991:3a, ähnlich auch LF 10.12.1991:2a.

aurait le plus de cartes dans son jeu“.<sup>1804</sup> Ein anderer Kommentar griff hingegen den sonst nur in der konservativen britischen Presse verbreiteten Topos auf, die EG-Vertragsreform mit dem deutschen Expansionsstreben im Zweiten Weltkrieg zu vergleichen: „Faut-il donner à l’Allemagne, dans la paix, ce qu’elle n’a pu obtenir dans la guerre?“<sup>1805</sup>

Gleichzeitig berichtete *Le Figaro* allerdings auch darüber, dass die Reform auch in Deutschland auf einige Skepsis stöße und die deutschen Medien ihre Regierung verdächtigten „de sacrifier le joker monétaire allemand sans obtenir une union politique digne de ce nom“.<sup>1806</sup> Ob und wie diese Selbstwahrnehmung als Reformopfer mit der These einer neuen deutschen Hegemonie in Einklang zu bringen war, thematisierte die Zeitung nicht. Insgesamt blieb das Deutschlandbild im *Figaro* damit heterogen und widersprüchlich. Weitgehend einig waren sich die Kommentare lediglich in ihrer Kritik an der diplomatischen Leistung der französischen Regierung, der es unter Mitterrand nicht gelungen sei, die Stellung ihres Landes gegenüber Deutschland zu verteidigen.

Alle anderen Akteure, speziell das Europäische Parlament, spielten in der französischen Berichterstattung nur eine untergeordnete Rolle. Zwar erschienen in beiden untersuchten Zeitungen Berichte über Valéry Giscard d’Estaing<sup>1807</sup> sowie in *Le Monde* ein Gastkommentar von Maurice Duverger,<sup>1808</sup> die beide – wenn auch mit unterschiedlicher Intensität – weiterreichende Kompetenzen für das Parlament forderten. Allerdings wurde gerade Giscard d’Estaing dabei eher als nationaler, nicht als europäischer Politiker wahrgenommen. Beispielsweise bezeichnete ihn *Le Monde* in der Aufzählung der nationalen und internationalen Gesprächspartner, die Mitterrand vor dem Gipfel treffen würde (darunter mehrere französische Parteivorsitzende sowie Delors, Lubbers, Major und Kohl), nicht etwa als Vorsitzenden der liberalen Fraktion des Europäischen Parlaments, sondern als

---

1804 LF 07.12.1991:2a.

1805 LF 09.12.1991:2b.

1806 LF 09.12.1991:3c.

1807 LF 21.11.1991:4a, LM 22.11.1991:3a. In einem langen *Figaro*-Interview mit Giscard d’Estaing über die Vertragsreform spielte das Europäische Parlament allerdings nahezu keine Rolle (LF 09.12.1991:6b).

1808 LM 28.11.1991:2b. Der sozialistische Europaabgeordnete Claude Cheysson äußerte in einem *Figaro*-Interview hingegen nur seine Unterstützung für die „proposition de la France d’avoir une conférence consultative des parlements nationaux et européen“ (in Anspielung auf den ein Jahr zuvor von Roland Dumas vorgeschlagenen „Congrès“) und ging nicht auf die Stärkung des Europäischen Parlaments selbst ein (LF 09.12.1991:4b).



„ancien président de la République, président de l'UDF“.<sup>1809</sup> Ein ähnliches Muster zeigte auch ein *Figaro*-Artikel über die UDF-Politikerin Simone Veil, die die fehlende öffentliche Debatte über die französische Europapolitik kritisierte. Die Zeitung bezeichnete Veil darin nicht als Europaabgeordnete und ehemalige Präsidentin des Europäischen Parlaments, sondern als „ancien ministre de la santé“ – obwohl ihr nationales Ministeramt länger zurücklag und nichts mit dem eigentlichen Thema des Berichts zu tun hatte.<sup>1810</sup>

Zudem fand sich vor allem in *Le Monde* auch wieder verstärkt der Topos, dass das Europäische Parlament letztlich einflusslos und unbedeutend sei. So kritisierte ein Artikel die Abgeordneten für ihre „graves manquements au sérieux et à la rigueur“, mit denen sie ihren eigenen Wunsch nach mehr Anerkennung beschädigten.<sup>1811</sup> Eine Warnung der Abgeordneten, dass sie eine Reform ohne hinreichende Demokratisierung ablehnen würden, relativierte *Le Monde* mit dem Hinweis, dass das Parlament formell gar kein Ratifikationsrecht für den Vertrag besitze.<sup>1812</sup> Im Vergleich dazu erwähnte *Le Figaro* die Stärkung des Parlaments etwas häufiger als einen zentralen Bestandteil der Reform.<sup>1813</sup> Auch hier dominierte jedoch ein mitgliedstaatlich-außenpolitischer Fokus im Umgang mit dem Thema. Charakteristisch zeigte sich dies etwa in einem Kommentar, der die unterschiedlichen nationalen Positionen zur Stärkung des Parlaments wiedergab und diese vage mit der politischen Kultur der jeweiligen Länder begründete. Schließlich konzentrierte sich der Kommentar auf eine Kritik an den französischen Politikern, die der Frage nicht genügend Aufmerksam-

---

1809 LM 29.11.1991:8a. Giscard d'Estaings Position im Parlament stieß in *Le Monde* erst auf Interesse, als er kurz nach dem Gipfel von Maastricht zur christdemokratischen EVP-Fraktion übertrat (LM 13.12.1991:48, auch LF 12.12.1991:9). *Le Figaro* wiederum hatte bereits Mitte November berichtet, dass Giscard d'Estaing den Fraktionsvorsitz aufgeben wolle „pour mieux se consacrer à ses obligations nationales“ (LF 16.11.1991:5, ähnlich LF 05.12.1991:8). Nach dem Übertritt zur EVP zitierte die Zeitung ihn mit der Begründung, er wolle durch den Fraktionswechsel „[m]ieux affirmer l'influence de la France au sein du Parlement européen en regroupant les forces du centre et du centre-droit“ (LF 13.12.1991:6e).

1810 LF 09.12.1991:9.

1811 Anlass für diese Kritik war eine Abstimmung über eine Fernsehrichtlinie, die von mehreren Abgeordneten als überstürzt und konfus kritisiert worden war (LM 03.12.1991:12).

1812 LM 22.11.1991:3a, ähnlich LM 11.12.1991:6.

1813 Z. B. LF 03.12.1991:5a, LF 04.12.1991:1.

keit zuwendeten – und für die er, ganz in Identifikation mit der eigenen Regierung, das Pronomen *nous* verwandte:

L'Allemagne, le Benelux et l'Italie veulent accroître les pouvoirs du Parlement. La Grande-Bretagne, le Danemark et la [sic] Portugal y sont opposés. [...] Les Allemands tiennent particulièrement à ces innovations, conformes à leur culture politique, parlementaire et régionale. [...] Les Français manifestent à l'égard du Parlement européen des attitudes contradictoires. D'un côté, ils dénoncent volontiers l'« irresponsabilité » de la Commission. De l'autre, ils négligent l'Assemblée de Strasbourg [...]. Nous risquons, un jour, de payer cher notre légèreté en la matière.<sup>1814</sup>

Ein anderer *Figaro*-Bericht wiederum erklärte, dass eine Stärkung des Parlaments zwar „en théorie“ dem europäischen Demokratiedefizit entgegenwirken könnte, stellte dazu jedoch nur lapidar fest: „Au vu du projet de traité sur l'union politique, cependant, on n'en prend pas le chemin.“<sup>1815</sup> Insgesamt zählten die französischen Zeitungen das Europäische Parlament also nicht zu den großen Gewinnern der Vertragsreform, sahen darin jedoch auch kein ernsthaftes politisches Problem.

Nur einzelne Berichte behandelten schließlich die Regierungen der kleineren EG-Mitgliedstaaten. So beschrieb *Le Monde* den spanischen Ministerpräsidenten González als von der nationalen öffentlichen Meinung getrieben; seine Forderung nach einer stärkeren wirtschaftlichen und sozialen Kohäsion gehe vor allem darauf zurück, dass er in Spanien nicht als Verlierer gelten wolle.<sup>1816</sup> Die niederländische Regierung stehe unter Druck, da die Ablehnung ihres ersten Vertragsentwurfs im September 1991 zu Kritik im nationalen Parlament geführt habe;<sup>1817</sup> die dänische Regierung habe von ihrem Parlament nur ein Mandat für eine engere Zusammenarbeit, nicht jedoch für die Währungsunion erhalten.<sup>1818</sup> *Le Figaro* wiederum er-

---

1814 LF 03.12.1991:5a.

1815 LF 25.11.1991:2.

1816 LM 05.12.1991:6b. *Le Figaro* hingegen erklärte in einem Artikel, dass die spanische Regierung zwischen Großbritannien einerseits und dem „couple franco-allemand“ andererseits stehe und sich zunehmend der „rôle qu'elle peut jouer au carrefour des deux conceptions – continentale ou anglosaxonne – diamétralement opposées de l'Europe“ bewusst werde (LF 27.11.1991:5). Nach dem ersten Gipfeltag schließlich war ein *Figaro*-Artikel sogar mit „Londres face au trio Paris-Bonn-Madrid“ betitelt; der Bericht selbst sprach dann aber wieder nur von „la France et la RFA – soutenues par l'Espagne – [...]“ (LF 10.12.1991:3b).

1817 LM 06.12.1991:6.

1818 LM 07.12.1991:4b.

klärte, das im Niedergang begriffene Italien unterstütze die europäische Integration vor allem als innenpolitischen Anreiz „pour s’amender et redorer son image de marque“.<sup>1819</sup> In all diesen Artikeln ging es letztlich also darum, das voraussichtliche Verhalten des jeweiligen Landes auf dem Gipfel zu antizipieren, wobei als Motivation jeweils nicht etwa politische Überzeugungen der betreffenden Regierung, sondern ihre nationale politische Lage in den Mittelpunkt gestellt wurden.

„L’Europe est encore loin du but“: Relativierung der Tragweite des Gipfels

Hatten die französischen Zeitungen sich Ende November meist noch sehr positiv über die Erfolgsaussichten des Gipfels geäußert, so gingen sie Anfang Dezember dazu über, in der Berichterstattung die ungelösten Konflikte – speziell mit Großbritannien – zu betonen und zugleich die Erwartungen an die Vertragsreform zu senken.<sup>1820</sup> Anders als in den deutschen Zeitungen waren die Überblicksdarstellungen zum Gipfel zwar in der Regel nicht nach nationalen Positionen, sondern nach den Inhalten der Reform strukturiert.<sup>1821</sup> Dennoch lag der Schwerpunkt der Darstellung auch hier klar auf den Gegensätzen zwischen den Regierungen, während andere Institutionen keine Rolle mehr spielten. *Le Figaro* unterstrich dieses eindeutig mitgliedstaatlich-außenpolitische Deutungsmuster noch durch eine Tabelle, in der für neun Streitfragen die Position jedes Landes kurz als „OUI“, „OUI mais“, „NON“ oder „Pas nécessaire“ resümiert wurde.<sup>1822</sup>

Als wichtigste Themen des Gipfels beschrieben beide Zeitungen dabei erneut die Währungsunion sowie die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik: also charakteristischerweise die Fragen, auf die die französische Regierung ihren Schwerpunkt in den Verhandlungen gelegt hatte.<sup>1823</sup> Dane-

1819 LF 07.12.1991:3a.

1820 Z. B. LF 30.11.1991:2a, LF 03.12.1991:5a.

1821 LM 07.12.1991:6d, LF 09.12.1991:4c.

1822 LF 09.12.1991:4a.

1823 Z. B. LF 16.11.1991:6, LF 18.11.1991:3, LF 03.12.1991:5a, LF 04.12.1991:4b, LF 05.12.1991:1, LF 05.12.1991:3, LF 07.12.1991:3b, LF 09.12.1991:6a, LF 10.12.1991:2b, LM 05.12.1991:6c, LM 08.12.1991:1a, LM 08.12.1991:3b. Ein langer Kommentar kritisierte etwa die Unklarheit des Projekts einer Politischen Union, beschrieb dann jedoch die gemeinsame Außenpolitik als Chance, doch noch zu einem gemeinsamen europäischen Selbstverständnis zu gelangen (LM 10.12.1991:1). Als umstritten galt allerdings die Einführung von

ben wurden die Justiz- und Innenpolitik<sup>1824</sup> und die neuen EG-Kompetenzen in anderen Bereichen,<sup>1825</sup> die spanische Forderung nach höheren Kohäsionszahlungen<sup>1826</sup> sowie die Ausweitung der Mehrheitsentscheide und die Neugewichtung der Stimmen im Rat<sup>1827</sup> als wichtige Diskussionsthemen erwähnt. Zudem nahm *Le Figaro* den Gipfel zum Anlass, um in einem langen Artikel zu erklären, welche Organe die EG überhaupt besaß und welche Aufgaben sie hatten: ein klares Zeichen, dass die Zeitung bei ihren Lesern kaum Vorkenntnisse über die Funktionsweise der europäischen Institutionen erwartete.<sup>1828</sup>

Auch wenn in den Tagen vor dem Gipfel die ungelösten Konflikte in den Vordergrund traten, betrachteten die französischen Zeitungen (anders als die deutschen) ein Scheitern der Verhandlungen zu keinem Zeitpunkt als realistisches Szenario. Insbesondere gingen sie weiterhin davon aus, dass bei einem Veto Majors einfach die Mehrzahl der Mitgliedstaaten einen Vertrag ohne Großbritannien abschließen könnte.<sup>1829</sup> Allerdings sei dies aus verschiedenen Gründen nicht wünschenswert, sodass vor allem im Bereich der Währungsunion, aber auch der Außen- und Sicherheits- sowie der Sozialpolitik mit Zugeständnissen zu rechnen sei.<sup>1830</sup> Mehrere Artikel

---

Mehrheitsentscheiden (LF 04.12.1991:4b, LM 07.12.1991:6g) sowie die Rolle der WEU (LF 04.12.1991:4b, LM 07.12.1991:6a). Ein Bericht über die US-amerikanische Position sprach einerseits die grundsätzliche Zustimmung der Bush-Regierung zu der Vertragsreform, andererseits ihre Sorge wegen eines möglichen Bedeutungsverlusts der NATO an (LM 08.12.1991:3c).

1824 LM 07.12.1991:6c.

1825 LM 07.12.1991:6b.

1826 LM 07.12.1991:6e, LM 08.12.1991:1a, LM 08.12.1991:3b.

1827 LM 07.12.1991:6f. Daneben thematisierte *Le Figaro* vereinzelt weiterhin die Auseinandersetzung um den Sitz des Europäischen Parlaments (LF 29.11.1991:2, LF 07.12.1991:3b) und berichtete zudem auch über eine parteiübergreifende Initiative französischer Politiker, die Stadt Lyon zum Sitz der künftigen Europäischen Zentralbank zu machen (LF 03.12.1991:9).

1828 LF 04.12.1991:5. Während des Gipfels erschien unter dem Titel „L'Europe de A à Z“ zudem ein kurzes Lexikon mit europapolitischen Begriffen, von denen sich einige (etwa „Codécision“, „Opting out“ oder „UEM“) auf die Vertragsverhandlungen von Maastricht bezogen, während andere (etwa „AELE“ oder „Compromis de Luxembourg“) keinerlei unmittelbaren Bezug dazu hatten (LF 10.12.1991:3a).

1829 In diesem Sinne zitierte *Le Monde* etwa Außenminister Dumas, der vor der französischen Nationalversammlung erklärte: „La majorité [en Europe] qui a fait l'Acte unique entend rendre la construction européenne irréversible“ (LM 29.11.1991:8c, eckige Klammer i. O.; ähnlich auch LF 04.12.1991:1, LF 07.12.1991:3b).

1830 LM 04.12.1991:1a.

sagten deshalb enttäuschende Kompromisse voraus, die weder Befürworter noch Gegner der Integration zufriedenstellen würden. Entgegen mancher Erwartungen, so *Le Monde*, werde Maastricht nicht zur „naissance d'une nation“ führen.<sup>1831</sup> Andere Artikel sahen die erwarteten Kompromisse etwas optimistischer, indem sie die Beschränkung auf das Machbare als ein traditionelles Wesensmerkmal des europäischen Einigungsprozesses hervorhoben.<sup>1832</sup> Dennoch war das Bild, das die Zeitungen von den Reformaussichten zeichneten, in den Tagen unmittelbar vor dem Gipfel so negativ wie zu keinem Zeitpunkt während der ersten und zweiten Phase der Verhandlungen 1988–1990.

Dazu trugen auch Umfragen bei, die die beiden Zeitungen vor dem Gipfel veröffentlichten. Demnach hatte *Le Monde* zufolge die Mehrheit der Franzosen ein „sentiment accru que l'Europe ‚stagne‘“ – weniger als eine Woche vor der Entscheidung über eine umfassende Vertragsreform ein durchaus bemerkenswerter Befund, den die Zeitung jedoch weitgehend unkommentiert ließ.<sup>1833</sup> *Le Figaro* wiederum berichtete, dass die Zustimmung zur europäischen Integration in Frankreich zwar noch mehrheitlich, aber deutlich im Rückgang begriffen sei.<sup>1834</sup> Angesichts dieser „montée des sentiments antieuropéens“ prognostizierte ein Leitkommentar, dass die Vertragsreform zwar wohl wie geplant stattfinden werde, die Zukunftsaussichten der EG aber schlecht seien: „L'Europe qui est en train de se fabriquer aujourd'hui n'a apparemment ni projet ni perspective.“<sup>1835</sup>

Andere *Figaro*-Kommentare sprachen dem Gipfel von Maastricht sogar rundheraus seine zentrale Bedeutung für die weitere Entwicklung der europäischen Integration ab: So forderte der RPR-Vorsitzende Jacques

---

1831 LM 08.12.1991:1a, vgl. auch LM 04.12.1991:21, LM 10.12.1991:1.

1832 Z. B. LM 10.12.1991:11. In einem anderen Artikel wurde dieser „travail de fourmis“ auch als Erklärung für das geringe Interesse der Bevölkerung an der EG-Vertragsreform angeführt: Die öffentliche Meinung halte die europäische Integration zwar für notwendig, sehe jedoch von Seiten der beteiligten Personen und Institutionen keinerlei Enthusiasmus für das Projekt (LM 08.12.1991:1b).

1833 In einem Nebensatz stellte der Artikel nur fest, dass nicht klar sei, ob sich dieses Gefühl auf die wirtschaftliche Lage oder auf den Rhythmus des Integrationsprozesses beziehe (LM 03.12.1991:6a). Einen Tag vorher veröffentlichte auch *Le Figaro* eine Umfrage, nach der der Großteil der Franzosen die europäische Integration unterstütze, aber eine knappe Mehrheit auch der Meinung sei, dass die Regierungen zu viele Kompetenzen an die Kommission übertragen hätten (LF 02.12.1991:6a).

1834 LF 04.12.1991:4a.

1835 LF 04.12.1991:1.

Chirac in einem Gastbeitrag, nicht die Vertragsreform, sondern die Beendigung des Jugoslawien-Kriegs als „mission prioritaire“ der EG zu betrachten.<sup>1836</sup> Stark relativierend äußerte sich auch der Politikwissenschaftler Thierry de Montbrial, der die in Maastricht verhandelten Fragen zwar als wichtig, aber nur als „problèmes abstraits“ bezeichnete:

Maastricht est certes une étape importante. Mais ne faisons pas de la réponse donnée à deux ou trois questions abstraites le symbole du destin de notre continent.<sup>1837</sup>

Ein anderer Kommentar kritisierte das Schlagwort von der „irréversibilité“ der Vertragsreform und bemühte dabei erneut den topischen Vergleich zwischen der supranationalen EG und der Sowjetunion:

Il n'empêche: pour un peuple qui a le goût de la liberté, rien n'est jamais irréversible. Ce qui s'est produit et se développe dans l'Est européen devrait suffire à le faire admettre.<sup>1838</sup>

Diese Deutungsmuster, die die Tragweite der Reform herunterspielten, fanden sich in ihren Grundzügen auch in den Reaktionen unmittelbar nach dem Gipfel. Obwohl beide Zeitungen die Vertragsreform in fast wortgleichen Schlagzeilen als europäische „relance“ feierten,<sup>1839</sup> fiel die Berichterstattung im Einzelnen deutlich zurückhaltender aus. So beschrieb

---

1836 LF 03.12.1991:2, ähnlich auch LF 06.12.1991:2a. Schon Ende November hatte der RPR-Generalsekretär Alain Juppé in einer Debatte in der Nationalversammlung in Frage gestellt „que ‚la Communauté ait vraiment rendez-vous avec son avenir‘ à Maastricht“ (LF 28.11.1991:6b). Daneben erschienen im *Figaro* noch mehrere weitere Gastbeiträge von RPR-Politikern, die die Auswirkungen des Gipfels von Maastricht auf die französische Souveränität diskutierten; siehe hierzu unten, Dritter Teil, Kapitel 5.2.2.

1837 LF 03.12.1991:5a. Als die wichtigeren „problèmes concrets de l'Europe“ verstand De Montbrial den Binnenmarkt, die Außenhandelspolitik, den Jugoslawienkrieg, die Erweiterung nach Osten, den Themenbereich Einwanderung, Polizei und Justiz sowie das Budget der EG.

1838 LF 10.12.1991:2b, ähnlich auch LF 12.12.1991:1b. Die Gegenüberstellung zwischen den EG-Vertragsverhandlungen und dem Zerfall der Sowjetunion fand sich auch in anderen *Figaro*-Artikeln (LF 10.12.1991:6).

1839 „L'accord de Maastricht relance l'Europe“ (LF 11.12.1991:1b), „La construction européenne relancée à Maastricht“ (LM 12.12.1991:1b). Ähnlich wie in den deutschen Medien trat der Gipfel in der Berichterstattung allerdings teilweise hinter den gleichzeitigen Ereignissen in der Sowjetunion zurück. *Le Figaro* widmete ihm am 9. und 11. Dezember jeweils einen Aufmacher (LF 09.12.1991:1b, LF 11.12.1991:1b), *Le Monde* erst am 12. Dezember, also zwei Tage nach seinem Ende (LM 12.12.1991:1b).

*Le Figaro* die Einigung als „sans doute l'étape la plus spectaculaire depuis la signature du Traité de Rome, en 1957, et celle de l'Acte unique, en 1985“,<sup>1840</sup> und unterstrich ihre außergewöhnliche Bedeutung mit ausführlichen Zitaten aus dem Vertragstext und anderen in Maastricht verabschiedeten Beschlüssen.<sup>1841</sup> Zwei Leitkommentare relativierten diesen Eindruck jedoch: Der erste von ihnen bewertete die Fortschritte in der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik als „[b]ien timidement“ und kritisierte, dass die Regierungschefs sich auf dem Gipfel nicht stärker mit der aktuellen Frage der Auflösung der Sowjetunion beschäftigt hätten.<sup>1842</sup> Der zweite wiederum erkannte die Währungsunion als „une avancée considérable“ an, wandte sich aber erneut gegen die Vorstellung, dass diese „irréversible“ sei, und konstatierte: „Ce n'est que la nouvelle étape d'une longue marche [...] L'Europe est encore loin du but.“<sup>1843</sup>

Auch in *Le Monde* stellten mehrere Kommentare fest, dass es in Maastricht zwar zu einem erfolgreichen Kompromiss, aber nicht zu einem großen Wurf gekommen sei; die mit dem Vertrag gegründete Europäische Union sei nicht „née dans l'euphorie“.<sup>1844</sup> Außer an den Vorbehalten einzelner Regierungen liege dies auch allgemein daran, dass „l'Europe, trop tôt sollicitée par les événements internationaux, n'était pas prête à aller plus avant tout de suite“.<sup>1845</sup> Allerdings verwies die Zeitung erneut auch darauf, dass die mühsame Kompromissssuche zwischen unterschiedlichen nationalen Interessen die einzige dauerhaft erfolgreiche Integrationsme-

---

1840 LF 12.12.1991:1a. Auch sonst sparte die Zeitung nicht an historischen Vergleichen: Ein Gastkommentar des Jesuitenpaters Michel Riquet stellte Maastricht gar in die Tradition des karolingischen Reiches und bezeichnete den Heiligen Benedikt als den „principal artisan“ Europas (LF 12.12.1991:2d).

1841 LF 12.12.1991:4a, LF 12.12.1991:4b, LF 12.12.1991:4c, LF 12.12.1991:5b, LF 12.12.1991:5a.

1842 LF 11.12.1991:1a.

1843 LF 12.12.1991:1b, ähnlich auch LF 12.12.1991:3b. Auch in *Figaro*-Leserbriefen wurden die Ergebnisse des Gipfels von Maastricht kontrovers diskutiert: Während einer von ihnen die Forderung erhob „de constituer ce puissant Etat fédéral européen, qui nous permettra [...] de jouer dans le monde un rôle de premier ordre“ (LF 11.12.1991:2b), kritisierten andere, dass durch die Einheitswährung eine „fédération“ geschaffen werde, die „l'indépendance et la souveraineté“ der Mitgliedstaaten zerstöre (LF 11.12.1991:2a, ähnlich ablehnend: LF 12.12.1991:2c, LF 12.12.1991:2a).

1844 LM 12.12.1991:1d, ähnlich LM 12.12.1991:1a. Einer ähnliche Metapher nutzte *Le Figaro*, wo es hieß, die Union sei „née dans la douleur [...] et nul ne sait si le bébé sera viable“ (LF 11.12.1991:3a).

1845 LM 12.12.1991:1d.

thode sei.<sup>1846</sup> Sollten die vereinbarten Beschlüsse tatsächlich umgesetzt würden, bestehe deshalb letztlich doch noch eine Chance „que la rencontre de Maastricht figure, demain, dans les manuels d’histoire“.<sup>1847</sup>

Als zentralen Maßstab zur Bewertung der Verhandlungen nahmen beide Zeitungen, vor allem aber *Le Monde*, ein weiteres Mal die Agenda der eigenen nationalen Regierung. So nannten sie als wichtigste inhaltliche Neuerungen der Vertragsänderung erneut die Währungsunion und die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik<sup>1848</sup> – dieselben Politikbereiche, die auch François Mitterrand in einer Pressekonferenz unmittelbar nach dem Gipfel sowie in einer Fernsehansprache am Folgetag als die bedeutendsten französischen Verhandlungserfolge beschrieb.<sup>1849</sup> Noch expliziter wurde ein Artikel in *Le Monde*: Darin hieß es, die in Maastricht erzielten Ergebnisse seien zwar „souvent loin de correspondre aux espoirs de ses promoteurs“, doch habe die französische Regierung zuletzt ohnehin nur noch das Ziel verfolgt „d’aboutir à un accord [...] et éviter par là même une rupture inopportune“. Obwohl dieses Ziel „décevant parce que limité“ sei, erklärte die Zeitung unumwunden: „C’est en fonction de cet objectif [...] qu’il faut juger les résultats de mardi soir.“ Alles in allem könne die französische Delegation „plutôt satisfaite“ sein, da es „grâce à ses initiatives“ gelungen sei,

---

1846 LM 12.12.1991:1a, LM 13.12.1991:1.

1847 LM 13.12.1991:1.

1848 Vgl. allgemein LM 12.12.1991:1c, LF 07.12.1991:2a, LF 11.12.1991:1b, LF 12.12.1991:1a; zur Währungsunion LM 12.12.1991:4b, LM 12.12.1991:5c; zur Außen- und Sicherheitspolitik LM 12.12.1991:1d, LM 14.12.1991:1. Auch aktuelle außenpolitische Themen – speziell die Frage, wie sich die EG gegenüber den Ereignissen in der Sowjetunion und in Jugoslawien positionieren würde – wurden in der Darstellung des Gipfels immer wieder angesprochen; *Le Figaro* bezeichnete die Jugoslawien-Frage als „un premier cas pratique d’une diplomatie communautaire“ (LF 10.12.1991:4a, vgl. auch LF 10.12.1991:6, LF 12.12.1991:3b, LF 16.12.1991:3, LM 11.12.1991:1a, LM 12.12.1991:3c, LM 13.12.1991:8a). Übersichtsartikel nannten als weitere wichtige Bereiche der Politischen Union zudem das Kommunalwahlrecht für Unionsbürger, die Stärkung des Europäischen Parlaments, die Ausweitung der Mehrheitsentscheide im Rat, die Sozialpolitik, den Kohäsionsfonds, die Justiz- und Innenpolitik sowie (nur im *Figaro*) die gemeinsame Visumpolitik und die Verlängerung der Amtszeit der Kommission von vier auf fünf Jahre (LM 12.12.1991:5b, LF 12.12.1991:3c).

1849 Beide Auftritte wurden in den französischen Zeitungen ausführlich wiedergegeben (LM 12.12.1991:3b, LM 13.12.1991:10b, LF 12.12.1991:6a). Dabei hob Mitterrand jeweils auch als Erfolg hervor, dass es Großbritannien nicht gelungen sei, die Verhandlungen zu blockieren – was natürlich gut zu der in den französischen Medien verbreiteten Darstellung des Gipfels als primär britisch-französischer Konflikt passte.



die Vertragsgrundlagen für die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik und die Währungsunion zu beschließen.<sup>1850</sup>

Letztlich stimmten beide Zeitungen also darin überein, die Einigung von Maastricht in ihrer Bedeutung herunterzuspielen und sie als nur begrenzten Kompromiss mit ungewisser Zukunftswirkung zu deuten. Unterschiede zeigten sie allerdings bei der Bewertung dieses Ergebnisses: Während verschiedene Kommentare im oppositionsnahen *Figaro* die Vertragsreform als eine falsche Schwerpunktsetzung der Regierungen (und damit implizit auch François Mitterrands) kritisierten, rechtfertigte die regierungsfreundliche *Le Monde* die in ihren Augen geringe Tragweite der Beschlüsse damit, dass auch die französische Regierung selbst ja ohnehin nur eine Kompromisslösung angestrebt habe. Beide Zeitungen aber waren weit davon entfernt, den Gipfel im Sinne eines Verfassungsmoments als politischen Durchbruch zu verstehen, der eine grundsätzliche Veränderung bei der Wahrnehmung der europäischen Integration notwendig gemacht hätte.

„À mettre au crédit de la politique européenne de la France“: Mitterrands diplomatische Leistung im Fokus

Auch sonst standen im Mittelpunkt der Berichterstattung – ähnlich wie in den deutschen Medien – weniger die geplanten konstitutionellen Neuerungen, sondern vor allem der Verlauf des Gipfels und die Frage, inwieweit sich die Teilnehmer mit ihren jeweiligen Positionen durchgesetzt hatten. Das größte Interesse unter den ausländischen Regierungschefs fand dabei auch hier der britische Premierminister. So berichteten *Le Monde* wie *Le Figaro* in mehreren Artikeln, dass Major sich nach dem Gipfel als Sieger verstehe: Durch die Opt-outs habe er die britische Souveränität gewahrt und eine Spaltung seiner Partei vor den kommenden Unterhauswahlen abgewendet. Zugleich hoben beide Zeitungen jedoch auch die heftige Kritik der britischen Opposition an der Isolation des Landes hervor.<sup>1851</sup> Auch dass der Gipfel ein allgemeines Opt-out aus der Währungsunion abgelehnt habe, nannte *Le Monde* als Misserfolg Majors.<sup>1852</sup>

Als wichtigster Gegenspieler Majors erschien hingegen wieder einmal François Mitterrand. Vor allem *Le Monde* konzentrierte die Berichterstat-

---

1850 LM 12.12.1991:1c.

1851 LM 12.12.1991:3e, LM 13.12.1991:8e, LF 12.12.1991:1a, LF 12.12.1991:3a.

1852 LM 11.12.1991:1b.

tung nach dem Gipfel stark auf den französisch-britischen Konflikt<sup>1853</sup> und führte dadurch die letztlich erzielte Einigung recht direkt auf die diplomatische Leistung der eigenen nationalen Regierung zurück. Die Währungsunion etwa, für *Le Monde* „la percée la plus considérable survenue à Maastricht“,<sup>1854</sup> sei

sans nul doute à mettre au crédit de la politique européenne de la France, qui, depuis trois ans, a dû lutter avec persévérance contre les Anglais et leurs alliés de rencontre mais aussi parfois, d'une autre manière, contre les Allemands.<sup>1855</sup>

Eine ähnliche Zuspitzung auf den Gegensatz zwischen „M. Mitterrand d'une part, généralement suivi par les onze continentaux, et M. Major d'autre part“ fand sich zum Teil auch in der Berichterstattung des *Figaro*.<sup>1856</sup> Doch anders als in *Le Monde* wurde Mitterrand hier weniger für die Erfolge als für die Unzulänglichkeiten des Gipfels verantwortlich gemacht: Auch wenn „une astuce de procédure française, typiquement mitterrandienne“ die Währungsunion ermöglicht habe, führten die aus Sicht des *Figaro* mangelnden Fortschritte bei der gemeinsamen Außenpolitik zu einem „déséquilibre d'ensemble“. Erneut wurde dabei die falsche Schwerpunktsetzung des französischen Präsidenten kritisiert: „la bataille de Mitterrand devait se livrer sur le terrain de l'union politique“.<sup>1857</sup> Ein Leitkommentar über einen PS-Kongress einige Tage nach dem Gipfel war noch kritischer und sprach Mitterrand nicht nur jedes Verdienst um den Erfolg des Gipfels ab, sondern warf ihm zugleich auch vor, zu wenig für die Verteidigung der französischen Interessen getan zu haben:

---

1853 Z. B. LM 11.12.1991:1b, LM 12.12.1991:4a, LM 12.12.1991:1c, LM 12.12.1991:11, ähnlich auch LM 13.12.1991:11a.

1854 LM 12.12.1991:1c.

1855 Ebd. Bezeichnenderweise wurden die supranationalen Institutionen – Kommission und Europäisches Parlament – in diesem Zusammenhang überhaupt nicht erwähnt.

1856 LF 11.12.1991:3b, ähnlich auch LF 11.12.1991:3a. In anderen Texten erschien diese Gegenüberstellung nur implizit, indem Major und Mitterrand als einzige Akteure zitiert werden (LF 12.12.1991:1a).

1857 LF 11.12.1991:3b. Auch das Lob für die Währungsunion mit ihren strikten Defizitregeln verband *Le Figaro* mit einem Seitenhieb auf die französische Wirtschaftspolitik in den Anfangsjahren von Mitterrands Präsidentschaft: „des extravagances économiques et financières comme celles de la politique socialiste des années 1981–1983 seraient désormais impossibles“ (ebd., ähnlich auch LF 12.12.1991:1b).

Certes, il reste l'Europe. [...] Mais qui pensera un seul instant qu'elle se fait « grâce » au socialisme français? Tout ce qu'on pouvait espérer de nos dirigeants c'était qu'ils imposent des dispositions qui auraient sauvegardé nos intérêts. Ils ne l'ont même pas fait.<sup>1858</sup>

Auch bei der Bewertung der deutschen Bundesregierung unterschieden sich die beiden Zeitungen. Für *Le Monde* nahm diese in Maastricht nur eine unterstützende Funktion ein: „De pair avec Paris“ sei Helmut Kohl für weitreichende Reformen eingetreten, habe jedoch angesichts der wachsenden Europaskepsis der deutschen Öffentlichkeit nur ein „profil bas“ gezeigt.<sup>1859</sup> *Le Figaro* hingegen, der in den Wochen vor dem Gipfel noch mehrere recht kritische Kommentare über den östlichen Nachbarn veröffentlicht hatte, thematisierte nun vor allem das erfolgreiche deutsch-französische Zusammenspiel, das die Vertragsreform ermöglicht habe:

Ce n'est pas M. Major qui a fait l'événement, en fait. C'est le couple franco-allemand qui s'est enfin reconstitué, après tant de vicissitudes.<sup>1860</sup>

Ein Leitkommentar hob hervor, dass es in Maastricht vor allem um die Frage gegangen sei „si l'Allemagne sera européenne, ou l'Europe allemande“, und stellte anerkennend fest: „Pour l'heure, la Communauté a la chance d'avoir, à la chancellerie, le plus européen des Allemands, M. Kohl [...]“.<sup>1861</sup>

Im Ganzen zeigte die Berichterstattung nach dem Gipfel von Maastricht damit vor allem in *Le Monde* große Analogien zu jener in den deutschen Zeitungen SZ und FAZ: In allen drei Fällen galt die jeweils eigene Regierung als der wichtigste Akteur, der die wichtigsten Bestandteile der Vertragsreform gegen den britischen Widerstand durchgesetzt habe – nur dass damit in Deutschland vor allem Helmut Kohl und die Stärkung des Europäischen Parlaments, in Frankreich Mitterrand und die Währungsunion bzw. die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik gemeint waren. Sowohl die deutschen Medien als auch *Le Monde* schätzten zudem die Rolle der Regierung des jeweils anderen Landes als vergleichsweise gering ein. Der oppositionsnahe *Figaro* hingegen rückte in seiner Berichterstattung die

---

1858 LF 12.12.1991:1b, ähnlich auch LF 12.12.1991:3c.

1859 LM 12.12.1991:3a. Auch andere Artikel nannten Kohl lediglich am Rande als Unterstützer der französischen Position (LM 12.12.1991:1c, LM 12.12.1991:4a, LM 12.12.1991:11, LM 13.12.1991:11a).

1860 LF 12.12.1991:1b, ähnlich auch LF 12.12.1991:3c.

1861 LF 12.12.1991:1b.

französische Regierung vor allem deshalb in den Mittelpunkt, um sie für die Unzulänglichkeiten des beschlossenen Vertragskompromisses zu kritisieren. Die Erfolge von Maastricht schob er hingegen auf die deutsch-französische Zusammenarbeit und entpersonalisierte sie damit.

Den übrigen Teilnehmern des Gipfels schließlich schenkte *Le Figaro* fast überhaupt keine Beachtung, und auch in *Le Monde* spielten sie nur eine deutlich untergeordnete Rolle. So erschien der niederländische Ministerpräsident und Vorsitzende des Gipfels, Ruud Lubbers, vor allem als Vermittler zwischen Mitterrand und Major – bemerkenswerterweise ebenso wie Jacques Delors, dessen frühere Auseinandersetzungen mit Mitterrand nun keine Erwähnung mehr fanden.<sup>1862</sup> Dass der Kommissionspräsident eigentlich deutlich weitergehende Reformen gefordert hatte, klang nur noch vereinzelt an: etwa wenn es hieß, dass er nach dem Gipfel „une humeur [...] plutôt maussade“ gezeigt und die Beibehaltung des Einstimmigkeitsprinzips in der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik als „un mécanisme impraticable“ kritisiert habe.<sup>1863</sup>

*„Peut-être jamais ratifiés par certains parlements nationaux“: Die Debatte über die Ratifikation in anderen Mitgliedstaaten*

Recht rasch verlagerte sich die Debatte in den französischen Zeitungen schließlich vom Gipfel und der Vertragsreform selbst auf mögliche Hindernisse im anstehenden Ratifikationsprozess. Wie die deutschen Medien zeigten auch die französischen dabei gewisse Unsicherheiten in der Darstellung der verfassungsrechtlichen Vorgaben: So äußerte *Le Figaro* schon vor dem Gipfel die Vermutung, die Souveränitätstransfers von Maastricht würden „peut-être jamais ratifiés par certains parlements nationaux“ – ohne darauf einzugehen, dass in diesem Fall die Vertragsreform insgesamt gescheitert wäre.<sup>1864</sup> In *Le Monde* wiederum hieß es nach dem Gipfel, dass nun die nationalen Parlamente das Vertragswerk ratifizieren müssten, und zwar „notamment“ die Beschlüsse zur Währungsunion und zur Sozialpolitik: eine insofern sinnlose Hervorhebung, als bei der Ratifikation nur der

---

1862 LM 12.12.1991:1c, LM 12.12.1991:11.

1863 LM 12.12.1991:1c. Andere Artikel in *Le Monde* griffen noch die Reaktionen weiterer Gipfelteilnehmer sowie der nationalen Öffentlichkeiten in verschiedenen Mitgliedstaaten auf (LM 12.12.1991:3c, LM 13.12.1991:8c, LM 13.12.1991:8b, LM 13.12.1991:8f).

1864 LF 09.12.1991:3b.

gesamte Vertrag bestätigt oder abgelehnt werden konnte, nicht aber einzelne Politikbereiche.<sup>1865</sup>

Auf größeres Interesse stießen das geplante Referendum in Dänemark sowie die Europadebatte, die der Deutsche Bundestag nach dem Gipfel hielt. *Le Figaro* sprach dabei von einer „campagne nationaliste contre l'abandon du deutschemark“; *Le Monde* beschrieb einen „courant néo-national“ in der deutschen Öffentlichkeit, die sich unter dem „prétexte“ des D-Mark-Opfers gegen die europäische Integration wende und mehr nationale Handlungsfreiheit einfordere.<sup>1866</sup> Da dies jedoch in den Regierungsparteien nur von einer kleinen Minderheit aufgegriffen worden sei und auch die SPD ihre frühere Drohung habe fallen lassen, bei einer unzureichenden Stärkung des Europäischen Parlaments die Ratifikation zu verweigern, sei nicht mit größeren Schwierigkeiten zu rechnen.<sup>1867</sup>

Weitere Artikel berichteten über die Debatte im Europäischen Parlament selbst, wo die Einigung von Maastricht im Ganzen positiv aufgenommen worden sei. *Le Figaro* zufolge hatten die Abgeordneten zwar die Unübersichtlichkeit des beschlossenen Vertragstextes kritisiert und ihr endgültiges Votum darüber noch offen gelassen. Insgesamt aber erwartete die Zeitung offenbar nicht, dass die Vertragsreform an dieser Stelle scheitern könnte.<sup>1868</sup> Und auch das Referendum in Dänemark wurde angesichts der hohen Zustimmung zu den Gipfelergebnissen unter den dänischen Parteien nicht als problematisch angesehen.<sup>1869</sup>

Letztlich verstanden die französischen Medien ähnlich wie die deutschen die Ratifikationsverfahren in anderen Mitgliedstaaten jeweils als de-

1865 LM 12.12.1991:3c.

1866 LF 12.12.1991:6b, LM 15.12.1991:4a. Als am 20. Dezember die Bundesbank entgegen den Wünschen der übrigen EWS-Mitglieder den Leitzins erhöhte und zugleich die Bundesregierung ohne Einigung mit den übrigen EG-Staaten die diplomatische Anerkennung Kroatiens und Sloweniens ankündigte, verschärfte ein Leitartikel in *Le Monde* den Ton noch weiter und erklärte, die deutsche Bundesregierung habe der deutschen Öffentlichkeit in Maastricht viel abverlangt, knicke nun aber offenbar vor dieser ein (LM 21.12.1991:1a).

1867 LM 15.12.1991:4a, LM 14.12.1991:4. Über die Veto-Drohung der SPD hatte zuvor auch *Le Figaro* berichtet (LF 18.11.1991:3, LF 12.12.1991:6b).

1868 LF 13.12.1991:4. In *Le Monde* wiederum wurde die Frage, ob das Parlament der Vertragsreform formell zustimmen würde, überhaupt nicht thematisiert. Vielmehr legte der Bericht seinen Schwerpunkt auf eine Reihe von Missverständnissen und Abstimmungsfehlern während der Sitzung und war insgesamt in einem leicht spöttischen Tonfall gehalten (LM 14.12.1991:6) – was der schon zuvor in der Zeitung geäußerten Kritik an der fehlenden Professionalität der Europaabgeordneten entsprach (LM 03.12.1991:12).

1869 LM 13.12.1991:8b; vgl. zum dänischen Referendum auch LM 07.12.1991:4b.

ren nationale Angelegenheit. Eine Übertragung der darin verwendeten Argumente auf die zur selben Zeit einsetzende Debatte über die französische Ratifikation des Vertrags und die dafür notwendige Änderung der französischen Verfassung gab es ebenso wenig wie Sorgen darüber oder Kritik daran, dass die Ablehnung in einem einzelnen Land genügen könnte, um die vereinbarte Reform insgesamt zum Scheitern zu bringen. Der ‚Maastricht-Schock‘, als einige Monate später eine Mehrheit der dänischen Bevölkerung den Vertrag im Referendum zunächst ablehnte, warf noch keine Schatten voraus.

### 5.2.2 Die Debatte über die nationale Europapolitik

„*Les véritables lignes de clivage politique*“: *Berichterstattung über zwischen- und innerparteiliche Gegensätze*

Wie in den anderen untersuchten Ländern gewann auch in Frankreich nicht nur die Debatte über die zwischenstaatlichen Verhandlungen, sondern auch jene über die nationale Europapolitik vor dem Gipfel von Maastricht noch einmal an Intensität. Besonders das nationale Ratifikationsverfahren beschäftigte die Medien schon jetzt. Dass sich beispielsweise François Mitterrand kurz vor dem Gipfel um einen intensiveren Kontakt mit Politikern der französischen Oppositionsparteien bemühte, interpretierte ein Kommentar in *Le Monde* als Vorbereitung auf die Zeit nach Maastricht, wenn der Präsident sich eine Mehrheit für die Ratifikation würde sichern müssen.<sup>1870</sup>

Im Mittelpunkt der öffentlichen Debatte stand dabei weiterhin der Gegensatz zwischen den Befürwortern einer verstärkten Integration einerseits und den Verfechtern der nationalen Identität und Souveränität andererseits. So behandelte ein Artikel in *Le Monde* am Tag vor dem Gipfel von Maastricht die Geschichte der europapolitischen Kontroversen in Frankreich, in denen sich Supranationalisten und Gaullisten gegenüberstünden.<sup>1871</sup> Ein anderer Text hob hervor, dass die französischen Parteien schon bei der Einheitlichen Europäischen Akte zwischen den „tenants de

---

1870 LM 04.12.1991:1c. Dem *Figaro* zufolge wollte Mitterrand mit den Politikern der anderen Parteien eine möglichst große Einigung „[s]ur un sujet aussi important et qui pèsera sur l’avenir de notre pays“ herstellen (LF 27.11.1991:7, ähnlich LF 03.12.1991:6, LF 04.12.1991:9).

1871 LM 08.12.1991:5b.

l'Europe des nations“ und den „partisans d'une Europe fédérale“ gespalten gewesen seien.<sup>1872</sup>

Entsprechend dem bereits bekannten Muster zeigte sich dieser Gegensatz jedoch nicht nur in der Konfliktlinie zwischen Regierung und Opposition, sondern auch in den „classiques divergences d'approche entre le RPR et les centristes“, auf die vor allem *Le Monde* immer wieder hinwies.<sup>1873</sup> Deutlich wurde dies etwa im Zusammenhang mit einer Parlamentsdebatte über den Gipfel von Maastricht, die Ende November in der französischen Nationalversammlung stattfand. In diesem Zusammenhang berichtete *Le Monde* zum einen sehr positiv über die „détermination“ des Außenministers Roland Dumas, dessen Regierungserklärung die Europadebatte eingeleitet und „la clarté et l'autorité d'un ordre de marche“ gehabt habe.<sup>1874</sup> Zum anderen zitierte sie die Stellungnahmen von Abgeordneten verschiedener Oppositionsfraktionen: Während die Gaullisten und der PCF die Ausweitung der supranationalen Befugnisse der EG ablehnten und auf die nationale Souveränität pochten, kritisierten UDF und CDS die Regierung dafür, nicht entschieden genug für eine europäische Föderation einzutreten.<sup>1875</sup> Dass der Oppositionsführer Chirac selbst den Unterschieden zwischen RPR und UDF keine allzu große Bedeutung zumaß, konstatierte *Le Monde* hingegen mit einer gewissen Enttäuschung: Es sei „[d]ommage“, dass die Europadebatte in der Nationalversammlung nicht mit einer Abstimmung einhergehe, um „les véritables lignes de clivage politique sur cette question essentielle“ aufzuzeigen.<sup>1876</sup>

Auf der anderen Seite spielte *Le Figaro* wie schon zuvor die inneroppositionellen Spaltungen eher herunter. In der Berichterstattung über die Debatte in der Nationalversammlung wurden die Unterschiede zwischen RPR und UDF hier weniger deutlich als in *Le Monde*.<sup>1877</sup> Ein Artikel erklärte, dass das CDS in der Europafrage zwar der Regierung näherstehe als

---

1872 LM 10.12.1991:11. Erstere setzten sich der Zeitung zufolge aus Gaullisten, Kommunisten und der PS-Strömung um Verteidigungsminister Chevènement zusammen, Letztere aus der PS-Mehrheit, Zentristen und Liberalen.

1873 LM 29.11.1991:8c, ähnlich LM 07.12.1991:10. Auch Regierungssprecher Jack Lang unterstrich in einer Erklärung, die von beiden Zeitungen aufgegriffen wurde, die Spaltungen innerhalb der Opposition (LM 05.12.1991:40a, LF 05.12.1991:10).

1874 LM 29.11.1991:8c. *Le Figaro* stellte etwas trockener fest, Dumas habe „affirmé la volonté du gouvernement d'aller vers une union fédérale“ (LF 28.11.1991:6b).

1875 LM 29.11.1991:8c.

1876 LM 28.11.1991:8b.

1877 LF 28.11.1991:6b.

dem „front uni de l'opposition“; allerdings verwischten die „frontières partisanses“ hier ohnehin, was sich etwa an einem parteienübergreifenden Papier zeige, in dem 41 Abgeordnete vom RPR über UDF und CDS bis zum PS „le ‚déficit démocratique‘ des nouveaux traités communautaires“ kritisierten.<sup>1878</sup> Auch der CDS-Abgeordnete Edmond Alphandéry betonte in einem Interview, die Europafrage sei „moins une pomme de discorde qu'un sujet de discussion“ und werde die Opposition nicht spalten.<sup>1879</sup> Außerdem betonte *Le Figaro* die Kritik, die UDF-Präsident Giscard d'Estaing an der „mauvaise préparation“ der Regierung vor dem Gipfel geübt hatte, und unterstrich so den Gegensatz, der auch den europafreundlichen Teil der Opposition von der Regierung trennte.<sup>1880</sup>

Auch nach der Debatte in der Nationalversammlung waren die unterschiedlichen Parteilinien immer wieder Thema der Berichterstattung. Anlass boten zum Beispiel eine Senatsdebatte Anfang Dezember<sup>1881</sup> und die Gespräche, die Mitterrand vor dem Gipfel mit Oppositionsvertretern führte.<sup>1882</sup> Die Zustimmung der Anhänger unterschiedlicher französischer Parteien zur europäischen Integration war außerdem Thema von Umfragen, deren Ergebnisse die Zeitungen Anfang Dezember veröffentlichten.<sup>1883</sup>

Neben diesen klassischen Gegensätzen zeigte sich in der Berichterstattung in den Wochen vor dem Gipfel von Maastricht jedoch auch ein neuer Topos: nämlich dass es nicht nur *zwischen*, sondern auch *innerhalb* der einzelnen Parteien jeweils unterschiedliche Positionen zu der Vertragsreform gebe. So zitierte *Le Monde* in dem Bericht über die Europadebatte der Nationalversammlung auch den ehemaligen RPR-Politiker Michel Noir, der eine weitergehende Integration unterstütze, sowie den Ende Januar 1991 als Verteidigungsminister zurückgetretenen PS-Abgeordneten Jean-Pierre Chevènement, der nun als „franc-tireur“ die Europapolitik der Regierung bekämpfe.<sup>1884</sup> Auch sonst gewannen die skeptischen Stimmen innerhalb des PS an Sichtbarkeit: Ein *Le-Monde*-Kommentar thematisierte die „voix [...] dans les rangs du groupe socialiste“, die vor einer „intégration europé-

---

1878 LF 28.11.1991:6a, ähnlich auch LF 02.12.1991:6c.

1879 LF 06.12.1991:8a.

1880 LF 27.11.1991:8.

1881 LF 06.12.1991:8b, LM 07.12.1991:10.

1882 LF 04.12.1991:9, LM 05.12.1991:40b, LM 06.12.1991:17.

1883 LF 02.12.1991:6a, LM 03.12.1991:6a.

1884 LM 29.11.1991:8c. Im *Figaro* schlugen sich die RPR-internen Konflikte besonders deutlich in einander widersprechenden Gastkommentaren von Philippe Séguin (LF 27.11.1991:2) und Michel Noir (LF 02.12.1991:2a) nieder; siehe dazu unten.



enne à marche forcée“ warnten;<sup>1885</sup> ein weiterer Artikel behandelte ausführlich die historische Entwicklung in der Europapolitik der französischen Sozialisten und ging dabei auch auf die integrationskritische Parteiströmung ein.<sup>1886</sup> Nach dem Gipfel wies schließlich ein Kommentar darauf hin, dass „toute opposition organisée“ gegen die Vertragsreform machtlos gewesen sei, und nannte dabei außer dem RPR-Abgeordneten Philippe Séguin auch Chevènement als prominenten Integrationsgegner.<sup>1887</sup> Auf der anderen Seite berichtete *Le Monde* über einen Aufruf des wirtschaftspolitischen Sprechers des PCF, Philippe Herzog, der seine Partei zu einer europafreundlicheren Haltung aufforderte.<sup>1888</sup> Auch dies blieb allerdings ohne Wirkung; eine ausführlichere Debatte über Herzogs Vorschläge wurde von der PCF-Parteispitze abgelehnt.<sup>1889</sup>

In ganz ähnlicher Weise bemerkte auch *Le Figaro*, es gebe innerhalb des RPR „plus que des nuances [...] sur la façon de poursuivre la construction européenne et sur son rythme“. Und auch im PS, wo Europa bislang niemals „l’objet d’un grand débat“ gewesen sei, bewege sich Chevènement „franchement à contre-courant“. <sup>1890</sup> Nach dem Gipfel konstatierte die Zeitung: „A gauche et à droite, mécontentements et satisfactions coexistent dans la différence.“<sup>1891</sup>

Der fundamentale Gegensatz zwischen Befürwortern und Gegnern der supranationalen Integration, so die übereinstimmende Einschätzung beider französischen Zeitungen, schlug sich in der Struktur des französischen Parteiensystems nur unzureichend nieder. Die verschiedenen Parteispitzen bezogen zur Frage des Supranationalismus zwar jeweils recht klar Position: PS, UDF und CDS dafür, RPR und PCF dagegen. Doch diese Positionen standen quer zu dem Gegensatz zwischen Regierungs- und Oppositionslager, der sonst für innenpolitische Debatten in Frankreich prägend war, und stießen zudem in allen Parteien auch auf internen Widerspruch.

---

1885 LM 29.11.1991:8b.

1886 LM 08.12.1991:5a.

1887 LM 10.12.1991:1.

1888 LM 04.12.1991:9.

1889 LM 05.12.1991:8.

1890 LF 02.12.1991:6c.

1891 LF 13.12.1991:6b.

„France, réveille-toi“: Die Debatte über die nationale Souveränität im *Figaro*

Vor allem im *Figaro* gewann in den Wochen vor dem Gipfel von Maastricht die Frage der nationalen Identität und Souveränität besondere Bedeutung. Die Zeitung diente dabei als Forum für eine breite Auseinandersetzung, an der sich sowohl europaskeptische als auch einige europafreundliche Oppositionspolitiker mit Gastkommentaren und Interviews beteiligten und in der auch der PS-Europaskeptiker Jean-Pierre Chevènement zu Wort kam. Vertreter der Regierungslinie waren hingegen nicht vertreten.

Den Aufschlag zu der Debatte gab Ende November Philippe Séguin, einer der Wortführer des national-souveränistischen Flügels im RPR. Unter der Überschrift „France, réveille-toi...“ lehnte dieser die geplante Vertragsreform rundheraus ab und kritisierte die „véritables abandons de souveraineté qui se préparent“:

L'invasion du communautaire – osons le mot – touche aujourd'hui [...] à ce qui fait la substance même de la souveraineté nationale [...].<sup>1892</sup>

Anstelle einer weiteren Vertiefung forderte Séguin deshalb eine Erweiterung der EG. Diese solle sich zu einem gesamteuropäischen „système de sécurité collective“ in Form einer „Confédération“ weiterentwickeln, in der jedes Mitglied in wichtigen Fragen ein Vetorecht behalte „afin qu'en toutes circonstances les décisions coïncident avec la volonté des peuples“.<sup>1893</sup> Zugleich sprach Séguin sich auch offen für eine Stärkung des eigenen Landes aus: „[L]a meilleure garantie d'un équilibre européen“ liege „précisément dans une France forte, sûre d'elle-même et maîtresse de son destin“.<sup>1894</sup>

Diese Argumente Séguins wurden nicht nur in mehreren Leserbriefen unterstützt,<sup>1895</sup> sondern – teils explizit, teils implizit – auch von zahlreichen weiteren Gastkommentaren gaullistischer Politiker aufgegriffen. So

---

1892 LF 27.11.1991:2.

1893 Ebd. Die Forderung nach einer raschen Erweiterung wurde auch in anderen Gastkommentaren aufgegriffen, etwa LF 04.12.1991:1, LF 07.12.1991:8, LF 09.12.1991:1a. Dagegen erklärte Jean François-Poncet, vor der Erweiterung müssten erst die Institutionen der EG reformiert werden „pour leur permettre de s'élargir sans se gripper“ (LF 07.12.1991:2a).

1894 LF 27.11.1991:2.

1895 LF 02.12.1991:2b, LF 05.12.1991:2d, LF 05.12.1991:2c, LF 05.12.1991:2b, LF 12.12.1991:2a.

beschrieb Léo Hamon Maastricht als Gefahr für die „indépendance nationale“;<sup>1896</sup> und Marie-France Garaud erklärte, dass schon General de Gaulle selbst vor dem „parti de l'étranger“ gewarnt habe, der nationale Interessen an das Ausland verrate und Frankreich einer „Europe dominée économiquement par l'Allemagne“ ausliefere.<sup>1897</sup> Das Argument, dass die Verteidigung der nationalen französischen Souveränität letztlich Europa als Ganzes nütze, fand sich zudem auch in dem Gastbeitrag von Jean-Pierre Chevènement. Dieser erklärte, es gebe weltweit nur „deux formes d'organisation: la nation ou l'empire“. Die europäische Integration sei dabei Ausdruck eines „rêve impérial“, der die „identité républicaine de la France“ bedrohe. Die Republik wiederum sei nur „un autre nom pour désigner l'exception française“, ce que la France apporte de meilleur à l'Europe“.<sup>1898</sup>

In der Debatte über die nationale Souveränität ließ *Le Figaro* jedoch nicht nur Politiker des demokratisch-republikanischen Parteienspektrums zu Wort kommen, sondern auch Vertreter des rechtsextremen Front National. Schon einige Tage vor Séguins Beitrag erschien ein Gastkommentar des FN-Politikers Jean-Yves Le Gallou, der eine Rundum-Kritik am „système politique français“ übte und unter anderem die Forderung erhob, man solle

restaurer la souveraineté nationale [...] en refusant l'Europe fédérale qui nous est proposée et en défendant une conception confédérale de l'Europe des patries.<sup>1899</sup>

Kurz nach dem Gipfel wiederum erschien ein Interview mit Jean-Marie Le Pen, der Séguins Argumente als „très acceptables“ bezeichnete, dem RPR aber aufgrund des Bündnisses mit der UDF generell die Glaubwürdigkeit im Kampf gegen ein „Europe fédérale“ absprach. In dem deutlichen Versuch einer rhetorischen Überbietung Séguins warf Le Pen der Regierung eine „véritable trahison de la nation française“ vor und kündigte an, der FN werde sich „à la tête du combat des patriotes contre l'instauration de cette Europe tueuse de la France“ stellen.<sup>1900</sup> Einige Tage später zitierte *Le Figaro* noch einmal ausführlich aus einer Rede Le Pens, derzufolge Maas-

---

1896 LF 04.12.1991:2.

1897 LF 06.12.1991:2b. Ein Gastkommentar des UDF-Politikers François Léotard wies den Begriff des „parti de l'étranger“ hingegen ausdrücklich als chauvinistisch zurück (LF 10.12.1991:2a).

1898 LF 05.12.1991:2a.

1899 LF 21.11.1991:2.

1900 LF 11.12.1991:7.

tricht auf „la mort de la nation française, comme d’ailleurs la mort des nations européennes“ abziele.<sup>1901</sup>

Parallel zu diesen Gastbeiträgen veröffentlichte auch der *Figaro*-Mitherausgeber Alain Peyrefitte, selbst Abgeordneter des RPR, eine Reihe von europaskeptischen Leitkommentaren. Darin warnte er zum einen vor dem „risque de perte de l’identité nationale“ und stellte dem „sentiment européen des élites“ das „sentiment national des peuples“ gegenüber. Zum anderen verband er dies mit einer klaren Kritik an der politischen Linken, die in den letzten Jahren eine „société multiculturelle“ angestrebt habe „quand l’immense majorité des Français réclamaient l’affirmation renforcée de leur culture et de leur identité“.<sup>1902</sup>

Wiederholt wurde dabei die Nation essenzialisiert und als eine gleichsam natürliche, nicht hintergehbare Form der sozialen Organisation dargestellt. So hieß es bei Peyrefitte, die nationale Unabhängigkeit sei „aux peuples ce que la liberté est aux individus“. Sie zu verletzen, führe unweigerlich zu einer nationalen Gegenreaktion: „Le nationalisme xénophobe est la revanche inéluctable d’une indépendance nationale bafouée.“<sup>1903</sup> Noch expliziter hieß es in einem anderen Leitkommentar:

[O]n a tort d’oublier que le sentiment national est aussi naturel et aussi sain que le sens de la famille. Vouloir faire comme s’il n’existait pas, c’est risquer, dans quelques années ou quelques décennies, des conflits qui peuvent déboucher sur [...] la guerre civile.<sup>1904</sup>

Ganz ähnlich argumentierte auch Chevènement, der den „fait national“ als unvermeidliche „réalité“ und die „montée du racisme et de la xénophobie“ als „la forme dévoyée de ce retour galopant du naturel“ bezeichnete.<sup>1905</sup>

Dieses Deutungsmuster blieb in der *Figaro*-Debatte jedoch nicht unwidersprochen. So griff der proeuropäische RPR-Politiker Michel Noir Philippe Séguin explizit für dessen veraltete „conception de la nation“ an, die eher an den „lepénisme“ als an „l’idée gaulliste de nation française“ erinnere.<sup>1906</sup> Allerdings insistierte auch Noir auf der Idee der französischen Sou-

---

1901 LF 16.12.1991:8b.

1902 LF 30.11.1991:5. Auch Peyrefittes Kommentar wurde in einem Leserbrief unterstützt (LF 12.12.1991:2c).

1903 LF 09.12.1991:1a.

1904 LF 30.11.1991:5.

1905 LF 05.12.1991:2a. Auch in dem eher europafreundlichen Gastkommentar des UDF-Politikers François Léotard wurde es als Selbstverständlichkeit akzeptiert, dass Europa anders als Frankreich keine Nation sei (LF 10.12.1991:2a).

1906 LF 27.11.1991:2.

veränität – nur dass diese in seinen Augen durch den Ausbau der EG nicht geschwächt, sondern gestärkt werde:

Quand la souveraineté monétaire française se mesure aux sept à huit minutes qui nous sont nécessaires pour nous aligner sur la Bundesbank, il faut faire l'Europe monétaire et que la France pèse de son vrai poids sur les décisions prises [...] par la future banque centrale européenne. [...] Pour que la France reste la France, il faut faire l'Europe.<sup>1907</sup>

Im gleichen Sinn erklärte auch der frühere Außenminister Jean François-Poncet in einem Interview, die europäische Integration gefährde nicht die nationale Identität, sondern beschütze diese vielmehr vor externen Bedrohungen wie dem „impérialisme technologique [...] du Japon“, der „pression démographique [...] de l'Afrique“ oder der „instabilité [...] en Europe orientale et en URSS“. Dabei gelte es freilich auf den Erhalt der „diversités nationales“ in der EG zu achten: „Si fédération il y a un jour, ce devra être la fédération al plus décentralisée du monde.“<sup>1908</sup> Und selbst CDS-Generalsekretär Bernard Bosson, der den Vertrag nachdrücklich verteidigte, betonte in einem Interview, seine Partei wolle keinen „super État qui gommerait les identités nationales“, sondern „construire l'Europe des nations“.<sup>1909</sup>

In den meisten Beiträgen der *Figaro*-Debatte ging die Verteidigung der „nation“ einher mit einer Kritik am Begriff der „vocation fédérale“, die in der Vertragsreform festgeschrieben werden sollte.<sup>1910</sup> Kurz vor dem Gipfel zitierte *Le Figaro* ausführlich aus einem „manifeste anti-Maastricht“, in dem Séguin und andere RPR-Abgeordnete erklärten, „construire une Europe fédérale intégrée à douze“ bedeute „faire l'Europe contre les nations et contre les peuples“.<sup>1911</sup> Auch der vergleichsweise integrationsfreundliche UDF-Politiker François Léotard betonte in seinem Gastkommentar: „Aimer l'Europe, c'est d'abord accepter qu'elle soit plurielle, et il est vrai que rien n'est moins fédéral qu'une culture.“<sup>1912</sup>

Stattdessen verteidigten die meisten Beiträge explizit ein intergouvernementales Modell mit weitreichenden Vetorechten, das häufig – wie bei Sé-

---

1907 Ebd.

1908 LF 07.12.1991:2a.

1909 LF 13.12.1991:6a.

1910 So etwa LF 27.11.1991:2, LF 04.12.1991:2, LF 06.12.1991:2b. Besonders drastisch äußerte sich auch in diesem Fall Le Pen, der von „l'Europe des ‚fédérastes“ sprach (LF 11.12.1991:7).

1911 LF 07.12.1991:8.

1912 LF 10.12.1991:2a.

guin – als „Confédération“ bezeichnet wurde.<sup>1913</sup> So forderte Chevènement anstelle der supranationalen EG eine „confédération“ als „construction de l'Europe dans le respect des nations“.<sup>1914</sup> Léo Hamon erklärte, „l'Europe naturelle et légitime ne peut être qu'une Europe des nations, d'États reconnus dans leur originalité respective“.<sup>1915</sup> Alain Peyrefitte forderte „le courage de progresser dans la coopération transnationale sans basculer dans l'aventure supranationale“ und erklärte die Umkehrbarkeit von Kompetenzübertragungen zum entscheidenden Prüfstein:

Déléguer des compétences révocables est nécessaire. Consentir des abandons de souveraineté irrévocables est dangereux.<sup>1916</sup>

Und sogar Le Pen, der von allen französischen Politikern am offensten nationalistisch argumentierte, sprach sich für eine intergouvernementale „Europe confédérale [...] dans le respect de l'identité des peuples [...] et des indépendances nationales“ aus.<sup>1917</sup>

Trotz der klar antiföderalistischen Stoßrichtung in der Debatte fand sich in den *Figaro*-Gastbeiträgen allerdings kein einziger positiver Bezug auf den britischen Regierungschef John Major als möglichen weltanschaulichen Partner und Verbündeten in den Vertragsverhandlungen.<sup>1918</sup> Zwar hatten verschiedene Argumente der gaullistischen Europaskeptiker – etwa die Essenzialisierung der nationalen Identität oder die Forderung nach einer schnellen Erweiterung anstelle einer Vertiefung der EG – große Ähnlichkeit mit jenen, die auch in der Conservative Party und der *Times* ver-

---

1913 LF 27.11.1991:2.

1914 LF 05.12.1991:2a. Dabei zeigte sich der frühere PS-Verteidigungsminister seiner Partei gegenüber so weit loyal, dass er die „juste perspective“ einer Konföderation François Mitterrand zuschrieb. Dass Mitterrand die Konföderation als eine Ergänzung, nicht als Alternative zur supranationalen EG vorgeschlagen hatte, thematisierte Chevènement in dem Gastkommentar nicht.

1915 LF 04.12.1991:2.

1916 LF 09.12.1991:1a. Allerdings begrüßte Peyrefitte ausgerechnet die Währungsunion, eine der am schwersten umkehrbaren Maßnahmen, ausdrücklich, da sie Europa zur „plus grande puissance économique [...] du monde“ mache.

1917 LF 11.12.1991:7. Außerdem erklärte Le Pen auch seine Unterstützung für das Modell einer Gemeinschaftswährung, die mit den nationalen Währungen koexistieren würde – ohne darauf hinzuweisen, dass dieser Vorschlag ursprünglich von dem gaullistischen RPR und den britischen Konservativen stammte.

1918 Generell kam der britische Widerstand gegen die „vocation fédérale“ im *Figaro* bis kurz vor dem Gipfel nur eher selten vor und wurde dann sogar meist kritisch gesehen: Beispielsweise wurde der britische Außenminister Douglas Hurd in einem Interview gefragt, ob der absehbare Verzicht auf den Begriff nicht nur eine „mince victoire sur la sémantique“ sei (LF 06.12.1991:5).

breitet waren. Dieser Zusammenhang wurde in der Debatte jedoch an keiner Stelle deutlich gemacht.

Wenn die Kommentare im *Figaro* sich ausdrücklich an politische Akteure wandten, so waren dies vielmehr stets Franzosen: Teils wurden François Mitterrand und die französische Regierung für ihre Europapolitik kritisiert,<sup>1919</sup> teils wurde die gaullistische Opposition aufgefordert, sich stärker gegen die geplante Vertragsreform einzusetzen.<sup>1920</sup> Obwohl die zentralen Themen der Debatte wie die nationale Souveränität und Identität durchaus auch auf andere Länder verallgemeinerbar waren, ließen die Autoren immer wieder erkennen, dass es ihnen letztlich doch vor allem um die Souveränität des *eigenen* Landes Frankreich ging. Besonders deutlich wurde dies zum Beispiel in einem (vergleichsweise integrationsfreundlichen) Beitrag des gaullistischen Abgeordneten Jacques Baumel, der mit dem Fazit endete:

Faire l'Europe sans défaire les nations, *et notamment la France*, telle est bien la « quadrature du cercle » de Maastricht.<sup>1921</sup>

„*N'en faisons pas un problème de politique intérieure*“: Entkoppelung zwischen nationaler und europäischer Debatte

Diese fehlende Verbindung zwischen der innerfranzösischen Debatte einerseits und den zwischenstaatlichen Verhandlungen andererseits zeigte sich auch in der übrigen Berichterstattung. Trotz der allgemeinen Belebung der europapolitischen Auseinandersetzung zogen die französischen Zeitungen nach wie vor kaum Verbindungen von den französischen Kontroversen zu den Konflikten zwischen Akteuren auf europäischer Ebene. Insbesondere gab es nur wenige Artikel, die die Positionen der französischen Parteien in Bezug zu ihren europäischen Parteienfamilien setzten.

Das markanteste Gegenbeispiel ist dabei ein Interview, das *Le Figaro* kurz nach dem Gipfel mit dem CDS-Generalsekretär Bernard Bosson führte. Dieser betonte, auch wenn Mitterrand sich für die Ergebnisse von Maastricht feiern lasse, sei es falsch, die Einigung als „le succès des socialistes“ zu bezeichnen. Schließlich seien von den zwölf EG-Regierungen nur

---

1919 Z. B. LF 06.12.1991:2b, LF 09.12.1991:1a.

1920 Z. B. LF 06.12.1991:2b.

1921 LF 06.12.1991:2a (Hervorh. MM).

zwei sozialistisch, hingegen sechs christdemokratisch und vier „divers droite“:

C'est le centre et le centre-droit qui ont fait Maastricht. Par pitié, n'en faisons pas un problème de politique intérieure.<sup>1922</sup>

Implizit versuchte Bosson – selbst Vertreter einer zentristischen Partei – offenbar, mit diesem Argument den Gipfel zu einem Erfolg seiner eigenen politischen Familie zu erklären, obwohl das CDS selbst als nationale Oppositionspartei nicht an den Verhandlungen beteiligt gewesen war. Seine Ablehnung einer Behandlung des Themas als „problème de politique intérieure“ führte insofern etwas in die Irre: Was Bosson kritisierte, war eher der mitgliedstaatlich-außenpolitische Deutungsrahmen, der es der PS-Regierung erlaubte, den Gipfel als ihren eigenen Erfolg zu präsentieren. Stattdessen griff Bosson auf ein *europäisch-innenpolitisches* Deutungsmuster zurück, das die Regierungschefs in Maastricht nicht als Vertreter ihres Landes, sondern als Repräsentanten ihrer jeweiligen europäischen Parteienfamilie verstand.

Im Diskurs der französischen Zeitungen blieb eine solche Interpretation allerdings eine klare Ausnahme. Weder *Le Monde* noch *Le Figaro* übernahmen das europäisch-innenpolitische Deutungsmuster in Leitartikeln oder in der Berichterstattung. Insbesondere die Übereinstimmungen zwischen RPR und Conservative Party wurden nicht als Ausdruck einer gemeinsamen grenzüberschreitenden Weltanschauung beschrieben. Vielmehr wurde die Haltung der britischen Regierung – ganz im Sinne einer mitgliedstaatlich-außenpolitischen Deutung – meist als Ausdruck der britischen politischen Kultur oder nationaler Interessen beschrieben, während die Position der Gaullisten im Wesentlichen als ein *nationaler* Gegenentwurf zur Europapolitik Mitterrands erschien.

Einen Besuch des RPR-Politikers Édouard Balladur bei britischen Regierungsmitgliedern interpretierte *Le Monde* deshalb nicht etwa als Treffen von Mitgliedern einer gemeinsamen europäisch-weltanschaulichen Bewegung, sondern eher als eine Art Sonderform der nationalen Diplomatie: Es sei ein Zeichen des „intérêt que l'on porte à Londres sur la situation politique en France“, auch wenn Balladur „n'entend à ce stade représenter que lui-même“.<sup>1923</sup> *Le Figaro* wiederum betonte zu diesem Anlass vor allem die Unterschiede zwischen Balladur und den britischen Konservativen und er-

---

1922 LF 13.12.1991:6a. Wenige Tage später zitierte auch *Le Monde* Bosson mit einer ähnlichen Formulierung (LM 17.12.1991:12a).

1923 LM 15.12.1991:4b.



klärte diese unter anderem mit einer besonderen nationalen Sichtweise der Briten, die ihrer geografischen Lage geschuldet sei: „Protégé [sic] par la barrière naturelle que représente la Manche, les Britanniques s’en tiennent à leur doctrine traditionnelle.“<sup>1924</sup>

Dieser weitgehende Verzicht auf transnational-weltanschauliche Deutungsmuster führte dazu, dass die Debatte über die nationale Europapolitik und die Auseinandersetzung über die zwischenstaatlichen Verhandlungen auch inhaltlich größtenteils unverbunden blieben. Verschiedene Argumente für oder gegen die Vertragsreform nahmen deshalb je nach Debattebereich unterschiedliche Form an.

Ein klares Beispiel dafür ist die Diskussion über die mögliche Rückkehr des Nationalismus in Europa: Wie oben dargestellt griffen in der Berichterstattung über die zwischenstaatlichen Verhandlungen beide Zeitungen immer wieder das Argument auf, dass ein Ausbau der EG nach dem Berliner Mauerfall sinnvoll sei, um nationale Alleingänge zu verhindern und dadurch Vertrauen zwischen den Regierungen zu schaffen. In der innerfranzösischen Debatte wurde in diesem Zusammenhang hingegen immer wieder auf die das Problem der Akzeptanz der EG im Inland verwiesen. Neben den oben zitierten Gastbeiträgen im *Figaro*, die vor einer nationalistischen Gegenreaktion auf die europäische Integration warnten, verwies auch ein Kommentar in *Le Monde* über die Europadebatte in der Nationalversammlung auf die Sorge vieler Abgeordneter, dass eine „intégration européenne à marche forcée“ den Nationalismus noch weiter anheizen könne.<sup>1925</sup> In ähnlicher Weise konstatierte auch eine Umfrage im *Figaro* eine wachsende Angst der Franzosen um ihre nationale Identität, die durch die europäische Integration gefährdet sei.<sup>1926</sup>

Daneben gestaltete sich auch die Debatte über die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik je nach Kontext unterschiedlich aus. Diese stand zwar jeweils im Mittelpunkt der Auseinandersetzung über die Politische Union.<sup>1927</sup> Doch während in der Berichterstattung über die zwischenstaatlichen Verhandlungen in diesem Zusammenhang vor allem die Kompetenzverteilung zwischen Kommission und Europäischem Rat sowie das Verhältnis zu WEU und NATO thematisiert wurden, ging es in der inner-

---

1924 LF 14.12.1991:4.

1925 LM 29.11.1991:8b.

1926 LF 02.12.1991:6a.

1927 So war die europäische Selbstbehauptung auf globaler Ebene ein zentrales Thema der Debatte in der Nationalversammlung Ende November (LM 28.11.1991:8b).

französischen Debatte eher um die Wahrung des eigenen nationalen Einflusses. So hob Außenminister Dumas in der Nationalversammlung nicht nur hervor, dass Europa durch die gemeinsame Außenpolitik zur „première puissance mondiale“ werden könne<sup>1928</sup> – sondern auch, dass dadurch weder der französische Sitz im UN-Sicherheitsrat noch die französische Nuklearbewaffnung noch das französische „droit à faire la guerre ou la paix“ gefährdet seien.<sup>1929</sup> Dieselben Forderungen erhob auch Séguin in seinem Gastbeitrag im *Figaro*.<sup>1930</sup> In der Debatte über die zwischenstaatlichen Verhandlungen spielten sie hingegen überhaupt keine Rolle.

Besonders deutlich wird die Entkoppelung der nationalen französischen Debatte von den Verhandlungen auf europäischer Ebene jedoch an einem Artikel, in dem *Le Monde* einen Tag vor dem Gipfel von Maastricht verschiedene europapolitische Stellungnahmen französischer Politiker zusammenstellte. Einige der darin aufgegriffenen Äußerungen bezogen sich zwar auf konkrete Aspekte der Vertragsreform, die in Maastricht tatsächlich auf der Tagesordnung standen: So sprach sich der UDF-Präsident Valéry Giscard d'Estaing für einen möglichst frühen Übergang zur dritten Stufe der Währungsunion aus, der RPR-Politiker Philippe Séguin kritisierte die gemeinsame europäische Verteidigung. In anderen Fällen ging es jedoch auch um gänzlich andere Ideen, die offensichtlich nicht Thema des Gipfels waren: Der PS-Politiker Michel Vauzelle schlug vor, das Ziel einer europäischen „confédération“ wiederzubeleben; der CDS-Vorsitzende Pierre Méhaignerie forderte eine Wahlrechtsreform, um die französischen Europaabgeordneten künftig in regionalen Wahlkreisen zu wählen.<sup>1931</sup> Teilweise setzte sich dies selbst in den Tagen *nach* dem Gipfel noch fort, in denen Vertreter der französischen Opposition weiterhin Vorschläge für europäische Reformen vorbrachten. Zum Beispiel schlug Édouard Balladur vor, die Sparrate als weiteres Konvergenzkriterium für die Währungsunion einzuführen<sup>1932</sup> – ohne dass in den Medien thematisiert wurde, dass es nach der Einigung in Maastricht für solche Änderungen bereits zu spät war.

Die zeitlichen Abläufe des gesamteuropäischen Verfahrens spielten in der nationalen parteipolitischen Debatte also so gut wie keine Rolle. Der Umstand, dass bestimmte Vorschläge faktisch nicht mehr in die Vertragsverhandlungen eingebracht werden konnten, hielt die französischen Poli-

---

1928 LM 29.11.1991:8b.

1929 LM 29.11.1991:8c.

1930 LF 27.11.1991:2.

1931 LM 08.12.1991:3a.

1932 LM 15.12.1991:4b.

tiker nicht davon ab, sich dennoch in der Öffentlichkeit dafür einzusetzen. Eine Erklärung hierfür mag sein, dass die öffentlichen Stellungnahmen der Parteivertreter letztlich nicht wirklich auf konkrete Änderungen an der Vertragsreform abzielten. Vielmehr versuchte die Regierung, wie Kommentare in beiden Zeitungen analysierten, angesichts der Misserfolge in anderen Bereichen die gelungene europäische Vertragsreform auch zur innenpolitischen Profilierung zu nutzen, um dadurch ihre Aussichten bei den nächsten nationalen Parlamentswahlen zu verbessern.<sup>1933</sup> Die Opposition wiederum reagierte darauf, indem sie mit eigenen europapolitischen Entwürfen einen Teil der medialen Aufmerksamkeit auf sich zog, auch wenn bereits vorab feststand, dass diese Gegenvorschläge keine Aussicht auf Verwirklichung mehr hatten.

Der Gipfel von Maastricht diente den Parteien insofern lediglich als symbolischer Anlass, um die bereits etablierten innerfranzösischen Gegensätze zwischen Integrationsbefürwortern und Souveränitätsverteidigern neu zu inszenieren. Auffällig ist allerdings, dass auch die Zeitungen diese Form der Auseinandersetzung zwischen den französischen Parteien nicht hinterfragten. Zugleich verhinderte die Abkoppelung der nationalen von der zwischenstaatlichen Europadebatte auch eine transnational-weltanschauliche Ausweitung der Parteiengegensätze: Der Vertrag von Maastricht wurde in der französischen Öffentlichkeit deshalb zwar zu einem wichtigen innenpolitischen Thema – aber eben zu einem Thema der *nationalen*, nicht der europäischen Innenpolitik. Trotz einer starken Politisierung blieb die Debatte letztlich in einem nationalen Diskursraum verhaftet.

„*Deux citoyennetés*“: Unionsbürgerschaft und Ausländerwahlrecht als Streitthemen der Ratifikationsdebatte

Die Bedeutung, die die Vertragsreform für das Prestige der französischen Regierung hatte, zeigte sich nach dem Gipfel in einer Reihe von Äußerungen über die historische Bedeutung der Einigung von Maastricht und die Rolle, die Mitteleuropa darin gespielt hatte. Vor allem *Le Monde* zitierte zahlreiche sehr positive Stellungnahmen. So betonte die Europa-Vizeministerin Elisabeth Guigou, durch den Vertrag von Maastricht würden erstmals die Mittel geschaffen „de faire l'Europe politique voulue, dès le départ, par

---

1933 LF 26.11.1991:6, LM 04.12.1991:1c.

les pères fondateurs de la Communauté“.<sup>1934</sup> Regierungssprecher Jack Lang erklärte den Gipfel zu einem „événement de portée historique qui constitue un bond en avant vers ces ‚États-Unis d’Europe‘ dont rêvait naguère Victor Hugo“. Dieser Erfolg sei vor allem auf „l’entêtement‘ personnel“ Mitterrands zurückzuführen, der seiner Rolle als „un ouvrier de la première heure de la construction européenne“ gerecht geworden sei.<sup>1935</sup> Auch der Parteivorstand des PS erklärte „que l’histoire reconnaîtra en M. François Mitterrand l’un des artisans majeurs d’une construction sans précédent“.<sup>1936</sup> Demgegenüber fiel die die Auswahl der Reaktionen auf den Gipfel im *Figaro* etwas regierungskritischer aus. So wurde Giscard d’Estaing hier mit der Formulierung zitiert, dass das deutsch-französische Paar in Maastricht gut funktioniert habe, wobei allerdings festzustellen sei „que l’Allemagne a roulé en tête“.<sup>1937</sup> Der RPR-Politiker Balladur warnte vor übertriebenem Lob für den Vertrag, „car ‚la face du monde n’est pas changée“.<sup>1938</sup> Hinzu kam das bereits oben zitierte *Figaro*-Interview mit dem CDS-Generalsekretär Bernard Bosson, der Maastricht nicht als „le succès des socialistes“ verstanden wissen wollte.<sup>1939</sup> Im Übrigen zeigten sich bei der Bewertung des Gipfels die üblichen Parteipositionen: Während die meisten Vertreter von PS, CDS und UDF die in Maastricht erzielten Fortschritte lobten, ging die Reform einzelnen Politikern der zentristischen Oppositionsparteien nicht weit genug. RPR und PCF kritisierten die Aufgabe nationaler Souveränität, und der PS-Europaskeptiker Jean-Pierre Chevènement begrüßte, dass auf dem Gipfel die „vocation fédérale“ aus dem Vertrag gestrichen worden war.<sup>1940</sup>

Wichtiger als diese unterschiedlichen Bewertungen der Leistung Mitterrands in Maastricht war allerdings die Debatte darüber, wann und wie Frankreich die europäische Vertragsreform ratifizieren würde. Diese Frage gewann nach dem Gipfel schnell an Bedeutung, wobei in der Berichterstattung von *Le Monde* etwas überraschend vor allem die Bestimmungen über die Unionsbürgerschaft in den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit rückten. Nachdem diese in den französischen Medien zuvor kaum diskutiert worden waren, entwickelten sie sich nun zu einem zentralen Streitpunkt. Im

---

1934 LM 13.12.1991:10c.

1935 LM 13.12.1991:11a. *Le Monde* kommentierte diese Zitate allerdings auch etwas spöttisch mit der Feststellung: „C’est ainsi qu’on bâtit les sagas.“

1936 LM 13.12.1991:10a.

1937 LF 13.12.1991:6c.

1938 Ebd.

1939 LF 13.12.1991:6a.

1940 Vgl. LM 12.12.1991:3d, LM 13.12.1991:10a, LF 13.12.1991:6b.

Mittelpunkt stand dabei das im Vertrag vorgesehene Recht aller Unionsbürger, jeweils am Wohnort an Kommunalwahlen teilzunehmen, das eine Änderung der französischen Verfassung erforderlich machte. Dieser Umstand war zwar an sich keine Neuigkeit, wurde nun – nach der Einigung über den Vertrag – jedoch erstmals auch in den Medien wahrgenommen.<sup>1941</sup>

Hinzu kam, dass Mitterrand erst wenige Wochen zuvor den Plan zu einer umfassenden nationalen Verfassungsreform angekündigt hatte, die mehrere französische Institutionen (unter anderem die Amtsdauer des Staatspräsidenten sowie die Macht der Gerichte und der Nationalversammlung) betreffen sollte. Unmittelbar nach dem Gipfel spekulierten beide Zeitungen deshalb zunächst über eine Zusammenlegung der Ratifizierung des Vertrags von Maastricht mit der nationalen Verfassungsänderung zu einem einzigen großen Reformprojekt.<sup>1942</sup> Und obwohl die Regierung einige Tage später erklärte, dass sie beide Vorhaben getrennt behandeln würde,<sup>1943</sup> blieben die Debatten darüber auch in der Folgezeit eng miteinander verzahnt. In der öffentlichen Auseinandersetzung über die Ratifikation des Vertrags spielten deshalb dessen Auswirkungen auf das *nationale* politische System von Anfang an eine weitaus wichtigere Rolle als seine gesamt-europäischen Implikationen.

Dies zeigte sich besonders in der Diskussion über das Unionsbürgerwahlrecht, die sich rasch zu einer Kontroverse über ein allgemeines Ausländerwahlrecht erweiterte. Dieses war ein traditioneller Streitpunkt zwischen den französischen Parteien: Während sich PS und PCF dafür einsetzten, lehnten die konservativen Parteien eine entsprechende Verfassungsreform ab.<sup>1944</sup> In einer ersten Reaktion auf den Gipfel von Maastricht verknüpfte unter anderem der PS-Abgeordnete François Hollande beide Themen ausdrücklich, indem er hervorhob, dass seine Partei sich schon lange dafür einsetze, das Wahlrecht ausschließlich an den Wohnort zu binden.<sup>1945</sup> Umgekehrt verwiesen mehrere Gegner des Unionsbürgerwahl-

---

1941 Daneben machten, wie *Le Monde* erklärte, auch die Währungsunion und die gemeinsame Asylpolitik wenigstens eine Neuinterpretation der Verfassung notwendig, da der Conseil Constitutionnel eine Übertragung von Souveränitätsrechten der Nationalversammlung 1976 verboten hatte (LM 12.12.1991:5a, LM 15.12.1991:7). Dieser Aspekt spielte in der Ratifikationsdebatte jedoch keine zentrale Rolle.

1942 LM 12.12.1991:5a, LM 13.12.1991:11a, LF 13.12.1991:6e.

1943 LM 15.12.1991:7, LM 17.12.1991:9a.

1944 LM 12.12.1991:5a.

1945 LM 13.12.1991:10c.

rechts explizit auf die nationale Souveränität, die durch die Beteiligung von Nicht-Franzosen an Kommunalwahlen untergraben werde. In diesem Sinn äußerten sich sowohl Jean-Pierre Chevènement als Anführer des europaskeptischen Flügels innerhalb des PS<sup>1946</sup> als auch ein Sprecher des rechtsextremen Front National.<sup>1947</sup> Zwei Vertreter von RPR und CDS wiederum erklärten, dass das Unionsbürgerwahlrecht den „patriotisme de nos concitoyens“ verletzen und daher letztlich dem FN nutzen könnte.<sup>1948</sup> Der PCF schließlich blieb bei seiner Ablehnung der Maastrichter Vertragsreform, verwies jedoch darauf, dass er grundsätzlich ein allgemeines Ausländerkommunalwahlrecht unterstütze.<sup>1949</sup>

Die starke Vermischung beider Themen führte schließlich dazu, dass François Mitterrand in einer Fernsehansprache am 15. Dezember eigens betonte, bei der Unionsbürgerschaft handle es sich um einen gemeinsamen Beschluss aller EG-Staaten, „et ce ne sont pas [...] nos débats franco-français qui ont orienté cette discussion à douze“. Es dürfe daher keine „confusion“ zwischen dem Unionsbürgerwahlrecht und einem allgemeinen Wahlrecht für Immigranten aus anderen Ländern geben, welches aktuell nicht zur Debatte stehe.<sup>1950</sup> An den Stellungnahmen der übrigen Parteien änderte sich durch diese Erklärung allerdings nichts: Noch am selben Tag erklärten der RPR-Abgeordnete Nicolas Sarkozy und der nationalkonservative UDF-Politiker Philippe de Villiers erneut, dass das Unionsbürgerwahlrecht als erster Schritt zu einem allgemeinen Ausländerwahlrecht abzulehnen sei,<sup>1951</sup> und auch RPR-Generalsekretär Alain Juppé warnte vor einem „effet de contagion“.<sup>1952</sup> Verschiedene RPR-Politiker forderten deshalb sogar ein Referendum „sur le droit de vote des étrangers“ – ohne zu erklären, wie eine Ablehnung des Unionsbürgerwahlrechts vom Rest des Vertrags von Maastricht zu trennen sein sollte.<sup>1953</sup> Umgekehrt begrüßte die Nichtregierungsorganisation *Mouvement contre le racisme et pour l'amitié*

---

1946 Ebd.

1947 LM 14.12.1991:10.

1948 LM 13.12.1991:10c, ähnlich LM 15.12.1991:4b. Die Mehrheit in der UDF stand der Unionsbürgerschaft allerdings durchaus offen gegenüber – was *Le Monde* zum Anlass nahm, um wieder einmal die Zerstrittenheit der Opposition hervorzuheben (LM 14.12.1991:10).

1949 LM 14.12.1991:10.

1950 LM 17.12.1991:8–12, ähnlich LF 16.12.1991:6b.

1951 LM 17.12.1991:12b, ähnlich wenig später auch Jacques Chirac in einem Gastkommentar in *Le Monde* (LM 21.12.1991:1b).

1952 LF 17.12.1991:9.

1953 LM 17.12.1991:9b, ähnlich LF 17.12.1991:1a, LF 17.12.1991:9, LM 17.12.1991:12b, LM 17.12.1991:9b. In einem anderen Artikel hatte *Le Monde*

*entre les peuples* zwar das Wahlrecht für EG-Bürger, bedauerte jedoch zugleich „que ce propos et cette volonté politique excluent les immigrés non membres de la Communauté“. <sup>1954</sup> Die CDS-Politiker Pierre Méhaignerie und Bernard Bosson schließlich erklärten, die Debatten über das (vom CDS abgelehnte) Ausländerwahlrecht und das (vom CDS befürwortete) Wahlrecht für Europäer sollten nicht vermengt werden – und warfen Mitterrand trotz dessen Rede explizit vor, genau dies aus wahltaktischen Gründen anzustreben. <sup>1955</sup>

Wie wenig die europäische Unionsbürgerschaft in der öffentlichen Wahrnehmung angekommen war, zeigte sich auch in einem *Figaro*-Artikel, der die Frage aufwarf, ob eine Unterscheidung zwischen „l'étranger qui est ressortissant européen“ und „l'étranger qui est ressortissant d'un pays tiers“ verfassungsrechtlich überhaupt möglich sei. Mitterrand habe dazu erklärt, dass Frankreich zu keinem außereuropäischen Staat ein mit der EG vergleichbares Verhältnis habe. Dieses Argument aber ließ die Zeitung nicht ohne Weiteres gelten:

Selon le président de la République, « nous avons désormais deux citoyennetés » : la citoyenneté française et la citoyenneté européenne. Affirmation qui n'est pas démonstration, et qui, en tout cas, ne suscite pas adhésion spontanée. <sup>1956</sup>

Das verspätete Interesse und geringe Verständnis für das neue Konzept der Unionsbürgerschaft verdeutlichen, dass die Maastrichter Vertragsverhandlungen in den französischen Medien zu keinem Durchbruch bei der Entstehung einer europäischen Identität geführt hatten. Im Gegenteil konzentrierte sich die nun einsetzende Debatte – trotz Mitterrands öffentlicher Kritik an der Fokussierung auf „nos débats franco-français“ <sup>1957</sup> – fast ausschließlich auf die Auswirkungen, die ein Ausländerwahlrecht auf das na-

---

kurz nach dem Gipfel die Möglichkeit angesprochen, dass Frankreich bei der Ratifikation des Vertrags einen Vorbehalt gegen das Unionsbürger-Kommunalwahlrecht einlegen könne, falls die notwendige Mehrheit im Parlament andernfalls nicht zustande käme. Allerdings habe Mitterrand ein solches Vorgehen ausgeschlossen (LM 12.12.1991:5a).

1954 LM 17.12.1991:12b. Auch eine Erklärung des UDF-Abgeordneten Gérard Longuet, er unterstütze ein Wahlrecht für Ausländer, solange umgekehrt auch Franzosen das Wahlrecht im Ausland hätten und es zudem ein Militärbündnis mit dem anderen Land gebe, war erkennbar auf ein allgemeines Ausländerwahlrecht bezogen und nicht auf die Unionsbürgerschaft (LM 20.12.1991:9).

1955 LM 17.12.1991:12a.

1956 LF 17.12.1991:9.

1957 LM 17.12.1991:8–12.

tionale politische System Frankreichs haben würde. Die Unionsbürgerschaft erschien damit als ein Thema der *nationalen* Verfassungspolitik, das letztlich nur Frankreich allein betraf. Dass umgekehrt auch die Franzosen in anderen EG-Mitgliedstaaten zusätzliche Rechte gewinnen würden, wurde dabei ebenso wenig thematisiert wie die Bedeutung des neuen Rechtsstatus der Unionsbürger für die Demokratisierung der Europäischen Gemeinschaft insgesamt.

„*Les Français seront consultés*“: Debatte über das Ratifikationsverfahren

Parallel zu dieser Diskussion über das Ausländerwahlrecht entwickelte sich zwischen den französischen Parteien auch eine breite Debatte, ob die für die Ratifikation notwendige Verfassungsänderung parlamentarisch oder per Volksabstimmung durchgeführt werden sollte. Nachdem die Möglichkeit eines Referendums vor dem Gipfel von Maastricht fast überhaupt nicht thematisiert worden war,<sup>1958</sup> brachte sie François Mitterrand zwei Tage nach dem Gipfel erstmals in einer Fernsehansprache ins Spiel. Auch wenn der Präsident sich dabei zunächst noch nicht festlegte, schrieben die französischen Zeitungen diesem Aspekt der Rede große Bedeutung zu: So wählte *Le Monde* als Überschrift für den entsprechenden Artikel das Zitat „*Les Français seront consultés, soit directement, soit par leurs élus*“ – ohne darauf einzugehen, dass diese Ankündigung eigentlich inhaltslos war, da sie nur die verschiedenen verfassungsrechtlich vorgesehenen Optionen aufzählte.<sup>1959</sup> Auch als Mitterrand wenig später in einer zweiten Ansprache noch einmal ankündigte, die Ratifikation „*soit au Parlement seul, soit au peuple par référendum*“ vorlegen zu wollen, titelte *Le Monde* mit „*M. Mitterrand n'exclut pas un référendum sur les accords de Maastricht*“.<sup>1960</sup>

---

1958 Nur ganz am Rand hatte *Le Monde* den CDS-Vorsitzenden Pierre Méhaignerie zitiert, der erklärt hatte, dass „un succès même partiel de Maastricht pourrait conduire [...] à [...] un référendum sur l'Europe“. In diesem Fall würde das CDS für ein Ja-Votum sein, sofern es nur um „les choix européens que nous défendons“ gehe, jedoch ein Nein unterstützen, wenn Mitterrand mit dem Referendum „une approbation de la mauvaise gestion socialiste de l'Etat“ anstrebe (LM 08.12.1991:3a).

1959 LM 13.12.1991:10b. Am selben Tag stellte *Le Monde* einen möglichen Zeitplan vor, dem zufolge der EU-Vertrag bis März 1992 unterzeichnet würde, worauf dann nach einer erfolgreichen Verfassungsreform die Ratifikation im französischen Parlament folgen könne (LM 13.12.1991:8d).

1960 LM 17.12.1991:1b. Ein Kommentar am selben Tag erläuterte ausführlich die verschiedenen rechtlichen Optionen für die Ratifikation und die Verfassungs-



Wichtiger als die zusätzliche Legitimität, die von der Volksabstimmung ausgehen könnte, nahmen beide Zeitungen allerdings von Anfang an deren wahltaktische Bedeutung. So kritisierte *Le Figaro*, dass Mitterrand sich nicht klar zum Ratifikationsverfahren geäußert habe, und sah dahinter strategisches Kalkül des Präsidenten: „Ses intentions [...] reteront son secret jusqu'au moment opportun, choisi par lui seul.“<sup>1961</sup> Beide Zeitungen erklärten, ein Referendum über den Vertrag könne für Mitterrand eine Chance sein, um die europapolitische Spaltung der Opposition zu vertiefen.<sup>1962</sup> Ein weiterer Kommentar in *Le Monde* beschrieb den Gipfel von Maastricht als die „[p]remière performance perceptible qu'il [Mitterrand] ait à son actif depuis plusieurs mois“, und drückte die Erwartung aus, dass der PS versuchen würde, daraus parteipolitisches Kapital zu schlagen.<sup>1963</sup> Wieder andere Artikel erwarteten, dass Mitterrand versuchen würde, die anstehenden Verfassungsänderungen zu nutzen, um seine persönliche Popularität in der französischen Bevölkerung zu verbessern.<sup>1964</sup> Ein Leitkommentar im *Figaro* betonte allerdings auch die Risiken einer solchen Strategie: Mit Maastricht vollende Mitterrand eine ideologische Wende, die ihn vom Versuch einer „rupture avec le capitalisme“ in den ersten Amtsjahren hin zu „l'Europe libérale“ geführt habe, die künftig „toute manipulation politique, économique ou sociale, d'origine socialiste“ unmöglich mache. Ob das den Umfragewerten des Präsidenten helfen werde, sei jedoch zweifelhaft:

---

änderung. So müsse eine Verfassungsreform sowohl von der Nationalversammlung als auch vom Senat verabschiedet und dann entweder bei einer gemeinsamen Sitzung beider Parlamentskammern mit Drei-Fünftel-Mehrheit oder durch ein Referendum bestätigt werden. Dabei könne nach der Verfassungsinterpretation De Gaulles auch das gesamte Verfahren durch ein Referendum ersetzt werden – was allerdings von Verfassungsrechtlern und auch von Mitterrand selbst abgelehnt werde. Nach der Verfassungsänderung könne dann die Ratifikation des Vertrages selbst erfolgen, und zwar entweder durch eine Mehrheit beider Parlamentskammern oder ebenfalls qua Referendum (LM 17.12.1991:9a).

1961 LF 13.12.1991:6e.

1962 LM 12.12.1991:5a, LF 17.12.1991:1b.

1963 LM 17.12.1991:1a. Tatsächlich hatte kurz nach dem Gipfel ein PS-Parteitag stattgefunden, auf dem mehrere Redner gefordert hatten, die Unterstützung für Maastricht als ein Projekt zur Mobilisierung der politischen Linken gegen das RPR und die extreme Rechte zu nutzen (LM 15.12.1991:1).

1964 LM 13.12.1991:11a, ähnlich LM 17.12.1991:8b, LM 17.12.1991:1a. Passend dazu veröffentlichte *Le Monde* die Ergebnisse einer Umfrage, in der 29 % der Befragten ihre Zustimmung, 58 % ihre Ablehnung zu Mitterrand ausgedrückt hatten (LM 13.12.1991:11b).

M. Mitterrand peut-il se refaire une santé sur l'Europe? Les socialistes ne sont pas les derniers à craindre qu'un référendum, sur tel aspect constitutionnel du traité européen, ne puisse aussi bien se retourner contre le président.<sup>1965</sup>

Tatsächlich waren es nicht die Sozialisten, sondern vor allem die Oppositionsparteien, die in den folgenden Tagen Position zu dem möglichen Referendum bezogen. So erklärte der parteilose, aber dem CDS nahestehende Abgeordnete Raymond Barre seine Unterstützung für ein Referendum,<sup>1966</sup> die er jedoch einige Tage später widerrief.<sup>1967</sup> Die RPR-Abgeordneten Édouard Balladur und Alain Juppé forderten ebenfalls ein Referendum, allerdings nicht zum Vertrag von Maastricht insgesamt, sondern nur zum darin enthaltenen Unionsbürgerwahlrecht.<sup>1968</sup> In der UDF unterstützten hingegen nur wenige Abgeordnete wie Alain Lamassoure eine Volksabstimmung,<sup>1969</sup> während sich Giscard d'Estaing dagegen aussprach.<sup>1970</sup> Die CDS-Politiker Pierre Méhaignerie und Bernard Bosson argumentierten, dass Mitterrand damit lediglich den Gipfel von Maastricht zu seiner eigenen wahlpolitischen „bouée de sauvetage“ zu machen versuche. Dass Frankreich nach einem gescheiterten Referendum den Vertrag ablehne, während ihn alle anderen Mitgliedstaaten ratifizierten, sei ohnehin „inimaginable“.<sup>1971</sup> Sowohl die UDF-Europaabgeordnete Simone Veil als auch verschiedene CDS-Politiker warnten zudem, dass ein Referendum über den Vertrag leicht zu einer Abstimmung über den unbeliebten Präsidenten und seine Partei werden und deshalb scheitern könnte.<sup>1972</sup> Und auch Jacques Delors mischte sich in die Frage des französischen Ratifikationsverfahrens ein und erklärte, ein Referendum sei „toujours obscur“, wogegen die parlamentarische Ratifikation Gelegenheit zu „de grands débats“ biete.<sup>1973</sup>

Etwa eine Woche nach dem Gipfel klang die Debatte in den französischen Medien schließlich ab. Nachdem die UDF erklärte hatte, in eine gemeinsame „réflexion“ mit dem RPR über den Umgang mit den Ergebnis-

---

1965 LF 14.12.1991:1, ähnlich auch LF 16.12.1991:6a.

1966 LM 13.12.1991:10a, LF 13.12.1991:6a.

1967 LM 20.12.1991:9.

1968 LF 17.12.1991:1a, LM 17.12.1991:9b, LM 17.12.1991:12b.

1969 LF 16.12.1991:8a.

1970 LF 18.12.1991:7b.

1971 LM 17.12.1991:12a, ähnlich schon LF 13.12.1991:6a.

1972 LM 12.12.1991:3d, LF 13.12.1991:6a, LF 16.12.1991:8c.

1973 LM 17.12.1991:10, ähnlich schon LF 13.12.1991:6c.

sen von Maastricht eintreten zu wollen,<sup>1974</sup> kündigten beide Parteien an, vor einer offiziellen Stellungnahme zunächst den genauen Text des neuen Vertrags abzuwarten.<sup>1975</sup> Der letzte Artikel zum Gipfel von Maastricht, der kurz vor Weihnachten in *Le Monde* erschien, war schließlich ein Gastkommentar des RPR-Vorsitzenden Jacques Chirac, in dem dieser konsequent die Bedeutung des Vertrags herunterspielte: Ausdrücklich grenzte er sich von Mitterrands Aussage ab, dass Maastricht „l'un des événements les plus importants du dernier demi-siècle“ sei, und beschrieb den Gipfel als „simple étape“. Diese gehe zwar insgesamt in die richtige Richtung, nämlich einer „coopération plus étroite, plus harmonieuse entre les Etats européens“. Zugleich zeige sie jedoch auch eine Reihe von Schwächen, zu denen Chirac unter anderem das Unionsbürgerwahlrecht, das weiter bestehende Demokratiedefizit der Europäischen Kommission, die fehlende Strategie zum Aufbau Osteuropas sowie die unzureichende „défense de nos intérêts agricoles face aux Etats-Unis“ zählte. Zudem könnten die für Frankreich entscheidenden Fragen wie der Abbau der Arbeitslosigkeit ohnehin nicht auf europäischer Ebene entschieden werden.<sup>1976</sup>

„*Cela mérite un débat national*“: Der Topos der unzureichenden Debatte und die französische Souveränität

Trotz der deutlichen Belebung der europapolitischen Debatte fand sich in den französischen Medien auch im Umfeld des Gipfels von Maastricht weiterhin immer wieder der Topos, dass es in Frankreich keine ausreichende öffentliche Auseinandersetzung mit der Vertragsreform gebe. So stellte *Le Monde* in einem Artikel vor der Europadebatte in der Nationalversammlung Ende November eigens heraus, dass die Regierung willens sei, das Parlament zu informieren und an der Meinungsbildung zu beteiligen.<sup>1977</sup> Ein Bericht nach der Sitzung zitierte dann jedoch Vertreter der PS-Fraktion, die eine bessere Erklärung der Europapolitik einforderten.<sup>1978</sup> Ein

---

1974 LF 19.12.1991:8.

1975 LM 20.12.1991:9, vgl. auch schon LF 18.12.1991:7a. *Le Monde* nutzte diese Gelegenheit, um noch einmal die Gegensätze hervorzuheben, die die beiden Oppositionsparteien sowohl in der Frage des Unionsbürgerwahlrechts als auch in Bezug auf das Ratifikationsverfahren trennten (LM 20.12.1991:9).

1976 LM 21.12.1991:1b. Auch *Le Figaro* zitierte Auszüge aus Chiracs Gastbeitrag (LF 21.12.1991:8).

1977 LM 28.11.1991:8b.

1978 LM 29.11.1991:8c.

Kommentar kurz vor dem Gipfel hielt fest, dass inzwischen zwar die meisten französischen Parteien ihren integrationssskeptischen Strömungen größere Aufmerksamkeit schenkten. Dennoch bedauerten viele

que ne se soit pas engagé dans le pays un véritable débat, qui aurait mieux fait apparaître les contraintes qu'implique l'Europe et les chances qu'elle offre.<sup>1979</sup>

Verschiedene Artikel deuteten dabei an, dass es sich um ein spezifisch französisches Problem handelte, und verwiesen auf die breitere Debatte in Großbritannien<sup>1980</sup> oder anderen Ländern.<sup>1981</sup> Die Frage, wer oder was genau für die fehlende öffentliche Debatte in Frankreich verantwortlich sei, wurde in den Zeitungen jedoch meist nicht klar beantwortet. Immer wieder richteten sich die Vorwürfe allerdings gegen die Regierung, die ihre Positionen nicht ausreichend erkläre. In diesem Sinne kritisierte etwa die UDF-Europaabgeordnete Simone Veil, in der Europafrage sei es völlig unklar, wo die Regierungspartei PS stehe und ob sie überhaupt die Position François Mitterrands unterstütze.<sup>1982</sup> Aber auch Chevènement wurde im *Figaro* mit dem Vorwurf zitiert, dass „les parlementaires ont pratiquement été tenus à l'écart de la préparation d'un traité que le président de la République juge pourtant fondamental pour l'avenir de la France“.<sup>1983</sup>

Auch von europafreundlicher Seite wurde das Fehlen einer ausreichenden öffentlichen Debatte teils als Ursache für Vorbehalte der Bevölkerung gegenüber der Vertragsreform gesehen. So erklärte *Le Monde*, dass in der Nationalversammlung viele Abgeordnete besorgt seien, dass eine „intégration européenne à marche forcée, sans une véritable pédagogie explicative, sans réel débat de fond dans le pays“ als Angriff auf die nationale Identität wahrgenommen würde.<sup>1984</sup> Im gleichen Sinne berichtete *Le Figaro* über eine Umfrage, die eine „adhésion massive des Français au principe européen“, gleichzeitig aber auch eine wachsende Sorge um die nationale Identität und eine „grande ignorance des mécanismes de fonctionnement de la construction européenne“ konstatierte. Diese Ergebnisse, so die Analyse der Zeitung, seien Ausdruck einer „opinion publique mal informée sur les

---

1979 LM 06.12.1991:1a.

1980 LM 28.11.1991:8b, LM 07.12.1991:5.

1981 LF 03.12.1991:5a.

1982 LF 09.12.1991:9.

1983 LF 17.12.1991:10.

1984 LM 29.11.1991:8b.

réalités de l'Europe communautaire et inquiète quant à son avenir économique".<sup>1985</sup>

Vor allem aber entwickelte sich der Topos der unzureichenden Auseinandersetzung in den Tagen vor dem Gipfel von Maastricht zu einem Argument des europaskeptischen, national-souveränistischen Lagers. In den *Figaro*-Gastkommentaren wurde er zu einem immer wiederkehrenden Motiv, das eng mit der Vorstellung verbunden war, dass die politischen Eliten die europäische Integration gegen den Willen der Bürger vorantreiben wollten. In diesem Sinne kritisierte etwa Philippe Séguin die nach seiner Darstellung gezielte Intransparenz der Verhandlungen:

La technique est désormais bien rodée : tout se passe dans l'ombre des cabinets, dans la coulisse, dans le secret. Le débat est éludé, confisqué, escamoté. Les décisions qu'on nous annonce sont toujours présentées comme limitées dans leur portée. Ce n'est qu'après coup qu'on nous explique que leurs conséquences sont, en fait, incalculables et inéluctables. Une véritable machine infernale est ainsi mise en branle dont nous n'avons plus la maîtrise.<sup>1986</sup>

Ähnlich argumentierte auch das „manifeste anti-Maastricht“, das Séguin mit anderen RPR-Abgeordneten veröffentlichte:

Une fois de plus, sous prétexte qu'il s'agit du sens de l'Histoire, de graves décisions vont être prises sans véritables débats, sans que la nation soit informée des enjeux réels.<sup>1987</sup>

Auch Jacques Baumel, der anders als Séguin die Vertragsreform nicht grundsätzlich ablehnte, kritisierte, dass über die damit verbundenen Souveränitätsübertragungen in der nationalen Öffentlichkeit nicht hinreichend diskutiert worden seien:

C'est aux Français seuls qu'il appartient de dire s'ils veulent abdiquer [...] leurs responsabilités au profit d'instances supranationales à Bruxelles ou à Strasbourg [...]. Cette question mérite d'être posée devant l'opinion et non réglée à la sauvette dans les couloirs d'une conférence diplomatique, à partir de textes qui n'ont pas été portés à la connaissance de tous les intéressés.<sup>1988</sup>

---

1985 LF 02.12.1991:6a.

1986 LF 27.11.1991:2.

1987 LF 07.12.1991:8.

1988 LF 06.12.1991:2a.

Am drastischsten äußerte sich jedoch wiederum Jean-Marie Le Pen, der nicht nur die Regierung, sondern auch „l’aveuglement de l’opposition parlementaire face à ce que j’appelle le ‚complot européiste‘“ kritisierte und erklärte, die Machtverschiebung an Brüssel sei „pas démocratique, et ce super-État européen n’est pas voulu par la majorité des Français“.<sup>1989</sup>

Immer wieder verband sich der Topos der fehlenden Debatte schließlich auch mit dem Ruf nach einem nationalen Referendum über die Vertragsreform von Maastricht. So warnte die europaskeptische RPR-Politikerin Marie-France Garaud in einem Interview davor, dass Mitterrand mit dem Gipfel von Maastricht die Opposition spalten und eine „majorité élargie“ bilden wolle, die alle europafreundlichen Parteien (also auch UDF und CDS) umfasse. Um dies zu verhindern, dürfe das RPR dem Konflikt nicht länger aus dem Weg gehen und müsse „comprendre que la seule parade est dans le courage [...] d’appeler les Français à se ressaisir“. Notwendig sei „un grand débat sur la souveraineté de notre pays“:

Du magma de Maastricht [...], il ressort une seule chose claire : la souveraineté de la France est gravement menacée. A tout le moins, cela mérite un débat national et la sanction d’un référendum.<sup>1990</sup>

Und auch der RPR-Generalsekretär Alain Juppé forderte nach dem Gipfel in Bezug auf das Unionsbürgerwahlrecht „un référendum, c’est-à-dire l’ouverture d’un débat national“.<sup>1991</sup>

Der Widerspruch, dass es in Wirklichkeit längst eine öffentliche Debatte über die französische Europapolitik gab, die obendrein in den Tagen um den Gipfel von Maastricht stark zunahm, wurde in keinem einzigen Artikel explizit gemacht. In gewisser Weise zeigte er sich allerdings in der häufigen Verwendung von Eigentlichkeitsadjektiven wie „véritable débat“ oder „réel débat“, die implizierten, dass durchaus eine Auseinandersetzung stattfand, die nur in irgendeiner Form unzulänglich oder unangemessen sei.<sup>1992</sup> Tatsächlich fanden sich nach dem Gipfel teils sogar Warnungen vor einem Missbrauch der nationalen Debatte. So analysierte ein *Figaro*-Kommentar, Mitterrand wolle Maastricht möglichst lang im Licht der Öffentlichkeit halten, um dadurch die europapolitisch uneinige Opposition weiter zu spalten.<sup>1993</sup> Im gleichen Sinne warnten auch verschiedene Politiker

---

1989 LF 11.12.1991:7.

1990 LF 13.12.1991:6d.

1991 LF 17.12.1991:9.

1992 Vgl. LM 29.11.1991:8b, LM 06.12.1991:1a, LF 07.12.1991:8.

1993 LF 17.12.1991:1b, ähnlich auch LM 12.12.1991:5a.

von CDS und UDF im Zusammenhang mit dem Ratifikationsverfahren vor „toute tentation d'utilisation à des fins de politique intérieure“.<sup>1994</sup>

Forderungen nach einer stärkeren Europäisierung der französischen Debatte gab es hingegen wie schon in der ersten und zweiten Phase der Verhandlungen nicht. Als Thema des notwendigen „débat national“<sup>1995</sup> galt sowohl bei Europaskeptikern als auch bei Integrationsbefürwortern nicht etwa die Zukunft der EG, sondern die französische nationale Souveränität – über die, so die unhinterfragte Prämisse, die französischen Bürger letztlich allein eine nationale Entscheidung zu treffen hatten.

### 5.3 Großbritannien

#### 5.3.1 Die Debatte über die europäischen Verhandlungen

„Third EC draft treaty still defies Britain“: Fokus auf nationale Interessengegensätze und die eigene Regierung

War die Berichterstattung in Großbritannien schon während der ersten zwei Phasen der Vertragsverhandlungen intensiver gewesen als in Deutschland und Frankreich, so stieg ihr Umfang im Lauf des Jahres 1991 noch einmal stark an und erreichte vor dem Gipfel von Maastricht seinen Höhepunkt. Im Mittelpunkt standen dabei weiterhin die parteiinternen Spannungen der Conservative Party, doch auch den zwischenstaatlichen Verhandlungen waren bereits ab Anfang November 1991 mehrere Schlagzeilen gewidmet. Beide Zeitungen veröffentlichten mehrere Themenseiten zur Vertragsreform – die *Times* unter der Überschrift „Britain and Europe“, der *Guardian* unter „Road to Maastricht“.<sup>1996</sup> Daneben nutzte die *Times* sogar ein eigenes Logo mit dem Schriftzug „Countdown to Maastricht“, mit dem Artikel zu dem Thema gekennzeichnet wurden.

Allerdings waren diese Berichte noch stärker als in den anderen untersuchten Ländern auf die nationalen Regierungen als einzige relevante Akteure ausgerichtet. So veröffentlichte etwa die *Times* Mitte November eine

---

1994 LM 20.12.1991:9, ähnlich schon LF 13.12.1991:6a, LF 17.12.1991:8b, LM 17.12.1991:12a.

1995 LF 13.12.1991:6d.

1996 Z. B. TT 13.11.1991:8–9, TT 14.11.1991:8b, TT 18.11.1991:9a, TG 12.11.1991:1e0, TG 20.11.1991:8d, TG 26.11.1991:5e. In der letzten Woche vor dem Gipfel erschienen diese Themenseiten im *Guardian* täglich.

Übersicht, die alle bis zum Gipfel anstehenden Treffen zwischen nationalen Ministern und Regierungschefs enthielt, aber keinerlei Aktivitäten der supranationalen Organe.<sup>1997</sup> Ein recht beliebtes Instrument waren zudem Tabellen und Übersichtsgrafiken, die die unterschiedlichen Verhandlungspositionen visualisierten – wobei jedoch ebenfalls nur die nationalen Regierungen einbezogen wurden.<sup>1998</sup> Implizit schrieben die Zeitungen dadurch die Reformvorschläge jeweils bestimmten Mitgliedstaaten zu und rückten die Gegensätze zwischen den einzelnen Ländern in den Mittelpunkt.

Dieses Deutungsmuster legte es nahe, die Verhandlungen nicht als Suche nach einem gemeinsamen europäischen Interesse, sondern als diplomatisches Ringen um einen Kompromiss zwischen nationalen Positionen zu verstehen. Zugleich gingen beide Zeitungen erkennbar von einer Nullsummenlogik aus, die den Verhandlungserfolg einer Regierung immer mit der Niederlage einer anderen gleichsetzte. In diesem Sinne zitierte der *Guardian* etwa John Major, der eine Einigung für möglich erklärte „if there was ‚give-and-take on all sides“.<sup>1999</sup> Die *Times* beschrieb die große Zahl offener Fragen als einen Vorteil, da die Regierungen dadurch die Möglichkeit hätten „to give way on some points in order to gain concessions on others“.<sup>2000</sup> Zudem veröffentlichte die *Times* in der letzten Woche vor dem Gipfel täglich weitgehend wortgleiche Listen über die verbleibenden Konfliktpunkte, in denen jeweils angegeben wurde, ob ein Kompromiss „likely“, „possible“ oder „unlikely“ sei.<sup>2001</sup>

---

1997 TT 13.11.1991:9a.

1998 Z. B. TT 11.11.1991:12 mit deutschen und britischen Forderungen, TT 12.11.1991:8a und TG 06.12.1991:24–25 mit Positionen aller Mitgliedstaaten, TG 26.11.1991:5a mit der Zugehörigkeit von Mitgliedstaaten zu EG, NATO und WEU. Nach dem Gipfel veröffentlichte der *Guardian* noch eine Übersicht „how the partners all claimed some success“, die darstellte, welche nationalen Interessen jedes Land auf dem Gipfel durchgesetzt hatte (TG 12.12.1991:2a).

1999 TG 12.11.1991:10c, fast wortgleich TG 21.11.1991:8e.

2000 TT 03.12.1991:1.

2001 Die Liste umfasste zunächst sechs Punkte, nämlich die Mehrheitsentscheide in der GASP, das Vetorecht des Europäischen Parlaments, die Einwanderungspolitik, die Stärkung der Kommission durch die Reduzierung nationaler Vetorechte, die Sozialpolitik sowie den von Spanien geforderten Konvergenzfonds (TT 02.12.1991:9b, TT 04.12.1991:9b). Unter Verweis auf eine Erklärung der britischen Regierung wurde sie später auf zehn Punkte erweitert, wobei das Verhältnis zur WEU, die EG-Industriepolitik, das „federal goal“ sowie das Opt-out in der Währungsunion neu hinzutraten (TT 03.12.1991:1, TT 05.12.1991:11b, TT 06.12.1991:14b, TT 07.12.1991:5d). Am ersten Gipfeltag, dem 9. Dezember, wurde die Liste jedoch um den Konvergenzfonds gekürzt –



Auch der Fokus auf die eigene Regierung war in den britischen Medien noch ausgeprägter als in Deutschland und Frankreich. Zum Teil war dies natürlich dem Umstand geschuldet, dass Großbritannien mit seinen zahlreichen Veto-Drohungen tatsächlich eine besondere Rolle in den Verhandlungen zukam. Tatsächlich erklärte die *Times* sogar ausdrücklich, dass dies auch für alle übrigen an den Verhandlungen beteiligten Akteure das wichtigste Thema im Vorfeld des Gipfels sei. In vielen bilateralen Gesprächen zwischen EG-Regierungschefs, an denen Major nicht teilnehme, drehe sich dennoch alles um ihn und die Frage: „how far can he be pushed?“<sup>2002</sup>

Allerdings ging die Konzentration auf die britische Position oft so weit, dass diese in der Berichterstattung sichtbar war als die Mehrheitsmeinung, von der sie abwich. So bezogen sich schon die Titel zahlreicher Artikel zur Vertragsreform auf die Haltung der britischen Regierung,<sup>2003</sup> selbst ein Bericht über ein Treffen zwischen Mitterrand und Kohl war in der *Times* mit deren Einschätzung zur britischen Haltung überschrieben: „Kohl and Mitterrand see British ‚progress‘“.<sup>2004</sup> Eine Artikelserie im *Guardian*, die „Key player“ der Verhandlungen vorstellte, umfasste neben je einem Mitglied der deutschen und französischen Delegation zwei Briten sowie einen Vertreter der Kommission, der wiederum britischer Staatsbürger war.<sup>2005</sup> Mehrere Meinungsumfragen zu europapolitischen Fragen, deren Ergebnisse vor dem Gipfel abgedruckt wurden, gaben jeweils nur die Hal-

---

bezeichnenderweise der einzige Konflikt, bei dem nicht die britische, sondern die spanische Regierung der Hauptprotagonist war (TT 09.12.1991:1b). Auch der *Times*-Aufmacher am zweiten Gipfeltag beschäftigte sich vor allem mit der Frage, welche Erfolge Major bereits erreicht habe und wo noch Konflikte zu erwarten seien (TT 10.12.1991:1).

- 2002 TT 30.11.1991:9. Allerdings hob die *Times* die britische Regierung auch dann hervor, wenn diese die Positionen der Mehrheit vertrat. In einem Artikel über den von Spanien geforderten Kohäsionsfonds hieß es etwa, dass „Britain and others“ verhindern wollten, dass die Konvergenzkosten der südlichen Mitgliedstaaten auf sie abgewälzt würden (TT 10.12.1991:11d).
- 2003 Entsprechend begannen auffällig viele Überschriften von Artikeln über die Verhandlungen mit „Britain ...“, etwa TT 13.11.1991:8a, TT 14.11.1991:1a, TT 27.11.1991:12a, TT 03.12.1991:1, TT 04.12.1991:1, TT 10.12.1991:11b, TG 13.11.1991:1, TG 14.11.1991:22, TG 20.11.1991:22a, TG 02.12.1991:1, 26, TG 05.12.1991:8a.
- 2004 TT 15.11.1991:11b. Auch ein Folgeartikel zu dem Gipfeltreffen hob Kohls und Mitterrands Sicht auf die britische Position hervor (TT 16.11.1991:6b).
- 2005 Im Einzelnen handelte es sich um die französische Europaministerin Elisabeth Guigou (TG 04.12.1991:8e), den deutschen Kanzleramtsbeamten Peter Hartmann (TG 05.12.1991:8b), den britischen Europa-Staatssekretär Tristan Garel-Jones (TG 28.11.1991:11d) und EG-Botschafter Sir John Kerr (TG

tung der britischen Bevölkerung wieder;<sup>2006</sup> selbst in einem Bericht über eine gesamteuropäische Umfrage nannte die *Times* nur die britischen Teilergebnisse.<sup>2007</sup>

Auch anlässlich des Vertragsentwurfs, den die niederländische Regierung Anfang November vorlegte, beschrieben beide Zeitungen die britische Reaktion ausführlicher als die Vertragsinhalte selbst: Die *Times* hob unter der Überschrift „Third EC draft treaty still defies Britain“ hervor, dass der Vorschlag zahlreiche von Großbritannien abgelehnte Forderungen enthalte und deshalb noch weitere „battles“ zu erwarten seien; der *Guardian* betonte unter dem Titel „Treaty too federalist, says Major“, dass die Regierung hart verhandle, aber auf einen Kompromiss hoffe.<sup>2008</sup> Auch in späteren Artikeln über die verbleibenden offenen Fragen wurde meist die britische Position den Plänen der übrigen Länder gegenübergestellt.<sup>2009</sup>

Diese starke Schwerpunktsetzung wurde auch dadurch kaum gemildert, dass der *Guardian* eine Reihe von Gastbeiträgen von Autoren linksliberaler Zeitungen aus anderen EG-Ländern veröffentlichte. So erläuterte ein Kommentar des SZ-Autors Josef Joffe, dass auch Deutschland und Frankreich in Maastricht keinen vollen europäischen Föderalismus anstrebten, und hob hervor: „Little Englanders need not fear for their way of life“.<sup>2010</sup> Wie Joustra von *De Volkskrant* verglich die europapolitischen Ansichten der Niederländer und der Briten,<sup>2011</sup> und ein von *Le Monde* übernommenes In-

---

02.12.1991:8c) sowie den Generalsekretär der Kommission David Williamson (TG 30.11.1991:8a). Hinzu kam ein (nicht als Teil der Serie gekennzeichnetes) Porträt des spanischen EG-Botschafters Carlos Westendorp, von dem es wiederum ausdrücklich hieß, dass es sich um einen „Anglophile“ handle (TG 03.12.1991:8f).

- 2006 In der Regel brachten diese Umfragen eine mehrheitliche Ablehnung der Vertragsreform zum Ausdruck (TG 14.11.1991:1b, TT 14.11.1991:8c, TT 16.11.1991:6a); einzelne Umfragen ergaben aber auch eine mehrheitlich positive Einstellung gegenüber bestimmten Vorhaben (TG 03.12.1991:22, TT 07.12.1991:1, TT 07.12.1991:4).
- 2007 TT 22.11.1991:24. Dabei hob sie hervor, dass die britischen Bürger sich von allen Europäern am häufigsten bereit erklärten, für ihr Land zu kämpfen, nach den Iren den größten Stolz auf ihre Nationalität äußerten und am meisten den Verlust ihrer Identität durch ein integriertes Europa fürchteten.
- 2008 TT 08.11.1991:1, TG 11.11.1991:1, ähnlich auch TT 11.11.1991:1a, TT 12.11.1991:8a, TG 12.11.1991:10d.
- 2009 Z. B. TT 21.11.1991:10a, TT 02.12.1991:9d.
- 2010 TG 07.12.1991:23b, ähnlich auch ein aus der SZ übernommener Kommentar von Winfried Münster (TG 22.11.1991:27).
- 2011 TG 07.12.1991:23a.

terview mit dem niederländischen Ministerpräsidenten Ruud Lubbers war fast zur Hälfte der Sonderrolle Großbritanniens gewidmet.<sup>2012</sup> Auch der Einbezug ausländischer Stimmen änderte im *Guardian* also nur wenig an dem vorherrschenden Fokus auf das eigene Land und trug kaum zu einem gemeinsamen transnational-weltanschaulichen Diskurs bei.<sup>2013</sup>

Letztlich richtete sich die Berichterstattung über die zwischenstaatlichen Verhandlungen in Großbritannien vor allem darauf, wie gut sich die eigene Regierung mit ihrer ablehnenden Position durchsetzen würde. Wie schon in den früheren Verhandlungsphasen ging die *Times* auch jetzt davon aus, dass noch weitere Staaten die britischen Vorbehalte teilten und diese bislang nur noch nicht offen gelegt hätten.<sup>2014</sup> Der *Guardian* erwartete hingegen, dass sich Großbritannien in vielen Schlüsselfragen in einer „minority of one“ befinde und mit einem möglichen Veto lediglich die anderen Staaten dazu bringen würde, allein mit der Vertragsreform voranzuschreiten.<sup>2015</sup> Insgesamt war das Thema der nationalen Isolation im *Guardian* nun allerdings weniger dominant als zur Regierungszeit Margaret Thatchers. Ein Leitartikel kurz vor dem Gipfel konstatierte ernüchtert:

---

2012 TG 06.12.1991:23c.

2013 Dass der Einbezug ausländischer Stimmen nicht notwendigerweise zu einem gemeinsamen transnationalen Diskurs führte, lässt sich auch an einem vom *Guardian* aus *Le Monde* übernommenen Artikel erkennen, in dem verschiedene französische Intellektuelle die europäische Integration als „the response to a political and cultural need“ beschrieben. Der französische Originaltext endete dabei mit der Aufforderung, dass Politiker und Intellektuelle die Bedeutung der europäischen Integration stärker hervorheben müssten: „Ce besoin [politique et culturel] existe sans doute. Il reste à le révéler et à en faire prendre conscience aux Européens eux-mêmes. C'est le travail des politiques et des intellectuels. Donc des revues“ (LM 22.11.1991:2). In der Version des *Guardian* fehlten die letzten beiden Sätze hingegen, und der Text endete mit der deutlich zurückhaltenderen Feststellung: „Such a need probably exists. It remains for it to be revealed and for Europeans to find it convincing“ (TG 29.11.1991:27b). Obwohl der französische Artikel scheinbar wörtlich übernommen wurde, fand in der Übersetzung also eine Anpassung an den grundsätzlich europaskeptischen nationalen Diskurs in Großbritannien statt.

2014 Z. B. TT 03.12.1991:15d.

2015 TG 19.11.1991:10, ähnlich TG 04.12.1991:1, 26. Die Vorstellung, dass mehrere andere Staaten Großbritannien überraschend unterstützen könnten, erwähnte der *Guardian* nur in einem indirekten Zitat: „Senior British ministers claim that on several issues they have common ground with the French, Italians, Danes and Germans“ (TG 06.12.1991:22).

## 5. Der Gipfel von Maastricht

It doesn't greatly matter whether Britain is the solitary opt-out or not. If we're alone at this moment, that's a fact of life, a point worth wriggling over [...].<sup>2016</sup>

In den Tagen kurz vor und während des Gipfels nahm die Berichterstattung schließlich noch einmal deutlich zu.<sup>2017</sup> Neben den üblichen Berichten und Kommentaren sowie Auszügen aus dem Vertragsentwurf<sup>2018</sup> fanden sich in den britischen Zeitungen nun auch zahlreiche Glossen sowie kurze Reportagen. Diese Artikel stellten zum Beispiel die Stadt Maastricht als „[a] federalist's dream city“ bzw. „Eurocity“ vor,<sup>2019</sup> beschrieben die Stimmung unter den angereisten Journalisten<sup>2020</sup> oder unter Brüsseler Studenten,<sup>2021</sup> thematisierten den besonderen EG-Jargon,<sup>2022</sup> das mögliche Profil eines fiktiven „first president of the United States of Europe“,<sup>2023</sup> das Menü beim gemeinsamen Abendessen der Regierungschefs<sup>2024</sup> oder die Reaktionen von britischen Einzelhändlern, bei denen ein Journalist mit einer in Belgien geprägten 5-ECU-Gedenkmünze zu bezahlen versuchte.<sup>2025</sup> Schon frühere Gipfel waren in den britischen Medien mit ähnlichen

---

2016 TG 07.12.1991:22.

2017 Zusätzlich zu den ohnehin täglich erscheinenden Themenseiten veröffentlichte zum Beispiel der *Guardian* am 6. Dezember ein dreiseitiges Spezial zu dem Gipfel, das neben Analysen zur Währungs- und Politischen Union (TG 06.12.1991:24c, TG 06.12.1991:24a, TG 06.12.1991:25c) auch Artikel über die Geschichte der europäischen Integration (TG 06.12.1991:23a) oder über die Symbolik der Europaflagge umfasste (TG 06.12.1991:24b). Am 9. Dezember folgte eine weitere Doppelseite mit Berichten, Kommentaren und Glossen (TG 09.12.1991:2–3).

2018 TT 07.12.1991:5e, TT 07.12.1991:5a. Hier wurden auch Aspekte wie die Unionsbürgerschaft oder die Verkleinerung der Kommission genannt, die in der Berichterstattung sonst kaum eine Rolle spielten. Wie in den deutschen und französischen Medien fanden sich allerdings auch hier gewisse Unsicherheiten über das genaue Format des Vertragswerks. So schrieb die *Times* in einem Artikel von „historic treaties on political and economic union“ im Plural, obwohl bereits feststand, dass sämtliche Neuerungen in nur einen einzigen Vertrag zusammengefasst würden (TT 11.12.1991:1a).

2019 So TG 29.11.1991:27a bzw. TT 09.12.1991:3a, ähnlich auch TG 06.12.1991:26a, TG 11.12.1991:21.

2020 TG 09.12.1991:2a, TT 10.12.1991:11a, TT 10.12.1991:11c.

2021 TG 04.12.1991:8b.

2022 TG 06.12.1991:26b, TG 09.12.1991:2d, TT 10.12.1991:14, TT 12.12.1991:26.

2023 TG 06.12.1991:25b.

2024 TG 11.12.1991:2b.

2025 TG 09.12.1991:2c. Der ironische Tonfall dieser Glossen fand sich teils auch in Leserbriefen wieder: So druckte der *Guardian* nach dem Gipfel mehrere Leserbriefe ab, in denen scherzhaft über die mögliche Einführung eines „Eurokiss“

Glossen begleitet worden,<sup>2026</sup> allerdings nicht in demselben Ausmaß. Eine Besonderheit der *Times* waren zudem mehrere Artikel, die anekdotenreich die Arbeitsweise der britischen Delegation in den Verhandlungen beschrieben und von einer Liste der Gesprächspartner John Majors im Vorfeld des Treffens<sup>2027</sup> über eine Vorstellung des britischen Verhandlungsteams<sup>2028</sup> bis zu einer Glosse über die kurzen Schlafzeiten des Premierministers auf dem Gipfel reichten.<sup>2029</sup> Diese Form der Darstellung stellte einen besonderen persönlichen Bezug des Lesers zur nationalen Regierung her, wie er sich in den übrigen hier untersuchten Zeitungen nicht fand.

„Partly in alliance with Britain“: Andere Gipfel-Akteure in der britischen Berichterstattung

Jenseits ihrer eigenen Regierung beschrieben die britischen Zeitungen vor allem Helmut Kohl als einen wichtigen Akteur in den Verhandlungen. Allerdings ergab sich auch dessen Bedeutung wiederum vor allem durch die Schlüsselrolle, die Kohl für die britische Regierung spielte. Vor allem die *Times* betonte mehrfach, dass der Bundeskanzler kompromissbereit sei und eine Vermittlungsposition zwischen Großbritannien und den übrigen Mitgliedstaaten einnehmen könne.<sup>2030</sup> Eine Reihe von Zugeständnissen, die die britische Regierung Mitte November ankündigte, wurde als Einlenken auf Deutschland interpretiert, um eine solche Einigung zu erreichen.<sup>2031</sup> Zugleich thematisierte die Zeitung verschiedentlich, dass auch in

---

diskutiert wurde, um die unterschiedlichen Begrüßungskulturen in Europa zu harmonisieren (TG 19.12.1991:18b, TG 20.12.1991:18).

2026 So hatte etwa der *Guardian* das Dubliner Treffen im Juni 1990 ironisch auf die zeitgleich stattfindende Fußball-Weltmeisterschaft bezogen (TG 26.06.1990:20a).

2027 TT 09.12.1991:1a.

2028 TT 09.12.1991:3e.

2029 TT 12.12.1991:20a; vgl. auch TT 04.12.1991:8b, TT 07.12.1991:5c, TT 11.12.1991:1b.

2030 TT 09.11.1991:10, TT 11.11.1991:12, TT 18.11.1991:9c, TT 27.11.1991:12b, TT 28.11.1991:9b, TT 30.11.1991:9, TT 02.12.1991:9d. In anderen Texten wurden allerdings auch wichtige Unterschiede zwischen Deutschland und Großbritannien genannt, besonders die Kompetenzen der EG in der Einwanderungs- und Sozialpolitik, die Mehrheitsentscheide in der gemeinsamen Außenpolitik, das Verhältnis zwischen EG und NATO sowie das Vetorecht des Europäischen Parlaments (TT 11.11.1991:12, TT 26.11.1991:11).

2031 TT 11.11.1991:12, TT 13.11.1991:9c.

Deutschland noch Vorbehalte gegen die Vertragsreform bestünden, und suggerierte, dass diese eine Grundlage für ein deutsch-britisches Bündnis auf dem Gipfel sein könnten: So erklärte ein Artikel beispielsweise, dass Großbritannien die Übertragung von Gesetzgebungskompetenzen auf das Europäische Parlaments ablehne, und fügte unvermittelt hinzu, dass auch der deutsche Bundesrat den Vertrag nicht ratifizieren wolle, „if it hived off any of the powers now vested in state parliaments“.<sup>2032</sup> Andere Artikel verwiesen auf die öffentliche Meinung in Deutschland, die der Währungsunion zunehmend skeptisch gegenüberstehe und eine höhere Kompromissbereitschaft Kohls wahrscheinlich mache.<sup>2033</sup>

Wieder andere Berichte thematisierten allerdings weiterhin auch die Sorge vor einer deutschen Hegemonie, die insbesondere unter europaskeptischen Vertretern der Conservative Party verbreitet war. So erinnerte die *Times* daran, dass der ehemalige Handelsminister Nicholas Ridley hatte zurücktreten müssen, nachdem er die Währungsunion als ein „German racket designed to take over the whole of Europe“ bezeichnet hatte,<sup>2034</sup> und zitierte William Cash mit der Warnung „that Britain could become a mere province in a Europe dominated by Germany“.<sup>2035</sup>

Im *Guardian* hingegen erschien Kohl eher als Vertreter eines möglichst weitgehenden Integrationsentwurfs; Unterstützung des Bundeskanzlers für Major wurde hier nicht erwartet. Im Gegenteil berichtete die Zeitung wiederholt über Uneinigigkeiten und Interessengegensätze zwischen den beiden Regierungen<sup>2036</sup> und betonte das enge Bündnis zwischen Kohl und Mitterrand, die „are said to be determined to push through an agreement at Maastricht whatever the British reservations“.<sup>2037</sup> Mehrere Berichte hoben zudem hervor, dass die SPD-Opposition Kohl zu einem noch consequen-

---

2032 TT 11.11.1991:1a.

2033 TT 07.12.1991:5b, TT 09.12.1991:2c.

2034 TT 09.11.1991:20, ähnlich auch TT 05.12.1991:17b.

2035 TT 15.11.1991:8. Dass der Vertrag zu einer Einhegung Deutschlands dienen könne, wurde hingegen nur selten erwähnt (so etwa TT 20.11.1991:19d, TT 05.12.1991:17a).

2036 TG 20.11.1991:22a, TG 02.12.1991:8b.

2037 TG 15.11.1991:11, ähnlich TG 16.11.1991:8, TG 04.12.1991:8c. Ein aus der SZ übernommener Kommentar von Winfried Münster betonte jedoch auch die Unterschiede zwischen Deutschland und Frankreich, das sich der von Kohl geforderten Stärkung des Europäischen Parlaments widersetze (TG 22.11.1991:27).

ter proeuropäischen Kurs dränge.<sup>2038</sup> Und auch die deutsche Öffentlichkeit war nach Darstellung eines *Guardian*-Artikels „remarkably sanguine about the prospect of using ecus in five or six years’ time even if they haven’t given it much thought – and there has been no national debate on the issue at all“.<sup>2039</sup>

Nur wenige Beiträge im *Guardian* warfen auch Zweifel an der deutschen Entschlossenheit zu einer umfassenden Reform auf. Ein Länderprofil konstatierte kurz vor dem Gipfel eine „new national self-awareness“ in der deutschen Öffentlichkeit, Damit einher gehe wachsende Skepsis gegenüber der Währungsunion, die Deutschland „partly in alliance with Britain“ bringe: Die Bundesregierung wolle Maastricht zwar zum Erfolg machen, setze aber möglicherweise darauf, dass die Einheitswährung zu einem späteren Zeitpunkt noch daran scheitern werde, dass nicht genügend Mitgliedstaaten die Konvergenzkriterien erfüllten.<sup>2040</sup> Auch dass Kohl Ende November vorschlug, die Vergemeinschaftung der Bereiche Justiz und Inneres auf einen späteren Zeitpunkt zu verschieben, sah der *Guardian* als Zugeständnis an „British notions of gradualist institutional reform which are gaining a surprisingly favourable echo in Germany.“<sup>2041</sup>

Der französische Präsident Mitterrand erschien im Vergleich zu Kohl weniger bedeutend. Ähnlich wie Jacques Delors wurde er mehrfach als Vertreter besonders weitreichender Integrationsforderungen genannt, die jedoch nicht unbedingt auf die Zustimmung der übrigen Mitgliedstaaten stießen.<sup>2042</sup> Indirektes Gewicht wurde Mitterrand vor allem wegen seines

---

2038 TG 15.11.1991:11, TG 30.11.1991:1, TG 07.12.1991:1. Auch der *Guardian* erwähnte allerdings, dass der Bundesrat bei einem Verlust eigener Kompetenzen mit einem Veto drohe (TG 09.11.1991:10).

2039 TG 07.12.1991:1.

2040 TG 05.12.1991:9a, zur Haltung der deutschen Öffentlichkeit ähnlich auch TG 09.12.1991:3a. Auch der schon erwähnte Gastkommentar von Josef Joffe relativierte die Vorstellung, dass Deutschland eine umfassende Vertragsreform anstrebe (TG 07.12.1991:23b).

2041 TG 26.11.1991:5c, ähnlich TG 28.11.1991:1, TG 29.11.1991:8a. Dass Kohl vorschlug, über die Vergemeinschaftung dieser Bereiche allein den Europäischen Rat (ohne Ratifikation durch die nationalen Parlamente) entscheiden zu lassen, wurde allerdings gleich wieder als ein Konflikt mit Großbritannien gewertet (TG 27.11.1991:1). Generell wurde die zeitliche Verschiebung einzelner Reformschritte als ein deutscher Kompromissvorschlag beschrieben, der für alle Mitgliedstaaten akzeptabel sein könnte (TG 28.11.1991:11a, TG 29.11.1991:8a).

2042 TT 09.11.1991:10, TT 12.11.1991:8b, TT 03.12.1991:10a. Ein Leitartikel und verschiedene Leserbriefe in der *Times* thematisierten zudem eine Forderung

Einflusses auf Kohl zugeschrieben.<sup>2043</sup> Die britische Regierung, so die *Times*, müsse immer fürchten, wie im April 1990 von einer überraschenden deutsch-französischen Erklärung überrumpelt zu werden.<sup>2044</sup> In diesem Sinne stieß auch auf Aufmerksamkeit, dass Mitterrand gegenüber der deutschen FAZ äußerte, dass eine Politische Union ohne Großbritannien zwar nicht wünschenswert, aber möglich sei.<sup>2045</sup>

Der *Guardian* wiederum beschrieb die französische Regierung etwas widersprüchlich: Einerseits sei sie „determined to lay the foundations of a union with a federal vocation“, andererseits wolle sie aber auch nicht auf ihr Vetorecht im UN-Sicherheitsrat oder auf ihre nationale Nuklearbewaffnung verzichten.<sup>2046</sup> Insgesamt spiele Frankreich jedoch die Rolle eines „rogue elephant in the summit endgame“ und lasse keine Anzeichen für Zugeständnisse an Großbritannien erkennen.<sup>2047</sup> Beide Zeitungen wiesen zudem auf den innenpolitischen Druck, dem Mitterrand durch schlechte Umfragewerte, eine aggressive Opposition sowie parteiinterne Querelen ausgesetzt sei.<sup>2048</sup> Nach dem Gipfel beschrieb ein *Guardian*-Artikel Frankreich und Großbritannien schließlich als die Hauptantagonisten in den Verhandlungen. Die Auftritte ihrer jeweiligen Staats- und Regierungschefs zeigten dabei auch wesentliche Unterschiede in der politischen Kultur auf: „President Mitterrand digging in behind concepts of Europe and the vision thing, and John Major facing him as the embodiment of pragmatism and gradualism“.<sup>2049</sup>

Alle übrigen Länder spielten in der britischen Berichterstattung nur eine untergeordnete Rolle und wurden vor allem in Bezug auf ihre Bedeutung

---

der Boulevard-Zeitung *Daily Mail*, Englisch zur einzigen Amtssprache der EU zu erklären, was nur durch die französische Weigerung verhindert werde (TT 19.11.1991:15, TT 25.11.1991:15a, TT 25.11.1991:15b, TT 25.11.1991:15c).

2043 TT 11.11.1991:12. Ein anderer *Times*-Artikel stellte allerdings auch fest, dass der „motor“ of the community“ nicht, wie die französische Regierung gerne erkläre, aus „France and Germany“ bestehe, sondern aus „the partnership between Jacques and Helmut“, also Kommissionspräsident Delors und Bundeskanzler Kohl (TT 09.12.1991:2d).

2044 TT 26.11.1991:11.

2045 TT 30.11.1991:1, TT 30.11.1991:9.

2046 TG 29.11.1991:8a, ähnlich TG 04.12.1991:8c.

2047 TG 03.12.1991:8c.

2048 TT 09.12.1991:2b, TG 28.11.1991:11b. Im Widerspruch dazu konstatierte ein *Guardian*-Artikel allerdings auch einen starken „consensus in favour of moves towards federalism“ unter den französischen Parteien; Mitterrand habe deshalb vor dem Gipfel von Maastricht „no internal obstacles“ (TG 04.12.1991:8c).

2049 TG 12.12.1991:11.



für Großbritannien wahrgenommen. Bereits erwähnt wurde das Interview mit dem niederländischen Premierminister und Ratspräsidenten Ruud Lubbers, das vor allem die Rolle der britischen Regierung thematisierte.<sup>2050</sup> Andere Artikel analysierten beispielsweise, inwiefern Italien,<sup>2051</sup> Portugal<sup>2052</sup> oder Irland<sup>2053</sup> in Maastricht als britische Verbündete in Frage kämen. Allerdings veröffentlichte der *Guardian* auch eine Artikelserie zur nationalen Europapolitik der einzelnen Mitgliedstaaten, die weitgehend ohne Bezüge auf Großbritannien auskam.<sup>2054</sup> Die *Times* wiederum stellte kurz vor dem Gipfel alle nationalen Regierungschefs in einer Überblicksdarstellung mit kurzen Einzelporträts vor.<sup>2055</sup>

Nur wenig Aufmerksamkeit fanden schließlich auch die supranationalen Akteure. Das Europäische Parlament beispielsweise erschien in der britischen Berichterstattung in den letzten Wochen vor dem Gipfel von Maastricht fast überhaupt nicht mehr. Markant lässt sich dieses geringe Interesse etwa an der Berichterstattung zu zwei gleichzeitig stattfindenden Sitzungen des Europäischen Parlaments und des britischen Unterhauses am 20. November 1991 beobachten, bei denen jeweils über die Vertragsre-

---

2050 TG 06.12.1991:23c, vgl. auch TT 13.11.1991:9b. Daneben erschienen noch einige weitere Artikel, die die Positionen der Niederlande als Ratspräsidentschaft behandelten (TG 06.12.1991:23c, TG 07.12.1991:23a, TT 09.12.1991:3b).

2051 Wie die *Times* erklärte, waren sich beide Länder wirtschaftlich ähnlich und wurden zudem beide durch die deutsch-französische Achse ausgeschlossen. Dennoch hätten sie unterschiedliche Einstellungen zur EG: Was Großbritannien für „time-wasting Euro-babble“ halte, begrüße Italien als „genuine political idealism“ (TT 28.11.1991:9a, vgl. auch TG 26.11.1991:5a in Bezug auf die Verteidigungspolitik).

2052 Der *Guardian* betonte, dass Portugal entgegen der britischen Hoffnung in wichtigen Fragen auf der Seite der Mehrheit der EG-Staaten stehe (TG 27.11.1991:1).

2053 Der *Guardian* stellte fest, dass Irland wie Großbritannien Mehrheitsentscheidungen in der Sozialpolitik ablehne (TG 30.11.1991:8d). Daneben erschienen im *Guardian* jedoch noch einige weitere Artikel über die irische Europapolitik, die nicht weiter auf die britische Position eingingen (TG 29.11.1991:9, TG 30.11.1991:8e).

2054 Diese Serie umfasste die Benelux-Staaten (TG 26.11.1991:5b), Dänemark (TG 27.11.1991:9a), Irland (TG 28.11.1991:11e), Italien (TG 29.11.1991:8c), Griechenland (TG 30.11.1991:8c), Portugal (TG 02.12.1991:8a), Spanien (TG 03.12.1991:8a), Frankreich (TG 04.12.1991:8c) und Deutschland (TG 05.12.1991:9a). Zudem erschienen im *Guardian* ausführliche Artikel über die Sichtweise der USA (TG 07.12.1991:8e) und der Beitrittskandidaten in Ostmittel- und Nordeuropa, die als „absent friends“ von den Ergebnissen des Gipfels betroffen seien, ohne daran teilnehmen zu können (TG 07.12.1991:8a).

2055 TT 09.12.1991:2e.

form diskutiert wurde. Sowohl die *Times* als auch der *Guardian* widmeten der Unterhausdebatte an den Folgetagen mehrere Aufmacher sowie detaillierte Berichte.<sup>2056</sup> Die Sitzung des Europäischen Parlaments behandelten sie hingegen nur in jeweils einem einzelnen, wenig prominent platzierten Artikel – und hoben dabei vor allem hervor, dass Jacques Delors dort in einer Rede die britische Regierung kritisiert habe.<sup>2057</sup>

Auch die europäischen Parteien kamen in der Berichterstattung nahezu überhaupt nicht vor – und wenn, dann nur in Bezug auf nationale Regierungen: So thematisierten zwei Artikel über ein Treffen der EVP-Regierungschefs kurz vor dem Gipfel vor allem die Positionen Helmut Kohls, nicht die der EVP als Partei;<sup>2058</sup> und dass die sozialdemokratische Fraktion im Europäischen Parlament auf Mehrheitsentscheidungen in der Sozialpolitik drängte, behandelte der *Guardian* unter der Überschrift „Socialist MEPs try to corner Britain“.<sup>2059</sup>

Nur wenig mehr Aufmerksamkeit fand schließlich die Europäische Kommission. Zwar nannte die *Times* Jacques Delors wie bereits in früheren Jahren wiederholt als Hauptvertreter des europäischen Föderalismus und damit als wichtigen Gegenspieler der britischen Regierung. Ein Bericht bezeichnete ihn als „the high priest of European federalism“;<sup>2060</sup> andere Artikel sprachen zum Beispiel von der „economic union envisaged by M Delors“ oder verwiesen auf Delors' Sorge, dass die Regierungen der Mitgliedstaaten seinen „federal dream“ verraten könnten.<sup>2061</sup> Zugleich ließen

---

2056 TT 21.11.1991:1, TT 21.11.1991:6–7, TT 22.11.1991:1a, TG 21.11.1991:1, TG 21.11.1991:8b, TG 22.11.1991:8a, TG 22.11.1991:1. Außerdem veröffentlichte die *Times* eine Sammlung prägnanter Zitate aus der Debatte (TT 22.11.1991:1b), im *Guardian* erschienen mehrere Glossen (TG 21.11.1991:8c, TG 22.11.1991:8f).

2057 TT 21.11.1991:10b, TG 21.11.1991:22. Ähnlich wie die deutschen Zeitungen erklärte der *Guardian* zudem, dass die Stärkung des Europäischen Parlaments bei der Vertragsreform hinter den Erwartungen zurückbleibe. Zwar seien die Argumente dafür „overwhelming“, da die nationalen Parlamente allein keine effektive demokratische Kontrolle der EG bewirken könnten. Der Vertragsentwurf bringe den Europaabgeordneten jedoch nur „the right to veto a handful of policy decisions“ und werde deshalb viele enttäuschen (TG 03.12.1991:8d, ähnlich TG 03.12.1991:19b).

2058 TT 27.11.1991:12b, TG 27.11.1991:1.

2059 TG 03.12.1991:8e. Ein weiterer Artikel thematisierte, dass der britische Labour-Parteichef Neil Kinnock bei einem Treffen der BSPEG einen Beschluss zu einer gemeinsamen „defence identity“ der EG blockiert habe (TG 05.12.1991:8c).

2060 TT 18.11.1991:9d.

2061 TT 13.11.1991:19, TT 14.11.1991:8e.

beide Zeitungen aber wenig Zweifel daran, dass die Mitgliedstaaten, nicht die supranationalen Organe die entscheidenden Akteure in Maastricht seien. Ein Positionspapier, mit dem die Kommission vor einer Verwässerung der Vertragsreform warnte, wertete der *Guardian* als „predictable“;<sup>2062</sup> und dass Delors in einer Rede die zu intergouvernementale Ausrichtung der Vertragsreform kritisierte, interpretierte die *Times* als Reaktion darauf „that he has been sidelined in the last phase of the negotiations“.<sup>2063</sup> Ein Gastkommentar von Charles Powell, dem ehemaligen Privatsekretär Margaret Thatchers, hob hervor, dass in Maastricht eine Einigung gesucht werde „that satisfies the basic requirements of all the member states, if not the appetite of the Commission and the European Parliament“.<sup>2064</sup>

Anlässlich einer Ansprache bei einer Demonstration der Jungen Europäischen Föderalisten erschien Delors am Vorabend des Gipfels schließlich noch einmal als Symbolfigur des europäischen Föderalismus. Ein *Times*-Artikel bezeichnete ihn als „the most powerful president of the EC’s unelected Commission since its founding“ und „the EC’s first superstar for 30 years“.<sup>2065</sup> Ein anderer Beitrag umschrieb die Unterstützung der niederländischen Königin für eine Einheitswährung, in der nicht mehr ihr eigenes Abbild auf den niederländischen Münzen erscheinen würde, mit der ironischen Formulierung, Königin Beatrix sei „ready to risk her neck for Jacques Delors“.<sup>2066</sup> Doch auch hier kam kaum ein Text ohne Bezug auf die britische Regierung aus. So behandelte der Text über Delors’ Rede bei den Jungen Europäischen Föderalisten vor allem dessen Kritik an „the one country that kept saying ‚no, no, no‘“.<sup>2067</sup> Und auch der Bericht über Köni-

---

2062 TG 28.11.1991:11a. Interessant erschien dem *Guardian* allerdings, dass auch das britische Kommissionsmitglied Leon Brittan diese Position mittrage und damit von der Linie der Conservative Party abweiche.

2063 TT 23.11.1991:12. Auch sonst beschrieb die *Times* wiederholt den vermeintlichen Einflussverlust des Kommissionspräsidenten. So erklärte sie etwa, dass in der Frage, ob nur Großbritannien oder auch die übrigen Mitgliedstaaten ein Opt-out aus der Währungsunion erhalten sollten, auf Drängen des britischen Kommissionsmitglieds Leon Brittan die Mehrheit der Kommission inzwischen nicht mehr die Linie Delors’ unterstütze (TT 28.11.1991:9b); ein anderer Artikel beschrieb Uneinigkeiten zwischen Delors und der niederländischen Ratspräsidentschaft (TT 18.11.1991:9d).

2064 TT 12.11.1991:14.

2065 TT 09.12.1991:2d, vgl. auch TT 09.12.1991:1a.

2066 TT 10.12.1991:11a.

2067 TT 09.12.1991:1a, ähnlich TG 09.12.1991:1a. Die Wendung „no, no, no“, die Delors in seiner Ansprache aufgriff, spielte auf die Rede an, mit der Thatcher am 30. Oktober 1990 vor dem britischen Unterhaus die Politische Union und auch Delors persönlich angegriffen hatte.

gin Beatrix ging explizit auf die Ankündigung der britischen Regierung ein, dass auf britischen Münzen auch im Falle einer Währungsunion jedenfalls weiterhin das Gesicht von Elizabeth II. abgebildet sein werde.<sup>2068</sup>

„The single biggest barrier between the Conservative Party and a deal at Maastricht“: Inhaltlicher Fokus auf britische Konfliktthemen

Der starke Fokus auf die eigene nationale Regierung hatte auch Auswirkungen auf die Darstellung der Inhalte der Vertragsreform. Zwar gingen die britischen Zeitungen in ihrer Berichterstattung auf ein recht breites Themenspektrum ein. Anfang Dezember veröffentlichte die *Times* zum Beispiel eine Artikelreihe über die Themen Einwanderung, Sozialpolitik, gemeinsame Verteidigungspolitik sowie die neuen Kompetenzen der Europäischen Kommission;<sup>2069</sup> im *Guardian* erschien eine ähnliche Serie über die Themen Verteidigung, Währungsunion, Einwanderung, nationale Souveränität, Rolle des Europäischen Parlaments, Außenpolitik und Sozialcharta.<sup>2070</sup> Das Hauptinteresse lag dabei jedoch stets auf den Positionen der britischen Regierung. So war dem *Guardian* sogar die dem Vertrag von Maastricht angefügte Erklärung zum Tierschutz eine Kurzmeldung wert – und zwar vor allem deshalb, weil es sich dabei um eine „victory“ der briti-

---

2068 TT 10.12.1991:11a, auch TG 10.12.1991:3a. Im Herbst 1990 hatte Margaret Thatcher argumentiert, die europäische Währungsunion sei abzulehnen, weil dann nicht mehr der Kopf der Königin auf den britischen Münzen abgebildet sein würde – worauf der EG-Kommissar Leon Brittan die Möglichkeit ins Spiel gebracht hatte, dass die europäischen Münzen jeweils eine nationale Seite haben könnten (TT 29.11.1990:18, vgl. auch TG 03.11.1990:2, TT 05.11.1990:10). Die Frage war seitdem ein wiederkehrendes Thema in der britischen Debatte über die Währungsunion geblieben (z. B. auch TG 02.12.1991:1, 26, TG 02.12.1991:24a; vgl. auch Metzler 2010:188–189). Ein *Guardian*-Kommentar nannte die Auseinandersetzung darüber „whether the Queen’s head will survive on the coinage“ als Beispiel dafür, dass die britische Debatte über die Vertragsreform großteils „primitive and emotional“ sei (TG 20.11.1991:8a).

2069 TT 02.12.1991:9c, TT 03.12.1991:10a, TT 04.12.1991:9c, TT 05.12.1991:11c.

2070 TG 26.11.1991:5a, TG 27.11.1991:9b, TG 30.11.1991:8b, TG 02.12.1991:8d, TG 03.12.1991:8d, TG 04.12.1991:8a, TG 05.12.1991:9c. Weitere Artikel außerhalb der Serie behandelten beispielsweise die Ausweitung der Mehrheitsentscheidungen im Rat (TG 05.12.1991:8a), den Umweltschutz (TG 07.12.1991:8c) sowie den Delorsplan und die Funktionsweise der Währungsunion (TG 06.12.1991:24c, TG 06.12.1991:24a). Hinzu kamen Überblicksdarstellungen, die sämtliche wichtigen Reformbereiche auflisteten (TG 28.11.1991:9).

schen Regierung handle, die eine entsprechende Bestimmung gefordert hatte.<sup>2071</sup>

Im Vordergrund der Berichterstattung standen dementsprechend jene Reformen, bei denen die Konflikte zwischen der britischen Regierung und den übrigen Mitgliedstaaten am deutlichsten sichtbar waren. Nachdem es in den letzten Wochen vor dem Gipfel in verschiedenen Fragen bereits eine Annäherung gegeben hatte,<sup>2072</sup> blieben unmittelbar vor dem Treffen in Maastricht noch drei Hauptthemen übrig: die ‚föderale Berufung‘ der EG, das britische Opt-out aus der Währungsunion sowie das Sozialkapitel, das neu in den Vertrag eingefügt werden sollte.

Die größte symbolische Bedeutung kam dabei der Frage zu, ob der Vertrag – wie im niederländischen Entwurf vorgesehen – ein „federal goal“ für die EU festschreiben würde.<sup>2073</sup> Vor allem unter dem Druck des europaskeptischen Flügels der Conservative Party wiesen Außenminister Hurd sowie Major selbst diese Formulierung mehrfach strikt zurück.<sup>2074</sup> Der *Guardian* äußerte daraufhin bereits einen Monat vor dem Gipfel die Erwartung, dass eine Einigung nicht hieran scheitern und der entsprechende Satz fallen gelassen würde, sofern die britische Regierung in anderen Fragen zu Zugeständnissen bereit sei.<sup>2075</sup> Ein Artikel zitierte den niederländischen Außenminister Van den Broek, „that those countries inspired by the goal of a federal-style European union had to accept that this could not be achieved over the treaty draft as it stands“;<sup>2076</sup> wenig später äußerte die Zeitung noch einmal die Erwartung, das Wort „federal“ werde „almost certainly disappear from the final text“.<sup>2077</sup>

2071 TG 04.12.1991:8d Dabei hatte sich Großbritannien, wie der *Guardian* erklärte, gegen Spanien durchgesetzt, das um seine „national festivals“, also den Stierkampf, fürchte.

2072 Beispielsweise berichtete der *Guardian* über ein Nachgeben Großbritanniens bei der Stärkung des Europäischen Parlaments (TG 13.11.1991:1, TG 13.11.1991:11b), über deutsche Zugeständnisse im Bereich Justiz und Inneres (TG 26.11.1991:5c) und über Kompromisse aller Seiten in Bezug auf das Verhältnis zwischen EG und NATO (TG 03.12.1991:8b).

2073 TT 08.11.1991:1, TG 11.11.1991:1, TG 12.11.1991:10a.

2074 TG 12.11.1991:10d, TG 20.11.1991:22a, TT 14.11.1991:1a, TT 15.11.1991:1, TT 21.11.1991:1.

2075 TG 11.11.1991:8.

2076 TG 14.11.1991:22. Auch die Times griff entsprechende Andeutungen des niederländischen Ministerpräsidenten Ruud Lubbers auf, allerdings in weniger eindeutiger Form (TT 13.11.1991:1, TT 13.11.1991:9b).

2077 TG 20.11.1991:8b. Diese Erwartung wurde bis zum Gipfel in zahlreichen Berichten kontinuierlich wiederholt (TG 27.11.1991:1, TG 04.12.1991:1, 26, TG 06.12.1991:10, TG 06.12.1991:22, TG 09.12.1991:2e).

Trotz dieser absehbaren Lösung verschwand das Thema jedoch nicht aus der Berichterstattung: In der letzten Version des Vertragsentwurfs, die Anfang Dezember veröffentlicht wurde, blieb die niederländische Ratspräsidentschaft bei der umstrittenen Wendung. Van den Broek stellte zwar eine alternative Formulierung in Aussicht, beharrte jedoch darauf, dass Großbritannien dafür einen Preis bezahlen müsse.<sup>2078</sup> Major hingegen lehnte einen derartigen „[f]ederal trade-off“ ab: Eine föderale Berufung der EG stehe für die britische Regierung nicht zur Debatte und werde deshalb auch nicht als möglicher Verhandlungsgegenstand angesehen.<sup>2079</sup> Damit verlagerte sich die Diskussion auf die Frage, ob Großbritannien für den Verzicht auf die Formulierung irgendeiner Zugeständnisse würde machen müssen oder nicht. Angesichts des großen Umfangs der Vertragsverhandlungen, in denen alle Seiten zu zahlreichen Zugeständnissen und Kompromissen gezwungen waren, hatte diese Frage kaum praktische Relevanz. Dennoch hielt vor allem die *Times* sie dauerhaft im Fokus der Berichterstattung: Mehrere Artikel hoben das „federal goal“ schon in der Überschrift als zentrale Streitfrage hervor<sup>2080</sup> – und legten damit die Grundlage dafür, dass die britische Regierung den Verzicht darauf nach dem Gipfel als eigenen Erfolg herausstellen konnte.

Umgekehrt spielte der *Guardian* den absehbaren Erfolg der britischen Regierung herunter und betonte in mehreren Artikeln, dass es sich dabei nur um eine symbolische Frage handle. So habe Jacques Delors selbst den Verzicht auf das Wort „federal“ mit der Äußerung abgetan: „A flower by any other name smells as sweet“.<sup>2081</sup> Und auch für die meisten anderen Mitgliedstaaten sei die Alternativformulierung, „an ever closer union of the peoples of Europe“, nur „code for a federal-style political union“.<sup>2082</sup> Ein Kommentar bezeichnete die Diskussion als „word-play“ und „a prime example of the politics of slogan and rhetoric“, das von der Regierung jedoch als „a great triumph for our ministers“ präsentiert werde, um so die parteiinternen Konflikte der Conservative Party zu beruhigen.<sup>2083</sup>

---

2078 TT 04.12.1991:1.

2079 TT 05.12.1991:1, ähnlich TG 05.12.1991:9b. Zudem erschien das „federal goal“ auch in einer Auflistung der zehn verbleibenden Konfliktfelder, die die britische Regierung Anfang Dezember veröffentlichte (TT 03.12.1991:1).

2080 Z. B. TT 04.12.1991:1, TT 06.12.1991:1, TT 07.12.1991:5e; vgl. auch TT 07.12.1991:1, TT 09.12.1991:3d.

2081 TG 06.12.1991:22.

2082 TG 06.12.1991:25a.

2083 TG 05.12.1991:22, ähnlich auch TG 20.11.1991:21.

Der zweite große Konfliktpunkt, über den die britischen Zeitungen vor dem Gipfel ausführlich berichteten, war die Währungsunion. Auch hier zeichnete sich schon frühzeitig eine Kompromisslinie in Form eines britischen Opt-outs ab. Ein *Guardian*-Leitartikel bezeichnete das Thema deshalb bereits Anfang November als „intrinsicly settled“:

Britain (and maybe some others) can opt out of binding commitments until Parliament later deems it right to opt in. This is a fudge; but not necessarily the worse for that.<sup>2084</sup>

Dennoch blieb die Sorge, dass eine Währungsunion die britische Souveränität einschränken könnte, ein Dauerthema der Berichterstattung. In der *Times* kam es zu einer in Leitartikeln, Kommentaren und Leserbriefen geführten Debatte, ob die Formulierung des Opt-outs im Vertragsentwurf schon genüge, um Großbritannien effektiv vor den Auswirkungen der Währungsunion zu schützen.<sup>2085</sup> Zu einem viel genutzten Schlagwort entwickelte sich auch der Ausdruck „conveyor belt to federalism“, mit dem Margaret Thatcher in einer Unterhausdebatte vor der Währungsunion warnte.<sup>2086</sup> Der *Guardian* benutzte den Begriff hingegen weitaus seltener und stets nur als Beschreibung der Sichtweise Thatchers und ihrer Verbündeter.<sup>2087</sup> Auch hier wurde jedoch immer wieder betont, dass Großbritannien in den Verhandlungen auf einem Opt-out bestehe.<sup>2088</sup>

---

2084 TG 06.11.1991:20.

2085 TT 13.11.1991:19, TT 14.11.1991:19a, TT 15.11.1991:11a, TT 16.11.1991:15. Im *Guardian* spielte die Frage nach der Wirksamkeit des Opt-outs eine kleinere Rolle, wurde aber ebenfalls in einigen Kommentaren thematisiert (TG 10.12.1991:2b).

2086 TT 21.11.1991:1, TG 21.11.1991:8a. In der Berichterstattung der *Times* wurde die Metapher bald nicht nur für die Währungsunion, sondern allgemein für die im Vertrag enthaltenen Stufen- und Revisionsklauseln bzw. für die Idee einer immer engeren Integration angewandt (vgl. TT 28.11.1991:9b, TT 30.11.1991:9, TT 06.12.1991:1, TT 07.12.1991:1, TT 09.12.1991:15d, TT 10.12.1991:1, TT 12.12.1991:3b, TT 12.12.1991:20b). Sie erfüllte damit teilweise eine ähnliche Funktion wie der Begriff der „Unumkehrbarkeit“ in den deutschen Medien, war aber anders als dieser klar negativ konnotiert. Nur vereinzelt wurde der Ausdruck auch ironisch umgekehrt, um eine europafreundliche Position auszudrücken – etwa von Geoffrey Howe, der nach dem Gipfel warnte, dass Großbritannien durch das Opt-out aus der Währungsunion auf einen „conveyor belt to ‚economic outer space‘“ geraten könne (TT 20.12.1991:6b, ähnlich TG 20.12.1991:7).

2087 Z. B. TG 26.11.1991:22c, TG 26.11.1991:7a.

2088 TG 12.11.1991:10c, TG 21.11.1991:8e.

Da die übrigen Regierungen dem gar nicht widersprachen, verlagerte sich allerdings die Diskussion in den letzten Wochen vor dem Gipfel auf spezifischere Fragen. So forderte die britische Regierung nicht nur, auch bei einem Opt-out noch ein Mitspracherecht bei Entscheidungen zur Einheitswährung zu haben, was die andere EG-Staaten ablehnten.<sup>2089</sup> Vor allem war umstritten, ob außer Großbritannien auch andere Länder die Möglichkeit einer Nicht-Beteiligung an der Währungsunion bekommen würden. Ein solches ‚allgemeines Opt-out‘ war im vorletzten Vertragsentwurf der niederländischen Ratspräsidentschaft vorgesehen und wurde von der britischen Regierung unterstützt, um in Maastricht weniger isoliert zu erscheinen. Italien, Frankreich und andere Regierungen lehnten es hingegen ab, um eine spätere Abkehr weiterer Staaten von der Währungsunion zu verhindern. In den Zeitungen wurde dieser Konflikt immer wieder dargestellt. Dabei sah die *Times* zunächst Dänemark, die Niederlande oder auch Deutschland als mögliche Verbündete Großbritanniens,<sup>2090</sup> während der *Guardian* die britische Isoliertheit herausstellte.<sup>2091</sup> Als die niederländische Ratspräsidentschaft das ‚allgemeine Opt-out‘ im letzten Vertragsentwurf Anfang Dezember schließlich fallen ließ, gingen die meisten Artikel im *Guardian* davon aus, dass Major letztlich einlenken und ein nur britisches Opt-out akzeptieren würde.<sup>2092</sup> Die *Times* hingegen beschrieb diese Frage nun als einen der Bereiche, zu denen es in Maastricht zu einer größeren Auseinandersetzung kommen könnte,<sup>2093</sup> und forderte die Regierung auch in einem Leitartikel dazu auf, beim ‚allgemeinen Opt-out‘ hart zu bleiben.<sup>2094</sup>

Die dritte Streitfrage, die bis zum Gipfel offen blieb, war schließlich das Kapitel zur Sozialpolitik, das dem Vertrag neu hinzugefügt werden sollte und von der britischen Regierung strikt abgelehnt wurde. Dieses Thema (das immer wieder mit der gleichzeitig stattfindenden Debatte über eine

---

2089 TG 02.12.1991:8b, vgl. auch TG 26.11.1991:24.

2090 TT 11.11.1991:12, TT 12.11.1991:8c, TT 13.11.1991:9b, TT 21.11.1991:10a. Ein Artikel hob zudem hervor, dass innerhalb der Kommission zwar Jacques Delors gegen ein ‚allgemeines Opt-out‘ sei, die Mehrheit der übrigen Kommissionsmitglieder jedoch dafür (TT 28.11.1991:9b).

2091 TG 11.11.1991:8, TG 20.11.1991:8b, TG 02.12.1991:1, 26, TG 03.12.1991:22, TG 04.12.1991:1, 26, TG 07.12.1991:8d.

2092 TG 03.12.1991:8c, TG 06.12.1991:22, TG 09.12.1991:2e, TG 10.12.1991:2a, ähnlich auch schon TG 28.11.1991:11c.

2093 Z. B. TT 02.12.1991:1, TT 03.12.1991:1, ähnlich auch einige Berichte im *Guardian*: TG 02.12.1991:1, 26, TG 04.12.1991:1, 26, TG 07.12.1991:1.

2094 TT 03.12.1991:15d.



geplante, von der britischen Regierung ebenfalls zurückgewiesenen EG-Richtlinie zur Begrenzung der Wochenarbeitszeit verbunden wurde)<sup>2095</sup> wurde von den Zeitungen immer wieder als offene Frage erwähnt, in der Großbritannien „virtually alone“ stehe.<sup>2096</sup> Obwohl die *Times* Anfang November noch ein Nachgeben der britischen Regierung für wahrscheinlich ansah,<sup>2097</sup> kam es bald zu einer Verhärtung der Positionen.<sup>2098</sup> Auch wenn beide Zeitungen darüber berichteten, dass die niederländische Ratspräsidentschaft nach einem Kompromiss suche,<sup>2099</sup> erschien die Sozialpolitik kurz vor dem Gipfel in der *Times*-Liste der verbleibenden Konfliktpunkte als die einzige Frage, in der eine Einigung „unlikely“ sei.<sup>2100</sup>

Wie schon während der ersten Phase der Vertragsverhandlungen kam es dabei teilweise zu einer Überlagerung der Gegensätze zwischen nationaler Souveränität und europäischem Föderalismus einerseits und Wirtschaftsliberalismus und Sozialstaatlichkeit andererseits. So erläuterte der *Guardian*, die britische Regierung werde nicht nachgeben, da sie eine gemeinsame EG-Sozialpolitik als „ill disguised form of ‚Euro-socialism‘“ bzw. „a totem of ‚creeping Marxism‘“ sehe.<sup>2101</sup> Das Sozialkapitel bilde deshalb „the single biggest barrier between the Conservative Party and a deal at Maastricht“,<sup>2102</sup> Als Befürworter des Sozialkapitels erschienen demgegenüber die sozialdemokratische Fraktion im Europäischen Parlament<sup>2103</sup> sowie Jacques Delors, den die *Times* in diesem Zusammenhang sowohl als Exponenten der europäischen Sozialdemokratie als auch als überzeugten Föderalisten darstellte.<sup>2104</sup>

Insgesamt herrschten nun allerdings mitgliedstaatlich-außenpolitische Deutungsmuster vor; vor allem die *Times* begründete die Ablehnung des Sozialkapitels explizit auch als ein nationales britisches Interesse. So erklärte ein Leitartikel, dass die übrigen Mitgliedstaaten wohl ohnehin nicht vorhätten, das Sozialkapitel getreulich umzusetzen. Das Veto dagegen sei für „law-abiding countries“ wie Großbritannien deshalb der einzige Schutz ge-

---

2095 TT 30.11.1991:1, TT 04.12.1991:9a, TG 04.12.1991:8f.

2096 TG 13.11.1991:1, ähnlich TG 13.11.1991:11a, TG 27.11.1991:4, TG 06.12.1991:22, TG 09.12.1991:2e.

2097 TT 09.11.1991:10.

2098 TT 21.11.1991:10a, TT 21.11.1991:10b, TT 27.11.1991:12b.

2099 TG 26.11.1991:24, TT 05.12.1991:11a.

2100 TT 02.12.1991:9b, ähnlich TT 02.12.1991:9d, TT 06.12.1991:1.

2101 TG 14.11.1991:22, TG 05.12.1991:9c.

2102 TG 30.11.1991:8d, ähnlich auch TT 29.11.1991:18.

2103 TG 03.12.1991:8d.

2104 TT 03.12.1991:10a, TT 09.12.1991:1a.

gen „continent-wide industrial corporatism“ und gegen eine Sozialpolitik, die letztlich nur „illegality and the black economy“ fördern würde.<sup>2105</sup>

Begünstigt wurde die Abkehr von einem gesamteuropäisch-weltanschaulichen Deutungsmuster auch dadurch, dass neben den Sozialisten Mitterrand und Delors nun wiederholt auch Helmut Kohl als prominenter Befürworter des Sozialkapitels in Erscheinung trat. Ein Artikel verwies in diesem Zusammenhang zwar darauf, dass die europäischen Christdemokraten – anders als die britischen Konservativen – einer europäischen Sozialpolitik offen gegenüberstünden.<sup>2106</sup> Häufiger wurde Kohls Haltung jedoch als nationale deutsche Position beschrieben,<sup>2107</sup> und ein aggressiv formulierter Kommentar beschrieb die EG-Sozialpolitik sogar als einen Versuch, die britischen Arbeitskosten auf das deutsche Niveau zu heben, um Deutschland dadurch die „economic domination of Britain“ zu erlauben.<sup>2108</sup> Umgekehrt erschien auch die sozialistische spanische Regierung unter Felipe González nun aus Gründen des nationalen Interesses skeptisch gegenüber Mehrheitsentscheidungen in der EG-Sozialpolitik, da diese zu hohen Kosten für die ärmeren Länder führen könnten.<sup>2109</sup>

Der Fokus auf diese drei Großkonflikte führte dazu, dass beide britischen Zeitungen dem Gipfel keine allzu großen Erfolgsaussichten zuschrieben. Ab Ende November berichteten sie wiederholt, dass das Treffen in Maastricht womöglich an einem britischen Veto scheitern könnte.<sup>2110</sup> Wie realistisch dieses Szenario war, blieb allerdings unklar: Beispielsweise stellte die *Times* einerseits schon bald fest, dass eigentlich allen Regierungen an einem Kompromiss gelegen sei;<sup>2111</sup> andererseits thematisierte sie

---

2105 TT 29.11.1991:19g. Ein anderer Leitartikel erklärte, Großbritannien dürfe das Sozialkapitel nicht akzeptieren, „in Europe’s interest as well as its own“ (TT 09.12.1991:15d, ähnlich auch TT 05.12.1991:17b). Nach dem Gipfel zitierte die *Times* gleich in zwei Artikeln den niederländischen Europa-Staatssekretär Piet Dankert, der „a cultural difference between the Continentals and the UK“ als Ursache für die Konflikte über die EG-Sozialpolitik identifizierte (TT 11.12.1991:1a, TT 11.12.1991:11c).

2106 TT 27.11.1991:12b, ähnlich auch TT 09.12.1991:1a.

2107 TT 11.11.1991:12, TT 26.11.1991:11.

2108 TT 03.12.1991:14. Demgegenüber argumentierte ein *Guardian*-Kommentar, die EG-Sozialpolitik sei dem deutschen Modell nachempfunden, von dem das britische weit entfernt sei. Angesichts der höheren deutschen Wettbewerbsfähigkeit könnte Großbritannien aber von einer Angleichung an deutsche Verhältnisse profitieren (TG 10.12.1991:2b).

2109 TT 10.12.1991:11d.

2110 Z. B. TG 21.11.1991:8e, TG 09.12.1991:1a, TT 06.12.1991:1.

2111 TT 03.12.1991:10b, ähnlich auch TG 28.11.1991:1.

aber auch wiederholt Überlegungen der Ratspräsidentschaft, den Gipfel notfalls zu verlängern oder vor Jahresende noch weitere Treffen des Europäischen Rates zu organisieren.<sup>2112</sup> Der *Guardian* berichtete noch am zweiten Gipfeltag, der Streit über das Sozialkapitel könne „still wreck the negotiations“.<sup>2113</sup> Ein Artikel verknüpfte das Thema allerdings auch mit der parteiinternen Krise der Conservative Party – und zitierte den Vorwurf eines Labour-Sprechers, demzufolge

the Tories had manipulated the European issue to boost Mr Major's standing, "creating a monstrous challenge for John Major, only for him at the last moment to snatch a great victory out of it".<sup>2114</sup>

Dass nicht nur Großbritannien, sondern auch Spanien mit einem Veto drohte, falls auf dem Gipfel nicht die Einrichtung eines Konvergenzfonds beschlossen würde, behandelten die britischen Medien hingegen deutlich knapper. Anders als etwa in den deutschen Zeitungen stieß diese Forderung in der *Times* zunächst auch kaum auf Kritik. Stattdessen verglich die Zeitung den vorgeschlagenen Konvergenzfonds mit dem Länderfinanzausgleich, wie er in Bundesstaaten wie Deutschland und Österreich existiere, und erklärte dazu schlicht, dass die spanische Regierung die britischen Vorbehalte gegenüber einem föderalen Europa nicht teile.<sup>2115</sup> Der *Guardian* zeigte hingegen weniger Verständnis für die spanische Position und sprach von „the possibility of a veto that would sabotage Maastricht as effectively as any from Mr Major“.<sup>2116</sup>

Insgesamt bestimmte der Fokus auf die eigene nationale Regierung also auch die Auswahl der Verhandlungsthemen, die den britischen Zeitungen berichtenswert erschienen. Im Vordergrund standen dabei jene Punkte, die die britische Regierung selbst als besonders problematisch bezeichnete und mit Veto-Drohungen belegte – selbst wenn wie bei der Formulierung zur ‚föderalen Berufung‘ der EG eine Kompromisslösung eigentlich bereits absehbar war. Und auch wie sich die EG durch die Einheitwährung verändern und ob etwa ein Konvergenzfonds für den Zusammenhalt der Währungsunion nötig sein würde, interessierte deutlich weniger als die Frage nach den Modalitäten des eigenen nationalen Opt-outs.

---

2112 TT 30.11.1991:12, TT 06.12.1991:14a, TT 09.12.1991:2a, auch TG 27.11.1991:1.

2113 TG 10.12.1991:1, 26, ähnlich TG 10.12.1991:3d.

2114 TG 29.11.1991:24.

2115 TT 29.11.1991:12. Nachdem die britische Regierung gegen den Konvergenzfonds Position bezogen hatte, äußerte sich allerdings auch die *Times* kritischer zu der spanischen Veto-Drohung (TT 10.12.1991:11d).

2116 TG 03.12.1991:8a, ähnlich TG 09.12.1991:2e.

„*Passing historical aberration*“: Kritik an der Vertragsreform in Meinungstexten

Die britischen Positionen beherrschten jedoch nicht nur die Berichterstattung; auch in Meinungstexten arbeiteten sich die Zeitungen vor allem an den Gegensätzen zwischen der eigenen Regierung und den übrigen EG-Staaten ab. Dabei ließ speziell die *Times* wie in der Vergangenheit keinen Zweifel daran, dass sie die Vorbehalte der Regierung gegen die Vertragsreform unterstützte. In mehreren Kommentaren wurde Großbritannien als Vertreter eines europapolitischen Pragmatismus beschrieben, im Gegensatz zu den Föderalisten in den übrigen Mitgliedstaaten, die mit „windy rhetoric“<sup>2117</sup> ihr „vision thing“<sup>2118</sup> vorzubringen versuchten. Zudem kritisierte die Zeitung wiederholt, dass die Vertragsreform überstürzt erfolge, wofür häufig die Metapher gebraucht wurde, die EG versuche zu „run before it can walk“.<sup>2119</sup> Und schließlich fand sich auch wieder der schon übliche Topos von Großbritannien als eigentlichem ‚guten Europäer‘, der die EG-Rechtsetzung konsequenter umsetze als alle übrigen Mitgliedstaaten.<sup>2120</sup> Als die Regierung Mitte November in einigen Punkten Kompromissbereitschaft andeutete,<sup>2121</sup> rechtfertigte die *Times* dies als Schadensminimierung, um eine Isolation zu verhindern.<sup>2122</sup> Zugleich unterstützte sie jedoch weiterhin auch die britischen Veto-Drohungen.<sup>2123</sup>

---

2117 TT 13.11.1991:19.

2118 TT 12.11.1991:14.

2119 Z. B. TT 20.11.1991:19d („Britain’s case is that Europe at present is trying to run before it has shown it can walk“), TT 03.12.1991:15d („the federalists are making a united Europe run before it can walk“), TT 09.12.1991:15d („Those who run before they can walk fall on their faces“), TT 11.12.1991:15a („when others seek to run before they can walk, only a fool runs with them“), TT 12.12.1991:20b („If Europe tries to run before it can walk, it will fall down“). Die Metapher wurde in der *Times* oft auch mit der Haltung der britischen Regierung in Verbindung gebracht, allerdings keinem einzelnen Politiker als Zitat zugeschrieben. Im *Guardian* fand sich die Wendung nicht.

2120 So hieß es in einem Vergleich zwischen der britischen und der italienischen Europapolitik, Großbritannien wolle nur eine zurückhaltende EG-Rechtsetzung, die es dann aber auch umsetze, während Italien viele europäische Regeln befürworte, die es danach aber ignoriere (TT 28.11.1991:9a, ähnlich auch TT 29.11.1991:19g).

2121 TT 13.11.1991:8a, TT 13.11.1991:9c.

2122 TT 20.11.1991:19d.

2123 Ebd., TT 22.11.1991:18, ähnlich auch verschiedene Leserbriefe wie TT 20.11.1991:19a. Die Forderungen, für die in der *Times* solche Veto-Drohungen vorgeschlagen wurden, variierten allerdings stark und reichten vom „federal goal“ über die Sozialpolitik und das Opt-out in der Währungsunion bis hin

In den letzten Tagen vor dem Gipfel verschärfte sich der Tonfall in den Leitartikeln schließlich noch einmal deutlich. Dabei forderte die *Times* nicht nur John Major auf, seine Verhandlungsposition entschlossen zu verteidigen, sondern übte auch aggressive Kritik an den Positionen der übrigen EG-Akteure. Diese Aggressivität ähnelte jener, die die Zeitung bereits während der zweiten Verhandlungsphase in der ersten Hälfte 1990 gezeigt hatte, ging teilweise aber noch darüber hinaus. So hieß es etwa in einem Leitartikel, die deutsche Bereitschaft zur Währungsunion könne sich bald als eine „passing historical aberration“ erweisen: Einerseits würden sich die südeuropäischen Staaten von der EG abwenden, sobald daraus die Verpflichtung zu härterer wirtschaftlicher Disziplin erwachse; andererseits seien auch die deutschen Steuerzahler wohl nicht bereit, allzu lange gegenüber den „grasping lobbies of the Mediterranean“ nachzugeben. Indem sich die britische Regierung gegen die „EMU enthusiasts“ wie Jacques Delors wende, folge sie „sanity and caution“, während andere Staaten womöglich „more cynical, or simply more careless of the future“ seien.<sup>2124</sup>

Auch die Warnungen vor einer neuen deutschen Hegemonie wurden noch einmal direkter und waren wiederholt von Anspielungen auf die beiden Weltkriege begleitet. Explizit wurde dies in einem Kommentar von Woodrow Wyatt mit der Überschrift „The losers in the last war now threaten economic domination of Britain“. Ihm zufolge sollte der Vertrag von Maastricht einem „mentally unstable Germany“ die „permanent hegemony“ über Europa sichern, an der es zuvor in den Weltkriegen dank Großbritannien gescheitert war.<sup>2125</sup> Ebenso drastisch formulierte ein Leserbrief in der *Times*:

During the last two great wars millions of men and women fought and died for the freedom of these islands [...]. While the prime minister is in Maastricht he should bear in mind that he would never be forgiven, either by the living or the dead, should he barter that freedom in exchange for some commercial or financial gain.<sup>2126</sup>

---

zum Erhalt der nationalen Grenzkontrollen – obwohl die Abschaffung von Letzteren in Maastricht überhaupt nicht zur Debatte stand.

2124 TT 03.12.1991:15d.

2125 TT 03.12.1991:14.

2126 TT 09.12.1991:15c). In weniger scharfer Form fand sich diese Warnung noch in weiteren Leserbriefen (TT 09.12.1991:15a, TT 09.12.1991:15b); andere Leserbriefe widersprachen der These eines deutschen Hegemoniestrebens allerdings auch (TT 11.12.1991:15b).

Auf etwas subtilere Weise fanden sich Anspielungen auf die Weltkriege auch in Formulierungen wie „German-French axis“,<sup>2127</sup> in der Leitartikel-Überschrift „Ready to stand alone“<sup>2128</sup> oder in dem Zitat eines Mitglieds der britischen Delegation, das auf die Frage, wie lange sich die Verhandlungen in Maastricht hinziehen würden, antwortete: „We are fully determined to be home by Christmas.“<sup>2129</sup>

Den Höhepunkt dieser aggressiven Kritik an der Vertragsreform bildete schließlich ein ungewöhnlich langer Leitartikel am ersten Gipfeltag. In einem Rundumschlag gegen die „chimera“ des europäischen Föderalismus griff dieser eine Vielzahl von Akteuren an, die mit stark abwertenden, oft auf nationalen Negativ-Stereotypen beruhenden Beschreibungen versehen wurden. So seien die übrigen Mitgliedstaaten „either [...] obsessed with the tenuous thesis that Germany can be ‚locked in‘ to structures that would diminish its power, or cynically ready to use support for Brussels as a means to greater subsidy“. Italien strebe die Integration nur an, da es der eigenen Demokratie misstrauere; Griechenland wiederum lebe von deutschen Steuergeldern. Unter den „politicians in the rest of the EC“ kritisierten zwar viele Großbritannien für seine Vorbehalte, aber nur wenige hätten „read and understood the treaties“. Auch die Einzelmaßnahmen der Vertragsreform wurden noch einmal massiv kritisiert: Die Währungsunion werde an den Kosten der wirtschaftlichen Konvergenz scheitern; bei der geplanten Ausweitung der Mehrheitsentscheide im Ministerrat handle es sich um „centralisation gone mad“; und der Versuch, Legitimität über das Europäische Parlament zu erzeugen, widerspreche „the British or any other intellectually coherent constitutional model“. Zuletzt werde die geplante Europäische Union deshalb „in bitterness and fascism“ zusammen-

---

2127 TT 11.12.1991:15a.

2128 TT 03.12.1991:15d.

2129 TT 09.12.1991:1a; vgl. auch TG 10.12.1991:26, wo diese Äußerung ironisch als „a boast familiar to the inhabitants of local war cemeteries“ bezeichnet wurde. Auch sonst fanden sich im *Guardian* Anspielungen auf die Weltkriege lediglich in ironischer Form. So verglich eine Glosse die Unterhausabgeordneten, die nicht am Gipfel teilnehmen konnten, mit „helpless non-combatants, stranded miles away from the conflict“, die nur in den Zeitungen von „a glorious victory for General Lamont here, a tactical retreat by General Hurd there, and further confirmation that Major Major is lost at sea“ lesen könnten (TG 05.12.1991:6).

brechen und Maastricht nur noch „like a passing madness, a brief shout of concord choked by its own illusions“ erscheinen.<sup>2130</sup>

Demgegenüber zeichneten die Meinungstexte im *Guardian* ein nuancierteres Bild der Vertragsreform und des britischen Widerstands dagegen. So kritisierte ein Leitartikel die diplomatische Isolierung und zog dabei auch explizit den Topos des britischen Pragmatismus in Zweifel:

Douglas Hurd – an ancient refrain – keeps saying how practical and pragmatic we are, how different from the Continentals with all their sweeping gestures and easy promises. [...] But [...] eleven out of the twelve Community nations [...] are fed up with pragmatic lecturing which they deeply perceive has little to do with them and everything to do with the foot-draggers on the Tory backbenches – who are themselves not practical at all, because they have never contemplated the awful economic consequences of stepping out of a Europe that everybody else is queuing to join.<sup>2131</sup>

In Bezug auf die föderale Zukunft der EG gab sich die Zeitung nun allerdings deutlich pessimistischer als noch zu Beginn der Vertragsverhandlungen. Einige Kommentare kritisierten die Einigung von Maastricht aus proeuropäischer Sicht als ungenügend und forderten ein noch stärker föderalistisches Modell.<sup>2132</sup> Ein Gastbeitrag des Politikwissenschaftlers David Marquand beschrieb die EG als ein dynamisches, auf schrittweise Kompetenzübertragung angelegtes Projekt, das schließlich in einen „full-scale federalism“ mit dem Europäischen Parlament als zentraler Legitimationsinstanz münden sollte. Dieser Prozess müsse nun seine Vollendung erreichen:

The real significance of Maastricht is that the time for this transformation has now arrived. [...] Integration has duly “spilled over” from economics to politics, and the Community has gone well beyond intergovernmentalism.<sup>2133</sup>

Allerdings schreckten die Regierungschefs vor diesem Schritt zurück, sodass Maastricht zu einem „sanctimonious fudge“ zu werden drohe, das die nationale Demokratie einschränke, ohne hinreichenden Ausgleich auf su-

---

2130 TT 09.12.1991:15d. Der Leitartikel blieb nicht ohne Reaktionen in den Leserbriefen der *Times*, die teils zustimmend (TT 11.12.1991:15c), teils ablehnend ausfielen (TT 11.12.1991:15d, TT 13.12.1991:15a).

2131 TG 06.11.1991:20.

2132 TG 20.11.1991:21, TG 09.12.1991:21.

2133 TG 03.12.1991:19b.

pranationaler Ebene zu schaffen. Die Hauptverantwortung dafür liege jedoch nicht bei jenen, die sich für mehr europäische Integration einsetzten, sondern vor allem bei

the British anti-Europeans who have insisted on sacrificing the reality of democratic control to the fiction of parliamentary sovereignty.<sup>2134</sup>

Diese Art von proeuropäischer Kritik war jedoch nicht die einzige Argumentationslinie, die im *Guardian* zu finden war. So erschien auf derselben Seite wie Marquands Beitrag noch ein weiterer Gastkommentar des konservativen Unterhausabgeordneten John Biffen, in dem dieser unter Verweis auf das Europa-Konzept von General Charles de Gaulle eine schnelle Osterweiterung der EG und ihre Umwandlung in „more of a national partnership and less of an integrated union“ forderte.<sup>2135</sup>

Einzelne andere Beiträge gingen noch weiter und kritisierten die geplante Vertragsreform mit einer hyperbolischen Überspitzung, deren Schärfe an den aggressiven Tonfall der *Times*-Leitartikel erinnerte. In einem Gastkommentar unterstellte etwa der Historiker Alan Sked, Mitglied der Bruges Group und späterer Gründer der UK Independence Party, Großbritannien könnte in Zukunft zu einem „removal of the ‚Great‘ from ‚Great Britain‘“ gezwungen werden, mit der Begründung „that no other province in Europe thought itself entitled to such a claim and that equality of status was the basis for European progress“.<sup>2136</sup> Eine Glosse, die kurz vor dem Gipfel erschien, übersetzte „the double meanings of Euro-speak in plain language“ und griff dabei zahlreiche Negativ-Stereotypen auf, indem sie etwa die EG als „replacement Soviet Union“ oder „Economic cohesion“ als „Hand-outs for Spanish fat cats funded by British taxpayers“ beschrieb.<sup>2137</sup> Auch wenn solch aggressive Kritik – anders als in der *Times* – nicht die Regel war, trug sie dazu bei, dass auch im *Guardian* der Diskurs kurz vor dem Gipfel von Maastricht ambivalenter und insgesamt deutlich skeptischer war als in den ersten beiden Phasen der Vertragsverhandlungen. Die Richtung der Kritik variierte zwar je nach Beitrag. Was jedoch kaum vorkam, waren Meinungsartikel, die die Vertragsreform explizit guthießen.<sup>2138</sup>

---

2134 Ebd. Der Kommentar wurde auch in einem Leserbrief aufgegriffen (TG 04.12.1991:18).

2135 TG 03.12.1991:19a.

2136 TG 08.11.1991:23.

2137 TG 09.12.1991:2d.

2138 Ein Beispiel ist ein langer Kommentar des Wirtschaftsredakteurs Will Hutton, der argumentierte, dass die Vertragsreform es den EG-Staaten ermögliche,



Auch dies lässt sich letztlich als Folge der Fokussierung auf nationale Akteure verstehen. Anders als in Deutschland oder Frankreich, wo der eigenen nationalen Regierung jeweils eine wichtige gestaltende Rolle auf dem Gipfel zugeschrieben wurde, ging es in der britischen Debatte vor allem darum, wie gut Major die geplanten Reformen würde abwehren können. Damit aber fehlte in der nationalen Öffentlichkeit ein Akteur, der die Vertragsinhalte aktiv verteidigt hätte – was zu einer Polarisierung des Diskurses führte: Manchen Kommentatoren ging der Integrationsschritt von Maastricht zu weit, anderen die Zugeständnisse der übrigen EG-Staaten an die britische Regierung.

„*It’s game, set and match for Britain*“: Die Gipfelergebnisse als Erfolg oder Niederlage der britischen Diplomatie

Die für die beiden britischen Zeitungen typische Kombination aus einem gemeinsamen inhaltlichen Fokus auf die eigene Regierung bei gleichzeitig diametral unterschiedlicher Bewertung zeigte sich auch in den Tagen nach dem Gipfel von Maastricht. Beide Zeitungen befassten sich erneut vor allem mit der diplomatischen Leistung der eigenen Regierung. In Überblicksdarstellungen führten sie neben den einzelnen Reformbeschlüssen jeweils auch explizit die britische Position an und erklärten, inwiefern das Gipfelergebnis ein Zugeständnis oder einen Erfolg Majors darstelle.<sup>2139</sup> Und auch die Berichte über die Reaktionen ausländischer Politiker auf den Gipfel bezogen sich fast immer auch auf Major und die britischen Opt-outs.<sup>2140</sup> Dennoch hätten schon die Schlagzeilen, mit denen die Zeitungen am Tag nach dem Gipfel aufmachten, kaum unterschiedlicher ausfallen können: Während die *Times* die Ergebnisse mit den Überschriften „Major

---

künftig gemeinsame Entscheidungen zu treffen, zu denen jeder einzelne allein nicht in der Lage sei (TG 09.12.1991:3b).

2139 TG 11.12.1991:3c, TT 12.12.1991:2e.

2140 Z. B. TT 11.12.1991:11d, TT 12.12.1991:2d, TT 12.12.1991:2b, TT 12.12.1991:2c, TG 12.12.1991:1, 22, TG 12.12.1991:2d. Ein *Times*-Artikel über die Debatte des Europäischen Parlaments zu dem Gipfel thematisierte sogar ausschließlich die (einhellig ablehnenden) Stellungnahmen Jacques Delors’ und der Europaabgeordneten zum britischen Opt-out in der Sozialpolitik (TT 13.12.1991:11b). Und in einer internationalen Presseschau hob die *Times* hervor, dass die Zeitungen aller Länder neben dem jeweils nationalen Regierungschef vor allem John Major als Protagonisten des Gipfels ansähen (TT 13.12.1991:11a).

wins all he asked for at Maastricht“ und „A sort of triumph“ zusammenfasste,<sup>2141</sup> betonte der *Guardian* ein weiteres Mal die britische Isolation und titelte: „EC unites on historic treaty with Britain in the slow lane“.<sup>2142</sup>

In der weiteren Berichterstattung beschrieb die *Times* insbesondere die Streichung des Wortes „federal“ und die Opt-out-Regelungen als Erfolge Majors und hob prominent dessen Äußerung „It’s game, set and match for Britain“ hervor.<sup>2143</sup> Außerdem wies sie auf das geschickt geknüpfte Netzwerk hin, durch das Major auf dem Gipfel außer in der Sozialpolitik in keiner Frage allein gestanden habe. Anders als zu Thatchers Zeiten sei die französische Strategie, Großbritannien zu isolieren, nicht aufgegangen.<sup>2144</sup> Auch sonst zog sich das Motiv eines Siegs Majors über Mitterrand durch die *Times*-Berichterstattung: So erklärte die Zeitung, dass Mitterrand zwar selbst behauptete, dass Frankreich all seine Ziele erreicht habe, laut britischen Delegationsmitgliedern der französische Präsident jedoch geschwächt aus dem Gipfel hervorgehe.<sup>2145</sup> In einem Artikel über die Rolle der WEU hieß es, dass sich Großbritannien gegen Frankreich durchgesetzt habe, das während der Verhandlungen von Deutschland verlassen worden sei.<sup>2146</sup>

Der *Guardian* hingegen sprach schon nach dem ersten Gipfeltag von „sweeping concessions“, zu denen sich der britische Premierminister habe bereit erklären müssen – etwa in Bezug auf die Ausweitung der EG-Kompetenzen, die Stärkung des Europäischen Parlaments und die gemeinsame Außen- und Verteidigungspolitik.<sup>2147</sup> Auch bei der Entscheidung über den Sitz der künftigen Europäischen Zentralbank schein Großbritannien aufgrund seines Opt-outs bereits „out of the running“.<sup>2148</sup> Nach dem Gipfel zitierte der *Guardian* Ruud Lubbers, François Mitterrand sowie Jacques Delors, die erklärten, dass sich die EG nicht von der britischen Regierung habe aufhalten lassen, und fasste zusammen: „Although John Major emer-

---

2141 Die erste Überschrift gehörte zum Aufmacher, die zweite zum Leitartikel über den Gipfel (TT 11.12.1991:1a, TT 11.12.1991:15a).

2142 TG 11.12.1991:1. Am folgenden Tag folgte allerdings noch ein Aufmacher über die Reaktionen in Großbritannien mit der Schlagzeile „Tories hail Major triumph“ (TG 12.12.1991:1).

2143 TT 11.12.1991:1a. Als weitere britische Erfolge nannte die Zeitung die Stärkung des Subsidiaritätsprinzips, die Priorität der NATO in der Verteidigungspolitik sowie den Erhalt nationaler Vetorechte in der EG-Industriepolitik.

2144 TT 11.12.1991:1b.

2145 TT 11.12.1991:1a.

2146 TT 11.12.1991:11a.

2147 TG 10.12.1991:1, 26, ähnlich TG 10.12.1991:3b.

2148 TG 10.12.1991:2c.

ged claiming victory [...], the view elsewhere was strikingly different.“<sup>2149</sup> Ein Artikel, der „the Prime Minister’s negotiating skills“ analysierte, wertete die Vorstellung, dass Major durch diplomatisches Geschick den Gipfel in seinem Sinne entschieden habe, als „the instant Maastricht myth“.<sup>2150</sup> Dass die britische Regierung laut ihrer eigenen Darstellung nicht isoliert gewesen sei, sondern nur „secret concerns“ anderer EG-Staaten formuliert habe, erwähnte der *Guardian* lediglich ironisch in einer Glosse.<sup>2151</sup> Hingegen äußerten mehrere Artikel die Erwartung, dass Großbritannien wegen seiner Opt-outs auch künftig in der EG isoliert bleiben werde.<sup>2152</sup> Zudem habe Major auch die Aussichten auf den von ihm angestrebten Beitritt der Conservative Party zur EVP-Fraktion im Europäischen Parlament verschlechtert, da viele europäische Christdemokraten seinen „go-it-alone move“ in Maastricht ablehnten.<sup>2153</sup> Verschiedene Texte äußerten zudem die Erwartung, dass Großbritannien sich einer europäischen Währungsunion oder gemeinsamen Sozialpolitik letztlich nicht dauerhaft werde entziehen können.<sup>2154</sup>

In Meinungstexten zeigte sich in beiden Zeitungen ein etwas vielschichtigeres Bild, in dem es jedoch weiterhin deutliche Unterschiede zwischen *Times* und *Guardian* gab. Auf der einen Seite lobte die *Times* wiederholt die Verhandlungsführung der britischen Regierung. Ein Leitartikel bezeichnete die beschlossene Reform als „the Fudge of Maastricht“, betonte aber, dass die britische Delegation erfolgreich ihre Prinzipien verteidigt und damit der EG geholfen habe „to be realistic about its immediate future“. Mehrere kleinere Staaten hätten inoffiziell die britische Haltung unterstützt, sich aber nicht offen gegen die „German-French axis“ stellen wollen. Großbritannien habe darauf mit „honour and dignity“ reagiert, indem es einen Konflikt vermieden, sich selbst aber durch die Opt-out-Regelungen vor einer überstürzten Reform bewahrt habe.<sup>2155</sup> Andere Kommentare

---

2149 TG 11.12.1991:1.

2150 TG 12.12.1991:3b.

2151 TG 11.12.1991:22.

2152 TG 13.12.1991:9a, TG 14.12.1991:8a, TG 16.12.1991:2. Einige Beiträge erkannten demgegenüber aber auch an, dass das britische Opt-out aus der gemeinsamen Sozialpolitik durchaus „a particular kind of economic logic“ habe, da es der wenig produktiven britischen Wirtschaft erlaube, durch niedrige Löhne konkurrenzfähig zu bleiben (TG 11.12.1991:3a, ähnlich TG 11.12.1991:3b, TG 12.12.1991:2c).

2153 TG 17.12.1991:8.

2154 Z. B. TG 12.12.1991:20c, TG 13.12.1991:8.

2155 TT 11.12.1991:15a, ähnlich TT 12.12.1991:21, TT 11.12.1991:14b.

behaupteten noch einmal, dass auch Deutschland und Frankreich aus nationalen Interessen eigentlich keine größeren Souveränitätsabgaben wollten und sich lediglich in eine „folie à deux“ hineingesteigert hätten. Nach deren Ende würden die in Maastricht beschlossenen Reformen zuletzt voraussichtlich doch noch scheitern.<sup>2156</sup>

Nur ein einziger Kommentar in der *Times* erklärte, dass bislang noch nicht abschätzbar sei, ob bei der Währungsunion der Nutzen oder die Kosten überwiegen würden, sodass es weiterhin möglich sei „that history will cast Mr Major instead of Jacques Delors as Don Quixote“.<sup>2157</sup> Umgekehrt warnte ein Gastbeitrag von Nicholas Ridley in düsteren Tönen, dass die EG sich durch den Vertrag in Richtung einer „federal union“ entwickeln werde. Auch die Opt-outs könnten sich deshalb zuletzt als ungenügend erweisen und das britische Parlament weiter unter Druck geraten „to sign away the people’s powers over the government and replace our tried and trusted democratic institution with unaccountable directions from Brussels“.<sup>2158</sup>

Auf der anderen Seite stellte ein *Guardian*-Leitartikel fest, dass die übrigen Mitgliedstaaten, vor allem Deutschland, sich alle Mühe gegeben hätten, Großbritannien einzubinden, und dafür zahlreiche „contortions of diplomacy, not to say common sense“ akzeptiert hätten. Hingegen habe die britische Regierung darauf bestanden, „different“ zu sein, und sich damit selbst isoliert.<sup>2159</sup> Verschiedene Kommentare übten allerdings auch Kritik an den Beschlüssen. So wertete der Wirtschaftsredakteur Will Hutton die für die Währungsunion beschlossenen Konvergenzkriterien als ungeeignete „measure of deflation and budgetary savagery [...] which German public opinion demands if it is to be sold the notion of giving up the mark“.<sup>2160</sup> Ein Leitartikel wiederum forderte für Großbritannien eine Debatte über soziale Rechte, erklärte jedoch, dass das Maastrichter Sozialkapi-

---

2156 TT 11.12.1991:14b, ähnlich TT 17.12.1991:14. Als Beleg für die steigende Ablehnung gegenüber den Beschlüssen führten beide Kommentare eine Umfrage der deutschen *Bild*-Zeitung an, der zufolge 97 Prozent der Leser gegen die Währungsunion seien. Auf die fehlende Repräsentativität der Umfrage, die allein auf eingegangenen Anrufen in der Zeitungsredaktion basierte, ging dabei keiner der Kommentare ein.

2157 TT 11.12.1991:14a.

2158 TT 12.12.1991:20b.

2159 TG 11.12.1991:20.

2160 TG 11.12.1991:2c.

tel dabei „would not have been of any help“, da es zu eng auf Arbeitnehmerrechte begrenzt sei.<sup>2161</sup>

Gleich mehrfach warfen beide Zeitungen zudem die Frage auf, ob es sich bei dem Gipfel um ein historisches Ereignis handle. Nachdem die *Times* im Leitartikel am ersten Gipfeltag rundheraus erklärt hatte, dass Maastricht „not a great turning point in European history“ sein werde,<sup>2162</sup> forderte sie hinterher, das „inward looking and inward acting“ zu beenden, das nur vom „real business“ wie der Binnenmarktgesetzgebung und der Erweiterung der EG ablenke.<sup>2163</sup> Auch in einem Kommentar hieß es, dass der Gipfel von Maastricht keinesfalls als historisches Ereignis, sondern lediglich als „the high-water mark of the incoherent idea of European political union“ in Erinnerung bleiben würde.<sup>2164</sup> In einem Aufmacher sprach die Zeitung hingegen von „historic treaties“, auf die sich die Regierungschefs geeinigt hätten.<sup>2165</sup> Ein weiterer Artikel schließlich erklärte, die Bedeutung von Maastricht für die Geschichte der EG sei noch unklar: Einerseits handle es sich um einen „giant step for European integration“ mit vielen Veränderungen in wichtigen Bereichen; andererseits bleibe die Gemeinschaft eine „deeply ambivalent institution“, da es nach wie vor keine Einigung über das Ziel der Integration gebe.<sup>2166</sup>

Der *Guardian* hingegen erklärte Maastricht schon mehrere Wochen im Voraus zu einem „major development in European history“.<sup>2167</sup> Nach dem Gipfel sprach der Aufmacher von „an historic European union treaty, but one that had all the hallmarks of a two-speed Europe – with Britain in the slow lane“.<sup>2168</sup> Ein anderer Artikel thematisierte die Orte, an denen berühmte historische Konferenzen stattgefunden hatten, und schloss mit der Feststellung:

A place – Yalta, for example – can mean far more to us because of an historic agreement struck there than simply as a geographical location. Maastricht, which does not exist on many maps, may enjoy similar historical status.<sup>2169</sup>

---

2161 TG 14.12.1991:22, vgl. auch TG 12.12.1991:2c.

2162 TT 09.12.1991:15d.

2163 TT 12.12.1991:21.

2164 TT 11.12.1991:14b.

2165 TT 11.12.1991:1a.

2166 TT 12.12.1991:2a.

2167 TG 20.11.1991:8a, ähnlich auch TG 06.12.1991:23a.

2168 TG 11.12.1991:1.

2169 TG 11.12.1991:21.

Andere Artikel relativierten dieses Bild des historischen Gipfels jedoch auch und verwiesen auf die Unsicherheiten, die mit den Ergebnissen von Maastricht weiterhin verbunden seien:

The traumas which have marked the build-up to Maastricht can perhaps be seen as the birthpangs of a future European state. But the final shape of that state will not be determined at or even immediately after Maastricht.<sup>2170</sup>

Stattdessen verwiesen mehrere Artikel auf die erwartete künftige Integrationsdynamik: In einer Analyse hieß es beispielsweise, die Reform von Maastricht selbst sei zwar „modest in its transfers of power to the EC“, doch die im Vertrag bereits vorgesehene neue Regierungskonferenz 1996 werde klären „how far to move to something like a United States of Europe“.<sup>2171</sup> Ein Kommentar des Brüssel-Korrespondenten John Palmer wiederum hob die „forces of integration let loose by the single market and EMU over the next few years“ hervor, die die EG – trotz der Zugeständnisse an Großbritannien – ihren „longer-term goals of a full federal-style European Union“ näher bringen würden, was sich spätestens mit „the next treaty“ 1996 zeigen werde.<sup>2172</sup>

Verschiedene Leitartikel äußerten sich hingegen auch pessimistischer, was die Bedeutung des Gipfels und die künftigen Entwicklungsaussichten betraf. So erklärte ein Leitartikel, die Beschlüsse von Maastricht seien leicht rückgängig zu machen und deshalb eher als „a manifesto“ zu verstehen, das erst später mit Leben gefüllt werden könne. Wichtiger als die Einigung selbst sei deshalb, wie die EG auf die Umstürze in Osteuropa reagiere.<sup>2173</sup> Ein anderer Leitartikel verglich den Gipfel mit dem nur einen Tag zuvor unterschriebenen Minsker Abkommen zur Auflösung der Sowjetunion: Die langfristige Relevanz beider Ereignisse werde zwar erst die Zukunft zeigen, „[b]ut at the moment, the confusion of Maastricht must be overshadowed by the drama [...] of Minsk“.<sup>2174</sup> Ein dritter Leitartikel schließlich verwies nach dem Gipfel darauf, dass alle zwölf Regierungschefs behauptet hätten, sich in Maastricht mit ihren jeweiligen Forderungen durchgesetzt zu haben. Damit versuchten sie ihre jeweiligen nationa-

---

2170 TG 06.12.1991:25c.

2171 TG 06.12.1991:25a.

2172 TG 12.12.1991:2e, ähnlich auch TG 13.12.1991:9b.

2173 TG 07.12.1991:22.

2174 TG 10.12.1991:24a.

len Wählerschaften zu beeindrucken, die je nach Land unterschiedliche Erwartungen hätten:

Summit warfare is waged in entirely national terms – underpinned by the perception (for Mr Mitterrand just as much as Mr Major) that trophies have to be brought back in pseudo-triumph. It is the voters at home – French, German, British – who have to be put first: and juggled with as the forms of words painfully, almost childishly, emerge.<sup>2175</sup>

Diese nationale Orientierung der Verhandlungsführer zeige nicht nur, dass die EG „still light years from any hint of super-state“ sei, sondern erschwere auch künftige Integrationsfortschritte. Angesichts der Divergenzen zwischen den Mitgliedstaaten wirkten Verhandlungen immer öfter nur wie ein „ramshackle compromise“. Die EG sehe sich deshalb wachsenden Vorbehalten in der Bevölkerung ausgesetzt und stehe vor „a time of great test for the whole enterprise“.<sup>2176</sup>

Im Vergleich zu den deutschen und französischen Zeitungen schließlich fanden sich in der britischen Presse nur wenige Berichte über die geplanten Ratifikationsverfahren in den übrigen Mitgliedstaaten. Ausgehend von der innenpolitischen Debatte über ein britisches Referendum zur Vertragsreform galt dabei das meiste Interesse der Frage, in welchen anderen Ländern, die der Währungsunion skeptisch gegenüberstanden, Volksabstimmungen geplant seien. So wurden Pläne zu einem dänischen Referendum<sup>2177</sup> ebenso thematisiert wie die öffentliche Meinung in Deutschland, wo Umfragen zufolge inzwischen eine große Mehrheit eine Volksabstimmung über die Währungsunion fordere.<sup>2178</sup> Nur sehr am Rande wurden hingegen die Andeutungen Mitterrands zu einem Referendum in Frankreich behandelt.<sup>2179</sup> Auch dass die Parlamente von Belgien und Italien ihr Votum an die Zustimmung des Europäischen Parlaments gebunden und

---

2175 TG 12.12.1991:20e.

2176 Ebd.

2177 TT 07.12.1991:5c, TG 27.11.1991:9a.

2178 Wie die *Times* erklärte, wurde diese Forderung auch von „Jürgen Döblin [sic], the Free Democratic party leader in Bavaria“ unterstützt, wobei die Zeitung allerdings nicht weiter auf den recht begrenzten politischen Einfluss der bayrischen FDP einging (TT 12.12.1991:2d). Außerdem sprachen beide Zeitungen an, dass die SPD die Reform abzulehnen drohe, falls die Politische Union nicht weit genug gehe (TT 07.12.1991:5b, TT 14.12.1991, TG 14.12.1991:8b).

2179 TT 12.12.1991:2b.

diesem dadurch ein indirektes Ratifikationsrecht verschafft hatten, wurde in den britischen Zeitungen jeweils nur kurz erwähnt.<sup>2180</sup>

Tatsächlich konzentrierte sich die europapolitische Debatte in den britischen Medien schon wenige Tage nach dem Gipfel von Maastricht fast nur noch auf die inländischen Akteure; die übrigen Mitgliedstaaten spielten kaum noch eine Rolle. Lediglich Deutschland kam in der zweiten Dezemberhälfte noch einmal in die Schlagzeilen – zum einen durch die Ankündigung der Bundesregierung, in der Jugoslawien-Krise Slowenien und Kroatien anzuerkennen, zum anderen durch eine Leitzinserhöhung der deutschen Bundesbank, die zu einem Abrutschen des Sterlingkurses führte. Beide Entscheidungen wurden von den britischen Medien als nationale Alleingänge verstanden, die die Ernsthaftigkeit der Maastrichter Beschlüsse in Zweifel zögen.<sup>2181</sup> Die *Times* nahm dies zum Anlass, um noch einmal vor einer drohenden deutschen Hegemonie zu warnen: Ein Kommentar stellte fest, entgegen allen supranationalen Bekenntnisse sei Deutschland „anxious to establish its international role as a sovereign power and unneringly sure of the rightness of its thinking“.<sup>2182</sup> Im gleichen Sinne erklärte ein Leitartikel, die französische „idea that Germany might be ‚locked‘ into some supranational federation“ sei „poor realpolitik“ und habe letztlich nur zu einer Stärkung Deutschlands geführt.<sup>2183</sup> Letztlich wurde den Entwicklungen auf dem Kontinent allerdings weit weniger Bedeutung zugeschrieben als den Konsequenzen, die die Beschlüsse von Maastricht für die Einheit der Conservative Party und die Stabilität der britischen Regierung haben würden.

---

2180 TG 03.12.1991:8d, TT 11.12.1991:1a.

2181 Z. B. TG 16.12.1991:1a.

2182 TT 19.12.1991:16.

2183 TT 23.12.1991:11. Ein anderer Kommentar erklärte hingegen, dass den jüngeren Briten die deutsche Führungsrolle keine Sorgen mehr bereite, was allerdings ebenfalls nicht zu einer größeren Zustimmung zur europäischen Integration führe: Während die Älteren wenigstens zum Teil noch dazu bereit seien, der französischen Strategie zur Einbindung Deutschlands zu folgen, sähen die Jüngeren dazu schlicht keine Notwendigkeit (TT 20.12.1991:12).



## 5.3.2 Die Debatte über die nationale Europapolitik

## „Morass of manoeuvrings“: Neue parteiinterne Konflikte der Conservative Party

Die innerparteilichen Differenzen in der Conservative Party hatten sich nach Thatchers Rücktritt nur vorübergehend beruhigt. Je näher der Gipfel von Maastricht heranrückte, desto mehr traten sie wieder in den Vordergrund der britischen Debatte. Bereits Anfang November kommentierte der *Guardian*, dass das Kabinett Major selbst „Euro-agnostic“ sei, aber zwischen den verfeindeten Parteiflügeln lavieren und jederzeit eine Revolte innerhalb der Fraktion befürchten müsse.<sup>2184</sup> Dieser „morass of manoeuvrings“ verhindere eine klare europapolitische Linie, lähme die Regierung und zwingt sie zur Improvisation.<sup>2185</sup> Nachdem eine Umfrage ergeben hatte, dass eine Mehrzahl der Briten Souveränitätsübertragungen skeptisch gegenüber stehe und Major und Hurd in der Europapolitik mehr vertraue als den Oppositionsführern,<sup>2186</sup> gestand ein *Guardian*-Leitartikel allerdings zu, dass Europa „not necessarily a losing issue for the Tories“ sei. Vielmehr bestätigte die Umfrage Majors Kurs: „Hang conciliatory in Europe, hang tough in London.“<sup>2187</sup>

Mitte November kam es jedoch zu einem erneuten offenen Ausbruch des Konflikts, der nun mit noch größerer Schärfe ausgetragen wurde als zuvor. Vor allem in der *Times* dominierte die europapolitische Auseinandersetzung zwischen den beiden Parteiflügeln (die meist als „Europhiles“ und „Euro-sceptics“ bzw. als „federalists“ und „anti-federalists“ bezeichnet wurden)<sup>2188</sup> die Schlagzeilen und nahm einen noch größeren Raum ein als die Berichterstattung über die Vertragsverhandlungen selbst.<sup>2189</sup>

---

2184 TG 06.11.1991:21.

2185 TG 06.11.1991:20, ähnlich TG 05.11.1991:24, TG 06.11.1991:7. Noch zur Unterhausdebatte am 20. November spottete eine Glosse, Major habe vorsichtshalber gleich zwei Reden vorbereitet: „one which would appeal to his backbench Europhobes, a second which would please his Europhiles. And to be really on the safe side, he read out both of them.“ (TG 21.11.1991:8c). Der Topos der orientierungslosen Konservativen fand sich auch in einem Gastkommentar des Labour-Politikers Roy Hattersley in der *Times* (TT 19.11.1991:14).

2186 TG 14.11.1991:1b.

2187 TG 14.11.1991:20b.

2188 Letzteres nutzten die Europaskeptiker auch als Selbstbezeichnung, etwa im Namen der „Anti-Federalist League“.

2189 Die „incessant speculation in the media about splits in the Conservative Party“ wurde sogar in einem Leserbrief des konservativen Unterhausabgeordneten

Zum Auslöser wurde dabei eine Kampfabstimmung um den Vorsitz im Backbench Committee on European Affairs, einem Ausschuss der konservativen Unterhausfraktion. Dieses Amt hatte in den Jahren zuvor der Integrations skeptiker William Cash innegehabt, der nun von dem gemäßigten Norman Fowler herausgefordert wurde. Eine ähnliche Abstimmung, bei der Cash seine Position behauptet hatte, war im Vorjahr ohne große Medienaufmerksamkeit geblieben.<sup>2190</sup> Diesmal gewann sie jedoch an Relevanz, da Fowler offen von der Parteiführung um Major unterstützt wurde – und da angesichts der erwarteten Niederlage Cashs kurzzeitig auch der ehemalige Minister und enge Thatcher-Vertraute Norman Tebbit eine Gegenkandidatur andeutete. Beide Zeitungen veröffentlichten dazu mehrere Artikel, teilweise sogar auf der Titelseite.<sup>2191</sup>

Die Intensität dieser Auseinandersetzung über ein eigentlich wenig bedeutendes Fraktionsamt verdeutlichte, wie tief die Risse in der Conservative Party inzwischen gingen. Wie ein Kommentar in der *Times* analysierte, bildete die Europapolitik noch vor der Sozialpolitik den wichtigsten Streitpunkt zwischen den Parteiflügeln.<sup>2192</sup> Zur Eskalation des Konflikts trug ferner bei, dass Major selbst sich in einer öffentlichen Rede zwar zur Bewahrung der nationalen Souveränität bekannte, aber auch erklärte, dass eine Einigung in Maastricht im britischen Interesse liege, da Großbritannien bei einer Isolation Verluste für Einfluss und Wohlstand drohten. Beide Zeitungen deuteten dies als Versuch, die britische Öffentlichkeit auf den Vertrag einzustimmen, zugleich aber auch als Warnung an den europaskeptischen Parteiflügel.<sup>2193</sup> Tebbit wiederum reagierte mit dem Vorwurf, dass der Premierminister für eine Einigung auf dem Gipfel die Interessen des Landes vernachlässige.<sup>2194</sup>

Weiter geschürt wurden die parteiinternen Spannungen schließlich auch durch Nicholas Ridley. Der Thatcher-Vertraute, der 1990 wegen seiner EG-feindlichen Äußerungen als Handelsminister hatte zurücktreten

---

Jacques A. Arnold bemängelt, der sie als „increasingly tiresome“ kritisierte (TT 12.11.1991:15a).

2190 Der Integrationsbefürworter Ray Whitney hatte Cash zwei Wochen nach der Wahl Majors zum Premierminister herausgefordert. Die *Times* hatte dies zunächst als Machtprobe zwischen den Parteiflügeln gedeutet (TT 12.12.1990:6), das Thema dann jedoch nicht weiterverfolgt.

2191 TT 08.11.1991:7, TT 13.11.1991:1, TT 14.11.1991:1b, TG 13.11.1991:8, TG 14.11.1991:1a.

2192 TT 11.11.1991:16.

2193 TG 12.11.1991:1, TT 12.11.1991:1, TT 12.11.1991:6b, TT 13.11.1991:8c.

2194 TT 13.11.1991:8b.

müssen, rief wenige Tage vor der Abstimmung zwischen Cash und Fowler die britischen Wähler dazu auf, bei der nächsten Unterhauswahl jeweils den Kandidaten zu wählen, der sich am klarsten gegen weitere Kompetenzübertragungen an die EG ausspreche – auch wenn dieser ein Mitglied der Labour Party sein sollte.<sup>2195</sup> Kurz darauf schlossen sich dieser Forderung auch der Parteiveteran John Enoch Powell sowie die Anti-Federalist League an, die von Alan Sked, einem Mitglied der Thatcher-nahen Bruges Group, gegründet worden war.<sup>2196</sup> Ein *Guardian*-Leitartikel tat Ridleys Vorschlag hingegen als „simple mischief“ ab und forderte ihn auf, konsequenterweise aus der Conservative Party auszutreten und bei der nächsten Unterhauswahl für die Anti-Federalist League anzutreten.<sup>2197</sup>

Mitte November 1991 erschien damit eine dauerhafte Aufspaltung der Partei als ein realistisches Szenario. Dass Tebbit seine Kandidatur im Backbench Committee on European Affairs letztlich wieder zurückzog und Fowler die Wahl gewann, galt zwar als Erfolg Majors.<sup>2198</sup> Doch der Konflikt war damit nur verschoben: Zum neuen Schlüsselereignis wurde nun die für den 20. und 21. November angesetzte Unterhausdebatte, bei der das Parlament über das Verhandlungsmandat der Regierung auf dem Gipfel von Maastricht abstimmen sollte. Wiederholt äußerte vor allem die *Times* die Erwartung, dass es hierbei zu einer Revolte des europaskeptischen Flügels in der Fraktion kommen würde.<sup>2199</sup> Eine zentrale Rolle wurde dabei Margaret Thatcher zugeschrieben. Diese mischte sich zunächst zwar nur selten direkt in die Debatte ein und vermied auch jede offene Kritik an der Regierung.<sup>2200</sup> Dennoch bezeichneten beide Zeitungen sie in mehreren Artikeln als Identifikationsfigur des europaskeptischen Parteiflügels, die Major auch nach einem Jahr im Amt nicht habe verdrängen kön-

---

2195 TT 09.11.1991:20, TG 09.11.1991:5.

2196 TT 11.11.1991:1b, TT 14.11.1991:8a.

2197 TG 11.11.1991:24. Tatsächlich stellte die Anti-Federalist League zur Unterhauswahl 1992 einige Kandidaten gegen amtierende europafreundliche Abgeordnete auf, blieb jedoch erfolglos. 1993 entstand aus ihr die UK Independence Party.

2198 TT 13.11.1991:8b, TT 14.11.1991:1b, TG 14.11.1991:1a. Auch nach seiner Niederlage blieb Cash allerdings als prominenter Vertreter einer hart europaskeptischen Linie präsent (TT 15.11.1991:8).

2199 TT 12.11.1991:6a, TT 13.11.1991:1.

2200 In einer Rede Mitte November griff sie nur die Kommission an, die sich mehr Macht anzueignen versuche, und erklärte zudem die geplante Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank für undemokratisch (TT 15.11.1991:1).

nen.<sup>2201</sup> Wie erfolgreich ein Fraktionsaufstand gegen die Europapolitik der Regierung sein werde, hänge deshalb wesentlich davon ab, ob Thatcher bereit sei, sich daran zu beteiligen.<sup>2202</sup>

Das Verhandlungsmandat, das die Regierung dem Parlament schließlich vorschlug, sollte auf die Wünsche beider Parteiflügel eingehen: Einerseits forderte es „an agreement [...] which avoids the development of a federal Europe“, andererseits betonte es aber auch hier, es sei „in Britain’s interest to continue to be at the heart of the European Community“<sup>2203</sup> – eine Kombination, die der *Guardian* spöttisch als „John Major’s European version of motherhood and apple pie“ bezeichnete.<sup>2204</sup> Zugleich bewegte sich die Regierung vor der Unterhausdebatte auch rhetorisch auf den europaskeptischen Flügel zu: Sowohl Hurd als auch Major betonten nun öffentlich, dass eine Einigung in Maastricht keineswegs sicher sei und dass „the mere word ‚federal‘ would be enough to spark a British veto“.<sup>2205</sup>

Obwohl diese Drohung leicht als taktisches Manöver zu durchschauen war – wie oben beschrieben, hatten die britischen Zeitungen kurz zuvor bereits darüber berichtet, dass die übrigen EG-Staaten zu einem Verzicht auf die Formulierung bereit seien –, führte sie tatsächlich zu einer kurzzeitigen Beruhigung der innerparteilichen Debatte. Zwei Tage vor der Unterhausdebatte meldete die *Times*, dass die Regierung nicht mehr mit einer Fraktionsrevolte rechne.<sup>2206</sup> Dennoch blieb die europapolitische Spaltung der Conservative Party ein Dauerthema für beide britischen Zeitungen.<sup>2207</sup>

### „Let the people speak“: Debatte über ein nationales Referendum

Nach der Abstimmung über den Vorsitz im Backbench Committee on European Affairs und der Diskussion über das Verhandlungsmandat der Regierung zündete jedoch rasch ein dritter Funke für den parteiinternen

---

2201 TT 11.11.1991:16, TT 15.11.1991:18, TT 15.11.1991:19, TG 15.11.1991:24, TG 16.11.1991:27.

2202 So ausdrücklich TT 12.11.1991:6a.

2203 Der Mandatsvorschlag wurde von beiden Zeitungen im Wortlaut abgedruckt (TT 16.11.1991:6c, TG 16.11.1991:1b).

2204 TG 16.11.1991:1a. Vgl. auch TT 15.11.1991:1, TT 16.11.1991:1.

2205 TT 14.11.1991:1a, ähnlich TT 15.11.1991:1.

2206 TT 18.11.1991:1, vgl. auch TG 20.11.1991:22b.

2207 So berichteten *Times* und *Guardian* beispielsweise auch über eine europapolitische Debatte zwischen Norman Tebbit und Edward Heath in Oxford (TT 19.11.1991:9b, TG 19.11.1991:9).

Streit: nämlich der Vorschlag zu einem nationalen Referendum über die EG-Vertragsreform. Diese Forderung war erstmals ein Jahr zuvor nach dem Rücktritt Geoffrey Howes vom europaskeptischen Parteiflügel erhoben<sup>2208</sup> und kurzzeitig auch von Margaret Thatcher im Wahlkampf gegen Michael Heseltine aufgegriffen worden.<sup>2209</sup> Allerdings hatte selbst die sonst sehr Thatcher-freundliche *Times* dies damals als eine „short-term tactic“ beschrieben, die mit der sonstigen Skepsis der Premierministerin gegenüber Volksentscheiden in Widerspruch stehe.<sup>2210</sup>

Im November 1991 waren es zunächst jedoch nicht die Europagegner, die die Forderung nach einem Referendum wieder auf die Agenda brachten. Vielmehr fand sich dieser Vorschlag bereits Anfang November in einem Kommentar des *Guardian*-Kolumnisten Hugo Young. Dieser kritisierte sowohl die Regierung, die ihre Zugeständnisse in Maastricht kleinzureden versuche, als auch die Labour-Opposition, die aufgrund eigener parteiinterner Konflikte eine offene Auseinandersetzung vermeide, in der sie „the Government’s furtive tactic, and the lack of debate that accompanies it“ offenlegen könnte. Letztlich werde die europapolitische Auseinandersetzung deshalb von den europafeindlichen „Thatcherites“ dominiert, die sich ihrerseits auf das Argument stützten „that the British people, unconsulted through all these years [...] would actually oppose what is happening, if they did but know what it meant“. Diese „proposition that the absence of debate conceals an absence of popular assent“ sei allerdings „an unverified phantom“. Als einziger Ausweg bleibe deshalb „a national referendum to discover what the nation thinks about economic and political union“. Dies würde zu „a grand national argument on what kind of Europe now heads the agenda of the people and their would-be leaders“ führen und wäre „something between a seminar and an exorcism“. <sup>2211</sup>

Diesem Kommentar lag die implizite Erwartung zugrunde, dass ein Referendum die Form der europapolitischen Debatte in Großbritannien verändern und letztlich zu einer größeren Zustimmung zu der Vertragsreform führen könne. In diesem Sinne griff kurz vor der Unterhausdebatte am 20. November auch der liberaldemokratische Parteichef Paddy Ashdown den Vorschlag eines Referendums auf, wofür er dem *Guardian* zufolge von Seiten der Parteispitzen der Conservatives und der Labour Party al-

---

2208 Z. B. TT 06.11.1990:14, TT 08.11.1990:17.

2209 TT 19.11.1990:3.

2210 TT 20.11.1990:3.

2211 TG 05.11.1991:24.

lerdings zunächst nur „derision“ erntete.<sup>2212</sup> Dies änderte sich jedoch, als sich kurz darauf auch die European Reform Group, eine europaskeptische Gruppierung innerhalb der Conservative Party, für ein Referendum aussprach.<sup>2213</sup> Als Major diesen Vorstoß explizit zurückwies,<sup>2214</sup> wurde das Thema rasch zum neuen zentralen Angriffspunkt für den europaskeptischen Flügel der Conservative Party. Ihren vorläufigen Höhepunkt erreichte die Referendumsdiskussion schließlich mit der Europadebatte im Unterhaus am 20. November, als sich Margaret Thatcher selbst vehement für eine Volksabstimmung aussprach – was die *Times* zum Anlass für einen Aufmacher unter der Schlagzeile „Let the people speak“ nahm.<sup>2215</sup>

Mit der Diskussion über ein Referendum entwickelte sich in Großbritannien – anders als in Deutschland oder Frankreich – bereits vor dem Gipfel von Maastricht eine ausführliche Debatte über die Form der Vertragsratifikation. Zugleich zeigte diese Auseinandersetzung aber auch besonders deutlich, wie stark die britische Öffentlichkeit vor dem Vertrag von Maastricht von einem nationalen, nicht gesamteuropäischen Verständnis von Bürgerschaft und Demokratie ausging. Tatsächlich entwickelte sich die Debatte schnell zu einer generellen Auseinandersetzung über das System der parlamentarischen Demokratie in Großbritannien: Auf der einen Seite argumentierten die Unterstützer eines Volksentscheids, dass die Bevölkerung dem britischen Parlament die Souveränität nur auf Zeit übertragen habe und die Abgeordneten diese deshalb nicht dauerhaft an eine andere Institution wie die EG abgeben könnten, ohne zuvor das Volk zu befragen.<sup>2216</sup> Außerdem seien in vielen Wahlkreisen die Kandidaten aller Parteien für

---

2212 TG 18.11.1991:1, vgl. auch TT 18.11.1991:1.

2213 TT 19.11.1991:9a, TG 19.11.1991:24.

2214 TT 20.11.1991:7a, TG 20.11.1991:22b. Lediglich falls Großbritannien in Zukunft beschließen werde, sich doch der Einheitswährung anzuschließen, solle das dann amtierende Parlament Major zufolge einen Volksentscheid darüber ansetzen können (TT 21.11.1991:1).

2215 TT 21.11.1991:1. Der *Guardian* titelte etwas nüchterner mit „Thatcher hijacks Major’s line“ (TG 21.11.1991:1) und hob im Aufmacher am folgenden Tag Majors Zurückweisung der Referendumsforderung hervor (TG 22.11.1991:1).

2216 In diesem Sinn argumentierten etwa der Liberaldemokrat Matthew Taylor (TT 20.11.1991:7a) und der konservative Abgeordnete Richard Shepherd in einem *Guardian*-Gastkommentar (TG 29.11.1991:23). Ein Leserbrief ging zudem auf das britische Referendum von 1975 ein, mit dem der Beitritt zur EG legitimiert worden sei, nicht jedoch die späteren Integrationssschritte (TT 12.11.1991:15b). Ein Leitartikel der *Times* hob hingegen hervor, dass der Vertragsabschluss keine dauerhafte Souveränitätsübertragung darstelle, da das britische Parlament weiterhin frei sei, in Zukunft einen Austritt aus der Europäischen Union zu beschließen (TT 20.11.1991:19d).

eine Vertragsreform, sodass die Bürger in dieser Frage auch bei der Unterhauswahl keine Alternative hätten.<sup>2217</sup> Auf der anderen Seite verwiesen die Gegner des Vorschlags auf das Prinzip der repräsentativen Demokratie, welches durch den Rückgriff auf Referenden untergraben würde.<sup>2218</sup> Mit der Forderung nach einem Volksentscheid würden die Europaskeptiker also ihr eigenes Argument schwächen, dass sie die Souveränität des britischen Parlaments erhalten wollten.<sup>2219</sup> Vereinzelt wurde das Thema zudem rein parteitaktisch interpretiert: So beschrieb ein *Times*-Kommentar das Referendum unter anderem als Mittel, um eine weitere Spaltung der Conservative Party zu verhindern.<sup>2220</sup> Generell nicht in Frage gestellt wurde hingegen, dass die Ratifikation der Maastrichter Beschlüsse letztlich allein eine nationale Angelegenheit sei: Was in der Debatte über das Referendum zur Diskussion stand, waren unterschiedliche Verständnisse der *britischen* Demokratie, nicht jedoch deren Verhältnis zum gesamteuropäischen politischen System.

Der starke nationale Fokus zeigte sich auch bei dem zweiten Hauptthema der Unterhausdebatte am 20. September, nämlich der Diskussion über die Tragfähigkeit des geplanten britischen Opt-outs zur Währungsunion. Auch hier spielte nur das nationale Interesse, nicht aber die gesamteuropäische Dimension eine Rolle: Während die Regierung das Opt-out verteidigte, da sich das Land dadurch alle Zukunftsmöglichkeiten offen halte, verlangten die Europaskeptiker um Thatcher, dass Großbritannien einem Vertrag über die Währungsunion gar nicht erst beitreten dürfe. Die Hauptredner der Oppositionsparteien wiederum forderten ein Bekenntnis zur Ein-

---

2217 So Norman Tebbit (TT 20.11.1991:7b), später ähnlich auch Margaret Thatcher (TG 21.11.1991:1, TG 22.11.1991:8c, TT 23.11.1991:3), aber auch der Politikwissenschaftler Vernon Bogdanor in einem *Guardian*-Gastkommentar (TG 22.11.1991:23a). Auch ein Leserbrief in der *Times* verwies auf die unklaren Positionen beider großen Parteien, die es unmöglich machten, die Unterhauswahl zur Abstimmung über die Europapolitik zu machen. Aus diesem Grund sei ein Referendum auch gegenüber dem Vorschlag Nicholas Ridleys vorzuziehen, jeweils den europaskeptischsten Kandidaten zu wählen (TT 14.11.1991:19b).

2218 TT 18.11.1991:1, TT 18.11.1991:9b, TT 21.11.1991:6–7. Außenminister Hurd hob hervor, dass auch Thatcher selbst sich 1975 mit diesem Argument gegen die Durchführung des britischen EG-Referendums ausgesprochen hatte (TT 22.11.1991:1a, TT 22.11.1991:8b, TG 22.11.1991:8d). Verschiedentlich wurde zudem auf die Komplexität des Themas verwiesen, das sich nicht auf eine einfache Referendumsfrage herunterbrechen lasse (TT 20.11.1991:7a, TT 20.11.1991:19d, TT 20.11.1991:19c).

2219 TT 20.11.1991:7a, ähnlich auch ein Leitartikel der *Times* (TT 20.11.1991:19d).

2220 TT 22.11.1991:18.

heitswahrung, da das Opt-out das Vertrauen in Großbritannien untergrabe und ein späterer Beitritt zur Währungsunion mit größeren Anpassungsproblemen verbunden wäre.<sup>2221</sup>

Dass das von der Regierung vorgeschlagene Verhandlungsmandat für Maastricht schließlich mit nur wenigen Abweichlern in der konservativen Fraktion angenommen wurde, deutete die *Times* als Zwischenerfolg Majors.<sup>2222</sup> Zugleich hoben beide Zeitungen jedoch auch in den folgenden Tagen immer wieder die Konflikte zwischen dem Regierungslager und dem europaskeptischen Flügel hervor, der zu einem unvermeidlichen „clash of the titans“ führen müsse.<sup>2223</sup> Im Mittelpunkt stand dabei wiederum Thatcher, die Major nach der Unterhausdebatte vorwarf, mit der Ablehnung eines Referendums „arrogant“ zu handeln und sich gegen „fundamental instincts of the people“ zu wenden.<sup>2224</sup> Umgekehrt griffen aber auch regierungsnahe konservative Politiker nun vermehrt die ehemalige Premierministerin an, der sie einen übertrieben europafeindlichen Kurs vorwarfen.<sup>2225</sup>

Welches Interesse diese Auseinandersetzung erzeugte, zeigte sich an zahlreichen Leserbriefen, die in den folgenden Tagen in beiden Zeitungen erschienen und sich teils mit der Persönlichkeit Thatchers,<sup>2226</sup> vor allem aber mit Argumenten für und gegen eine Volksabstimmung befassten. Die Argumentationsmuster entsprachen dabei im Wesentlichen jenen, die bereits zuvor von den Vertretern der beiden Flügel der Conservative Party verwendet worden waren: Ein Referendum sei nötig wegen der dauerhaften Souveränitätsabgabe<sup>2227</sup> bzw. weil die Parteien keine eindeutigen Posi-

---

2221 TT 21.11.1991:6–7, TG 21.11.1991:8e, TG 21.11.1991:8a, TG 21.11.1991:8d.

2222 TT 22.11.1991:1a, vgl. auch TG 22.11.1991:8b.

2223 TT 25.11.1991:1, ähnlich TT 22.11.1991:8a, TG 21.11.1991:20a.

2224 TT 23.11.1991:3, ähnlich TG 23.11.1991:1.

2225 TT 22.11.1991:8b, TT 26.11.1991:1, TG 25.11.1991:1, TG 26.11.1991:5d, TG 30.11.1991:8d, TG 02.12.1991:1. Zudem sei Thatchers Haltung widersprüchlich, da sie sich zuvor stets gegen Referenden ausgesprochen habe (TG 22.11.1991:8c, TG 22.11.1991:8d, TT 26.11.1991:6).

2226 Z. B. TG 25.11.1991:22a, TT 26.11.1991:15b, TT 26.11.1991:15d, TT 26.11.1991:15e, TT 29.11.1991:19d, TT 03.12.1991:15b, TT 03.12.1991:15a. Einige weitere Kommentare und Leserbriefe in der *Times* verknüpften das Maastricht-Thema zudem mit völlig anderen Forderungen nach einer Reform des britischen politischen Systems, etwa einer Beschleunigung der Dezentralisierung (TT 20.11.1991:18, TT 23.11.1991:15b) oder einem neuen Wahlrecht (TT 23.11.1991:15a, TG 25.11.1991:22b).

2227 TT 26.11.1991:15a, TT 29.11.1991:19c, TT 04.12.1991:17, TT 03.12.1991:15c, TG 23.11.1991:22a, TG 27.11.1991:20a.



tionen hätten;<sup>2228</sup> es sei abzulehnen, da es gegen die repräsentative Demokratie verstoße<sup>2229</sup> oder da die Öffentlichkeit sich nicht genügend mit der Materie auskenne.<sup>2230</sup> Der ehemalige britische EG-Botschafter Michael Butler erklärte zudem in einem *Times*-Kommentar, dass ein Volksentscheid unnötig sei, da die geplante Währungsunion wohl ohnehin nicht vollendet würde und dem Vertrag von Maastricht daher im Vergleich mit früheren Vertragsreformen wie der Einheitlichen Europäischen Akte nur untergeordnete Bedeutung zukomme.<sup>2231</sup> Auch dieses Argument wurde in verschiedenen Leserbriefen aufgegriffen.<sup>2232</sup> Vereinzelt erschienen weiterhin auch Leserbriefe von proeuropäischen Referendumsbefürwortern, die sich von einer Volksabstimmung eine breitere Debatte über die Vorteile der Währungsunion erhofften.<sup>2233</sup> Umgekehrt erklärten andere Leserbriefe sehr offen, dass ein Referendum vor allem deshalb zu begrüßen sei, weil es die Chance auf einen britischen EG-Austritt erhöhe.<sup>2234</sup> Gemeinsam war allen Argumenten weiterhin, dass sie sich allein auf das britische, nicht das gesamteuropäische politische System bezogen.

Insgesamt erschien die Conservative Party kurz vor dem Gipfel von Maastricht also europapolitisch zerstrittener denn je. Insbesondere der *Guardian* hob hervor, dass der innerparteiliche „war of nerves“ auch die Verhandlungsposition Majors in Maastricht schwäche;<sup>2235</sup> verschiedene Kommentare sprachen von der „first great crisis of his premiership“.<sup>2236</sup> Andere Artikel deuteten die vehemente Kritik allerdings auch als indirekten Vorteil für Major: Da Thatchers Unzufriedenheit mit dem Ergebnis der Vertragsverhandlungen ohnehin schon im Voraus feststehe, gehe von ihr kein Druck mehr aus.<sup>2237</sup>

Erst wenige Tage vor dem Gipfel von Maastricht beruhigte sich die Debatte über die internen Konflikte der Conservative Party etwas und trat wieder hinter die Berichterstattung über die zwischenstaatlichen Verhandlungen zurück. Insbesondere die *Times* erwähnte allerdings auch weiterhin

---

2228 TT 29.11.1991:19e, TG 25.11.1991:22b, TG 25.11.1991:22c.

2229 TT 26.11.1991:15c, TT 29.11.1991:19f, TG 27.11.1991:20b.

2230 TT 02.12.1991:15a, TT 06.12.1991:19b.

2231 TT 26.11.1991:14b.

2232 Teils zustimmend (TT 29.11.1991:19a), teils ablehnend (TT 02.12.1991:15b).

2233 TT 26.11.1991:15f, TT 06.12.1991:19a, ähnlich TG 23.11.1991:22b, TG 26.11.1991:22a.

2234 TT 29.11.1991:19b.

2235 TG 26.11.1991:7b, TG 02.12.1991:24b, TG 09.12.1991:2b.

2236 So wörtlich TG 26.11.1991:21, ähnlich TG 28.11.1991:22.

2237 TG 26.11.1991:22c, TT 09.12.1991:1a.

regelmäßig die Möglichkeit einer künftigen Revolte des europaskeptischen Flügels über die Referendumsfrage. So nannte die Zeitung das Referendum etwa als Drohmittel der Europaskeptiker, falls Major auf dem Gipfel zu viele Kompromisse mache,<sup>2238</sup> oder berichtete über Erwägungen der Regierung, die vorgesehene Unterhausdebatte über das Ergebnis des Gipfels möglichst früh abzuhalten, damit dem europaskeptischen Flügel keine Zeit bleibe, um Widerstand dagegen zu organisieren.<sup>2239</sup> Außerdem veröffentlichte die Zeitung eine Umfrage, nach der eine Mehrheit der britischen Bevölkerung ein Referendum über die Währungsunion unterstützte.<sup>2240</sup>

„*She could lose the Tories the election*“: Nationale Wahlaussichten als Bewertungsmaßstab

Die heftigen innerparteilichen Auseinandersetzungen brachten auch die politisch den Konservativen nahestehende *Times* in ein Dilemma: Die Zeitung hatte erkennbar Schwierigkeiten, sich in der redaktionellen Linie zwischen Major und Thatcher zu positionieren, und schwankte in Leitartikeln und anderen Meinungstexten immer wieder zwischen Kompromissbereitschaft und einer harten europaskeptischen Linie. Zu einem wichtigen Maßstab wurde dabei die Frage, wie sich die parteiinterne Krise auf die Aussichten der Conservative Party bei den für das Folgejahr anstehenden Unterhauswahlen auswirken würde.

In der Berichterstattung und einigen Kommentaren dominierte dabei ein regierungsnahes Deutungsmuster, das die Uneinigkeit hauptsächlich als Wahlkampfrisiko sah und die Verantwortung dafür vor allem dem europaskeptischen Flügel zuschrieb.<sup>2241</sup> So hob eine Analyse hervor, dass eine Mehrheit der Briten in Umfragen zwar die Vertragsreform ablehne, aber auch nicht in den Verhandlungen isoliert sein wolle. Majors vorsichtige Herangehensweise sei daher besser im Einklang mit den Wählern als „the Euro-scepticism of Conservative dissidents or the new-found Euro-enthusiasm of the Labour leadership“.<sup>2242</sup> Allerdings zitierte die Zeitung in der Berichterstattung weitaus häufiger Stellungnahmen von Integrations-

---

2238 TT 05.12.1991:1.

2239 TT 09.12.1991:3c, ähnlich TG 12.12.1991:1.

2240 TT 07.12.1991:4.

2241 Z. B. TT 14.11.1991:6, TT 15.11.1991:18.

2242 TT 16.11.1991:6a.

gegnern als etwa Äußerungen von erklärten Integrationsbefürwortern wie Edward Heath und Geoffrey Howe. Als Antagonisten des Konflikts erschienen in der *Times* daher nur die Regierung und der europaskeptische Flügel – Positionen in der Partei, die noch europafreundlicher waren als das Kabinett, wurden kaum beachtet.

Zudem behielten auch die Leitartikel lange einen Thatcher-freundlichen Grundton und kritisierten Majors Europapolitik etwa als „fuzzy“ oder „pretty tame“.<sup>2243</sup> Erst Ende November – als sich abzeichnete, dass es nicht zu einer europaskeptischen Fraktionsrevolte kommen würde – ging die Zeitung zu einer positiveren Haltung über: Mit ihrer „new diplomacy“ habe die Regierung „minimised the damage that the treaties would do to British interests and avoided the charge of isolation“.<sup>2244</sup> Zugleich relativierte die *Times* auch die Bedeutung der Vertragsreform selbst: Ein europäischer „unitary state with pooled sovereignty“ und einem „parliament as a properly accountable assembly“ bleibe eine Vision, die nur „those blind to history, culture and politics“ vertreten und nur „dictators“ gutheißen könnten. In Maastricht stehe aber ein solcher „surrender to Brussels“ gar nicht zur Debatte. Vielmehr gehe es nur um eine graduelle „delegation [...] of specific areas of public policy“, die Großbritannien jederzeit durch Kündigung des Vertrags widerrufen könne.<sup>2245</sup>

Nach der Unterhausdebatte folgte schließlich sogar eine Reihe von Leitartikeln und Gastkommentaren mit expliziter Kritik an Thatcher, die mit ihrer unnachgiebigen Haltung Majors Verhandlungsspielraum einschränke.<sup>2246</sup> Ein Artikel zitierte Befürchtungen des regierungsnahen Flügels, dass die Forderung nach einem Referendum der Labour Party in die Hän-

---

2243 TT 15.11.1991:19, TT 13.11.1991:19.

2244 TT 20.11.1991:19d.

2245 TT 22.11.1991:19. Auch in Bezug auf die Unabhängigkeit der EZB kritisierte ein weiterer Leitartikel zwar den „brittleness and ruthless centralism of the institutions emerging from the Maastricht process“ – forderte dann aber kein Veto dagegen, sondern begnügte sich mit der Forderung, dass das britische Opt-out aus der Währungsunion „cast-iron“ sein müsse (TT 23.11.1991:15c). Die Vorstellung, dass der Vertrag von Maastricht letztlich weniger bedeutend sei als die auch von Thatcher unterstützte Einheitliche Europäische Akte, wurde auch in einem *Guardian*-Leitartikel aufgegriffen, dort allerdings als Sichtweise des konservativen Parteivorsitzenden Chris Patten gekennzeichnet (TG 02.12.1991:24b).

2246 TT 25.11.1991:15d, TT 25.11.1991:14, TT 26.11.1991:14b, TT 29.11.1991:18. Dabei wurde verschiedentlich auch wieder der Topos eines Gegensatzes von Stil und Substanz herangezogen: Major sei keineswegs weniger souveränitätsbewusst als Thatcher, sondern wende nur eine andere Verhandlungstaktik an.

de spiele – eine Gefahr, die auch von Europaskeptikern wie Norman Tebbit anerkannt werde.<sup>2247</sup> Eine Analyse stellte fest, die von Norman Fowler, dem neuen Vorsitzenden des Backbench Committee on European Affairs, geäußerte „warning that she [Thatcher] could lose the Tories the election“ sei „too near the mark for comfort“.<sup>2248</sup> Ein Kommentar wies zudem darauf hin, dass die übrigen Mitgliedstaaten bei einem Scheitern des Gipfels die Verhandlungen einfach später wieder aufnehmen könnten, sobald in Großbritannien ein Labour-Kabinett regieren würde.<sup>2249</sup> Verschiedentlich fand sich zudem der Topos, dass Thatchers Zeit abgelaufen sei. Ein Artikel bezeichnete sie etwa als Vertreterin eines „ancien régime“;<sup>2250</sup> eine Glosse über Funde von Dinosaurier-Fossilien in Maastricht im 18. Jahrhundert war mit einer Karikatur von Thatcher als Urzeitchse illustriert.<sup>2251</sup>

Als nach der Unterhaus-Debatte Ende November der befürchtete Umfrageabsturz der Konservativen ausblieb<sup>2252</sup> und die Regierung zudem ankündigte, die ehemalige Premierministerin in den kommenden Wahlkampf einbinden zu wollen,<sup>2253</sup> ebte die Kritik der *Times* an Thatcher allerdings auch schnell wieder ab. Bereits am 29. November erschien wieder ein Leitartikel, der Thatcher explizit für ihre harte Haltung gegen die das geplante EG-Sozialkapitel lobte.<sup>2254</sup>

Dennoch fand sich in der *Times* in den Tagen unmittelbar vor dem Gipfel etwas häufiger die Vorstellung, dass bestimmte Zugeständnisse in den Maastricht-Verhandlungen unvermeidlich seien und eine allzu harte Linie der Regierung eher schaden würde. So erklärte ein Artikel, Thatcher sei in Streitfragen meist isoliert gewesen und habe zuletzt oft nachgeben müssen; Major suche hingegen frühzeitig Kompromisse, werde aber nicht „surrender at the eleventh hour“.<sup>2255</sup> Auch eine Äußerung von Finanzminister Lamont, dass ein einseitiger britischer Rückzug aus den Verhandlungen

---

2247 TT 25.11.1991:1. Allerdings sei Tebbit der Meinung, dass dies kein Grund sein dürfe, die in Maastricht drohende „danger to this country“ zu verschweigen.

2248 So TT 29.11.1991:18.

2249 TT 22.11.1991:18.

2250 So TT 29.11.1991:18.

2251 TT 26.11.1991:14a.

2252 Stattdessen hob die *Times* mehrfach Umfrageergebnisse hervor, denen zufolge die Wähler der Regierung in der Europapolitik mehr vertrauten als der Labour-Führung (TT 27.11.1991:2, TT 28.11.1991:7b, TT 29.11.1991:18, TT 04.12.1991:5, TT 07.12.1991:4).

2253 TT 02.12.1991:20.

2254 TT 29.11.1991:19g.

2255 TT 03.12.1991:10b.

„unthinkable“ sei, deutete die Zeitung nicht etwa als fehlenden Mut zu einem Veto, sondern vielmehr als Zeichen dafür, dass „the interests of the country and of sterling would be put before Conservative party unity“.<sup>2256</sup> Ein Leitartikel wiederum betonte, dass es bei internationalen Verträgen nicht nur um das „long-term national interest“, sondern auch um „short-term electoral implications“ gehe. Wie Umfragen zeigten, sei auch unter diesem Gesichtspunkt „wide but not total agreement“ das beste Ziel, das Major auf dem Gipfel erreichen könne:

While a “messy Maastricht” would be tedious, not least for his exhausted team, it need not be electorally disadvantageous. Mr Major is beginning to look good on foreign policy.<sup>2257</sup>

Insgesamt setzte sich in der *Times* in den Tagen vor dem Gipfel von Maastricht also eine Entwicklung fort, die sich bereits nach dem Regierungswechsel Ende 1990 angedeutet hatte: Obwohl die Zeitung in der Sache weiterhin im Wesentlichen Thatchers Positionen teilte und die EG-Vertragsreform inhaltlich vehement ablehnte, akzeptierte sie Majors gemäßigten Kurs und beschrieb diesen lediglich als einen anderen Stil, nicht als substanzielle Abkehr von der früheren Linie. Auch in der innerparteilichen Auseinandersetzung vermied die Zeitung zwar allzu direkte Angriffe auf Thatcher, positionierte sich aber insgesamt eher auf Seiten des Regierungsflügels. Dabei bildeten jenseits aller inhaltlichen Fragen insbesondere auch die Aussichten der Conservative Party bei der kommenden nationalen Parlamentswahl ein wesentliches Argument.

Aber auch der oppositionsnahe *Guardian* deutete die Krise der Konservativen im Licht der kommenden Wahlen. Anders als der *Times* fiel es dem traditionell Thatcher-feindlichen Blatt nicht schwer, zwischen Thatcher und Major Position zu beziehen: Ein Kommentar bezeichnete Thatchers Verhalten als „scandalously disloyal“ und forderte Major auf „to stamp on the traitor“;<sup>2258</sup> ein Leitartikel erklärte, die ehemalige Premierministerin scheine „completely off her chump“.<sup>2259</sup> Auch dass der *Guardian* dem von Thatcher geforderten Referendum über die Währungsunion eigentlich positiv gegenüberstand, führte nicht zu einer positiveren Bewertung: Zwar sei ihre Forderung nach einem Volksentscheid nicht abwegig, wenn dauerhaft staatliche Souveränität übertragen werde und keine der großen Partei-

---

2256 TT 02.12.1991:1.

2257 TT 05.12.1991:17b.

2258 TG 26.11.1991:22c.

2259 TG 25.11.1991:22d.

en dies ablehne. Allerdings werde diese Frage frühestens 1996 relevant, wenn die dritte Stufe der Währungsunion tatsächlich in Kraft treten sollte. Bis dahin handele es sich bei der von Thatcher ausgelösten Debatte nicht um „serious politics“, sondern „only a visceral knife-fight in a blood bath of wounded pride“.<sup>2260</sup> Vor allem aber nahm der *Guardian*-Leitartikel den europapolitischen Streit der Regierungspartei zum Anlass für eine explizite Wahlempfehlung:

[O]n this matter at least, it may be better to have a Labour government deliver the text. Neil Kinnock's party has its Euro-splits, but at least the leadership is clear. Mr Major and Mr Hurd – unless they confront their problems – are sinking in a swamp of emotion and vindictiveness.<sup>2261</sup>

Insgesamt behandelten beide Zeitungen die europapolitischen Spannungen in der Conservative Party also als ein wichtiges Thema, das breit diskutiert wurde. Sie folgten dabei jedoch einem national-parteilichen Deutungsmuster, das insbesondere um die Frage kreiste, wie die Uneinigkeit der Regierungspartei das Ergebnis der nächsten Unterhauswahl beeinflussen würde. Beide Zeitungen bezogen dabei entsprechend ihrer politischen Linie Position: die *Times* zugunsten der Regierung, der *Guardian* zugunsten der Labour-Opposition. Mit den Inhalten der EG-Vertragsreform, gar einem gesamt europäischen Verfassungsmoment hatte dieser Strang der Debatte hingegen kaum noch etwas zu tun.

„Semi-critical, semi-evasive, resentfully submissive attitude“: Die ambivalent-europafreundliche Linie der Labour Party

Im Vergleich zu der zerstrittenen Conservative Party war die Opposition in den Wochen vor dem Gipfel von Maastricht in den Medien deutlich weniger präsent – wobei der *Guardian* ihr noch mehr Raum einräumte als die regierungsnahe *Times*. So berichtete der *Guardian* immer wieder über die Kritik der Labour Party, dass die Regierung keine schlüssige Europapolitik

---

2260 Ebd. Der liberaldemokratische Parteivorsitzende Paddy Ashdown antwortete auf diesen Leitartikel in einem Leserbrief, dass das Referendum bereits zur Ratifikation des Vertrags, also etwa 1993, stattfinden müsse, nicht erst vor Eintritt zur Währungsunion (TG 26.11.1991:22a).

2261 TG 25.11.1991:22d.

verfolge, sondern lediglich auf die Einigkeit ihrer Partei bedacht sei.<sup>2262</sup> Mitte November erschienen zudem ausführliche Artikel über die Arbeit der Labour Party an einem europapolitischen Positionspapier,<sup>2263</sup> über die Positionen aller drei großen britischen Parteien zu den wichtigsten Themen der Vertragsreform<sup>2264</sup> sowie zu Reden der Labour-Spitzenpolitiker Neil Kinnock und Gerald Kaufman in der Unterhausdebatte vor dem Gipfel.<sup>2265</sup>

Generell galt die Labour Party vor allem in der Sozial- und Währungspolitik als integrationsfreundlicher als die Regierung.<sup>2266</sup> Verschiedene *Guardian*-Artikel beschrieben dies auch als einen entscheidenden Faktor für den europapolitischen Konflikt innerhalb der Conservative Party, da deren europaskeptischer Flügel nun anders als in früheren Jahren nicht mehr mit Unterstützung aus der Opposition rechnen könne.<sup>2267</sup> Ein Leitartikel äußerte die Erwartung, bei einer möglichen Fraktionsrevolte der Conservative Party gegen die Ratifizierung der EG-Vertragsreform werde Labour „do the statesmanlike thing“ und die Regierung unterstützen.<sup>2268</sup>

Zugleich kritisierte der *Guardian* allerdings auch wiederholt, dass die Labour Party nicht klar genug auftrete. Verschiedene Kommentare warfen der Partei vor, keine eigenen Vorschläge für die künftige Europäische Union zu präsentieren.<sup>2269</sup> Ihr europafreundlicher Kurs werfe deshalb „many questions about the small print“ auf.<sup>2270</sup> Auch Parteichef Neil Kinnock agiere eher aus Taktik, nicht aus Überzeugung, sodass vor dem Gipfel von Maastricht letztlich beide großen Parteien „very much the same semi-critical, semi-evasive, resentfully submissive attitude to the tide of history“ einnähmen.<sup>2271</sup> Auch für die *Times* war die europafreundliche Haltung der Labour Party vor allem ein taktisches Manöver, um Major unter Druck zu setzen. Ein Bericht hob hervor, dass Kinnock selbst noch im britischen

---

2262 TG 11.11.1991:1, TG 15.11.1991:8, TG 16.11.1991:1a, TG 22.11.1991:8e. Dieses Argument fand sich auch in einem Gastkommentar des stellvertretenden Labour-Parteivorsitzenden Roy Hattersley in der *Times* (TT 19.11.1991:14, ähnlich auch TT 18.11.1991:1).

2263 TG 15.11.1991:8.

2264 TG 20.11.1991:8c.

2265 TG 21.11.1991:8d, TG 22.11.1991:8e.

2266 TG 12.11.1991:10b, TG 19.11.1991:24, TT 14.11.1991:8d, TT 19.11.1991:9a.

2267 TG 09.11.1991:5, ähnlich TG 26.11.1991:21.

2268 TG 21.11.1991:20a.

2269 TG 05.11.1991:24.

2270 TG 06.11.1991:21.

2271 TG 21.11.1991:20b.

Wahlkampf 1983 für einen EG-Austritt geworben habe.<sup>2272</sup> Nach der Unterhausdebatte am 20./21. November stellte ein Kommentar abfällig fest, anders als die Beiträge der konservativen Europaskeptiker seien die der Opposition kaum interessant gewesen, da sich die Labour-Linie inhaltlich eigentlich nicht von der Regierung unterscheide.<sup>2273</sup>

Beide Zeitungen wiesen zudem immer wieder darauf hin, dass es nicht nur in der Conservative Party, sondern auch bei Labour einen parteiinternen europaskeptischen Flügel gebe.<sup>2274</sup> Nach der Unterhausdebatte diente der *Guardian* selbst als Plattform für die innerparteiliche Auseinandersetzung, indem er – unter einer gemeinsamen Überschrift – zwei Gastkommentare des EG-skeptischen linken Labour-Abgeordneten Austin Mitchell sowie der proeuropäisch-föderalistischen Abgeordneten Ken Livingstone und Harry Barnes veröffentlichte.<sup>2275</sup>

Größeres Medieninteresse erregte schließlich, dass die Labour-Spitze Ende November erklärte, die europäische Integration, insbesondere die Stärkung des Europäischen Parlaments sowie die gemeinsame Sozialpolitik, zum Thema einer größeren politischen Kampagne machen zu wollen.<sup>2276</sup> In einem Leitartikel griff die *Times* diese Unterstützung der Labour Party für den „Eurosocialism of Jacques Delors“ scharf an, hob zugleich jedoch auch hervor, dass sich die Partei nur aus der Oppositionsrolle heraus eine europafreundliche Rhetorik leiste, die sie nach einer Regierungsübernahme kaum umsetzen würde.<sup>2277</sup> Als sich trotz der klareren europapolitischen

---

2272 TT 14.11.1991:8d.

2273 TT 22.11.1991:18.

2274 TT 19.11.1991:9b, TT 19.11.1991:9a, TT 21.11.1991:6–7, TT 21.11.1991:18, TT 28.11.1991:7b, TG 20.11.1991:8c, TG 20.11.1991:22b, TG 21.11.1991:20a. Ein *Guardian*-Kommentar relativierte die Spaltung der Labour Party allerdings mit dem Hinweis, die Debatte über die EG sei „splitting pretty well every institution in the land, including the Oxford Union and the Church of England“ (TG 20.11.1991:9).

2275 TG 21.11.1991:21b, TG 21.11.1991:21a. Weitere Labour-Abgeordnete beteiligten sich an der Debatte mit Leserbriefen, die teils für (TG 22.11.1991:22), teils gegen die Vertragsreform Position bezogen (TG 26.11.1991:22b).

2276 Z. B. TG 25.11.1991:2, TG 27.11.1991:9d. Zugleich sprach sich Kinnock gegen das von Thatcher geforderte Referendum aus, das lediglich Teil einer „vendetta within the Conservative party“ sei (TT 27.11.1991:2). Beide Zeitungen thematisierten allerdings, dass es auch innerhalb der Labour Party Referendumsbefürworter gab (TG 25.11.1991:2, TT 28.11.1991:7a).

2277 TT 27.11.1991:19.



Haltung die Umfragewerte der Labour Party nicht verbesserten,<sup>2278</sup> brach die Parteispitze die Europa-Kampagne schließlich allerdings schon nach wenigen Tagen wieder ab und kündigte stattdessen einen verstärkten Fokus auf innenpolitische Themen an.<sup>2279</sup> Ein weiterer *Times*-Leitartikel stellte daraufhin spöttisch fest, dass Major in Maastricht darauf achten müsse, nicht zu viele Zugeständnisse zu machen, da sich sonst die Labour Party womöglich mit einem neuen „U-turn“ der Kritik Margaret Thatchers anschließen werde.<sup>2280</sup> Ein *Guardian*-Kommentar resümierte, aus wahltaktischer Perspektive sei die Debatte vor dem Gipfel für Labour „thoroughly bad“ verlaufen.<sup>2281</sup>

Im Gegensatz zur Labour Party erschienen die Liberal Democrats tatsächlich als überzeugte Vertreter des „ideal of European federalism“.<sup>2282</sup> Allerdings spielten ihre inhaltlichen Argumente in der öffentlichen Debatte zur Vertragsreform kaum eine Rolle. Stattdessen erklärte eine Analyse im *Guardian* ihre Unterstützung für „the logic of federalism“ in erster Linie machtstrategisch: Da die Partei „little real power at home to lose“ habe, habe sie weniger Probleme mit einer Übertragung von Hoheitsrechten an die EG-Institutionen.<sup>2283</sup> Zudem konstatierte die *Times* auch bei den LibDems „party trouble“, da Parteichef Paddy Ashdown die Forderung nach einem Referendum unterstütze, was die Mehrheit der Funktionsträger in der Partei ablehne.<sup>2284</sup> Und ein *Guardian*-Kommentar wies darauf hin, dass die „impeccable European credentials“ der „officially Euro-passionate Liberal Democrats“ keine Entsprechung in ihrer Wählerbasis hätten:

---

2278 Der *Guardian* erklärte dies damit, dass das wachsende Interesse für europapolitische Themen von der Kritik am britischen Gesundheitssystem ablenke, die den erfolgreichsten Angriffspunkt der Labour Party gegen die Regierung darstelle (TG 02.12.1991:2, TG 13.12.1991:18). Ein Leitartikel hob zudem hervor, dass die europafreundlichen Liberal Democrats in den Umfragen zulegten, was als „a vindication of [their] unambiguous line on Europe“ verstanden werden könne (TG 09.12.1991:20).

2279 TT 04.12.1991:5, TG 05.12.1991:7. Gleichzeitig distanzierte sich Parteichef Neil Kinnock auch von den Vorschlägen des BSPEG zu einer gemeinsamen EG-Verteidigungspolitik und unterstützte die britische Regierung, die in der Verteidigungspolitik der NATO den Vorrang vor der EG gab (TG 05.12.1991:8c).

2280 TT 05.12.1991:17b.

2281 TG 10.12.1991:24b.

2282 TT 18.11.1991:9b. Ein *Guardian*-Kommentar erklärte etwas spöttisch: „by and large, if it is European the LibDems are usually for it“ (TG 06.11.1991:21).

2283 TG 02.12.1991:8d.

2284 TT 18.11.1991:9b, vgl. auch TT 20.11.1991:7b.

Umfragen zufolge seien die liberaldemokratischen Wähler „just as anti-federalist as everyone else“.<sup>2285</sup>

„Never have so many known so little about so much“: Topos der unzureichenden Debatte im *Guardian*

War der Topos der unzureichenden Debatte im *Guardian* schon in der zweiten Phase der Verhandlungen verbreitet gewesen, so gewann er in den Wochen vor dem Gipfel von Maastricht noch einmal stark an Präsenz. Die genaue Stoßrichtung dieser Metakritik blieb allerdings oft widersprüchlich: Einerseits wurde der Topos in einzelnen europaskeptischen Kommentaren mit der Intransparenz der Verhandlungen in Verbindung gebracht. So begründete ein Beitrag die unzureichende Debatte in Großbritannien damit, dass „the negotiations are multiple, complex and secretive, sealed in user-unfriendly jargon“ und „the evolution of a united Europe, the destruction of the British nation state if you prefer, has been a salami-slicing business“.<sup>2286</sup> Ein anderer Artikel betonte, wie wenig bekannt die genauen Pläne zur politischen Union in Großbritannien seien, und zitierte dazu die Thatcher-nahe Bruges Group:

The Bruges Group is not alone in complaining: “Momentous decisions ... are shrouded in official secrecy, undemocratic procedures, institutional manouvering [sic], and general absence of anything but the most headline-grabbing controversies.”<sup>2287</sup>

Andererseits gingen mehrere *Guardian*-Beiträge jedoch auch davon aus, dass eine intensivere Europadebatte sich letztlich positiv auf die Integrationsbereitschaft der britischen Bevölkerung auswirken könnte. So beklagte ein Artikel, dass im britischen Unterhaus „the pro-European case has usually lacked charismatic champions“.<sup>2288</sup> Ein anderer Kommentar erklärte, dass die Verwendung des Begriffs „federal“ im Vertragstext die Gelegenheit zu einer ehrlichen Auseinandersetzung über eine Demokratisierung

---

2285 TG 20.11.1991:9.

2286 TG 20.11.1991:8a.

2287 TG 28.11.1991:9. Kritik an der besonderen EG-Terminologie und der fehlenden konzeptionellen Klarheit der Debatte fand sich auch in verschiedenen Leserbriefen in der *Times* (z. B. TT 20.11.1991:19b, TT 23.11.1991:15b).

2288 TG 06.11.1991:21.

der EG geboten hätte – und griff die britische Regierung an, die diese Klarheit mit ihrer pauschalen Ablehnung des Begriffs verhindert habe:

An avowed ‘federal’ goal would supply a basis for serious discussion about what federalism means [...]. A lot of familiar escape-routes into Euro-fudge would eventually be cut off. The process would slice wide open Britain’s own hypocrisies about centralisation at home [...]. But we would discover what federal goals really meant: the downward, outward shift of power. Power would be democratised as well as limited. This goal would have the rare merit of serving all sides’ interests in the great British debate. Yet strangely, the conspiracy to exclude it became all sides’ prime objective at Maastricht. First strike to the politics of fear.<sup>2289</sup>

Noch kürzer fasste den Topos der unzureichenden Debatte eine Karikatur auf der Titelseite der Zeitung, die am ersten Tag des Gipfels von Maastricht konstatierte: „Never in the history of politics have so many known so little about so much.“<sup>2290</sup>

Bei dieser Kritik kam auch der *Guardian* allerdings nicht um die Beobachtung herum, dass die europapolitische Auseinandersetzung in Großbritannien – wenigstens rein quantitativ – weitaus intensiver war als in anderen Ländern. In der Einleitung zu einer Themenseite über den Gipfel von Maastricht versuchte die Zeitung diesen Zusammenfall von ausführlicher Diskussion und hoher Ablehnung der Vertragsreform zu erklären und bot dabei sowohl ein europafreundliches als auch ein europafeindliches Deutungsmuster an:

The debate about these issues has been much more intense in Britain than elsewhere in Europe. [...] For some, Britain’s debate is an embarrassing anachronism, proof that Britain is still a bereaved imperial power unable to come to terms with the second half of the 20th century. For others, it shows the intellectual independence of a nation

---

2289 TG 05.12.1991:22.

2290 TG 09.12.1991:1b. Einige Tage zuvor hatte der *Guardian* die verbreitete Unwissenheit der britischen Öffentlichkeit in scherzhafter Form vorgeführt, indem er Prominente wie den Geiger Yehudi Menuhin oder die Schriftstellerin Julie Burchill mit Sachfragen wie „How many member states are in the EC?“ oder „What does subsidiarity mean?“ konfrontierte und unter der Überschrift „Who passes the Euro-test?“ ihre oft falschen Antworten abdruckte (TG 22.11.1991:23b).

which is [...] unwilling to negotiate away important traditions and principles in wordy rhetoric on the green baize altar of political fashion.<sup>2291</sup>

Beide Deutungsmuster fanden sich auch in anderen *Guardian*-Artikeln über die britische Europadebatte. Im Sinne der letzteren, europaskeptischen Interpretation lobte beispielsweise ein Kommentar sogar Thatchers aggressive Kritik an John Major, da sie die Bedeutung der anstehenden Entscheidungen zeige und damit „a necessary antidote to the consensual obscurities that unite the political establishment“ biete.<sup>2292</sup> Insgesamt neigte der *Guardian* allerdings eher der ersteren Position zu. Mehrere Artikel erkannten zwar die Existenz einer europapolitischen Debatte an, kritisierten diese jedoch als „primitive and emotional“:<sup>2293</sup>

What media and Commons rhetoric persistently fails to do is acknowledge shades of differences within parties – and cabinets – and between countries other than Britain versus the Rest.<sup>2294</sup>

Ein Kommentar sprach gar von einer „campaign of disinformation spearheaded by the anti-European union Tory newspapers“, die die Vertragsinhalte verzerrt und übertrieben darstellten. Damit schürten sie unbegründete Angst vor der EG, die in Wahrheit „light years from the centralised super state of fevered Thatcherite imaginations“ entfernt sei.<sup>2295</sup> Umgekehrt beschrieb ein anderer Kommentar es allerdings auch als Fehler, dass europafreundliche Konservative wie Geoffrey Howe das Ausmaß der Souveränitätsabgabe durch den Vertrag kleinzureden versuchten.<sup>2296</sup>

In der *Times* spielte der Topos der unzureichenden Debatte hingegen erneut fast keine Rolle. Im Gegenteil stellte ein Leitartikel lobend heraus, dass die öffentliche Auseinandersetzung über Europa in Großbritannien intensiver sei als in anderen Mitgliedstaaten, was an „Britain’s adversarial political culture, [...] the pluralism of its media and [...] the punctiliousness with which Britons have always approached foreign affairs“ liege.<sup>2297</sup> Implizit suggerierte die Zeitung damit auch, dass sich die Briten infolge der gründlicheren Auseinandersetzung besser der Bedeutung der Vertrags-

---

2291 TG 06.12.1991:23b.

2292 TG 26.11.1991:22c.

2293 TG 20.11.1991:8a, ähnlich TG 06.11.1991:21.

2294 TG 06.11.1991:21.

2295 TG 20.11.1991:21.

2296 TG 14.11.1991:20a.

2297 TT 20.11.1991:19d.

reform bewusst seien als die Bevölkerung der übrigen Staaten – was ein anderer Leitartikel als Bestätigung für die Vorbehalte der britischen Regierung gegen die geplanten Integrationssschritte nahm:

Polls suggest that a public made more aware of the meaning of economic and political union – more so than in any other European state except, perhaps, Germany – is no less cautious than ministers about aspects of the treaties.<sup>2298</sup>

Auch im Zusammenhang mit dem Topos der unzureichenden Debatte zeigte sich also die Polarisierung zwischen den beiden britischen Zeitungen. Während die *Times* die intensive britische Auseinandersetzung als Zeichen für die Überlegenheit des britischen Europadiskurses gegenüber anderen Ländern sah, kritisierte der *Guardian* vor allem die Art der Debatte, die trotz zahlreicher Beiträge oberflächlich bleibe und wesentliche Punkte übersehe. Dabei gingen sowohl europaskeptische als auch europafreundliche Kommentatoren davon aus, dass eine adäquate Debatte jeweils ihre eigene Position bestätigen würde. Trotz dieser insgesamt recht widersprüchlichen Verwendung des Topos bestand jedoch nach wie vor ein impliziter Konsens darüber, dass die öffentliche Auseinandersetzung über die EG-Vertragsreform auf nationaler Ebene auszutragen sei. Auch die Kritik, die der *Guardian* an den anderen Akteuren der Debatte übte, richtete sich gegen *britische* Medien – und stellte damit nicht die mitgliedstaatlich-außenpolitische Fragmentierung der europäischen Öffentlichkeit entlang nationaler Grenzen in Frage.

„A hero’s welcome“: *Beruhigung und Verlagerung der britischen Debatte nach dem Sozial-Opt-out*

Die Ergebnisse des Gipfels von Maastricht erwiesen sich in Bezug auf die Stimmung in der Conservative Party als voller Erfolg. In ihrer ersten Reaktion auf den Gipfel hoben beide Zeitungen hervor, dass die Verhandlungserfolge Majors auch von dem europaskeptischen Parteiflügel anerkannt würden. Besonders enthusiastisch gab sich die *Times*, die unter der Überschrift „Tory MPs rally behind Major on Maastricht“ beschrieb, dass der

---

2298 TT 05.12.1991:17b. Dass in diesem Zusammenhang ausgerechnet Deutschland als ein weiteres Land mit einer intensiven Debatte genannt wurde, dürfte mit der scharfen Kritik der deutschen Zeitungen an der Währungsunion zusammenhängen, in der die *Times* ihre eigene Linie bestätigt sah.

Premierminister bei seiner Rückkehr „a hero's welcome“ erfahren und bis auf wenige „diehards“ die gesamte konservative Fraktion für sich gewonnen habe.<sup>2299</sup> Im Mittelpunkt stand dabei allerdings weniger die Vertragsreform als solche, sondern speziell die beiden britischen Opt-outs aus der Währungsunion und der gemeinsamen Sozialpolitik. So bezeichnete ein Kommentar des Thatcher-nahen Publizisten Woodrow Wyatt den Ausstieg aus dem Sozialkapitel des Vertrags als einen „brilliant stroke“, durch den Großbritannien als Investitionsstandort an Attraktivität gewinne.<sup>2300</sup>

Etwas anders fiel die Bewertung im *Guardian* aus: Auch hier erkannte zwar ein Leitartikel an, dass Major mit dem Ergebnis von Maastricht seine parteiinternen Gegner fürs Erste gebändigt habe.<sup>2301</sup> In Kommentaren erschien das Sozial-Opt-out hier jedoch in erster Linie als „a brilliant propaganda coup“, der „the illusion that Maastricht was about nothing more than workers' rights“ erzeugt habe und „conveniently obscured almost everything else that occurred“.<sup>2302</sup> Dieser „manipulative effort“ der Regierung überantworte das Thema „to the realm of feel-good politics“ und verhindere eine ernsthafte Debatte über die „problems inherent in the deal“.<sup>2303</sup>

Unter den bekannten Europaskeptikern fand vor allem Margaret Thatcher noch einmal große Aufmerksamkeit.<sup>2304</sup> Als sie einige Tage nach dem Gipfel schließlich ausdrücklich ihre Unterstützung für Major erklärte, schien der innerparteiliche Streit endlich beigelegt zu sein. Zum Testfall wurde die Unterhausdebatte vom 19. Dezember: Obwohl eine kleine Gruppe von Abgeordneten um Norman Tebbit im Voraus ankündigte, trotz der Opt-outs mit Nein stimmen zu wollen, lehnten zuletzt nur sieben konservative Abgeordnete die Resolution ab; etwa ein weiteres Dutzend erhielt sich oder blieb (wie Thatcher) der Abstimmung fern. Die *Times* sprach deshalb vom „swansong“ einer Fraktionsrevolte des europaskepti-

---

2299 TT 12.12.1991:1, ähnlich TT 12.12.1991:3d sowie auch TG 11.12.1991:2a, TG 12.12.1991:1, TG 12.12.1991:3d.

2300 TT 17.12.1991:14.

2301 TG 12.12.1991:20e.

2302 TG 12.12.1991:20b.

2303 TG 19.12.1991:18a. Auch in der *Times* beschrieb ein Artikel etwas spöttisch, wie Majors Pressteam aktiv eine positive Deutung der Gipfelergebnisse verbreite – ohne allerdings diese Deutung selbst in Frage zu stellen (TT 12.12.1991:3e).

2304 TT 11.12.1991:11d, TT 12.12.1991:1, TT 12.12.1991:3f, TG 12.12.1991:1, TG 16.12.1991:1b.

schen Flügels.<sup>2305</sup> Das Ergebnis der Unterhausdebatte bestärke die Erwartung der Regierung „that a line can now be drawn under the European issue that at one time threatened a severe split“.<sup>2306</sup>

Dieser weitreichende Erfolg Majors führte in den ersten Tagen nach dem Gipfel sogar zu Spekulationen, dass die Regierung schon innerhalb weniger Wochen vorgezogene Unterhauswahlen ansetzen könnte, um den Popularitätsschub von Maastricht für sich zu nutzen.<sup>2307</sup> Andere Artikel bremsten diese Erwartungen allerdings: So hieß es in einem Kommentar, Major habe zwar erfolgreich die drohende Fraktionsrevolte eingedämmt und sich mit dem sozialpolitischen Opt-out zugleich auch von Labour distanziert, was sich in den Umfragen positiv auswirke. Zugleich habe die Regierung jedoch auch einige wichtige Zugeständnisse gemacht, die in der britischen Debatte nur weniger präsent seien. Insgesamt sei die Europapolitik zu ambivalent, um zum zentralen Wahlkampfthema zu taugen.<sup>2308</sup>

Hinzu kam, dass auch die Oppositionsparteien die Opt-out-Regelungen als Gelegenheit sahen, um sich durch heftige Kritik an der Regierung zu profilieren. Diese Kritik betraf zum einen den schon klassischen Vorwurf der Isolation: In einem *Times*-Gastkommentar erklärte beispielsweise der Schatten-Außenminister Gerald Kaufman, dass Großbritannien sich mit der Nichtbeteiligung an der Währungsunion weiter absondern und die britische Wirtschaft durch ausbleibende Investitionen Schaden nehmen werde.<sup>2309</sup> Ähnlich äußerten sich verschiedene andere Oppositionspolitiker, die in Artikeln beider Zeitungen zitiert wurden.<sup>2310</sup> Darüber hinaus spiegelte sich die Sorge vor einer britischen Isolation auch in einem von

2305 TT 17.12.1991:7. Tebbit selbst gab an, seine Haltung entspreche jener „of the government which was elected in 1987 under the prime ministership of Mrs Thatcher“. Selbst er erklärte aber, dass Major „too little credit“ für sein Verhandlungsgeschick erhalten habe (TT 19.12.1991:6b).

2306 TT 20.12.1991:6b. Auch Major selbst sprach von einem „excellent result“ (ebd.). Allerdings näherte sich der Premierminister dafür in seiner Rede während der Debatte inhaltlich wieder recht stark dem europaskeptischen Flügel an und erklärte, die britische Zukunft liege zwar in der EG, aber nur, wenn diese auch die „national identity and national traditions“ respektiere. In Maastricht sei es nötig gewesen, hart zu verhandeln, weil es um „real British national interests“ gegangen sei (TT 19.12.1991:6a).

2307 TT 12.12.1991:1, vgl. auch TT 17.12.1991:14, TG 21.12.1991:2.

2308 TT 13.12.1991:14b, sehr ähnlich auch TT 12.12.1991:3b. Ende Dezember war es letztlich die unsichere Wirtschaftslage, die zu einem Ende der Neuwahl-Spekulationen führte (TG 21.12.1991:2).

2309 TT 13.12.1991:14a.

2310 Z. B. TT 11.12.1991:11d, TT 12.12.1991:1, TT 12.12.1991:3d, TT 12.12.1991:3c, TG 10.12.1991:3c, TG 12.12.1991:1.

der *Times* ausführlich behandelten Schreiben einer Gruppe britischer Industrieller wider, die die „achievements of the prime minister and his colleagues in these difficult negotiations“ unterstützten und erklärten, es sei „vital that we remain in the main track of European development, whilst protecting British interests every step of the way“.<sup>2311</sup>

Daneben verfolgte die Labour Party jedoch noch eine weitere Argumentationslinie, indem sie der Regierung vorhielt, den britischen Gewerkschaften und Arbeitnehmern durch das Sozial-Opt-out europaweit geteilte Mindeststandards vorzuenthalten und das Land in eine „down-market economy“ zu verwandeln.<sup>2312</sup> Anders als die Kritik an der diplomatischen Isolierung folgte dieses sozialpolitische Argument einem klaren Links-rechts-Gegensatz. Tatsächlich wurde das Sozial-Opt-out von den britischen Unternehmern mehrheitlich begrüßt, während die Gewerkschaften es stark kritisierten.<sup>2313</sup> Allerdings ging es in der Debatte darüber nicht um gesamteuropäische Fragen, sondern nur um die Standards im eigenen Land: Der Ausstieg aus der EG-Politik bot der Labour Party und den Gewerkschaften lediglich einen Anlass, um an die nationale Auseinandersetzung über Arbeitnehmerrechte anzuknüpfen, die vor allem Mitte der 1980er Jahre die britischen Parteien polarisiert hatte.<sup>2314</sup> Die Debatte darüber entsprach deshalb weniger einem europäisch-innenpolitischen als einem *national*-innenpolitischen Muster.

Dass sich die Labour Party genau auf diesen Aspekt der Vertragsreform konzentrierte, entsprach letztlich ihrer Anfang Dezember angekündigten Strategie, nicht europäische Fragen, sondern die nationale Wirtschaft und

---

2311 TT 13.12.1991:15b, vgl. auch TT 13.12.1991:1, TG 13.12.1991:20, ähnlich TT 11.12.1991:11b.

2312 So TT 19.12.1991:6a, ähnlich TT 14.12.1991:2, TT 18.12.1991:5, TG 12.12.1991:1, TG 12.12.1991:20d, TG 13.12.1991:20. Auch der *Guardian* selbst erklärte in einem Leitartikel, dass das sozialpolitische Opt-out langfristig mehr Schaden als Nutzen bringen werde (TG 12.12.1991:20a). Tatsächlich hatten Politiker beider großen Oppositionsparteien der Regierung bereits zuvor vorgeworfen, in Bezug auf das Sozialkapitel „scare stories“ zu verbreiten und eine Gelegenheit zur Verbesserung der sozialen Situation in Großbritannien zu verpassen (TG 03.12.1991:8c, TG 06.12.1991:9). Die *Times* hatte dieses Thema vor dem Gipfel jedoch nicht, der *Guardian* nur punktuell aufgegriffen (TG 05.12.1991:9c, TG 10.12.1991:24b).

2313 TT 11.12.1991:11b, TT 12.12.1991:3a, TG 11.12.1991:3b, TG 12.12.1991:3b.

2314 In diesem Sinne erklärte auch Major selbst in der Unterhausdebatte nach dem Gipfel, eine Teilnahme an dem EG-Sozialkapitel „would have saddled Britain with the legislation in place during the strike-bound Seventies“ – eine Äußerung, die von Labour-Vertretern heftig kritisiert wurde (TT 14.12.1991:2).



Sozialpolitik in den Mittelpunkt der politischen Debatte in Großbritannien zu rücken. Tatsächlich gelang es der Partei dadurch auch, ihre eigenen innerparteilichen Konflikte in europapolitischen Fragen wenigstens vorläufig zu überbrücken. Dies zeigte sich vor allem in der Unterhausdebatte, bei der am 19. Dezember über eine unverbindliche Resolution zu den Ergebnissen der Verhandlungen abgestimmt wurde. Die Parteiführung kündigte dafür eine geschlossene Ablehnung an und begründete dies damit, dass beide Opt-outs „bad for Britain“ und speziell die Nichtteilnahme an der EG-Sozialpolitik „bad for the employees, particularly women“ seien.<sup>2315</sup> Die Debatte selbst wurde in beiden Zeitungen als Erfolg des Labour-Parteichefs Neil Kinnock beschrieben, dem es dem *Guardian* zufolge gelang „to at last reclaim from Mrs Thatcher his job as Leader of the Opposition“.<sup>2316</sup>

Kein Thema war nach dem Gipfel von Maastricht bemerkenswerterweise die nationale Ratifikation der Vertragsreform. Nachdem noch wenige Wochen zuvor die Forderung nach einem Referendum im Mittelpunkt der Auseinandersetzungen innerhalb der Conservative Party gestanden hatte, spielte sie nun praktisch keine Rolle mehr. In der *Times* wurde sie lediglich in einem einzelnen Artikel erwähnt, in dem es hieß, dass angesichts der Verhandlungserfolge Majors auf dem Gipfel von Maastricht einige Vertreter des europaskeptischen Flügels bereit seien, die Forderung nach einem Referendum fallen zu lassen.<sup>2317</sup> Ein *Guardian*-Leitartikel erklärte, das Referendum könne auf die Tagesordnung zurückkehren, wenn die Währungsunion erst einmal Realität sei. Einstweilen sei es jedoch „difficult for sceptics to frame a question which is not mere endorsement of the gallant, skilful, determined, choose-your-own-adjective Deal for Britain that the Prime Minister did in Maastricht“.<sup>2318</sup>

---

2315 TT 18.12.1991:5, ähnlich TG 19.12.1991:20, TG 20.12.1991:7. Offenbar um diese gemeinsame Linie der Fraktion nicht zu gefährden, legte die Labour-Spitze allerdings auch keinen eigenen Alternativantrag zu der von der Regierung vorgeschlagenen Resolution vor. Dies wiederum führte zu Kritik der Liberal Democrats, denen zufolge Labour damit seine Rolle als Oppositionspartei aufgeben (TT 18.12.1991:5).

2316 TG 19.12.1991:6, ähnlich auch TT 19.12.1991:6a, TT 19.12.1991:1, TT 20.12.1991:6a. Die gleichzeitig mit dem ersten Tag der Unterhausdebatte stattfindende Abstimmung im House of Lords über die Gipfelergebnisse, in der die Regierung unterstützt und je ein Änderungsantrag der Labour Party und der Liberaldemokraten überstimmt wurden, gab die *Times* dagegen unter der Überschrift „Victory for ministers“ wieder (TT 19.12.1991:6c).

2317 TT 12.12.1991:3f.

2318 TG 12.12.1991:20e.

Umgekehrt wurde aber auch die Unterhaus-Resolution, mit der eine Mehrheit der Konservativen die Verhandlungsergebnisse unterstützte, von den Medien nicht als eine antizipierte Abstimmung über die spätere Ratifikation gedeutet: Statt um die Vertragsreform selbst ging es in der Debatte ausschließlich um die Verhandlungsweise der Regierung auf dem Gipfel. Zudem kündigte Major an, dass das Parlament erst nach den nächsten Unterhauswahlen über die Ratifikation abstimmen solle,<sup>2319</sup> und vertagte damit faktisch die weitere Auseinandersetzung über die Vertragsreform auf das folgende Jahr.

Tatsächlich folgte auf den Gipfel von Maastricht eine gewisse Beruhigung der britischen Europadebatte, die allerdings – wie schon Ende 1989 und Ende 1990 – nur vorübergehend war. Nach den Unterhauswahlen im April 1992, bei der die Konservativen deutliche Verluste erlitten, aber ihre Mehrheit halten konnten, kehrten die europapolitischen Konflikte zwischen Regierung und Opposition sowie vor allem innerhalb der Regierungspartei wieder in aller Heftigkeit zurück. Während des Ratifikationsprozesses 1992/1993 kam es zu weiteren scharfen Auseinandersetzungen über die Vertragsreform, die mehr als einmal auch den Fortbestand der Regierung in Frage stellten.<sup>2320</sup>

Die zentralen Argumentationsmuster blieben dabei jedoch die, die bereits während der Verhandlungsphase dominiert hatten: die Sorge um die nationale Souveränität einerseits sowie die Gefahr einer Isolation und eines sinkenden außenpolitischen Einflusses Großbritanniens andererseits. In der Auseinandersetzung über die Reichweite der britischen Opt-outs kam die gesamteuropäische Dimension der Vertragsreform kaum noch vor. Die weitere Entwicklung der EG insgesamt spielte – trotz der wiederholten Beteuerungen Thatcher-naher Kommentatoren, angesichts der fortschreitenden Föderalisierung eine „alternative vision of Europe“ aufrecht erhalten zu wollen<sup>2321</sup> – kaum eine Rolle: Statt um die Zukunft der Europäischen Union ging es nur noch um die besondere Position, die das eigene Land darin einnahm.

---

2319 TT 19.12.1991:6a.

2320 Vgl. hierzu Turner 2000:157–170.

2321 So Nicholas Ridley nach dem Gipfel in einem *Times*-Gastkommentar (TT 12.12.1991:20b).

### 5.4 Zwischenfazit

Der Gipfel von Maastricht bildete in allen untersuchten Zeitungen den quantitativen Höhepunkt der Berichterstattung über die Verhandlungen zur Vertragsreform. Diese gesteigerte Aufmerksamkeit und die damit einhergehende Verdichtung der Debatte lassen einen Verfassungsmoment im Sinne einer beschleunigten Veränderung der Deutungsmuster zur europäischen Integration wenigstens denkbar erscheinen. Tatsächlich wurde die mediale Auseinandersetzung über die Vertragsreform in dieser Phase in allen Ländern kontroverser; auch in der deutschen Debatte, die bis dahin deutliche Zeichen des proeuropäischen *permissive consensus* aufgewiesen hatte, wurde nun teils scharfe Kritik an der Reform geübt.

Allerdings konzentrierte sich die Berichterstattung in den Wochen vor dem Gipfel von Maastricht besonders auf die nationalen Regierungen, die Gegensätze zwischen ihnen und die möglichen Kompromisslinien in den verbleibenden offenen Fragen der Vertragsverhandlungen. Nach dem Gipfel wiederum dominierte in allen untersuchten Ländern die Frage nach Siegern und Verlierern. Im Zentrum der Debatte standen damit noch stärker als in den vorherigen Verhandlungsphasen die unterschiedlichen *nationalen* Standpunkte, während gesamteuropäisch-weltanschauliche Positionen weiter an Bedeutung verloren.

Auch der Fokus der Zeitungen auf die jeweils eigene nationale Regierung war noch einmal deutlicher als zuvor: In allen drei untersuchten Ländern wurde die jeweils eigene Regierung als wichtigster Protagonist des Gipfels gesehen. John Major galt dabei übereinstimmend als der wichtigste Bremser der Verhandlungen. Im Übrigen unterschied sich die beschriebene Akteurskonstellation je nach Land: Für die britischen Zeitungen stand Major allen anderen Gipfelteilnehmern weitgehend allein gegenüber. Für die deutschen Zeitungen galt Helmut Kohl als der Hauptgegner Majors und zugleich als der einzige Vertreter einer dezidiert europafreundlichen Position, während die übrigen Regierungen (insbesondere die französische) bei der Vertragsreform vor allem ihre jeweiligen nationalen Interessen im Blick hätten. In Frankreich schließlich wurde als Repräsentant der proeuropäischen Maximalposition Jacques Delors beschrieben, während François Mitterrand als wichtigster Verfechter einer realistischen Kompromisslinie erschien. Kohl wiederum spielte in der französischen Berichterstattung nur eine untergeordnete Rolle, auch wenn im *Figaro* verschiedentlich kritisiert wurde, dass es der französischen Regierung nicht gelungen sei, eine neue deutsche Hegemonialstellung zu verhindern.

Auch was die Themen der Vertragsreform betrifft, führte der Fokus auf die nationalen Positionen und die jeweils eigene Regierung zu unterschiedlichen Schwerpunktsetzungen. So betonten die deutschen Medien stark das Junktum zwischen Währungsunion und der Stärkung des Europäischen Parlaments und kritisierten in teils aggressiver Form das ‚Opfer der D-Mark‘, für das die Bundesregierung keine hinreichende Gegenleistung erhalten habe. Aufgrund der Einwände des Bundesrats thematisierten die deutschen Zeitungen die Formulierung zum Subsidiaritätsprinzip im Vertrag – ein Aspekt, der in den anderen Ländern keinerlei mediales Interesse weckte. In Frankreich wurde hingegen neben der Währungsunion vor allem die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik als Hauptthema des Gipfels beschrieben. Am deutlichsten war der nationale Diskurs bei der Schwerpunktsetzung wie schon zuvor in Großbritannien. Hier standen vor allem die Konflikte im Mittelpunkt, bei denen die britische Regierung mit einem Veto gegen den Vertrag drohte: das „federal goal“ der EG, das Opt-out aus der Währungsunion sowie das Sozialkapitel. Auch nach dem Gipfel bildeten die beiden britischen Opt-outs das zentrale Thema der Debatte. Diese einseitige Schwerpunktsetzung wurde im *Guardian* zwar kritisiert und sogar als Propaganda der britischen Regierung gebrandmarkt, letztlich aber doch in der Berichterstattung übernommen.

Auch die anlaufende Debatte über die Ratifikation der Vertragsreform trug nicht zu einer stärker gesamteuropäisch-weltanschaulichen Perspektive bei. So kam es in Großbritannien und Frankreich zu intensiven Auseinandersetzungen über das jeweils eigene nationale Ratifikationsverfahren: In Großbritannien brach vor, in Frankreich nach dem Gipfel eine Debatte darüber aus, ob es ein nationales Referendum über den Vertrag geben sollte. Diese Debatten knüpften jeweils an schon vorher existierende inner- und zwischenparteiliche Konflikte über die nationale Europapolitik an und nahmen in der Öffentlichkeit einen breiten Raum ein. Vor allem in Großbritannien war die Auseinandersetzung über das Referendum zwischenzeitlich präsenter als die Debatte über die Vertragsreform selbst.

Allerdings konzentrierten sich die Debatten jeweils nur auf die Frage der eigenen nationalen Souveränität: In beiden Ländern kritisierte das europaskeptische Lager um Philippe Séguin bzw. Margaret Thatcher eine mögliche Übertragung nationaler Souveränitätsrechte ohne Referendum als illegitim. In Frankreich war diese Kritik eng verbunden mit dem Topos der unzureichenden (nationalen) Debatte, in Großbritannien mit einer Diskussion über die Funktionsweise der nationalen parlamentarischen Demokratie. Die Argumente, die in diesen Debatten vorgebracht wurden, blieben jedoch in aller Regel strikt auf das eigene Land bezogen und stan-

den zudem in jeweils nationalen Kontexten: In Frankreich wurde das Thema etwa mit einer geplanten nationalen Verfassungsreform sowie der Frage eines nationalen Ausländerwahlrechts verknüpft; in Großbritannien wiederum mündete die Auseinandersetzung über die nationale Souveränität in eine Debatte über die nationalen Opt-outs.

Eine gesamteuropäische Kontextualisierung der Ratifikationsdebatte blieb hingegen aus: Für die Ratifikationsverfahren in anderen Ländern interessierten sich die Zeitungen jeweils nur am Rande, und selbst wenn über erwartete Schwierigkeiten geschrieben wurde, erschienen diese in der Regel nur als ein Problem der betreffenden nationalen Regierung – nicht als ein Risiko für die Vertragsreform insgesamt. Eine Ausnahme bildeten in dieser Hinsicht nur einige integrations skeptische Meinungstexte in der *Times*, die das Ausmaß der britischen Isolation mit dem Hinweis herunterspielten, dass das gesamte Projekt der Währungsunion voraussichtlich ohnehin scheitern werde.

Ein neuer Topos, der in fast allen untersuchten Zeitungen vorkam, war schließlich die Relativierung der Tragweite des Gipfels. So beklagten sowohl die deutschen Zeitungen als auch der *Guardian* die unzureichende Stärkung des Europäischen Parlaments (wobei allerdings nur der *Guardian* explizit föderalistisch argumentierte, während SZ und FAZ hier eher eine diplomatische Niederlage der deutschen Bundesregierung kritisierten). Auch *Le Monde* stellte fest, dass die Vertragsreform nicht der erhoffte große Wurf sei, und *Le Figaro* räumte dem Argument der französischen Gaullisten großen Raum ein, dass die Vertragsreform nur vom eigentlich prioritären Thema der EG-Osterweiterung ablenke. Obwohl alle Zeitungen den Gipfel an anderer Stelle auch als ‚historisch‘ bewerteten, blieb damit ein im Ganzen widersprüchliches Bild von einer Reform, die einerseits die nationale Souveränität massiv einzuschränken, andererseits aber in entscheidenden Fragen zu kurz zu greifen schien. Die Vorstellung eines Durchbruchs zu einem europäisch-innenpolitischen Integrationsmodell, das auch eine neue Form der transnationalen öffentlichen Auseinandersetzung notwendig machen würde, spielte im Diskurs der Zeitungen keine Rolle. Trotz der in allen untersuchten Ländern zunehmenden Kritik an der unzureichenden europapolitischen Debatte wurde auch der Gipfel von Maastricht daher nicht zu einem europäischen Verfassungsmoment.



## 6. Ergebnisse des Dritten Teils

Der öffentliche Diskurs über die Verhandlungen zum Vertrag von Maastricht zeigte in allen drei untersuchten Ländern ein gemeinsames Grundmuster. In allen untersuchten Zeitungen zerfiel die Auseinandersetzung in zwei Teile: zum einen die Debatte über die zwischenstaatlichen Verhandlungen, zum anderen jene über die nationale Europapolitik. Beide Teildebatten zeichneten sich dabei durch jeweils eigene Akteurskonstellationen aus.

In der Auseinandersetzung über die europäischen Verhandlungen waren die Hauptakteure die Regierungen der drei größten Mitgliedstaaten sowie, mit Abstrichen, Kommissionspräsident Jacques Delors. Im Mittelpunkt der Berichterstattung aller untersuchten Zeitungen stand dabei in der Regel die Frage, inwieweit die je eigene nationale Regierung in der Lage sein würde, ihre europapolitische Agenda in den Verhandlungen durchzusetzen, und was das für die diplomatische Position des Landes insgesamt bedeutete. Andere Akteure erschienen dementsprechend vor allem als diplomatische Verbündete bzw. Gegner der jeweils eigenen Regierung. Die Regierungen kleinerer Staaten spielten in der Berichterstattung insgesamt nur eine untergeordnete Rolle. Sie konnten aber unter besonderen Umständen ebenfalls große Aufmerksamkeit gewinnen, etwa wenn sie ein Veto gegen die Vertragsreform einzulegen drohten.

Dieses Muster deckt sich mit dem Erklärungsansatz, der im Ersten Teil der Arbeit vorgestellt wurde: Nachrichtenwert besaßen in der Debatte über die Verhandlungen vor allem jene Akteure, denen aufgrund des Verfahrens und aufgrund ihrer politischen Macht ein besonders hoher Einfluss auf das Ergebnis der Vertragsreform zugeschrieben wurde. Eine Besonderheit bildete dabei allerdings Jacques Delors, dessen hohe mediale Präsenz sich nur bedingt aus seiner Funktion im formalen Verfahren erklären lässt. Entscheidend für seinen hohen Nachrichtenwert war offenbar vielmehr seine Rolle als Ideengeber (und im Falle des Plans der Währungsunion auch Namensgeber) der Reform sowie – vor allem in den britischen und französischen Medien – als Symbolfigur des europäischen Föderalismus. Der Fokus der Berichterstattung auf die jeweils eigene Regierung entsprach wiederum dem oben beschriebenen Erklärungsansatz: Da von allen Akteuren nur die eigene Regierung vor dem jeweiligen nationalen Publi-

kum politisch verantwortlich war, wurde ihr Handeln von den Medien genauer beschrieben und bewertet als das der übrigen Beteiligten.

In der zweiten Teildebatte, der Auseinandersetzung über die nationale Europapolitik, waren demgegenüber die wichtigsten Akteure stets die jeweilige nationale Regierung und ihre wichtigsten nationalen Kritiker. Die Auseinandersetzung verlief dabei oft, aber nicht ausschließlich entlang parteipolitischer Linien: In den deutschen Medien fiel sie angesichts der weitreichenden europapolitischen Übereinstimmung von Regierung und Opposition insgesamt eher klein aus; Kritik äußerten am ehesten noch die Landesregierungen im Bundesrat. In Frankreich war die Konfliktlinie zwischen Regierung und Opposition am deutlichsten, wobei vor allem die regierungsfreundliche *Le Monde* hier immer wieder auch oppositionsinterne Gegensätze zwischen dem gaullistisch-nationalkonservativen RPR und der liberal-europafreundlichen UDF thematisierte. In der britischen Öffentlichkeit schließlich wurde die Auseinandersetzung zwischen der eher integrations skeptischen Regierung und der gemäßigt-proeuropäischen Opposition stark durch den innerparteilichen Richtungsstreit der Conservative Party überlagert. Vor allem im französischen und britischen Fall fielen diese Konfliktlinien in der Debatte über die nationale Europapolitik zusammen mit den Konfliktlinien, die auch die nationalen Debatten über andere politische Fragen prägten.

Auch dieses Muster entspricht dem im Ersten Teil beschriebenen Erklärungsansatz, insofern in diesem Teil der Debatte vor allem jene Akteure Nachrichtenwert besaßen, die in der nationalen Politik um die Zustimmung des jeweiligen nationalen Publikums konkurrierten. Dass sich dies nicht immer mit einem einfachen Gegensatz zwischen Regierung und Opposition deckte, lässt sich dadurch erklären, dass die Parteien selbst oft keine einheitliche europapolitische Position vertraten, sodass der Kampf um öffentliche Unterstützung nicht nur zwischen Parteien, sondern eben auch zwischen Parteiflügeln bzw. im deutschen Fall zwischen Bundesregierung und Ländern stattfand. Jedenfalls aber waren die Hauptakteure in diesem Debattenstrang in aller Regel wählbare Politiker, die dem nationalen Publikum der jeweiligen Zeitungen politisch verantwortlich waren. Eine Ausnahme bildete lediglich die Kritik, die die deutschen Zeitungen in der Schlussphase der Verhandlungen an der Währungsunion übten und die weniger von bestimmten politischen Akteuren als vielmehr von den Zeitungen selbst getragen wurde.

Insgesamt führte dieses zweigeteilte Grundmuster der öffentlichen Debatte mit seinen charakteristischen Akteurskonstellationen dazu, dass der Hauptfokus der Berichterstattung in allen drei nationalen Öffentlichkeiten



auf der politischen Agenda und der diplomatischen Leistung der jeweils eigenen nationalen Regierung lag. Dies bedeutete nicht notwendigerweise auch eine Zustimmung zur Europapolitik der eigenen Regierung: Vor allem oppositionsnahe Zeitungen wie der *Guardian* und der *Figaro* kritisierten diese regelmäßig und in teils scharfer Form. Doch auch sie befassten sich mit den europapolitischen Vorhaben der eigenen Regierung ausführlicher und verschafften ihnen damit eine größere Sichtbarkeit als jenen der anderen europapolitischen Akteure.

Zudem führte der Fokus auf die diplomatische Leistung der eigenen Regierung dazu, dass deren Ziele oft implizit als Maßstab für die Bewertung der Verhandlungen übernommen wurden. Insbesondere die deutschen und französischen Medien unterschieden deshalb nicht immer klar zwischen nationalen und gesamteuropäischen Interessen, sondern behandelten die Durchsetzung der eigenen nationalen Position gleichbedeutend mit einem ‚Erfolg‘ der Reform.

Im Einzelnen führte dieses strukturelle Grundmuster, das den Zeitungen in allen drei untersuchten Ländern gemeinsam war, dazu, dass sich die konkreten Inhalte und Deutungsmuster in den Diskursen je nach Land teils stark unterschieden. Auch wenn die Diskurse im Verlauf der Verhandlungen im Einzelnen durchaus Veränderungen erfuhren, blieben sowohl das Grundmuster als auch die dominanten nationalen Unterschiede über alle drei Verhandlungsphasen hinweg erhalten.

Die deutschen Zeitungen schrieben den Vorschlägen zu einer Vertragsänderung während der ersten Verhandlungsphase nur geringe praktische Relevanz zu und sahen sowohl die institutionelle Reform als auch die Währungsunion allenfalls als eine ferne Zukunftsvision. Während der zweiten Phase folgten sie frühzeitig dem von Helmut Kohl formulierten Argument, dass die problematische europäische Währungsunion nur durch eine gleichzeitige Stärkung des Europäischen Parlaments zu rechtfertigen sei. Noch wichtiger nahmen sie jedoch das Ziel der deutschen Wiedervereinigung: Wenigstens von November 1989 bis Oktober 1990 stand die europapolitische Debatte in Deutschland deshalb fast vollständig unter dem Leitnarrativ, dass Fortschritte in den EG-Vertragsverhandlungen die diplomatische Position der Bundesregierung stärkten und deshalb auch für die deutsche Einheit zuträglich seien. Nach Vollzug der Wiedervereinigung wurde dieses Argument allerdings kaum noch vorgebracht. An seine Stelle trat in der dritten Phase der Vertragsverhandlungen die Forderung nach einer stärkeren Durchsetzung der deutschen Vorschläge zur Politischen Union. Hinzu kam eine wachsende Skepsis gegenüber der Währungsunion, die nach dem Gipfel von Maastricht auch zu Kritik an

der Bundesregierung führte, die voreilig Zugeständnisse gemacht und zu wenig Gegenleistungen eingefordert habe.

Die französischen Zeitungen wiederum sahen als Hauptziele der Vertragsreform die europäische Währungsunion sowie – ab der zweiten Verhandlungsphase – die gemeinsame Außenpolitik, was sich mit den Prioritäten der französischen Regierung deckte. Beide Ziele galten dabei nicht nur als vorteilhaft für die europäische Stellung in der Welt, sondern auch für die französische Stellung in Europa. Zudem wurden die Vertragsverhandlungen – insbesondere während der französischen Ratspräsidentschaft 1989, aber auch im Umfeld des Gipfels von Maastricht – als diplomatische Prestigefrage gesehen, mit der sich François Mitterrand und seine Regierung profilieren konnten. Als Schlüsselfrage galt insbesondere das bilaterale Verhältnis mit dem wiedervereinigten Deutschland, das durch die Vertragsreform europäisch eingebunden und auf eine dauerhafte Zusammenarbeit mit Frankreich verpflichtet werden sollte. In der Schlussphase der Verhandlungen wurde dieses Narrativ schließlich von einer Debatte über die nationale Souveränität überlagert, die Vertreter des rechten Flügels des RPR sowie von PCF und FN durch die Vertragsreform bedroht sahen. Unterschiede zeigten *Le Monde* und *Le Figaro* vor allem bei der Bewertung der diplomatischen Leistung der Regierung und bei der Darstellung der europapolitischen Uneinigkeit innerhalb der französischen Opposition.

In Großbritannien schließlich drehte sich die Debatte über die Vertragsverhandlungen vor allem um den Konflikt zwischen der Wahrung der nationalen Souveränität und der Gefahr einer europapolitischen Isolation des Landes. Anders als in Deutschland und Frankreich kam es dabei schon in der ersten Phase der Verhandlungen zu einer intensiven medialen Auseinandersetzung. Anlass dafür boten sowohl Margaret Thatchers Brügge-Rede als auch ihre strikte Ablehnung eines britischen EWS-Beitritts und der Währungsunion. Auch in der zweiten Phase lag der Fokus der Berichterstattung in den britischen Medien sehr stark auf der diplomatischen Strategie der Regierung; britische Initiativen und Gegenvorschläge wie der Competing-Currencies- oder der Hard-ECU-Plan, die in den Medien der anderen Länder kaum eine Rolle spielten, nahmen sehr breiten Raum ein. Als wichtigste Frage galt dabei, ob es der britischen Regierung mit diesen Vorschlägen gelingen würde, ihre Isolation in den Verhandlungen zu überwinden und supranationale Reformen zu verhindern – was die regierungsnahen *Times* meist bejahte und der oppositionelle *Guardian* verneinte. Eine weitere britische Besonderheit war der Topos des ‚guten Europäers‘, mit dem die *Times* die Linie der britischen Regierung gegen Vorwürfe der

Europafeindlichkeit verteidigte und umgekehrt anderen an den Verhandlungen beteiligten Akteuren mit teils aggressiver Rhetorik nationales Machtstreben oder andere eigennützige Motive vorwarf. Der *Guardian* wies diesen Topos zunächst deutlich zurück, nutzte jedoch ab Ende 1990 teilweise ebenfalls nationale Negativstereotype für die übrigen EG-Regierungen. Auch in der letzten Phase der Verhandlungen konzentrierte sich die Debatte vor allem auf die britischen Forderungen sowie speziell auf die nationalen Ausnahmeregelungen, deren Auswirkungen auf Großbritannien nach dem Gipfel breiter diskutiert wurden als die Bedeutung der Reform für die EG insgesamt.

Gegenüber diesen großen nationalen Unterschieden spielten transnational-weltanschauliche Diskurslinien in der Debatte nur eine sehr untergeordnete Rolle. Vor allem für Frankreich und Großbritannien ist zwar festzustellen, dass die linksliberalen Zeitungen *Le Monde* und *The Guardian* insgesamt eher integrationsfreundlich, die liberalkonservativen *Le Figaro* und *The Times* eher integrations skeptisch argumentierten: Während Erste einen etwas größeren Schwerpunkt auf Fragen der institutionellen Reform legten und auch föderalistische Positionen sichtbar machten, räumten Letztere der souveränistischen Kritik am Vertrag mehr Platz ein.

Dieses Muster ergab sich allerdings vor allem aus der Haltung der Zeitungen zur jeweiligen nationalen Regierung, wie sich nicht zuletzt am zeitlichen Entwicklungsverlauf der Diskurse erkennen lässt: So grenzte sich der *Guardian* mit seiner Integrationsfreundlichkeit vor allem zu Beginn der Verhandlungen hart von Margaret Thatchers Europaskepsis ab. Nach dem Regierungswechsel und dem Amtsantritt des kompromissbereiteren John Major im November 1990 schwächte die Zeitung diese Linie allerdings ab und äußerte nun häufiger auch Kritik an der Vertragsreform. Umgekehrt ging die *Times* erst nach Thatchers Brügge-Rede im Herbst 1988 zu einer hart europaskeptischen Linie über, die sie nach Majors Amtsantritt wenigstens vorübergehend mäßigte, ehe sie in der Schlussphase der Verhandlungen zwischen Thatchers und Majors Positionen schwankte. Die integrations skeptische Haltung im *Figaro* schließlich wurde vor allem gegen Ende der Verhandlungen härter, nachdem im RPR der europaskeptische Flügel um Philippe Séguin und Charles Pasqua deutlicher in Erscheinung getreten war. In Deutschland, wo sich CDU/CSU und SPD europapolitisch sehr nahe standen, gab es über den gesamten Zeitraum der Verhandlungen hinweg auch nur geringe Unterschiede zwischen FAZ und SZ.

Explizite transnational-weltanschauliche Bezüge, die die Grundlage für einen Verfassungsmoment hätten bilden können, fanden sich in den Zeitungen hingegen nur recht selten. Die Positionen der europäischen Partei-

en wurden zwar zuweilen erwähnt, in der Regel jedoch nicht allzu wichtig genommen. In der Anfangsphase der Verhandlungen formulierten die französischen und britischen Zeitungen, besonders *Le Monde* und die *Times*, zudem zuweilen die Idee eines grundsätzlichen Gegensatzes zwischen unterschiedlichen weltanschaulichen Visionen für Europa, die von Margaret Thatcher und Jacques Delors bzw. François Mitterrand verkörpert würden. Dieses Deutungsmuster spielte jedoch von Anfang an nur eine Nebenrolle und verlor im Verlauf der Gespräche, als sich die Regierungskonferenz näherte und die voranschreitenden Verhandlungen zunehmend von dem formalen intergouvernementalen Verfahren geprägt waren, noch weiter an Bedeutung.

Hinzu kommt, dass die Zeitungen – entsprechend der zweigeteilten Grundstruktur der Debatte – in ihrer Berichterstattung Regierungsparteien meist nur anderen Regierungsparteien oder der eigenen Opposition gegenüberstellten. Parallelen zwischen den Positionen der Regierungspartei eines Landes und der Oppositionspartei eines anderen wurden kaum gezogen. Entsprechend erschienen zum Beispiel die offensichtlichen Ähnlichkeiten zwischen dem britischen Competing-Currencies-Plan und dem RPR-Vorschlag einer „monnaie commune“ in den Zeitungen nur sehr am Rande. Auch der Deutungsvorschlag der französischen Oppositionspartei CDS, die den Gipfel von Maastricht im Dezember 1991 nicht als einen Erfolg der französischen Regierung, sondern der europäischen Mitte-Rechts-Parteien verstanden wissen wollte, blieb in der französischen Öffentlichkeit ohne Resonanz.

Gegen Ende der Verhandlungen kam schließlich in fast allen untersuchten Zeitungen (wenn auch mit im Einzelnen unterschiedlicher Ausprägung) der neue Topos einer unzureichenden europapolitischen Debatte auf. Die Existenz dieses Topos war nicht unbedingt abhängig von dem quantitativen Ausmaß der Berichterstattung, das in dieser Phase in Wirklichkeit deutlich zunahm. Zudem war er in den britischen und französischen Medien stärker verbreitet als in den deutschen, obwohl die Auseinandersetzung in Deutschland tatsächlich weniger intensiv war. Vielmehr war das Aufkommen dieses Topos eher mit der einsetzenden Debatte über die Auswirkungen der Vertragsreform auf die nationale Souveränität verbunden. Er kann damit wohl als Indiz dafür verstanden werden, dass sich schon in den Augen der beteiligten Journalisten das Ausmaß der Veränderungen im europäischen politischen System nicht adäquat in der öffentlichen Debatte widerspiegelte.

Tatsächlich führte das große Gewicht nationaler Kontexte und diplomatischer Fragen dazu, dass verschiedene Aspekte der Vertragsreform, die für

die Konstitutionalisierung des europäischen politischen Systems besonders wichtig waren, in der Öffentlichkeit nur marginal oder nur unter einem stark mitgliedstaatlich-außenpolitischen Blickwinkel thematisiert wurden. Im folgenden Vierten Teil soll deshalb noch einmal systematisch die Debatte zu jenen Reformbestandteilen analysiert werden, die am ehesten zum Aufhänger für eine europäisch-innenpolitische Neuinterpretation des Integrationsprozesses und damit für einen Verfassungsmoment hätten werden können.



*Vierter Teil: Die mediale Darstellung der Neuerungen des EU-Vertrags*





## 1. Vorbemerkung

Wie im Ersten Teil bereits dargestellt, bedeutete der Vertrag von Maastricht gleich in mehrerer Hinsicht einen Konstitutionalisierungsschub, wobei besonders die Ausweitung der Politikbereiche der EG und die Verschiebung ihrer demokratischen Legitimationsgrundlage eine wichtige Rolle spielten. Zusammen mit weiteren Aspekten (wie der Etablierung der EG als kontinentales Ordnungssystem, der Einführung bundesstaatlich konnotierter Begrifflichkeiten und der Festschreibung künftiger Integrationschritte durch Stufen- und Revisionsklauseln) veränderten diese Neuerungen die Funktionsweise des europäischen politischen Systems in Richtung eines europäisch-innenpolitischen Modells. Die Auseinandersetzung mit ihnen hätte deshalb auch der wichtigste Ansatzpunkt für eine europäisch-innenpolitische Neuinterpretation des Integrationsprozesses in der europäischen Öffentlichkeit sein können – etwa indem aus der Erkenntnis, dass bestimmte Entscheidungen künftig nur noch gemeinschaftlich in den europäischen Institutionen würden getroffen werden können, auch das Bewusstsein einer Zugehörigkeit zu einem gemeinsamen europäischen politischen System erwachsen wäre.

Im Diskurs der Medien traten die Konstitutionalisierungsaspekte jedoch hinter dem Fokus auf die politische Agenda und die diplomatische Durchsetzungsfähigkeit der jeweils eigenen Regierung zurück, sodass die öffentliche Auseinandersetzung darüber in vielen Fällen unter einem stark mitgliedstaatlich-außenpolitischen Vorzeichen stand. In den folgenden Kapiteln soll deshalb gezielt die Debatte über die Neuerungen des Vertrags von Maastricht analysiert werden, die für die Konstitutionalisierung im politischen System der EG besonders wichtig waren. Im Vordergrund steht dabei die Frage, inwiefern die Ausweitung der europäischen Politikbereiche sowie die Verschiebung der Legitimationsgrundlage im europäisch-innenpolitischen Sinn als wichtige Entwicklung für die EG als Ganzes verstanden wurden oder umgekehrt mitgliedstaatlich-außenpolitische Deutungsmuster die Debatte dazu überlagerten und einen Verfassungsmoment verhinderten.



## 2. Neue Politikbereiche

Mit dem Vertrag von Maastricht erhielt die EG/EU Zuständigkeiten in Politikfeldern, die zuvor als Kernbereiche staatlicher Souveränität angesehen worden waren. Zugleich wuchs dadurch in vielen Fällen die wechselseitige Abhängigkeit zwischen den Mitgliedstaaten, sodass nationale Alleingänge für die Zukunft schwieriger oder unmöglich wurden. Im Folgenden soll die Debatte für fünf dieser neuen Politikbereiche näher untersucht werden: die Wirtschafts- und Währungsunion, die Einführung eines Kohäsionsfonds, die Sozialpolitik, die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik sowie die Zusammenarbeit im Bereich Justiz und Inneres.

### 2.1 *Die Wirtschafts- und Währungsunion*

Über alle sechs untersuchten Zeitungen hinweg stellte die Wirtschafts- und Währungsunion die am meisten diskutierte Einzelreform des Vertrags von Maastricht dar. Insbesondere während der ersten Phase der Verhandlungen bis 1989 und in den Wochen um den Gipfel von Maastricht im Dezember 1991 war sie ein zentrales Thema der Debatte, während sie in der zweiten Phase zwischen Ende 1989 und Ende 1990 teilweise hinter Fragen der Politischen Union zurücktrat. Dieses große Interesse lässt sich zum einen aus dem Entstehungsprozess der Vertragsänderung erklären: Der Delorsplan war seit der Einheitlichen Europäischen Akte das erste im Europäischen Rat diskutierte Dokument, in dem eine Überarbeitung der EG-Verträge vorgeschlagen wurde. Außerdem trat für die Währungsunion eine eigene Regierungskonferenz zusammen, während alle übrigen Reformen unter dem Begriff der Politischen Union zusammengefasst wurden. Zum anderen war das Interesse der Zeitungen jedoch auch sachlich begründet, da sie der Währungsunion eine besonders große Auswirkung auf die nationale Souveränität zuschrieben. Die Gestaltungshoheit über die Geldpolitik galt in allen Ländern als ein zentraler Bestandteil von Staatlichkeit, der nun auf die EG übertragen würde.

Dennoch wurden die genauen Effekte oder Wirkungsweisen einer Währungsunion wenigstens im Politikteil der Zeitungen nur selten thematisiert. Auch wenn zahlreiche Artikel die große Tragweite der Reform betonten, spielten wissenschaftliche Folgenabschätzungen oder Ansätze wie die

Theorie optimaler Währungsräume in der Berichterstattung keine relevante Rolle. Stattdessen entzündeten sich an der Währungsunion oft symbolisch aufgeladene Debatten, in denen jenseits der Geld- und Wirtschaftspolitik noch ganz andere Fragen mitverhandelt wurden. Im Einzelnen unterschied sich der Diskurs über die Währungsunion dabei je nach Mitgliedstaat teils deutlich.

So wiesen die deutschen Zeitungen im Zusammenhang mit der Währungsunion häufig auf kulturelle Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten hin, insbesondere auf das deutsche „Stabilitätsbewußtsein“, das in anderen Ländern „nicht so ausgeprägt“ sei und deshalb „immer wieder heftige Kritik (nicht nur der Franzosen)“ erfahre.<sup>2322</sup> Besonders die FAZ spielte in diesem Zusammenhang häufig auch auf den Topos der ‚überstürzten‘ Reform an, der erst eine längere Phase der wirtschaftlichen Angleichung hätte vorangehen müssen.<sup>2323</sup> Zudem gingen beide deutschen Zeitungen oft recht explizit von einer Überlegenheit der deutschen Geldpolitik aus. So konstatierte etwa ein FAZ-Kommentar zu den britischen Einwänden gegen die Währungsunion:

Mit der Währungspolitik der Bundesbank wäre auch England in der Vergangenheit gut gefahren, aber würde das auch die Politik der Europäischen Zentralbank sein?<sup>2324</sup>

Ein anderer Kommentar erklärte, die deutschen Bürger hätten „recht mit ihrer Besorgnis, ob denn hoch droben auf dem politischen Dach Europas ihre Inflationsängste künftig noch wahrgenommen und gewürdigt werden“, und lobte die Bundesbank als „einen nahe wohnenden Adressaten der Sorge um den Wert des Geldes“.<sup>2325</sup> Ein Kommentar in der SZ ging noch weiter und schlug vor:

Würde die Europa-Währung so stabil wie die Mark – gut. Würde sie schlechter – nein. Es ginge auch ganz *anders*, einfacher und erfolgreicher. Haben nämlich alle Europäer wie die Benelux-Länder erst einmal

---

2322 FAZ 09.12.1991:1, ähnlich z. B. FAZ 26.06.1989:13, SZ 13.12.1990:4, SZ 05.12.1991:4, SZ 17.12.1990:4.

2323 FAZ 27.06.1989:1, FAZ 07.12.1989:1–2, FAZ 17.12.1990:2b, FAZ 03.12.1991:15, auch SZ 13.12.1989:4, SZ 10.12.1991:4.

2324 FAZ 26.06.1989:13, ähnlich SZ 11.12.1989:7.

2325 FAZ 06.12.1991:1a.

ihre Währungen an die Mark gekoppelt, könnte man eines Tages alles nationale Geld einsammeln, die Mark Ecu nennen, die Bundesbank Europäische Zentralbank. Warum nicht so?<sup>2326</sup>

Auf eine gewisse Akzeptanz stieß die Währungsunion in den deutschen Medien lediglich am Anfang der zweiten Phase der Verhandlungen. In der Berichterstattung über den Gipfel von Straßburg erschien sie als hinzunehmender Preis für den deutsch-französischen „Kuhhandel“, in dem François Mitterrand Helmut Kohl im Gegenzug die Unterstützung für die deutsche Wiedervereinigung zusicherte.<sup>2327</sup> Ende 1990 veränderte sich die Interpretation dieses „Quidproquo“<sup>2328</sup> allerdings: Statt der inzwischen vollzogenen Wiedervereinigung betonten die deutschen Zeitungen nun das von Kohl formulierte „Junktim“ zwischen Währungsunion und Politischer Union, speziell der von der Bundesregierung geforderten Stärkung des Europäischen Parlaments.<sup>2329</sup> Dieser Diskursstrang verschärfte sich schließlich zum Topos vom ‚Opfer der D-Mark‘, für das Deutschland von den übrigen Mitgliedstaaten nur „politisches Kleingeld“ erhalten habe.<sup>2330</sup> Letztlich verknüpfte sich in der Debatte also die Vorstellung einer deutschen Überlegenheit mit Kritik an der französischen Politik, vor allem aber auch an der eigenen Bundesregierung, die in den Verhandlungen zu bereitwillig nachgegeben habe.

Bemerkenswerterweise traten allerdings auch Regierungsvertreter dem Topos der deutschen Überlegenheit nicht entgegen. Stattdessen betonte die Bundesregierung in ihrer öffentlichen Kommunikation, dass die Deutsche Bundesbank mit ihrer Unabhängigkeit und ihrer Ausrichtung auf die Preisstabilität als Vorbild für die Arbeitsweise der Europäischen Zentralbank dienen solle. So erklärte etwa Finanzminister Theo Waigel kurz vor dem Gipfel von Maastricht in einem SZ-Interview, dass die D-Mark „nicht geopfert“ werde und „[i]m Grunde [...] das ganze Konzept [der Währungsunion] auf die deutsche Finanzpolitik und die Deutsche Bundesbank“ zurückgehe.<sup>2331</sup> Nach dem Gipfel beschrieb es Helmut Kohl als Erfolg, „daß

---

2326 SZ 13.12.1990:4 (Hervorh. i. O.).

2327 SZ 11.12.1989:3, SZ 11.12.1989:4b.

2328 SZ 26.10.1990:4.

2329 FAZ 09.12.1991:11c, ähnlich schon SZ 26.10.1990:4.

2330 So bereits FAZ 14.12.1990:17, ähnlich SZ 14.12.1990:2, SZ 05.12.1991:4, SZ 06.12.1991:1b, SZ 07.12.1991:4, FAZ 11.12.1991:3.

2331 SZ 07.12.1991:13, ähnlich SZ 06.12.1991:1a, SZ 07.12.1991:1, FAZ 06.12.1991:2. Zuvor hatten bereits Kanzleramtsminister Lutz Stavenhagen

Deutschland die Währungsunion erhalte, die es gewollt habe“.<sup>2332</sup> Die Zeitungen gaben diese Darstellung zwar wieder, schlossen sich ihr in der Regel jedoch nicht an: Für einen FAZ-Leitkommentar war die Währungsunion vielmehr der Hauptgrund dafür, den Gipfel von Maastricht „[a]us deutscher Sicht“ als „eine Dreiviertel-Niederlage“ zu werten.<sup>2333</sup>

Demgegenüber stieß die Währungsunion in den französischen Zeitungen – besonders in der ersten Phase der Verhandlungen – auf deutlich größere Zustimmung. Die konkreten Argumente dafür blieben allerdings oft eher allgemein; meist wurde die Einheitswährung schlicht als logische Fortentwicklung des europäischen Binnenmarkts und notwendige Ergänzung der Kapitalverkehrsfreiheit beschrieben.<sup>2334</sup> Wichtiger war den französischen Zeitungen, dass die Währungsunion eine der zentralen Forderungen der eigenen nationalen Regierung darstellte. Fortschritte in diesem Bereich galten deshalb als ein Maßstab, an dem das diplomatische Geschick der eigenen Regierung gemessen werden konnte.<sup>2335</sup>

Vor allem in den Wochen zwischen dem Mauerfall und dem Gipfel von Straßburg erschien die Währungsunion zudem als Prüfstein für das deutsche Bekenntnis zur europäischen Integration und zur deutsch-französischen Zusammenarbeit. Auch hier fanden sich allerdings kaum Argumente, die auf die besonderen sachlichen Merkmale einer gemeinsamen Währung abzielten – etwa in dem Sinn, dass eine gemeinsame Währung eine koordinierte Wirtschaftspolitik erforderlich und daher nationale Alleingänge auch für ein wiedervereinigtes Deutschland unmöglich mache.<sup>2336</sup> Vielmehr dominierten Deutungsmuster, die auf die diplomatischen Beziehungen abzielten. Charakteristisch war in diesem Sinne beispielsweise ein

---

(FAZ 18.04.1989:13) und das deutsche Mitglied der EG-Kommission Martin Bangemann (FAZ 05.12.1990:1) die Bundesbank als Vorbild für die EZB beschrieben.

2332 SZ 12.12.1991:1a, ähnlich SZ 12.12.1991:6e. Auch Waigel äußerte sich noch einmal ähnlich (SZ 12.12.1991:1b).

2333 FAZ 12.12.1991:1, ähnlich SZ 12.12.1991:4, SZ 14.12.1991:4b. Ein SZ-Kommentar äußerte allerdings auch die Einschätzung, dass in Maastricht „[d]ie Vergemeinschaftung der D-Mark nach deutschen Stabilitätskriterien [...] gelungen“ sei (SZ 11.12.1991:4).

2334 LM 15.06.1988:1, LM 26.06.1988:1, LM 29.06.1988:3a, LM 30.06.1988:3b, LF 18.04.1989:1b.

2335 Z. B. LM 24.06.1989:4b, LM 29.06.1989:2b, LM 08.12.1989:2b, LF 28.06.1989:4a, LF 18.11.1989:4c, LF 11.12.1989:6c.

2336 Nur angedeutet wurde dieses Argument etwa in einem *Figaro*-Artikel, der erwähnte, dass die Währungsunion „irrévocable[...]“ sei und als „fondement à l’union politique“ dienen solle (LF 20.11.1989:3).

Kommentar in *Le Monde* mit der Überschrift „La preuve de Strasbourg“, in dem es hieß:

Le Chancelier répète à qui veut l'entendre que les projets de réunification s'inscrivent dans le mouvement général de l'Europe et ne menacent donc personne, ne contredisant en rien [...] l'approfondissement de l'union politique et économique. Strasbourg est une excellente occasion de passer aux actes. Le test est tout trouvé : la tenue avant la fin de 1990 de la conférence gouvernementale qui doit préparer un nouveau traité pour l'union monétaire. [...] M. Kohl ne s'est jamais engagé fermement sur une date, pour des raisons largement électorales. C'est le moment de le faire et [...] c'est un bon moyen de dissiper les doutes. [...] Après Strasbourg, il sera bien tard.<sup>2337</sup>

Kohls Zustimmung zur Währungsunion wurde also vor allem deshalb als europapolitischer Test verstanden, weil es sich dabei um ein diplomatisches Zugeständnis handelte, das die Bundesregierung bis dahin vermieden hatte. Die Festlegung eines Datums für die Regierungskonferenz diente in diesem Deutungsmuster im Wesentlichen als ein Symbol, das sich nur zufällig durch die zeitliche Nähe des Gipfels von Straßburg anbot und auch durch eine beliebige andere, ähnlich prominente Forderung an Deutschland hätte ersetzt werden können. Tatsächlich nannten mehrere Artikel gleichrangig mit der Währungsunion auch die Anerkennung der deutsch-polnischen Ostgrenze an der Oder-Neiße-Linie als einen weiteren Test, mit dem die Bundesregierung ihren guten Willen zeigen sollte.<sup>2338</sup> Besonders in *Le Monde* betonten viele Beiträge zudem, dass es sich bei der Währungsunion vor allem um eine französische Forderung handele – wodurch Kohls Zugeständnis auch als Bekenntnis zu den guten bilateralen Beziehungen und als ein diplomatischer Erfolg Mitterrands erschien.<sup>2339</sup>

Explizit ablehnende Positionen kamen in den französischen Zeitungen in der ersten Phase der Verhandlungen nahezu überhaupt nicht vor. Erst im späteren Verlauf äußerten Teile der gaullistischen Opposition Kritik an der Währungsunion als einer inakzeptablen Einschränkung des nationalen Handlungsspielraums. So erklärte etwa Philippe Séguin in seinem scharf europaskeptischen *Figaro*-Kommentar „France, réveille-toi...“:

---

2337 LM 07.12.1989:1, ähnlich LM 08.12.1989:1–2, LM 10.12.1989:1a, LF 20.11.1989:3, LF 08.12.1989:1.

2338 LM 07.12.1989:1, LM 08.12.1989:1–2, LM 10.12.1989:1a.

2339 Z. B. LM 08.12.1989:1, LM 09.12.1989:1, LM 10.12.1989:1b, LM 08.12.1989:2b, LM 10.12.1989:3b, ähnlich auch LF 08.12.1989:6c.

[A]vec une monnaie unique gérée par des gnomes irresponsables, avec l'exigence de « convergence » des économies, nous n'aurons plus de marges pour une politique budgétaire et une politique monétaire nationales [...]. [L]'intérêt économique [de l'union monétaire] est bien mince : il s'agit simplement de diminuer quelques coûts de conversion monétaire [...]. Mais, en regard, les implications politiques de la monnaie unique sont, elles, considérables.<sup>2340</sup>

Die von der RPR-Spitze vorgelegten, dem britischen Hard-ECU-Plan ähnlichen Gegenvorschläge einer „monnaie commune“ (statt „monnaie unique“) wurden dabei in den Medien immer wieder erwähnt, aber nicht allzu prominent diskutiert.<sup>2341</sup> Stattdessen verschmolz die Kritik an der Währungsunion mit der allgemeinen Maastricht-Kritik des national-souveränistischen Flügels der Partei, die in der Schlussphase der Verhandlungen ihren Höhepunkt erreichte. Auch hier erschien die Währungsunion also über ihre wirtschaftliche Bedeutung hinaus vor allem als politisches Symbol für den Verlust an nationaler Souveränität.

In den britischen Zeitungen schließlich waren vor allem in der Anfangsphase der Verhandlungen ökonomische Erläuterungen und Argumente zur Währungsunion etwas präsenter als in den deutschen und französischen. So thematisierte die *Times* zum Beispiel mehrfach, dass die nötige wirtschaftliche Konvergenz zwischen den Mitgliedstaaten nicht ohne große zwischenstaatliche Finanztransfers zu bewältigen sei.<sup>2342</sup> Gleichzeitig hoben die britischen Medien von Anfang an aber auch die symbolische Dimension der Debatte hervor – etwa wenn die *Times* europäische Beamte zitierte, denen zufolge Thatcher das britische Pfund als „a symbol [...] of patriotism and national sovereignty“ sah.<sup>2343</sup>

Beide untersuchten Zeitungen sprachen sich dabei zunächst in Leitartikeln dagegen aus, die Währungszusammenarbeit aus bloßem Nationalstolz abzulehnen.<sup>2344</sup> Tatsächlich nahmen rein symbolische Diskurse, in denen die Währungsunion ausschließlich als Sinnbild für den Verlust an nationaler Souveränität erschien, in Großbritannien jedoch schon bald einen weitaus größeren Raum ein als in den anderen Ländern. Beispielhaft

---

2340 LF 27.11.1991:2, ähnlich LF 06.12.1991:2b, LF 11.12.1991:7.

2341 Z. B. LM 12.04.1990:10b, LF 03.11.1990:7, LF 12.12.1990:2, vgl. auch LF 10.04.1990:7, LM 12.04.1990:10a, LM 19.04.1990:1, LM 29.04.1990:3, LM 30.10.1990:2.

2342 Z. B. TT 18.04.1989:17, TT 03.11.1990:12b, TT 03.11.1990:13, TT 16.11.1990:3.

2343 TT 25.06.1988:7a, ähnlich TT 27.06.1988:1, TG 17.06.1988:11.

2344 TT 27.06.1988:17, TG 29.06.1988:18.



ist in dieser Hinsicht die über mehr als ein Jahr hinweg geführte Debatte über die Abbildung der britischen Königin auf den Münzen, die durch die Währungsunion gefährdet sei.<sup>2345</sup> Auch das Schlagwort von der Währungsunion als „conveyor belt to federalism“, das Margaret Thatcher kurz vor dem Gipfel von Maastricht prägte,<sup>2346</sup> knüpfte zwar an das ökonomische Argument an, dass eine Währungsunion letztlich weiter reichende Hoheitsübertragungen notwendig machen würde, als im Vertragsentwurf vorgesehen waren. Als Warnung vor einem scheinbar unaufhaltsamen Integrationsprozess war es jedoch anschlussfähig an einen breiteren, national-souveränistischen Diskurs und wurde deshalb in der *Times* rasch auch in zahlreichen anderen Kontexten gebraucht.<sup>2347</sup>

Vor allem aber lag der Fokus der britischen Debatte über die Währungsunion schon frühzeitig nicht mehr auf den zwischenstaatlichen Verhandlungen selbst, sondern auf den besonderen Positionen der eigenen Regierung in diesen Verhandlungen. Im Mittelpunkt der Berichterstattung stand deshalb nicht der Delorsplan, der die wichtigste Grundlage für die Gespräche zwischen den zwölf Regierungen bildete, sondern die britischen Alternativvorschläge dazu, also der Competing-Currencies-Plan von 1989 und der Hard-ECU-Plan von 1990 – und das, obwohl besonders der *Guardian* diesen von Anfang an nur geringe Umsetzungschancen zuschrieb.<sup>2348</sup>

Allerdings legten die britischen Zeitungen die wirtschaftspolitischen Implikationen auch dieser Alternativvorschläge allenfalls im Wirtschafts- teil näher dar. In der politischen Debatte brachten sie sie hingegen meist in Verbindung mit der diplomatischen Lage Großbritanniens: Der Competing-Currencies- und der Hard-ECU-Plan erschienen demgemäß entweder als Zeichen für die konstruktive Haltung der britischen Regierung und als Chance zur Überwindung der Isolation in der Verhandlungen (so meist in der regierungsfreundlichen *Times*)<sup>2349</sup> oder aber als Zeichen für die

---

2345 TT 05.11.1990:10, TT 29.11.1990:18, TT 10.12.1991:11a, TG 03.11.1990:2, TG 02.12.1991:1, 26, TG 02.12.1991:24a, TG 10.12.1991:3a.

2346 TT 21.11.1991:1, TG 21.11.1991:8a.

2347 Vgl. TT 28.11.1991:9b, TT 30.11.1991:9, TT 06.12.1991:1, TT 07.12.1991:1, TT 09.12.1991:15d, TT 10.12.1991:1, TT 12.12.1991:3b, TT 12.12.1991:20b.

2348 Vgl. TG 23.11.1989:20, TG 04.12.1989:22b, TG 07.12.1989:20b; TG 21.06.1990:18, TG 21.06.1990:1, TG 22.06.1990:24, TG 23.06.1990:1, TG 26.06.1990:20b, TT 21.06.1990:25, TT 22.06.1990:23, TT 25.06.1990:11a.

2349 TT 18.11.1989:7, TT 07.12.1989:14, TT 07.12.1989:8, TT 09.12.1989:1, TT 09.12.1989:8a; TT 21.06.1990:13, TT 21.06.1990:25.

Hoffnungslosigkeit und Realitätsfremdheit der britischen Positionen (so im oppositionsnahen *Guardian*).<sup>2350</sup>

In der Endphase der Verhandlungen richtete sich der Fokus der britischen Berichterstattung über die Währungsunion schließlich auf die Aussicht eines nationalen Opt-outs. Das konservative Lager und die *Times* gingen dabei weitgehend geschlossen davon aus, dass der Schutz der nationalen Souveränität Vorrang vor der Teilnahme an der Währungsunion haben müsse; diskutiert wurde hier vor allem darüber, ob das Opt-out auch tatsächlich weit genug gehe.<sup>2351</sup> Die Opposition und der *Guardian* wiederum kritisierten, dass die britische Sonderregelung die nationale Isolation verstetigen und verschärfen werde.<sup>2352</sup> Die Bedeutung der Währungsunion für die EG insgesamt geriet hingegen in beiden Zeitungen endgültig aus dem Blickfeld und wurde nur noch in einzelnen Artikeln thematisiert.<sup>2353</sup>

Insgesamt zeigte sich über alle untersuchten Länder und Zeitungen hinweg also ein breiter Konsens, dass die Währungsunion eine wichtige Übertragung von Souveränität von der nationalen auf die europäische Ebene darstelle. Tatsächlich handelte es sich um den Bereich, in dem die Medien am ehesten eine grundlegende Veränderung durch den Vertrag von Maastricht erwarteten. Eine Debatte über den genauen Zweck und die konkreten wirtschaftlichen und politischen Folgen der Währungsunion gab es allerdings kaum.

Zudem wurden die Diskurse über die Währungsunion auch nicht mit weltanschaulichen Gegensätzen zwischen linken und rechten wirtschaftspolitischen Positionen verknüpft. Dass sowohl in Frankreich als auch in Großbritannien national-souveränistische Argumente eher von den konservativen als von den linksliberalen Parteien und Zeitungen vertreten wurden, wirkte sich zwar auch auf die unterschiedliche Bewertung der Währungsunion aus: Neben den deutschen Zeitungen begegnete vor allem die *Times* dieser Aussicht mit großer Skepsis oder offener Ablehnung, während *Le Monde* und der *Guardian* sie eher als Chance sahen; *Le Figaro*

---

2350 TG 20.11.1989:24, TG 09.12.1989:1a, TG 09.12.1989:7a, TG 11.12.1989:18b.

2351 Z. B. TT 13.11.1991:19, TT 14.11.1991:19a, TT 15.11.1991:11a, TT 16.11.1991:15, TT 12.12.1991:20.b.

2352 Z. B. TG 11.12.1991:20; vgl. auch den *Times*-Gastbeitrag des Schatten-Außenministers der Labour Party Gerald Kaufman (TT 13.12.1991:14a).

2353 Dabei wurde die Währungsunion in der *Times* teils als Projekt mit ungewissen Aussichten dargestellt (TT 11.12.1991:14a), teils rundheraus als zum Scheitern verurteilt (TT 11.12.1991:14b). Der *Guardian* schrieb ihr hingegen das Potenzial zu, zum Motor für die weitere Integration zu werden (TG 12.12.1991:2e).

wechselte im Lauf der Verhandlungen von einem eher positiven zu einem negativen Bild.

Spezifische wirtschaftspolitische Erwägungen spielten dabei jedoch nur eine untergeordnete Rolle und wurden, wo sie auftraten, eher mit nationalen als mit weltanschaulichen Positionen verknüpft. Dies zeigte sich etwa in der Frage, ob die Zentralbank unabhängig und ausschließlich der Preisstabilität verpflichtet sein oder ob sie auch darüber hinausgehenden wirtschaftspolitischen Zielen wie einer hohen Beschäftigungsrate dienen sollte. Für diese Frage lag eine Deutung entlang weltanschaulicher Linien – nämlich zwischen ‚rechten‘ ordoliberalen und ‚linken‘ staatsinterventionistischen Positionen – grundsätzlich durchaus nahe. Tatsächlich forderte ein BSPEG-Kongress Ende 1990 explizit, dass die EZB zwar unabhängig sein, in ihrer Geldpolitik aber neben der Preisstabilität auch allgemeine wirtschaftspolitische Ziele berücksichtigen sollte. Diese Stellungnahme der europäischen Sozialdemokraten wurde jedoch nur in jeweils einem Artikel in *Le Monde* und im *Guardian* aufgegriffen.<sup>2354</sup>

In der gesamten übrigen Berichterstattung erschien die Auseinandersetzung über das Zentralbank-Statut fast ausschließlich als ein deutsch-französischer Konflikt, wobei die „Bonner Regierung“ und die „Frankfurter Bundesbank“ für eine unabhängige, nur an der Preisstabilität orientierte EZB einträten, während „Paris“ eine enge Zusammenarbeit der Zentralbank mit einer aus Kommission und Europäischem Rat gebildeten „Wirtschaftsregierung“ fordere.<sup>2355</sup> Begründet wurden diese Gegensätze meist mit unterschiedlichen nationalen Traditionen. Ein Kommentar in *Le Monde* sprach beispielsweise von „[1]es divergences de sensibilité politique mais aussi les cultures historiques“, <sup>2356</sup> ein SZ-Kommentar begründete die deut-

2354 LM 13.12.1990:4a, TG 11.12.1990:6. Der *Guardian* erklärte diese Linie des BSPEG als einen Kompromiss zwischen der deutschen SPD, die auf der Unabhängigkeit der Zentralbank bestanden habe, und der britischen Labour Party, die eine Beschränkung auf das Ziel der Preisstabilität ablehne. Von den übrigen Zeitungen berichteten *Times* und *Figaro* überhaupt nicht über den Kongress, SZ und FAZ erwähnten nicht die Positionierung zur EZB (SZ 12.12.1990:7, FAZ 12.12.1990:6). Ein SZ-Artikel nannte die Forderung nach einer Orientierung der Zentralbank an der Beschäftigungsrate allerdings 1991 als Position des deutschen DGB-Vorsitzenden Heinz-Werner Meyer (SZ 09.12.1991:6).

2355 So FAZ 13.12.1990:5e, ähnlich auch FAZ 13.12.1990:5a, FAZ 17.12.1990:2c, FAZ 29.11.1991:1–2, FAZ 09.12.1991:12b, SZ 13.12.1990:4, SZ 07.12.1991:13, LM 04.12.1990:2, LM 07.12.1990:33, LM 01.12.1991:1, LM 04.12.1991:21, TT 06.12.1990:1, TT 13.12.1990:10e.

2356 LM 04.12.1991:21, ähnlich LM 07.12.1990:33.

sche Position damit, dass „zwei Inflationen nachwirken und die [Deutschen] schon deshalb, aber vielleicht auch mentalitätsbedingt, zum Geld kein so lockeres Verhältnis haben wie etwa Italiener oder Griechen“.<sup>2357</sup>

Insgesamt konnten die Verhandlungen über die Währungsunion also kaum gesamteuropäisches Identifikationspotenzial freisetzen. In allen untersuchten Ländern dominierten in diesem Strang der Debatte über die Vertragsreform jeweils nationalspezifische, oft stark symbolisch aufgeladene Diskurse; und auch politische Differenzen wurden von den Medien entlang nationaler, nicht weltanschaulicher Grenzen definiert. Besonders in Deutschland, aber auch in den anderen Ländern waren die Diskurse über die Währungsunion deshalb weniger von der Vorstellung eines gemeinsamen gesamteuropäischen Projekts als von Misstrauen gegenüber den übrigen Mitgliedstaaten geprägt.

### 2.2 *Finanzausgleich und Kohäsionsfonds*

Die Aussicht, dass mit der Währungsunion auch das Ausmaß der Finanztransfers zwischen den EG-Mitgliedstaaten erhöht werden müsse, fand sich bereits im Delorsplan. In einem Abschnitt hob dieser das Risiko hervor, dass von der Einheitswährung vor allem die wirtschaftlich weiter entwickelten Länder profitieren würden. Die Gemeinschaft müsse deshalb den ärmeren und strukturschwächeren Mitgliedstaaten helfen, um ihnen ein Aufschließen zu ermöglichen – was neben anderen Formen der Unterstützung auch eine Ausweitung der europäischen Strukturfonds notwendig machen könne.<sup>2358</sup>

In den Verhandlungen zwischen den Regierungen spielte dieser Aspekt zunächst jedoch keine Rolle, und auch die Medien berichteten darüber in der ersten Phase der Verhandlungen fast überhaupt nicht. Lediglich in einzelnen *Times*-Artikeln erschien die Aussicht auf größere finanzielle Umverteilung zwischen den Mitgliedstaaten als Argument gegen die Währungsunion.<sup>2359</sup> Während der zweiten Verhandlungsphase erwähnten darüber hinaus auch die französischen Zeitungen die finanzielle Kohäsion bisweilen als offene Frage.<sup>2360</sup>

---

2357 SZ 13.12.1990:4.

2358 Committee for the Study of Economic and Monetary Union 12.04.1989:29.

2359 TT 18.04.1989:17, TT 22.06.1989:15c.

2360 LM 20.06.1990:7, LF 03.12.1990:6b.

Bemerkenswerterweise herrschten dabei sowohl in den britischen als auch in den französischen Zeitungen zunächst durchaus europäisch-weltanschauliche Deutungsmuster vor. Die Ausweitung der zwischenstaatlichen Finanztransfers wurde dabei als ‚linke‘ Position verstanden. So warnte ein *Times*-Leitartikel Mitte 1989, eine Ausweitung der Finanzhilfen für ärmere Regionen würde „recreate mistakes of former policies in Britain on a European scale“<sup>2361</sup> – eine klare Anspielung auf die Regionalpolitik unter den Labour-Regierungschefs Harold Wilson und James Callaghan, deren Finanzierung nach Margaret Thatchers Regierungsantritt 1979 drastisch gekürzt worden war. Ende 1990 berichtete der *Guardian*, dass die Labour Party eine größere Unterstützung für die wirtschaftsschwächeren Länder in der Währungsunion befürworte;<sup>2362</sup> Ende 1991 vertrat der Labour-Politiker Roy Hattersley diese Position auch in einem Gastkommentar in der *Times*.<sup>2363</sup> In *Le Monde* wiederum warnte der sozialistische Politiker Didier Motchane im November 1989 davor, dass in der Währungsunion die Marktkräfte ein zu großes Gewicht gewinnen würden, und forderte von Deutschland „d'en faire le moyen de rééquilibrer en sa défaveur les charges et les bienfaits de la solidarité monétaire“.<sup>2364</sup> Ende 1990 erwähnte ein Artikel die Ausweitung der Strukturfonds schließlich auch als Forderung des BSPEG.<sup>2365</sup>

Insgesamt blieb die Frage der Konvergenz-Finanzierung jedoch bis zur letzten Phase der Verhandlungen ein Randaspekt, dem die Presse kaum Aufmerksamkeit zuwandte; in den untersuchten deutschen Zeitungen spielte er überhaupt keine Rolle. Prominenz gewann das Thema erst kurz vor dem Gipfel von Maastricht, als die spanische Regierung drohte, der Vertragsreform nicht zuzustimmen, falls es nicht zu konkreten finanziellen Zusagen an die ärmeren Länder käme. Diese Veto-Drohung – und die damit einhergehende Gefahr für die gesamten Verhandlungen – führte dazu, dass alle untersuchten Medien die Idee eines Konvergenzfonds nun in der Berichterstattung aufgriffen.

---

2361 TT 22.06.1989:15c.

2362 TG 18.12.1990:5.

2363 TT 19.11.1991:14.

2364 LM 30.11.1989:2. Der Fokus auf Deutschland entsprach dabei allerdings dem breiteren französischen Diskurs, von der deutschen Bundesregierung vor dem Gipfel von Straßburg europapolitische Zugeständnisse zu fordern, und fügte sich insofern in ein intergouvernementales, mitgliedstaatlich-außenpolitisches Verständnis von Europapolitik ein.

2365 LM 13.12.1990:4a.

Allerdings wurde das Thema nun vor allem als eine nationale „spanische Forderung“ diskutiert<sup>2366</sup> und nur noch am Rande in einen sachlichen Zusammenhang mit dem Funktionieren der Währungsunion gestellt. Auch dass der sozialistische spanische Regierungschef Felipe González neben François Mitterrand das prominenteste BSPEG-Mitglied im Europäischen Rat war, spielte keine Rolle. *Le Monde* hob vielmehr explizit hervor, dass González seine Position gegenüber dem nationalen Parlament mit der „défense des intérêts nationaux“ begründet habe.<sup>2367</sup> Überhaupt fanden sich nun in keiner einzigen Zeitung mehr Hinweise darauf, dass der Vorschlag bereits im Delorsplan enthalten und von den europäischen Sozialdemokraten unterstützt worden war. Die SZ erwähnte sogar in einem Artikel ausdrücklich, dass „mittlerweile die EG-Kommission beschlossen hatte, sich für die spanischen Ideen einzusetzen“,<sup>2368</sup> und legte damit die Vorstellung nahe, dass die Forderung nach größeren finanziellen Transfers erst durch die spanische Regierung in die Debatte eingebracht worden sei. Auch nach dem Gipfel wurde der vereinbarte Kompromiss – die Einrichtung eines neuen Fonds, über dessen Volumen jedoch erst 1993 entschieden werden sollte – stets mit Spanien in Verbindung gebracht; mehrere Artikel hoben beispielsweise hervor, dass die spanische Regierung sich mit dem Ergebnis zufrieden gebe.<sup>2369</sup>

Mit der Zuschreibung des Vorschlags an die spanische Regierung folgte auch seine Bewertung in den Medien nun im Wesentlichen mitgliedstaatlich-außenpolitischen Deutungsmustern. In Großbritannien erschien der Streit um den Konvergenzfonds als „the one issue which could sink the Maastricht summit and which does not turn on Britain“.<sup>2370</sup> In der Folge stieß er vor allem in der *Times* auf recht große Aufmerksamkeit und erschien als einer der erst sechs, dann zehn offenen Verhandlungspunkte, die

---

2366 So wörtlich FAZ 04.12.1991:1b, ähnlich z. B. FAZ 04.12.1991:2, FAZ 09.12.1991:2b, LM 08.12.1991:1a, LF 12.12.1991:3c. Neben Spanien stellten sich auch Griechenland, Portugal und Irland hinter den Vorschlag. Teilweise war deshalb – ohne Beachtung der geografischen Lage Irlands – auch von einer „Forderung der südeuropäischen Länder“ die Rede (FAZ 09.12.1991:2a, ähnlich z. B. FAZ 10.12.1991:1–2, TT 03.12.1991:1).

2367 LM 05.12.1991:6b.

2368 SZ 07.12.1991:12e.

2369 Z. B. LM 12.12.1991:1c, FAZ 12.12.1991:2c, FAZ 19.12.1991:6.

2370 So TT 14.11.1991:8c, ähnlich auch TT 21.11.1991:10a. Als zentrale Konfliktlinie der Auseinandersetzung erschien stattdessen üblicherweise der Gegensatz zwischen den „southern countries“ auf der einen und „most northern countries“, darunter auch Großbritannien, auf der anderen Seite (TT 03.12.1991:1, ähnlich TT 10.12.1991:11d).

die Zeitung in den Tagen vor dem Gipfel von Maastricht täglich auflistete.<sup>2371</sup> Explizit bewertet wurde der Vorschlag allerdings selten: Nur einzelne Artikel wandten sich gegen die spanische Forderung, wobei die *Times* eher an deren Inhalt, der *Guardian* hingegen am Mittel der Veto-Drohung Kritik übte.<sup>2372</sup> Teilweise wurde der Konflikt aber implizit als Beleg dafür gesehen, dass neben Großbritannien auch andere Regierungen ihre nationalen Interessen verteidigten.<sup>2373</sup> Dass auf dem Gipfel die künftige Einrichtung eines neuen Fonds beschlossen wurde, interpretierte die *Times* schließlich als Zugeständnis der nördlichen Staaten.<sup>2374</sup>

Auch die französischen Zeitungen erwähnten den Konflikt um den Konvergenzfonds vor dem Gipfel von Maastricht verschiedentlich in Überblicksartikeln,<sup>2375</sup> *Le Monde* bezeichnete ihn als eine „grande source d'inquiétude“.<sup>2376</sup> Allerdings wurde das zuvor vorherrschende ‚linke‘ Deutungsmuster in *Le Monde* nun nur noch angedeutet, etwa indem die spanische Forderung als „[s]olidarité avec les moins riches“ bezeichnet wurde.<sup>2377</sup> Explizit bezog in den Tagen vor dem Gipfel keine der beiden französischen Zeitungen zu der Forderung Stellung – was dem Umstand entsprach, dass auch die französische Regierung in dieser Frage keine exponierte Position vertrat.

Die deutschen Medien schließlich übernahmen weitgehend die Haltung der Bundesregierung, die den spanischen Vorschlag zunächst offen zurückwies.<sup>2378</sup> Einem SZ-Bericht zufolge „reagierte die Mehrheit der Minister empört auf die Drohung Spaniens“;<sup>2379</sup> die FAZ erklärte, die „Forderung Spaniens und anderer Mitgliedstaaten nach einem innergemeinschaftlichen Finanzausgleich“ habe in den Verhandlungen „[e]rhebliche Schwierigkeiten“ bereitet.<sup>2380</sup> Nach dem Gipfel wertete ein FAZ-Bericht die Ver-

2371 TT 02.12.1991:9b, TT 04.12.1991:9b, TT 03.12.1991:1, TT 05.12.1991:11b, TT 06.12.1991:14b, TT 07.12.1991:5d. Er entfiel jedoch, als die Liste am 9. Dezember auf die Titelseite der Zeitung vorrückte und offenbar aus Platzgründen um einen Punkt gekürzt werden musste (TT 09.12.1991:1b).

2372 TT 10.12.1991:11d, TG 03.12.1991:8a, ähnlich TG 09.12.1991:2e.

2373 Z. B. TT 29.11.1991:12.

2374 TT 12.12.1991:2e.

2375 LM 08.12.1991:3b, LM 12.12.1991:5b, LF 12.12.1991:3c.

2376 So LM 08.12.1991:1a, ähnlich LM 11.12.1991:1b.

2377 LM 07.12.1991:6e, ähnlich LM 08.12.1991:1a.

2378 Noch wenige Tage vor dem Gipfel erklärte Finanzminister Waigel im SZ-Interview apodiktisch: „Ein Konvergenz-Programm, das die Gemeinschaft finanziert, wird es mit uns nicht geben“ (SZ 07.12.1991:13).

2379 SZ 04.12.1991:2.

2380 FAZ 11.12.1991:1–2.

schiebung des Kohäsionsfonds bis 1993 als einen Verhandlungserfolg für Helmut Kohl, dem es durch ein bilaterales Gespräch mit González gelungen sei, „einen möglichen Sprengsatz für die Gipfelkonferenz zu entschärfen“. <sup>2381</sup> Verschiedene Kommentare griffen die finanziellen Zugeständnisse an die ärmeren Mitgliedstaaten jedoch auch scharf an und vermengten dies mit der allgemeinen Kritik an der Währungsunion. So warf ein SZ-Kommentar Kohl vor, er habe sich durch seinen unbedingten Wunsch nach einem Erfolg der Vertragsreform „erpreßbar“ gemacht und damit Spanien die Möglichkeit gegeben, „sich das Mitentscheidungsrecht über die Währungsunion versilbern zu lassen“. <sup>2382</sup> Ein FAZ-Wirtschaftskommentar wiederum kritisierte, dass die finanzielle Unterstützung für „Weichwährungsländer“ nur deren „Willen zu eigenen Sanierungsmaßnahmen mindern“ werde. <sup>2383</sup>

Ein gesamteuropäisch-weltanschauliches Deutungsmuster der zusätzlichen Finanztransfers als ‚linke‘ Position fand sich in den deutschen Zeitungen hingegen überhaupt nicht. Dies deckte sich allerdings wiederum mit der Haltung der deutschen SPD, die weit davon entfernt war, den Konvergenzfonds als einen Erfolg der europäischen Sozialdemokraten zu begrüßen. Im Gegenteil kritisierte die SPD-Politikerin Ingrid Matthäus-Maier einem FAZ-Bericht zufolge in der Bundestagsdebatte nach dem Gipfel,

daß der Bundeskanzler zugestimmt habe, daß neue Fonds über viele Milliarden Mark eingerichtet würden, ohne daß gleichzeitig an anderer Stelle Geld eingespart würde. Schon jetzt zahle Deutschland 39 Milliarden Mark an die Europäische Gemeinschaft. <sup>2384</sup>

Insgesamt ist die Auseinandersetzung über den Konvergenzfonds also ein Beispiel dafür, wie Themen in der Debatte über die EG-Vertragsreform erst dadurch an Nachrichtenwert gewannen, dass sie einer bestimmten nationalen Regierung zugeschrieben werden konnten. Solange die Forderung

---

2381 FAZ 12.12.1991:3a.

2382 SZ 10.12.1991:4.

2383 FAZ 12.12.1991:15.

2384 FAZ 14.12.1991:1–2, ähnlich FAZ 14.12.1991:2. Am Rande eines Artikels über eine europapolitische Denkschrift der Evangelischen Kirche in Deutschland erwähnte die SZ allerdings auch knapp, dass die EKD den „Finanzausgleich zwischen wirtschaftsstärkeren und schwächeren Regionen und Ländern“ als „das erste Gebot einer ernstgemeinten europäischen Sozialpolitik“ ansehe. Die Zeitung stellte dabei jedoch keinen expliziten Bezug zu den ‚spanischen‘ Forderungen in Maastricht her (SZ 06.12.1991:8b).



nach größeren finanziellen Transfers lediglich als Vorschlag im Delorsplan oder als Position des BSPEG erschien, schrieben die Zeitungen ihr keine große Bedeutung zu. Erst als die spanische Regierung die Forderung übernahm, wurde sie zu einem relevanten Thema der Verhandlungen – was im Wesentlichen daran lag, dass das Verfahren der Vertragsreform für Spanien, anders als etwa für den BSPEG, ein Vetorecht vorsah, das die Regierung González auch einzusetzen drohte.

Gleichzeitig änderte sich damit aber auch der Deutungsrahmen: Aus einer zunächst als ‚links‘ verstandenen Position wurde nun eine ‚spanische‘. Damit verschoben sich in der öffentlichen Auseinandersetzung die Konfliktlinien von gesamteuropäisch-weltanschaulichen zu nationalen Grenzen, sodass sich statt eines europäisch-innenpolitischen ein mitgliedstaatlich-außenpolitisches Deutungsmuster durchsetzte. An die Stelle eines Arguments über den wirtschaftlichen Zusammenhalt in der Währungsunion trat ein Streit über nationale finanzielle Interessen.

### 2.3 Sozialcharta und Sozialprotokoll

Die Frage, ob die EWG in Fragen wie der Sicherheit am Arbeitsplatz oder dem Dialog zwischen Sozialpartnern weitere Zuständigkeiten erhalten sollte, war bereits seit der Einheitlichen Europäischen Akte ein wiederholtes Konfliktthema im Europäischen Rat gewesen. Einen ersten Höhepunkt erreichte diese Debatte mit der – rein deklamatorischen – „Gemeinschaftscharta der sozialen Grundrechte der Arbeitnehmer“, die alle Regierungen bis auf Großbritannien auf dem Gipfel von Straßburg im Dezember 1989 verabschiedeten. Darauf aufbauend war auch in den Verhandlungen über die Vertragsreform ein eigenes Sozialkapitel im EG-Vertrag vorgesehen. Aufgrund des Widerstands der britischen Regierung wurde dieses jedoch auf dem Gipfel von Maastricht gestrichen und durch ein dem Vertrag angehängtes Sozialprotokoll ersetzt, das wiederum von allen Regierungen außer Großbritannien unterzeichnet wurde.

Als Hauptantagonisten in der Auseinandersetzung erschienen in der Regel François Mitterrand und Jacques Delors als wichtigste Befürworter sowie Margaret Thatcher und später John Major als wichtigste Gegner einer europäischen Sozialpolitik. Vor allem in der ersten Phase der Verhandlungen stand dabei stärker als bei anderen Themen ein gesamteuropäisch-weltanschauliches Deutungsmuster entlang eines Links-Rechts-Gegensatzes im Vordergrund. So wies etwa *Le Monde* darauf hin, dass Thatcher von der Sozialcharta Einschränkungen für die europäischen Unternehmen be-

fürchte.<sup>2385</sup> Auch in der *Times* hoben zwar einige Artikel hervor, dass Thatcher offiziell lediglich die Vielfalt sozialpolitischer Regelungsmodelle verteidige und eine europäische Vereinheitlichung ablehne.<sup>2386</sup> Dem standen allerdings öffentliche Äußerungen der Premierministerin selbst gegenüber, die die Sozialcharta als Rückkehr zu „the ideas of Marxism and the class struggle“<sup>2387</sup> und als „backdoor socialism“<sup>2388</sup> ablehnte. Andere Beiträge wiederum vermengten weltanschauliche und nationale Argumente miteinander: So argumentierte die konservative Publizistin Janet Delay, die Sozialcharta orientiere sich an dem deutschen Modell einer kooperativen Sozialpartnerschaft, das jedoch mit dem „British confrontational trade unionism“ unvereinbar sei.<sup>2389</sup> Der europaskeptische konservative Abgeordnete William Cash wiederum erklärte in einem Gastkommentar, die Sozialcharta widerspreche „our elected government’s stated policies over the past 10 years“ und werde vor allem von „socialists or federalists with very different democratic traditions and attitudes to ourselves“ gefordert.<sup>2390</sup>

Insbesondere *Le Monde* und die *Times* deuteten die Debatte über die Sozialcharta deshalb auch als Teil einer europaweiten weltanschaulichen Auseinandersetzung. Welche konkreten Veränderungen die Charta bringen würde, spielte dabei allerdings kaum eine Rolle: Beide Zeitungen erwähnten wiederholt, dass die Inhalte des geplanten Dokuments vage und unklar seien.<sup>2391</sup> Wichtiger schien der symbolische Grundsatzkonflikt zwischen einem sozialen oder einem wirtschaftsliberalen Europa, als dessen jeweilige Hauptexponenten Mitterrand und Thatcher galten.<sup>2392</sup>

Dieses stark europäisch-innenpolitische Deutungsmuster fand sich allerdings nur in den beiden regierungsnahen Zeitungen. *Le Figaro* und der

---

2385 LM 24.06.1989:4b. In einem Interview rechtfertigte Geoffrey Howe die britische Position zudem damit, dass Großbritannien unter Thatcher mehr Arbeitsplätze geschaffen habe als jedes andere EG-Land (LM 24.06.1989:1).

2386 TT 24.06.1989:1, TT 24.06.1989:7b.

2387 TG 16.06.1989:23.

2388 TT 26.06.1989:1. Diese Äußerungen stießen in den britischen Zeitungen auch auf Widerspruch: So wies Edward Heath in einem *Times*-Gastkommentar die Vorstellung zurück, dass die Sozialcharta „Marxist“ sei (TT 23.06.1989:12), ähnlich auch TG 16.06.1989:23, TG 21.11.1989:3a.

2389 TT 27.06.1989:14. Der Generalsekretär des britischen Gewerkschaftsverbands TUC widersprach dieser Deutung in einem Leserbrief (TT 29.06.1989:17).

2390 TT 28.06.1989:16.

2391 TT 26.06.1989:9, LM 27.06.1989:7a, LM 24.06.1989:4b, LM 10.12.1989:3a.

2392 Besonders deutlich LM 29.06.1989:2b, LM 08.12.1989:2a, TT 06.12.1989:8a.

*Guardian* schrieben der Sozialcharta keine vergleichbare Bedeutung zu,<sup>2393</sup> die deutschen Zeitungen erwähnten sie ohnehin meist nur am Rande ihrer Berichterstattung.<sup>2394</sup> Und auch in der *Times* kam es Ende 1989 zu einer Verschiebung des Deutungsmusters: Nachdem Anthony Meyer während seiner Kandidatur gegen Thatcher kritisiert hatte, dass die Ablehnung der Sozialcharta überzogen sei und die britische Isolation verschärfe, stand statt gesamteuropäisch-weltanschaulicher Gegensätze wieder die Frage nach der nationalen diplomatischen Position im Vordergrund.<sup>2395</sup>

Nach der Verabschiedung der Sozialcharta auf dem Gipfel von Straßburg verlor die soziale Dimension während der zweiten Phase der Vertragsverhandlungen zunächst wieder an Bedeutung für die öffentliche Debatte. Die Stärkung der gemeinsamen Sozialpolitik, etwa in Form von Mehrheitsentscheidungen im Ministerrat, wurde zwar immer wieder als Teil der Gespräche zur Politischen Union genannt,<sup>2396</sup> löste jedoch keine intensiven Kontroversen aus. Als wichtiges Streitthema erschien das geplante Sozialkapitel im Vertrag erst wieder in der letzten Phase der Verhandlungen, als es die britische Regierung zum Gegenstand einer Veto-Drohung machte. So nannte die *Times* „EC-wide policies on pay, conditions, and union rights“ als einen Punkt in der Liste von (erst sechs, später zehn) „remaining sticking points“, die die Zeitung vor dem Gipfel von Maastricht täglich veröffentlichte.<sup>2397</sup>

In diesem Kontext griffen einige Artikel zwar weiterhin auf den Topos eines gesamteuropäischen Konflikts zwischen Wirtschaftsliberalen einerseits und Sozialisten bzw. Föderalisten andererseits zurück.<sup>2398</sup> Insgesamt herrschten nun allerdings mitgliedstaatlich-außenpolitische Deutungsmuster vor, wobei vor allem die *Times* die EG-Sozialpolitik als Bedrohung für

2393 Lediglich ein Leserbrief im *Figaro* bezog scharf gegen Mitterrands Pläne einer „Europe sociale“ Stellung, die nur auf „une surpuissance des syndicats, une réglementation contraignante des salaires et des temps de travail, un dirigisme renforcé“ abzielten (LF 10.11.1989:2).

2394 Z.B. SZ 09.12.1989:1, FAZ 11.12.1989:1–2, FAZ 11.12.1989:3.

2395 Vgl. TT 29.11.1989:14, TT 30.11.1989:1, TT 04.12.1989:2, TT 06.12.1989:4a, TT 08.12.1989:14b; anders ein *Times*-Leitartikel, der Thatchers harte Linie mit wirtschaftsliberalen Argumenten rechtfertigte (TT 08.12.1989:15b).

2396 Z. B. LM 28.04.1990:3, FAZ 21.06.1990:9–10, FAZ 10.12.1990:3, FAZ 13.12.1990:5b, TG 17.12.1990:6b. Die Forderung nach einer stärkeren EG-Sozialpolitik erschien auch als zentrales Thema des BSPEG-Kongresses im Dezember 1990 (FAZ 12.12.1990:6, SZ 12.12.1990:7, LM 13.12.1990:4a).

2397 TT 02.12.1991:9b, fast wortgleich TT 03.12.1991:1 etc.

2398 Z. B. TT 03.12.1991:10a, TT 09.12.1991:1a, TG 14.11.1991:22, TG 05.12.1991:9c.

britische nationale Interessen beschrieb.<sup>2399</sup> In den deutschen und französischen Zeitungen wiederum fokussierte sich die Debatte nun vor allem darauf, ob der Konflikt über das Sozialkapitel zu einer Gefahr für den Vertrag insgesamt werden könnte. Einzelne Texte zitierten zwar noch (in der Regel aus dem eigenen Land stammende) Akteure, die mit weltanschaulichen Gründen eine Ausweitung der EG-Sozialpolitik forderten.<sup>2400</sup> Weit wichtiger war jedoch für alle Zeitungen die diplomatische Perspektive auf nationale Gegensätze und mögliche Kompromisse. Charakteristisch ist in dieser Hinsicht etwa eine Formulierung in der SZ, die Mehrheitsbeschlüsse in der Sozialpolitik als eine „Forderung der mitteleuropäischen Mitgliedstaaten“ bezeichnete, die aus britischer Sicht eine „Hürde“ für eine Einigung darstelle.<sup>2401</sup>

Die auf dem Gipfel gefundene Lösung, anstelle eines Sozialkapitels im Vertrag ein gesondertes Sozialprotokoll ohne britische Beteiligung zu verabschieden, beschrieb vor allem die *Times* wiederholt als einen großen Erfolg Majors.<sup>2402</sup> Auch in den übrigen Mitgliedstaaten konzentrierte sich die Debatte vorrangig auf das britische Opt-out, das ein Scheitern des Gipfels verhindert habe.<sup>2403</sup> In Überblicksdarstellungen über die Inhalte der Vertragsreform wurde zwar regelmäßig auch auf das Sozialprotokoll recht ausführlich eingegangen.<sup>2404</sup> Nur ein einzelner Kommentar in *Le Monde* warf jedoch die Frage auf, ob die von der Kommission angestrebten sozial-

---

2399 Besonders deutlich TT 03.12.1991:14, ähnlich auch TT 29.11.1991:19g, TT 09.12.1991:15d.

2400 In *Le Monde* waren dies französische Intellektuelle wie Alain Touraine und Émile Noël sowie der PS-Politiker Pierre Mauroy (LM 22.11.1991:2, LM 05.12.1991:40b), in der FAZ der europäische Interessengruppen-Dachverband Voice und die Evangelische Kirche in Deutschland (FAZ 29.11.1991:2a, FAZ 06.12.1991:4), in der SZ ebenfalls die Evangelische Kirche sowie der Deutsche Gewerkschaftsbund (SZ 06.12.1991:8b, SZ 09.12.1991:6).

2401 SZ 03.12.1991:2, ähnlich (neben vielen weiteren Beispielen) FAZ 29.11.1991:2b, FAZ 03.12.1991:5, FAZ 09.12.1991:1–2, FAZ 11.12.1991:1–2, LM 03.12.1991:21, LM 04.12.1991:1a, LM 05.12.1991:6c, TG 10.12.1991:3d. Das Interesse für die konkreten Inhalte des geplanten Sozialkapitels war dabei – von wenigen Ausnahmen abgesehen – weiterhin gering. In der *Times* und dem *Guardian* erschienen Übersichtsartikel über den Stand der europäischen Sozialpolitik als Bestandteil von Serien zu den wichtigsten EG-Politikfeldern (TT 03.12.1991:10a, TG 05.12.1991:9c), in den anderen Zeitungen hingegen allenfalls im Wirtschaftsteil (z. B. LM 10.12.1991:21, 30).

2402 Z. B. TT 11.12.1991:1a, TT 11.12.1991:15a, TT 12.12.1991:1, TT 17.12.1991:14.

2403 LM 12.12.1991:1c, LM 12.12.1991:1d, LM 12.12.1991:4a, LM 12.12.1991:11, LM 12.12.1991:3b, FAZ 12.12.1991:1–2, SZ 12.12.1991:1a, SZ 12.12.1991:4.

2404 Z. B. LM 12.12.1991:5b, SZ 12.12.1991:6c.

politischen Vorhaben auf dieser Grundlage überhaupt umgesetzt werden konnten.<sup>2405</sup> Auch die Kritik von Oppositionsvertretern, die die Vereinbarungen zur gemeinsamen Sozialpolitik als unzulänglich erachteten, wurde in den deutschen und französischen Zeitungen jeweils nur am Rande aufgegriffen.<sup>2406</sup>

Eine scharfe Auseinandersetzung gab es nach dem Gipfel nur in Großbritannien, wo die Labour Party und die Gewerkschaften der Regierung vorwarfen, mit dem Sozial-Opt-out das Land in eine „down-market economy“ umzuwandeln.<sup>2407</sup> Demgegenüber betonten die Regierung und Unternehmerverbände, dass Großbritannien nur durch seine Sonderregelung konkurrenzfähig bleiben werde.<sup>2408</sup> Diese Debatte verlief also wieder klar entlang weltanschaulicher Linien; sie blieb dabei jedoch allein auf das eigene Land begrenzt und hatte nicht das europäische, sondern das nationale Interesse an dem Sozial-Opt-out zum Thema. Entsprechend griffen auch die Zeitungen in anderen Ländern die Vorwürfe der Labour Party an die britische Regierung zwar in Berichten ihrer London-Korrespondenten auf,<sup>2409</sup> bezogen jedoch keine eigene Stellung dazu.

Die Debatte über die europäische Sozialpolitik ist damit ein weiteres Beispiel dafür, wie das Verfahren der Vertragsreform die medialen Deutungsmuster beeinflusste. Noch in der Debatte über die Sozialcharta von 1989, die mit der Anfangsphase der Maastricht-Verhandlungen zusammenfiel, war ein europäisch-weltanschaulicher Deutungsansatz als Konflikt zwischen sozialen und wirtschaftsliberalen Positionen recht präsent gewesen. In der Schlussphase der Verhandlungen gewann die Diskussion über die EG-Sozialpolitik ihren Nachrichtenwert jedoch hauptsächlich aufgrund der britischen Veto-Drohung, die den Vertrag als Ganzes gefährde-

---

2405 LM 12.12.1991:4b.

2406 In Deutschland warf die SPD-Abgeordnete Ingrid Matthäus-Maier Kohl ein Nachgeben „bei der europäischen Sozialunion“ und dem „Europa der Arbeitnehmer“ vor (FAZ 14.12.1991:1–2); in Frankreich erklärte der UDF-Fraktionsvorsitzende Charles Millon, Mitterrand trage „l’entière responsabilité de l’échec de l’Europe sociale“ (LM 13.12.1991:10a), während ein PCF-Abgeordneter beklagte, durch den Vertrag werde es künftig „moins de services publics, moins de garanties sociales, moins d’égalité et de justice“ geben (LM 13.12.1991:10c).

2407 TT 19.12.1991:6a, ähnlich TT 14.12.1991:2, TT 18.12.1991:5, TG 12.12.1991:1, TG 12.12.1991:20d, TG 13.12.1991:20, TG 03.12.1991:8c, TG 06.12.1991:9, TG 12.12.1991:20a.

2408 TT 11.12.1991:11b, TT 12.12.1991:3a, TT 14.12.1991:2, TT 17.12.1991:14, TG 11.12.1991:3a, TG 11.12.1991:3b, TG 12.12.1991:2c, TG 12.12.1991:3b.

2409 LM 12.12.1991:3e, LM 13.12.1991:8e, FAZ 12.12.1991:3d, SZ 12.12.1991:6b.

te. In der Folge nahm ein mitgliedstaatlich-außenpolitisches Deutungsmuster überhand, das die Ablehnung der gemeinsamen Sozialpolitik vor allem als nationale britische Position thematisierte. Wie die EG die richtige Balance zwischen wirtschaftsliberalen und sozialen Politiken finden würde, war in den europäischen Medien in den Wochen vor dem Gipfel von Maastricht hingegen nur ein sehr untergeordnetes Thema: Letztlich wurde die politische Bedeutung des Sozialprotokolls für die EG insgesamt öffentlich sehr viel weniger diskutiert als die diplomatische Relevanz der Opt-out-Regelung für einen einzelnen Mitgliedstaat.

#### 2.4 Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik

Das Ziel einer besseren außen- und sicherheitspolitischen Koordinierung der EG-Mitgliedstaaten war bereits seit den 1960er Jahren ein wiederkehrendes Thema der europäischen Integration. Insbesondere auf Betreiben Frankreichs war zu diesem Zweck 1970 die Europäische Politische Zusammenarbeit eingeführt und 1986 in der Einheitlichen Europäischen Akte verankert worden. Allerdings blieb die EPZ unverbindlich und beruhte allein auf einstimmigen Entscheidungen der nationalen Regierungen; die supranationale Kommission nahm zwar an den Sitzungen teil, besaß aber keinen formalen Einfluss. Außerdem sahen zahlreiche Mitgliedstaaten, insbesondere Großbritannien und Deutschland, weiterhin die transatlantische NATO als zentrale sicherheitspolitische Organisation, neben der die EPZ nur eine untergeordnete Rolle spielte.

In den Jahren nach Verabschiedung der EEA sprach sich vor allem das Europäische Parlament in mehreren seiner Berichte zur institutionellen Reform dafür aus, die gemeinsame Außenpolitik zu stärken.<sup>2410</sup> Die Resolution von März 1990 forderte gar die „Übertragung von [außenpolitischen] Befugnissen an die Kommission ähnlich denjenigen, die sie in anderen Bereichen der Gemeinschaftspolitik besitzt“.<sup>2411</sup> In den Medien fanden diese Vorstöße jedoch kaum Resonanz. Ein langer FAZ-Artikel zur

---

2410 Das betraf insbesondere den Boesmans-Bericht, der eine Eingliederung der WEU in die EG forderte, sowie den Graziani-Bericht (vgl. Corbett 2001:280).

2411 Europäisches Parlament 14.03.1990:117. Die Kongresse der europäischen Parteienbündnisse Ende 1990 folgten dieser Haltung des Europäischen Parlaments allerdings nicht. Während die Sozialdemokraten keine konkreten Vorschläge zur Funktionsweise der gemeinsamen Außenpolitik machten, sprachen sich EVP und ELDR für eher intergouvernementale Strukturen aus (Europäische Volkspartei 15.11.1990:205; Europäische Liberale, Demokratische

EPZ erwähnte im Juni 1988 zwar, dass die Kommission, „[n]icht frei von eigenen Interessen“, eine Vergemeinschaftung der europäischen Außenpolitik anstrebe, betonte aber vor allem die gute Zusammenarbeit der Institutionen, die ohne „Konflikte und Rivalitäten“ auskomme.<sup>2412</sup> Ein anderer Artikel berichtete Ende 1989 hingegen, dass der Präsident der Parlamentarischen Versammlung der Westeuropäischen Union dem Europäischen Parlament wegen dessen Forderung nach einer größeren sicherheitspolitischen Rolle der EG „institutionellen Imperialismus“ vorgeworfen habe.<sup>2413</sup> Ein *Times*-Artikel wiederum bezeichnete „the future of a common European defence“ als „the issue most likely to dominate the European agenda after monetary union“ und als mögliches künftiges Streitthema zwischen Großbritannien und den anderen Staaten, ging jedoch nicht näher darauf ein.<sup>2414</sup>

Größeren Nachrichtenwert gewann die gemeinsame Außenpolitik erst 1990, als in der zweiten Phase der Verhandlungen auch die nationalen Regierungen das Thema aufgriffen. Vor allem die französische Regierung trieb die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik nun als Teil der Politischen Union voran. Dies führte dazu, dass die Debatte darüber in den französischen Zeitungen besonders früh einsetzte,<sup>2415</sup> und auch später hoben die französischen Zeitungen diesen Aspekt der Reform stets stärker hervor als die deutschen oder britischen.<sup>2416</sup>

Besondere Aufmerksamkeit fanden in allen untersuchten Zeitungen vor allem drei Bereiche der gemeinsamen Außenpolitik: erstens die Rollenverteilung zwischen der supranationalen Kommission und dem intergouvernementalen Europäischen Rat, zweitens die Einführung außenpolitischer Mehrheitsentscheidungen sowie drittens das Verhältnis zur NATO und der Konflikt zwischen dem Ziel einer eigenen europäischen „Verteidi-

---

und Reformpartei 23.11.1990:211; Bund der Sozialdemokratischen Parteien der EG 10.12.1990:215–216).

2412 FAZ 01.06.1988:12.

2413 FAZ 02.12.1989:4b.

2414 TT 25.06.1988:7a.

2415 Z. B. LF 09.12.1989:1, LM 02.01.1990:1, LF 15.03.1990:2, LM 11.04.1990:2a, LM 11.04.1990:2b, LM 21.04.1990:1, LM 25.04.1990:4, LM 28.04.1990:1–2, LM 02.05.1990:3, LM 02.05.1990:1, FAZ 19.04.1989:17–18.

2416 Vgl. etwa LM 12.10.1990:1, LF 23.10.1990:1, LM 24.10.1990:8, LF 25.10.1990:5, LF 27.10.1990:2a, LF 05.12.1990:6, LM 14.12.1990:1, LF 14.12.1990:1, LM 10.12.1991:1.

gungsidentität“ und dem Erhalt des transatlantischen Bündnisses.<sup>2417</sup> Vor allem die letzteren beiden Aspekte galten bis kurz vor dem Gipfel von Maastricht als umstritten und wurden in zahlreichen Übersichtsdarstellungen als wichtige Konfliktthemen genannt.<sup>2418</sup>

In allen drei Streitfragen dominierten dabei durchweg mitgliedstaatlich-außenpolitische Deutungsmuster, bei denen die unterschiedlichen Positionen jeweils bestimmten nationalen Regierungen zugeschrieben wurden. So wurde als Verfechter einer intergouvernementalen, vor allem auf den Europäischen Rat ausgerichteten gemeinsamen Außenpolitik regelmäßig die französische Regierung genannt,<sup>2419</sup> während als Verteidiger der Kommission vor allem Belgien, die Niederlande und andere kleinere Staaten auftraten.<sup>2420</sup> Mehrheitsentscheidungen erschienen als Forderung Frankreichs und Deutschlands<sup>2421</sup> sowie Italiens<sup>2422</sup>, während Großbritannien (teils unterstützt von Dänemark, Irland und Portugal) auf dem Einstimmigkeitsprinzip beharre.<sup>2423</sup>

Die Frage des Verhältnisses zur NATO schließlich beschrieben vor allem die deutschen und französischen Zeitungen zunächst als Konflikt zwi-

- 
- 2417 Darüber hinaus wurden in den Verhandlungen noch weitere Vorschläge diskutiert, die jedoch weniger kontrovers waren und deshalb auf weniger öffentliche Aufmerksamkeit stießen. Beispiel dafür ist die Initiative des britischen Außenministers Douglas Hurd zu einem stärkeren freiwilligen Informationsaustausch zwischen den Botschaften der Mitgliedstaaten. Die einzige Zeitung, die darüber berichtete, war die *Times*, die zugleich betonte, dass Hurd damit „the government’s reputation for being lukewarm on European co-operation“ widerlegen wolle (TT 12.06.1990:24).
- 2418 Z.B. SZ 02.12.1991:2, FAZ 04.12.1991:2, TT 02.12.1991:9b, TT 03.12.1991:1, LM 08.12.1991:3b.
- 2419 Z. B. LM 24.06.1990:4, LM 27.06.1990:1, LF 26.06.1990:4a, LM 24.10.1990:8, LF 27.10.1990:2a, SZ 29.11.1991:1. Daneben nannten vor allem französische Zeitungen auch Deutschland als Vertreter eines starken Europäischen Rates (LM 28.04.1990:3, LM 24.10.1990:8), während deutsche Zeitungen hervorhoben, dass die Bundesregierung diese Position nur als Zugeständnis an Frankreich übernommen habe (FAZ 13.12.1990:5a, SZ 14.12.1990:2).
- 2420 SZ 23.03.1990:10, SZ 10.12.1990:9, SZ 14.12.1990:4, SZ 14.12.1990:8, LM 24.06.1990:4, LM 14.12.1990:1, LF 14.12.1990:3b.
- 2421 FAZ 29.11.1991:2c, FAZ 09.12.1991:1–2, FAZ 11.12.1991:1–2, TT 26.11.1991:11, TT 04.12.1991:9c.
- 2422 TT 19.10.1990:15, TT 26.10.1990:12.
- 2423 FAZ 29.11.1991:2c, FAZ 09.12.1991:1–2, FAZ 09.12.1991:10c, SZ 07.12.1991:12b, LM 05.12.1991:6c, LM 07.12.1991:6g, LM 10.12.1991:1, LM 14.12.1990:1, LF 04.12.1991:4b, LF 07.12.1991:3b, TT 19.10.1990:15, TT 26.10.1990:12, TT 14.11.1991:8c, TT 29.11.1991:18, TT 04.12.1991:9c, TG 04.12.1991:8a.



schen Frankreich, das sich für mehr europäische Eigenständigkeit einsetze,<sup>2424</sup> und Deutschland als Fürsprecher des transatlantischen Bündnisses.<sup>2425</sup> Ende 1990 präsentierten beide Regierungen eine gemeinsame Linie, nach der die Westeuropäische Union in die EG-Strukturen eingegliedert, aber nicht als Konkurrenz zur NATO verstanden werden sollte. Dieser Kompromiss wurde von den Zeitungen beider Länder als Erfolg der jeweils eigenen Regierung gesehen<sup>2426</sup> und teilweise als Überwindung des „vieux débat entre l'Europe atlantique“ et l'Europe européenne“ begrüßt.<sup>2427</sup> Kein Teil des Kompromisses war allerdings die britische Regierung, die in der Folge regelmäßig als wichtigster Verteidiger eines Vorrangs der NATO erschien.<sup>2428</sup> Kurz vor dem Gipfel von Maastricht betonten etliche Artikel den scheinbar unversöhnlichen Gegensatz zwischen der deutsch-französischen Linie einerseits und einer gemeinsamen britisch-italienischen Position zugunsten einer Brückenfunktion der WEU zwischen EG und NATO andererseits.<sup>2429</sup>

Trotz des hohen Stellenwerts, den die Zeitungen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik in der Debatte über die Politische Union zuschrieben, fanden sich allerdings nur wenige Artikel, die die Vorschläge tatsächlich inhaltlich analysierten. Nur in den französischen Zeitungen erschienen dazu mehrere Kommentare und Experteninterviews.<sup>2430</sup> Zentrales Argument für die GASP war dabei in der Regel der Einflussverlust Europas, der sich etwa in der Golfkrise gezeigt habe. Wie der gaullistische Politiker Jacques Baumel in einem Gastkommentar in *Le Monde* erklärte, sei der deutsch-französische Vorschlag einer „identité européenne de défense“ im Rahmen der WEU notwendig, denn nur so könne Europa überhaupt wieder „exister diplomatiquement et stratégiquement sur la scène internationale“. Allerdings unterschieden diese Kommentare oft nicht klar zwischen europäischen und nationalen französischen Interessen. Auch Bau-

2424 LM 02.01.1990:1, LM 09.12.1990:1, SZ 23.04.1990:4, SZ 23.04.1990:1.

2425 SZ 14.12.1990:2, SZ 14.12.1990:4.

2426 LM 09.12.1990:1, LF 10.12.1990:6, SZ 14.12.1990:2.

2427 LF 12.12.1990:2, ähnlich auch schon SZ 23.04.1990:4.

2428 TT 10.04.1990:12, TT 17.12.1990:8a, TT 29.11.1991:18, TT 04.12.1991:9c, TG 05.12.1990:8, TG 06.12.1990:8, TG 11.12.1990:10, TG 07.11.1991:14, TG 08.11.1991:11, LF 30.04.1990:3b, LM 09.12.1990:1, LF 10.12.1990:6, SZ 30.04.1990:4, SZ 22.11.1991:8.

2429 SZ 03.12.1991:2, SZ 04.12.1991:2, FAZ 21.11.1991:5c, FAZ 29.11.1991:2b, FAZ 02.12.1991:1–2, FAZ 09.12.1991:11e, LM 07.12.1991:6a, LM 07.12.1991:5, LF 18.11.1991:3, LF 04.12.1991:4b, LF 07.12.1991:3b, TT 18.11.1991:9c, TT 10.12.1991:11b, TG 26.11.1991:5a.

2430 Z. B. LM 28.11.1991:2a, LM 10.12.1991:11, LF 11.12.1991:4.

mels Beitrag wechselte übergangslos von einer europäischen in eine nationale Perspektive auf die Verteidigungspolitik und befasste sich letztlich vor allem mit den Beziehungen zwischen Frankreich und der NATO.<sup>2431</sup>

Gesamteuropäisch-weltanschauliche Aspekte spielten in der gesamten Debatte über die GASP nahezu keine Rolle. Die europäischen Parteifamilien kamen kaum vor, und auch nationale Oppositionsparteien traten nur selten mit abweichenden Positionen zu ihren jeweiligen Regierungen auf. Im Einzelnen wurde die deutsche SPD Ende 1991 mit Kritik an der deutsch-französischen Initiative zur gemeinsamen Verteidigungsidentität zitiert, die „unnötigerweise Irritationen“ wecke.<sup>2432</sup> In Großbritannien forderten die Liberal Democrats entgegen der Haltung der nationalen Regierung eine gemeinsame EG-Außenpolitik, die sogar eine europäische Armee umfassen sollte.<sup>2433</sup> In Frankreich lehnte der gaullistische Europaskeptiker Philippe Séguin Mehrheitsentscheidungen in der GASP ab, mit denen Frankreich etwa an der Beteiligung am Golfkrieg hätte gehindert werden können.<sup>2434</sup>

Zugleich unterstützten vor allem die regierungsnahen Zeitungen in allen drei Ländern in der Regel die Position der eigenen Regierung. So begrüßte zum Beispiel *Le Monde* in mehreren Artikeln das Streben der französischen Regierung nach größerer verteidigungspolitischer Unabhängigkeit von der NATO,<sup>2435</sup> während die *Times* kurz vor dem Gipfel von Maastricht in einem Leitartikel die britischen Vorbehalte gegen eine gemeinsame EG-Außenpolitik unterstützte und forderte, dieses Thema von einer Einigung zunächst auszunehmen.<sup>2436</sup> Aber auch die oppositionsnahen Zei-

---

2431 LM 28.11.1991:2a.

2432 FAZ 22.11.1991:4. Wenige Tage später nahm der SPD-Fraktionsvorsitzende Hans-Ulrich Klose diese Kritik jedoch selbst wieder zurück und reduzierte sie auf die Forderung, dass die GASP nicht die Rolle der NATO in Frage stellen dürfe – also eine Position, die sich mit der Linie der Bundesregierung ohnehin deckte (FAZ 28.11.1991:4).

2433 TT 06.12.1990:7a. Hingegen vertrat die Labour Party zur GASP keine grundsätzlich andere Haltung als die Regierung (TT 27.11.1991:19, TT 28.11.1991:7a) und wandte sich sogar explizit gegen einen Vorstoß des BSPEG zu einer europäischen Verteidigungsidentität, da diese die NATO schwächen könnte (TG 05.12.1991:8c).

2434 LM 08.12.1991:3a. Dass eine GASP mit Mehrheitsentscheidungen die Beteiligung des eigenen Landes am Golfkrieg hätte verhindern können, war auch unter britischen Europaskeptikern ein beliebtes Argument (TT 18.12.1990:12, TT 12.11.1991:14, TT 19.11.1991:9b).

2435 LM 11.04.1990:2b, LM 21.04.1990:1, LM 28.04.1990:1–2, ähnlich auch ein *Figaro*-Leitkommentar (LF 20.04.1990:1b).

2436 TT 05.12.1991:17b.

tungen übten jeweils nur punktuelle Kritik – und auch dies weniger an den inhaltlichen Positionen der eigenen Regierung als an deren diplomatischem Auftritt. So warf zum Beispiel die *Süddeutsche Zeitung* Helmut Kohl vor, bei der Rolle des Europäischen Rates zu nachgiebig gegenüber François Mitterrand zu sein und dadurch die kleineren Mitgliedstaaten zu brüskieren.<sup>2437</sup> Der *Guardian* wiederum betonte, dass sich die britische Regierung mit ihrer Ablehnung außenpolitischer Mehrheitsentscheidungen unter den EG-Partnern isoliert habe.<sup>2438</sup>

Neben den nationalen Regierungen wurde lediglich die Kommission regelmäßig als ein wichtiger Akteur in der Debatte genannt. Jacques Delors erschien dabei zum einen als Befürworter von Mehrheitsentscheidungen,<sup>2439</sup> zum anderen als Fürsprecher einer supranational (und damit auf die Kommission selbst) ausgerichteten GASP.<sup>2440</sup> In letzterer Frage traten Delors und Mitterrand deshalb als Gegenspieler auf, was vor allem *Le Monde* regelmäßig hervorhob.<sup>2441</sup> Besonders interessant wurde dieser Konflikt dadurch, dass es sich um zwei prominente Akteure der französischen Regierungspartei PS handelte und eine Rückkehr Delors' in die nationale Politik 1991 als möglich galt.<sup>2442</sup> Letztlich blieb *Le Monde* jedoch auch hier bei der Unterstützung für die eigene nationale Regierung.<sup>2443</sup>

Die Einigung, die die Regierungen schließlich in Maastricht erzielten, wurde von allen Zeitungen vor allem als Kompromiss zwischen den deutsch-französischen und den britischen Positionen wahrgenommen.<sup>2444</sup> Dabei zitierten die Zeitungen jeweils Vertreter der eigenen Regierung, die die Ergebnisse als Erfolg präsentierten.<sup>2445</sup> Gleichzeitig erschienen jedoch auch immer wieder Zweifel daran, ob die gefundenen Kompromisse trag-

2437 SZ 14.12.1990:4.

2438 TG 04.12.1991:8a.

2439 FAZ 05.05.1990:3, SZ 21.11.1991:8, TT 04.12.1991:9c.

2440 FAZ 05.05.1990:3, FAZ 29.11.1991:2c, LM 24.10.1990:8, LF 25.10.1990:5, LF 14.12.1990:1, LM 14.12.1990:1.

2441 LM 14.12.1990:1, LM 28.11.1991:8b, LM 03.12.1991:6b, LM 05.12.1991:6c, LM 07.12.1991:1a.

2442 Vgl. LM 03.12.1991:6a, LM 07.12.1991:4b, LF 30.11.1991:4.

2443 LM 05.12.1991:6c, LM 08.12.1991:1a, ähnlich auch schon bereits LM 16.12.1990:3. Ähnlich auch LF 14.12.1990:1.

2444 SZ 11.12.1991:1, SZ 12.12.1991:1a, FAZ 11.12.1991:3, FAZ 12.12.1991:1–2, FAZ 12.12.1991:3a, LF 04.12.1991:4b, LM 08.12.1991:1a, TT 11.11.1991:1a, TT 12.12.1991:2e, TG 03.12.1991:8b, TG 10.12.1991:1, 2e.

2445 SZ 05.12.1991:1b, SZ 12.12.1991:1a, SZ 12.12.1991:6e, FAZ 14.12.1991:1–2, LM 12.12.1991:1c, LM 12.12.1991:3b, TT 12.12.1991:3e, TT 12.12.1991:3d, TT 19.12.1991:6a.

fähig sein würden. Dies ging insbesondere auf Jacques Delors zurück, der schon in den Tagen vor dem Gipfel wiederholt scharfe Kritik daran geübt hatte, dass die Einigung zur GASP nicht weit genug gehe. So zitierten *Süd-deutsche Zeitung* und *Le Monde* einhellig seine Position, dass sich das geplante Nebeneinander aus Einstimmigkeits- und Mehrheitsverfahren „als ‚undurchführbar und lähmend‘ erweisen“ werde.<sup>2446</sup> Noch harscher war die Formulierung in der *Frankfurter Allgemeinen*:

Wenn es kein Interesse an der gemeinsamen Darstellung in der Außenpolitik und auch keine Bereitschaft zu Mehrheitsentscheidungen gebe, könne man die Politische Union auch bleiben lassen.<sup>2447</sup>

Aber auch die Zeitungen selbst kritisierten, dass die Funktionsweise der GASP und besonders das geplante Verhältnis zwischen EG, WEU und NATO unklar blieben. Ein SZ-Kommentar bezeichnete die Einigung als ein „Konglomerat von Formelkompromissen“,<sup>2448</sup> ein *Times*-Leitartikel sprach von „probably unworkable fudge“.<sup>2449</sup> Der *Figaro* wiederum erklärte, dass die fehlenden Durchbrüche bei der gemeinsamen Außenpolitik zu einem „déséquilibre d'ensemble“ der Vertragsreform führten, und warf François Mitterrand vor, das Thema gegenüber der Währungsunion vernachlässigt zu haben.<sup>2450</sup>

Große Bedeutung für die Debatte über die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik gewann Ende 1991 auch der Konflikt zwischen den EG-Regierungen über den Umgang mit Slowenien und Kroatien, die sich im Zuge der Jugoslawien-Krise für unabhängig erklärt hatten. Während die deutsche Bundesregierung darauf drängte, die beiden neuen Staaten anzuerkennen, waren Frankreich und die meisten anderen Regierungen zurückhaltend. In den Tagen um den Gipfel von Maastricht erreichte diese Auseinandersetzung ihren Höhepunkt; die Berichterstattung dazu über-

---

2446 SZ 21.11.1991:8, wortgleich LM 22.11.1991:3a: „inapplicable et paralysant“.

2447 FAZ 21.11.1991:5a, ähnlich FAZ 28.11.1991:1, SZ 09.12.1991:2, SZ 13.12.1991:2, LM 08.12.1991:1a, LM 12.12.1991:1c, LM 17.12.1991:10, TT 21.11.1991:1, TG 21.11.1991:22. Ähnliche Kritik übte neben Delors auch der Präsident des Europäischen Parlaments, Enrique Barón Crespo (FAZ 10.12.1991:5a).

2448 SZ 11.12.1991:4, ähnlich auch FAZ 07.12.1991:1 sowie in schwächerer Form FAZ 12.12.1991:3b.

2449 TT 12.12.1991:21, ähnlich auch TT 12.12.1991:2e.

2450 LF 11.12.1991:3b, ähnlich auch Jacques Chirac in einem Gastkommentar in *Le Monde* (LM 21.12.1991:1b). Ein anderer *Figaro*-Kommentar kritisierte die Unklarheiten in der institutionellen Ausgestaltung der künftigen Verteidigungspolitik (LF 09.12.1991:2a).

schattete teilweise jene über die Verhandlungen zur Vertragsreform.<sup>2451</sup> Dabei unterstützten die Medien in allen drei untersuchten Ländern jeweils die Position der eigenen Regierung und beschrieben die Krise als Beleg für die Schwierigkeiten einer gemeinsamen Außenpolitik.

So erklärte ein SZ-Kommentar kurz vor dem Gipfel, außenpolitische Mehrheitsentscheidungen im EG-Rahmen schränkten die Handlungsfähigkeit der Mitgliedstaaten zu sehr ein: „Schon jetzt [...] scheuen wir vor einem Alleingang bei der Anerkennung Serbiens [sic] und Kroatiens zurück.“<sup>2452</sup> Ein Leitkommentar wiederum kritisierte die Schwerfälligkeit der EG in der Jugoslawien-Krise, in der „alte nationale Vorurteile und Antagonismen“ unter den EG-Staaten deutlich würden, und sagte voraus: „Historiker werden den Zerfall Jugoslawiens als Anfang vom Ende des EG-Gedankens definieren.“<sup>2453</sup> Die FAZ zitierte den FDP-Parteivorsitzenden Lamsdorff, dem zufolge die EG durch das Einstimmigkeitsprinzip in der GASP auch bei einer neuen Jugoslawien-Krise handlungsunfähig wäre,<sup>2454</sup> und erklärte in einem Kommentar die künftige Jugoslawien-Politik der EG zum „ersten Test darauf [...], ob sich die Deutschen für ihr Nachgeben in Maastricht nur Steine und kein Stückchen Brot eingehandelt haben“.<sup>2455</sup>

Umgekehrt warnte die sonst sehr GASP-freundliche *Le Monde* im Zusammenhang mit der Jugoslawien-Krise vor Mehrheitsentscheidungen, durch die Frankreich überstimmt und zu einer Anerkennung Kroatiens gezwungen werden könnte.<sup>2456</sup> Andererseits sah ein Kommentar den Konflikt auch als Beleg dafür, dass die Mitgliedstaaten niemals gegen ihre nationalen Interessen stimmen würden: Die Pläne für eine auf Einstimmigkeit beruhende GASP liefen deshalb Gefahr „de passer à l’histoire comme des exercices quelque peu dérisoires“.<sup>2457</sup> Die wahrgenommene Konkurrenz zwischen Frankreich und Deutschland ging so weit, dass ein *Figaro*-Kommentar eine schnelle einseitige Anerkennung der Ukraine durch Frankreich als

---

2451 So erschien ein Treffen des Außenministerrats am 3. Dezember 1991 gleich doppelt auf der Titelseite der FAZ: zum einen als ausführlicher Bericht unter der Überschrift „EG-Außenminister beraten in Brüssel über Konflikt in Kroatien“ (FAZ 03.12.1991:1b), zum anderen als Kurzmeldung „Außenminister der EG beraten über die Politische Union“ (FAZ 03.12.1991:1a). In anderen Fällen leiteten Artikel über die GASP-Verhandlungen nahtlos zur aktuellen Jugoslawien-Politik der EG über (LM 11.12.1991:1b, LM 17.12.1991:8a).

2452 SZ 07.12.1991:4, ähnlich auch FAZ 28.11.1991:10.

2453 SZ 09.12.1991:4, ähnlich, aber etwas weniger drastisch auch FAZ 07.12.1991:1.

2454 FAZ 12.12.1991:2a.

2455 FAZ 12.12.1991:1.

2456 LM 07.12.1991:1a.

2457 LM 11.12.1991:1a, ähnlich LM 12.12.1991:1d.

„occasion exceptionnelle de mieux rééquilibrer le poids de nos amis germanophones dans la MittelEuropa [sic]“ vorschlug.<sup>2458</sup> Zugleich berichteten beide französischen Zeitungen wiederholt über eine Forderung Mitterrands nach einer gemeinsamen EG-Doktrin zur Anerkennung neuer Staaten.<sup>2459</sup>

Kurz nach dem Gipfel kam es schließlich zu einem Treffen der EG-Außenminister, bei dem die Mehrheit der Mitgliedstaaten sich darauf einigte, Slowenien und Kroatien zum 15. Januar 1992 anzuerkennen, sofern dann bestimmte Bedingungen erfüllt seien. Auch die deutsche Bundesregierung akzeptierte, bis zum 15. Januar zu warten, erklärte jedoch, die beiden Länder dann auf jeden Fall – also unabhängig von den Bedingungen der EG – anerkennen zu wollen. Diese prekäre gemeinsame Linie löste erneut massive Zweifel an der Ernsthaftigkeit der gemeinsamen Außenpolitik aus: Der *Figaro* beschrieb das Außenministertreffen als „premier test sérieux de l'unité de l'Europe après Maastricht“<sup>2460</sup> und stellte fest, die Regierungen hätten nur mit Mühe „sauvé les apparences“.<sup>2461</sup> Auch ein Gastkommentar von Jacques Chirac in *Le Monde* sah die Jugoslawien-Krise als Beleg für die Unzulänglichkeit der in Maastricht beschlossenen GASP.<sup>2462</sup> Ein *Times*-Leitartikel hob hervor, dass die als europafreundlich geltende Bundesregierung mit ihrem Vorstoß zeige, dass selbst sie ihr nationales Eigeninteresse über das Interesse der Gemeinschaft stelle.<sup>2463</sup> Und auch der *Guardian* beschrieb Kohls Alleingang als mögliches Zeichen für „the emergence of an assertive Germany in central Europe, a country prepared to flex political muscle to match its economic might“<sup>2464</sup> und zitierte einen EG-Beamten, der die Jugoslawien-Krise als „the first real test of the capacity of the European Community to act as a single entity“ bezeichnete und warnte: „It will

---

2458 LF 11.12.1991:2c.

2459 LM 11.12.1991:1b, LM 12.12.1991:1d, LF 17.12.1991:3.

2460 LF 16.12.1991:3.

2461 LF 18.12.1991:3.

2462 LM 21.12.1991:1b.

2463 TT 17.12.1991:15, ähnlich TT 17.12.1991:11, TT 18.12.1991:1, 20. Daneben führten *Times*-Kommentare noch andere Beispiele dafür an, dass auch die europafreundlichen Regierungen nicht wirklich an einer gemeinsamen Außenpolitik interessiert seien. So wolle etwa auch Frankreich nicht zugunsten der EG auf seinen Sitz im UN-Sicherheitsrat, seine nationalen Atomstreitkräfte und letztlich nationales Entscheidungsrecht über Krieg und Frieden verzichten (TT 11.12.1991:14b).

2464 TG 18.12.1991:22.

be very bad news indeed if the aspiration to a common policy falls at the first fence.“<sup>2465</sup>

Trotz des hohen Stellenwerts, den die Medien der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik als Teil der Politischen Union zuschrieben, wurde der Vertrag von Maastricht in dieser Hinsicht also nicht als Durchbruch verstanden. Vielmehr zeigte die Debatte über die GASP alle Kennzeichen einer mitgliedstaatlich-außenpolitischen Auseinandersetzung, bei der die einzelnen Vorschläge jeweils mit bestimmten nationalen Regierungen in Verbindung gebracht wurden. Entsprechend galt auch das Ergebnis der Verhandlungen nicht als ein entscheidender Schritt zu einer gemeinsamen außenpolitischen Identität der EG, sondern als ein bloßer Kompromiss zwischen nationalen Positionen, dessen Tragfähigkeit völlig unklar erschien. Gerade angesichts der Jugoslawien-Krise gingen die Zeitungen aller untersuchten Länder davon aus, dass für die Außenpolitik weiterhin die widersprüchlichen *nationalen* Interessen der Mitgliedstaaten entscheidend bleiben würden. Auf dieser Grundlage schien die GASP vor unlösbareren Widersprüchen zu stehen, für die weder das Einstimmigkeitsprinzip (das angesichts der Differenzen zwischen den Regierungen in eine Dauerblockade zu münden drohte) noch Mehrheitsentscheide (mit denen die eigene Regierung Gefahr lief, überstimmt zu werden) eine zufriedenstellende Lösung boten.

## 2.5 Justiz- und Innenpolitik

Die Zusammenarbeit im Bereich Justiz und Inneres (ZJI) bildete neben den reformierten Europäischen Gemeinschaften und der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik die dritte ‚Säule‘ des Vertrags von Maastricht. Sie hatte gewisse Vorläufer in Form der 1975 eingerichteten Trevi-Gruppe, in der sich die Innenminister der Mitgliedstaaten zur Bekämpfung internationaler Gewaltkriminalität berieten. Diese intergouvernementale Zusammenarbeit war jedoch rein informell und ging nicht über ein gewisses Maß hinaus. Vorstöße des Europäischen Parlaments zu einer Intensivierung und Supranationalisierung – etwa der im Mai 1989 verabschiedete Zagari-Bericht, der unter anderem erleichterte Auslieferungen zwischen den Mitgliedstaaten und die Einrichtung eines überstaatlichen

---

2465 TG 16.12.1991:1a.

EG-Strafgerichtshofs für Terrorismusfälle vorsah<sup>2466</sup> – blieben im Europäischen Rat unbeachtet.

In Bewegung kam dieser Aspekt der europäischen Integration jedoch vor allem durch das Schengener Abkommen von 1985 sowie die Verhandlungen über das Schengener Durchführungsübereinkommen, das im Juni 1990 unterzeichnet wurde und 1995 in Kraft trat. Dieses Übereinkommen sah neben der Abschaffung der Personenkontrollen an den Binnengrenzen zwischen den Mitgliedstaaten unter anderem auch gemeinsame Regelungen zur Kontrolle der Außengrenzen, zur Visums- und Asylpolitik, zur polizeilichen Zusammenarbeit, zur wechselseitigen Rechtshilfe und zu einer gemeinsamen Fahndungsdatenbank, dem Schengener Informationssystem, vor. Allerdings wurden beide Schengener Abkommen zunächst nur von fünf der zwölf EG-Mitgliedstaaten unterzeichnet und waren bis zum Inkrafttreten des Vertrags von Amsterdam 1999 auch nicht in die Gemeinschaftsstrukturen integriert.<sup>2467</sup> Parallel dazu verhandelten alle zwölf EG-Mitgliedstaaten über ein Abkommen, das die Zuständigkeit bei der Behandlung von Asylanträgen regeln sollte. Es wurde auf dem Gipfel von Dublin im Juni 1990 unterzeichnet, trat aber erst 1997 in Kraft.<sup>2468</sup>

Die Medien brachten diese Verhandlungen anfangs jedoch kaum mit der EG-Vertragsreform in Verbindung. Zum Beispiel brachte in *Le Monde* ein langer Artikel über die Schengen-Verhandlungen das Abkommen nur ganz am Rande als „laboratoire de l’Europe de 1993“ mit dem Binnenmarktpjekt in Verbindung und erwähnte die EG ansonsten überhaupt nicht.<sup>2469</sup> Dass die Europäischen Gemeinschaften sich im Rahmen einer Politischen Union innen- oder einwanderungspolitischer Ziele annehmen könnten, wurde erst nach dem Gipfel von Straßburg 1989 vereinzelt erwähnt, aber weiterhin nicht prominent behandelt.<sup>2470</sup> So bezeichnete François Mitterrand die Einwanderung in einer von den französischen Zei-

---

2466 Europäisches Parlament 02.05.1989. Der Spinelli-Entwurf des Europäischen Parlaments von 1984 hatte die Bekämpfung der „internationalen Formen der Kriminalität einschließlich des Terrorismus“ noch als Bereich für die bloße Zusammenarbeit zwischen den nationalen Regierungen vorgesehen, für die Kommission und Parlament lediglich „Empfehlungen“ formulieren würden (Europäisches Parlament 14.02.1984, Art. 46).

2467 Zur Entstehung der Schengener Abkommen vgl. Taschner 1997:15–31.

2468 Vgl. Schröder 2004:44–58.

2469 LM 15.11.1989:11, ähnlich auch LM 09.12.1989:8a. Entsprechend spielen die EG-Vertragsverhandlungen auch in Angela Siebolds Untersuchung zur öffentlichen Auseinandersetzung mit dem Schengener Abkommen kaum eine Rolle (Siebold 2014).

2470 Z. B. SZ 11.12.1989:3, LF 09.12.1989:6, LF 11.12.1989:6c, TT 08.12.1989:12.



tungen ausführlich wiedergegebenen Fernsehansprache kurz nach dem Gipfel zwar als ein „problème européen et non strictement français“, ging ansonsten jedoch ausschließlich auf die nationale Situation ein.<sup>2471</sup> Die Unterzeichnung des Dubliner Abkommens sowie des Schengener Durchführungsübereinkommens führte im Juni 1990 dazu, dass erneut einige Artikel die Innenpolitik als möglichen Bereich der Politischen Union erwähnten. Allerdings stand das Thema weiterhin nicht im Vordergrund: Ein FAZ-Bericht zählte die „Bekämpfung des Drogenmißbrauchs“ und „eine gemeinsame Haltung gegenüber Asylsuchenden“ ausdrücklich zu den „untergeordneten Diskussionsthemen“ des Dubliner Gipfels.<sup>2472</sup>

In Großbritannien wiederum stellte die Frage einer europäischen Anti-Terror-Politik eines von vielen Konfliktthemen zwischen Regierung und Opposition dar: Auf der einen Seite rechtfertigte die Regierung die Nicht-Teilnahme am Schengener Abkommen mit den „natural advantages of an island“ bei der Kriminalitätsbekämpfung, die das Land nicht durch die Abschaffung nationaler Grenzkontrollen aufgeben sollte.<sup>2473</sup> Auf der anderen Seite nahm der nordirlandpolitische Sprecher der Labour Party, Kevin McNamara, die Festnahme von IRA-Mitgliedern in Belgien und den Niederlanden zum Anlass, um in einem *Times*-Gastkommentar „pan-European responses to terrorism“ zu fordern und die Vorschläge des Zagari-Berichts zu unterstützen.<sup>2474</sup> Auch McNamara bezog sich dabei jedoch nicht unmittelbar auf die geplante EG-Vertragsreform.

Erst nachdem das deutsch-französische Schreiben vom 6. Dezember 1990 und auch das Mandat der Regierungskonferenz den Aspekt der Justiz- und Innenpolitik ausdrücklich aufgegriffen hatten, nannten auch die Zeitungen diesen regelmäßig als Bestandteil der geplanten Politischen Union.<sup>2475</sup> Gleichzeitig fanden sich nun auch die ersten Zuschreibungen der Positionen an nationale Regierungen: Mehrere Artikel beschrieben eine gemeinsame europäische Asylpolitik als spezifische Forderung der deutschen Bundesregierung, die eine Welle von Flüchtlingen aus osteuropäischen Staaten erwarte und diese nicht alleine aufnehmen wolle.<sup>2476</sup> Ein

---

2471 LF 11.12.1989:8, ähnlich LM 12.12.1989:2–3; vgl. auch LF 12.12.1989:1.

2472 FAZ 25.06.1990:1–2.

2473 TT 20.06.1990:10.

2474 TT 20.06.1990:14. Außerdem sprach sich McNamara für eine bessere Institutionalisierung der Trevi-Gruppe als Teil der Europäischen Politischen Zusammenarbeit aus.

2475 Z. B. SZ 08.12.1990:1, FAZ 10.12.1990:3, FAZ 17.12.1990:1–2, TG 08.12.1990:1, TT 13.12.1990:10f, TT 17.12.1990:8a, LF 14.12.1990:3b.

2476 TG 24.11.1990:10, FAZ 08.12.1990:3, SZ 19.12.1990:2.

*Times*-Bericht wiederum sah die Supranationalisierung von Drogenbekämpfung und Einwanderungspolitik als italienische Forderung, die von der britischen Regierung abgelehnt werde.<sup>2477</sup>

Ihren Höhepunkt erreichte die Auseinandersetzung über die Europäisierung der Innen- und Justizpolitik schließlich in den Wochen vor dem Gipfel von Maastricht – auch wenn dieser Aspekt weiterhin nicht als Schlüsselfrage der Vertragsreform galt und die Debatte darüber weit hinter anderen Themen wie der Währungsunion oder der GASP zurückblieb. Als wichtigste Einzelmaßnahmen in diesem Bereich wurden nun die im Vertragsentwurf angelegte Gründung des europäischen Polizeiamts Europol sowie der Vorschlag einer gemeinsamen Asylpolitik diskutiert. Dabei erschienen erneut nationale Regierungen als wichtigste Antagonisten: Während Deutschland als Hauptbefürworter einer intensiven Zusammenarbeit galt, trat Großbritannien als Verfechter einer weiterhin nur lockeren Kooperation auf.<sup>2478</sup> Gleichzeitig hing auch die Salienz der Debatte stark vom nationalen Kontext ab: In Frankreich, wo die Regierung zur Frage der Justiz- und Innenpolitik keine markante Position vertrat, wurde das Thema oft nur am Rande in längeren Überblicksdarstellungen erwähnt und nicht weiter vertieft.<sup>2479</sup>

Die deutschen Zeitungen brachten die Forderung der Bundesregierung nach einer gemeinsamen EG-Asylpolitik wiederholt mit der deutschen Diskussion um eine Verschärfung des nationalen Asylrechts in Zusammenhang (die ein Jahr später mit dem sogenannten Asylkompromiss zwischen Bundesregierung und SPD erfolgen sollte). So erklärte ein FAZ-Kommentar, die Regierung verfolge die gemeinsame Asylpolitik insbesondere auch, um auf diesem Weg das im Grundgesetz verankerte, aber nicht mehr zeitgemäße „schrankenlose Asylrecht“ zu schwächen.<sup>2480</sup> Verschiedene andere Artikel erwähnten, dass die übrigen EG-Staaten wenig Interesse an einer gemeinsamen Asylpolitik hätten, da sie von dem liberalen deutschen Asylrecht profitierten.<sup>2481</sup>

---

2477 TT 14.12.1990:1.

2478 SZ 02.12.1991:2, FAZ 27.11.1991:5a, FAZ 29.11.1991:2c, FAZ 30.11.1991:6, FAZ 03.12.1991:5, LM 05.12.1991:11, LM 07.12.1991:6c, LF 09.12.1991:4c, TT 11.11.1991:1a, TT 11.11.1991:12, TT 21.11.1991:10a, TT 26.11.1991:11, TT 27.11.1991:12b, TT 28.11.1991:9b, TT 02.12.1991:9c.

2479 Z. B. LM 12.12.1991:1c, LM 12.12.1991:5b, LF 12.12.1991:4a.

2480 FAZ 29.11.1991:1, als Vorwurf der SPD auch FAZ 22.11.1991:4, anders FAZ 30.11.1991:6.

2481 SZ 07.12.1991:1, SZ 07.12.1991:13.

Je näher der Gipfel rückte, desto häufiger betonten die Zeitungen schließlich, dass die Bundesregierung sich mit ihrer Forderung nach einer Vergemeinschaftung der Innen- und Justizpolitik nicht durchsetzen werde; ein FAZ-Bericht konstatierte, dass dieser Bereich als Zugeständnis an Großbritannien „auf der Strecke geblieben“ sei.<sup>2482</sup> Zwar griffen mehrere Artikel auch auf, dass die Bundesregierung darauf setze, über Evolutiv- und Revisionsklauseln zu einem späteren Zeitpunkt doch noch Fortschritte umzusetzen.<sup>2483</sup> Insgesamt jedoch erschien die Innen- und Justizpolitik in den deutschen Zeitungen vor allem als ein Politikfeld, in dem sich die eigene Regierung in den Verhandlungen nicht hatte durchsetzen können und größere Durchbrüche ausgeblieben waren.

In der *Times* wiederum erschien die Justiz- und Innenpolitik vor allem als ein weiteres Konfliktfeld, in dem sich die britische Regierung gegen die Integrationswünsche anderer Akteure stellte. Außer der deutschen Bundesregierung wurde dabei besonders die Kommission wiederholt genannt.<sup>2484</sup> Allerdings hob die Zeitung hervor, dass die Regierung die nationale Isolation hier anders als bei der Währungsunion nicht als problematisch ansehe, da die EG im innenpolitischen Bereich nach dem Schengener Abkommen ohnehin bereits geteilt sei.<sup>2485</sup> In den Tagen vor dem Gipfel verwies die Zeitung zudem wiederholt darauf, dass Deutschland in dieser Frage zu Zugeständnissen bereit sei.<sup>2486</sup> Nach dem Gipfel hoben schließlich zahlreiche Artikel die Verhinderung einer supranationalen Innen- und Justizpolitik als britischen Verhandlungserfolg hervor.<sup>2487</sup>

---

2482 FAZ 09.12.1991:11c, ähnlich auch FAZ 29.11.1991:2b, FAZ 30.11.1991:6, FAZ 09.12.1991:10a, FAZ 11.12.1991:3, FAZ 12.12.1991:2d, SZ 29.11.1991:1, SZ 05.12.1991:1b, SZ 07.12.1991:1, SZ 11.12.1991:1, SZ 11.12.1991:4, SZ 12.12.1991:1a, SZ 12.12.1991:6e.

2483 SZ 06.12.1991:1a, SZ 12.12.1991:1a, SZ 12.12.1991:4, FAZ 29.11.1991:2c, FAZ 11.12.1991:3, FAZ 12.12.1991:3a.

2484 Z. B. TT 08.11.1991:1, TT 08.11.1991:2, TT 09.11.1991:10, TT 13.11.1991:9c. In den Tagen vor dem Gipfel erschienen „immigration and other justice matters“ auch in der Übersicht der „remaining sticking points“, die die *Times* täglich veröffentlichte (TT 02.12.1991:9b u. a.).

2485 TT 03.12.1991:10b.

2486 TT 02.12.1991:9c, TT 09.12.1991:2c, ähnlich zur niederländischen Regierung: TT 13.11.1991:9b.

2487 TT 12.12.1991:3d, TT 12.12.1991:21, TT 19.12.1991:17, TT 19.12.1991:6a, TT 19.12.1991:6b. Ein Artikel erwähnte allerdings auch, dass Labour-Schattenaußenminister Gerald Kaufman in der Unterhaussitzung nach dem Gipfel erklärte, dass es entgegen der Zielsetzung der britischen Regierung durchaus Mehrheitsentscheide in der Visumpolitik geben werde (TT 20.12.1991:6b).

Der *Guardian* schließlich behandelte das Thema insgesamt weniger prominent und ging schon recht früh in einer Überblicksdarstellung über die Vertragsreform davon aus, dass es im Bereich Justiz und Inneres wohl bei einem intergouvernementalen Rahmen bleiben werde.<sup>2488</sup> Anders als in anderen Politikfeldern äußerte die Zeitung auch keine Zustimmung zu einer Vergemeinschaftung, die sie implizit als Bedrohung für die liberalen Freiheitsrechte darstellte. So zitierte ein Artikel über die polizeiliche Zusammenarbeit ausschließlich britische Akteure, die sich für eine weniger intensive Kooperation einsetzten, und ließ deutliche Skepsis gegenüber einer „somewhat sinister ‚Europol‘ seizing people and searching houses at the behest of another country’s police, and spiriting them into a foreign police cell“ erkennen.<sup>2489</sup> Ein anderer Artikel hob hervor, dass die britische Regierung eine ähnlich restriktive Asylpolitik anstrebe wie die Kommission, sich aber strikt gegen „arrangements for telling them to implement what they are perfectly willing to do anyway“ wende. Dabei kritisierte der Artikel zwar diese „somewhat extreme notion of British sovereignty“, zeigte aber erneut auch keine Sympathie für die Kommissionsposition.<sup>2490</sup> Zudem thematisierten mehrere *Guardian*-Artikel auch die Kritik, die Amnesty International an der harten Asylpolitik der EG übte.<sup>2491</sup>

Insgesamt trugen also auch die neuen Verfahren im Bereich Justiz und Inneres nicht dazu bei, den Vertrag von Maastricht in der europäischen Öffentlichkeit zu einem Verfassungsmoment zu machen. Das Thema wurde von Anfang an nur als untergeordneter Aspekt der Vertragsreform angesehen. Entsprechend dem mitgliedstaatlich-außenpolitischen Deutungsmuster erschien es in den letzten Wochen vor dem Gipfel von Maastricht vor allem als deutsch-britischer Konflikt, wobei FAZ, SZ und *Times* Unterstützung für die Linie der jeweils eigenen nationalen Regierung erkennen ließen. Entscheidend für die mediale Bewertung waren letztlich nicht die erzielten Integrationsfortschritte wie die Europol-Gründung, sondern der Umstand, dass es nicht zu einer Vergemeinschaftung der Innen- und Asylpolitik kam. Dies wurde als deutsches Zugeständnis bzw. britischer Erfolg wahrgenommen – und als Zeichen dafür, dass die Vertragsreform hinter den weiter gehenden Erwartungen zurückblieb.

Die Darstellung im *Guardian* stellte insofern eine Besonderheit dar, als die Zeitung tatsächlich primär auf gesamteuropäisch-weltanschauliche Ar-

---

2488 TG 28.11.1991:9.

2489 TG 29.11.1991:8b.

2490 TG 30.11.1991:8b.

2491 TG 27.11.1991:9c, TG 07.12.1991:8b.

gumente (nämlich die Verteidigung liberaler Freiheitsrechte) zurückgriff und dafür teilweise sogar von ihrer üblichen Linie der Kritik an der britischen Regierung abwich. Durch die geringe Bedeutung, die die Zeitung dem Thema insgesamt zuschrieb, und durch die in der Sache ablehnende Haltung gegenüber diesem Teil der Vertragsreform blieb jedoch auch hier das Potenzial für einen Verfassungsmoment gering.



### 3. Verschiebung der institutionellen Legitimationsgrundlage

Die institutionellen Reformen des Vertrags von Maastricht stellten eine besonders deutliche Verschiebung in Richtung eines europäisch-innenpolitischen Modells dar: Mit der Reduzierung nationaler Vetorechte und der Stärkung des Europäischen Parlaments war das politische System verstärkt darauf angewiesen, demokratische Legitimität nicht nur auf Ebene der Mitgliedstaaten, sondern für die europäischen Institutionen selbst zu erzeugen. Zugleich unterstrich die Einführung der Unionsbürgerschaft symbolisch, aber auch durch konkrete Individualrechte – etwa dem allgemeinen Kommunalwahlrecht am Wohnort – den Übergang zu einer gesamt-europäischen Bürgerunion. Im Folgenden soll die öffentliche Debatte über diese drei Aspekte der Reform im Einzelnen analysiert werden.

#### 3.1 Reduzierung nationaler Vetorechte

Bereits die Einheitliche Europäische Akte von 1986 hatte im EG-Ministerrat Mehrheitsentscheidungen eingeführt, diese zunächst jedoch noch weitgehend auf die Regulierung des Binnenmarkts beschränkt. Der Vertrag von Maastricht machte Mehrheitsentscheidungen hingegen zum üblichen Gesetzgebungsverfahren der Europäischen Gemeinschaften: Nationale Vetorechte blieben nur noch für die beiden intergouvernementalen ‚EU-Säulen‘ – die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik und die Zusammenarbeit im Bereich Justiz und Inneres – sowie für einige spezifische Bereiche wie die Kulturpolitik oder die Industrieförderung erhalten.

Wie bereits im Ersten Teil dargestellt, brach diese Neuerung mit dem traditionellen mitgliedstaatlich-außenpolitischen Legitimationsmuster der EG, nach dem Entscheidungen auf europäischer Ebene in einer Legitimationsskette über die nationalen Regierungen und Parlamente jeweils auf die nationalen Wählerschaften zurückgeführt werden konnten: Mit der Abschaffung nationaler Vetorechte verpflichteten sich die Staaten dazu, gegebenenfalls auch solche europäische Rechtsakte umzusetzen, denen kein auf nationaler Ebene gewähltes Organ zugestimmt hatte.

Trotz dieser Bedeutung für die Legitimationsgrundlage der EG wurde die Ausweitung der Mehrheitsentscheidungen im Ministerrat in der deutschen und französischen Öffentlichkeit nicht intensiv diskutiert. Ab Anfang 1990

### 3. Verschiebung der institutionellen Legitimationsgrundlage

nannten die Zeitungen sie regelmäßig als Teil der Vorschläge zur Politischen Union, ohne jedoch näher auf das Thema einzugehen.<sup>2492</sup> Anders als andere Reformvorschläge wurden die Mehrheitsentscheide auch nicht einer einzelnen Regierung zugeordnet, sondern erschienen als Position mehrerer verschiedener Mitgliedstaaten;<sup>2493</sup> als Gegner trat vor allem die britische Regierung auf.<sup>2494</sup> Argumente für oder gegen den Vorschlag fanden sich jedoch kaum. Über Kontroversen zwischen den Befürwortern von Einstimmigkeits- und Mehrheitsverfahren berichteten die Zeitungen lediglich in Bezug auf bestimmte Politikfelder – etwa die Außen- oder Asylpolitik.<sup>2495</sup> Das grundsätzliche Ziel einer Ausweitung der Mehrheitsentscheide erschien in den deutschen und französischen Medien hingegen nahezu als eine Selbstverständlichkeit, die die integrationsfreundlichen Regierungen nicht weiter zu begründen brauchten.

Entsprechend wurde auch in Meinungstexten die Frage der brechenden Legitimationskette nur selten problematisiert. Die FAZ druckte Ende 1990 einen Vortrag des Politikwissenschaftlers Peter Graf Kielmansegg ab, in dem dieser die Mehrheitsentscheide als ein Zeichen beschrieb, dass die EG über das Modell eines Staatenbunds hinaus sei, ohne jedoch bereits zum Bundesstaat zu werden.<sup>2496</sup> In *Le Monde* erklärte der UDF-Politiker Jean François-Poncet in einem Interview, dass Mehrheitsentscheide den Ministerrat effizienter machen sollten, was aber zu einem Souveränitätsverlust der nationalen Parlamente führe; es sei deshalb sinnvoll, die nationalen Abgeordneten auf andere Weise, etwa in Form eines Senats, in die europäische Entscheidungsfindung einzubeziehen.<sup>2497</sup> In der SZ schließlich lehnte ein Kommentar nach dem Gipfel von Maastricht die Ausweitung der Mehrheitsentscheide scharf ab, da diese die nationalen Parlamente

---

2492 Z. B. FAZ 27.06.1990:1–2, FAZ 17.12.1990:1–2, FAZ 17.12.1990:12b, FAZ 09.12.1991:10a, LM 04.12.1991:21, LF 12.12.1991:3c.

2493 Als Fürsprecher des Vorschlags erschienen unter anderem Belgien (FAZ 23.04.1990:1–2), Belgien und Luxemburg (FAZ 13.12.1990:5d), Italien (SZ 25.06.1990:7), Deutschland (SZ 17.12.1990:1), Deutschland und Frankreich (SZ 08.12.1990:1, FAZ 14.12.1990:1–2, FAZ 15.12.1990:1–2, LM 28.04.1990:3) sowie der BSPG (FAZ 12.12.1990:6, LM 13.12.1990:4a).

2494 FAZ 13.12.1990:5f, FAZ 06.12.1991:1b, SZ 14.12.1990:2, SZ 03.12.1991:2, LM 04.12.1991:1a.

2495 Siehe hierzu oben, Viertes Teil, Kapitel 2.4 und 2.5. Auch für andere EG-Politikbereiche erwähnten einzelne Artikel Einwände bestimmter Regierungen, etwa Irlands für den Bereich der Sozialpolitik (FAZ 13.12.1990:5i) oder Deutschlands bei der Industrieförderung (FAZ 09.12.1991:10a).

2496 FAZ 07.12.1990:13.

2497 LM 29.04.1990:3.



schwächten und dazu führten, dass Deutschland bei künftigen EG-Beschlüssen überstimmt werden könne.<sup>2498</sup>

All diese Beiträge blieben jedoch nur punktuelle Meinungsäußerungen. Einen etwas breiteren Diskurs über die Frage der Legitimationsgrundlage der EG gab es in Frankreich lediglich ausgehend von der Debatte über die Rolle des Europäischen Rates und der Kommission in der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik. In diesem Kontext argumentierte die französische Regierung mit der höheren demokratischen Legitimität der gewählten nationalen Staats- und Regierungschefs, setzte sich *gleichzeitig* allerdings auch für eine Ausweitung der Mehrheitsentscheide ein<sup>2499</sup> – so dass die Möglichkeit, im Europäischen Rat überstimmt zu werden, offenbar nicht als ein grundsätzliches Legitimationsproblem erschien. Erst in der Schlussphase der Verhandlungen stieß dieser Reformbestandteil in Frankreich auf stärkere Kritik. Insbesondere in der Serie europaskeptischer Gastkommentare, die kurz vor dem Gipfel von Maastricht im *Figaro* erschien, wurde er immer wieder als inakzeptable Einschränkung der nationalen Souveränität und Demokratie angegriffen. So forderte Philippe Séguin als Wortführer des nationalkonservativen RPR-Flügels den Erhalt nationaler Vetorechte „afin qu'en toutes circonstances les décisions coïncident avec la volonté des peuples“.<sup>2500</sup>

In Großbritannien erreichte die Debatte über die Ausweitung der Mehrheitsentscheide demgegenüber schon früher eine höhere Intensität. Insbesondere die *Times* erwähnte regelmäßig, dass sich die eigene nationale Regierung für eine rein intergouvernementale Zusammenarbeit, den Erhalt nationaler Vetorechte und die bessere Anbindung des Ministerrats an die nationalen Parlamente einsetze.<sup>2501</sup> Auch dass sich Kohl und Mitterrand in ihrem gemeinsamen Schreiben von Dezember 1990 für mehr Mehrheits-

2498 SZ 07.12.1991:4.

2499 LM 16.12.1990:3, zur demokratischen Legitimität des Europäischen Rates vgl. auch LM 20.06.1990:1–4.

2500 LF 27.11.1991:2, ähnlich auch Léo Hamon (LF 04.12.1991:2), Jean-Pierre Chevènement (LF 05.12.1991:2a) und Jean-Marie Le Pen (LF 11.12.1991:7).

2501 Z. B. TT 25.04.1990:10, TT 25.04.1990:12, TT 27.04.1990:1, TT 27.04.1990:13, TT 02.05.1990:2, TT 26.10.1990:12, TT 06.12.1990:11, TT 10.12.1990:8, TT 17.12.1990:8b, TT 09.11.1991:10, TT 13.11.1991:8c, TT 14.11.1991:8c, TT 21.11.1991:10a, TT 05.12.1991:17b. Bei der Wahl des Nachfolgers von Margaret Thatcher betonte die *Times* wiederholt, dass auch der als eher proeuropäisch geltende Außenminister Douglas Hurd eine Ausweitung der EG-Mehrheitsentscheide ablehne (TT 26.11.1990:12, TT 01.12.1990:1). Im November 1991 kam es schließlich zu einer kurzen Kontroverse, als sich Prinz Charles für eine Ausweitung der Kompetenzen der Kommission (und damit faktisch für

### 3. Verschiebung der institutionellen Legitimationsgrundlage

entscheide aussprachen, deutete die Zeitung dementsprechend als eine „message [...] directed at the British government“.<sup>2502</sup> Der *Guardian* wiederum nannte die Mehrheitsentscheide Ende 1991 wiederholt als eines der Themen, bei denen Großbritannien unter den EG-Regierungen isoliert sei.<sup>2503</sup>

Als wichtigstes Ziel der Reduzierung nationaler Vetorechte erwähnten beide britischen Zeitungen verschiedentlich die höhere Effizienz der EG, insbesondere nach einer möglichen Erweiterung um neue Mitgliedstaaten. Allerdings erschien dieses Argument nur selten direkt in Meinungsartikeln, sondern eher in der Berichterstattung in Form eines Zitats nicht-britischer Akteure.<sup>2504</sup> Einer der wenigen Beiträge, die sich explizit für eine Abkehr vom Einstimmigkeitsprinzip aussprachen, war ein *Guardian*-Gastkommentar des sozialdemokratischen Fraktionschefs im Europäischen Parlament, Jean-Pierre Cot.<sup>2505</sup>

Demgegenüber nahm die Debatte über die beschädigte Legitimationskette zu den nationalen Wählern in der britischen Öffentlichkeit von Anfang an recht großen Raum ein. Ein *Guardian*-Artikel von April 1990 sah in diesem Zusammenhang die Abschaffung nationaler Vetorechte noch als Argument, dass nun das Europäische Parlament im Gesetzgebungsverfahren gestärkt und langfristig „some kind of federal union“ erreicht werden

---

Mehrheitsentscheidungen) in der Umweltpolitik aussprach. Die *Times* beschwichtigte daraufhin, dass diese Äußerung des Thronfolgers zwar nicht der Haltung der britischen Regierung entspreche, diese sich jedoch in dieser Frage bereits kompromissbereit erklärt habe (TT 13.11.1991:1, 24, TT 13.11.1991:2).

2502 TT 08.12.1990:7, ähnlich auch TT 10.12.1990:8, TT 10.12.1990:11, TT 12.12.1990:8, TG 08.12.1990:1. In ähnlicher Form deutete 1991 auch der *Guardian* die Forderung der sozialdemokratischen Fraktion im Europäischen Parlament nach mehr Mehrheitsentscheiden in der Sozialpolitik als einen Angriff auf die britische Position (TG 03.12.1991:8e).

2503 TG 20.11.1991:8b, TG 09.12.1991:2e.

2504 Beispielsweise als Sichtweise der übrigen EG-Staaten (TT 26.06.1990:11, TT 13.12.1991:15a), der EG-Beamten (TT 04.12.1991:8a) oder der „Pro-Europeans“ (TG 05.12.1991:8a). Vor allem in der *Times* erwähnten einige Artikel zudem, dass sich selbst Margaret Thatcher bereits bei der Einheitlichen Europäischen Akte auf die Einführung von Mehrheitsentscheidungen in bestimmten Politikfeldern eingelassen habe (TT 30.11.1989:15, TT 05.11.1990:10). Thatchers Privatsekretär Charles Powell argumentierte in einem Gastkommentar allerdings, dass es sich dabei lediglich um ein „limited and practical outcome“ gehandelt habe, während es in Maastricht um viel weiter reichende Vorhaben gehe (TT 12.11.1991:14, ähnlich TT 09.12.1991:15d).

2505 TG 23.11.1990:29a.

müsse.<sup>2506</sup> Als der Diskurs im *Guardian* nach dem britischen Regierungswechsel Ende 1990 an föderalistischem Impetus verlor, fand sich hingegen auch klare Kritik an der Ausweitung von Mehrheitsentscheidungen als Bedrohung der nationalen Souveränität.<sup>2507</sup> Ein ausführlicher Artikel kurz vor dem Gipfel von Maastricht beschrieb sie als ein „somewhat obscure issue“, über das die britische Regierung aber ein Scheitern der Verhandlungen zu riskieren bereit sei, da es aus ihrer Sicht „right to the heart of the defence of national sovereignty“ gehe.<sup>2508</sup>

Zugleich erschien im *Guardian* allerdings immer wieder auch Kritik an der Funktionsweise des britischen Parlaments, das selbst mit einem formellen Vetorecht faktisch nicht in der Lage sei, demokratische Legitimation für EG-Entscheidungen zu erzeugen;<sup>2509</sup> Meinungstexte äußerten sich immer wieder kritisch zum Zustand des britischen Parlamentarismus und beschrieben die europäische Integration sogar als Chance zur Verbesserung der nationalen politischen Kultur.<sup>2510</sup> Entsprechend blieb die Bewertung der Vertragsreform in Bezug auf die nationale Souveränität und Demokratie im *Guardian* bis zuletzt ambivalent: Am 5. November 1991 verglich anlässlich des Guy-Fawkes-Tags ein Gastbeitrag der konservativen Abgeordneten Teresa Gorman den Gipfel von Maastricht mit der Pulveranschlag gegen das britische Parlament von 1605, bei der es sich ebenfalls um einen Angriff auf die britische Souveränität gehandelt habe.<sup>2511</sup> Ein direkt daneben abgedruckter Gastkommentar des Labour-Abgeordneten Tony Banks erklärte hingegen zum selben Thema, dass die europäische Integration „peacefully and voluntarily“ erfolge und zudem im Zu-

---

2506 TG 28.04.1990:6a.

2507 Z. B. TG 15.12.1990:6b.

2508 TG 05.12.1991:8a.

2509 TG 21.11.1989:23, TG 28.04.1990:6a.

2510 Z. B. TG 20.11.1991:21.

2511 TG 05.11.1991:23a. Tatsächlich handelte es sich bei diesem Vergleich um einen wiederkehrenden Topos der britischen Debatte. Schon ein Jahr zuvor hatte der Historiker Jonathan Clark den Attentäter Guy Fawkes in der *Times* ironisch als „our first good European“ bezeichnet (TT 03.11.1990:12a). Kurz vor dem Gipfel von Maastricht behauptete eine Glosse im *Guardian*, dass schon Fawkes und seine Mitverschwörer ihre Pläne zur Zerstörung des britischen Parlaments in Maastricht geschmiedet hätten (TG 09.12.1991:2a). Eine andere Glosse behandelte die Gipfel-Kritik von Ian Paisley, dem protestantischen und europaskeptischen Parteichef der nordirischen Democratic Unionist Party, und bezeichnete die europäische Integration in diesem Zusammenhang ironisch als einen „Papist plot“ – was sich als eine weitere Anspielung auf die katholische Pulveranschlag verstehen ließ (TG 10.12.1991:3a).

### 3. Verschiebung der institutionellen Legitimationsgrundlage

sammenhang mit einem wachsenden Einfluss europäischer und globaler Ereignisse auf die nationale Innenpolitik stehe:

In the light of such developments, talk of preserving parliamentary sovereignty is futile and sentimental since it has long gone.<sup>2512</sup>

Demgegenüber ließ die *Times* keine Zweifel an der Deutung der britischen Regierung erkennen, dass die Ausweitung von Mehrheitsentscheiden die nationale Souveränität und insbesondere die Eingriffsmöglichkeiten der demokratisch legitimierten nationalen Parlamente bedrohe.<sup>2513</sup> Gleichzeitig setzte die Zeitung die Abschaffung nationaler Vetorechte meist mit einer Stärkung der Europäischen Kommission gleich. Beispielsweise erschien auf der *Times*-Liste der „remaining sticking points“ auch der Punkt „European Commission powers“, der dann folgendermaßen erklärt wurde: „Federalists want new Commission competence in areas such as health, transport, energy and education, with majority voting. Britain sceptical.“<sup>2514</sup> Ein Leitartikel erkannte „the need of member states for external co-operation“ an, forderte aber, dass statt der Kommission der Ministerrat im Mittelpunkt der EG stehen müsse. Als „conclave of Europe’s democratic leaders“ sei dieser „rooted in domestic politics and [...] thus more sensitive to the accelerator and the brake of integration“.<sup>2515</sup> Ein anderer Leitartikel bezeichnete die Forderung „that democratic accountability under a redrafted treaty should run direct from the Council of Ministers to the various national cabinets and parliaments“ als „an essential element in Britain’s case“.<sup>2516</sup>

Nach dem Gipfel werteten die britischen Zeitungen die Ausweitung der Mehrheitsentscheide vor allem als ein britisches Zugeständnis<sup>2517</sup> und

---

2512 TG 05.11.1991:23b.

2513 Z. B. TT 14.12.1990:13, ähnlich TT 12.11.1991:15b. Nur ein Leserbrief äußerte in der *Times* Skepsis gegenüber diesem Argument: Da sich das britische Parlament faktisch ohnehin nicht um das Abstimmungsverhalten der Regierung im Ministerrat kümmere, könnte es auch durch die Abschaffung nationaler Vetorechte nicht geschwächt werden (TT 02.12.1991:15a).

2514 TT 02.12.1991:9b. Demgegenüber erklärte ein Artikel des Brüssel-Korrespondenten Michael Binyon zwar, dass eine Ausweitung der Mehrheitsentscheide eigentlich nicht die Kommission stärken, sondern eher den Ministerrat handlungsfähiger machen würde (TT 05.12.1991:11c). Dieses Argument fand jedoch keinen Niederschlag im breiteren Diskurs der Zeitung.

2515 TT 09.12.1991:15d.

2516 TT 20.11.1991:19d, ähnlich auch TT 22.11.1991:19.

2517 TG 10.12.1991:1, 26, TG 10.12.1991:3b, TT 12.12.1991:2e, TT 13.12.1991:14b.

einen französischen Erfolg.<sup>2518</sup> Der Schatten-Außenminister der Labour Party, Gerald Kaufman, bezeichnete die Ausweitung der Mehrheitsentscheide in einem *Times*-Gastkommentar als eine unausweichliche Entwicklung der EG, vor der sich Großbritannien nicht verschließen könne.<sup>2519</sup> Ein *Times*-Leitartikel betonte allerdings auch, dass die Einigung in Maastricht den Ministerrat auf Kosten der Kommission als „central legislative organ of the Community“ gestärkt habe; ein „important range of policy areas, including immigration and justice“ verbleibe „within the intergovernmental framework“<sup>2520</sup> – ein Aspekt, den auch Major selbst gegenüber den Unterhausabgeordneten betonte.<sup>2521</sup>

Insgesamt spielten also auch in der Debatte über die Ausweitung der Mehrheitsentscheide nationale Kontexte eine wichtige Rolle: In den deutschen und französischen Medien handelte es sich um ein zwar wiederholt erwähntes, aber nicht zentrales Thema in der Auseinandersetzung über die Vertragsreform. Argumente für eine Reduzierung der nationalen Vetorechte (insbesondere die größere Handlungsfähigkeit nach einer anstehenden Erweiterung) wurden dabei nur selten explizit genannt. Häufiger erschienen Mehrheitsentscheide wie ein selbstverständlicher Schritt zur vertieften Integration, der nicht weiter begründet zu werden brauchte. Umgekehrt wurde auch das Zerbrechen der Legitimationskette, die die EG-Entscheidungen über das Vetorecht der nationalen Regierungen mit den nationalen Parlamenten und Wählerschaften verband, in Deutschland und Frankreich nur in einzelnen Kommentaren kritisiert – dann allerdings oft in sehr scharfer Form.

In den britischen Zeitungen war die Ausweitung der Mehrheitsentscheide hingegen häufiger Thema. Dies lag teilweise daran, dass die Souveränität des nationalen Parlaments in Großbritannien generell einen bedeutenden Topos des verfassungspolitischen Diskurses darstellte.<sup>2522</sup> Vor allem aber nahmen die britischen Zeitungen die Forderung nach nationalen Ve-

---

2518 TT 12.12.1991:3b.

2519 TT 13.12.1991:14a.

2520 TT 12.12.1991:21. Ein anderer *Times*-Artikel beschrieb auch den Erhalt nationaler Vetorechte in der Industriepolitik als britischen Erfolg (TT 11.12.1991:1a).

2521 TT 12.12.1991:3d, TG 12.12.1991:3e.

2522 Zur Rolle der Parlamentsouveränität für europaskeptische und nationalistische Diskurse in Großbritannien vgl. Wellings 2010:492–494. Sogar die Frage, ob angesichts der Souveränität des Parlaments Europarecht überhaupt Vorrang gegenüber nationalem Recht haben könne, wurde in Großbritannien erst mit dem Factortame-Verfahren 1991 entschieden (vgl. Barber 2011).

### 3. Verschiebung der institutionellen Legitimationsgrundlage

torechten in den Vertragsverhandlungen als Position der eigenen nationalen Regierung wahr und schenkten ihr deshalb größere Aufmerksamkeit. Im *Guardian* fiel die Bewertung dabei ambivalent aus, allerdings nicht so sehr aus Zustimmung zu dem Reformschritt selbst, sondern aus Zweifeln an der Qualität des britischen nationalen Parlamentarismus. Die *Times* äußerte hingegen vehemente Unterstützung für die Position der britischen Regierung und kritisierte die Ausweitung der Mehrheitsentscheide als Bedrohung für die – nationale – Demokratie.

#### 3.2 Stärkung des Europäischen Parlaments

Während die Ausweitung der Mehrheitsentscheide die Legitimationskette zu den nationalen Parlamenten abreißen ließ, erzeugte die Stärkung des Europäischen Parlaments im Vertrag von Maastricht einen neuen, supranationalen Strang demokratischer Legitimation. Auf institutioneller Ebene bedeutete dieser Reformaspekt also einen deutlichen Schritt von einem mitgliedstaatlich-außenpolitischen zu einem europäisch-innenpolitischen Integrationsmodell und bot deshalb den vielleicht wichtigsten Ansatzpunkt für einen möglichen Verfassungsmoment in der öffentlichen Debatte. Tatsächlich waren die neuen Kompetenzen des Europäischen Parlaments – insbesondere das Mitentscheidungsverfahren in der Gesetzgebung und ein Vetorecht bei der Ernennung der Europäischen Kommission – von föderalistischen Organisationen und von den Europaabgeordneten selbst bereits seit den Anfangsjahren der europäischen Integration gefordert worden.<sup>2523</sup> Ausgehend vom Spinelli-Entwurf 1984 brachte das Parlament auch in den Jahren zwischen der Einheitlichen Europäischen Akte und dem Fall der Berliner Mauer wiederholt entsprechende Forderungen vor.<sup>2524</sup>

Auch die Medien verstanden die Überwindung des Demokratiedefizits der EG durch eine Stärkung des Europäischen Parlaments zunächst vor allem als eine föderalistische Position. In der deutschen und französischen Berichterstattung wurde diese Forderung zunächst jedoch nur sehr vereinzelt aufgegriffen, wobei sie teils als Wunsch des Parlaments selbst,<sup>2525</sup> teils

---

2523 Das herausragendste Beispiel ist der Furler-Bericht des Europäischen Parlaments von 1963, vgl. Europäisches Parlament 27.06.1963.

2524 Vgl. Corbett 2001:168–170, 276–277.

2525 Z. B. FAZ 17.04.1989:1, LF 22.11.1989:4.

als Vorschlag einzelner europäischer Parteifamilien<sup>2526</sup> oder der europäischen Föderalisten erschien.<sup>2527</sup> Da diese Sichtweise von keiner nationalen Regierung in prominenter Form aufgenommen wurde, gingen die Medien jedoch meist nicht näher darauf ein und diskutierten auch nicht die möglichen daraus folgenden Konsequenzen. Etwas intensiver fiel die Debatte lediglich in Großbritannien aus. Auch hier erschien die Aufwertung des Europäischen Parlaments vor allem als eine Forderung der Föderalisten im Parlament selbst und in der Europäischen Kommission.<sup>2528</sup>

Europaweit größere Aufmerksamkeit fand die Stärkung des Europäischen Parlaments erst während der zweiten Phase der Verhandlungen, nachdem Helmut Kohl sich die Forderung im Vorfeld des Gipfels von Straßburg zu eigen gemacht hatte. In der Folge wurde sie auch in den Medien aller drei Länder vermehrt als eine ‚deutsche‘ Position behandelt: So sprach *Le Figaro* im Dezember 1989 erstmals von der Stärkung des Parlaments als einer „exigence allemande“ und begründete diese Haltung später unter anderem mit der besonderen deutschen „culture politique, parlementaire et régionale“.<sup>2529</sup> Die SZ bezeichnete im April 1990 die Politische Union als die Verbindung der von Deutschland geforderten Stärkung des Parlaments mit der von Frankreich gewünschten eigenständigen europäischen Sicherheitspolitik.<sup>2530</sup> Die FAZ erklärte im Juni 1990, dass das Europäische Parlament mit seinen Vorstößen zuvor „auf wenig Widerhall“ gestoßen sei, nun jedoch dank „Kohls Wunsch [...], die Rechte des Parlaments zu stärken“ auf „mächtige Verbündete“ in Deutschland und Frankreich rechnen könne.<sup>2531</sup> Auch die britischen Medien verstanden die Stärkung des Europäischen Parlaments ab Ende 1989 zunehmend als ‚deutsche‘ Position.<sup>2532</sup> Ein *Times*-Leitartikel beschrieb Kohls Forderung sogar als einen Trick zur Ausweitung der nationalen Machtposition, da ein verei-

---

2526 Z. B. LF 16.11.1989:8 in Bezug auf die ELDR.

2527 LM 09.12.1989:8b.

2528 Z. B. TG 26.10.1988:9, TG 22.11.1989:12, TG 07.12.1989:20a, TG 09.12.1989:7b, TG 13.12.1989:8, TT 09.12.1989:8c, TT 13.12.1989:8. Auch später blieb diese Zuschreibung in den britischen Medien präsenter als in den deutschen und französischen Zeitungen (vgl. z. B. TG 11.10.1990:10, TG 23.10.1990:22a, TG 23.11.1990:29a, TT 11.04.1990:12, TT 01.12.1990:1, TT 12.11.1991:15b).

2529 LF 08.12.1989:6b, LF 03.12.1991:5a, vgl. auch LM 29.11.1991:7.

2530 SZ 23.04.1990:4.

2531 FAZ 23.06.1990:10.

2532 TG 23.11.1989:8, TG 07.12.1989:20a, TG 18.05.1990:23, TT 08.12.1989:14a, TT 27.04.1990:9, TT 30.04.1990:10b. Diese Zuschreibung wurde in der letzten Phase der Verhandlungen noch deutlicher: TT 11.11.1991:12, TT

### 3. Verschiebung der institutionellen Legitimationsgrundlage

nigtes Deutschland durch seine hohe Sitzzahl das Europäische Parlament kontrollieren würde.<sup>2533</sup>

In der Schlussphase der Verhandlungen vor dem Gipfel von Maastricht gewann der Europäische Parlament noch einmal an Nachrichtenwert, als es wegen der unzureichenden Ausweitung seiner Rechte mit einer Ablehnung des Vertrags drohte.<sup>2534</sup> Auch in dieser Zeit berichteten die Zeitungen über den Vorschlag jedoch meist als eine ‚deutsche‘ Position – was noch zusätzlich dadurch unterstrichen wurde, dass sich auch die SPD und andere deutsche Akteure dafür einsetzten.<sup>2535</sup>

Diese Zuschreibung als gleichzeitig ‚föderalistische‘ und ‚deutsche‘ Position ermöglichte ein doppeltes Deutungsmuster des Reformvorschlags, das sich in den Medien aller drei Länder fand: Auf der einen Seite erschien er in einigen Texten tatsächlich als Ausdruck einer institutionellen Transformation der Europäischen Gemeinschaften, deren demokratische Legitimität sich künftig weniger auf die nationalen Regierungen und Parlamente und mehr auf das Europäische Parlament stützen würde. Dieses Deutungsmuster fand sich allerdings meist nur in einzelnen Analysen, oft in Form von Gastbeiträgen von Politikwissenschaftlern.<sup>2536</sup> Lediglich im *Guardian* nannten regelmäßig auch Texte und Kommentare der Redaktion selbst die

---

26.11.1991:11, TT 27.11.1991:12b, TT 02.12.1991:9d, TT 09.12.1991:2c. Als weitere Unterstützer des Vorschlags wurden z. B. Belgien (TT 11.04.1990:12, TG 20.04.1990:1), Griechenland (TT 01.05.1990:12 und Italien (TT 26.10.1990:12) genannt.

2533 TT 26.06.1990:13. Das Argument fand sich auch später noch in Gastkommentaren oder als Zitat europaskeptischer britischer Politiker (TT 13.12.1990:14, TT 15.11.1991:8).

2534 FAZ 21.11.1991:5b, FAZ 21.11.1991:5a, FAZ 10.12.1991:5a, FAZ 09.12.1991:10b, SZ 23.11.1991:2, LM 22.11.1991:3a, LM 11.12.1991:6.

2535 Alle untersuchten Zeitungen berichteten, dass die SPD bei einer unzureichenden Stärkung des Europäischen Parlaments die Ratifikation des Vertrags abzulehnen drohe (FAZ 21.11.1991:5b, FAZ 22.11.1991:4, FAZ 28.11.1991:4, FAZ 03.12.1991:6, FAZ 05.12.1991:4, SZ 21.11.1991:8, LM 29.11.1991:7, LF 18.11.1991:3, LF 12.12.1991:6b, TG 15.11.1991:11, TG 30.11.1991:1, TT 12.12.1991:2d). Zudem wurden auch die Evangelische Kirche in Deutschland und der Deutsche Gewerkschaftsbund mit dieser Forderung zitiert (SZ 06.12.1991:8b, SZ 09.12.1991:6, LM 10.12.1991:21, 30).

2536 In *Le Monde* waren dies vor allem mehrere Gastbeiträge des Politikwissenschaftlers und Europaabgeordneten Maurice Duverger (LM 21.04.1989:2, LM 23.11.1989:2, LM 30.06.1990:2, LM 29.11.1990:2, LM 28.11.1991:2b), in der FAZ die Analyse einer Professorengruppe um Werner Weidenfeld (FAZ 21.06.1990:9–10) sowie ein abgedruckter Vortrag des Politikwissenschaftlers Peter Graf Kielmansegg (FAZ 07.12.1990:13).



Stärkung des Parlaments als Chance auf eine neue Legitimationsgrundlage der EG:

[T]here is no future in trying to make an increasingly supra-national executive [...] answerable merely to national Parliaments. This might have made sense when all Council decisions that mattered were passed with unanimity. But more and more decisions are now taken by qualified majority vote. [...] To this extent, the Council is literally unaccountable to anyone, even where individual governments remain – in theory – answerable to their national Parliaments. The only effective control over an expanding European embryo-government can be exercised by the directly elected European Parliament.<sup>2537</sup>

Auf der anderen Seite erschien die Beteiligung des Europäischen Parlaments an der europäischen Gesetzgebung aber auch als bloße Verhandlungsmasse in den Gesprächen zwischen den Regierungen: als eine ‚deutsche‘ Forderung, die in Tauschgeschäften mit den Positionen anderer Regierungen verrechnet werden konnte. In diesem Deutungsrahmen interessierte dieser Bestandteil der Reform weniger aufgrund seiner inhaltlichen Bedeutung, sondern vor allem als Indikator für das Verhandlungsgeschick Helmut Kohls gegenüber François Mitterrand (der in dieser Frage als ambivalent bis skeptisch galt)<sup>2538</sup> und der britischen Regierung (die den Vorschlag ablehnte)<sup>2539</sup>. Im Verlauf der zweiten und besonders der dritten

2537 TG 13.12.1989:23, ähnlich auch TG 07.07.1988:21, TG 16.06.1989:23, TG 28.06.1989:23, TG 28.04.1990:6a. Die *Times* wiederum wies diese Idee in mehreren Leitartikeln offen zurück (TT 28.06.1990:12, TT 14.12.1990:13, TT 20.11.1991:19d, TT 02.12.1991:15b, TT 09.12.1991:15d).

2538 Z. B. FAZ 05.12.1990:6, FAZ 14.12.1990:2b, FAZ 14.12.1990:17, FAZ 17.12.1990:1, FAZ 29.11.1991:1–2, FAZ 09.12.1991:11b, SZ 14.12.1990:2, SZ 17.12.1990:4, LF 20.04.1990:1b, LF 20.04.1990:4, LF 28.04.1990:2b, LF 25.06.1990:3b, LF 03.12.1991:5a, LM 04.12.1991:1a, LM 07.12.1991:1a, TT 13.12.1990:10e, TT 13.12.1990:14.

2539 Z. B. FAZ 23.04.1990:2, FAZ 05.12.1990:6, FAZ 13.12.1990:16, LF 20.04.1990:1b, LF 20.04.1990:4, LF 28.04.1990:2b. Ebenfalls als skeptisch gegenüber dem Vorschlag galt unter anderem Irland (FAZ 13.12.1990:5i, TT 01.05.1990:12). Als Unterstützer eines stärkeren Parlaments erschienen neben Deutschland auch Italien (SZ 25.06.1990:7), Spanien und Griechenland (FAZ 14.12.1990:1–2) sowie Belgien und die Niederlande (FAZ 13.12.1990:5a, FAZ 13.12.1990:5c, FAZ 13.12.1990:5d, SZ 10.12.1990:9, SZ 14.12.1990:8, SZ 14.12.1990:4). Nur einzelne Artikel thematisierten auch, dass die gesamteuropäischen Parteien den Vorschlag unterstützten, etwa der BSPEG (FAZ 12.12.1990:6, SZ 12.12.1990:7) oder die liberale Fraktion im Europäischen Parlament (TT 06.12.1990:7a).

Phase der Verhandlungen gewann dieses zweite Deutungsmuster zunehmend an Bedeutung: Je näher der Gipfel von Maastricht rückte, desto stärker wurde die Debatte über demokratische Grundsatzfragen durch eine Analyse der nationalen Verhandlungspositionen ersetzt.

Mit diesem mitgliedstaatlich-außenpolitischen Deutungsmuster ging auch eine starke nationale Einfärbung der Debatte über das Europäische Parlament einher, die in den verschiedenen Ländern je nach Position der eigenen Regierung unterschiedlich ausfiel. So gewann die Auseinandersetzung in den britischen Medien bereits früher an Nachrichtenwert als in der deutschen und französischen Öffentlichkeit – was sich vor allem aus der ausdrücklichen Ablehnung durch die britische Regierung erklärt, die die Zeitungen ausgehend von Margaret Thatchers antiföderalistischer Brügge-Rede 1988 immer wieder thematisierten.<sup>2540</sup>

Zugleich war die britische Debatte von Anfang an stark polarisiert: Während sich der oppositionsnahe *Guardian* klar für eine Aufwertung des Europäischen Parlaments als „primary law-making assembly“ und als „the key to reducing the democratic deficit“ aussprach,<sup>2541</sup> unterstützte die *Times* eher den Ansatz der Regierung, nach dem für eine Demokratisierung vor allem der Ministerrat gegenüber der Kommission gestärkt werden müsse. Allerdings zeigte die konservative Zeitung dabei zunächst noch eine gewisse Ambivalenz: Ein Leitartikel nach der Europawahl 1989, der indirekt eine Stärkung des Europäischen Parlaments guthieß,<sup>2542</sup> löste

---

2540 Z. B. TG 26.10.1988:9, TT 13.12.1989:8, TT 13.12.1989.

2541 So TG 07.07.1988:21 und TG 28.04.1990:6a, ähnlich auch TG 16.06.1989:23, TG 26.06.1989:18, TG 28.06.1989:23, TG 23.11.1989:8, TG 23.11.1989:20, TG 04.12.1989:22d, TG 11.12.1989:18a, TG 11.12.1989:7b, TG 27.04.1990:10, TG 18.05.1990:23, TG 13.12.1990:21. Auch sonst zeigte sich der *Guardian* immer wieder recht freundlich gegenüber dem Europäischen Parlament. In der Frage nach dessen künftigem Sitz sprach sich die Zeitung beispielsweise dafür aus, dass das Parlament selbst seine Wünsche durchsetzen solle (TG 12.04.1990:21). Die *Times* hingegen sah in dieser Angelegenheit lediglich einen nationalen Interessenskonflikt zwischen Frankreich, das Straßburg als Sitz erhalten wolle, und den meisten übrigen Staaten (TT 12.03.1990:11).

2542 Im Einzelnen hieß es darin, es sei „common ground that the national Parliaments cannot exercise a sufficient check on the measures emerging from Brussels“, aber auch das Europäische Parlament sei nicht „sufficiently equipped to fill this hole“. Des Weiteren warf der Leitartikel den europäischen „quasi-federalists“ vor, der Debatte „where Europe is going constitutionally“ aus dem Weg zu gehen, und forderte das neu gewählte Parlament auf „to address the institutional as well as the political questions“ (TT 20.06.1989:17). Die Resolutionen zur institutionellen Reform, die das Parlament in den Jahren zuvor verabschiedet hatte, erwähnte der Leitartikel nicht.

mehrere ablehnende Leserbriefe aus, in denen teils sogar die Forderung erhoben wurde, das Parlament wieder zu einer rein konsultativen Versammlung zu machen.<sup>2543</sup> Der britische Wettbewerbskommissar Leon Brittan erklärte in einem Interview, zur Überwindung des Demokratiedefizits der EG die Macht des Europäischen Parlaments auszuweiten sei zwar „logical“, aber „politically unacceptable“, „as it implied the beginning of a federal system“.<sup>2544</sup> Ende 1989 berichtete die Zeitung schließlich darüber, dass eine Äußerung Thatchers, das Europäische Parlament sei „not a real parliament“, die Europaabgeordneten der Conservative Party dazu gebrachte habe, ihre Unterstützung für Thatchers parteiinternen Herausforderer Anthony Meyer zu erklären.<sup>2545</sup>

Je mehr die Frage einer Stärkung des Parlaments jedoch ab April 1990 ins Zentrum der Reformdebatte rückte, desto konsequenter betonte die *Times* die Position der britischen Regierung, nach der die Europaabgeordneten lediglich bei der Kontrolle der Europäischen Kommission, nicht aber bei der EG-Gesetzgebung größere Kompetenzen erhalten sollten.<sup>2546</sup> Eine Analyse der *Times* begründete dies mit der „importance of Parliament in our daily political lives, for which a fractional British share in the present

2543 TT 23.06.1989:13a.

2544 TT 23.06.1989:8. Stattdessen sprach sich Brittan für eine bessere Verzahnung des Europäischen Parlaments mit den nationalen Parlamenten aus, die dann ihre jeweilige Regierung im Ministerrat kontrollieren sollten.

2545 TT 04.12.1989:2. Auch in Leserbriefen äußerten konservative Europaabgeordnete teils ausdrückliche Unterstützung für eine Stärkung des Europäischen Parlaments (z. B. TT 06.12.1989:17a). Über die parteiinternen Konflikte zwischen Thatcher und den Europaabgeordneten hatte zuvor auch der *Guardian* bereits berichtet (z. B. TG 26.10.1988:9).

2546 Z. B. TT 25.04.1990:10, TG 12.06.1990:6, TG 12.06.1990:20, TT 26.11.1990:12, TT 01.12.1990:1, TT 06.12.1990:11, TT 07.12.1990:6, TT 15.12.1990:1, TT 08.11.1991:1, TT 11.11.1991:1a, TT 13.11.1991:9c. Diese Haltung wurde nur im November 1991 vorübergehend aufgebrochen, als Außenminister Hurd die Bereitschaft der Regierung erklärte, in bestimmten Gesetzgebungsfragen ein Vetorecht des Parlaments zu akzeptieren. Die *Times* sah darin in einer ersten Reaktion eine echte Konzession der Regierung (TT 13.11.1991:1, TT 13.11.1991:8a), schränkte diese Einschätzung jedoch in den folgenden Tagen wieder ein (TT 14.11.1991:8c, TT 15.11.1991:1). Dennoch erschien das Mitentscheidungsverfahren nun kurzzeitig als offene Streitfrage mit einigen Unterstützern im europafreundlichen Flügel der Partei (TT 15.11.1991:8). Diese Offenheit endete allerdings mit der Europadebatte im Unterhaus am 20. November, in der Major die ablehnende Haltung der Regierung bekräftigte (TT 21.11.1991:6–7). Nach dem Gipfel verteidigten nur einzelne Angehörige des europafreundlichen Flügels öffentlich die Stärkung des Europäischen Parlaments (TT 13.12.1991:15a, TT 20.12.1991:6b).

### 3. Verschiebung der institutionellen Legitimationsgrundlage

European Parliament at Strasbourg is no substitute“.<sup>2547</sup> Zugleich betonte die Zeitung mehrfach, dass die britische Regierung mit ihrem Widerstand gegen diese Forderung nicht isoliert sei, sondern von kleineren Ländern wie Irland oder Luxemburg unterstützt werde.<sup>2548</sup> In den Tagen vor dem Gipfel von Maastricht erschien das Veto- und Initiativrecht des Europäischen Parlaments in der *Times* als einer der „remaining sticking points“.<sup>2549</sup>

Die Idee, dass eine Stärkung des Europäischen Parlaments das Demokratiedefizit der EG beheben könnte, spielte in der *Times* hingegen kaum eine Rolle. Sie wurde etwa in der Berichterstattung über die Assisen in Rom,<sup>2550</sup> später auch als Position der Labour Party aufgegriffen.<sup>2551</sup> Meinungstexte wiesen diese Vorstellung jedoch regelmäßig frontal zurück. Ein Leitartikel beschrieb das Parlament als „one of the more pathetic creations of modern European politics“ und sprach von „zany plans for subordinating the Commission to the European Parliament“;<sup>2552</sup> ein anderer bezeichnete die Hoffnung auf eine Überwindung des Demokratiedefizits durch europäische Parteien schon aufgrund der Sprachenvielfalt als „absurd“.<sup>2553</sup> Ein Leitartikel am ersten Tag des Gipfels von Maastricht fasste die Ablehnung der Zeitung in scharfen Worten zusammen:

Some ideas for bridging the “democratic deficit” via the European parliament [...] would not pass muster in a schoolboy essay. [...] The Strasbourg parliament cannot conceivably deliver “responsible government” on the British or any other intellectually coherent constitutional model. It is, like any such imperial assembly, a pork barrel lobby ringing with cries of “more for me”.<sup>2554</sup>

Aber auch im *Guardian* blieb die Unterstützung für das Europäische Parlament stets mit einer nationalen Perspektive auf die eigene Regierung ver-

---

2547 TT 25.04.1990:12.

2548 TT 01.05.1990:12, ähnlich TT 30.04.1990:15, TT 13.12.1990:10f.

2549 TT 02.12.1991:9b.

2550 TT 29.11.1990:23.

2551 TT 14.11.1991:8d, TT 26.11.1991:6, TT 28.11.1991:7a. Ein Leitartikel unterstellte allerdings, die Labour Party leiste sich diese Europafreundlichkeit nur, weil sie in der Opposition sei (TT 27.11.1991:19). Darüber hinaus sprachen sich nur einige Leserbriefe für eine Demokratisierung durch das Europäische Parlament aus (TT 29.11.1991:19e, TT 02.12.1991:15c, TT 02.12.1991:15d, TT 02.12.1991:15e).

2552 TT 27.04.1990:13, ähnlich TT 14.12.1990:13, TT 23.11.1991:15c.

2553 TT 20.11.1991:19d, ähnlich auch TT 28.06.1990:12, TT 02.12.1991:15b.

2554 TT 09.12.1991:15d.

bunden. So nahm die Zeitung dieses Thema zum Anlass, um Thatchers „disregard for the parliamentary institutions of every other country, not to mention the European Parliament itself“ zu kritisieren<sup>2555</sup> oder ihr die drohende Isolation Großbritanniens vorzuwerfen.<sup>2556</sup> Zudem verlor das Thema für die Zeitung im Lauf der Verhandlungen an Bedeutung; ab Ende 1990 äußerte sie sich nur noch selten ausdrücklich für eine Stärkung des Parlaments. Dies lässt sich zum einen mit der generell zurückhaltenderen europapolitischen Linie des *Guardian* nach dem Regierungsantritt John Majors erklären. Zum anderen kam es zu diesem Thema Ende 1990 auch zu einem Streit innerhalb der britischen Linken, da die Spitze der Labour Party nicht so weit gehen wollte wie die Europaabgeordneten der Partei.<sup>2557</sup> Erst Ende 1991 wurde die Forderung nach einer Stärkung des Parlaments von der Labour Party nachdrücklich aufgegriffen, was der *Guardian* wiederum mit einigen Artikeln thematisierte.<sup>2558</sup>

In den deutschen Medien war die Forderung nach einem stärkeren Europäischen Parlament besonders stark an Bundeskanzler Helmut Kohl geknüpft. So beschrieb die FAZ anlässlich des Gipfels von Straßburg ausführlich die Sichtweise der Bundesregierung, nach der „Wirtschafts- und Währungsunion und Kontrollrechte für das Europäische Parlament zwei Teile eines größeren Vorhabens“ bildeten.<sup>2559</sup> Allerdings erwähnten Artikel in beiden deutschen Zeitungen zunächst auch, dass andere Akteure den Vorstoß des Bundeskanzlers als Verzögerungstaktik sähen.<sup>2560</sup> Dass die Bundesregierung kurz vor dem Gipfel von Straßburg erklärte, Kohls Forderung nach mehr Rechten für das Parlament sei keine „Bedingung“, sondern der „Beginn einer Diskussion“, wertete die SZ als ein Nachgeben infolge dieses Misstrauens.<sup>2561</sup> Mit diesem Zurückrudern der Bundesregierung verlor das Thema für die deutschen Medien zunächst auch wieder stark an Interesse. Ein FAZ-Leitkommentar über die Ergebnisse des

---

2555 TG 05.12.1989:19.

2556 TG 16.06.1989:23, TG 28.06.1989:23, TG 11.12.1989:7b, TG 13.12.1989:23. Umgekehrt interpretierte die Zeitung die Forderung des Parlaments nach neuen Kompetenzen im Juli 1990 als „a direct confrontation with the British government“ (TG 11.07.1990:4).

2557 TG 21.11.1990:6, TG 11.12.1990:6.

2558 TG 25.11.1991:2, TG 27.11.1991:9d.

2559 FAZ 07.12.1989:1–2, ähnlich auch FAZ 08.12.1989:5c.

2560 SZ 08.12.1989:2b, FAZ 08.12.1989:5b, FAZ 08.12.1989:5c.

2561 SZ 08.12.1989:2b, ähnlich FAZ 08.12.1989:5a, FAZ 09.12.1989:1–2.

### 3. Verschiebung der institutionellen Legitimationsgrundlage

Straßburger Gipfels griff das Thema überhaupt nicht auf;<sup>2562</sup> und auch dass sich die belgische Regierung mit ihrem Memorandum im März 1990 ausdrücklich hinter den Vorschlag stellte, erwähnten die Zeitungen kaum.<sup>2563</sup>

Als zentrales Thema in der deutschen Debatte zur Vertragsreform etablierte sich die Stärkung des Parlaments erst mit dem gemeinsamen Schreiben Kohls und Mitterrands zur Politischen Union vom April 1990.<sup>2564</sup> Zugleich galt diese Forderung nun regelmäßig als deutsches Gegenstück zu den französischen Wünschen nach einer Währungsunion und einer gemeinsamen Außenpolitik.<sup>2565</sup> Besonders präsent war die Forderung nach einer Stärkung des Parlaments schließlich in den Wochen vor dem Gipfel von Maastricht.<sup>2566</sup>

Vor allem in der FAZ ging mit der Aneignung als ‚deutsche‘ Position auch ein zunehmend positives Bild dieses Teils der Vertragsreform einher: So warnte ein FAZ-Leitkommentar im April 1990 noch vor einer überstürzten Aufwertung des Europäischen Parlaments zum „Gesetzgeber der Gemeinschaft“: Es sei „vermessen, ein neues Verfassungsgleichgewicht [...] in kaum mehr als zwei Jahren zu schaffen“ zu versuchen.<sup>2567</sup> Im Lauf des Jahres 1990 wuchs die Zustimmung der FAZ für eine Parlamentarisierung der EG nach dem „Vorbild eines föderalistisch verfaßten Bundesstaates wie desjenigen der Bundesrepublik“ hingegen schnell an.<sup>2568</sup> Gegen Ende des Jahres beschrieb die Zeitung die Stärkung des Parlaments regelmäßig als eine „zentrale Forderung“ Deutschlands<sup>2569</sup> und unterstützte sie auch in Meinungstexten.<sup>2570</sup>

Damit einhergehend übten beide deutschen Zeitungen verschiedentlich Kritik an anderen EG-Regierungen, von denen die „Mehrheit, mit Frank-

---

2562 FAZ 11.12.1989:1. Ein anderer Bericht hob hervor, dass Thatcher die Stärkung des Europäischen Parlaments ablehne, „weil so die demokratischen Zuständigkeiten der nationalen Parlamente ausgehöhlt würden“ (FAZ 11.12.1989:1–2).

2563 Die SZ erwähnte diese belgische Position lediglich mit einem einzelnen Satz in einem Kurzartikel (SZ 23.03.1990:10).

2564 Z. B. FAZ 20.04.1990:1a, FAZ 27.06.1990:1–2, FAZ 17.12.1990:1–2, SZ 20.04.1990:1, SZ 17.12.1990:1.

2565 Z. B. FAZ 28.04.1990:1, FAZ 23.06.1990:10, SZ 23.04.1990:4.

2566 Z. B. FAZ 29.11.1991:2c, FAZ 03.12.1991:1a, FAZ 04.12.1991:1a, FAZ 09.12.1991:11c, FAZ 09.12.1991:1–2, FAZ 11.12.1991:1–2, SZ 02.12.1991:2, SZ 04.12.1991:2, SZ 06.12.1991:8a, SZ 07.12.1991:13.

2567 FAZ 20.04.1990:1b.

2568 FAZ 28.06.1990:1, ähnlich auch FAZ 21.06.1990:9–10.

2569 So wörtlich FAZ 13.12.1990:5a.

2570 FAZ 05.11.1990:1, FAZ 04.12.1990:10, FAZ 07.12.1990:13.

reich und Großbritannien an der Spitze, [...] dem Straßburger Parlament praktisch keine neuen Rechte zuweisen“ wolle.<sup>2571</sup> So bezeichnete die SZ in einer Überblicksdarstellung Ende 1991 die Benelux-Staaten und Irland, die die Forderung nach einem stärkeren Parlament ebenfalls unterstützten, als „Stützen der europäischen Einigung“ bzw. als die „Getreuen in der Gemeinschaft“.<sup>2572</sup> Über die britische Regierung hieß es hingegen in der FAZ, sie wersetze sich der Aufwertung des Europäischen Parlaments „[m]it einer nicht immer rational erklärbaren Hartnäckigkeit“.<sup>2573</sup>

Kritik an dem Ansatz einer Demokratisierung der EG über das Europäische Parlament fand sich in den deutschen Zeitungen hingegen fast überhaupt nicht mehr. In Frage gestellt wurde die Stärkung des Europäischen Parlaments nur in Einzelfällen – und zwar dann, wenn diese mit anderen deutschen Interessen zu kollidieren schien. Dies betraf zum einen die Auseinandersetzung darüber, ob Deutschland nach der Wiedervereinigung zusätzliche Abgeordnete im Europäischen Parlament würde stellen dürfen: In diesem Zusammenhang zitierte die SZ Ende 1990 den CSU-Europaabgeordneten Reinhold Bocklet, der die unzureichende Repräsentation der großen Mitgliedstaaten kritisierte und erklärte, ohne ein „ausgewogeneres“ Parlament sei keine Politische Union möglich.<sup>2574</sup> Zum anderen erschien kurz vor dem Gipfel von Maastricht ein SZ-Leitkommentar, der sich scharf gegen die geplante Währungsunion wandte – und auch die Aufwertung des Europäischen Parlaments nicht als Argument für die Vertragsreform gelten ließ, da dieses wohl kaum „die Verteidigung einer harten Mark zu seiner ersten Aufgabe machen“ würde.<sup>2575</sup>

Fast überhaupt nicht problematisiert wurde in der deutschen Debatte hingegen die Frage, ob die Voraussetzungen für einen gesamteuropäischen Parlamentarismus (etwa in Form funktionierender europäischer Parteien oder einer europäischen Öffentlichkeit) gegeben seien – und das, obwohl gerade die FAZ zum Teil massive Skepsis gegenüber den europäischen Par-

---

2571 FAZ 05.12.1990:6, ähnlich FAZ 09.12.1991:1–2, SZ 11.12.1991:4.

2572 SZ 07.12.1991:12c.

2573 FAZ 07.12.1991:1, ähnlich auch FAZ 29.11.1991:2c, FAZ 09.12.1991:10c.

2574 SZ 25.04.1990:8. Die Debatte über zusätzliche deutsche Abgeordnete wurde bis zum Gipfel von Maastricht immer wieder als ein ungelöstes Problem erwähnt, allerdings fast ausschließlich von deutschen Zeitungen (FAZ 04.12.1990:16, FAZ 04.12.1991:2, SZ 07.12.1991:7b). In Maastricht wurde das Problem schließlich vertagt und beschlossen, die deutsche Sitzzahl erst im Zuge der anstehenden EU-Erweiterung neu festzulegen (FAZ 11.12.1991:1–2, FAZ 12.12.1991:1–2, vgl. auch LM 14.12.1991:6).

2575 SZ 07.12.1991:4.

### 3. Verschiebung der institutionellen Legitimationsgrundlage

teien äußerte.<sup>2576</sup> Insgesamt war die Frage, wie sich eine Stärkung des Europäischen Parlaments auf die Praxis des europäischen Regierens auswirken würde, für die deutschen Zeitungen jedoch weniger interessant als die Aussichten der deutschen Bundesregierung, sich mit diesem Vorschlag in den Verhandlungen durchzusetzen. Nach dem Gipfel von Maastricht beschrieben die Zeitungen die aus ihrer Sicht unzureichende Stärkung des Europäischen Parlaments entsprechend vor allem als einen diplomatischen Fehlschlag der Bundesregierung.<sup>2577</sup>

Am seltensten wurde die Stärkung des Europäischen Parlaments schließlich in den französischen Medien thematisiert – was sich dadurch erklären lässt, dass auch die französische Regierung zu dieser Frage keine markante Position einnahm. Bereits während des Gipfels von Straßburg stellten die französischen Zeitungen in Frage, wie ernst es Helmut Kohl mit seiner Forderung wirklich sei.<sup>2578</sup> Später erschien die Stärkung des Parlaments vor allem im *Figaro* immer wieder als eine deutsche Position, mit der sich die französische Regierung eher widerwillig auseinandersetzen hatte. So äußerte ein Leitkommentar zu dem gemeinsamen Schreiben im April 1990 Zweifel daran, ob die Bereitschaft zu einer Machtübertragung an das Europäische Parlament „à Paris [...] au même degré qu’à Bonn“ vorhanden sei;<sup>2579</sup> ein Artikel sprach von einer „divergence profonde de conception entre la France et la RFA sur la physionomie d’une éventuelle union européenne“.<sup>2580</sup> Zugleich betonte *Le Figaro*, dass ein Veto der britischen Regierung gegen den Vorschlag zu erwarten sei, und spielte damit seine Relevanz herunter.<sup>2581</sup>

*Le Monde* wiederum veröffentlichte zwar zahlreiche Interviews und Gastkommentare zur Politischen Union, in denen auch die Stärkung des Parlaments als Möglichkeit zur Demokratisierung der EG diskutiert und

---

2576 FAZ 20.11.1990:7, FAZ 29.11.1990:3b.

2577 SZ 12.12.1991:1a, SZ 12.12.1991:4, SZ 12.12.1991:6e, SZ 12.12.1991:6c, FAZ 12.12.1991:2a, FAZ 14.12.1991:1–2.

2578 LF 08.12.1989:2, LM 10.12.1989:3b.

2579 LF 20.04.1990:1b.

2580 LF 20.04.1990:4, ähnlich auch LF 28.04.1990:2b, LF 25.06.1990:3b. In manchen Überblicksdarstellungen über die deutschen und französischen Positionen wurde die Stärkung des Parlaments allerdings auch überhaupt nicht erwähnt (z. B. LF 25.04.1990:25).

2581 LF 20.04.1990:1b, LF 20.04.1990:4, LF 28.04.1990:2b.



meist unterstützt wurde.<sup>2582</sup> In der Berichterstattung kam der Vorschlag jedoch bis Mitte 1990 fast überhaupt nicht vor, und auch später blieb er ein untergeordnetes Thema.<sup>2583</sup> Beide französischen Zeitungen behandelten die Kompetenzen des Parlaments weit weniger ausführlich als beispielsweise den gleichzeitig ausgetragenen Streit zwischen der französischen und der belgischen Regierung, ob das Parlament seinen Sitz in Straßburg oder Brüssel haben sollte.<sup>2584</sup>

Besonders deutlich lassen sich diese Unterschiede zwischen den deutschen und französischen Zeitungen auch an der Berichterstattung über das gemeinsame Schreiben der beiden Regierungen vom Dezember 1990 erkennen. SZ und FAZ berichteten in diesem Zusammenhang über einen Konflikt zwischen der deutschen und der französischen Regierung über das Machtgleichgewicht zwischen Europäischem Parlament und Europäischem Rat, unterstützten die deutsche Position und kritisierten die fehlen-

---

2582 So bezeichnete Valéry Giscard d'Estaing Kohls Vorschläge als „une exigence minimale, sur laquelle il ne devrait pas y avoir désaccord“ (LM 19.04.1990:1), Maurice Duverger forderte „les droits de tout Parlement dans une démocratie inhérents à son existence même: notamment le pouvoir législatif et le contrôle de l'exécutif“ (LM 29.11.1990:2), vgl. auch LM 27.04.1990:1, LM 29.04.1990:3, LM 26.06.1990:5, LM 30.06.1990:2, LM 28.11.1991:2b, LM 28.11.1991:8a, LM 30.11.1991:1. Auch Mitterrand selbst unterstützte in einem Interview eine Stärkung des Parlaments, um „plus de démocratie“ zu erreichen, allerdings erst auf Nachfrage und in recht allgemeiner Form (LM 20.06.1990:1–4). Demgegenüber beschrieben zwei Gastkommentare von Douglas Hurd und John Major die britische Position, die vor allem auf eine Stärkung der nationalen Parlamente abzielte (LM 23.06.1990:1, LM 06.12.1991:1b, ähnlich auch LM 26.06.1990:2).

2583 Erst nach dem zweiten Dubliner Gipfel wurde die Stärkung des Parlaments verschiedentlich als Thema der Verhandlungen zur Politischen Union genannt (z. B. LM 27.06.1990:1, LM 24.10.1990:8).

2584 U. a. LF 23.09.1988:5, LM 24.09.1988:5, LF 14.03.1990:8, LF 15.03.1990:1, LF 15.03.1990:6, LF 16.03.1990:12, LM 20.06.1990:7, LM 24.06.1990:4, LF 10.10.1990:1, LF 27.10.1990:2b, LF 27.10.1990:2a, LF 29.10.1990:5a, LF 15.12.1990:2, LF 17.12.1990:6a, LM 01.12.1990:2, LM 15.12.1990:4, LM 16.12.1990:1a. Unter anderem drohte die französische Regierung in diesem Streit mit einer Blockade der Sitzzuweisung aller anderen neuen EG-Institutionen, sofern nicht Straßburg als Sitz des Parlaments festgeschrieben würde. Der Streit zog sich über den ganzen Zeitraum der Maastrichter Vertragsverhandlungen hin und mündete 1992 in der Festschreibung der vorherigen Praxis, nach der die Abgeordneten zwischen beiden Städten pendelten.

### 3. Verschiebung der institutionellen Legitimationsgrundlage

de Kompromissbereitschaft Frankreichs.<sup>2585</sup> Demgegenüber hieß es zwar auch in *Le Monde*, dass sich Frankreich mit seiner Position durchgesetzt habe, den Europäischen Rat als zentrales Organ zu behandeln. Dies wurde jedoch nur der enttäuschten Forderung Delors' nach einer wichtigeren Rolle für die Kommission gegenübergestellt; einen Widerspruch zur Stärkung des Europäischen Parlaments sah die Zeitung nicht.<sup>2586</sup>

Selbst wenn Fragen der demokratischen Legitimation der EG in den französischen Zeitungen diskutiert wurden, geschah dies oft ohne ausdrückliche Bezugnahme auf das Europäische Parlament. Ein Artikel in *Le Monde* nannte kurz vor dem Gipfel von Maastricht die „*légitimité démocratique*“ als eines der wichtigsten ungelösten Probleme, ein anderer beschrieb die Forderung des niederländischen Parlaments nach einem besseren „*fonctionnement démocratique de la CEE*“ – doch keiner der beiden Texte erwähnte das Europäische Parlament.<sup>2587</sup> Eine Überblicksdarstellung über die neue „*mécanique institutionnelle*“ der EG beschrieb den Europäischen Rat als „*autorité suprême*“, ging aber nur oberflächlich auf die neuen Kompetenzen des Parlaments ein.<sup>2588</sup> Auch in einem *Figaro*-Interview mit Jean François-Poncet bezeichnete der Interviewer die Demokratie als

---

2585 SZ 14.12.1990:2, SZ 17.12.1990:4, FAZ 10.12.1990:3, FAZ 14.12.1990:17, FAZ 17.12.1990:1. Unterschiedlich reagierten die deutschen Zeitungen allerdings gegenüber der niederländischen Kritik an der gemeinsamen deutsch-französischen Linie. Während die FAZ diese Kritik zurückwies (FAZ 14.12.1990:1–2, FAZ 17.12.1990:12b), griff die SZ sie auf und wandte sie auch gegen Kohl, der sich gegenüber Mitterrand nicht nachdrücklich genug für die Stärkung des Parlaments eingesetzt habe (SZ 10.12.1990:9, SZ 14.12.1990:8, SZ 14.12.1990:4).

2586 LM 09.12.1990:1. Auch das Argument der niederländischen Regierung, dass der deutsch-französische Vorschlag das Demokratiedefizit verschärfe, wurde nur in einer knappen Agenturmeldung wiedergegeben (LM 11.12.1990:3).

2587 LM 08.12.1991:3b, LM 06.12.1991:6. Allgemein wurde das Schlagwort vom Demokratiedefizit in *Le Monde* mit einer gewissen Beliebigkeit verwendet – so hieß es zum Beispiel in einem Kommentar, der eine rasche Erweiterung forderte, das „*déficit démocratique*“ der EG beginne damit, dass die Politiker die Lage in Osteuropa banalisierten (LM 11.12.1991:1a).

2588 LM 07.12.1991:6f. Insbesondere das Mitentscheidungsverfahren erwähnte der Artikel nur mit einem einzigen Wort. Etwas ausführlicher behandelte er hingegen das Zustimmungsrecht bei der Ernennung der Kommission sowie einen Vorschlag Delors' zur Einführung von fünf neuen ausschließlich vom Parlament gewählten Vizekommissaren an, von dem allerdings bereits feststand, dass die Regierungen ihn ablehnen würden.

mögliche „grande perdante de la construction européenne“, ohne dass die Rolle des Europäischen Parlaments thematisiert wurde.<sup>2589</sup>

Zusätzlich geschwächt wurde die Idee einer gesamteuropäischen parlamentarischen Demokratie in beiden Zeitungen durch Artikel, die auf die fehlende Professionalität des Parlaments anspielten.<sup>2590</sup> Auch die französische Europaministerin Elisabeth Guigou unterstellte dem Parlament in einem Interview eine „attitude déconnectée de la réalité“.<sup>2591</sup> Ein Kommentar in *Le Monde* erklärte, dass die Direktwahlen zum Europäischen Parlament seit 1979 nicht genügt hätten „pour susciter, auprès des douze composantes de l'électorat, le sentiment qu'elles appartiennent à un même espace politique“ – und betonte stattdessen die Bedeutung der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik als Ausdruck einer „véritable union politique en gestation“.<sup>2592</sup>

Bemerkenswerterweise gelangten die Zeitungen – trotz der im Einzelnen stark unterschiedlichen nationalen Kontextualisierungen – in allen drei untersuchten Ländern nach dem Gipfel von Maastricht zu einer ähnlichen Einschätzung, was die Tragweite der erreichten Aufwertung des Europäischen Parlaments betraf: Alle Zeitungen betonten, dass die neuen Kompetenzen nicht den Hoffnungen der Europaabgeordneten entsprächen und kaum eine Veränderung gegenüber der vorherigen Situation darstellten. Diese Deutung ging zum Teil auf den Parlamentspräsidenten Enrique Barón Crespo selbst zurück, der kurz vor dem Gipfel laut FAZ kritisierte, dass „der Bereich für eine echte Mitentscheidung auf ein Minimum reduziert“ sei.<sup>2593</sup> Die SZ konstatierte, das Europäische Parlament müsse „all seine Hoffnungen vorerst begraben“,<sup>2594</sup> ihm seien „in Maastricht keine neuen Kompetenzen zuerkannt worden“.<sup>2595</sup> Auch in den Reaktionen deutscher Politiker auf den Gipfel erschien die mangelnde Stärkung des

2589 LF 07.12.1991:2a.

2590 LF 22.10.1990:12, LM 25.10.1990:8, LM 03.12.1991:12, LM 14.12.1991:6, LM 17.12.1991:15.

2591 LM 17.12.1991:15.

2592 LM 10.12.1991:1.

2593 FAZ 10.12.1991:5a. Ähnlich äußerte sich der Europaabgeordnete Franz Ludwig Schenk von Stauffenberg in einem SZ-Gastkommentar (SZ 07.12.1991:12a). Auch *Le Monde* griff nach dem Gipfel die Unzufriedenheit der Europaabgeordneten mit der „démocratisation pas suffisamment poussée des institutions européens“ auf (LM 14.12.1991:6).

2594 SZ 11.12.1991:4.

2595 SZ 12.12.1991:6c, ähnlich SZ 12.12.1991:1a, SZ 12.12.1991:4). Nur geringfügig positiver äußerten sich mehrere FAZ-Artikel (FAZ 09.12.1991:10a, FAZ 12.12.1991:1–2, FAZ 12.12.1991:3a).

### 3. Verschiebung der institutionellen Legitimationsgrundlage

Parlaments regelmäßig als Hauptkritikpunkt: Der SPD-Vorsitzende Björn Engholm warf Kohl vor, in dieser Frage „eingeknickt“ zu sein, der FDP-Vorsitzende Otto Graf Lambsdorff kritisierte, dass „die Stellung des europäischen Parlaments nicht verbessert worden sei“<sup>2596</sup> In Frankreich äußerte *Le Figaro* schon einige Tage vor dem Gipfel die Erwartung, dass es in Maastricht nicht zu einer Überwindung des Demokratiedefizits der EG über das Europäische Parlament kommen werde.<sup>2597</sup> In *Le Monde* griff ein Leitartikel zum Gipfel nur kurz an, dass eine weitere Stärkung der Gemeinschaftsinstitutionen „prématuré“ gewesen wäre und es im Rahmen der geplanten Erweiterung wohl zu einer erneuten institutionellen Reform kommen werde.<sup>2598</sup> Auch der *Guardian* sagte kurz vor dem Gipfel voraus, dass das Europäische Parlaments durch den Vertrag nur „limited new powers“ erhalten werde, und schrieb die Schuld daran der britischen Regierung zu:

The Maastricht treaty will disappoint many MEPs. Any treaty signed by John Major will deny MEPs any right of initiative and restrict their co-legislative powers to the right to veto a handful of policy decisions by the Council in such matters as environmental protection and the internal market.<sup>2599</sup>

Lediglich die *Times* – die einzige Zeitung, die die Mitentscheidungsrechte des Europäischen Parlaments offen ablehnte – berichtete wiederholt von Zugeständnissen der britischen Regierung, die unter den Europaskeptikern in Fraktion und Kabinett auf Widerstand stoßen könnten.<sup>2600</sup> Nach

---

2596 SZ 12.12.1991:6e, ähnlich FAZ 12.12.1991:2a, FAZ 14.12.1991:1–2. Auch in den französischen und britischen Medien wurde diese Kritik der SPD aufgegriffen (LM 12.12.1991:3a, LM 14.12.1991:4, LM 15.12.1991:4a, TT 12.12.1991:2d, TT 14.12.1991).

2597 LF 25.11.1991:2, LF 07.12.1991:2a.

2598 LM 12.12.1991:1d. Zudem zitierte die Zeitung den RPR-Politiker Edouard Balladur, der kritisierte, „que le contrôle démocratique de l'Union européenne ne soit pas suffisamment assuré“ (LM 13.12.1991:10a). Auch ein Gastkommentar von Jacques Chirac erklärte, dass „rien n'a été fait à Maastricht pour combler le déficit démocratique de la Communauté“ (LM 21.12.1991:1b). Allerdings erwähnten weder Balladur noch Chirac dabei ausdrücklich das Europäische Parlament; Chirac sprach lediglich von einer ausgebliebenen Einbindung der nationalen Parlamente in die europäischen Entscheidungen.

2599 TG 03.12.1991:8d.

2600 TT 22.11.1991:18, TT 29.11.1991:18, TT 05.12.1991:17b, TT 12.12.1991:2e, TT 12.12.1991:3b, TT 13.12.1991:14b. Auch andere Zeitungen erwähnten Zugeständnisse Majors, allerdings weniger prominent (z. B. TG 10.12.1991:1, 26, FAZ 09.12.1991:11c).

dem Gipfel betonte ein Leitartikel jedoch, dass das Parlament nur geringe Kompetenzzugewinne erhalten habe,<sup>2601</sup> und auch John Major selbst stellte es als einen Erfolg seiner Regierung dar, dass das Europäische Parlament auch künftig keine „equal rights with the governments of member states to decide on the policies and laws of the Community“ haben werde.<sup>2602</sup>

Diese Geringschätzung der neuen Kompetenzen des Parlaments ging zum Teil mit einer verzerrten Darstellung der tatsächlichen Reforminhalte einher. So wurde das neue Mitentscheidungsverfahren im Gesetzgebungsprozess immer wieder als ein bloßes „Vetorecht“ bezeichnet.<sup>2603</sup> In *Le Monde* beschrieb es die französische Europaministerin Elisabeth Guigou in einem Interview ganz fehlerhaft als ein Verfahren, in dem „le Parlement a le dernier mot, mais dans des conditions qui évitent le blocage de la décision“, und äußerte zudem die Erwartung, „qu'il n'ait recours à ce mécanisme qu'une fois tous les cinq ans“.<sup>2604</sup> Während die Tragweite der neuen Mitentscheidungsrechte also von fast allen untersuchten Zeitungen unterschätzt wurde, betonten vor allem SZ und FAZ wiederholt, dass das Parlament auch nach Maastricht kein Initiativrecht erhalten werde, und suggerierten damit, dass diese Kompetenz für den Einfluss des Parlaments von entscheidender Bedeutung sei.<sup>2605</sup>

---

2601 TT 12.12.1991:21.

2602 TT 19.12.1991:6a.

2603 Z. B. SZ 12.12.1991:6c, auch FAZ 12.12.1991:3c, LF 09.12.1991:4c, LF 09.12.1991:4a, TG 03.12.1991:8d. Genauere Informationen über das Mitentscheidungsverfahren bot *Le Figaro* am Tag nach dem Gipfel mit einem wörtlichen Abdruck der entsprechenden Vertragspassagen (LF 12.12.1991:5b). Ein FAZ-Artikel stellte fest, das Parlament werde „in allen normalen Gesetzesvorhaben dem Ministerrat weitgehend gleichgestellt“ und beschrieb den neu eingerichteten Vermittlungsausschuss zwischen Parlament und Ministerrat „nach deutschem Vorbild“ (FAZ 09.12.1991:10a). In beiden Fällen fehlten allerdings Erklärungen dazu, wie sich die neuen Regelungen von früheren Verfahren unterschieden. Die FAZ verwendete zudem verschiedentlich die Formulierung, die Mitentscheidung des Parlaments werde „erweitert“ – was fälschlicherweise implizierte, dass es ein solches Verfahren bereits vor der Vertragsreform gegeben hätte (ebd., ähnlich schon FAZ 17.12.1990:1).

2604 LM 17.12.1991:15. Möglicherweise bezog sich letztere Äußerung eigentlich auf das Vermittlungsverfahren, das angewandt werden sollte, wenn Parlament und Rat im Rahmen der Mitentscheidung zu keiner gemeinsamen Position fanden. In der Form, wie *Le Monde* die Äußerung wiedergab, musste es jedoch scheinen, als ob Guigou das Mitentscheidungsverfahren insgesamt nur in seltenen Ausnahmefällen für anwendbar halte.

2605 SZ 07.12.1991:12a, SZ 12.12.1991:1a, FAZ 09.12.1991:10a, bereits FAZ 15.12.1990:1–2.

### 3. Verschiebung der institutionellen Legitimationsgrundlage

Insgesamt leistete auch die Debatte über die Stärkung des Europäischen Parlaments also keinen Beitrag für einen Verfassungsmoment in der europäischen Öffentlichkeit. Zum einen gewann diese Neuerung – ebenso wie andere Bestandteile der Reform – für die Medien erst dadurch größeren Nachrichtenwert, dass eine nationale Regierung sie aufgriff und in die Verhandlungen einbrachte. Gleichzeitig ging damit jedoch ein Übergang zu einem mitgliedstaatlich-außenpolitischen Deutungsmuster einher, in dem der Vorschlag weniger in Bezug auf seine Auswirkungen für das europäische politische System analysiert wurde, sondern als ‚deutsche‘ Forderung und als Verhandlungsmasse in den Gesprächen mit den anderen Regierungen. Zum anderen betonten die Zeitungen gerade in der Schlussphase der Verhandlungen die Zugeständnisse Kohls und die Unzufriedenheit der Europaabgeordneten selbst. In der öffentlichen Wahrnehmung stellte die Reform deshalb nicht etwa einen Durchbruch für die supranationale Demokratie, sondern eher eine Niederlage für das Europäische Parlament und eine Verschärfung des EG-Demokratiedefizits dar. Die Vorstellung, dass europäische Politik künftig vor allem über die Europawahlen legitimiert würde, kam in der öffentlichen Debatte schon zu Beginn der Verhandlungen nur vereinzelt, gegen Ende fast überhaupt nicht mehr vor.

#### 3.3 Unionsbürgerschaft

Die europäische Unionsbürgerschaft, die mit dem Vertrag von Maastricht eingeführt wurde, bot nicht nur ein symbolisches Identifikationsangebot, sondern auch spezifische neue Rechte für die Bürger der EG-Staaten. Insbesondere das allgemeine Kommunalwahlrecht am Wohnort unabhängig von der nationalen Staatsbürgerschaft relativierte die Aufteilung der europäischen Bevölkerung in jeweils nationale Staatsvölker und machte in vielen Mitgliedstaaten Verfassungsänderungen notwendig. Ihren Ursprung hatte das Konzept einer Unionsbürgerschaft im föderalistisch inspirierten Spinelli-Entwurf des Europäischen Parlaments von 1984;<sup>2606</sup> die einzelnen damit verbundenen Rechte (neben dem Kommunalwahlrecht unter anderem auch der konsularische Schutz in Drittstaaten oder das Petitionsrecht zum Europäischen Parlament) waren bereits im Abschlussbericht des zwi-

---

2606 Europäisches Parlament 14.02.1984, Art. 3.

schenstaatlichen Adonnino-Ausschusses für das „Europa der Bürger“ von 1985 vorgeschlagen worden.<sup>2607</sup>

In den Medien wurden diese Maßnahmen zunächst jedoch kaum diskutiert. Lediglich in Frankreich, wo sich die Regierungspartei PS seit 1981 für ein allgemeines Ausländerwahlrecht einsetzte,<sup>2608</sup> berichteten die Zeitungen 1988/89 vereinzelt darüber, dass sich die Europäische Kommission und das Europäische Parlament für ein europaweites Kommunalwahlrecht einsetzten.<sup>2609</sup> Mit der geplanten EG-Vertragsreform wurde der Vorschlag zunächst allerdings nicht in Verbindung gebracht, auch wenn beispielsweise *Le Monde* Ende 1989 beide Themen teils parallel diskutierte.<sup>2610</sup>

Ähnlich war die Situation in Deutschland, wo die SPD-regierten Bundesländer Schleswig-Holstein und Hamburg im Februar 1989 ein kommunales Ausländerwahlrecht beschlossen und damit eine breitere Debatte in den nationalen Medien auslösten.<sup>2611</sup> Insgesamt zeigte sich dabei ein deut-

---

2607 Ausschuss für das „Europa der Bürger“ 28.06.1985. Zum Zustandekommen der Reforminhalte vgl. auch oben im Zweiten Teil.

2608 François Mitterrand hatte das Ausländerwahlrecht als einen von 110 Punkten in seinem Präsidentschaftswahlprogramm von 1981 gefordert und erhielt das Ziel auch später im Grundsatz aufrecht, ohne jedoch einen konkreten Umsetzungsversuch zu unternehmen (vgl. Delemotte 2007:209–212). 1989 stieß zudem eine von dem Verein SOS-Racisme geführte Kampagne zum Ausländerwahlrecht auf mediale Aufmerksamkeit (z. B. LM 04.01.1989:2).

2609 Das Parlament ging dabei noch weiter als die Kommission und forderte ein allgemeines Kommunalwahlrecht auch für Drittstaatsangehörige. Beide Zeitungen nahmen dies zum Anlass, um in ihrer Berichterstattung auch direkt auf die verfassungsrechtliche Lage in Frankreich zu verweisen (LM 16.02.1989:7, LF 16.02.1989:6, zur Position der Kommission: LM 23.06.1988:9). Im April 1989 berichtete *Le Monde* ausführlich über eine Pressekonferenz der 1989 gegründeten französischen Lobbyorganisation Comité pour l'élargissement du droit de vote aux Européens, die sowohl die Lage in Europa als auch die französische Debatte über eine nationale Verfassungsreform thematisierte (LM 14.04.1990:4, ähnlich auch LM 29.06.1989:1, 9). Im Oktober 1990 berichtete *Le Figaro* noch einmal über eine erneute Abstimmung im Europäischen Parlament, bei der die Forderung nach einem allgemeinen Ausländer-Kommunalwahlrecht keine Mehrheit mehr gefunden hatte, zitierte dazu aber fast ausschließlich französische Politiker (LF 11.10.1990:8).

2610 So gab François Mitterrand nach dem Gipfel von Straßburg ein Fernsehinterview zu zahlreichen außen-, innen- und europapolitischen Themen (LM 12.12.1989:2–3). *Le Monde* veröffentlichte dazu einen Doppelartikel mit den Reaktionen anderer französischer Politiker, wobei die Zeitung sich spezifisch auf die Äußerungen „[s]ur le sommet de Strasbourg“ und „[s]ur l'immigration“ konzentrierte (LM 12.12.1989:48b, LM 12.12.1989:48a).

2611 Z. B. SZ 27.01.1989:8, SZ 16.02.1989:2, SZ 17.02.1989:1, SZ 17.02.1989:4, FAZ 15.02.1989:5, FAZ 16.02.1989:1, FAZ 17.02.1989:4.

licher weltanschaulicher Gegensatz zwischen den Zeitungen, der die parteipolitischen Gegensätze spiegelte: Während die SZ wie die SPD die beiden Landesgesetze verteidigte, wies die FAZ diese wie die CDU/CSU zurück. Eine Verbindung zu den europäischen Vorschlägen wurde auch hier jedoch nur vereinzelt gezogen: So zitierte die FAZ den schleswig-holsteinischen CDU-Fraktionschef Heiko Hoffmann, der gegen das Landesgesetz anführte, es „verstoße gegen eine europäeinheitliche Lösung“, da es auch für Bürger aus Nicht-EG-Staaten gelte.<sup>2612</sup> Zudem griffen beide Zeitungen in Kurzmeldungen auf, dass das Europäische Parlament nahezu zur selben Zeit in einer Resolution „gegen die Stimmen vieler Christdemokraten“ ein europaweites Ausländer-Kommunalwahlrecht auch für Drittstaatsangehörige forderte.<sup>2613</sup> Ein SZ-Kommentar verteidigte die Landesgesetze daraufhin als Beitrag zu einer „Europäisierung Europas“, für die es bereits „die entsprechenden Vorgaben aus Brüssel“ gebe, und warf den Kritikern „nationalistisches Getue“ vor.<sup>2614</sup> Der deutlichste Verweis auf die europäischen Verhandlungen fand sich schließlich im November 1990, nachdem das Bundesverfassungsgericht das schleswig-holsteinische Gesetz für verfassungswidrig erklärt hatte. Ein SZ-Leitkommentar kritisierte dieses Urteil scharf und sagte voraus: „Eher über kurz als über lang werden die Europäer in Brüssel das Kommunalwahlrecht auf der Grundlage des EG-Vertrags vorschreiben.“<sup>2615</sup>

Der Begriff der Unionsbürgerschaft kam allerdings in keinem einzigen dieser Artikel vor. Auf etwas größere Aufmerksamkeit stieß er – wie so viele andere Reformvorschläge – erst, als eine nationale Regierung ihn aufgriff. In diesem Fall handelte es sich um Spanien, das im Mai 1990 in den Verhandlungen über die Politische Union einen entsprechenden Vorschlag unterbreitete. In der Folge beschrieben fast alle Zeitungen diesen Ansatz (den die deutschen Medien zunächst meist als „europäische Staats-

---

2612 FAZ 15.02.1989:2; ähnlich SZ 13.02.1989:2, SZ 14.02.1989:2 über ähnliche Äußerungen des FDP-Vorsitzenden Otto Graf Lambsdorff sowie SZ 20.02.1989:6 über den Bremer Justizsenator Volker Kröning.

2613 SZ 15.02.1989:2, fast wortgleich FAZ 15.02.1989:6. Ein expliziter Zusammenhang zu den Debatten um das schleswig-holsteinische Gesetz wurde in diesen Kurzmeldungen allerdings nicht hergestellt.

2614 SZ 17.02.1989:4.

2615 SZ 02.11.1990:2a, ähnlich auch SZ 14.11.1990:4a. Zudem hob die Zeitung hervor, dass das Urteil eine Grundgesetzänderung, die ein EG-weites Kommunalwahlrecht ermögliche, explizit nicht für unzulässig erklärt hatte (SZ 02.11.1990:1).



bürgerschaft“ bezeichneten) regelmäßig als ‚spanische‘ Position.<sup>2616</sup> Nachdem Helmut Kohl und François Mitterrand den Vorschlag im Dezember 1990 in ihrem gemeinsamen Schreiben zur Politischen Union aufgegriffen hatten, erschien die Unionsbürgerschaft zudem oft auch als deutsch-französische Forderung.<sup>2617</sup>

Noch wichtiger für die öffentliche Wahrnehmung war allerdings, dass der Vorschlag im Europäischen Rat auf keinen nennenswerten Widerstand stieß. Bereits im Dezember 1990 erklärte ein FAZ-Artikel, Felipe González zufolge hätten „die meisten EG-Staaten [...] schon seinen Vorschlag einer europäischen Staatsbürgerschaft akzeptiert“.<sup>2618</sup> Die *Times* berichtete, auch die britische Regierung sei „unlikely to reject the principle but may point out practical difficulties“.<sup>2619</sup> In den Tagen unmittelbar vor dem Gipfel von Maastricht bezeichnete eine Analyse der *Times* „a common citizenship“ zwar noch einmal als Teil einer föderalistischen Ideologie, die eine von Frankreich geführte Mehrheit der Mitgliedstaaten durchsetzen wolle.<sup>2620</sup> Die Zeitung berichtete aber auch explizit, dass die britische Regierung keine Einwände gegen das europaweite Kommunalwahlrecht erheben werde,<sup>2621</sup> und verfolgte das Thema nicht weiter.

Dieses Ausbleiben von Konflikten unter den Regierungen minderte den Nachrichtenwert des Vorschlags. Meist wurde die Unionsbürgerschaft deshalb nur in Überblicksdarstellungen als einer von mehreren Bestandteilen

---

2616 Z. B. FAZ 07.05.1990:3, FAZ 10.12.1990:3, FAZ 12.12.1990:6, FAZ 29.11.1991:2a, FAZ 09.12.1991:10a, LM 26.06.1990:2, TT 17.12.1990:8a, TG 28.11.1991:9.

2617 SZ 08.12.1990:1, FAZ 10.12.1990:3, FAZ 14.12.1990:1–2, FAZ 15.12.1990:1–2, TT 10.12.1990:8, TG 08.12.1990:1, vgl. auch FAZ 06.12.1991:2, TT 03.12.1991:10a. Als weiteren Unterstützer des Vorschlags nannte die *Times* Italien (TT 14.12.1990:1). Nur vereinzelt wurde die Unionsbürgerschaft auch als parteipolitische Forderung erwähnt, etwa des BSPEG (FAZ 12.12.1990:6, LM 13.12.1990:4a) oder – speziell in Großbritannien – der Liberal Democrats (TT 05.12.1990:7).

2618 FAZ 12.12.1990:6. Nach dem Gipfel von Maastricht bezeichnete die SZ die Unionsbürgerschaft als „[u]nstrittig“ (SZ 12.12.1991:6c).

2619 TT 10.12.1990:8. Ein anderer Artikel erwähnte spezifische Einwände der britischen Regierung gegen eine Ausweitung der Freizügigkeit im Rahmen der Unionsbürgerschaft (TT 06.12.1990:1). Dieser Aspekt nahm in der Debatte jedoch keinen prominenten Rang ein.

2620 TT 03.12.1991:10a.

2621 TT 20.11.1991:7a.

### 3. Verschiebung der institutionellen Legitimationsgrundlage

der Reform aufgezählt;<sup>2622</sup> Analysen oder Kommentare, die sich ausschließlich mit ihr befasst hätten, erschienen in keiner einzigen der untersuchten Zeitungen. Noch am ausführlichsten behandelte ein FAZ-Gastbeitrag des Politikwissenschaftlers Peter Graf Kielmansegg das Thema, der hervorhob, dass eine Identifikation der Bevölkerung als „europäische Bürgerschaft“ auch für die Legitimität der geplanten Europäischen Union von Bedeutung sei. Allerdings setzte Kielmansegg dies im Folgenden weitgehend mit der (in den deutschen Zeitungen ohnehin populären) Stärkung des Europäischen Parlaments gleich:

Zwar fällt es einstweilen noch schwer, sich die 320 Millionen [Einwohner der EG] als eine Bürgerschaft vorzustellen. Aber nur dadurch, daß sie als eine Bürgerschaft zu handeln Gelegenheit erhalten, können sie allmählich ein Bewußtsein davon entwickeln, daß sie es sind. Als eine europäische Bürgerschaft handeln, heißt vor allem, ein europäisches Parlament wählen, das mit vollen parlamentarischen Rechten ausgestattet ist. Nur in einem solchen Parlament [...] wird sich dann auch ein Bewußtsein von der Verpflichtung auf ein *europäisches* Gemeinwohl entwickeln können [...].<sup>2623</sup>

Die individuellen Unionsbürgerrechte kamen in dem Beitrag hingegen überhaupt nicht vor.

Auch im Umfeld des Gipfels von Maastricht wurde die Unionsbürgerschaft meist nur recht knapp als einer von mehreren Reformbestandteilen genannt;<sup>2624</sup> in einigen Überblicksdarstellungen fehlte sie vollständig.<sup>2625</sup> Bei den Lesern musste dies den Eindruck erwecken, dass es sich dabei al-

---

2622 Z. B. FAZ 23.06.1990:10, FAZ 14.12.1990:1–2, FAZ 15.12.1990:1–2, FAZ 17.12.1990:1–2, SZ 08.12.1990:1, LM 26.06.1990:2, TT 06.12.1990:11, TT 10.12.1990:8, TG 08.12.1990:1. Häufig verzichteten diese Artikel sogar auf jede Erklärung, was mit dem Konzept einer ‚europäischen Staatsbürgerschaft‘ überhaupt gemeint war.

2623 FAZ 07.12.1990:13 (Hervorh. i. O.).

2624 FAZ 09.12.1991:10a, SZ 12.12.1991:6c, SZ 12.12.1991:6a, LM 12.12.1991:5b, LF 12.12.1991:3c, TT 07.12.1991:5e, TG 28.11.1991:9.

2625 Z. B. FAZ 12.12.1991:3c. Auch in der SZ erklärte wenige Tage vor dem Gipfel von Maastricht ein Gastkommentar des CSU-Europaabgeordneten Franz Ludwig Schenk Graf von Stauffenberg, der die übermäßige Nutzung der „Abrundungsklausel“ in Art. 235 EWGV kritisierte, dass eine EG-Regelung zu einem „Kommunalwahlrecht für EG-Ausländer“ auf dieser Grundlage wohl nicht rechtens gewesen wäre. Dass das Kommunalwahlrecht künftig als Teil der Unionsbürgerschaft im Vertrag verankert werden sollte, erwähnte der Kommentar hingegen nicht (SZ 07.12.1991:12a).

lenfalls um eine wenig relevante symbolpolitische Maßnahme handle. Die FAZ unterstrich dies kurz vor dem Gipfel von Maastricht noch durch einen Artikel über die Kritik der europäischen Interessenverbände-Dachorganisation Voice, die die neuen Unionsbürgerrechte als unzureichend kritisierte und beklagte, dass die Vertragsreform auf dem Weg zu einem „Europa der Bürger“ kaum Fortschritte bringe.<sup>2626</sup>

Auch in Frankreich wurde die Unionsbürgerschaft in den Tagen vor dem Gipfel von Maastricht lediglich am Rande erwähnt;<sup>2627</sup> ein Kommentar in *Le Monde*, der sie als „[l]a décision la plus forte symboliquement“ und positives Gegenmodell zu der „exacerbation des nationalismes“ in Osteuropa bezeichnete, bildete zunächst eine Ausnahme.<sup>2628</sup> Schon wenige Tage nach dem Gipfel gewann das Thema hier allerdings sprunghaft an Bedeutung, als angesichts der einsetzenden Debatte über die Ratifikation des Vertrags auch die Frage nach einer Verfassungsreform für die Einführung des Unionsbürger-Kommunalwahlrechts virulent wurde.<sup>2629</sup> In der Folge kam es zu zahlreichen Äußerungen französischer Politiker aller Parteien, die sich – im Wesentlichen abhängig von ihrer allgemeinen Haltung zum Ausländerwahlrecht – teils für, teils gegen die Unionsbürgerschaft aussprachen.<sup>2630</sup> Auf Seiten der nationalkonservativen Gaullisten reichte dies bis zu Forderungen nach einem nationalen Referendum zur Ratifikation dieses Aspekts des Vertrags.<sup>2631</sup>

In dieser Debatte spielte die Bedeutung der Unionsbürgerschaft für die Legitimität der EU insgesamt allerdings nahezu überhaupt keine Rolle: Der Fokus lag vielmehr ausschließlich auf der für die Ratifikation notwendigen nationalen Verfassungsreform und damit auf den Auswirkungen des

---

2626 FAZ 29.11.1991:2a.

2627 LM 28.11.1991:8b.

2628 LM 12.12.1991:1a.

2629 Auch in Deutschland erwähnten die Zeitungen im Dezember 1991 verschiedentlich, dass die Vertragsratifikation wegen des Unionsbürgerwahlrechts eine Grundgesetzänderung erforderlich mache (SZ 06.12.1991:8a, FAZ 06.12.1991:2). Allerdings nahm dieser Aspekt in der Debatte weiterhin keinen zentralen Platz ein; in der Berichterstattung über die Bundestagsdebatte nach dem Gipfel kam die Unionsbürgerschaft überhaupt nicht vor (FAZ 14.12.1991:1–2, SZ 14.12.1991:1, SZ 14.12.1991:4c). Auch in Großbritannien spielte das Thema nach dem Gipfel von Maastricht keine Rolle mehr.

2630 LM 12.12.1991:5a, LM 13.12.1991:10c, LM 14.12.1991:10, LM 15.12.1991:4b, LM 17.12.1991:8–12, LM 17.12.1991:12b, LM 21.12.1991:1b, LF 17.12.1991:9. Vgl. hierzu auch oben, Dritter Teil, Kapitel 5.2.2.

2631 LM 17.12.1991:9b, LM 17.12.1991:12b, LM 17.12.1991:9b, LF 17.12.1991:1a, LF 17.12.1991:9.

### 3. Verschiebung der institutionellen Legitimationsgrundlage

europäischen Kommunalwahlrechts für das *nationale* politische System, in dem die nicht-französischen Unionsbürger a priori die Rolle von ‚Ausländern‘ einnahmen. Sowohl Mitterrand selbst als auch Politiker des christdemokratisch-integrationsfreundlichen CDS bemühten sich zwar darum, in der Debatte eine klare Unterscheidung zwischen „le droit de vote pour les étrangers“ und „celui des ressortissants de la communauté“ zu ziehen und damit die nicht-französischen Unionsbürger als eine neue, besondere Kategorie des nationalen Verfassungsrechts zu etablieren.<sup>2632</sup> Diese Unterscheidung stellte jedoch alles andere als einen Konsens dar und stieß insbesondere im *Figaro* auf offene Skepsis.<sup>2633</sup> Zudem führte auch sie nur zu einer diskursiven Abgrenzung zwischen europäischen und sonstigen Ausländern in Frankreich – aber eben nicht zu einer Identifikation französischer und nicht-französischer Europäer als Teil einer gemeinsamen supranationalen Bürgerschaft.

Insgesamt lässt sich also auch in der Diskussion über die Unionsbürgerschaft erkennen, wie die mitgliedstaatlich-außenpolitische Debattenstruktur einem Verfassungsmoment im Wege stand: Der ursprünglich föderalistisch inspirierte Ansatz erschien im Deutungsmuster der Medien vor allem als Position der Regierung eines Mitgliedstaats (in diesem Fall Spaniens) und konnte wegen des ausbleibenden Konflikts mit anderen nationalen Regierungen keinen großen Nachrichtenwert gewinnen. Speziell in Frankreich kam es zudem zu einer starken nationalen Kontextualisierung der Debatte, die sich hier mit einer schon vorher existierenden Auseinandersetzung über ein nationales Ausländerwahlrecht überlagerte. Im Ergebnis erschien die Unionsbürgerschaft zwar als Bedrohung für das national-souveränistische Demokratieverständnis der französischen Gaullisten. Als staatenübergreifend einigendes Identifikationsangebot für die europäische Bevölkerung konnte sie sich während der öffentlichen Debatte über die Verhandlungen für den Vertrag von Maastricht jedoch nicht durchsetzen.

---

2632 LM 17.12.1991:12a, ähnlich LM 17.12.1991:8–12, LF 16.12.1991:6b, LF 17.12.1991:9.

2633 LF 17.12.1991:9.

## 4. Ergebnisse des Vierten Teils

Die zentralen Reformbestandteile, die den Vertrag von Maastricht zu einem bedeutenden Konstitutionalisierungsschritt für das europäische politische System machten, nahmen in der Regel auch in der Berichterstattung der Medien großen Raum ein. Aspekte wie die Währungsunion, die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, die Einführung von Mehrheitsentscheiden im Ministerrat oder die Ausweitung der Kompetenzen des Europäischen Parlaments wurden in fast allen Ländern regelmäßig thematisiert – wenn auch mit etwas unterschiedlichen Schwerpunkten, da die Zeitungen typischerweise vor allem jene Punkte betonten, zu denen die jeweils eigene nationale Regierung eine klare Position besaß.

Bedeutender als das rein quantitative Ausmaß der Debatte ist allerdings die Art, wie diese Reformen darin behandelt wurden. Dabei fällt insbesondere auf, dass Reformvorschläge im Verlauf der Verhandlungen zunehmend mit bestimmten nationalen Regierungen verbunden wurden. So erschienen etwa die Währungsunion und die gemeinsame Außenpolitik als ‚französische‘, die Stärkung des Europäischen Parlaments und die gemeinsame Asylpolitik als ‚deutsche‘, der Kohäsionsfonds und die Unionsbürgerschaft als ‚spanische‘ Forderungen. Zugleich verloren andere Zuschreibungen – etwa die Stärkung des Europäischen Parlaments als ‚föderalistische‘ oder der Kohäsionsfonds als ‚linke‘ Forderung – an Bedeutung und wurden teils abgeschwächt, teils überhaupt nicht mehr erwähnt.

Dieses Zuschreibungsmuster lässt sich aus der Rolle der nationalen Regierungen im Verfahren der Vertragsreform erklären: Da nur diese die Möglichkeit hatten, einen bestimmten Reformvorschlag auf die Agenda der Regierungskonferenz zu setzen, gewannen auch die Vorschläge selbst ihren Nachrichtenwert vor allem dadurch, dass eine Regierung sie aufgriff. Zugleich förderte dieses Zuschreibungsmuster jedoch auch eine Interpretation der Verhandlungen als ein diplomatisches Nullsummenspiel. Die einzelnen Reformvorschläge erschienen in dieser Deutung vor allem als Verhandlungsmasse zwischen den Regierungen, die je nach ihrem diplomatischen Geschick entweder ihre Positionen durchsetzen konnten oder Zugeständnisse machen mussten.

Im Extremfall führte dieses mitgliedstaatlich-außenpolitische Deutungsmuster sogar dazu, dass die Bewertung der zwischenstaatlichen Verhandlungen sich von der Bewertung der konkreten Inhalte der Reformvorschlä-

ge löste: So beschrieb etwa *Le Figaro* Fortschritte im Bereich der Währungsunion durchaus positiv als diplomatische Erfolge Frankreichs, übte kurz vor dem Gipfel von Maastricht jedoch in zahlreichen Meinungsartikeln massive Kritik am damit verbundenen Verlust nationaler Souveränität. Zudem standen auch bei der inhaltlichen Bewertung oft weniger die gesamteuropäische Bedeutung eines Reformvorschlags als vielmehr die Folgen für das eigene Land im Vordergrund, wobei die Reformen häufig als Bedrohung für das eigene nationale politische System wahrgenommen wurden. So galt etwa die Währungsunion in SZ und FAZ vor allem als ‚Opfer der D-Mark‘, in Frankreich wurde das Unionsbürger-Kommunalwahlrecht als Gefahr für die nationale Verfassungsordnung diskutiert, und die *Times* wertete die Reduzierung nationaler Vetorechte in erster Linie als Angriff auf die britische Parlamentsouveränität.

Die Zuschreibung von Reformvorschlägen zu nationalen Regierungen und die Deutung als diplomatisches Nullsummenspiel führten allerdings auch dazu, dass zwischen den Regierungen unstrittige Reformen in den Medien meist nicht intensiv thematisiert wurden. In der Folge blieb die Tragweite von Neuerungen, über die weitgehend Einigkeit bestand, in der öffentlichen Debatte unterbelichtet. Umgekehrt wurden stark umkämpfte Forderungen breit diskutiert und gegebenenfalls ihr Scheitern deutlich hervorgehoben. Auch dies konnte dazu führen, dass die Tragweite der Beschlüsse in der Berichterstattung unklar blieb. So betonten die Zeitungen nach dem Gipfel von Maastricht etwa in Bezug auf die Stärkung des Europäischen Parlaments oder auf die Einführung von außenpolitischen Mehrheitsentscheidungen weniger die beschlossenen Neuerungen als vielmehr die Ablehnung darüber hinausgehender, noch ambitionierterer Vorschläge.

Im Ergebnis beschrieben die Zeitungen die zentralen Konstitutionalisierungsaspekte des Vertrags von Maastricht oft gleichzeitig als einen zu großen Einschnitt in die nationale Souveränität und als unzureichend für eine gemeinsame europäische Politik. Vor allem aber führte die Zuschreibung der Reformvorschläge zu nationalen Regierungen dazu, dass in der Berichterstattung nationale Gegensätze besonders hervorgehoben wurden – und die Debatte darüber deshalb meist weit davon entfernt war, das gesamteuropäische Identifikationspotenzial freizusetzen, das zu einem Verfassungsmoment hätte führen können.

## Schluss

Der Vertrag von Maastricht war ein Wendepunkt in der öffentlichen Debatte über die europäische Integration: Hatten sich die Funktionsweise des europäischen politischen Systems und die Strukturen der europäischen Öffentlichkeit zuvor weitgehend im Gleichlauf entwickelt, so tat sich Anfang der 1990er Jahre ein Widerspruch zwischen ihnen auf. Um diese Entkopplung zu erklären, wurden in dieser Arbeit zwei idealtypische Paradigmen eingeführt, die jeweils unterschiedliche Konzeptionen der europäischen Integration beschreiben: die ‚europäische Innenpolitik‘ und die ‚mitgliedstaatliche Außenpolitik‘. Während ersteres Paradigma die europäischen Institutionen als den politischen Überbau einer gesamteuropäischen Bürgerschaft versteht, sieht letzteres sie lediglich als ein Zweckinstrument der Nationalstaaten, die den politischen Willen ihrer jeweiligen Staatsbürger mediatisieren. Auch wenn die Europäische Union in der Praxis Elemente sowohl einer ‚Bürger-‘ als auch einer ‚Staatenunion‘ vereint, sind die beiden Modelle konzeptionell entgegengesetzt und teils unvereinbar. Jedes von ihnen ist für die Erzeugung politischer Legitimität mit jeweils eigenen Anforderungen sowohl für die Ausgestaltung des politischen Systems als auch für die Struktur der europäischen Öffentlichkeit verbunden.

Im mitgliedstaatlich-außenpolitischen Paradigma wird die europäische Integration aus ihrem praktischen Nutzen für die nationalen Interessen der Mitgliedstaaten gerechtfertigt, wobei die Definition dieser Interessen jeweils durch innerstaatliche demokratische Prozesse ausgehandelt wird. Dies impliziert eine große Bedeutung intergouvernementaler Verfahren mit nationalen Vetorechten und eine nur schwach ausgeprägte, eher koordinierende Rolle der supranationalen Institutionen. Zudem begrenzt sich die Integration nach diesem Paradigma auf bestimmte Politikfelder und berührt nicht den Kernbereich der staatlichen Souveränität. In Bezug auf die Öffentlichkeit setzt das mitgliedstaatlich-außenpolitische Modell auf europäischer Ebene keine breite Debatte voraus, sondern lediglich kleine, politikfeldspezifische Expertenöffentlichkeiten. Solange sich die europäische Integration auf technische Fragen beschränkt, die keine allzu großen Auswirkungen auf das Alltagsleben der meisten Menschen haben, kann ihre Legitimität auf einem bloßen *permissive consensus* ohne intensive mediale Begleitung beruhen. Aber auch sonst ist eine Auseinandersetzung in

den Massenmedien allenfalls auf einzelstaatlicher Ebene erforderlich, um die nationalen europapolitischen Interessen auszuhandeln. Da es sich dabei um nationale Debatten mit jeweils eigenen nationalspezifischen Deutungsmustern handelt, bleibt die europäische Öffentlichkeit entlang nationaler Diskurslinien fragmentiert.

Im europäisch-innenpolitischen Paradigma wird demokratische Legitimität hingegen unmittelbar auf der überstaatlichen Ebene erzeugt. Im Mittelpunkt stehen bei diesem Modell deshalb das Europäische Parlament und die darin vertretenen europäischen Parteien, die unmittelbar von den europäischen Bürgern gewählt werden. Da die europäischen Institutionen auf diese Weise eine eigene, nicht nur aus den Nationalstaaten abgeleitete demokratische Legitimität besitzen, erlaubt das europäisch-innenpolitische Paradigma auch, ihnen Hoheitsrechte in politischen Kernbereichen zu übertragen, sofern eine gesamteuropäische Regelung notwendig erscheint. Allerdings gehen mit diesem Modell auch stärkere Anforderungen an die europäische Öffentlichkeit einher: Zum einen ist es notwendig, dass wichtige europapolitische Fragen in einer breiten transnationalen Debatte thematisiert werden. Zum anderen müssten in dieser Debatte unterschiedliche weltanschauliche Sichtweisen, nicht nationale Interessen im Mittelpunkt stehen. Medien derselben weltanschaulichen Ausrichtung, aber unterschiedlicher nationaler Herkunft müssten sich deshalb in ihren Diskursen stärker ähneln als Medien derselben nationalen Herkunft, aber mit unterschiedlichen weltanschaulichen Positionen.

Betrachtet man den historischen Verlauf der europäischen Integration, so lässt sich ein allmählicher (wenn auch unvollständiger und nicht linearer) Übergang von einem mitgliedstaatlich-außenpolitischen zu einem europäisch-innenpolitischen Modell feststellen. In dieser Entwicklung, die sich in Bezug auf das politische System mit dem Begriff der ‚Konstitutionalisierung‘ fassen lässt, stellte die 1992 unterzeichnete Vertragsreform von Maastricht einen der wichtigsten Einzelschritte dar: An die Stelle einer weitgehend auf wirtschaftspolitische Fragen begrenzten Gemeinschaft trat eine Union mit Zuständigkeiten in fast allen Politikfeldern, darunter auch so elementaren wie der Währungspolitik. Zugleich wurden nationale Vetorechte reduziert und damit die demokratische Legitimation über die nationalen Parlamente und Regierungen geschwächt, während das Europäische Parlament neue Mitentscheidungsrechte erhielt und der demokratische Legitimationsstrang über die supranationalen Parteien ausgebaut wurde. Die Einführung der Unionsbürgerschaft und weitere europäisch-innenpolitische Reformelemente, etwa die einheitliche Vertragsgrundlage trotz interner Differenzierung, die Übernahme föderalistisch konnotierter



Begrifflichkeiten sowie die Festschreibung einer weiteren Vertiefung in der Zukunft, untermauerten diesen Konstitutionalisierungsschub.

In der Öffentlichkeit blieb ein entsprechender Übergang zu einem europäisch-innenpolitischen Modell – ein europäischer Verfassungsmoment – jedoch aus. Zwar wurde Europapolitik nun breiter und kontroverser diskutiert als zuvor. Doch auch nach Maastricht blieb die Identifikation der Bevölkerung mit einer europäischen Bürgerschaft gering, und die Diskursgrenzen in öffentlichen Debatten verliefen weiterhin eher entlang nationaler als entlang gesamteuropäisch-mitgliedstaatlicher Grenzen. Der dadurch entstehende Widerspruch zwischen der zunehmend europäisch-innenpolitischen Funktionsweise der Europäischen Union und den weiterhin mitgliedstaatlich-außenpolitisch geprägten Deutungsmustern in der europäischen Öffentlichkeit lässt sich als einer der Gründe für die in den 1990er Jahren ansteigende Europaskepsis verstehen.

Dieses Ausbleiben eines Verfassungsmoments ist umso bemerkenswerter, als die Verhandlungen über den Vertrag von Maastricht mit der politischen Krise von 1989/90 zusammenfielen. Die Schlüsselphase bildete dabei der Zeitraum zwischen dem Fall der Berliner Mauer im November 1989 und dem Gipfel von Rom im Oktober 1990: War die Vertragsreform zuvor vor allem von föderalistischen Akteuren in den supranationalen EG-Organen gefordert worden, so erkannten nun auch die nationalen Regierungen der meisten Mitgliedstaaten darin ein Mittel, um die Vertrauensbasis wiederherzustellen, die durch die deutsche Wiedervereinigung, die Umstürze in Osteuropa und den Aufstieg rechtspopulistischer Parteien gefährdet war. Angesichts des krisenhaften Verlaufs der Verhandlungen und der Tragweite der Vorentscheidungen über die Vertragsreform bestand gerade in dieser Phase grundsätzlich ein Potenzial für weitreichende Änderungen im Diskurs und eine Überwindung etablierter nationaler Deutungsmuster.

Dass es dennoch nicht dazu kam, lässt sich – wie in dieser Arbeit gezeigt – anhand des Verfahrens der Vertragsverhandlungen selbst erklären: Grundsätzlich können Verfahren großen Einfluss auf die Struktur der öffentlichen Debatte über eine politische Entscheidung nehmen. Unterschiede zwischen den Diskursen verschiedener Medien entstehen strukturell vor allem dadurch, dass bestimmte Ereignisse je nach Zielpublikum des Mediums einen unterschiedlich großen Nachrichtenwert besitzen können. Welche Ereignisse auf dem Weg zu einer politischen Entscheidung von Bedeutung sind, wird wiederum wesentlich von dem Verfahren bestimmt, das den beteiligten Akteuren bestimmte Rollen zuweist und ihre Handlungsoptionen begrenzt. Insbesondere wirkt es sich auf zwei kritische Nachrichtenfaktoren aus, die den Nachrichtenwert politischer Akteure be-

einflussen: Zum einen legt das Verfahren fest, welche Akteure an einer Entscheidung beteiligt sind: Akteure mit Stimm- und Vetorecht haben in der Berichterstattung über die Entscheidung einen höheren Nachrichtenwert als solche, die nicht selbst am Verhandlungstisch sitzen. Zum anderen wollen sich die Medienkonsumenten in einer demokratischen Gesellschaft als Wahlbürger besonders über die von ihnen wählbaren Politiker informieren: Akteure, die dem Zielpublikum eines Mediums durch Wahlmechanismen politisch verantwortlich sind, besitzen deshalb einen höheren Nachrichtenwert als solche, auf die die Medienkonsumenten keinen politischen Einfluss nehmen können.

Im Fall der Vertragsreform von Maastricht folgte das Verfahren – im Gegensatz zu den *Inhalten* der Reform, die vielfach einem europäisch-innenpolitischen Paradigma entsprachen – ganz dem mitgliedstaatlich-außenpolitischen Modell: Formal wurde die Vertragsreform durch zwei von den nationalen Staats- und Regierungschefs eingesetzte Regierungskonferenzen ausgehandelt und anschließend durch die nationalen Parlamente bzw. nationale Referenden ratifiziert.

Dies führte durch die beschriebenen Nachrichtenwert-Effekte zu einer ganz spezifischen Akteurskonstellation in der Öffentlichkeit. Für die Medien jedes Landes besaß vor allem die je eigene nationale Regierung den höchsten Nachrichtenwert, da diese als einziger Akteur sowohl unmittelbaren Einfluss auf die Verhandlungen hatte als auch dem jeweiligen nationalen Publikum über Wahlmechanismen politisch verantwortlich war. Alle übrigen Akteure bezogen ihre strukturelle Relevanz für die Berichterstattung allenfalls aus einem dieser beiden Nachrichtenfaktoren: Über die übrigen nationalen Regierungen wurde berichtet, weil sie als wichtig für das Ergebnis der Verhandlungen galten. Da sie dem jeweiligen nationalen Publikum jedoch nicht über demokratische Mechanismen verantwortlich waren, wurden ihre Positionen weniger detailliert beschrieben und weniger inhaltlich bewertet, sondern eher als ein gegebener Kontext dargestellt, vor dem die eigene Regierung sich diplomatisch zu positionieren hatte. Die nationalen Oppositionsparteien – sowie andere nationale Akteure, etwa parteiinterne Kritiker der Regierung – besaßen Nachrichtenwert wiederum vor allem als Wahlalternative innerhalb des nationalen demokratischen Systems. Da sie jedoch nicht selbst am Verhandlungstisch präsent waren, galten ihre Positionen nicht als entscheidend für das Ergebnis der Reform insgesamt.

Diese Akteurskonstellation führte zu einem gemeinsamen Grundmuster, bei dem die Debatte in zwei Teile zerfiel: Der eine Teil der Berichte und Kommentare befasste sich mit den Verhandlungen auf europäischer

Ebene, wobei vor allem die Frage im Vordergrund stand, ob die eigene nationale Regierung ihre Positionen gegenüber den anderen Regierungen durchsetzen konnte. Der andere Teil der Debatte bezog sich auf die Auseinandersetzung zwischen der eigenen Regierung und ihren nationalen Kritikern. Hier ging es vor allem um die nationale Europapolitik, also um eine Bewertung der diplomatischen Strategie der Regierung in den Verhandlungen sowie um die Auswirkungen der Vertragsreform auf das jeweils eigene nationale politische System.

Dieses Grundmuster fand sich in allen sechs untersuchten Zeitungen – *Süddeutsche Zeitung*, *Frankfurter Allgemeine*, *Le Monde*, *Le Figaro*, *The Guardian* und *The Times* – wieder und war insofern ein übergreifendes, gemeinsames Strukturmerkmal der Debatte. Dass der Hauptfokus in jedem Fall auf der politischen Agenda und dem diplomatischen Geschick der jeweils eigenen Regierung lag, führte im Einzelnen jedoch zu von Land zu Land deutlich unterschiedlichen Diskursen, die jeweils von besonderen nationalen Kontexten geprägt waren. Transnational-weltanschauliche Diskurslinien spielten in der Debatte hingegen nur eine untergeordnete Rolle: Die Positionen der europäischen Parteien nahmen in der Berichterstattung keinen prominenten Raum ein, und auch die nationalen Regierungschefs erschienen nur vereinzelt als Repräsentanten einer gesamteuropäisch-weltanschaulichen Haltung. Weltanschauliche Gegensätze zwischen linksliberalen und konservativen Zeitungen zeigten sich vielmehr vor allem in Bezug auf die jeweilige *nationale* Debatte, indem Zeitungen, die der Regierung weltanschaulich nahestanden, typischerweise auch deren Rolle in den europäischen Verhandlungen positiver bewerteten als oppositionsnahe Zeitungen.

In den deutschen Zeitungen war der landesspezifische Diskurs vor allem durch das Ziel der deutschen Wiedervereinigung geprägt, das in der zentralen Verhandlungsphase 1989/90 die europapolitische Debatte in Deutschland fast vollständig dominierte. Die Gespräche über die Vertragsreform wurden dabei vor allem als Mittel gesehen, um auf diplomatischer Ebene den Boden für die Wiedervereinigung zu ebnet. Zugleich stützten die Zeitungen die Position Helmut Kohls, der als Ergänzung zur Währungsunion eine Stärkung des Europäischen Parlaments forderte, und beschrieben das föderale System der Bundesrepublik als Vorbild für die Politische Union. Vor allem nach Oktober 1990 entwickelte sich dieses Argument weiter zu einer massiven Kritik am ‚Opfer der D-Mark‘, die die Bundesregierung ohne hinreichende Zugeständnisse der übrigen Staaten aufgegeben habe. Unterschiede zwischen den Diskursen von FAZ und SZ gab es in der gesamten Debatte kaum, was sich auch mit der weitgehenden Ab-

wesenheit nationaler europapolitischer Kontroversen zwischen der konservativ-liberalen Bundesregierung und der sozialdemokratischen Opposition erklären lässt.

Die französischen Zeitungen wiederum hoben regelmäßig die Währungsunion und die gemeinsame Außenpolitik als wichtigste Ziele der Vertragsreform hervor und übernahmen damit ebenfalls die Agenda der eigenen Regierung als Bewertungsmaßstab. Zudem legten beide französischen Zeitungen regelmäßig großen Wert auf den diplomatischen Auftritt François Mitterrands, wobei insbesondere das deutsch-französische Verhältnis wiederholt thematisiert wurde. Ähnlich wie die deutschen Zeitungen machten auch die französischen oft keinen Unterschied zwischen nationalem Interesse und europäischem Gemeinwohl. Vor allem in der Schlussphase der Verhandlungen kurz vor dem Gipfel von Maastricht erschien die Vertragsreform jedoch auch als Bedrohung für die nationale Identität und Souveränität, was sich besonders im *Figaro* in einer Reihe von Gastkommentaren rechtskonservativer Oppositionspolitiker niederschlug. Auch sonst zeigte sich der oppositionsnahe *Figaro* immer wieder kritisch gegenüber der französischen Regierung, die in den Verhandlungen zu ambivalent auftrat. *Le Monde* hingegen stützte den grundsätzlich integrationsfreundlichen Kurs der Regierung und machte dabei wiederholt auch föderalistische Positionen sichtbar. In der Kontroverse über die Machtverteilung zwischen dem Europäischen Rat und der Kommission unterstützte die Zeitung jedoch eher die intergouvernementale Linie Mitterrands als die supranationale von Jacques Delors.

Für die britischen Zeitungen schließlich stand in der Debatte über die Vertragsverhandlungen stets die ablehnende Haltung der britischen Regierung im Mittelpunkt, die nicht nur innerhalb der britischen Politik, sondern auch zwischen den Zeitungen stark umstritten war. Die *Times* unterstützte im Wesentlichen die harte Linie Margaret Thatchers, die Kompetenzübertragungen an supranationale Institutionen als Bedrohung für die nationale Souveränität zurückwies, und griff dabei auch andere europäische Akteure mit teils aggressiver Rhetorik an. Der *Guardian* hingegen kritisierte regelmäßig die britische Regierung, die Großbritannien allein aus nationalistischer Ideologie in die europapolitische Isolation führe. In der Folge lag der Schwerpunkt der Berichterstattung in den britischen Zeitungen noch stärker als in den deutschen und französischen auf der diplomatischen Strategie der eigenen Regierung. Initiativen wie Thatchers Brügge-Rede von 1988, der Competing-Currencies-Plan von 1989 oder der Hard-ECU-Plan von 1990 boten Anlass zu intensiven Auseinandersetzungen. Noch zusätzlich verstärkt wurde der Fokus auf die nationale Europapolitik

auch dadurch, dass diese als möglicher Anlass für eine Spaltung der Regierungspartei gesehen wurde und ein wichtiges Thema bei den Kampfabstimmungen um den Vorsitz in der Conservative Party 1989 und 1990 war. Nach der Regierungsübernahme von John Major konzentrierte sich die britische Debatte in der Schlussphase der Verhandlungen schließlich vor allem auf die nationalen Opt-out-Regelungen, wobei weiterhin die Wahrung der nationalen Souveränität und das Abgleiten in eine europapolitische Isolation als wichtigste Deutungsrahmen dienten.

Dieser starke Fokus auf die jeweiligen nationalen Kontexte und auf den diplomatischen Auftritt der eigenen Regierung führte dazu, dass die wesentlichen inhaltlichen Neuerungen des Vertrags oft nicht mit Blick auf ihre Auswirkungen auf das gesamteuropäische politische System diskutiert wurden. Zwar wurden die wichtigsten Reformbestandteile – die Ausweitung der europäischen Politikfelder und die Verschiebung der Legitimationsgrundlage durch die Abschaffung nationaler Vetorechte und die Stärkung des Europäischen Parlaments – in allen Ländern thematisiert. Doch erschienen diese Vorschläge hauptsächlich als diplomatische Verhandlungsmasse zwischen den Regierungen. So galt etwa die Aufwertung des Europäischen Parlaments in den Medien vor allem als ‚deutsche‘, die Währungsunion als ‚französische‘, der Kohäsionsfonds als ‚spanische‘ und der Widerstand gegen jede Supranationalisierung als ‚britische‘ Position. Dies legte die Grundlage dafür, dass auch die Verhandlungen selbst als zwischenstaatliches Nullsummenspiel gedeutet und ihre Ergebnisse eher am nationalen diplomatischen Erfolg als an den Auswirkungen auf die Europäische Gemeinschaft als Ganzes gemessen wurden.

Eine inhaltliche Bewertung einzelner Reformvorschläge fand hingegen vor allem dann statt, wenn diese im Rahmen der Debatte über die nationale Europapolitik zum Diskussionsthema wurden. In diesem Fall standen allerdings ebenfalls nicht so sehr die gesamteuropäischen Folgen der Vertragsreform als vielmehr deren Auswirkungen auf das jeweils eigene nationale politische System im Vordergrund – was wiederum Diskursen Vorschub verlieh, die die europäische Konstitutionalisierung in erster Linie als Verlust nationaler Souveränität verstanden. Vor allem in der letzten Phase der Verhandlungen, als die anstehenden nationalen Ratifikationsverfahren ins Blickfeld der Medien rückten, mehrte sich dementsprechend auch in Deutschland und Frankreich die Kritik an der Vertragsreform als ‚Opfer der D-Mark‘ oder als Bedrohung für die nationale Identität.

Letztlich führte die Auseinandersetzung über den Vertrag von Maastricht also eher zu einer Untermauerung nationaler Identitäten und Diskursgrenzen als zu einem Übergang zu einer europäisch-innenpolitischen,

primär an transnational-weltanschaulichen Gegensätzen strukturierten Öffentlichkeit. Die wesentlichen Merkmale der Debatte – das zweigeteilte Grundmuster, die Akteurskonstellation, die vor allem die nationale Regierung in den Mittelpunkt stellte, die weitgehende Beschränkung parteipolitisch-weltanschaulicher Auseinandersetzungen auf die nationale Europapolitik – decken sich gut mit dem in dieser Arbeit formulierten Erklärungsansatz, nach dem es vor allem das intergouvernementale Verfahren war, das den nationalen Regierungen den größten Nachrichtenwert gab und damit auch die Debatte über die Vertragsreform in ein mitgliedstaatlich-außenpolitisches Deutungsmuster drängte.

Diese Erklärung geht über die bisherige Forschung hinaus, die die Kontinuität europapolitischer Diskurse über die politische Krise von 1989/90 und die Vertragsreform von Maastricht hinweg meist allein aus sich selbst heraus, also aus einer scheinbar inhärenten Stabilität der nationalen Deutungsmuster begründet hatte. Zudem nimmt sie mit dem politischen Verfahren nicht nur die spezifischen historischen Akteure und Diskurse, sondern einen strukturellen, reproduzierbaren Faktor in den Blick. Die hier untersuchten Auswirkungen des Verfahrens auf die Nachrichtenwerte der beteiligten Akteure und damit auf die öffentlichen Diskurse sind deshalb auch auf andere, vergleichbare Fälle übertragbar.

Zugleich wirft dies freilich auch die Frage auf, ob ein anderes, stärker supranationales Verfahren zu einem anderen Ergebnis geführt hätte. Wäre es zu einem europäischen Verfassungsmoment gekommen, wenn die Reform von Maastricht nicht zwischen den nationalen Regierungen, sondern zwischen den Fraktionen im Europäischen Parlament ausgehandelt worden wäre? Diese Frage ist allerdings kontrafaktisch, sodass die Antwort darauf notwendigerweise spekulativ bleiben muss. Es ist wenigstens nicht grundsätzlich auszuschließen, dass die nationalen Deutungsmuster im öffentlichen Diskurs so fest verankert waren, dass sie auch mit einem stärker supranationalen Verfahren zum Teil erhalten geblieben wären.

Allerdings waren bereits in der tatsächlichen Debatte transnational-weltanschauliche Deutungen – etwa im Sinne eines Gegensatzes zwischen Jacques Delors und Margaret Thatcher als Wortführer einer föderalistischen und einer nationalkonservativen Position – nicht vollständig abwesend. Sie spielten zwar stets nur eine untergeordnete Rolle im Diskurs, kamen aber in der Anfangsphase der Verhandlungen in verschiedenen Ausprägungen vor. Erst im weiteren Verlauf, als die Gespräche kontinuierlicher wurden und stärker durch das formalisierte Verfahren der Regierungskonferenz geprägt waren, wurden sie fast vollständig vom Fokus auf die diplomatischen Erfolge und Niederlagen der nationalen Regierungen

verdrängt. Gleichzeitig weist der von mehreren Zeitungen aufgegriffene Topos der ‚fehlenden Debatte‘ darauf hin, dass auch die Medien eine Unzulänglichkeit der existierenden Auseinandersetzung wahrnahmen, was eine grundsätzliche Bereitschaft zur Übernahme neuer Argumentationsmuster nahelegt. Beides sind starke Anzeichen dafür, dass die Interpretation der europäischen Verhandlungen entlang eines mitgliedstaatlich-außenpolitischen Deutungsrahmens eben nicht unvermeidlich war, sondern tatsächlich durch das intergouvernementale Verfahren begünstigt wurde.

Konkrete Vergleichsfälle, anhand derer sich die Auswirkungen alternativer Vertragsreformverfahren auf die europäische Öffentlichkeit weiter untersuchen ließen, weist die europäische Integrationsgeschichte allerdings kaum auf: Dieselbe intergouvernementale Methode, die für die Reform von Maastricht angewandt wurde, kam in ähnlicher Form auch bei allen anderen erfolgreichen Vertragsänderungen von der Einheitlichen Europäischen Akte bis zum Vertrag von Lissabon zum Tragen. Versuche mit anderen Verfahren gab es lediglich bei zwei letztlich gescheiterten Reformen: dem Spinelli-Entwurf von 1984 und dem Verfassungsvertrag von 2004. Beide gingen jedoch nicht mit einer politischen Krise einher, die mit jener von 1989/90 vergleichbar wäre, und besaßen schon deshalb weniger Potenzial für einen Verfassungsmoment. Zudem waren auch in diesen Fällen die Verfahren jeweils nur begrenzt geeignet, eine breite Debatte entlang europäisch-weltanschaulicher Linien in Gang zu bringen.

Im ersten Fall, dem Spinelli-Entwurf, erarbeitete das Europäische Parlament im Alleingang einen Vertrag und wollte diesen durch die nationalen Parlamente ratifizieren lassen, wozu es jedoch nicht kam. Von den Medien wurde diese Initiative des Parlaments kaum zur Kenntnis genommen. Auch dies lässt sich mit dem improvisierten, in den europäischen Verträgen nicht vorgesehenen Verfahren erklären: Der Spinelli-Entwurf brach so sehr mit den existierenden Erwartungen an den Ablauf einer Vertragsänderung, dass es den Europaabgeordneten nicht gelang, ihn als ernsthaften Reformversuch in der öffentlichen Wahrnehmung zu verankern.

Im zweiten Fall entstand der Entwurf des Verfassungsvertrags durch einen Europäischen Konvent, der sich aus Delegierten des Europäischen Parlaments, der Europäischen Kommission, der nationalen Parlamente und der nationalen Regierungen zusammensetzte. Allerdings wurde dieser Entwurf anschließend durch eine intergouvernementale Regierungskonferenz überarbeitet, in der wiederum die nationalen Regierungen die entscheidenden Akteure waren. Da sich dies bereits auf die vorherigen Verhandlungen im Konvent auswirkte, bildete dieser letztlich nur eine recht begrenzte Abweichung vom mitgliedstaatlich-außenpolitischen Reform-

verfahren.<sup>2634</sup> Und auch die Ratifikation des Verfassungsvertrags (die 2005 bei Volksabstimmungen in Frankreich und den Niederlanden scheiterte) erfolgte ausschließlich über nationale Institutionen, sodass sich die damit verbundene Politisierung entlang parteipolitisch-weltanschaulicher Linien weiterhin auf die nationale Ebene beschränkte.<sup>2635</sup> Insgesamt führte der Verfassungsvertrag deshalb zwar zu einer weiteren Intensivierung der öffentlichen Debatte, doch ein Verfassungsmoment im Sinne einer grundsätzlichen Wende zu einem europäisch-innenpolitischen Integrationsverständnis war angesichts des Verfahrens auch von ihm nicht zu erwarten.

Dass ein europäischer Verfassungsmoment in den Maastricht-Verhandlungen ebenso wie bei den späteren Vertragsreformen ausblieb, muss freilich nicht bedeuten, dass die europäische Öffentlichkeit dauerhaft in einer mitgliedstaatlich-außenpolitischen Struktur verhaftet bleibt. Wie im Ersten Teil dieser Arbeit beschrieben, besteht vielmehr eine zirkuläre, wechselseitige Abhängigkeit zwischen der Funktionsweise des politischen Systems und der Öffentlichkeit: Europäisch-innenpolitische Verfahren sind für ihre Legitimierung auf eine europäisch-innenpolitische Öffentlichkeitsstruktur angewiesen; sie erzeugen diese Öffentlichkeitsstruktur jedoch über Nachrichtenwerteffekte auch selbst.

Da diese Nachrichtenwerteffekte von kollektiven Erwartungen abhängen, ist der Übergang von einem mitgliedstaatlich-außenpolitischen zu einem europäisch-innenpolitischen Öffentlichkeitsmodell ohne einen Verfassungsmoment schwierig. Dass im Fall der Vertragsreform von Maastricht der rasche Konstitutionalisierungsschub im politischen System nicht von einer ebenso schnellen Anpassung der öffentlichen Deutungsmuster begleitet war, bewirkte deshalb kurzfristig eine Entkoppelung zwischen der Funktionsweise des politischen Systems und der Öffentlichkeit und damit eine Delegitimation der EU. Die in dieser Arbeit analysierten Nachrichtenwert-Effekte sind aber nicht nur in der besonderen Situation der Vertragsänderung, sondern auch bei der alltäglichen Beschlussfassung der europäischen Institutionen wirksam. Langfristig ist deshalb damit zu rechnen, dass die durch Maastricht und die späteren Vertragsreformen vorangetriebene Konstitutionalisierung des politischen Systems – speziell die

---

2634 Wie Daniel Göler und Hartmut Marhold beschreiben, waren bereits die Verhandlungen in der Schlussphase des Verfassungskonvents von „zahlreichen impliziten Vetodrohungen von Seiten der Regierungsvertreter“ geprägt und entsprachen wenigstens gegenüber der Öffentlichkeit „eher dem Stil des intergouvernementalen Bargaining“ (Göler / Marhold 2005:470–471).

2635 Vgl. Jentges / Trenz / Vettters 2007, Statham / Trenz 2013a.



Aufwertung des Europäischen Parlaments – letztlich auch zu einer Anpassung der Öffentlichkeitsstrukturen führt. Statt einer schnellen, krisenhaften Umformung europapolitischer Diskurse in Form eines Verfassungsmoments müsste es also zu einer allmählichen Veränderung kommen, bei der sich die Medien nach und nach an die neuen europäisch-innenpolitischen Strukturen im politischen System der EU gewöhnen und politische Konflikte zunehmend anhand gesamteuropäisch-weltanschaulicher statt nationaler Gegensätze interpretieren.

Wie weit sich diese allmähliche Angleichung der Öffentlichkeitsstrukturen an ein europäisch-innenpolitisches Modell bereits vollzogen hat, muss an dieser Stelle allerdings offen bleiben. Dass es sich dabei nicht um einen einfachen, linearen Prozess handelt, steht ohnehin außer Frage. Hinzu kommt, dass auch die Konstitutionalisierung des europäischen politischen Systems keineswegs vollständig ist: Auch mehr als ein Vierteljahrhundert nach der Vertragsreform von Maastricht existieren in der EU europäisch-innenpolitische und mitgliedstaatlich-außenpolitische Verfahren nebeneinander; und gerade in krisenhaften Momenten stehen oft eher intergouvernementale Institutionen als das Europäische Parlament im Zentrum des politischen Geschehens. Auch die nach wie vor stark konsensorientierten Verfahren der EU führten beispielsweise in der Eurokrise dazu, dass die durchaus vorhandenen gesamteuropäisch-weltanschaulichen Rechts-Links-Gegensätze zur Wirtschaftspolitik in der Debatte weniger sichtbar waren als die Polarisierung zwischen europafreundlichen und europaskeptischen Parteien.<sup>2636</sup> Auf der anderen Seite scheint die Berichterstattung über das Europäische Parlament allgemein zuzunehmen, wobei Neuerungen wie die Nominierung von Spitzenkandidaten zur Europawahl den europäischen Parteien zusätzliche Sichtbarkeit verschaffen könnten.<sup>2637</sup> Die genauen Dynamiken, nach denen transnational-weltanschauliche Diskurslinien gegenüber nationalen Gegensätzen in den europäischen Medien an Bedeutung gewinnen und damit womöglich ein Übergang von einer mitgliedstaatlich-außenpolitischen zu einer europäisch-innenpolitischen Öffentlichkeit stattfindet, bieten ein Untersuchungsfeld zur weiteren sozialwissenschaftlichen und zeithistorischen Forschung.

Klar ist jedoch, dass Verfahren in dieser Dynamik eine zentrale Rolle spielen: Während europäisch-innenpolitische Verfahren eine Debatte entlang weltanschaulicher Diskurslinien begünstigen, unterstreichen mitgliedstaatlich-außenpolitische Verfahren nationale Gegensätze und verstär-

---

2636 Vgl. Miklin 2014.

2637 Vgl. Gattermann 2013:439, Gattermann 2015, Gattermann 2020.

## *Schluss*

ken auf diese Weise nationalspezifische Deutungsmuster. Dass in den Vertragsverhandlungen 1989–91 die entscheidenden Akteure die nationalen Regierungen blieben, trug deshalb wesentlich dazu bei, dass Europa den möglichen Verfassungsmoment von Maastricht verpasste.

## Quellen- und Literaturverzeichnis

### *Zeitungsquellen*

Namentlich gezeichnete Meinungsartikel und Kommentare sind mit (K) gekennzeichnet, nicht namentlich gezeichnete, als Meinungsäußerung der Zeitung zu verstehende Leitartikel mit (L), Leserbriefe mit (LB).

- FAZ 01.06.1988:12, Das ist nicht nur Gerede (Klaus-Dieter Frankenberger).  
FAZ 14.06.1988:4, Außenminister bereiten Europäischen Rat vor (Peter Hort).  
FAZ 18.06.1988:6, Genscher: Stimmung des Aufbruchs in der EG (Dieter Wenz).  
FAZ 24.06.1988:1, Auch Kohl unterstützt die Kandidatur des Präsidenten der Kommission (Peter Hort).  
FAZ 25.06.1988:1, Kohl bezeichnet deutsche EG-Präsidentschaft als Erfolg (Carl Graf Hohenthal).  
FAZ 27.06.1988:13, „Europäische Zentralbank muß nicht der Endpunkt sein“ (Gerald Braunberger).  
FAZ 28.06.1988:1, Kohls Verdienst (K; Günther Nonnenmacher).  
FAZ 29.06.1988:1, Erster Schritt zu einer Wirtschafts- und Währungsunion (Peter Hort / Jörg Bremer).  
FAZ 29.06.1988:3, Mit geröteten Gesichtern begeben sich die Zwölf zum Foto-Termin (Peter Hort).  
FAZ 02.07.1988:1, Nach 1992 (K; Günther Nonnenmacher).  
FAZ 07.07.1988:1, Das Europäische Parlament würdigt die deutsche EG-Präsidentschaft (Peter Hort).  
FAZ 16.09.1988:5, Verfassungsentwurf vorgelegt (Karl Feldmeyer).  
FAZ 22.09.1988:3, Ein Schwinger mit der Handtasche (Ulrich Grudinski).  
FAZ 22.09.1988:13, Kalte Duschen (K; Klaus Peter Krause).  
FAZ 23.09.1988:6a, Erstmals ein britischer Premier in Spanien (Walter Haubrich).  
FAZ 23.09.1988:6b, Thatcher-Kritik: Den Anstoß gab Delors (Ulrich Grudinski).  
FAZ 27.09.1988:9, Plädoyer für einen europäischen Staatenbund (LB; Gerhard Scheunpflug).  
FAZ 30.09.1988:6, Martens und Delors antworten Frau Thatcher (Peter Hort).  
FAZ 05.10.1988:2a, Politische Union als Ziel bekräftigt (Wolfgang Stock).  
FAZ 05.10.1988:2b, Vorbehalte Frau Thatchers zurückgewiesen (Peter Hort).  
FAZ 06.10.1988:1, Frau Thatcher und Europa (K; Peter Hort).  
FAZ 20.10.1988:2, Vorbereitungen für den EG-Gipfel auf Rhodos (Peter Hort).  
FAZ 03.11.1988:4, Parteiführer beraten über europäische Politik (Eckhard Fuhr).

- FAZ 08.11.1988:2, „Europäische Union keine Träumerei“ (dpa).
- FAZ 09.11.1988:2, Die Europäische Volkspartei bekennt sich nachdrücklich zu einer politischen Union (Peter Hort).
- FAZ 09.11.1988:12, Mit Monnet gegen „Lady de Gaulle“? (K; Peter Hort).
- FAZ 18.01.1989:2, Die Union ist ohne Vorbehalt für einen westeuropäischen Bundesstaat (Karl Feldmeyer).
- FAZ 15.02.1989:2, CDU: Kiel greift europäischer Lösung vor (o.A.).
- FAZ 15.02.1989:5, Kieler Landtag stimmt für Parlamentsreform (o.A.).
- FAZ 15.02.1989:6, Europa-Parlament fordert Wahlrecht für Ausländer (dpa).
- FAZ 16.02.1989:1, Ein billiges Geschenk (K; Friedrich Karl Fromme).
- FAZ 16.02.1989:7, Der Deutschland-Begriff als Vorbehalt zur Europäischen Union? (K; Wilfried Fiedler).
- FAZ 17.02.1989:4, CDU: Wahlrecht dient nicht der Integration (Eckhart Kauntz).
- FAZ 17.02.1989:11, Westeuropäische Union und Wiedervereinigung (LB; Kurt von Laun).
- FAZ 18.02.1989:6, Besorgnis über einen „deutschen Sonderweg“ (Peter Hort).
- FAZ 17.04.1989:1, EG-Außenminister drohen Pressionen gegen Rumänien an (Walter Haubrich).
- FAZ 18.04.1989:1, Delors legt Bericht zur Europäischen Währungsunion vor (AFP).
- FAZ 18.04.1989:13, Bonn stimmt Delors-Bericht zu (Walter Kannengießer).
- FAZ 18.04.1989:13–14, Drei-Stufen-Plan für die Währungsunion (Peter Hort).
- FAZ 19.04.1989:17a, Ifo warnt vor Hast bei Währungsunion (Lorenz Goslich).
- FAZ 19.04.1989:17b, Pöhl zurückhaltend zu Delors-Bericht (Thomas Knapp).
- FAZ 19.04.1989:17–18, Währungsunion: Im dritten Anlauf zum Ziel (Peter Hort).
- FAZ 19.04.1989:18, England: Glatte Ablehnung (Jochen Rudolph).
- FAZ 24.06.1989:1, Vor dem Gipfel warnt Delors vor Verwässerung der Währungspläne (Peter Hort).
- FAZ 24.06.1989:5, Sie soll mehr nach Europa schauen! (K; Ulrich Grudinski).
- FAZ 26.06.1989:1–2, Die EG bemüht sich um eine Einigung über die Währungsunion (Peter Hort / Walter Haubrich).
- FAZ 26.06.1989:13, Britische Skepsis für Madrid (K; Jochen Rudolph).
- FAZ 27.06.1989:1, In Madrid ohne Eile (K; Peter Hort).
- FAZ 27.06.1989:1–2, Die Europäer wollen die erste Stufe der Währungsunion wagen (Peter Hort / Walter Haubrich).
- FAZ 28.06.1989:1–2, Die EG über den Weg zur Währungsunion einig. Kompromiß nach langem Ringen (Peter Hort).
- FAZ 29.06.1989:1a, Das Wagnis der Währungsunion (K; Peter Hort).
- FAZ 29.06.1989:1b, Dregger: Kein Weg mehr zurück (Carl Graf Hohenthal).
- FAZ 23.11.1989:1–2, Das Europäische Parlament unterstützt den Wandel in Osteuropa (Karl Feldmeyer).

- FAZ 24.11.1989:4, Selbstbestimmungsrecht für Deutsche in der DDR gefordert (Karl Feldmeyer).
- FAZ 30.11.1989:3a, Amerika setzt auf das Augenmaß der Deutschen und ihre Treue zur Nato (Leo Wieland).
- FAZ 30.11.1989:3b, Mit Überraschung erkennt Paris die Dringlichkeit der deutschen Frage (Thankmar von Münchhausen).
- FAZ 30.11.1989:3c, Skepsis in London – Zustimmung in Brüssel (FAZ).
- FAZ 02.12.1989:4a, Genscher: Bonn bleibt in EG und NATO (Thankmar von Münchhausen).
- FAZ 02.12.1989:4b, WEU beharrt auf ihren Kompetenzen (o.A.).
- FAZ 07.12.1989:1–2, Vor dem Straßburger Gipfel Gespräche über Regierungskonferenz (Claus Gennrich).
- FAZ 07.12.1989:17, Wenn die Zeit reif ist (K; Heinz Stadlmann).
- FAZ 08.12.1989:1, Rechte und Pflichten (K; Günther Nonnenmacher).
- FAZ 08.12.1989:5a, Bonn kommt französischem Drängen in der Europapolitik entgegen (Claus Gennrich).
- FAZ 08.12.1989:5b, Die SPD wirft Kohl Wahltaktik vor (Carl Graf Hohenthal).
- FAZ 08.12.1989:5c, Schwierige Themen für den Europa-Gipfel (Peter Hort).
- FAZ 09.12.1989:1–2, Kohl: Änderung der Oder-Neiße-Linie kommt nicht in Frage (Peter Hort / Klaus-Dieter Frankenberger).
- FAZ 11.12.1989:1, Viel zugemutet (K; Peter Hort).
- FAZ 11.12.1989:1–2, Europäischer Rat erkennt Recht der Deutschen auf Einheit an (Klaus-Dieter Frankenberger / Peter Hort).
- FAZ 11.12.1989:3, In Straßburg hat Kohl eher Argwohn als Zustimmung erfahren (Peter Hort).
- FAZ 12.12.1989:5, In Bonn Befriedigung über Straßburger Gipfel (Claus Gennrich).
- FAZ 13.12.1989:7, Delors schlägt Konferenz über Politische Union vor (dpa).
- FAZ 14.12.1989:1–2, Paris: Selbstbestimmungsrecht abhängig von der Zustimmung Europas (Thankmar von Münchhausen).
- FAZ 10.03.1990:6, EVP-Fraktion für Ausweitung der Regierungskonferenz (Karl Feldmeyer).
- FAZ 15.03.1990:2, Das EG-Parlament will bald die politische Union (Michael Stabenow).
- FAZ 23.03.1990:6, Martens beklagt Orientierungslosigkeit (Michael Stabenow).
- FAZ 11.04.1990:6, „Die EG wird sich zur deutschen Vereinigung bekennen“ (Peter Hort).
- FAZ 18.04.1990:1, Britannien und der Kontinent (K; Günther Nonnenmacher).
- FAZ 19.04.1990:7, Erste Vorkonferenz zur Währungsunion am 17. Mai (Peter Hort).
- FAZ 20.04.1990:1a, Die Politische Union der EG soll zum 1. Januar 1993 in Kraft treten (Claus Gennrich).

- FAZ 20.04.1990:1b, In Eile (K; Klaus-Dieter Frankenberger).
- FAZ 23.04.1990:1–2, Zur Politischen Union bleiben noch viele Fragen ungeklärt (Peter Hort).
- FAZ 23.04.1990:2, Frau Thatcher kündigt Gegenvorschlag an (Ulrich Grudinski).
- FAZ 23.04.1990:16, Donnergerollen (K; Peter Hort).
- FAZ 24.04.1990:6, Deutsch-französische Konsultationen in verbesserter Stimmung (Claus Gennrich).
- FAZ 25.04.1990:2, Nach Kohls und Mitterrands Vorstoß gelten die Pariser Konsultationen als „sehr wichtig“ (Thankmar von Münchhausen).
- FAZ 27.04.1990:6, Deutschland und Politische Union Themen des Europäischen Rats (Klaus-Dieter Frankenberger).
- FAZ 28.04.1990:1, Deutsche und Europäer (K; Peter Hort).
- FAZ 28.04.1990:2, Druck auf Frau Thatcher vor dem EG-Gipfel (Ulrich Grudinski).
- FAZ 30.04.1990:1–2, Der Europäische Rat legt ein Bekenntnis zur deutschen Einigung ab (Peter Hort / Klaus-Dieter Frankenberger).
- FAZ 30.04.1990:3, Eine Deutsch-Stunde im Dubliner Schloß (Peter Hort).
- FAZ 05.05.1990:3, Die EG soll auch eine Gemeinschaft in der Außen- und Sicherheitspolitik werden (Peter Hort).
- FAZ 05.05.1990:12, Wenn die Nato sich ändert (Günther Nonnenmacher).
- FAZ 07.05.1990:3, Madrid für europäische Staatsbürgerschaft (Walter Haubrich).
- FAZ 10.05.1990:5, Vogel warnt vor Partikularismus (René Wagner).
- FAZ 18.05.1990:2, Europäisches Parlament an Reform der EG-Verträge beteiligt (Peter Hort).
- FAZ 22.05.1990:5, Die Politische Union läßt auf sich warten (Peter Hort).
- FAZ 21.06.1990:1, Major schlägt „Europäischen Währungsfonds“ vor (Jochen Rudolph).
- FAZ 21.06.1990:3, Kein schöner Land als Schengenland? (Peter Hort).
- FAZ 21.06.1990:9–10, Wie Europa verfaßt sein soll (Werner Weidenfeld / Karl-Dietrich Bracher / Ulrich Everling / Meinhard Hilf / Peter Graf Kielmansegg / Hermann Lübke / Werner Maihofer / Joseph Rován).
- FAZ 23.06.1990:10, Erster Schritt auf langem Weg (Klaus-Dieter Frankenberger).
- FAZ 25.06.1990:1–2, Wirtschaftshilfe für die Sowjetunion steht im Vordergrund (Peter Hort).
- FAZ 26.06.1990:1–2, EG-Gipfel beschließt eine zweite Regierungskonferenz (Peter Hort / Klaus-Dieter Frankenberger).
- FAZ 26.06.1990:13, Erster Schritt in Dublin (Günther Nonnenmacher).
- FAZ 27.06.1990:1–2, Die Europäer wollen Gorbatschow mit einem Hilfsprogramm unterstützen (Peter Hort / Klaus-Dieter Frankenberger).
- FAZ 28.06.1990:1, Europa ist in Eile (K; Peter Hort).

- FAZ 29.06.1990:3, Bonn ist mit den Ergebnissen des Dubliner Gipfels nicht unzufrieden (Claus Gennrich).
- FAZ 12.07.1990:5a, Debatte über Leitlinien einer Verfassung (Michael Stabenow).
- FAZ 12.07.1990:5b, EG-Parlament erörtert Folgen der Vereinigung (Klaus-Dieter Frankenberger).
- FAZ 08.10.1990:2, Vorschläge für eine Reform der EG (Peter Hort).
- FAZ 19.10.1990:8, Italien will Einigung Europas vorantreiben (Heinz-Joachim Fischer).
- FAZ 23.10.1990:3, Zurückhaltung bei der Politischen Union (Peter Hort).
- FAZ 23.10.1990:16, In nebelhafter Ferne (Peter Hort).
- FAZ 27.10.1990:1a, Die EG sucht eine Antwort auf die Krise am Golf (Peter Hort).
- FAZ 27.10.1990:1b, Von Rom nach Europa (K; Heinz-Joachim Fischer).
- FAZ 29.10.1990:1, An einem Scheideweg (K; Günther Nonnenmacher).
- FAZ 29.10.1990:1–2, Der Europäische Rat bekräftigt die gemeinsame Politik gegen Saddam Hussein (Klaus Bender / Peter Hort / Heinz-Joachim Fischer).
- FAZ 29.10.1990:4, Das Rad der Geschichte rollt auf Europa zu (K; Heinz-Joachim Fischer).
- FAZ 29.10.1990:17, Thatcher: Unsere Haltung ist absolut unverändert (Peter Hort / Klaus Bender).
- FAZ 30.10.1990:3, Überholt, übertrumpft, ausgestochen (K; Ulrich Grudinski).
- FAZ 01.11.1990:1a, Pöhl: Preisstabilität ist Lackmus-Test für europäische Währung (dpa / Reuter).
- FAZ 01.11.1990:1b, Wer regiert in Britannien? (K; Ulrich Grudinski).
- FAZ 02.11.1990:1, Sir Geoffrey Howe verläßt die Regierung Thatcher (Jochen Rudolph).
- FAZ 02.11.1990:4, Pöhl enttäuscht über Ergebnisse des EG-Gipfeltreffens (Klaus Kemper).
- FAZ 03.11.1990:1, Weshalb Howe geht (K; Günther Nonnenmacher).
- FAZ 03.11.1990:3, Ich kann nicht länger in Ehren dienen (Ulrich Grudinski).
- FAZ 05.11.1990:1, Europa vor dem Sprung (K; Peter Hort).
- FAZ 08.11.1990:8, Straßburger Kritik an Regierungskonferenzen (Peter Hort).
- FAZ 14.11.1990:7, Howe warnt vor Isolierung Englands (Reuter / dpa / AFP).
- FAZ 15.11.1990:3, Tarzan, die Eiserne Lady und der getreue Eckart (Ulrich Grudinski).
- FAZ 16.11.1990:6, Die EVP will die Politische Union (Klaus-Dieter Frankenberger).
- FAZ 19.11.1990:5, Schmidt: Lafontaine verdient Niederlage (dpa).
- FAZ 20.11.1990:7, Vision oder Illusion? (K; Klaus-Dieter Frankenberger).
- FAZ 23.11.1990:3, Die Ära der Margaret Thatcher (Albert Funk).
- FAZ 23.11.1990:9, Straßburg beharrt auf Beteiligung (Peter Hort).
- FAZ 23.11.1990:16, Soll Heseltine stoppen (Ulrich Grudinski).

- FAZ 24.11.1990:6, Liberale wünschen Wandlung der EG in eine Union (AP).
- FAZ 24.11.1990:12, Begehrliche Blicke nach Brüssel (Peter Hort).
- FAZ 26.11.1990:7, Was bringt Italien zustande? (Heinz-Joachim Fischer).
- FAZ 28.11.1990:6, Vielfalt Europas in der Einheit bewahren (Alfred Behr).
- FAZ 29.11.1990:3a, Trotz allem wird die Dame dem Brüsseler Herrenklub fehlen (K; Peter Hort).
- FAZ 29.11.1990:3b, Widersprüchliches zur Zukunft der EG (Heinz-Joachim Fischer).
- FAZ 30.11.1990:16, Majors Kabinett und seine Politik (Ulrich Grudinski).
- FAZ 03.12.1990:1, Kanzler für Deutschland (K; Johann Georg Reißmüller).
- FAZ 04.12.1990:10, Die EG-Gesetzgebung demokratisch legitimieren (LB; Rudolf Luster).
- FAZ 04.12.1990:16, Wie viele Sitze braucht ein Land? (Klaus-Dieter Frankenberger).
- FAZ 05.12.1990:1, Bangemann: Europäische Zentralbank nach Frankfurt (Bernd Heptner).
- FAZ 05.12.1990:6, EG zögert mit Hilfe für die Sowjetunion (Peter Hort).
- FAZ 06.12.1990:8, Englands Opposition rät zu Geduld in der Währungspolitik (Jochen Rudolph).
- FAZ 07.12.1990:13, Ohne historisches Vorbild (K; Peter Graf Kielmansegg).
- FAZ 08.12.1990:1, In Vielfalt einig (K; Günther Nonnenmacher).
- FAZ 08.12.1990:3, Im Asylrecht wächst Europa nur langsam zusammen (Peter Hort).
- FAZ 10.12.1990:3, Paris und Bonn wollen eine europäische Staatsbürgerschaft (Peter Hort).
- FAZ 12.12.1990:6, Stärkung des Europaparlaments verlangt (Walter Haubrich).
- FAZ 13.12.1990:4, Die Pläne des Europäischen Rates (Claus Gennrich).
- FAZ 13.12.1990:5a, Bonn würdigt Statut der Zentralbank (Claus Gennrich).
- FAZ 13.12.1990:5b, Dänemark will soziale Dimension stärken (Siegfried Thielbeer).
- FAZ 13.12.1990:5c, Den Haag für eine Stärkung des Parlaments (Ernst Levý).
- FAZ 13.12.1990:5d, Eifer in Brüssel, Vorsicht in Luxemburg (Peter Hort).
- FAZ 13.12.1990:5e, Paris will eine Wirtschaftsregierung für Europa (Karl Jetter).
- FAZ 13.12.1990:5f, Premierminister Major hält den Schlüssel (Ulrich Grudinski).
- FAZ 13.12.1990:5g, Rom spricht von glücklicher Fügung (Heinz-Joachim Fischer).
- FAZ 13.12.1990:5h, Vor den Regierungskonferenzen der EG in Rom (Themenseite mit mehreren Autoren).
- FAZ 13.12.1990:5i, Zwiespältige Gefühle in Irland (Klaus-Dieter Frankenberger).
- FAZ 13.12.1990:16, Endlich nett zu Kohl sein (Ulrich Grudinski).
- FAZ 14.12.1990:1–2, Vorstoß der Europäischen Kommission – Delors für Revision der Römischen Verträge (Peter Hort).



- FAZ 14.12.1990:2a, Dregger fordert Sicherheitsunion (Karl Feldmeyer).  
FAZ 14.12.1990:2b, Dumas: Rat muß oberstes Organ bleiben (dpa).  
FAZ 14.12.1990:17, Geld und Politik in Europa (K; Peter Hort).  
FAZ 15.12.1990:1–2, Die Europäische Gemeinschaft greift Gorbatschow mit einer Milliardenhilfe unter die Arme (Klaus-Dieter Frankenberger / Peter Hort).  
FAZ 15.12.1990:3, Auf dem Kapitol, die Lehre von Tosca im Herzen (Heinz-Joachim Fischer).  
FAZ 17.12.1990:1, Europa in neuer Gestalt (K; Peter Hort).  
FAZ 17.12.1990:1–2, Die EG ist auf dem Weg zur Politischen Union (Klaus-Dieter Frankenberger / Heinz-Joachim Fischer).  
FAZ 17.12.1990:2a, Die Bundesländer wollen mitreden (Albert Schäffer).  
FAZ 17.12.1990:2b, Ein konstruktiver Geist (Klaus-Dieter Frankenberger).  
FAZ 17.12.1990:2c, Waigel warnt vor Zeitdruck (Klaus Bender).  
FAZ 17.12.1990:12b, Ernste Blicke in die Zukunft (Peter Hort).  
FAZ 21.11.1991:5a, Kritik an EG-Regierungen (Peter Hort).  
FAZ 21.11.1991:5b, SPD-Vorstoß zugunsten Straßburgs (Wolfgang Stock / Karl Feldmeyer).  
FAZ 21.11.1991:5c, Tauziehen um die Rolle der WEU (Karl Feldmeyer).  
FAZ 22.11.1991:1a, Major bekräftigt Vorbehalte gegen ein föderatives Europa (dpa).  
FAZ 22.11.1991:1b, Major vor Maastricht (K; Günther Nonnenmacher).  
FAZ 22.11.1991:4, SPD hofft auf Einigung in Maastricht (Alfred Behr).  
FAZ 23.11.1991:1, Die europäischen Neinsager (K; Bernhard Heimrich).  
FAZ 23.11.1991:5, Unterhaus stimmt Europa-Vorlage der Regierung Major zu (Bernhard Heimrich).  
FAZ 26.11.1991:14, Frau Thatchers Kreuzzug (K; Günther Nonnenmacher).  
FAZ 27.11.1991:5a, BKA-Präsident wirbt für Europol (Bernd Heptner).  
FAZ 27.11.1991:5b, „Für Brüssel keine Generalvollmacht“ (Bernd Heptner).  
FAZ 28.11.1991:1, EG-Kommission warnt vor „Verwässerung“ der Integration (Peter Hort).  
FAZ 28.11.1991:4, Die Opposition sichert der Bonner Europapolitik ihre Unterstützung zu (Karl Feldmeyer).  
FAZ 28.11.1991:10, Überhastetes Experiment (LB; Hans M. Ranke).  
FAZ 29.11.1991:1, Asyl und Europa (K; Friedrich Karl Fromme).  
FAZ 29.11.1991:1–2, Mitterrand: Frankreich will in Maastricht den Erfolg (Thankmar von Münchhausen).  
FAZ 29.11.1991:2a, „Bürgerlobby“ rügt EG-Vertragsentwurf (Michael Stabenow).  
FAZ 29.11.1991:2b, Nach den Gesprächen mit Major und Andreotti vorsichtige Äußerungen Kohls (Karl Feldmeyer).  
FAZ 29.11.1991:2c, Nervosität vor Maastricht (Peter Hort).  
FAZ 29.11.1991:14, Mitterrands Wille (K; Günther Nonnenmacher).

- FAZ 30.11.1991:1, Im Stolperschritt nach Maastricht (K; Günther Nonnenmacher).
- FAZ 30.11.1991:2, Gerster: Interessen der Länder in Maastricht nicht mißachten (Wolfgang Stock).
- FAZ 30.11.1991:6, Es begann mit dem Wunsch nach Abschaffung der Kontrollen in Kehl (Peter Hort).
- FAZ 02.12.1991:1–2, Die EG-Außenminister suchen nach Kompromissen (Peter Hort).
- FAZ 03.12.1991:1a, Außenminister der EG beraten über die Politische Union (Peter Hort).
- FAZ 03.12.1991:1b, EG-Außenminister beraten in Brüssel über Konflikt in Kroatien (Peter Hort).
- FAZ 03.12.1991:5, Major berät mit Mitterrand über europäische Standpunkte (dpa).
- FAZ 03.12.1991:6, Engholm wirbt für einen Erfolg in Maastricht (dpa).
- FAZ 03.12.1991:15, Fluchtklausel (K; Hans D. Barbier).
- FAZ 04.12.1991:1a, „Europäische Einigung muß unumkehrbar werden“ (Karl Jetter).
- FAZ 04.12.1991:1b, Spanische Forderung gefährdet EG-Gipfeltreffen (FAZ).
- FAZ 04.12.1991:2, Spanien droht mit einem Scheitern des Gipfeltreffens in Maastricht (Peter Hort).
- FAZ 05.12.1991:4, Pochen auf das Subsidiaritätsprinzip (Wolfgang Stock).
- FAZ 06.12.1991:1a, Abschied von der Mark? (K; Hans D. Barbier).
- FAZ 06.12.1991:1b, Belgien über niederländisch-französischen „Handel“ empört (Peter Hort / Michael Stabenow).
- FAZ 06.12.1991:2, Rückhalt für die Bundesregierung (Günter Bannas).
- FAZ 06.12.1991:4, Für eine soziale Gestaltung Europas (Heike Schmoll).
- FAZ 07.12.1991:1, Europas neue Kleider (K; Peter Hort).
- FAZ 07.12.1991:2, EVP legt Strategie für Maastricht fest (Ernst Levý).
- FAZ 09.12.1991:1, Ein Weg ohne Umkehr (K; Hans D. Barbier).
- FAZ 09.12.1991:1–2, Tiefe Meinungsverschiedenheiten vor Beginn des europäischen Gipfeltreffens in Maastricht (Peter Hort / Michael Stabenow).
- FAZ 09.12.1991:2a, Lubbers will nicht über den Sitz europäischer Institutionen sprechen (Ernst Levý).
- FAZ 09.12.1991:2b, Spanien besteht auf wirtschaftlicher Kohäsion und Finanzleistungen (Walter Haubrich).
- FAZ 09.12.1991:10a, Am Ende ein Bundesstaat? (Peter Hort).
- FAZ 09.12.1991:10b, Forderungen aus Straßburg (Klaus-Dieter Frankenberger).
- FAZ 09.12.1991:10c, Seit Maggies Abgang vergiftet das M-Wort die Debatte (Bernhard Heimrich).
- FAZ 09.12.1991:10–11, Das EG-Gipfeltreffen in Maastricht – Themen, Ziele, Widerstände (Themenseite mit mehreren Autoren).

- FAZ 09.12.1991:11a, Die Bundesländer beharren auf dem Subsidiaritätsprinzip (Wolfgang Stock).
- FAZ 09.12.1991:11b, Für eine europäische Industriepolitik (Thankmar von Münchhausen).
- FAZ 09.12.1991:11c, Nach Dublin ist manches Vorhaben auf der Strecke geblieben (Michael Stabenow).
- FAZ 09.12.1991:11d, Was die Bürger von der Schaffung einer Europäischen Union halten (Klaus-Dieter Frankenberger).
- FAZ 09.12.1991:11e, Wird die WEU zu einem Organ der Politischen Union? (Karl Feldmeyer).
- FAZ 09.12.1991:12b, Monetäres Nachlaufspiel (K; Ursula Braun-Moser).
- FAZ 10.12.1991:1–2, In Maastricht wehrt sich London gegen die Wirtschafts- und Währungsunion (Peter Hort).
- FAZ 10.12.1991:5a, Barón rügt „Ausschluß des lästigen Zeugen“ (Reuter).
- FAZ 10.12.1991:5b, Regierung Heimlichtuerei vorgeworfen (Thankmar von Münchhausen).
- FAZ 10.12.1991:5c, Treffen in Maastricht – „Mehr Europa?“ (Michael Stabenow).
- FAZ 11.12.1991:1–2, In Maastricht schwierige Verhandlungen über die Politische Union Europas (Peter Hort / Michael Stabenow).
- FAZ 11.12.1991:3, Vom großen Geld und dem Wohlgeschmack kleiner Brötchen (Peter Hort).
- FAZ 12.12.1991:1, Nach Maastricht wird es Ernst (K; Günther Nonnenmacher).
- FAZ 12.12.1991:1–2, Nach dem mühsamen Kompromiß von Maastricht Erleichterung und Kritik an London (Peter Hort / Michael Stabenow).
- FAZ 12.12.1991:2a, „Bei der Wirtschafts- und Währungsunion hat sich Bonn durchgesetzt“ (Wolfgang Stock).
- FAZ 12.12.1991:2b, Lubbers spricht von sehr schwierigen Verhandlungen (Ernst Levy).
- FAZ 12.12.1991:2c, Madrid mit Protokoll zur sozialen Kohäsion zufrieden (Walter Haubrich).
- FAZ 12.12.1991:2d, Neue Kompetenz nur in der Visumspolitik (Peter Hort).
- FAZ 12.12.1991:3a, Am Ende wird der Strom Europas auch die Insel erfassen (Michael Stabenow).
- FAZ 12.12.1991:3b, Die künftigen Aufgaben der WEU (Karl Feldmeyer).
- FAZ 12.12.1991:3c, „Eine immer engere Union“ (Reuter).
- FAZ 12.12.1991:3d, „Im besten Interesse Großbritanniens“ (Bernhard Heimrich).
- FAZ 12.12.1991:10, Ominöse Großraumwährung (LB; Hans-Henning Walter).
- FAZ 12.12.1991:14, Sieger verlorener Siege (Bernhard Heimrich).
- FAZ 12.12.1991:15, Die D-Mark über den Tisch gezogen (K; Peter Hort).
- FAZ 13.12.1991:1, Mitterrand erwägt Referendum über Beschlüsse von Maastricht (dpa).

- FAZ 13.12.1991:2, Bush begrüßt Ergebnis von Maastricht (Carola Kaps).
- FAZ 14.12.1991:1–2, Parteien begrüßen im Bundestag die Ergebnisse von Maastricht (Carl Graf Hohenthal / Wolfgang Stock).
- FAZ 14.12.1991:2, Gedämpfter Friede in historischer Stunde (K; Karl Feldmeyer).
- FAZ 14.12.1991:10, Ohne Enthusiasmus (K; Fritz Ullrich Fack).
- FAZ 17.12.1991:6, Mitterrand mit Maastricht zufrieden (Thankmar von Münchenhausen).
- FAZ 17.12.1991:11a, Ecu-Bärendienst (LB; Peter Bohley).
- FAZ 17.12.1991:11b, Eine Währung – eine Sprache (LB; Ralf Schiebler).
- FAZ 18.12.1991:8, Währungen brauchen Konkurrenz (LB; Kristof Berking).
- FAZ 19.12.1991:6, Lob aus Spanien für EG-Beschlüsse (Walter Haubrich).
- FAZ 19.12.1991:7, Souveräne mit gleichem Geld (LB; Peter Maurer).
- FAZ 20.12.1991:1, Das französische Kartenspiel (K; Günther Nonnenmacher).
- LF 26.06.1988:4, Fin de la présidence allemande (Jean-Paul Picaper).
- LF 27.06.1988:1, Audace monétaire (K; Jean François-Poncet).
- LF 27.06.1988:6, Priorité à l'union monétaire (Robert de Suzannet).
- LF 28.06.1988:2a, Delors: l'autodidacte „inclassable“ (Henri de Kergorlay / Robert de Suzannet).
- LF 28.06.1988:2b, Les hésitations des Douze (Henri de Kergorlay / Robert de Suzannet).
- LF 29.06.1988:3a, Le document sur l'union monétaire (AFP).
- LF 29.06.1988:3b, Un pas prudent vers l'Union monétaire (Henri de Kergorlay / Robert de Suzannet).
- LF 21.09.1988:2, Mme Thatcher: „Oui à l'Europe des patries“ (Robert de Suzannet).
- LF 23.09.1988:5, Nouvelle menace pour Strasbourg (Robert de Suzannet).
- LF 27.10.1988:3, Margaret Thatcher: „Je reste“ (Vincent Gérard).
- LF 09.11.1988:11a, Grandeur et modestie du père de l'Europe (K; Valéry Giscard d'Estaing).
- LF 09.11.1988:11b, Les cendres de Jean Monnet transférées ce soir au Panthéon (o.A.).
- LF 09.11.1988:11c, Réaliser plutôt que paraître (K; Georges Suffert).
- LF 14.02.1989, L'Europe escamotée (K; Baudouin Bollaert).
- LF 16.02.1989:6, Les députés européens favorables au vote des étrangers (o.A.).
- LF 12.04.1989:2, Union pour l'Europe (K; Alfred Coste-Floret).
- LF 17.04.1989:6, Trois étapes pour l'union monétaire (Isabelle Gravière).
- LF 18.04.1989:1a, L'Europe monétaire à pas comptés (o.A.).
- LF 18.04.1989:1b, Un projet européen (K; Jean François-Poncet).
- LF 18.04.1989:2a, Theo Waigel: „Pour reformer notre fiscalité, nous tiendrons compte de nos voisins.“ (Jean-Paul Picaper).

- LF 18.04.1989:2b, Union monétaire: dans l'attente d'un nouveau traité (Robert de Suzannet).
- LF 26.06.1989:1a, Europe: l'obstacle Thatcher (o.A.).
- LF 26.06.1989:1b, Superbe isolement (K; Jean François-Poncet).
- LF 26.06.1989:3, Margaret Thatcher en accusation (Vincent Gérard).
- LF 28.06.1989:1, Illusions et réalités (K; Alain Peyrefitte).
- LF 28.06.1989:4a, Des petits pas prudents vers l'union monétaire (Henri de Kergorlay / Robert de Suzannet).
- LF 28.06.1989:4b, Mitterrand: „Un peu de logique“ (Paul Guilbert).
- LF 10.11.1989:2, L'Europe sociale (LB; Serge Négrier).
- LF 13.11.1989:9, Et si la construction de la CEE s'arrêtait... (Henri de Kergorlay).
- LF 13.11.1989:12a, La Communauté risque la panne (Vincent Gérard).
- LF 13.11.1989:12b, La construction européenne menacée? (Françoise Lazare).
- LF 14.11.1989:1a, Phobies (K; Jean François-Poncet).
- LF 14.11.1989:1b, RDA: Mitterrand convoque l'Europe (o.A.).
- LF 14.11.1989:2, Qu'est-ce que l'objectivité? (K; Max Clos).
- LF 15.11.1989:8, Poher pour la création d'un „Sénat européen“ (Patrice-Henry Desaubliaux).
- LF 16.11.1989:2, La Communauté est morte. Vive l'Europe! (K; Guy Sorman).
- LF 16.11.1989:8, Les libéraux européens relancent le fédéralisme (Jean-Philippe Moinet).
- LF 17.11.1989:2, De l'aigle à deux têtes à la Communauté (K; Charles Lambroschini).
- LF 18.11.1989:1, Le nouvel ordre (K; Jean François-Poncet).
- LF 18.11.1989:4a, „De l'Atlantique à la frontière chinoise...“ (Jacques Duplouch).
- LF 18.11.1989:4b, L'Europe vaut bien un dîner (Henri de Kergorlay).
- LF 18.11.1989:4c, RFA: pas de cavalier seul... (Jean-Paul Picaper).
- LF 18.11.1989:7, Il faut repenser l'Europe (K; Édouard Balladur).
- LF 20.11.1989:1, Questions non posées (K; Philippe Villin).
- LF 20.11.1989:2, Après le Mur (LB; Stephan Glasser).
- LF 20.11.1989:3, „L'Europe a parlé d'une seule voix“ (Vincent Gérard).
- LF 21.11.1989:1, Mieux que rien (K; Paul Guilbert).
- LF 21.11.1989:9a, Dîner des douze: le „oui, mais“ de l'opposition (o.A.).
- LF 21.11.1989:9b, Michel Rocard: nous n'avons pas été „pris au dépourvu“ (Sophie Huet).
- LF 22.11.1989:4, Mitterrand et Kohl aujourd'hui à Strasbourg (Vincent Gérard).
- LF 23.11.1989:2, Europe de l'Est: trois enjeux (K; Alain Madelin).
- LF 24.11.1989:2a, Allemagne (LB; Paul de Marne).
- LF 24.11.1989:2b, L'avenir n'appartient à personne (K; Patrick Wajzman).
- LF 27.11.1989:2, Le spectre de la réunification allemande (K; Jacques Baumel).

- LF 28.11.1989:6, Jacques Chirac au „Figaro“: „La chance de la France...“ (Interview mit Jacques Chirac; Paul Guilbert / Charles Lambroschini).
- LF 29.11.1989:1, La toupie folle (K; Jacques Jacquet-Francillon).
- LF 29.11.1989:2, Allemagne (LB; O. Arnoux).
- LF 29.11.1989:10, Les Français, face aux événements de l'Est (Charles Rebois).
- LF 05.12.1989:3, Les Européens décideront à Strasbourg (Vincent Gérard).
- LF 06.12.1989:2, Le drame de l'histoire allemande (K; Anne Kriegel).
- LF 06.12.1989:6, La confiance à „Maggie“ (Jacques Duplouich).
- LF 06.12.1989:7, Europe: comment l'opposition envisage l'avenir (Baudouin Bollart).
- LF 08.12.1989:1, Lourde responsabilité (K; Jean François-Poncet).
- LF 08.12.1989:2, France-Allemagne: illusions perdues (K; Max Clos).
- LF 08.12.1989:6a, Débat autour d'une Europe monétaire (AFP / Reuter).
- LF 08.12.1989:6b, Le chancelier Kohl propose un compromis à Mitterrand (Jean-Paul Picaper).
- LF 08.12.1989:6c, Présidence française: un bilan positif (Vincent Gérard).
- LF 08.12.1989:6d, Thatcher: Pas de dérive supranationale (Jacques Duplouich).
- LF 08.12.1989:10, Le flottement socialiste (K; Jean Bothorel).
- LF 09.12.1989:1, Accélération de l'Histoire (K; Philippe Villin).
- LF 09.12.1989:2a, Accord sur l'union monétaire et la charte sociale (AFP / Reuter).
- LF 09.12.1989:2b, Les Allemands dévoilent leurs cartes (Vincent Gérard).
- LF 09.12.1989:2c, Un scénario bousculé (Paul Guilbert).
- LF 09.12.1989:6, Immigration: les „trous“ de l'Europe sans frontières (Georges Potriquet).
- LF 11.12.1989:1, Temps perdu (K; Jacques Jacquet-Francillon).
- LF 11.12.1989:6a, Kohl est rentré la tête haute (Jean-Paul Picaper).
- LF 11.12.1989:6b, L'irruption de l'Allemagne de l'Est dans la Communauté (Paul Guilbert).
- LF 11.12.1989:6c, Le prix du succès (Vincent Gérard).
- LF 11.12.1989:8, François Mitterrand: „Peur de quoi? Il suffit d'être résolu!“ (o.A.).
- LF 11.12.1989:12, Méhaignerie: „un succès pour le président“ (o.A.).
- LF 12.12.1989:1, Évidences (K; Alain Peyrefitte).
- LF 12.12.1989:2, Quelle Europe? (K; Alain Le Ray).
- LF 12.12.1989:6, L'Europe oui, l'immigration non... (o.A.).
- LF 12.12.1989:7, L'Allemagne au centre du débat (Henri Paillard / Olivier Pognon).
- LF 01.01.1990:1a, Devoir d'imagination (K; Georges Suffert).
- LF 01.01.1990:1b, Le souhait de Mitterrand: une confédération européenne englobant l'Est (o.A.).
- LF 01.01.1990:6, „Une confédération européenne“ ouverte aux pays de l'Est.

- LF 02.01.1990:3, L'Irlande succède à la France à la présidence (o.A.).
- LF 05.01.1990:6, Entente pour une confédération européenne (Jean-Paul Picaper).
- LF 06.01.1990:6, Mitterrand, l'Histoire, l'Europe et le 49-3 (Nicole Kern).
- LF 14.03.1990:8, Strasbourg face à l'offensive belge (Vincent Gérard).
- LF 15.03.1990:1, Europe: Strasbourg a gagné (o.A.).
- LF 15.03.1990:2, Diplomatie: pour une politique de nos moyens (K; Massenet, Michel).
- LF 15.03.1990:6, Strasbourg sauve les meubles (Vincent Gérard).
- LF 16.03.1990:12, Strasbourg menacée en avril (Vincent Gérard).
- LF 20.03.1990:2, Ne pas se résigner à l'hégémonie allemande (K; Michel Debré).
- LF 21.03.1990:2, Les trois cercles de l'Union européenne (K; Édouard Balladur).
- LF 10.04.1990:7, Europe: les clairs-oscurs de la doctrine Mitterrand (Paul Guilbert).
- LF 11.04.1990:1, Europe: les craintes de Chirac (o.A.).
- LF 11.04.1990:8a, Europe: l'heure des clivages (Henri Paillard / Olivier Pognon).
- LF 11.04.1990:8b, Les trois questions de Chirac (o.A.).
- LF 11.04.1990:8c, Liberté de navigation (Paul Guilbert).
- LF 16.04.1990:5, Méhaignerie déplore les „freins“ européens du RPR (Henri Paillard).
- LF 20.04.1990:1a, Europe: Mitterrand et Kohl accélèrent (o.A.).
- LF 20.04.1990:1b, Le pilier (K; Jacques Jacquet-Francillon).
- LF 20.04.1990:4, Un coup d'accélérateur à l'union politique (Robert de Suzannet).
- LF 21.04.1990:2, Le „réalisme“ thatchérien contre l'union politique (Jacques Duplouch).
- LF 24.04.1990:1, Encore un effort... (K; Franz-Olivier Giesbert).
- LF 25.04.1990:1, Paris-Bonn: relations consolidées (o.A.).
- LF 25.04.1990:2a, Joachim Bitterlich, „Monsieur Frankreich“ (Jean-Paul Picaper).
- LF 25.04.1990:2b, Réconciliation par les armes (Jean-Paul Picaper).
- LF 25.04.1990:6, Étendre la révision aux actes communautaires (K; François Goguel).
- LF 25.04.1990:25, Unité européenne et unité allemande (Jean-Paul Picaper).
- LF 26.04.1990:3a, Giscard demande une „concertation systématique“ (Jean-Philippe Moinet).
- LF 26.04.1990:3b, La mémoire allemande de Mitterrand (Paul Guilbert).
- LF 26.04.1990:3c, Les affinités françaises d'Helmut Kohl (Jean-Paul Picaper).
- LF 26.04.1990:3d, Retrouvailles sur l'avenir de l'Europe (Robert de Suzannet).
- LF 26.04.1990:3e, Revers pour la brigade européenne (Vincent Gérard).
- LF 26.04.1990:6, Europe: le RPR cherche sa voie (Michel Chamard).
- LF 27.04.1990:3a, Convergences sur l'Otan (Robert de Suzannet).
- LF 27.04.1990:3b, Mitterrand-Kohl: la cordialité retrouvée (Robert de Suzannet).

- LF 28.04.1990:2a, Bond en avant (K; Jean François-Poncet).  
LF 28.04.1990:2b, L'impératif de l'union politique (Vincent Gérard).  
LF 30.04.1990:1, Et la reine? (K; Jacques Jacquet-Francillon).  
LF 30.04.1990:3a, L'union européenne en marche (Vincent Gérard).  
LF 30.04.1990:3b, La question de la „sécurité“ (o.A.).  
LF 30.04.1990:3c, Paris-Bonn: l'entente retrouvée (Paul Guilbert).  
LF 30.04.1990:3d, Thatcher: un scepticisme accommodant (Jacques Duplouich).  
LF 03.05.1990:2, Défense: la nouvelle donne européenne (K; Pierre Lellouche).  
LF 05.05.1990:8, Jacques Chirac: propositions pour l'Europe (Michel Chamard).  
LF 19.06.1990:7, Jacques Delors pour un „Acte unique bis“ (o.A.).  
LF 23.06.1990:2, Kohl et Mitterrand au secours de Gorbatchev (Jean-Paul Picaper).  
LF 25.06.1990:1, Lever de rideau (K; Jean François-Poncet).  
LF 25.06.1990:3a, Londres durcit sa position (Jacques Duplouich).  
LF 25.06.1990:3b, Paris manie l'ambiguïté (Robert de Suzannet).  
LF 25.06.1990:3c, Triple épreuve pour l'Europe des Douze (Vincent Gérard).  
LF 26.06.1990:4a, La France veut une Europe fédérale (Vincent Gérard).  
LF 26.06.1990:4b, Tous unis pour aider l'URSS (Paul Guilbert).  
LF 27.06.1990:3, Le sommet choisit d'attendre (Vincent Gérard).  
LF 27.06.1990:8, Accord sur la confédération et les primaires (Jean-Philippe Moinet).  
LF 28.06.1990:1, Quelques questions (K; Alain Peyrefitte).  
LF 28.06.1990:5, Être associé à l'Europe (Sophie Huet).  
LF 28.06.1990:7, Poujade interpelle le gouvernement (Olivier Pognon).  
LF 12.07.1990:6, Giscard, pèlerin du „fédéralisme du XXIe siècle“ (Vincent Gérard).  
LF 13.07.1990:6, Delors répond à Giscard (o.A.).  
LF 10.10.1990:1, Rome appuie Strasbourg (Baudouin Bollaert).  
LF 11.10.1990:8, Pas de droit de vote pour les immigrés (Baudouin Bollaert).  
LF 11.10.1990:9, Dumas: étendre le rôle du Parlement de Strasbourg (Olivier Pognon).  
LF 18.10.1990:3, Helmut Kohl veut accélérer l'Europe (Jean-Paul Picaper).  
LF 22.10.1990:12, Le budget des Douze au banc d'essai (Baudouin Bollaert).  
LF 23.10.1990:1, Priorité à l'Europe (Patrice-Henry Desaubliaux).  
LF 25.10.1990:5, Delors pour un „Acte unique bis“ (Baudouin Bollaert).  
LF 25.10.1990:6, Lamassoure livre les „secrets“ du budget (Interview mit Alain Lamassoure; Baudouin Bollaert).  
LF 27.10.1990:1, Lever de rideau (K; Jean François-Poncet).  
LF 27.10.1990:2a, Huit heures pour convaincre Maggie... (Baudouin Bollaert).  
LF 27.10.1990:2b, La bataille du siège: statu quo ou marchangage (Baudouin Bollaert).



- LF 29.10.1990:5a, L'Italie botte en touche (Baudouin Bollaert / Jérôme Faure).  
LF 29.10.1990:5b, Le „splendide isolement“ de la Dame de fer (Baudouin Bollaert / Jérôme Faure).  
LF 31.11.1990:2, La Dame de fer plus vulnérable que jamais (François Casteran / AFP).  
LF 03.11.1990:5, Les fédéralistes de Daillet (Valérie Dousset).  
LF 03.11.1990:7, Jacques Chirac entre quatre yeux (Georges Suffert).  
LF 05.11.1990:7, La Dame de fer dans la tourmente (Robert de Suzannet).  
LF 07.11.1990:2, Du Tibre à la Tamise... (K; Baudouin Bollaert).  
LF 15.11.1990:6, „Tarzan“ défie Maggie (Jacques Duplouich).  
LF 16.11.1990:4, Une bataille indécise... (Interview mit Hugh Dykes; Jacques Duplouich).  
LF 16.11.1990:9, „Aller vite“ demandent les centristes (o.A.).  
LF 17.11.1990:2, Heseltine favori des sondages (Jacques Duplouich).  
LF 19.11.1990:2a, France-Allemagne: l'artisan de la réconciliation (K; Ernst Weisenfeld).  
LF 19.11.1990:2b, L'heure de tous les dangers (K; Georges Suffert).  
LF 21.11.1990:4a, La CEE selon la Dame de fer (o.A.).  
LF 21.11.1990:4b, Le choc de deux ambitions (Jacques Duplouich).  
LF 22.11.1990:8, La guerre du deuxième tour (Jacques Duplouich).  
LF 23.11.1990:1, Le courage (K; Alain Peyrefitte).  
LF 23.11.1990:2, Les médailles et les revers des années Maggie (Baudouin Bollaert).  
LF 23.11.1990:3, La femme qui ressuscita l'Angleterre (Jacques Duplouich).  
LF 23.11.1990:4a, Beaucoup de regrets et quelque soulagement (AFP / Reuter).  
LF 23.11.1990:4b, L'un des grands hommes d'État du XXe siècle (K; Édouard Balladur).  
LF 23.11.1990:4c, „La guerre à tout prix“ (K; Julian Barnes).  
LF 23.11.1990:5, Les années Thatcher (AFP).  
LF 23.11.1990:8, L'UDF affirme sa différence (o.A.).  
LF 23.11.1990:9, Europe: le Parlement a soif de pouvoirs (Isabelle Marchais).  
LF 24.11.1990:5a, Heseltine, le trouble-fête (Jacques Duplouich).  
LF 24.11.1990:5b, „Maggie“ l'Européenne? (Baudouin Bollaert).  
LF 26.11.1990:9, „L'heure de vérité“ de Jacques Chirac (Michel Chamard).  
LF 27.11.1990:8, Le tombeur contre l'héritier (Jacques Duplouich).  
LF 28.11.1990:1, Le sourire de Mme Thatcher (K; Franz-Olivier Giesbert).  
LF 28.11.1990:4a, John Major, l'homme tranquille (Jacques Duplouich).  
LF 28.11.1990:4b, Le credo de la Commission (Baudouin Bollaert).  
LF 29.11.1990:1, L'Europe, priorité pour John Major (o.A.).  
LF 29.11.1990:10a, L'appel à la mobilisation des conservateurs (Jacques Duplouich).

- LF 29.11.1990:10b, Le compromis européen du RPR (Michel Chamard).
- LF 30.11.1990:2, L'air des Sommets (Interview mit Roland Dumas; Patrick Wajzman).
- LF 30.11.1990:6, Le cabinet Major à pied d'œuvre (Jacques Duplouich).
- LF 01.12.1990:3, Major „plus constructif“ envers l'Europe (o.A.).
- LF 01.12.1990:6, Pontillon propose une Force d'action rapide européenne (Patrice-Henry Desaubliaux).
- LF 03.12.1990:6a, Le chancelier entre deux unifications (K; Alfred Grosser).
- LF 03.12.1990:6b, Quatre ans pour construire l'Allemagne (Jean-Paul Picaper).
- LF 04.12.1990:2, Il faut parier sur l'Allemagne (K; Yves M. Laulan).
- LF 05.12.1990:1, Europe: l'opposition veut atténuer ses divergences (o.A.).
- LF 05.12.1990:6, Le „flou artistique“ de l'Union politique (Baudouin Bollaert).
- LF 05.12.1990:9a, Alliot-Marie (RPR) – Bosson (UDF): deux sensibilités face à face (Interview mit Michèle Alliot Marie und Bernard Bosson; Michel Chamard / Jean-Philippe Moinet).
- LF 05.12.1990:9b, Le RPR est parvenu à surmonter ses divergences (Michel Chamard).
- LF 06.12.1990:3, Le poids du couple franco-allemand (Baudouin Bollaert).
- LF 06.12.1990:8a, Europe: le grand écart de Laruent Fabius (Baudouin Bollaert).
- LF 06.12.1990:8b, Le manifeste „Pour l'union des Etats de l'Europe“ (o.A.).
- LF 06.12.1990:8c, Non au fédéralisme, oui à l'„union des États“ (Michel Chamard).
- LF 10.12.1990:6, La nouvelle donne Mitterrand-Kohl (Baudouin Bollaert).
- LF 11.12.1990:1, Le nouvel „Empire du milieu“ (K; Franz-Olivier Giesbert).
- LF 11.12.1990:4a, Au parlement: surtout ne pas parler d'hégémonie (Valérie Dousset / Henri Paillard).
- LF 11.12.1990:4b, L'affaire Skoda réveille les inquiétudes (Robert de Suzannet).
- LF 11.12.1990:8, Giscard veut marier libéraux et démocrates-chrétiens (Joseph Macé-Scaron).
- LF 12.12.1990:2, France – Allemagne – Europe (K; Thierry de Montbrial).
- LF 12.12.1990:7, Giscard accepte un compromis (Baudouin Bollaert).
- LF 13.12.1990:2, L'intégration monétaire de la Communauté européenne (K; Maurice Allais).
- LF 13.12.1990:7, La „stratégie flexible“ de Giscard (Baudouin Bollaert).
- LF 14.12.1990:1, Un choix simple (K; Jean François-Poncet).
- LF 14.12.1990:3a, Douglas Hurd: un „nouveau style“... mais la même doctrine (Interview mit Douglas Hurd; Jacques Duplouich).
- LF 14.12.1990:3b, Le triple rendez-vous des Douze (Baudouin Bollaert).
- LF 14.12.1990:8, Entre le RPR et l'UDF, une vraie frontière (Michel Chamard / Jean-Philippe Moinet).
- LF 15.12.1990:2, Rome, cinq dossiers pour les Douze (Baudouin Bollaert).
- LF 15.12.1990:7a, PS: les malgré-nous de l'Europe (Joseph Macé-Scaron).

- LF 15.12.1990:7b, Un axe Chevènement-Séguin? (Patrice-Henry Desaubliaux).
- LF 17.12.1990:6a, Bataille du siège: blocage (Baudouin Bollaert).
- LF 17.12.1990:6b, Les mises en garde de Jacques Delors (Baudouin Bollaert).
- LF 18.12.1990:8, Europe: Balladur prend une initiative (Interview mit Édouard Balladur; o.A.).
- LF 16.11.1991:5, Giscard prend du recul (Baudouin Bollaert).
- LF 16.11.1991:6, Réussir Maastricht (Nicole Kern / Jean-Paul Picaper).
- LF 18.11.1991:3, Coup de frein à la défense européenne (Jean-Paul Picaper).
- LF 21.11.1991:2, Jean-Marie Le Pen est un démocrate (K; Jean-Yves Le Gallou).
- LF 21.11.1991:4a, Les dernières salves avant Maastricht (Baudouin Bollaert).
- LF 21.11.1991:4b, Londres freine devant l'Europe (Jacques Duplouch).
- LF 25.11.1991:2, Le pouvoir de l'„eurocratie“ (Baudouin Bollaert).
- LF 25.11.1991:3, Margaret Thatcher dénonce l'„arrogance“ de John Major (Jacques Duplouch).
- LF 25.11.1991:4, Allemagne: Kohl optimiste pour Maastricht (o.A.).
- LF 26.11.1991:6, Mitterrand, l'homme affaibli par lui-même (K; Paul Guilbert).
- LF 27.11.1991:2, France, réveille-toi... (K; Philippe Séguin).
- LF 27.11.1991:5, Le joker espagnol (Irina de Chikoff).
- LF 27.11.1991:7, Vaste consultation à l'Élysée (o.A.).
- LF 27.11.1991:8, Giscard d'Estaing s'inquiète de Maastricht (Olivier Pognon).
- LF 28.11.1991:6a, Les centristes adressent des signaux au pouvoir (Jean-Philippe Moinet).
- LF 28.11.1991:6b, Roland Dumas: vers une union fédérale (Olivier Pognon).
- LF 29.11.1991:2, Europe (LB; Fernand Conte).
- LF 30.11.1991:2a, Kohl offre un compromis (Baudouin Bollaert).
- LF 30.11.1991:2b, L'Europe, faute de mieux... (Jacques Duplouch).
- LF 30.11.1991:4, Delors bat Rocard sur tous les tableaux (Département d'études politiques).
- LF 30.11.1991:5, Le risque de perte de l'identité nationale (K; Alain Peyrefitte).
- LF 02.12.1991:2a, Quand Séguin s'éveillera (K; Michel Noir).
- LF 02.12.1991:2b, Séguin (LB; Christophe Agraz).
- LF 02.12.1991:6a, Le consensus inquiet de l'opinion (Françoise Laffay).
- LF 02.12.1991:6b, Un long chemin (AFP).
- LF 02.12.1991:6c, Une classe politique divisée (Nicole Kern).
- LF 02.12.1991:8, Delors: „pour le septennat“ (o.A.).
- LF 03.12.1991:2, Yougoslavie: la honte de l'Europe (K; Jacques Chirac).
- LF 03.12.1991:5a, Maastricht: une étape importante mais sur des problèmes abstraits (K; Thierry de Montbrial).
- LF 03.12.1991:5b, Mitterrand-Major: l'ampleur des différences (Jacques Duplouch / AFP).

- LF 03.12.1991:6, Mitterrand procède à un tour de table (Nicole Kern).  
LF 03.12.1991:9, Noir et Barre font bloc pour Lyon (Yves Léridon).  
LF 04.12.1991:1, Manque de souffle (K; Franz-Olivier Giesbert).  
LF 04.12.1991:2, Vraies nations et fausse Europe (K; Léo Hamon).  
LF 04.12.1991:4a, 53 % des Français redoutent le marché unique (Charles Rebois).  
LF 04.12.1991:4b, Synthèse en vue sur la défense (Baudouin Bollaert).  
LF 04.12.1991:5, Une mécanique complexe, parfois grinçante (Baudouin Bollaert).  
LF 04.12.1991:9, Mitterrand à l'écoute des chefs de parti (Nicole Kern).  
LF 05.12.1991:1, L'Europe: vers une monnaie unique (o.A.).  
LF 05.12.1991:2a, L'Europe, entre l'empire et la république (K; Jean-Pierre Chevènement).  
LF 05.12.1991:2b, Maastricht (LB; H. P.).  
LF 05.12.1991:2c, Maastricht (LB; Roland Davée).  
LF 05.12.1991:2d, Maastricht (LB; Mathieu Aref).  
LF 05.12.1991:3, Le triangle UEO-CEE-Otan à l'essai (Baudouin Bollaert).  
LF 05.12.1991:8, Galland succède à Giscard (Michel Chamard).  
LF 05.12.1991:10, Lang fustige l'opposition (Nicole Kern).  
LF 06.12.1991:2a, La Croatie abandonnée (K; Jacques Baumel).  
LF 06.12.1991:2b, La France et le parti de l'étranger (K; Marie-France Garaud).  
LF 06.12.1991:4a, Axel Ganz: la presse sans frontières (Anne Fulda).  
LF 06.12.1991:4b, Karl Lagerfeld: retrouver l'Europe des lumières (Françoise Lepeltier).  
LF 06.12.1991:4c, Raul Gardini: la vision continental d'un „paysan“ (Nazanine Ravaii).  
LF 06.12.1991:5, Douglas Hurd: „Il y a plusieurs façons de voir l'Europe“ (Interview mit Douglas Hurd; Jacques Duplouich).  
LF 06.12.1991:7, „Le crépuscule de dieu“ (Franz-Olivier Giesbert).  
LF 06.12.1991:8a, Alphandéry: „L'Europe ne divisera pas l'opposition“ (Interview mit Edmond Alphandéry; Jean-Philippe Moinet).  
LF 06.12.1991:8b, Maastricht entretient la tension au Luxembourg (Sophie Huet).  
LF 07.12.1991:2a, Jean-François Poncet: „L'Europe ne menace pas les identités nationales“ (Interview mit Jean-François Poncet; Renaud Girard).  
LF 07.12.1991:2b, Norman Tebbit: La Communauté est en danger (Interview mit Norman Tebbit; Jacques Duplouich).  
LF 07.12.1991:3a, L'Italie: l'Europe pour modifier le système (Jérôme Faure).  
LF 07.12.1991:3b, Progrès ambigus sur la diplomatie commune (Baudouin Bollaert).  
LF 07.12.1991:8, Un manifeste anti-Maastricht (Michel Chamard).  
LF 09.12.1991:1a, A l'heure du réveil des nationalités (K; Alain Peyrefitte).  
LF 09.12.1991:1b, L'Europe des Douze face à son avenir (o.A.).

- LF 09.12.1991:2a, Défense: sortir des ambiguïtés (K; Christian Clarke de Dromantin).
- LF 09.12.1991:2b, La victoire de l'Allemagne (K; François Guillaume).
- LF 09.12.1991:2c, Nouveaux rapports de forces (K; Ingo Kolboom).
- LF 09.12.1991:3a, L'Allemagne conduit, la France suit (Georges Suffert).
- LF 09.12.1991:3b, Le difficile pari des Douze (Baudouin Bollaert).
- LF 09.12.1991:3c, Les doutes allemands (Jean-Paul Picaper).
- LF 09.12.1991:4a, Douze Etats membres avec des aspirations divergentes (o.A.).
- LF 09.12.1991:4b, „L'élargissement? Je n'y crois pas!“ (Interview mit Claude Cheysson; Baudouin Bollaert).
- LF 09.12.1991:4c, Les neuf „mines“ qui peuvent faire tout exploser (Baudouin Bollaert).
- LF 09.12.1991:6a, Le coup d'envoi de la défense européenne (Patrice-Henry Desaubliaux).
- LF 09.12.1991:6b, Valéry Giscard d'Estaing: plaidoyer pour l'Europe fédérale (Interview mit Valéry Giscard d'Estaing; Franz-Olivier Giesbert / Paul Guilbert / Baudouin Bollaert).
- LF 09.12.1991:9, Mme Veil deplore l'absence de débat (o.A.).
- LF 10.12.1991:2a, C'est de la France et de l'Allemagne que tout dépend (K; François Léotard).
- LF 10.12.1991:2b, La baguette et le cerceau (K; Xavier Marchetti).
- LF 10.12.1991:3a, L'Europe de A à Z (Baudouin Bollaert).
- LF 10.12.1991:3b, Londres face au trio Paris-Bonn-Madrid (Baudouin Bollaert / Jean-Paul Picaper).
- LF 10.12.1991:4a, Les „observateurs“ européens dans le piège yougoslave (Philippe Gélie).
- LF 10.12.1991:4b, „Les chrétiens ont un rôle à jouer en Europe“ (Interview mit Jean-Louis Tauran; Joseph Vandrisse).
- LF 10.12.1991:6, Les craintes de la CEE (Paul Guilbert).
- LF 11.12.1991:1a, De Brest à Vladivostok (K; Jacques Jacquet-Francillon).
- LF 11.12.1991:1b, L'accord de Maastricht relance l'Europe (o.A.).
- LF 11.12.1991:2a, Europe (LB; Jean Feraudy).
- LF 11.12.1991:2b, Europe (LB; Raymond Marty).
- LF 11.12.1991:2c, S'implanter en Ukraine (K; Jacques Marcelin).
- LF 11.12.1991:3a, L'„Union Européenne“, née dans la douleur (Baudouin Bollaert / Jean-Paul Picaper).
- LF 11.12.1991:3b, La rude journée de Mitterrand (Paul Guilbert).
- LF 11.12.1991:4, L'urgence d'une défense commune de l'Europe (Interview mit François Heisbourg; Jacques Duplouich).
- LF 11.12.1991:7, Jean-Marie Le Pen: contre l'Europe des „fédérastes“ (Interview mit Jean-Marie Le Pen; Sophie Huet).

- LF 12.12.1991:1a, La nouvelle Europe de l'après-Maastricht (o.A.).
- LF 12.12.1991:1b, Le saut et le vertige (K; Franz-Olivier Giesbert).
- LF 12.12.1991:2a, Europe (LB; René Dauriac).
- LF 12.12.1991:2b, Europe (LB; Michel Boissier).
- LF 12.12.1991:2c, Europe (LB; Mathieu Aref).
- LF 12.12.1991:2d, L'Europe de Charlemagne et de saint Benoît (K; Michel Riquet).
- LF 12.12.1991:3a, John Major, irréductible avocat des différences britanniques (Jacques Duplouich).
- LF 12.12.1991:3b, Un beau succès qu'il faut concrétiser (K; Thierry de Montbrial).
- LF 12.12.1991:3c, Un bilan finalement honorable... (Baudouin Bollaert).
- LF 12.12.1991:4a, Les engagements solennels du sommet (o.A.).
- LF 12.12.1991:4b, Les objectifs de l'union (o.A.).
- LF 12.12.1991:4c, Les textes adoptés à Maastricht (o.A.).
- LF 12.12.1991:5a, Déclaration de l'Union de l'Europe occidentale (o.A.).
- LF 12.12.1991:5b, Renforcement du Parlement européen (o.A.).
- LF 12.12.1991:6a, Mitterrand: „On est lancés dans une grande aventure!“ (o.A.).
- LF 12.12.1991:6b, Rancœurs allemandes (Jean-Paul Picaper).
- LF 12.12.1991:9, Giscard change de groupe (o.A.).
- LF 12.12.1991:10, Michel Rocard à la conquête du PS (Jacques Fleury).
- LF 13.12.1991:4, Le Parlement européen dénonce la complexité des textes (Baudouin Bollaert).
- LF 13.12.1991:5, En attendant Delors... (Joseph Macé-Scaron).
- LF 13.12.1991:6a, Bernard Bosson (CDS): „Maastricht n'est pas le succès des socialistes“ (Interview mit Bernard Bosson; Henri Paillard).
- LF 13.12.1991:6b, L'Europe brouille les frontières partisans (Jean-Philippe Moynet).
- LF 13.12.1991:6c, La classe politique se mobilise (o.A.).
- LF 13.12.1991:6d, Marie-France Garaud lance „un cri d'alarme“ (Interview mit Marie-France Garaud; Joseph Macé-Scaron).
- LF 13.12.1991:6e, Pour la ratification: congrès ou référendum (Patrice-Henry Desaubliaux).
- LF 14.12.1991:1, Double liquidation (K; Paul Guilbert).
- LF 14.12.1991:4, Balladur chez Major (Charles Lambroschini).
- LF 16.12.1991:3, L'Europe divisée sur la crise yougoslave (AFP / Reuter).
- LF 16.12.1991:6a, Le retour en France (K; Paul Guilbert).
- LF 16.12.1991:6b, Mitterrand: „Je ne débraie pas“ (o.A.).
- LF 16.12.1991:8a, L'impatience de Charette (Henri Paillard).
- LF 16.12.1991:8b, Le Pen se crée le „nationalisme“ (o.A.).
- LF 16.12.1991:8c, Les centristes veulent „entraîner vers l'Europe“ (Henri Paillard).
- LF 17.12.1991:1a, L'opposition face aux jeux de Mitterrand (o.A.).

- LF 17.12.1991:1b, Le plan du président (K; Georges Suffert).
- LF 17.12.1991:3, Les critères pour une reconnaissance européenne (Baudouin Bollaert).
- LF 17.12.1991:8a, Delors échappera-t-il à Mitterrand? (K; Paul Guilbert).
- LF 17.12.1991:8b, Stasi (CDS): „Une dangereuse ambiguïté“ (Interview mit Bernard Stasi; Henri Paillard).
- LF 17.12.1991:9, Le RPR demande un référendum (Patrice-Henry Desaubliaux).
- LF 17.12.1991:10, PS: le courant anti-Maastricht (o.A.).
- LF 18.12.1991:3, Les Douze ont sauvé la face à Bruxelles (Baudouin Bollaert).
- LF 18.12.1991:7a, Chirac attend de connaître le contenu des accords (o.A.).
- LF 18.12.1991:7b, Giscard préfère une ratification par le Parlement (o.A.).
- LF 19.12.1991:8, L'UDF ne dit pas non à un référendum (Henri Paillard).
- LF 21.12.1991:8, Chirac: „Maastricht n'est qu'une étape“ (o.A.).
- LM 15.06.1988:1, L'Europe des capitaux (L).
- LM 16.06.1988:2, 1992: le défi (Claire Tréan).
- LM 22.06.1988:1, Le deutschemark, un quadragénaire fringant... (Luc Rosenzweig).
- LM 23.06.1988:9, La Commission européenne demande aux Etats membres d'accorder le droit de vote aux ressortissants de la CEE (Marcel Scotto).
- LM 26.06.1988:1, Hanovre, nouvelle étape vers l'Europe monétaire (Claire Tréan).
- LM 29.06.1988:2, Une banque centrale pour l'Europe (K; André Fourçans).
- LM 29.06.1988:3a, Les Douze créent un comité chargé de définir la procédure d'intégration monétaire (Philippe Lemaître / Claire Tréan).
- LM 29.06.1988:3b, Un nouveau bail pour M. Jacques Delors (o.A.).
- LM 30.06.1988:3a, M. Kohl ou le provincial devenu européen (Luc Rosenzweig).
- LM 30.06.1988:3b, Un an pour préparer l'union monétaire (Philippe Lemaître / Claire Tréan).
- LM 22.09.1988:1, Du bon usage de Mme Thatcher (L).
- LM 22.09.1988:3, Mme Thatcher a plaidé pour une Europe des patries et libérale (Philippe Lemaître).
- LM 23.09.1988:3, Mme Thatcher récidive au Luxembourg contre l'union européenne (o.A.).
- LM 24.09.1988:5, Bruxelles marque un point (o.A.).
- LM 28.10.1988:4, Mme Thatcher et les „marxistes anachroniques“ de Bruxelles (o.A.).
- LM 08.11.1988:28, Sur les traces de Jean Monnet... (Laurent Greilsamer).
- LM 09.11.1988:2a, Jean Monnet, le magicien de l'Europe (Paul Delouvrier).
- LM 09.11.1988:2b, L'inventeur du Plan (K; Lionel Stoléru).
- LM 10.11.1988:6a, La CEE ne doit pas se transformer en „forteresse“ (Henri de Bresson).

- LM 10.11.1988:6b, Les démocrates-chrétiens de la Communauté ont adopté leur plate-forme (Marcel Scotto).
- LM 04.01.1989:2, 1789 et le droit de vote des immigrés (K; Hervé Lourau).
- LM 05.01.1989:7, Compagnons, encore un effort! (K; Bernard Bosson).
- LM 16.02.1989:7, Le Parlement européen se prononce pour le droit de vote des étrangers aux élections locales (o.A.).
- LM 09.04.1989:8, Construire l'Europe autrement (K; Philippe Herzog).
- LM 11.04.1989:10, Les écologistes ont des points de vue différents sur les alliances avec les partis de gauche (Olivier Biffaud).
- LM 12.04.1989:1, 6, Les européennes sans l'Europe (K; André Fontaine).
- LM 12.04.1989:9, M. Giscard d'Estaing propose un face-à-face télévisé aux „rénovateurs“ (André Passeron).
- LM 18.04.1989:27, Trois étapes pour faire l'union économique et monétaire européenne (Françoise Lazare).
- LM 19.04.1989:1, L'audace calculée de M. Delors (L).
- LM 19.04.1989:41a, „Il faudrait une nouvelle institution monétaire ...“ (Auszüge aus dem Delors-Bericht).
- LM 19.04.1989:41b, La réalisation de l'union monétaire implique la rédaction d'un nouveau traité (Philippe Lemaître).
- LM 20.04.1989:11, Mme Thatcher, référence commune des partisans de l'„Europe des patries“ (Olivier Biffaud).
- LM 21.04.1989:2, Un Parlement européen de style 1989 (K; Maurice Duverger).
- LM 10.06.1989:8, Les socialistes appellent à choisir entre „l'Europe de la señora Thatcher et celle de Felipe Gonzalez“ (Thierry Maliniak).
- LM 10.06.1989:12, Le poids des institutions (Michel Kaman).
- LM 13.06.1989:8, Le Parlement européen en mutation (I): L'apprentissage du pouvoir (K; Marie-Pierre Subtil).
- LM 14.06.1989:7, Le Parlement européen en mutation (II): La politique du compromis (K; Marie-Pierre Subtil).
- LM 15.06.1989:2, Caricature de démocratie (K; "un haut fonctionnaire").
- LM 15.06.1989:7, Le Parlement européen en mutation (III): La démocratie „en déficit“ (K; Marie-Pierre Subtil).
- LM 15.06.1989:9, Une campagne indigente, mais utile (Jean-Yves Lhomeau).
- LM 16.06.1989:1, 9, Quelle „sorte d'Europe“? (K; André Fontaine).
- LM 16.06.1989:2, L'Europe des quatre étages (K; Joseph Rován).
- LM 24.06.1989:1, Le conseil européen de Madrid va tenter de fléchir Mme Thatcher sur l'union monétaire (Dominique Dhombres).
- LM 24.06.1989:4a, Le président de la Bundesbank souhaite un engagement clair des Douze (AFP).
- LM 24.06.1989:4b, Mettre Mme Thatcher au pied du mur, mais avec ménagement (Philippe Lemaître).



- LM 25.06.1989:3, M. Delors met une sourdine à ses ambitions en matière de politique sociale (Philippe Lemaitre).
- LM 27.06.1989:1, M. Gonzalez souhaite un compromis sur le projet d'union monétaire.
- LM 27.06.1989:7a, M. Gonzalez ne croit pas à un accord sur l'Europe sociale (AFP).
- LM 27.06.1989:7b, Mme Thatcher, vedette d'un rôle incertain ... (Philippe Lemaitre).
- LM 29.06.1989:1, 9, Aux urnes, étrangers! (Robert Solé).
- LM 29.06.1989:1, Un pari (L).
- LM 29.06.1989:2a, L'accord sur l'union économique et monétaire demeure éminemment précaire (Philippe Lemaitre).
- LM 29.06.1989:2b, Les frustrations de M. Mitterrand (Claire Tréan).
- LM 01.11.1989:1, L'Europe sociale à onze (Philippe Lemaitre).
- LM 12.11.1989:1, Imaginer un nouvel ordre européen (K; Jacques Amalric).
- LM 12.11.1989:5, „Nous allons sans doute vivre un temps sans équilibre“ (Marie-Pierre Subtil).
- LM 14.11.1989:2, L'Allemagne libre dans l'Europe unie (K; Joseph Rován).
- LM 14.11.1989:5, Londres: Mme Thatcher incite les Européens à la plus grande prudence (Dominique Dhombres).
- LM 15.11.1989:1, Un gouvernement de coalition va être formé en RDA. M. Mitterrand organise à l'Élysée un „dîner des Douze“ (o.A.).
- LM 15.11.1989:4, Les chefs d'Etat et de gouvernement des Douze vont discuter, à Paris, de l'évolution des pays de l'Est (o.A.).
- LM 15.11.1989:11, Les pays signataires de l'accord de Schengen ont franchi une étape décisive (Georges Marion).
- LM 18.11.1989:4, Un sursaut (L).
- LM 19.11.1989:6, Les Britanniques se démarquent nettement des continentaux sur la construction communautaire (Marie-Pierre Subtil).
- LM 21.11.1989:1, La solidarité, leitmotiv européen (Jacques Amalric / Claire Tréan).
- LM 21.11.1989:9, Les parlementaires des Douze redoutent d'être dessaisis au profit des technocrates (Marie-Pierre Subtil).
- LM 23.11.1989:2, La Communauté face aux révolutions de l'Est (K; Maurice Duverger).
- LM 24.11.1989:4, M. Kohl et M. Mitterrand ont insisté sur la nécessité de l'intégration européenne (Marcel Scotto).
- LM 25.11.1989:12, Les députés européens réclament plus de pouvoir (Thierry Bréhier).
- LM 30.11.1989:2, Il faut changer de politique européenne (K; Didier Motchane).
- LM 30.11.1989:3, La réunification pose plus de problèmes à l'Est qu'à l'Ouest (Erik Izraelewicz).
- LM 01.12.1989:1, L'Europe sous la pression allemande (K; Édouard Balladur).

- LM 01.12.1989:3, A l'Assemblée nationale: frisson et inquiétudes (Pascale Robert-Diard).
- LM 06.12.1989:3, „Divergences européennes“ entre Londres et Washington (Dominique Dhombres).
- LM 07.12.1989:1, La preuve de Strasbourg (K; Daniel Vernet).
- LM 07.12.1989:3, M. Chirac s'est inquiété du „contenu de l'Europe économique“ (o.A.).
- LM 08.12.1989:1, La Communauté d'abord (L).
- LM 08.12.1989:1–2, Bonn fait une concession importante sur la construction européenne (Jacques Amalric).
- LM 08.12.1989:2a, L'adoption d'une charte sociale: un geste politique (Marie-Pierre Subtil).
- LM 08.12.1989:2b, Le conseil européen sera dominé par le débat sur l'union économique (Philippe Lemaître).
- LM 09.12.1989:1, La France, sans allié de recharge (Philippe Lemaître).
- LM 09.12.1989:8a, Comment concilier sécurité et libertés? (Marie-Pierre Subtil).
- LM 09.12.1989:8b, Un message du Mouvement européen (o.A.).
- LM 10.12.1989:1a, Les Douze acceptent que le peuple allemand „retrouve son unité“ (Claire Tréan).
- LM 10.12.1989:1b, Les exigences de l'interdépendance (L).
- LM 10.12.1989:3a, La charte sociale (André Laurens).
- LM 10.12.1989:3b, Le ralliement tardif du chancelier Kohl au processus d'union économique et monétaire (Philippe Lemaître).
- LM 12.12.1989:2–3, „L'Est et l'Ouest doivent se diriger en commun vers l'objectif Europe“ (Alain Rollat).
- LM 12.12.1989:5, L'image d'une Communauté sûre d'elle même (Philippe Lemaître).
- LM 12.12.1989:6, En RFA: des réactions mitigées (Luc Rosenzweig).
- LM 12.12.1989:48a, Sur l'immigration (o.A.).
- LM 12.12.1989:48b, Sur le sommet de Strasbourg (o.A.).
- LM 14.12.1989:8, Les députés veulent être associés à l'élaboration de l'union économique et monétaire (Marie-Pierre Subtil).
- LM 14.12.1989:9, L'opposition manifeste ses divisions (Pierre Servent).
- LM 02.01.1990:1, M. Mitterrand souhaite une „confédération“ européenne avec les pays de l'Est (Claire Tréan).
- LM 02.01.1990:5, Les vœux de M. François Mitterrand.
- LM 03.01.1990:4, L'union politique des Douze doit passer avant la „confédération“ (o.A.).
- LM 05.01.1990:7, Mme Veil se dit „perplexe“ à propos d'une confédération européenne (o.A.).

- LM 06.01.1990:3a, L'architecture de la future Europe dépendra pour une large part de l'aptitude des Douze à se mobiliser (Philippe Lemaître).
- LM 06.01.1990:3b, MM. Kohl et Mitterrand sont d'accord sur l'idée de confédération européenne (Anne Chaussebourg).
- LM 14.03.1990:10, Le Parlement de Strasbourg lance une offensive contre la Commission (Philippe Lemaître).
- LM 15.03.1990:2, L'avenir des Allemands au sein d'une Europe fédérale (K; Johannes Rau).
- LM 10.04.1990:6, Le ministre britannique de la défense s'entretient de la sécurité européenne avec M. Chevènement (Jacques Isnard).
- LM 11.04.1990:2a, La solidarité nécessaire (K; Alfred Grosser).
- LM 11.04.1990:2b, Pour une CEE de la défense (K; Gérard Dominique).
- LM 12.04.1990:5, Paris et Londres évoquent officiellement un projet de missile nucléaire commun (o.A.).
- LM 12.04.1990:10a, Le retour du discours „national“ (K; André Passeron).
- LM 12.04.1990:10b, Les divisions de l'opposition ébranlent le consensus sur la construction européenne (Pierre Servent).
- LM 14.04.1990:4, Les Européens pourront-ils voter dans chacun des pays de la CEE? (Marie-Pierre Subtil).
- LM 17.04.1990:14, M. Méhaignerie: les hommes politiques ne doivent pas utiliser la peur de l'Europe à des fins électorales (o.A.).
- LM 18.04.1990:2, Un défi pour la brigade franco-allemande (K; Klaus Becher / Ingo Kolboom).
- LM 19.04.1990:1, Un entretien avec M. Giscard d'Estaing (Interview mit Valéry Giscard d'Estaing; Jacques Amalric / Jean-Marie Colombani).
- LM 20.04.1990:1, MM. Kohl et Mitterrand relancent l'Europe politique (o.A.).
- LM 21.04.1990:1, L'avenir de l'OTAN sera défini lors d'un sommet en 1990 (Jan Krauze / Claire Tréan).
- LM 21.04.1990:5, Mme Thatcher refuse de „discuter de problèmes ésotériques“ (AFP / Reuter).
- LM 25.04.1990:4, L'UEO se donne pour tâche de réfléchir au rôle de l'Europe dans la future alliance atlantique (Marcel Scotto).
- LM 26.04.1990:3a, M. Douglas Hurd appelle au resserrement des liens franco-britanniques „pour modeler la nouvelle Europe“ (Claire Tréan).
- LM 26.04.1990:3b, Mme Veil et M. Giscard d'Estaing se rejouissent de l'initiative franco-allemande (o.A.).
- LM 26.04.1990:3c, Sous le signe de l'unification (Luc Rosenzweig / Claire Tréan).
- LM 27.04.1990:1, Un entretien avec le premier ministre néerlandais (Interview mit Ruud Lubbers; Jacques Amalric / Christian Chartier).
- LM 28.04.1990:1–2, Ne pas se tromper d'Allemagne (K; André Fontaine).
- LM 28.04.1990:2, L'harmonie retrouvée entre la France et la RFA (o.A.).

- LM 28.04.1990:3, Les Douze s'engagent sur la voie de l'union politique (Philippe Lemaître).
- LM 29.04.1990:3, Un entretien avec M. Jean François-Poncet (Jacques Amalric).
- LM 02.05.1990:1, Le façonnage d'Europe (L).
- LM 02.05.1990:3, L'union politique est sur les rails (Philippe Lemaître / Claire Tréan).
- LM 20.06.1990:1-4, Un entretien avec M. François Mitterrand (André Fontaine / Jacques Amalric / Jean-Marie Colombani).
- LM 20.06.1990:7, Les Douze n'ont pas encore abordé le débat sur l'union politique (Philippe Lemaître).
- LM 22.06.1990:7, Un casse-tête: la répartition des compétences entre la Communauté et les Etats membres (Marie-Pierre Subtil).
- LM 22.06.1990:21, Londres propose que l'écu circule dans la CEE parallèlement aux monnaies nationales (Dominique Dhombres).
- LM 23.06.1990:1, Quatre idées-forces pour l'Europe (K; Douglas Hurd).
- LM 23.06.1990:4, Mme Thatcher et M. Delors interprètent différemment la proposition de M. Major sur l'union monétaire européenne (o.A.).
- LM 24.06.1990:4, L'initiative franco-allemande sur l'union politique se heurte encore à la méfiance de certains partenaires (Philippe Lemaître).
- LM 26.06.1990:2, L'Europe à petits pas (K; Raphaël Hadas-Label).
- LM 26.06.1990:5, Un entretien avec le ministre néerlandais des affaires étrangères (Interview mit Hans van den Broek; Christian Chartier).
- LM 27.06.1990:1, Les Douze restent divisés sur l'aide à l'Union soviétique (Philippe Lemaître / Claire Tréan).
- LM 28.06.1990:1, L'Europe grande puissance (L).
- LM 28.06.1990:6, Les Douze se sont fixé d'importants rendez-vous pour le second semestre (Philippe Lemaître).
- LM 29.06.1990:7, L'objectif „fédéraliste“ assigné à la Communauté européenne divise les sénateurs (Gilles Paris).
- LM 30.06.1990:2, Un gouvernement pour l'Europe (K; Maurice Duverger).
- LM 12.07.1990:1, 4, Deux chambres pour l'Europe? (Thierry Bréhier).
- LM 12.07.1990:4a, Un malaise qui s'exacerbe (Marie-Pierre Subtil).
- LM 12.07.1990:4b, Vu de Londres (Dominique Dhombres).
- LM 10.10.1990:11, L'union politique sera plus facile à réaliser que l'union économique et monétaire (Marie-Pierre Subtil).
- LM 10.10.1990:12, Les députés sont attentifs à de nouveaux transferts de souveraineté (Marie-Pierre Subtil).
- LM 12.10.1990:1, L'Allemagne au singulier (Interview mit Jacques Delors; Jacques Amalric / Jean-Pierre Langellier).
- LM 12.10.1990:2, N'enterrons pas la CEE (K; Pascal Fontaine).
- LM 12.10.1990:10a, La relance de la „démocratie européenne“ (Pierre Servent).

- LM 12.10.1990:10b, Les députés s'inquiètent du poids croissant des institutions communautaires (Pierre Servent).
- LM 12.10.1990:10c, Un entretien avec M. Laurent Fabius (Interview mit Lauren Fabius; Patrick Jarreau / André Passeron / Pierre Servent).
- LM 19.10.1990:1, Union monétaire et suprématie allemande (L).
- LM 24.10.1990:8, Le projet de la Commission sur l'union politique européenne diffère de celui de la France (Philippe Lemaître).
- LM 25.10.1990:8, Les divergences entre le Parlement, la Commission et le Conseil européens restent importantes (Marcel Scotto).
- LM 26.10.1990:6, Création du Rassemblement pour l'Europe fédérale (Marie-Pierre Subtil).
- LM 27.10.1990:8, Les Douze se réunissent dans une conjoncture morose (Philippe Lemaître).
- LM 30.10.1990:1, Londres et l'union monétaire (L).
- LM 30.10.1990:2, L'Europe des grandes causes (K; Alain Juppé).
- LM 30.10.1990:8a, Le Conseil européen a arrêté un calendrier balisant la voie vers l'Union économique et monétaire (Philippe Lemaître).
- LM 30.10.1990:8b, Les principales conclusions (o.A.).
- LM 30.10.1990:8c, Un consensus s'est dégagé sur la nécessité d'une politique étrangère et de sécurité commune (Claire Tréan).
- LM 01.11.1990:7, Le combat solitaire de Mme Thatcher (Dominique Dhombres).
- LM 03.11.1990:1, Une sortie dans la dignité (L).
- LM 03.11.1990:6a, Lawson, Heseltine, Ridley et les autres (AFP).
- LM 03.11.1990:6b, Le divorce était déjà consommé entre Sir Geoffrey Howe et Mme Thatcher (Dominique Dhombres).
- LM 03.11.1990:6c, Le plus fidèle des fidèles (Dominique Dhombres).
- LM 04.11.1990:5, Mme Thatcher a légèrement remanié son gouvernement (Dominique Dhombres).
- LM 06.11.1990:8, Près de deux électeurs sur trois souhaitent le départ de Mme Thatcher (Dominique Dhombres).
- LM 09.11.1990:8, Une atmosphère de fin de règne (Dominique Dhombres).
- LM 14.11.1990:2, Contre l'Europe de l'apartheid (K; Charles Pasqua).
- LM 14.11.1990:5, Politique et leçons de cricket (Dominique Dhombres).
- LM 15.11.1990:5, Sir Geoffrey Howe appelle ses collègues conservateurs à se rebeller contre Mme Thatcher (Dominique Dhombres).
- LM 16.11.1990:5, Le défi de „Tarzan“ (Dominique Dhombres).
- LM 18.11.1990:4, Les partis démocrates-chrétiens européens favorables à une politique commune de sécurité (Marie-Pierre Subtil).
- LM 20.11.1990:6, Un entretien avec M. Felipe González (Interview mit Felipe González; Jean-Pierre Langellier / Thierry Maliniak).
- LM 21.11.1990:6, L'heure de vérité pour Mme Thatcher (Dominique Dhombres).

- LM 22.11.1990:1a, La CSCE salue la fin de l'„ère de l'affrontement et de la division“ (Claire Tréan).
- LM 22.11.1990:1b, Mme Thatcher en ballottage (L).
- LM 22.11.1990:3, Le second tour de scrutin entre Mme Thatcher et M. Heseltine s'annonce très serré (Dominique Dhombres).
- LM 23.11.1990:1a, L'Europe nouvelle face aux défis (L).
- LM 23.11.1990:1b, Mme Thatcher a annoncé sa démission (Dominique Dhombres).
- LM 23.11.1990:2, Les onze années Thatcher (o.A.).
- LM 23.11.1990:10, Les socialistes adoptent une déclaration sur l'Europe contestée par les amis de M. Chevènement (Patrick Jarreau).
- LM 24.11.1990:1a, Cassandre quitte la scène (L).
- LM 24.11.1990:1b, Les partisans de l'Europe attendent de Londres une politique moins hostile (Dominique Dhombres).
- LM 24.11.1990:6, Regrets à Washington et à Moscou, courtoisie à Paris (o.A.).
- LM 24.11.1990:7a, M. Douglas Hurd, secrétaire au Foreign Office (o.A.).
- LM 24.11.1990:7b, M. John Major, chancelier de l'Echiquier (o.A.).
- LM 24.11.1990:7c, M. Michael Heseltine, un pro-européen convaincu (Dominique Dhombres).
- LM 24.11.1990:8, Un exemple libérale pour la droite (Olivier Biffaud / Patrick Jarreau / Pierre Servent).
- LM 24.11.1990:9, Paris: la fin des antagonismes? (Claire Tréan).
- LM 24.11.1990:10, Bruxelles: la Commission perd un opposant opiniâtre (Philippe Lemaitre).
- LM 24.11.1990:12, L'avenir de l'Europe divise de nouveau le RPR et l'UDF (Daniel Carton).
- LM 25.11.1990:3, Les trois prétendants prennent leurs distances à l'égard de l'héritage de Mme Thatcher (Dominique Dhombres).
- LM 27.11.1990:5, M. Heseltine reste favori pour succéder à Mme Thatcher (Dominique Dhombres).
- LM 28.11.1990:3, Un troisième tour n'est pas exclu (Dominique Dhombres).
- LM 28.11.1990:7, Parlementaires européens et nationaux se rencontrent à Rome (Thierry Bréhier).
- LM 29.11.1990:1, La petite revanche de Mme Thatcher (L).
- LM 29.11.1990:2, Les deux Parlements (K; Maurice Duverger).
- LM 29.11.1990:6, Le fils préféré de Mme Thatcher (Dominique Dhombres).
- LM 29.11.1990:13a, La langue de M. De Michelis (Marie-Pierre Subtil).
- LM 29.11.1990:13b, Les parlementaires de la CEE ne siègent pas par délégations nationales (Thierry Bréhier).
- LM 29.11.1990:13c, Les sénateurs adoptent le budget des affaires étrangères (Gilles Paris).

- LM 30.11.1990:5, M. Major souhaite „un pays à l'aise avec lui-même“ (Dominique Dhombres).
- LM 30.11.1990:6a, Les élus nationaux cèdent aux charmes de l'Europe (Marie-Pierre Subtil).
- LM 30.11.1990:6b, Les quatre langues de M. Giscard d'Estaing (Thierry Bréhier).
- LM 01.12.1990:2, Pour un territoire fédéral (K; Maurice Allais).
- LM 02.12.1990:6a, La France à la traîne (Thierry Bréhier).
- LM 02.12.1990:6b, Les élus se prononcent pour une Europe fédérale (Marie-Pierre Subtil).
- LM 04.12.1990:2, L'abandon de notre souveraineté (K; Robert Pelletier).
- LM 05.12.1990:8, Les écologistes français seraient favorables à un gouvernement européen (Jean-Louis Saux).
- LM 06.12.1990:1, Les „années Thatcher“ s'estompent ... (Dominique Dhombres).
- LM 06.12.1990:10a, Le RPR propose un manifeste „Pour l'union des États en Europe“ (André Passeron).
- LM 06.12.1990:10b, Le texte soumis au vote (o.A.).
- LM 07.12.1990:1, Europe: théologie et électoralisme (L).
- LM 07.12.1990:6, M. Neil Kinnock se méfie des „mirages“ de la construction européenne (Dominique Dhombres).
- LM 07.12.1990:8, Seule une Communauté renforcée pourra répondre aux défis des pays de l'Est (Claire Tréan).
- LM 07.12.1990:9a, Le RPR veut une seule Europe élargie aux pays de l'Est (o.A.).
- LM 07.12.1990:9b, Retour au „grand dessein“ (K; André Passeron).
- LM 07.12.1990:33, M. Bérégozoy souhaite la création d'un „gouvernement économique“ des Douze (Françoise Lazare).
- LM 09.12.1990:1, MM. Kohl et Mitterrand relancent en commun la dynamique européenne (Claire Tréan).
- LM 11.12.1990:3, Les Pays-Bas critiquent l'initiative franco-allemande sur l'union politique européenne (AFP).
- LM 13.12.1990:1, Un entretien avec M. De Michelis (Interview mit Gianni De Michelis; Patrice Claude).
- LM 13.12.1990:4a, Les socialistes européens insistent sur la dimension sociale de la Communauté (Thierry Maliniak).
- LM 13.12.1990:4b, Pas d'union monétaire sans une révision de la politique française de défense (o.A.).
- LM 13.12.1990:4c, Près de sept Européens sur dix sont favorables à une défense commune (o.A.).
- LM 14.12.1990:1, Les Douze veulent amorcer l'union politique (Philippe Lemaître).
- LM 14.12.1990:2, Réussir avec l'Allemagne (K; Jean-Marie Rausch).
- LM 15.12.1990:1, Une monnaie pour l'Europe (K; Françoise Lazare).

- LM 15.12.1990:4, La Grande-Bretagne attendue au tournant (Marie-Pierre Subtil).
- LM 16.12.1990:1a, Insoluble „querelle du siècle“ (L).
- LM 16.12.1990:1b, Les Douze accordent une aide d'urgence à l'URSS et à l'Europe de l'Est (Claire Tréan).
- LM 16.12.1990:3, Le débat sur l'union politique manque d'orientation précise (Philippe Lemaître).
- LM 18.12.1990:5, M. Jacques Delors craint que Londres ne sabote le programme d'union économique et monétaire (Philippe Lemaître).
- LM 21.11.1991:3, Les conférences grassement rémunérées de Mme Thatcher (Laurent Zecchini).
- LM 21.11.1991:5, L'intégration européenne doit franchir un pas „global et décisif“, affirme M. Genscher (Reuter).
- LM 22.11.1991:2, Du social pour l'Europe (Frédéric Gaussen).
- LM 22.11.1991:3a, M. Delors juge „inapplicable et paralysant“ l'actuel projet d'union politique (Marcel Scotto).
- LM 22.11.1991:3b, Mme Thatcher est favorable à un référendum en Grande-Bretagne sur la monnaie unique (Laurent Zecchini).
- LM 23.11.1991:6, M. John Major a obtenu un large soutien parlementaire sur l'Europe (Laurent Zecchini).
- LM 26.11.1991:5, M. Kohl s'est montré confiant sur le sommet de Maastricht (o.A.).
- LM 26.11.1991:7, Ces Anglais „europhiles“ (Laurent Zecchini).
- LM 26.11.1991:8, Français et Allemands: deux conceptions opposées de l'Europe (K; Rudolf von Thadden).
- LM 28.11.1991:2a, Exister stratégiquement (K; Jacques Baumel).
- LM 28.11.1991:2b, Une Communauté myope (K; Maurice Duverger).
- LM 28.11.1991:8a, L'urgence démocratique (K; Didier Anger / 40 weitere französische Abgeordnete).
- LM 28.11.1991:8b, M. Dumas veut apaiser les inquiétudes des députés à l'approche du sommet de Maastricht (Pierre Servent).
- LM 28.11.1991:8c, M. Giscard d'Estaing (UDF): la ligne d'action française n'est ni claire ni lisible.
- LM 29.11.1991:7, „Mieux vaut deux étapes qu'aucune“ (Henri de Bresson).
- LM 29.11.1991:8a, Le président de la République va consulter les dirigeants de la majorité et de l'opposition (o.A.).
- LM 29.11.1991:8b, Le syndrome yougoslave (K; Pierre Servent).
- LM 29.11.1991:8c, „Nous avons pris le parti d'une mutation fondamentale vers une entité supranationale“, déclare M. Roland Dumas (Gilles Paris).
- LM 30.11.1991:1, Un entretien avec le président du Conseil européen (Interview mit Ruud Lubbers; Christian Chartier).
- LM 01.12.1991:1, Les Douze ont progressé vers l'union monétaire (Philippe Lemaître).



- LM 03.12.1991:6a, La majorité des Français souhaite le renforcement de l'intégration communautaire (o.A.).
- LM 03.12.1991:6b, Les positions de M. Delors sur l'Europe n'ont „pas de prise sur la réalité“ (o.A.).
- LM 03.12.1991:11, Complicités franco-allemandes (Henri de Bresson).
- LM 03.12.1991:12, Parlement cherche considération (Marcel Scotto).
- LM 03.12.1991:21, La Grande-Bretagne demeure isolée sur le passage à la phase ultime de l'union monétaire (Christian Chartier).
- LM 04.12.1991:1a, Avec ou sans la Grande-Bretagne (L).
- LM 04.12.1991:1b, M. Mitterrand consulte les dirigeants de l'opposition (o.A.).
- LM 04.12.1991:1c, Songer aux lendemains (K; Alain Rollat).
- LM 04.12.1991:9, M. Herzog exhorte son parti à „relever le défi européen de façon radicalement novatrice“ (Alain Rollat).
- LM 04.12.1991:21, La monnaie sans l'économie (Éric Le Boucher).
- LM 05.12.1991:6a, L'Allemagne européenne en question (Daniel Vernet).
- LM 05.12.1991:6b, Le premier ministre espagnol M. Felipe Gonzalez va livrer bataille aux pays riches de la Communauté (Michel Bole-Richard).
- LM 05.12.1991:6c, Les désaccords sur la politique étrangère et de sécurité restent entiers (Philippe Lemaître).
- LM 05.12.1991:8, M. Marchais refuse un débat sur l'Europe et resserre le bureau politique autour de lui (Alain Rollat).
- LM 05.12.1991:11, Europol à petits pas (Érich Inciyan).
- LM 05.12.1991:40a, M. Lang souligne les divisions de l'opposition sur l'Europe (o.A.).
- LM 05.12.1991:40b, M. Mauroy estime qu'„on ne parle pas du tout du social“ dans la construction européenne (o.A.).
- LM 06.12.1991:1a, Logiques françaises (K; Thomas Ferenczi).
- LM 06.12.1991:1b, Maastricht devant l'Histoire (K; John Major).
- LM 06.12.1991:6, Six mois d'une présidence néerlandaise laborieuse et ingrate (Christian Chartier).
- LM 06.12.1991:17, M. Mitterrand a reçu MM. Lecanu et François-Poncet (o.A.).
- LM 07.12.1991:1a, Ambiguïtés françaises (K; Claire Tréan).
- LM 07.12.1991:1b, M. Delors met en garde les Européens contre un „mauvais“ accord à Maastricht (o.A.).
- LM 07.12.1991:4a, L'optimisme prudent de M. Mitterrand (Christian Chartier).
- LM 07.12.1991:4b, Les Danois se prononceront par référendum sur l'union politique et monétaire (Camille Olsen).
- LM 07.12.1991:5, Un entretien avec M. Gianni De Michelis (Interview mit Gianni De Michelis; Jacques Amalric / Marie-Claude Decamps).
- LM 07.12.1991:6a, Assurer la sécurité et la défense (Philippe Lemaître / Pierre Servent / Claire Tréan).

- LM 07.12.1991:6b, Compétences plus étendues pour la CEE (Philippe Lemaître / Pierre Servent / Claire Tréan).
- LM 07.12.1991:6c, Coopération policière et judiciaire (Philippe Lemaître / Pierre Servent / Claire Tréan).
- LM 07.12.1991:6d, Maastricht malgré les réticences britanniques (Philippe Lemaître / Pierre Servent / Claire Tréan).
- LM 07.12.1991:6e, Solidarité avec les moins riches (Philippe Lemaître / Pierre Servent / Claire Tréan).
- LM 07.12.1991:6f, Une autre mécanique institutionnelle (Philippe Lemaître / Pierre Servent / Claire Tréan).
- LM 07.12.1991:6g, Une politique étrangère commune mais pas unique (Philippe Lemaître / Pierre Servent / Claire Tréan).
- LM 07.12.1991:10, Partisans et adversaires d'une Europe fédérale s'opposent au Sénat (Frédéric Bobin).
- LM 08.12.1991:1a, Les Européens en quête de compromis (Philippe Lemaître).
- LM 08.12.1991:1b, Une priorité pour les Douze (André Fontaine).
- LM 08.12.1991:3a, M. Giscard d'Estaing rappelle son attachement au fédéralisme (o.A.).
- LM 08.12.1991:3b, Un programme chargé à souhait (Christian Chartier).
- LM 08.12.1991:3c, Washington: une appréciation positive mais des inquiétudes pour l'OTAN (Alain Frachon).
- LM 08.12.1991:5a, Le long combat des socialistes français (Jacques Kergoat).
- LM 08.12.1991:5b, Un demi-siècle de controverses françaises sur l'Europe (André Passeron).
- LM 10.12.1991:1, Les mutations inexplicables de Maastricht (K; Paul Fabra).
- LM 10.12.1991:11, Petits pas grands effets (Pierre Servent).
- LM 10.12.1991:21, 30, Passer à la vitesse supérieure dans le domaine social (Jean-Michel Normand).
- LM 11.12.1991:1a, Contorsions au bord d'un gouffre (K; Jacques Amalric).
- LM 11.12.1991:1b, Une monnaie européenne sera créée avant le 1er janvier 1999 (Philippe Lemaître / Claire Tréan).
- LM 11.12.1991:6, M. Enrique Baron Crespo a plaidé pour le renforcement des pouvoirs du Parlement de Strasbourg (Pierre Servent).
- LM 12.12.1991:1a, Citoyenneté (K; Bruno Frappat).
- LM 12.12.1991:1b, La construction européenne relancée à Maastricht (o.A.).
- LM 12.12.1991:1c, La percée après compromis (Philippe Lemaître).
- LM 12.12.1991:1d, La victoire du réalisme (L).
- LM 12.12.1991:3a, La tranquille assurance du chancelier Kohl (Henri de Bresson).
- LM 12.12.1991:3b, „Le fait qu'un pays sur douze n'ait pas enrayé la marche en avant de la Communauté est un point considérable“ (o.A.).
- LM 12.12.1991:3c, Les réactions après l'accord (o.A.).

- LM 12.12.1991:3d, Satisfaction au PS et au CDS (o.A.).
- LM 12.12.1991:3e, Un double succès pour M. Major (Laurent Zecchini).
- LM 12.12.1991:4a, „La journée sera rude!“ (Christian Chartier / Pierre Servent).
- LM 12.12.1991:4b, Progrès monétaire, hésitation sociale (K; Françoise Lazare / Michel Noblecourt).
- LM 12.12.1991:5a, L'indispensable réforme de la Constitution (Thierry Bréhier).
- LM 12.12.1991:5b, Les principaux aspects de l'Union politique (o.A.).
- LM 12.12.1991:5c, Une monnaie unique en 1999 (Philippe Lemaître).
- LM 12.12.1991:11, „Rien n'est jamais terminé avant d'avoir recommencé ...“ (Christian Chartier).
- LM 13.12.1991:1, 1951–1991: de Paris à Maastricht (K; Jacques Lesourne).
- LM 13.12.1991:8a, Après le sommet de Maastricht (o.A.).
- LM 13.12.1991:8b, Copenhague: des résultats plus encourageants que prévu (Camille Olsen).
- LM 13.12.1991:8c, La Haye: la presse salue la prestation des dirigeants (Christian Chartier).
- LM 13.12.1991:8d, Le traité ne sera définitivement signé par les Douze qu'en 1992 (o.A.).
- LM 13.12.1991:8e, Londres: M. Major a été accueilli triomphalement par les conservateurs (Laurent Zecchini).
- LM 13.12.1991:8f, Rome: le compte à rebours a commencé (Marie-Claude Decamps).
- LM 13.12.1991:10a, L'UDF est satisfaite, le RPR est réservé (o.A.).
- LM 13.12.1991:10b, „Les Français seront consultés, soit directement, soit par leurs élus“ (o.A.).
- LM 13.12.1991:10c, „On va donc accorder aux Européens ce qu'on refuse aux Corses“ (Gilles Paris / Pascale Robert-Diard).
- LM 13.12.1991:11a, M. Mitterrand dispose d'un nouvel atout pour ses projets de réforme de la Constitution (Alain Rollat).
- LM 13.12.1991:11b, M. Mitterrand perd 10 points au baromètre mensuel L'Express-Louis Harris (o.A.).
- LM 13.12.1991:48, M. Giscard d'Estaing adhère au groupe des démocrates-chrétiens (Marcel Scotto).
- LM 14.12.1991:1, Les trois Europe (K; Daniel Vernet).
- LM 14.12.1991:4, M. Genscher estime que les problèmes de l'Est sont une priorité pour l'Europe (Henri de Bresson).
- LM 14.12.1991:6, La question de l'accroissement du nombre des députés allemands a perturbé le débat (Marcel Scotto).
- LM 14.12.1991:10, La citoyenneté européenne divise l'opposition (o.A.).
- LM 15.12.1991:1, Le Parti socialiste tente de remobiliser la gauche (o.A.).

- LM 15.12.1991:4a, Le Parlement allemand semble prêt à ratifier le traité (Henri de Bresson).
- LM 15.12.1991:4b, M. Balladur, Maastricht et les conservateurs britanniques (Jacques Amalric).
- LM 15.12.1991:7, Le président de la République veut „exorciser les peurs“ que suscite l'Europe (Alain Rollat).
- LM 17.12.1991:1a, L'Europe tranquille (K; Jean-Marie Colombani).
- LM 17.12.1991:1b, M. Mitterrand n'exclut pas un référendum sur les accords de Maastricht (o.A.).
- LM 17.12.1991:8a, La hantise de l'Europe „en mille morceaux“ (K; Claire Tréan).
- LM 17.12.1991:8b, Thérapie de soutien (K; Alain Rollat).
- LM 17.12.1991:8–12, „Il faut que les Français sortent de leur frilosité, de leur morosité, parce qu'on a besoin d'eux dans un monde désormais désordonné“ (o.A.).
- LM 17.12.1991:9a, La Constitution sera réformée deux fois (K; Thierry Bréhier).
- LM 17.12.1991:9b, M. Balladur souhaite un référendum sur le droit de vote des étrangers (o.A.).
- LM 17.12.1991:10, M. Delors: „Un référendum est toujours obscur“ (o.A.).
- LM 17.12.1991:12a, Les centristes ne veulent pas de référendum constitutionnel sur Maastricht (Anne Chaussebourg).
- LM 17.12.1991:12b, Les réactions (o.A.).
- LM 17.12.1991:15, Un entretien avec Mme Elisabeth Guigou (Interview mit Elisabeth Guigou; Claire Tréan).
- LM 20.12.1991:9, Le RPR et l'UDF vont tenter de définir une position commune sur les accords de Maastricht (o.A.).
- LM 21.12.1991:1a, Cavalier seul (L).
- LM 21.12.1991:1b, Maastricht, simple étape (K; Jacques Chirac).
- SZ 15.06.1988:2, Aktuelles Lexikon: Euro-Währung (Franz Thoma).
- SZ 16.06.1988:10, Vom Kopfgeld zur stabilsten Währung der westlichen Welt (Franz Thoma).
- SZ 18.06.1988:4, Das Geld zum Leben (K; Franz Thoma).
- SZ 18.06.1988:7, Genscher zieht eine positive EG-Bilanz (dpa).
- SZ 27.06.1988:2, Kohl: EG vor historischem Wurf (Gerhard Hennemann).
- SZ 27.06.1988:4, Ein starkes Halbjahr für Europa (K; Gerhard Hennemann).
- SZ 28.06.1988:1a, Frankreich will Fortschritte bei europäischer Währung (AP).
- SZ 28.06.1988:1b, Kohl fordert konkrete Schritte auf dem Weg zum Binnenmarkt (Gerhard Hennemann).
- SZ 29.06.1988:1, EG-Staaten: Wir sind einen Schritt weiter (Gerhard Hennemann).
- SZ 29.06.1988:3, Eitel Sonne und ein Gewitter um Mitternacht (Udo Bergdoll).
- SZ 29.06.1988:4, Harmonie mit Ausblick auf Zündstoff (Gerhard Hennemann).
- SZ 21.09.1988:2, Frau Thatcher gegen einen europäischen „Superstaat“ (Reuter).

- SZ 22.09.1988:8, Erster Spanien-Besuch eines britischen Regierungschefs (Manfred Schröder).
- SZ 23.09.1988:4, Eine Philippika gegen Europa (K; Gerd Kröncke).
- SZ 28.10.1988:10, Delors: Zukunft liegt in der Vielfalt (AP).
- SZ 08.11.1988:2, Europas Linke für EG-Binnenmarkt (Marianne Heuwagen).
- SZ 08.11.1988:4, Europa – von Berlin aus (K; Marianne Heuwagen).
- SZ 08.11.1988:11, Europas Christdemokraten eröffnen Wahlkampf (dpa).
- SZ 09.11.1988:8, Christdemokraten für Europäische Union (dpa).
- SZ 19.01.1989:4, Ein Warndreieck am Weg nach Europa (K; Hermann Rudolph).
- SZ 19.01.1989:6, Kohl weist Kritik an Europapolitik zurück (Hermann Rudolph).
- SZ 27.01.1989:8, Zimmermann weiter gegen Ausländerwahlrecht (AP / dpa).
- SZ 13.02.1989:2, Lambsdorff für EG-weites Ausländerwahlrecht (AP / dpa).
- SZ 14.02.1989:2, Lambsdorff: Übereinstimmung von FDP und Union in Asylfrage (Reuter).
- SZ 15.02.1989:2, Straßburg: Lokales Wahlrecht für Ausländer (dpa).
- SZ 16.02.1989:2, Hamburg gibt Ausländern Wahlrecht (Reuter / ddp).
- SZ 17.02.1989:1, CDU/CSU-Bundesfraktion gibt Verfassungsklage in Auftrag (Volker Skierka).
- SZ 17.02.1989:4, Hanseatische Liberalitas (K; Volker Skierka).
- SZ 20.02.1989:6, Wahlrecht für alle EG-Bürger verlangt (Heribert Prantl).
- SZ 18.04.1989:29, Notenbanken wollen 1990 mit Währungsunion beginnen (Winfried Münster).
- SZ 19.04.1989:28, Herr im eigenen Haus wird sie noch lange nicht (K; Winfried Münster).
- SZ 27.06.1989:1, Die EG-Regierungschefs wollen am 1. Juli 1990 die erste Phase einer Währungsunion einleiten (Manfred Schröder).
- SZ 27.06.1989:4, Bremser in der Minderheit (K; Winfried Münster).
- SZ 09.11.1989:8, „Wiedervereinigung nur in der EG“ (Reuter).
- SZ 10.11.1989:4, Keiner will ein „Viertes Reich“ (K; Josef Joffe).
- SZ 11.11.1989:7, Sympathie, aber auch Irritation (Gerd Kröncke).
- SZ 11.11.1989:7–8, Mit 78 Millionen Deutschen rechnen (Rudolph Chimelli).
- SZ 17.11.1989:4, Ein Balkan vom Ural zum Atlantik? (K; Rudolph Chimelli).
- SZ 20.11.1989:1, Europäische Gemeinschaft macht Hilfe für die DDR von freien Wahlen abhängig (Rudolph Chimelli).
- SZ 21.11.1989:4, Im Bund mit Europa (K; Josef Joffe).
- SZ 23.11.1989:1, Mitterrand und Kohl mahnen EG zur Eile (AP).
- SZ 25.11.1989:8, Rechte der DDR-Bürger unterstrichen (AFP).
- SZ 27.11.1989:4, Aufwertungsverdächtige Mark (K; Franz Thoma).
- SZ 01.12.1989:8, Genscher wirbt in Paris um Verständnis (Rudolph Chimelli).
- SZ 02.12.1989:1, Mitterrand enttäuscht über fehlende Absprache (Udo Bergdoll).

- SZ 02.12.1989:4, Des Kanzlers Fehler (K; Udo Bergdoll).
- SZ 08.12.1989:2a, Kohl will seine zehn Punkte erläutern (Winfried Münster).
- SZ 08.12.1989:2b, Währungsunion wird Ende 1990 in Angriff genommen (Udo Bergdoll).
- SZ 08.12.1989:4, Zwischen den Eisschollen (K; Josef Joffe).
- SZ 09.12.1989:1, Kohl will Unterstützung für Einheit der Deutschen (Winfried Münster).
- SZ 11.12.1989:1, EG bekräftigt Recht der Deutschen auf Einheit (Winfried Münster).
- SZ 11.12.1989:3, Eine Formel für das ungleiche Paar (Rudolph Chimelli).
- SZ 11.12.1989:4a, Ein Sieg Kohls (Presseschau).
- SZ 11.12.1989:4b, Mit Europa nach Deutschland (K; Josef Joffe).
- SZ 11.12.1989:7, „Nur die Bundesbank garantiert stabiles Geld“ (Winfried Münster).
- SZ 13.12.1989:4, Mit Währungen nicht spielen (K; Franz Thoma).
- SZ 14.12.1989:14, Warten bis irgendwann nach dem Jahr 2000? (Interview mit Willy Brandt; Martin E. Süskind).
- SZ 21.03.1990:8, Mitterrand: EG muß mit Deutschland mithalten (Rudolph Chimelli).
- SZ 22.03.1990:1, Kohl: Deutsche Einheit bis Ende 1992 (AP / Reuter).
- SZ 22.03.1990:4, Die andere Wirtschafts- und Währungsunion (K; Josef Joffe).
- SZ 23.03.1990:10, Belgien treibt Einigung in der EG voran (Reuter).
- SZ 20.04.1990:1, Politische Einheit für 1993 angestrebt (Udo Bergdoll).
- SZ 23.04.1990:1, Europäische Gemeinschaft legt Vorbehalte gegen deutsche Vereinigung ab (Winfried Münster).
- SZ 23.04.1990:4, Ein Schritt von besonderer Eleganz (K; Winfried Münster).
- SZ 25.04.1990:8, EG-Parlament soll für DDR nicht größer werden (Winfried Münster).
- SZ 27.04.1990:6, Mitterrand begrüßt deutsche Einheit (dpa / AFP).
- SZ 27.04.1990:8, Delors fordert EG-Partner zur Hilfe für DDR auf (Winfried Münster).
- SZ 30.04.1990:1, Sanierung der DDR ist Sache Bonns (Winfried Münster).
- SZ 30.04.1990:4, Rückendeckung für die 2+4-Gespräche (Winfried Münster).
- SZ 30.04.1990:7, EG treibt KSZE-Gipfel voran (Winfried Münster).
- SZ 16.05.1990:2, Irland legt Vorschläge zur EG-Reform vor (dpa).
- SZ 20.06.1990:6, Von 1992 an keine Grenzkontrollen mehr (Winfried Münster).
- SZ 25.06.1990:2, EG berät über Hilfe für die Sowjetunion (Winfried Münster).
- SZ 25.06.1990:7, Rom will Integration vorantreiben (Friedrich Kassebeer).
- SZ 26.06.1990:1, EG bereitet sich auf umfangreiche Hilfe für die Sowjetunion vor (Winfried Münster).

- SZ 27.06.1990:1, Europäische Gemeinschaft stellt der Sowjetunion Kredite und Wirtschaftshilfe in Aussicht (Winfried Münster).
- SZ 27.06.1990:4, Kohl spannt die EG vor seinen Wagen (K; Winfried Münster).
- SZ 12.07.1990:2, Für Beteiligung am Einigungsprozeß (Winfried Münster).
- SZ 26.10.1990:4, Kohl und Genscher drehen den Spieß um (Winfried Münster).
- SZ 26.10.1990:10a, EG-Gipfel berät über politische Union (Winfried Münster).
- SZ 26.10.1990:10b, Länder und Regionen wollen mehr Mitsprache (Siegfried Hännl).
- SZ 29.10.1990:1, EG lehnt Vermittlungsaktionen zugunsten der Geiseln im Irak ab (Winfried Münster).
- SZ 29.10.1990:4, Die EG bekommt alle in den Griff (K; Winfried Münster).
- SZ 30.10.1990:7, Thatcher will Währungsunion bremsen (AFP).
- SZ 02.11.1990:1, Karlsruhe verwirft Ausländerwahlrecht (Heribert Prantl).
- SZ 02.11.1990:2a, Arbeiten und den Mund halten (K; Heribert Prantl).
- SZ 02.11.1990:2b, Geoffrey Howe zurückgetreten (Gerd Kröncke).
- SZ 03.11.1990:1, Kritik an der Regierung Thatcher nimmt zu (AP / AFP / dpa / Reuter).
- SZ 03.11.1990:4, Ein Frühstücksdirektor nimmt den Hut (Gerd Kröncke).
- SZ 05.11.1990:7, „Vertrauenskrise der Konservativen“ (Gerd Kröncke).
- SZ 08.11.1990:8a, London pocht auf Souveränität (Thilo Bode).
- SZ 08.11.1990:8b, Thatchers Gegner unter Druck (Gerd Kröncke).
- SZ 14.11.1990:4a, Der Weg zum Ausländerwahlrecht (K; Jürgen Busche).
- SZ 14.11.1990:4b, Offenkundige Widersprüche (K; Stephan-Andreas Casdorff).
- SZ 14.11.1990:6, Thatcher: Ich werde jeden umhauen (Gerd Kröncke).
- SZ 15.11.1990:2, Heseltine will Margaret Thatcher stürzen (Gerd Kröncke).
- SZ 15.11.1990:5, Dolchstöße im Unterhaus (Gerd Kröncke).
- SZ 16.11.1990:6, Katholiken befürworten Volksgruppenrecht in Europa (AP).
- SZ 20.11.1990:10, Ein vollkommen offenes Rennen um Downing Street (Gerd Kröncke).
- SZ 22.11.1990:2, Krise bei den Konservativen verschärft sich (Gerd Kröncke).
- SZ 23.11.1990:1, Margaret Thatcher kündigt ihren Rücktritt an – Drei Kandidaten bewerben sich um die Nachfolge (Stefan Kornelius).
- SZ 23.11.1990:3, Die Kämpferin gibt sich geschlagen (Gerd Kröncke).
- SZ 23.11.1990:4, Gescheitert – aber nicht erfolglos (K; Dieter Schröder).
- SZ 23.11.1990:10, Echo reicht von Bedauern bis Begeisterung (Reuter / AFP / AP).
- SZ 24.11.1990:2, Europäische Liberale streben Europaverfassung an (AP).
- SZ 24.11.1990:7, Das Ende war wie der Anfang (Stefan Kornelius).
- SZ 27.11.1990:3, „Ich werde das sportlich verkraften“ (Hans Ulrich Kempfski).
- SZ 28.11.1990:1, John Major wird neuer britischer Premierminister (Gerd Kröncke).

- SZ 28.11.1990:4, Sieg für Thatchers Favoriten (K; Gerd Kröncke).
- SZ 28.11.1990:10, Parlamentariertreffen in Rom (Friedrich Kassebeer).
- SZ 29.11.1990:1, Major: Großbritannien wird eine führende Rolle in der Europäischen Gemeinschaft spielen (Stefan Kornelius).
- SZ 29.11.1990:3, Keine Figur aus dem Buch der Klischees (Gerd Kröncke).
- SZ 30.11.1990:9, Mehr Rechte für EG-Parlament (Friedrich Kassebeer).
- SZ 01.12.1990:4, Zeit für einen Wechsel (K; Dieter Schröder).
- SZ 01.12.1990:6, Gemeinsame EG-Währung gefordert (Friedrich Kassebeer).
- SZ 08.12.1990:1, Europäische Union beschleunigen (dpa).
- SZ 10.12.1990:9, Den Haag rügt Kohl und Mitterrand (AFP).
- SZ 12.12.1990:7, Sorge über Zunahme konservativer Kräfte (Manfred Schröder).
- SZ 13.12.1990:4, Die Währung ist kein Spielball (K; Franz Thoma).
- SZ 14.12.1990:2, Bonn und Paris legen Plan für Politische Union vor (Winfried Münster).
- SZ 14.12.1990:4, Ein Projekt ohne Vorbild (K; Winfried Münster).
- SZ 14.12.1990:8, Furcht vor Achse Bonn-Paris (Siggi Weidemann).
- SZ 15.12.1990:1, Europäische Gemeinschaft einigt sich auf Nahrungsmittelhilfe für die Sowjetunion (Friedrich Kassebeer / Winfried Münster).
- SZ 17.12.1990:1, Staats- und Regierungschefs der EG unternehmen großen Schritt zur Politischen Union Europas (Friedrich Kassebeer).
- SZ 17.12.1990:4, Druck treibt die EG zusammen (K; Winfried Münster).
- SZ 17.12.1990:6, „Wichtige Fragen nicht beantwortet“ (dpa).
- SZ 17.12.1990:21, London lehnt EG-Einheitswährung nicht mehr strikt ab (Winfried Münster).
- SZ 19.12.1990:2, Europäische Regelung für Asylrecht angestrebt (Udo Bergdoll).
- SZ 21.11.1991:8, Delors: Institutionelle Bastelarbeit (AFP / dpa).
- SZ 22.11.1991:8, Thatcher empfiehlt Major harte Bandagen (AFP / dpa).
- SZ 23.11.1991:1, Kohl droht mit Veto beim EG-Gipfeltreffen (AFP / Reuter).
- SZ 23.11.1991:2, Briten lehnen Politische Union ab (Gerd Kröncke / AFP / dpa).
- SZ 25.11.1991:2, Britische Konservative gespalten (Gerd Kröncke).
- SZ 25.11.1991:4, Selbsterstörerisches von der Lady (K; Gerd Kröncke).
- SZ 29.11.1991:1, Staats- und Regierungschefs der EG wollen Scheitern des Gipfels von Maastricht abwenden (Udo Bergdoll).
- SZ 30.11.1991:1, Kohl will angeblich Kompromiß für Maastricht (dpa).
- SZ 30.11.1991:4, Wie hältst du's mit den Deutschen? (K; Josef Joffe).
- SZ 30.11.1991:8, Briten in Europa-Frage gespalten (Gerd Kröncke).
- SZ 02.12.1991:2, Hoffnung auf Politische Union der EG gesunken (AP / Reuter / dpa).
- SZ 03.12.1991:2, Bonn und Paris wollen europäische Sicherheitsstruktur (Winfried Münster).



- SZ 03.12.1991:8, Dänemark will über ECU das Volk abstimmen lassen (AFP).
- SZ 04.12.1991:2, Kohl: Scheitern wäre Bankrott Europas (Winfried Münster).
- SZ 05.12.1991:1a, Kohl: Interessen der Länder gewahrt (dpa).
- SZ 05.12.1991:1b, Vertrag über Wirtschaftsunion in Grundzügen fertig – Europäische Währung wird spätestens 1999 eingeführt (Winfried Münster).
- SZ 05.12.1991:2, Kohl: Keine Unterschrift bei zu vielen Vorbehalten (Stephan-Andreas Casdorff).
- SZ 05.12.1991:4, Spätestens 1999 wird die D-Mark abgeschafft (K; Winfried Münster).
- SZ 06.12.1991:1a, Bundesregierung: Die Deutsche Mark wird nicht einer ungewissen Zukunft Europas geopfert (Udo Bergdoll).
- SZ 06.12.1991:1b, Das Streiflicht (L).
- SZ 06.12.1991:8a, Genscher: EG-Parlamentsrechte reichen nicht (Reuter / dpa).
- SZ 06.12.1991:8b, Kirche mahnt soziales Europa an (Reuter / dpa / epd).
- SZ 07.12.1991:1, Europa soll Stabilitätszone sein (Franz Thoma).
- SZ 07.12.1991:4, Keine Mark für Maastricht (K; Dieter Schröder).
- SZ 07.12.1991:7a, Dumas: Ziele müssen erreicht werden (AFP / Reuter).
- SZ 07.12.1991:7b, Frankreich will nicht weniger Abgeordnete als Deutschland (Reuter).
- SZ 07.12.1991:12a, Bevor die Gemeinschaft an der Höhe der Traktorensitze scheitert (K; Franz Ludwig Schenk Graf von Stauffenberg / Christine Langenfeld).
- SZ 07.12.1991:12b, Das böse F-Wort (Gerd Kröncke).
- SZ 07.12.1991:12c, Die EG für eigene Ziele nutzen (Winfried Münster).
- SZ 07.12.1991:12d, Die Positionen der zwölf EG-Mitgliedstaaten vor dem Gipfeltreffen in Maastricht (Themenseite mit mehreren Autoren).
- SZ 07.12.1991:12e, „Ich gebe meine Stimme nicht her!“ (Manfred Schröder).
- SZ 07.12.1991:13, „Wir zwingen Europa und uns zu ehrgeizigen Stabilitäts-Zielen“ (Franz Thoma).
- SZ 09.12.1991:2, Kohl mit Vertragsentwurf weitgehend zufrieden (Winfried Münster).
- SZ 09.12.1991:4, Allzu späte Einsicht (K; Wolfgang Koydl).
- SZ 09.12.1991:6, Sozialpolitik in EG-Vertrag verankern (AP / AFP).
- SZ 10.12.1991:1a, EG-Einheitwährung spätestens am 1. Januar 1999 (Udo Bergdoll).
- SZ 10.12.1991:1b, Gorbatschow erkennt Auflösung der UdSSR nicht an – Sowjet-Präsident fordert Parlamentsentscheidung (AP / dpa / Reuter / AFP).
- SZ 10.12.1991:4, Erpreßt wird, wer erpreßbar ist (K; Winfried Münster).
- SZ 11.12.1991:1, EG offenbar über Reform der Gemeinschaft einig – London setzt Sonderregelung in der Sozialpolitik durch (Udo Bergdoll / Winfried Münster / AFP / Reuter).
- SZ 11.12.1991:3, Freundliche Töne als Ärgernis (Gerd Kröncke).

- SZ 11.12.1991:4, Die vage Hoffnung auf steten Tropfen (K; Udo Bergdoll).
- SZ 12.12.1991:1a, Kohl: Durchbruch zur Europäischen Union (Udo Bergdoll).
- SZ 12.12.1991:1b, Waigel: Maastricht ein riesiger Erfolg (Gerhard Hennemann).
- SZ 12.12.1991:4, In Maastricht gewinnt der Bremser (K; Winfried Münster).
- SZ 12.12.1991:6a, Der Vertrag über die Europäische Union (dpa).
- SZ 12.12.1991:6b, Die meisten EG-Länder sind mit der Bilanz des Treffens zufrieden (dpa / AP / AFP).
- SZ 12.12.1991:6c, Die wichtigsten Beschlüsse des Maastricht-Gipfels (Udo Bergdoll / Winfried Münster).
- SZ 12.12.1991:6d, Die Zukunft der Gemeinschaft (Reuter).
- SZ 12.12.1991:6e, Kohl sieht Erfolg – Engholm vermisst großen Wurf (dpa / AFP / AP / Reuter).
- SZ 13.12.1991:2, Mitterrand für Referendum (dpa / AFP / Reuter).
- SZ 14.12.1991:1, SPD lobt prinzipiell Verhandlungsergebnis (Udo Bergdoll).
- SZ 14.12.1991:4a, Des Volkes Stimme (K; Wilhelm Saekel).
- SZ 14.12.1991:4b, Die Mark in der Falle (K; Franz Thoma).
- SZ 14.12.1991:4c, Nichts Anti-Europäisches in Bonn (K; Udo Bergdoll).
- TG 09.02.1988:5, Labour ready to link with EEC left (John Palmer).
- TG 11.02.1988:4, Labour team to fight EEC election on joint manifesto (John Palmer).
- TG 17.06.1988:11, Paris and Bonn push for EEC bank (John Palmer).
- TG 27.06.1988:9, Thatcher will face more pressure on EEC unity (John Palmer).
- TG 27.06.1988:21, Look out, the Europeans are coming (John Palmer).
- TG 28.06.1988:20, Thatcher remains out of step on European plan for superbank (John Palmer).
- TG 29.06.1988:18, The time is right (L).
- TG 29.06.1988:20, EEC presses ahead with reform (John Palmer).
- TG 07.07.1988:21, Europe rules, OK? (John Palmer).
- TG 17.09.1988:20, Tory MEPs face purge by Thatcher (John Palmer).
- TG 21.09.1988:1, Thatcher sets face against united Europe (John Palmer).
- TG 21.09.1988:18, The island fortress and the future (L).
- TG 21.09.1988:19a, Heirs to Europe (o.A.).
- TG 21.09.1988:19b, Why VAT is taxing the PM's patience (John Palmer).
- TG 22.09.1988:1, PM steps up attack on EEC ‚state‘ (John Palmer).
- TG 22.09.1988:6, Thatcher enters bullring (John Palmer).
- TG 22.09.1988:23, The leader mixes the message (K; Hugo Young).
- TG 23.09.1988:28, Thatcher says sorry to Spain (John Hooper).
- TG 24.09.1988:6, PM dishonest, says Kaufman (Patrick Wintour).
- TG 26.09.1988:6, Stronger ties with Europe derided by devolutionists (Michael Smith).

- TG 26.09.1988:22a, She who hesitates misses the Eurobus (LB; C. G. Anderson).
- TG 26.09.1988:22b, She who hesitates misses the Eurobus (LB; Stephen Woodard).
- TG 26.09.1988:22c, She who hesitates misses the Eurobus (LB; Ron Leighton).
- TG 28.09.1988:1, Tory fears of united Europe heightened (John Palmer).
- TG 29.09.1988:25, European chiefs launch attack on Thatcher (John Palmer).
- TG 01.10.1988:3, Strasbourg Tories round on Thatcher (John Palmer).
- TG 06.10.1988:6, EEC threat to leave Britain behind on Euro bank (John Palmer).
- TG 08.10.1988:18, The real treaty of Burges (LB; Derek Prag, MdEP).
- TG 10.10.1988:18, The power and the Tory (K; Nicholas Budgen).
- TG 13.10.1988:19, Why opt out of the future? (K; Edward Heath).
- TG 14.10.1988:4, Boos, jeers and Judas taunts as Heath spells out his European credo (Susan Tirbutt).
- TG 15.10.1988:18, Mr Heath's inexact science (LB; Walter Cairns).
- TG 19.10.1988:1, Kohl's vision of Europe clashes with Thatcher (John Palmer).
- TG 21.10.1988:12, Thatcher's EEC isolation grows (John Palmer).
- TG 22.10.1988:6, Thatcher glosses over splits with EEC allies (Hella Pick).
- TG 25.10.1988:8, Howe launches diplomatic drive to heal rift on EEC union (John Palmer).
- TG 26.10.1988:9, MEPs defy Thatcher on European unity moves (John Palmer / John Carvel).
- TG 26.10.1988:23, A champion for Europe (Interview mit Edward Heath; Hugo Young).
- TG 27.10.1988, Delors demands evidence to back Thatcher charge (John Palmer).
- TG 31.10.1988:20, Thatcher as the wallflower of Europe (K; John Palmer).
- TG 20.01.1989:19, The Strasbourg vote with a touch of Versailles (John Palmer).
- TG 26.01.1989:1, Lawson round on Delors for pushing Euro money (Christopher Huhne).
- TG 27.01.1989:10, EEC returns fire in money union row (John Palmer).
- TG 27.01.1989:23, A Union Mr Lawson has to join (John Palmer).
- TG 31.01.1989:4, Kinnock urges stronger intervention for EEC (John Palmer / John Carvel).
- TG 11.04.1989:12, French take key monetary role (John Palmer).
- TG 14.04.1989:19, No rush to create central Euro bank (John Palmer).
- TG 18.04.1989:13, Coming under fire from both sides (John Palmer).
- TG 18.04.1989:18, The US of Europe (L).
- TG 18.04.1989:20, Britain alone in blocking European monetary union (John Palmer).
- TG 19.04.1989:15, Delors: now for two-speed EC? (Christopher Huhne).
- TG 21.04.1989:6, The day in brief (o.A.).
- TG 22.04.1989:24, Free range chickens declare war on Delors (Martin Kettle).

- TG 24.04.1989:19, Borders that refuse to vanish in 1992 (John Palmer).
- TG 25.04.1989:23, The Euro-tide turns against Mrs Thatcher (K; Hugo Young).
- TG 28.04.1989:8, Major restates sterling policy (John Carvel).
- TG 01.05.1989:2, Closer political links sought with Europe (o.A.).
- TG 01.05.1989:10, Boldly marching out of step (L).
- TG 01.05.1989:11, The essential art of knowing when to stop (Jonathan Fenby).
- TG 15.06.1989:5a, Howe denies rift on EMS (Paul Nettleton).
- TG 15.06.1989:5b, Left banks on Strasbourg majority (John Palmer).
- TG 15.06.1989:19, No mandate for a crusade against Europe (K; Hugo Young).
- TG 16.06.1989:23, Right of the Left and left of the Right (K; John Palmer).
- TG 17.06.1989:1, Madrid puts EMS ball in Britain's court (John Hooper / Julie Wolf / John Palmer).
- TG 20.06.1989:1a, Defiant Thatcher shrugs off poll defeat (Michael White).
- TG 20.06.1989:1b, Paris and Bonn harry beaten PM (Our Foreign Staff).
- TG 20.06.1989:18, A hint of the United States of Europe (L).
- TG 21.06.1989:24, Europe ready to bypass Britain on EMS (John Palmer / John Hooper).
- TG 23.06.1989:3, Tories take up two-way stance on EC changes (Patrick Wintour / Michael White).
- TG 23.06.1989:10, Kohl and Mitterrand agree EMS strategy (Paul Webster / John Hooper).
- TG 24.06.1989:1a, Bank and Lawson bail out pound (Larry Elliott / Mark Mliner).
- TG 24.06.1989:1b, Delors offers olive branch (John Palmer).
- TG 24.06.1989:1c, EMS pressure is stepped up (Patrick Wintour / Andrew Rawnsley).
- TG 24.06.1989:23, With their fingers on the trigger (K; John Palmer).
- TG 26.06.1989:1a, Summit to press ahead on EMS (John Palmer / Michael White / John Hooper).
- TG 26.06.1989:1b, Thatcher tone unapologetic (Michael White).
- TG 26.06.1989:18, Bulldog tantrums not in order (L).
- TG 27.06.1989:1, Thatcher fails to sway summit (John Palmer).
- TG 27.06.1989:6, Thatcher sets out terms for entry into EMS (John Palmer / John Hooper).
- TG 27.06.1989:20, Dama de jaw-jaw all war-war (K; Michael White).
- TG 28.06.1989:1, EC summit papers over split (John Palmer / John Hooper / Alan Travis).
- TG 28.06.1989:10a, Declaration spells out first stage of Delors plan.
- TG 28.06.1989:10b, Spaniards relish historic first presidency (John Hooper).
- TG 28.06.1989:10c, Thatcher balancing act may manage to win over Commons (Michael White).

- TG 28.06.1989:22, A defeat, with the seeds of victory (L).  
TG 28.06.1989:23, Coming home weaker but no wiser (K; John Palmer).  
TG 29.06.1989:19, The devil's advocate bows to reality (K; Hugo Young).  
TG 01.07.1989:6a, Harmony rules in Brussels as the French take over EC (Julie Wolf).  
TG 01.07.1989:6b, Mitterrand to push hard for union (Paul Webster).  
TG 10.11.1989:2, French warn UK not to miss boat (John Palmer).  
TG 10.11.1989:16, All change for EC as it ponders birth of the Fourth Reich (K; Alex Brummer).  
TG 11.11.1989:1, Germans seize the moment of national opportunity (K; Martin Woollacott).  
TG 11.11.1989:3, Search for Britain's political vision (K; William Wallace).  
TG 13.11.1989:1, EC Commission urges speed (John Palmer).  
TG 13.11.1989:22, The crises in the backyard (L).  
TG 13.11.1989:24, Thatcher stiffens line on EC union (Michael White).  
TG 14.11.1989:1a, Mitterrand wants common stand on change in East (John Palmer).  
TG 14.11.1989:1b, Thatcher urges caution (Michael White).  
TG 14.11.1989:24, Bonn to seek UK pledge on currency (John Palmer).  
TG 15.11.1989:6a, Labour warns on ERM delay (Patrick Wintour).  
TG 15.11.1989:6b, PM hints at EC associates status for emerging eastern bloc nations (Paul Nettleton).  
TG 15.11.1989:10, Mitterrand calls summit to prevent Malta turning into another Yalta (John Palmer).  
TG 15.11.1989:24, Thatcher Turkey remark irks Whitehall and EC (Michael White).  
TG 17.11.1989:10, Bush gives nudge to Mrs Thatcher (Hella Pick).  
TG 17.11.1989:11, Delors crosses political bridge to the East (John Palmer).  
TG 17.11.1989:24, Delors plans EC cabinet (John Palmer).  
TG 18.11.1989:7, France seeks 'open debate' at EC emergency summit (Paul Webster).  
TG 18.11.1989:24, Cautious Thatcher heads for summit (Alan Travis).  
TG 20.11.1989:24, Hurd tosses drag anchor into EC monetary swell (Alan Travis).  
TG 21.11.1989:1, Heseltine unveils plan for Europe (Michael White / Andrew Cornelius / Martin Halsall).  
TG 21.11.1989:3a, Brittan says government 'misrepresents' charter (John Palmer / Simon Beavis).  
TG 21.11.1989:3b, Meyer ready to challenge PM for Tory leadership (Michael White).  
TG 21.11.1989:23, Parliaments conspiracy of deception (K; Hugo Young).  
TG 22.11.1989:12, Delors outlines EC government (John Palmer).

- TG 23.11.1989:8, Kohl rules out one Germany before Europe itself unites (John Palmer).
- TG 23.11.1989:18, Prime target (L).
- TG 23.11.1989:19, Fighting to be god of the machine (K; Hugo Young).
- TG 23.11.1989:20, Kohl insists European union must keep up pace (John Palmer).
- TG 27.11.1989:24, Tory leaders fail to check Meyer (Patrick Wintour).
- TG 28.11.1989:1, 20, Thatcher rues Meyer challenge (Michael White).
- TG 28.11.1989:6, Meyer test ‚not good for party‘ (Interview mit Margaret Thatcher; Paul Nettleton).
- TG 28.11.1989:20, PM faces lonely battle in Europe (John Palmer).
- TG 29.11.1989:6, Resentful Tory MEPs seek ballot to deliver rebuke to Thatcher (Patrick Wintour).
- TG 30.11.1989:3, MPs seek to focus Tory poll on EC (Michael White).
- TG 30.11.1989:9, Meyer predicts sea change (Michael White).
- TG 30.11.1989:10, Genscher dismisses fears (Hella Pick).
- TG 30.11.1989:23, Wets on the attack are still wet (K; Hugo Young).
- TG 02.12.1989:3a, Howe stirs Europe issue before poll (Michael White).
- TG 02.12.1989:3b, Thatcher and Delors urge summit unity (Michael White).
- TG 04.12.1989:19, Wings and a prayer (K; Theo Sommer).
- TG 04.12.1989:20, PM’s aides predict poll rout of Meyer (Michael White).
- TG 04.12.1989:21, The climb to the sunlit uplands (K; Martin Woollacott).
- TG 04.12.1989:22a, Gospel according to Jacques Delors (John Palmer).
- TG 04.12.1989:22b, How Britain courts Euro isolation (John Palmer).
- TG 04.12.1989:22c, The biggest challenge since the Second World War (John Palmer).
- TG 04.12.1989:22d, The pan-European ideal whose time may have come at last (John Palmer).
- TG 04.12.1989:23a, A love affair with unification (Martin Kettle).
- TG 04.12.1989:23b, The view from the summit (o.A.).
- TG 05.12.1989:1, US urges faster EC integration (John Palmer / Martin Walker).
- TG 05.12.1989:6a, From wet to dry – the anatomy of a voting Tory (o.A.).
- TG 05.12.1989:6b, Muffled dissent in Europe (Patrick Wintour).
- TG 05.12.1989:18, A complex vote on simple things (L).
- TG 05.12.1989:19, A tide in the affairs of one woman (K; Hugo Young).
- TG 06.12.1989:1, 22, Thatcher wins safe majority (Michael White / Patrick Wintour).
- TG 06.12.1989:12, Mrs Thatcher may survive but Thatcherism is fading (Christopher Huhne).
- TG 06.12.1989:20, Something short of popular acclaim (L).
- TG 07.12.1989:10, A continent with an identity crisis (K; Martin Kettle).

- TG 07.12.1989:11, Adjusting the Delors vision of a Social Charter to the needs of greater Europe (K; Alex Brummer).
- TG 07.12.1989:19, They come to bury Thatcher not praise her (K; Hugo Young).
- TG 07.12.1989:20a, Bonn sets new deadline for full monetary union (John Palmer).
- TG 07.12.1989:20b, Britain resists EC concession (Michael White / John Palmer).
- TG 08.12.1989:1, Paris and Bonn seek to avert monetary split (John Palmer).
- TG 08.12.1989:12, Thatcher refuses to budge on unity (Alan Travis).
- TG 08.12.1989:22, The last chance to join the team (L).
- TG 09.12.1989:1a, EC forges ahead on currency (John Palmer).
- TG 09.12.1989:1b, Siege mentality fails to stop time marching on (K; Michael White).
- TG 09.12.1989:7a, Community closes ranks against Britain (John Palmer).
- TG 09.12.1989:7b, MEPs set out their agenda in European power game (Michael White).
- TG 11.12.1989:7a, Britain banks on German doubts (Economic Correspondent).
- TG 11.12.1989:7b, Next year ,is crucial for Delors plan‘ (John Palmer).
- TG 11.12.1989:7c, Thatcher erects new barrier to monetary unity (Larry Elliott).
- TG 11.12.1989:18a, Give democracy a chance (L).
- TG 11.12.1989:18b, When great adventures coincide (L).
- TG 11.12.1989:19a, Britain’s splendid isolation (Michael White).
- TG 11.12.1989:19b, Let us wear our woad with pride (K; Ian Aitken).
- TG 13.12.1989:8, Delors seeks wider parliament powers (John Palmer).
- TG 13.12.1989:23, Having a real say in Europe (K; John Palmer).
- TG 16.12.1989:6, German unity plan ,could hamper EC progress‘ (John Palmer).
- TG 14.03.1990:7, Delors threat to quit over 1992 delays (John Palmer).
- TG 15.03.1990:8, MEPs locked in a power game (John Palmer).
- TG 16.03.1990:3, Labour MEPs warned off federalism (John Palmer).
- TG 20.03.1990:2, Monetary union ,could widen EC wealth gap‘ (John Palmer).
- TG 22.03.1990:20, Why the time is never ripe (L).
- TG 24.03.1990:6, Kohl warns Thatcher on federal Europe delays (John Palmer).
- TG 27.03.1990:6, France sees profit in unification (Paul Webster).
- TG 28.03.1990:23, EC battle cry could seal Thatcher’s fate (K; John Palmer).
- TG 30.03.1990:1, Thatcher ready to reduce troops in West Germany (Hella Pick).
- TG 30.03.1990:8, Britain isolated in opposition to European monetary union (Patrick Wintour).
- TG 30.03.1990:24, Labour move for European union (John Palmer).
- TG 31.03.1990:6, EC to warn Britain monetary union will not be delayed (John Palmer).
- TG 31.03.1990:24, Kohl and PM split on Europe union (Michael Simmons).
- TG 02.04.1990:8, EC hopes rise for British shift (John Palmer).

- TG 02.04.1990:20, Timing the U-turn (L).
- TG 03.04.1990:8, Hurd flexible on European union (John Palmer).
- TG 11.04.1990:20, Thatcher pressed to back EC federation (John Palmer).
- TG 12.04.1990:21, Taking the Euro-show off the road (John Palmer).
- TG 20.04.1990:1, EC leaders set date for full union (John Palmer / Alan Travis).
- TG 21.04.1990:6, EC plans plea to Gorbachev on Lithuania (John Palmer).
- TG 21.04.1990:24, Thatcher warns against rush to European unity (Michael White).
- TG 23.04.1990:20, Britain will switch policy on EC union (John Palmer / Michael White).
- TG 25.04.1990:10, Hurd signals a softer line on European union talks (John Palmer).
- TG 26.04.1990:8, Dublin summit expected to set EC on the road to political unity (John Palmer).
- TG 27.04.1990:10, Brussels bogeyman is Thatcher's nightmare (John Palmer).
- TG 27.04.1990:24, European Community leaders offer Thatcher temporary reprieve on political union (John Palmer).
- TG 28.04.1990:6a, European Parliament is the key to reducing the democratic deficit (John Palmer).
- TG 28.04.1990:6b, Thatcher faces EC showdown on progress towards political union (John Palmer).
- TG 28.04.1990:22, The chance at Dublin (L).
- TG 30.04.1990:1, Hurd acts to bolster EC image (John Palmer / Patrick Wintour).
- TG 30.04.1990:5, EC avoids breach on political union (John Palmer).
- TG 02.05.1990:5, Labour looks to Europe as PM digs in (Patrick Wintour / Michael White).
- TG 02.05.1990:11, The European panacea has yet to solve our most fundamental ills (K; Larry Elliott).
- TG 03.05.1990:6, Labour to back European credentials with policy (Patrick Wintour).
- TG 11.05.1990:8, Hurd seeking system of report cards on Brussels (Hella Pick).
- TG 15.05.1990:1, Labour sets its sights on the centre (Patrick Wintour).
- TG 17.05.1990:8, Kohl pushes role of EC Parliament (John Palmer).
- TG 18.05.1990:23, Z-bends on the road to a united states of Europe (K; John Palmer).
- TG 06.06.1990:6, Ridley argues for twin-track Europe (Michael White).
- TG 07.06.1990:7, Debate 'needed' on political union (Martin Linton).
- TG 08.06.1990:6, Ashdown shifts firther towards Euro-federalism (Patrick Wintour).
- TG 08.06.1990:14, Mrs Thatcher 'climbs down on EMS conditions' (Will Hutton).
- TG 12.06.1990:6, Hurd's plan for attack on EC fraud (Martin Linton / Nikki Knewstub).



- TG 12.06.1990:20, Britain against EC legal changes (Alan Travis).
- TG 15.06.1990:6, Labour tempted to drop its opposition to EC currency (Michael White).
- TG 19.06.1990:2, PM bullish in monetary union fight (John Palmer / Michael White).
- TG 19.06.1990:14, An idea whose time has come ... and gone (K; Alex Brummer).
- TG 21.06.1990:1, UK unveils European money plan (Will Hutton).
- TG 21.06.1990:2, Britain may backtrack on boosting court power (John Palmer).
- TG 21.06.1990:18, At last, something better to bite on (L).
- TG 22.06.1990:8, Thatcher backs Major plan for Euro-money (Martin Linton).
- TG 22.06.1990:24, Europe hails British 'shift' on currency (John Palmer).
- TG 23.06.1990:1, Brittan says Ecu plan cuts info sovereignty (Will Hutton / Michael White / John Palmer).
- TG 25.06.1990:8, EC summit to concentrate on aid for the Soviet Union (John Palmer).
- TG 25.06.1990:24a, Schmidt urges co-operation (Michael White).
- TG 25.06.1990:24b, Thatcher faces clash with EC (John Palmer).
- TG 26.06.1990:20a, A mild case of nationalism (K; Michael White).
- TG 26.06.1990:20b, Thatcher changes tack on EC union (John Palmer / Will Hutton).
- TG 27.06.1990:1, 20, PM predicts the break-up of EMS (John Palmer).
- TG 27.06.1990:18, Europe: the time of change is now (L).
- TG 29.06.1990:26, How the hard Ecu misses the real monetary agenda (LB; Chris Smith).
- TG 30.06.1990:5, Hurd set to give firm support to currency plan (Alan Travis).
- TG 02.07.1990:6, Italy's EC presidency will put pressure on Thatcher (John Palmer).
- TG 02.07.1990:11, Call for speed on EC currency (John Palmer).
- TG 02.07.1990:22a, A union for our times (L).
- TG 02.07.1990:22b, Hard Ecus and the heart of the European monetary debate (LB; Ron Leighton).
- TG 11.07.1990:4, Euro-MPs press for more powers (John Palmer).
- TG 13.07.1990:1, Ridley may have to go (Michael White / Andrew Culf).
- TG 13.07.1990:10, Italy will offer UK time to adjust for monetary union (John Palmer).
- TG 13.07.1990:22, Ridley and the great divide (L).
- TG 13.07.1990:23, Echoing his mistress's voice (K; Michael White).
- TG 14.07.1990:1, Tories give Ridley the message (Michael White).
- TG 14.07.1990:3, Ridley row risks Tory rift on Europe (Michael White).
- TG 14.07.1990:23, Reality behind the rhetoric of Ridley (K; John Biffen).

- TG 17.07.1990:6a, Euro-sceptics welcome row (Michael White).  
TG 17.07.1990:6b, Labour Party throws in its hand with the German socialists (Patrick Wintour).  
TG 10.10.1990:1, 20, Conservative rivals clash over Europe (Michael White).  
TG 10.10.1990:19, Two tiers before bedtime? (K; Hugo Young).  
TG 11.10.1990:10, Quiet prophet of apocalypse now (John Palmer).  
TG 11.10.1990:13, EC chief says Britain is on way to EMU (John Palmer).  
TG 12.10.1990:1, Howe rocks boat with anti-Major line over monetary union (Michael White).  
TG 13.10.1990:1, Thatcher unveils new vision (Michael White).  
TG 15.10.1990:21, Badmouthing and the voice of the people (K; Ian Aitken).  
TG 17.10.1990:6, Kinnock to harden support for EMU (Patrick Wintour).  
TG 19.10.1990:20, Kohl puts Europe on fast track for monetary union (John Palmer).  
TG 20.10.1990:7, Brittan tries to resolve rift on EMU (John Palmer).  
TG 23.10.1990:6, Tories try drawing the line on Europe (Michael White).  
TG 23.10.1990:12, Tenure at EC presidency breaks with stereotypes (John Palmer).  
TG 23.10.1990:20, Square pegs at a round table (L).  
TG 23.10.1990:22a, Britain isolated on currency plan (John Palmer).  
TG 23.10.1990:22b, Cross-party revolt looms on ERM entry (Michael White).  
TG 24.10.1990:4, Lawson regrets the tragedy of five lost years (Nikki Knewstubb).  
TG 25.10.1990:22, Delors wants EC leaders to avoid fight with Thatcher (John Palmer).  
TG 26.10.1990:8, EC summit could push unity issue over precipice (John Palmer).  
TG 26.10.1990:9, Gladiator summit in store as Thatcher resists EMU (John Palmer / Hella Pick).  
TG 29.10.1990:1, Defiant Thatcher left in cold (John Palmer).  
TG 29.10.1990:1, 22, Rift grows as Howe calls for progress on monetary union (Alan Travis).  
TG 29.10.1990:6, Eleven map route to financial unity (Reuter).  
TG 29.10.1990:29, Missing Europe's momentum (L).  
TG 30.10.1990:1, Ministers pick up pieces after Thatcher's EC stand (Michael White).  
TG 30.10.1990:6a, A spark kindled in 50s (Michael White / Patrick Wintour).  
TG 30.10.1990:6b, Dad's Army has Kinnock tip-toeing through a minefield (Patrick Wintour).  
TG 30.10.1990:6c, Diehards dig in at Bruges (Michael White).  
TG 30.10.1990:10a, Internal disquiet at Thatcher's stance (Hella Pick).  
TG 30.10.1990:10b, Oslo cabinet falls over EC links (John Palmer).  
TG 30.10.1990:22, The open wound that will not heal (L).

- TG 30.10.1990:23a, Diving into the Euro-depths (K; John Palmer).  
TG 30.10.1990:23b, Diving into the Euro-depths (K; Will Hutton).  
TG 30.10.1990:23c, What Rome augurs for our leader (K; Hugo Young).  
TG 31.10.1990:6, When Europe was agreed on without benefit of foresight (David McKie).  
TG 01.11.1990:19a, A rallying call for Eurosocalists (K; Eric Heffer).  
TG 01.11.1990:19b, Digging a tunnel out of the bunker (K; Hugo Young).  
TG 02.11.1990:1, 20, The last exit over Europe (Michael White / Alan Travis).  
TG 02.11.1990:1, Tory party schism laid bare (K; Martin Kettle).  
TG 02.11.1990:3a, Kinnock moves to exploit divisions over Europe (o.A.).  
TG 02.11.1990:3b, Letter regrets absence of common ground (o.A.).  
TG 02.11.1990:3c, PM claims party united on policy (o.A.).  
TG 02.11.1990:3d, Resignation ends fragile compromise on EC union (Alan Travis).  
TG 02.11.1990:3e, Tory tortoise who ran out of patience (Alan Travis).  
TG 02.11.1990:19, One humiliation too many (K; Julian Critchley).  
TG 03.11.1990:1, PM wanted Howe to quit (Michael White).  
TG 03.11.1990:2, Kinnock defines stance on EC (Patrick Wintour).  
TG 03.11.1990:3, Pro-Community ministers told time to stand and be counted (John Palmer / Hella Pick).  
TG 03.11.1990:26, The great question at the top (L).  
TG 05.11.1990:1, Brittan offers new European option (Patrick Wintour).  
TG 05.11.1990:12, Warning of 10 years in the wilderness (o.A.).  
TG 06.11.1990:15, Hurd moves to allay fears on Euro policy (Larry Elliott / Simon Beavis).  
TG 07.11.1990:20, All their own work (L).  
TG 08.11.1990:7, PM defends Europe stance (Nikki Knewstubb / Martin Linton).  
TG 12.11.1990:25, Let's have a second say on Europe (K; Ian Aitken).  
TG 13.11.1990:22, What Sir Geoffrey should do (L).  
TG 14.11.1990:1, Howe assault puts PM on battle alert (Michael White).  
TG 14.11.1990:1, 20, The would-be captain bowls a spell of line and length (David Gow).  
TG 14.11.1990:4a, Cautious Heseltine shuns federalism (Patrick Wintour).  
TG 14.11.1990:4b, Howe's conflict of loyalties (Martin Linton / Nikki Knewstubb).  
TG 15.11.1990:2, Heseltine offers stark choice to party (Patrick Wintour).  
TG 15.11.1990:13, EC ready to offer Britain compromise on monetary union (John Palmer).  
TG 17.11.1990:10, Kohl sets brisk schedule for political an financial union (Our correspondent in Bonn).  
TG 19.11.1990:24, The chance of a choice for the nation (L).

- TG 21.11.1990:2, Cabinet left to pick up threads of policy (John Palmer / Patrick Wintour).
- TG 21.11.1990:6, Labour opposes European left on EC union (John Palmer).
- TG 22.11.1990:1, 24, EC will press for sweeping new powers (John Palmer).
- TG 22.11.1990:2, Foreign eyes see end of Iron Lady (Simon Tisdall / Ed Vulliamy / Paul Webster / David Gow).
- TG 22.11.1990:4a, Paralysis threatens UK's summit role (John Palmer).
- TG 22.11.1990:4b, Vision of a Europe marching in step (o.A.).
- TG 22.11.1990:22, Sizing the Italian job (L).
- TG 23.11.1990:5, Relief and regret at Brussels battlefield (David Gow / John Palmer / Paul Webster).
- TG 23.11.1990:18, Another closing, another show (L).
- TG 23.11.1990:29a, Democracy before the Assizes (K; Jean-Pierre Cot).
- TG 23.11.1990:29b, Marks of weakness (K; Will Hutton).
- TG 24.11.1990:10, Kohl wants EC to act over refugees (David Gow).
- TG 24.11.1990:26, The real question time (L).
- TG 27.11.1990:22, A second foray in the mists (L).
- TG 28.11.1990:1, Major: we unite to win (Michael White).
- TG 28.11.1990:2, Europe's qualms over disciple (Foreign staff).
- TG 28.11.1990:6a, His first speech as Chancellor set the tone: 'If it isn't hurting, it isn't working' (Larry Elliott).
- TG 28.11.1990:6b, Speedy unity behind the new Prime Minister will cheer the financial community but the Tory party's problems remain (Alex Brummer).
- TG 28.11.1990:20, The third man in the first place (L).
- TG 29.11.1990:2, Facing a baptism of fire, at home and abroad (Larry Elliott).
- TG 29.11.1990:4, Tactics on Europe top foreign agenda (Patrick Wintour).
- TG 29.11.1990:24, Labour endorses a single currency (Patrick Wintour).
- TG 30.11.1990:23a, Major doubts (o.A.).
- TG 30.11.1990:23b, Milder than Maggie (K; Theo Sommer).
- TG 03.12.1990:1, Lamont signals EC deal (John Palmer).
- TG 04.12.1990:6, 'Madness' to buck EC integrationist trend, says Hattersley (Patrick Wintour).
- TG 05.12.1990:6, Mrs Thatcher and degrees of blue (K; Ian Aitken).
- TG 05.12.1990:8, Britain urges EC to bear more of Nato burden (John Palmer).
- TG 05.12.1990:12, A message to our new PM: the lady's not for yearning (K; Hella Pick).
- TG 06.12.1990:6a, Ashdown claims accord in Europe (Alan Travis).
- TG 06.12.1990:6b, Shore berates Labour 'embrace' of Emu and quasi-federalism (Michael White).
- TG 06.12.1990:8, Major to push for closer European security links (Hella Pick).

- TG 07.12.1990:8, Britain will pursue 'positive' EC role (Nikki Knewstubb).
- TG 07.12.1990:20, Hurd says Britain's hard line remains on EC powers (Michael White).
- TG 08.12.1990:1, Britain faces clash on EC political union (David Gow).
- TG 10.12.1990:24, Howe urges positive line on Europe (Alan Travis).
- TG 11.12.1990:6, Euro-socialists set agenda for IGC talks (Patrick Wintour).
- TG 11.12.1990:10, Hurd falls out with EC on defence (Hella Pick / Andrew Bell).
- TG 12.12.1990:7, Tory federalists turn up heat on EC unity (Michael White).
- TG 12.12.1990:13a, A chequered love affair ends with a curious marriage (K; Martin Woollacott).
- TG 12.12.1990:13b, Germany and France are giving no quarter over who shapes Europe's money system (K; Will Hutton).
- TG 12.12.1990:13c, How power could pass from London (o.A.).
- TG 12.12.1990:13d, Making a date with history (John Palmer).
- TG 13.12.1990:6, Smith sees ecu idea as anarchic (Patrick Wintour).
- TG 13.12.1990:21, Thatcher acid and Foreign Office fudge (K; Hugo Young).
- TG 13.12.1990:22, Delors urges Major to turn European style into reality (John Palmer).
- TG 14.12.1990:1, EC 'treaty' puts Major on the spot (John Palmer).
- TG 14.12.1990:6, Euro-challenge by Labour (Patrick Wintour).
- TG 14.12.1990:10, 'Eurofed' in the driving seat under EC draft union treaty (Will Hutton / John Palmer).
- TG 14.12.1990:20, Missing the cue (L).
- TG 14.12.1990:23, We'll take the slow road (David McKie).
- TG 15.12.1990:1, European new boy plays Nice Guy (K; Michael White).
- TG 15.12.1990:6a, Face saver for Major in EC mandate (John Palmer).
- TG 15.12.1990:6b, Road to one currency paved with majority votes (K; Will Hutton).
- TG 17.12.1990:1, Delors outburst lets PM off the hook on EC currency (Michael White).
- TG 17.12.1990:6a, Major's charm offensive buys time for Britain to make policy shift (John Palmer).
- TG 17.12.1990:6b, Summit backs social charter (Michael White).
- TG 17.12.1990:18, Some dishes on the menu are off (L).
- TG 18.12.1990:5, Labour will push for huge increase in aid within EC (John Palmer).
- TG 19.12.1990:6, Major pressed on EC choices (Nikki Knewstubb).
- TG 19.12.1990:22, EC disarray may bail out Major (Michael White).
- TG 20.12.1990:18, European matters inside a democratic framework (LB; Phillip M. Hallam-Baker).
- TG 21.12.1990:22, Hard truth of the ecu (K; Dominique Rambure).

- TG 05.11.1991:23a, A bonfire of male vanity (K; Teresa Gorman).
- TG 05.11.1991:23b, More a case of squibs than gunpowder (K; Tony Banks).
- TG 05.11.1991:24, A mountain made out of muddle (K; Hugo Young).
- TG 06.11.1991:7, John Major – an apology (K; Andrew Rawnsley).
- TG 06.11.1991:20, A void of pragmatism (L).
- TG 06.11.1991:21, Whoops, Euro-apocalypse (K; Michael White).
- TG 07.11.1991:14, Kohl affirms Germany's support for the alliance (David Gow).
- TG 08.11.1991:11, Major draws line on defence links (Hella Pick).
- TG 08.11.1991:23, The late Great Britain (K; Alan Sked).
- TG 09.11.1991:5, Ridley ,vote Labour' call on Europe (Michael White).
- TG 09.11.1991:10, Bundesrat is set to reject deal unless rights are safeguarded (David Gow).
- TG 11.11.1991:1, Treaty too federalist, says Major (Patrick Wintour).
- TG 11.11.1991:8, Maastricht agreement in the balance as ministers meet (John Palmer).
- TG 11.11.1991:24, The debate beyond Ridley (L).
- TG 12.11.1991:1, PM defies Euro-sceptics (Michael White).
- TG 12.11.1991:10a, Dutch refuse to delete the F-word (John Palmer).
- TG 12.11.1991:10b, Labour irked by concessions to Tories (Patrick Wintour).
- TG 12.11.1991:10c, Major calls for ,give-and-take' on union treaties (Michael White).
- TG 12.11.1991:10d, New EC text fails to placate Britain (Hella Pick).
- TG 12.11.1991:10e, Road to Maastricht (Themenseite).
- TG 13.11.1991:1, Britain ,agrees' more MEP power (John Palmer).
- TG 13.11.1991:8, Tory big guns aim to topple Euro-sceptic (Michael White).
- TG 13.11.1991:11a, Draft gives legislative role to unions and employers (Julie Wolf).
- TG 13.11.1991:11b, Hurd bends on powers for MEPs (John Palmer).
- TG 14.11.1991:1a, Tory MPs oust Euro-sceptics (Michael White).
- TG 14.11.1991:1b, Voters turn away from EC union (David McKie).
- TG 14.11.1991:20a, Complicity in a Euro-ruse (K; Hugo Young).
- TG 14.11.1991:20b, Mr Major finds a fascinating tide (L).
- TG 14.11.1991:22, Britain and EC closing gap on political union (John Palmer).
- TG 15.11.1991:8, Labour steps up EC drive (Patrick Wintour).
- TG 15.11.1991:11, Kohl urged to win more power for EC (David Gow).
- TG 15.11.1991:24, Ministers tone down wording of EC motion (Michael White).
- TG 16.11.1991:1a, Raspberry for apple pie EC (Michael White).
- TG 16.11.1991:1b, The full government motion (o.A.).
- TG 16.11.1991:8, Kohl warns ,no way back' on EC unity (David Gow).

- TG 16.11.1991:27, Smallweed (K; o.A.).
- TG 18.11.1991:1, Tories and Labour deride call for referendum on EC (Michael White).
- TG 19.11.1991:9, Bronzed Heath succumbs to Tebbit's law (Maev Kennedy).
- TG 19.11.1991:10, Federalists set to leave Britain in cold (John Palmer).
- TG 19.11.1991:24, Kinnock seeks to outflank PM on Euro policy (Michael White).
- TG 20.11.1991:8a, Britain squares up to Europe's challenge (K; Michael White).
- TG 20.11.1991:8b, Ever-closer union but at what pace? (John Palmer).
- TG 20.11.1991:8c, Imminence of the election complicates political party manoeuvring (o.A.).
- TG 20.11.1991:8d, Road to Maastricht (Themenseite).
- TG 20.11.1991:9, Red Ken keeps left on road to Europe (K; Ian Aitken).
- TG 20.11.1991:21, New rules for the old boys (K; John Palmer).
- TG 20.11.1991:22a, Britain and Germany clash on Europe (Hella Pick).
- TG 20.11.1991:22b, Collapse of Tory EC revolt turns spotlight on Labour rebels (Michael White / Patrick Wintour).
- TG 21.11.1991:1, Thatcher hijacks Major's line (Michael White).
- TG 21.11.1991:8a, Beware of conveyor belt to federalism – Thatcher (Alan Travis).
- TG 21.11.1991:8b, Europe Debate (Themenseite).
- TG 21.11.1991:8c, Ghost of Bruges applies her handbag to wobbly ministers (K; Andrew Rawnsley).
- TG 21.11.1991:8d, Kinnock says Government only 'playing for a draw' (Patrick Wintour).
- TG 21.11.1991:8e, Major warns EC against 'misjudgment' (Nikki Knewstub).
- TG 21.11.1991:20a, Play now, and face the hard stuff later (L).
- TG 21.11.1991:20b, Scowling and smiling at the inevitable (K; Hugo Young).
- TG 21.11.1991:21a, Labour's rank and Europhile (K; Ken Livingstone / Harry Barnes).
- TG 21.11.1991:21b, Labour's rank and Europhile (K; Austin Mitchell).
- TG 21.11.1991:22, UK policy may jeopardise future of EC, says Delors (John Palmer).
- TG 22.11.1991:1, PM stifles calls for EC ballot (Michael White).
- TG 22.11.1991:8a, Europe Debate (Themenseite).
- TG 22.11.1991:8b, Government has 101-vote majority at end of debate (Nikki Knewstub / Patrick Wintour).
- TG 22.11.1991:8c, Heath collides with Thatcher (Nikki Knewstub).
- TG 22.11.1991:8d, Hurd rejects referendum (Nikki Knewstub).
- TG 22.11.1991:8e, Kaufman derides Tory 'disunity' (Patrick Wintour).
- TG 22.11.1991:8f, Major wobble on EMU is on the record (K; Ian Aitken).
- TG 22.11.1991:22, Labour's left and the line-up on Maastricht (LB; Peter Hain).

- TG 22.11.1991:23a, Time to trust the people (K; Vernon Bogdanor).
- TG 22.11.1991:23b, Who passes the Euro-test? (Helen Birch / Robert Leedham / Harriet Swain).
- TG 22.11.1991:27, Maastricht mirage (K; Winfried Münster).
- TG 23.11.1991:1, Thatcher calls PM arrogant (Alan Travis).
- TG 23.11.1991:22a, The way to cash in on Europe (LB; Gwynne E. Thomas).
- TG 23.11.1991:22b, The way to cash in on Europe (LB; Clive Stringer).
- TG 25.11.1991:1, PM told to shun Thatcher (Patrick Wintour).
- TG 25.11.1991:2, Labour to back greater power for EC parliament (Patrick Wintour).
- TG 25.11.1991:22a, Europe, Parliament and the right place for power (LB; George Ivan Smith).
- TG 25.11.1991:22b, Europe, Parliament and the right place for power (LB; Enid Lakeman).
- TG 25.11.1991:22c, Europe, Parliament and the right place of power (LB; Ken Fening).
- TG 25.11.1991:22d, The question is if there is a question (L).
- TG 26.11.1991:5a, Embattled member states foresee summit truce (Hella Pick).
- TG 26.11.1991:5b, History and vested interests explain integration commitment (John Palmer).
- TG 26.11.1991:5c, Kohl backs down on political union treaty (David Gow).
- TG 26.11.1991:5d, Thatcher closes Cabinet ranks (Alan Travis).
- TG 26.11.1991:5e, The road to Maastricht (Themenseite).
- TG 26.11.1991:7a, Labour feels for Major (Nikki Knewstub).
- TG 26.11.1991:7b, Tories try to cool row over Europe (Michael White).
- TG 26.11.1991:21, Go: the Major road ahead to Maastricht (K; Dennis Kavanagh).
- TG 26.11.1991:22a, The case for a referendum (LB; Paddy Ashdown).
- TG 26.11.1991:22b, The case for a referendum (LB; Ron Leighton).
- TG 26.11.1991:22c, Time to stamp on the traitor (K; Hugo Young).
- TG 26.11.1991:24, Dutch may water down EC treaty (Julie Wolf / Patrick Wintour).
- TG 27.11.1991:1, Kohl urges countdown to full union (John Palmer).
- TG 27.11.1991:4, UK ,will be out-voted' on charter (Nikki Knewstub).
- TG 27.11.1991:9a, Copenhagen knows its bread is buttered in Brussels (John Palmer).
- TG 27.11.1991:9b, Countdown to monetary union (Will Hutton).
- TG 27.11.1991:9c, EC curbs on refugees condemned (Michael Simmons).
- TG 27.11.1991:9d, Labour supports wider powers for COMmission (Patrick Wintour).
- TG 27.11.1991:20a, European rights and British wrongs (LB; Laurie Smith).



- TG 27.11.1991:20b, European rights and British wrongs (LB; Malachy Hargadon).
- TG 28.11.1991:1, Major sees UK edging toward EC treaty deal (Patrick Wintour / David Gow / Ed Vulliamy).
- TG 28.11.1991:9, Lifting the lid on Europe's 'organised madness' (Patrick Wintour).
- TG 28.11.1991:11a, Brittan backs demands for federal model (John Palmer).
- TG 28.11.1991:11b, Cracks show in Gaullist line on federal Europe (Paul Webster).
- TG 28.11.1991:11c, Lamont proclaims his conversion to cause of monetary union (Alan Travis).
- TG 28.11.1991:11d, Mr Fix-it of the treaty small print (Michael White).
- TG 28.11.1991:11e, The A-word haunts Dublin's dreams of more freedom and wealth (Joe Joyce).
- TG 28.11.1991:22, Without mandate or menace (K; Hugo Young).
- TG 29.11.1991:8a, Kohl attempts to allay Major's fears (David Gow / Paul Webster).
- TG 29.11.1991:8b, Police consider 'Europol' to catch 'Euro-crooks' (Duncan Campbell).
- TG 29.11.1991:8c, Union will strip window dressing off an economy (Ed Vulliamy).
- TG 29.11.1991:9, Haughey backs security pact (Joe Joyce).
- TG 29.11.1991:23, Stealing our constitution away (K; Richard Shepherd).
- TG 29.11.1991:24, EC sceptics put pressure on PM (Patrick Wintour).
- TG 29.11.1991:27a, The Rubicon on the Maas (K; Richard Norton-Taylor).
- TG 29.11.1991:27b, Wider, deeper and muddled (Frédéric Gausson).
- TG 30.11.1991:1, Kohl urged to back more say for MEPs (David Gow).
- TG 30.11.1991:8a, Brussels won over by UK bureaucrat (Julie Wolf).
- TG 30.11.1991:8b, EC plans for refugees mirror new British bill (John Carvel).
- TG 30.11.1991:8c, Greeks look forward to rule from Brussels (Helena Smith).
- TG 30.11.1991:8d, Hurd wants free hand on employment (Patrick Wintour).
- TG 30.11.1991:8e, Ireland moves another step away from defence neutrality (Joe Joyce).
- TG 02.12.1991:1, 26, Britain to fight on for wider currency opt-out (Alan Travis / John Palmer).
- TG 02.12.1991:1, Tory leaders defy Euro-sceptics (Alan Travis).
- TG 02.12.1991:2, Labour lead cut to 2 points as Lib Dems gain in polls (David McKie).
- TG 02.12.1991:8a, A keen interest in avoiding derailment (John Hooper).
- TG 02.12.1991:8b, Only full members should influence EMU, says Bonn (Will Hutton).
- TG 02.12.1991:8c, The dapper Scot with a firm hand on the minister's elbow (John Palmer).

- TG 02.12.1991:8d, Threadbare it may be, but Union Jack will still fly (Michael White).
- TG 02.12.1991:24a, Heads, tails and ecus (LB; Arthur Edwards).
- TG 02.12.1991:24b, When politics is left to the markets (L).
- TG 03.12.1991:8a, Angry and isolated, Madrid could use veto to sabotage meeting (John Hooper).
- TG 03.12.1991:8b, Dutch proposal could ease UK worries on EC defence (Reuter).
- TG 03.12.1991:8c, Major leads wary Britain into summit cliff-hanger (Michael White).
- TG 03.12.1991:8d, Preparing to convert the gravy train to an engine of democratic control (John Palmer).
- TG 03.12.1991:8e, Socialist MEPs try to corner Britain (Julie Wolf).
- TG 03.12.1991:8f, Spain's 'Mr Europe' grabs bull by horns (John Hooper).
- TG 03.12.1991:19a, Bad example the US sets (K; John Biffen).
- TG 03.12.1991:19b, Fudge manufacturers of Maastricht (K; David Marquand).
- TG 03.12.1991:22, Hurd and Lamont stonewall on deals before Maastricht (John Palmer / Julie Wolf).
- TG 04.12.1991:1, 26, Major faces united EC front (John Palmer).
- TG 04.12.1991:8a, 'Commonsense' view by Britain finds little favour (Hella Pick).
- TG 04.12.1991:8b, Euro-apathy from Brussels students (David Gow).
- TG 04.12.1991:8c, Federalist fans par excellence (Paul Webster).
- TG 04.12.1991:8d, Striking a bargain for animals (Julie Wolf).
- TG 04.12.1991:8e, Technocrat in European cause (Paul Webster).
- TG 04.12.1991:8f, Victorian working jibe stings Howard (Seumas Milne / Julie Wolf / Michael White).
- TG 04.12.1991:18, Regional route to Europe (LB; Simon Partridge).
- TG 05.12.1991:6, Batty for Britain as MPs do their bit in home front (K; Andrew Rawnsley).
- TG 05.12.1991:7, Labour seeks to retrain spotlight on home front (Patrick Wintour).
- TG 05.12.1991:8a, Britain clings to veto as its rock of sovereignty (Patrick Wintour).
- TG 05.12.1991:8b, Cautious diplomat keeps low profile (David Gow).
- TG 05.12.1991:8c, Kinnock blocks EC socialists' plan (John Palmer).
- TG 05.12.1991:9a, Even Germans become cynical (David Gow).
- TG 05.12.1991:9b, PM rules out summit horse-trading (Joe Joyce).
- TG 05.12.1991:9c, Progress is slow on controversial social dimension (Seumas Milne).
- TG 05.12.1991:22, Breaking the federal code (K; Hugo Young).
- TG 06.12.1991:9, The day in brief (o.A.).

- TG 06.12.1991:10, Dutch text sees EC decision-making as a stage on the road to federal union (John Palmer).
- TG 06.12.1991:22, UK softens its stance on union treaty (John Palmer / Hella Pick).
- TG 06.12.1991:23a, Starway to the stars (o.A.).
- TG 06.12.1991:23b, Trick or treaty? (o.A.).
- TG 06.12.1991:23c, Union should aim beyond market (Interview mit Ruud Lubbers; Christian Chartier).
- TG 06.12.1991:24a, One step at a time (o.A.).
- TG 06.12.1991:24b, Stars in a borrowed sky (o.A.).
- TG 06.12.1991:24c, The all in one suit (o.A.).
- TG 06.12.1991:24–25, A grand view from elsewhere (o.A.).
- TG 06.12.1991:25a, Big blocks in the way (o.A.).
- TG 06.12.1991:25b, The reign of Spain (o.A.).
- TG 06.12.1991:25c, What put 12 in a bit of a state (o.A.).
- TG 06.12.1991:26a, Heads in a state (o.A.).
- TG 06.12.1991:26b, Herr Major meets Helmut Charbon (Eulalia Furriol).
- TG 07.12.1991:1, Dutch want EMU by 1998 (Will Hutton / Patrick Wintour).
- TG 07.12.1991:8a, Absent friends frozen out of unity talks (Michael Simmons).
- TG 07.12.1991:8b, EC accused by Amnesty (Foreign staff).
- TG 07.12.1991:8c, Environmentalists bemoan watered down draft chapter (Julie Wolf).
- TG 07.12.1991:8d, Latest Dutch treaty raises twin-track EMU concern (Will Hutton).
- TG 07.12.1991:8e, US hopes for a Europe ‚whole and free‘ – but not too independent (Martin Walker).
- TG 07.12.1991:22, Now the words must form a pattern (L).
- TG 07.12.1991:23a, The ambivalence of Europe (K; Wio Joustra).
- TG 07.12.1991:23b, The ambivalence of Europe (K; Josef Joffe).
- TG 09.12.1991:1a, Delors rallies federalists against ‚no, no, no‘ Britain (John Palmer).
- TG 09.12.1991:1b, Never in the history of politics have so many known so little about so much (Karikatur; Austin).
- TG 09.12.1991:2a, Guy Fawkes and bangs in the night (Peter Murtagh).
- TG 09.12.1991:2b, Major flies off on tailwind of conflicting demands (Patrick Wintour).
- TG 09.12.1991:2c, Never give an ECU an even break (Ian Katz).
- TG 09.12.1991:2d, Singling out the double meanings of Euro-speak in plain language (K; Dan Atkinson).
- TG 09.12.1991:2e, Summit hangs on three issues (John Palmer).
- TG 09.12.1991:2–3, Maastricht Summit (Themenseite).

- TG 09.12.1991:3a, Bonn tries to allay public fears for mark (Anna Tomforde).
- TG 09.12.1991:3b, New EC order will mean more choice (K; Will Hutton).
- TG 09.12.1991:20, Messages behind Maastricht (L).
- TG 09.12.1991:21, Queuing up for a Euro-crisis (K; William Wallace).
- TG 10.12.1991:1, 26, Major signals concessions but digs in on social policy (John Palmer).
- TG 10.12.1991:2a, 1999 single currency deadline planned (Will Hutton).
- TG 10.12.1991:2b, Heart of Europe beats UK hollow on wage deals and training (K; Will Hutton).
- TG 10.12.1991:2c, London bypassed in wrangle over bank (Julie Wolf).
- TG 10.12.1991:3a, Hacking at the Papist plot (Peter Murtagh).
- TG 10.12.1991:3b, Notes reveal Major's list of compromises (Foreign staff).
- TG 10.12.1991:3c, PM 'facing a humiliating defeat on single currency' (Patrick Wintour).
- TG 10.12.1991:3d, Social charter rift puts deal in balance (Michael White).
- TG 10.12.1991:24a, One great centre cannot hold (L).
- TG 10.12.1991:24b, The Euro-deal Labour fears (K; Hugo Young).
- TG 10.12.1991:26, Helmut the Huge and friends run grey Britain into the mud (Michael White).
- TG 11.12.1991:1, EC unites on historic treaty with Britain in the slow lane (John Palmer).
- TG 11.12.1991:2a, Deal set to quell Tory rightwing doubts (Michael White).
- TG 11.12.1991:2b, Grand-cru chaps hard to swallow (Peter Murtagh).
- TG 11.12.1991:2c, Monetary milestone reached on Europe's two-speed road to ruin (K; Will Hutton).
- TG 11.12.1991:3a, 'Street fight' that killed social chapter (Will Hutton).
- TG 11.12.1991:3b, Major's stand highlights divide in industry (Seumas Milne).
- TG 11.12.1991:3c, Votes, vetoes and compromises: issues which have caused divisions (John Palmer / Michael White / Julie Wolf).
- TG 11.12.1991:20, Wanted, but we're still different (L).
- TG 11.12.1991:21, Not my place, your place, nor their place (Richard Norton-Taylor).
- TG 11.12.1991:22, Fast and flaky bun-fight down at the UK corral (Michael White).
- TG 12.12.1991:1, 22, Summit a great leap forward, say EC leaders (David Gow / Paul Webster / John Palmer).
- TG 12.12.1991:1, Tories hail Major triumph (Michael White).
- TG 12.12.1991:2a, Advances and retreats: how the partners all claimed some success (o.A.).
- TG 12.12.1991:2b, After the Summit: View from Europe (Themenseite).
- TG 12.12.1991:2c, Major puts speed limit on fast lane (K; Will Hutton).
- TG 12.12.1991:2d, Nato declares point win to Britain (Hella Pick).

- TG 12.12.1991:2e, Power of the union puts F-word up for grabs (K; John Palmer).
- TG 12.12.1991:3a, After the Summit: View from Britain (Themenseite).
- TG 12.12.1991:3b, Business gives thumbs up to deal and cheers fall of social charter (Simon Beavis / Deborah Wise).
- TG 12.12.1991:3c, Eleventh-hour attack that stole the day (Michael White / Alan Travis).
- TG 12.12.1991:3d, Smug bleats of success grip a woolly-minded Commons (K; Maev Kennedy).
- TG 12.12.1991:3e, UK interests protected and community will be allowed to develop in depth, MPs told (Nikki Knewstub).
- TG 12.12.1991:11, Crossed channel communications (Hella Pick).
- TG 12.12.1991:20a, An ecu for prosperity? (L).
- TG 12.12.1991:20b, Sub plot of the social chapter (K; Hugo Young).
- TG 12.12.1991:20c, The losers in Europe (LB; Denis MacShane).
- TG 12.12.1991:20d, The losers in Europe (LB; Oonagh McDonald).
- TG 12.12.1991:20e, The only show in European town (L).
- TG 13.12.1991:8, The Maastricht litmus test (K; Ian Aitken).
- TG 13.12.1991:9a, British members face vote ban (John Palmer / Patrick Wintour).
- TG 13.12.1991:9b, Germany to press for review of MEPs' powers before 1994 Euro-elections (John Palmer).
- TG 13.12.1991:18, A people that lost its faith? (K; Melanie Phillips).
- TG 13.12.1991:20, Labour baits PM on social chapter (Michael White).
- TG 14.12.1991:8a, Britain warned on dangers of isolation in Europe (Julie Wolf).
- TG 14.12.1991:8b, Kohl faces call for Maastricht replay (David Gow).
- TG 14.12.1991:22, The social charter for Britain (L).
- TG 16.12.1991:1a, German plan to recognise Croatia puts EC in turmoil (John Palmer).
- TG 16.12.1991:1b, Recession dogs Major (Michael White).
- TG 16.12.1991:2, Officials want Luxembourg as bank compromise (Michael White).
- TG 17.12.1991:8, German CDU falters on Tory links (David Gow).
- TG 18.12.1991:22, Kohl 'victory' on Croatia (David Gow / Ian Traynor / Yigal Chazan).
- TG 19.12.1991:6, Sketch (K; Andrew Rawnsley).
- TG 19.12.1991:18a, A government dispossessed (K; Hugo Young).
- TG 19.12.1991:18b, It started with a kiss (LB; C. Horbacki).
- TG 19.12.1991:20, Kinnock taunts PM on monetary union opt-out (Michael White).
- TG 20.12.1991:7, Hurd hints at recognition of go-it-alone republics (Nikki Knewstub).
- TG 20.12.1991:18, When to kiss, when to tell (LB; Sarah Ludford).

- TG 21.12.1991:2, Ministers despair of ending slump (Patrick Wintour).
- TT 15.06.1988:15, A Bank of Europe (L).
- TT 17.06.1988:13, Genscher pushes for closer economic ties within EEC (Jonathan Braude).
- TT 21.06.1988:7, Greeks vow to keep EEC on steady course set by Bonn (Richard Owen).
- TT 21.06.1988:22, Britain softens stance on EMS (Rodney Lord / Bailey Morris).
- TT 24.06.1988:12, Europe bank ‚is not on‘ (o.A.).
- TT 25.06.1988:7a, Britain heads for a monetary collision (Richard Owen).
- TT 25.06.1988:7b, Brussels looks to common currency (Richard Owen).
- TT 27.06.1988:1, Thatcher facing strong pressure to join EMS (Richard Owen).
- TT 27.06.1988:17, Harmony at Hanover (L).
- TT 28.06.1988:1, Britain agrees to EEC bank study (Richard Owen).
- TT 28.06.1988:7, EEC spirit of unity smooths differences at Hanover summit (Richard Owen).
- TT 29.06.1988:1, Europe ‚is on course‘ for 1992 (Richard Owen).
- TT 29.06.1988:8a, Delors re-election solves dilemma for EEC leaders (Our Own Correspondent).
- TT 29.06.1988:8b, Summit reveals deep split on 1992 (Richard Owen).
- TT 29.06.1988:8c, The Twelve’s communiqué reviews progress in building a united Europe (o.A.).
- TT 01.07.1988:2, Owen queries British veto (Nicholas Wood / Richard Owen).
- TT 01.07.1988:12, Single European currency ‚long way off‘ (o.A.).
- TT 01.07.1988:14, A nation of inheritors (Rodney Lord / Robin Oakley).
- TT 02.07.1988:7, EEC rules ‚give Britain the right‘ to veto plan for European central bank (Michael Dynes).
- TT 02.07.1988:10, London, Europe’s banker (K; David Owen).
- TT 07.07.1988:1, Parliament ‚doomed‘ by European government (Richard Owen).
- TT 12.09.1988:21, Governor to face EEC bank pressure (Rodney Lord).
- TT 12.09.1988:23, Why Britain is right to oppose leap of faith (Rodney Lord).
- TT 14.09.1988:28, EEC bank chiefs take first steps to monetary union (Reuter).
- TT 15.09.1988:6, Thatcher firm on British sovereignty (Nicholas Wood).
- TT 19.09.1988:1, Thatcher defends stance on Europe (Nicholas Wood).
- TT 20.09.1988:8, Thatcher on attack (Richard Owen).
- TT 20.09.1988:12, Thatcher’s Euro squeeze (Robin Oakley).
- TT 20.09.1988:13, A vision of Europe (L).
- TT 21.09.1988:1, Thatcher hits at ‚Identikit‘ Europe union (Nicholas Wood).
- TT 21.09.1988:7, Thatcher sets out her five guiding principles (o.A.).
- TT 21.09.1988:17, European Thatcherism (L).

- TT 22.09.1988:1, Europe fears battle ahead with Thatcher (Nicholas Wood / Our Foreign Staff).
- TT 23.09.1988:7, Scornful Europeans look for signs of Thatcher realism (Richard Owen).
- TT 23.09.1988:13a, Thatcher's stance on EEC unity (LB; Edward N. Addison).
- TT 23.09.1988:13b, Thatcher's stance on EEC unity (LB; Hans R. Nord, MdEP).
- TT 24.09.1988:7, Thatcher resumes Europe offensive over EEC red tape (Nicholas Wood).
- TT 26.09.1988, Bruges to Rhodes (L).
- TT 28.09.1988:13, Thatcher and Europe (LB; George Thomas).
- TT 29.09.1988:16, Speaking for the nation (K; Ronald Butt).
- TT 29.09.1988:17, English über alles (LB; Maurice E. Cooke).
- TT 30.09.1988:15a, Issues for a European ‚superstate‘ (LB; Peter Sandler).
- TT 30.09.1988:15b, Issues for a European ‚superstate‘ (LB; Donald King).
- TT 03.10.1988:13, Heresies of ‚Lady de Gaulle‘ set Europeans thinking (Richard Owen).
- TT 03.10.1988:17, Questions on the future of Europe (LB; M. Panic).
- TT 07.10.1988:17a, Coming power struggle in Europe (LB; Derek Prag, MdEP).
- TT 07.10.1988:17b, Coming power struggle in Europe (LB; Rutherford, F. G. de L.).
- TT 07.10.1988:17c, Coming power struggle in Europe (LB; David Crouch).
- TT 12.10.1988:6, Young rejects ‚Delors vision‘ (Martin Fletcher / Anthony Hodges).
- TT 14.10.1988:1, Jeers greet ex-leader (Philip Webster).
- TT 14.10.1988:6a, ‚Judas‘ Heath is greeted with cheers and boos (o.A.).
- TT 14.10.1988:6b, Brittan sets out his plan (o.A.).
- TT 22.10.1988:10, EEC: unity without tears (K; Peter Sutherland).
- TT 23.10.1988:14, British interests at risk (K; William Cash).
- TT 25.10.1988:16, ‚No‘ to the Euro plotters (K; William Cash).
- TT 26.10.1988:8, Thatcher faces new battle as Euro-MPs demand full union (Richard Owen).
- TT 26.10.1988:16, Now it's up to the people (Robin Oakley).
- TT 27.10.1988:6, Angry Delors issues fresh challenge to Thatcher over 1992 (Richard Owen).
- TT 28.10.1988:13a, Arguments about union in Europe (LB; Bryan Cassidy, MdEP).
- TT 28.10.1988:13b, Arguments about union in Europe (LB; David J. Price).
- TT 26.01.1989:3, Support for united Europe (o.A.).
- TT 26.01.1989:24, Lawson dismisses European currency (Rodney Lord).
- TT 30.01.1989:26, Will Europe see the join? (Richard Owen).
- TT 11.02.1989:16, ‚Bruges spirit‘ for EEC election (Philip Webster).
- TT 20.02.1989:13, Backs to the future (George Hill).

- TT 12.04.1989:11, Euro-bank talks not yet ready to set timetable (Michael Dynes).
- TT 17.04.1989:26, EC report endorses British caution on monetary union (Reuter).
- TT 18.04.1989:17, A distant EMU (L).
- TT 18.04.1989:25, Lawson attacks Delors plan (Michael Binyon).
- TT 19.04.1989:11, Delors package sets the stage for British veto (Michael Binyon).
- TT 19.04.1989:14, European union is dismissed (o.A.).
- TT 21.04.1989:9, Britain isolated as the EC welcomes monetary union (Peter Guilford).
- TT 22.04.1989:1, Lawson faces Tory attack on ,loose' fiscal policy (Martin Fletcher / Rodney Lord).
- TT 22.04.1989:11, Money worries (L).
- TT 25.04.1989:25, Plumb attacks EMU rejection (Colin Narbrough).
- TT 20.06.1989:17, Task for the Parliament (L).
- TT 21.06.1989:17, Lessons for the Tories in Euro poll (LB; Cyril D. Townsend).
- TT 22.06.1989:9, Bonn and Paris in summit deal (Susan MacDonald).
- TT 22.06.1989:11, Ministers ,confused over EC' (o.A.).
- TT 22.06.1989:15a, Need to keep a check on Brussels (LB; Tony Marlow).
- TT 22.06.1989:15b, Need to keep a check on Brussels (LB; Patrick Robertson).
- TT 22.06.1989:15c, Slow rush to Union (L).
- TT 23.06.1989:5, Thatcher is accused of renegeing on European treaties (Nicholas Wood / John Lewis).
- TT 23.06.1989:8, Europe set to move and leave London behind (Michael Binyon).
- TT 23.06.1989:12, A final summons to the greater sovereignty (K; Edward Heath).
- TT 23.06.1989:13a, Looking to the future on Europe (LB; John Coleman).
- TT 23.06.1989:13b, Looking to the future on Europe (LB; Bryan Cassidy, MdEP).
- TT 24.06.1989:1, Thatcher to soften line over Europe (Nicholas Wood).
- TT 24.06.1989:7a, Delors pledge not to ,add oil to fire' at summit (Peter Guilford).
- TT 24.06.1989:7b, Germans in flexible mood for Madrid (Ian Murray).
- TT 24.06.1989:11, Partially positive (L).
- TT 26.06.1989:1, Scene set for EC clash over Delors report (Philip Webster).
- TT 26.06.1989:9, Thatcher likely to try a softer style in Madrid (Michael Binyon / Andrew McEwen).
- TT 26.06.1989:15, No going back on Brussels links (LB; James Elles).
- TT 26.06.1989:27a, Britain's commitment finds support in Brussels (Peter Guilford).
- TT 26.06.1989:27b, Rebel with a constructive cause (Colin Narbrough).
- TT 27.06.1989:1, Spain bids to save summit from deadlock (Philip Webster / Michael Binyon).
- TT 27.06.1989:8, Euro-matadors fail to draw a British charge (Michael Binyon).
- TT 27.06.1989:14, Undermined by the unions (K; Janet Delay).



- TT 28.06.1989:1, Thatcher wins time to fight Delors report (Philip Webster / Michael Binyon).
- TT 28.06.1989:8a, Delors has a new ally in Smith (Nicholas Wood).
- TT 28.06.1989:8b, Thatcher conciliation fails to persuade fellow leaders (Philip Webster).
- TT 28.06.1989:16, A victory for common sense (K; William Cash).
- TT 28.06.1989:17, Escape from Madrid (L).
- TT 29.06.1989:7, Conservatives close ranks around Prime Minister (Nicholas Wood / Philip Webster).
- TT 29.06.1989:17, Unions' attitude to Social Charter (LB; Norman Willis).
- TT 31.10.1989:18, Beware, the Reich is reviving (K; Conor Cruise O'Brien).
- TT 13.11.1989:1, Thatcher's brake on Euro union (Robin Oakley).
- TT 14.11.1989:9, A passionate Kohl argues for Europe and reunification (Roger Boyes).
- TT 17.11.1989:2, Tory MEPs attack Thatcher's vision of European future (Richard Ford / Michael Binyon / Nicholas Wood).
- TT 17.11.1989:16, Taking Germany's nationalist pulse (K; Conor Cruise O'Brien).
- TT 17.11.1989:17, Tory MEPs urge European link (LB; Christopher Prout u. a.).
- TT 18.11.1989:7, Kohl calls for united EC front (Ian Murray).
- TT 21.11.1989:14a, A secure path to integration (K; Paddy Ashdown).
- TT 21.11.1989:14b, Thatcher favourite for the job she least wants (K; Norman Tebbit).
- TT 23.11.1989:10, Thatcher faces two-pronged challenge on Europe (Michael Binyon).
- TT 29.11.1989:14, Europe: time to get off the sidelines (K; Michael Heseltine).
- TT 30.11.1989:1, Gilmour was the 'standby' stalking horse (Philip Webster / Nicholas Wood).
- TT 30.11.1989:14, Why I am challenging Thatcher (K; Anthony Meyer).
- TT 30.11.1989:15, Which path for UK in Europe? (LB; Aubrey Jones).
- TT 02.12.1989:4, Howe's enthusiasm for EMS highlights divisions on Europe (Philip Webster / Colin Narbrough).
- TT 04.12.1989:2, Tory MEPs support Meyer's challenge (Michael Binyon).
- TT 04.12.1989:12, Bulldog that's still very British (K; Alan Butt Philip).
- TT 04.12.1989:16, See off this baseless Tory challenge (K; George Younger).
- TT 05.12.1989:1, Bush pledges US will stay in Europe (Peter Stothard / Michael Binyon).
- TT 05.12.1989:17, A bogus challenge (L).
- TT 06.12.1989:1, Bush moves swiftly to deny 'snub' over EC (Peter Stothard / Robin Oakley).
- TT 06.12.1989:4a, Peers say Thatcher's policies threaten influence over Europe (o.A.).

- TT 06.12.1989:4b, Plumb urges monetary union (Michael Hornsby).
- TT 06.12.1989:8a, Britain's stance on social charter frustrates Rocard (Philip Jacobson).
- TT 06.12.1989:8b, Brussels boosted by US support (Michael Binyon).
- TT 06.12.1989:11, Thatcher tells House of Bush support (o.A.).
- TT 06.12.1989:16, Remaking Europe in US image (K; George Brock).
- TT 06.12.1989:17a, Keeping control over Brussels (LB; Nicholas Bethell).
- TT 06.12.1989:17b, Return to common sense (L).
- TT 07.12.1989:1, Kohl breaks with Paris on Delors Plan (Michael Binyon / Ian Murray / Philip Jacobson).
- TT 07.12.1989:8, Change of tack by Kohl boosts Thatcher (Robin Oakley / Andrew McEwen / Sheila Gunn).
- TT 07.12.1989:14, Thatcher: danger and opportunity (K; Ronald Butt).
- TT 08.12.1989:12, A price on the European dream (K; Alan Butt Philip).
- TT 08.12.1989:14a, History kicks at twelve doors (K; Michael Binyon).
- TT 08.12.1989:14b, Not such a bad charter (K; Timothy Raison).
- TT 08.12.1989:15a, At Strasbourg (L).
- TT 08.12.1989:15b, Right to stand firm (L).
- TT 09.12.1989:1, Euro leaders endorse EMU and charter (Robin Oakley / Michael Binyon).
- TT 09.12.1989:8a, Compromise clears way ahead for 12 (Michael Binyon).
- TT 09.12.1989:8b, Delors praises British record (Michael Binyon).
- TT 09.12.1989:8c, Social Charter is adopted in face of Thatcher dissent (Robin Oakley).
- TT 09.12.1989:12, The Euro heat turns on Kohl (K; Conor Cruise O'Brien).
- TT 11.12.1989:1, Thatcher changing image on Europe (Robin Oakley).
- TT 11.12.1989:8, Welcome for a less strident Thatcher (Robin Oakley).
- TT 11.12.1989:13, Statesmanlike summit (L).
- TT 13.12.1989, Thatcher strongly defends stance at Strasbourg (o.A.).
- TT 13.12.1989:8, Delors drive for closer unity (Peter Guilford).
- TT 12.03.1990, Ashdown sets out for a future with Europe (Robin Oakley).
- TT 12.03.1990:11, France besieged over EC agencies (Michael Binyon).
- TT 12.03.1990:14, Strasbourg's power play (Michael Binyon).
- TT 24.03.1990:16, Kohl offers full backing to European integration (Peter Guilford).
- TT 30.03.1990:20, Kohl presses for faster progress to a united EC (Andrew McEwen / Robin Oakley / Daniel Johnson).
- TT 10.04.1990:6, Haughey to urge greater EC union (Peter Guilford).
- TT 10.04.1990:12, Still Nato's odd man out (K; Michael Evans).

- TT 11.04.1990:7, Haughey set to confront Thatcher over Euro-unity (Peter Guilford).
- TT 11.04.1990:12, Voiceless in the power stakes (K; Ronald Butt).
- TT 12.04.1990:12, Is Britain still so special? (K; Jonathan Clark).
- TT 14.04.1990:11, Tangled strands of European unity (LB; Francis Dobbyn).
- TT 17.04.1990:12, Do they really intend to scrap the pound? (K; Tim Congdon).
- TT 18.04.1990:12, Germans find a substitute for abandoned patriotism (K; Ronald Butt).
- TT 20.04.1990:1, Paris-Bonn challenge to Thatcher on EC unity (Philip Jacobson / Philip Webster).
- TT 21.04.1990:1, Thatcher resists talks on EC political union (Richard Ford / Jamie Dettmer).
- TT 21.04.1990:9, Lithuania and political union head EC agenda (Michael Binyon).
- TT 23.04.1990:9, Heath attacks Thatcher view on EC union (Philip Webster).
- TT 23.04.1990:13, Wide range of options (LB; Geoffrey Howe).
- TT 24.04.1990:2, Thatcher to seek curbs on European Commission (Nicholas Wood).
- TT 24.04.1990:16, A new Commonwealth in need of British support (K; Michael Howard).
- TT 25.04.1990:10, Britain to fight EC unity case (Andrew McEwen).
- TT 25.04.1990:12, Europe in suspense (K; Ronald Butt).
- TT 26.04.1990:7, Tory ,time of disaster‘ (John Winder).
- TT 27.04.1990:1, Paris-Bonn confrontation with Thatcher on EC union (Our Foreign and Political Staff).
- TT 27.04.1990:9, Delors has hopes for the ,strange marriage‘ (Michael Binyon).
- TT 27.04.1990:13, For Europe and St George (L).
- TT 28.04.1990:8, Paris-Bonn link dashes UK hope of new entente (Philip Jacobson).
- TT 28.04.1990:11a, Seeking changes in Europe’s treaties (LB; Christopher Jackson).
- TT 28.04.1990:11b, Seeking changes in Europe’s treaties (LB; S. F. Bush).
- TT 30.04.1990:1, Two-month study of EC union plans (Michael Binyon).
- TT 30.04.1990:10a, Kohl rules out ,easy money‘ (Ian Murray).
- TT 30.04.1990:10b, Summit steps up pace of European political unity (Michael Binyon).
- TT 30.04.1990:14, Thatcher calls their bluff (K; Conor Cruise O’Brien).
- TT 30.04.1990:15, Making sense of union (L).
- TT 01.05.1990:12, Minnows’ mixed feelings on European integration (K; Michael Binyon).
- TT 02.05.1990:2, Tories rally to Thatcher on EC (Philip Webster).
- TT 02.05.1990:8, Stace on sovereignty wins wide support (o.A.).
- TT 03.05.1990:13, Keeping control in a wider Europe (LB; John Coleman).

- TT 04.05.1990:10, Schmidt warning to Britain on delaying monetary union (Michael Knipe).
- TT 07.05.1990:11, A blurred view of Europe (L).
- TT 08.05.1990:8, Ministers tackle implications of unified Europe (Michael Binyon).
- TT 11.05.1990:8, Hurd spotlights EC ‚tortoises‘ (Andrew McEwen).
- TT 15.05.1990:2, Shore accuses Labour over EC (Nicholas Wood).
- TT 17.05.1990:13a, Kohl seeks bigger role for Europe’s Parliament (Michael Binyon).
- TT 17.05.1990:13b, Strasbourg squares up to Brussels in bid for more EC power (Michael Binyon).
- TT 21.05.1990:8, Pace for federal Europe slows (Peter Guilford).
- TT 22.05.1990:15, Ally-friendly diplomacy (L).
- TT 12.06.1990:24, Britain favours pooling of EC foreign services (Andrew McEwen).
- TT 16.06.1990:7, ‚EC accepting Britain’s view‘ (o.A.).
- TT 19.06.1990:7, Labour discusses EC central bank (Richard Ford).
- TT 19.06.1990:9, EC sets stage for political union (Michael Binyon).
- TT 20.06.1990:10, Pact opens way for free borders in EC countries (Michael Binyon).
- TT 20.06.1990:14, How Europe must block the terrorist bolt-holes (K; Kevin McNamara).
- TT 21.06.1990:1, Major proposes issue of Euro banknotes (Rodney Lord / Robin Oakley).
- TT 21.06.1990:13, Mr Major’s small coup (L).
- TT 21.06.1990:25, Ecus, madam? They’ll do nicely (K; David Brewerton).
- TT 22.06.1990:1, Thatcher backing for long-term ecu (Robin Oakley).
- TT 22.06.1990:23, Delors cool on Major’s parallel currency plan (Michael Binyon).
- TT 22.06.1990:25, Harder sell (L).
- TT 23.06.1990:8, Britain wants European court to be given teeth (Michael Binyon).
- TT 25.06.1990:11a, Reluctant Thatcher to agree on talks (Michael Binyon).
- TT 25.06.1990:11b, UK isolated on Europe aid package for Moscow (Robin Oakley).
- TT 25.06.1990:13, Let nations live (L).
- TT 26.06.1990:1, Major’s currency proposal rejected by Pöhl (Robin Oakley / Michael Binyon).
- TT 26.06.1990:11, Flexibility by Thatcher on EC ‚path to union‘ (Michael Binyon).
- TT 26.06.1990:13, Money speaks (L).
- TT 27.06.1990:1, EC leaders postpone decision of Soviet aid (Michael Binyon / Robin Oakley).
- TT 27.06.1990:10a, Labour attacks currency divisions (Nicholas Wood).
- TT 27.06.1990:10b, Thatcher edges into line at summit (Robin Oakley).

- TT 27.06.1990:12, Europe: listen to the businessman (K; Michael Heseltine).
- TT 28.06.1990:12, Unity, an exercise in mirage-making (K; Conor Cruise O'Brien).
- TT 29.06.1990:6, Thatcher's ,tin pot' nationalism criticised (o.A.).
- TT 13.07.1990:1, Ridley's future in the cabinet cast into doubt (Philip Webster).
- TT 13.07.1990:2a, Euro parliament unites in chorus of condemnation (Peter Guilford).
- TT 13.07.1990:2b, Political circles in London and Bonn outraged by attack (Philip Webster / Sheila Gunn).
- TT 13.07.1990:2c, Poll shows many share concern about Germany (David Young).
- TT 13.07.1990:9, Italy to press for a federal Europe (Peter Guilford).
- TT 13.07.1990:10a, Amid sound and fury, real truth about Europe united (K; Tim Congdon).
- TT 13.07.1990:10b, Germany's ,habits': what Ridley said (Interview mit Nicholas Ridley; Dominic Lawson).
- TT 13.07.1990:11, Unsayable (L).
- TT 14.07.1990:1, Ridley returns to MPs' calls for resignation (Robin Oakley / Philip Webster).
- TT 14.07.1990:2a, Kaufman foresees Tories' fall (Philip Webster).
- TT 14.07.1990:2b, Political case strengthens for speedy ERM entry (Robin Oakley).
- TT 14.07.1990:3, German press reacts with outrage over prejudices and fears (Girard Steichen / Our Foreign Staff).
- TT 14.07.1990:12, Why the giant of Europe must expect some knocks (K; Daniel Johnson).
- TT 16.07.1990:1, Ministers begin drive to repair Ridley damage (Robin Oakley).
- TT 16.07.1990:2a, Party fights to control internal fallout (Robin Oakley).
- TT 16.07.1990:2b, Thatcher's personal struggle to accept reunification (George Brock).
- TT 16.07.1990:12a, Bowing to the backbenches (K; Ronald Butt).
- TT 16.07.1990:12b, What Mrs Thatcher really thinks (K; Norman Stone).
- TT 16.07.1990:13, Mr Ridley's Ghost (L).
- TT 17.07.1990:15a, Fears about Europe after Ridley (LB; Kenneth L. Hunter).
- TT 17.07.1990:15b, Fears about Europe after Ridley (LB; David Southern).
- TT 17.07.1990:15c, Fears about Europe after Ridley (LB; P. G. Sharp).
- TT 17.07.1990:15d, Fears about Europe after Ridley (LB; E. Moreton).
- TT 12.10.1990:1, Howe opens rift with Major on monetary union (Robin Oakley).
- TT 12.10.1990:5, Close watch on price index in wake of ERM (Nicholas Watt).
- TT 12.10.1990:9, Brittan call for brake on EC (John Winder).
- TT 13.10.1990:13, EC disarray blamed on Italy's poor leadership (Michael Binyon).
- TT 16.10.1990:10, Firms and unions will not be bailed out, Major says (Philip Webster).

- TT 19.10.1990:1, 22, Britain isolated over monetary union (Anatole Kaletsky / Michael Binyon).
- TT 19.10.1990:10, Delors backs plan to set date for monetary union (Michael Binyon).
- TT 19.10.1990:15, For want of a nail (L).
- TT 20.10.1990:8, Delors gamble on Kohl proves monetary debate winner (Michael Binyon).
- TT 22.10.1990:12a, Britain resists EC consensus (Andrew McEwen).
- TT 22.10.1990:12b, Thatcher opposes EMU timetable (Michael Binyon).
- TT 23.10.1990:1, Italy tries to head off EC clash with Britain (o.A.).
- TT 23.10.1990:12, Italy tries to defuse EMU timetable row (Peter Guilford).
- TT 23.10.1990:13, Hurd anger at farming deadlock (Peter Guilford).
- TT 23.10.1990:30, New role in the search for unity in Europe (Richard Bassett).
- TT 23.10.1990:31, A leader sympathetic to the British vision (Andrew McEwen).
- TT 25.10.1990:11, Labour and Tories look for way out of their EC dilemmas (Robin Oakley).
- TT 25.10.1990:15, Warning by Delors over farm impasse (Michael Binyon).
- TT 25.10.1990:17, Summit without a cause (L).
- TT 26.10.1990:1, Thatcher's win (o.A.).
- TT 26.10.1990:8, Heseltine's view on currency (o.A.).
- TT 26.10.1990:12, Italy signals summit clash on speed of economic union (Andrew McEwen).
- TT 27.10.1990:9, Bonn foiled Iraq effort to split EC (Ian Murray).
- TT 27.10.1990:10, British vision of EC future under scrutiny in Rome talks (Michael Binyon).
- TT 27.10.1990:12, Cash and hurray (K; o.A.).
- TT 29.10.1990:1, Britain alone as date is set for monetary union (Michael Binyon).
- TT 29.10.1990:1, 22, Howe hints at a change on EMU (Robin Oakley).
- TT 29.10.1990:7a, Italian affair turns sour for Thatcher (Michael Binyon).
- TT 29.10.1990:7b, Rome summit leaves Britain cast in role of EC double loser (Michael Binyon).
- TT 29.10.1990:7c, Three stages to monetary union (Reuter).
- TT 29.10.1990:12, Leaders, not leader (K; o.A.).
- TT 29.10.1990:13, A Cassandra in Rome? (L).
- TT 30.10.1990:1, Unrepentant Thatcher will fight on over EMU (Philip Webster / Our Foreign Staff).
- TT 30.10.1990:2a, Italians prepare agenda for European political union (Michael Binyon).
- TT 30.10.1990:2b, Kohl confident Britain will not block currency union (Ian Murray).

- TT 30.10.1990:2c, Thatcher's words fail to break language barrier (Andrew McEwen).
- TT 30.10.1990:13a, Britain alone on monetary union (LB; Christopher Jackson).
- TT 30.10.1990:13b, Britain alone on monetary union (LB; F. A. Mann).
- TT 31.10.1990:1, Thatcher rules out further surrender to Europe (Robin Oakley).
- TT 31.10.1990:8, Thatcher tells MPs ‚hard ecu‘ might lead to one currency (Robin Oakley).
- TT 31.10.1990:11, Italy believes Britain must fall in line or quit EC (Peter Guilford / Ian Murray).
- TT 01.11.1990:10, Hurd tries to allay Euro fears (Philip Webster).
- TT 01.11.1990:13, Brittan tries to soothe Thatcher (Peter Guilford).
- TT 01.11.1990:14, Meyer lives on (o.A.).
- TT 01.11.1990:15a, Support for Thatcher in Europe (LB; Maurice Wood).
- TT 01.11.1990:15b, Support for Thatcher in Europe (LB; Pierre Salinger).
- TT 01.11.1990:15c, Support for Thatcher in Europe (LB; Michael Welsh).
- TT 01.11.1990:15d, Support for Thatcher in Europe (LB; John Coleman).
- TT 02.11.1990:1, Howe resigns in protest over Europe (Robin Oakley / Philip Webster).
- TT 02.11.1990:2a, Europe will scrutinise Thatcher's reaction (Michael Binyon / Andrew McEwen).
- TT 02.11.1990:2b, Heseltine praise for ‚man of substance‘ (Nicholas Watt).
- TT 02.11.1990:2c, Tories' history repeats itself (K; Ronald Butt).
- TT 02.11.1990:3a, ‚Differences not so great‘ (o.A.).
- TT 02.11.1990:3b, ‚I can no longer serve your government with honour‘ (o.A.).
- TT 02.11.1990:17a, Sir Geoffrey resigns (L).
- TT 02.11.1990:17b, UK role in future of Community (LB; William Cash).
- TT 03.11.1990:1a, Clarke switches to education in cabinet shuffle (Robin Oakley / Philip Webster).
- TT 03.11.1990:1b, Tolerant ‚Frogs‘ laugh with the ‚Roastbeefs‘ (Alan Tillier).
- TT 03.11.1990:2a, EC expects Thatcher to stand firm (Michael Binyon).
- TT 03.11.1990:2b, The great divide: how Toy MPs line up on Europe (Robin Oakley).
- TT 03.11.1990:3, Three hurdles facing Thatcher (K; Robin Oakley).
- TT 03.11.1990:12a, Give Guy Fawkes his due as our first good European (K; Jonathan Clark).
- TT 03.11.1990:12b, Two-speed, with Britain in the lead (K; Nicholas Ridley).
- TT 03.11.1990:13, So who is right? (L).
- TT 05.11.1990:1, Thatcher moves to fight off Heseltine threat (Nicholas Wood).
- TT 05.11.1990:6, Tory MPs and public at odds over Thatcher (Robin Oakley).
- TT 05.11.1990:10, Backbenchers will decide (K; Ronald Butt).

- TT 05.11.1990:11a, Howe resignation and collective will (LB; Harold Watkinson, Viscount Watkinson).
- TT 05.11.1990:11b, Howe resignation and collective will (LB; Kenneth Lewis).
- TT 05.11.1990:11c, Howe resignation and collective will (LB; Keith Martin).
- TT 05.11.1990:11d, Howe resignation and collective will (LB; John Burton Buckley, Lord Wrenbury).
- TT 05.11.1990:11e, The phantom gauntlet (L).
- TT 06.11.1990:14, Her rhetoric gets results (K; Woodrow Wyatt).
- TT 06.11.1990:15, German interests (L).
- TT 07.11.1990:12, On the slide in Europe (K; Martin Jacques).
- TT 07.11.1990:13a, Fog over the Channel (L).
- TT 07.11.1990:13b, Means to further the federal interests of Europe (LB; Gerald Frost).
- TT 07.11.1990:13c, Means to further the federal interests of Europe (LB; T. H. Richardson).
- TT 07.11.1990:13d, Means to further the federal interests of Europe (LB; William Sidney, Viscount De L'Isle).
- TT 08.11.1990:8a, ‚Prime minister is unfit to represent UK‘ (o.A.).
- TT 08.11.1990:8b, Howe ‚has no great policy difference with party‘ (o.A.).
- TT 08.11.1990:8c, Thatcher stance defended by Owen (o.A.).
- TT 08.11.1990:17, EC Referendum (LB; William Wilson).
- TT 09.11.1990:11, ‚Steamroller‘ tactics by Italy irritate community partners (Peter Guilford / Michael Binyon).
- TT 10.11.1990:1, Heseltine steps up challenge to silent Thatcher (Our Political Staff).
- TT 12.11.1990:13, Heseltine must stand (L).
- TT 13.11.1990:1, Thatcher ready to hit out at ‚hostile bowling‘ (Robin Oakley / Philip Webster).
- TT 13.11.1990:2, European media vote for a new face (Alice Thompson).
- TT 13.11.1990:8, Our Europe approach is different, Thatcher tells City (o.A.).
- TT 14.11.1990:1, Howe attack leaves MPs gasping (Robin Oakley / Philip Webster).
- TT 14.11.1990:2, Britain must have closer ties with EC, Heseltine says (Ian Murray).
- TT 14.11.1990:3, Howe savages Thatcher over European stance (o.A.).
- TT 14.11.1990:15, Style and substance (L).
- TT 15.11.1990:3, Mockery in Iraq, caution in Europe (Alice Thompson).
- TT 15.11.1990:9a, Britain will play leading role in EC, Major says (Robert Morgan).
- TT 15.11.1990:9b, London ‚must retain control‘ (o.A.).
- TT 15.11.1990:9c, Ridley support for Thatcher’s Europe stance (Peter Mulligan).
- TT 15.11.1990:16, Why I challenge Thatcher (Robin Oakley).
- TT 15.11.1990:17, Grounds for divorce? (L).



- TT 16.11.1990:2, Europeans relish the contest (Alice Thompson).
- TT 16.11.1990:3, Lamont says Delors plan for union unworkable (Kerry Gill).
- TT 16.11.1990:17a, Tory party leadership: Thatcher record and Heseltine prospects (LB; Oulton Wade).
- TT 16.11.1990:17b, Tory party leadership: Thatcher record and Heseltine prospects (LB; William Powell).
- TT 16.11.1990:17c, Tory party leadership: Thatcher record and Heseltine prospects (LB; Patrick Minford).
- TT 17.11.1990:11, The Heseltine Platform (L).
- TT 19.11.1990:2, Battle against the elements keeps Frane enthralled (Andrew McEwen).
- TT 19.11.1990:3, Thatcher returns to idea of poll on currency (Robin Oakley).
- TT 19.11.1990:14, I have not finished yet (Simon Jenkins).
- TT 20.11.1990:2, Europe split on prospect of new opponent (Peter Guilford).
- TT 20.11.1990:3, Currency vote ,a short-term tactic' (Jamie Dettmer).
- TT 20.11.1990:13, The case for Thatcher (L).
- TT 21.11.1990:2, Europe: the issue that won't go away (Our Political Editor).
- TT 21.11.1990:10, Kohl says reunited Germany will give EC sovereignty role (Michael Binyon).
- TT 22.11.1990:3, Mitterrand thaws slightly at what may be final adieu (Michael Binyon / Alice Thompson).
- TT 22.11.1990:12, Will Europe reshape British politics? (K; John Barnes).
- TT 23.11.1990:1, Bravura end for Thatcher era (Robin Oakley / Philip Webster).
- TT 23.11.1990:3a, Caring but no softie (Nicholas Wood).
- TT 23.11.1990:3b, Experience and youth compete for leadership (Nicholas Wood).
- TT 23.11.1990:9, Relief in EC as veto threat to change is lifted (Michael Binyon).
- TT 23.11.1990:17, The Thatcher legacy (L).
- TT 24.11.1990:5, Fall was caused by ,egos not ecus' (Peter Stothard).
- TT 24.11.1990:12, The ball runs Major's way (Robin Oakley).
- TT 24.11.1990:13, The sword in the stone (L).
- TT 26.11.1990:2a, ,I am not running as son of Thatcher' (Our Political Staff).
- TT 26.11.1990:2b, Raids through the cupboard of ideas (Sheila Gunn).
- TT 26.11.1990:12, Cool hands in the kitchen (Simon Jenkins).
- TT 27.11.1990:2, Candidates state their views on today's issues (o.A.).
- TT 27.11.1990:18, Who is safest on Europe? (K; Ronald Butt).
- TT 28.11.1990:2a, Gulf and EC to occupy attention of new leader (Richard Ford).
- TT 28.11.1990:2b, Setting the pace of integration in the EC (Robin Oakley).
- TT 28.11.1990:19, A very British coup (L).
- TT 29.11.1990:1, Major hands poll tax to Heseltine (Robin Oakley).

- TT 29.11.1990:5, Labour hints at readiness to back single currency (Philip Webster).
- TT 29.11.1990:18, How Major can heal the Europe rift (K; Leon Brittan).
- TT 29.11.1990:23, Meeting in Rome prepares ground (Peter Mulligan).
- TT 30.11.1990:1, Major sets his vision for a caring Britain (Richard Ford / Robin Oakley).
- TT 01.12.1990:1, Hurd to set out European policy (Nicholas Wood).
- TT 01.12.1990:17, European empiricism (L).
- TT 03.12.1990:2, Lamont reaffirms policy on currency (Michael Binyon).
- TT 03.12.1990:13, Kohl victorious (L).
- TT 04.12.1990:6, Labour moves nearer single Euro-currency (Philip Webster).
- TT 05.12.1990:7, Monetary union wins full Ashdown support (Philip Webster).
- TT 05.12.1990:9, Danes to vote on EC reform (Christopher Follet).
- TT 05.12.1990:12, ‚Get Thatcher‘, and they did (K; Alan Walters).
- TT 05.12.1990:13, Labour’s ‚inadequate‘ EMU policy (LB; Peter Shore / Douglas Jay).
- TT 06.12.1990:1, Policy paper on Europe delayed by the cabinet (Andrew McEwen).
- TT 06.12.1990:7a, ‚Armed force for EC‘ call (Richard Ford).
- TT 06.12.1990:7b, Labour fight on money union (Nicholas Wood).
- TT 06.12.1990:11, Greater powers for EC rejected (Robin Oakley).
- TT 07.12.1990:6, Hurd sets British agenda for Rome (Peter Mulligan / Richard Ford).
- TT 08.12.1990:7, Kohl and Mitterrand push for European political union (Philip Jacobson / Michael Binyon).
- TT 10.12.1990:1, Howe urges Major to enthuse over Europe (Philip Webster).
- TT 10.12.1990:8, Hurd will present softer stance on Europe’s future (Andrew McEwen).
- TT 10.12.1990:11, Paris-Berlin express (L).
- TT 12.12.1990:6, Tory backbenchers put their Community views to the test (Philip Webster).
- TT 12.12.1990:8, Britain resists extension of EC majority voting (Andrew McEwen).
- TT 13.12.1990:10a, A guide to where they stand.
- TT 13.12.1990:10b, Delors unconvinced by change of style (Peter Guilford).
- TT 13.12.1990:10c, Kohl holds promise and threat (Ian Murray).
- TT 13.12.1990:10d, Major facing test of pace and footwork (Robin Oakley).
- TT 13.12.1990:10e, Muddle of minds in Paris (George Brock).
- TT 13.12.1990:10f, The road to a united states of Europe (Michael Binyon).
- TT 13.12.1990:14, Strains in the Euro axis (K; Douglas Johnson).

- TT 13.12.1990:15, Hares and tortoises (L).
- TT 14.12.1990:1, Delors plot to corner Major over hard ecu (Robin Oakley / Michael Binyon).
- TT 14.12.1990:6, Smith stays vague on EC single currency (Nicholas Wood).
- TT 14.12.1990:13, Scrutiny of Strasbourg (L).
- TT 15.12.1990:1, We must march together, Major tells EC leaders (Robin Oakley).
- TT 15.12.1990:8, Britain heads for rift over defence (Andrew McEwen).
- TT 15.12.1990:13, O sole mio? (L).
- TT 17.12.1990:1, Britain is not for burning, Hurd says (Michael Knipe).
- TT 17.12.1990:8a, Brisk start as Twelve prepare to update EC's founding treaty (Michael Binyon).
- TT 17.12.1990:8b, Straight bat for Captain Major (Robin Oakley).
- TT 17.12.1990:10a, Major shows his metal (K; Ronald Butt).
- TT 17.12.1990:10b, What does Delors think he's doing? (Michael Binyon).
- TT 17.12.1990:11, Jeu a douze (L).
- TT 18.12.1990:11, Delors insists EMU warning is aimed at all the Twelve (Michael Binyon).
- TT 18.12.1990:12, No sell-out, Mr Major (K; Woodrow Wyatt).
- TT 19.12.1990:7, Prime minister refuses to rule out single Euro-currency (Philip Webster).
- TT 19.12.1990:13, Delors taken to task after Rome (LB; Leolin Price).
- TT 08.11.1991:1, Third EC draft treaty still defies Britain (George Brock).
- TT 08.11.1991:2, More ‚nooks and crannies‘ meddling on way (Michael Dynes).
- TT 08.11.1991:7, Fowler and Tebbit may fight for Europe post (Philip Webster / Nicholas Wood).
- TT 09.11.1991:10, Community leaders line up to court Kohl (George Brock / Sheila Gunn).
- TT 09.11.1991:20, Vote Labour over EC, says Ridley (Robin Oakley).
- TT 11.11.1991:1a, Britain rejects a new ‚federal‘ European treaty (Richard Ford / Ian Murray).
- TT 11.11.1991:1b, Powell calls for anti-EC voting (Richard Ford).
- TT 11.11.1991:12, Major tries to bridge gaps between Britain and Germany (George Brock).
- TT 11.11.1991:16, Three-party Toryism (K; Peter Riddell).
- TT 12.11.1991:1, Major warns Tory Euro rebels (Robin Oakley).
- TT 12.11.1991:6a, Hunt begins for clues to a Tory EC revolt (Robin Oakley).
- TT 12.11.1991:6b, Major edges Britain slowly towards accepting a single EC currency (o.A.).
- TT 12.11.1991:8a, Dutch proposals ignore British objections to federal goal (George Brock).
- TT 12.11.1991:8b, Kohl plots strategy for unity (Ian Murray).

- TT 12.11.1991:8c, Opt-out clause opposed (Tom Walker / George Brock).
- TT 12.11.1991:14, How to succeed in Europe (K; Charles Powell).
- TT 12.11.1991:15a, Approaching Maastricht with care (LB; Jacques A. Arnold).
- TT 12.11.1991:15b, Approaching Maastricht with care (LB; Bernard C. Jenkin).
- TT 13.11.1991:1, Hurd concedes more power to Euro MPs (George Brock / Robin Oakley).
- TT 13.11.1991:1, 24, Prince hails EC ‚green‘ role (Michael Binyon).
- TT 13.11.1991:2, Prince steps through political minefield on green issue (Michael McCarthy).
- TT 13.11.1991:8a, Britain retreats on treaty (George Brock).
- TT 13.11.1991:8b, Tebbit withdraws from backbench fight with Fowler (Nicholas Wood).
- TT 13.11.1991:8c, Tortuous struggle to mend party’s divisions (Robin Oakley).
- TT 13.11.1991:8–9, Britain and Europe (o.A.).
- TT 13.11.1991:9a, How the timetable unfolds (o.A.).
- TT 13.11.1991:9b, Summit will be only the start, Lubbers says (George Brock).
- TT 13.11.1991:9c, UK ministers hint at bottom line on compromise over closer union (Michael Binyon).
- TT 13.11.1991:19, An omen for Maastricht (L).
- TT 14.11.1991:1a, Britain will scupper any ‚federal‘ treaty (George Brock).
- TT 14.11.1991:1b, Euro-sceptics ousted as Fowler wins chaotic poll (Robin Oakley).
- TT 14.11.1991:6, Mr Nice Guy talks tough (Robin Oakley).
- TT 14.11.1991:8a, Anti-unionists to fight at election (Sheila Gunn).
- TT 14.11.1991:8b, Britain and Europe (o.A.).
- TT 14.11.1991:8c, Dutch offer to trim powers listed in political union treaty (George Brock).
- TT 14.11.1991:8d, Kinnock policy aims to steal Tory thunder (Philip Webster).
- TT 14.11.1991:8e, Looking for clues in Euro-speak (o.A.).
- TT 14.11.1991:19a, Dangers of Emu and ‚opting-out‘ (LB; Terence Higgins).
- TT 14.11.1991:19b, Ridley and Europe (LB; James F. M. Pickthorn).
- TT 15.11.1991:1, Euro-sceptics are given a way out (Robin Oakley / Nicholas Wood).
- TT 15.11.1991:8, Unbowed Cash trumpets his ‚German dominance‘ warning (Philip Webster).
- TT 15.11.1991:11a, Emu: Who is right? (K; George Brock).
- TT 15.11.1991:11b, Kohl and Mitterrand see British ‚progress‘ (Ian Murray).
- TT 15.11.1991:18, Hung up on Maastricht (K; Peter Riddell).
- TT 15.11.1991:19, Whipping for Europe (L).
- TT 16.11.1991:1, Major seeks wide backing on EC (Philip Webster).
- TT 16.11.1991:6a, How Major matches public’s mood on EC (Ivor Crewe).

- TT 16.11.1991:6b, Paris and Bonn set unity course (Ian Murray).
- TT 16.11.1991:6c, Tory Maastricht motion tabled (o.A.).
- TT 16.11.1991:15, Slippery federal slope (L).
- TT 18.11.1991:1, Government rules out rebellion over Europe (Robin Oakley).
- TT 18.11.1991:9a, Britain and Europe (o.A.).
- TT 18.11.1991:9b, Party trouble looms for Ashdown in selling idea of a referendum (Robin Oakley).
- TT 18.11.1991:9c, UK confident of winning central role for Nato (Michael Binyon).
- TT 18.11.1991:9d, Why Delors isn't sitting pretty (George Brock).
- TT 19.11.1991:9a, Rebels to press for referendum (Philip Webster).
- TT 19.11.1991:9b, Slugger Tebbit conquers the dreaming spires (Jamie Dettmer).
- TT 19.11.1991:14, Wohlehearted into Europe (K; Roy Hattersley).
- TT 19.11.1991:15, La gloire française (L).
- TT 20.11.1991:7a, Major rejects referendum on EC future (Philip Webster).
- TT 20.11.1991:7b, Tebbit's question has still to be answered (Robin Oakley).
- TT 20.11.1991:18, Tartan lesson in nationhood (K; John Grigg).
- TT 20.11.1991:19a, Debate on Europe: powers, principles and pleas in a wider context (LB; Leolin Price).
- TT 20.11.1991:19b, Debate on Europe: powers, principles and pleas in a wider context (LB; David W. Phillips).
- TT 20.11.1991:19c, Debate on Europe: powers, principles and pleas in a wider context (LB; Nick Sims).
- TT 20.11.1991:19d, Road to Maastricht (L).
- TT 21.11.1991:1, 'Let the people speak' (Robin Oakley).
- TT 21.11.1991:6–7, Thatcher demands referendum on single currency – Nobody will join Britain in suicide pact, says Howe (o.A.).
- TT 21.11.1991:10a, Debris of old skirmishes litters the EC battlefield (George Brock).
- TT 21.11.1991:10b, Delors gives MEPs mocking account of Britain's stance (Michael Binyon).
- TT 21.11.1991:18, Europe cross parties unite (o.A.).
- TT 22.11.1991:1a, Major secures mandate for Maastricht (Robin Oakley / Philip Webster).
- TT 22.11.1991:1b, Who said what (o.A.).
- TT 22.11.1991:8a, Six Tories vote against Major on Europe (Philip Webster).
- TT 22.11.1991:8b, Thatcher a shade wobbly, says Hurd (o.A.).
- TT 22.11.1991:18, Agreement is not in the bag (K; Peter Riddell).
- TT 22.11.1991:19, The S word (L).
- TT 22.11.1991:24, Britons are keenest patriots in Europe (Robin Oakley).

- TT 23.11.1991:3, Thatcher condemns ‚arrogant‘ dismissal of Euro referendum (Philip Webster).
- TT 23.11.1991:12, Three East European states bargain their way nearer EC membership (George Brock).
- TT 23.11.1991:15a, Britain at Maastricht summit: the debate gathers pace (LB; Tony Radevsky).
- TT 23.11.1991:15b, Britain at Maastricht summit: the debate gathers pace (LB; David Blunkett).
- TT 23.11.1991:15c, Out of control (L).
- TT 25.11.1991:1, Tories braced for clash of the titans (Robin Oakley / Sheila Gunn).
- TT 25.11.1991:14, There was no alternative (K; Peter Riddell).
- TT 25.11.1991:15a, English as Europe’s official language (LB; James R. Mancham).
- TT 25.11.1991:15b, English as Europe’s official language (LB; Hugh Cudlipp).
- TT 25.11.1991:15c, English as Europe’s official language (LB; Roger Dawson).
- TT 25.11.1991:15d, Mrs Thatcher’s outburst (L).
- TT 26.11.1991:1, Thatcher slapped down on Europe (Philip Webster / Nicholas Wood).
- TT 26.11.1991:6, Do not sign EMU treaty, pleads Joseph (John Winder / Peter Mulligan).
- TT 26.11.1991:11, Bonn plays its careful hand (George Brock).
- TT 26.11.1991:14a, Jaw jaw, more more (o.A.).
- TT 26.11.1991:14b, Simply wrong about Europe (K; Michael Butler).
- TT 26.11.1991:15a, Britain’s future in Europe and Thatcher call for single currency referendum (LB; J. Garton Ash).
- TT 26.11.1991:15b, Britain’s future in Europe and Thatcher call for single currency referendum (LB; Gregory Lauder-Frost).
- TT 26.11.1991:15c, Britain’s future in Europe and Thatcher call for single currency referendum (LB; Max Beloff, Lord Beloff).
- TT 26.11.1991:15d, Britain’s future in Europe and Thatcher call for single currency referendum (LB; B. G. Coxall).
- TT 26.11.1991:15e, Britain’s future in Europe and Thatcher call for single currency referendum (LB; Brian H. Fish).
- TT 26.11.1991:15f, Britain’s future in Europe and Thatcher call for single currency referendum (LB; Richard Fox).
- TT 27.11.1991:2, Kinnock rules out referendum idea (Robin Oakley / Philip Webster).
- TT 27.11.1991:12a, Britain backs ‚federalist‘ court (Michael Binyon).
- TT 27.11.1991:12b, Germany steps up pressure for union (Tom Walker).
- TT 27.11.1991:19, Wrapped in the EC flag (L).

- TT 28.11.1991:7a, Benn defeated as Labour confirms European stance (Philip Webster).
- TT 28.11.1991:7b, Tories setting less store on EC pact (Robin Oakley).
- TT 28.11.1991:9a, Allies through the looking glass (William Ward).
- TT 28.11.1991:9b, EC chiefs watch their language (George Brock).
- TT 29.11.1991:12, Spain raises threat of Maastricht veto (Frank Smith).
- TT 29.11.1991:18, Dealing a winning hand (K; Peter Riddell).
- TT 29.11.1991:19a, Lessons from the past on the wisdom of referendums (LB; Ernest Wistrich).
- TT 29.11.1991:19b, Lessons from the past on the wisdom of referendums (LB; Iris Hardy).
- TT 29.11.1991:19c, Lessons from the past on the wisdom of referendums (LB; Gemma Barber).
- TT 29.11.1991:19d, Lessons from the past on the wisdom of referendums (LB; Michael Simmonds).
- TT 29.11.1991:19e, Lessons from the past on the wisdom of referendums (LB; Philip Goodhart).
- TT 29.11.1991:19f, Lessons from the past on the wisdom of referendums (LB; Harry Fisher).
- TT 29.11.1991:19g, Unsocial Charter (L).
- TT 30.11.1991:1, Britain wins on 48-hour week (Tom Walker / Nicholas Wood).
- TT 30.11.1991:9, Captain Kohl points Major to river of unity (George Brock).
- TT 30.11.1991:12, Not again (o.A.).
- TT 02.12.1991:1, Britain isolated over currency escape clause (George Brock / Philip Webster).
- TT 02.12.1991:9a, Denmark leaves Major isolated (George Brock).
- TT 02.12.1991:9b, The remaining sticking points (o.A.).
- TT 02.12.1991:9c, UK fears Brussels takeover on regulation of frontiers (George Brock).
- TT 02.12.1991:9d, Unity remains elusive goal for EC leaders (Michael Binyon).
- TT 02.12.1991:15a, Myths and suspicions that cloud Maastricht debate (LB; John Parr).
- TT 02.12.1991:15b, Myths and suspicions that cloud Maastricht debate (LB; Mary Stewart-Wallace).
- TT 02.12.1991:15c, Myths and suspicions that cloud Maastricht debate (LB; Peter Kimm).
- TT 02.12.1991:15d, Myths and suspicions that cloud Maastricht debate (LB; Gerald Michael).
- TT 02.12.1991:15e, Myths and suspicions that cloud Maastricht debate (LB; Hugh Thomas of Swynnerton).

- TT 02.12.1991:20, Thatcher rides Tory anger to take role in election campaign (Philip Webster).
- TT 03.12.1991:1, Britain plays tough in run-up to Maastricht (George Brock / Philip Webster).
- TT 03.12.1991:10a, Battle cry for Europe's soul (George Brock).
- TT 03.12.1991:10b, Major plays both ends against the middle (George Brock).
- TT 03.12.1991:14, The losers in the last war now threaten economic domination of Britain (K; Woodrow Wyatt).
- TT 03.12.1991:15a, Maastricht visions (LB; Barbara Ogden).
- TT 03.12.1991:15b, Maastricht visions (LB; Cordelia Hill).
- TT 03.12.1991:15c, Maastricht visions (LB; John Hatt).
- TT 03.12.1991:15d, Ready to stand alone (L).
- TT 04.12.1991:1, Britain still dogged by reference to federalism (George Brock).
- TT 04.12.1991:5, Labour fights to turn off EC spotlight (Philip Webster).
- TT 04.12.1991:8a, EC holds to recruitment (Michael Binyon).
- TT 04.12.1991:8b, It must be Brussels if this is Tuesday (George Brock).
- TT 04.12.1991:9a, EC gives up on 48-hour week (Tom Walker / Philip Bassett).
- TT 04.12.1991:9b, Points of conflict (o.A.).
- TT 04.12.1991:9c, Wars unify EC policy (George Brock).
- TT 04.12.1991:17, Maastricht issues (LB; Norris McWhirter).
- TT 05.12.1991:1, Federal trade-off rejected by Major (Edward Gorman / Nicholas Wood).
- TT 05.12.1991:11a, Hague seeks progress on social charter (George Brock).
- TT 05.12.1991:11b, The ten hurdles to jump (o.A.).
- TT 05.12.1991:11c, Why Brussels has its supporters (Michael Binyon).
- TT 05.12.1991:17a, Sovereignty and identity, defence and the law, in tomorrow's Europe (LB; Nicolas Henderson).
- TT 05.12.1991:17b, The Maastricht calculus (L).
- TT 06.12.1991:1, Federal goal still in draft (George Brock).
- TT 06.12.1991:14a, Summiters tackle profitable issues (George Brock).
- TT 06.12.1991:14b, The ten hurdles to jump (o.A.).
- TT 06.12.1991:19a, Common currency (LB; P. M. Netscher).
- TT 06.12.1991:19b, Common currency (LB; Charles McLaren, Lord Aberconway).
- TT 07.12.1991:1, Labour has 3-point lead in pre-Maastricht poll (Robin Oakley / George Brock).
- TT 07.12.1991:4, Support for Europe reaches highest level since 1975 (Robin Oakley).
- TT 07.12.1991:5a, 'Irrevocable' path laid down on way to single ecu (George Brock).
- TT 07.12.1991:5b, Germans fight to save mark (Ian Murray).



- TT 07.12.1991:5c, Men at the FO iron out the Euro-jargon (Michael Binyon).
- TT 07.12.1991:5d, The ten hurdles to jump (o.A.).
- TT 07.12.1991:5e, Twelve set out the steps towards federal goal (George Brock).
- TT 09.12.1991:1a, Delors sets out the European ‚path to union‘ (George Brock / Robin Oakley).
- TT 09.12.1991:1b, Nine sticking points (o.A.).
- TT 09.12.1991:2a, Discreet Dutch getting the guillotine ready (George Brock).
- TT 09.12.1991:2b, Europe will be Mitterrand’s last battlefield (Philip Jacobson).
- TT 09.12.1991:2c, Germany says 11 would go ahead if Britain hesitates (Ian Murray).
- TT 09.12.1991:2d, Smile on the face of the tiger (George Brock).
- TT 09.12.1991:2e, Where the twelve Community leaders stand.
- TT 09.12.1991:3a, Eurocity surrenders to carnival fun (Michael Binyon).
- TT 09.12.1991:3b, Learning that others call shots (Mark Fuller).
- TT 09.12.1991:3c, Ministers consider early debate to defuse Tory revolt (Nicholas Wood).
- TT 09.12.1991:3d, Stages, phases, drafts, texts and British milestones (Richard Owen).
- TT 09.12.1991:3e, UK fields strong team of back-up men at Eurotop (Robin Oakley).
- TT 09.12.1991:15a, ‚Mandarins at work‘ as the Maastricht summit opens (LB; Derek Pearson).
- TT 09.12.1991:15b, ‚Mandarins at work‘ as the Maastricht summit opens (LB; John Coleman).
- TT 09.12.1991:15c, ‚Mandarins at work‘ as the Maastricht summit opens (LB; Frank Taylor).
- TT 09.12.1991:15d, To Maastricht (L).
- TT 10.12.1991:1, Major stands firm on opt-out clause as EMU is set for 1999 (Robin Oakley / George Brock).
- TT 10.12.1991:11a, Beatrix risks her crown (Michael Binyon).
- TT 10.12.1991:11b, Britain sees Gaullist trick on defence (Robin Oakley).
- TT 10.12.1991:11c, British media get eyeful in Paris room (o.A.).
- TT 10.12.1991:11d, Spain ready to be flexible (George Brock).
- TT 10.12.1991:14, Le problem (o.A.).
- TT 11.12.1991:1a, Major wins all he asked for at Maastricht (Robin Oakley / George Brock).
- TT 11.12.1991:1b, Preparing for a victory over tea and cornflakes (Michael Binyon).
- TT 11.12.1991:11a, Agreement links WEU and Nato (Robin Oakley).
- TT 11.12.1991:11b, Business wary of burden (Philip Bassett).
- TT 11.12.1991:11c, Major’s refusal to give way leaves EC ‚google-eyed‘ (Robin Oakley / George Brock).

- TT 11.12.1991:11d, Tory Euro-sceptics will be bought off by tough negotiation stance (Nicholas Wood).
- TT 11.12.1991:14a, A fig leaf for the Tories (K; Anatole Kaletsky).
- TT 11.12.1991:14b, Federalism's mask begins to slip (K; Conor Cruise O'Brien).
- TT 11.12.1991:15a, A sort of triumph (L).
- TT 11.12.1991:15b, Aspects of Europe (LB; David Searle).
- TT 11.12.1991:15c, Aspects of Europe (LB; Oliver Gillie).
- TT 11.12.1991:15d, Aspects of Europe (LB; Anthony Barnett).
- TT 12.12.1991:1, Tory MPs rally behind Major on Maastricht (Philip Webster).
- TT 12.12.1991:2a, Accords fail to end European ambiguity (George Brock).
- TT 12.12.1991:2b, Deals ,to shape top world force' (Reuter).
- TT 12.12.1991:2c, Efta welcomes ,decisive' move (Our Foreign Staff).
- TT 12.12.1991:2d, Kohl claims satisfactory compromise at summit (Ian Murray).
- TT 12.12.1991:2e, What they agreed (o.A.).
- TT 12.12.1991:3a, Big business celebrates (Philip Bassett).
- TT 12.12.1991:3b, Glow of success will soon fade (Robin Oakley).
- TT 12.12.1991:3c, Labour denounces slow lane approach (Philip Webster).
- TT 12.12.1991:3d, Major commends agreement to MPs (Our Parliamentary Staff).
- TT 12.12.1991:3e, Public relations team provides the lyrics for Tory dawn chorus (Nicholas Wood).
- TT 12.12.1991f:3, Thatcher finds opt-out intriguing (Philip Webster / Nicholas Wood).
- TT 12.12.1991:20a, And so to bed (o.A.).
- TT 12.12.1991:20b, Castles in the European air (K; Nicholas Ridley).
- TT 12.12.1991:21, Job well done (L).
- TT 12.12.1991:26, Dam fine show for the beaver (Matthew Parris).
- TT 13.12.1991:1, Industry supports EC deal (Our Political Editor).
- TT 13.12.1991:11a, Britain baffles European press (Our Foreign Staff).
- TT 13.12.1991:11b, Delors begs UK to drop opt-out (Tom Walker).
- TT 13.12.1991:14a, Ever closer union (K; Gerald Kaufman).
- TT 13.12.1991:14b, Winning votes in Europe (K; Peter Riddell).
- TT 13.12.1991:15a, United Kingdom's best interests in light of Maastricht summit agreement (LB; Fred Catherwood).
- TT 13.12.1991:15b, United Kingdom's best interests in light of Maastricht summit agreement (LB; Robert Alexander, Lord Alexander of Weedon).
- TT 14.12.1991, Devilry in the detail (L).
- TT 14.12.1991:2, Howard admission fuels Maastricht row (Nicholas Wood).
- TT 17.12.1991:7, Tebbit to lead Euro swansong (Nicholas Wood).
- TT 17.12.1991:11, EC set to recognise Yugoslav republics (George Brock / Our Foreign Staff).

- TT 17.12.1991:14, John Major has done Mrs Thatcher proud at Maastricht (K; Woodrow Wyatt).
- TT 17.12.1991:15, Reckless recognition (L).
- TT 18.12.1991:1, 20, Kohl hijacks Brussels policy (George Brock).
- TT 18.12.1991:5, Labour team unites against EC deal (Philip Webster).
- TT 19.12.1991:1, Labour MPs cheer Kinnock attack (Robin Oakley).
- TT 19.12.1991:6a, Britain on EC fringe, Labour says (Our Parliamentary Staff).
- TT 19.12.1991:6b, Tebbit decides to vote ,no‘ (o.A.).
- TT 19.12.1991:6c, Victory for ministers (o.A.).
- TT 19.12.1991:16, Blundering in the Balkans (K; Anne McElvoy).
- TT 19.12.1991:17, Facing consequences of Maastricht (LB; Teddy Taylor).
- TT 20.12.1991:6a, Labour switches into higher gear (Jill Sherman).
- TT 20.12.1991:6b, Seven rebel as EC deal is endorsed (Philip Webster).
- TT 20.12.1991:12, Following the German star (K; Peter Riddell).
- TT 23.12.1991:11, Russia and Germany (L).

Weitere Quellen

- Arbeitsgruppe ‚Europa der Regionen‘ der Staats- und Senatskanzleien der Länder (22.05.1990), Bericht: „Europa der Regionen – Beteiligung der Länder an der interregionalen Zusammenarbeit sowie Fortentwicklung der Rechte und politischen Wirkungsmöglichkeiten der Regionen in Europa“, in: Joachim Bauer (Hg., 1991): *Europa der Regionen. Aktuelle Dokumente zur Rolle und Zukunft der deutschen Länder im europäischen Integrationsprozeß*, Berlin, S. 41–91.
- Ausschuss für das „Europa der Bürger“ (28.06.1985), Bericht an den Europäischen Rat von Mailand, in: CVCE (Hg.): *Historische Ereignisse des europäischen Aufbaus*, URL: [https://www.cvce.eu/obj/bericht\\_des\\_ausschusses\\_fur\\_das\\_europa\\_der\\_burger\\_an\\_den\\_europaischen\\_rat\\_von\\_mailand\\_mailand\\_28\\_29\\_juni\\_1985-de-b6f17ee2-da21-4013-9573-c2b159f86ff5.html](https://www.cvce.eu/obj/bericht_des_ausschusses_fur_das_europa_der_burger_an_den_europaischen_rat_von_mailand_mailand_28_29_juni_1985-de-b6f17ee2-da21-4013-9573-c2b159f86ff5.html) (17.09.2018).
- Bund der Sozialdemokratischen Parteien der EG (10.12.1990), Socialist Party Leaders’ Declaration on the Intergovernmental Conferences, in: Richard Corbett (Hg., 1993): *The Treaty of Maastricht. From conception to ratification: A comprehensive reference guide*, Harlow, S. 212–216.
- Bundesrat (06.04.1990), EntschlieÙung zur Beteiligung der Länder bezüglich der Regierungskonferenz zur Änderung der Gemeinschaftsverträge, Bundesratsdrucksache 220/90, URL: <http://dipbt.bundestag.de/doc/brd/1990/D220+90.pdf> (17.09.2018).
- Bundesrat (13.06.1990), EntschlieÙung zur Weiterentwicklung der Europäischen Gemeinschaft und zur Wirtschafts- und Währungsunion, in: Joachim Bauer (Hg., 1991): *Europa der Regionen. Aktuelle Dokumente zur Rolle und Zukunft der deutschen Länder im europäischen Integrationsprozeß*, Berlin, S. 99–103.
- Bundesrat (09.11.1990), EntschlieÙung zum föderativen Aufbau Europas im Rahmen der Politischen Union, Bundesratsdrucksache 780/90, in: Joachim Bauer (Hg., 1991): *Europa der Regionen. Aktuelle Dokumente zur Rolle und Zukunft der deutschen Länder im europäischen Integrationsprozeß*, Berlin, S. 112–116.
- Bundesrat (07.11.1991), EntschlieÙung zu den EG-Regierungskonferenzen zur Politischen Union und zur Wirtschafts- und Währungsunion, Bundesratsdrucksache 680/91, URL: <http://dipbt.bundestag.de/doc/brd/1991/D680+91.pdf> (17.09.2018).
- BVerfG, Entscheidung vom 12.10.1993 (Maastricht), Aktenzeichen 2 BvR 2134/92, in: *Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts* 89, S. 155.
- Camera dei deputati (21.03.1990), Resolution, in: Richard Corbett (Hg., 1993): *The Treaty of Maastricht. From conception to ratification: A comprehensive reference guide*, Harlow, S. 125.
- Chirac, Jacques (10.04.1990), Rede vor der Assemblée Nationale, in: Journal Officiel de la République Française (Hg.): *Débats Parlementaires: Assemblée Nationale, 9e législature, Seconde session ordinaire de 1989–1990, Séance du mardi 10 avril 1990*, S. 211–214, URL: <http://archives.assemblee-nationale.fr/9/cr/1989-1990-ordinaire2/008.pdf> (17.09.2018).

- Committee for the Study of Economic and Monetary Union (12.04.1989), Report on economic and monetary union in the European Community (Delors-Bericht), in: CVCE (Hg.): *Historische Ereignisse des europäischen Aufbauwerks*, URL: [https://www.cvce.eu/de/obj/report\\_on\\_economic\\_and\\_monetary\\_union\\_in\\_the\\_european\\_community\\_12\\_april\\_1989-en-725f74fb-841b-4452-a428-39e7a703f35f.html](https://www.cvce.eu/de/obj/report_on_economic_and_monetary_union_in_the_european_community_12_april_1989-en-725f74fb-841b-4452-a428-39e7a703f35f.html) (17.09.2018).
- Erklärung zu den Bereichen Katastrophenschutz, Energie und Fremdenverkehr (07.02.1992), in: *Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften* 1992 (C 191), S. 97.
- EuGH, Urteil vom 05.02.1963 (Van Gend & Loos), Aktenzeichen C-26/62, EU::19c63:1, in: *Sammlung der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs* 1963, S. 7.
- Europäische Kommission (1985), *Vollendung des Binnenmarktes. Weißbuch der Kommission an den Europäischen Rat*, Luxemburg.
- Europäische Kommission (1990), *One market, one money. An evaluation of the potential benefits and costs of forming an economic and monetary union*, Brüssel.
- Europäische Kommission (21.08.1990), Wirtschafts- und Währungsunion, in: *Bulletin der Europäischen Gemeinschaften, Beilage 2/91: Regierungskonferenzen: Beiträge der Kommission* 1991, S. 5–65.
- Europäische Kommission (21.10.1990), Opinion on Political Union, COM 90/600, 51990DC0600, URL: <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/PDF/?uri=CELEX:51990DC0600&qid=1529585725755> (17.09.2018).
- Europäische Liberale, Demokratische und Reformpartei (23.11.1990), Declaration of the ELDR Summit in Berlin, in: Richard Corbett (Hg., 1993): *The Treaty of Maastricht. From conception to ratification: A comprehensive reference guide*, Harlow, S. 210–212.
- Europäische Volkspartei (15.11.1990), Dublin Congress Document: For a federal constitution of the European Union, in: Richard Corbett (Hg., 1993): *The Treaty of Maastricht. From conception to ratification: A comprehensive reference guide*, Harlow, S. 202–210.
- Europäischer Rat (19.06.1983), Feierliche Deklaration zur Europäischen Union, in: CVCE (Hg.): *Historische Ereignisse des europäischen Aufbauwerks*, URL: [https://www.cvce.eu/obj/feierliche\\_deklaration\\_zur\\_europaischen\\_union\\_stuttgart\\_19\\_juni\\_1983-de-a2e74239-a12b-4efc-b4ce-cd3dee9cf71d.html](https://www.cvce.eu/obj/feierliche_deklaration_zur_europaischen_union_stuttgart_19_juni_1983-de-a2e74239-a12b-4efc-b4ce-cd3dee9cf71d.html) (17.09.2018).
- Europäischer Rat (27.06.1988), Tagung der Staats- und Regierungschefs der EG in Hannover, Schlußfolgerungen des Vorsitzes, in: *Bulletin des Presse- und Informationsamts der Bundesregierung* 1988 (90), S. 845–848.
- Europäischer Rat (26.06.1989), Tagung der Staats- und Regierungschefs der EG in Madrid, Schlußfolgerungen des Vorsitzes, in: *Bulletin des Presse- und Informationsamts der Bundesregierung* 1989 (69), S. 605–612.
- Europäischer Rat (08.12.1989), Tagung der Staats- und Regierungschefs der EG in Straßburg, Schlußfolgerungen des Vorsitzes, in: *Bulletin des Presse- und Informationsamts der Bundesregierung* 1989 (147), S. 1241–1248.

- Europäischer Rat (28.04.1990), Sondertagung der Staats- und Regierungschefs der EG in Dublin, Schlußfolgerungen des Vorsitzes, in: *Bulletin des Presse- und Informationsamts der Bundesregierung* 1990 (51), S. 401–404.
- Europäischer Rat (25.06.1990), Tagung der Staats- und Regierungschefs der EG in Dublin, Schlußfolgerungen des Vorsitzes, in: *Bulletin des Presse- und Informationsamts der Bundesregierung* 1990 (84), S. 717–725.
- Europäischer Rat (27.10.1990), Tagung der Staats- und Regierungschefs der EG in Rom, Schlußfolgerungen des Vorsitzes, in: *Bulletin des Presse- und Informationsamts der Bundesregierung* 1990 (128), S. 1333–1338.
- Europäischer Rat (14.12.1990), Tagung der Staats- und Regierungschefs der EG in Rom, Schlußfolgerungen des Vorsitzes, in: *Bulletin des Presse- und Informationsamts der Bundesregierung* 1990 (149), S. 1553–1559.
- Europäischer Rat (09.12.1991), Tagung der Staats- und Regierungschefs der EG in Maastricht, Schlußfolgerungen des Vorsitzes, in: *Bulletin des Presse- und Informationsamts der Bundesregierung* 1991 (142), S. 1159–1162.
- Europäischer Rat (11.12.1992), Tagung der Staats- und Regierungschefs der EG in Edinburgh, Schlußfolgerungen des Vorsitzes, in: *Bulletin des Presse- und Informationsamts der Bundesregierung* 1992 (140), S. 1277–1302.
- Europäischer Rat (29.10.1993), Sondertagung der Staats- und Regierungschefs der EG in Brüssel, Einvernehmlicher Beschluß, in: *Bulletin des Presse- und Informationsamts der Bundesregierung* 1993 (99), S. 1110.
- Europäisches Parlament (27.06.1963), Entschließung über die Zuständigkeiten und Befugnisse des Europäischen Parlaments, in: *Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften* 1963 (P 106), S. 1916–1918.
- Europäisches Parlament (14.02.1984), Entwurf eines Vertrages zur Gründung der Europäischen Union, in: *Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften* 1984 (C 77), S. 33–52.
- Europäisches Parlament (01.02.1988), Bericht im Namen des Institutionellen Ausschusses über das demokratische Defizit der Europäischen Gemeinschaft (Toussaint-Bericht), PE 111.236/endg., in: *Sitzungsdokumente des Europäischen Parlaments* 1987/88 (A2–276/87).
- Europäisches Parlament (16.02.1989a), Entschließung zu den Beziehungen zwischen den nationalen Parlamenten und dem Europäischen Parlament, in: *Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften* 1989 (C 69), S. 149–151.
- Europäisches Parlament (16.02.1989b), Entschließung zur Strategie des Europäischen Parlaments im Hinblick auf die Schaffung der Europäischen Union, in: *Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften* 1989 (C 69), S. 145–149.
- Europäisches Parlament (12.04.1989), Entschließung zur Erklärung der Grundrechte und Grundfreiheiten, in: *Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften* 1989 (C 120), S. 51–57.
- Europäisches Parlament (02.05.1989), Bericht im Namen des Ausschusses für Recht und Bürgerrechte über die Probleme im Zusammenhang mit der Bekämpfung des Terrorismus (Zagari-Bericht), PE 127.441/endg., in: *Sitzungsdokumente des Europäischen Parlaments* 1989/90 (A2–0155/89).

- Europäisches Parlament (23.11.1989), Entschließung zu der auf der Madrider Tagung des Europäischen Rates beschlossenen Regierungskonferenz, in: *Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften* 1989 (C 323), S. 111–113.
- Europäisches Parlament (14.12.1989), Entschließung zum Europäischen Rat in Straßburg, in: *Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften* 1990 (C 15), S. 318–321.
- Europäisches Parlament (14.03.1990), Entschließung zu der Regierungskonferenz im Rahmen der Strategie des Europäischen Parlaments im Hinblick auf die Europäische Union, in: *Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften* 1990 (C 96), S. 114–118.
- Europäisches Parlament (11.07.1990a), Entschließung zu den Leitlinien des Europäischen Parlaments für den Entwurf einer Verfassung für die Europäische Union, in: *Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften* 1990 (C 231), S. 91–97.
- Europäisches Parlament (11.07.1990b), Entschließung zu der Regierungskonferenz im Rahmen der Strategie des Europäischen Parlaments im Hinblick auf die Europäische Union, in: *Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften* 1990 (C 231), S. 97–105.
- Europäisches Parlament (10.10.1990), Entschließung zur Wirtschafts- und Währungsunion, in: *Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften* 1990 (C 284), S. 62–69.
- Europäisches Parlament (07.04.1992), Entschließung zu den Ergebnissen der Regierungskonferenzen, in: *Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften* 1992 (C 125), S. 81–87.
- Europäisches Parlament (10.02.1994), Entschließung zur Verfassung der Europäischen Union, in: *Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften* 1994 (C 61), S. 155–170.
- González, Felipe (28.11.1991), Rede im Congreso de los Diputados, in: Cortes Generales (Hg.): *Diario de sesiones del Congreso de los Diputados*, 151/1991, S. 7555–7562, URL: [http://www.congreso.es/public\\_oficiales/L4/CONG/DS/PL/PL\\_151.PDF](http://www.congreso.es/public_oficiales/L4/CONG/DS/PL/PL_151.PDF) (17.09.2018).
- HM Treasury (1989), *An evolutionary approach to economic and monetary union*, London.
- HM Treasury (1990), *The UK Proposal for a EMU and a hard ECU*, London.
- House of Lords Select Committee on the European Communities (30.10.1990), Twenty-Seventh Report: Economic and Monetary Union and Political Union, in: Richard Corbett (Hg., 1993): *The Treaty of Maastricht. From conception to ratification: A comprehensive reference guide*, Harlow, S. 187.
- Howe, Geoffrey (13.11.1990), Rede vor dem House of Commons, in: Hansard (Hg.): *House of Commons Debates*, 180, Sp. 461–465, URL: <http://www.publications.parliament.uk/pa/cm199091/cmhansrd/1990-11-13/Debate-1.html> (17.09.2018).
- Kohl, Helmut (22.06.1989), Gespräch mit François Mitterrand, in: Hanns Jürgen Küsters / Daniel Hofmann (Hg., 1998): *Deutsche Einheit. Sonderedition aus den Akten des Bundeskanzleramtes 1989/90*, München, S. 305–310.

- Kohl, Helmut (27.11.1989), Schreiben an François Mitterrand, in: Hanns Jürgen Küsters / Daniel Hofmann (Hg., 1998): *Deutsche Einheit. Sonderedition aus den Akten des Bundeskanzleramtes 1989/90*, München, S. 565–567.
- Kohl, Helmut (28.11.1989), Rede vor dem Deutschen Bundestag, in: Deutscher Bundestag (Hg.): *Verhandlungen des Deutschen Bundestages. Stenographische Berichte*, 11. Wahlperiode, 177. Sitzung, S. 13502–13514.
- Kohl, Helmut (05.12.1989), Schreiben an François Mitterrand, in: Hanns Jürgen Küsters / Daniel Hofmann (Hg., 1998): *Deutsche Einheit. Sonderedition aus den Akten des Bundeskanzleramtes 1989/90*, München, S. 614–615.
- Konferenz der Parlamente der Europäischen Gemeinschaft (30.11.1990), Schlusserklärung, in: Europäisches Parlament (Hg., 1991): *1993: Die neuen Verträge. Vorschläge des Europäischen Parlaments*, Luxemburg, S. 221–227.
- Ministerpräsidentenkonferenz (17.10.1990), *Beschluß in Hannover*, in: Joachim Bauer (Hg., 1991): *Europa der Regionen. Aktuelle Dokumente zur Rolle und Zukunft der deutschen Länder im europäischen Integrationsprozeß*, Berlin, S. 110–111.
- Mitterrand, François (01.12.1989), Schreiben an Helmut Kohl, in: Hanns Jürgen Küsters / Daniel Hofmann (Hg., 1998): *Deutsche Einheit. Sonderedition aus den Akten des Bundeskanzleramtes 1989/90*, München, S. 599–600.
- Mitterrand, François / Kohl, Helmut (18.04.1990), Gemeinsame Botschaft an den irischen Premierminister und amtierenden Präsidenten des Europäischen Rates, Charles Haughey, in: CVCE (Hg.): *Historische Ereignisse des europäischen Aufbauwerks*, URL: [http://www.cvce.eu/obj/gemeinsame\\_botschaft\\_von\\_francois\\_mitterrand\\_und\\_helmut\\_kohl\\_bonn\\_18\\_april\\_1990-de-89369c53-5d93-4e56-8397-825ca92c86f5.html](http://www.cvce.eu/obj/gemeinsame_botschaft_von_francois_mitterrand_und_helmut_kohl_bonn_18_april_1990-de-89369c53-5d93-4e56-8397-825ca92c86f5.html) (17.09.2018).
- Mitterrand, François / Kohl, Helmut (06.12.1990), Gemeinsame Botschaft an den Präsidenten des Ministerrates der Italienischen Republik und amtierenden Präsidenten des Europäischen Rates, Ministerpräsident Giulio Andreotti, in: CVCE (Hg.): *Historische Ereignisse des europäischen Aufbauwerks*, URL: [http://www.cvce.eu/obj/gemeinsame\\_botschaft\\_von\\_francois\\_mitterrand\\_und\\_helmut\\_kohl\\_bonn\\_6\\_dezember\\_1990-de-e0df114a-728b-4fd8-9b24-394878bc0b5d.html](http://www.cvce.eu/obj/gemeinsame_botschaft_von_francois_mitterrand_und_helmut_kohl_bonn_6_dezember_1990-de-e0df114a-728b-4fd8-9b24-394878bc0b5d.html) (17.09.2018).
- Protokoll über den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt (07.02.1992), in: *Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften* 1992 (C 191), S. 93–94.
- Protokoll über die Sozialpolitik (07.02.1992), in: *Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften* 1992 (C 191), S. 90–93.
- Protokoll über einige Bestimmungen betreffend Dänemark (07.02.1992), in: *Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften* 1992 (C 191), S. 89.
- Protokoll über einige Bestimmungen betreffend das Vereinigte Königreich Großbritannien und Nordirland (07.02.1992), in: *Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften* 1992 (C 191), S. 87–89.
- Regierung der Niederlande (Mai 1990), Possible Steps Towards European Political Union, in: Richard Corbett (Hg., 1993): *The Treaty of Maastricht. From conception to ratification: A comprehensive reference guide*, Harlow, S. 127–133.



- Regierung der Niederlande (26.10.1990), Policy document on European Political Union presented to the Parliament, in: Richard Corbett (Hg., 1993): *The Treaty of Maastricht. From conception to ratification: A comprehensive reference guide*, Harlow, S. 173–186.
- Regierung der Niederlande (24.09.1991), Vertragsentwurf der niederländischen Präsidentschaft: Auf dem Weg zur Europäischen Union, in: Werner Weidenfeld (Hg., 1994): *Maastricht in der Analyse. Materialien zur Europäischen Union*, 305–347, Gütersloh.
- Regierung von Belgien (20.03.1990), Aide-mémoire zur Politischen Union, in: Werner Weidenfeld (Hg., 1994): *Maastricht in der Analyse. Materialien zur Europäischen Union*, Gütersloh, S. 95–101.
- Regierung von Dänemark (10.05.1990), „Provisional“ memorandum, in: Richard Corbett (Hg., 1993): *The Treaty of Maastricht. From conception to ratification: A comprehensive reference guide*, Harlow, S. 134.
- Regierung von Dänemark (04.10.1990), Memorandum zu den laufenden Vorbereitungen der Regierungskonferenzen über die Politische Union und die Wirtschafts- und Währungsunion, in: Werner Weidenfeld (Hg., 1994): *Maastricht in der Analyse. Materialien zur Europäischen Union*, Gütersloh, S. 105–114.
- Regierung von Griechenland (15.05.1990), Aide-mémoire, in: Richard Corbett (Hg., 1993): *The Treaty of Maastricht. From conception to ratification: A comprehensive reference guide*, Harlow, S. 135–136.
- Regierung von Luxemburg (17.04.1991), Non-Paper der luxemburgischen Präsidentschaft, Entwurf von Artikeln für den Vertrag im Hinblick auf die Errichtung einer Politischen Union, in: Werner Weidenfeld (Hg., 1994): *Maastricht in der Analyse. Materialien zur Europäischen Union*, Gütersloh, S. 265–303.
- Regierung von Spanien (September 1990), Proposals Towards a European Citizenship, in: Richard Corbett (Hg., 1993): *The Treaty of Maastricht. From conception to ratification: A comprehensive reference guide*, Harlow, S. 156–158.
- Senat von Belgien (13.07.1990), Resolution on the achievement of European Union and preparation of the parliamentary Assizes on the future of Europe, in: Richard Corbett (Hg., 1993): *The Treaty of Maastricht. From conception to ratification: A comprehensive reference guide*, Harlow, S. 140–141.
- Sicherheitsrat der Vereinten Nationen (29.11.1990), Resolution 678.
- Sozialdemokratische Partei Deutschlands (1989), Die Deutschen in Europa. Berliner Erklärung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Berlin, URL: <http://library.fes.de/pdf-files/netzquelle/01812.pdf> (17.09.2018).
- SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag (05.12.1991), Antrag: Stärkung der Rechte des Europäischen Parlaments, Bundestagsdrucksache 12/1746, URL: <http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/12/017/1201746.pdf> (17.09.2018).
- Spinelli, Altiero (1958), *Manifest der europäischen Föderalisten*, Frankfurt am Main.
- Thatcher, Margaret (1988), Speech to the College of Europe (The Bruges Speech), Europa-Kolleg, Brügge, 20.09.1988, URL: <http://www.margaretthatcher.org/document/107332> (17.09.2018).

- Thatcher, Margaret (30.10.1990), Rede vor dem House of Commons, in: Hansard (Hg.): *House of Commons Debates*, 178, Sp. 869–890, URL: <http://www.publications.parliament.uk/pa/cm19890/cmhansrd/1990-10-30/Debate-1.html> (17.09.2018).
- Union Europäischer Föderalisten (21.09.1946), Hertensteiner Programm, in: CVCE (Hg.): *Historische Ereignisse des europäischen Aufbauwerks*, URL: [https://www.w.cvce.eu/de/obj/das\\_hertensteiner\\_programm\\_21\\_september\\_1946-de-f39329ae-b25a-4b04-90ff-a25ea5c17051.html](https://www.w.cvce.eu/de/obj/das_hertensteiner_programm_21_september_1946-de-f39329ae-b25a-4b04-90ff-a25ea5c17051.html) (17.09.2018).

### Literatur

- Ackerman, Bruce A. (1989a), Constitutional Politics / Constitutional Law, in: *The Yale Law Journal* 99 (3), S. 453–547.
- Ackerman, Bruce A. (1989b), Why Dialogue?, in: *The Journal of Philosophy* 86 (1), S. 5–22.
- Ackerman, Bruce A. (1993), *We the People 1. Foundations*, Cambridge.
- Ackerman, Bruce A. (1998), *We the People 2. Transformations*, Cambridge.
- Adam, Silke (2015), European Public Sphere, in: Gianpietro Mazzoleni (Hg.): *The International Encyclopedia of Political Communication*, New York, DOI: 10.1002/9781118541555.wbiepc067.
- Alter, Karen J. / Meunier-Aitsahalia, Sophie (1994), Judicial Politics in the European Community. European Integration and the Pathbreaking Cassis de Dijon Decision, in: *Comparative Political Studies* 26 (4), S. 535–561.
- Aschmann, Birgit (2017), „Mein Freund Felipe“. Spanien und die deutsche Einheit, in: Michael Gehler / Maximilian Graf (Hg.): *Europa und die deutsche Einheit. Beobachtungen, Entscheidungen und Folgen*, Göttingen, S. 639–661.
- Atikcan, Ece Özlem (2015), *Framing the European Union. The Power of Political Arguments in Shaping European Integration*, Cambridge.
- Auel, Katrin / Rittberger, Berthold (2006), Fluctuant nec merguntur. The European Parliament, national parliaments, and European integration, in: Jeremy Richardson (Hg.): *European Union. Power and policy-making*, 3. Aufl., London, S. 121–145.
- Avbelj, Matej / Komárek, Jan (Hg., 2011), *Constitutional pluralism in the European Union and beyond*, Oxford.
- Bach, Maurizio (2006), *Europa ohne Gesellschaft. Politische Soziologie der Europäischen Integration*, Wiesbaden.
- Bainée, Olivier (2007), The European Public Sphere Does Not Exist (At Least It's Worth Wondering ...), in: *European Journal of Communication* 22 (4), S. 493–503.
- Bajon, Philip (2012), *Europapolitik „am Abgrund“*. Die Krise des „leeren Stuhls“ 1965–66, Stuttgart.
- Baquero Cruz, Julio (2008), The Legacy of the Maastricht-Urteil and the Pluralist Movement, in: *European Law Journal* 14 (4), S. 389–422.

- Barber, Nicholas W. (2011), The afterlife of Parliamentary sovereignty, in: *International Journal of Constitutional Law* 9 (1), S. 144–154.
- Barth, Christiane / Bijsmans, Patrick (2018), The Maastricht Treaty and public debates about European integration. The emergence of a European public sphere?, in: *Journal of Contemporary European Studies* 2 (1), S. 1–17.
- Baun, Michael J. (1995), The Maastricht Treaty As High Politics. Germany, France, and European Integration, in: *Political Science Quarterly* 110 (4), S. 605–624.
- Bergbauer, Stephanie (2018), *Explaining European Identity Formation. Citizens' Attachment from Maastricht Treaty to Crisis*, Cham.
- Berger, Maria / Grabenwarter, Christoph / Vranes, Erich (Hg., 2013), *Kooperation der Gerichte im europäischen Verfassungsverbund. Grundfragen und neueste Entwicklungen*, Institut für Europarecht und Internationales Recht; Österreichischer Europarechtstag, Wien / Baden-Baden / Zürich.
- Bergsdorf, Harald (2000), *Ungleiche Geschwister. Die deutschen Republikaner (REP) im Vergleich zum französischen Front National (FN)*, Frankfurt am Main / New York.
- Berthold, Christof (2003), *Die Europäische Politische Gemeinschaft (EPG) 1953 und die Europäische Union (EU) 2001. Eine rechtsvergleichende Betrachtung*, Frankfurt am Main / New York.
- Beus, Jos de (2010), The European Union and the Public Sphere. Conceptual Issues, Political Tensions, Moral Concerns, and Empirical Questions, in: Paul Statham / Ruud Koopmans (Hg.): *The making of a European public sphere. Media discourse and political contention*, Cambridge, S. 13–33.
- Bieling, Hans-Jürgen (2010), Konturen und Perspektiven einer europäischen Zivilgesellschaft, in: Johannes Wienand / Christiane Wienand (Hg.): *Die kulturelle Integration Europas*, Wiesbaden, S. 31–50.
- Bieling, Hans-Jürgen (2012), Intergouvernementalismus, in: Hans-Jürgen Bieling / Marika Lerch (Hg.): *Theorien der Europäischen Integration*, 3. Aufl., Wiesbaden, S. 77–97.
- Bitsch, Marie-Thérèse (2007), *La construction européenne. Enjeux politiques et choix institutionnels*, Brüssel.
- Blair, Alasdair (1999), *Dealing with Europe. Britain and the negotiation of the Maastricht treaty*, Aldershot / Brookfield, VT.
- Bollmohr, Rainer (2017), *Das Demokratiedefizit der EU nach dem Vertrag von Lissabon. Der Einfluss der erweiterten Kompetenzen der nationalen Parlamente am Beispiel des Deutschen Bundestages*, Baden-Baden.
- Bozo, Frédéric (2008a), France, German unification and European integration, in: Frédéric Bozo / Marie-Pierre Rey / N. Piers Ludlow / Leopoldo Nuti (Hg.): *Europe and the end of the Cold War. A reappraisal*, Abingdon / New York, S. 148–160.
- Bozo, Frédéric (2008b), The Failure of a Grand Design. Mitterrand's European Confederation, 1989–1991, in: *Contemporary European History* 17 (3), S. 391–412.
- Bozo, Frédéric (2009), *Mitterrand, the End of the Cold War, and German Unification*, New York.

- Bozo, Frédéric / Rödder, Andreas / Sarotte, Mary Elise (Hg., 2017), *German Reunification. A multinational history*, New York.
- Brazier, Rodney (1991), The Downfall of Margaret Thatcher, in: *The Modern Law Review* 54 (4), S. 471–491.
- Brüggemann, Michael (2008), *Europäische Öffentlichkeit durch Öffentlichkeitsarbeit? Die Informationspolitik der Europäischen Kommission*, Wiesbaden.
- Brüggemann, Michael / Schulz-Forberg, Hagen (2009), Becoming Pan-European? Transnational Media and the European Public Sphere, in: *International Communication Gazette* 71 (8), S. 693–712.
- Brüggemann, Michael / Sifft, Stefanie / Kleinen-von Königslöw, Katharina / Peters, Bernhard / Wimmel, Andreas (2006), Segmentierte Europäisierung. Trends und Muster der Transnationalisierung von Öffentlichkeiten in Europa, in: Wolfgang R. Langenbucher / Michael Latzer (Hg.): *Europäische Öffentlichkeit und medialer Wandel. Eine transdisziplinäre Perspektive*, Wiesbaden, S. 214–231.
- Buller, Jim (2012), Conservative Statecraft and European Integration in Historical Perspective, in: Kai Oppermann (Hg.): *British Foreign and Security Policy. Historical Legacies and Current Challenges*, Augsburg, S. 70–93.
- Calliess, Christian / Hartmann, Moritz (2014), *Zur Demokratie in Europa. Unionsbürgerschaft und europäische Öffentlichkeit*, Tübingen.
- Carter, Neil / Evans, Mark / Alderman, Keith / Gorham, Simon (1998), Europe, Goldsmith and the Referendum Party, in: *Parliamentary Affairs* 51 (3), S. 470–485.
- Catala, Michel (2009), La Communauté à la recherche de son identité, in: *Relations internationales* 140 (4), S. 83–101.
- Çelik, Hüseyin (2016), *Europäisches Mehrebenen-Legislativsystem. Beteiligung nationaler Parlamente und Auswirkungen auf die repräsentative Demokratie*, Zürich.
- Childs, David (2006), *Britain since 1945. A Political History*, 6. Aufl., London / New York.
- Christiansen, Thomas / Duke, Simon (Hg., 2012), *The Maastricht Treaty. Second Thoughts after 20 Years. Journal of European Integration* 34 (7).
- Corbett, Richard (Hg., 1993), *The Treaty of Maastricht. From conception to ratification: A comprehensive reference guide*, Harlow.
- Corbett, Richard (2001), *The European Parliament's role in closer EU integration*, Basingstoke.
- Corbett, Richard / Jacobs, Francis / Shackleton, Michael (2011), *European Parliament*, 8. Aufl., London.
- Corbett, Richard / Schmuck, Otto (1992), The new Procedures of the European Community after the Single European Act. Efficiency and Legitimacy in the Light of Experience, in: Christian Engel / Wolfgang Wessels (Hg.): *From Luxembourg to Maastricht. Institutional Change in the European Community after the Single European Act*, Bonn, S. 33–49.
- Cuccia, Deborah (2017), Italien und die deutsche Einigung 1989–1990, in: Michael Gehler / Maximilian Graf (Hg.): *Europa und die deutsche Einheit. Beobachtungen, Entscheidungen und Folgen*, Göttingen, S. 677–699.

- Daddow, Oliver / Gifford, Christopher / Wellings, Ben (2019), The battle of Bruges. Margaret Thatcher, the foreign office and the unravelling of British European policy, *Political Research Exchange* 1 (1), S. 1–24.
- Decker, Frank (2000), *Parteien unter Druck. Der neue Rechtspopulismus in den westlichen Demokratien*, Opladen.
- de la Porte, Caroline / Van Dalen, Arjen (2016), Europeanization of national public spheres? Cross-national media debates about the European Union's socio-economic strategy, in: *European Politics and Society*, 17 (3), S. 279–293.
- de la Serre, Françoise / Lequesne, Christian (1991), Frankreich, in: Werner Weidenfeld / Wolfgang Wessels (Hg.): *Jahrbuch der Europäischen Integration 1990/91*, Bonn, S. 315–322.
- Delemotte, Bernard (2007), Le droit de vote des étrangers en France. Historique et état des lieux, in: *Migrations Société* 114 (6), S. 205–217.
- de Roode, Sven Leif Ragnar (2012), *Seeing Europe through the Nation. The Role of National Self-Images in the Perception of European Integration in the English, German, and Dutch Press in the 1950s and 1990s*, Stuttgart.
- de Ruijter, Rik / Vliegenthart, Rens (2017), Understanding media attention paid to negotiations on EU legislative acts. A cross-national study of the United Kingdom and the Netherlands, in: *Comparative European Politics* 16 (4), S. 649–668.
- Deutsch, Karl W. / Burrell, Sidney A. / Kann, Robert A. / Lee, Maurice, Jr. / Lichterman, Martin / Lindgren, Raymond E. / Loewenheim, Francis L. / van Wagenen, Richard W. (1969 [1957]), *Political Community and the North Atlantic Area. International Organization in the Light of Historical Experience*, New York.
- Díez Medrano, Juan (2003), *Framing Europe. Attitudes to European integration in Germany, Spain, and the United Kingdom*, Princeton, NJ.
- Díez Medrano, Juan / Gray, Emily (2010), Framing the European Union in National Public Spheres, in: Paul Statham / Ruud Koopmans (Hg.): *The making of a European public sphere. Media discourse and political contention*, Cambridge, S. 195–220.
- Dinan, Desmond (2012), The Arc of Institutional Reform in Post-Maastricht Treaty Change, in: Thomas Christiansen / Simon Duke (Hg.): *The Maastricht Treaty. Second Thoughts after 20 Years*. *Journal of European Integration* 34 (7), S. 843–858.
- Dinan, Desmond (2013), From Treaty Revision to Treaty Revision. The Legacy of Maastricht, in: Michael J. Geary / Carine S. Germond / Kiran Klaus Patel (Hg.): *The Maastricht Treaty. Negotiations and Consequences in Historical Perspective*. *Journal of European Integration History* 19 (1), S. 123–139.
- Downey, John / Koenig, Thomas (2006), Is There a European Public Sphere?, in: *European Journal of Communication* 21 (2), S. 165–187.
- Dyson, Kenneth H. F. / Featherstone, Kevin (1999), *The Road To Maastricht. Negotiating Economic and Monetary Union*, Oxford / New York.
- Eder, Klaus (2014), The EU in search of its people. The birth of a society out of the crisis of Europe, in: *European Journal of Social Theory* 17 (3), S. 219–237.

- Eder, Klaus / Hellmann, Kai-Uwe / Trenz, Hans-Jörg (1998), Regieren in Europa jenseits öffentlicher Legitimation? Eine Untersuchung zur Rolle von politischer Öffentlichkeit in Europa, in: Beate Kohler-Koch (Hg.): *Regieren in entgrenzten Räumen*, Opladen, S. 321–344.
- Eder, Klaus / Kantner, Cathleen (2000), Transnationale Resonanzstrukturen in Europa. Eine Kritik an der Rede vom Öffentlichkeitsdefizit, in: Maurizio Bach (Hg.): *Die Europäisierung nationaler Gesellschaften*. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie (Sonderheft 40), Wiesbaden, S. 306–331.
- Eichenberg, Richard C. / Dalton, Russell J. (2007), Post-Maastricht Blues. The Transformation of Citizen Support for European Integration, 1973–2004, in: *Acta Politica* 42 (2–3), S. 128–152.
- Eilders, Christiane (1997), *Nachrichtenfaktoren und Rezeption. Eine empirische Analyse zur Auswahl und Verarbeitung politischer Information*, Opladen.
- Eilders, Christiane (2006), News factors and news decisions. Theoretical and methodological advances in Germany, in: *Communications* 31 (1), S. 5–24.
- Eilders, Christiane / Voltmer, Katrin (2003), Zwischen Deutschland und Europa. Eine empirische Untersuchung zum Grad von Europäisierung und Europa-Unterstützung der meinungsführenden deutschen Tageszeitungen, in: *Medien & Kommunikationswissenschaft* 51 (2), S. 250–270.
- Eilders, Christiane / Wirth, Werner (1999), Die Nachrichtenwertforschung auf dem Weg zum Publikum. Eine experimentelle Überprüfung des Einflusses von Nachrichtenfaktoren bei der Rezeption, in: *Publizistik* 44, S. 35–57.
- Eisenfeld, Alexander (2012), „Durchgriff“ als Maßstab von Verfassung. Die innerstaatliche Wirkung des Rechts der internationalen Organisationen als Ausdruck politischer Selbstbestimmung, in: Ingolf Pernice / Manuel Müller / Christopher Peters (Hg.): *Konstitutionalisierung jenseits des Staates. Zur Verfassung der Weltgemeinschaft und den Gründungsverträgen internationaler Organisationen*, Baden-Baden, S. 71–93.
- Eisermann, Daniel (2000), *Der lange Weg nach Dayton. Die westliche Politik und der Krieg im ehemaligen Jugoslawien 1991 bis 1995*, Baden-Baden.
- Eleftheriadis, Pavlos (2010), Pluralism and Integrity, in: *Ratio Juris* 23 (3), S. 365–389.
- Engel, Christian / Wessels, Wolfgang (Hg., 1992), *From Luxembourg to Maastricht. Institutional Change in the European Community after the Single European Act*, Bonn.
- Eppler, Annegret / Scheller, Henrik (Hg., 2013), *Zur Konzeptionalisierung europäischer Desintegration. Zug- und Gegenkräfte im europäischen Integrationsprozess*, Baden-Baden.
- Erbe, Jessica (2006), Integration der politischen Öffentlichkeit in Europa durch Vernetzung. Der Fall der grenzüberschreitenden Presseschauen in Deutschland, in: Wolfgang R. Langenbacher / Michael Latzer (Hg.): *Europäische Öffentlichkeit und medialer Wandel. Eine transdisziplinäre Perspektive*, Wiesbaden, S. 156–178.
- Erbe, Jessica (2012), *Der europäische Blick. Presseschauen und die Verbindung nationaler Öffentlichkeiten*, Baden-Baden.

- Eriksen, Erik Oddvar (2005), An Emerging European Public Sphere, in: *European Journal of Social Theory* 8 (3), S. 341–363.
- Eriksen, Erik Oddvar / Fossum, John Erik / Menéndez, Agustín José (2003), The Charter of Fundamental Rights in Context, in: Erik Oddvar Eriksen / John Erik Fossum / Agustín José Menéndez (Hg.): *The chartering of Europe. The European charter of fundamental rights and its constitutional implications*, Baden-Baden, S. 17–29.
- Europäische Kommission, *Standard Eurobarometer* (1974–2018), URL: <http://ec.europa.eu/commfrontoffice/publicopinion/index.cfm/Survey/index#p=1&instruments=STANDARD> (17.09.2018).
- Fassbender, Bardo (2009), *The United Nations Charter as the constitution of the international community*, Leiden / Boston.
- Fischer, Klemens H. (2016), *Die Entwicklung des europäischen Vertragsrechts. Von den Römischen Verträgen bis zur EU-Verfassung*, einschließlich Begleit-CD-ROM mit Gesamtdokumentation, 2. Aufl., Baden-Baden.
- Follesdal, Andreas (2015), Democracy, identity, and European public spheres, in: Thomas Risse (Hg.): *European Public Spheres. Politics Is Back*, Cambridge, S. 247–262.
- Follesdal, Andreas / Hix, Simon (2006), Why There is a Democratic Deficit in the EU. A Response to Majone and Moravcsik, in: *Journal of Common Market Studies* 44 (3), S. 533–562.
- Forbath, William (1999), Constitutional Change and the Politics of History, in: *The Yale Law Journal* 108 (8), S. 1917–1930.
- Forster, Anthony (1997), The Ratchet of European Defence. Britain and the Reactivation of Western European Union, 1984–1991, in: Anne Deighton (Hg.): *Western European Union 1954–1997. Defence, Security, Integration*, Oxford, S. 29–45.
- Fossum, John Erik / Schlesinger, Philip (2007), The European Union and the public sphere. A communicative space in the making?, in: John Erik Fossum / Philip Schlesinger (Hg.): *The European Union and the public sphere. A communicative space in the making?*, London, S. 1–19.
- Foucault, Michel (1981 [1969]), *Archäologie des Wissens*, übers. von Ulrich Köppen, Frankfurt am Main.
- Franklin, Mark (2006), European elections and the European voter, in: Jeremy Richardson (Hg.): *European Union. Power and policy-making*, 3. Aufl., London, S. 227–246.
- Franklin, Mark / Marsh, Michael / McLaren, Lauren (1994), Uncorking the Bottle. Popular Opposition to European Unification in the Wake of Maastricht, in: *Journal of Common Market Studies* 32 (4), S. 455–472.
- Fraser, Nancy (1990), Rethinking the Public Sphere. A Contribution to the Critique of Actually Existing Democracy, in: *Social Text* 25/26, S. 56–80.
- Galpin, Charlotte / Trenz, Hans-Jörg (2018), Die Euroskeptizismus-Spirale: EU-Berichterstattung und Medien-Negativität, in: *Österreichische Zeitschrift für Soziologie* 43 (S1), S. 147–172.

- Galtung, Johan / Ruge, Mari H. (1965), The Structure of Foreign News. The Presentation of the Congo, Cuba and Cyprus Crises in Four Norwegian Newspapers, in: *Journal of Peace Research* 2, S. 64–91.
- Gattermann, Katjana (2012), *News about the European Parliament. Patterns and Drivers of Broadsheet Coverage*, Diss., LSE (European Institute), London, URL: [http://etheses.lse.ac.uk/433/1/Gattermann\\_News%20about%20the%20European%20Parliament.pdf](http://etheses.lse.ac.uk/433/1/Gattermann_News%20about%20the%20European%20Parliament.pdf) (17.09.2018).
- Gattermann, Katjana (2013), News about the European Parliament. Patterns and external drivers of broadsheet coverage, in: *European Union Politics* 14 (3), S. 436–457.
- Gattermann, Katjana (2015), Europäische Spitzenkandidaten und deren (Un-)Sichtbarkeit in der nationalen Zeitungsberichterstattung, in: Michael Kaeding / Niko Switek (Hg.): *Die Europawahl 2014. Spitzenkandidaten, Protestparteien, Nichtwähler*, Wiesbaden, S. 211–222.
- Gattermann, Katjana (2020), Die Berichterstattung über die europäischen Spitzenkandidaten in traditionellen, Online- und sozialen Medien im Europawahlkampf 2019, in: Michael Kaeding / Manuel Müller / Julia Schmäler (Hg.), *Die Europawahl 2019. Ringen um die Zukunft Europas*, Wiesbaden, S. 205–217.
- Gattermann, Katjana / Vasilopoulou, Sofia (2015), Absent yet popular? Explaining news visibility of Members of the European Parliament, in: *European Journal of Political Research* 54 (1), S. 121–140.
- Geary, Michael J. / Germond, Carine S. / Patel, Kiran Klaus (Hg., 2013), *The Maastricht Treaty. Negotiations and Consequences in Historical Perspective*. *Journal of European Integration History* 19 (1).
- Geelhoed, E. Bruce (1992), *Margaret Thatcher. In victory and downfall, 1987 and 1990*, New York.
- Gehler, Michael (2009a), Challenges and Opportunities. Surmounting Integration Crises in Historical Context, in: Ludger Kühnhardt (Hg.): *Crises in European Integration. Challenge and Response, 1945–2005*, New York, S. 109–129.
- Gehler, Michael (Hg., 2009b), *Netzwerke im europäischen Mehrebenensystem: Von 1945 bis zur Gegenwart. Networks in European Multi-Level Governance: From 1945 to the Present*, Wien.
- Gehler, Michael / Graf, Maximilian (Hg., 2017), *Europa und die deutsche Einheit. Beobachtungen, Entscheidungen und Folgen*, Göttingen.
- Gerhards, Jürgen (1993), Westeuropäische Integration und die Schwierigkeiten der Entstehung einer europäischen Öffentlichkeit, in: *Zeitschrift für Soziologie* 22 (2), S. 96–110.
- Gerhards, Jürgen (1997), Diskursive versus liberale Öffentlichkeit. Eine empirische Auseinandersetzung mit Jürgen Habermas, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 49 (1), S. 1–34.
- Gerhards, Jürgen (2000), Europäisierung von Ökonomie und Politik und die Trägheit der Entstehung einer europäischen Öffentlichkeit, in: Maurizio Bach (Hg.): *Die Europäisierung nationaler Gesellschaften*. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* (Sonderheft 40), Wiesbaden, S. 277–305.



- Gerhards, Jürgen (2002), Das Öffentlichkeitsdefizit der EU im Horizont normativer Öffentlichkeitstheorien, in: Hartmut Kaelble / Martin Kirsch / Alexander Schmidt-Gernig (Hg.): *Transnationale Öffentlichkeiten und Identitäten im 20. Jahrhundert*, Frankfurt am Main, S. 135–158.
- Gerhards, Jürgen / Lengfeld, Holger (2013), *Wir, ein europäisches Volk? Sozialintegration Europas und die Idee der Gleichheit aller europäischen Bürger*, Wiesbaden.
- GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften, *Eurobarometer Data Service. Main Eurobarometer Trends*, URL: <https://www.gesis.org/eurobarometer-data-service/search-data-access/eb-trends-trend-files/list-of-trends/> (17.09.2018).
- Gieber, Walter (1956), Across the Desk. A Study of 16 Telegraph Editors, in: *Journalism Quarterly* 33 (4), S. 423–432.
- Glencross, Andrew (2009), The Difficulty of Justifying European Integration as a Consequence of Depoliticization. Evidence from the 2005 French Referendum, in: *Government and Opposition* 44 (3), S. 243–261.
- Göler, Daniel / Marhold, Hartmut (2005), Die Konventsmethode. Institutionelles Experiment oder Modell für die Zukunft?, in: Mathias Jopp (Hg.): *Der Vertrag über eine Verfassung für Europa. Analysen zur Konstitutionalisierung der EU*, Baden-Baden, S. 453–472.
- Gramberger, Marc R. (1997), *Die Öffentlichkeitsarbeit der Europäischen Kommission 1952–1996. PR zur Legitimation von Integration?*, Baden-Baden.
- Grande, Edgar / Kriesi, Hanspeter (2015), The restructuring of political conflict in Europe and the politicization of European integration, in: Thomas Risse (Hg.): *European Public Spheres. Politics Is Back*, Cambridge, S. 190–224.
- Grimm, Dieter (1995), *Braucht Europa eine Verfassung?*, Vortrag, gehalten in der Carl-Friedrich-von-Siemens-Stiftung am 19. Januar 1994, München.
- Grimm, Dieter (2004), Integration durch Verfassung, in: *Leviathan* 32 (4), S. 448–463.
- Grimm, Dieter (2009), *Souveränität. Herkunft und Zukunft eines Schlüsselbegriffs*, Berlin.
- Grimm, Dieter (2016), *Europa ja – aber welches? Zur Verfassung der europäischen Demokratie*, 2. Aufl., München.
- Grob-Fitzgibbon, Benjamin (2016), *Continental Drift. Britain and Europe from the End of Empire to the Rise of Euroscepticism*, Cambridge.
- Gros, Daniel / Thygesen, Niels (1998), *European monetary integration. From the European Monetary System to Economic and Monetary Union*, 2. Aufl., Harlow.
- Guérot, Ulrike (1996), *Die PS und Europa. Eine Untersuchung der europapolitischen Programmatik der französischen Sozialisten, 1971–1995*, Bochum.
- Haas, Ernst B. (1964), *Beyond the Nation-State. Functionalism and International Organization*, Stanford.
- Haas, Ernst B. (2004), *The uniting of Europe. Political, social, and economic forces, 1950–1957*, Notre Dame.
- Habermas, Jürgen (1992), *Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats*, Frankfurt am Main.

- Habermas, Jürgen (1996a), Braucht Europa eine Verfassung? Eine Bemerkung zu Dieter Grimm, in: Jürgen Habermas: *Die Einbeziehung des Anderen. Studien zur politischen Theorie*, Frankfurt am Main, S. 185–191.
- Habermas, Jürgen (1996b), Drei normative Modelle der Demokratie, in: Jürgen Habermas: *Die Einbeziehung des Anderen. Studien zur politischen Theorie*, Frankfurt am Main, S. 277–292.
- Habermas, Jürgen (2001a), Braucht Europa eine Verfassung?, in: Jürgen Habermas: *Zeit der Übergänge*, Frankfurt am Main, S. 104–129.
- Habermas, Jürgen (2001b), Why Europe needs a Constitution, in: *New Left Review* 2001 (11), S. 5–26.
- Habermas, Jürgen (2011), *Zur Verfassung Europas. Ein Essay*, Berlin.
- Habermas, Jürgen (2014), Warum der Ausbau der Europäischen Union zu einer supranationalen Demokratie nötig und wie er möglich ist, in: *Leviathan* 42 (4), S. 524–538.
- Haftendorn, Helga (2008), German unification and European integration are but two sides of one coin. The FRG, Europe, and the diplomacy of German unification, in: Frédéric Bozo / Marie-Pierre Rey / N. Piers Ludlow / Leopoldo Nuti (Hg.): *Europe and the end of the Cold War. A reappraisal*, Abingdon / New York, S. 136–147.
- Hallin, Daniel C. / Mancini, Paolo (2004), *Comparing media systems. Three models of media and politics*, Cambridge / New York.
- Hallstein, Walter (1969), *Der unvollendete Bundesstaat. Europäische Erfahrungen und Erkenntnisse*, Düsseldorf / Wien.
- Harcup, Tony / O'Neill, Deirdre (2017), What is News? News values revisited (again), in: *Journalism Studies* 18 (12), S. 1470–1488.
- Hepp, Andreas / Elsler, Monika / Lingenberg, Swantje / Mollen, Anne / Möller, Johanna / Offerhaus, Anke (2016), *The Communicative Construction of Europe. Cultures of Political Discourse, Public Sphere, and the Euro Crisis*, Basingstoke / New York.
- Hoesch, Kirsten (2003), *Kontinuität und Wandel in der Kommunikationsstrategie der EU-Kommission*, Osnabrück.
- Hoffmann, Stanley (1966), Obstinate or Obsolete? The Fate of the Nation-State and the Case of Western Europe, in: *Daedalus* 95 (3), S. 862–915.
- Holtz-Bacha, Christina (2006), *Medienpolitik für Europa*, Wiesbaden.
- Hooghe, Liesbet / Marks, Gary (2009), A Postfunctionalist Theory of European Integration. From Permissive Consensus to Constraining Dissensus, in: *British Journal of Political Science* 39 (01), S. 1–23.
- Hopkins, Daniel J. (2018), *The increasingly United States. How and why American political behavior nationalized*, Chicago.
- Howarth, David J. (2001), *The French road to European monetary union*, Basingstoke / New York.

- Howorth, Jolyon (2008), The EU, NATO and the origins of CFSP and ESDP. Old thinking, false starts and new imperatives, in: Frédéric Bozo / Marie-Pierre Rey / N. Piers Ludlow / Leopoldo Nuti (Hg.): *Europe and the end of the Cold War. A reappraisal*, Abingdon / New York, S. 259–270.
- Howorth, Jolyon / Keeler, John T. S. (Hg., 2003), *Defending Europe. The EU, NATO and the quest for European autonomy*, New York.
- Hrbek, Rudolf (2014), Europapolitik als Kontroversthemata zwischen Bund und Ländern, in: Hanns Jürgen Küsters (Hg.): *Deutsche Europapolitik Christlicher Demokraten. Von Konrad Adenauer bis Angela Merkel (1945–2013)*, Düsseldorf, S. 383–417.
- Hurrelmann, Achim (2005), Gibt es eine demokratiefähige europäische Gesellschaft? Theoretische Überlegungen und empirische Befunde, in: Wilfried Loth (Hg.): *Europäische Gesellschaft. Grundlagen und Perspektiven*, Wiesbaden, S. 83–97.
- Hurrelmann, Achim (2007), European Democracy, the „Permissive Consensus“ and the Collapse of the EU Constitution, in: *European Law Journal* 13 (3), S. 343–359.
- Ipsen, Hans Peter (1972), *Europäisches Gemeinschaftsrecht*, Tübingen.
- Ivic, Sanja (2017), The concept of a European public sphere within European public discourse, in: *Etikk i Praksis. Nordic Journal of Applied Ethics* 11 (2), S. 1–16.
- Jachtenfuchs, Markus / Kohler-Koch, Beate (Hg., 1996), *Europäische Integration*, Wiesbaden.
- Jackisch, Klaus-Rainer (2004), *Eisern gegen die Einheit. Margaret Thatcher und die deutsche Wiedervereinigung*, Frankfurt am Main.
- Jaklic, Klemen (2014), *Constitutional pluralism in the EU*, Oxford.
- Janning, Josef (1991), Bundesrepublik Deutschland, in: Werner Weidenfeld / Wolfgang Wessels (Hg.): *Jahrbuch der Europäischen Integration 1990/91*, Bonn, S. 299–308.
- Jansen, Thomas / Schönlau, Justus (2006), Der Parteienartikel als Impulsgeber? Die Entwicklung der Rechtsgrundlagen für die „Europäischen Politischen Parteien“, in: Jürgen Mittag (Hg.): *Politische Parteien und europäische Integration. Entwicklung und Perspektiven transnationaler Parteienkooperation in Europa*, Essen, S. 515–534.
- Jarass, Hans D. (1996), *Europäisches Energierecht. Bestand – Fortentwicklung – Umweltschutz*, Berlin.
- Jarren, Otfried / Vogel, Martina (2009), Gesellschaftliche Selbstbeobachtung und Koorientierung. Die Leitmedien der modernen Gesellschaft, in: Daniel Müller / Annemone Ligensa / Peter Gendolla (Hg.): *Leitmedien. Konzepte – Relevanz – Geschichte*, Bielefeld, S. 71–92.
- Jentges, Erik / Trenz, Hans-Jörg / Vettors, Regina (2007), Von der politischen zur sozialen Konstitutionalisierung Europas. Verfassungsgebung als Katalysator europäischer Vergesellschaftung?, in: *Politische Vierteljahresschrift* 48 (4), S. 705–729.
- Johansson, Karl Magnus (2002), Another Road to Maastricht. The Christian Democrat Coalition and the Quest for European Union, in: *Journal of Common Market Studies* 40 (5), S. 871–893.

- Jonung, Lars / Drea, Eoin (2010), It Can't Happen, It's a Bad Idea, It Won't Last. U.S. Economists on the EMU and the Euro, 1989–2002, in: *Econ Journal Watch* 7 (1), S. 4–52.
- Jopp, Mathias / Diedrichs, Udo (2009), Learning from Failure. The Evolution of the EU's Foreign, Security and Defense Policy in the Course of the Yugoslav Crisis, in: Ludger Kühnhardt (Hg.): *Crises in European Integration. Challenge and Response, 1945–2005*, New York, S. 95–107.
- Jopp, Mathias / Matl, Saskia (2005), Der Europäische Verfassungsvertrag als Höhepunkt im Prozess der Konstitutionalisierung der EU. Eine Einführung, in: Mathias Jopp (Hg.): *Der Vertrag über eine Verfassung für Europa. Analysen zur Konstitutionalisierung der EU*, Baden-Baden, S. 15–41.
- Kaelble, Hartmut (1987), *Auf dem Weg zu einer europäischen Gesellschaft. Eine Sozialgeschichte Westeuropas, 1880–1980*, München.
- Kaelble, Hartmut (1999), Die europäische Öffentlichkeit in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Eine Skizze, in: Michael Grüttner / Rüdiger Hachtmann / Heinz-Gerhard Haupt (Hg.): *Geschichte und Emanzipation. Festschrift für Reinhard Rürup*, Frankfurt am Main / New York, S. 651–678.
- Kaelble, Hartmut (2002), The Historical Rise of a European Public Sphere?, in: *Journal of European Integration History* 8 (2), S. 9–22.
- Kaelble, Hartmut (2005), Eine europäische Gesellschaft?, in: Gunnar Folke Schuppert / Ingolf Pernice / Ulrich R. Haltern / Maurizio Bach (Hg.): *Europawissenschaft*, Baden-Baden, S. 299–330.
- Kaelble, Hartmut (2007), *Sozialgeschichte Europas. 1945 bis zur Gegenwart*, München.
- Kaelble, Hartmut (2012), Konvergenzen und Divergenzen in der Gesellschaft Europas seit 1945, in: Lutz Raphael (Hg.): *Theorien und Experimente der Moderne. Europas Gesellschaften im 20. Jahrhundert*, Köln, S. 21–36.
- Kaelble, Hartmut (2014), Politisierung und Identifizierung mit der Europäischen Union während der 1980er und 1990er Jahre, in: Michaela Bachem-Rehm / Claudia Hiepel / Henning Türk (Hg.): *Teilungen überwinden. Europäische und internationale Geschichte im 19. und 20. Jahrhundert*. Festschrift für Wilfried Loth, München, S. 587–597.
- Kaiser, Wolfram (1997), Challenge to the Community. The Creation, Crisis and Consolidation of the European Free Trade Association, 1958–72, in: *Journal of European Integration History* 3 (1), S. 7–33.
- Kaiser, Wolfram (Hg., 2009), *Networks in European Union Governance*. *Journal of Public Policy* 29 (2).
- Kaiser, Wolfram (2018), *Shaping European Union. The European Parliament and Institutional Reform, 1979–1989*, Brüssel.
- Kantner, Cathleen (2004), *Kein modernes Babel. Kommunikative Voraussetzungen europäischer Öffentlichkeit*, Wiesbaden.
- Kantner, Cathleen (2015), National media as transnational discourse arenas. The case of humanitarian military interventions, in: Thomas Risse (Hg.): *European Public Spheres. Politics Is Back*, Cambridge, S. 84–107.

- Keating, Tamara (2004), *Constructing the Gaullist consensus. A Cultural Perspective on French Policy toward the United States in NATO (1958–2000)*, Baden-Baden.
- Kelemen, R. Daniel / Eeckhout, Piet / Fabbrini, Federico / Pech, Laurent / Uitz, Renáta (2020), National Courts Cannot Override CJEU Judgments. A Joint Statement in Defense of the EU Legal Order, in: *Verfassungsblog*, DOI: 10.17176/20200527–013240–0.
- Kepplinger, Hans Mathias (1998), Der Nachrichtenwert der Nachrichtenfaktoren, in: Christina Holtz-Bacha / Helmut Scherer / Norbert Waldmann (Hg.): *Wie die Medien die Welt erschaffen und wie die Menschen darin leben*. Für Winfried Schulz. Unter Mitarbeit von Winfried Schulz, Opladen, S. 19–38.
- Kepplinger, Hans Mathias / Ehmig, Simone Christine (2006), Predicting news decisions. An empirical test of the two-component theory of news selection, in: *Communications* 31 (1), S. 25–43.
- Kepplinger, Hans Mathias / Weißbecker, Helga (1991), Negativität als Nachrichtenideologie, in: *Publizistik* 36, S. 330–342.
- Kielmansegg, Peter Graf (1996), Integration und Demokratie, in: Markus Jachtenfuchs / Beate Kohler-Koch (Hg.): *Europäische Integration*, Wiesbaden, S. 47–71.
- Klarman, Michael L. (1992), Constitutional Fact / Constitutional Fiction. A Critique of Bruce Ackerman's Theory of Constitutional Moments, in: *Stanford Law Review* 44 (3), S. 759–797.
- Kleinen-von Königslöw, Katharina (2010), Europe for the People? The Europeanization of Public Spheres in the Tabloid Press, in: David Tréfás / Jens Lucht (Hg.): *Europe on trial. Shortcomings of the EU with regard to democracy, public sphere, and identity*, Innsbruck / Wien / Bozen, S. 44–59.
- König, Thomas / Rieger, Elmar / Schmitt, Hermann (Hg., 1996), *Das europäische Mehrebenensystem*, Frankfurt am Main.
- Koopmans, Ruud (2015), How advanced is the Europeanization of public spheres? Comparing German and European structures of political communication, in: Thomas Risse (Hg.): *European Public Spheres. Politics Is Back*, Cambridge, S. 53–82.
- Koopmans, Ruud / Erbe, Jessica (2004), Towards a European public sphere? Vertical and horizontal dimensions of Europeanized political communication, in: *Innovation: The European Journal of Social Science Research* 17 (2), S. 97–118.
- Koopmans, Ruud / Erbe, Jessica / Meyer, Martin F. (2010), The Europeanization of Public Spheres. Comparisons across Issues, Time, and Countries, in: Paul Statham / Ruud Koopmans (Hg.): *The making of a European public sphere. Media discourse and political contention*, Cambridge, S. 63–96.
- Koopmans, Ruud / Statham, Paul (2010), Theoretical Framework, Research Design, and Methods, in: Paul Statham / Ruud Koopmans (Hg.): *The making of a European public sphere. Media discourse and political contention*, Cambridge, S. 34–60.
- Kotalakidis, Nikolaos (2000), *Von der nationalen Staatsangehörigkeit zur Unionsbürgerschaft. Die Person und das Gemeinwesen*, Baden-Baden.

- Kreilinger, Valentin (2019), *National parliaments in Europe's post-crisis economic governance*, Diss., Hertie School of Governance, Berlin, URL: <https://opus4.kobv.de/opus4-hsog/frontdoor/deliver/index/docId/2730/file/KreilingerDissertationPUBLICATION.pdf> (07.09.2020).
- Kumm, Mattias (2005), To Be A European Citizen? The Absence of Constitutional Patriotism and the Constitutional Treaty, in: *Columbia Journal of European Law* 11, S. 481–522.
- Kumm, Mattias (2008), Why Europeans will not embrace constitutional patriotism, in: *International Journal of Constitutional Law* 6 (1), S. 117–136.
- Küsters, Hanns Jürgen (2000), *Der Integrationsfriede. Viernächte-Verhandlungen über die Friedensregelung mit Deutschland 1945–1990*, München.
- Küsters, Hanns Jürgen (2001), La controverse entre le chancelier Helmut Kohl et le président François Mitterrand à propos de la réforme institutionnelle de la Communauté européenne (1989/1990), in: Marie-Thérèse Bitsch (Hg.): *Le couple France-Allemagne et les institutions européennes. Une postérité pour le plan Schuman?*, Brüssel, S. 487–516.
- La Torre, Massimo (2003), The Law Beneath Rights' Feet. Law, Politics and the Charter of Fundamental Rights of the European Union, in: Erik Oddvar Eriksen / John Erik Fossum / Agustín José Menéndez (Hg.): *The chartering of Europe. The European charter of fundamental rights and its constitutional implications*, Baden-Baden, S. 71–92.
- Latzer, Michael / Saurwein, Florian (2006), Europäisierung durch Medien. Ansätze und Erkenntnisse der Öffentlichkeitsforschung, in: Wolfgang R. Langenbacher / Michael Latzer (Hg.): *Europäische Öffentlichkeit und medialer Wandel. Eine transdisziplinäre Perspektive*, Wiesbaden, S. 10–44.
- Laumen, Anne / Maurer, Andreas (2006), *Jenseits des „Permissive Consensus“. Bevölkerungsorientierung gegenüber Europäischer Integration im Wandel?*, Diskussionspapier, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin.
- Laursen, Finn (Hg., 2012), *Designing the European Union. From Paris to Lisbon*, Basingstoke / New York.
- Lequesne, Christian (1990), Frankreich, in: Werner Weidenfeld / Wolfgang Wessels (Hg.): *Jahrbuch der Europäischen Integration 1989/90*, Bonn, S. 321–327.
- Leucht, Brigitte / Gehler, Michael / Kaiser, Wolfram (Hg., 2010), *Transnational networks in regional integration. Governing Europe 1945–83*, New York.
- Ley, Isabelle (2009), Kant versus Locke. Europarechtlicher und völkerrechtlicher Konstitutionalismus im Vergleich, in: *Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht* 69 (2), S. 317–345.
- Lindberg, Leon N. / Scheingold, Stuart A. (1970), *Europe's would-be polity. Patterns of change in the European Community*, Englewood Cliffs, NJ.
- Lipgens, Walter (Hg., 1968), *Europa-Föderationspläne der Widerstandsbewegungen 1940–1945. Eine Dokumentation*, ges. u. eingel. von Walter Lipgens, München.
- Lipp, Ernst-Moritz / Reichert, Horst (1991), Konfliktfelder auf dem Weg zur Europäischen Währungsunion, in: Manfred Weber (Hg.): *Europa auf dem Weg zur Währungsunion*, Darmstadt, S. 31–48.

- Lippmann, Walter (1991 [1922]), *Public opinion*, New Brunswick, NJ.
- Löffler, Bernhard (2010), „Eine Art Religionskrieg“. Argumentationsmuster, Diskursstrategien und politische Symbolik in den deutsch-französischen Debatten um die Einführung des Euro, in: Bernhard Löffler (Hg.): *Die kulturelle Seite der Währung. Europäische Währungskulturen, Geldwerterfahrungen und Notenbankssysteme im 20. Jahrhundert*. Historische Zeitschrift Beihefte, Neue Folge (50), München, S. 123–168.
- Loth, Wilfried (2013), Negotiating the Maastricht Treaty, in: Michael J. Geary / Carine S. Germond / Kiran Klaus Patel (Hg.): *The Maastricht Treaty. Negotiations and Consequences in Historical Perspective*. Journal of European Integration History 19 (1), S. 67–83.
- Loth, Wilfried (2014), *Europas Einigung. Eine unvollendete Geschichte*, Frankfurt am Main.
- Ludlow, N. Piers (2008), A naturally supportive environment? The European institutions and German unification, in: Frédéric Bozo / Marie-Pierre Rey / N. Piers Ludlow / Leopoldo Nuti (Hg.): *Europe and the end of the Cold War. A reappraisal*, Abingdon / New York, S. 161–173.
- Ludlow, N. Piers (2013), European Integration in the 1980s. On the Way to Maastricht?, in: Michael J. Geary / Carine S. Germond / Kiran Klaus Patel (Hg.): *The Maastricht Treaty. Negotiations and Consequences in Historical Perspective*. Journal of European Integration History 19 (1), S. 11–22.
- Ludlow, N. Piers (2017), Not a wholly new Europe. How the integration framework shaped the end of the Cold War in Europe, in: Frédéric Bozo / Andreas Rödder / Mary Elise Sarotte (Hg.): *German Reunification. A multinational history*, New York, S. 133–152.
- Ludlow, N. Piers (2019), Die Kommission und die institutionellen Reformen, in: Vincent Dujardin / Éric Bussière / N. Piers Ludlow / Federico Romero / Dieter Schlenker / Antonio Varsori (Hg.), *Die Europäische Kommission 1986–2000. Geschichte und Erinnerungen einer Institution*, Luxemburg, S. 163–172.
- Luhmann, Niklas (1971), Öffentliche Meinung, in: Niklas Luhmann: *Politische Planung. Aufsätze zur Soziologie von Politik und Verwaltung*, Opladen, S. 9–34.
- Luhmann, Niklas (1983 [1969]), *Legitimation durch Verfahren*, Frankfurt am Main.
- Luhmann, Niklas (2009), *Die Realität der Massenmedien*, 4. Aufl., Wiesbaden.
- Machill, Marcel / Beiler, Markus / Fischer, Corinna (2006), Europa-Themen in Europas Medien – die Debatte um die europäische Öffentlichkeit. Eine Metaanalyse medieninhaltsanalytischer Studien, in: Wolfgang R. Langenbucher / Michael Latzer (Hg.): *Europäische Öffentlichkeit und medialer Wandel. Eine transdisziplinäre Perspektive*, Wiesbaden, S. 132–155.
- Maduro, Miguel (2003a), Contrapunctual Law. Europe’s Constitutional Pluralism in Action, in: Neil Walker (Hg.): *Sovereignty in transition*, Oxford / Portland / Or, S. 501–538.

- Maduro, Miguel (2003b), The Double Constitutional Life of the Charter of Fundamental Rights, in: Erik Oddvar Eriksen / John Erik Fossum / Agustín José Menéndez (Hg.): *The chartering of Europe. The European charter of fundamental rights and its constitutional implications*, Baden-Baden, S. 199–227.
- Magnette, Paul (1998), European citizenship from Maastricht to Amsterdam. The narrow path of legitimation, in: *Journal of European Integration* 21 (1), S. 37–69.
- Maier, Michaela / Marschall, Joachim / Stengel, Karin (2010), *Nachrichtenwerttheorie*, Baden-Baden.
- Majone, Giandomenico (1994), The rise of the regulatory state in Europe, in: *West European Politics* 17 (3), S. 77–101.
- Majone, Giandomenico (1999), The regulatory state and its legitimacy problems, in: *West European Politics* 22 (1), S. 1–24.
- Majone, Giandomenico (2002), The European Commission. The Limits of Centralization and the Perils of Parliamentarization, in: *Governance* 15 (3), S. 375–392.
- Maricot, Bertrand (2010), *Le RPR et la construction européenne. Se convertir ou disparaître? (1976–2002)*, Paris.
- Masini, Fabio (2010), Alternative Routes to Monetary Integration in the British Economic and Political Debate (1989–91), in: *Storia del Pensiero Economico* 1, S. 71–97.
- Mayer, Franz C. (2000), *Kompetenzüberschreitung und Letztentscheidung. Das Maastricht-Urteil des Bundesverfassungsgerichts und die Letztentscheidung über Ultra vires-Akte in Mehrebenensystemen: Eine rechtsvergleichende Betrachtung von Konflikten zwischen Gerichten am Beispiel der EU und der USA*, München.
- Mayer, Franz C. (2005), Europa als Rechtsgemeinschaft, in: Gunnar Folke Schuppert / Ingolf Pernice / Ulrich R. Haltern / Maurizio Bach (Hg.): *Europawissenschaft*, Baden-Baden, S. 429–487.
- Mazzeuelli, Colette (2012), The Treaty of Maastricht. Designing the European Union, in: Finn Laursen (Hg.): *Designing the European Union. From Paris to Lisbon*, Basingstoke / New York, S. 147–179.
- Mbongo, Pascal (1999), *La gauche au pouvoir et les libertés publiques (1981–1995)*, Paris.
- McNamara, Kathleen R. / Musgrave, Paul (2020), Democracy and Collective Identity in the EU and the USA, in: *Journal of Common Market Studies* 58 (1), S. 172–188.
- Menéndez, Agustín José (2002), Chartering Europe. Legal Status and Policy Implications of the Charter of Fundamental Rights of the European Union, in: *Journal of Common Market Studies* 40 (3), S. 471–490.
- Menon, Anand (2000), *France, NATO and the Limits of Independence, 1981–97. The Politics of Ambivalence*, Basingstoke.
- Metzler, Gabriele (2010), „Abolish the pound and you abolish Britain“. Pfund Sterling, Bank of England und britische Identität im 20. Jahrhundert, in: Bernhard Löffler (Hg.): *Die kulturelle Seite der Währung. Europäische Währungskulturen, Geldwerterfahrungen und Notenbanksysteme im 20. Jahrhundert*. Historische Zeitschrift Beihefte, Neue Folge (50), München, S. 169–197.



- Meyer, Christoph O. (2000), Ansätze einer europäischen Öffentlichkeit. Länderübergreifender investigativer Journalismus und der Rücktritt der EU-Kommission, in: Barbara Baerns / Juliana Raupp (Hg.): *Information und Kommunikation in Europa: Forschung und Praxis. Transnational communication in Europe: Practice and research*, Berlin, S. 107–127.
- Meyer, Christoph O. (2002), *Europäische Öffentlichkeit als Kontrollsphäre. Die Europäische Kommission, die Medien und politische Verantwortung*, Berlin.
- Meyer, Christoph O. (2003), Die Wächterfunktion von europäischer Öffentlichkeit. Das Brüsseler Pressecorps und der Rücktritt der EU-Kommission, in: Ansgar Klein / Ruud Koopmans / Hans-Jörg Trenz / Ludger Klein / Christian Lahusen / Dieter Rucht (Hg.): *Bürgerschaft, Öffentlichkeit und Demokratie in Europa*, Opladen, S. 231–345.
- Meyer, Henrik (2004), *Deutsche Europapolitik unter Helmut Kohl. Die Auswirkungen des politischen Umfeldes auf die Integrationsbereitschaft der Bundesregierung*, Berlin.
- Meyer, Hinnerk (2014), *Formationsphasen der europäischen Integrationspolitik im Vergleich. Relance Européenne (1954/55–1958) und Lancierung des Binnenmarktes (1985–1993) im Urteil der Bundesrepublik, Frankreichs und Großbritanniens*, Hildesheim.
- Meyer, Hinnerk (2017), Participation on limited cooperation. Großbritanniens schwierige Rolle im deutschen Einigungsprozess 1989/90, in: Michael Gehler / Maximilian Graf (Hg.): *Europa und die deutsche Einheit. Beobachtungen, Entscheidungen und Folgen*, Göttingen, S. 141–160.
- Meyer, Jan-Henrik (2007a), A European Public Sphere at the Summits of The Hague (1969) and Paris (1974): Common Issues and Frames in British, French and German Newspapers, in: Jan van der Harst (Hg.): *Beyond the customs union. The European community's quest for deepening, widening and completion, 1969–1975*, Brüssel / Baden-Baden / Paris, S. 341–357.
- Meyer, Jan-Henrik (2007b), Was There a European Public Sphere at the Summit of The Hague 1969? An Analysis of Discourses on the Legitimacy of the EC, in: Marie-Thérèse Bitsch / Wilfried Loth / Charles Barthel (Hg.): *Cultures politiques, opinions publiques et intégration européenne*, Brüssel, S. 227–245.
- Meyer, Jan-Henrik (2008), The Fall and Rise of European Public Sphere 1969–1991. Path Dependent Responses to European Integration, in: Federica Di Sarcina / Laura Grazi / Laura Scichilone (Hg.): *Europa vicina e lontana. Idee e percorsi dell'integrazione europea*, Florenz, S. 327–340.
- Meyer, Jan-Henrik (2009), Transnational Communication in the European public sphere. The Summit of The Hague 1969, in: Wolfram Kaiser / Brigitte Leucht / Morten Rasmussen (Hg.): *The history of the European Union. Origins of a trans- and supranational polity 1950–72*, New York, S. 110–128.
- Meyer, Jan-Henrik (2010), *The European public sphere. Media and transnational communication in European integration 1969–1991*, Stuttgart.
- Meyer, Jan-Henrik (2016), Der Haager Gipfel von 1969. Von den Krisen der Europäischen Gemeinschaften der 1960er-Jahre zum europäischen politischen System, in: Rüdiger Hohls / Hartmut Kaelble (Hg.): *Geschichte der europäischen Integration bis 1989*, Stuttgart, S. 163–172.

- Michailidou, Asimina / Trenz, Hans-Jörg (2013), Mediatized representative politics in the European Union. Towards audience democracy?, in: *Journal of European Public Policy* 20 (2), S. 260–277.
- Mihelj, Sabina (2007), The European and the National in Communication Research, in: *European Journal of Communication* 22 (4), S. 443–459.
- Miklin, Eric (2014), From ‚Sleeping Giant‘ to Left-Right Politicization? National Party Competition on the EU and the Euro Crisis, in: *Journal of Common Market Studies* 52 (6), S. 1199–1206.
- Milward, Alan S. (1992), *The European rescue of the nation-state*, London.
- Mitrany, David (1975), *A Working Peace System*, Introduction to the 4th edition of *A Working Peace System* (London, 1946), in: David Mitrany: *The functional theory of politics*, London, S. 123–132.
- Mittag, Jürgen (Hg., 2006), *Politische Parteien und europäische Integration. Entwicklung und Perspektiven transnationaler Parteienkooperation in Europa*, Essen.
- Mittag, Jürgen / Bräth, Eva (2006), Parteienzusammenarbeit in Europa. Entwicklungslinien und Perspektiven, in: Jürgen Mittag (Hg.): *Politische Parteien und europäische Integration. Entwicklung und Perspektiven transnationaler Parteienkooperation in Europa*, Essen, S. 699–721.
- Monar, Jörg (2012), Justice and Home Affairs. The Treaty of Maastricht as a Decisive Intergovernmental Gate Opener, in: Thomas Christiansen / Simon Duke (Hg.): *The Maastricht Treaty. Second Thoughts after 20 Years*. *Journal of European Integration* 34 (7), S. 717–734.
- Moravcsik, Andrew (1991), Negotiating the Single European Act. National Interests and Conventional Statecraft in the European Community, in: *International Organization* 45 (01), S. 19–56.
- Moravcsik, Andrew (1993), Preferences and Power in the European Community. A Liberal Intergovernmentalist Approach, in: *Journal of Common Market Studies* 31 (4), S. 473–524.
- Moravcsik, Andrew (1998), *The Choice for Europe. Social Purpose and State Power from Messina to Maastricht*, Ithaca, NY.
- Moravcsik, Andrew (2002), In Defence of the ‚Democratic Deficit‘. Reassessing Legitimacy in the European Union, in: *Journal of Common Market Studies* 40 (4), S. 603–624.
- Moravcsik, Andrew (2004), Is there a ‚Democratic Deficit‘ in World Politics? A Framework for Analysis, in: *Government and Opposition* 39 (2), S. 336–363.
- Moravcsik, Andrew (2006), What can we learn from the collapse of the European constitutional project?, in: *Politische Vierteljahresschrift* 47 (2), S. 219–241.
- Müller, Manuel (2011), The European public sphere in the run-up to the Maastricht Treaty. Who was the addressee of the debate on the „hard ECU“ proposal?, in: *zeitgeschichte* 38 (4), S. 232–244.

- Müller, Manuel (2012), Delegitimation durch Verfahren. Wie sich das Änderungsverfahren auf die öffentliche Wahrnehmung von nationalen Verfassungen und von Gründungsverträgen internationaler Organisationen auswirkt, Ein nachrichtenwertbasierter Ansatz, in: Ingolf Pernice / Manuel Müller / Christopher Peters (Hg.): *Konstitutionalisierung jenseits des Staates. Zur Verfassung der Weltgemeinschaft und den Gründungsverträgen internationaler Organisationen*, Baden-Baden, S. 163–190.
- Müller, Manuel (2016), Diplomatie vs. Parlamentarismus. Altiero Spinellis Ablehnung des Genscher-Colombo-Plans 1981, in: Rüdiger Hohls / Hartmut Kaelble (Hg.): *Geschichte der europäischen Integration bis 1989*, Stuttgart, S. 177–184.
- Musitelli, Jean (2011), François Mitterrand, architecte de la Grande Europe. Le projet de Confédération européenne (1990–1991), in: *Revue internationale et stratégique* 82 (2), S. 18–28.
- Negrine, Ralph M. (1996), *The communication of politics*, London.
- Neidhardt, Friedhelm (2006), Europäische Öffentlichkeit als Prozess. Anmerkungen zum Forschungsstand, in: Wolfgang R. Langenbucher / Michael Latzer (Hg.): *Europäische Öffentlichkeit und medialer Wandel. Eine transdisziplinäre Perspektive*, Wiesbaden, S. 47–61.
- Neunreither, Karlheinz (1994), The Democratic Deficit of the European Union. Towards Closer Cooperation between the European Parliament and the National Parliaments, in: *Government and Opposition* 29 (3), S. 299–314.
- Noelle-Neumann, Elisabeth (1995), Die öffentliche Meinung, in: Werner Weidenfeld / Wolfgang Wessels (Hg.): *Jahrbuch der Europäischen Integration 1994/95*, Bonn, S. 267–276.
- Novy, Leonard (2013), *Britain and Germany imagining the future of Europe. National identity, mass media and the public sphere*, Basingstoke / New York.
- O'Connor, Eric (2014), A Salutary Shock. The European Suffrage Movement and Democracy in the European Community, 1948–1973, in: *Journal of Contemporary European Research* 10 (1), S. 57–73.
- O'Driscoll, Mervyn (2017), A Small Country's Big Responsibility. Ireland, German Reunification and „the Acceleration of History“ 1989–1990, in: Michael Gehler / Maximilian Graf (Hg.): *Europa und die deutsche Einheit. Beobachtungen, Entscheidungen und Folgen*, Göttingen, S. 205–240.
- Oberleitner, Rainer (1998), *Schengen und Europol. Kriminalitätsbekämpfung in einem Europa der inneren Sicherheit*, Wien.
- Oeter, Stefan (2009), Föderalismus und Demokratie, in: Armin von Bogdandy / Jürgen Bast (Hg.): *Europäisches Verfassungsrecht. Theoretische und dogmatische Grundzüge*, 2., vollst. aktualisierte und erw. Aufl., Berlin / Heidelberg, S. 73–120.
- Offe, Claus (2003), Is there, or can there be, a ‚European Society?‘, in: Ines Katzenhusen / Wolfram Lamping (Hg.): *Demokratien in Europa. Der Einfluss der europäischen Integration auf Institutionenwandel und neue Konturen des demokratischen Verfassungsstaates*, Opladen, S. 71–90.

- Offerhaus, Anke (2011), *Die Professionalisierung des deutschen EU-Journalismus. Expertisierung, Inszenierung und Institutionalisierung der europäischen Dimension im deutschen Journalismus*, Wiesbaden.
- Oldhaver, Mathias (2000), *Öffentliche Meinung in der Sicherheitspolitik. Untersuchung am Beispiel der Debatte über einen Einsatz der Bundeswehr im Golfkrieg*, Baden-Baden.
- Oppermann, Kai / Viehrig, Henrike (2009), The Public Salience of Foreign and Security Policy in Britain, Germany and France, in: *West European Politics* 32 (5), S. 925–942.
- Ortmann, Anke (2015), Die Abstimmungsregel im Fiskalvertrag. Kollision von Völker- und Unionsrecht?, in: *Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht* (14), S. 539–543.
- Østgaard, Einar (1965), Factors Influencing the Flow of News, in: *Journal of Peace Research* 2, S. 39–63.
- Paasch, Jana (2018), Nationale Parlamente als Arenen der Politisierung der EU, in: Lisa H. Anders / Henrik Scheller / Thomas Tuntschew (Hg.): *Parteien und die Politisierung der Europäischen Union*, Wiesbaden, S. 193–217.
- Palayret, Jean-Marie (2010), François Mitterrand and the Spinelli Treaty of 1984. Support or Instrumentalization?, in: Andrew Glencross / Alexandre H. Trechsel (Hg.): *EU federalism and constitutionalism. The legacy of Altiero Spinelli*, Lanham, S. 103–115.
- Paoli, Simone (2011), The long path to a European Television Channel. Democracy, Broadcasting and European Unification at the time of the Communication Satellites (1976–1986), in: *zeitgeschichte* 38 (4), S. 251–264.
- Pastors, Sven (2005), *Anpassung um jeden Preis? Die europapolitischen Strategien der Niederlande in den Neunzigerjahren*, Münster / New York.
- Paterson, William E. (1993), Muß Europa Angst vor Deutschland haben?, in: Rudolf Hrbek / Peter Bofinger (Hg.): *Der Vertrag von Maastricht in der wissenschaftlichen Kontroverse*, Beiträge für das Jahreskolloquium des Arbeitskreises Europäische Integration e.V., 12.–14. November 1992 in Bonn, Baden-Baden, S. 9–18.
- Pernice, Ingolf (1996), Die Dritte Gewalt im europäischen Verfassungsverbund, in: *Europarecht* 31, S. 27–43.
- Pernice, Ingolf (2002), The Role of National Parliaments in the European Union, in: Dimitris K. Melissas / Ingolf Pernice (Hg.): *Perspectives of the Nice Treaty and the Intergovernmental Conference in 2004*, Baden-Baden, S. 73–93.
- Pernice, Ingolf (2004), The Draft Constitution of the European Union. A Constitutional Treaty at a Constitutional Moment?, in: Ingolf Pernice / Miguel Maduro (Hg.): *A Constitution for the European Union. First Comments on the 2003-Draft of the European Convention*, Baden-Baden, S. 13–21.
- Pernice, Ingolf (2010), Verfassungsverbund, in: Claudio Franzus / Franz C. Mayer / Jürgen Neyer (Hg.): *Strukturfragen der Europäischen Union*, Baden-Baden, S. 102–118.
- Peters, Anne (2004), Europäische Öffentlichkeit im europäischen Verfassungsprozess, in: *Europarecht* 39 (3), S. 375–392.

- Peters, Anne (2009), *Membership in the Global Constitutional Community*, in: Jan Klabbers, Anne Peters und Geir Ulfstein: *The constitutionalization of international law*, Oxford / New York, S. 201–219.
- Pfetsch, Barbara / Adam, Silke / Eschner, Barbara (2008), The contribution of the press to Europeanization of public debates, in: *Journalism* 9 (4), S. 465–492.
- Pfetsch, Barbara / Adam, Silke / Eschner, Barbara (2010), The Media's Voice over Europe. Issue Salience, Openness, and Conflict Lines in Editorials, in: Paul Statham / Ruud Koopmans (Hg.): *The making of a European public sphere. Media discourse and political contention*, Cambridge, S. 151–170.
- Pfetsch, Barbara / Heft, Annett (2015), Theorizing communication flows within a European public sphere, in: Thomas Risse (Hg.): *European Public Spheres. Politics Is Back*, Cambridge, S. 29–52.
- Pfetsch, Barbara / Koopmans, Ruud (2006), Unter falschem Verdacht. Massenmedien und die Europäisierung der politischen Öffentlichkeit in Deutschland, in: Wolfgang R. Langenbucher / Michael Latzer (Hg.): *Europäische Öffentlichkeit und medialer Wandel. Eine transdisziplinäre Perspektive*, Wiesbaden, S. 179–191.
- Pinder, John (2007), Altiero Spinelli's European Federal Odyssey, in: *The International Spectator* 42 (4), S. 571–588.
- Poast, Paul D. (2004), The Wall and Maastricht. Exogenous shocks and the initiation of the EMU and EPU IGCs, in: *Journal of European Integration* 26 (3), S. 281–307.
- Poggiolini, Ilaria (2019), All about Europe? France, Great Britain, and the Question of German Unification, 1989–1990, in Frédéric Bozo / Christian Wenkel (Hg.), *France and the German Question, 1945–1990*, New York, S. 201–218.
- Pollak, Johannes / Slominski, Peter (2005), „Konstitutioneller Moment“ und Verfassungsreform. Eine Einschätzung des Österreich-Konvents, in: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft* 34 (4), S. 337–350.
- Pollak, Johannes / Slominski, Peter (2006), *Das politische System der EU*, Wien.
- Ponzano, Paolo (2010), The „Spinelli Treaty“ of February 1984. The Start of the Process of Constitutionalizing the EU, in: Andrew Glencross / Alexandre H. Trechsel (Hg.): *EU federalism and constitutionalism. The legacy of Altiero Spinelli*, Lanham, S. 3–10.
- Posluschny, Myra (2010), *Europäische Medienöffentlichkeit: Demokratisierung der Europäischen Union? Eine systemtheoretische Analyse in Anlehnung an Niklas Luhmann*, Baden-Baden.
- Powell, Catherine (2012), Libya: A multilateral constitutional moment?, in: *American Journal of International Law* 106 (2), S. 298–316.
- Praus, Angelika (2014), *Das Ende einer Ausnahme. Frankreich und die Zeitenwende 1989/90*, Marburg.
- Preuß, Ulrich K. (2013), Notleidend: Defizite europäischer Öffentlichkeit, in: *Forschungsjournal Soziale Bewegungen* 26 (3), S. 12–18.
- Pudlat, Andreas (2011), Der lange Weg zum Schengen-Raum. Ein Prozess im Vier-Phasen-Modell, in: *Journal of European Integration History* 17 (2), S. 303–325.

- Rasmussen, Anne (2012), Twenty Years of Co-decision Since Maastricht: Inter- and Intrainstitutional Implications, in: Thomas Christiansen / Simon Duke (Hg.): *The Maastricht Treaty. Second Thoughts after 20 Years*. Journal of European Integration 34 (7), S. 735–751.
- Rauh, Christian / Zürn, Michael (2014), Zur Politisierung der EU in der Krise, in: Martin Heidenreich (Hg.): *Krise der europäischen Vergesellschaftung? Soziologische Perspektiven*, Wiesbaden, S. 121–145.
- Reddig, Melanie (2005), *Bürger jenseits des Staates? Unionsbürgerschaft als Mittel europäischer Integration*, Baden-Baden.
- Reif, Karlheinz (1993), Ein Ende des „Permissive Consensus“? Zum Wandel europapolitischer Einstellungen in der öffentlichen Meinung der EG-Mitgliedstaaten, in: Rudolf Hrbek / Peter Bofinger (Hg.): *Der Vertrag von Maastricht in der wissenschaftlichen Kontroverse*, Beiträge für das Jahreskolloquium des Arbeitskreises Europäische Integration e.V., 12.-14. November 1992 in Bonn, Baden-Baden, S. 23–40.
- Reinemann, Carsten (2003), *Medienmacher als Mediennutzer. Kommunikations- und Einflussstrukturen im politischen Journalismus der Gegenwart*, Köln.
- Risse, Thomas (2003), *An emerging European public sphere? Theoretical clarifications and empirical indicators*, 8th Biennial Conference, European Union Studies Association (EUSA), Nashville, 27.03.2003, URL: [http://aei.pitt.edu/6556/01/001315\\_1.PDF](http://aei.pitt.edu/6556/01/001315_1.PDF) (17.09.2018).
- Risse, Thomas (2004), Auf dem Weg zu einer europäischen Kommunikationsgemeinschaft. Theoretische Überlegungen und empirische Evidenz, in: Claudio Franzius / Ulrich Klaus Preuss (Hg.): *Europäische Öffentlichkeit*, Baden-Baden, S. 139–151.
- Risse, Thomas (2010), *A community of Europeans? Transnational identities and public spheres*, Ithaca, NY.
- Risse, Thomas (Hg., 2015a), *European Public Spheres. Politics Is Back*, Cambridge.
- Risse, Thomas (2015b), European public spheres, the politicization of EU affairs, and its consequences, in: Thomas Risse (Hg.): *European Public Spheres. Politics Is Back*, Cambridge, S. 141–164.
- Risse, Thomas (2015c), Introduction, in: Thomas Risse (Hg.): *European Public Spheres. Politics Is Back*, Cambridge, S. 1–26.
- Rittberger, Berthold (2006), ‚No integration without representation!‘. European integration, parliamentary democracy, and two forgotten Communities, in: *Journal of European Public Policy* 13 (8), S. 1211–1229.
- Rittberger, Berthold (2010), Constructing Parliamentary Democracy in the European Union. How Did It Happen?, in: Beate Kohler-Koch / Berthold Rittberger (Hg.): *Debating the democratic legitimacy of the European Union*, Lanham, S. 111–137.
- Roberts, John Michael / Crossley, Nick (2004), Introduction, in: Nick Crossley / John Michael Roberts (Hg.): *After Habermas. New perspectives on the public sphere*, Oxford, S. 1–27.
- Rocher, Bertrand / Lion, Valérie (1994), *Le Centre des démocrates sociaux*, Paris.

- Rödder, Andreas (2009), *Deutschland einig Vaterland. Die Geschichte der Wiedervereinigung*, München.
- Rometsch, Dietrich (1999), *Die Rolle und Funktionsweise der Europäischen Kommission in der Ära Delors*, Frankfurt am Main.
- Ross, George / Jenson, Jane (2017), Reconsidering Jacques Delors' leadership of the European Union, in: *Journal of European Integration* 39 (2), S. 113–127.
- Rovisco, Maria (2010), One Europe or several Europes? The cultural logic of narratives of Europe — views from France and Britain, in: *Social Science Information* 49 (2), S. 241–266.
- Salm, Christian (2016), *Transnational Socialist Networks in the 1970s. European Community Development Aid and Southern Enlargement*, London.
- Salmon, Patrick (2008), The United Kingdom and German unification, in: Frédéric Bozo / Marie-Pierre Rey / N. Piers Ludlow / Leopoldo Nuti (Hg.): *Europe and the end of the Cold War. A reappraisal*, Abingdon / New York, S. 177–190.
- Salmon, Trevor C. (1992), Testing times for European political cooperation. The Gulf and Yugoslavia, 1990–1992, in: *International Affairs* 68 (2), S. 233–253.
- Sandholtz, Wayne (1993), Choosing union. Monetary politics and Maastricht, in: *International Organization* 47 (1), S. 1–39.
- Sarikakis, Katharine / Kolokytha, Olga (2020), EU Democratic Deficits. The EU Project and a European Public Sphere, in: Klaus Arnold / Paschal Preston / Susanne Kinnebrock (Hg.): *The Handbook of European Communication History*, Hoboken, NJ, S. 315–331.
- Sarotte, Mary Elise (2009), *1989. The struggle to create post-Cold War Europe*, Princeton, NJ.
- Saunier, Georges (2013), La négociation de Maastricht vue de Paris, in: Michael J. Geary / Carine S. Germond / Kiran Klaus Patel (Hg.): *The Maastricht Treaty. Negotiations and Consequences in Historical Perspective*. *Journal of European Integration History* 19 (1), S. 45–65.
- Saxer, Ulrich (1974), Funktionen der Massenmedien in der modernen Gesellschaft, in: Ruprecht Kurzrock (Hg.): *Medienforschung*, Berlin, S. 22–33.
- Schäfer, Armin (2006), Die demokratische Grenze output-orientierter Legitimation, in: *integration* 29 (3), S. 187–200.
- Schäfer, Constantin / Popa, Sebastian A. / Braun, Daniela / Schmitt, Hermann (2020): The reshaping of political conflict over Europe: from pre-Maastricht to post-Euro crisis', in: *West European Politics*, DOI: 10.1080/01402382.2019.1709754.
- Scharpf, Fritz W. (1999), *Governing in Europe. Effective and Democratic?*, Oxford.
- Schotters, Frederike (2019), *Frankreich und das Ende des Kalten Krieges. Gefühlsstrategien der équipe Mitterrand, 1981–1990*, Berlin / Boston.
- Schrag Sternberg, Claudia (2013), *The struggle for EU legitimacy. Public contestation, 1950–2005*, London.

- Schröder, Birgit (2004), *Das Dubliner Übereinkommen. Eine rechtsvergleichende Untersuchung zur Umsetzung des Dubliner Übereinkommens in Deutschland und in den Niederlanden*, Frankfurt am Main.
- Schröder, Thomas (1992), *Die Kompetenzverteilung zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten auf dem Gebiet des Umweltschutzes*, Berlin.
- Schulz, Otto (1996), *Maastricht und die Grundlagen einer europäischen Sozialpolitik. Der Weg, die Verhandlungen, die Ergebnisse, die Perspektiven*, Köln / Berlin / Bonn / München.
- Schulz, Winfried (1990 [1976]), *Die Konstruktion von Realität in den Nachrichtenmedien. Eine Analyse der aktuellen Berichterstattung*, 2. Aufl., Freiburg im Breisgau / München.
- Schünemann, Wolf J. (2017), *In Vielfalt verneint. Referenden in und über Europa von Maastricht bis Brexit*, Wiesbaden.
- Schwarz, Hans-Peter (2012), *Helmut Kohl. Eine politische Biographie*, 2. Aufl., München.
- Siebold, Angela (2014), *ZwischenGrenzen. Die Geschichte des Schengen-Raums aus deutschen, französischen und polnischen Perspektiven*, Paderborn.
- Sievert, Holger (1998), *Europäischer Journalismus. Theorie und Empirie aktueller Medienkommunikation in der Europäischen Union*, Opladen / Wiesbaden.
- Siff, Stefanie / Brüggemann, Michael / Kleinen-von Königslöw, Katharina / Peters, Bernhard / Wimmel, Andreas (2007), Segmented Europeanization. Exploring the Legitimacy of the European Union from a Public Discourse Perspective, in: *Journal of Common Market Studies* 45 (1), S. 127–155.
- Simantiras, Nikolaos I. (2016), *Netzwerke im europäischen Verwaltungsverbund*, Tübingen.
- Slaughter, Anne-Marie / Burke-White, William (2002), An International Constitutional Moment, in: *Harvard International Law Journal* 43 (1), S. 1–21.
- Smith, Michael Eugene (2004), *Europe's Foreign and Security Policy. The Institutionalization of Cooperation*, Cambridge.
- Spanier, Bernd (2012), *Europe, anyone? The „Communication Deficit“ of the European Union revisited*, Baden-Baden.
- Spence, James (2012), A high price to pay? Britain and the European budget, in: *International Affairs* 88 (6), S. 1237–1260.
- Staab, Joachim Friedrich (1990), *Nachrichtenwert-Theorie. Formale Struktur und empirischer Gehalt*, Freiburg im Breisgau.
- Stadler, Rainer (1996), *Die rechtliche Handlungsspielraum des Europäischen Systems der Zentralbanken*, Baden-Baden.
- Statham, Paul (2010), Making Europe News. Journalism and Media Performance, in: Paul Statham / Ruud Koopmans (Hg.): *The making of a European public sphere. Media discourse and political contention*, Cambridge, S. 125–150.
- Statham, Paul / Koopmans, Ruud (Hg., 2010), *The making of a European public sphere. Media discourse and political contention*, Cambridge.



- Statham, Paul / Trenz, Hans-Jörg (2013a), How European Union Politicization can Emerge through Contestation. The Constitution Case, in: *Journal of Common Market Studies* 51 (5), S. 965–980.
- Statham, Paul / Trenz, Hans-Jörg (2013b), *The politicization of Europe. Contesting the constitution in the mass media*, London.
- Stein, Eric (1981), Lawyers, Judges, and the Making of a Transnational Constitution, in: *American Journal of International Law* 75 (1), S. 1–27.
- Steinhilber, Jochen (2012), Liberaler Intergouvernementalismus, in: Hans-Jürgen Bieling / Marika Lerch (Hg.): *Theorien der Europäischen Integration*, 3. Aufl., Wiesbaden, S. 141–163.
- Steinger, Rolf (1997), 1961: Europe „at Sixes and Sevens“. The European Free Trade Association, the neutrals, and Great Britain’s decision to join the E.E.C., in: *Journal of European Economic History* 26 (3), S. 535–568.
- Street, John (2011), *Mass media, politics and democracy*, 2. Aufl., Basingstoke / New York.
- Sturm, Daniel Friedrich (2006), *Uneinig in die Einheit. Die Sozialdemokratie und die Vereinigung Deutschlands 1989/90*, Bonn.
- Szymańska, Agnieszka (2018), The European Public Sphere. Barriers and Limitations, in: *Zeszyty Prasoznawcze* 61 (1), S. 1–16.
- Taschner, Hans Claudius (1997), *Schengen. Die Übereinkommen zum Abbau der Personenkontrollen an den Binnengrenzen von EU-Staaten*, Baden-Baden.
- Tatur, Melanie (2009), Nationales oder kosmopolitisches Europa? Einleitung zu und Schlussfolgerungen aus den Fallstudien, in: Melanie Tatur (Hg.): *Nationales oder kosmopolitisches Europa? Fallstudien zur Medienöffentlichkeit in Europa*, Wiesbaden, S. 9–69.
- ter Wal, Jessika / Triantaphyllidu, Anna / Steindler, Chiara / Kontochristou, Maria (2009), The Fall of the Berlin Wall. European and Value-Oriented Dimensions in the News Discourse, in: Anna Triantaphyllidu / Ruth Wodak / Michał Krzyżanowski (Hg.): *The European public sphere and the media. Europe in crisis*, Basingstoke, S. 198–218.
- The Yale Law Journal (1999), *Moments of Change. Transformation in American Constitutionalism. The Yale Law Journal* 108 (8).
- Thiemeyer, Guido (2010), *Europäische Integration. Motive – Prozesse – Strukturen*, Köln.
- Thiemeyer, Guido (2016), Das Demokratiedefizit der Europäischen Union. Geschichtswissenschaftliche Perspektiven, in: Rüdiger Hohls / Hartmut Kaelble (Hg.): *Geschichte der europäischen Integration bis 1989*, Stuttgart, S. 95–102.
- Tournier-Sol, Karine (2015), Reworking the Eurosceptic and Conservative Traditions into a Populist Narrative. UKIP’s Winning Formula?, in: *Journal of Common Market Studies* 53 (1), S. 140–156.
- Tousignant, Nathalie (2005), L’impact du comité Adonnino (1984–1986). Rapprocher les Communautés européennes des citoyens, in: *Études internationales* 36 (1), S. 41–59.

- Trenz, Hans-Jörg (2000), Korruption und politischer Skandal in der EU. Auf dem Weg zu einer europäischen politischen Öffentlichkeit?, in: Maurizio Bach (Hg.): *Die Europäisierung nationaler Gesellschaften*. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie (Sonderheft 40), Wiesbaden, S. 332–359.
- Trenz, Hans-Jörg (2002), *Zur Konstitution politischer Öffentlichkeit in der Europäischen Union. Zivilgesellschaftliche Subpolitik oder schaupolitische Inszenierung?*, Baden-Baden.
- Trenz, Hans-Jörg (2003), Einführung. Auf der Suche nach einer europäischen Öffentlichkeit, in: Ansgar Klein / Ruud Koopmans / Hans-Jörg Trenz / Ludger Klein / Christian Lahusen / Dieter Rucht (Hg.): *Bürgerschaft, Öffentlichkeit und Demokratie in Europa*, Opladen, S. 161–168.
- Trenz, Hans-Jörg (2004), Media Coverage on European Governance. Exploring the European Public Sphere in National Quality Newspapers, in: *European Journal of Communication* 19 (3), S. 291–319.
- Trenz, Hans-Jörg / Michailidou, Asimina (2014), The Mediatization of Politics. From the National to the Transnational, in: *Partecipazione e Conflitto* 7 (3), S. 469–489.
- Turner, John (2000), *The Tories and Europe*, Manchester / New York.
- van Cauwenberge, Anna / Gelders, Dave / Joris, Willem (2009), Covering the European Union. From an Intergovernmental Towards a Supranational Perspective?, in: *Javnost – The Public* 16 (4), S. 41–54.
- van der Harst, Jan (Hg., 2003), *The Hague Summit of 1969. Journal of European Integration History* 9 (2).
- van de Steeg, Marianne (2002), Rethinking the conditions for a public sphere in the European Union, in: *European Journal of Social Theory* 5, S. 499–519.
- van de Steeg, Marianne (2006), Does a public sphere exist in the European Union? An analysis of the content of the debate on the Haider case, in: *European Journal of Political Research* 45 (4), S. 609–634.
- van Noije, Lonneke (2010), The European paradox. A communication deficit as long as European integration steals the headlines, in: *European Journal of Communication* 25 (3), S. 259–272.
- van Ooyen, Robert Chr. (2018), *Die Staatstheorie des Bundesverfassungsgerichts und Europa. Von Solange über Maastricht und Lissabon zu Euro-Rettung, Europawahl und EU-Haftbefehl II*, 7. Aufl., Baden-Baden.
- Varga, Peter J. (2011), Pan-European Media. Attempts and Limitations, in: Miklós Sükösd / Karol Jakubowicz (Hg.): *Media, nationalism and European identities*, Budapest, S. 119–151.
- Varsori, Antonio (2013a), The Andreotti Government and the Maastricht Treaty. Between European Hopes and Domestic Constraints, in: Michael J. Geary / Carine S. Germond / Kiran Klaus Patel (Hg.): *The Maastricht Treaty. Negotiations and Consequences in Historical Perspective*. *Journal of European Integration History* 19 (1), S. 23–43.

- Varsori, Antonio (2013b), The Relaunching of Europe in the Mid-1980s, in: Kiran Klaus Patel / Kenneth Weisbrode (Hg.): *European integration and the Atlantic community in the 1980s*, Cambridge, S. 226–242.
- Vedder, Christoph / Folz, Hans-Peter (2000), EUV Art. N, in: Eberhard Grabitz / Meinward Hilf: *Das Recht der Europäischen Union. Altband I: EUV, Art. 1–136a EGV (Maastrichter Fassung)*, 12, München.
- Verdun, Amy (2002), The Political Economy of the Werner and Delors Reports. Continuity amidst Change or Change amidst Continuity, in: Lars Magnusson / Bo Stråth (Hg.): *From the Werner Plan to the EMU. In search of a political economy for Europe*, 2. Aufl., Brüssel, S. 73–96.
- Vetters, Regina (2007), Vor Ort in Europa. Ein Vergleich der EU-Berichterstattung deutscher Qualitäts- und Regionalzeitungen, in: *Medien & Kommunikationswissenschaft* 55 (3), S. 355–371.
- Vobruba, Georg (2015), Eurokrise und Gesellschaftsbildung, in: Jenny Preunkert / Georg Vobruba (Hg.): *Krise und Integration. Gesellschaftsbildung in der Eurokrise*, Wiesbaden, S. 219–234.
- Volkman-Schluck, Sonja (2001), *Die Debatte um eine europäische Verfassung. Leitbilder – Konzepte – Strategien*, Working Paper, Centrum für angewandte Politikforschung, München.
- von Bogdandy, Armin (1993), Die Verfassung der europäischen Integrationsgemeinschaft als supranationale Union, in: Armin von Bogdandy (Hg.): *Die europäische Option. Eine interdisziplinäre Analyse über Herkunft, Stand und Perspektiven der europäischen Integration*, Baden-Baden, S. 97–127.
- von Bogdandy, Armin (2009), Grundprinzipien, in: Armin von Bogdandy / Jürgen Bast (Hg.): *Europäisches Verfassungsrecht. Theoretische und dogmatische Grundzüge*, 2., vollst. aktualisierte und erw. Aufl., Berlin / Heidelberg, S. 13–71.
- von Bogdandy, Armin / Bast, Jürgen (Hg., 2009), *Europäisches Verfassungsrecht. Theoretische und dogmatische Grundzüge*, 2., vollst. aktualisierte und erw. Aufl., Berlin / Heidelberg.
- von Hagen, Jürgen (2009), Through Crises to EMU. Perspectives for Fiscal Union and Political Union, in: Ludger Kühnhardt (Hg.): *Crises in European Integration. Challenge and Response, 1945–2005*, New York, S. 61–77.
- von Staden, Berndt (1993), Kommentar, in: Rudolf Hrbek / Peter Bofinger (Hg.): *Der Vertrag von Maastricht in der wissenschaftlichen Kontroverse*, Beiträge für das Jahreskolloquium des Arbeitskreises Europäische Integration e.V., 12.-14. November 1992 in Bonn, Baden-Baden, S. 19–22.
- Voßkuhle, Andreas (2009), *Der europäische Verfassungsgerichtsverbund*, TranState Working Papers, 106, Bremen.
- Waechter, Matthias (2019), *Geschichte Frankreichs im 20. Jahrhundert*, München.
- Walker, Neil (2004), The Legacy of Europe's Constitutional Moment, in: *Constellations* 11 (3), S. 368–392.
- Wallace, Helen (1990), Vereinigtes Königreich, in: Werner Weidenfeld / Wolfgang Wessels (Hg.): *Jahrbuch der Europäischen Integration 1989/90*, Bonn, S. 365–372.

- Wallaschek, Stefan (2020), Analyzing the European Parliamentary Elections in 2019. Actor Visibility and Issue-Framing in Transnational Media, in: Michael Kaeding / Manuel Müller / Julia Schmälter (Hg.), *Die Europawahl 2019. Ringen um die Zukunft Europas*, Wiesbaden, S. 219–230.
- Walter, Stefanie (2017), Three Models of the European Public Sphere. An analysis of the actor structure in EU news, in: *Journalism Studies* 18 (6), S. 749–770.
- Weidenfeld, Werner (Hg., 1994), *Maastricht in der Analyse. Materialien zur Europäischen Union*, Strategien und Optionen für Europa, Gütersloh.
- Wellings, Ben (2010), Losing the peace. Euroscepticism and the foundations of contemporary English nationalism, in: *Nations and Nationalism* 16 (3), S. 488–505.
- Wells, Anthony, *UK Polling Report. Polls from 1987–1992*, URL: <http://ukpollingreport.co.uk/historical-polls/voting-intention-1987-1992> (17.09.2018).
- Wendel, Matthias (2011), *Permeabilität im europäischen Verfassungsrecht. Verfassungsrechtliche Integrationsnormen auf Staats- und Unionsebene im Vergleich*, Tübingen.
- Wessels, Wolfgang (2012), The Maastricht Treaty and the European Council. The History of an Institutional Evolution, in: Thomas Christiansen / Simon Duke (Hg.): *The Maastricht Treaty. Second Thoughts after 20 Years*. *Journal of European Integration* 34 (7), S. 753–767.
- White, David Manning (1950), The Gate Keeper. A Case Study in the Selection of News, in: *Journalism Quarterly* 27, S. 383–390.
- Wielgoß, Tanja (2002), *PS und SPD im europäischen Integrationsprozess. Vergleich der Europapositionen und Analyse der Interaktionsstrukturen der französischen und deutschen Sozialdemokraten 1989 bis 2001*, Baden-Baden.
- Wiener, Antje (2005), Die Verfassung Europas. Konturen eines europäischen Konstitutionalismus, in: Mathias Jopp (Hg.): *Der Vertrag über eine Verfassung für Europa. Analysen zur Konstitutionalisierung der EU*, Baden-Baden, S. 153–168.
- Wildenmann, Rudolf / Besters, Hans (Hg., 1991), *Staatswerdung Europas? Optionen für eine Europäische Union*, Baden-Baden.
- Wirsching, Andreas (2012), *Der Preis der Freiheit. Geschichte Europas in unserer Zeit*, München.
- Wolf, Dieter (2012), Neo-Funktionalismus, in: Hans-Jürgen Bieling / Marika Lerch (Hg.): *Theorien der Europäischen Integration*, 3. Aufl., Wiesbaden, S. 55–76.
- Woyke, Wichard (2000), *Deutsch-französische Beziehungen seit der Wiedervereinigung. Das Tandem füßt wieder Tritt*, Opladen.
- Zografova, Yolanda / Bakalova, Diana / Mizova, Bistra (2012), Media Reporting Patterns in Europe. The Cases of Construction of the EU and Reform Treaty, in: *Javnost – The Public* 19 (1), S. 67–84.